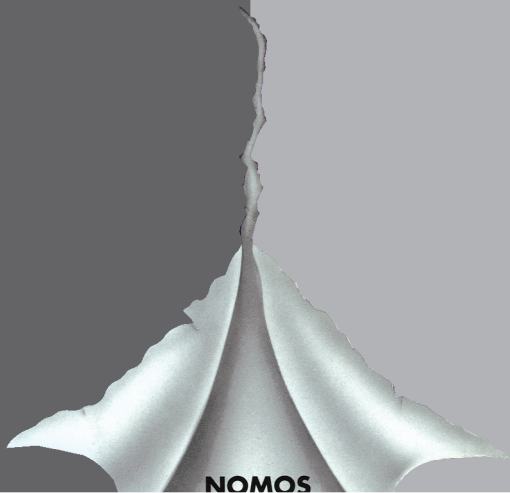
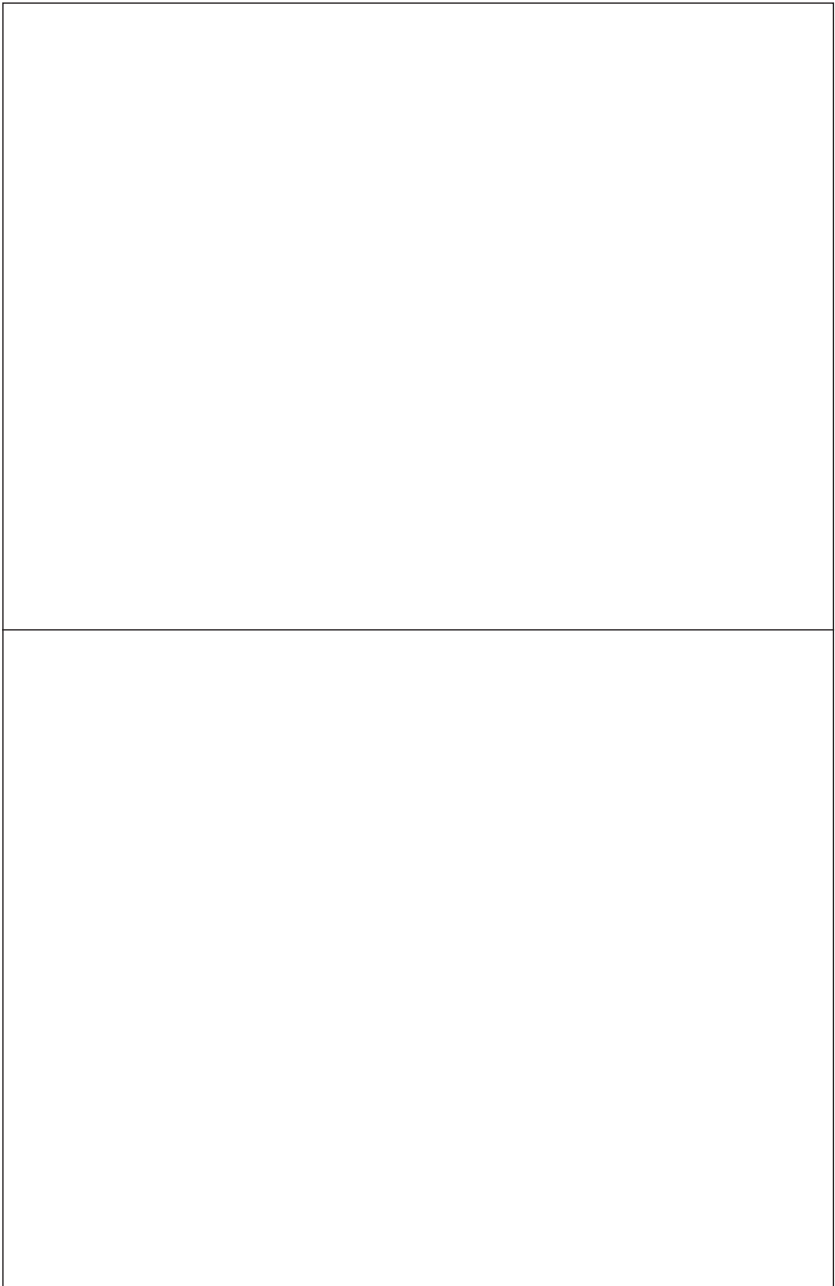


**Uwe Backes/Alexander Gallus/
Eckhard Jesse (Hrsg.)**

Extremismus & Demokratie



NOMOS



Uwe Backes/Alexander Gallus/
Eckhard Jesse (Hrsg.)

Jahrbuch Extremismus & Demokratie (E & D)

27. Jahrgang 2015



Nomos

Herausgeberschaft und Redaktion: Prof. Dr. Uwe Backes, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung, D-01062 Dresden, Tel. (03 51) 46332802; Prof. Dr. Alexander Gallus, TU Chemnitz, Politikwissenschaft, Philosophische Fakultät, D-09107 Chemnitz, Tel. (0371) 53127710; Prof. em. Dr. Eckhard Jesse, TU Chemnitz, Politikwissenschaft, Philosophische Fakultät, D-09107 Chemnitz, Tel. (0371) 53127720.

Redaktionsassistent: Patrick Keller, Michelle Tredup; jahrbuch-ed@phil.tu-chemnitz.de

Wissenschaftlicher Beirat: Prof. em. Dr. Klaus von Beyme, Universität Heidelberg; Prof. em. Dr. Drs. h. c. Karl Dietrich Bracher, Universität Bonn; Prof. Dr. Frank Decker, Universität Bonn; Prof. Dr. Jürgen W. Falter, Universität Mainz; Prof. em. Dr. Peter Graf Kielmansegg, Universität Mannheim; Prof. Dr. Herfried Münkler, Humboldt-Universität zu Berlin; Prof. Dr. Manfred G. Schmidt, Universität Heidelberg; Prof. Dr. Roland Sturm, Universität Erlangen-Nürnberg.

Internet:

<https://www.tu-chemnitz.de/phil/politik/pti/jahrbuch/jahrbuch.php>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-2522-9 (Print)

ISBN 978-3-8452-7138-5 (ePDF)

Das Jahrbuch erscheint einmal jährlich. Die in ihm enthaltenen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen Verlag und Redaktion keinerlei Haftung.

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2015. Printed in Germany. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Inhalt	Band 27 (2015)
Editorial	7
Analysen	
Alexander Gallus, Zur Historisierung und Aktualität des 20. Jahrhunderts	13
Tom Mannewitz, Liberalität und Äquidistanz in Deutschlands politischer Kultur	33
Frank Decker, Rechts- und Linkspopulismus in Westeuropa	57
Armin Pfahl-Traughber, Die Nicht-Erkennung des NSU-Rechtsterrorismus	73
Daten, Dokumente, Dossiers	
Eckhard Jesse, Wahlen 2014	97
Uwe Backes, Organisationen 2014	114
Alexander Gallus, Dokumentation 2014	132
Rudi Bigalke, Das antideutsche Spektrum	137
Armin Pfahl-Traughber, Pegida als neue Protestbewegung von „rechts“	154
Aladdin Sarhan und Ekkehard Rudolph, Salafismus in Deutschland	172
Judith Faessler, Biographisches Porträt: Eric Breininger	186
Lazaros Miliopoulos, Länderporträt: Griechenland	204
Jürgen P. Lang, Zeitschriftenporträt: Disput	228
Literatur	
<i>Literaturbericht:</i>	
Riem Spielhaus, Salafismus, Jihadismus und Islamismus in Deutschland	247
<i>Sammelrezension:</i>	
Gerhard Wettig, Geschichte der DDR	270
<i>»Kontrovers besprochen«:</i>	
Stefan Aust/Thomas Ammann, Digitale Diktatur (Clemens H. Cap, Otto Depenheuer, Wolfgang Hoffmann-Riem, Helmut Müller-Enbergs, Andreas Schurig)	280
<i>Rezessionsessay:</i>	
Adrian Vatter, Das politische System der Schweiz (Laura Stellbrink)	294
<i>»Wieder gelesen«:</i>	
Ralf Dahrendorf, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland (Tony Strunz) ..	299
<i>Literatur aus der „Szene“:</i>	
Alain de Benoist, Mein Leben (Hans-Gerd Jaschke)	304

Inhalt

Hauptbesprechungen:

Stefan Aust/Dirk Laabs, Heimatschutz (Eckhard Jesse)	309
Patrick Bernhard/Holger Nehring (Hrsg.), Den Kalten Krieg denken (Gerhard Wettig)	312
Heinz Buschkowsky, Die andere Gesellschaft (Brigitte Seebacher)	315
Hans Magnus Enzensberger, Tumult (Wolfgang Kraushaar)	318
Sean A. Forner, German Intellectuals and the Challenge of Democratic Renewal (Axel Schildt)	322
Hermann-Josef Große Kracht/Klaus Große Kracht (Hrsg.), Religion – Recht – Politik (Robert Chr. van Ooyen)	326
Ulrich Herbert, Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert (Peter Hoeres)	331
Aleksander Hertz, Skizzen über den Totalitarismus (Werner Müller)	335
Roland Jahn, Wir Angepassten (Peter C. Caldwell)	338
Sven Felix Kellerhoff, Heimatfront (Ernst Nolte)	341
Dirk Kurbjuweit, Alternativlos (Wilfried von Bredow)	345
Jörn Leonhard, Die Büchse der Pandora (Hans Fenske)	349
Hermann Lübke, Zivilisationsdynamik (Jens Hacke)	352
Hans Maier (Hrsg.), Die Freiburger Kreise (Sebastian Liebold)	355
Stefan Müller-Doohm, Jürgen Habermas (Alfons Söllner)	359
Daniela Münkel (Hrsg.), Herbst '89 im Blick der Stasi (Jörg Stößer)	364
Armin Pfahl-Traughber, Linksextremismus in Deutschland (Jürgen P. Lang)	367
Bundesministerium des Inneren (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2013 (Manuel Becker)	370
Heinrich August Winkler, Geschichte des Westens (Michael Hochgeschwender)	373
Andreas Zick/Anna Klein, Fragile Mitte (Jürgen W. Falter)	377

<i>Kurzbesprechungen</i>	382
<i>Kommentierte Bibliographie</i>	445
<i>Zeitschriftenauslese</i>	476
<i>Verzeichnis der besprochenen Bücher</i>	479
Mitteilungen und Hinweise	489
Personenverzeichnis	493
Autorenverzeichnis	511

Editorial

Der „dritte Totalitarismus“ (Yehuda Bauer) ist im Jahr 2014 – wie lange nicht mehr seit den Anschlägen vom 11. September 2001 – ins Zentrum der Weltöffentlichkeit getreten. Das „Zeitalter der Extreme“, dem Alexander Gallus seine *Analyse* zur Positionierung des 20. Jahrhunderts in einem Koordinatensystem aus „Ideologie“ und „Wissen“ gewidmet hat, ragt so ins 21. Jahrhundert hinein. Dies vollzog sich indes anders als in früheren Jahren weniger durch spektakuläre Terroranschläge im klassischen Sinne, sondern durch militärische Geländegewinne in Ländern der „Arabellion“ und der durch sie ausgelösten tektonischen Erschütterungen im politisch instabilen Umfeld. Dadurch geriet der Konfliktherd Afghanistan etwas in den Hintergrund, während Ägypten, Libyen, Mali, Nigeria, vor allem aber die Kriegsschauplätze Irak und Syrien mit dem zeitweilig raschen Vordringen islamistischer Milizen in den Vordergrund traten, zumal diese sich wirkungsvoller propagandistischer Mittel bedienten, indem sie einerseits mit der Inszenierung grausamer Hinrichtungen Schrecken und Entsetzen verbreiteten, andererseits Macht und Stärke suggerierten sowie für ihre religiös-politischen Visionen bei Sympathisanten und Schnellbekehrten sogar in „radikalen Gemeinschaften“ Europas auf verstörend effektive Weise um Unterstützer warben.

Die weltpolitisch wirksamen Ereignisse haben die innergesellschaftliche Situation in Deutschland stärker beeinflusst, als es beim ersten Blick auf das vergleichsweise stabile und robuste politische System erscheinen mag. Zwar wird der Islamismus/Salafismus, wie ihn die Islamismusexperten Ekkehard Rudolph (Düsseldorf) und Aladdin Sarhan (Mainz) in ihrem aktuellen *Dossier* analysieren, in einer kulturell anders geprägten Gesellschaft auf absehbare Zeit ein Minderheitenphänomen bleiben, zumal auch die große Mehrheit der in Deutschland lebenden Muslime Gewalt und Extremismus ablehnt. Aber er stellt eine gravierende Herausforderung für die innere Sicherheit dar, denkt man nur an die aus dem Irak und Syrien zurückkehrenden kampfgeprobten „Gefährder“. Unter ihnen finden sich auch junge Männer aus „urdeutschen“ Familien, die der finsternen Faszination des „dritten Totalitarismus“ erlegen sind. Die Münchner Islamismusexpertin Judith Faessler rekonstruiert in einem *Biographischen Porträt* anhand des Lebensweges und der schriftlichen Hinterlassenschaft Eric Breiningers die Etappen eines Radikalisierungsprozesses, der mit dem Tod als „Märtyrer“ im „Jihad“ endete.

Wie die Vielzahl der Veröffentlichungen zum Islamismus, Jihadismus und Salafismus belegt, welche die an der Universität Erlangen-Nürnberg lehrende Islamwissenschaftlerin Riem Spielhaus in einem *Literaturbericht* kritisch kommentiert, findet inzwischen eine intensive wissenschaftliche und publizistische Auseinandersetzung mit dem Phänomen statt. Einer der Gründe ist die Antiislamismus-Mobilisierung, die vor allem am rechten Rand merklich an Einfluss gewonnen hat und auf das poli-

tische Kräftefeld einwirkt. Deren gewalttätige Form konnte Ende Oktober auf dem Breslauer Platz am Kölner Hauptbahnhof beobachtet werden, wo mehrere Tausend „Hooligans“ mit bekannten Neonationalsozialisten „gegen Salafisten“ aufmarschierten („HoGeSa“) und sich eine Straßenschlacht mit der Polizei lieferten. Die diszipliniere und politisch breiter gefächerte Variante vermochte mit einem bunten Strauß diffuser Protestanliegen vor allem in Dresden, einer Stadt mit geringem Immigrantenteil, erstaunlich erfolgreich zu mobilisieren und zeitweilig zwischen 10.000 und 20.000 Menschen auf die Straße zu bringen. Der an der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung lehrende Extremismusforscher Armin Pfahl-Traugher ordnet die „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (Pegida) in seinem *Dossier* demokratietheoretisch ein, erklärt die Mobilisierungswirkung und wertet erste wissenschaftliche Studien aus, die angesichts des politischen Strohfeuers an der TU Dresden, in Berlin und Göttingen unter großem Zeitdruck und doch mit bemerkenswerten Ergebnissen entstanden sind.

Vom Streitthema Islamisierung hofften vor allem die Parteien rechts von der Union zu profitieren. Dass dies im Berichtsjahr kaum gelungen ist, zeigen Eckhard Jesse und Uwe Backes in ihren Jahresbilanzen „Wahlen 2014“ und „Organisationen 2014“. Die vom Verbot bedrohte NPD mit ihren organisatorischen, finanziellen und personellen Problemen versuchte sich als Trittbrettfahrerin, fiel auch wegen ihrer ambivalenten Haltung zum Islam (mit unverhohlener Bewunderung für antiwestliche Mudjahedin) als Protestvehikel aus. Und die an der Spitze wenig zugkräftige PRO-Bewegung bekam die Konkurrenz der weit gemäßigeren „Alternative für Deutschland“ zu spüren, mit der viele „Pegida“-Demonstranten sympathisierten. Der Blick in die europäischen Nachbarländer, wie ihn der Bonner Politikwissenschaftler Frank Decker in seiner *Analyse* mit einem Vergleich zum häufig vernachlässigten Linkspopulismus bietet, erhellt das Mobilisierungspotential des Streitthemas, bietet aber auch Erklärungen für die relative Schwäche des parteiförmigen Rechtspopulismus (und -extremismus) in Deutschland. Nicht zuletzt wirkt die vom NS-Trauma geprägte politische Kultur als Bollwerk. Dies hält allerdings eine Minderheit nicht davon ab, weiterhin biologischen Rassismus zu propagieren. Eine der neuesten Vereinigungen der NS-affinen Subkultur stellt die 2013 gegründete Partei „Der III. Weg“ dar, der Alexander Gallus eine „Dokumentation“ gewidmet hat. Das abgedruckte und kommentierte „Zehn-Punkte-Programm“ dieser marginalen Kraft weckt nicht zufällig Assoziationen zu dem der NSDAP.

Der im Jahrbuch gepflegte Rechts-Links-Vergleich hat bekanntlich nicht nur Freunde, zurückhaltend formuliert. In der Debatte um den „Nationalsozialistischen Untergrund“ wurde sogar geargwöhnt, er könne womöglich zur Unterschätzung und langjährigen Nichterkennung der Terrorzelle beigetragen haben. Wie der Extremismusforscher Armin Pfahl-Traugher in seiner *Analyse* zeigt, wären die analytischen Defizite in den Reihen der Fahnder aber gerade durch vergleichende Betrachtungen – auf nationaler wie internationaler Ebene – zu vermeiden gewesen. So dokumentiere der Fall NSU keineswegs die Erklärungsschwäche des Extremismusansatzes, sondern umgekehrt dessen unausgeschöpftes heuristisches Potential. Dessen ungeachtet

ist Äquidistanz zu den politischen Extremismen keine Selbstverständlichkeit. Dies gilt auch für die deutsche politische Kultur. Wie der Chemnitzer Politikwissenschaftler Tom Mannewitz in seiner *Analyse* demoskopischer Vergleichsdaten nachweist, ist die Abwehrhaltung gegenüber dem Rechtsextremismus weit ausgeprägter als die gegenüber dem Linksextremismus. Es mangle an Äquidistanz wie an Liberalität gleichermaßen. Das SED-Regime, das vor 25 Jahren seinem Ende entgegenaumelte (der Historiker und langjährige Leiter des Bereichs Außen- und Sicherheitspolitik am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln, Gerhard Wettig, hat wichtige Neuerscheinungen in einer *Sammelrezension* besprochen), entfaltet weit weniger kulturelle Prägekraft als das – vergleichsweise kurzlebige und bereits vor 70 Jahren ans Ende seiner Herrschaft gelangte – NS-Regime. Die sehr unterschiedliche Verbrechensbilanz beider Autokratien und ihre divergierende ideologische Anziehungskraft dürften dafür wesentliche Gründe sein. Die Partei Die Linke vermag so teilweise von DDR-Nostalgie zu profitieren. Wie der Blick in ihre Foren zeigt (der Münchener Politikwissenschaftler Jürgen P. Lang tut dies in einem *Zeitschriftenporträt* zum Mitgliederorgan „Disput“), bietet die im östlichen Deutschland fest etablierte Partei solchen Strömungen eine intellektuelle Heimat, welche die DDR noch heute im Vergleich zur Bundesrepublik als das bessere System ansehen. Und umgekehrt lebt die extreme Linke von der Bekämpfung des „Faschismus“, wie sehr auch immer sich der Rechtsextremismus von seinen historischen Ursprüngen entfernt haben mag. Dies belegt nicht zuletzt das *Dossier* des Chemnitzer Politikwissenschaftlers Rudi Bigalke, der sich einem der absonderlichsten Gewächse der deutschen politischen Kultur angenommen hat: den Antideutschen, für die das Existenzrecht Israels sakrosankt ist, Deutschland hingegen auf den „Kehrichthaufen der Geschichte“ gehört. Es ist schwer, keine Satire zu schreiben ...

Das Jahrbuch legt den Schwerpunkt auf die Entwicklung in Deutschland, hält ihr jedoch in jedem Band in einem *Länderporträt* den Spiegel vor. Diesmal tut dies der Bonner Politikwissenschaftler Lazaros Miliopoulos, der die Extremismen im krisengeschüttelten Griechenland historisch einordnet und in ihrer aktuellen Ausprägung facettenreich analysiert. Vom Erfolg der eingeleiteten Reformen wird es wesentlich abhängen, ob die parteiförmig angeschwollene extreme Rechte und Linke an Boden verliert. Europa kann das nicht gleichgültig sein. Griechenland stellt die EU vor eine Belastungsprobe.

Der Band bietet überdies neben aktueller Information und Datenanalyse wie immer einen umfangreichen Literaturteil. In der Kategorie „Kontrovers besprochen“ erörtern mehrere Autoren (Clemens H. Cap, Otto Depenheuer, Wolfgang Hoffmann-Riem, Helmut Müller-Enbergs, Andreas Schurig) aus unterschiedlichen Blickwinkeln das jüngst wiederholt gezeichnete Bedrohungsszenario einer „digitalen Diktatur“ oder eines „technologischen Totalitarismus“. Der Untersuchungsgegenstand des „World Wide Web“ zeigt deutlich, wie sehr es sich dabei um ein Grenzen überschreitendes Phänomen handelt. Auch der „Rezensionssessay“ der Chemnitzer Politikwissenschaftlerin Laura Stellbrink und die „Literatur aus der ‚Szene‘“, verfasst von dem Berliner Sozialwissenschaftler Hans-Gerd Jaschke, blicken dieses Mal über

Deutschland hinaus. Sie taxieren eine politikwissenschaftliche Analyse der schweizerischen Demokratie und das – autobiographisch gespiegelte – Leben und Wirken des Vordenkers der französischen „Nouvelle droite“, Alain de Benoist. Der „wieder gelesene“, vor 50 Jahren erstmals erschienene Klassiker aus der Feder Ralf Dahrendorfs (besprochen vom Chemnitzer Politikwissenschaftler Tony Strunz) handelt zwar von „Gesellschaft und Demokratie in Deutschland“, stellt sie aber auch den westlichen Demokratien gegenüber (und an die Seite). Das wohl wichtigste Werk des großen Liberalen ruft die nostalgisch stimmende Erinnerung an eine Soziologie wach, die sich analytisch genau, historisch tieferschürfend und zeitdiagnostisch mutig präsentierte.

Auf gewohnte Weise vermitteln die Rubriken *Hauptbesprechungen*, *Kurzbesprechungen* und *Kommentierte Bibliographie* mit Rezensionen und Annotationen eine weite Übersicht zu mehr als 300 deutschen wie internationalen Neuerscheinungen. Nach einer kleinen *Zeitschriftenauslese* beschließen das Jahrbuch unter *Mitteilungen und Hinweise* diesmal Selbstdarstellungen über die „Forschungs- und Dokumentationsstelle des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Geschichte der Diktaturen in Deutschland“ und das „Deutsche Literaturarchiv Marbach“.

U.B./A.G./E.J.

Analysen

Zur Historisierung und Aktualität des 20. Jahrhunderts Signaturen quer zu den großen politischen Ordnungssystemen und Narrativen

Von Alexander Gallus

1. Einleitung

Seit einer Weile sind die Zeithistoriker – auch in einem neu einsetzenden Dialog mit der Politikwissenschaft¹ – damit beschäftigt, das 20. Jahrhundert der Geschichte zu übergeben. Die Zäsuren von 1989 und 2001, gepaart mit dem gestiegenen wirtschaftlich-gesellschaftlichen Krisenempfinden seit 2008, dürften dazu beigetragen haben, für ein erhöhtes Epochenbewusstsein zu sorgen. Diese zeitdiagnostischen Impulse stellen auch für Historiker eine Herausforderung dar, zumal sie sich in den letzten Jahrzehnten eher schwer damit taten, klare Einschnitte zu formulieren. Stattdessen waren Übergangszeiten, Gleichzeitigkeiten des Ungleichzeitigen und fließende Epochengrenzen en vogue. Oder sie hatten sich gleich ganz dem *spatial turn* verschrieben, der im tatsächlichen oder metaphorischen Sinne Geschichte räumlich zu ordnen sucht. Neuerdings kündigt sich jedoch so etwas wie ein *temporal turn* an, der die eigentümliche Phase einer der Profession an sich wesensfremden „Periodisierungsabstinenz“, wie Jürgen Osterhammel das pointiert formuliert hat, zu beenden scheint.²

Der Harvard-er Historiker Charles S. Maier hat vor einigen Jahren beide *turns* gleichsam zusammengelötet, indem er die Territorialität selbst zum Periodisierungsparadigma gewählt hat.³ Darin erkannte er das prägende Muster für die Epoche zwischen etwa 1890 bis etwa 1970, die andere Fachvertreter als „Hochmoderne“ bezeichnet haben.⁴ Seitdem werde das Zeitalter der Territorialität, der Grenzen und (staatlichen) Einhegung, vom Prinzip der Globalität, der Grenzüberschreitung und (nicht-staatlichen) Netzwerken, geprägt. Ein ähnliches Spannungsfeld machen neu-

1 Vgl. etwa Kim Priemel/Rüdiger Graf, Zeitgeschichte in der Welt der Sozialwissenschaften. Legitimität und Originalität einer Disziplin, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 59 (2011), S. 479-495; Alexander Gallus, Über das Verhältnis von Geschichts- und Politikwissenschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 1-3/2012, S. 39-45.

2 Jürgen Osterhammel, Über die Periodisierung der neueren Geschichte, in: Berichte und Abhandlungen, hrsg. von der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (vormals Preussische Akademie der Wissenschaften), Bd. 10, Berlin 2006, S. 45-64, hier: S. 45.

3 Vgl. Charles S. Maier, Consigning the Twentieth Century to History. Alternative Narratives for the Modern Era, in: American Historical Review 105 (2000), S. 807-831.

4 Vgl. Ulrich Herbert, Europe in High Modernity. Reflections on a Theory of the 20th Century, in: Journal of Modern European History 5 (2007), S. 5-21; ders., Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München 2014.

erdings Interpretationsansätze zwischen den Polen „Nationalstaat“ und „Empire“ auf.⁵ Bemerkenswert ist daran bei aller Unterschiedlichkeit der Sichtweisen das klare Bedürfnis danach, jene Zeit, die uns lange als Bestandteil der Gegenwart galt, zu historisieren, abzuschließen und auf den Begriff zu bringen.

Mit großer öffentlicher, nicht nur fachöffentlicher Wirkung formulierte vor dem Ende des 20. Jahrhunderts bereits der im Dezember 2012 verstorbene Eric Hobsbawm das Ende des, wie er meinte, „kurzen 20. Jahrhunderts“ als *Zeitalter der Extreme*.⁶ Es knüpfte an das „lange 19. Jahrhundert“ von 1789 bis 1914/17 an und währte dieser Lesart zufolge bis 1991. Diese rund 75 Jahre standen im Zeichen widerstreitender politisch-gesellschaftlicher, ökonomisch grundlegender Ordnungsmodelle; für den Marxisten Hobsbawm markierten sie vor allem den Aufstieg und Fall des sozialistischen Projekts. Anders lesen und zeitlich anders umgrenzen lässt sich das 20. Jahrhundert indes, wenn man die politischen Ordnungssysteme und Ideologien in den Hintergrund rücken lässt und ein Narrativ entlang der Kategorien des Wissens und der Wissensgesellschaft entwickelt. Dann ist das „lange“ 20. Jahrhundert, das betonte vor einigen Jahren zu Recht Margit Szöllösi-Janze, um die Jahrzehnte der „klassischen Moderne“ bis ins letzte Drittel des 19. Jahrhunderts hinein auszudehnen.⁷

Es ergeben sich jeweils unterschiedliche Geschichten, je nachdem, welche Leitkategorie man an das 20. Jahrhundert anlegt. Mir erscheint es reizvoll, einmal die von Hobsbawm bzw. Szöllösi-Janze vorgeschlagenen Kategorien der „Ideologie“ auf der einen Seite und des „Wissens“ auf der anderen zum Zwecke der Historisierung des 20. Jahrhunderts aufzugreifen. Einige allgemeine Überlegungen zum Spannungsfeld der Geschichte zwischen Ideologie und Wissen stehen daher am Anfang des Aufsatzes. In einem zweiten Schritt will ich knapp darlegen, was Signaturen im 20. Jahrhundert waren, die vom „Weltbürgerkrieg der Ideologien“⁸ unbeschadet blieben oder sich zumindest als äußerst anpassungsfähig erwiesen. Ich werde dies an den Beispielen „Technokratie“, „Planung“ und „Social Engineering“, die häufig in einem semantischen Feld anzutreffen sind, knapp skizzieren. Hierbei verfolge ich die Kernfrage nach der Abgeschlossenheit und Einheitlichkeit, ja der Epocheneinheit des 20. Jahrhunderts – bei aller Zerklüftung, Polarität und Zerstörungskraft, die

5 Etwa Lutz Raphael, *Imperiale Gewalt und mobilisierte Nation. Europa 1914-1945*, München 2011.

6 Eric Hobsbawm, *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, München 1998 (engl. zuerst 1994).

7 Margit Szöllösi-Janze, *Wissensgesellschaft in Deutschland. Überlegungen zur Neubestimmung der deutschen Zeitgeschichte über Verwissenschaftlichungsprozesse*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 30 (2004), S. 189-218; siehe auch: Gangolf Hübinger (Hrsg.), *Europäische Wissenskulturen und politische Ordnungen in der Moderne (1890-1970)*, München 2014; als Überblick über das gesamte Forschungsfeld: Christiane Reinecke, *Wissensgesellschaft und Informationsgesellschaft*, Version: 1.0, unter: <http://docupedia.de/zg/Wissensgesellschaft?old-id=97454> (1. Juni 2015).

8 Thomas Nipperdey/Anselm Doering-Manteuffel/Hans-Ulrich Thamer (Hrsg.), *Weltbürgerkrieg der Ideologien. Antworten an Ernst Nolte. Festschrift zum 70. Geburtstag*, Frankfurt a.M./Berlin 1993.

dieses Säkulum nicht zuletzt auf dem „dunklen Kontinent“⁹ prägten. In meinem Fazit formuliere ich zusammenfassende Thesen, überwiegend in historisierender Absicht, am Rande ergänzt um Fragen einer Zeitgeschichte, die sich als Problemgeschichte der Gegenwart versteht und der – frei nach Reinhart Koselleck – neben einem strukturellen Narrativ stärker als anderen Epochen ein moralisches Narrativ innewohnt.

2. Geschichte im Spannungsfeld von Ideologie und Wissen

Mit „Ideologie“ und „Wissen“ sind zugleich, wie es scheint, zwei extreme Pole bezeichnet, weil die Antriebsmomente politischer Ideologien und des – zumindest: wissenschaftlichen – Wissens grundverschieden sind oder wenigstens sein sollten. Klassisch ist die damit im Zusammenhang stehende Unterscheidung Platons zwischen wirklichem, sicherem Wissen (episteme) und bloßem Meinungswissen (doxa), das sich freilich zu den „ungeschriebenen Gesetzen“ einer Gesellschaft verdichten kann, wie es uns spätestens seit Elisabeth Noelle-Neumanns Überlegungen zur „Schweigespirale“ bekannt ist. Die Zweiteilung zwischen flüchtiger Meinung und erhärtetem Wissen bildete indes die Grundlage für Platons Idee der Philosophen-Könige, mit der eine Traditionslinie zu Vorstellungen eines „Geistesadels“ einsetzte, die bis nah an die Gegenwart heranreicht.¹⁰

Schon in dieser Grundkonstellation und dem Anspruch des antiken Denkers (und seiner Adepten) wird indes deutlich, dass Wissen und Wollen keine getrennten Sphären sind oder sein sollen. Insoweit liegen Epistemologie und Ideologie eventuell doch näher beieinander, als es Vertreter beider Bereiche bisweilen eingestehen wollen. Dieses Problem ist weder ein rein historisches – im Sinne von: vergangenes – noch eines bloß von Staaten, die von radikalen Weltanschauungen angetrieben werden. Es betrifft ebenso westliche Demokratien und konkret die Bundesrepublik. Denn wissenschaftliches Rationalitätsstreben und demokratische Repräsentationsabsicht mögen sich zwar häufig befruchten, und ihre Entkopplung würde manche Krise – vermutlich – in die Katastrophe führen. Da beide Felder aber verschiedenen Legitimationslogiken folgen und ganz unterschiedlich angetriebenen Funktionssystemen – überspitzt: durch „Wahrheit“ hier, durch „Macht“ dort – entsprechen, ergibt sich daraus im Zweifel ein demokratietheoretisches Dilemma. Eine nüchterne Bilanz zu den „Grenzen der Wissenschaft“ im Politischen zog in jüngerer Vergangenheit eine

9 Mark Mazower, *Der dunkle Kontinent. Europa im 20. Jahrhundert*, Berlin 2000.

10 Ein führender Vertreter solcher Vorstellungen war beispielsweise der prominente „Weltbühne“-Intellektuelle Kurt Hiller. Siehe nun umfassend Daniel Münzner, Kurt Hiller. *Der Intellektuelle als Außenseiter*, Göttingen 2015.

Arbeitsgruppe der Berlin-Brandenburgischen Akademie.¹¹ Auch der Schirmmacher'sche Cassandra-Ruf als Warnung vor einer nicht legitimierten, dehumanisierten Herrschaft der Algorithmen und einer „neuen digitalen Planwirtschaft“ ist Indiz dafür.¹²

Ungeachtet der Schlaglichter auf Gegenwart und Altertum befinden wir uns mit den Themen „Ideologie“ und „Wissen“ nach herrschendem Verständnis weder ganz in „unserer Zeit“¹³ noch in der Antike, sondern in der Moderne. Wenn wir die für eine historische Betrachtung so wichtige Verfassungswirklichkeit hinzunehmen, dann befinden wir uns durch die „Realverfassung“ gewordenen Ideologiestaat im 20. Jahrhundert. Diese Geschichte reicht – mit je eigener Akzentsetzung und zeitlicher Ausdehnung respektive Beschränkung – von Kurt Sontheimers Klassiker *Antidemokratisches Denken*¹⁴ über Karl Dietrich Brachers *Zeit der Ideologien*¹⁵ bis zu den weniger „konsensliberalen“ Ausführungen des schon zitierten Eric Hobsbawm, Tony Judts Gedanken zum „vergessenen 20. Jahrhundert“¹⁶ oder Jan-Werner Müllers Ideengeschichte Europas im 20. Jahrhundert unter dem Leitmotiv *Contesting Democracy*.¹⁷

Es ist wohl etwas weitgehend, einige dieser Betrachtungen als „holistische Ansätze im Stil der älteren Geistesgeschichte“ abzutun,¹⁸ weil sie – kritisch gewürdigt – Konstellationen aus Zwischenkriegszeit und Kaltem Krieg fortschrieben und somit auch politisch und geschichtsphilosophisch aufgeladen gewesen seien. Das waren

-
- 11 Themenheft „Grenzen der Wissenschaft“ von Gegenworte, hrsg. von der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, H. 27, Frühjahr 2012; vgl. auch grundlegend: Peter Weingart, *Die Stunde der Wahrheit? Zum Verhältnis der Wissenschaft zu Politik, Wirtschaft und Medien in der Wissensgesellschaft*, Weilerswist 2001.
 - 12 Vgl. Frank Schirmmacher, *Ego. Das Spiel des Lebens*, München 2013; ders., *Die neue digitale Planwirtschaft*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 26. April 2013; ders., *Die offene Gesellschaft braucht neue Freunde*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 8. März 2014.
 - 13 Siehe zuletzt Andreas Rödder, *21.0 – Eine kurze Geschichte der Gegenwart*, München 2015; auch Andreas Wirsching, *Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit*, 2. Aufl., München 2012.
 - 14 Kurt Sontheimer, *Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933*, 3. Aufl., München 1992 (zuerst 1962).
 - 15 Karl Dietrich Bracher, *Zeit der Ideologien. Eine Geschichte politischen Denkens im 20. Jahrhundert*, München 1985 (zuerst 1982).
 - 16 Tony Judt, *Das vergessene 20. Jahrhundert. Die Rückkehr des politischen Intellektuellen*, München 2010.
 - 17 Jan-Werner Müller, *Contesting Democracy. Political Ideas in Twentieth-Century Europe*, New Haven 2011. Dazu auch meine Besprechung der deutschen Ausgabe: *Das „demokratische“ Zeitalter*, in: Uwe Backes/Alexander Gallus/Eckhard Jesse (Hrsg.), *Jahrbuch Extremismus und Demokratie*, Bd. 26, Baden-Baden 2014, S. 330-334.
 - 18 Lutz Raphael, *Radikales Ordnungsdenken und die Organisation totalitärer Herrschaft. Weltanschauungsreligionen und Humanwissenschaftler im NS-Regime*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 27 (2001), S. 5-40, hier: S. 5.

sie zum Teil, aber in belebender, konkurrierender Dynamik – und in den besten Fällen: intersubjektiv nachvollziehbar durch Transparenz der Prämissen.¹⁹

Bei diesen Geschichtsinterpretationen geht es gleichwohl um das Spannungsreiche, das Entgegengesetzte als Bewegungsgesetz im „Zeitalter der Extreme“. Manchmal gerät auch die „Mitte“ in den Blick, weniger das Gemeinsame oder „entfernte Verwandtschaften“.²⁰ Das ändert sich jedoch, sobald wir neben die Kategorie der Ideologie die Kategorie des Wissens rücken lassen und so das Arsenal geschichtlicher Ordnungssysteme sinnvoll erweitern. Schließlich lässt sich das 20. Jahrhundert nicht nur als Zeit der Ideologien, sondern auch unter dem Rubrum der Wissensgesellschaft fassen, geprägt von weit ins Soziale, Ökonomische und Politische ausgreifenden Prozessen der „Verwissenschaftlichung“.²¹

3. Wissenschaftsbasierter Politikersatz? „Technokratie“ und Planung als Leitmotive des 20. Jahrhunderts

Zu solchen wissenschaftsbasierten Analyse- wie gesellschaftlich-politisch relevanten Implementationsmodellen gleichermaßen, die als Signaturen des 20. Jahrhunderts quer zu den großen politischen Ideologien liegen, zählen nicht zuletzt Technokratie, Planung oder das Social Engineering²², der Taylorismus und Fordismus. Letzterem gab Kurt Tucholsky einst in genialer Kürze eine ebenso satirische wie genuin politische Note, indem er den „Fordschritt“ als Triebkraft künftiger Geschichte ausrief.²³ Mit „Technokratie“ und den weiteren mit ihr verwandten Phänomenen ist eine Reihe von Tendenzen genannt, die nicht streng separat voneinander existierten, sondern teilweise parallel, und sich wechselseitige Impulse geben konnten. Diese Konzepte wollten Gesellschaft beschreiben, noch mehr zielten sie aber darauf, diese mittels auf Wissenschaft rekurrierenden Interventionen zu gestalten.

Es waren die Experten – dieser neue oder wenigstens stark aufgewertete Akteurstypus des 20. Jahrhunderts –, die fortan menschliche Verhaltensweisen angesichts der technisch-industriellen Transformation von Lebenswelten inspizierten und analysierten, um sie mittels Plänen in den Griff zu bekommen oder sogar radikal umzu-

19 Siehe zum gesamten Problemfeld die von Riccardo Bavaj und Dominik Geppert organisierte Ausgabe „Intellektuellengeschichte im Kalten Krieg“ von Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 65 (2014), H. 3/4.

20 Vgl. Wolfgang Schivelbusch, Entfernte Verwandtschaft. Faschismus, Nationalsozialismus, New Deal 1933-1939, Berlin 2005.

21 Paradigmatisch Lutz Raphael, Die Verwissenschaftlichung des Sozialen als methodische und konzeptionelle Herausforderung für eine Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, in: Geschichte und Gesellschaft 22 (1996), S. 165-193; siehe auch ders. (Hrsg.), Theorien und Experimente der Moderne. Europas Gesellschaften im 20. Jahrhundert, Köln u.a. 2012.

22 Zu Begriff und exemplarischer Anwendung insbes. Thomas Etzemüller, Die Romantik der Rationalität. Alva & Gunnar Myrdal – Social Engineering in Schweden, Bielefeld 2010.

23 Wiedergegeben bei Adelheid von Saldern, „Alles ist möglich“. Fordismus – ein visionäres Ordnungsmodell des 20. Jahrhunderts, in: Raphael, Theorien und Experimente (FN 21), S. 155-192, hier: S. 156.

gestalten.²⁴ Spätestens mit Einführung des „spezifischen Intellektuellen“ durch Michel Foucault vor dem Hintergrund des Atomzeitalters ist die bis heute aktuelle Frage aufgeworfen, ob nicht der „universelle“ Intellektuelle als semi-kompetenter Gesellschaftskritiker und „Anwalt des Allgemeinen“ (Pierre Bourdieu) zugunsten des Experten ausgedient habe. Für den ideologisch-machtpolitischen Einflussbereich der alten Sowjetunion mag die Herausbildung einer klassengebundenen, (natur-)wissenschaftlich geschulten Intelligenzija-Schicht als Beleg für eine solche Entwicklung herhalten. Es gibt aber ebenfalls Anzeichen dafür, dass der „freischwebende“ Intellektuelle angesichts der Unübersichtlichkeit und des Spezialisierungsgrades westlicher Industriegesellschaften auch und gerade in diesen vom Expertentypus herausgefordert wurde.²⁵

Im Arsenal vieler „Technokraten“, Sozialingenieure und Krisenmanager fand sich die Grundüberzeugung von der Planbarkeit gesellschaftlicher Entwicklungspfade (in der Makrosicht) und der gezielten Beeinflussbarkeit menschlichen Verhaltens (in der Mikrosicht), die bei David Riesman bis zur Diagnose „außengeleiteter“ Individuen reichen sollte.²⁶ Solche konzeptionelle Vorstellungen waren während der „Hochmoderne“ in verschiedenen Ländern unter noch so voneinander divergierenden politischen Verhältnissen aufzufinden. Ihre Hochphase ist – mit Rückbezügen bis ins letzte Drittel des 19. Jahrhunderts – zwischen etwa 1920 und etwa 1970 anzusiedeln. Dabei gingen ihre Repräsentanten „Bündnisse mit Kapitalisten und Sozialisten, mit Demokraten, Nationalsozialisten und Bolschewisten ein, um ihre Visionen neuer Infrastrukturen und Sozialwelten“ verwirklichen zu können.²⁷ Es konnte auch zu gleichsam systemüberwölbenden Bündnissen kommen, wie beispielhaft eine deutsch-amerikanische *Nazi Connection* im Falle der Eugenik belegte.²⁸

Planungsdenken und Social Engineering lagen gewissermaßen an der Schnittstelle jener vier Faktoren, die nach Ian Kershaw das 20. Jahrhundert wesentlich kennzeichneten: Utopien, Wohlstand, Technologie und Gewalt.²⁹ Planung galt demnach, so bündelte Dirk van Laak die These, als „praktische Umsetzung utopischen Denkens, versprach regelmäßige eine deutliche Verbesserung der Lebensverhältnisse, be-

24 So Lutz Raphael, Ordnungsmuster und Selbstbeschreibungen europäischer Gesellschaften im 20. Jahrhundert, in: Ebd., S. 9-20, hier: S. 18; vgl. auch ders., Experten im Sozialstaat, in: Hans Günter Hockerts (Hrsg.), Drei Wege deutscher Sozialstaatlichkeit. NS-Diktatur, Bundesrepublik und DDR im Vergleich, München 1998, S. 231-258.

25 Vgl. etwa Tim B. Müller, Die Intellektuellen und der Krieg. Eine Verteidigung des liberalen Experten, in: INDES, Herbst 2011, S. 69-74.

26 David Riesman, Die einsame Masse. Eine Untersuchung der Wandlungen des amerikanischen Charakters, Hamburg 1958.

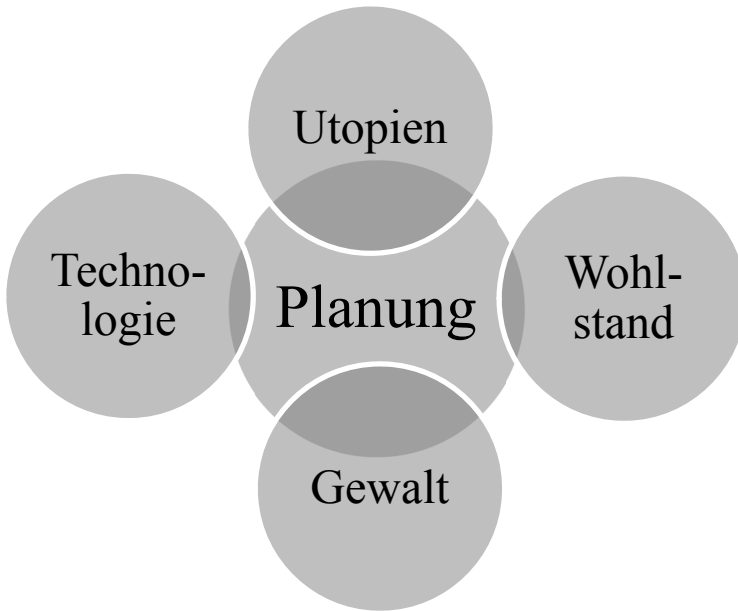
27 Raphael, Ordnungsmuster (FN 24), S. 18.

28 Stefan Kühl, The Nazi Connection. Eugenics, American Racism and German National Socialism, New York/Oxford 1994.

29 So Ian Kershaw, Vier Begriffe für ein Jahrhundert. Was nützt uns eine „Neue Politikgeschichte“?, in: Norbert Frei (Hrsg.), Was heißt und zu welchem Ende studiert man Geschichte des 20. Jahrhunderts?, Göttingen o.J. [2006], S. 148-155.

diente sich hierzu vor allem technologischer Mittel und war doch nur selten frei von Gewalt gegen Menschen oder die Umwelt“.³⁰

Abbildung 1: „Planung“ an den Schnittstellen einer Geschichte des 20. Jahrhunderts



Quelle: Eigene Darstellung (in Anlehnung an Kershaw und van Laak).

Erst ab den 1970er Jahren – in der Zeit „nach dem Boom“³¹ – verloren Technokratiegläubigkeit und Planungsoptimismus an öffentlicher Popularität, wobei das Ende der dahinter stehenden Phänomene bezweifelt werden darf. Gerade im Zuge der Euro- und Finanzkrise erlebte in den letzten Jahren der „Nicht-Politiker-Politiker“ oder „Technokrat“, so unbeliebt dieser sein mag, gleichsam eine Renaissance. Ebenso war die – angebliche – Herrschaft der „Sachzwänge“ auch während ihrer Hochphase, ob in der Zwischenkriegszeit oder während der 1960er Jahre, bisweilen deutlicher Kritik von rechts wie links ausgesetzt. Carl Schmitt beispielsweise griff 1929 „technizistische“ Heilserwartungen als ein Kennzeichen im „Zeitalter der Neutralisierungen und Entpolitisierungen“ heftig an und stritt einmal mehr für den Vorrang

30 Dirk van Laak, Planung. Geschichte und Gegenwart des Vorgriffs auf die Zukunft, in: Geschichte und Gesellschaft 34 (2008), S. 305-326, hier: S. 305.

31 So Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael, Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, 3. Aufl., Göttingen 2012.

politischer Dezision.³² Max Horkheimer verfasste 1947 mit *Eclipse of Reason* eine *Kritik der instrumentellen Vernunft*,³³ worin er vor einer von technisch-rational verengter Vernunft geleiteten politisch-gesellschaftlichen Herrschaft warnte. Jürgen Habermas' *Technik und Wissenschaft als „Ideologie“* vermutete 1968 hinter technokratischen Haltungen gleichsam „entpolitisiert“ sich maskierende Machtstrukturen. Habermas charakterisierte das „technokratische Bewusstsein“ als eine „dominante [...] Hintergrundideologie“, die auf den ersten Blick „weniger ideologisch“ als ältere Ideologien erscheine, tatsächlich aber „unwiderstehlicher und weitreichender“ als diese sei, indem sie die „Wissenschaft zum Fetisch“ mache. Mit großer Sorge betrachtete er die „Entpolitisierung der Masse der Bevölkerung“ angesichts eines neuen „technokratischen Bewusstseins“.³⁴

Wenngleich nicht von links und in „kritischer“ Absicht, vielmehr aus der Tradition eines Schmitt'schen Staatsverständnisses warnte auch ein Autor wie Bernhard Willms vor dem „Ersatz des Politischen durch szientistische, also bornierte Rationalität, Technik und neuerdings Planung“. Es könne sogar eine „Gefahr des kalten Totalitarismus“³⁵ aus der „Planungsideologie“ erwachsen.³⁶ Und für den liberalkonservativen Philosophen Hermann Lübke³⁷ war die „politische Theorie der Technokratie“³⁸ ein Ordnungskonzept, das „strukturell undemokratisch“ sei. Im Verhältnis zur Ideologie hielt er über das „technokratische“ als einem „System des Schweigens“ fest:

„Es erzieht zu solchem Schweigen. Das könnte die Folge haben, dass von der Sprache der Ideologie, wo sie laut wird, eine lachhafte Wirkung ausgeht. Das Gegenteil ist aber wahrscheinlicher, dass nämlich auf dem Hintergrund des nüchternen Schweigens der Technokraten das Wort der Ideologie in einer erhabenen Feierlichkeit zu tönen beginnt, die jeden Versuch eines kritischen Rasonnements niederschlägt. Insofern gehörte zur Technokratie, im Interesse ihrer Selbsterhaltung gegen die Machtergreifung der Ideologie, dass sie jenem freien Rasonnement in sich Raum gibt, welches die Ideologien als ihren gefährlichsten Feind fürchten. Einzig solches Rasonnement könnte auch das Miss-

32 Carl Schmitt, *Das Zeitalter der Neutralisierungen und Entpolitisierungen* (1929), in: Ders., *Der Begriff des Politischen*. Text von 1932 mit einem Vorwort und drei Corollarien, Berlin 1963, S. 79-95. Siehe zu Schmitts Position auch Pietro Morandi, *Zur Geschichte und Theorie der Technokratie*, in: *Berliner Debatte INITIAL* 8 (1997), H. 3, S. 117-126.

33 Max Horkheimer, *Eclipse of Reason*, Oxford 1947; als deutsche Ausgabe zwanzig Jahre später unter dem Titel: *Zur Kritik der instrumentellen Vernunft*, Frankfurt a.M. 1967.

34 Jürgen Habermas, *Technik und Wissenschaft als „Ideologie“*, Frankfurt a.M. 1968, S. 88 f., 91.

35 Bernhard Willms, *Zur Dialektik der Planung*. Fichte als Theoretiker einer geplanten Gesellschaft, in: Wilhelm Anz u.a. (Hrsg.), *Säkularisation und Utopie*. Ebracher Studien. Ernst Forsthoff zum 65. Geburtstag, Stuttgart 1967, S. 155-167, hier zitiert nach Michael Ruck, *Ein kurzer Sommer der konkreten Utopie – Zur westdeutschen Planungsgeschichte der langen 60er Jahre*, in: Axel Schildt u.a. (Hrsg.), *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Staaten*, Hamburg 2000, S. 362-401, hier: S. 367.

36 Bernhard Willms, *Planungsideologie und revolutionäre Utopie. Die zweifache Flucht in die Zukunft*, Stuttgart 1969.

37 Grundlegend zur Einordnung: Jens Hacke, *Philosophie der Bürgerlichkeit. Die liberalkonservative Begründung der Bundesrepublik*, 2. Aufl., Göttingen 2008.

38 Hermann Lübke, *Zur politischen Theorie der Technokratie*, in: *Der Staat* 1 (1962), S. 19-38.

trauen gegen die sozusagen arteigene Ideologie der Technokratie hüten, der gemäß sich, um den Gegner a priori zum Schweigen bringen, als Logik der Tatsachen tarnt, was doch in Wirklichkeit wie eh und je Politik ist.“³⁹

Das Spektrum der Kritiker bietet sich wohl auch deswegen so ausgedehnt dar, weil das ihrer Befürworter wie das Phänomen selbst so schwer gemäß den Himmelsrichtungen des politisch-ideologischen Kompasses zu fixieren waren. Eben dies Systemungebundene, das Transnational-Globale und das Langlebige machen den eigentlichen Reiz des Themas aus, das als gesellschaftlich-politische Werthaltung lange unbemerkt blieb, in der jüngsten Zeit aber verstärkt in das Blickfeld der modernen Geschichte gerät. An dieser Stelle bietet sich eine wenigstens knappe Archäologie an.⁴⁰

Weit ausgreifend lassen sich Elemente technokratischer Denkweisen in frühen Utopie-Entwürfen vor dem 20. Jahrhundert „ausgraben“, ob bei Tommaso Campanella („Sonnenstaat“) oder bei Francis Bacon („Nova Atlantis“). Letztgenanntem wird das Diktum zugeschrieben, Erfindungen wie Schießpulver, Kompass und Buchdruck hätten weit über den engen Bereich der Technik hinaus eine revolutionäre Kraft entfaltet und den Lauf der Dinge mehr beeinflusst als Krieg, Politik und Religion.⁴¹ Die frühneuzeitlichen Utopievorstellungen zielten aber entweder auf isolierte, von der Außenwelt abgeschlossene Räume oder auf weit entrückte Zeiten. Erst im 20. Jahrhundert schrumpfte beides zusammen, näherten sich Utopie/Dystopie der Gegenwart an, nahmen die darin präsentierten Szenarien in sehr konkreter Form verheißungsvolle respektive bedrohliche Züge an. Dies hing auch damit zusammen, dass sich die lang gestreckte Jahrhundertwende „1900“ nicht zuletzt in wissenschafts- und technikgeschichtlicher Hinsicht als Zäsur beschreiben lässt.⁴²

39 Ebd., S. 38. Nicht nur inhaltlich lagen Habermas und Lübbe mit ihrer Kritik im Grundsatz nahe beieinander, sondern ebenso in der Dauerhaftigkeit ihrer Sorge gegenüber einem – vermeintlichen – technokratischen Politikersatz, gerade weil dadurch Geschichte und im 20. Jahrhundert „auch schlimme Weltgeschichte“ geschrieben worden sei. So Hermann Lübbe, *Technokratie. Politische und wirtschaftliche Schicksale einer philosophischen Idee*, in: *WeltTrends* Nr. 18/1998, S. 39-61, hier: S. 40; siehe Jürgen Habermas, *Im Sog der Technokratie*. Kleine Politische Schriften XII, Berlin 2013, insbes. S. 82-111.

40 Diese stützt sich auf die fundierten Ausführungen von Dirk van Laak, *Technokratie im Europa des 20. Jahrhunderts – eine einflussreiche „Hintergrundideologie“*, in: Raphael, *Theorien und Experimente* (FN 21), S. 101-128; siehe auch ders., *Weißer Elefant. Anspruch und Scheitern technischer Großprojekte im 20. Jahrhundert*, Stuttgart 1999. Er ist zudem Mitherausgeber der Buchreihe „Making Europe. Technology and Transformations“ bei „Palgrave Macmillan“, die nicht zuletzt „Wissen“, „Infrastrukturen“, „Governance“ und „Medien“ in den Blick nimmt, um die Geschichte Europas zwischen 1850 und 2000 globalgeschichtlich und transnational neu zu taxieren.

41 In Aphorismus 129 seines Werks „*Novum Organum*“ von 1620 heißt es: „Wir sollten unser Augenmerk auf die Kraft, die Auswirkungen und Folgen von Erfindungen richten, die nirgends auffälliger waren als im Fall jener drei den Alten unbekannten Errungenschaften, nämlich dem Buchdruck, dem Schießpulver und dem Kompass. Diese drei Errungenschaften haben das Erscheinungsbild und den Zustand der ganzen Welt verändert.“ Zitiert nach: Elizabeth Eisenstein, *Die Druckerpresse. Kulturrevolutionen im frühen modernen Europa*, Berlin u.a. 1997, S. 12.

42 Einen exzellenten Überblick bietet Paul Nolte, 1900: Das Ende des 19. und der Beginn des 20. Jahrhunderts in sozialgeschichtlicher Perspektive, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 47 (1996), S. 281-300.

Wissensproduktion erlebte einen Schub der Institutionalisierung, Professionalisierung, Differenzierung und Verstaatlichung. Erst jetzt ließen sich Prozesse einer auf das Soziale, Ökonomische und Politische ausgreifenden Verwissenschaftlichung als ubiquitäres Phänomen wahrnehmen. Szöllösi-Janze spricht von einer gleichsam genetischen Programmierung solch „hochmoderner“ Gesellschaftssysteme, beruhten sie doch auf einer „triple helix“ aus Staat, Wirtschaft und Wissenschaft und sei eine „epistemic community“ mit fast ganzheitlichem Anspruch erst jetzt voll entfaltet zu erkennen.⁴³ Nicht zuletzt begann nun auch der Siegeszug des Ingenieurs als wissenschaftlich geschultem Akteur, der vor allem das (expansive) Machbare und (wertfrei daherkommende) Effizienz verkörperte, um daraus gelegentlich einen gesellschaftlich-politischen Führungsanspruch abzuleiten: als vermeintlich ideologiefreier, unpolitischer Experte.⁴⁴

Die „technokratische“ Grundkonstellation war darin klar erkennbar. Das Wort „Technokratie“ lässt sich erstmals für das Jahr 1919 nachweisen, als es ein amerikanischer Ingenieur innerhalb einer Debatte über den Charakter „industrieller Demokratie“ in die politische Sprache einführte. „Von ‚Technokratie‘ könne dann gesprochen werden“, heißt es bei van Laak zum Begriffsverständnis, „wenn sich technische Rationalität mit dem Anspruch auf politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Führung verbindet, wenn Gesellschaftsmodelle überwiegend der Logik des Technischen folgen oder wenn Techniker, Ingenieure oder vergleichbare Experten ‚wissenschaftlich‘ und ‚zweckrational‘ orientierte Kontroll-, Regelungs- oder sogar Entscheidungsbefugnisse für gesellschaftspolitisch relevante Fragen beanspruchen.“⁴⁵ In einem „engen Sinne“ sei darunter eine, nicht zuletzt in Amerika anzutreffende, politisch organisierte Bewegung während der 1920/30er zu verstehen, in einem „weiteren Sinne“, der für den Zweck einer historischen Taxierung des 20. Jahrhunderts relevanter ist, ein „nicht organisiertes Set an bestimmten Ideen und Einstellungen“, das sich aus beruflich-wissenschaftlichen Prägungen ergibt und mit einer „technizistische[n] und planungsoptimistische[n] Haltung gegenüber gesellschaftlichen Problemlagen“ verbindet.⁴⁶ Im Mittelpunkt des technokratischen Denkens, heißt es weiter bei van Laak, steht ein entschiedener, rationalistisch-reduzierter, wissenschaftsgläubiger Vernunftbegriff:

„Er speist sich aus der Vorerfahrung einer fortschreitenden Bemächtigung der Natur durch den Menschen, beruft sich gelegentlich auf die biblische Aufforderung, sich die Erde untertan zu machen und nährt eine dem genialischen Schöpferum verpflichtetete Werthaltung. Die Auseinandersetzung mit der Natur, ihre Unterwerfung und effiziente Nut-

43 Szöllösi-Janze (FN 7), S. 300, mit Bezug auf: Henry Etzkowitz/Loet Leydesdorff (Hrsg.), Universities and the Global Knowledge Economy. A Triple Helix of University-Industry-Government Relations, London 1997.

44 Vgl. mit vielen Belegen Harmut Berghoff, „Dem Ziele der Menschheit entgegen“. Die Verheißungen der Technik an der Wende zum 20. Jahrhundert, in: Ute Frevert (Hrsg.), Das Neue Jahrhundert. Europäische Zeitdiagnosen und Zukunftsentwürfe um 1900, Göttingen 2000, S. 47-78.

45 Van Laak, Technokratie im Europa des 20. Jahrhunderts (FN 40), S. 106.

46 Ebd.

zung für menschliche Bedürfnisse nach der Maßgabe maximaler Energieausbeute bildet gleichsam die Meistererzählung des technischen Weltbildes, das zudem streng fortschrittsorientiert und an überzeitlich wirksamen Leistungen ausgerichtet ist.⁴⁷

Ihre Fortschrittsorientierung teilten die technokratisch Gesinnten mit dem optimistischen Weltbild des – während des Ersten Weltkrieges in die Krise geratenen – Liberalismus. Insoweit waren ihre Vorstellungen anschlussfähig. Anders als im Falle klassisch liberaler Ideen kam der Gestaltungsfreiheit des Individuums an sich kein herausgehobener Rang zu. Gerade die Katastrophenerfahrung des Ersten Weltkriegs ließ einen massiven Vertrauensverlust gegenüber der Gestaltungskraft verantwortlicher Einzelpersonlichkeiten erstarken. Stattdessen gewannen Ordnungskonzepte korporatistischer Natur an Terrain, die auf das Wissen von Expertengremien gestützt sein sollten. Der österreichische Nationalökonom Otto Neurath meinte 1919, es gelte, „unsere Lebensordnung wie eine Maschine umzukonstruieren“ und auf dem „Gebiet der Gesellschaftstechnik“ streng „rationalistisch“ vorzugehen. Dies mündete in die Frage: „Warum entwerfen wir nicht schon längst einen Plan der Pläne?“⁴⁸

Fortschritt wird aus solchem Blickwinkel nicht länger – wie im „langen“ 19. Jahrhundert – als „Resultat geschichtlicher Entwicklung aus größtmöglicher individueller Entscheidungsfreiheit“ verstanden, sondern als „Resultat technischer Expertise“. Dort wo diese vorherrscht und mit politischem Entscheidungshandeln verquickt wird, „kann Expertentum empirisch verbürgtes Wissen um die Grenzen technischer Machbarkeit transzendieren und technische Großprojekte visionären Zuschnitts entwickeln, die dann den ‚Fortschritt‘ markieren“.⁴⁹ Symbolischen Ausdruck fand dies in den Großbauprojekten des Kommunismus, im Tennessee-Projekt des amerikanischen New Deal oder in gigantomatisch-machtstrotzenden Bauvorhaben des italienischen Faschismus und des deutschen Nationalsozialismus.⁵⁰

Auch in Staatswappen haben Insignien des Planungs- und Technokratiezeitalters Einzug gehalten – in Fällen von diktatorischen ebenso wie von demokratischen politischen Systemen. Die DDR und die Italienische Republik mögen als einigermaßen

47 Ebd., S. 107.

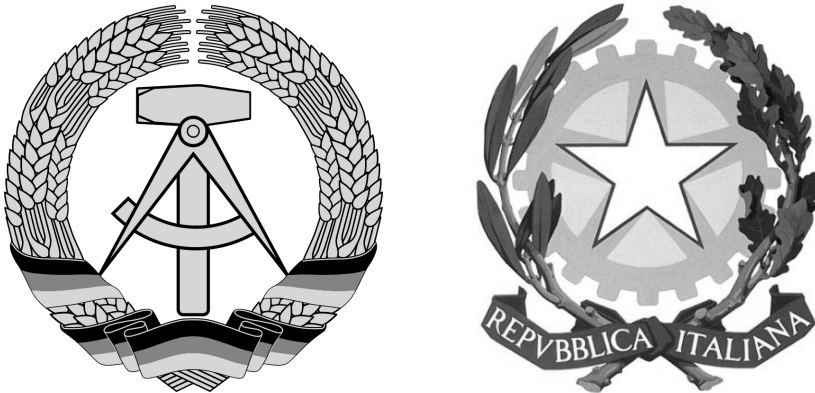
48 Otto Neurath, Technik und Wirtschaftsordnung (1919), in: Ders., Durch die Kriegswirtschaft zur Naturalwirtschaft, München 1919, S. 221-227, hier: S. 226; wiedergegeben nach: Dirk van Laak, Zwischen ‚organisch‘ und ‚organisatorisch‘. ‚Planung‘ als politische Leitkategorie zwischen Weimar und Bonn, in: Burkhard Dietz/Helmut Gabel/Ulrich Tiedau (Hrsg.), Griff nach dem Westen. Die „Westforschung“ der völkisch-nationalen Wissenschaften zum nordwesteuropäischen Raum (1919-1960), Münster u.a. 2003, S. 67-90, hier: S. 76. Nach dem Zweiten Weltkrieg und ersten Erfahrungen mit atomarer Zerstörungskraft ließ Albert Einsteins „Vertrauen auf eine bessere Zukunft und auf ein anständigeres Verhalten der Menschen“ nach. Er hoffte deshalb stattdessen „auf das Wirken einer Maschine“, so in einem Brief an die belgische Königinmutter vom 3. Januar 1952. Wiedergegeben nach Britta Scheideler, Albert Einstein in der Weimarer Republik. Demokratisches und elitäres Denken im Widerspruch, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 53 (2005), S. 381-419, hier: S. 418.

49 Anselm Doering-Manteuffel, Ordnung jenseits der politischen Systeme: Planung im 20. Jahrhundert, in: Geschichte und Gesellschaft 34 (2008), S. 398-406, hier: S. 401 f.

50 Vgl. van Laak, Weiße Elefanten (FN 40); Klaus Gestwa, Die Stalinschen Großbauten des Kommunismus. Sowjetische Technik- und Umweltgeschichte 1948-1967, München 2010.

zufällig gewählte Beispiele dienen.⁵¹ Die technokratische Symbolsprache wies freilich stets ins Politisch-Ideologische. So repräsentierte – im Falle der DDR – der Hammer die Arbeiterklasse, der Zirkel die Intelligenz-Schicht, der Ährenkranz die Bauernschaft. Das Zahnrad steht im italienischen Wappen für Arbeit und Fortschritt der geeinten Nation (weißer Stern), die Stärke ausstrahlen und für Frieden eintreten solle (Eichen- und Olivenzweige).

Abbildung 2: Staatsemlematik und „Technokratie“: DDR und Italien



Quellen: Staatsemler der DDR (28. Mai 1953 bis 26. September 1955), unter: [http://de.wikipedia.org/wiki/Staatswappen_der_Deutschen_Demokratischen_Republik#/media/File:Coat_of_Arms_of_East_Germany_\(1953-1955\).svg](http://de.wikipedia.org/wiki/Staatswappen_der_Deutschen_Demokratischen_Republik#/media/File:Coat_of_Arms_of_East_Germany_(1953-1955).svg); Staatsemler der Republik Italien ab 1948 – nach dem Originalgemälde Paolo Paschetto, entnommen der Internetseite des italienischen Staatspräsidenten: www.quirinale.it.

Die politische Entschlackung des Rationalismus- und Modernisierungsverständnisses von aufklärerisch-liberal-individualistischen Ansichten und der Schwenk hin zu einem sich ‚entpolitisiert‘ und doch visionär gebenden technizistischen Weltbild schufen erst die Grundlage für die Einbindung eines technokratischen Können-Bewusstseins in verschiedene Ideologien und Ordnungskonzeptionen. Herstellung und Beibehaltung von Ordnung, Steuerung und Kontrolle entlang wissenschaftlich-rationalistischer Grundannahmen hielten nicht nur rechte wie linke Autokratien, sondern auch westliche Demokratien mit einer liberalen Politik- und Gesellschaftsverfassung für erstrebenswert. Hierin kam einmal mehr die schon sprichwörtlich „ambivalente

51 Erwähnenswert ist beispielsweise auch die brasilianische Flagge, die ein Spruchband mit dem Motto „ordem e progresso“ (Ordnung und Fortschritt) enthält, das auf Auguste Comte zurückgeht. Er gilt als einer der Begründer technokratisch-positivistischer Gesellschaftsentwürfe.

Moderne“⁵² zum Ausdruck: Der Wunsch nach Beherrschung von Komplexität⁵³ war systemübergreifend und wohl ein Kennzeichen moderner Industriegesellschaften überhaupt. Ihnen allen wohnt daher – unabhängig vom politisch-staatlichen Ordnungssystem – ein beachtliches Maß an Chaosresistenz und Katastrophenabwehr, ja auch an Revolutionsträgheit inne.⁵⁴

Das technokratische Planungsdenken konnte sich sozusagen quer zu den Ideologien und Herrschaftssystemen legen, weil es zunächst einer einigermaßen temperamentlosen Wissenslogik folgte, keiner politischen und schon gar nicht einer spezifisch demokratischen. Der Wunsch der Technokraten nach staatlicher Exekution ihrer zweifelsfreien Expertise und effizienter Umsetzung ließ manchen Kritiker allerdings eine Neigung hin zu Diktaturen erkennen, weil sie – anders als Demokratien – auf komplizierte „pluralistische“ Aushandlungsprozesse verzichten konnten oder solche nur zum schönen ‚legitimierenden‘ Schein inszenierten. Argwöhnisch diagnostizierten nicht zuletzt (radikal-)liberale Autoren wie Friedrich August von Hayek, Ludwig von Mises oder Karl Raimund Popper ab den 1930er Jahren – und als „cold war liberals“ nochmals verstärkt nach Aufblühen des Ost-West-Konflikts – eine totalitäre Tendenz des Technokratischen. Planungsdenken, eine „physikalistische Deutung der Welt“, verbunden mit einem „technizistischen Organisationskult“ konnten ihres Erachtens nur allzu rasch eine totalitäre Wendung nehmen.⁵⁵ Jüngere Forschungen zur Ideen- und Wissenschaftsgeschichte des Nationalsozialismus halten diesen im Übrigen nicht länger einfach für ein wissenschaftsfeindliches System, sondern betonen Expertenkulturen (auch repräsentiert durch „SS-Intellektuelle“) und ein „radikales Ordnungsdenken“, das sich in seiner technokratischen Kühle mit einer irrationalen Ideologie verbinden ließ und so eine die „totalitäre Dynamik des Regimes“ unterstützende Kraft entfaltete.⁵⁶

Nach dem Zweiten Weltkrieg und vor dem Hintergrund nationalsozialistischer Vierjahres- und Generalpläne, vor allem des Plan-Paradigmas der Ostblockländer

52 Vor allem Zygmunt Bauman, *Moderne und Ambivalenz. Das Ende der Eindeutigkeit*, Hamburg 2005.

53 Es war aber gerade diese, die Planungsprozesse und „technokratische“ Implementationen strukturell beschränkte. So Fritz W. Scharpf, *Komplexität als Schranke der politischen Planung*, in: Ders., *Planung als politischer Prozess. Aufsätze zur Theorie der planenden Demokratie*, Frankfurt a.M. 1973, S. 73-113.

54 Dazu klassisch und weiterhin grundlegend: Richard Löwenthal, *Vom Ausbleiben der Revolution in den Industriegesellschaften*, in: *Historische Zeitschrift* 232 (1981), S. 1-24.

55 So Friedrich August von Hayek, *Wahrer und falscher Individualismus* (1945), zitiert nach: Bernhard Löffler, *Ein deutscher Weg in den Westen. Soziale Marktwirtschaft und europäischer Neoliberalismus*, in: Friedrich Kießling/Bernhard Rieger (Hrsg.), *Mit dem Wandel leben. Neuorientierung und Tradition in der Bundesrepublik der 1950er Jahre*, Köln u.a. 2011, S. 29-61, hier: S. 53. Siehe auch die Hauptwerke von Friedrich A. Hayek, *The Road to Serfdom*, London 1944, sowie von Karl R. Popper, *The Open Society and Its Enemies*, 2 Bde., London 1945.

56 Lutz Raphael, *Radikales Ordnungsdenken* (FN 18), S. 38; siehe auch: Ulrich Herbert, *Intellektuelle im „Dritten Reich“*, in: Gangolf Hübinger/Thomas Hertfelder (Hrsg.), *Kritik und Mandat. Intellektuelle in der deutschen Politik*, Stuttgart 2000, S. 160-177; Michael Wildt, *Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes*, Hamburg 2002.

und speziell der DDR⁵⁷, gab es insbesondere im Westen Deutschlands zunächst keine lauten Befürworter des Planungsdenkens. Entgegen der Mehrzahl öffentlicher politischer Stellungnahmen, die vom Antitotalitarismus – und in den 1950ern vor allem von einem politisch-kulturell durchdringenden Antikommunismus⁵⁸ – geprägt waren, wohnte bereits den Wiederaufbaujahren ein technokratischer Zug inne, bevor die 1960er und 1970er Jahre offen sichtbar im Zeichen der Planung standen. Selbst von einem „Regierungscomputer“, der große Datenmengen verarbeiten sollte, um über Zweifel erhabene, objektiv-sachlich anmutende Entscheidungen auf den Weg zu bringen, war am Beginn der 1970er Jahre sogar im Bundeskanzleramt etwas zu vernehmen.⁵⁹ Der *Spiegel* titelte am 1. Februar 1971: „Computer statt Politik“. Das Cover zierte übergroß Kanzleramtsministers Horst Ehmkes Kopf, der sich in Lochkarten-Streifen auflöste, die das Regierungsgebäude wie ein Lasso einfingen.

Der exzessive Planungsdiskurs jener Jahre, der im *Spiegel*-Titel einen bildlich-sorgenvollen Ausdruck fand, ist schon wiederholt gründlich dargelegt worden,⁶⁰ weshalb hier nur soviel festgehalten sei: Der technokratische Anspruch rationaler Steuerung und Kontrolle erlebte erneut eine Blütezeit, die aber nicht eindeutig politisch-ideologischen Prädispositionen zuzuweisen und in den Industriegesellschaften in Ost wie West samt Ausstrahlung in die „Dritte Welt“ wahrzunehmen war.⁶¹ Nicht allein die natur- und ingenieurwissenschaftliche Sparte erfreute sich einer erhöhten Nachfrage, auch die professionelle Politikberatung erlebte einen Aufschwung ebenso wie Sozialwissenschaften, insbesondere wenn sie ihre politischen Deutungsangebote auf eine – vermeintlich – harte „szientifisch“-empirische Datengrundlage stützen konnten.⁶²

57 Dazu maßgeblich: Peter C. Caldwell, *Dictatorship, State Planing, and Social Theory in the German Democratic Republic*, Cambridge/New York 2003; siehe auch den modernen „Klassiker“ von Peter Christian Ludz, *Parteilite im Wandel. Funktionsaufbau, Sozialstruktur und Ideologie der SED-Führung. Eine empirisch-systematische Untersuchung*, Köln u.a. 1968.

58 Vgl. Stefan Creuzberger/Dierk Hoffmann (Hrsg.), „Geistige Gefahr“ und „Immunisierung der Gesellschaft“. Antikommunismus und politische Kultur in der frühen Bundesrepublik, München 2014.

59 Vgl. van Laak, *Planung* (FN 30), S. 318.

60 Vgl. etwa Ruck (FN 35); Gabriele Metzler, *Am Ende aller Krisen? Politisches Denken und Handeln in der Bundesrepublik der sechziger Jahre*, in: *Historische Zeitschrift* 275 (2002), S. 57-103; Ulrich Bröckling, *Alle planen, auch die, die nicht planen. – Niemand plant, auch die nicht, die planen. Konturen einer Debatte*, in: *Mittelweg* 36 17 (2008), H. 6, S. 61-79.

61 Dies zeigte auch die Ausstrahlungskraft von James Burnhams Überlegungen zu einer „Manager-Elite“ und zum „Managerialismus“ nicht nur in westlich-liberalen, sondern auch in östlich-kollektivistischen Ländern. Vgl. die deutsche Ausgabe von „*The Managerial Revolution*“: James Burnham, *Das Regime der Manager*, Stuttgart 1948.

62 Vgl. allgemein Benjamin Ziemann, *Die Metaphorik des Sozialen. Soziologische Selbstbeschreibungen westeuropäischer Gesellschaften im 20. Jahrhundert*, in: Raphael, *Theorien und Experimente* (FN 21), S. 193-227; Christiane Reinecke/Thomas Mergel (Hrsg.), *Das Soziale ordnen. Sozialwissenschaften und gesellschaftliche Ungleichheit im 20. Jahrhundert*, Frankfurt a.M./New York 2012; zu nennen ist auch der Bedeutungsgewinn der Demoskopie nach 1945, der bis in die Außenpolitik hineinreichen konnte: siehe Anja Kruke, *Demoskopie in der*

In Westdeutschland sorgte Helmut Schelsky, dessen Stimme sozialwissenschaftlicher Zeitdiagnostik Gewicht besaß und der als einer der Hauptvertreter des „technokratischen Konservatismus“ galt⁶³, mit *Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation* Anfang der 1960er Jahre für Aufmerksamkeit. Er skizzierte ein Szenario, in dem politische Entscheidungen sich als „Deduktionen aus technisch aufbereiteten Daten“ gewinnen ließen und in dem „an die Stelle eines politischen Volkswillens [...] die Sachgesetzlichkeit“ trete. Optimales Funktionieren heiße das Gebot der Stunde, das die Frage nach der Legitimation in den Hintergrund treten lasse. In der Konsequenz sterbe der politische Staat ab und gestalteten sich politische Aushandlungsprozesse in Form von „Gutachterkämpfen“. Alles entscheidend sei die „sachliche Richtigkeit“. Insofern setze sich das „technische Argument [...] unideologisch durch“, wirke „unterhalb jeder Ideologie“ und beseitige jene „Entscheidungsebene, die früher von den Ideologien getragen wurde“. In Abwandlung der berühmten Carl-Schmitt-Formel zum Politischen hieß es nun bei Schelsky, „dass souverän ist, wer über die höchste Wirksamkeit der in einer Gesellschaft angewandten wissenschaftlich-technischen Mittel verfügt“. Der „technische Staat“ agiere – angesichts seiner ostentativen Ideologieabstinenz – zwar nicht offen „antidemokratisch“, entziehe aber der „Demokratie ihre Substanz“.⁶⁴

Hier wie im Falle von Daniel Bells Postulat vom „Ende der Ideologie“⁶⁵, stellt sich die Frage, ob diese Annahme nicht selbst eine Ideologie oder zumindest Illusion begünstigt, nämlich eines unpolitisch-entideologisierten Charakters moderner Gesellschaften und ihrer Ordnungsregime. Ein gut gefülltes technokratisches Ideenarsenal ohne ausgeprägtes politisches Problembewusstsein kann schließlich rasch der Instrumentalisierung anheimfallen und zur Bedrohung werden. Ungeachtet solcher Überlegungen half insbesondere Bell mit seinen Thesen zur postindustriellen Gesellschaft im darauffolgenden Jahrzehnt der Rede von der *knowledge society* zum weltweiten Siegeszug. Im Zeichen der Postmaterialität und ergänzt um das Schlagwort

Bundesrepublik Deutschland. Meinungsforschung, Parteien und Medien 1949-1990, Düsseldorf 2007; Peter Hoeres, Außenpolitik und Öffentlichkeit. Massenmedien, Meinungsforschung und Arkanpolitik in den deutsch-amerikanischen Beziehungen von Erhard bis Brandt, München 2013.

63 Zur Einordnung Schelskys vgl. Patrick Wöhrle, Zur Aktualität von Helmut Schelsky. Einleitung in sein Werk, Wiesbaden 2015; Alexander Gallus (Hrsg.), Helmut Schelsky – der politische Anti-Soziologe. Eine Neurezeption, Göttingen 2013.

64 Helmut Schelsky, *Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation*, Köln/Opladen 1961, Zitate: S. 9, 22, 24, 28 f., 31 f. Später formulierte Schelsky nochmals ähnlich: „Souverän ist, wer den Sachverhalt definiert.“ So ders., *Macht durch Sprache*, in: Gerd-Klaus Kaltenbrunner (Hrsg.), *Sprache und Herrschaft*, Freiburg i.Br. 1975, S. 176-178, hier: S. 176.

65 Daniel Bell, *The End of Ideology. On the Exhaustion of Political Ideas in the Fifties*, New York 1960. In dieselbe Richtung zielte: Robert E. Lane, *The Decline of Politics and Ideology in a Knowledgeable Society*, in: *American Sociological Review* 31 (1966), S. 649-662. Karl Mannheim hatte bereits ähnliche Thesen am Ende der 1920er Jahre entwickelt. Während ihm ein Ende der Ideologie begrüßenswert erschien, hielt er eine umfassende Absage an utopisches Denken für gefährlich, da dann der menschliche Anspruch auf geschichtliche Gestaltungskraft verlustig zu gehen drohte. Vgl. Karl Mannheim, *Ideologie und Utopie* (1929), 6. Aufl., Frankfurt a.M. 1978, S. 220 ff.

von der „Netzwerkgesellschaft“ erlebte sie nochmals einen Bedeutungszuwachs.⁶⁶ Spätestens angesichts kybernetischer Kreislaufmodelle mit gesamtgesellschaftlichem Erklärungs- und Gestaltungsanspruch sowie der auf eine Global- und Zukunftssteuerung⁶⁷ zielenden Postulate des Club of Rome schäumte das Wissens- und Informationszeitalter gleichsam über.

Es zeichnete sich darin ein Politikmodell ab, das einen engen, in den Augen manchen Beobachters gefährlichen oder zumindest demokratietheoretisch höchst bedenklichen Zusammenhang zwischen Expertenwissen und Handlungsanweisung herstellte. Noch 2010 warnte der Sozialpsychologe Harald Welzer in der (heftigen, gleichwohl fast schon wieder vergessenen) Auseinandersetzung um „Stuttgart 21“ vor den Auswüchsen einer „Expertokratie“. Obgleich die „parlamentarischen Verkehrsformen“ in diesen wie vergleichbaren Fällen „eingehalten“ würden, seien diese „Planungsprozesse immanent undemokratisch“, liefen sie doch lediglich „in der Dualität zwischen Techno- und Politikerpolitik“ ab. „Am Ende heißt es dann: Was wir entschieden haben, war alternativlos.“⁶⁸ So paradox es klingen mag, hat die Forderung nach „Sachlichkeit“ bei aller Kühle und Rationalität, die ihr eigen zu sein scheint, bisweilen obsessive, auch destruktive Züge angenommen.⁶⁹

4. Abschließende Thesen

Erstens: Ideologiezeitalter und Wissensgesellschaft haben sich zu je unterschiedlichen Melangen verbunden, die ungeachtet vielfältiger Anstrengungen in diese Richtung weiterer Untersuchung bedürfen. – Die Erörterung der aufgezeigten Signaturen kann bislang unterschätzte Zusammenhänge, Konversionen und Kontinuitäten der Moderne freilegen. So wichtig Ab- und Umbrüche oder politische Systemwechsel sind und so sehr damit Großideologien mit holistischem Anspruch von Zeit zu Zeit gleichsam mit einem Handstreich hinweggefegt werden, so wirkmächtig oder wenigstens unbeeinträchtigt mögen die Ideen-Signaturen sein, mit denen kein expliziter – oder wenn: ein camouflierter – Herrschaftsanspruch verbunden ist. Es wäre zu

66 Kontextualisiert innerhalb der Debatten um einen Strukturbruch während der 1970er Jahre: Doering-Manteuffel/Raphael (FN 31), insbes. Kapitel 2.

67 Vgl. neuerdings die umfassende historische Studie zur Entdeckung der Zukunft im 20. Jahrhundert von Elke Seefried, *Zukünfte. Aufstieg und Krise der Zukunftsforschung 1945-1980*, Berlin/Boston 2015.

68 „Die Zukunft wird sehr kleinteilig sein“. Interview mit Harald Welzer, in: *Die Tageszeitung* vom 22. Oktober 2010; siehe neuerdings auch die kapitalismus- und technokratiiekritische Streitschrift von Joseph Vogl, *Der Souveränitätseffekt*, Zürich/Berlin 2015.

69 Vgl. die begriffsgeschichtlich aufschlussreichen Belege bei Willibald Steinmetz, *Anbetung und Dämonisierung des „Sachzwangs“*. Zur Archäologie einer deutschen Redefigur, in: Michael Jeismann (Hrsg.), *Obsessionen. Beherrschende Gedanken im wissenschaftlichen Zeitalter*, Frankfurt a.M. 1995, S. 293-333; zum Verständnis der Zwischenkriegszeit nach wie vor lesenswert: Helmut Lethen, *Verhaltenslehren der Kälte. Lebensversuche zwischen den Kriegen*, Frankfurt a.M. 1994.

kurz gegriffen, das Laboratorium der Moderne auf die Gegensätze zwischen Demokratie und Diktatur, Kommunismus und Kapitalismus zu reduzieren.

Die gängigen Zäsuren unterstützen indes eine solche Sichtweise, sind sie doch ganz überwiegend an der Staatsformen-Transition ausgerichtet.⁷⁰ So sehr ausgereifte politikwissenschaftliche Konzepte der Systemtransformation darin Niederschlag finden und so sehr dadurch auch die großen ideologiehistorischen Auf- und Abschwünge eingefangen werden, geraten doch die unauffälligeren, gleichförmigen, auf Kontinuität angelegten Signaturen in den Hintergrund. Alternative zeitliche Wegmarken, Fluchtpunkte oder Perioden zu erproben, stellt ein sinnvolles Unterfangen dar, um durch einigermaßen scharfe Einschnitte charakterisierbare politische Systemwechsel mit anderweitigen – ob gesellschafts-, kultur- oder wissen(schaft)s geschichtlichen – Beharrungskräften, aber auch Strukturbrüchen zu konfrontieren und zu korrelieren (oder sie in überwölbende „Zeitbögen“ und ausgedehnte „Zeitschichten“ einzusortieren).⁷¹

Zweitens: „Planung“ und „Technokratie“ sind Signaturen des 20. Jahrhunderts, die bisweilen zwischen pragmatischem und utopischem Anspruch schwankten, ambivalente Ausprägungen mit Licht- und Schattenseiten besaßen. – Diese Polyvalenz und Bedeutungsvielfalt ergibt sich wesentlich daraus, dass sich die Phänomene auf zwei Ebenen mit unterschiedlicher Reichweite bewegen können, wie Dirk van Laak herausgestrichen hat: zum einen nämlich auf der „Ebene des konkreten Raumordnungs-, Wirtschafts- und Verwaltungshandelns“. Sie sei sogar eine „notwendige Voraussetzung“ oder wenigstens „Begleiterscheinung des Funktionierens moderner, komplexer und arbeitsteiliger Gesellschaften“. ⁷² Der sich als Interventions- und Leistungsstaat darbietende, gesellschaftliche Vorsorge garantierende (oder mindestens suggerierende) moderne Wohlfahrtsstaat ist auf das „technokratische“ Koordinationsmoment geradezu angewiesen.⁷³ Das „piecemeal social engineering“, von

70 Vgl. Eckhard Jesse, Systemwechsel in Deutschland. 1918/19 – 1933 – 1945/49 – 1989/90, 3. Aufl., Bonn 2011; Alexander Gallus (Hrsg.), Deutsche Zäsuren. Systemwechsel seit 1806, Köln/Weimar 2006.

71 Als Beispiel mag die 1970er-Jahre-„Strukturbruch“-These von Doering-Manteuffel/Raphael (FN 31) dienen, wodurch u.a. der Einschnitt von 1989/90 eine Relativierung erfährt. Für frühere Epochen ungewohnte Zeitfenster eröffnen neuerdings u.a.: Adam Tooze, Sintflut. Die Neuordnung der Welt 1916-1931, München 2015; Anthony McElligott, Rethinking the Weimar Republic. Authority and Authoritarianism, 1916-1936, London 2013; siehe auch Anselm Doering-Manteuffel, Konturen von „Ordnung“ in den Zeitschichten des 20. Jahrhunderts, in: Thomas Etzemüller (Hrsg.), Die Ordnung der Moderne. Social Engineering im 20. Jahrhundert, Bielefeld 2009, S. 41-64; ders., Die deutsche Geschichte in den Zeitbögen des 20. Jahrhunderts, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 62 (2014), S. 321-348; vgl. die Kritik von Peter Hoeres, Gefangen in der analytisch-normativen Westernisierung der Zeitgeschichte. Eine Kritik am Konzept der Zeitbögen, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 63 (2015), S. 427-436.

72 Van Laak (FN 30), S. 307.

73 Auf die Risiken eines (schleichenden) Übergangs zwischen „sozialem Staat und totalem Staat“ verweist – in historischer Darstellung: Wolfgang Reinhard, Geschichte der Staatsgewalt. Eine vergleichende Verfassungsgeschichte Europas von den Anfängen bis zur Gegenwart, München 1999, S. 458-479.

dem Karl Popper im Unterschied zum „utopian approach“ bekanntlich sprach, mag also helfen, den Fortschritt zu stabilisieren und ihm eine dauerhafte Note zu verleihen, ohne ihn aber zu einem geschichtlich-revolutionären Antriebsmoment zu deklarieren, das Marx' sprichwörtliche „Lokomotive“ fast im Selbstlauf auf das Endziel utopischer Erwartung zusteuern lässt. Zum anderen ist da die sich hier deutlich zeigende Ebene „geschichtsphilosophisch untermauerter“ Entwürfe der „gesellschaftlichen Zukunft“ zu erwähnen. Totalitäre Großplanungen und „Endlösungen“ sind extremer Ausdruck solcher „Weltbilder“, die häufig „von Gewalt und Destruktion gegenüber vermeintlich rückständigen Faktoren oder Personen“ geprägt waren.⁷⁴ Insbesondere für „Technokraten“, die letzter Richtung entsprachen, aber nicht nur für diese, waren kräfteverschleißende Aushandlungsprozesse pluralistischer Art ein Dorn im Auge. Dies erschien ihnen als Energievergeudung, da sich doch unter Sachgesichtspunkten der eine richtige, optimale, effiziente Weg besser ermitteln lasse. Dieses Effizienzdenken, das Zweifel nicht duldete und Halt durch klare Richtungsentscheidungen zu bieten schien, konnte mithin gesellschaftlichen Harmoniebedürfnissen entsprechen. „Organisatorisches“ Planungsdenken und „organisistische“ Ordnungsentwürfe lagen dann nicht weit auseinander.⁷⁵

Mehr Licht fällt auf die Technokratie bei einem Blick auf die supranationalen Einrichtungen des europäischen Integrationsprozesses. Denn das „auf Jean Monnet zurückgehende Politikmodell, durch die Verflechtung erst von Kohle und Stahl, dann der Landwirtschaft, der Industriepolitik und schließlich der Geldpolitik gleichsam transnationale Sachzwänge zu schaffen“, hat Früchte getragen oder vielmehr dauerhafte, politisch wirksame Strukturen herbeigeführt. Die politische Ziele flankierende Idee, durch infrastrukturell-institutionelle Vernetzungen die europäische Einigung voranzubringen, traf dabei bekanntlich nicht nur auf Zustimmung. Bis heute sieht sich „Brüssel“ mit dem Vorwurf konfrontiert, zu den „Hochburgen des seelenlosen Sachzwangs“ und eines technokratischen, undemokratischen Internationalismus zu zählen.⁷⁶

Drittens: „Technokratie“ und „Planung“ sind nicht nur vergangene Phänomene, sondern gehören zur „Problemgeschichte“ der Gegenwart. – An den genannten Beispielen ist die Bedeutung einer Geschichte der neuesten Zeit zu erkennen, die den Anspruch verfolgt, nicht nur historisierend im archivierenden Sinne vorzugehen, sondern auch Rückbezüge aufzugreifen, die zur Erklärung unserer Gegenwart und von in sie hineingewachsenen Problemkomplexen beitragen können. Auch wenn die Hochzeit der Technokratie vorüber sein mag und der Terminus als Schimpfwort gilt, so ist doch technokratisches Denken in der „Bei-Räte-Republik“ oder „Räte-Demokratie“ (von der vor allem zu Zeiten der Regierung Gerhard Schröders die Rede war)

74 Van Laak (FN 30), S. 307.

75 Ders. (FN 48).

76 Ders., Technokratie im Europa des 20. Jahrhunderts (FN 40), S. 123; vgl. Thomas J. Misa/Johan Schot, Inventing Europe: Technology and the Hidden Integration of Europe, in: History and Technology 21 (2005), H. 1, S. 1-19; zur entsprechenden Europa-Kritik siehe Habermas (FN 39).

weiter ausgeprägt.⁷⁷ Auch können gerade vor dem Hintergrund einer Diskussion um Regierbarkeit im Zeitalter der Globalisierung vertiefte Kenntnisse von Ideen der Planung und Technokratie als internationale, system- und bereichsübergreifende Phänomene hilfreich sein. Als erster Schritt wäre eine genauere Rekonstruktion der damit verbundenen Ideen, Denkstile und politischen Sprachen weiterführend.⁷⁸ Zu den Akteuren im Blickfeld einer solchen ideologie- wie wissenssensiblen Geschichte zählen neben Intellektuellen, Philosophen und Politikern ebenso Experten, Naturwissenschaftler und Ingenieure⁷⁹ samt institutionellen Rahmenbedingungen.⁸⁰

Viertens: Die historische und politisch-ethische Schulung der Experten ist auch Aufgabe einer Zeitgeschichte, die sich als transdisziplinär, öffentlich und gesellschaftlich verbundene *connected history* versteht. – Eugen Kogon, durch seinen „Klassiker“ *SS-Staat* einer der Nestoren des Faches und viele Jahre Professor für Politikwissenschaft an der Technischen Hochschule Darmstadt, zielte einst in eine solche Richtung. Seine Studie *Die Stunde der Ingenieure – Technologische Intelligenz und Politik* von 1976 verband empirische Politik- und Sozialforschung mit einem dezidiert normativen Anspruch.⁸¹ In dieser Schrift plädierte er dafür, für alle natur- und ingenieurwissenschaftlichen Studiengänge eine Art ‚humanbezogene‘ – Zusatzausbildung in gleich pädagogisch-aufklärerischer wie diskursiver Absicht festzulegen.⁸²

Auch mag Kogons Intervention dazu anregen, den Wissensbegriff nicht auf wissenschaftliches Erkenntnis- und Fachwissen zu verengen, sondern ihn stärker soziokulturell, d. h. auch erfahrungsgeschichtlich und normativ einzubinden. Die Revitalisierung des antiken Wissensideals als Trias des Wahren, Schönen und Guten erscheint erstrebenswert, um in einer Zeit der Hyperspezialisierung – gerade unter ethischen, nicht nur epistemischen Gesichtspunkten – die „Fähigkeit der allgemeinen Übersicht“ zu bewahren. Mit seinem Lob des Dilettantismus erinnerte der Schweizer Historiker Jacob Burckhardt einst daran. Ansonsten bleibe man in allem jenseits der Spezialität ein Ignorant und „unter Umständen im ganzen ein roher Geselle“. ⁸³ Und 1917 beobachtete Max Weber mit Sorge „die schrankenlose Herrschaft

77 Siehe Rolf G. Heinze, *Die Berliner Räterepublik. Viel Rat – wenig Tat?*, Wiesbaden 2002.

78 Vgl. Willibald Steinmetz (Hrsg.), *Political Languages in the Age of Extremes*, Oxford 2011.

79 Maßstabsetzend ist die Biographie von Margit Szöllösi-Janze, *Fritz Haber 1868-1934. Eine Biographie*, 2. Aufl., München 2014, gerade weil sich am Fall Habers (wie Wernher von Brauns, Manfred von Ardenne o.a.) das Spannungsverhältnis von politischer Konversion und wissenschaftlicher Konstanz exemplarisch erörtern lässt.

80 Siehe dazu Rüdiger vom Bruch u.a. (Hrsg.), *Wissenschaftsakademien im Zeitalter der Ideologien. Politische Umbrüche – wissenschaftliche Herausforderungen – institutionelle Anpassung*, Stuttgart 2014.

81 Eugen Kogon, *Die Stunde der Ingenieure. Technologische Intelligenz und Politik*, Düsseldorf 1976, siehe insbes. die Kapitel „Die technokratische Gefahr“ und „Ethos und Ausbildung“, S. 39-57.

82 Vgl. ebd.; siehe aktuell auch Klaus Kornwachs, *Philosophie für Ingenieure*, München 2014.

83 Jacob Burckhardt, *Über das Studium der Geschichte. Der Text der ‚Weltgeschichtlichen Betrachtungen‘ auf Grund der Vorarbeiten von Ernst Ziegler nach den Handschriften*, hrsg. von Peter Ganz, München 1982, S. 253.

des reinen Fachwissens“, die politisches Denken und Handeln in gefährlicher Weise beschneide.⁸⁴ Schließlich, dies kann man aus diesen Appellen ableiten, tragen Meinungswissen und die Pflege politischer Urteilskraft ebenfalls zum gesellschaftlichen Funktionieren bei: mittels konfliktiven, gleichwohl auf Konsens zielenden Aushandlungsprozessen und – im Idealfall – kommunikativer Rationalität (die in Vertrags- und Diskurstheorien wiederholt Niederschlag gefunden hat).

So dürfte der Spürsinn für Phänomene wachbleiben, die auf leisen Sohlen ganz unpolitisch-ideologiefrei daherkommen und doch das Gemeinwohl und -wesen umfangreich, bisweilen „total“ betreffen. Wie bedeutsam das Mitdenken gesellschaftspolitischer Dimensionen ist, dafür kann jedenfalls eine Geschichte von Wissensgesellschaft und -ordnungen sensibilisieren, deren Signaturen zweckrationale Indifferenz ausstrahlten und Wertfreiheit auch dort suggerierten, wo es sich tatsächlich um absichtsvolle „Hintergrundideologien“ handelte. Der Untertitel der Zeitschrift *Technokratie* mag dies nochmals unterstreichen – mit der ganz unverblühten Aufforderung: *Wissenschaftler; Technokraten aller Länder; vereinigt Euch!*⁸⁵

Spätestens die Debatte über das Bedrohungsszenario menschlicher Autonomieverluste⁸⁶, einer „digitalen Diktatur“⁸⁷ und eines „technologischen Totalitarismus“⁸⁸ unterstreicht die Virulenz des Themas, dessen geschichtlichen Wurzeln weiter zurückreichen, als es manch aktuelle Aufgeregtheit suggeriert. Eine historisierende Bestandsaufnahme jener Signaturen des 20. Jahrhunderts, die quer zu den großen politisch-ideologischen Ordnungssystemen und damit verbundenen Meistererzählungen lagen und eigentümliche, zum Teil explosive Gemische aus Wissen, Werten und Weltbildern hervorbrachten, gehört nicht ins Antiquariat. Denn sie behandelt Fragenkomplexe und Problemkonstellationen, die das 20. Jahrhundert kennzeichneten und doch im 21. Jahrhundert einen hohen Wiedererkennungswert besitzen.

84 Max Weber, Das preußische Wahlrecht (1917), zitiert nach: Steinmetz (FN 69), S. 306; vgl. auch Max Weber, Die protestantische Ethik und der „Geist“ des Kapitalismus [1905; überarb. Version 1920], in: Ders., Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie I, Tübingen 1988, S. 17-206, hier: S. 203 f.

85 Wiedergegeben von van Laak, Technokratie im Europa des 20. Jahrhunderts (FN 40), S. 104, Anm. 16.

86 So insbesondere Michael Pauen/Harald Welzer, Autonomie. Eine Verteidigung, Frankfurt a.M. 2015.

87 Stefan Aust/Thomas Ammann, Digitale Diktatur. Totalüberwachung, Datenmissbrauch, Cyberkrieg, Berlin 2014. Siehe dazu die Rezensionen in der Kategorie „Kontrovers besprochen“ in diesem Jahrbuch.

88 Frank Schirrmacher (Hrsg.), Technologischer Totalitarismus. Eine Debatte, Berlin 2015.

Liberalität und Äquidistanz in Deutschlands politischer Kultur: Einstellungen zu politischem Extremismus

Von Tom Mannewitz

1. Liberalität – (k)eine Selbstverständlichkeit?

Online-Artikel ohne Kommentarfunktion sind in den letzten Jahren rar geworden. Dass jeder Leser – ohne Furcht vor sozialen Sanktionen – über den Artikel, dessen Autor(in) und andere Leser schreiben können soll, wonach ihm oder ihr der Sinn steht, ist ein Ausdruck sich wandelnder Kommunikationsstrukturen und führt regelmäßig zu sogenannten „Shitstorms“ (immense Häufungen kritischer Äußerungen in kurzer Zeit). Zugleich sind die Kommentare glänzende Indikatoren für den Polarisierungsgrad der öffentlichen Debatte und die Konfliktrichtigkeit eines Themas: Die Wortgefechte vermitteln keinen treffenden Eindruck vom gesellschaftlichen Kräfteverhältnis, wohl aber von der Emotionalisierung, der Kompromissbereitschaft und der wechselseitigen Abschottung.

So war es auch im Dezember 2010, als ein mehrfach wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, unerlaubten Umgangs mit Sprengstoffen und Führens einer Schusswaffe verurteilter Rechtsextremist vor dem Bundesverfassungsgericht gegen ein Publikationsverbot klagte – und Recht bekam. Das Münchener Oberlandesgericht hatte ihm für fünf Jahre untersagt, rechtsextremistisches Gedankengut zu verbreiten. Karlsruhe befand nun, das Urteil habe es dem Kläger „in weitem Umfang unmöglich gemacht, mit seinen politischen Überzeugungen am öffentlichen Willensbildungsprozess teilzunehmen“.¹

Die Reaktionen im Internet waren gespalten: Die einen warnten vor der Freiheit zur Bekämpfung der Freiheit (u.a. unter Verweis auf Goebbels' Diktum²), die anderen argumentierten in einer Linie mit Voltaire.³ Ein Auszug aus den weniger polemischen Kommentarüberschriften: „auch extreme Meinungen sind frei“, „Gerichtsur-

1 Urteil der 1. Kammer des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts vom 8. Dezember 2010, AZ 1 BvR 1106/08.

2 „Wenn unsere Gegner sagen: Ja, wir haben Euch doch früher die [...] Freiheit der Meinung zugestanden, ja, Ihr uns, das ist ja kein Beweis, dass wir das Euch auch tun sollen! [...] Eure Dummheit braucht doch nicht auf uns ansteckend zu wirken!“ Helmut Heiber (Hrsg.), Goebbels-Reden, Bd. 1: 1932-1939, Düsseldorf 1971, S. 272.

3 „I disapprove of what you say, but I will defend to the death your right to say it.“ Das Zitat stammt von Evelyn Beatrice Hall, einer Voltaire-Biografin aus dem frühen 20. Jahrhundert, beschreibt aber Voltaires Haltung treffend; vgl. Paul F. Boller Jr./John George, *They Never Said It: A Book of Fake Quotes, Misquotes, and Misleading Attributions*, New York 1989, S. 124-126.

teile müssen sinnvoll sein“, „Lehren der Geschichte“, „richtiges Maß an Kontrolle“⁴, „Tja, da lass ich einfach Goebbels sprechen“, „Unseliges Gedankengut legalisiert!“, „Freie Gesellschaft“, „Alte Rezepte“, „Nicht im Namen des Volkes“⁵.

Wie die Urteile der Bevölkerung in diesem konkreten Fall auch immer ausfallen mögen: Liberalität ist ein Charakteristikum des demokratischen Verfassungsstaates, der aus folgenden politischen Institutionen besteht:⁶ dem Grundrecht auf Leben, Freiheit und Eigentum („Locke’sche Trias“); effektiven politischen Partizipationsrechten (Organisations- und Kommunikationsrechte) als Grundlage für politischen Pluralismus; der Kombination formaler und materieller Rechtsstaatlichkeit; freien, gleichen, allgemeinen und geheimen Wahlen; horizontaler Gewaltenkontrolle; eine die Verfassung vor gesetzgebenden Akten schützende Verfassungsgerichtsbarkeit und Staatlichkeit als Voraussetzung demokratischen Regierens.

Tabelle 1: Demokratisch-konstitutioneller Minimalkonsens

Wertekonsens	Verfahrenskonsens	Ordnungskonsens
- Grundrecht auf Leben, Freiheit und Eigentum - politische Partizipationsrechte	- formale und materielle Rechtsstaatlichkeit <i>freie, gleiche, allgemeine und geheime Abstimmungen bzw. Wahlen</i>	<i>horizontale Gewaltenkontrolle</i> - Verfassungsgerichtsbarkeit - Staatlichkeit

Quelle: Eigene Darstellung.

„Jedes Objekt verfügt prinzipiell über unzählig viele Eigenschaften, nach denen es klassifiziert werden könnte; die Entscheidung über definierende Eigenschaften ist somit unterdeterminiert.“⁷ Daher zeichnet zwar erst die Summe der genannten Institutionen den demokratischen Verfassungsstaat aus, doch genügen bereits zwei davon, um ihn von anderen Systemtypen zu unterscheiden (kursiv in Tab. 1): ein über freie, gleiche, allgemeine und geheime Wahlen geregelter Herrschaftszugang einer-

4 Die ersten vier Beiträge stammen aus: Spiegel Online, Urteil in Karlsruhe: Meinungsfreiheit gilt auch für Neonazis, unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/urteil-in-karlsruhe-meinungsfreiheit-gilt-auch-fuer-neonazis-a-737669.html#js-article-comments-box-pager> (21. Juli 2015).

5 Die letzten fünf Beiträge stammen aus: Hellmuth Vensky, Die Meinungsfreiheit gilt auch für Neonazis, unter: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2011-01/meinungsfreiheit-verfassungsg-ericht-rechtsextreme/komplett-ansicht> (21. Juli 2015).

6 Für eine tiefer schürfende Auseinandersetzung vgl. Birgit Enzmann, Der Demokratische Verfassungsstaat. Entstehung, Elemente, Herausforderungen, Wiesbaden 2012; Peter Graf Kielmansegg, Die Grammatik der Freiheit. Acht Versuche über den demokratischen Verfassungsstaat, Baden-Baden 2013, S. 145-180; Tom Mannewitz, Politische Kultur und demokratischer Verfassungsstaat. Ein subnationaler Vergleich zwei Jahrzehnte nach der deutschen Wiedervereinigung, Baden-Baden 2015, S. 184-196; Wolfgang Merkel, Embedded and Defective Democracies, in: Democratization 11 (2004), H. 5, S. 33-58; ders., Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, 2. Aufl., Wiesbaden 2010, S. 30-38.

7 Kevin Köhler/Jana Warkotsch, Konzeptualisierungsstrategien, Regimetypologien und das Problem des Kontinuums, in: Holger Albrecht/Rolf Frankenberger (Hrsg.), Autoritarismus Reloaded. Neuere Ansätze und Erkenntnisse der Autokratieforschung, Baden-Baden 2010, S. 61-78, hier: S. 70.

seits, eine gewaltenteilende Herrschaftsstruktur andererseits. Beide bilden den Kern des demokratischen Verfassungsstaates, den die anderen institutionellen Vorkehrungen flankieren.

So sorgt die Verfassungsgerichtsbarkeit für einen kontinuierlichen Schutz der normativen Grundlagen konstitutioneller Demokratie – ebenso wie die Rechtsstaatlichkeit, die den Gesetzgeber an die eigenen normativen Schranken bindet und der Rechtsprechung normative Maßstäbe (z. B. Grundrechte, Gerechtigkeitsempfinden) auferlegt. Was die politischen Teilhaberechte (darunter Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit) angeht, so bilden sie eine Prämisse demokratischer Wahlen, da sie den für eine offene Gesellschaft charakteristischen Meinungs- und Interessenpluralismus erst gestatten.⁸ Ihre Einschränkung – etwa: Einschüchterung der Opposition, hohe rechtliche Hürden für die Gründung von Parteien, Pressezensur – beeinträchtigt zwar nicht unbedingt den freien Herrschaftszugang, wohl aber die ihm vorausgehende – notwendige – gesellschaftliche Kommunikation, die vom „forum type“ zum „palace type“ mutiert.⁹ Insofern bildet Toleranz gegenüber der Vielfalt politischer Interessen eine Voraussetzung für einen offenen Herrschaftszugang. Dies ist der erste – normative – Begründungszusammenhang für Liberalität, auf den sich das Urteil aus Karlsruhe im Fall des Rechtsextremisten bezog. Doch wohnt Liberalität noch ein zweiter, instrumenteller Charakter inne: Alexis de Tocqueville entfaltete ihn vor etwa 200 Jahren, als er den politischen Vereinigungen und Parteien unter Hinweis auf ihren mäßigenden Effekt auf die „Tyrannei der Mehrheit“ und ihren integrativen Charakter das Wort redete.¹⁰

Der zweite Begründungszusammenhang für Liberalität ist funktionalistischer Art: Wer antidemokratische Meinungen *qua Existenz* – gleich, in welcher Art von Staat – verbieten will, kappt einen für das zentrale politische Entscheidungssystem wichtigen Inputkanal. Wie verbreitet extremistische Einstellungen sind, wie hoch der Zuspruch zu systemfeindlichen Parteien wie Vereinen ausfällt, schließlich: an welchen Stellen die Legitimität des Systems aufgrund wahrgenommener Defizite bröckelt – all dies lässt sich nicht bemessen, wenn Bestrebungen bereits im Keim erstickt werden, die sich gegen das politische System wenden. Sie können damit ihre Korrektivfunktion nicht erfüllen. Die Frage ist dann nicht mehr, ob das System zusammenbricht, sondern wann, denn seine Fähigkeit, sich veränderten Umweltbedingungen anzupassen, ist stark beeinträchtigt, wenn es ein hohes Maß an Illiberalität an den Tag legt.

Eine Demokratie – in der Politikwissenschaft meist ein Synonym für die *konstitutionelle* Demokratie – setzt ihre Existenz allerdings nicht nur durch die Isolation von Umwelteinflüssen aufs Spiel, sondern auch durch eine allzu lange oder starke Ab-

8 Siehe Robert A. Dahl, *Polyarchy. Participation and Opposition*, New Haven 1972; Ernst Fraenkel, *Deutschland und die westlichen Demokratien*, Stuttgart 1964.

9 Samuel E. Finer, *The History of Government. From the Earliest Times*, Bd. III: *Empires, Monarchies, and the Modern State*, Opladen 1999, S. 1567 f.

10 Vgl. Alexis de Tocqueville, *Über die Demokratie in Amerika*, Stuttgart 1985 [1835], S. 200-210.

weichung vom Bevölkerungswillen: „Nur wenn die Staatsbürger [ihre] Grundprämissen [...] und ihre Regeln akzeptieren sowie auf dem Boden dieser Grundüberzeugungen kontroverse politische Meinungen gewaltfrei diskutieren, ist das langfristige Überleben der Demokratie gesichert.“¹¹ Gefährdet ist es hingegen beispielsweise dann, wenn politische Liberalität und gesellschaftliche Illiberalität aufeinanderprallen.

Dieses besondere Verhältnis zwischen konstitutionell-demokratischer und politisch-kultureller Toleranz gegenüber nonkonformen Überzeugungen bildet den Hintergrund dieses Beitrags. Er adressiert die Frage, ob die Deutschen sich eher durch Liberalität oder eher durch Illiberalität auszeichnen und ob dies den demokratischen Verfassungsstaat vor eine Belastungsprobe stellt. Vor einem Blick auf die empirischen Daten stehen die Relevanz, der theoretische Zusammenhang und die Operationalisierung gesellschaftlicher Liberalität und Äquidistanz im Rahmen der politischen Kultur im Vordergrund. Beide Werte hängen auf empirischer Ebene eng miteinander zusammen, wie zu zeigen sein wird. Der im darauf folgenden Kapitel skizzierte Ausschnitt aus der politischen Kultur wird im Nachgang anhand der Daten aus anderen Demokratien relativiert. Aufgrund fehlender Informationen lassen sich detaillierte Aussagen zur Äquidistanz nur für Deutschland treffen, was einen Seitenblick auf andere Länder nicht ausschließt. Der Beitrag endet mit einer Abwägung der potenziellen politisch-systemischen Folgen, welche die (II-)Liberalität der Deutschen zeitigt.

2. Liberalität und Äquidistanz in der politischen Kultur

Die Gesamtheit der politischen Orientierungen einer Gesellschaft wird als politische Kultur bezeichnet – ein Aggregat kurzfristiger Meinungen, kognitiver, affektiver und konativer Einstellungen sowie terminaler und instrumenteller Werte,¹² die auf das politische System bezogen sind. Nicht zuletzt deshalb wird sie zuweilen als „subjektive Dimension von Politik“¹³ apostrophiert. Die Leitannahme und Daseinsberechtigung des mit ihr befassten Forschungszweiges: „Passen politische Kultur und politische Struktur – aus welchen Gründen auch immer – nicht zusammen, kommt es [...] zu Funktionsdefiziten und zu politischen Legitimitätskrisen bis hin zu politischen Revolutionen oder Systemzusammenbrüchen“¹⁴ – nicht selten mit unabsehbaren

11 Gert Pickel/Susanne Pickel, Politische Kultur- und Demokratieforschung. Grundbegriffe, Theorien, Methoden. Eine Einführung, Wiesbaden 2006, S. 51.

12 Siehe Manfred Max Bergman, A Theoretical Note on the Differences between Attitudes, Opinions, and Values, in: Swiss Political Science Review 4 (1998), H. 2, S. 81-93; Robert M. Worcester, Reflections on Public Opinion and Public Policy. World Association of Public Opinion Research, Copenhagen 1993.

13 Martin Greiffenhagen/Sylvia Greiffenhagen, Ein schwieriges Vaterland. Zur politischen Kultur im vereinigten Deutschland, München 1993, S. 23.

14 Bettina Westle, Das klassische Konzept der Politischen Kultur, in: Dies./Oscar W. Gabriel (Hrsg.), Politische Kultur. Eine Einführung, Baden-Baden 2009, S. 13-23, hier: S. 14.

Folgen, wie unlängst die politischen Umwälzungen im Norden Afrikas und an der östlichen Mittelmeerküste vor Augen führten.

Wer aus einer Analyse der politischen Kultur auf die Bestandsaussichten des demokratischen Verfassungsstaates schließen will, muss dafür sorgen, die „richtigen“ Orientierungen in der Bevölkerung zu erfassen. Vieles spricht dafür, sich auf Wertorientierungen zu konzentrieren: Sie dienen einerseits als internalisierter, normativer Maßstab, an dem die Realität gemessen wird, und wirken einstellungs- und meinungsbildend.¹⁵ Andererseits gehen sie Handlungen und Verhaltensweisen voraus – erst Werte ermöglichen es, zwischen mehreren Handlungsoptionen eine auszuwählen.¹⁶ Bezogen auf die Politik, fungieren sie als „Vorstellungen des wünschenswerten Typus des politischen Systems“¹⁷ und bilden sie die Grundlage für die Legitimitätsüberzeugungen gegenüber dem zentralen politischen Entscheidungssystem. Es handelt sich dabei nicht zwangsläufig um hoch abstrakte Ziele, sondern vor allem um normative Vorstellungen von „guter Politik“. Im Rahmen größerer Surveys werden sie von Testfragen folgender Art zuverlässig indiziert: „Was sollte Ihrer Meinung nach ...“, „Wie sollte ...“, „Finden Sie, es sollte ...“.

Wer die demokratische Qualität politischer Kultur – und dadurch indirekt die Chancen der Demokratie – bestimmen will, wertet vorrangig gesellschaftliche Orientierungen ihr gegenüber aus. Als zentral gelten darum seit Langem die Positionen zu „der“ Demokratie-Idee, zu „der“ in einem Land implementierten Demokratie, zu „den“ Institutionen, zu „den“ Politikern. Allerdings verstehen Menschen unter „De-

- 15 Vgl. etwa Gian Vittorio Caprara/Shalom H. Schwartz/Christina Capanna/Michele Vecchione/Claudio Barbaranelli, *Personality and Politics: Values, Traits, and Political Choice*, in: *Political Psychology* 27 (2006), H. 1, S. 1-28; Philip E. Converse, *The Nature of Belief Systems in Mass Politics*, in: David E. Apter (Hrsg.), *Ideology and Discontent*, New York 1964, S. 206-261, hier: S. 211; Stanley Feldman, *Structure and Consistency in Public Opinion: the Role of Core Beliefs and Values*, in: *American Journal of Political Science* 32 (1988), S. 416-440; ders., *Values, Ideology, and the Structure of Political Attitudes*, in: David O. Sears/Leonie Huddy/Robert Jervis (Hrsg.), *Oxford Handbook of Political Psychology*, Oxford 2003, S. 477-508; Gregory Mitchell/Philip E. Tetlock/Barbara E. Mellers/Lisa D. Ordóñez, *Judgements of Social Justice: Compromises between Equality and Efficiency*, in: *Journal of Personality and Social Psychology* 65 (1993), S. 629-639; Paul M. Sniderman/Philip E. Tetlock/Peter H. Russell, *The Clash of Rights: Liberty, Equality, and Legitimacy in Pluralist Democracy*, New Haven 1996, S. 235-257; John Zaller, *The Nature and Origins of Mass Opinion*, Cambridge 1992.
- 16 Vgl. etwa Marina F. Barnea, *Personal Values and Party Orientations in Different Cultures*, Jerusalem 2003; dies./Shalom H. Schwartz, *Values and Voting*, in: *Political Psychology* 19 (1998), H. 1, S. 17-40; Hilde T. Himmelweit/Patrick Humphreys/Marianne Jäger/Michael Katz, *How Voters Decide. A Longitudinal Study of Political Attitudes and Voting Extending over Fifteen Years*, London 1981; Warren E. Miller/J. Merrill Shanks, *The New American Voter*, Cambridge 1996; vgl. ebenfalls die empirischen Beiträge in Jan W. van Deth/Elinor Scarborough (Hrsg.), *The Impact of Values*, Oxford 1995.
- 17 Dieter Fuchs/Robert Rohrschneider, *Der Einfluss politischer Wertorientierungen auf Regimeunterstützung und Wahlverhalten*, in: Hans-Dieter Klingemann/Max Kaase (Hrsg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1998*, Wiesbaden 2001, S. 245-282, hier: S. 246.

mokratie“ Unterschiedliches¹⁸; zudem ist der Begriff normativ „vorbelastet“, präjudiziert „sozial erwünschtes Antwortverhalten“ bei Umfragen.¹⁹ Schließlich: Werden ausschließlich Haltungen zum politischen Systemtyp in toto abgefragt, ist es unmöglich, Differenzierungen vorzunehmen: Dieser lehnt womöglich die Demokratie vollständig ab, jener steht ihr zwar insgesamt aufgeschlossen gegenüber, hadert aber mit der unbedingten Geltung politischer Partizipationsrechte; ein Dritter akzeptiert das elektorale Element, ist aber bereit, den formalen Rechtsstaat in bestimmten Situationen aufzuweichen. Sie alle ordnet die Umfrageforschung dem Lager der „Demokratieskeptiker“, „-feinde“ oder „-gegner“ zu (wie auch immer man sie bezeichnet), ohne dass der Stein ihres Anstoßes ersichtlich wird. Die mannigfaltigen Facetten der Demokratienegation werden zu einem großen Einerlei vermengt. Darum geht kein Weg daran vorbei, die Wertorientierungen gegenüber jedem Element der konstitutionellen Demokratie zu vermessen: gegenüber freien Wahlen, horizontaler Gewaltenteilung, Verfassungsgerichtsbarkeit, Rechtsstaatlichkeit, Grundrechten – und politischen Partizipationsrechten.

Kongruenz zwischen politischer Kultur und demokratischem Verfassungsstaat drückt sich – bei den Partizipationsrechten – in einer hohen gesellschaftlichen Toleranzschwelle gegenüber kontroversen politischen Positionen aus: Der Lackmustest für die Liberalität einer politischen Kultur ist die Frage, ob eine Gesellschaft jene Meinungen im politischen Diskurs akzeptiert, denen sie jedwede Rechtmäßigkeit abspricht. Das Prinzip findet seinen Ausdruck in verschiedenen Bonmots, wie „Der volle Genuss der Freiheit schließt ihren Missbrauch mit ein“ (Friedrich Siegburg) und „Freiheit ist das Recht, anderen zu sagen, was sie nicht hören wollen“ (George Orwell). „Meinungsfreiheit“ ausschließlich für jene, die sich innerhalb des gesellschaftlichen Konsenses bewegen, ist hingegen keine echte Meinungsfreiheit.

Wer den Feinden der Freiheit – bis zu einer bestimmten Grenze – umfassende Teilhaberechte zugesteht, bereitet keineswegs einem „Weimarer“ Werterelativismus den Boden – im Gegenteil: Die Formel „Keine Freiheit den Feinden der Freiheit!“ leistet Gesinnungsschnüffelei und totalitären Visionen Vorschub.²⁰ Die Grenze der Toleranz ist allerdings dann erreicht, eine Einschränkung der Teilhaberechte dann gerechtfertigt, wenn einerseits ansonsten der Fortbestand des demokratischen Verfassungsstaates in Gefahr geriete (Sicherheit) und andererseits kein milderes Mittel zur Verfügung steht (Opportunität). Den Nachweis hierfür muss erbringen, wer in die Freiheitsrechte anderer eingreift.

Geeignete Gradmesser dafür, ob die politische Kultur eines Landes eher durch Liberalität oder Illiberalität gekennzeichnet ist, bilden Einstellungen gegenüber politi-

18 Vgl. Serge Embacher, Demokratie! Nein Danke? Demokratieverdross in Deutschland, Bonn 2009, S. 60; European Values Study 2008.

19 Vgl. Ronald Inglehart, How Solid is Mass Support for Democracy – And How Can We Measure It?, in: PS Political Science and Politics 36 (2003), H. 1, S. 51-57, hier: S. 51.

20 Vgl. Eckhard Jesse, Grenzen des Demokratieschutzes in der offenen Gesellschaft. Das Gebot der Äquidistanz gegenüber politischem Extremismus, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Gefährdungen der Freiheit. Extremistische Ideologien im Vergleich, Göttingen 2006, S. 493-520, hier: S. 503.

schem Extremismus (nicht: extremistische Einstellungen), da dieser eine gesellschaftliche Randposition einnimmt und zugleich die politischen Teilhaberechte im wahrsten Sinne des Wortes ins Extrem treibt, indem er sie für ihre Abschaffung instrumentalisiert.

Der Grat zwischen Demokratieschutz und Illiberalität fällt schmal aus: „Bekämpft der demokratische Verfassungsstaat aggressiv politische Extremisten, zerstört er die Freiheit; lässt er sie ohne jede Einschränkung gewähren, zerstören sie die Freiheit.“²¹ Nicht zuletzt darum ist jeder Eingriff ein Einzelfall, eine Verbotsmentalität unangemessen. Da Liberalität ein Maßstab ist, der für jedes Handeln jeder konstitutionellen Demokratie gilt – ganz gleich, ob sie sich als wehrhaft definiert oder nicht –, stellt gesellschaftliche Illiberalität hier ein existentielles Problem dar.

Die gesellschaftliche Haltung gegenüber politischem Extremismus gewährt nicht nur Einblicke in das in einer politischen Kultur verankerte Maß an Toleranz (die eine wesentliche Grundbedingung demokratischen Regierens ist), sondern darüber hinaus auch in die Beschaffenheit eines antiextremistischen Konsenses: Die vom demokratischen Verfassungsstaat gewährte Freiheit sieht sich unentwegt Herausforderungen ausgesetzt: von rechts, von links, vom religiösen Extremismus und weiteren – eher bedeutungslosen – Varianten. Die Frage nach dem Umgang mit den Feinden der Freiheit stellt sich darum zwar jeder konstitutionellen Demokratie. Ein Gleichbehandlungsgebot, unabhängig von den politischen Motiven der Demokratiefeindschaft, gilt aber vorrangig für wehrhafte bzw. streitbare Demokratien.²² Äquidistanz ist daher ein fakultatives Element dieses Systemtyps. Die Folgen einer Inkongruenz zwischen Kultur und Struktur an dieser Stelle sind deshalb keineswegs weniger existentiell als beim demokratisch-konstitutionellen Minimalkonsens, etwa den Partizipationsrechten. Sie reichen von Vertrauens- und Legitimitätseinbußen über Störungen politischer Prozesse (Meinungsbildung, Gesetzgebung und -ausführung, Rechtsprechung) bis hin zur Infragestellung von Institutionen, Prinzipien oder des gesamten Systems. Das Risiko hierfür ist hoch, wenn es etwa einen antilinks-, antirechts- oder antiislamistischen, nicht aber einen generellen antiextremistischen Konsens gibt.

3. Liberalität in Deutschland

Gilt als Prüfstein für die Liberalität²³ einer politischen Kultur die gesellschaftliche Toleranz gegenüber jenen, die diese Toleranz auf eine harte Probe stellen, dann wären wohl Einstellungen zu politischem Extremismus gute Indikatoren – schließlich

21 Steffen Kailitz, *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung*, Wiesbaden 2004, S. 211.

22 Vgl. Jesse (FN 20), S. 504 f.

23 An anderer Stelle spreche ich mit Blick auf die von der Gesellschaft präferierte Handhabung der Partizipationsrechte nicht von (Il-)Liberalität, sondern von Exklusivität, um davon die Haltungen gegenüber den Grundrechten abgrenzen zu können; vgl. Mannewitz (FN 6), S. 236 f.

treibt dieser das Recht auf eine freie Meinung auf die Spitze, indem er für eine politische Vision wirbt, in der politische Freiheiten doch beträchtlichen, willkürlich gesetzten Schranken unterliegen dürften.

Leider zogen gesellschaftliche Einstellungen zu den Partizipationsrechten von Extremisten eher selten das Interesse der Umfrageforschung auf sich. So fragt lediglich das International Social Survey Programme (ISSP), eines der langlebigsten und größten Umfrageprojekte der Sozialwissenschaften, in verschiedenen Wellen nach der Universalität der Versammlungsfreiheit. 2004 steht die von Rechtsextremisten²⁴, 2006 die von Linksextremisten²⁵ und 2008 die von religiösen Extremisten²⁶ im Brennpunkt. Wie liberal die Deutschen sind, darüber erteilen die jeweils zwei ablehnenden Antwortmöglichkeiten (vier insgesamt) Auskunft. Aufschlussreich mit Blick auf die Liberalität der politischen Kultur ist, ob die Gesellschaft liberal bleibt, wenn sie sich provoziert fühlt – dabei kann die perzipierte Herausforderung bei dieser Extremismusvariante höher ausfallen als bei jener. Der höchste der drei Ablehnungswerte informiert darum über die im Konfliktfall geltende Toleranz.

Es gibt unter den größeren aktuellen, internationalen Umfragen sogar Items, die sich nach der gesellschaftlichen Verbotsneigung gegenüber extremistischen Parteien erkundigen – das European Social Survey gehört dazu. Zuletzt wurde ein solches Item 2010 erhoben.²⁷ Neben drei Non-Response-Kategorien erlaubte die Studie fünf differenzierte Antworten, davon zwei, die auf eine Verbotsneigung, zwei, die auf eine Verbotsaversion hindeuteten, und eine Kategorie für unschlüssige Befragte. Anders als beim ISSP unterblieb hier eine Differenzierung nach verschiedenen Extremismusvarianten. Genauso wie beim ISSP wurde jedoch der Eingriff in die Partizipationsrechte *nicht* qualifiziert: Ob mildere Mittel des Demokratieschutzes schon ausgeschöpft seien, ob die betreffenden Akteure eine Gefahr darstellen, ob sich damit die Demokratie überhaupt effektiv schützen lasse – all dies ließen ESS wie ISSP unerwähnt. Die durch die entsprechenden Antworten zum Ausdruck gebrachte Neigung, Extremisten und ihre politischen Auffassungen qua Existenz zu verbieten, vermittelt darum einen aussagefähigen Eindruck von der Illiberalität, man könnte auch sagen: Militanz der Gesellschaft.

Was die Kommunikationsfreiheiten angeht – neben den Organisationsfreiheiten die zweite Sphäre politischer Teilhaberechte –, erweist sich das ISSP ein weiteres Mal als hilfreiche Quelle. Es fragt, ob es Extremisten gestattet sein sollte, ihre Ideo-

24 Die Frage lautete: „Should people prejudiced against any racial or ethnic group be allowed to hold public meetings?“

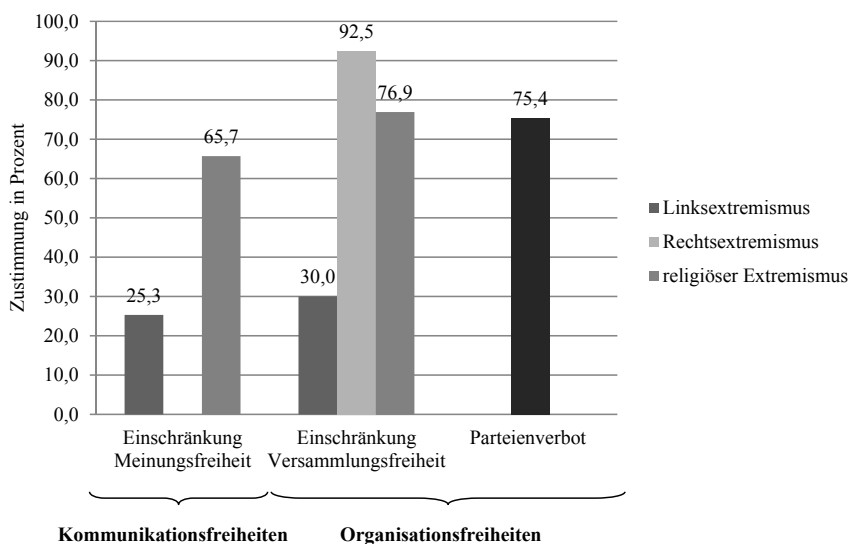
25 Die Frage lautete: „There are some people whose views are considered extreme by the majority. Consider people who want to overthrow the government by revolution. Do you think such people should be allowed to hold public meetings to express their views?“

26 Die Frage lautete: „There are some people whose views are considered extreme by the majority. Consider religious extremists, that is people who believe that their religion is the only true faith and all other religions should be considered as enemies. Do you think such people should be allowed to hold public meetings to express their views?“

27 Die Frage lautete: „Using this card, please say to what extent you agree or disagree with each of the following statements: Political parties that wish to overthrow democracy should be banned.“

logien zu verbreiten, indem sie ihre Bücher unter das Volk bringen.²⁸ Die Studie bezieht sich 2006 auf Linksextremisten („revolutionaries“) und 2008 auf religiöse Extremisten („religious extremists“). Die gesellschaftliche Illegitimität dieses Rechts spiegelt sich in der Verneinung der Aussagen wider (zwei Zustimmungs-, zwei Ablehnungskategorien). Leider fehlt eine Abfrage zur Meinungsfreiheit von Rechtsextremisten in den letzten 15 Jahren. Nur zwei ISSP-Wellen (1985 und 1990) erhellten sie. Deswegen ist lediglich ein Vergleich der Wertorientierungen zur Meinungsfreiheit von linken und religiösen Extremisten möglich.

Abbildung 1: Illiberalität in der deutschen politischen Kultur



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis des ISSP 2004, 2006, 2008 und des ESS 2010.

Es fällt bei einer ersten Sichtung des Diagramms schwer, die mangelnde gesellschaftliche Äquidistanz gegenüber den verschiedenen Extremismusvarianten außer Acht zu lassen und sich stattdessen auf das allgemeine Maß an Toleranz zu konzentrieren: Offenkundig machen die Deutschen die Universalität politischer Partizipationsrechte davon abhängig, für wen sie gelten sollen: Ein Viertel vertritt den Standpunkt, die Kommunikationsfreiheiten von Linksextremisten seien einzugrenzen; bei religiösen Extremisten sind es knapp zwei Drittel. Da Meinungsfreiheit nur dann et-

²⁸ Die Frage lautete: „There are some people whose views are considered extreme by the majority. Consider people who want to overthrow the government by revolution. Do you think such people should be allowed to publish books expressing their views?“

was wert ist, wenn sie jeder Meinung zusteht, indiziert die Auffassung gegenüber religiösen Extremisten die generelle Illiberalität.

Noch schärfer zeichnen sich die unterschiedlichen Maßstäbe bei den Organisationsfreiheiten ab. Die Daten sind aufgrund der Berücksichtigung von Rechtsextremismus aussagefähiger. Knapp ein Drittel erkennt Linksextremisten qua Existenz des Versammlungsrecht ab, bei Rechtsextremisten sind es neun von zehn, bei religiösen Extremisten drei von vier Befragten. Von dieser massiven Ungleichbehandlung abgesehen, ist das illiberale Element in der deutschen politischen Kultur fest verwurzelt: Etwa sechs von zehn Deutschen verspüren im Extremfall kaum Skrupel, das Recht auf eine freie Meinung einzuschränken, neun von zehn sind es bei der Versammlungsfreiheit. Das Urteil mag überspitzt klingen, geht es den meisten Interviewten doch vermutlich nicht darum, politischen Wettbewerb und Wahlen auszuschalten, sondern darum, die Demokratie vor ihren Widersachern zu bewahren. Dabei stellen in Deutschland die politisch „chancenreichsten“ Akteure (NPD und Die Linke) noch nicht einmal eine akute Bedrohung dar – diese nicht, weil sie – obwohl extremistische Strömungen geduldet werden – nicht mehrheitlich extremistisch, jene nicht, weil sie marginalisiert ist. Wem aber schon die Existenz von Extremismus Grund genug ist, ihn vom politischen Wettbewerb auszuschließen, der erweist der Demokratie einen Bärendienst, weil er es an Liberalität missen lässt.

Wie fügt sich die hohe Legitimität von Parteienverboten in dieses Muster? Drei von vier Deutschen wollen extremistische Parteien kriminalisiert wissen. Dieses gesellschaftliche Segment ist ähnlich groß wie jenes, das religiösen und rechten Extremisten durch Einschränkung oder Entzug ihrer Teilhaberechte den Boden entziehen will. Dass die Verbotsneigung damit fast dreimal so hoch ausfällt wie das prohibitive Stimmungsbild beim Linksextremismus (Meinungs- und Versammlungsfreiheit), mag an einer ungleichen Wahrnehmung liegen: Religiöser und rechter Extremismus gelten im Vergleich zum linken Pendant augenscheinlich als gefährlicher. Womöglich vermutet der eine oder andere Befragte nicht einmal, dass eine Gefahr für die Demokratie auch von Linksaußenparteien ausgehen kann. Die Formulierungen bei den Studien tragen ihr Übriges bei: Der Begriff des Revolutionärs ist eher positiv konnotiert, der des Rassisten und des religiösen Extremisten nicht. Doch das spielt für das Meinungsbild keine Rolle – schließlich bildet es die Wahrnehmung der Gesellschaft ab.

Die Illiberalität in der Bevölkerung erstaunt: Die Mehrheit votiert für die Limitierung politischer Partizipationsrechte. Wenn es um die Versammlungsfreiheit geht, äußern sogar fast alle Befragten Vorbehalte. Die Entscheidung, wann welches Recht zu beschneiden sei, hat offenkundig mit dem Rechtsträger zu tun. Über die Ursachen können nur Mutmaßungen angestellt werden, sie hängen aber vermutlich ebenfalls weniger von den Partizipationsrechten als vom Extremismus ab, der die gesellschaftliche Toleranz an ihre Grenzen bringt: Die Exklusivität gegenüber Rechtsextremismus deutet auf einen Überkompensationseffekt nach einer nationalsozialistischen Diktatur und zwei Weltkriegen hin. In der Absicht, das normativ Richtige zu

tun, indem „man“ rechtsextreme Phänomene im Keim zu ersticken sucht, wird aus Abwehrbereitschaft Unduldsamkeit.

In der Intoleranz gegenüber religiösen Extremismen dürften sich wiederum die weltpolitischen Ereignisse zu Beginn des 21. Jahrhunderts (internationaler Terrorismus) ebenso widerspiegeln wie eine Angst vor und Unerfahrenheit mit unbekannten Kulturkreisen: Präkten Juden- und Christentum gleichermaßen über Jahrhunderte das Abendland, fehlt es an einem vergleichbaren gemeinsamen Erfahrungsschatz kultureller und sozialer Natur mit dem muslimischen Glauben, mit dem religiöser Extremismus in unseren Breitengraden wohl am ehesten assoziiert wird. Aus dieser Mischung – Gefährdung durch Terrorismus einerseits, Kontakte mit fremden Kulturen andererseits – speisen sich Ängste, die in Verbindung mit Unsicherheit abwehrende Einstellungen und Verhaltensweisen begünstigen. Selbst wenn die Ursachen bei beiden Extremismusvarianten unterschiedlich sein mögen – hier wie da münden sie in eine Inkongruenz zwischen politischer Kultur und Struktur.

Der Linksextremismus bildet in dieser Hinsicht eine Ausnahme: Dass nur eine Minderheit durch ihn die eigene Liberalität auf die Probe gestellt sieht, dürfte verschiedene Ursachen in Ost- und Westdeutschland haben: Der real existierende Sozialismus hat die Mehrheit der Ostdeutschen über die meiste Zeit ihres Lebens begleitet – und geformt. Schneller als erwartet kam es Ende 1989 zum Ende der SED-Herrschaft und 1990 zur Wiedervereinigung. Von einem Moment auf den anderen sah sich vieles im Leben der Menschen grundlegendem Wandel ausgesetzt: die Arbeit im Betrieb, die Arbeitsplatzsicherheit, die Versorgung durch den Staat, der allgemeine Egalitarismus, der Antiimperialismus, -amerikanismus, -faschismus, -kapitalismus. Dass das Meiste davon – gleichsam über Nacht – Unrecht sein sollte, war auf politischer Ebene nachvollziehbar, auf individueller nicht immer. Viele Erkenntnisse der Politische-Kultur- und Werteforschung stünden auf dem Kopf, hätte die DDR-Bevölkerung binnen weniger Jahre einen soliden antiextremistischen Konsens internalisiert. Im Westen hingegen hatte schon Jahre zuvor ein Prozess eingesetzt, den Wolfgang Rudzio als „Erosion der Abgrenzung“²⁹ bezeichnete und der seinen Ursprung im postmaterialistischen Wertewandel hat, weil mit ihm Selbstentfaltung, Teilhabe, Individualität und Gerechtigkeit als politische Ziele mehr und mehr Fürsprecher erhielten. Die Folgen: „Die Auflösung eines gemeinsamen Demokratieverständnisses, die Aufkündigung des demokratischen Regelkonsenses sowie die Erosion der Gemeinsamkeit der Demokraten gegenüber dem Linksextremismus signalisierten einen verunsichernden Wandel der politischen Kultur. Die Bundesrepublik wurde nun geprägt von einer Spaltung der Mehrheits- und (minoritärer) Protestkultur“.³⁰

29 Wolfgang Rudzio, *Die Erosion der Abgrenzung. Zum Verhältnis zwischen der demokratischen Linken und Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland*, Opladen 1988.

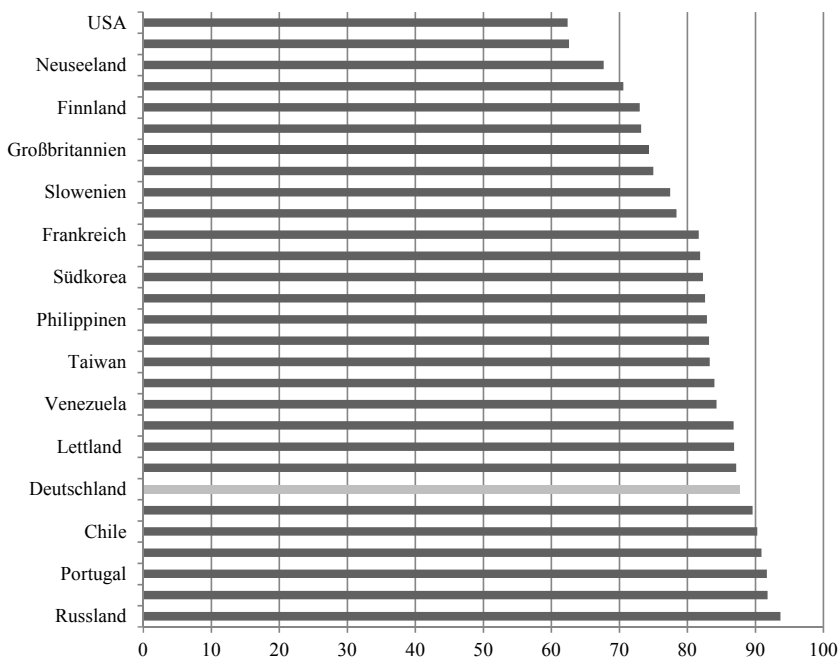
30 Ders., *Das politische System der Bundesrepublik Deutschland*, 8. Aufl., Wiesbaden 2011, S. 432.

4. Liberalität in anderen Demokratien

Wer wissen will, wie es um die Liberalität der deutschen politischen Kultur bestellt ist, muss auf ihre Einstellungen gegenüber rechtem und religiösem Extremismus schauen, weil sich die meisten Menschen hierdurch provoziert fühlen – anders als vom linken Pendant. Wenn Freiheit den Missbrauch der Freiheit einschließt, kann die Majorität bei Kommunisten und Linksautonomen offenkundig keinen Missbrauch erkennen.

Wie sieht es in anderen Demokratien aus? Zählen die Deutschen eher zu den liberalen oder zu den eher illiberalen Nationen? Und: Sieht sich die gesellschaftliche Toleranz anderer Gesellschaften ebenfalls eher durch den rechten und religiösen, weniger durch den linken Extremismus provoziert? Für eine Antwort ist ein Blick auf die Haltung zum Versammlungs- und Parteienverbot ausschlaggebend. Da es an aktuellen Daten zur zuerkannten Meinungsfreiheit von Rechtsextremisten fehlt, werden die zu religiösen und linken Extremisten ausgespart. Wenn Deutschland keine Ausnahme ist, dürfte die Verbotsneigung dabei ohnehin nur unwesentlich geringer ausfallen als bei der Versammlungsfreiheit. Da das ISSP wie das ESS weltweit Bürgerinnen und Bürger befragten, ist ein Vergleich mit anderen Demokratien problemlos möglich. Allerdings ist die Länderauswahl beider Studien unterschiedlich und eher unsystematisch. So fehlen einige Staaten der EU und von anderen Kontinenten liegen Daten nur aus ausgewählten Ländern vor. Bei der Versammlungsfreiheit einbezogen wurden ausschließlich Staaten, die in allen drei ISSP-Wellen vorkamen.

Abbildung 2: Zustimmung zu Einschränkungen der Versammlungsfreiheit (in Prozent)



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis des ISSP 2004, 2006 und 2008.

Die größte Besonderheit offenbart nicht der erste Blick auf das Balkendiagramm (Abb. 2): In jedem der 30 Länder fällt die Illiberalität gegenüber Rechtsextremismus höher aus als gegenüber der linken und religiösen Variante. Deutschland ist also keine Ausnahme. Dies deutet auf eine tiefgreifende und langfristige Prägung des Kontinents durch die nationalsozialistischen und faschistischen Regime im 20. Jahrhundert hin. Obwohl der „real existierende Sozialismus“ ebenfalls menschliche, politische, ökonomische und kulturelle Tribute gefordert hat³¹ und der islamistische Terrorismus vermutlich in der westlichen Hemisphäre derzeit die größte Herausforderung für die konstitutionelle Demokratie sowie die – tatsächliche und wahrgenommene – innere Sicherheit darstellt, da in dieser Region vor Angriffen prinzipiell niemand gefeit ist, überflügeln Rassismus und Nationalismus die beiden anderen Extre-

31 Vgl. Stéphane Courtois u.a. (Hrsg.), Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror, München 1998; ders. u.a. (Hrsg.), Das Schwarzbuch des Kommunismus 2. Das schwere Erbe der Ideologie, München 2004.

mismusvarianten augenscheinlich in ihrem gefühlten Bedrohungspotenzial. Mit den parteipolitischen Kräfteverhältnissen in einem Land lässt sich das Muster jedenfalls nicht in Verbindung bringen: Das gesellschaftliche Repressionspotenzial bemisst sich in Ländern mit starken (Russland, Ungarn, Frankreich) wie schwachen Rechtsaußenparteien³² (Deutschland, USA, Spanien) am Rechtsextremismus.

Unter den 30 Demokratien (bei Freedom House zählt Russland erst seit 2005 zu den unfreien Regimen, zuvor galt es als teilweise frei) befindet sich Deutschland – mit Blick auf die gesellschaftliche Liberalität – im hinteren Drittel. Nur die Spanier (89,6 Prozent), die Chilenen (90,3 Prozent), die Ungarn (90,0 Prozent), die Portugiesen (91,7 Prozent), die Japaner (91,8 Prozent) und die Russen (93,7 Prozent) erweisen sich als noch unduldsamer gegenüber missliebigen politischen Auffassungen – allerdings nur unmerklich, denn in jedem dieser Länder sprechen sich entweder knapp unter oder knapp über 90 Prozent der Bevölkerung für Einschränkungen der Versammlungsfreiheit aus.

Auf ein überschaubares Maß an Intoleranz stößt, wer in Ländern sucht, die es zu einem vergleichsweise hohen Wohlstandsniveau gebracht haben und die zugleich entweder auf eine sehr lange Demokratietradition zurückblicken (USA – 62,4 Prozent; Großbritannien – 74,4 Prozent) oder die bei den größeren Demokratiestudien regelmäßig auf den vorderen Plätzen landen (Norwegen – 62,6 Prozent; Neuseeland – 67,7 Prozent; Dänemark – 70,6 Prozent; Finnland – 73,0 Prozent; Israel – 73,2 Prozent). Gleichwohl äußert auch hier eine stabile Mehrheit Zustimmung zu einer Einschränkung der Versammlungsfreiheit, wenn diese missbraucht werden könnte. Gerade in den USA – bekannt für seine politische Liberalität gegenüber extremistischen Auswüchsen – überrascht die gesellschaftliche Unduldsamkeit, selbst wenn sie so spärlich ausfällt wie sonst nirgendwo. Die Bevölkerungsmeinung steht in einem gewissen Widerspruch zur Auslegungspraxis der US-Gerichte, die den ersten Verfassungszusatz seit jeher weit interpretiert und Liberalität damit zu einem Kennzeichen der dortigen Demokratie entwickelte.

Indes: Der Status als Wohlstandsdemokratie ist kein Garant für eine höhere gesellschaftliche Toleranzschwelle, sondern allenfalls eine Voraussetzung: Die Schweiz und Japan landen ebenfalls regelmäßig auf den vorderen Plätzen der Indizes von Freedom House, von der Economist Intelligence Unit und von Vanhanen. Dennoch geben sich ihre Einwohner relativ illiberal. Ob – aufs Ganze gesehen – die besseren Demokratien eher die besseren Demokraten hervorbringen oder die besseren Demokraten die besseren Demokratien, lässt sich durch diesen kurzen Überblick nicht zweifelsfrei klären. Eine solche Beziehung ist – darauf deuten die Befunde der Modernisierungstheorie, der Werte- und der Politische-Kultur-Forschung – keine Einbahnstraße: Je mehr Ressourcen die Demokratie einem Volk zur Verfügung stellt (Wohlstand, Bildung, soziale Gerechtigkeit, umfassende Bürgerrechte), umso eher erlangt sie Anerkennung, umso mehr Anreize verspürt sie, noch strengeren normativen Maßstäben (politische und soziale Gerechtigkeit, umfassende Partizipations-

32 Der Begriff schließt extremistische wie populistische Formationen ein.

rechte, Transparenz) gerecht zu werden, weil diese in der Bevölkerung an Zuspruch gewinnen.³³

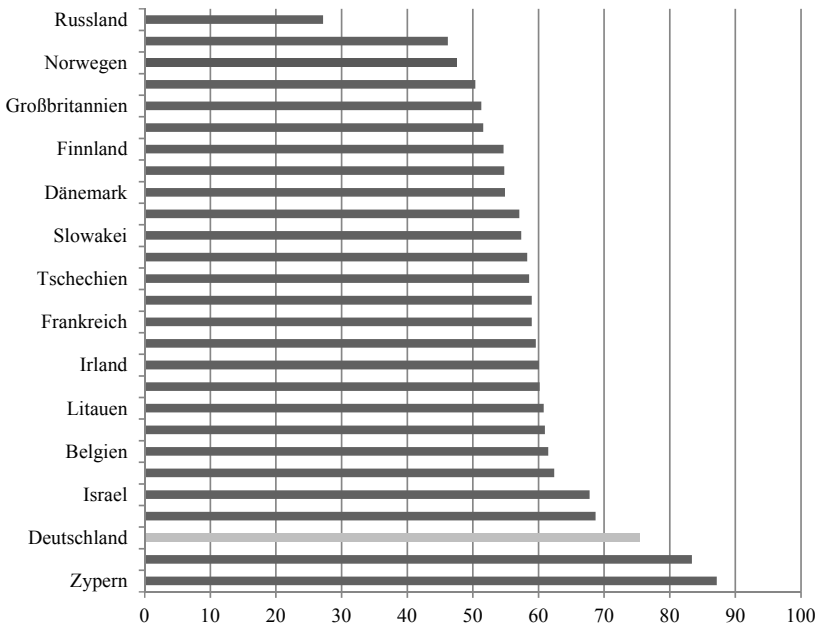
Der Wille, extremistische Parteien zu verbieten (der zweite Indikator für die gesellschaftliche Liberalität), ist in den meisten Ländern merklich schwächer ausgeprägt als der Wunsch nach Einschränkung der Versammlungsfreiheit (mit Ausnahme von Spanien und Deutschland). Zugleich sind die Länder hier heterogener: In den weitaus meisten von ihnen ist das Lager der Verbotsbefürworter ähnlich groß wie das der -gegner. Die Extrempole bilden einerseits Russland, wo nur einer von vier Befragten einem Verbot das Wort redet, und eine Gruppe von drei Ländern – Deutschland, Spanien, Zypern –, in denen die gesellschaftlichen Verhältnisse genau umgekehrt sind.

Obwohl dem ESS eine andere Länderauswahl zugrundeliegt als dem ISSP³⁴, belegt die Bundesrepublik wieder nur einen der hinteren Plätze. Intoleranter sind nur die Spanier (83,4 Prozent) und die Zyprioten (87,2 Prozent), etwas besser (68,7 Prozent) schneiden die Griechen ab. Weder kulturell noch historisch teilen diese Staaten allzu viele Gemeinsamkeiten: Zwar gab es in allen drei Ländern im 20. Jahrhundert rechte Diktaturen, doch die gab es in Portugal, das im Mittelfeld liegt, ebenfalls. Die Erfahrung mit einer rechten Autokratie in jüngerer Vergangenheit scheint darum notwendig, aber nicht hinreichend für eine Neigung zum Verbot extremistischer Parteien zu sein: In jeder zu einem Verbot extremistischer Parteien neigenden Gesellschaft ist die Erinnerung an eine national(sozial)istische Diktatur noch frisch, doch nicht in jedem der Länder mit einem solchen Erfahrungshorizont gibt es eine große Verbotsneigung – Folgen unterschiedlicher Aufarbeitungspolitik?

33 Siehe David Easton, *A Systems Analysis of Political Life*, New York 1965; ders., *A Re-Assessment of the Concept of Political Support*, in: *British Journal of Political Science* 5 (1975), S. 435-457; Ronald Inglehart, *Political Dissatisfaction and Mass Support for Social Change in Advanced Industrial Society*, in: *Comparative Political Studies* 10 (1977), S. 455-472; ders., *The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Publics*, Princeton 1977; Seymour Martin Lipset, *Political Man. The Social Bases of Politics*, London 1963.

34 Von beiden Studien abgedeckt sind – neben Deutschland – Dänemark, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Irland, Israel, Norwegen, Niederlande, Polen, Portugal, Russland, Schweden, Schweiz, Slowenien, Spanien, Tschechien und Ungarn.

Abbildung 3: Zustimmung zum Verbot extremistischer Parteien (in Prozent)



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis des ESS 2010.

Die Gruppe der weniger verbotsaffinen Gesellschaften ist deutlich heterogener, schließt unfreie und instabile Regime im Osten (Russland – 27,2 Prozent; Ukraine – 46,2 Prozent) ebenso ein wie westliche „Vorzeigedemokratien“ (Norwegen – 47,6 Prozent; Schweden – 50,4 Prozent; Großbritannien – 51,3 Prozent). Wofür ist dies ein Anzeichen: Liberalität oder die Salonfähigkeit extremistischer Haltungen? Die Antwort fällt nicht eindeutig aus, wenn als Grundlage die subjektive Einordnung der Bevölkerung auf einer politischen Links-Rechts-Achse dient, denn während sich über 20 Prozent der Ukrainer politisch rechts außen sehen, die geringe Verbotsneigung mithin untermauern, sind es in Russland, wo noch einmal knapp ein Fünftel weniger ein Verbot präferiert, fast halb so viele. Das Bild sieht nicht anders aus im Vereinigten Königreich und in den beiden skandinavischen Staaten.³⁵ Dafür sind mit einer Größenordnung von 20 bis 30 Prozent extrem rechte Positionen (laut eigenem Bekunden) deutlich weiter verbreitet in Zypern, Tschechien und Finnland – Länder

35 Vgl. Mark Visser/Marcel Lubbers/Gerbert Kraaykamp/Eva Jaspers, Support for radical left ideologies in Europe, in: European Journal of Political Research 53 (2014), S. 541-558, hier: S. 551.

also, in denen die Verbotsneigung höchst unterschiedlich ausgeprägt ist; extrem linke Einstellungen sind hingegen lediglich in Zypern bei über einem Fünftel der Population verankert.

Kurzum: Allem Anschein nach ist die subjektive Einordnung auf einer Links-Rechts-Achse kein allzu guter Indikator für antidemokratische Einstellungen. Andernfalls sähe sich bei einer nahezu allgegenwärtigen Verbotsaffinität kaum die Hälfte der Zyprioten an den Extremen des politischen Spektrums. Außerdem: Wie sonst lässt sich erklären, dass in Russland ein Verbot antidemokratischer Parteien so unpopulär ist wie in keinem anderen Land, während hier so viele Menschen wie nirgends eine Einschränkung der Versammlungsfreiheit von Rassisten gutheißen? Aussagekräftiger dürften darum autoritarismusbezogene Items sein.

Der Vergleich der 18 Länder, die sowohl vom ISSP als auch vom ESS einbezogen wurden, ergibt ein deutlicheres Bild: In den weitaus meisten dieser Länder liebäugelt die Bevölkerungsmehrheit mit Verboten, wenn es um Meinungen geht, die für gefährlich und/oder moralisch unverträglich gehalten werden. Dabei erweisen sich die Deutschen – gemeinsam mit den Spaniern – ohne Zweifel als die illiberalsten Nationen. Den Willen, solche Standpunkte vom politischen Wettbewerb auszuschließen, die sich gegen diesen Wettbewerb richten (dem subjektiven Empfinden nach meist der Rechtsextremismus), teilt in beiden Ländern eine überbordende Mehrheit. Den Gegenpol bildet Norwegen, wo eine „Null-Toleranz-Haltung“ bei „lediglich“ rund zwei Dritteln der Bevölkerung Wurzeln geschlagen hat. Deswegen ist hier zwar noch nicht von Liberalität zu sprechen, die Skandinavier geben sich aber doch deutlich gelassener gegenüber Rechtsextremisten als die hiesige und die spanische Bevölkerung.

5. Äquidistanz

Aus den Haltungen zu den verschiedenen Extremismusvarianten lässt sich auf Quantität und Qualität der Äquidistanz schließen. Zur Meinungsfreiheit sind aufgrund fehlender Informationen zum Rechtsextremismus keine systematischen Aussagen möglich. Mit Blick auf die Versammlungsfreiheit jedoch klaffen die Urteile der Deutschen am weitesten zwischen Rechts- und Linksextremismus auseinander, und zwar um 62,5 Prozentpunkte. Damit zählt die Bundesrepublik zur Mehrheit jener Länder, in denen sich der größte Beurteilungsunterschied zwischen Rechts- und Linksextremismus auftut. Lediglich in Japan, Chile, Venezuela, Polen und Ungarn werden rechter und religiöser Extremismus von der Bevölkerung höchst verschieden wahrgenommen: Eine Mehrheit will Versammlungen von Nationalisten und Rassisten verbieten, kaum jemand jedoch Versammlungen religiöser Fanatiker, die zur Bildung eines Gottesstaates aufrufen. Die Äquidistanz in diesen fünf Staaten ist damit in qualitativer Hinsicht anders geartet als in den meisten anderen Ländern aus dem ISSP.

Tabelle 2: Äquidistanz in Deutschland und weiteren Demokratien

Größter Unterschied (in Prozentpunkten) zwischen...			
rechtem und linkem Extremismus		rechtem und religiösem Extremismus	
Portugal	68,8	Japan	59,2
Deutschland	62,5	Chile	52,7
Philippinen	58,9	Venezuela	48,0
Schweiz	55,9	Polen	42,4
Südafrika	48,4	Ungarn	36,7
Frankreich	44,1		
Tschechien	43,9		
Taiwan	42,8		
Schweden	41,0		
Irland	40,9		
Uruguay	40,1		
Israel	35,4		
USA	32,3		
Niederlande	30,8		
Neuseeland	29,4		
Slowenien	27,9		
Südkorea	26,7		
Dänemark	26,0		
Lettland	25,7		
Norwegen	22,6		
Großbritannien	22,0		
Spanien	21,7		
Finnland	16,8		
Russland	16,5		

Quelle: Eigene Darstellung auf Basis des ISSP 2004, 2006 und 2008.

Was die Beurteilungen beider Extremismen angeht, zeichnet sich die Bundesrepublik – ähnlich wie Portugal, die Philippinen und die Schweiz – durch einen eklatanten Mangel an Äquidistanz aus. Hierzulande übertrifft der Bevölkerungsanteil, der rechtsextremen Versammlungen einen Riegel vorschieben will, jenen, der genauso über linksextreme Kundgebungen denkt, um ganze zwei Drittel. Zum Vergleich: In Russland übersteigt der Anteil der Antirechtsextremisten den der Antilinksextremisten um lediglich 16,5 Prozent; in Finnland und Spanien sind es kaum mehr. Allerdings sagt das Prinzip der Gleichbehandlung noch nichts über dessen Gestalt aus – das gilt auf theoretischer wie empirischer Ebene: So begegnen die spanische und die finnische Gesellschaft Extremisten jedweder Couleur in ähnlicher Form. Nur bedeutet das in Spanien: ablehnend und prohibitiv, in Finnland: liberal und tolerant.

Dass sich in Deutschland ein antirechtsextremistischer Konsens verfestigt hat, das bestätigen mehrere Umfragen. Einstellungen zum Umgang mit der Partei Die Linke und der NPD wurden etwa im Rahmen des Politbarometers 2008 abgefragt. Gewiss, der Vergleich beider Parteien hinkt, weil diese einen „harten“ Rechtsextremismus

verkörpert, jene einen „weichen“ Linksextremismus.³⁶ Dennoch muss sich Die Linke für offen antidemokratische Strömungen und Plattformen (etwa marx21, die KPF, SL oder das Marxistische Forum) verantworten. Vor diesem Hintergrund überraschen das laute Ja zu einem Verbot der schwächelnden NPD (74,0 Prozent) einerseits,³⁷ das leise Nein zu einem „normalen“ Umgang mit der etablierten Partei Die Linke (29,0 Prozent) andererseits³⁸ – zumal ein Verbot und die Ablehnung jedweder Zusammenarbeit schon auf verschiedenen Ebenen liegen und den unterschiedlichen Extremismusintensitäten Rechnung tragen. Den Eindruck ungleicher Wahrnehmung bestätigen etwas ältere Umfragedaten. Im Jahr 2005 konnten sich 18,0 Prozent der Deutschen prinzipiell vorstellen, ein Linksaußenbündnis zu wählen,³⁹ bei einem Pendant von rechtsaußen waren es lediglich 4,3 Prozent.⁴⁰ Zugegeben: Wer diese oder jene Art Wahlallianz als legitim ansieht, muss kein Extremist sein. Und die ungleichen Extremismusintensitäten beider Bündnisse sind sicherlich nicht unschuldig an deren variierender Popularität. Dennoch würde ein belastbarer Cordon sanitaire nach beiden Seiten hohe Ablehnungswerte hier wie da voraussetzen.

Illiberalität gegenüber Linksextremisten ist eine Minderheits-, gegenüber Rechtsextremisten eine Mehrheitsposition. Selbst wenn von denjenigen, die sich gegen Rechtsextremismus wenden, ein erheblicher Prozentsatz ebenfalls eine gesellschaftliche Integration linksextremer Positionen rigoros zurückweist und dergestalt individueller Äquidistanz Ausdruck verleihen dürfte, ist das gesamtgesellschaftliche Verhältnis zu beiden Spektren von Ungleichheit geprägt – angesichts der doppelten Diktaturerfahrung ein überraschender Befund, erklärbar wohl durch die verheerende soziale, kulturelle, politische und wirtschaftliche Hinterlassenschaft der NS-Herrschaft einerseits und die im Rückblick häufig als sozial gerecht empfundene DDR andererseits. Das unterstreicht ein Bundesländervergleich:

In allen „neuen Ländern“ gilt ein Linksaußen-Wahlbündnis bei sechs von zehn Befragten als unwählbar, im Westen fällt die Ablehnungshaltung deutlich größer aus. Im Osten herrscht Einmütigkeit darüber, Linksextremisten die Organisationsrechte *nicht* abzusprechen. In einigen westlichen Ländern ist die Stimmung gespalten: So votieren in Hessen und in Niedersachsen 40 Prozent für, 60 Prozent gegen

36 Vgl. Eckhard Jesse, Die NPD und die Linke. Ein Vergleich zwischen einer harten und einer weichen Form des Extremismus, in: Uwe Backes/ders./Alexander Gallus (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 21, Baden-Baden 2009, S. 13-31.

37 Die Frage lautete: „Zurzeit wird über ein Verbot der rechtsextremen NPD gesprochen. Sind Sie für ein Verbot der NPD, oder sind Sie dagegen?“, Politbarometer Ost/West 2008.

38 Die Frage lautete: „Was meinen Sie zum Umgang mit der Partei ‚Die Linke‘? Sollten die anderen Parteien die Linke wie eine ganz normale Partei behandeln oder sollte es da keinerlei Zusammenarbeit geben?“, Politbarometer Ost/West 2008.

39 Die Frage lautete: „Die PDS und die ‚Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit‘ planen, bei der Bundestagswahl als gemeinsames Linksbündnis anzutreten. Können Sie sich vorstellen, dieses Linksbündnis aus PDS und Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit zu wählen, oder können Sie sich das nicht vorstellen?“, Politbarometer Ost/West 2005.

40 Die Frage lautete: „Die NPD und die DVU haben vor, bei zukünftigen Wahlen gemeinsam zu kandidieren. Können Sie sich vorstellen, eine Liste aus NPD- und DVU-Kandidaten zu wählen, oder können Sie sich das nicht vorstellen?“, Politbarometer Ost/West 2005.

eine Einschränkung der Versammlungsfreiheit für Kommunisten, Anarchisten und Autonome. Während die NPD nach Meinung vieler – in Ost wie West – verboten gehört, spaltet Die Linke die Ost- von den Westdeutschen: In den meisten „neuen Bundesländern“ ist man sich einig darüber, dass Die Linke eine „normale“ Partei ist. In einigen der „alten Bundesländer“ tritt Uneinigkeit zutage. So ist die Ablehnungshaltung mit rund 40 Prozent ganz im Norden (Schleswig-Holstein) und ganz im Süden (Bayern) ausgeprägt. Zwar ist nirgendwo von einem gleich starken Cordon sanitaire gegenüber jedwem Extremismus zu sprechen, einige der Länder (vor allem im Westen) kommen in ihrer Haltung dem Äquidistanzgebot jedoch näher als andere. Aus diesen Disparitäten sprechen divergente Sozialisationsmuster – DDR versus Bundesrepublik.

6. Konsequenzen für das politische System

Wer von Liberalität spricht, darf von Extremismus nicht schweigen: Die Menschen haben mit dem Recht auf freie Meinung, Versammlung und Vereinigung vermutlich keine Probleme, wohl aber damit, sie auch jenen zuzugestehen, die sie schon einmal missbraucht haben und daher im Verdacht stehen, sie wieder zu missbrauchen. Das sind – nach Einschätzung der Deutschen – weniger Kommunisten als religiöse Fanatiker, mehr noch Nationalisten und Rassisten. An ihnen muss sich Liberalität messen lassen, weil sie universell ist: Freiheit nur für jene, die sich innerhalb des gesellschaftlichen Konsenses bewegen, ist keine Freiheit. Der „Forumstyp“ politischer Teilhabe bildet eine Voraussetzung für einen freien Herrschaftszugang und integriert auch Extremisten in die Meinungsbildung; allerdings – jedenfalls im Rahmen streitbarer Demokratie – nur solange diese Freiheit nicht missbraucht wird, um Freiheit abzuschaffen.

Das illiberale Element in der deutschen politischen Kultur ist unübersehbar. Nach zwei Diktaturen in jüngerer Zeit äußert gegenüber Rechtsextremismus eine große Mehrheit, gegenüber Linksextremismus nur eine Minderheit Vorbehalte. Das gilt für Ost- wie Westdeutschland und lässt auf einen langen Schatten der NS-Vergangenheit und als weniger dramatisch, bisweilen sogar positiv wahrgenommene Erfahrungen mit dem real existierenden Sozialismus sowie Aufgeschlossenheit gegenüber egalitaristischen Utopien schließen. Die aus der Illiberalität und dem massiven Antirechtsextremismus für das politische System erwachsenden Gefahren offenbaren sich nicht auf den ersten Blick.

Der streitbaren Demokratie in Deutschland stehen mehrere Instrumente zur Verfügung, darunter die Verwirkung von Grundrechten, Vereinigungs- und Parteienverbote. Zu Versammlungsverbieten – von einer Mehrheit der Bevölkerung gegenüber Rechtsextremisten gefordert – äußert sich das Grundgesetz (Art. 8 Abs. 2) zurückhaltend. Das Versammlungsgesetz formuliert keine politischen Gründe für eine Einschränkung, ist mithin kein taugliches Schwert der streitbaren Demokratie. Daher kam es in der jüngeren Vergangenheit nur vereinzelt zu Verboten – etwa gegenüber

„Blockupy“ in Frankfurt a.M. (2012 – öffentliche Sicherheit), gegenüber Hooligans in Hannover (2014 – öffentliche Sicherheit) sowie Pegida in Dresden (2015 – öffentliche Sicherheit) und Legida in Leipzig (2015 – Polizeinotstand). Insofern klappt bei der Versammlungsfreiheit eine beträchtliche Lücke zwischen der Politik, die Versammlungen *um der Demokratie willen* nicht verbieten darf, und der Bevölkerung, die rechtsextreme Aufmärsche verboten wissen will (und zum Teil selber Demonstrationen blockiert). Verständnis für die Legitimität von „Nazi-Demonstrationen“ und die Illegitimität einer politisch motivierten Einschränkung zu vermitteln, stellt eine zentrale Herausforderung der deutschen Demokratie dar.

Die Verwirkung von Grundrechten kann – auf Antrag von Bundestag, Bundesrat oder einer Landesregierung – das Bundesverfassungsgericht nach Art. 18 des Grundgesetzes aussprechen. In der Praxis wurden, um die Demokratie zu schützen, bislang keinem Bürger und keiner Bürgerin die Grundrechte entzogen oder eingeschränkt. Allerdings strengte die Bundesregierung bisher vier solcher Verfahren an – ausschließlich gegen Rechtsextremisten: 1952 gegen Otto Ernst Remer, 1969 gegen Gerhard Frey, 1992 gegen Thomas Dienel und Heinz Reisz. Jedes Mal lehnte Karlsruhe den Antrag ab: aufgrund des Rückzugs der Person aus dem politischen Leben (Remer), aufgrund mangelnden Einflusses in der Szene (Frey), aufgrund einer positiven Sozialprognose (Dienel und Reisz). Das Bundesverfassungsgericht brach in allen vier Fällen eine Lanze für die Liberalität, ein Verbot schien inopportun: Einzelpersonen stellen in den seltensten Fällen eine akute Gefahr für die konstitutionelle Demokratie dar, so die Argumentation. Wer ihnen die Grundrechte entzieht, bewirkt daher meist nur eine ungerechtfertigte Einschränkung individueller Freiheit. Strafrechtliche Verfahren sind darum häufig der angemessenere Weg.⁴¹ Ausnahmen – etwa einflussreiche Demagogen in einem Spektrum – bestätigen die Regel.

Was die Bundesregierung angeht, so schoss sie in allen vier Fällen mit Kanonen auf Spatzen und legte eine gewisse Illiberalität an den Tag, die – zumindest in der Anfangszeit – von Verunsicherung beeinflusst war. Es spricht zudem Bände über die Äquidistanz, dass alle ihre Anträge – obwohl erfolglos – auf Rechtsextremisten gerichtet waren, sie aber im Zuge der „68er“ und des RAF-Terrorismus nichts unternahm. Nicht, dass Grundrechtsverwirkungen hier geboten gewesen wären, aber bei den vier Rechtsextremisten waren sie das ebenso wenig. Obwohl Umfragedaten zu Grundrechtseinschränkungen von Extremisten nicht vorliegen, erntete das Vorgehen der Bundesregierung – anders als das der Karlsruher Richter – vermutlich Zuspruch in der Bevölkerung. Das gilt besonders für die letzten beiden Anträge, die unter dem Eindruck rechtsextremer Gewaltwellen eingereicht wurden.

Vereinigungsverbote – das zweite zentrale Instrument der streitbaren Demokratie – regelt Art. 9 Abs. 2 des Grundgesetzes: „Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßi-

41 Vgl. Hermann Butzer/Marion Clever, Grundrechtsverwirkung nach Art. 18 GG: Doch eine Waffe gegen politische Extremisten?, in: Die Öffentliche Verwaltung 47 (1994), S. 637-643, hier: S. 643.

ge Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.“ Ausgesprochen werden sie nicht vom Bundesverfassungsgericht, sondern von den Innenministerien. Von 1949 bis 1964 (Inkrafttreten des Vereinsgesetzes) ergingen in Deutschland 64 Vereinsverbote⁴² (40 gegen links, 24 gegen rechts), die am Legalitätsprinzip orientiert und darum nicht sonderlich liberal waren. Dass der repressive Umgang vor allem den Linksextremismus traf, dürfte an der Hochphase des Kalten Krieges gelegen haben.

Das Blatt wendete sich anschließend: Von 1964 bis 1990 gab es 17 (vier gegen Links-, 13 gegen Rechtsextremismus), von 1990 bis 2010 wiederum 61 Verbote (20 gegen *ausländischen* linken⁴³, 32 gegen rechten, neun gegen islamistischen Extremismus). Während die geringe Verbotsneigung gegenüber Linksextremismus von einer gewissen Liberalität zeugt, wurden rechtsextreme Vereinigungen häufig reflexhaft, sanktionsartig und in einer aufgeheizten Atmosphäre ausländerfeindlicher Gewaltwellen untersagt – häufig Organisationen, die damit nachweislich in keiner Verbindung standen. Die Verbote hatten aus diesem Grund meist lediglich Symbolcharakter, blieben in ihrer demokratieschützenden Wirkung limitiert.⁴⁴ Einem illiberalen Antilinksextremismus ist im Laufe der Zeit ein illiberaler Antirechtsextremismus gewichen, der in der Bevölkerung auf Widerhall stoßen dürfte. Gleiches wird – auf Vereinsebene – nicht gleich behandelt.

Parteienverbote, geregelt in Art. 21 Abs. 2 des Grundgesetzes, werden vom Bundesverfassungsgericht ausgesprochen. Die beiden einzigen Verbote – gegen die rechtsextreme SRP 1952 und die linksextreme KPD 1956 – fallen in die Frühzeit der Bundesrepublik (beide auf Betreiben der Bundesregierung). „Die junge Demokratie wollte [...] Exempel statuieren. Diese waren nicht nur rechtmäßig, sondern wohl auch zweckmäßig. [...] Die Angst gegenüber ‚früher‘ und ‚drüben‘ war vorherrschend.“⁴⁵

Wie bei der Vereinsverbotspraxis wandelte sich auch hier das Bild, kreisten spätere Verbotsdiskussionen doch ausschließlich um rechtsextreme Formationen: um die NPD in den 1960er Jahren, um die REP in den 1980er Jahren.⁴⁶ Eingebrennt hat sich der wehrhaften Demokratie der erfolglose, von fremdenfeindlichen Übergriffen motivierte Verbotsantrag gegenüber der NPD von 2001. Wegen der „V-Mann-Affäre“ verkam der von Gerhard Schröder ausgerichtete „Aufstand der Anständigen“⁴⁷ 2003

42 Tatsächlich gab es 328 Verbotsverfügungen gegen 64 Vereinigungen. Die hohe Zahl kommt zustande, weil Verbote auf Landes-, zum Teil sogar auf Regierungspräsidiumsebene erfolgten, ein und dieselbe Organisation mehrfach verboten wurde.

43 Gegen deutsche linksextreme Organisationen wurde kein Verbot verhängt.

44 Vgl. Julia Gerlach, Die Vereinsverbotspraxis der streitbaren Demokratie. Verbieten oder Nicht-Verbieten?, Baden-Baden 2012, S. 514.

45 Eckhard Jesse, Demokratieschutz, in: Uwe Backes/Alexander Gallus (Hrsg.), Demokratie in Deutschland. Diagnosen und Analysen, Köln/Weimar/Wien 2008, S. 333-357, hier: S. 347.

46 Verbotsanträge gegen die Nationale Liste und die Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei in den 1990er Jahren wurden abgewiesen, weil es sich nicht um Parteien handelte. Beide wurden als Vereine verboten.

47 Schröder fordert „Aufstand der Anständigen“, in: Der Spiegel vom 4. Oktober 2000.

zum „Aufstand der Unfähigen“⁴⁸, der nicht von Liberalität gekennzeichnet war. Unter dem Eindruck der NSU-Enthüllungen läuft derzeit ein vom Bundesrat initiiertes Verfahren gegen die radikalisierte, aber marginalisierte Partei, das weithin goutiert wird.

Die Bilanz: vier Parteiverbotsanträge, davon einer gegen eine linksextreme, drei gegen rechtsextreme Formationen. Ins Leere lief lediglich der erste Antrag gegen die NPD 2003 – aber nicht aus Gründen der Liberalität. Gegen linksextreme Parteien – etwa DKP, MLPD oder PSG – gab es keine Verbotsdiskussionen, geschweige denn Verbotsvorbereitungen. Das spricht für Illiberalität, von der jedoch – abgesehen von der KPD – nur der Rechtsextremismus betroffen ist.

Der repressive Umgang vor allem mit rechtem Extremismus seit der Wiedervereinigung – erkennbar an der Vereins- und Parteiverbotspraxis sowie den erfolglosen Grundrechtsverfahren, weniger an Versammlungsverboten – steht in gewissem Widerspruch zu den Geboten der Liberalität und Äquidistanz: Die Verbote gegen Dienel und Reisz hätten deren Freiheiten massiv beschnitten, ohne die Demokratie zu sichern, die Vereinsverbote galten häufig politisch motivierter, mit den Vereinen jedoch kaum im Zusammenhang stehender Gewalt, die im Verbotsverfahren steckende NPD ist seit Jahren „angezählt“. Paradoxerweise führt dies nicht zu einer Delegitimation des politischen Systems – anders als die Handhabung von Versammlungsverboten, die bei Rassisten und Nationalisten eine Mehrheit gutheißt. Hier steht der Politik eine Herkulesaufgabe bevor, zumal es (jenseits der rechtlichen Dimension) schwer zu vermitteln ist, dass Vereine und Parteien rechter Provenienz verboten werden (sollen), Versammlungen aber nicht. Eine gewisse Inkonsistenz lässt sich kaum abstreiten.

Trüge die Politik bei Vereinigungs- und Parteiverboten dem Äquidistanzgebot stärker Rechnung – durch einen weniger prohibitiven Umgang mit Rechts- und einen stärker prohibitiven Umgang mit Linksextremismus –, dürfte dies auf gesellschaftlichen Widerstand stoßen. Darauf deuten das fehlende gesellschaftliche Verständnis für „Nazi-Demonstrationen“ und die Zustimmung zu einem NPD-Verbot hin. Umgekehrt wären Verbote solcher Aufmärsche nicht mit Liberalität und Äquidistanz vereinbar. Die deutsche Demokratie steht mithin vor einem Dilemma zwischen normativer Legitimität (Liberalitäts- und Äquidistanzgebot auf ganzer Ebene) und empirischer Legitimität (gesellschaftlicher Antirechtsextremismus).

Liberalität mag ein universeller Wert sein, doch die politischen Konsequenzen von Illiberalität hängen stets vom konkreten Gegenstand ab. Die Härte und Unnachgiebigkeit von Staat und Gesellschaft gegenüber rechtsextremen und -populistischen Positionen – Markus Günther polemisierte in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung unlängst gegen ein „Volk von Antifaschisten“⁴⁹ – birgt vielfältige Gefahren. Vor allem erweist der Demokratie einen Bärendienst, wer es unter Verweis auf die norma-

48 Heribert Prantl, Aufstand der Unfähigen, in: Süddeutsche Zeitung vom 28. Januar 2002.

49 Markus Günther, Ein Volk von Antifaschisten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. Februar 2015.

tive Unrechtmäßigkeit und das Stigma des Rechtsextremismus beim Verboten, Sich-Abgrenzen und Zeichen-Setzen belässt:

Erstens, eine derartige Mentalität beugt der Verbreitung rechtsextremer Einstellungen nicht vor – im Gegenteil. Die Akteure fühlen sich in ihrer Außenseiterposition gestärkt, können den Nimbus der „Tabubrecher“ und „Outlaws“ wahren und Unzufriedene um sich scharen – das gilt im Prinzip für alle Extremisten. Wer darum leichtfertig zum Verbot schreitet, gießt Wasser auf die Mühlen derjenigen, die in der Demokratie ohnehin nur ein scheinbar liberales System sehen und sich ausgegrenzt fühlen. In Deutschland profitieren hiervon vor allem Rechtsextremisten.

Es fehlen, zweitens, Gelegenheiten zur demokratischen Selbstvergewisserung, wenn Partizipationsrechte von Extremisten eingeschränkt werden. Beschneidungen der Meinungsfreiheit schaden vor allem – aber nicht nur – Individuen, weil sie der Möglichkeit einer diskursiven Konfrontation mit Extremisten beraubt werden, die der Festigung des eigenen normativen Fundamentes dient.⁵⁰ Organisationsverbote wiederum limitieren den politischen Konkurrenzkampf um Mitglieder und Wähler, weil dadurch die Anzahl der „Wettbewerber“ sinkt. Da es sich dabei um extremistische Organisationen handelt, verengt sich das diskursive Themenfeld. Dadurch könnte langfristig das Bekenntnis zum demokratischen Verfassungsstaat zur blutleeren Floskel verkommen, die Abwehrfähigkeit (nicht unbedingt die -bereitschaft) gegenüber antidemokratischen Einwänden sinken.

Drittens: Ob nun über ein rechtliches Verbot von Publikationen, Versammlungen und Vereinigungen oder über die gesellschaftliche Ab- und Ausgrenzung – die prinzipielle Ablehnung von Rechtsaußen-Kritik birgt die Gefahr, die Dynamik gesellschaftlichen Unmutes zu übersehen, der rasch systembedrohliche Züge annehmen kann. Wer hätte im Sommer 2014 gedacht, dass nur ein halbes Jahr später Zehntausende auf die Straße gehen würden, um gegen die – vermeintliche – „Islamisierung des Abendlandes“ zu protestieren? Auf dem Höhepunkt der Demonstrationen hat sich die Mehrheit der Politiker geweigert, sich mit dem Phänomen auseinanderzusetzen, aus Angst davor, als „Pegidaversteher“ zu gelten. Dabei wurde Verständnis für die Ängste der Demonstranten häufig verwechselt mit Verständnis für ihre Forderungen. Es spielt keine vordringliche Rolle, ob diese Ängste begründet sind; sie sind aufgrund ihrer Größenordnung und Intensität ein gesellschaftlich bedeutsames Phänomen. Das gilt ebenfalls für die vielfältigen Proteste gegen Asylbewerberheime aus der jüngeren Vergangenheit, die auf Defizite der parlamentarischen Darstellungs- und kommunikativen Führungsfunktion hindeuten.

50 Vgl. John Stuart Mill, Über die Freiheit, 2. Aufl., Hamburg 2011 [1859], S. 25.

Vom Protestphänomen zur politischen Dauererscheinung: Rechts- und Linkspopulismus in Westeuropa

Von Frank Decker

1. Einleitende Bemerkungen

Seit Mitte der 1980er Jahre ist es in zahlreichen westeuropäischen Ländern zur Herausbildung einer neuen und zugleich neuartigen Parteienfamilie gekommen, für die sich in der Wissenschaft und im journalistischen Sprachgebrauch der Begriff „rechtspopulistisch“ eingebürgert hat. Als die Neuankömmlinge am rechten Rand (Front National, Lega Nord, Vlaams Blok, FPÖ) in ihren Ländern auf den Plan traten und die ersten Wahlerfolge erzielten, war man noch geneigt, sie als flüchtige Protesterscheinungen abzutun, wie es sie in den westlichen Demokratien – auch in populistischer Gestalt – schon immer gegeben hatte. Es herrschte also die Erwartung, dass die Herausforderer über kurz oder lang wieder auf Normalmaß zurückgestutzt und aus den Parteiensystemen ganz verschwinden würden. Die weitere Entwicklung sollte dies gründlich widerlegen. Nicht nur, dass die Rechtspopulisten ihre Stellung verteidigten und sogar noch weiter ausbauen konnten. Das Phänomen begann sich nun auf andere westeuropäische Länder auszudehnen und machte auch vor den neuen Demokratien Mittel- und Osteuropas nicht halt.

Nach einem kontinuierlichen Aufwuchs bis zum Jahre 2000 neigte sich die Erfolgskurve der rechten Herausforderer bis Mitte der 2000er Jahre zunächst leicht nach unten; danach stieg die Resonanz wieder deutlich an. Der Rechtspopulismus erfasste jetzt auch Länder, die von ihm vorher verschont geblieben waren. Das zwischenzeitliche Tief dürfte mehr mit seinen Erfolgen als mit einer nachlassenden Empfänglichkeit der Wähler für die rechtspopulistischen Botschaften zu tun haben. Ein Beleg dafür ist, dass der Populismus auf die etablierten Parteien des politischen „Mainstreams“ immer stärker übergriff. Diese machten sich nicht nur die Themen der rechtspopulistischen Akteure zueigen, sondern auch deren Politikstil. Zugleich kam es zu einem Aufschwung linkspopulistischer Parteien und Bewegungen, die manches von dem, was die Wähler umtrieb, glaubwürdiger adressieren konnten als ihre rechten Kontrahenten. Zwei – sich häufig auch in Parteienform überlappende – Spielarten des Populismus nehmen die christdemokratisch-konservativen und sozialdemokratischen Parteien heute in ihren Zangengriff – ein kapitalismuskritischer und/oder wohlfahrtsschauvinistisch geprägter Sozialpopulismus und ein kulturalistisch unterfütterter Anti-Islam-Populismus.

Nachfolgend soll eine politikwissenschaftliche Einordnung der rechts- und linkspopulistischen Herausforderer erfolgen. Dabei lasse ich mich von der Frage leiten, ob und wie weit es sich um abgrenzbare Parteienfamilien handelt. Nach einem ein-

führenden Überblick über die Stadien der elektoralen Erfolgsgeschichte (2) blicke ich zunächst auf die Ursachen und Entstehungshintergründe des neuen Populismus (3). Anschließend erörtere ich, ob der Populismusbegriff zur Charakterisierung der neuen Parteienfamilien taugt (4). Die in diesem Zusammenhang vorgeschlagene „schmale“ Definition schafft die Grundlage für weitergehende typologische Differenzierungen, mit denen zum einen die ideologischen Inhalte und Spielarten des Rechts- und Linkspopulismus erfasst werden können (5), zum anderen dessen organisatorische Merkmale (6). Abschließend frage ich, welche Wirkungen vom Populismus auf das Parteiensystem ausgehen und wie ihm am besten entgegengetreten werden kann (7).

2. Erfolgsgeschichte

In Westeuropa¹ lässt sich das Aufkommen der rechtspopulistischen Parteien in eine Vorreiter-, Haupt- und Nachzüglerphase einteilen.² Vorreiter waren die zu Beginn der 1970er Jahre in Dänemark und Norwegen entstandenen *Fortschrittsparteien*. Beide verstanden sich zunächst als antiwohlfahrtsstaatliche Steuerprotestparteien, bevor sie ab Mitte der 1980er Jahre die Einwanderung als neues Schlüsselthema für sich entdeckten. Aus der dänischen Fortschrittspartei ging 1995 die *Dänische Volkspartei* hervor. Unter allen Parteien des westeuropäischen Rechtspopulismus sind die dänischen und norwegischen Vertreter heute neben der Schweizerischen Volkspartei am stärksten in ihre jeweiligen politischen Systeme integriert.

In die 1980er Jahre fielen Gründung und Durchbruch der Parteien, die seither den harten Kern des Rechtspopulismus umschreiben: *Front National* in Frankreich, *Vlaams Blok* (später: *Vlaams Belang*) in Belgien und *Lega Nord* in Italien. Die schon

- 1 Auch in Mitteleuropa sind rechtspopulistische Parteien nach dem Systemumbruch reihenweise hervorgetreten, in einigen Ländern repräsentieren sie sogar die Hauptströmung im Mitte-Rechts-Lager, in Polen etwa die Partei *Recht und Gerechtigkeit*, in Ungarn *Fidesz*. Diese Parteien werden wegen der abweichenden Hintergrundbedingungen in der Darstellung nicht weiter berücksichtigt, die sich auf Westeuropa konzentriert. Die skandinavischen (Dänemark, Norwegen, Schweden, Finnland), alpinen (Österreich, Schweiz) und südeuropäischen Länder (Italien, Spanien, Portugal) sind darin eingeschlossen. Außerhalb Europas fanden und finden sich weitere Erscheinungen des Rechtspopulismus in den USA (dort vor allem innerhalb der *Republikanischen Partei*), Kanada, Australien und Neuseeland.
- 2 Für neuere Überblickswerke und Vergleichsdarstellungen siehe u.a. Frank Decker/Bernd Henningsen/Kjetil Jakobsen (Hrsg.), *Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa. Die Herausforderung der Zivilgesellschaft durch alte Ideologien und neue Medien*, Baden-Baden 2015; Ernst Hillebrand (Hrsg.), *Rechtspopulismus in Europa. Gefahr für die Demokratie?*, Bonn 2015; Hedwig Giusto/David Kitching/Stefano Rizzo (Hrsg.), *The Changing Faces of Populism. Systemic Challengers in Europe and the U.S.*, Brüssel/Rom 2013; Karsten Grabow/Florian Hartleb (Hrsg.), *Exposing the Demagogues. Right-wing and National Populist Parties in Europe*, Brüssel/Berlin 2013; Ruth Wodak/Majid Khosravinik/Brigitte Mral (Hrsg.), *Right-wing Populism in Europe. Politics and Discourse*, London u.a. 2013 und Cas Mudde/Cristóbal Rovira Kaltwasser (Hrsg.), *Populism in Europe and the Americas. Threat or Corrective for Democracy?*, Cambridge 2012.

seit 1956 bestehende *Freiheitliche Partei Österreichs* (FPÖ) wurde zur selben Zeit unter Jörg Haider in eine rechtspopulistische Partei transformiert. Der Front National war von Jean-Marie Le Pen bereits 1972 gegründet worden, fristete aber bis Anfang der 1980er Jahre ein Schattendasein. Keinen durchschlagenden Erfolg hatten die 1983 als Abspaltung von der CSU entstandenen *Republikaner* in Deutschland, die nach einigen spektakulären Landtagswahlergebnissen (in Berlin und Baden-Württemberg) ab Mitte der 1990er Jahre wieder in der Bedeutungslosigkeit versanken. Dasselbe gilt für den 1985 nach französischen Vorbild in der Wallonie entstandenen *Front National* in Belgien.

Seit den 1990er Jahren ist der Rechtspopulismus in Europa zu einem flächendeckenden Phänomen geworden. Als Nachzügler des harten Kerns traten zuerst auf: die 1994 aus der Taufe gehobene Sammlungspartei *Forza Italia* des italienischen Medienunternehmers Silvio Berlusconi und die von Christoph Blocher auf einen rechtspopulistischen Kurs geführte *Schweizerische Volkspartei* (SVP). In den 2000er Jahren folgten die niederländische *Liste Pim Fortuyn*, aus deren „Konkursmasse“ 2006 die von Geert Wilders angeführte *Partij voor de Vrijheid* hervorging, die *United Kingdom Independence Party* (UKIP), die bereits 1993 gegründet worden war, aber erst bei den Europawahlen 2009 ihren Durchbruch erzielte, die ebenfalls bereits 1995 als Nachfolger der finnischen Landpartei entstandene Partei *Die Finnen*, die 2011 nach einer Verfünffachung ihres Stimmenanteils zur drittstärksten Kraft des Landes aufstieg, und die 2013 gegründete *Alternative für Deutschland* (AfD). In Schweden, wo der Etablierungsversuch der rechtspopulistischen *Neuen Demokratie* zu Beginn der 1990er Jahre noch erfolglos geblieben war, konnten die rechtsextremen *Schwedendemokraten* ihr Ergebnis bei den Parlamentswahlen 2010 und 2014 jeweils verdoppeln.

Die Gründungen, Neuformierungen und Wahlerfolge linkspopulistischer Parteien fallen überwiegend in die Zeit nach der europäischen Wirtschafts- und Finanzkrise, die vielfach auch als Krise der politischen und ökonomischen Eliten gedeutet wurde. Hierzu gehören etwa die niederländische *Socialistische Partij* (SP), die französische *Parti de Gauche*, die griechische *Syriza* oder die spanische *Podemos*. Für die Linke in der Bundesrepublik, die 2005 zunächst als Wahlbündnis und 2007 als förmlicher Zusammenschluss der postkommunistischen PDS mit einer SPD-Abspaltung in den westdeutschen Bundesländern entstanden war, erscheint die Einstufung als linkspopulistisch nur für die kurze Zeitspanne von 2005 bis 2009 gerechtfertigt, in der sie von Oskar Lafontaine angeführt wurde.³ Aus der Finanz- und Eurokrise zog sie wegen der vergleichsweise günstigen wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik keinen Nutzen.

Die zu Beginn der 1970er Jahre als maoistische Partei entstandene niederländische SP konnte sich vom Maoismus zwar schon in den 1980er Jahren lösen, blieb

3 Vgl. Frank Decker, *Populism in Germany: Right-wing Failures and Left-wing Successes?*, in: Daniele Albertazzi/Duncan McDonnell (Hrsg.), *Twenty-First Century Populism*, Basingstoke 2008, S. 119-134.

aber bis Mitte der 1990er Jahre eine unbedeutende Splitterpartei. Erst nach ihrer populistischen Neuausrichtung unter Jan Marijnissen brachte sie eine nennenswerte Wählerschaft hinter sich.⁴ 2006 erzielte sie bei der nationalen Parlamentswahl sensationelle 16,6 Prozent der Stimmen, 2010 und 2012 lag sie bei jeweils knapp unter zehn Prozent. Der französische *Parti de Gauche* nahm sich bei seiner Gründung – nicht nur mit Blick auf den Parteinamen – die deutsche Linke zum Vorbild. Angeführt von Jean-Luc Mélenchon⁵, ging er bei den nationalen Parlamentswahlen 2012 und Europawahlen 2014 in einem Wahlbündnis mit den Kommunisten (*Front de gauche*) an den Start, das auf 6,9 bzw. 6,6 Prozent der Stimmen kam. Die griechische Syriza (auf Deutsch: „Koalition der radikalen Linken“) war 2004 zunächst als Wahlbündnis verschiedener linker Gruppierungen entstanden, bevor sie sich im Sommer 2012 als Partei konstituierte. Getragen vom Protest gegen die Sparpolitik, wurde sie bei den kurz darauf folgenden Parlamentswahlen mit 26,9 Prozent zweitstärkste Kraft. Bei den vorgezogenen Wahlen 2015 errang Syriza mit 36,3 Prozent die Mehrheit und übernahm mit ihrem Vorsitzenden Alexis Tsipras als Ministerpräsident die Regierung. Weil Tsipras die von der EU gestellten Bedingungen für ein neues Rettungspaket trotz hartnäckigen Widerstandes akzeptierte, um den ansonsten drohenden Ausschluss Griechenlands aus der Währungsunion zu verhindern, spaltete sich der radikale Flügel im Sommer 2015 von der Partei ab und formierte sich unter dem Namen *Laiki Enotita* („Volkseinheit“) neu. Die spanische Podemos wurde als jüngster Nachzügler des europäischen Linkspopulismus Anfang 2014 gegründet. Angeführt von dem Politikprofessor Pablo Iglesias Turrión, kam die neue Partei bei den Europawahlen 2014 aus dem Stand auf 8,0 Prozent der Stimmen. Bei den Regionalwahlen in Andalusien im März 2015 konnte sie diesen Wert auf 14,8 fast verdoppeln. Für die Parlamentswahlen im November 2015 wird ihr ein ähnliches Ergebnis vorausgesagt.

Einen Sonderfall des europäischen Populismus stellt der von dem italienischen Blogger und Komiker Beppe Grillo 2009 gegründete *MoVimento 5 Stelle* (Fünf Sterne-Bewegung) dar, der – ohne ein dezidiert linkes Profil aufzuweisen – programmatisch zwar eher der linkspopulistischen Familie zuzuordnen ist, sich im Europaparlament aber gemeinsam mit UKIP, Lega Nord, der Finnen Partei und der Dänischen Volkspartei der rechten Fraktion „Europa der Freiheit und Demokratie“ (EFDD) angeschlossen hat. Für den Parteienforscher Paul Lucardie sind die „Grillini“ ideologisch und organisatorisch am ehesten mit der deutschen Piratenpartei vergleichbar.⁶ Bei den italienischen Parlamentswahlen 2013 erzielte die neue Gruppierung auf An-

4 Vgl. Clemens Wirries, Die Partei für die einfachen Leute. Die *Socialistische Partij* in den Niederlanden, in: Birgit Daiber/Cornelia Hildebrandt/Anna Striethorst (Hrsg.), Von Revolution bis Koalition, Berlin 2010, S. 197-216.

5 Vgl. Karin Priester, Rechter und linker Populismus. Annäherung an ein Chamäleon, Frankfurt a.M./New York 2012, S. 219 ff.

6 Paul Lucardie, Zur Typologie der politischen Parteien, in: Frank Decker/Viola Neu (Hrsg.), Handbuch der deutschen Parteien, 2. Aufl., Wiesbaden 2013, S. 71.

hieb 25,6 Prozent der Stimmen, womit sie nur knapp hinter den beiden großen Parteien lag; bei den Europawahlen 2014 kam sie auf 21,2 Prozent.

3. Ursachen und Entstehungshintergründe

Populistische Parteien und Bewegungen sind ein Produkt von Modernisierungskrisen. Sie entstehen, wenn in einer Gesellschaft die Balance „von wirtschaftlichen Notwendigkeiten, sozialstrukturellen Machtverteilungen und kulturellen Bewusstseinsformen in Bewegung gerät.“⁷ Der amerikanische Historiker Lawrence Goodwyn⁸ bezeichnet solche Konstellationen als „populistisches Moment“. Verläuft der gesellschaftliche Wandel zu rasch oder erzeugt er (zu) starke Verwerfungen, erleiden bestimmte Bevölkerungsgruppen Orientierungsverluste, die mit Statusangst, Zukunftsunsicherheit und politischen Entfremdungsgefühlen einhergehen, Populisten, die sich dies zunutze machen, hat es auch zu früheren Zeiten gegeben – etwa die ausgangs des 19. Jahrhunderts in den USA entstandene *Populist Party* (der das Phänomen seinen Namen verdankt) oder die *Poujadisten* in der IV. Französischen Republik. Dabei handelte es sich jedoch um historisch versetzte Erscheinungen, während für die heutigen Populismen gerade ihr zeitliches und räumliches Zusammentreffen kennzeichnend ist. Weil im Zuge der beschleunigten Globalisierung die Gesellschaften in ihrer Problembetroffenheit immer enger aneinanderrücken, teilen sie auch die durch die negativen Folgen der Modernisierung ausgelösten populistischen Reaktionen.⁹

- *Ökonomisch* zeigen sich diese Folgen in steigender Lohnkonkurrenz und einem allmählichen Abbau wohlfahrtsstaatlicher Sicherungen, der die Polarisierung zwischen Arm und Reich verschärft. Wachsende Teile der Mittelschicht sehen sich mit Abstieg bedroht. Die Betroffenen müssen dabei nicht zwingend objektive Verluste erleiden (des Einkommens oder des Arbeitsplatzes). Entscheidend ist das Gefühl der eigenen Benachteiligung, das sich aus der Orientierung an bestimmten Erwartungen oder Referenzgruppen ergibt. Ein solches Gefühl kann sich auch bei Gewinnern einstellen, wenn sie glauben, im Verteilungskampf von anderen ausgenommen zu werden.
- In *kultureller* Hinsicht bedeutet Globalisierung, dass Differenzen des Lebensstils und der moralischen Orientierung sichtbarer werden. Da sich die Migration heute – anders als früher – in zunehmenden Maße auch auf Angehörige anderer Kulturkreise erstreckt, verwandeln sich die einstmals homogenen Nationen über kurz oder lang in multiethnische und -kulturelle Gesellschaften. Die Konfrontation mit den Fremden wird von Teilen der eingesessenen Bevölkerung als

7 Helmut Dubiel, Das Gespenst des Populismus, in: Ders. (Hrsg.), Populismus und Aufklärung, Frankfurt a.M. 1986, S. 47.

8 Lawrence Goodwyn, Democratic Promise. The Populist Moment in America, New York 1976.

9 Vgl. Frank Decker, Der neue Rechtspopulismus, 2. Aufl., Opladen 2004, S. 195 ff.

Verlust der hergebrachten Identität empfunden. Dieser Verlust wiegt umso schwerer, als im Zuge von Individualisierungsprozessen auch andere Gruppenbindungen in Auflösung geraten.

- Soziale Unsicherheit und Entfremdung führen schließlich dazu, dass Teile der Gesellschaft sich *politisch* nicht mehr ausreichend repräsentiert fühlen. Da der Staat seiner souveränen Handlungsfähigkeit durch die Globalisierung zunehmend beraubt wird, kann er dies nicht mehr ohne weiteres durch Leistungssteigerung wettmachen. Verlorene Handlungsspielräume lassen sich zwar auf der supra- und transnationalen Ebene partiell zurückgewinnen; gerade dadurch werden sie aber der demokratischen Kontrolle und Beeinflussbarkeit entzogen, die bislang ausschließlich im nationalstaatlichen Rahmen ihren Platz hatten.

Hatte es zu Beginn der 2000er Jahre noch Anzeichen für eine allmähliche Erschöpfung der populistischen Mobilisierungsfähigkeit gegeben, so verschärften die am 11. September 2001 in den USA beginnende Serie islamistischer Terroranschläge (Madrid 2004, London 2005, Paris 2015), die durch die Bürgerkriege im Nahen Osten und die sich verschlechternde Lebenssituation in großen Teilen des afrikanischen Kontinents und den Ländern des südlichen Balkans seit 2013 stark ansteigenden Flüchtlingszahlen sowie die 2007 ausgebrochene Finanz- und Eurokrise diese allgemeinen Tendenzen. Während die Angst vor dem Islam Wasser auf die Mühlen der rechten Einwanderungskritiker lenkte, verschaffte die Finanz- und Eurokrise den linkspopulistischen Kritikern des „neoliberalen“ Modernisierungsprojekts neuen Zulauf. Dessen Schattenseiten hatten sich in Europa schon in den 1990er Jahre zunehmend bemerkbar gemacht und dafür gesorgt, dass auch jene Rechtspopulisten, die wie etwa die Lega Nord vorher zum Teil noch pro-europäisch aufgestellt waren, nun zu rigorosen EU-Gegnern mutierten. Folgt man deren Argumentation, steht die Europäische Union stellvertretend für die genannten Kehrseiten der Modernisierung: materielle Wohlstandsverluste, multikulturelle „Überfremdung“ und Krise der politischen Repräsentation.¹⁰ Die sonst so abstrakte Globalisierung findet mit ihr einen konkreten Schuldigen. Zumindest im ersten Punkt teilen die rechtspopulistischen Parteien ihre Kritik dabei mit den Linkspopulisten, auch wenn letztgenannte diese anders begründen und aus ihr andere Folgerungen ableiten.

Die Entstehungsursachen spiegeln sich in der Wählerstruktur der populistischen Parteien. Belege für die Modernisierungsverlierer-These lassen sich sowohl sozialstrukturell als auch auf der Einstellungsebene finden. Männer, junge und mittlere Altersgruppen sowie niedrige bis mittlere formale Bildungsabschlüsse sind unter den Wählern überdurchschnittlich vertreten. Mit dem Siegeszug des „Neoliberalismus“ wandten sich seit den 1990er Jahren über die Angehörigen des alten Mittelstands hinaus Arbeiter und Arbeitslose vermehrt dem Rechtspopulismus zu. Die Wählerzusammensetzung näherte sich dadurch den linkspopulistischen oder -sozialistischen Konkurrenten an. Auf der subjektiven Ebene hat sich gezeigt, dass die Wahlbereit-

¹⁰ Vgl. Florian Hartleb, A Thorn in the Side of European Elites: The New Euroscepticism, Brüssel 2011.

schaft populistischer Parteien unter anderem mit starker politischer Unzufriedenheit, xenophoben Einstellungen und fehlendem sozialen Vertrauen zusammenhängt.¹¹ Weil auch viele Anhänger linker Parteien konservativ-autoritäre Wertvorstellungen hegen, gibt es hier ebenfalls starke Überschneidungen zwischen der rechts- und linkspopulistischen Wählerschaft.

Richtet man die Aufmerksamkeit auf die Parteien im Einzelnen, geraten neben den allgemeinen Ursachen andere Bedingungen in den Blick, die stärker system- und kontextspezifisch interpretiert werden müssen. Welcher Blickwinkel dominiert, hängt von der Untersuchungsanlage ab. Maßgeblich sind zum einen die Zahl der Fälle – je mehr Länder in die Betrachtung einbezogen werden, umso mehr rücken die kontextübergreifenden Gemeinsamkeiten in den Vordergrund –, zum anderen der Zuschnitt des Untersuchungsfeldes (welche Erklärungsvariablen werden berücksichtigt?). Legt man die oben vorgenommene Einteilung zugrunde, dürften die länderbezogenen Unterschiede¹² bei den politischen Konflikten am größten sein, wurzeln diese doch primär in den historischen, institutionellen und kulturellen Eigenarten der jeweiligen Regierungssysteme.

Deutliche Abweichungen zeigen sich aber auch bei den ökonomischen und kulturellen Faktoren. Seit dem Aufstieg Hitlers in den 1930er Jahren hat sich in den Sozialwissenschaften die Idee verbreitet, dass rechtsextreme Parteien vorzugsweise in wirtschaftlichen Krisenzeiten reüssieren, wenn Arbeitslosigkeit und Inflation steigen. Vergleicht man die Wahlergebnisse der europäischen Rechts- und Linkpopulisten seit Ausbruch der Eurokrise, ergibt sich freilich ein anderes Bild. Während die linken Vertreter wie Syriza, Podemos oder die Fünf-Sterne-Bewegung vor allem in den südlichen Krisenländern Erfolge erzielten, schnitten die Rechtsparteien in den Ländern am besten ab bzw. erzielten ihre stärksten Zugewinne, die von den Folgen der Krise vergleichsweise wenig betroffen waren: Österreich, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Niederlande und Schweden. Dies deutet zum einen auf eine unterschiedliche Priorität der Konflikte hin: In den südeuropäischen Ländern geht der ökonomische dem kulturellen Konflikt voraus, im wohlhabenderen Norden der kulturelle Konflikt dem ökonomischen. Zum anderen verweist es auf die ideologischen Implikationen der durch die Schuldenkrise hervorgerufenen Interessengegensätze. Die Kritik an der Austeritätspolitik, die die Südländer zu wirtschaftspolitischen Befehlsempfängern der sogenannten „Institutionen“¹³ degradierte, konnte am glaubwürdigsten von der populistischen Linken vertreten werden, die Absage an jegliche Form der Transferunion, die die Mitgliedstaaten der EU ihrer nationalen Eigenverantwortung und Eigenständigkeit beraube, von der populistischen Rechten.

- 11 Vgl. Tim Spier, Modernisierungsverlierer? Die Wählerschaft rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa, Wiesbaden 2010.
- 12 Ihre Bedeutung zeigt sich z.B. bei den regionalistischen Populismen, die für mehr Autonomie oder die Loslösung ihrer Region vom Gesamtstaat streiten, oder in Konkordanzdemokratien, wo das institutionalisierte Herrschaftskartell der großen Parteien populistische Reaktionen förmlich auf den Plan ruft.
- 13 Gemeint sind Europäische Kommission, Europäische Zentralbank (EZB) und der Internationale Währungsfonds (IWF).

4. Begriff und Typologisierung

Als wissenschaftliches Konzept ist der Populismus umstritten.¹⁴ Kritiker stoßen sich insbesondere an seiner Wertgeladenheit. Weil Populismus im Allgemeinen und Rechtspopulismus im Besonderen negativ konnotiert ist, dienen die Begriffe zugleich als Waffen in der politischen Auseinandersetzung. Des Weiteren wird die inhaltliche Unschärfe und Unklarheit des Populismusbegriffs beklagt. In der Alltagssprache wird dieser häufig mit der Anbieterung an populäre politische Positionen gleichgesetzt, die den vermeintlichen Mehrheitswillen der Bevölkerung repräsentieren. Dies trifft das wissenschaftliche Begriffsverständnis nur zum Teil. Hier steht Populismus primär für den Rekurs auf das einfache Volk und die Kritik an den herrschenden gesellschaftlichen und politischen Eliten. Er befindet sich also in Opposition zum Establishment und verzichtet deshalb bewusst auf die Zustimmung relevanter Bevölkerungsteile. Gerade dieser Außenseiterstatus verschafft ihm Glaubwürdigkeit unter seinen Anhängern.

Populismus kann sich mit unterschiedlichen ideologischen und programmatischen Inhalten verbinden.¹⁵ Während linke Populismen vor allem in Lateinamerika anzutreffen sind, stellen sie in Südeuropa ein neueres Phänomen dar. Im übrigen Europa dominiert – wie gesehen – der Rechtspopulismus. Strittig bleibt, ob der Populismus selbst ideologische Attribute aufweist. Seine rigorose Parteinarbeit für das Volk und gegen die Eliten betont die individuelle Freiheit ebenso wie die Notwendigkeit gemeinschaftlicher Einbindung. Daraus ergibt sich ein weites Spektrum inhaltlicher Positionen, die den Populismus bestenfalls als „schlanke“ oder Bindestrich-Ideologie erscheinen lässt. Adressat und ideologische Grundlage aller Formen des Populismus ist das „Volk“ als identitätsstiftendes Ideal.¹⁶ Anstelle der Anerkennung der Komplexität moderner Gesellschaften setzen die Populisten moralische Werte und Tugenden. Die inhaltliche Füllung des Volksbegriffes variiert je nach ideologischer Ausrichtung. Rechte Parteien verweisen vor allem auf die nationale Identität, während linke Gruppierungen stärker an den sozialen Status der Arbeitnehmer und Arbeitslosen appellieren. Beiden Richtungen ist gemeinsam, dass sie die Partikularinteressen der von ihnen angesprochenen Wähler als „wahren“ Volkswillen propagieren.

Für das Überwiegen des rechten Populismus in Westeuropa lassen sich empirische und theoretische Gründe anführen. Die empirische Erklärung verweist auf den Bedeutungsanstieg der kulturellen (wertebezogenen) Konfliktlinie in den Parteiensystemen, die in den 1970er Jahren zur Entstehung zuerst der neuen sozialen Bewegungen und dann der grünen (ökologischen) Parteien geführt hat, bevor sich in den 1980er Jahren – gleichsam als „postmaterialistische“ Gegenreaktion von rechts – die neuen populistischen Parteien formierten. Die theoretische Erklärung betont den in-

¹⁴ Vgl. Decker (FN 9), S. 21 ff.

¹⁵ Vgl. Priester (FN 5).

¹⁶ Vgl. Margaret Canovan, *Populism for Political Theorists?*, in: *Journal of Political Ideologies* 9 (2004), S. 241-252, hier: S. 247.

neren Zusammenhang von rechtem Denken und populistischer Ideologie. *Erstens* sei die Gegenüberstellung von einfachem Volk und abgehobener Elite prädestiniert, das Volk auch in sich als homogene Einheit zu betrachten. Die damit einhergehende Ausgrenzung von vermeintlich nicht-zugehörigen Personen oder Gruppen auf der horizontalen Ebene unterscheide die Rechte von den universalistischen Prinzipien der Linken. *Zweitens* verfolge der Populismus trotz seiner anti-liberalen und antipluralistischen Stoßrichtung einen im Kern individualistischen Ansatz, der die Verantwortung des Einzelnen in den Vordergrund rücke und sich gegen staatliche Bevormundung und kollektiv verordnete „Zwangssolidarität“ wende.¹⁷ Und *drittens* sei der Populismus dem Wesen nach rückwärtsgewandt, indem er ein durch die Modernisierungsprozesse überholtes Gesellschaftsbild konservieren möchte, das als „Goldenes Zeitalter“ oder „heartland“¹⁸ romantisch verklärt wird.

Von den drei Argumenten steht das letzte auf den schwächsten Füßen. Das Festhalten oder Bewahren früherer Zustände ist längst kein Monopol der Rechten mehr (wenn es das je war), sondern inzwischen ein ebenso wichtiges Anliegen der Linken – man denke etwa an den Umwelt- und Klimaschutz oder die Absicherung des durch den internationalen Standortwettbewerb unter Druck geratenen Wohlfahrtsstaates.¹⁹ Ergeben sich hier möglicherweise Schnittmengen zwischen rechtem und linkem Populismus, so weisen die beiden zuerst genannten Argumente zugleich auf die Bandbreite ideologischer Positionen innerhalb der populistischen Rechten.

5. Ideologische Spielarten

Der niederländische Politikwissenschaftler Cas Mudde, dem wir die bis heute beste vergleichende Gesamtdarstellung des europäischen Rechtspopulismus verdanken, setzt diesen mit der radikalen Rechten gleich.²⁰ Als ideologische Hauptbestandteile identifiziert er dabei den Nativismus und den Autoritarismus. Der Nativismus steht für eine illiberale (aber nicht zwingend rassistische oder völkische) Spielart des Nationalismus, die für einen in kultureller Hinsicht möglichst homogenen Nationalstaat eintritt, diesen also von „fremden“ Personen und Ideen freihalten will. Die Bedrohung der Homogenität kann von einwanderungsbedingten und/oder Nationalitätenkonflikten ausgehen, was einen wichtigen Unterschied zwischen den meisten west- und mittelosteuropäischen Vertretern der radikalen Rechten markiert.²¹ Die Autoritarismus-Definition schließt wiederum an das klassische sozialpsychologische Ver-

17 Vgl. Christopher Lasch, *The Revolt of the Elites and the Betrayal of Democracy*, New York/London 1995, S. 106.

18 Zu diesem Begriff vgl. Paul Taggart, *Populism*, Buckingham/Philadelphia 2000.

19 Vgl. Frank Decker, *Jenseits von rechts und links. Zum Bedeutungswandel der politischen Richtungsbegriffe*, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Bd. 10, Baden-Baden 1998, S. 33-48.

20 Cas Mudde, *Populist Radical Right Parties in Europe*, Cambridge 2007.

21 Vgl. Decker (FN 9), S. 208 ff.

ständnis der Frankfurter Schule an, die das Festhalten an traditionellen Moralvorstellungen und den Glauben an die hierarchische Gliederung der Gesellschaft als Kern der autoritären Persönlichkeit begreift.

Muddes Begriffsbestimmung nimmt die in der neueren Forschung verbreitete These auf, wonach „Identität“ das Schlüsselthema des rechten Populismus sei.²² Deren wichtigste Quelle bildet nach wie vor die Nation, die aber nicht mehr nur (oder primär) in einem partikularen Sinne aufgefasst wird, sondern eingebettet ist in ein nationübergreifend-gemeinsames, (west)europäisches Verständnis von kultureller Zugehörigkeit, dessen Gegenbild die überwiegend nicht-westliche Zuwandererbevölkerung verkörpert. Das Problem von Muddes Definition liegt darin, dass sie den ideologischen Kern der populistischen Identitätspolitik zu eng fasst.²³ Einerseits zeigen Parteien wie Front National, Vlaams Blok/Vlaams Belang oder die Schwedendemokraten, dass Rechtspopulismus durchaus mit rassistischen und extremistischen Positionen einhergehen kann. Andererseits ist er auch an nicht nativistische Begründungen der kulturellen Identität und gesellschaftspolitisch liberalere Positionen angeschlossen, wie etwa bei Pim Fortuyn, der sich in seiner Islamkritik ausschließlich auf die liberalen und demokratischen Werte des Westens berief – Trennung von Kirche und Staat, Gleichberechtigung von Mann und Frau und Freiheit der sexuellen Orientierung. Fortuyns Partei bleibt in Muddes Vergleichsdarstellung ebenso unberücksichtigt wie die norwegische Fortschrittspartei oder die Schweizerische Volkspartei. Dabei sind es gerade die letztgenannten, ideologisch eher gemäßigt ausgerichteten Vertreter, die unter den neuen Rechtsparteien den meisten Wählerzuspruch erfahren haben.²⁴

Ähnlich facettenreich wie seine „Identitätspolitik“ gestaltet sich die wirtschaftspolitische Programmatik des Rechtspopulismus. In der Entstehungsphase verfolgten dessen Vertreter noch fast allesamt einen „neoliberalen“ Kurs, bevor in den 1990er Jahren bei den meisten Parteien protektionistische Positionen die Oberhand gewannen. Statt den Wohlfahrtsstaat zu verschlanken, sollte dieser nun verteidigt und sogar weiter ausgebaut werden. Dazu galt es auch der europäischen Politik in den Arm zu fallen, die sich einseitig auf die Beseitigung der Marktschranken konzentrierte. Mit diesem Wechsel nach links entsprachen die neuen Rechtsparteien einerseits ihrer veränderten Wählerbasis, andererseits ließen sich die sozialpopulistischen Forderungen an die identitätspolitischen Kernthemen der Zuwanderungsbegrenzung und Mul-

22 Vgl. Hans-Georg Betz, Rechtspopulismus in Westeuropa. Aktuelle Entwicklungen und politische Bedeutung, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 31 (2002), S. 251-264.

23 Vgl. Frank Decker/Marcel Lewandowsky, Die rechtspopulistische Parteienfamilie, in: Uwe Jun/Benjamin Höhne (Hrsg.), Parteienfamilien, Opladen 2012, S. 268-281.

24 Symptomatisch für die ideologisch-programmatische Heterogenität des Rechtspopulismus ist, dass sich dessen Vertreter im Europäischen Parlament auf drei Fraktionen verteilen. Nur ein Teil von ihnen – Front National, Lega Nord, Vlaams Belang, Partij voor de Vrijheid und FPÖ – war im Vorfeld der Europawahlen zu einer engeren Zusammenarbeit bereit. Diese Parteien, die in ideologischer Hinsicht untereinander die größten Schnittmengen aufweisen und zugleich in ihren europapolitischen Positionen stark übereinstimmen, haben sich mittlerweile zu einer gemeinsamen Fraktion zusammengeschlossen.

tikulturalismuskritik gut anschließen. Die Rechtspopulisten konnten damit den linken Parteien zum Teil das Wasser abgraben bzw. das Aufkommen neuer linkspopulistischer Konkurrenten verhindern. Die in der Literatur als „Wohlfahrtchauvinismus“ bezeichnete Haltung, wonach der eigene Wohlstand vor der ungerechtfertigten Inanspruchnahme durch „Dritte“ (seien es Zuwanderer, seien es Angehörige anderer Nationen) zu schützen sei, traf und trifft vor allem in den wirtschaftsstarken Ländern auf fruchtbaren Boden, die ein vergleichsweise hohes sozialstaatliches Leistungsniveau aufweisen.

Wenn der Populismus – wie gezeigt – einen ideologischen Hang nach rechts hat, stellt sich die Frage, ob es einen originären Linkspopulismus überhaupt geben kann. Zumindest bei den klassischen, marxistisch geprägten Linksparteien in Europa lässt sich das bezweifeln.²⁵ Die rechte Konstruktion eines homogenen Volkes ist der linken Ideologie fremd. Diese strebt vielmehr nach der größtmöglichen Entfaltungsfreiheit des Individuums, die dem Kapitalismus und dem bürgerlichen Staat entweder durch Reform oder durch Revolution abgetrotzt werden müsse. Auch ihre Elitenkritik weicht von der des Populismus bei genauerem Hinsehen ab. Die Linke mag sich zwar zuweilen moralisch artikulieren. In ihrer marxistischen Tradition argumentiert sie aber nicht individualistisch, sondern sieht das Handeln – auch das der Politiker – von der systemischen Funktionslogik des Kapitalismus determiniert.

Etwas anders verhält es sich mit den in den letzten Jahren in Westeuropa neu entstandenen linken Parteien, deren Ideologie weniger marxistisch geprägt ist und eine geringere Geschlossenheit aufweist. Parti de gauche, Socialistische Partij, Syriza und Podemos kommen mit ihrem Anti-Establishment-Diskurs der Vorstellung eines originären Linkspopulismus zumindest nahe. Dies schließt nicht aus, dass einzelne ihrer Positionen in den Extremismus hineinragen bzw. extremistische Positionen von mehr oder weniger großen Teilen der Partei vertreten werden. Insbesondere Podemos beruft sich heute bezeichnenderweise auf einen der bekanntesten Theoretiker des lateinamerikanischen Populismus, den 2014 verstorbenen Argentinier Ernesto Laclau.²⁶ Die belgische Politikwissenschaftlerin Chantal Mouffe, die Laclaus Lebensgefährtin gewesen ist, hat dessen Forderung nach einem neuen linken Populismus aufgegriffen.²⁷ Mouffe sieht in ihm die einzig verbleibende Chance im Kampf gegen die „neoliberale Hegemonie“, der nicht dem Rechtspopulismus überlassen werden dürfe.

Jenseits und unterhalb dieses originären Populismus dient die Anti-Establishment-Haltung der Linksparteien primär Mobilisierungszwecken, hat sie also mehr appellativen als ideologischen Charakter. Ein Beispiel ist die Kampagne der deutschen Linkspartei gegen die von der rot-grünen Bundesregierung 2003 eingeleiteten Sozial- und Arbeitsmarktreformen, die von teilweise brachialer Rhetorik begleitet

25 Vgl. Priester (FN 5), S. 210 f.

26 Vgl. Ernest Laclau, *Populism. What's in a Name?*, in: Francisco Panizza (Hrsg.), *Populism and the Mirror of Democracy*, London 2005, S. 32-49.

27 Vgl. Chantal Mouffe, *Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion*, Frankfurt a.M. 2007.

war. Der Appell richtete sich hier direkt an diejenigen, die von einer Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums und der geforderten vollständigen Rücknahme der Reformen profitiert hätten. Nach außen wurde dieser Populismus durch den Spitzenkandidaten zur Bundestagswahl 2005 und späteren Ko-Vorsitzenden Oskar Lafontaine personifiziert. Berühmt geworden ist dessen Äußerung in einer Wahlkampfrede, dass „Familienväter und Frauen arbeitslos [würden], weil Fremdarbeiter zu niedrigen Löhnen ihnen die Arbeitsplätze [wegnehmen].“²⁸ Dabei handelte es sich freilich nicht um ein linkspopulistisches, sondern um ein rechtspopulistisches Argumentationsmuster, das Lafontaine in den eigenen Reihen heftige Kritik eintrug.

6. Organisatorische Merkmale

Die populistischen Herausforderer weisen auch in organisatorischer Hinsicht eigene Merkmale auf, die sie von den Vertretern des politischen Mainstreams abheben. Letztere werden in der Parteienforschung heute meistens unter den – von Angelo Panebianco²⁹ so bezeichneten – Typus der „professionellen Wählerpartei“ subsumiert, der eine modernisierte Form der Mitglieder- und Funktionärspartei darstellt. Bei den Neuankömmlingen lassen sich drei davon abweichende Organisationstypen unterscheiden, die zum Teil ineinander übergehen: Den ersten Typus könnte man ebenfalls im Anschluss an Panebianco³⁰ als *charismatische Partei* bezeichnen. Unter ihn fällt das Gros der heutigen Rechts- und Linkspopulisten. Solche Parteien gruppieren sich um eine einzelne Person, die als Anführer meistens auch die Urheber der Partei sind. Institutionalisierte Strukturen und demokratische Verfahren treten in der Organisation hinter der Autorität des Anführers zurück; es gilt das Prinzip der loyalen Gefolgschaft. Beim zweiten Typus, exemplarisch von Silvio Berlusconi's Forza Italia verkörpert³¹, wird die Organisation von einer einzelnen Unternehmerpersönlichkeit begründet, maßgeblich aus deren eigenen Mitteln finanziert und nach den Prinzipien eines Wirtschaftsunternehmens geführt. Dieser Typus der *Unternehmerpartei* ist weniger ideologisch geprägt als der populistische Typus, dem er ansonsten ähnelt; er stellt eine spezifische Form der Wählerpartei dar. Den dritten Typus bildet die *Bewegungs-* oder *Rahmenpartei*. Deren Organisation besteht aus einem locker verbundenen Netzwerk von Aktivisten, die aus der Gesellschaft hervortreten. Beispiele sind die Piraten, die deutschen Grünen in ihrer Entstehungsphase oder die Fünf-Sterne-Bewegung von Beppe Grillo in Italien, die zugleich Überschneidungen mit dem charismatischen Typus aufweist.

28 Zitiert nach: „Lafontaine und der rechte Rand“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17. Juni 2005, S. 4.

29 Vgl. Angelo Panebianco, *Political Parties. Organization and Power*, Cambridge 1988, S. 264 f.

30 Vgl. ebd., S. 143 ff.

31 Andere Beispiele sind die Partei ANO (zu deutsch „Ja“, zugleich Akronym für „Aktion unzufriedener Bürger“) von Andrej Babiš in Tschechien und das „Team Stronach“ in Österreich.

Der Bewegungscharakter des Populismus lässt sich zum einen daran festmachen, dass seine Vertreter zumeist keine Abspaltungen von existierenden Parteien sind, sondern gesellschaftlichen Ursprungs. Zum anderen folgt er aus dem ideologischen Verständnis einer Anti-Parteien-Partei.³² Die Kritik am Machtsystem der repräsentativen Institutionen und das Eintreten für mehr direkte Entscheidungsrechte des Volkes stellen in der populistischen Demokratieverständnis Seiten derselben Medaille dar. Auch die Bedeutung der charismatischen Führung ergibt sich unmittelbar aus der populistischen Vorstellung eines einheitlichen Volkswillens, der durch eine einzelne Person an der Spitze scheinbar am besten abgebildet werden kann. Die Abhängigkeit der Bewegung von dieser Person bleibt allerdings prekär, weil deren Nimbus früher oder später verblassen dürfte. Die Bedeutung des Charismas für den Populismus ist insofern zu relativieren. Sie zeigt sich vor allem in der Etablierungsphase – bei der Gründung und dem elektoralen Durchbruch der Parteien, die sich tatsächlich fast immer einzelnen herausragenden Führungspersonlichkeiten verdanken. Den allermeisten dieser Parteien ist es jedoch gelungen, auch nach deren Ausscheiden weiterzubestehen und erfolgreich zu bleiben. Im Zuge dieser institutionellen Verstärkung schwächten sie ihren Bewegungscharakter ab und passten sich in der Organisationsform den Mainstream-Parteien an.

In einigen Ländern ist die Institutionalisierung durch die Verrechtlichung des Parteiwesens ohnehin vorgegeben. So wäre es z.B. in der Bundesrepublik gar nicht möglich, eine Partei nach dem „Führerprinzip“ zu errichten, da Grund- und Parteiengesetz strenge demokratische Anforderungen an deren „innere Ordnung“ stellen. Dass die so generierten Teilhabeansprüche der Basis einen kontrollierten Aufbau der Parteiorganisation erschweren, lässt sich an der Eskalation der personellen und Machtkonflikte in der AfD ablesen, die der Spaltung der Partei im Juli 2015 vorausgingen.³³ Im Gebot innerparteilicher Demokratie liegt insofern ein größeres Erfolgshemmnis für die populistischen Herausforderer als im Wahlrecht oder den Regeln der Parteienfinanzierung. Verschärft wird das Problem durch das von ihnen selbst propagierte plebiszitäre Demokratieverständnis, das sie konsequenterweise auch in der eigenen Organisation gelten lassen müssen. Dies zeigt sich z.B. darin, dass die AfD häufig Mitgliederversammlungen anstelle von Delegierten entscheiden lässt. Mit ihrem Modell einer gleichberechtigten Dreier- bzw. Doppelspitze in der Führung weist sie zudem Organisationselemente auf, die man in der Bundesrepublik bisher nur von den linken Parteien (Grüne und Die Linke) kannte.

32 Vgl. Decker (FN 9), S. 34 f.

33 Vgl. Frank Decker, Alternative für Deutschland und Pegida. Die Ankunft des Rechtspopulismus in der Bundesrepublik, in: Decker/Henningsen/Jakobsen (FN 2), S. 75-90.

7. Wirkungen und Bekämpfungsstrategien

Die populistischen Herausforderer haben die Parteiensysteme in den europäischen Demokratien nachhaltig verändert. Ihre Bezeichnung als „Protestparteien“ täuscht über die Langlebigkeit des Phänomens hinweg. Treffender erscheint es, die neu entstandenen Parteien als „Sprachrohre der Unzufriedenheit“³⁴ zu betrachten, die Repräsentationslücken der etablierten Politik offenlegen und ausgleichen. In diesem Sinne und soweit sie sich im Rahmen des „Verfassungsbogens“ bewegen, erfüllen die Populisten eine für die Demokratie potenziell nützliche Funktion.

Die Einschränkung „potenziell“ ist wichtig. Sie weist darauf hin, dass die herausgeforderten Parteien unterschiedliche Möglichkeiten haben, auf die Herausforderer zu reagieren. Dabei geht es nicht einfach um die Alternative „Anpassung oder Abgrenzung“, wie es häufig plakativ heißt. So macht es z.B. einen Unterschied, ob die Formen und Stilmittel des Populismus übernommen werden oder dessen inhaltliche Positionen. Eine Abgrenzungsstrategie muss nicht ausschließen, dass man sich der unliebsamen Konkurrenz in der Substanz annähert. Umgekehrt kann eine Anpassungsstrategie von heftigen verbalen Attacken auf die populistischen Akteure begleitet sein.

Zu fragen ist weiter, worauf sich die Abgrenzung oder Anpassung genau bezieht. Wenn die etablierten Parteien sich der Probleme/Themen annehmen, die von den Herausforderern aufgebracht werden, heißt das noch lange nicht, dass sie auch die Antworten oder Lösungsvorschläge für diese Probleme teilen. Zum Wesen des Populismus gehört, dass er solche Antworten gar nicht gibt. Oder die Antworten gehen an der Komplexität der Probleme vorbei. Wenn Politiker und Parteien sich gegenseitig Populismus vorwerfen, ist in der Regel genau dieses gemeint.

Die Politikunfähigkeit des Populismus muss von seinen Anhängern aber nicht unbedingt als Problem empfunden werden. Wäre das der Fall, dann könnten die populistischen Parteien ihre Glaubwürdigkeit nur in der Oppositionsrolle ausspielen bzw. bewahren. Die Realität hat diese Erwartung zum Teil widerlegt. Während die Liste Pim Fortuyn in den Niederlanden und die FPÖ in Österreich nach ihrem Regierungseintritt einen dramatischen Absturz in der Wählergunst hinnehmen mussten, zeigt der anhaltende Erfolg der Schweizerischen Volkspartei, dass sich Widerstand gegen europäische Integration, Einwanderungskepsis und Anti-Islamismus mit einer Regierungsbeteiligung sehr wohl vertragen. Auch Italien wurde lange von einer rechts-populistischen Allianz der Forza Italia Berlusconi mit der Lega Nord regiert. Die Dänische Volkspartei ist zwar nicht direkt in Regierungsverantwortung gewesen, bestimmte aber von 2001 bis 2011 als tolerierender Partner der liberal-konservativen Regierung deren Kurs maßgeblich mit. Unter ihrem Druck wurden die Einwanderungs- und Asylgesetze drastisch verschärft sowie eine Renationalisierung der Europapolitik eingeleitet. Mit der Neuauflage des Tolerierungsbündnisses nach der Wahl

34 Vgl. Stijn van Kessel, *Populist Parties in Europe. Agents of Discontent?*, Basingstoke/New York 2015.

2015, aus der die Dänische Volkspartei als stärkste Kraft im bürgerlichen Lager hervorging, könnte sich ihr Einfluss weiter erhöhen.

Auf der anderen Seite stehen Länder, die um die populistische Konkurrenz einen „Schutzgürtel“ (*cordon sanitaire*) legen und ihr gegenüber strikte Distanz halten. So ist z.B. in Schweden jegliche Form der Zusammenarbeit mit den Schwedendemokraten verpönt, es gibt nicht einmal Gesprächskontakte. Auch politikinhaltlich wetten die etablierten Vertreter darum, sich von den restriktiven Positionen der rechten Herausforderer in der Einwanderungs- und Asylpolitik möglichst stark abzuheben. Diese ist dadurch in den letzten Jahren weiter liberalisiert worden. So nimmt Schweden heute europaweit pro Kopf die mit Abstand größte Zahl von Flüchtlingen auf. In einer mutigen Rede zur Eröffnung des Wahlkampfes 2014 erklärte Ministerpräsident Fredrik Reinfeldt, seine bürgerliche Regierung habe alle Pläne für Steuererleichterungen angesichts der schwierigen Flüchtlingssituation auf Eis gelegt. Falls das Ziel dieser Politik darin bestanden haben sollte, den Vormarsch der Rechtspopulisten zu stoppen, war der liberale schwedische Ansatz genauso wenig erfolgreich wie die dänische Anpassungsstrategie. Bei den Reichstagswahlen im Herbst 2014 konnten die Schwedendemokraten mit einem Ergebnis von 12,9 Prozent zu den Rechtspopulisten in den skandinavischen Nachbarländern aufschließen. Inzwischen liegen sie in den Umfragen bei über 20 Prozent.

Welche Handlungsempfehlungen lassen sich aus dem Scheitern der gegensätzlichen Bekämpfungsstrategien ableiten? Neben der unmittelbaren politischen Auseinandersetzung, die sich als Empfehlung von selbst versteht³⁵, halte ich die folgenden drei Aufgaben für wesentlich. Beim Rechtspopulismus muss man erstens versuchen, der Konkurrenz auf deren eigenem Feld zu begegnen – der Wertepolitik. Dies stellt vor allem für die in ihrem Werteverständnis eher materialistisch geprägten Sozialdemokraten ein schwieriges Problem dar, die verloren gegangenen Kredit aber nur zurückgewinnen können, wenn sie der rechten „Gegenmodernisierung“ ein eigenes, nicht-regressives Modell einer guten Gesellschaft entgegenstellen, das die Bedürfnisse der Menschen nach Zugehörigkeit aufnimmt. Dies gilt vor allem für die Zuwanderungspolitik.³⁶

Zweitens muss man deutlich machen, warum eine Politik, die die Märkte auf der europäischen und transnationalen Ebene reguliert und dazu nationale Zuständigkeiten abgibt (bzw. abzugeben bereit wäre), dennoch im nationalen Interesse ist. Diese Herausforderung stellt sich in der Auseinandersetzung mit dem rechten und linken

35 Sie bedeutet, dass man sich im Wettbewerb nicht wegducken und den Gegnern das Feld überlassen darf. Wenn die Lösungsangebote der Populisten diesen Namen nicht verdienen, müssen die etablierten Parteien den Finger genau in diese Wunde legen, um die Inkompetenz der Herausforderer zu entlarven. Nüchtern-geduldiges Argumentieren und eine gesunde Dosis eigener Populismus eignet sich dazu besser als ein moralisierender Unterton, wie er die Auseinandersetzung gerade in Deutschland häufig begleitet. Diese wird damit zugleich zu einem Thema für die politische Bildung. Vgl. Marcel Lewandowsky, Rechtspopulismus als Herausforderung für die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland, in: Christian Krell/Tobias Mörschel (Hrsg.), Demokratie in Deutschland, Wiesbaden 2012, S. 389-411.

36 Vgl. Paul Collier, Exodus. Warum wir Einwanderung neu regeln müssen, München 2014.

Populismus gleichermaßen. Die zunehmend europamüden Bürger lassen sich für das Integrationsprojekt nur zurückgewinnen, wenn die sozialen und kulturellen Nebenfolgen, die sich aus dem Marktgeschehen ergeben, nicht mehr ausschließlich der nationalstaatlichen Politik aufgebürdet werden. In anderen Bereichen – etwa der Außen- und Verteidigungspolitik – wäre es geboten, dass die politischen Eliten selbst über ihren Schatten springen; hier scheitert die Überwindung des nationalen Denkens nicht an den Widerständen der Bevölkerung.

Und drittens müssen die Parteien sich nach außen hin gegenüber den Bürgern öffnen. In einer Gesellschaft, die über das Internet immer stärker vernetzt wird, sollten sie sich als „Bestandteil einer breiteren Allianz für den Wandel verstehen, nicht als alleinige Quelle aller Weisheit und allen Handelns.“³⁷ Dies verlangt nach einem anderen Repräsentations- und Organisationsverständnis, das mit dem heutigen Modell der von oben gesteuerten Mitglieder- und Funktionärsparteien bricht.

37 Neal Lawson, „Die goldene Ära ist vorbei“, in: Internationale Politik und Gesellschaft/IPG-Journal, 1. Dezember 2014.

Die Nicht-Erkennung des NSU-Rechtsterrorismus und die vergleichende Extremismusforschung

Von Armin Pfahl-Traugher

1. Einleitung und Fragestellung

Warum konnten die Taten des rechtsterroristischen „Nationalsozialistischen Untergrundes“ (NSU) nicht von den Sicherheitsbehörden erkannt werden? Nachdem die Hintergründe von zehn Morden und drei Sprengstoffanschlägen¹ 2011 eher zufällig ans Licht der Öffentlichkeit gekommen waren, suchte man eine Antwort auf diese Frage. Untersuchungsausschüsse in den Parlamenten deckten eine Fülle von Fehlern, Pannen und Versäumnissen bei Polizei, Staatsanwaltschaften und Verfassungsschutz auf. Deren Repräsentanten verwiesen meist auf Probleme bei der Kommunikation, was die Gründung von neuen Gremien zum besseren Informationsaustausch motivierte. Doch erklärt sich die Nicht-Erkennung des NSU-Rechtsterrorismus allein oder primär dadurch? Diese Frage stellte sich auch der Fachjournalist Andreas Speit², der in einem Kommentar mit dem Titel „Fehler im System“ in der „taz“ schrieb: „Vor allem eine grundlegend falsche Analyse dürfte das Versagen der Sicherheitsbehörden mit verursacht haben. Die Extremismustheorie nämlich, mit der die Behörden arbeiten.“³

Derartige Deutungen fanden sich auch bei anderen Autoren, welche die Nicht-Erkennung des NSU-Rechtsterrorismus mit der Perspektive der vergleichenden Extre-

1 Vgl. als ausführliche Darstellungen der Ereignisse u.a. Maik Baumgärtner/Marcus Böttcher, Das Zwickauer Terror Trio. Ereignisse, Szene, Hintergründe, Berlin 2012; Christian Fuchs/John Goetz, Die Zelle. Rechter Terror in Deutschland, Reinbek 2012. Eine Fülle von Informationen findet man auch in: Stefan Aust/Dirk Laabs, Heimatschutz. Der Staat und die Mordserie des NSU, München 2014. Das Buch enthält aber viele Fehler im Detail. Vgl. zur Kritik: Armin Pfahl-Traugher, Die Sicherheitsbehörden und die NSU-Mordserie, in: www.hpd.de, Nr. 18685 vom 28. Mai 2014.

2 Neben Artikeln publizierte Andreas Speit auch mehrere Bücher. Vgl. u.a.: Andrea Röpke/ders. (Hrsg.), Braune Kameradschaften. Die neuen Netzwerke der militanten Neonazis, Berlin 2010; dies. (Hrsg.), Neonazis in Nadelstreifen. Die NPD auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft, Berlin 2008; dies., Mädelsache! Frauen in der Neonazi-Szene, Berlin 2012; dies. (Hrsg.), Blut und Ehre. Geschichte und Gegenwart rechter Gewalt in Deutschland, Berlin 2013. Es handelt sich um gut recherchierte Darstellungen zur Entwicklung rechtsextremistischer Aktivitäten in bestimmten Regionen. Angesichts der journalistischen Ausrichtung dieser Buchpublikationen fehlt es indessen meist an genauen Nachweisen. In analytischer Hinsicht hält sich der Autor in der Regel zugunsten einer mehr beschreibenden Perspektive zurück. Gleichwohl enthalten seine Bücher auch immer wieder Einschätzungen und Kommentare, wenn auch eher in kursorischer und weniger in systematischer Form. Der im Folgenden behandelte Beitrag von Speit aus einer Tageszeitung stellt insofern aufgrund seiner dezidierten inhaltlichen Einschätzungen eher eine Ausnahme innerhalb seiner Veröffentlichungen dar.

3 Andreas Speit, Fehler im System, in: Die Tageszeitung (taz) vom 4. November 2014, S. 13.

mismusforschung in Verbindung brachten. Auf diese Weise wurde der Ansatz jener politikwissenschaftlichen Richtung kritisch bis negativ kommentiert. Speits Kritik reiht sich hier ein, spitzt aber einige Argumente inhaltlich zu. Daher setzt sich dieser Beitrag mit ihnen ausführlich auseinander. Hierbei geht es allgemein um eine kritische Prüfung der Auffassung, die Nicht-Erkennung des NSU lasse sich mit der Fixierung auf einen extremismustheoretischen Ansatz erklären. In diesem Kontext formulierte Speit unter Berufung auf andere Kritiker noch weitere Einwände. Sie bilden für die folgende Erörterung die inhaltliche Basis der Betrachtung, die auf diese Weise Kernaspekte der vergleichenden Extremismusforschung behandelt.

So richten sich die Aussagen zunächst dezidiert gegen die Positionen von Uwe Backes und Eckhard Jesse⁴: In deren Theorie würden „alle Extremismen vereint und miteinander verglichen. Dies wird besonders deutlich in dem sogenannten Hufeisenmodell“. Und weiter führt Speit aus: „Die nachhaltige Folge der Theorie, so legt es der Leiter des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung, Siegfried Jäger, dar, sei eine Ausblendung rechter Ressentiments in der Mitte der Gesellschaft. Eine weitere gravierende Folge: die Unterschiede zwischen den Extremismen können verloren gehen.“⁵ Darüber hinaus kritisiert Speit die Studie einer Sicherheitsbehörde⁶ wegen ihrer „Bezugnahme auf den Linksterrorismus. Denn aus dem Fehlen von Bekennerschreiben wird die Inexistenz einer rechtsterroristischen Organisation gefolgert. Kurz: Rechtsterrorismus ist gleich Linksterrorismus – dass beide Szenen unterschiedliche Opfergruppen und Strategien haben, wird komplett ausgeblendet. Eine ‚Braune Armee Fraktion‘ muss wie die ‚RAF‘ gestrickt sein.“⁷

Die folgende Abhandlung greift die vorgenannten Aussagen auf, um folgende Frage zu erörtern: Kann die Nicht-Erkennung der NSU-Rechtsterrorismus – zumindest partiell – durch die analytische Fixierung auf die Extremismustheorie bzw. vergleichende Extremismusforschung erklärt werden? In diesem Kontext erfolgt eine kritische Prüfung einschlägiger Behauptungen, die meist auf Fehldeutungen und Missverständnisse im Blick auf die gemeinten Grundpositionen zurückzuführen sind. In aufklärerischer Absicht lässt sich denn auch zeigen, dass eine konsequente

4 Sie finden sich vor allem in folgenden Publikationen: Uwe Backes, Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie, Opladen 1989; ders., Politische Extreme. Eine Wort- und Begriffsgeschichte von der Antike bis zur Gegenwart, Göttingen 2006; ders./Eckhard Jesse, Demokratie und Extremismus. Anmerkungen zu einem antithetischen Begriffspaar, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 44/1983, S. 3-18; dies., Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1993; dies., Vergleichende Extremismusforschung, Baden-Baden 2005.

5 Speit nennt in dem Artikel keine genaue Quelle für die Aussagen von Siegfried Jäger. Gemeint haben könnte er folgende Publikationen: Margaret und Siegfried Jäger (Hrsg.), „Aus der Mitte der Gesellschaft ...“. Zu den Ursachen von Rechtsextremismus und Rassismus in Europa (I-IV), Dortmund 1991; Siegfried Jäger, Rechtsaußen in der Mitte? Über eigentümliche Wanderungsbewegungen rechtsextremer Diskurse in der Bundesrepublik der Gegenwart, in: Friedwart Maria Rudel (Hrsg.), Rechtsextremismus bekämpfen. Aufklärung und Selbstvergewisserung, Essen 1995, S. 97-129.

6 Gemeint ist: Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.), Gefahr eines bewaffneten Kampfes deutscher Rechtsextremisten. Entwicklungen von 1997 bis Mitte 2004, Köln 2004.

7 Alle vorstehenden Zitate nach Speit (FN 3).

Umsetzung einer komparativen Untersuchung gerade zur Erkennung des NSU-Rechtsterrorismus hätte führen können. Um dies zu verdeutlichen, soll wie folgt vorgegangen werden: Zunächst seien Extremismustheorie und Methode des Vergleichs erläutert. Daran schließen sich komparative Analysen zum NSU mit unterschiedlichen Bezugsfaktoren an. Diese wiederum dienen im Anschluss der Erörterung von Besonderheiten, Entwicklungsverläufen, Prognosen und Ursachen.

2. Kernaussagen der Extremismustheorie und Kritik ihrer Fehldeutung

Extremismus⁸ wird definiert als Sammelbezeichnung für alle Auffassungen und Handlungen, die sich gegen die Minimalbedingungen einer modernen Demokratie und einer offenen Gesellschaft⁹ wenden. Diese Begriffsbestimmung geht zunächst von der historisch-politischen Beobachtung aus, wonach das bisherige Höchstmaß an individueller Freiheit, politischer Partizipation und persönlicher Sicherheit in modernen Demokratien erreicht wurde. Im Unterschied zum klassischen Modell kennt das moderne Modell der Demokratie neben den Prinzipien „Abwahlmöglichkeit“ und „Volkssouveränität“ auch die Prinzipien „Gewaltenteilung“ und „Individualrechte“. Ergänzt um die Prinzipien „Pluralismus“ und „Rechtsstaatlichkeit“ bilden sie die Grundmerkmale einer modernen Demokratie.

Eine so geprägte Gesellschaftsordnung räumt einer Fülle von kontroversen politischen Positionen Betätigungsmöglichkeiten ein – von der bloßen Artikulation bis zur direkten Regierungsbeteiligung. Damit derartige politische Grundfreiheiten von allen gesellschaftlichen Akteuren in Anspruch genommen werden können, müssen spezifische Minimalbedingungen auch von allen gesellschaftlichen Akteuren geteilt werden. Demgemäß basiert in einer modernen Demokratie ein breiter „kontroverser Sektor“ auf der Gültigkeit eines minimalen „nicht-kontroversen Sektors“.¹⁰ Denn der Pluralismus in einer offenen Gesellschaft ist für seine allseitige Gültigkeit nur

8 Die folgenden Ausführungen referieren die Sicht des Autors. Sie orientiert sich im Grundsatz an den Definitionen von Uwe Backes und Eckhard Jesse (vgl. die in FN 4 angegebene Literatur), nehmen aber bei bestimmten Fragen eine andere Gewichtung vor. Vgl. u.a. ausführlicher: Armin Pfahl-Traugber, Der Extremismusbegriff in der politikwissenschaftlichen Diskussion. Definition, Kritik, Alternativen, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 4, Bonn 1992, S. 67-86; ders., Politischer Extremismus – was ist das überhaupt? Zur Definition von und Kritik an einem Begriff, in: Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.), Bundesamt für Verfassungsschutz. 50 Jahre im Dienst der inneren Sicherheit, Köln 2000, S. 185-212; ders., Extremismus und Terrorismus. Eine Definition aus politikwissenschaftlicher Sicht, in: Ders. (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2008, Brühl 2008, S. 9-33, hier: S. 10-21.

9 Die Formulierung bezieht sich auf: Karl R. Popper, Die offene Gesellschaft und ihre Feinde. Bd. 1: Der Zauber Platons, Bd. 2: Falsche Propheten. Hegel, Marx und die Folgen (1945), München 1980, womit insbesondere auf Grundrechte und Pluralismus abgestellt wird.

10 Die Argumentation und Begriffe folgen Ernst Fraenkel's Pluralismustheorie, vgl. ders., Deutschland und die westlichen Demokratien (1964), herausgegeben und eingeleitet von Alexander von Brünneck, Baden-Baden 2011.

dann ungefährdet, wenn er sich auf der Grundlage der genannten Kriterien im Sinne eines „überlappenden Konsens“¹¹ entwickeln kann. Insofern ist der Extremismustheorie eine normative Dimension eigen, die auf den erwähnten politischen Erfahrungen und Reflexionen basiert. Die Gegner der Extremismustheorie müssten erklären, warum ihnen diese Prinzipien falsch oder unwichtig erscheinen.

Denn die Ablehnung der erwähnten Minimalbedingungen bildet die Basis für die Definition von Extremismus, wobei ideologisch ganz unterschiedlich ausgerichtete Akteure in ihrer Frontstellung zur modernen Demokratie und offenen Gesellschaft formal gemeinsame Merkmale in ihrem Denken aufweisen: den exklusiven Erkenntnisanspruch (Glaube an ein „höheres Wissen“), den dogmatischen Absolutheitsanspruch (Behauptung der unbezweifelbaren Richtigkeit eigener Positionen), das essentialistische Deutungsmonopol (alleinige Erfassung des „wahren Wesens“ der Dinge), die holistische Steuerungsabsicht (angestrebte ganzheitliche Kontrolle der Gesellschaft), das deterministische Geschichtsbild (Wissen um den vorgegebenen historischen Weg), die identitäre Gesellschaftskonzeption (Forderung nach politischer Homogenität der Gesellschaft), den dualistischen Rigorismus (Denken in kompromisslosen Gegensatzpaaren wie Gut-Böse) und die fundamentale Verwerfung (rigorose Verdammung des Bestehenden).¹²

Die erwähnte inhaltliche Differenzierung ergibt sich aus dem ideologischen Kern: Je nachdem, welcher Faktor im politischen Selbstverständnis eine Bewertung über den Prinzipien der modernen Demokratie und offenen Gesellschaft erhält, kann eine entsprechende Einordnung vorgenommen werden. Ist es die „Ethnie“, handelt es sich um einen rechten, ist es die „Gleichheit“, handelt es sich um einen linken, und ist es der „Glaube“, handelt es sich um einen religiösen Extremismus. Demnach beachtet die Extremismustheorie entgegen der Behauptungen mancher Kritiker sehr wohl ideologische Besonderheiten und nimmt keine inhaltliche Gleichsetzung der gemeinten politischen Bestrebungen vor. Sie stellt darüber hinaus erst einmal nur auf Gemeinsamkeiten in der Ablehnung der erwähnten Minimalbedingungen ab. Es lassen sich hieraus zunächst auch keine Einschätzungen oder gar Gleichsetzungen zur Bedeutung und Wirkung oder zu Gefährlichkeit und Gewaltneigung ableiten. Dies ermöglicht erst die Analyse nach einem systematischen Vergleich.

11 Die Formulierung ist John Rawls entlehnt, vgl. ders., *Politischer Liberalismus* (1993), Frankfurt a.M. 1998, S. 219-264.

12 Vgl. ausführlicher zu diesen Merkmalen aus der Sicht des Autors: Armin Pfahl-Traughber, *Gemeinsamkeiten im Denken der Feinde einer offenen Gesellschaft. Strukturmerkmale extremistischer Doktrinen*, in: Ders. (Hrsg.), *Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2009/2010*, Brühl 2010, S. 9-32. Ähnliche Strukturmerkmale nannte Backes, *Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten* (FN 4), S. 298-311.

3. Exkurs: Die Fehlwahrnehmung von Extremismus und Mitte in der Kritik

Bevor auf den damit einhergehenden möglichen Erkenntnisgewinn näher eingegangen wird, soll hier noch ein besonderer Aspekt der Kritik an der Extremismustheorie erörtert werden. Es geht um die oben bereits angesprochene Aussage, wonach die damit verbundene Perspektive die Existenz rechtsextremistischer Einstellungen in der „Mitte der Gesellschaft“ ausblende. Bei diesem Einwand handelt es sich um einen von vielen Vorwürfen gegen die Extremismustheorie.¹³ Er bezieht sich auch nicht direkt auf die Frage der Nicht-Erkennung des NSU-Rechtsterrorismus, soll aber aufgrund seiner Benennung im Kontext der oben erwähnten Aussagen erörtert werden. Dabei verdient besondere Aufmerksamkeit, dass hinsichtlich der Auffassung von „Mitte“ ein unterschiedliches Verständnis kursiert: Eine empirische und soziale Auffassung sieht darin eine Bezeichnung für eine gesellschaftliche Schicht, eine normative und politische Auffassung hingegen eine Positionierung zwischen „links“ und „rechts“.

Die Extremismustheorie geht keineswegs davon aus, dass sich extremistische bzw. rechtsextremistische Mentalitäten oder Positionen nur an den sozialen Rändern der Gesellschaft finden. Einer derartigen Deutung stünde die historisch-politische Erfahrung gerade der deutschen Geschichte entgegen. Ein nicht unbedeutender Teil der Mittelschicht in der Weimarer Republik orientierte sich ab 1928 immer stärker in Richtung der NSDAP. Deren soziale Basis bestand hinsichtlich der Mitglieder und Wähler überdurchschnittlich stark aus Angehörigen dieser sozialen Schicht. So erklärt sich auch die Formulierung „Volkspartei mit Mittelstandsbauch“ bezogen auf den Schwerpunkt der gesellschaftlichen Herkunft eines Großteils der Stimmen zugunsten der Hitler-Partei.¹⁴ Jürgen W. Falter, von dem diese Aussage stammt, knüpfte damit kritisch an die Analysen des amerikanischen Soziologen Seymour Martin Lipset („Extremismus der Mitte“¹⁵) an.

Anhand des historischen Beispiels kann hier der Unterschied veranschaulicht werden: Die soziale Mitte entfernte sich seinerzeit von der politischen Mitte zugunsten der politischen Rechten. Da die Extremismustheorie auf normative und politi-

13 Vgl. zur Kritik der Kritik der Extremismustheorie auch folgende Abhandlungen: Uwe Backes/Eckhard Jesse, Die „Extremismus-Formel“ – Zur Fundamentalkritik an einem historisch-politischen Konzept, in: Dies. (Hrsg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Bd. 13, Baden-Baden 2001, S. 13-29; Matthias Brodtkorb, Eine Kritik der Kritik. Über die missverständene Extremismustheorie, in: Ders. (Hrsg.), *Extremistenjäger!? Der Extremismus-Begriff und der demokratische Verfassungsstaat*, Banzkow 2011, S. 89-99; Armin Pfahl-Traugher, Kritik der Kritik der Extremismustheorie. Eine Auseinandersetzung mit einschlägigen Vorwürfen, in: Ders. (Hrsg.), *Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung* 2013, Brühl 2013, S. 31-55.

14 Vgl. die ausführliche Analyse zur politischen Motivation und sozialen Zusammensetzung: Jürgen W. Falter, *Hitlers Wähler*, München 1991, Zitat S. 372.

15 Vgl. Seymour M. Lipset, Der „Faschismus“, die Linke, die Rechte und die Mitte, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 11 (1959), S. 301-444. Siehe hierzu aus extremismustheoretischer Sicht: Eckhard Jesse, *Mitte und Extremismus. Eine Kritik an den „Mitte“-Studien einer Leipziger Forschergruppe*, in: Uwe Backes/Alexander Gallus/ders. (Hrsg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Bd. 25, Baden-Baden 2013, S. 13-35, hier: S. 15-18.

sche Aspekte bezogen ist, hat sie aber auch keine inhaltlichen oder methodischen Probleme, derartige extremistische Potenziale in der gesellschaftlichen Mitte zur Kenntnis zu nehmen. Die einschlägigen Studien über die sozialen Besonderheiten der rechtsextremistisch eingestellten Personen in Deutschland machen zwar deutlich, dass es sich hier überproportional stark um ein Phänomen der unteren sozialen Schichten handelt.¹⁶ Indessen kann man auch bei Angehörigen der mittleren sozialen Schichten rechtsextremistische Dispositionen konstatieren. Derartige Erkenntnisse fließen sehr wohl in extremismustheoretisch orientierte Erörterungen ein, wo sie etwa als Bestandteile der politischen Kultur oder über die Unterscheidung zwischen einem politischen und einem sozialen Rechtsextremismus konkrete Beachtung fanden und finden.¹⁷

Die erörterten Einwände gegen die Extremismustheorie verwechseln somit die politisch-normative und die sozial-empirische Dimension von „Mitte“. Außerdem ignoriert man bei der Einschätzung der aktuellen gesellschaftlichen Situation die Ergebnisse der Sozialforschung, die ansonsten immer wieder hinsichtlich der extremistischen Potenziale in der Mitte konsultiert werden. Zwar gehen die gemeinten Studien auch dort davon aus, dass Bestandteile rechtsextremistischer Ideologie bis in die Mehrheitsgesellschaft hinein eine gewisse Akzeptanz finden. Demgegenüber macht der vergleichende Blick hier indessen deutlich: Auffassungen von Ausländerfeindlichkeit über Chauvinismus bis zur NS-Verharmlosung seien gerade bei den Befragten, die sich der sozialen Mitte zurechnen, am geringsten ausgeprägt. Selbst Personen, die sich sozial oben sähen, wiesen höhere Zustimmungswerte zu einigen Dimensionen des Rechtsextremismus auf. Die größte Akzeptanz fänden derartige Einstellungen aber bei den Befragten, die sich selbst eher sozial unten einordneten.¹⁸

4. Gleichsetzung als Ergebnis und Vergleich als Methode der Extremismusforschung

Nach diesem Exkurs zu „Extremismus der Mitte“ bzw. „Extremismus aus der Mitte“ sollen zunächst noch einige grundsätzliche Erläuterungen zu Gleichsetzung als Ergebnis und Vergleich als Methode erfolgen. Da beide Perspektiven oder Vorgehens-

-
- 16 Vgl. etwa die Forschungsergebnisse des Bielefelder Instituts für Konflikt- und Gewaltforschung und die im Auftrag der Friedrich Ebert-Stiftung erstellten Studien von Elmar Brähler und Oliver Decker, die jeweils trotz der Nutzung von nicht unproblematischen Einstellungsstatements relativ hohe Akzeptanzen für eindeutig rechtsextremistische Orientierungen in der „Mitte der Gesellschaft“ veranschaulichen. Vgl. zur Kritik: Jesse, Mitte und Extremismus (FN 15), S. 22-33, wobei der Autor der vorliegenden Abhandlung diese Einwände nicht alle teilt. Nähere Ausführungen zu dieser Frage würden hier aber den inhaltlichen Rahmen sprengen.
- 17 Vgl. aus Sicht des Autors ältere und neuere Publikationen zum Thema: Armin Pfahl-Traugher, Rechtsextremismus. Eine kritische Bestandsaufnahme nach der Wiedervereinigung, Bonn 1993, S. 166-195 und 217-227; ders., Soziale Potenziale des politischen Rechtsextremismus, in: Vorgänge, Nr. 197/2012, S. 4-20.
- 18 Vgl. Andreas Zick/Anna Klein, Fragile Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014, Bonn 2014, S. 40-43.

weisen nicht nur im alltäglichen, sondern auch im wissenschaftlichen Sprachgebrauch mitunter falsch oder unangemessen genutzt werden, bedarf es einer klarstellenden Aussage: Bei einem Vergleich handelt es sich um eine ergebnisoffene Methode, die nach den Gemeinsamkeiten und Unterschieden von bestimmten Phänomenen im Lichte konkreter Erkenntnisinteressen oder Kriterien fragt. Bei einer Gleichsetzung handelt es sich um das Ergebnis eines zuvor angestellten Vergleichs, der bei der Analyse bestimmter Merkmale eben zur Feststellung von dominierenden Gemeinsamkeiten führte. Insofern können auch die sprichwörtlichen Äpfel sehr wohl mit Birnen hinsichtlich relevanter Eigenschaften verglichen werden. Eine Gleichsetzung verbindet sich damit nicht notwendigerweise.

Als entscheidend für den Erkenntnisgewinn gelten die genutzten Kriterien, die wiederum von der Forschungsfrage für das komparative Verfahren abhängig sind. Ein Vergleich um des Vergleichens willen macht wenig Sinn. Denn dabei handelt es sich um eine Methode, die Antworten oder Erklärungen liefern soll. Somit bedarf es erstens einer erkenntnisleitenden Fragestellung. Hieraus wären zweitens die Ansätze zu deren Beantwortung über einen Vergleich abzuleiten. Dem folgend ginge es drittens um die Auswahl der konkreten Untersuchungsobjekte. Und viertens müssten die Kriterien für deren Analyse benannt und systematisiert werden. Dieses Erkenntnisinteresse bzw. Vorgehen schließt komparative Betrachtungen von Phänomenen, die auf unterschiedlichen Ebenen angesiedelt sind, eher aus. So macht ein Vergleich einer Person mit einem System ebenso wenig Sinn wie ein Vergleich einer Partei mit einer Subkultur. Es sollte nur um eine komparative Betrachtung von Gruppen mit Gruppen, Parteien mit Parteien, von Systemen mit Systemen gehen.¹⁹

Eine Gleichsetzung als Ergebnis des Vergleichs bedarf der Begründung der dafür genutzten Kriterien. Um bei dem sprichwörtlichen Beispiel der Äpfel und Birnen zu bleiben, kann man hier bei einer komparativen Betrachtung entsprechend dem gewählten Erkenntnisinteresse und den damit verbundenen Gesichtspunkten zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen: Bei dem Merkmal „essbares Fallobst“ konstatiert man Gemeinsamkeiten, bei dem Merkmal „runde Form“ Unterschiede. Begründet werden müsste hier, warum das jeweils genannte Kriterium und nicht ein anderes für die Untersuchung methodisch Verwendung fand. Demnach bedürfen bei einem Vergleich primär die Fragestellung und die Merkmale und weniger die Methode und die Perspektive einer Erklärung.²⁰ Darüber hinaus sei darauf hingewiesen, dass die

19 Dies schließt nicht aus, dass man über eine bestimmte Fragestellung politische Bestrebungen auf unterschiedlicher Ebene vergleichend untersucht. So könnte etwa nach den Erfolgsbedingungen für Strategien einer Aktivistengruppe wie den Neonazis und einer Partei wie der NPD gefragt werden.

20 Vgl. u.a. Dirk Berg-Schlosser/Ferdinand Müller-Rommel (Hrsg.), *Vergleichende Politikwissenschaft. Ein einführendes Studienhandbuch*, Wiesbaden 2006; Klaus von Beyme, *Vergleichende Politikwissenschaft*, Wiesbaden 2010; Detlef Jahn, *Einführung in die vergleichende Politikwissenschaft*, Wiesbaden 2006; Sabine Kropp/Michael Minkenberg (Hrsg.), *Vergleichen in der Politikwissenschaft*, Wiesbaden 2005; Hans-Joachim Lauth/Gert Pickel/Susanne Pickel (Hrsg.), *Methoden der vergleichenden Politikwissenschaft. Eine Einführung*, Wiesbaden 2009. Darin finden sich aber keine Ausführungen zur vergleichenden Extremismusforschung.

komparative Betrachtung zum Ergebnis einer weitgehenden Gleichsetzung kommen kann. Dies wäre aber nur ein mögliches Resultat. Der Erkenntnisgewinn dürfte beim Konstatieren von Differenzen sogar weitaus höher liegen.

Welche Objekte bieten sich für eine komparative Erörterung der Gemeinsamkeiten und Unterschiede mit einer bestimmten extremistischen Bestrebung an? Da wären zunächst einmal ähnlich agierende Gruppen, Organisationen oder Parteien im gleichen extremistischen Lager im Inland zu nennen. Derartige Betrachtungen können sich auf die Gegenwart, aber auch auf die Vergangenheit beziehen. Andere Objekte für einen Vergleich bestehen in Handlungsstil und Organisationsform ähnlicher politischer Bestrebungen in den anderen Extremismusbereichen. Hierdurch können nicht nur die besonderen Konturen des gemeinten Phänomens besser erkannt werden; auch die gesellschaftliche Wirkung lässt sich durch die komparative Perspektive genauer einschätzen. Und schließlich verdient die Betrachtung von inner- wie interextremistischen Prozessen im Ausland besondere Aufmerksamkeit: Der erstgenannte Aspekt nimmt komparativ Entwicklungen im gleichen, der zweite Gesichtspunkt in anderen Extremismusbereichen in anderen Ländern ins Visier.

5. Erkenntnismöglichkeiten der vergleichenden Extremismusforschung

Welche Erkenntnismöglichkeiten der vergleichenden Extremismusforschung bestehen, soll fortan zunächst allgemein mittels abstrakter Erläuterungen anhand des gewalttätigen bis terroristischen Bereichs im Extremismus veranschaulicht werden.²¹ Am Beginn steht erstens die Erfassung von „Besonderheiten“ eines Phänomens: Bei der Betrachtung von bestimmten Aktivitäten im Bereich des Extremismus erhält man eine Fülle von Informationen ganz unterschiedlicher Art. Unklar bleibt dabei zunächst, was jeweils aus welchen Gründen von Bedeutung ist. Die bekannten und üblichen Kriterien dienen dazu, hier eine Ordnung und Systematisierung vorzunehmen. Indessen werden dadurch die Konturen der untersuchten Bestrebung nur in Ansätzen deutlich. Gerade der vergleichende Blick auf formal oder inhaltlich ähnliche Phänomene im gleichen Extremismusbereich, aber auch in anderen Extremismusbereichen macht eben erst die Spezifika der analysierten Gewaltakteure klar. Die Besonderheiten ergeben sich dann nach einem komparativen Blick auf die Unterschiede.

Die zweite Ebene von Erkenntnisgewinnen durch Vergleich nimmt die „Entwicklungen“ eines untersuchten Phänomens in den Blick. Aus der Betrachtung einzelner Daten (zum Beispiel: Gewaltintensität, Organisationsform, Strategie, Umfeld) lassen sich keine Einschätzungen zum Stellenwert der gemeinten gewalttätigen Gruppe ab-

21 Vgl. ausführlicher aus Sicht des Autors: Armin Pfahl-Traugher, Erkenntnisgewinn einer vergleichenden Betrachtung der Gewalt in den Extremismen. Besonderheiten, Entwicklungen, Prognosen und Ursachen (BEPU-Analysemodell), in: Martin H. W. Moellers/Robert Chr. van Ooyen (Hrsg.), Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2014/2015, Frankfurt a.M. 2015.

leiten. Hierfür bedarf es zunächst besonderer Kriterien, die eine genaue Einschätzung möglich machen. Darüber hinaus muss das gemeinte Phänomen im Kontext seines Wirkens untersucht werden. Erst so entsteht ein Maßstab, der für die Einschätzung des Gefahrenpotenzials von Gewalthandlungen wie der Resonanz in der Gesellschaft genutzt werden kann. Die erkenntnisbezogene Basis dafür bilden komparative Untersuchungen, welche das gemeinte Objekt im Lichte der Dynamik ähnlicher Phänomene in den Blick nehmen. Erst so lassen sich Einschätzungen wie eine „besondere Bedrohung“ oder eine „neue Qualität“, aber auch „erkennbare Auflösungserscheinungen“ oder „sinkende Relevanz“ inhaltlich begründet formulieren.

Als dritte Ebene von Erkenntnisgewinnen durch Vergleich seien hier die Möglichkeiten für „Prognosen“ genannt. Dabei handelt es sich – wie bei allen Aussagen über die Zukunft – um kein einfaches und unproblematisches Vorgehen. Gleichwohl erlaubt der Blick auf Entwicklungen in den jeweils anderen Extremismusbereichen oder Ländern die Herausarbeitung von Szenarien für Prozesse im untersuchten Extremismusbereich. Gerade die historische Rückschau macht deutlich, dass gewaltgeneigte Gruppen in Organisationsform oder Vorgehen voneinander lernen. Mitunter nimmt man das jeweilige Gegenüber im Extremismusbereich auch ganz offen zum Vorbild für den eigenen Handlungsstil. Selbst wenn dies in einer direkten Form nicht der Fall ist, können die Gewalttäter in dem einen Extremismusbereich auf ähnliche Ideen wie die Gewalttäter in dem anderen Extremismusbereich kommen. Die gleiche Reaktion auf gesellschaftliche Rahmenbedingungen oder staatliches Vorgehen mag dafür den Anlass bieten.

Und schließlich soll als vierte Ebene des Erkenntnisgewinns durch einen Vergleich die Analyse von „Ursachen“ in den Blick genommen werden. Hierbei bedarf es zunächst der Feststellung, dass eine komparative Perspektive nur ein Instrument bei der Suche nach den Bedingungsfaktoren für die Entstehung und Entwicklung der Gewaltpotenziale in den Extremismen sein kann. Eine solche Analyse erfolgt auf einer anderen Ebene. Indessen dient ein Vergleich einzelner Gesichtspunkte dazu, deren jeweiligen Status im Bedingungsgefüge genauer zu bestimmen. Lässt sich ein einzelner Ursachenfaktor in einem einzigen Extremismusbereich oder in allen Extremismusbereichen ausmachen? Spielen bei der Neigung zu Gewalthandlungen ideologische oder mentale Motive eine größere Rolle? Welche Bedeutung kommt dem Aspekt der Vermittelbarkeit für die Intensität der jeweiligen Taten zu? Derartige Fragen können genauer nach einem komparativen Blick auf ähnliche politische Bestrebungen mit Gewaltbezug und anderer ideologischer Orientierung beantwortet werden.

6. Der NSU im Vergleich mit dem deutschen Rechtsterrorismus

Als erstes soll hier nach den Gemeinsamkeiten und Unterschieden des NSU²² mit dem bisherigen deutschen Rechtsterrorismus gefragt werden. Dabei erfolgt auch eine Auseinandersetzung mit der Interpretation, die Fabian Virchow mit der Formulierung „Nichts davon ist neu“²³ vorgetragen hat. Sie legt eine Kontinuität des NSU nahe und übersieht die neue Dimension im Rechtsterrorismus. Um diese Deutung einer kritischen Prüfung zu unterziehen, soll sich hier anhand ausgewählter Kriterien eine komparative Betrachtung anschließen. Dabei geht es um folgende Gesichtspunkte: den politischen Hintergrund der Täter, die Auswahl der Opfergruppe, die Gewaltintensität der Handlungen und die öffentliche Botschaft der Taten. Hiermit sind vier wichtige Gesichtspunkte für die Analyse terroristischer Gruppen angesprochen, welche alle integrale Bestandteile des AGIKOSUW-Schemas sind: Akteure, Gewaltintensität, Ideologie, Kommunikation, Organisation, Strategie, Umfeld und Wirkung.²⁴

Betrachtet man die Geschichte des deutschen Rechtsterrorismus²⁵ seit Ende der 1960er Jahre, so lassen sich im Vergleich mit dem NSU folgende Gemeinsamkeiten und Unterschiede benennen: Hinsichtlich des politischen Hintergrundes der Täter kann eine Kontinuität festgestellt werden. Denn ebenso wie die früheren Rechtsterroristen ehemalige Anhänger der NPD oder der Neonazi-Szene waren, kamen die NSU-Aktivisten aus der Neonazi- und Skinhead-Szene. Offenkundig fand dort ein Radikalisierungsprozess in Richtung der Gewaltneigung wie auch der Ideologisierung statt. Hinsichtlich der Auswahl der Opfergruppen kann man ebenfalls Kontinui-

22 Hier erfolgt keine genauere Beschreibung und Bewertung von allen relevanten Aspekten des NSU, da der Autor dies an anderer Stelle ausführlicher getan hat, vgl. Armin Pfahl-Traughber, Der Rechtsterrorismus im Verborgenen: Darstellung und Einschätzung der Besonderheiten des „Nationalsozialistischen Untergrundes“, in: Institut für Sicherheitspolitik an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (ISPK) (Hrsg.), Jahrbuch Terrorismus 2011/2012, Opladen 2012, S. 93-121; ders., Der Nationalsozialistische Untergrund (NSU) im Lichte der Entwicklung des deutschen Rechtsterrorismus, in: Uwe Backes/Alexander Gallus/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 24, Baden-Baden 2012, S. 180-196; ders., Die Besonderheiten des „neuen“ Rechtsterrorismus. Der „Nationalsozialistische Untergrund“ in vergleichender Perspektive, in: Gerhard Hirscher/Eckhard Jesse (Hrsg.), Extremismus in Deutschland. Schwerpunkte, Vergleiche, Perspektiven, Baden-Baden 2013, S. 113-132.

23 Fabian Virchow, Für Volk und Nation, in: Die Zeit vom 24. November 2011, S. 26.

24 Vgl. ausführlicher zur Darstellung und Entwicklung: Armin Pfahl-Traughber, Von den „Aktivisten“ über die „Kommunikation“ bis zur „Wirkung“. Das AGIKOSUW-Schema zur Analyse terroristischer Bestrebungen, in: Stefan Hansen/Joachim Krause (Hrsg.), Jahrbuch Terrorismus 2013/2014. Herausgegeben vom Institut für Sicherheitspolitik an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (ISPK), Bd. 6, Opladen 2014, S. 401-424.

25 Vgl. Uwe Backes, Bleierne Jahre. Baader-Meinhof und danach, Erlangen 1991, S. 96-116; Armin Pfahl-Traughber, Geschichte des Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Analyse zu Entwicklung, Gruppen und Vergleich, in: Einsichten und Perspektiven, Nr. 1/2012, S. 56-71; Bernhard Rabert, Links- und Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland von 1970 bis heute, Bonn 1995, S. 231-334; Klaus-Henning Rosen, Rechtsterrorismus. Gruppen – Täter – Hintergründe, in: Gerhard Paul (Hrsg.), Hitlers Schatten verblasst. Die Normalisierung des Rechtsextremismus, Bonn 1989, S. 49-78.

tät feststellen: Während sich die ersten rechtsterroristischen Aktivitäten noch gegen „linke“ Ziele richteten, spielte spätestens seit den „Deutschen Aktionsgruppen“ von 1980²⁶ die Fremdenfeindlichkeit eine herausragende Rolle bei der Opferauswahl. Bis auf eine Ausnahme waren auch alle Opfer des NSU bei den Anschlägen wie den Morden Menschen mit Migrationshintergrund.²⁷

Beim vergleichenden Blick auf die Gewaltintensität der Handlungen können demgegenüber gravierende Unterschiede ausgemacht werden: Links- wie rechtsterroristische Aktivitäten in der Bundesrepublik Deutschland waren keineswegs von Anfang an und immer mit der gezielten Ermordung oder Tötung von Menschen verbunden. Beide Ideologiebereiche dieser Form politisch motivierter Gewalttaten eint, dass man sich zunächst auf Sprengstoffanschläge auf Einrichtungen oder Fahrzeuge beschränkte. Mitunter kamen dabei Menschen ums Leben, wobei deren Ermordung im Sinne einer gezielten Tötung nicht immer beabsichtigt war. Dies gilt auch für Anschläge auf Flüchtlingsheime wie im Fall der erwähnten „Deutschen Aktionsgruppen“. Hinsichtlich einer Ermordung aus einer Situation von Angesicht zu Angesicht wie bei den NSU-Taten gab es nur einen Fall mit ähnlicher Gewaltintensität: 1980 erschoss mutmaßlich der Neonazi Uwe Behrendt den jüdischen Verleger Shlomo Lewin und seine Lebensgefährtin in gleicher Form in deren Privatwohnung.

Und schließlich besteht noch eine Besonderheit des NSU hinsichtlich der Botschaft der Taten: Denn Terrorismus ist auch eine „Kommunikationsstrategie“²⁸, welche politische Inhalte in die Öffentlichkeit tragen will. Während Linksterroristen dazu häufig lange Bekennerschreiben verfassten, fehlten solche Erklärungen meist bei Rechtsterroristen.²⁹ Sie gingen in der Regel davon aus, dass die beabsichtigte politische Botschaft durch die Auswahl ihrer Opfer und Tatorte deutlich werde. Dies hätte beim NSU angesichts der Mordserie an Menschen mit Migrationshintergrund auch der Fall sein können, standen sie doch für die fremdenfeindliche Motivation der Täter. Die Fehlwahrnehmung der Polizei, die von kriminellen Hintergründen ausging,

26 Gemeint ist damit eine rechtsterroristische Kleingruppe von drei Personen, die von dem Alt- und Neonazi Manfred Roeder angeleitet wurde. Dabei kam es zu zwei Brand- und fünf Sprengstoffanschlägen. Bei einem Angriff auf ein Flüchtlingsheim wurden zwei Vietnamesen getötet. Vgl. Backes (FN 25), S. 106-111; Rabert (FN 25), S. 288-304.

27 Eine Diskontinuität besteht jedoch bei dem Angriff auf die beiden Polizisten, der mit Schüssen in den Kopf der beiden Beamten einherging. In früheren Fällen hatten sich Rechtsterroristen damit begnügt, Polizisten ohne Körperverletzungen oder Tötungen lediglich ihre Dienstwaffen wegzunehmen. Gerade bezogen auf den NSU-Polizistenmord in Heilbronn 2007 sind noch viele Aspekte unbekannt. Die offizielle Erklärung, wonach die NSU-Aktivisten an die Dienstpistolen herankommen wollten, kann angesichts der komfortablen Ausstattung des Neonazi-Trios mit Waffen nicht überzeugen.

28 Peter Waldmann betonte diesen Aspekt mit der Formulierung: „Terrorismus ... ist primär eine Kommunikationsstrategie“. Ders., *Terrorismus. Provokation der Macht*, München 1998, S. 13, wobei das „primär“ hier nicht geteilt wird. Gleichwohl geht es Terroristen in der Tat nicht nur um den eigentlichen Anschlag, sondern um seine letztendliche Wirkung. Sie ergibt sich aus Reaktionen von Gesellschaft und Staat bzw. Anhängerschaft oder Opfergruppe.

29 Insofern kann das Fehlen von Anschlagserklärungen des NSU auch kein überzeugendes Argument dafür sein, dass man die rechtsextremistischen Hintergründe ihrer Morde nicht hätte erkennen können.

wurde aber nicht durch Bekenntnisse wie etwa das Hinterlassen einschlägiger Parolen oder Symbole an den Tatorten „korrigiert“.³⁰ Während der Existenz des NSU stand somit sein Agieren für einen „bekenntnislosen“³¹ Terrorismus. Diese Besonderheit widerspricht der These „Nichts davon ist neu“.

7. Der NSU im Vergleich mit dem deutschen Linksterrorismus

Bei der Frage nach den Gemeinsamkeiten und Unterschieden des NSU zum deutschen Linksterrorismus sind auch und gerade einseitige bzw. fehlerhafte Aspekte einer vergleichenden Betrachtung von Interesse. Denn führende Repräsentanten der Sicherheitsbehörden sprachen nach der Aufdeckung der Serienmorde etwa davon, man habe die „Braune Armee Fraktion“ nicht erkennen können.³² Diese Formulierung legte ein hohes Maß an Ähnlichkeit von „Nationalsozialistischem Untergrund“ und „Roter Armee Fraktion“ (RAF) nahe, denn die Formulierung „Braune Armee Fraktion“ spielt auf die linksterroristische RAF an. Darüber hinaus wird unterstellt, dass es mit Ausnahme der ideologischen Orientierung und damit einhergehenden Spezifika wie Feindbilder oder Opfergruppen in anderer Hinsicht wie Gewaltintensität, Organisation oder Strategie eine Fülle von Gemeinsamkeiten oder Überschneidungen gebe. Gerade dies ist jedoch nicht der Fall, was allerdings nicht gegen den Vergleich spricht.

Denn die Frage nach den Gemeinsamkeiten und Unterschieden macht erst die Besonderheiten des NSU im Vergleich zur RAF deutlich³³: Die linksterroristische Gruppe setzte sich in allen Phasen ihrer Existenz aus weitaus mehr Aktivisten zusammen als die drei Personen der rechtsterroristischen Gruppe. Es kann für jede Entwicklungsphase – üblich ist die Einteilung in eine „erste“, „zweite“ und „dritte“ Generation der RAF – meist von mindestens um die 20 Führungspersonen gesprochen werden. Demnach bestanden auch für die Organisationsform grundlegende Unterschiede, wobei nicht nur die Anzahl der Aktivisten, sondern auch die Struktur der Gruppe bedeutsam ist. Denn bei der RAF handelte es sich um eine relativ hierarchisch und straff aufgebaute Organisation, wobei deren Akteure häufig von der Spit-

30 Die Existenz der „Paulchen Panther“-DVD legt ein beabsichtigtes späteres Bekenntnis zu den Taten nahe. Über die Gründe für deren Herstellung und Lagerung liegen bislang noch keine gesicherten Erkenntnisse vor.

31 So die Formulierung von Dierk Borstel und Wilhelm Heitmeyer, vgl. dies., *Menschenfeindliche Mentalitäten, radikalisierte Milieus und Rechtsterrorismus*, in: Stefan Malthaner/Peter Waldmann (Hrsg.), *Radikale Milieus. Das soziale Umfeld terroristischer Gruppen*, Frankfurt a.M. 2012, S. 339-368, hier: S. 341 (kursiv im Original).

32 So äußerte sich der seinerzeitige Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Heinz Fromm, vgl. Markus Decker, *NSU-Ausschuss: Der Präsident redet Klartext*, in: *Mitteldeutsche Zeitung* vom 5. Juli 2012.

33 Über die RAF liegt eine Fülle an Literatur vor, vgl. u.a. Wolfgang Kraushaar (Hrsg.), *Die RAF und der linke Terrorismus*, Hamburg 2006 (zwei Bände); Butz Peters, *Tödlicher Irrtum. Die Geschichte der RAF*, Berlin 2004; Willi Winkler, *Die Geschichte der RAF*, Berlin 2005. Die folgenden Ausführungen stützen sich auf diese Veröffentlichungen.

ze präzise Vorgaben für Handlungen unterschiedlichster Art erhielten. Davon kann bezogen auf den NSU nicht die Rede sein. Denn die rechtsterroristische Kleingruppe entschied eigenständig ohne eine Steuerung von anderer Seite über ihr Vorgehen.

Dem gegenüber bestehen Gemeinsamkeiten bei der Gewaltintensität, zumindest für die Phase der RAF ab 1977, als man zur geplanten und gezielten Ermordung von Menschen überging. Zuvor hatte sich die linksterroristische Gruppe meist auf Anschläge gegen Einrichtungen beschränkt. Tötungen von Polizeibeamten erfolgten, um sich der Verhaftung zu entziehen. Ein derartiges Agieren bildete keinen Bestandteil der eigenen Strategie. Um die inhaftierten Aktivisten der „ersten Generation“ frei zu pressen, begingen die Angehörigen der „zweiten Generation“ dann aber auch Morde aus einer Situation von Angesicht zu Angesicht heraus. Bei der hierbei deutlich werdenden Brutalität, die eben keineswegs typisch für alle Formen des deutschen Links- und Rechtsterrorismus war und ist, lassen sich denn auch Gemeinsamkeiten feststellen. Anders verhält es sich bezogen auf die Kommunikation und Wirkung: Während die RAF und ihr Wirken mit Absicht öffentlich bekannt waren, wirkte der NSU ohne Aufmerksamkeit und Resonanz aus dem Verborgenen heraus.

Insofern macht auch die Rede von einer „Braunen Armee Fraktion“ keinen Sinn. Der Begriff kursierte bereits vor der Aufdeckung des NSU, bezeichnete man damit doch bekannt gewordene Ansätze eines Rechtsterrorismus. Hierbei offenbarte sich aber ein einseitiges bis falsches Bild vom deutschen Linksterrorismus, der eben nicht nur aus der RAF bestand. Stimmen aus Medien, Politik und Sicherheitsbehörden suggerierten mit der Rede von der „Braunen Armee Fraktion“, rechtsterroristische Gruppen müssten sich auch so wie die RAF organisieren. Mit dieser Perspektive hätte man angesichts der erwähnten Unterschiede in der Tat den NSU schwerlich erkennen können. Dabei besteht aber keineswegs ein Problem für eine vergleichende Betrachtung an sich. Denn die Rede von der „Braunen Armee Fraktion“ stand für eine einseitige und falsche Fixierung auf die RAF: Es gab im Linksterrorismus mit den „Revolutionären Zellen“ (RZ)³⁴ auch Gruppen, die aufgrund ihrer Eigenständigkeit und Größe deutliche organisatorische Gemeinsamkeiten mit dem NSU aufwiesen.³⁵

8. Der NSU im Vergleich mit dem Rechtsterrorismus im Ausland

Damit einhergehende Entwicklungen konnte man auch mit dem Blick auf den gewaltorientierten bis terroristischen Rechtsextremismus im Ausland konstatieren, wo-

34 An Arbeiten über diese bedeutende linksterroristische Gruppe mangelt es, vgl. aber Rabert (FN 25), S. 197-222; Johannes Wörle, Erdung durch Netzwerkstruktur? Revolutionäre Zellen in Deutschland, in: Alexander Straßner (Hrsg.), Sozialrevolutionärer Terrorismus. Theorie, Ideologie, Fallbeispiele, Zukunftsszenarien, Wiesbaden 2008, S. 257-273.

35 Insofern wäre die Rede von einer „Braunen Zelle“ bezogen auf den NSU durchaus angemessen. Die RZ standen für eine frühe Form der Abwendung von hierarchischen Großorganisationen und der Hinwendung zu selbstständigen Kleinorganisationen im Terrorismus.

bei die folgenden Ausführungen nicht die Auffassung von einer kausalen Wirkung auf die drei Neonazis unterstellen wollen. Insbesondere Entwicklungen in Großbritannien, Schweden und den USA weisen aber erhebliche Übereinstimmungen mit der Gewaltintensität und Organisationsform des NSU auf. Demnach kamen Rechtsextremisten in diesen Ländern bereits zuvor zu ähnlichen Auffassungen zu Handlungen und Strukturierungen. Mit dem Wissen darum hätte man auch in Deutschland die Frage stellen können, ob nicht hier ähnliche Entwicklungen wie im Ausland möglich sind. Denn gerade wenn es bezogen auf einen „Nagelbomben“-Anschlag und gezielte Schüsse auf Menschen mit Migrationshintergrund ähnliche Ereignisse in anderen Ländern gab, hätten vergleichende Betrachtungen zu richtigen Hypothesen über den rechtsextremistischen Hintergrund der Taten führen müssen.

Der erste relevante Fall ist der „Lasermann“ in Schweden.³⁶ Die Bezeichnung kam bereits vor der Entdeckung des Täters John Ausonius auf, nutzte er doch zunächst ein Gewehr mit einer Laser-Zielvorrichtung. Von August 1991 bis Januar 1992 schoss Ausonius in Stockholm und Uppsala auf insgesamt elf Menschen an zehn verschiedenen Orten. Dabei kam eine Person ums Leben, die anderen Opfer wurden teilweise schwer verletzt. Alle Betroffenen fielen optisch durch eine dunkle Haar- und/oder Hautfarbe auf und verfügten über einen migrantischen Hintergrund. Beruflich und sozial gab es keine Gemeinsamkeiten, zählten doch zu den Opfern ebenso Kioskbesitzer wie Studenten. Als Besonderheiten bestanden demnach die Anonymität der individuell und konkret Betroffenen für den Schützen, die Auswahl der Opfer über das Kriterium eines migrantischen Hintergrundes und die Serienplanung für ein beabsichtigtes mörderisches Vorgehen gegen solche Menschen. Die Gemeinsamkeiten mit dem NSU sind unverkennbar.³⁷

Der zweite Fall bezieht sich auf den „Nagelbomber“ in Großbritannien, den britischen Neonazi David Copeland.³⁸ Die Bezeichnung erhielt er aufgrund von drei Anschlägen, die im April 1999 innerhalb von 13 Tagen in London durchgeführt wurden. Dabei deponierte Copeland einen Sprengsatz mit weit streuenden Nägeln. Die Orte der Explosion standen für Plätze und Straßen, wo insbesondere Homosexuelle, Migranten und Schwarze arbeiteten und wohnten. Insgesamt wurden bei den Anschlägen 137 Menschen verletzt, drei Personen starben. Bei den Gewalttaten fallen folgende Besonderheiten auf: Sie zielten nicht auf konkrete Menschen als Einzelpersonen, sondern auf Gruppenangehörige. Dabei entsprachen deren Besonderheiten den kollektiven Feindbildern von Rechtsextremisten. Die Nutzung von Nägeln, die durch den Explosionsdruck weit streuten, sollte erhebliche Körperverletzungen bei

36 Vgl. als einzige ausführliche Darstellung zum Thema: Gellert Tamas, Der Lasermann. Vom Eliteschüler zum Serientäter, Leipzig 2007.

37 Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Manifestes Hassbild. Der „Lasermann“ Anfang der 90er Jahre in Schweden – ein Vorbild für den NSU-Terrorismus? (25. Mai 2012), in: www.bnr.de (14. Januar 2015).

38 Vgl. als einzige ausführliche Darstellung zum Thema: Graeme McLagan/Nick Lowles, Mr. Evil. The Secret Life of Pub Bomber and Killer David Copeland, London 2001.

den Opfern bewirken. Auch hier sind Gemeinsamkeiten mit dem NSU-Anschlag in Köln 2004 evident.³⁹

Darüber hinaus bestehen noch auf organisatorischer Ebene gewisse Übereinstimmungen mit dem Rechtsterrorismus im Ausland: Bereits seit den 1980er Jahren fand im US-amerikanischen gewaltorientierten Rechtsextremismus das Konzept des „Leaderless Resistance“ („Führerlosen Widerstandes“) starke Verbreitung. Dessen Begründer Louis Beam plädierte in einem einschlägigen Artikel für die Bildung von eigenständig agierenden Klein-Gruppen, die mehr durch eine ideologische Botschaft und weniger durch eine organisatorische Struktur miteinander verbunden sein sollten. Entsprechend bedurfte es keiner Führerfigur oder Kaderstruktur.⁴⁰ Betrachtet man die Struktur des NSU, so fallen organisatorische Gemeinsamkeiten auf. Es handelte sich indessen um eine Zelle ohne Netz, gab es doch offenkundig keine weiteren neonazistisch-terroristischen Kleingruppen. Ob deren drei Aktivisten das Konzept des „Leaderless Resistance“ bekannt war, lässt sich angesichts mangelnder Informationen über solche Details bislang aber noch nicht sagen.⁴¹

9. Der NSU im Vergleich mit anderen Ideologieformen des Terrorismus im Ausland

Die hier angedeuteten organisatorischen Entwicklungen prägten indessen nicht nur die rechte Ausrichtung, sondern auch andere Ideologieformen des Terrorismus im Ausland. Allgemein lässt sich eine Abkehr von breiter aufgestellten und höher organisierten Formen zugunsten autonom handelnder Kleinzellen ausmachen. Diese Entwicklung prägte auch schon die Geschichte des deutschen Linksterrorismus, wo die „Bewegung 2. Juni“ und die RZ der letztgenannten und die RAF der erstgenannten Form zugerechnet werden konnten. Damit deutete sich bereits in den 1970er und 1980er Jahren an, dass größere und hierarchischere Organisationsformen des Terrorismus an Bedeutung verlieren würden.⁴² Eine solche Entwicklung erklärt sich

39 Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Terror gegen „Feindgruppen“. Der Nagelbomben-Anschlag des NSU in Köln am 9. Juni 2004 – ein Beispiel für die besondere Gewaltintensität des Rechtsterrorismus (4. Juni 2014), unter: www.bnr.de (14. Januar 2015).

40 Vgl. Louis Beam, Leaderless Resistance, in: The Seditonist, Nr. 1 vom Februar 1992 (Originaltext von 1982), hier nach: www.louisbeam.com (2. Januar 2015); Thomas Grumke, Das Konzept des Leaderless Resistance im Rechtsterrorismus, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Nr. 6 vom Juni 1999, S. 495-499; Jeffrey Kaplan, Leaderless Resistance, in: Terrorism and Political Violence 9 (1997), H. 3, S. 80-95.

41 Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Der NSU und das Konzept „führerloser Widerstand“. Gemeinsamkeiten in der Praxis und Theorie von Organisationsstrukturen im Terrorismus (18. April 2012), unter: www.bnr.de (14. Januar 2015); ders., Konzepte terroristischen Handelns im Rechtsextremismus. Eine vergleichende Analyse zu der Mordserie des NSU, in: Kriminalistik 66 (2012), S. 436-440, hier: S. 438.

42 Dagegen spricht für die Gegenwart nicht der Hinweis auf die islamistischen Gruppen „Boko Haram“ und „Islamischer Staat“, die zwar äußerst gewalttätig vorgehen, aber nicht als terroristisch gelten können. Ihnen geht es strategisch um die Kontrolle über Räume, was sie zu Erscheinungsformen der Guerilla macht.

zu großen Teilen durch einen Lernprozess der politisch motivierten Gewalttäter, konnten doch die Sicherheitsbehörden solche Strukturen dank neuer technischer Fahndungs- und Überwachungsmöglichkeiten schneller aufdecken und zerschlagen.

Auch im islamistischen Terrorismus gab es diesen Trend. Exemplarisch dafür steht hier die bekannteste Formation „Al-Qaida“, die angesichts der sicheren Existenz in Afghanistan vor dem 11. September 2001 eigene Ausbildungslager unterhalten und einen organisatorischen Zentralisierungsprozess vorantreiben konnte. Derartige Dimensionen von Logistik und Personal stellten ohnehin für eine terroristische Organisation eine Ausnahme dar. Nach den Anschlägen in New York und Washington führten die militärischen Operationen der USA in Afghanistan zu einer Auflösung bzw. Zerschlagung der dortigen Strukturen. Die veränderten Rahmenbedingungen erforderten eine neue Ausrichtung zunächst der Organisation, dann aber auch der Strategie von „Al-Qaida“. Fortan entstanden autonom agierende und personalärmere Gruppen bzw. Zellen. Sie stimmten mit der Ideologie der „Mutterorganisation“ in Feindbildern und Zielsetzung überein, führten ihre Anschläge auf dieser Basis aber relativ eigenständig und unabhängig durch.⁴³

Die in diesem Kontext aufkommende Formulierung vom „Leaderless Jihad“⁴⁴ in Anlehnung an das oben erwähnte Modell von „Leaderless Resistance“ muss allerdings idealtypisch und nicht wortwörtlich verstanden werden. Denn das gemeinte Konzept ging davon aus, dass die einzelnen Gruppen nur ideologisch und thematisch, nicht aber organisatorisch und personell miteinander verbunden seien. Dies ist bezogen auf das „Al-Qaida“-Netzwerk nach dem 11. September 2001 aber nicht der Fall: Zwar agieren die gemeinten Kleingruppen bei ihren Anschlägen autonom und regional, doch existieren weiterhin logistische und personelle Verbindungen. Sie belegen nicht nur eine ideologische, sondern auch eine strategische Anbindung an die „Mutterorganisation“. Gelingen einzelne Anschläge auf Objekte und Personen nicht oder kommt es zu Festnahmen von Akteuren und Unterstützern, so führt dies noch nicht einmal zu einem größeren Ansehensverlust für „Al-Qaida“, sondern lediglich zur organisatorischen Zerschlagung einer im Gesamtkontext kleinen Zelle.

Deren Akteure entstammen meist dem islamistischen Lager in den jeweiligen Ländern, wobei die Besonderheit dann in der Radikalisierung hin zu terroristischer Gewaltanwendung besteht. In diesem Punkt und in der Zellenstruktur kann man auch die formalen Gemeinsamkeiten mit dem NSU ausmachen: Dessen Angehörige

43 Vgl. u.a. Jason Burke, *Al-Qaida. Wurzeln, Geschichte, Organisation*, Düsseldorf 2004; Guido Steinberg, *Der nahe und der ferne Feind. Die Netzwerke des islamistischen Terrorismus*, München 2005, S. 78-107; Johannes Wörle, *Zerfall und Anpassung im adaptiven Netzwerkterrorismus. Al-Qaida nach 2001*, Münster 2014; kritisch zu dieser Deutung – aber primär aufgrund des Mangels an gesichertem Wissen dazu – steht: Christina Hellmich, *Al-Qaida. Vom globalen Netzwerk zum franchise-Terrorismus*, Darmstadt 2012, S. 54-57.

44 Vgl. Marc Sageman, *Leaderless Jihad: Terror Networks in the Twenty-First Century*, Philadelphia 2008. Von besonderer Bedeutung in diesem Kontext ist das von Abu Mus’ab al-Suri propagierte Konzept. Vgl. Dirk Baehr, *Kontinuität und Wandel in der Ideologie des Jihadi-Salafismus. Eine ideentheoretische Analyse der Schriften von Abu Mus’ab al-Suri, Abu Mohammad al-Maqdisi und Abu Bakr Naji*, Bonn 2009, S. 94-116.

kamen aus dem neonazistischen Lager und organisierten sich als eigenständige Kleingruppe. Indessen existierte hier weder eine „Mutterorganisation“, noch gab es Verbindungen zu anderen Zellen. Gleichwohl macht der komparative Blick deutlich, dass sich terroristische Gruppen aus Einsicht in die Gefahr ihrer Aufklärung durch die Sicherheitsbehörden umorganisieren. Im Ergebnis steht hinter Anschlägen dann keine bedeutende Organisation, sondern eine kleine Zelle. Wenn es diese Einsichten im Djihadismus gibt, dann könnte es diese Tendenzen auch im Neonazismus geben. Man kopiert dabei nicht direkt Organisationsmodelle von der anderen Seite, lernt aber aus den gleichen Rahmenbedingungen für das eigene Wirken.

10. Erkenntnisse zum NSU aus der vergleichenden Betrachtung

Welche Erkenntnisse ergeben sich nun zum NSU aus den skizzierten vergleichenden Betrachtungen hinsichtlich der erwähnten Aspekte „Besonderheiten“, „Entwicklung“, „Prognosen“ und „Ursachen“? Bezogen auf den erstgenannten Gesichtspunkt kann festgestellt werden: Gemeinsamkeiten mit dem früheren deutschen Rechtsterrorismus bestehen in der Auswahl der Opfergruppe, der Herkunft aus dem Neonazismus, der Prägung durch Rassismus und dem Wirken aus dem Untergrund. Die Besonderheiten lassen sich über die Feststellung der Unterschiede ausmachen: das Ausmaß der Gewaltintensität, die Ermordung einer Polizistin, die Nutzung der gleichen Schusswaffe, die Organisationsform der Klein-Zelle und die Verzögerung von Kommunikation. Erweitert man die komparative Perspektive auf das Ausland, so fallen indessen das Ausmaß der Gewaltintensität und die Organisationsform der Klein-Zelle als Alleinstellungsmerkmale des NSU weg. In der Gesamtschau kann die Aussage „Nichts davon ist neu“ aber auch hier keine Gültigkeit beanspruchen.⁴⁵

Hinsichtlich des Gesichtspunktes „Entwicklung“ lässt sich konstatieren: Es gab – wie sich ebenfalls aus dem vergleichenden Blick auf die Geschichte des deutschen Rechtsterrorismus ergibt – eine Erhöhung der Gewaltintensität. Deren konkreter Ausdruck bestand in der geplanten und gezielten Ermordung von Menschen aus einer Situation von Angesicht zu Angesicht heraus. Frühere rechtsterroristische Gruppen führten meist Anschläge auf Gebäude durch, wobei die Tötung von Menschen einkalkuliert, aber nicht geplant war. Es gab hier nur die eine erwähnte Ausnahme der Ermordung eines jüdischen Verlegers. Indessen konnte bei den nicht-terroristischen Gewaltakten von Rechtsextremisten seit Beginn der 1990er Jahre ein Anstieg der Gewaltintensität ausgemacht werden, wofür etwa die Fälle von brutalen Schlägen auf bereits wehrlose Opfer stehen. Darüber hinaus huldigten auch die von rechtsextremistischen Musikbands gesungenen Texte derartigen Formen von Ge-

45 Vgl. Christoph Busch, Die NSU-Morde – ein neuer Typ rechtsextremistischer Gewalt, in: Totalitarismus und Demokratie 10 (2013), S. 211-236; Armin Pfahl-Traughber, Die neue Dimension des Rechtsterrorismus. Die Mordserie des „Nationalsozialistischen Untergrundes“ aus dem Verborgenen, in: Ders. (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2011/2012 (II), Brühl 2012, S. 58-101.

waltintensität. Insofern kann man eine steigende Akzeptanz solcher Handlungen in der Neonazi-Szene konstatieren.

Bezogen auf den Gesichtspunkt „Prognosen“ muss ebenfalls eine Perspektive für den Zeitraum vor der Entstehung des NSU eingenommen werden: Bereits seinerzeit machten vergleichende Betrachtungen deutlich, dass die Entstehung einer „Braunen Armee Fraktion“ im Rechtsextremismus eher unwahrscheinlich war. Zwar beschworen einzelne Protagonisten der Neonazi-Szene die Gründung einer solchen Gruppe. Jedoch sprachen deren Mangel an organisatorischer Fähigkeit wie die Überkommenheit des hierarchischen Modells dagegen: „Auch müssen Anschläge nicht aus festen, in der Illegalität existierenden Strukturen erfolgen; aus dem Linksterrorismus ist auch das Phänomen des ‚Feierabend-Terrorismus‘ bekannt, also das gewalttätige Wirken aus dem normalen Alltagsleben heraus ... Eine solche – noch nicht bestehende – Variante dürfte angesichts der gegenwärtigen Situation im neonazistischen Lager wahrscheinlicher als der Aufbau einer fest strukturierten ‚Braunen Armee Fraktion‘ sein.“⁴⁶ Das damit angedeutete Bild einer „Braunen Zelle“ entsprach dem späteren NSU.⁴⁷

Hinsichtlich des Gesichtspunktes „Ursachen“ lässt sich konstatieren: Bei allem Fehlen von Detailwissen, das über entscheidende Aspekte bei der Entwicklung der drei Neonazis besteht, liefert der komparative Blick doch einige Erkenntnisse zu deren „Radikalisierung“. Gemeint ist mit dem Begriff im engeren Sinne die Entwicklung vom „einfachen“ zum mörderischen Neonazi bzw. in einem weiteren Sinne der Prozess vom noch unpolitischen Jugendlichen zum rechtsextremistischen Terroristen. Dabei kommt etwa den Bedingungsfaktoren „Gewaltneigung“ und „Ideologisierung“ besondere Aufmerksamkeit zu. Bei Linksterroristen steht etwa meist die ideologische Radikalisierung am Beginn der Entwicklung; erst danach folgt die Steigerung der Gewaltneigung. Demgegenüber hat man es bei den NSU-Aktivisten mit unterschiedlichen Entwicklungen zu tun: Bei Uwe Böhnhardt stand die Gewaltneigung am Beginn und danach kam es zur Ideologisierung, bei Uwe Mundlos war es genau umgekehrt.⁴⁸ Die Ursachenanalyse durch Vergleich steht hier aber noch am Anfang.

46 Armin Pfahl-Traughber, *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik*, München 1999, S. 77 f.

47 Die zitierte Einschätzung spielte auf eine rechtsterroristische Form der „Revolutionären Zellen“ an. Zwar agierten die NSU-Aktivisten nicht aus der Legalität heraus, organisierten sich aber in der damit gemeinten Zellenstruktur. Vgl. auch Armin Pfahl-Traughber, Gibt es eine „Braune Armee Fraktion“? Entwicklung und Gefahrenpotenzial des Rechtsterrorismus in Deutschland, in: Martin H. W. Moellers/Robert Chr. van Ooyen (Hrsg.), *Jahrbuch Öffentliche Sicherheit* 2006/2007, Frankfurt a.M. 2007, S. 147-162, wo es auf S. 162 zur Organisationsform eines potentiellen Rechtsterrorismus heißt: „Sie dürften dann allerdings nicht mehr von Kommandostrukturen, sondern Kleinstgruppen ausgehen.“

48 Vgl. Jan Buschbom, Anlass oder Legitimation? Zum Verhältnis zwischen rechter Gewalt und Ideologie, in: *Totalitarismus und Demokratie* 10 (2013), S. 301-323; Armin Pfahl-Traughber, Gewaltbereitschaft und Ideologisierung im Radikalisierungsprozess des NSU. Eine vergleichende Betrachtung der Entwicklung hin zum Terrorismus, in: Ders. (Hrsg.), *Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung* 2014 (II), Brühl 2014, S. 206-232.

11. Exkurs: Angemessenheit des Terrorismus-Begriffs für den NSU

Bevor eine Bilanz zu den vorstehenden Ausführungen gezogen werden soll, bedarf es noch einer Erörterung zur Angemessenheit des Terrorismus-Begriffs für den NSU. Denn einige konstitutive Besonderheiten entsprechen der neonazistischen Kleingruppe, andere prägende Merkmale jedoch offenbar nicht. Eine diesbezügliche Betrachtung setzt eine klare und trennscharfe Definition voraus, wofür aber nicht nur in der Wissenschaft kein Konsens besteht. Die hier genutzte Begriffsbestimmung dient daher lediglich als Arbeitsdefinition für die folgenden Überlegungen: Terrorismus steht für „Formen von politisch motivierter Gewaltanwendung, die von nicht-staatlichen Gruppen gegen eine politische Ordnung in systematisch geplanter Form mit dem Ziel des psychologischen Einwirkens auf die Bevölkerung durchgeführt werden und damit die Möglichkeit des gewaltfreien und legalen Agierens zu diesem Zweck als Handlungsoption ausschlagen sowie die Angemessenheit, Folgewirkung und Verhältnismäßigkeit des angewandten Mittels ignorieren.“⁴⁹

Einige dieser Kriterien des Terrorismus entsprechen dem NSU, andere hingegen nicht ganz. Begonnen werden soll die Erörterung mit dem zuletzt genannten Punkt, wobei diese Aspekte für politisch motivierte Gewalthandlungen in modernen Demokratien und offenen Gesellschaften keine Rolle spielen. Hier kann jede Handlung im vorgenannten formalen Sinne keine Legitimation beanspruchen, stehen doch andere politische Möglichkeiten zur Artikulation entsprechender Positionen zur Verfügung. Auch bezogen auf die politische Motivation der mörderischen Taten des NSU bedarf es keiner ausführlicheren Begründung: Die persönliche Herkunft der Akteure aus der Neonazi-Szene steht dafür ebenso wie die einzige inhaltliche Bekundung auf der „Paulchen-Panther“-DVD: „Der Nationalsozialistische Untergrund ist ein Netzwerk von Kameraden mit dem Grundsatz – Taten statt Worte – Solange sich keine grundlegenden Änderungen in der Politik, Presse und Meinungsfreiheit vollziehen, werden die Aktivitäten weitergeführt.“⁵⁰

In dem letzten Teil des Zitates bekundet man aber auch eine Absicht, nämlich Aufmerksamkeit und Konsequenzen in den Bereichen Medien und Politik im Sinne einer fremdenfeindlichen Änderung des politischen Umgangs mit Migranten auszulösen. Genau dies ist nach dem oben angesprochenen Aspekt des „psychologischen Einwirkens“ auf die Bevölkerung als Öffentlichkeit gemeint. Doch kam die politische Botschaft dort gar nicht an, weil die Sicherheitsbehörden den rechtsextremistischen Hintergrund der Taten nicht erkannten und dieser somit auch nicht über die Medien größere Aufmerksamkeit fand. Selbst im breiteren Opfer- wie Täterumfeld erfolgte keine entsprechende Einordnung. Demnach fehlte den NSU-Taten die kommunikative Wirkung, womit ein konstitutives Merkmal von Terrorismus nicht vorliegt. Gleichwohl beabsichtigte man eine solche Botschaft, hätten die drei Neonazis

49 Pfahl-Traugher, Extremismus und Terrorismus (FN 8), S. 33.

50 Zitiert nach: Maik Baumgärtner u.a., Letzte Ausfahrt Eisenach, in: Der Spiegel vom 14. November 2011, S. 66-75, hier: S. 69.

doch ansonsten die „Paulchen Panther“-DVD als Bekennung nicht offenkundig jahrelang versandfertig in ihrem Wohnhaus gelagert.

Und als weiterer Gesichtspunkt, der nicht zu den allgemeinen Merkmalen des Terrorismus passt, kann hier noch auf folgenden Sachverhalt verwiesen werden: Die Morde richteten sich nicht „gegen eine politische Ordnung“. Vielmehr handelte es sich um Taten, die von bestimmten Teilen der Gesellschaft gegen andere Teile der Gesellschaft durchgeführt wurden. Darin besteht aber auch eine Besonderheit des Rechtsterrorismus, der im Unterschied zum Linksterrorismus in der Regel nicht gegen Einrichtungen oder Personen des Staates gerichtet ist. Als typische Opfer gelten „Linke“ oder Migrant*innen als Angehörige politischer oder sozialer Gruppen aus der Gesellschaft. Gleichwohl richten sich solche Taten indirekt gegen die politische Ordnung in Form des demokratischen Verfassungsstaates. Dieser hat als ein konstitutives Merkmal seiner Existenz auch die körperliche Unversehrtheit der in ihm lebenden Menschen zu schützen. Insofern stellen die Morde des NSU – nicht nur im Sinne „politischer Sonntagsreden“ – durchaus Anschläge auf den Rechtsstaat dar.

12. Zusammenfassung

Demnach handelte es sich hier sehr wohl um eine Form des Terrorismus im Sinne der oben vorgenommenen Begriffsbestimmung, wobei die letztgenannten Gesichtspunkte eben für Spezifika des Rechtsterrorismus im Allgemeinen bzw. des NSU im Besonderen stehen. Sie machen auch die „neue Qualität“ der kommunikativen und mörderischen Dimension dieser neonazistischen Zelle aus. Diese kann man erst nach einer komparativen Betrachtung mit ähnlichen Phänomenen im Bereich der politisch motivierten Gewaltanwendung erkennen, was sich aus der Frage nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden ergibt. Gerade die Aufmerksamkeit für die Alleinstellungsmerkmale macht erst die Erfassung der besonderen Konturen des NSU möglich. Auf diese Weise werden auch die objektiven Schwierigkeiten für die Sicherheitsbehörden deutlich, welche besser verständlich machen, warum diese bei der Aufklärung der Serienmorde scheiterten. Jedoch hätten die erwähnten komparativen Betrachtungen auch zur Annahme eines rechtsextremistischen Hintergrundes führen können.

Demnach bestanden bei der Nicht-Erkennung des NSU durchaus analytische Defizite. Diese hatten aber mit der vergleichenden Extremismusforschung nichts zu tun. Gerade der Mangel an einschlägigen Betrachtungen in diesem Sinne erklärt zu erheblichen Teilen die kritikwürdigen Fehlannahmen, die etwa in der einseitigen Fixierung auf Strukturen als terroristisches Organisationsprinzip und in der schiefen Rede von einer „Braunen Armee Fraktion“ zum Ausdruck kamen. Zur Erläuterung des Gemeinten sei hier zunächst auf die folgende Formulierung aus dem jährlichen Verfassungsschutzbericht verwiesen: „Auch 2010 waren in Deutschland keine

rechtsterroristischen Strukturen feststellbar.“⁵¹ Diese Einschätzung ist – auch nach der Aufdeckung der mörderischen neonazistischen Klein-Gruppe – falsch und richtig zugleich: Als falsch kann die Einschätzung gelten, weil das Bestehen des NSU als rechtsterroristischem Akteur nicht zur Kenntnis genommen wurde. Richtig ist demgegenüber auch heute noch die Aussage, wonach es solche Strukturen nicht gab.

Denn es handelte sich beim NSU nicht um eine Struktur, sondern um eine Zelle.⁵² Die Formulierung belegt ebenso wie die Rede von einer „Brauen Armee Fraktion“ eine „RAF-Fixierung“. Die gemeinte linksterroristische Gruppe organisierte sich in hierarchischer und strukturierter Form mit unterschiedlichen Ebenen von Aktivisten und Unterstützern. Darüber hinaus bekannte sich die RAF mit ihrer Kommunikationsstrategie über Bekennerschreiben offen zu ihren Taten. Sieht man in deren Agieren und Organisation „die“ Struktur terroristischen Handelns, so lässt sich so etwas wie der NSU auch nicht erkennen. Bereits der Blick auf den „bewaffneten Kampf“ von Linksextremisten der 1970er Jahre hätte aber deutlich machen können, dass noch andere Formen terroristischen Agierens möglich sind. Seinerzeit begannen die „Revolutionären Zellen“ in kritischer Abgrenzung vom Avantgardeanspruch und Hierarchiemodell der RAF ihr Wirken. Gerade bezogen auf deren Organisation einer terroristischen Zelle bestehen formale Gemeinsamkeiten mit dem NSU.

Beachtet man darüber hinaus noch die Entwicklung von Organisationsformen und Praktiken weiterer terroristischer Akteure in anderen Ländern, so lassen sich die genannten wie noch weitere Gemeinsamkeiten mit dem mörderisch vorgehenden deutschen Neonazi-Trio feststellen. Dazu gehört etwa die Erhöhung der Gewaltintensität im deutschen und internationalen Rechtsextremismus: In Magazinen, Songtexten oder Videos huldigte man nicht mehr dem fairen Kampf „Mann gegen Mann“, sondern der brutalen Tötung von Wehrlosen. Die damit einhergehenden Mentalitäten und Orientierungen prägten die Szene. Sie stehen zunächst nur für Einstellungen, nicht unbedingt für Handlungen. Aber der Schritt hin zur Tat kann angesichts solcher Dispositionen schnell erfolgen. Dies machen die erwähnten Fälle von rechtsextremistischer Gewalt im Ausland deutlich, welche im Aktionsmodus den späteren Taten des NSU entsprachen. Aus der Perspektive einer vergleichenden Extremismusforschung hätte sich eben diese Einsicht erschließen lassen.⁵³

51 Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2010, Berlin 2011, S. 57.

52 Strenggenommen trifft die Bezeichnung „Struktur“ auch auf eine Zelle zu. Gleichwohl verbindet sich das Erstgenannte in der Perspektive der Sicherheitsbehörden, wie sie sich aus einschlägigen Berichten ergibt, eine größere Personengruppe mit festerer Organisation.

53 Daher plädiert der Autor für eine Reform der Sicherheitsbehörden hin zu mehr komparativer Analyse. Vgl. Armin Pfahl-Traugber, Die Lehren aus der Nichterkennung der NSU-Serienmorde. Plädoyer für eine Reform der Sicherheitsbehörden hin zu mehr Analyse, in: Kriminalistik 67 (2013), H. 1, S. 17-24.

Daten, Dokumente, Dossiers

Wahlen 2014

Von Eckhard Jesse

1. Ausgangsposition

Im Jahre 2014 gab es neben den Wahlen zum Europäischen Parlament nur drei Landtagswahlen in den neuen Bundesländern. Zum sechsten Mal hatten die Bürger von Sachsen, Thüringen und Brandenburg die Möglichkeit, für „ihre“ Parteien zu stimmen. Davon wurde wenig Gebrauch gemacht. Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament nahmen 48,1 Prozent der Wahlberechtigten teil (also mehr als 1999, 2004 und 2009)¹, in Sachsen 49,1 Prozent, in Thüringen 52,7 Prozent und in Brandenburg lediglich 47,9 Prozent. Der letzte Wert zeigt die höchste Wahlabstinenz in einem Land an – mit Ausnahme der Landtagswahl 2006 in Sachsen-Anhalt (44,4 Prozent).

Bei der Bundestagswahl 2013 scheiterte ein schwarz-gelbes Bündnis am schwachen Abschneiden der FDP (4,8 Prozent), ein schwarz-grünes Bündnis wohl nicht zuletzt an den *Grünen* – sie konnten sich wegen ihrer Verluste schwerlich ein Bündnis mit der gestärkten Union leisten. Die Bildung einer Großen Koalition, die eigentlich niemand so recht wollte, wurde unumgänglich.² Angesichts der stabilen Werte bei den Demoskopern ist eine schwarz-grüne Koalition arithmetisch weiterhin möglich – aber auch politisch? Die programmatischen Konfliktpunkte zwischen den beiden Parteien haben in den letzten Jahren abgenommen, ebenso, wiewohl nicht ganz so stark, die habituellen. Gewiss stehen diese Kräfte in anderen politischen Lagern, doch unüberwindbare Hindernisse wie vor zwei Jahrzehnten sind keine mehr erkennbar, nicht in der Europa-, nicht in der Umwelt-, nicht in der Familienpolitik. Dies könnte eine derartige Konstellation ebenso begünstigen wie die Schwäche der FDP. Das Zustandekommen einer Koalition hängt von den Wählern einer Partei ab, ihren Mitgliedern, ihrer „Basis“ sowie ihrer Führungsspitze. Die grüne „Basis“ hegt die größten Skrupel gegenüber einer solchen Liaison. Die SPD-Spitze will eine solche Konstellation, die die Gemüter in Politik, Publizistik und Politikwissenschaft bewegt, um nahezu jeden Preis verhindern.

1 Ein wesentlicher Grund liegt darin, dass zeitgleich in zehn Bundesländern Kommunalwahlen stattfanden. In diesen Ländern lag die Wahlbeteiligungsquote bei mehr als 50 Prozent, in den anderen sechs bei unter 44 Prozent.

2 Vgl. Eckhard Jesse/Roland Sturm (Hrsg.), Bilanz der Bundestagswahl 2013. Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen, Baden-Baden 2014; Rüdiger Schmitt-Beck u.a., Zwischen Fragmentierung und Konzentration: Die Bundestagswahl 2103, Baden-Baden 2014; Karl-Rudolf Korte (Hrsg.) Die Bundestagswahl 2013. Analyse der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung, Wiesbaden 2015.

Unmittelbar nach der Bundestagswahl hatten Grüne und SPD die „Ausschließertis“ für beendet erklärt: *Bündnis 90/Die Grünen* gegenüber der Union, die SPD gegenüber den Postkommunisten. Die doppelte Konsequenz: Zum einen schließen die Parteien, was die Bundesebene betrifft, Koalitionsoptionen immer weniger aus (für die FDP gilt das gleichermaßen), zum anderen dürfte eine Große Koalition damit seltener eine Option sein, auch wenn durch den Aufstieg der *Alternative für Deutschland* (AfD), die für ein Regierungsbündnis augenscheinlich nicht in Frage kommt, eine Große Koalition, wegen des Mangels alternativer Bündniskonstellationen aus der Not geboren, keineswegs der Vergangenheit angehören muss.

Die Ergebnisse für *Die Linke* fielen 2013 erneut deutlich besser als für die *Nationaldemokratische Partei Deutschlands* (NPD) aus, jedoch nicht sonderlich gut. Sie war zwar mit 8,6 Prozent drittstärkste Kraft im Bundestag geworden, musste aber Verluste von 3,3 Punkten hinnehmen. In Niedersachsen und Bayern scheiterte sie klar an der Fünfprozentklausel, in Hessen überwand sie diese knapp. Die NPD kam nur auf 1,3 Prozent bei der Bundestagswahl, und bei den drei Wahlen in den alten Bundesländern erreichte sie lediglich in Hessen die Marke von 1,0 Prozent.³

Bei den Landtagswahlen im Jahre 2014 in drei ostdeutschen Ländern, die den sechsten Zyklus abschlossen, stand Schwarz-Grün nicht zur Diskussion: zum einen aus arithmetischen, zum anderen aus politischen Gründen. Für die NPD und *Die Linke* ergaben sich völlig unterschiedliche Konstellationen.⁴ Die eine Frage war: Würde die NPD ihren Platz im sächsischen Landtag behaupten und/oder in Brandenburg bzw. Thüringen in das dortige Landesparlament einziehen? Die andere: Könnte es der Partei *Die Linke* gelingen, in Brandenburg nicht nur weiterhin Koalitionspartner der SPD zu bleiben, sondern auch das erste Mal in einem Bundesland – Thüringen – den Ministerpräsidenten zu stellen? Die Perspektiven für *Die Linke* fielen damit weitaus besser aus als für die NPD, gegen die der Bundesrat Ende 2013 einen Verbotsantrag angestrengt hatte.

2. Europawahl

Der Wahl zum Europäischen Parlament am 25. Mai 2014, der ersten Wahl nach der Bundestagswahl⁵, gingen Querelen um die Sperrklausel voraus. Die Fünf-Prozent-Hürde, die von der ersten Europawahl 1979 an galt, hatte das Bundesverfassungsgericht bei Europawahlen für nicht rechtens erklärt. Der Bundestag reagierte halbherzig und etablierte eine Drei-Prozent-Hürde (gegen die Stimmen der Partei *Die*

3 Vgl. Eckhard Jesse, Wahlen 2013, in: Uwe Backes/Alexander Gallus/Eckhard Jesse (Hrsg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Bd. 26, Baden-Baden 2014, S. 93-109.

4 Vgl. den Beitrag von Uwe Backes über „Organisationen 2014“ in diesem Band.

5 Vgl. Oskar Niedermayer, Immer noch eine „nationale Nebenwahl“? Die Wahl zum Europäischen Parlament vom 25. Mai 2014, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 45 (2014), S. 523-546; (nicht nur bezogen auf Deutschland) Michael Kaeding/Niko Switek (Hrsg.), *Die Europawahl 2014. Spitzenkandidaten, Protestparteien, Nichtwähler*, Wiesbaden 2015.

Linke). Auch diese Regelung „kassierte“ das Gericht im Februar 2014. Beide Entscheidungen ergingen mit fünf gegen drei Stimmen. Die Funktionsfähigkeit des Europäischen Parlaments sei durch die Abschaffung der Klausel nicht bedroht. Das Votum, in der Wissenschaft höchst unterschiedlich kommentiert⁶, lässt sich rechtfertigen: Zum einen wählt das Europäische Parlament keine Regierung, zum anderen konstituieren sich die Fraktionen länderübergreifend. Die vermutete Konsequenz der Neuregelung: verstärkte Repräsentanz kleinerer Parteien im Parlament. So sollte es auch kommen. Allerdings fielen die Ergebnisse für die Splitterparteien nicht besser aus als bei der vorherigen Wahl zum Europäischen Parlament. Die *Freien Wähler*, die *Piraten*, die *Tierschutzpartei* und die *ÖDP* schnitten etwas besser ab, die *Familienpartei*, die *Republikaner*, die *Partei Bibeltreuer Christen* und die *Christliche Mitte* etwas schlechter. Die *Bayernpartei* und die *DKP* kamen wie 2009 nicht über 0,0 Prozent hinaus (vgl. Tabelle 1).

*Tabelle 1: Europawahl (Stimmen in Prozent)**

CDU	30,0	(-0,7)
SPD	27,3	(+6,5)
Bündnis 90/Die Grünen	10,7	(-1,4)
Die Linke	7,4	(-0,1)
AfD	7,1	(-)
CSU	5,3	(-1,9)
FDP	3,4	(-7,6)
Freie Wähler	1,5	(+0,2)
Piraten	1,4	(+0,5)
Tierschutzpartei	1,2	(+0,1)
NPD	1,0	(-)
Familie	0,7	(-0,3)
ÖDP	0,6	(+0,1)
Die Partei	0,5	(-)
REP	0,4	(-0,9)
Volksabstimmung	0,3	(0,0)
BP	0,2	(0,0)
PBC	0,2	(-0,1)
Pro NRW	0,2	(-)
AUF	0,2	(+0,1)
CM	0,1	(-0,1)

6 Vgl. besonders prononciert Volker M. Haug, Muss wirklich jeder ins Europäische Parlament? Kritische Anmerkungen zur Sperrklausel-Rechtsprechung aus Karlsruhe, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 45 (2014), S. 467-487.

Daten, Dokumente, Dossiers

DKP	0,1	(0,0)
MLPD	0,1	(-)
BüSo	0,0	(0,0)
PSG	0,0	(0,0)

* Die Angaben in Klammern beziehen sich auf die Veränderungen gegenüber der letzten Europawahl im Jahre 2009 (in Prozentpunkten).

Quelle: Zusammenstellung nach den amtlichen Statistiken.

Lag die Union 2009 noch 17,1 Punkte vor der SPD, so waren es jetzt bloß 8,0 Punkte. *Die Grünen* nahmen mit 10,7 Prozent den dritten Platz ein, die Postkommunisten den vierten (7,4 Prozent), knapp vor der AfD (7,1 Prozent). Die Liberalen erhielten mit 3,4 Prozent drei Mandate von insgesamt 96, sieben Parteien je ein Mandat, darunter die NPD mit 1,0 Prozent der Stimmen. Die NPD hatte 2009 gemäß einer Vereinbarung zugunsten der DVU verzichtet. Da deren Ergebnis mit 0,4 Prozent überaus enttäuschend ausgefallen war, sah sich die seinerzeit NPD veranlasst, den „Deutschland-Pakt“ mit der Frey-Partei aufzukündigen, zumal diese bei der brandenburgischen Landtagswahl 2009 nicht auf eine Kandidatur verzichten wollte.

Bereits 2003 hatte die NPD auf dem Europawahlkongress der Partei ein „Europa-programm“ verabschiedet. Im Vorwort des damaligen Vorsitzenden Udo Voigt hieß es eingangs: „Wir alle sehen und erleben täglich die vorsätzliche Politik der Mächtigen der sogenannten etablierten Parteien, von der CSU bis hin zur PDS. Die anti-deutsche Politik dieser Parteien betrifft alle politischen und gesellschaftlichen Bereiche und macht auch vor der Europapolitik keinen halt. Gerade hier gebären sich die ‚Etablierten‘ besonders antideutsch!“⁷ An dieser Position hat sich bis heute nichts geändert. In einer Erklärung zum Europawahlprogramm 2014 begründete Karl Richter, als langjähriger Chefredakteur der *Deutschen Stimme* führender NPD-Funktionär, wieso sich die Partei zu dem Etikett „rechts“ bekennt. „Nur in Deutschland wird der politische Standort ‚rechts‘ von Medien und politischen Gegnern noch immer böswillig mit ‚rechtsextrem‘ gleichgesetzt. Mit ihrer Titelaussage unterläuft die NPD diese diffamierende Absicht bewusst und bekennt sich zu einem gesamteuropäischen Trend, der sich gerade im Wahljahr 2014 in vielen EU-Ländern fortsetzen dürfte.“⁸ Im Vorwort zum Europawahlprogramm unter der Überschrift „Europa wählt rechts“ nimmt ihr Spitzenkandidat Udo Voigt kein Blatt vor den Mund: „Ein fremder Geist, welcher alles dem Mammon untergeordnet hat, hat die Völker Europas ergriffen und zerstört sie von innen heraus.“⁹ Und weiter heißt es bei ihm: „In der BRD wird, wie in allen EU-Staaten, abgezockt, was das Zeug hält: vom Staat, von Managern, von Politikern, von Vorständen der Krankenkassen und Versicherungen. Das Volk blutet,

⁷ Udo Voigt, Vorwort des Parteivorsitzenden, in: Europa-programm NPD, Saarbrücken 2003, S. 3.

⁸ Karl Richter Das Wahlprogramm zur Europawahl, unter: <https://npd.de/das-wahlprogramm-zur-europawahl/> (8. Mai 2015).

⁹ Udo Voigt, Für ein Europa freier Völker – sozial geht nur national, in: Europa wählt rechts. Das Europa-programm der NPD, Berlin 2014, S. 7.

und das Kapital kassiert! Unter sozialen Verwerfungen leiden heute alle europäischen Staaten, daher ist es wichtig, dass nationale Souveränitäten und damit verbundene Währungshoheiten wiederhergestellt werden!“¹⁰

Im Vordergrund steht neben der prinzipiellen Kritik an „Brüssel“ die Forderung nach der Rückkehr zur DM. „Die Zwangseinheitswährung Euro war von Anfang an zum Scheitern verurteilt undbürdet den Deutschen nun Haftungsrisiken auf, die die Billionengrenze überschreiten [...]. Deshalb fordert die NPD auf nationaler Ebene eine Volksabstimmung über den Euro und die Rückkehr zur deutschen Mark.“¹¹ Die NPD lehnt die „unkontrollierte Masseneinwanderung“¹² nach Europa ebenso ab wie das gesamte System von „Brüssel“. „Das Europa von Brüssel zeigt alle Anzeichen eines bürgerfernen, anonymen und intoleranten Superstaates, der sich immer mehr zu einer ‚UdSSR light‘ entwickelt – mit einer weltfremden Leitideologie, zunehmender ideologischer Bevormundung der Bürger und allen Instrumenten einer organisierten Meinungslenkung, Zensur und Gesinnungskontrolle.“¹³

Im Vorfeld der Wahl ging Voigt auf die für ihn heikle und zugleich naheliegende Frage ein, wieso die NPD als dezidiert nationale Kraft überhaupt ins Europarlament wolle: „Die Antwort ist ganz einfach: Weil dort bereits heute achtzig Prozent der Entscheidungen fallen, die uns national betreffen. Sozialer Friede und das Miteinander einer Solidargemeinschaft sind nur unter den Bedingungen nationaler Politik möglich. Wir sind nicht gegen eine europäische Zusammenarbeit, aber gegen einen multikulturellen Bundesstaat Europa.“¹⁴ Auf den Plakaten der Partei stand u.a.: „Keine %-Hürde. Keine Stimme verschenkt“ – „Wir sind nicht das Sozialamt der Welt“ – „NPD – Raus aus dem Euro“ – „Muschi statt Minarett“ – „Rettet uns vor der EU-Pleite“.

Das Ergebnis von 1,0 Prozent für die NPD kam einem Desaster gleich. Sie erreichte bei einer Nebenwahl, bei der die Wähler eher bereit sind, Experimente zu wagen, damit 0,3 Punkte weniger als bei der Bundestagswahl 2013 – und das, obwohl jede Sperrklausel entfallen war. Immerhin gelangte Udo Voigt nach einer Kampfabstimmung gegen Udo Pastörs als Einziger in das Europäische Parlament (Olaf Rose, Nr. 2 auf der Liste der NPD, scheiterte), ohne sich wegen seiner marginalisierten Position aber einer Fraktion anschließen zu können.¹⁵ Udo Voigt analysierte nicht die Ursachen des NPD-Misserfolgs, sondern erklärte stattdessen: „Wir haben zwar alle ein besseres Ergebnis erwartet, doch wir sind jetzt drin und werden das Beste daraus machen.“¹⁶ Voigt zur Seite stehen als parlamentarischer Referent Karl Richter und als persönlicher Referent Uwe Meenen. Vollmundig hieß es bei dem seinerzeitigen Parteivorsitzenden Udo Pastörs: „Die NPD hat sich nun eine drit-

10 Ebd.

11 Ebd., S. 24.

12 Ebd., S. 27.

13 Ebd., S. 29.

14 Udo Voigt, Für Deutschland nach Europa, unter: npd.de (8. Mai 2015).

15 Vgl. Lothar Haberl, Reihe 7 Platz 88, in: Süddeutsche Zeitung vom 8. Mai 2015.

16 Udo Voigt, Die Zeichen in Europa stehen auf Sturm und Veränderung – wir sind mittendrin!, unter: <http://www.udovoigt.de> (10. Juli 2015).

te Bastion erkämpft. Neben den Landtagen in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern werden wir ab sofort auch im EU-Parlament vertreten sein.“¹⁷

Die Linke, die im Europarlament mit vielen kommunistischen Gruppierungen eine Fraktion bildet, schlug im Vorfeld der Wahl den Griechen Alexis Tsirpas von *Syriza* für das Amt des Vorsitzenden der EU-Kommission vor. Gabriele Zimmer, PDS-Vorsitzende von 2000 bis 2003 und von 2004 an Mitglied im Europa-Parlament, avancierte nahezu unumstritten zur Spitzenkandidatin. Innerhalb der Partei gab es Streit über das Wahlprogramm. Der Vorstand strich im Februar gegen die Richtung um Sahra Wagenknecht, welche die EU auf dem „Europaparteitag“ als „eine „Fassadendemokratie“¹⁸ apostrophiert hatte, die Passage aus der Präambel, die EU sei eine „neoliberale, militaristische und weithin undemokratische Macht“; der Hamburger Parteitag, auf dem Fraktionschef Gregor Gysi vor innerparteilichen Flügeln warnte, goutierte eine Woche später die Streichung.¹⁹ Allerdings ist die Überschrift des Programms („Europa geht anders: sozial, friedlich, demokratisch“) in gewisser Weise eine positiv formulierte Paraphrasierung der fundamentalistischen Sichtweise.

Das Programm ist gegliedert nach „Soziales Europa“ (z.B. sollen „Profiteure der Krise zur Kasse“ gebeten werden), „Demokratisches Europa“ (z.B. sei Rechtspopulismus und Rassismus in Europa entgegenzutreten), „Für ein friedliches Europa – nach innen und außen“ (z.B. müssten Rüstungsexporte EU-weit untersagt werden). Der abschließende Punkt lautet: „Europa verändern“. Hier erklärt die Partei u.a., wieso sie gegen den Lissabon-Vertrag gestimmt hat, und hier attackiert sie die „Freiheit der Märkte“.

Die Linke spricht sich in ihrem Programm nicht gegen die EU an sich aus, wohl aber für eine andere: Für viele Menschen „wurde die EU von einer Hoffnung zu einer Bedrohung. Die Alternative ist nicht der Rückzug aus der Union, sondern der Kampf um ihre Veränderung. Ein Rückzug auf den Nationalstaat ist keine soziale und demokratische Alternative, sondern eine große Gefahr. Die einzelnen Mitgliedsstaaten wären den sogenannten Finanzmärkten und einem verrohten Kapitalismus bedingungslos ausgeliefert. Nationalismus und Rassismus würden die Tagesordnung beherrschen.“²⁰ Erstarkenden „Faschisten“ und „offenem Rassismus“ sei mit zivilem Widerstand zu begegnen. „Marktradikale“ Politik bedrohe europäische Solidarität. *Die Linke* hebt die Zusammenarbeit in der *Europäischen Linkspartei* hervor. „Mit

17 Zitiert nach: NPD-Parteivorstand nach Europawahl: Jetzt in die Landtage!, unter: npd.de (10. Juli 2015).

18 Zitiert nach: Parteitag der Linken: Wagenknecht bezeichnet EU als Fassadendemokratie, in: Spiegel Online vom 15. Februar 2015.

19 Vgl. die folgenden Artikel: Zank um EU-Kritik: Linke entschärft Programm zur Europawahl; Parteitag in Hamburg: Linke findet EU doch nicht militaristisch und undemokratisch, in: Spiegel Online vom 8. Februar und 15. Februar 2015.

20 DIE LINKE, Europa geht anders: sozial, friedlich, demokratisch, Berlin 2014, S. 7.

dem Spitzenkandidaten der Europäischen Linken, dem Vorsitzenden des griechischen Linksbündnisses Syriza, Alexis Tsirpas, knüpfen wir an die eindrucksvoll geführten Kämpfe in Griechenland gegen sozialen Kahlschlag und Erwerbslosigkeit, gegen Faschismus und militärische Interventionen – für solidarische Alternativen an. Die Zeit für grundlegende Veränderungen der Politik ist gekommen.“²¹

Das Ergebnis von 7,4 Prozent lag unter dem der Bundestagswahl 2013 (8,6 Prozent) und fiel damit für die Partei enttäuschend aus.²² Allerdings stellte sie, die auf eine zweistellige Zahl gehofft hatte, das Resultat eher als positiv heraus. Das gilt für Gabriele Zimmer wie für die Vorsitzenden der Partei Katja Kipping und Bernd Riexinger. Neben Gabriele Zimmer sind folgende Repräsentanten im Parlament vertreten: Fabio De Masi, Cornelia Ernst, Thoma Händel, Sabine Lösing, Martina Michels und Helmut Scholz. Damit hatten sich mehrheitlich Personen aus dem nicht-fundamentalistischen Lager durchgesetzt. Zimmer ist als Nachfolgerin von Lothar Bisky seit 2012 Vorsitzende der Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne.

3. Landtagswahl in Sachsen

Der Landtagswahl in Sachsen am 31. August 2014 ging ein langweiliger, auf den Freistaat zugeschnittener Wahlkampf voraus. Die CDU, die einen Koalitionswahlkampf verworfen hatte, schloss weder ein Bündnis mit der SPD noch mit der FDP noch mit den Grünen aus. Selbst ein solches mit der AfD wurde nicht kategorisch verneint. SPD und *Bündnis 90/Die Grünen* hielten die Option für ein Zusammengehen mit der Partei *Die Linke* grundsätzlich offen, ließen jedoch große Skepsis gegenüber einer solchen Variante erkennen. Die Wahl führte zu einem Ergebnis, das Konstanz und Wandel zugleich brachte (siehe Tabelle 2). Die CDU konnte weiterhin den Ministerpräsidenten stellen, musste aber – wie bereits zwischen 2004 und 2009 – eine Koalition mit der SPD eingehen, da der bisherige liberale Koalitionspartner an der Fünfprozentklausel gescheitert war.²³ Die Grünen hatten sich geziert, Verantwortung zu übernehmen.

21 Ebd., S. 6.

22 Die mageren Ergebnisse für die drei linksextremistischen Parteien DKP, MLPD und PSG sind dafür nicht verantwortlich zu machen.

23 Vgl. Eckhard Jesse, Die sächsische Landtagswahl vom 31. August 2014: Zäsur für das Parteiensystem nach der zweiten nicht großen „Großen Koalition“?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 46 (2015), S. 3-20.

Tabelle 2: Landtagswahl Sachsen (Stimmen in Prozent)*

CDU	39,4	(-0,8)
Die Linke	18,9	(-1,7)
SPD	12,4	(+2,0)
AfD	9,7	(-)
Bündnis 90/Die Grünen	5,7	(-0,7)
NPD	4,9	(-0,7)
FDP	3,8	(-6,2)
Freie Wähler	1,6	(-)
Tierschutzpartei	1,1	(-1,0)
Piraten	1,1	(-0,8)
Die PARTEI	0,7	(-)
BüSo	0,2	(0,0)
pro Deutschland	0,2	(-)
DSU	0,2	(0,0)

* Die Angaben in Klammern beziehen sich auf die Veränderungen gegenüber der letzten Landtagswahl im Jahre 2009 (in Prozentpunkten).

Quelle: Zusammenstellung nach den amtlichen Statistiken.

Die Linke als größte Oppositionspartei unter dem eher blass wirkenden Rico Gebhardt, der allerdings innerparteilich für Ruhe gesorgt hatte, rückte die Thematik der sozialen Gerechtigkeit in den Vordergrund ihrer Kampagnen. Sie strebte eine Koalition ohne die CDU an. „Wir werden ausschließlich Mehrheitsbeschaffer für ein sozialeres Sachsen sein, aber nicht für eine erschöpfte CDU-Dauerregierungspartei“²⁴ – als würde die CDU dies in Erwägung ziehen. *Die Linke*, insgesamt gemäßigt auftretend, räumte gewisse Erfolge der Politik in Sachsen ein, allerdings mit einem großen „Aber“: „In diesem Programm zeigen wir die Widersprüche auf, die sich in den letzten 25 Jahren in Sachsen herausgebildet haben. Vielen positiven Entwicklungen, die auch wir LINKEN weiterführen werden, stehen große Probleme gegenüber. Diese wollen wir endlich lösen.“²⁵ Zu den Problemen zählte die Partei u.a. regionale und soziale Widersprüche bei der wirtschaftlichen Lage, Alters- und Kinderarmut, das zergliederte Schulsystem, mangelnde Weltoffenheit des Landes.

Selbst die NPD versuchte in ihrem Programm stark Sachsen zu berücksichtigen. „Wir wollen Sachsen in allen seinen gewachsenen Landesteilen erhalten und fordern dafür eine grundlegende Neuausrichtung der gesamten sächsischen Finanz-, Investitions- und Infrastrukturpolitik – ganz im Sinne des Mottos dieses Landtagswahlpro-

24 DIE LINKE, Besser leben in Sachsen. Landtagswahlprogramm 2014, Dresden 2014, S. 51.

25 Ebd., S. 3.

gramms: Heimat im Herzen – Zukunft im Blick.“²⁶ Die Partei betonte den Kampf gegen Asylmissbrauch, Asylbewerberheime und Zuwanderung. Holger Szymanski, der Holger Apfel als Vorsitzender, Abgeordneter und als Spitzenkandidat für die Landtagswahlen abgelöst hatte, stand im Schatten seines unter dubiosen Umständen zurückgetretenen Vorgängers, versuchte allerdings dessen Konzept der „seriösen Radikalität“ gegen militante „Kameradschaften“ zu verteidigen. „Die NPD kann den Ausgegrenzten – nämlich den Bürgern – eine Stimme verschaffen, die auch bei den Themen nicht verstummt, über die sich die Herrschenden am liebsten total ausschweigen würden, wie beispielsweise Zuwanderung und EU-Kritik. [...] Es liegt an Ihnen, ob es im Sächsischen Landtag weiterhin eine Partei geben soll, die klar und deutlich auch jene Themen anspricht, die die Herrschenden am liebsten totschweigen möchten, wie beispielsweise die mehr als problematische und ungehemmte Zuwanderung in unser Land oder die immer neuen Attacken des Brüsseler EU-Molochs.“²⁷ Die Partei warb u.a. mit den folgenden Plakaten: „Heimat im Herzen - Holger Szymanski“ – „Heimat statt Zuwanderung“ – „Weg mit dem Crystal-Dreck“ – „Arm trotz Arbeit? Nicht mit uns!“ – „Moschee? Nee!“ – „Kinderschutz statt Kuscheljustiz“.

Die NPD verlor gegenüber der letzten Wahl trotz des Antretens der AfD nur 0,7 Punkte, wohl deshalb, weil sie mittlerweile über eine gewisse Basis in Teilen Sachsens verfügt, so in der Sächsischen Schweiz. Ihr – knappes – Scheitern an der Fünfprozentklausel (weniger als 900 Stimmen fehlten) erwies sich für die finanziell klamme Partei als ein Debakel. Sie zeigte sich als schlechter Verlierer, da bei ihr von Unregelmäßigkeiten bei der Stimmenaushändigung die Rede war.²⁸

Der Stimmenanteil der Partei *Die Linke* ging mit 18,9 Prozent abermals zurück, obwohl die Partei im Bund wie im Land aus der Opposition heraus agierte. Dieses Ergebnis konnte für sie nicht zufriedenstellend sein, auch wenn die Führung den Rückgang der Stimmen bemängelte. Das Fazit Benjamin Hoff's und Horst Kahrs' dürfte realistisch sein: „Sachsen ist das Bundesland, in dem Die Linke weiterhin politische Erfahrungen sammeln kann, wie es gelingt, als zweitstärkste Partei ohne reale Machtperspektive in der Opposition politische und soziale Stabilität, dann vielleicht auch Wachstum zu generieren.“²⁹

Die Linke ist, bezogen auf die Wählerschaft, eine alte Partei, die NPD eine junge. 14,2 Prozent der 18- bis 24-jährigen Wähler votierten für die *Linke*, hingegen 23,5 Prozent der über 60-Jährigen, immerhin 7,7 Prozent der 18- bis 24-Jährigen für die NPD, aber lediglich 3,2 der über 60-Jährigen.³⁰ Allerdings sind bei beiden Parteien die Unterschiede etwas eingeebnet worden. So gewann die Partei *Die Linke* in den

26 NPD, Landtagswahlprogramm der sächsischen Nationaldemokraten, Riesa 2014, S. 3.

27 Ebd., S. 6.

28 Vgl. den Artikel: Schlappe in Sachsen: NPD schmählt eigene Wählerklientel, in: Spiegel Online vom 4. September 2014.

29 Benjamin-Immanuel Hoff/Horst Kahrs, Die Ergebnisse der Landtagswahl in Sachsen vom 31. August 2014, S. 19, unter: www.dielinke-sachsen.de (10. Juli 2015).

30 Vgl. Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (Hrsg.), Sächsischer Landtag. Ergebnisse der Repräsentativen Wahlstatistik 2014, Kamenz 2014, S. 28.

ersten beiden Altersgruppen (18-24 und 25-34 Jahre) über drei Prozentpunkte, während sie in den beiden letzten (45-49 und ab 60 Jahre) jeweils mehr als drei Punkte verlor. Die NPD hingegen büßte bei den 18- bis 24-jährigen Wählern 2,7 Punkte ein, bei den über 60-jährigen erreichte sie den gleichen Anteil wie bei der Wahl zuvor.³¹ Was die Geschlechterstruktur der Wählerschaft betrifft, ist die NPD eine klar männerdominierte Partei (6,9 versus 3,0 Prozent), *Die Linke* eine schwach männerdominierte (20,0 versus 17,8 Prozent). Auch hier fallen die Unterschiede etwas weniger krass aus als 2009. *Die Linke* hatte bei den Männern einen Rückgang von 1,9 Punkten zu verzeichnen, bei den Frauen einen solchen von 1,5 Punkten, die NPD verlor bei den Männern 1,2 Punkte, bei den Frauen nur 0,2 Punkte.³²

4. Landtagswahl in Thüringen

Die thüringische Landtagswahl vom 14. September 2014 fand bundesweit große Resonanz.³³ Dies ging nicht zuletzt darauf zurück, dass die Partei *Die Linke* das Amt des Ministerpräsidenten anstrebte. SPD, Juniorpartner der CDU in der Koalition, die jedenfalls in den letzten zwei Jahren vor der Wahl mehr schlecht als recht funktioniert hatte, und *Grüne* betrachteten diese Variante wohlwollend, ohne sich auf sie festzulegen. Die Hauptregierungspartei warnte hingegen ebenso wie die FDP vor einem rot-rot-grünen Bündnis, allerdings keineswegs in scharfer Form, wollte sie doch die SPD als ihren bisherigen und möglicherweise neuen Koalitionspartner nicht vor den Kopf stoßen.

Die CDU wurde mit 33,5 Prozent der Stimmen stärkste Partei, die SPD „abgestraft“ (12,4 Prozent), nicht zuletzt wegen ihres lavierenden Kurses in der Koalitionsfrage, *Die Linke* konnte sich erneut (knapp), auf 28,2 Prozent, steigern und so das beste Ergebnis bei einer Landtagswahl überhaupt erreichen (vgl. Tabelle 3). Die AfD, deren Landessprecher Björn Höcke im Wahlkampf durch scharfe Äußerungen aufgefallen war, gelangte klar in das Parlament (*Bündnis 90/Die Grünen* knapp), während dies der FDP versagt blieb. Sie verlor zwei von drei Wählerstimmen. CDU und SPD hatten mit 45,9 Prozent ebenso nur 46 der 91 Mandate wie *Die Linke*, die SPD und die *Grünen*. Die beiden demokratischen Parteien entschlossen sich, ein Bündnis mit den Postkommunisten einzugehen. Die Formulierung, die auch in den Koalitionsvertrag einfließt³⁴, die DDR sei „in der Konsequenz ein Unrechtsstaat“ gewesen, hatte die Partei *Die Linke* augenscheinlich nur deshalb akzeptiert, weil sie die

31 Vgl. ebd.

32 Vgl. ebd.

33 Vgl. Torsten Oppelland, Die thüringische Landtagswahl vom 14. September 2014: Startschuss zum Experiment einer rot-rot-grünen Koalition einer linken Koalition, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 46 (2015), S. 39-46.

34 Thüringen gemeinsam voranbringen – demokratisch, sozial, ökologisch. Koalitionsvertrag zwischen den Parteien Die Linke, SPD, Bündnis 90/Die Grünen für die 6. Wahlperiode des Thüringer Landtags, Erfurt 2010, S. 6.

Wahl Bodo Ramelow zum Ministerpräsidenten ermöglichen wollte. Im zweiten Wahlgang erreichte er die nötige Mehrheit. Wäre das nicht der Fall gewesen, hätte die CDU mit Klaus Dicke, dem ehemaligen Rektor der Jenaer Universität, im dritten Wahlgang einen Gegenkandidaten präsentiert. *Die Linke*, die nun nicht mehr auf ihrer Wahlkampf-Forderung bestand, den Verfassungsschutz aufzulösen, stellt vier Minister, die SPD drei, *Bündnis 90/Die Grünen* zwei.

Tabelle 3: Landtagswahl Thüringen (Stimmen in Prozent)*

CDU	33,5	(+2,3)
Die Linke	28,2	(+0,8)
SPD	12,4	(-6,1)
AfD	10,6	(-)
Bündnis 90/Die Grünen	5,7	(-0,5)
NPD	3,6	(-0,7)
FDP	2,5	(-5,1)
Freie Wähler	1,7	(-2,2)
Piraten	1,0	(-)
Die PARTEI	0,6	(-)
REP	0,2	(-0,2)
KPD	0,1	(-)

*Die Angaben in Klammern beziehen sich auf die Veränderungen gegenüber der letzten Landtagswahl im Jahre 2009 (in Prozentpunkten).

Quelle: Zusammenstellung nach den amtlichen Statistiken.

Dem Wahlprogramm der Partei *Die Linke* war ein anspielungsreicher Auszug aus einem Liedtext von Rio Reiser vorangestellt. „Wann, wenn nicht jetzt? Wo, wenn nicht hier? Wer, wenn nicht wir?“³⁵ Es bestand aus drei Teilen („Soziale Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit, Daseinsvorsorge“ – Bildung, Kultur, Wissenszugang“ – „Gesellschaftliche Teilhabe und echte Demokratie“) mit weichgespülten Inhalten. Ausschließlich dem ersten Teil entnommene Unterüberschriften wie „Thüringen familienfreundlich gestalten“, „Pflege und Betreuung qualitativ ausbauen und menschenwürdig gestalten“, „Gesunde Ernährung bewusster machen“, „Existenzsichernde Löhne und gute Arbeit befördern“, „Tierschutzgedanken stärken, Tierschutz verwirklichen“, „Landwirtschaft sozial ökologisch umbauen“, „Mit Wasser achtsam umgehen“, „Tourismus ganzheitlich entwickeln“ zeugen davon. Spitzenkandidat Bodo Ramelow gab sich im Wahlkampf ausgesprochen zahm. „Die Linke verband Themen- und Personenwahlkampf, indem sie ausschließlich Plakate klebte, auf denen

35 DIE LINKE, Wann, wenn nicht jetzt? Thüringen sozial regieren!, Erfurt 2014, S. 2.

Bodo Ramelow und jeweils ein thematisches Schlagwort (,Wirtschaft‘, ,Solidarität‘, ,Sicherheit‘, ,Frauen‘, ,Bildung‘) sowie ein kurzer Text abgebildet war.“³⁶

Das Ergebnis von 28,2 Prozent war ein beachtlicher Erfolg, zumal die AfD auch bei einem Teil der *Linken*-Wählerschaft punkten konnte. Wie die repräsentative Wahlstatistik zeigt³⁷, schnitt die Partei *Die Linke* bei den Frauen (27,5 Prozent) etwas weniger gut ab als bei den Männern (30,1 Prozent). Gravierender fielen die Unterschiede bei den Altersgruppen aus: Die Partei steigerte sich von 18,4 Prozent (18-24 Jahre) über 18,5 (25-34 Jahre), 20,6 (35-44 Jahre), 26,9 (45-59 Jahre) bis auf 35,8 Prozent (ab 60 Jahre). In dieser Altersgruppe ist sie die stärkste politische Kraft.³⁸

Die NPD unter ihrem Spitzenkandidaten Patrick Wieschke stellte im Wahlprogramm „7 Thesen für Thüringen“ voran. „Die Zahl 7 resultiert aus dem Anspruch, zur Landtagswahl am 14. September mit mindestens sieben Abgeordneten in das Landesparlament einzuziehen. Das Wahlziel der Thüringer NPD lautet daher: ‚Sieben auf einen Streich‘.“ Die plakativen sieben Thesen: „Asylflut stoppen – Gemeinsam gegen Problemimporte aus aller Welt; Volksherrschaft statt Parteienfilz – Thüringen korruptionsfrei; Bildung stärken – Lehrermangel, Standortabbau, Genderwahnsinn und Inklusionszwang stoppen; In Zukunft investieren – Kinderbetreuung kostenfrei; Unser Geld für deutsche Aufgaben – Regionalwirtschaft, Mittelstand und Menschen fördern; Souveränität durchsetzen – Kriegseinsätze beenden – Mehr Geld für Städte und Gemeinden – Verschwendung im Land beenden.“³⁹ Neun Punkte lehnten sich an die sieben Thesen an. Sie waren auf Thüringen abgestellt. Die NPD betonte eigens die Finanzierbarkeit ihrer Forderungen. Den naheliegenden Einwand, die isolierte NPD werde im Landtag nichts erreichen können, versuchte Patrick Wieschke mit den Erfahrungen aus den Kommunalparlamenten zu entkräften, die anderen Parteien setzten die eigenen Forderungen „klammheimlich“ um. Ein Paradoxon: Die wahrlich nicht „bürgerliche“ Führungsspitze um Patrick Wieschke und Thorsten Heise präsentierte bisweilen betont „brave“ Plakate, z.B.: „Patrick Wieschke – made in Germany“ – „Es kann sich etwas ändern“ – „Für kostenfreie Kindergärten“. Nach dem mäßigen Abschneiden mit 3,6 Prozent, 0,7 Punkte weniger als 2009, trat der Vorsitzende von seinem Amt zurück. Die Diskrepanz zwischen Anspruch und Ergebnis war zu groß.

36 Oppelland (FN 33), S. 44.

37 Vgl. Der Landeswahlleiter, Landtagswahl in Thüringen am 14. September 2014. Repräsentative Wahlstatistik für Frauen und Männer nach Altersgruppen, Erfurt 2014, S. 44 f.

38 Angaben für die NPD sind nicht in der Tabelle „Stimmverhalten seit 1999 nach Altersgruppen und Geschlecht“ aufgelistet, wohl aber in der Tabelle „Wählerschaft der Parteien nach Altersgruppen und Geschlecht“ (ebd., S. 34). Daraus ergibt sich das bekannte Bild, wie es in Brandenburg und Sachsen ersichtlich ist.

39 Es kann sich etwas ändern! Landtagswahlprogramm der Thüringer Nationaldemokraten, Erfurt 2014, S. 3.

5. Landtagswahl in Brandenburg

Die brandenburgische Landtagswahl vom 14. September 2014 stand im Schatten der thüringischen. 2009 hatte der sozialdemokratische Ministerpräsident Matthias Platzeck eine Koalition mit der Partei *Die Linke* gebildet, die der SPD mit ihrem Stimmenanteil von 27,2 Prozent bedenklich nahe gekommen war. Nach anfänglichen Turbulenzen, insbesondere bei den Postkommunisten, hatte die Koalition ruhig gearbeitet, auch wenn der Ministerpräsident sein Amt 2013 aus gesundheitlichen Gründen aufgeben musste. *Die Linke* votierte offensiv für eine Fortsetzung des Bündnisses mit der SPD, die damit ebenfalls sympathisierte, wenngleich sie die Option eines christdemokratischen Juniorpartners nicht ausgeschlossen hatte. Das Wahlergebnis machte trotz des als sensationell empfundenen Erfolgs der AfD mit 12,2 Prozent sowohl eine rot-rote als auch eine schwarz-rote Koalition möglich (siehe Tabelle 4).⁴⁰ Die SPD entschied sich unter ihrem Ministerpräsidenten Dietmar Woidke für die Fortsetzung der Koalition mit der stark geschwächten Partei *Die Linke*.

Tabelle 4: Landtagswahl Brandenburg (Stimmen in Prozent)*

SPD	31,9	(-1,1)
CDU	23,0	(+3,2)
Die Linke	18,6	(-8,6)
AfD	12,2	(-)
Bündnis 90/Die Grünen	6,2	(+0,5)
BVB/Freie Wähler	2,7	(-1,0)
NPD	2,2	(-0,4)
Piraten	1,5	(-)
FDP	1,5	(-5,7)
DKP	0,2	(0,0)
Die PARTEI	0,2	(-)

* Die Angaben in Klammern beziehen sich auf die Veränderungen gegenüber der letzten Landtagswahl im Jahre 2009 (in Prozentpunkten).

Quelle: Zusammenstellung nach den amtlichen Statistiken.

1999 und 2004 war der DVU mit 5,3 und 6,1 Prozent der Sprung in den Landtag gelungen, 2009 die NPD (2,6 Prozent) gescheitert. Dies lag nicht nur an dem gleichzeitigen Antreten der DVU (1,1 Prozent). Unter ihrem Vorsitzenden Klaus Beier schlug die NPD, weniger gut verankert als in Sachsen oder auch in Thüringen, in dem Wahlprogramm für 2014 („Unsere Mark – unsere Heimat“) mitunter schrille

40 Vgl. Oskar Niedermayer, Die brandenburgische Landtagswahl vom 14. September 2014: Die Linke wird abgestraft, bleibt aber Regierungspartei, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 46 (2015), S. 21-38.

Töne an. Gleich zu Beginn heißt es: „Die rot-rote Landesregierung hat Brandenburg in den letzten Jahren systematisch heruntergewirtschaftet. Die demographische Katastrophe hat dazu geführt, dass zahlreiche Landstriche veröden, ganze Dörfer schlichtweg verwaist sind. Schulen werden reihenweise geschlossen, Jugend- und Freizeiteinrichtungen findet man kaum noch. Die massiv gestiegene Zahl von Asylbewerbern und die damit einhergehenden Kosten zwingen zahlreiche Kommunen dazu, Haushaltssperren zu erlassen, im kulturellen und sozialen Bereich den Rotstift anzusetzen und somit die Lebensverhältnisse in Brandenburg dramatisch zu verschlechtern.“⁴¹ Bei den Themen Arbeit und Soziales, Familie, Bildung, Sicherheit, Kultur und Medien, Energie, Naturschutz, Demokratie und Meinungsfreiheit, Kommunen sind ähnlich alarmistische Aussagen zu lesen.

Um potenzielle Wähler der Partei zu gewinnen, die die Effizienz einer NPD-Präsenz im Landtag in Zweifel ziehen könnten, hieß es: „Wenn die NPD drin ist, werden die von den Etablierten geplanten Schweinereien früher aufgedeckt, öffentlich thematisiert und können somit auch verhindert werden. Die NPD wird Themen in den Fokus rücken, die von SPD, Linken, CDU, FDP und Grünen verschwiegen werden.“⁴² Verbreitete Plakate der Partei: „Grenzkriminalität nicht mit uns“ – „Wir sind der Impfstoff gegen Asylbetrug“ – „Schulschließungen stoppen“. Trotz des schwachen Ergebnisses von 2,2 Prozent, das 0,4 Punkte unter dem von 2009 lag, blieb Beier in seinem Amt als Landesvorsitzender, das er seit 2004 innehat. Auch die AfD stellte unter ihrem Spitzenkandidaten Alexander Gauland verstärkt auf das Problem der Grenzkriminalität ab. Sie vertrat – zumal mit Blick auf die DDR – populistische Positionen.

Die Regierungspartei *Die Linke* setzte im Wahlkampf auf zwei Schwerpunkte: auf soziale Gerechtigkeit und auf Brandenburg, wie bereits der Titel des Wahlprogramms „Soziales Brandenburg. Das ist DIE LINKE“ zeigt. Es hieß: „Seit unserem Eintritt in die Landesregierung 2009 ist es uns gelungen, erste nachhaltige Weichenstellungen für unser Land vorzunehmen, die Brandenburg sozialer und solidarischer, ökologischer und demokratischer machen. Wir haben die soziale Frage ins Zentrum der Landespolitik gerückt. Brandenburg ist ein dynamisches und widersprüchliches Land, es hat sich verändert und wird sich weiter verändern. Wir wollen diesen Wandel mitgestalten.“⁴³ Das Wahlprogramm, das sich ganz auf das Land konzentrierte, fiel betont gemäßigt aus. Eingangs versuchte die Regierungspartei dem Einwand zu begegnen, sie habe in der vergangenen Legislaturperiode nicht genügend erreicht: „Nicht alles, was sich ändern kann, muss durch Beschlüsse des Landtages geregelt werden. Solidarität beweist sich vor allem als Wert im Alltag und im gesellschaftlichen Miteinander.“⁴⁴

41 Unsere Mark – unsere Heimat. Landtagswahlprogramm der NPD, Potsdam 2014, S. 3.

42 Ebd., S. 17.

43 Programm der Partei Die LINKE Brandenburg zur Landtagswahl 2014, Soziales Brandenburg. Das ist die Linke, Cottbus 2014, S. 4.

44 Ebd., S. 3.

Die enormen Verluste der Partei unter ihrem Spitzenkandidaten Christian Görke („Sozial und solide“) – sie verlor die Stimme jedes dritten Wählers – kamen nicht überraschend. Wie in Mecklenburg-Vorpommern 2002 und Berlin 2006 wurde *Die Linke* nach der erstmaligen Juniorpartnerschaft in der Regierung eines Landes „abgestraft“. Gleichwohl war ihr an einer Fortsetzung als Regierungspartei gelegen. Die Partei ließ nach der Wahl durchblicken, sie werde künftig die eigene Handschrift verdeutlichen, ohne die SPD frontal anzugehen.⁴⁵ – Die DKP, die wie 2009 0,2 Prozent erreicht hatte, spielte im Wahlkampf überhaupt keine Rolle, konnte somit nicht von der Enttäuschung mancher Wähler über die „zahme“ *Linke* profitieren.

Die Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik bestätigten gängige Muster.⁴⁶ *Die Linke* schnitt bei den Männern (19,3 Prozent) besser ab als bei den Frauen (17,9 Prozent), bei der jüngsten Altersgruppe (16- bis 24 Jahre: 15,3 Prozent) schlechter als bei der ältesten (ab 70 Jahre: 21,8 Prozent). Kombiniert man Geschlecht und Altersgruppe, so lagen die Extremwerte bei 13,0 Prozent (35- bis 44-jährige Männer) und bei 25,1 Prozent (über 70-jährige Männer). Bei der NPD differierte das Wahlverhalten der Geschlechter und der Altersgruppen stärker: 3,0 Prozent der Männer wählten sie und nur 1,4 Prozent der Frauen. Die Werte nach Altersgruppen weisen hohe Ausschläge auf: 5,4 Prozent (16 bis 24 Jahre), 6,2 (25-34), 3,2 (35-44), 1,9 (45-59), 1,1 (60-69), 0,6 (ab 70). 7,9 Prozent der 25- bis 34-jährigen Männer votierten für die NPD und nur 0,4 Prozent der über 70-jährigen Frauen. Ähnliche Proportionen treffen auf die AfD zu, freilich in einem ganz anderen Ausmaß: Votierten 18,6 Prozent der 35- bis 44-jährigen Männer für sie, so waren es bei den über 70-jährigen lediglich 4,5 Prozent.

6. Fazit und Ausblick

Nur in Brandenburg gab es dieselbe Konstellation nach der Wahl wie vor der Wahl. In Sachsen gelangten die Sozialdemokraten in die Regierung, in Thüringen *Die Linke* und die *Grünen*. Die CDU, die in Thüringen von 1990 an den Ministerpräsidenten gestellt hatte, musste dort in die parlamentarische Opposition. Die FDP schaffte nicht einmal das. In allen drei Ländern ist sie im Gegensatz zur AfD nicht mehr im Landtag vertreten.

Der Partei *Die Linke* gelang es, 25 Jahre nach der Friedlichen Revolution mit Bodo Ramelow das Amt des thüringischen Ministerpräsidenten zu übernehmen. In Brandenburg ist sie weiterhin Juniorpartner der SPD, und in Sachsen erneut zweitstärkste Fraktion. Errang sie bei den Wahlen zum Europäischen Parlament den vierten Platz, so gelangte die NPD hingegen lediglich auf den zehnten. Ist diese hier mit einem Mandat vertreten, muss sie in den drei ostdeutschen Bundesländern nach dem

⁴⁵ Vgl. Niedermayer (FN 40), S. 36.

⁴⁶ Vgl. Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (Hrsg.), Landtagwahl 2104 im Land Brandenburg. Repräsentative Wahlstatistik, Potsdam 2014, S. 15.

Scheitern in Sachsen an der Fünfprozenthürde außerparlamentarisch agieren. Die Wahlen in den Stadtstaaten Bremen und Hamburg 2015 lassen für die NPD wenig Positives erwarten (ein Überwinden der für die Parteienfinanzierung nötigen Marke von 1,0 Prozent wäre schon ein Achtungserfolg), während *Die Linke* damit rechnen dürfte, erneut in den Parlamenten vertreten zu sein, allerdings auf den Oppositionsbänken.

Der Flickenteppich an unterschiedlich zusammengesetzten Regierungen in den Bundesländern war nie so groß, wobei die FDP seit 2014 weder an einem Bündnis mit der Union noch an einem mit der SPD mehr beteiligt ist. Mit Winfried Kretschmann (seit 2011) und Bodo Ramelow (seit 2014) stammen zwei Ministerpräsidenten weder aus den Reihen der Union noch aus denen der SPD. In den über 60 Jahren zuvor war dies mit Reinhold Maier (FDP) in Baden-Württemberg und Heinrich Hellwege (Deutsche Partei) in Niedersachsen ebenso nur zweimal der Fall.

Sollte ein Bündnis der Union mit der FDP im Bund nicht an der Arithmetik scheitern, ist diese Koalition nach wie vor am wahrscheinlichsten. Angesichts der Öffnung der SPD und der *Grünen* für andere Optionen liegt eine lagerexterne Zweierkoalition von Union und Grünen im realistischen Bereich, weniger ein rot-grün-dunkelrotes Bündnis (eine lagerinterne Dreierkoalition), wiewohl manche im Hintergrund auf diese Option hinarbeiten. Daher ist für die SPD das thüringische Experiment 2014 so wichtig wie das hessische 2013 für die Union, obgleich beide Seiten von einem „Testfall“ nichts wissen wollen, um nicht die eigene Klientel zu irritieren.

Die gängigen Koalitionstypen (Schwarz-Gelb versus Rot-Grün) würden ohne die neuen Bundesländer vermutlich weiter gelten. Union und die SPD schnitten bei den sieben gesamtdeutschen Bundestagswahlen (bis auf 2002) im Westen besser als im Osten ab – nicht zuletzt wegen der dortigen Stärke der Postkommunisten. Gleiches trifft auf die *Grünen* und die Liberalen zu (jeweils mit der Ausnahme der ersten Bundestagswahl). Die Hauptgründe: der deutlich weniger entfaltete Mittelstand und der geringere Postmaterialismus im Osten. Die starken Erfolge der schwach extremistischen Partei *Die Linke* und die schwachen Erfolge der stark extremistischen NPD sind einerseits sozialisationsbedingt (starke DDR-Prägung; mangelnde Weltoffenheit des alten Systems), andererseits situationsbedingt (Wegbrechen von Lebensentwürfen; höhere Arbeitslosigkeit). Das Verbotungsverfahren gegen die gesellschaftlich isolierte NPD nimmt sich vor diesem Hintergrund einigermassen anachronistisch aus.⁴⁷

Ein Bündnis zwischen Schwarz und Grün, von dem eingangs die Rede war, ist unter demokratietheoretischen Aspekten sinnvoll – zum einen, weil es aus eindeutig demokratischen Kräften besteht, zum anderen, weil es lediglich zwei Parteien umfasst. Das in Dreier-Koalitionen angelegte Konfliktpotenzial wäre ungleich größer. Allerdings: Ein solch lagerexternes Bündnis würde den ohnehin (zu) stark konsens-

47 Vgl. Michael Oswald, Verbot trotz Bedeutungslosigkeit? Die NPD, ihre Strategie und die Erfolgsaussichten des neuen Verbotsantrags, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 45 (2014), S. 440-460.

demokratisch ausgerichteten Charakter des politischen Systems weiter festigen. Eine derartige Koalition käme wohl nur dadurch zustande, ließen die Parteien den Wähler vorher über Optionen im Unklaren. Die großen Hoffnungen, die auf einem solchen Bündnis der „neuen Bürgerlichkeit“⁴⁸ ruhten, könnten schnell zerstieben, zumal niemand weiß, wie sich die massive Flüchtlingskrise auf das Wahlverhalten auswirkt. Ein „Projekt“ ist Schwarz-Grün nicht, ebenso wenig Rot-Grün-Gelb. Allerdings sind solche Zweckbündnisse wohl besser als Große Koalitionen oder gar Bündnisse unter Einbeziehung einer politischen Kraft, die nicht klar zum Verfassungsbogen zu rechnen ist.

48 Ein solches wird in einigen Beiträgen des folgenden Bandes propagiert: Volker Kronenberg/Christoph Weckenbrock (Hrsg.), Schwarz-Grün. Die Debatte, Wiesbaden 2011.

Organisationen 2014

Von Uwe Backes

1. Ausgangssituation und Rückblick

Wie in den Vorjahren hatte sich auch 2013 ein gewisser Depolarisierungstrend im deutschen Parteiensystem fortgesetzt. Das politische Gewicht der in ihrem Inneren heterogenen und von heftigen Auseinandersetzungen geprägten Partei *Die Linke* blieb im langjährigen Vergleich auf bescheidenem Niveau – vor allem in den westlichen Landesteilen, wo der Etablierungsprozess gestoppt zu sein schien. Die im Inneren heterogene Partei bewahrte ihre Integrationsfähigkeit nach linksaußen, verringerte damit aber ihr Koalitionspotenzial. Nur in dieser Hinsicht ähnelten sich die Konstellationen am linken und rechten Rand des politischen Kontinuums: Auch die um „seriöse Radikalität“ bemühte, aber dennoch unübersehbar NS-affine und von einem Parteiverbot bedrohte *Nationaldemokratische Partei Deutschlands* (NPD) erkaufte sich ihre Bindungskraft rechtsaußen (gegenüber gewaltgeneigten Szenen) mit verminderter Mobilisierungs- und Bündnisfähigkeit im Parteiensystem.

Mit Blick auf das Jahr 2014 stellten sich Fragen wie die folgenden: Würde es der Partei nach der Eröffnung des Verbotsverfahrens und dem Rücktritt ihres Parteivorsitzenden Apfel gelingen, einen Restabilisierungskurs einzuschlagen? Oder würde sich der Niedergang der organisatorisch und finanziell geschwächten Partei beschleunigen? Würde das „politische Tief“ der *Linken* anhalten und das innerparteiliche Konfliktpotenzial weiter anwachsen lassen? War angesichts des Misserfolgs bei der „Westausdehnung“ auch mit einem Abschleifen der östlichen Hochburgen zu rechnen? Würde die Depolarisierung des Parteiensystems den Aktionsraum für militante Formationen rechts und links vergrößern? Und schließlich: Könnte der in erheblichem Umfang von Konfliktherden im Ausland getragene extremistische Islam in Deutschland an Terrain gewinnen und in seinen gewaltsamen Formen an Bedrohlichkeit zunehmen?

2. Linksextremismus

Mit den beiden Parteivorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger sowie dem mediengewandten, bis zum Jahr 2015 amtierenden Fraktionsvorsitzenden Gregor Gysi verfügte die *Linke* über ein professionelles Team an der Parteispitze, das im Vergleich zu den turbulenten Jahren davor nach außen für Kontinuität und moderates Auftreten sorgte. Die von Gesine Löttsch angestoßene Debatte über „Wege zum Kommunismus“ verlief im Sande, und auch Skandalmeldungen aus der Partei wur-

den gegenüber früheren Jahren seltener. Einen Bericht der Tageszeitung „Die Welt“, dem zufolge die *Linke* „ihr Vermögen durch hochkarätige ehemalige Stasi-Mitarbeiter managen“ lasse, suchten die Parteichefs mit dem Hinweis zu entkräften, die entsprechenden Stellenbesetzungen seien „lange vor unserer Zeit“¹ erfolgt. Konkret ging es u.a. um eine Projektgesellschaft für den Neubau der Zentrale der parteinahen Rosa-Luxemburg-Stiftung zwischen Berliner Ost-Bahnhof und East Side Gallery, die von zwei ehemaligen „Stasi-Kadern“ geleitet würden, der eine ehemaliger Referatsleiter bei Erich Mielke, der andere einstiger IM des MfS.

Die im Herbst 2014 hochkochende Angelegenheit musste vor allem auf den Oppositionsführer im thüringischen Landtag, Bodo Ramelow (geb. 1953), bedrohlich wirken, der sein ganzes politisches Geschick darauf verwandte, alsbald zum ersten Ministerpräsidenten der *Linken* gewählt zu werden. Denn Ramelow war laut Recherchen der „Welt“-Journalisten für die „neue Denkfabrik der Linken in einer mit Stasi-Kadern durchsetzten Struktur“ verantwortlich. Der Politiker habe sich „bereits seit drei Jahren um dieses Projekt“ gekümmert, „für das er als früherer Stiftungsvorstand verantwortlich war. Kaum vorstellbar, dass an ihm vorbei Wichtiges entschieden worden ist.“² In öffentlichen Äußerungen während der Koalitionsverhandlungen in Thüringen war Ramelow, der sich während seiner Berufsausbildung in Marburg in den 1970er Jahren im „Dunstkreis der DKP“³ bewegt und später als Sekretär bei der Gewerkschaft „Handel, Banken und Versicherungen“ seine Hochzeitsanzeige im Parteiorgan *Unsere Zeit* (UZ) veröffentlicht hatte, bemüht, den Eindruck zu zerstreuen, er neige zur Verharmlosung des SED-Regimes. Auf einer Diskussionsrunde des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Marburg bemerkte er, die „Grundstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit“ der DDR sei „wie die Gestapo angelegt“ gewesen. Zwar „habe die DDR-Regierung im Gegensatz zu den Nazis keine Massenmorde begangen und auch keine anderen Staaten überfallen“, die Bürger der DDR hätten jedoch „keinen gesetzlichen Schutz“ genossen, um sich gegen Unrecht zu wehren: „Auf gut Deutsch: Jedes kleine oder größere Arschloch im DDR-Apparat konnte in das Leben der anderen eingreifen. Das war entsetzlich.“⁴ Ramelows Stasi-Gestapo-Vergleich und seine Verbalinjurie über Funktionäre im DDR-Apparat löste bei der *Kommunistischen Plattform* (KPF) heftige Empörung aus. „Entsetzlich“ sei „der Umgang Bodo Ramelows mit unserer Geschichte und mit den vielen Genossinnen und Genossen, die für ihn Wahlkampf machten und denen er bescheinigt, Arschlöcher gewesen zu sein. Entsetzlich auch die Wortwahl. Doch das muss wohl so sein, will man die Totaldistanzierung von jeglichen Machtstrukturen der DDR und damit

1 Zitiert nach: Martin Lutz/Uwe Müller, Linke-Chefin Kipping: Stasi-Kader „lange vor unserer Zeit“ eingesetzt, in: *Die Welt* vom 1. Dezember 2014.

2 Ebd.

3 Pascal Beucker, Boss der Genossen, in: *Jungle World* vom 31. Juli 2014.

4 „Bodo Ramelow vergleicht Stasi mit Gestapo“, in: *Thüringer Allgemeine* vom 17. November 2014.

von der DDR selbst“. Die *Linke* dürfe „diesen Weg nicht mitgehen“.⁵ Später plädierte Ramelow gegenüber Journalisten für eine differenzierte Auseinandersetzung mit dem SED-Unrecht, und er wies den Begriff „Unrechtsstaat“ zurück. Auch die KPF nahm er nun in Schutz; das seien „nette Herrschaften“, die ihr Recht haben müssten, „ihre Philosophie zu formulieren“. Der Vorwurf des „Linksextremismus“ im Allgemeinen sei „aufgeblasen“, und wer ihn bei der KPF suche, müsse „sich schon viel Mühe geben“.⁶

Seine Wahl zum thüringischen Ministerpräsidenten und Chef einer rot-rot-grünen Regierung (im zweiten Wahlgang mit 46 von 91 Stimmen) am 5. Dezember 2014 war für jenen Teil der *Linken* von herausragender Bedeutung, der in der Übernahme von Regierungsverantwortung den Schlüssel zu dauerhafter politischer Etablierung und Einflussstärkung sah. Skepsis herrschte hingegen bei jenen vor, die eine Aufweichung der Positionen, Profilverwässerung und opportunistische Anbiederung befürchteten. Für sie war die auf Druck von SPD und Bündnisgrünen zustande gekommene Präambel des Koalitionsvertrages nur schwer erträglich, wenn es dort hieß: „Für eine Aufarbeitung in die Gesellschaft hinein ist es von Bedeutung festzuhalten: die DDR war eine Diktatur, kein Rechtsstaat. Weil durch unfreie Wahlen bereits die strukturelle demokratische Legitimation staatlichen Handelns fehlte, weil jedes Recht und jede Gerechtigkeit in der DDR ein Ende haben konnte, wenn einer der kleinen oder großen Mächtigen es so wollte, weil jedes Recht und jede Gerechtigkeit für diejenigen verloren waren, die sich nicht systemkonform verhielten, war die DDR in der Konsequenz ein Unrechtsstaat.“⁷ Ellen Brombacher von der KPF brachte in ihrem Bundessprecherratsbericht vom 7. Dezember 2014 ihre Entrüstung über den Wortlaut der Präambel und den „würdelosen Umgang von Bodo Ramelow und anderen mit unserer Geschichte“ freimütig zum Ausdruck. In der „Unterwerfungsdebatte“ werde ein Zerrbild von der DDR gezeichnet: „Wir dürfen nicht aufhören, uns zur Legitimität des sozialistischen Versuchs zu bekennen und dies vor allem mit seiner friedensstabilisierenden Rolle zu begründen und zugleich mit dem auf antikapitalistischem Grund stehenden Antifaschismus und den sozialen Sicherheiten, die der Sozialismus trotz seiner Unreife und den daraus auch resultierenden Unentschuldbarkeiten gewährleistete.“⁸ Sie rief ihre Anhänger in der *Linken* dazu auf, sich nicht resigniert zurück zu ziehen und angesichts zu erwartender Enttäuschungen in der Partei durchzuhalten und auf bessere Umstände zu hoffen.

5 Erklärung des Bundessprecherrates der Kommunistischen Plattform in Übereinstimmung mit Jochen Traut, Landessprecher der KPF Thüringen, Zu den Entgleisungen Bodo Ramelows, in: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform, Dezember 2014.

6 „Im Gespräch: Bodo Ramelow“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29. November 2014.

7 Koalitionsvertrag zwischen den Parteien Die Linke, SPD, Bündnis 90/Die Grünen für die 6. Wahlperiode des Thüringer Landtags, Erfurt, Endfassung vom 20. November 2014, S. 2.

8 Ellen Brombacher, Bericht des Bundessprecherrats, 3. Tagung der 17. Bundeskonferenz, 7. Dezember 2014, unter: <http://www.die-linke.de/partei/zusammenschluesse/kommunistische-plattform-der-partei-die-linke/dokumente/3-tagung-der-17-bundeskonferenz/bericht-des-bundessprecherrates/> (30. Dezember 2014).

Auch angesichts der zwiespältigen Bewertung der Regierungsbildung innerhalb der *Linken* selbst kann es nicht verwundern, dass von ihr nicht einmal in Thüringen ein Mobilisierungsimpuls auszugehen schien. Die Zahl der Parteimitglieder verminderte sich im Freistaat wie auf Bundesebene insgesamt – auf rund 60.600 Ende 2014 (siehe Tabelle 1). Das Bundesamt für Verfassungsschutz beobachtete im Jahr 2014 neben der KPF folgende innerparteiliche Gruppierungen der *Linken* als „offen extremistische“ Zusammenschlüsse: die *Sozialistische Linke* (SL), für die die DDR ein „legitimer Versuch“⁹ gewesen sei, eine sozialistische Alternative zum Kapitalismus aufzubauen; die *Arbeitsgemeinschaft Cuba Sí*, die eng mit der KP Kubas und deren Jugendorganisation zusammenarbeitete; die seit Ende 2012 als formeller innerparteilicher Zusammenschluss verfasste *Antikapitalistische Linke* (AKL), die sich positiv auf Marx, Lenin, Liebknecht und Luxemburg beziehe; die „orthodox“ marxistischen Zusammenschlüsse *Marxistisches Forum* und *Geraer/Sozialistischer Dialog* sowie die trotzkistischen Vereinigungen *Marx21* und *Sozialistische Alternative Voran* (SAV).¹⁰ Die Zahl der Mitglieder dieser „offen extremistischen“ Zusammenschlüsse wurde insgesamt auf etwa 4.500 veranschlagt, was gegenüber dem Vorjahr (2.800) eine erhebliche Zunahme bedeutete. Allerdings dürften Doppelmitgliedschaften zu berücksichtigen sein. Die stärkste der genannten Gruppierungen, die KPF, stagnierte mit knapp 1.200 Mitgliedern.

Tabelle 1: SED, SED-PDS, PDS, Linkspartei.PDS, DIE LINKE – Mitgliederentwicklung, 1989-2014

Aug. 1989	2.300.000	Dez. 2002	70.800
Jan. 1990	700.000	Dez. 2003	65.800
Dez. 1990	281.000	Dez. 2004	61.400
Dez. 1991	172.600	Dez. 2005	61.300
Dez. 1992	146.700	Dez. 2006	60.200
Dez. 1993	131.400	Dez. 2007	71.700
Dez. 1994	123.800	Dez. 2008	76.000
Dez. 1995	114.900	Dez. 2009	78.000
Dez. 1996	105.000	Dez. 2010	73.700
Dez. 1997	98.600	Dez. 2011	69.500
Dez. 1998	94.600	Dez. 2012	63.800
Dez. 1999	88.600	Dez. 2013	63.800
Dez. 2000	83.500	Dez. 2014	60.600
Dez. 2001	77.800		

Quelle: Gerundete Parteiangaben; Verfassungsschutzbehörden.

⁹ Vgl. Bundesministerium des Innern, Verfassungsschutzbericht 2014, Berlin 2015, S. 187.

¹⁰ Vgl. ebd., S. 185-192.

Die Skepsis der KPF angesichts der Regierungsbildung in Thüringen wurde in den Reihen der *Deutschen Kommunistischen Partei* (DKP) weithin geteilt. Die stellvertretende Bundesvorsitzende Nina Hager knüpfte in einem *Unsere Zeit*-Beitrag an die Ausführungen ihrer KPF-Kollegin Ellen Brombacher an und wertete die euphorische Reaktion Gregor Gysis auf die Wahl Ramelows zum Ministerpräsidenten als Ausweis grenzenloser Anpassungsbereitschaft. Dessen Aussage, die Partei stehe nun vor „größere Verantwortung“ und müsse sich den „Realitäten beugen“, strafe sie mit Verachtung: „Den realen Erfordernissen sozialer und politischer Kämpfe, der Organisation von Widerstand gegen Sozial- und Demokratieabbau, gegen Kriegspolitik? Oder der realen Situation, dass man erstmals eine Landesregierung anführt und sich einbinden lässt in die herrschende Politik mit Blick auf ein mögliches Mitregieren im Bund? Vielleicht gehört dann dazu, dass man dabei auch die eigene Geschichte entsorgen will und sich dem Mainstream anpasst? Was das aber heißt, lehrt uns die Geschichte, auch die der Sozialdemokratie.“¹¹

Unter ihrem Parteivorsitzenden Patrick Köbele (geb. 1962) war die DKP betont um Eigenständigkeit bemüht. Sie hob die Notwendigkeit der Kooperation mit anderen KPen hervor und pflegte auch gute Beziehungen mit der streng orthodoxen KKE, die mit „Initiative Kommunistischer und Arbeiterparteien“¹² ein Gegengewicht zur *Europäischen Linkspartei* zu bilden versuchte. Allerdings konnte der schon in den Vorjahren zu verzeichnende Mitgliederrückgang (Ende 2014: 3000) nicht gestoppt werden; die Partei näherte sich damit dem Niveau der maoistischen *Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands* (MLPD) an, die allerdings ebenfalls an Mitgliederschwund litt (Ende 2014: 1800).¹³ Nach der Thüringen-Wahl übte die MLPD Kritik an Ramelows Stalinismus-Schelte und beschrieb den Ministerpräsidenten in spe als politischen Opportunisten: „Heute ist Bodo Ramelow ein Vertreter des Flügels der sogenannten ‚Realos‘ innerhalb der Linkspartei. Diese sind bereit, für eine Regierungsbeteiligung sämtliche bisher noch vertretenen fortschrittlichen Positionen zur Disposition zu stellen. Das zeigt unter anderem die unkritische Umsetzung der Hartz-Gesetze in den Bundesländern, in denen die Linkspartei schon bisher an Landesregierungen beteiligt ist oder war.“¹⁴

Immerhin trat die MLPD geschlossen auf, während die in Deutschland aktiven trotzkistischen Zirkel zersplittert blieben. Ihr ideologischer Dogmatismus war mit hochgradiger strategischer Flexibilität gepaart. So engagierten sie sich teils in der *Linken* (*Marx21*, *Sozialistische Alternative Voran* [SAV]), teils eigenständig – wie der *Revolutionäre Sozialistische Bund* (RSB), der Fundamentalkritik am Kurs der *Linken* übte und sich mit anderen Gruppen zu einer *Neuen Antikapitalistischen Or-*

11 Nina Hager, Die Wahl wird Folgen haben, in: *Unsere Zeit* vom 12. Dezember 2014, S. 1.

12 Vgl. Founding Declaration of the INITIATIVE of Communist and Workers' Parties to study and elaborate European issues and to coordinate their activity, Athens, November 2013, unter: <http://initiative-cwpe.org/en/documents/founding-declaration/> (12. Januar 2014).

13 Vgl. Bundesministerium des Innern (FN 9), S. 179, 181.

14 Bodo Ramelow bald erster „linker“ Ministerpräsident in Thüringen?, in: *Rote Fahne* vom 22. Oktober 2014.

ganisation (NaO) zusammenschloss, die sich 2014 auch in der Bundeshauptstadt verankerte und zum Jahresende Zuzug von der dort seit Jahren aktiven *Antifaschistischen Revolutionären Aktion Berlin* (ARAB) erhielt. Verbindendes Band war der Internationalismus, der u.a. im Engagement für kurdische Verbände im Kampf gegen den „Islamischen Staat“ in Syrien zum Ausdruck kam.¹⁵

Tabelle 2: Mitglieder linksextremistischer Organisationen, 2012-2014

	2012	2013	2014
Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten			
Kern- und Nebenorganisationen	22.600	21.600	21.100
hiervon DKP	3.500	3.500	3.000
MLPD	1.900	1.900	1.800
RH	6.000	6.000	6.500
Gewaltbereite Linksextremisten	7.100	6.900	7.600*

Quelle: Verfassungsschutzberichte 2013 und 2014. – * Ab 2014 „gewaltorientierte“ Linksextremisten mit der Teilmenge der „gewaltbereiten“.

Während das Mitgliederpotenzial der MLPD und trotzkistischer Gruppierungen leicht zurückging, stieg das der *Roten Hilfe* (RH) weiter an (Ende 2014: 6.500¹⁶). Die Vereinigung verstand sich als „Solidaritätsorganisation für die gesamte Linke“¹⁷ und genoss bei ihrer Klientel hohe Akzeptanz. Auf ihrer Homepage, auf Faltblättern und in Broschüren wurde die Bundesrepublik als repressives System dargestellt, dem Widerstand entgegenzusetzen sei. Unterstützung fanden auch linke Aktivisten, die den von der RH empfohlenen Handlungsrahmen überschritten: „Ein Genosse soll während einer Kundgebung der ‚Initiative Oury Jalloh‘ mehrfach zu Straftaten gegen Polizeibeamt_innen aufgerufen und diese provoziert haben. Das Gericht glaubte natürlich den Aussagen der angeblich Provozierten und verurteilte den Genossen zu 5400 Euro Geldstrafe wegen öffentlichen Aufrufs zu Straftaten in drei Fällen. Von der Strafe und den Gerichtskosten übernahm die Rote Hilfe e. V. den Regelsatz in Höhe von 50 Prozent und überwies dem Genossen am Ende 2902,50 Euro.“¹⁸

Die RH betreute auch Aktive des „autonomen“ und „postautonomen“ Spektrums, von denen wie in den Vorjahren das Gros der polizeilich erfassten Gewalttaten ausging. Nur selten wurden sie unter einem Gruppennamen über einen längeren Zeitraum hinweg begangen. Das traf etwa auf eine *Gruppo informale* zu, die von Mai

15 Vgl. Senatsverwaltung für Inneres und Sport Berlin (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2014, Berlin 2015, S. 135-137.

16 Vgl. Bundesministerium des Innern (FN 9), S. 183.

17 Vgl. Selbstdarstellung, unter: <http://www.rote-hilfe.de/ueber-uns/ueber-uns> (30. Dezember 2014).

18 „Und so solltet ihr euch nicht verhalten ...“, in: Rote Hilfe Zeitung, Nr. 4/2014, S. 5.

bis Juli 2014 in Berlin insgesamt 13 Brandanschläge und Sachbeschädigungen an Einrichtungen der Polizei, der Deutschen Bahn, von Sicherheitsunternehmen, Banken und Verwaltungsbehörden verübte.¹⁹ In einem Rechtfertigungsschreiben nach einem „Angriff“ auf eine Polizeiwache im Mai 2014 hieß es: „Eine befreite Gesellschaft benötigt keine Schläger und Mörderbande die darauf achtet, dass alles in den vorgegeben Bahnen läuft, da emanzipatives Handeln Repression überflüssig macht. Die befreite Gesellschaft aufbauen, kann unserer Meinung nach, nur in alltäglichen kleinen Schritten passieren, bei denen uns aber die Bullen ständig Knüppel zwischen die Beine werfen. Während manche nun also versuchen ein Haus zu besetzen oder eine Räumung verhindern, greifen wir die an die kommen werden um das Gesetz durchzusetzen.“²⁰

Andere Täter verübten ihre Anschläge ohne Namen und Rechtfertigungsschreiben oder unter wechselnden Bezeichnungen. Eine „AG Pressefreiheit“ bekannte sich im März 2014 zu einem Brandanschlag auf das Fahrzeug des Kolumnisten der „Berliner Zeitung“ Gunnar Schupelius, der sich maßgeblich an einer vom „Hause Springer“ geführten „rassistischen Hetzkampagne“ beteiligt habe. Es handele sich somit um einen „Akt antifaschistischer Notwehr“.²¹

Im Rahmen des polizeilichen Erfassungssystems „Politisch motivierte Kriminalität“ wurden 2014 im Phänomenbereich „links“ 995 (2003: 801) Gewalttaten erfasst, die nach Einschätzung der Ermittler eine gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtete Intention erkennen ließen (siehe Tabelle 3). Der Rückgang war in erster Linie auf die geringere Zahl an Übergriffen auf (tatsächliche oder vermeintliche) Rechtsextremisten zurückzuführen, während der Anteil der Gewalttaten gegenüber Polizei und Sicherheitskräften auf hohem Niveau blieb (knapp zwei Drittel). Betrachtet man die Art der Delikte, so entfiel ein erheblicher Teil auf Körperverletzungsdelikte; in sieben Fällen wurde die Tat als (versuchte) Tötung gewertet. Jene Delikte, die meist größere Vorbereitungen erfordern und auf arbeitsteilige Gruppenstrukturen hindeuten (wie Sprengstoffanschläge oder Raub), kamen relativ selten vor.²²

Tabelle 3: Gesetzesverletzungen mit linksextremem Hintergrund, 2012-2014

	2012	2013	2014
Tötungsdelikte	8	3	7
Sprengstoffanschläge	2	1	1
Brandanschläge	56	45	62

¹⁹ Vgl. Bundesministerium des Innern (FN 9), S. 72 f.

²⁰ Gruppo informale, Feuer auf Polizei (11. Mai 2014), unter: <https://linksunten.indymedia.org/de/node/113475> (Fehler im Original; 7. Juli 2014).

²¹ AG Pressefreiheit, Gunnar Schupelius militant verwarnt (19. März 2014), unter: <https://linksunten.indymedia.org/de/node/108776> (Fehler im Original; 12. August 2014).

²² Vgl. Bundesministerium des Innern (FN 9), S. 34, 41; Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.), Politisch motivierte Kriminalität (PMK), Köln 2015, S. 7.

Organisationen 2014

	2012	2013	2014
Körperverletzungen	471	606	633
Raubüberfälle	16	19	15
Landfriedensbrüche und Widerstandsdelikte	297	403	231
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Luft-, Schiffs- oder Straßenverkehr	22	28	44
Freiheitsberaubung	0	2	1
Erpressung	4	3	1
Gewalttaten insgesamt	876	1.110	995

Quelle: Verfassungsschutzberichte 2013 und 2014.

Das Gros der registrierten Gewaltdelikte mit „linker“ und/oder „linksextremistischer“ Motivation wurde im Zusammenhang mit Protestereignissen und Demonstrationen begangen und ging von der Szene der *Autonomen* aus, deren Anhängerpotenzial die Sicherheitsbehörden Ende 2014 (gegenüber dem Vorjahr unverändert) auf rund 6.100 Personen schätzten.²³ Gewalt gegen Angehörige des Sicherheitsapparates und politische Kontrahenten galt hier überwiegend als legitimes Mittel des „Widerstandes“ gegen ein als repressiv wahrgenommenes politisches System. In diesem Sinne erschien Ende 2014 im Forum „Indymedia“ ein Beitrag aus Leipzig, der angesichts sich zuspitzender Konflikte (Flüchtlingselend, Überwachung, Repression etc.) eine umfangreiche Liste möglicher Anschlagssziele benannte und zur Gewaltanwendung aufrief: „Wir werden nicht hinnehmen, dass Menschen im Angesicht der globalen Katastrophe und des Elends ihrer Brüder und Schwestern ihren Wohlstand in Form von Luxusautos präsentieren. Wir werden auch die Dauerbespaßung unseres Alltags in Form von Werbung und glänzenden Schaufenstern zerschlagen [...]. *Sammle dich mit Deinen Genoss_innen und beteilige Dich am Angriff auf den deutschen Schein einer heilen und friedlichen Welt.* Greife jene an, die das gute Leben versprechen, aber immer nur das gute Leben Weniger meinen [...]. Jeder Akt der Zerstörung ist ein kleiner Funken der Hoffnung in einer dunklen Nacht.“²⁴

Angesichts der Fruchtlosigkeit solcher Aufrufe und der Ineffizienz vieler „autonomer“ Aktivitäten hielt der Trend zur Organisierung in fester gefügten „postautonomen“ Strukturen an. Neben der 2013 gegründeten NaO war die bereits seit 2004/05 bestehende, durch Kampagnen wie „Block G8“, „Dresden Nazifrei“, „Block NATO“, „Castor Schottern“ und „Blockupy“ erprobte *Interventionistische Linke* (IL) erfolgreich bei dem Versuch, die zersplitterten Gruppen der „radikalen Linken“ organisatorisch zu bündeln, ohne dabei die innere Vielfalt, Vitalität und

²³ Vgl. Bundesministerium des Innern (FN 9), S. 76.

²⁴ A., Leipzig: Ein Aufruf zur Gewalt – gegen jene, die diese gewalttätige Welt wollen, unter: <https://linksunten.indymedia.org/de/node/129975> (Hervorhebungen im Original; 15. Januar 2015).

Selbständigkeit vor Ort einzubüßen. In einem „Zwischenstandspapier“ vom Oktober 2014 war von „einigen Hundert Aktivist_innen in etwas mehr als zwanzig Gruppen in Deutschland und Österreich“ die Rede, deren Ziel darin bestehe, „die Risse in der herrschenden Ordnung aufzuspüren und zu vertiefen“. Mit vielfältigen Mitteln des außerparlamentarischen „Widerstands“ solle der „revolutionäre“ Bruch“ zu einer „befreiten Gesellschaft“ herbeigeführt werden – und zwar durch die „Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln und der Kapitalverwertung [...] und die Überwindung des bürgerlichen Staatsapparates als Garant dieser Eigentumsordnung.“²⁵ Zu den bekannteren Gruppen, die ihre Auflösung erklärten und deren Mitglieder sich 2014 zum Teil der IL anschlossen, zählte die in der Berliner Autonom-Szene seit 2003 aktive *Antifaschistische Linke Berlin* (ALB).²⁶ Aufgrund interner Konflikte hatte die lange Zeit tonangebende Gruppe an Mitgliedern und Gestaltungskraft eingebüßt und war „zunehmend in einen Spagat zwischen autonomem Habitus und postautonomer Organisation“²⁷ geraten.

3. Rechtsextremismus

Im Berichtsjahr setzte sich der Niedergang der NPD als lange Zeit mobilisierungskräftigste Formation am rechten Rand fort. Zwar konnte sie den Einzug des langjährigen Bundesvorsitzenden Udo Voigt ins Europaparlament (mit 1,0 Prozent der Stimmen) als Erfolg verbuchen, doch war dies nur durch die ersatzlose Streichung der Fünfprozenthürde möglich geworden.²⁸ Zudem blieb der NPD-Vertreter in Brüssel weitgehend isoliert, da die erfolgreichen „rechtspopulistischen“ und „euroskeptischen“ Parteien schon aus Gründen der Imagepflege (das Schlüsselwort Marine Le Pens: „Dediabolisierung“) bemüht waren, eine Demarkationsgrenze gegenüber traditionellen Parteien des rechtsextremen Lagers mit ideologischer Affinität zu den Faschismen der Zwischenkriegszeit zu ziehen. Die Finanzlage der Partei blieb aufgrund sinkender Einnahmen aus der staatlichen Parteienfinanzierung und aus Mitgliedsbeiträgen desolat (die Zahl der Mitglieder ging nach Angaben der Verfassungsschutzbehörden gegenüber dem Vorjahr nochmals zurück – auf ca. 5.200 Ende 2014).²⁹ Im Juni mussten Mitarbeiter der Berliner Parteizentrale entlassen werden.

In ihren beiden Landesverbänden mit parlamentarischer Vertretung (Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen) ließ sich die finanzielle Misere immerhin durch angesparte Abgaben der Abgeordneten kompensieren. So konnte die Partei im sächsi-

25 Interventionistische Linke, IL im Aufbruch – ein Zwischenstandspapier (11. Oktober 2014), unter: <http://www.interventionistische-linke.org> (18. November 2014).

26 Vgl. Antifaschistische Linke Berlin, Zur Auflösung der ALB (8. September 2014), unter: <http://www.antifa.de/cms/content/view/2383/32/> (17. November 2014). Siehe dazu auch: Senatsverwaltung für Inneres und Sport Berlin (FN 15), S. 131-138.

27 Senatsverwaltung für Inneres und Sport Berlin (FN 15), S. 131.

28 Vgl. den Beitrag von Eckhard Jesse, Wahlen 2014, in diesem Band.

29 Vgl. Bundesministerium des Innern (FN 9), S. 34.

schen Wahlkampf üppig plakatieren und durch umfangreiche Wurfsendungen um Stimmen werben.³⁰ Das knappe Scheitern an der Fünfprozenthürde³¹ wirkte – neben dem schwebenden Verbotsverfahren und den Turbulenzen um den Rücktritt des langjährigen Partei- und Fraktionsvorsitzenden Holger Apfel – demoralisierend auf Funktionäre wie Parteimitglieder und verschärfte innerparteiliche Konflikte. Resignative Stimmung und dünne Personaldecke der Partei offenbarten sich auf dem Bundesparteitag im baden-württembergischen Weinheim Anfang November, wo der 35-jährige Saarländer Frank Franz mit 86 von 139 Delegiertenstimmen zum neuen Bundesvorsitzenden gewählt wurde, nachdem der amtierende Parteichef Udo Pastörs sein Amt zur Verfügung gestellt hatte. Franz kündigte an, er wolle den unter Apfel eingeschlagenen Kurs „seriöser Radikalität“ fortsetzen, seine Partei zu „100 Prozent als Wahlpartei“ definieren und ihr „Sektenimage“³² überwinden. Die gegen ihn (neben dem saarländischen Strippenzieher Peter Marx) unterlegene Kandidatin Sigrid Schübler, Vorsitzende der NPD-Frauenorganisation und stellvertretende bayrische NPD-Vorsitzende, erklärte wenige Wochen später ihren Parteiaustritt.³³

Tabelle 4: Mitglieder rechtsextremistischer Organisationen, 2012-2014

	2012	2013	2014
„Subkulturelle“	7.500	7.400	7.200
Neonationalsozialisten	6.000	5.800	5.600
Die Rechte	150	500	500
NPD	6.000	5.500	5.200
Pro NRW	1.000	1.000	950
Sonstige	2.500	2.500	2.500

Quelle: Verfassungsschutzberichte 2013 und 2014.

Schübler begründete ihren Rücktritt auch mit dem mangelnden Gespür der Partei für die Protestthemen der „Pegida“-Demonstrationen in Dresden (mit ihren Vorläufern, Ablegern und Nachahmern in anderen deutschen Städten), wo die NPD sich mit wenig Erfolg als Trittbrettfahrerin versuchte. Die Anhänger der u.a. mit muslimfeindlichen Parolen aufwartenden Bewegung³⁴, die in Dresden auf ihrem Höhepunkt fast

30 Vgl. Justus Bender, Das braune Fell des Teddybären, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25. August 2014, S. 4.

31 Vgl. den Beitrag von Eckhard Jesse, Wahlen 2014, in diesem Band.

32 Christina Hebel, Neuer NPD-Chef Frank Franz, in: Spiegel Online vom 1. November 2014; Oliver Cruzcampo, Neuer NPD-Parteichef: Frank Franz soll's richten, in: Endstation Rechts vom 2. November 2014.

33 Vgl. Oliver Cruzcampo, Ehemalige NPD-Funktionärin gibt Parteibuch zurück, in: Endstation Rechts vom 28. Dezember 2014.

34 Siehe den Beitrag von Armin Pfahl-Traugbber über „Pegida“ in diesem Band.

20.000 „Montagsdemonstranten“ mobilisierte, neigten laut Umfragen³⁵ am stärksten zur euroskeptischen *Alternative für Deutschland* (AfD), die bei den Wahlen des Jahres 2014 spektakuläre Stimmenzuwächse verbuchen konnte und deren sächsischer Landesverband mit heftiger Kritik an der Asylpolitik der Bundesregierungen zu punkten suchte, wodurch schwere innerparteiliche Konflikte in der nicht-extremistischen Partei offen zum Ausbruch gelangten.³⁶ Was die rechtsextremistischen Kontrahenten der NPD im wahlpolitisch aktiven Spektrum anging, so wurde ihnen wie der NPD zeitweilig das Wasser durch die AfD abgegraben. Die insbesondere in Nordrhein-Westfalen beheimatete *Pro-Bewegung* konnte bei der Ausdehnung ihrer Strukturen auf andere Großstädte ebenso wenig wie bei Wahlen nennenswerte Erfolge erzielen. Bei den nordrhein-westfälischen Kommunalwahlen sank ihr Stimmenanteil von 0,6 auf 0,5 Prozent, und sie erlitt mit dem Verlust des Fraktionsstatus im Kölner Stadtrat eine bittere Niederlage. Die Zahl ihrer Mitglieder ging von 1.000 auf 950 zurück.³⁷ Die vom Verfassungsschutz seit mehreren Jahren nicht mehr beobachtete Partei der *Republikaner* (REP), die in Nordrhein-Westfalen auf kommunaler Ebene mit Pro NRW kooperiert hatte, suchte unter ihrem im August an die Stelle des langjährigen Parteichefs Rolf Schlierer getretenen Bundesvorsitzenden Johann Gärtner (geb. 1950)³⁸ den Absturz in die Bedeutungslosigkeit durch Aufrufe zur Beteiligung an den „Pegida“-Demonstrationen abzuwenden.³⁹

In weitaus aggressiverer Form agitierten die beiden rechtsextremistischen Parteien des neonationalsozialistischen Spektrums gegen „Überfremdung“ und „Volkstod“. Die 2013 in Heidelberg gegründete Partei *Der Dritte Weg* mit rund 200 Aktiven hatte ihre Schwerpunkte weiterhin im süddeutschen Raum und in Sachsen.⁴⁰ Sie malte in ihren Kampagnen gegen Einwanderung und Asyl mit düsteren Farben den „drohenden Volkstod“⁴¹ an die Wand. In Bayern traten Anhänger des *Freien Netz Süd* (FNS) der Partei bei, bevor die Vereinigung im Juli 2014 verboten wurde. Als faktische Nachfolgeorganisation der 2004 aufgelösten „Fränkischen Aktionsfront“

35 Vgl. Werner J. Patzelt, Was und wie denken PEGIDA-Demonstranten? Analyse der PEGIDA-Demonstranten am 25. Januar 2015, Dresden. Ein Forschungsbericht, Dresden 2015; Hans Vorländer, Wer geht warum zu PEGIDA-Demonstrationen? Präsentation der ersten empirischen Umfrage unter PEGIDA-Teilnehmern, Dresden 2015; Franz Walter, Studie zu Pegida. Aktuelle Forschungsergebnisse zu den Pegida-Protesten, Göttingen 2015; Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung u.a. (Hrsg.), Protestforschung am Limit. Studie zu Pegida, Berlin 2015.

36 Vgl. Sebastian Friedrich, Der Aufstieg der AfD. Neokonservative Mobilmachung in Deutschland, Berlin 2015; Oskar Niedermayer, Eine neue Konkurrentin im Parteiensystem? Die Alternative für Deutschland, in: Ders. (Hrsg.), Die Parteien nach der Bundestagswahl 2013, Berlin u.a. 2015, S. 103-134.

37 Vgl. Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2014, Düsseldorf 2015, S. 51.

38 Vgl. Marc Brandstetter, Abgesang auf die REP, in: Endstation Rechts vom 19. August 2014.

39 REP-Pressemitteilung vom 8. Dezember 2014.

40 Vgl. auch den Beitrag von Alexander Gallus, Dokumentation 2014, in diesem Band.

41 Der III. Weg, Pressemitteilung vom 12. Dezember 2014.

sei die Vereinigung dem historischen Nationalsozialismus wesensverwandt und habe ihre Ziele in aggressiv-kämpferischer Form verfolgt.⁴²

Auch die vor allem in Nordrhein-Westfalen aktive Partei *Die Rechte* fungierte als Auffangorganisation für Aktive der neonationalsozialistischen Szene. Bei den Kommunalwahlen im Mai 2014 erhielt sie in Dortmund 1,1 Prozent der Stimmen und ein Mandat. Ausgerechnet der langjährig bekannte, vielfach vorbestrafte Neonationalsozialist Siegfried Borchardt („SS-Siggi“) zog in den Stadtrat ein, machte aber wenig später dem ehemaligen Anführer der Vereinigung „Nationaler Widerstand Dortmund“, Dennis Giemsch (geb. 1985), Platz. Giemsch provozierte den Rat Ende 2014 mit einer Anfrage beim Oberbürgermeister nach Anzahl und Wohnorten der Dortmunder Juden.⁴³

Die Rechte und *Der III. Weg* boten als parteiförmig organisierte Vereinigungen Schutz vor rascher Auflösung durch die Administration. Andere Vereinigungen des NS-affinen Spektrums wurden verboten. Dies galt in Baden-Württemberg für die *Autonomen Nationalisten Göppingen*, gegen die bereits im Februar Hausdurchsuchungen im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens nach § 129 StGB (Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung) durchgeführt worden waren. Ihnen wurde u.a. ein Angriff auf einen Informationsstand des Vereins „Kreis Göppingen nazifrei“ zum Vorwurf gemacht, bei dem mehrere Menschen verletzt worden waren.⁴⁴ Die Verbotungsverfügung erging im Dezember 2014 und erlangte wenige Wochen später Rechtskraft. In Sachsen verbot der Innenminister im März die *Nationalen Sozialisten Chemnitz* (NSC), eine der besonders aktiven Gruppierungen im Freistaat, die eine an den historischen NS angelehnte Ideologie mit Gewaltbereitschaft verband. Ihr harter Kern bestand zuletzt aus 30 bis 50 Personen.⁴⁵ Einige von ihnen setzten ihre Aktivitäten nach dem Verbot bei der NPD-Jugendorganisation *Junge Nationaldemokraten* (JN) fort.

42 Vgl. Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr, Pressemitteilung vom 23. Juli 2014.

43 Vgl. Reiner Burger, Tief im Rechten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. März 2015, S. 3.

44 Vgl. Michael Schorn, Anklage gegen vier „Autonome Nationalisten“, in: Südwest Presse Online vom 11. August 2014.

45 Vgl. Staatsministerium des Innern/Freistaat Sachsen (Hrsg.), Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2014, Dresden 2015, S. 109-115.

Tabelle 5: Gesetzesverletzungen mit rechtsextremem Hintergrund, 2012-2014

	2012	2013	2014
Tötungsdelikte	6	4	1
Sprengstoffanschläge	1	2	6
Brandanschläge	21	11	21
Körperverletzungen	690	704	871
Raubüberfälle	9	7	8
Landfriedensbrüche und Widerstandsdelikte	61	67	68
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Luft-, Schiffs- oder Straßenverkehr	6	2	5
Freiheitsberaubung	0	1	1
Erpressung	8	3	7
Gewalttaten insgesamt	802	801	990

Quelle: Verfassungsschutzberichte 2013 und 2014.

Im Rahmen des polizeilichen Erfassungssystems „Politisch motivierte Kriminalität“ wurden 2014 im Phänomenbereich „rechts“ 990 (2003: 801) Gewalttaten erfasst, die nach Einschätzung der Ermittler eine gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtete Intention erkennen ließen (siehe Tabelle 5). Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr beruht im Wesentlichen darauf, dass „Straftaten bei den gewalttätigen Ausschreitungen während einer Kundgebung einer Initiative von Hooligans gegen Salafisten am 26. Oktober 2014 in Köln“⁴⁶ sich gravierend in der Statistik niederschlugen (176 Delikte). Betrachtet man die Art der Delikte, so entfiel das Gros wie in den Vorjahren auf Körperverletzungen; in einem Fall wurde die Tat als (versuchte) Tötung gewertet. Jene Delikte, die meist größere Vorbereitungen erfordern und auf arbeitsteilige Gruppenstrukturen hindeuten (wie Sprengstoffanschläge oder Raub), kamen eher selten vor. An zweiter Stelle in der Rangliste lagen Landfriedensbrüche und Widerstandsdelikte. Auf die Konfrontationsgewalt (gegen politische Gegner und Sicherheitskräfte im Einsatz) entfiel etwa ein Fünftel, auf die „Hassgewalt“ vorwiegend mit fremdenfeindlicher oder (weitaus seltener) antisemitischer Motivation mehr als die Hälfte der Delikte. Neben rechtsextremistischer Symbolik wiesen vor allem Hassmusik-Texte ideologische Fragmente auf, die neben der Wahl der Opfer die politische Orientierung der Täter erhellten. Allerdings ging die Zahl der Konzerte (55) einschlägiger Bands gegenüber dem Vorjahr erneut zurück, und

46 Bundesministerium des Innern (FN 9), S. 28. Siehe zu den PMK-Daten auch: Bundesamt für Verfassungsschutz (FN 22), S. 4.

die Anhängerschaft „subkultureller“ Gruppierungen war – wie die der neonational-sozialistischen „Kameradschaften“ und „freien Kräfte“ – weiter leicht rückläufig.⁴⁷

4. Politisch-religiöser Fundamentalismus

Der Bereich des politisch-religiösen Fundamentalismus war wie in den Jahren zuvor von islamischen Extremisten beherrscht, die nach einem Gottesstaat strebten. Sie bildeten unter den in Deutschland lebenden Muslimen eine kleine und zersplitterte, aber hochaktive Minderheit. Während ein erheblicher Teil der Islamisten auf die Konfliktherde der Heimatländer fixiert blieb, nahm unter Immigranten der zweiten und dritten Einwanderergeneration wie unter zum Islam konvertierten Deutschstämmigen die Zahl derer rasch zu, die Deutschland als Missions- und Kampfgebiet ansahen, also auf eine Veränderung der inneren Kräftekonstellation zielten.

Dies galt für einen erheblichen Teil der von den Behörden so genannten Salafisten, eine nicht zuletzt vom saudi-arabischen Wahhabismus beeinflusste radikale Strömung, die 2014 wie schon im Jahr zuvor lebhaften Zulauf verzeichnen konnte. Die Zahl der Aktiven stieg auf mehr als 7.000 Ende 2014 (2013 rund 5.500).⁴⁸ Mit dem Etikett „Salafismus“ wurden in der Öffentlichkeit meist Gewalt und Terror assoziiert, doch bildeten die entsprechenden Gruppierungen keine homogene Einheit. Anhänger jihadistisch-terroristischer Zirkel standen neben politischen Salafisten, die ihre Ziele vor allem durch Wort und Schrift verfolgten.⁴⁹ Die besondere Aufmerksamkeit der Sicherheitsbehörden galt jenen meist jungen Männern aus Deutschland (bis Ende 2014 waren es nach Angaben der Sicherheitsbehörden an die 600 Personen), die sich vorwiegend über die Türkei nach Syrien und in den Irak aufmachten, um die dort kämpfenden islamistischen Kampfformationen zu unterstützen, vor allem den „Islamischen Staat“ (IS) und die – mit dem Terrornetzwerk *al-Qaida* verbündete – *al-Nusra-Front*. Die archaische Rohheit und Menschenverachtung, die in Propagandavideos islamistischer Einheiten aus den Kampfgebieten über das Internet auf verstörende Weise in die Wohnstuben der Bundesbürger drangen, wirkten auf eine radikalisierte Minderheit anziehend.

Eine besonders hohe Gefährdung sahen die Sicherheitsbehörden in kampfproben Rückkehrern, die das Erlernte in Deutschland zur Anwendung bringen könnten. Im Oktober 2014 wurde der 27-jährige deutsche Staatsangehörige Soufiane K. durch Beamte des hessischen Landeskriminalamtes in Frankfurt a.M. festgenommen. Er war nach Auffassung der Generalbundesanwaltschaft „dringend verdächtig, sich mindestens von September 2013 bis Juni 2014 als Mitglied an der ausländischen terroristischen Vereinigung ‚Jabhat al-Nusra‘ beteiligt zu haben“. Er sei im Juli 2013 nach Syrien gereist, um sich „an der gewaltsamen Errichtung eines allein auf der

47 Vgl. Bundesministerium des Innern (FN 9), S. 34, 41.

48 Ebd., S. 90.

49 Vgl. den Beitrag von Ekkehard Rudolph und Aladdin Sarhan in diesem Band.

Scharia gegründeten Gottesstaates“ zu beteiligten. Dort habe er eine „Kampfausbildung durchlaufen und sich unter anderem ein Sturmgewehr ‚Kalaschnikow‘ sowie ein Maschinengewehr“ beschafft. „Anschließend soll er an den täglichen Lagebesprechungen der örtlichen ‚Jabhat al-Nusra‘-Mitglieder teilgenommen und Wachdienste an Sicherheitsposten der Organisation versehen haben.“⁵⁰ Nach seiner Rückkehr nach Deutschland im Juni 2014 erhärtete sich der Verdacht gegen ihn.

Nur zwei Tage nach der Verhaftung des mutmaßlichen *al-Nusra*-Kämpfers ordnete die Generalbundesanwaltschaft Festnahme- und Durchsuchungsmaßnahmen gegen mutmaßliche Unterstützer der ausländischen terroristischen Vereinigungen „Islamischer Staat im Irak und Großsyrien“ (ISIG) und „Ahrar al Sham“ an. Zwei Personen wurden verhaftet. Der Beschuldigte Kamel Ben Yahia S. sei dringend verdächtig, „den ISIG seit Juli 2013 von Deutschland aus unterstützt zu haben [...]. Er soll der terroristischen Vereinigung Kleidung im Wert von über 1.100 Euro sowie 3.400 Euro Bargeld zur Verfügung gestellt haben. Darüber hinaus soll er Reisebewegungen von ISIG-Mitgliedern unterstützt haben. Zuletzt soll er einen 17-jährigen Jugendlichen aus Deutschland über die Türkei zum ISIG nach Syrien geschleust haben. Der Mitbeschuldigte Yusup G. ist dringend verdächtig, maßgeblich an der Schleusung beteiligt gewesen zu sein.“⁵¹

Unterstützer internationaler Jihadisten und sonstiger gewaltorientierter Gruppierungen bildeten unter den von den Verfassungsschutzbehörden erfassten islamischen Extremisten eine kleine Minderheit. Die Ende 2014 auf 43.890 Personen (Ende 2013: 43.190) geschätzte Anhängerschaft verhielt sich in ihrer großen Mehrheit gesetzeskonform.⁵² Islamisten türkischer Herkunft überwogen bei weitem.

Das Gros der behördlich erfassten Islamisten entfiel auf die in der Türkei verbotene, in Deutschland gewaltfrei agierende Vereinigung *Milli Görüş* (IGMG), der wie im Vorjahr rund 31.000 Mitglieder in mehr als 323 Moschee- und Kulturvereinen zugerechnet wurden.⁵³ Die Behörden registrierten Mäßigungsprozesse innerhalb der Organisation, zweifelten aber weiterhin an der Glaubwürdigkeit der Bekenntnisse der Organisationsleitung zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung, da die IGMG unverändert engen Verbindungen zur türkischen *Saadet Partei* (SP) unterhielt und das ideologische Erbe des Organisationsgründers Erbakan ehrte. Allerdings waren konkrete Bestrebungen extremistischer Art in vielen ihrer Moscheegemeinden nicht erkennbar. Das Landesamt für Verfassungsschutz Hamburg zog aus dieser Tatsache als erste Behörde den Schluss, die Beobachtung der IGMG als Ganzes einzustellen und sich auf Substrukturen mit klar erkennbaren extremistischen Tendenzen zu beschränken.⁵⁴ Andere Landesämter folgten diesem Vorbild nicht, sahen in der

50 Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof, Pressemitteilung vom 16. Oktober 2014.

51 Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof, Pressemitteilung vom 18. Oktober 2014.

52 Vgl. Bundesministerium des Innern (FN 9), S. 92.

53 Vgl. ebd., S. 92, 210-212.

54 Vgl. „Milli Görüş ist nicht verfassungsfeindlich“, in: Die Welt vom 16. April 2014 (Interview mit dem Präsidenten des LfV Hamburg, Manfred Murck).

eigenständigen Verankerung in der SP vielmehr den Versuch, die IGMG-Ideologie wirkungsvoller zu verbreiten.⁵⁵

Tabelle 6: Mitglieder islamistischer Organisationen, 2012-2014

	2012	2013	2014
IGMG	31.000	31.000	31.000
MB	1.300	1.300	1.000
Hizb Allah	950	950	950
Türkische Hizbullah	350	350	360
Hizb ut-Tahrir	300	300	300
HAMAS	300	300	300
Tablighi Jama'at	700	700	700
Nordkaukasische Separatistenbewegung	500	250	220
Salafisten	4.500	5.500	7.000
Gesamtmitgliederzahl	42.550	43.190	43.890

Quelle: Verfassungsschutzberichte 2013 und 2014.

Weniger Dissens bestand im Blick auf legalistische islamistische Vereinigungen, deren Aktivitäten in Deutschland größtenteils auf die Unterstützung ihrer Mutterorganisationen im Ausland gerichtet waren. Dies galt etwa für die rund 1.000 Anhänger der *Muslimbruderschaft* (MB), die sich um die Vereinigungen *Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V.* (IGD) und *Muslimische Jugend in Deutschland e.V.* (MJD) scharten. Sie polemisierten heftig gegen die ägyptische Militärregierung, die mit großer Härte gegen die Muslimbrüder vorging, um den eigenen demokratischen Anspruch hervorzuheben, vermieden jedoch eine Kritik der Ideologie der Mutterorganisation mit ihren theokratischen und antisemitischen Elementen und der Unterordnung der Frau. Auf „Gaza-Demonstrationen“ zeigten sie sich mit der palästinensischen HAMAS solidarisch.⁵⁶

Die unverändert auf ca. 300 Personen geschätzten Anhänger der „Islamischen Widerstandsbewegung“ *HAMAS* in Deutschland hatten 2003 durch die Entmachtung Mursis in Ägypten und die Parteinahme für Teile der syrischen Opposition ihre wichtigsten Unterstützer eingebüßt und konzentrierten sich auf Hilfen für ihre Mutterorganisation.⁵⁷ Gleichsam auf der anderen Seite der Front standen die rund 900 Anhänger der schiitisch-islamistischen *Hizb Allah*, denn die schiitisch-fundamenta-

55 Vgl. Innenministerium Baden-Württemberg (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2014, Stuttgart 2015, S. 89-91.

56 Vgl. ebd., S. 71 f.

57 Vgl. Bundesministerium des Innern (FN 9), S. 201.

listische, aggressiv-antiisraelisch agierende Mutterorganisation im Libanon unterstützte das syrische Militär.⁵⁸

Als *Türkische Hizbullah* beobachteten die Behörden in Deutschland lebende Funktionäre einer in Nordkurdisten teilweise gewaltsam operierenden Organisation überwiegend sunnitischen Kurden, die auf die Errichtung eines islamischen Gottesstaates in der Türkei hinarbeiteten. Die Anhänger, deren Zahl leicht stieg (Ende 2014 rund 360 Personen), sammelten Spenden, verteilten Publikationen und veranstalteten Zusammenkünfte zur Unterstützung ihrer Gesinnungsgenossen in der Heimat.⁵⁹

Das gegen die Vereinigung *Hizb ut-Tahrir* (unverändert rund 300 Aktive Ende 2014) verhängte Betätigungsverbot in Deutschland bestand fort. Ihre Anhänger agierten in Deutschland konspirativ und halfen ihren Gesinnungsgenossen in den syrischen Rebellengebieten.⁶⁰

Die Zahl der Anhänger der 1926 in Indien entstandenen, den Lehren der islamistischen Deoband-Schule verpflichteten Missionierungsbewegung *Tablighi Jama'at* (TJ) stagnierte (Ende 2014 ca. 700). „Die Aktivitäten der TJ in Deutschland werden über informelle Kontakte in einem hierarchisch aufgebauten Netzwerk herausragender Akteure koordiniert. Dabei liegt der Schwerpunkt auf der Werbung neuer Anhänger, der Missionierung und der Durchführung ideologischer Schulungen.“⁶¹

Die *Nordkaukasische Separatistenbewegung* (NKS) blieb in die *Tschetschenische Republik Itschkeria* (CRI) und das *Kaukasische Emirat* (KE) gespalten. Die Zahl der in Deutschland gewaltfrei agierenden Unterstützer veranschlagten die Verfassungsschutzbehörden auf insgesamt rund 220 (2013: 250).⁶²

5. Vergleich und Ausblick

Waren Öffentlichkeit und veröffentlichte Meinung im Themenfeld „innere Sicherheit“ im Jahr 2013 von den NSU-Ermittlungen beherrscht worden, gewann das Thema rechtsextreme Gewalt im Jahr 2014 nicht zuletzt durch vermehrte Übergriffe auf Unterkünfte von Asylsuchenden neue Aktualität. Das Thema „Salafismus“ war damit insofern verknüpft, als die Zahl der Menschen, die insbesondere vor dem Wüten islamistischer Milizen in Syrien und dem Irak flohen und in europäischen Ländern, allen voran Deutschland, Zuflucht suchten, beträchtlich anstieg. Was die meisten entsetzte, wirkte auf eine kleine Minderheit Fanatisierter anziehend. So stellte der „Salafismus“ nicht nur als Terrorgefahr aus dem Ausland, sondern auch als Bedrohung durch rückkehrende Jihadisten mit nicht selten deutscher Staatsangehörigkeit mehr als je zuvor eine Herausforderung dar.

58 Vgl. ebd., S. 204.

59 Vgl. ebd., S. 236.

60 Vgl. Senatsverwaltung für Inneres und Sport Berlin, Verfassungsschutzbericht 2014, Berlin 2015, S. 61.

61 Vgl. Bundesministerium des Innern (FN 9), S. 208.

62 Vgl. ebd., S. 202 f.

Auf die politischen Prozesse im Inneren Deutschlands wirkte das Phänomen vorwiegend als Gegenstand der – insbesondere parteipolitischen – Auseinandersetzung ein, ließ die innenpolitischen Kräfteverhältnisse dagegen weitgehend unberührt. Der vor allem als Protestthema auf den Straßen unverkennbare Antislimismus beeinflusste die Wahlmobilisierung vorerst kaum, zumal die geschwächte NPD zum Islamismus eine ambivalente Haltung einnahm und klar muslimfeindliche Gruppierungen kaum zu reüssieren vermochten.

Die *Linke* blieb im Westen schwach, vermochte aber einen weiteren Rückgang ihres Potenzials unter der seit 2013 bestehenden Führung zu verhindern. Im Vergleich zur NPD war ihre Position in der Konkurrenz mit etablierten Parteien wie neuen Protestformationen vergleichsweise komfortabel, zumal sie ein hohes Maß an Anpassungsfähigkeit an den Tag legte, ihre innerparteilichen Konflikte im Zaum zu halten vermochte und von höherer gesellschaftlicher Akzeptanz – im Osten wie im Westen – profitierte. Dies zeigte nicht zuletzt der Erfolg in Thüringen, der (mit der Koalitionsbeteiligung in Brandenburg) Hoffnungen auf Regierungsperspektiven auch auf Bundesebene begründete.

Mit Blick auf das Jahr 2015 stellten sich Fragen wie die folgenden: Würde die vom Verbot bedrohte NPD angesichts des dynamischen Wandels am rechten Flügel des politischen Spektrums einen beschleunigten Niedergang erleben? Könnte die *Linke* von der Entwicklung in Thüringen auf Bundesebene profitieren und ihre Koalitionsfähigkeit deutlich steigern? Würde sich die neue Konfrontationslinie zwischen militanten Islamisten und Muslimfeinden weiter verhärten und die Rechts-Links-Auseinandersetzung überlagern? Und schließlich: Könnte die Bedrohung durch den Jihadismus weiter zunehmen und andere Herausforderungen für die innere Sicherheit in den Hintergrund drängen?

Dokumentation 2014: Im Schutzmantel der Partei: „Der Dritte Weg“ verläuft ganz weit rechts

Von Alexander Gallus

1. Präsentation

Ende September 2013 gründete sich in Heidelberg unter dem Namen *Der Dritte Weg* (auch: *Der III. Weg*) eine neue rechtsextremistische Partei, die zunächst vor allem NPD-Aktivisten eine neue Heimat bot, die sich von ihrem Landesverband Rheinland-Pfalz abgespalten hatten. Der Parteivorstand besteht seitdem „überwiegend aus ehemaligen NPD-Mitgliedern neonazistischer Prägung“.¹ Parteivorsitzender ist der ehemalige NPD-Funktionär Klaus Armstroff. Offizieller Sitz der Partei ist dessen rheinland-pfälzischer Heimatort Weidenthal. Mittlerweile zählt sie rund 200 Mitglieder, die sich auf 15 „Stützpunkte“ genannte Regionalverbände aufteilen.² Zulauf erhielt *Der Dritte Weg* vor allem nach dem Vereinsverbot der Neo-NS-Kameradschaft Freies Netz Süd (FNS) durch das bayerische Innenministerium am 23. Juli 2014. Das FNS war wiederum aus der 2004 verbotenen Fränkischen Aktionsfront (F.A.F.) hervorgegangen und zählte ca. 100 bis 150 Aktivisten, darunter Protagonisten der fränkisch-oberpfälzischen Neonaziszene wie Matthias Fischer, Norman Kempken und Tony Gentsch.³ Deren Namen tauchen wiederholt im Rahmen von Protestaktionen und Demonstrationen der neuen Partei auf, ohne dass sie in ihr förmliche Leitungspositionen einnehmen würden. Mit sechs „Stützpunkten“ stellt das Bundesland Bayern den Schwerpunkt der Partei dar. Die Umbenennung des am 25. Januar 2014 zuerst gegründeten Stützpunktes Hof in „Stützpunkt Hochfranken/Vogtland“ am 29. März 2014 ist bereits Indiz für Expansionstendenzen – insbesondere nach Sachsen, aber auch nach Thüringen und Brandenburg.⁴

1 Verfassungsschutzbericht 2013, hrsg. vom Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur Rheinland-Pfalz, S. 43 (abrufbar unter: www.verfassungsschutz.rlp.de).

2 Die Mitgliederzahl ist dem Verfassungsschutzbericht 2014, hrsg. vom Bundesministerium des Innern, Berlin 2015, S. 171 (abrufbar unter: www.verfassungsschutz.de), entnommen. Dort sind zehn „Stützpunkte“ angegeben, auf der Homepage der Partei (www.der-dritte-weg.info) indes mittlerweile 15 (Stand: 25. Juli 2015).

3 Vgl. Verfassungsschutzbericht Bayern 2014, hrsg. vom Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr, München 2015, S. 127-129 (abrufbar unter: www.verfassungsschutz.bayern.de).

4 Vgl. Neonazi-Minipartei der III. Weg auf Expansionskurs, unter: www.endstation-rechts.de vom 9. April 2014; Johannes Hartl, „III. Weg“ will expandieren, in: [blick nach rechts](http://blick.nach.rechts) (www.bnr.de) vom 19. Mai 2015.

Mit dem hier dokumentierten Zehn-Punkte-Programm, das auf der Gründungsveranstaltung am 28. September 2013 verabschiedet wurde⁵, signalisiert die Partei *Der Dritte Weg*, dass sie sich nicht nur als neuer Hort einer aktivistischen Neonaziszene versteht, sondern darüber hinaus auch in ganz bewusster Weise neonationalsozialistische Ideen auf ihre Fahnen schreibt, die sich in eine unmittelbare Traditionslinie zum historischen deutschen Nationalsozialismus stellen (auch in Anspielung auf das 25-Punkte-Programm der NSDAP von 1920). Der Ruf nach „Erhaltung und Entwicklung der biologischen Substanz des Volkes“ beispielsweise knüpft an alte rassistisch-biologistische Leitbilder an, der nach der „friedliche[n] Wiederherstellung Gesamtdeutschlands in seinen völkerrechtlichen Grenzen“ an den Gedanken einer Restitution des großdeutschen Reiches, der nach „Wiederherstellung der Selbstversorgung“ an überkommene Autarkie-Phantasien. Am Beginn des Programms steht die Forderung nach einem „Deutschen Sozialismus“, der bekanntlich keinen linken oder marxistischen Ursprung hat, stattdessen als Solidarismus-Appell an die Denkfiktion der Gemeinschaft und insbesondere einer (harmonisch geschlossenen, homogenen) deutschen Volksgemeinschaft rührt. Durch die Betonung einer Zwischenstellung zwischen Kapitalismus und Kommunismus ebenso wie durch den Wunsch nach dem deutschen Austritt aus NATO und Europäischer Union wird der schon im Parteinamen erhobene Anspruch auf einen dritten Weg unterstrichen.⁶

Vor allem aber interpretiert die Partei den Faschismus und spezifische Ausformungen des deutschen Nationalsozialismus als dritten Weg, dessen Erbe sie unter gewandelten Umständen fortsetzen will. Blickt man zusätzlich auf die Symbolik und Formensprache des *Dritten Weges* wird noch deutlicher, auf welche Vorbilder sich die Gruppierung berufen will. Ein charakteristisches Parteisymbol besteht aus einem Zahnradkranz, wie ihn in fast identischer Form früher die Deutsche Arbeitsfront (DAF) verwandte. Statt eines Hakenkreuzes im Zentrum – wie im Falle der DAF-Insignien – nutzt die Partei *Der Dritte Weg* dort einen von einem Schwert überkreuzten Hammer. Dies entspricht dem Kernsymbol der nationalsozialistischen „Schwarzen Front“, die Otto Straßer Anfang der 1930er Jahre als sozialrevolutionäre Alternative zu Hitlers Partei ins Leben gerufen hatte.⁷ Auch das in den Zahnradkranz geschriebene Motto „National – Revolutionär – Sozialistisch“ unterstreicht den Anspruch, an jene „Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten“ anzuknüpfen.

5 Vgl. den Artikel vom 9. Oktober 2013: Gründungsveranstaltung der Partei DER DRITTE WEG, unter: http://www.der-dritte-weg.info/index.php/menue/1/thema/69/id/3914/anzeigemonat/10/anzeigejahr/2013/infortext/Gruendungsveranstaltung_der_Partei_DER_DRITTE_WEG/akat/1/such_0/Parteiprogramm/Politik_Gesellschaft_und_Wirtschaft.html (25. Juli 2015).

6 Vgl. allgemein zu der großen Variationsbreite möglicher dritter Wege, die demokratischer wie extremistischer Natur sein konnten, den Überblick: Alexander Gallus/Eckhard Jesse, Was sind Dritte Wege? Eine vergleichende Bestandsaufnahme, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 16-17/2001, S. 6-15.

7 Vgl. zum Hintergrund: Patrick Moreau, Nationalsozialismus von links. Die „Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten“ und die „Schwarze Front“ Otto Straßers 1930-1935, Stuttgart 1985.

fen, die einen deutlich antikapitalistisch ausgerichteten nationalen Sozialismus vertraten und antiwestlich-nationalbolschewistische Bündnisse schließen wollte.

Die Schwarzfrontler wurden als „linke Leute von rechts“ oder als Ausprägung eines „Nationalsozialismus von links“⁸ bezeichnet. Schon für das historische Phänomen konnte diese Zuweisung nicht recht überzeugen, nur weil sie auf einige antikapitalistische Grundannahmen rekurrierte. Ansonsten finden sich auch bei diesen Nationalsozialisten nationalistisch aufgeladene Ideologeme, Zeugnisse eines bisweilen aggressiven Antisemitismus und das Verlangen nach einem starken deutschen Machtstaat in der Mitte Europas. Aus diesem weltanschaulichen Konglomerat schöpft die neue Partei *Der Dritte Weg*, die in ideologischer Hinsicht als eindeutig neonationalsozialistisch zu kennzeichnen ist. Ihre aktivistischen Aktionsformen passen indes besser zur Kameradschafts- und Neonaziszene, für die eine „stringente Ideenverbindung zur Weltanschauung der Nationalsozialisten“⁹ von zweitrangiger Bedeutung gegenüber dem aktionistischen Kampf auf der Straße sein dürfte. Es dominieren Aufmärsche, Demonstrationen und Flugblattaktionen, die von der Anti-Asylthematik und Fremdenfeindlichkeit, aber auch von Antisemitismus und Anti-Israel-Hetze und geschichtsrevisionistischem „Heldengedenken“ geprägt sind. Selbst Brandstiftungen gegenüber Asylbewerberheimen finden zynisch-zustimmende Kommentare („Feuerchen“), so auf der Partei-Homepage.¹⁰ Der Staat Israel wird u.a. als „kindermordendes Raubstaatgeschwür“ diffamiert.¹¹ Zur Verbreitung ihrer Thesen nutzt die Partei *Der Dritte Weg* intensiv das Internet und Social-Media-Foren. So verweist sie auf der eigenen Homepage auf „Der III. Weg bei Twitter“, „Der III. Weg bei Facebook“, „Der III. Weg bei YouTube“ und ermöglicht gleichsam per Mausclick Spendenzahlungen via „PayPal“.

Die Partei *Der Dritte Weg* steht auf Kriegsfuß mit fundamentalen Vorstellungen des demokratischen Rechts- und Verfassungsstaates, nicht zuletzt auch mit einem individuellen Menschenrechtsverständnis. Den Verfassungsschutz bekämpft die Partei als staatliches Repressionsinstrument.¹² Ein verstärktes Interesse, sich als Partei am parlamentarischen System zu beteiligen, ist nicht zu erkennen. Während der rhein-

8 Ebd.; Otto Ernst Schüddekopf, *Linke Leute von Rechts. Die nationalrevolutionären Minderheiten und der Kommunismus in der Weimarer Republik*, Stuttgart 1960. Schüddekopf griff damit eine Bezeichnung auf, die ursprünglich Kurt Hiller (*Linke Leute von rechts*, in: *Die Weltbühne* vom 2. August 1932, S. 153-158) geprägt hatte.

9 Verfassungsschutzbericht 2013 (FN 1), S. 44.

10 Siehe den Artikel vom 13. Dezember 2014: Mittelfranken: Drei Asyl-Kaschemmen durch Großbrand verhindert, unter: http://www.der-dritte-weg.info/index.php/menue/1/thema/69/id/4896/anzeigemonat/12/anzeigjahr/2014/infotext/Mittelfranken_Drei_Asyl_Kaschemmen_durch_Grossbrand_verhindert/akat/1/such_0/Feuerchen/Politik_Gesellschaft_und_Wirtschaft.html (25. Juli 2015); vgl. auch Verfassungsschutzbericht 2014 (FN 2), S. 38.

11 Zit. nach ebd., S. 59.

12 So stand eine Protestkundgebung in Deggendorf am 30. August 2014 unter dem Motto „Stoppt die Repressionswut gegen deutsche Nationalisten!“. Vgl. den Artikel vom 4. September 2014: Aktionswochenende gegen staatliche Repressionen in Ostbayern, unter: http://www.der-dritte-weg.info/index.php/menue/1/thema/69/id/4659/anzeigemonat/09/anzeigjahr/2014/infotext/Aktionswochenende_gegen_staatliche_Repressionen_in_Ostbayern/akat/1/such_0/Deggendorf/Politik_Gesellschaft_und_Wirtschaft.html (25. Juli 2015).

land-pfälzischen Kommunalwahlen 2014 kandidierte sie lediglich am Wohnort des Parteivorsitzenden und erzielte 0,5 Prozent der Stimmen (absolut: 301).¹³ Wie schon im Falle der ein gutes Jahr zuvor von Christian Worch gegründeten Partei *Die Rechte*¹⁴ versteht sich *Der Dritte Weg* vorrangig als Auffangbecken für Mitglieder von Vereinsverboten betroffener (Kameradschafts-)Organisationen. In den Augen des Verfassungsschutzes haben diese Szene-Gruppierungen die „Parteiform als Organisationsmodell“ in instrumenteller Absicht für sich entdeckt, geht es doch bekanntlich mit einer „relativen Verbotsfestigkeit“ einher.¹⁵

2. Dokumentation

Zehn-Punkte-Programm¹⁶

1. Schaffung eines Deutschen Sozialismus

Ziel der Partei DER DRITTE WEG ist die Schaffung eines Deutschen Sozialismus, fernab von ausbeuterischem Kapitalismus wie gleichmacherischem Kommunismus.

2. Raumgebundene Volkswirtschaft

Ziel der Partei DER DRITTE WEG ist die Verstaatlichung sämtlicher Schlüsselindustrien, Betrieben der allgemeinen Daseinsfürsorge, Banken, Versicherungen sowie aller Großbetriebe. Zur Wiederherstellung der Selbstversorgung Deutschlands mit Grundnahrungsmitteln ist die Eigenwirtschaft von Einzel- und Familienbetrieben sowie Landwirtschaft im besonderen Maße zu fördern.

3. Deutsche Kinder braucht das Land

Die Grundlage der Bevölkerungspolitik der Partei DER DRITTE WEG ist die konsequente Förderung von kinderreichen Familien zur Abwendung des drohenden Volkstodes. Die Partei DER DRITTE WEG fordert die Einführung der Todesstrafe für Kindermord und andere Kapitalverbrechen.

4. Heimat bewahren

Zur Beibehaltung der nationalen Identität des deutschen Volkes sind die Überfremdung Deutschlands und der anhaltende Asylmißbrauch umgehend zu stoppen. Kri-

¹³ Verfassungsschutzbericht 2014 (FN 2), S. 52.

¹⁴ Vgl. Alexander Gallus, Was will Die Rechte? Zur Gründung einer neuen rechtsextremen Partei, in: Uwe Backes/ders./Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 25, Baden-Baden 2013, S. 130-135.

¹⁵ Verfassungsschutzbericht 2014 (FN 2), S. 49.

¹⁶ Entnommen: http://www.der-dritte-weg.info/index.php/menue/63/Zehn_Punkte_Programm.html (22. Juli 2015). Ebenfalls dokumentiert unter: http://www.bundeswahlleiter.de/de/parteien/downloads/parteien/DER_DRITTE_WEG.pdf (Stand: 2. November 2014; abgefragt am: 24. Juli 2015). Die kursiv gesetzten Überschriften sind im Original aufrecht gestellt und fett hervorgehoben.

minelle sowie dauerhaft erwerbslose Ausländer sind aus Deutschland stufenweise auszuweisen.

5. Stärkung der Bürger- und Freiheitsrechte

Die Partei DER DRITTE WEG bekämpft entschieden die zunehmende Überwachung und Einschränkung der Bürger im privaten wie im öffentlichen Raum. Gesinnungsparagrafen des Strafgesetzbuchs und Bespitzelungsbefugnisse des Staates sind ersatzlos zu streichen.

6. Soziale Gerechtigkeit für alle Deutschen

Jeder Deutsche hat das Recht auf persönliches Eigentum, auf freie Religionsausübung, auf Wohnraum, auf medizinische Versorgung, auf Aus- und Weiterbildung, auf Kultur- und Freizeit, auf Altersversorgung und das Recht wie auch die Pflicht zur Arbeit. Die Partei DER DRITTE WEG fordert daher auch die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes.

7. Umweltschutz ist Heimatschutz

Ziel der Partei DER DRITTE WEG ist die Schaffung bzw. Wiederherstellung einer lebenswerten Umwelt, die Erhaltung und Entwicklung der biologischen Substanz des Volkes und die Förderung der Gesundheit.

8. Kein deutsches Blut für fremde Interessen

Die Partei DER DRITTE WEG lehnt die Stationierung und Unterhaltung fremder militärischer Stützpunkte auf deutschem Territorium ab. Eine Beteiligung an Kriegseinsätzen der Armee im Ausland wird kategorisch ausgeschlossen. Ziel der Partei DER DRITTE WEG ist der Austritt Deutschlands aus der NATO.

9. Schaffung einer Europäischen Eidgenossenschaft

Ziel der Partei DER DRITTE WEG ist der Austritt aus der Europäischen Union (EU) und die Schaffung einer Europäischen Eidgenossenschaft auf Grundlage der europäischen Kulturen sowie der gemeinsamen Geschichte und ist getragen vom Willen und der Souveränität der europäischen Völker.

10. Deutschland ist größer als die BRD

Ziel der Partei DER DRITTE WEG ist die friedliche Wiederherstellung Gesamtdeutschlands in seinen völkerrechtlichen Grenzen.

Das antideutsche Spektrum zwischen realpolitischer Lobbyarbeit und Ideologiekritik – Die Kampagne „Stop the Bomb“

Von Rudi Bigalke

1. Ein Spektrum im Wandel

Am 16. Juni 2008 veranstaltete die „ag antifa im Studierendenrat der MLU Halle“ eine Podiumsdiskussion zu dem Thema: „Kritik versus Realpolitik? Die Zukunft der Israelsolidarität“.¹ Bei dem Veranstalter handelt es sich um eine Vorfeldorganisation der „AG No Tears for Krauts“ (Keine Träne für Sauerkrautesser) – eine antideutsche Gruppe aus Halle. So diskutierten mit Justus Wertmüller und Stephan Grigat zwei der bedeutendsten Protagonisten des antideutschen Spektrums über dessen Zukunft, befindet sich die Szene seit 2007 doch in organisatorischen wie ideologischen Neuformierungsprozessen. Tönte es im Mai 1990 anlässlich einer Demonstration in Frankfurt a.M. gegen die deutsche Wiedervereinigung noch „Nie wieder Deutschland“² – die eigentliche Geburtsstunde der Antideutschen, die seit Mai 2015 in der antideutschen Wochenzeitung *Jungle World* mit einer Themenreihe gewürdigt wird³ –, hat sich dieser Schlachtruf spätestens seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 zu dem neuen Imperativ der Szene gewandelt: „Es geht um Israel“.⁴ Vorausgegangen sind zum Teil heftig wie polemisch geführte theoretische Debatten vor allem mit anderen Spielarten der extremen Linken in Zeitungen und Zeitschriften wie der erwähnten *Jungle World*, konkret und im besonderen Maße der *Bahamas*. Konnten sich an deren Ende die Antideutschen mehr und mehr als eigene Strömung innerhalb des politischen Linksextremismus etablieren, findet die Szene heute neben mannigfachen inhaltlichen Ausdifferenzierungen in der bedingungslosen Solidarität mit Israel den kleinsten gemeinsamen Nenner. Gleichwohl scheinen die Hochzeiten der Antideutschen, in denen ein beachtlicher Einfluss auf die linksextreme Szene ausgeübt werden konnte, seit einigen Jahren vorüber zu sein. Gerade die Frage, wie die antideutsche Israelsolidarität umzusetzen sei, treibt zunehmend einen Keil durch das antideutsche Lager. Mit Justus Wertmüller und Stephan Grigat finden sich bei der Podiumsdiskussion sogleich die Aushängeschilder zweier auseinanderdriftender

1 Vgl. Kritik versus Realpolitik? Die Zukunft der Israelsolidarität. Podiumsdiskussion mit Stephan Grigat und Justus Wertmüller, nachzuhören unter: <http://nokrauts.org/audio.php> (7. Juli 2015).

2 Vgl. Radikale Linke (Hrsg.), „Deutschland? Nie wieder!“ Kongress der Radikalen Linken. Reden und Diskussionsbeiträge zum Kongress an Pfingsten 1990 und auf der Demo „Nie wieder Deutschland“ am 2.5.1990 in Frankfurt am Main, Frankfurt a.M. 1990.

3 Wortmeldungen von Größen der Szene wie Uli Krug, Detlef zum Winkel oder der Gruppe Antideutsche Aktion Berlin finden sich unter: <http://jungle-world.com/disko/> (20. Juli 2015).

4 Vgl. Justus Wertmüller, Es geht um Israel, in: *Bahamas*, 20/1996, S. 20–23.

Entwicklungspfade der Szene ein. So gehört Erstgenannter zur Redaktion des Periodikums Bahamas, das lange Zeit als inoffizielles Zentralorgan der antideutschen Szene galt. Mit der Ankündigung Wertmüllers, die Selbstzuschreibung „antideutsch“ abzulegen und fortan nur noch unter dem Label der „Ideologiekritik“ zu operieren, legt die „Bahamas“ eine Wegmarke aus, die auf eine zunehmende Differenzierung des antideutschen Spektrums hinweist: „Antideutsch“ sei immer nur eine Zuschreibung gewesen, die man in den 1990er Jahren gerne aufgenommen habe, um die diffusen Gruppen beschreiben zu können, die sich nach dem Zerfall der „Nie-wieder-Deutschland-Kampagne“ gründeten. Nachdem sich nun eine gegen die „gesellschaftliche Mitte“ strebende Israelsolidarität von der „Bahamas“ emanzipiert habe, bleibe vom Prädikat „antideutsch“ lediglich „der Hass, der schon lange nicht mehr die deutsche Ideologie meint, die längst eine europäische geworden ist, sondern den Westen.“⁵

Vorausgegangen ist eine Entwicklung, in der sich die israelsolidarische Szene mehr und mehr als eigenständiger Teil von ihren antideutschen Wurzeln losgesagt hat und durch den Rückgriff auf eine realpolitische Strategie den Anschluss an die gesellschaftliche Mitte sucht. Vorzeigeobjekt dieser realpolitischen Bestrebungen innerhalb der antideutschen Szene ist die Initiative „Stop the Bomb“ (STB). Während die Kampagne in Österreich mit Stephan Grigat von einem der theoretisch versiertesten Protagonisten der Antideutschen initiiert wird, sind die Träger der deutschen Kampagne eher dem „weichen“ Kern der Antideutschen zuzurechnen. Am Beispiel der Initiative STB soll verdeutlicht werden, welche Entwicklungspfade das antideutsche Spektrum in den letzten Jahren durchlaufen hat. Vor diesem Hintergrund ist zu fragen, welche Rolle STB in der antideutschen Szene übernimmt bzw. ob sie überhaupt ein Teil von jener ist. Gibt es einen Unterschied zwischen dem österreichischen und dem deutschen Ableger? In diesem Sinne ist zu klären, welches Selbstverständnis, welche Strukturen und damit einhergehende Strategien die Initiative STB prägen. Welche Ziele sollen mit der Kampagne verfolgt werden? Die allmähliche Aufspaltung des antideutschen Spektrums muss unverständlich bleiben, wenn nicht ihre Entwicklungen bis zur Gründung der Kampagne STB nachgezeichnet werden, sind Wandlungen doch prägendes Moment einer Szene, die sich ursprünglich im Zuge der Wiedervereinigung unter der Schimäre eines bevorstehenden „Vierten Reichs“ gründete.

2. Der Ursprung: Antideutsche und (Neo-)Konservative für Israel

Mit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 entwickelte sich unter der Schirmherrschaft der „Initiative Sozialistisches Forum“ (ISF) aus Freiburg und vor allem des Periodikums „Bahamas“ die bedingungslose Solidarität mit Israel zum alles bestimmenden Faktor in der antideutschen Szene. In der Folge stießen erstmalig

⁵ Ders., Ideologiekritisch und sonst nichts, in: Bahamas, 57/2009, S. 29.

auch konservative Politiklinien innerhalb der Antideutschen auf rege Zustimmung. Im Krieg gegen den Terror erkannte die antideutsche Linke eine wahrhaft antifaschistische Aktion, die der klassisch antiimperialistischen Weltsicht vieler linksextremer Gruppen entgegengehalten werden konnte.⁶ So kam es auf Demonstrationen und anderen Veranstaltungen immer wieder zu ungewöhnlichen Allianzen zwischen dem antideutschen und (neo-)konservativen Lager, fanden doch beide Seiten in der Solidarität mit Israel den kleinsten gemeinsamen Nenner. Der Redakteur der Tageszeitung „Die Welt“ Hannes Stein wohnte etwa dem Eröffnungspodium der antideutschen kommunistischen Konferenz „Gegen die antisemitische Internationale“ am 6. Juni 2003 in Berlin bei⁷, und Justus Wertmüller beteiligte sich 2006 zusammen mit dem damaligen CSU-Innenminister Günther Beckstein an der Kundgebung „Keine Gastfreundschaft für Volksverhetzer“ gegen den Besuch des iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad mit einem Redebeitrag.⁸

Die ungewöhnliche Allianz ging jedoch nur so weit, wie mit der antideutschen Israelsolidarität auf die staaten- und klassenlose Weltgesellschaft hingearbeitet werden konnte. Nichtsdestoweniger schien mit aufblühendem Aktivismus das kommunistische Endziel aus dem Blickfeld zu geraten, beteiligte sich eine Vielzahl antideutscher Gruppen nun auch an diversen realpolitischen Demonstrationen und Aufrufen bzw. betrieb sie im Namen von Israel eine identitätsstiftende Gesinnungsdemonstration, die mit materialistischer Kritik kaum zu rechtfertigen war. So konnte sich im Schatten des antideutschen Spektrums eine israelsolidarische Szene entwickeln, die sich nach und nach von den kommunistisch-materialistischen Wurzeln entfernt hatte.⁹

Zusätzlich befeuert wurde die Entwicklung durch den sich zuspitzenden israelisch-iranischen Atomkonflikt, der eine Hinwendung zu realpolitischen Themenfeldern jenseits einer kritisch-materialistischen Linie ermöglichte. Erste Anläufe dieser Art wurden vor allem in Österreich sichtbar, nachdem der Konzern „Österreichische Mineralölverwaltung“ (OMV) im April 2007 ankündigte, ein Milliardengeschäft mit dem Teheraner Regime abzuschließen. Daraufhin fand an der Universität Wien im September 2007 ein Symposium unter dem Titel „Die islamische Republik Iran – Analyse einer Diktatur“ statt. Bei dem Veranstalter handelt es sich um die Wiener Gruppe „Café Critique“ – ein „loser Zusammenschluss von GesellschaftskritikerInnen, die aus der Linken kommen“, wie das prominenteste Mitglied der Gruppe, Ste-

6 Vgl. Redaktion Bahamas, Bush – the Man of Peace!, unter: www.redaktion-bahamas.org/aktuell/Bagdad.html (12. Mai 2015).

7 Vgl. dies., Stein des Anstoßes. Warum uns ein Welt-Redakteur auf einer antideutschen Konferenz willkommen ist, unter: www.redaktion-bahamas.org/aktuell/STEIN.html (12. Mai 2015).

8 Justus Wertmüller, Redebeitrag zur Kundgebung „Keine Gastfreundschaft für Volksverhetzer“ in Frankfurt am 17. Juni 2006, unter: www.redaktion-bahamas.org/aktuell/Frankfurt-17-6-06.html (12. Mai 2015).

9 Zur Kritik dieser Entwicklung vgl. Stephan Grigat, Mit Wimpeln und Mützchen, in: *Jungle World* Nr. 32 vom 7. August 2008, S. 18-23.

phan Grigat, in einem Interview betont.¹⁰ Neben Grigat ist es vor allem Gerhard Scheit, der die Gruppe von 2001 an durch theoretische Versatzstücke zur Speerspitze des antideutschen Spektrums in Österreich formte. War der Wiener Zusammenschluss vor allem publizistisch aktiv, stellte das Symposium einen neuen Versuch dar, der antideutschen Kritik angesichts des eskalierenden Atomkonflikts Ausdruck zu verleihen. Jedoch musste „Café Critique“ für sich als kleine Splittergruppe des antideutschen Spektrums konstatieren, bis auf einen daraus hervorgehenden Sammelband nicht genügend Aufmerksamkeit akquirieren zu können, um der antideutsch-materialistischen Kritik am iranischen Regime Geltung zu verschaffen.¹¹ Folgerichtig war sich ein Teil der Mitglieder darin einig, angesichts der Bedrohung, die ein atomar bewaffneter Iran für Israel bedeuten würde, sich nicht auf die übliche Strategie zu beschränken. Vielmehr müsste das antideutsche Spektrum „viel praktischer aktiv werden und eventuell auch über den eigenen politischen Tellerrand hinaus“¹² blicken, wie Grigat retrospektiv feststellt.

Der Strategiewechsel hatte im Dezember 2007 die Gründung des Bündnisses STB zur Folge. Das Ziel war es, aus dem verengten Kreis der Antideutschen auszubrechen und über den Weg in die bürgerliche Mitte mehr Einfluss zu gewinnen. So ist es wenig verwunderlich, in den Reihen des Bündnisses nicht ausschließlich Vertreter des antideutschen Spektrums zu finden, sondern darüber hinaus auch Einzelpersonen aus der ÖVP, der SPÖ, dem Schwulen- und Lesbenverband usw., wie Stephan Grigat hervorhebt.¹³ Gleichwohl sind es vor allem Mitglieder der Gruppe „Café Critique“, die maßgeblich am Bündnis mitarbeiten und nicht zuletzt die öffentlichkeitswirksamen Stellen besetzen. So übernimmt Grigat die wissenschaftliche Expertise, während Simone Dinah Hartmann als politische Sprecherin des Bündnisses auftritt.¹⁴ Der organisatorische Träger der Initiative ist der dafür eigens gegründete Verein „Liga für Aufklärung und Freiheit im Nahen und Mittleren Osten“.

Die Initiative beschränkt sich dabei keineswegs auf Österreich. Weitere Ableger existieren in Spanien, Italien und den Niederlanden, die jedoch kaum Aktivitäten aufweisen. Einzig mit der Gründung der Initiative in Deutschland konnte die Kampagne im Oktober 2008 ihren Einfluss auf einen der wichtigsten Handelspartner des Iran ausdehnen. Im Unterschied zu Österreich wurde das Bündnis in Deutschland mit Ulrike Becker und Jonathan Weckerle von Personen gegründet, die sich weitgehend von ihren antideutschen Wurzeln verabschiedet und als Teil einer eigenständi-

10 Vgl. Ders., Der Iran als Bedrohung. Ein Gespräch mit Stephan Grigat, unter: www.cafecritique.priv.at/pdf/IranAlsBedrohung.pdf (19. Mai 2015), S. 2.

11 Vgl. Stephan Grigat/Simone Dinah Hartmann (Hrsg.), Der Iran – Analyse einer islamischen Diktatur und ihrer europäischen Förderer, Wien 2008. Der Reader versammelt mit Justus Wertmüller, Gerhard Scheit, Alex Gruber oder Thomas von der Osten-Sacken eine Vielzahl Autoren antideutscher Provenienz, die sich an Beiträgen von Journalisten und Iranexperten beteiligen.

12 Grigat (FN 10), S. 4.

13 Vgl. ebd., S. 4.

14 Vgl. Autorinnen- und Autorenverzeichnis, in: Stephan Grigat/Simone Dinah Hartmann (Hrsg.), Iran im Weltsystem. Bündnisse des Regimes und Perspektiven der Freiheitsbewegung, Innsbruck 2010, S. 177.

gen israelsolidarischen Szene formiert haben. So sind Becker und Weckerle zugleich Mitbegründer des „Mideast Freedom Forum Berlin“ (MFFB), in dem sich, neben Jörg Rensmann, mit Michael Spaney und Sebastian Mohr auch Personen organisieren, die keine antideutsche politische Biographie aufweisen. Das MFFB fungiert als organisatorischer Träger der Kampagne STB und beschreibt sich selbst als „ein Zusammenschluss aus Wissenschaftler/innen, Publizist/innen, Mitgliedern jüdischer Organisationen und Exiliraner/innen“, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, „für eine dauerhafte Erinnerung an die Shoah in Deutschland“ einzustehen und dabei „für die Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit im Nahen Osten und für Solidarität mit Israel“¹⁵ einzutreten.

3. Selbstverständnis und Strategie

Die Kampagne versteht sich als Mittel, das iranische Nuklearwaffen- und Raketenprogramm als „eine existenzielle Gefahr für Israel und [als] eine Bedrohung für den Nahen Osten, Europa und die iranische Bevölkerung“ zu stoppen. Neben der Unterstützung einer demokratisch-rechtsstaatlichen und säkularen Opposition ist es das erklärte Ziel des Bündnisses, durch „wirksame politische und ökonomische Sanktionen gegen das Regime in Teheran“¹⁶, die Islamische Republik „perspektivisch dorthin zu befördern, wo [sie] schon seit 31 Jahren hingehört: in den Orkus der Weltgeschichte“¹⁷.

Trotz der antideutschen Wurzeln versteht sich die Initiative als ein überparteiliches Bündnis: „Insofern ist es eine Fehlannahme davon auszugehen, dass Stop the Bomb ein Projekt der radikalen Linken ist“, wie Simone Dinah Hartmann in einem Interview für das antideutsche Leipziger Theoriemagazin Phase 2 betont.¹⁸ Gleichwohl hätten die Auseinandersetzungen innerhalb der extremen Linken über Antisemitismus und Antizionismus und die aufkommende Israelsolidarität im Inneren der antideutschen Linke eine entscheidende Bedeutung für die Entstehung des Bündnisses gehabt. Daher heißt es, „dass der kategorische Imperativ Adornos, nachdem alles zu tun ist, um ein zweites Auschwitz zu verhindern, einer der tragenden Gedanken von Stop the Bomb ist“. Folgerichtig versteht sich das Bündnis „als eine [...] dem Antifaschismus im besten Sinne verschriebene Organisation“.¹⁹

Als zentrales Element betreibt STB eine klassische Kampagnenpolitik. Eine Online-Petition soll das iranische Regime durch die Forderung nach effektiven Sanktio-

15 Eigendarstellung, unter: <http://www.mideastfreedomforum.org/index.php?id=273> (2. Juni 2015).

16 Eigendarstellung, unter: <http://at.stopthebomb.net/de/ueber-uns.html> (20. Mai 2015).

17 Stephan Grigat, Die Sehnsucht nach Frieden und die Vernichtungsdrohung gegen Israel, in: Grigat/ Hartmann (FN 14), S. 12-20, hier: S. 13.

18 Interview mit Simone Dinah Hartmann, Internationalistische Praxis nach dem Internationalismus? Interviews mit VertreterInnen von NoLager/transact!, Stop the Bomb und FeLS, in: Phase 2 – Zeitschrift gegen die Realität 37/2010.

19 Ebd.

nen unter Druck setzen, erkennt die Initiative doch „Verfolgungs-, Straf- und Märtyrerphantasien der Mullahs“, die nicht zuletzt „in neuen religiösen und politischen Formen an den Vernichtungswahn des NS-Staats an[knüpfen], was auch die Bereitschaft einschließt, die Bevölkerung des eigenen Staates für ihre apokalyptischen Ziele zu opfern“.²⁰ Die „Appeasement-Politik“ des Westens mit dem Iran verkenne die „ideologischen Schnittmengen“ eines neuen Faschismus, der an die Zeit des Nationalsozialismus in Deutschland ab 1933 anschließt und einen „islamfaschistischen“ Vernichtungskrieg des iranischen Regimes gegen Israel fördere.²¹ Folgerichtig soll der Iran durch gezielte Protestaktionen nicht nur international, sondern gerade auch auf nationaler Ebene sowohl politisch, ideell wie wirtschaftlich isoliert werden. Worauf die Ableger von STB den Fokus legen, unterscheidet sich zwischen Deutschland und Österreich. Während die Initiative um das MFFB ihre Aktionen eher auf die wirtschaftliche Isolation des Iran und dementsprechend auf öffentlichkeitswirksame Kritik deutscher Unternehmen ausrichtet, baut das Bündnis um Grigat auf die politische Delegitimierungskampagne des iranischen Regimes.

Ein halbes Jahr nach der Gründung von STB tritt das Bündnis mit einer Iran-Konferenz an die Öffentlichkeit. Vom 3. bis zum 4. Mai 2008 organisiert die Initiative in Wien einen Kongress unter der Thematik „Die iranische Bedrohung. Die Islamische Republik, Israels Existenzkampf und die europäischen Reaktionen“.²² Die Veranstalter ziehen Parallelen von der Ideologie des nationalsozialistischen Deutschlands auf das Wesen des iranischen Regimes, um die Konferenz sogleich als Einspruch gegen jene Indifferenz zu deklarieren, „mit der große Teile der österreichischen und europäischen Öffentlichkeit dem Terror gegen die iranische Bevölkerung und der Vernichtungsdrohung gegen Israel seitens der Teheraner Mullahs begegnen“.²³ Vor diesem Hintergrund sei besonders das Verhältnis von Österreich und Deutschland zum iranischen Regime zu beleuchten, handele es sich bei den beiden Ländern doch um zwei „postnazistische“ Staaten, im Sinne eines „Nachleben[s] des Nationalsozialismus im 21. Jahrhundert“.²⁴ Bereits einen Tag nach der Veranstaltung in Wien organisierte das MFFB in Berlin eine Konferenz, die thematisch und personell nahezu identisch abläuft.²⁵ Die Strategie einer solchen Doppelkonferenz legt unweigerlich den Verdacht nahe, den Veranstaltern könne es weniger um den Austausch von Meinungen und die Kritik am iranischen Regime gehen, wie Justus Wertmüller an-

20 STB, Petition: Keine Geschäfte mit den iranischen Mullahs!, unter: http://stopthebomb.net/at-archiv/petition/sign.php%3Flang_petition=de.html; für den deutschen Ableger: <http://de.stopthebomb.net/petition/unterschreiben.html#c324> (20. Mai 2015).

21 Vgl. Grigat (FN 10), S. 10.

22 Vgl. für den Einladungstext: Dies., Die iranische Bedrohung. Die Islamische Republik, Israels Existenzkampf und die europäischen Reaktionen, unter: <http://stopthebomb.net/at-archiv/de/conference.php.html> (22. Mai 2015).

23 Ebd.

24 Vgl. Stephan Grigat (Hrsg.), Postnazismus revisited. Das Nachleben des Nationalsozialismus im 21. Jahrhundert, 2. erweiterte Aufl., Freiburg i.Br. 2012.

25 Vgl. „Business as usual? Das iranische Regime, der Heilige Krieg gegen Israel und den Westen und die deutsche Reaktion“, unter: <http://www.mideastfreedomforum.org/?id=105Nasrin> (22. Mai 2015).

merkt²⁶, vielmehr verstehe insbesondere das MFFB die Konferenz als Mittel zur Selbstinszenierung, Vernetzung und Lobbypolitik, die mit der vielbeschworenen „Kritik“ innerhalb des antideutschen Spektrums kaum noch etwas gemein habe. Während der Wiener Ableger für die Zukunft auf Konferenzen verzichtet – musste Stephan Grigat doch erhebliche Kritik aus dem antideutschen Spektrum einstecken²⁷ –, organisiert das MFFB bereits ein Jahr später abermals eine „Internationale Iran-Konferenz“ und verdeutlicht damit den Lobby-Charakter als organisatorischer Träger des deutschen Ablegers von STB.²⁸

Dazu organisiert das MFFB bzw. STB in regelmäßigen Abständen Vorträge, mit denen der Charakter des iranischen Regimes und neue Entwicklungen im Atomkonflikt verdeutlicht werden sollen. Dabei greifen die Organisatoren in Berlin bzw. in Wien auf die Expertise von Personen zurück, die aus dem Kreis der Antideutschen ausbrechen und sich über diesen hinaus in Fragen des Nahost-Konflikts einen gewissen Expertenstatus erarbeiten konnten. So finden regelmäßig Veranstaltungen mit den Publizisten Matthias Küntzel und Thomas von der Osten-Sacken statt. War Küntzel bis 2001 feste Bezugsgröße der antideutschen Szene, ist der Autor seit den letzten Jahren um ein seriöses wissenschaftliches Auftreten bemüht.²⁹ Während er von 1991 bis 1995 Redaktions- und Gründungsmitglied der Bahamas war und bis 2001 regelmäßig für konkret schrieb, ist Küntzel mittlerweile als Mitglied des „Vidal Sassoon International Center for the Study of Antisemitism“ (SICSA) der Hebräischen Universität Jerusalem und Autor für Die Welt oder Merkur in der gesellschaftlichen Mitte als Nahost- und Antisemitismusexperte angekommen.³⁰ Dagegen hat Thomas von der Osten-Sacken keinerlei Bedürfnis, antideutsche Zusammenhänge zu meiden. Vielmehr betrat der freie Publizist erst mit den Terroranschlägen von 2001 die antideutsche Bühne. Seitdem wird er nicht nur als Autor und Herausgeber verschiedener Bücher tätig³¹, sondern ist auch als Geschäftsführer der im Nahen Osten tätigen Hilfsorganisation WADI e.V. praktisch organisiert.³² Ist Osten-Sacken nicht für Die Welt oder als Interviewpartner der Tagesschau aktiv, schreibt er zahllose Artikel für die wichtigsten antideutschen Zeitungen und Zeitschriften; unregelmäßig für Bahamas und konkret, wöchentlich für Jungle World. Dazu führt er auf der Internetpräsenz der Jungle World seit 2011 den Blog „Von Tunis nach Teheran“, der aus einer überspitzt pro-westlichen Sicht über aktuelle Entwicklungen in Nord-

26 Vgl. Podiumsdiskussion (FN 1).

27 Vgl. Tjark Kunstreich, *Hilfloser Antifaschismus*, in: konkret, 6/2008, S. 29.

28 Internationale Iran-Konferenz „Time to act“, unter: <http://www.mideastfreedomforum.org/index.php?id=276> (15. Juni 2015).

29 Siehe dazu die Eigendarstellung auf Küntzels Homepage: www.matthiaskuentzel.de/contents/ueber-den-autor (6. Juni 2015).

30 Vgl. ebd.

31 Vgl. Thomas von der Osten-Sacken/Oliver M. Piecha/Alex Feuerherdt, *Verratene Freiheit – Der Aufstand im Iran und die Antwort des Westens*, Berlin 2010.

32 Vgl. Impressum: http://www.wadi-online.de/index.php?option=com_content&view=article&id=108&Itemid=154 (9. Juni 2015).

afrika und den Nahen sowie Mittleren Osten berichtet.³³ Dabei kritisiert Osten-Sacken vor allem das syrische und iranische Regime, die er für ein mindestens so großes Übel wie die Terrorgruppe „Islamischer Staat“ (IS) hält, während das absolutistisch-wahabistische Saudi-Arabien Schonung genießt. In linksextremen Kreisen hat er sich mit Forderungen nach militärischen Interventionen Israels den Ruf als „antideutscher Bellizist“ erarbeitet. Küntzel und vor allem Osten-Sacken sind die besten Beispiele für eine Entwicklung der antideutschen Szene nach 2001, die ihr Augenmerk mehr und mehr auf die Kritik islamischer Diktaturen und den weltweiten Antisemitismus gelegt hat. So bedient sich auch der STB-Ableger aus Wien um Stephan Grigat nach wie vor antideutscher Theorie-Versatzstücke, um seinen Anliegen Nachdruck zu verleihen.

4. „Stop the Bomb“ und die antideutsche Szene

4.1. Postnazismus

Die Kampagne gegen das iranische Atomprogramm in zwei deutschsprachigen Ländern zu initiieren sei kein Zufall. Vielmehr müssten die Aktivitäten des Bündnisses vor dem Hintergrund des postnazistischen Charakters Deutschlands und Österreichs verstanden werden, handelt es sich bei der deutsch-österreichischen Kooperation mit dem iranischen Regime doch „um eine Mischung aus Kulturrelativismus und postnazistischem Bewusstsein, aus Naivität, Feigheit und Bössartigkeit, aus Bewunderung für den antiwestlichen Furor des Regimes und ökonomischen Interessen, aus Appeasement, historischer Verbundenheit und geopolitischer Bündnisüberlegung“, wie Grigat und Hartmann verkünden.³⁴ Während der deutsche Ableger von STB dem postnazistischen Charakter kaum Beachtung schenkt, hat Grigat als Vordenker der österreichischen Kampagne den Postnazismus maßgeblich mit Clemens Nachtmann von der Redaktion Bahamas sowie Gerhard Scheit von der Gruppe „Café Critique“ zu einem Herzstück antideutscher Theoriebildung herausgearbeitet.³⁵ Im Unterschied zur „Faschisierungsthese“ des „Kommunistischen Bundes“ (KB), die die Momente des Bruchs von 1945 überbetonen müsse, versteht Grigat den Postnazismus als ein Nachleben „nicht im Sinne eines lediglich noch nicht vollständig vollzogenen Ablebens [...], sondern im Sinne eines Fortwesens, das die aktuelle Attrakti-

33 Vgl. „Von Tunis nach Teheran“, unter: <http://jungle-world.com/von-tunis-nach-teheran/> (9. Juni 2015).

34 Stephan Grigat/Simone Dinah Hartmann, Freundschaft statt Freiheit. Warum die Mullahs Deutschland lieben und die Bundesrepublik Israel im Stich lassen, in: von der Osten-Sacken/Piecha/Feuerherdt (FN 31), S. 47-73, hier: S. 61.

35 Vgl. Stephan Grigat (Hrsg.), Transformation des Postnazismus. Der deutsch-österreichische Weg zum demokratischen Faschismus, Freiburg im Brsg. 2003.

vität von am Nationalsozialismus orientierter Krisenlösung meint“.³⁶ Als Begriff der Kritik sei der Postnazismus daher niemals in positive Kategorien zu fassen, sondern beabsichtigt „die Denunziation des aktuellen politischen Souveräns mittels des Hinweises, dass jeder Staat auf den Erfahrungen seines Vorgängers aufbaut“.³⁷ Der Postnazismus baue auf ein Krisenlösungsmodell, das als „deutsch“ beschrieben werden könne, aber dennoch keine mentalitäts- oder kulturgeschichtliche Eigenschaft eines örtlich begrenzten Raumes in Mitteleuropa meine. „Deutsch“ sei vielmehr eine politikökonomische Konstellation – ein Versuch, den Widerspruch von Kapital und Arbeit im volksgemeinschaftlichen Massenmord an den Juden aus der Welt zu schaffen. Dieses Krisenlösungsmodell könne deshalb „deutsch“ genannt werden, weil es auf deutschem Boden erstmalig zu seiner konkreten Umsetzung fand.

Auf dieser Grundlage habe die Bundesrepublik nach 1945 ein Erfolgsmodell etablieren können, das trotz florierender Wirtschaft, trotz Mehrparteiensystem und demokratischem Verfassungsstaat noch immer auf den Grundlagen der nationalsozialistischen Krisenlösung ruhe, wie Clemens Nachtmann meint.³⁸ Habe sich bereits die Volksgemeinschaft als Urbild einer Kampagnendemokratie inszeniert – als die permanente Mobilmachung, den inneren Feind aus Angst vor der kapitalerklärten Überflüssigkeit auszumerzen –, bewirtschaftete der Postnazismus dieses Massenbewusstsein demokratisch gewendet weiter. So sei die Werteordnung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung letztlich eine nationalsozialistische Volksgemeinschaft in ihrer legalistisch gezähmten Form, während der Staatsbürger in der Manier der faschistischen Mobilmachung zum vorausseilenden Gehorsam ermutigt würde. Dadurch erweise sich die Bundesrepublik als ein System des vorverlagerten Notstands und einer Krisenbewältigung als Krisenprävention. Als Bestandteil jeder kleinsten Zelle der Gesellschaft generiere der bundesdeutsche Staat „darin ein Modell des legalistisch gezähmten Faschismus: Er beendet die nationalsozialistische Mobilmachung nicht, sondern hält sie nur auf Sparflamme und behält sie sich als Notstandsreserve vor.“³⁹ Als „faschisierte“ bundesrepublikanische Staatsbürger seien die Deutschen jederzeit bereit, das individuelle Interesse unter allgemeine staatspolitische Anforderungen zu stellen, um in Zeiten der Krise gegen die eigene Überflüssigkeit loszuschlagen. Nach Jahren der „deutschen Ideologie“ sei ihnen die „eigenverantwortliche Entindividuiierung“ zur zweiten Natur geworden. Vor diesem Hintergrund, „erweist sich die Bundesrepublik als legitimer Abkömmling des Nazi-Regimes und damit [als eine] weitere Etappe im Gang der faschistischen Epoche“.⁴⁰

36 Ders., Postnazismus in Zeiten des Jihad. Modernisierte Vergangenheitsbewältigung, die Konkurrenz der Antisemiten und die FPÖ nach Jörg Haider, in: Ders. (FN 24), S. 9-46, hier: S. 9, FN 1.

37 Ders., Transformation der postnazistischen Demokratie und Postfaschismus als Begriff der Kritik, in: Ebd., S. 127-135, hier: S. 132.

38 Vgl. Clemens Nachtmann, Krisenbewältigung ohne Ende. Über die negative Aufhebung des Kapitals, in: Ebd., S. 149-203.

39 Ebd., S. 194.

40 Ebd., S. 196.

Dennoch entwickle sich Deutschland nicht erneut zum Vorreiter der Barbarei, werde das antisemitische Ressentiment doch längst viel unbekümmerter bedient. „Die Vergangenheitsbewältigung ist ein Meister aus Deutschland“, wissen Grigat und Hartmann.⁴¹ Deutschland könne gerade dadurch den ehemaligen Opfern des nationalsozialistischen Regimes, allen voran Israel, Vorschriften unterbreiten und sich nur umso hemmungsloser einem Regime wie dem Iran anbieten. Die Deutschen hätten mit der antisemitischen Krisenlösungsstrategie ein Vorbild geschaffen, das nach 1945 vor allem im arabischen Raum eifrige Nachahmer gefunden habe – als Kräfte der Gegenaufklärung und als Todfeinde der Freiheit unter dem Banner Allahs.⁴² Schon lange müsse Deutschland nicht selber direkt gegen Israel vorgehen, sondern erkenne sich in dem „Kollektiv der Selbstmordattentäter und Moslemfaschisten“ als jene „Gemeinschaft der Gescheiterten“ wieder, die das zu Ende bringen könnten, worin die Deutschen 1945 durch das amerikanische Militär unterbrochen wurden.⁴³

Vor dem Hintergrund der postnazistischen Gesellschaft sei Deutschlands außenpolitische Positionierung trotz Jahrzehnten der Westbindung keineswegs sicher. Die Aktivitäten Grigats und Hartmanns bei STB müssten demnach stets vor der allgemeinen Ungewissheit gesehen werden, „in welchem Ausmaß im postnazistischen Deutschland eine mal insgeheim, mal recht offen artikulierte Bewunderung für den antiwestlichen Furor des iranischen Regimes nicht nur die Bevölkerung, sondern auch bei politischen Entscheidungsträgern eine maßgebliche Rolle spielt.“⁴⁴ Demnach sind sich Grigat und Hartmann sicher: Deutschland wird den Staat der Shoah-Überlebenden angesichts der existenziellen Bedrohung des iranischen Atomprogramms immer wieder im Stich lassen, liegt das gegenseitige Interesse in der deutsch-iranischen Beziehung doch gerade an dem Gespür, „wie sehr die Deutschen die Transformation des Diktums ‚Nie wieder Auschwitz, nie wieder Krieg‘ in das Dogma ‚Nie wieder Krieg gegen Antisemitismus‘ verinnerlicht haben.“⁴⁵

4.2. „*Stop the Bomb*“ als Mittel der Kritik

Die Kampagne STB als schlichtes Lobby-Bündnis für Israel und gegen das iranische Atomprogramm zu sehen verkennt nicht nur die antideutschen Wurzeln. Tatsächlich erscheint vor allem der Charakter der Initiative in Österreich ambivalent. Zwar stammt ein Teil der Personen aus ganz verschiedenen politischen Kreisen, doch gibt Stephan Grigat als wissenschaftlicher Direktor maßgeblich die Fahrtrichtung der Kampagne vor. Grigat möchte das Bündnis keineswegs als reformistisches Politikkonzept verstanden wissen. Vielmehr müsse es darum gehen, die praktische Kritik als Subversion und Abwehrkampf gegen die schlechte Einrichtung der Welt aufzu-

41 Grigat/Dinah Hartmann (FN 34), S. 48.

42 Vgl. Grigat (FN 35), S. 27.

43 Vgl. Nachtmann (FN 38), S. 201.

44 Grigat/Dinah Hartmann (FN 34), S. 65.

45 Ebd., S. 73.

bauen. Während sich die Realpolitik in diesem System zu etablieren versucht, sei die Subversion „die Daseinsform der Kritik in nichtrevolutionären Zeiten“.⁴⁶ Vor diesem Hintergrund geht es Grigat in einer Welt des „falschen Ganzen“ um die Verhinderung des Schlimmsten – die Vernichtung des Staates Israel durch eine iranische Atombombe. Seien dazu neue Formen der interventionistischen Kritik zu überdenken, konnte eine solche Form mit der Gründung von STB zwar verwirklicht werden, doch bestehe bei einer Kampagnenpolitik immer die „Gefahr“, den kritischen Gehalt der eigenen Überzeugung aus den Augen zu verlieren und auf „taktierendes Politikmachen“ zurückzufallen. So sieht sich Grigat als antideutscher Ideologiekritiker mit STB vor die Zerreißprobe gestellt, einerseits interventionistisch einzugreifen und andererseits eine radikale Gesellschaftskritik voranzutreiben. Auch wenn beide Teile notgedrungen zusammen gehörten, müsse der kritische Gehalt des Projektes permanent neu ausgelotet werden. Dies könne nur gelingen, wenn der Ideologiekritiker das Bekenntnis eines allgemeinen Wahrheitsanspruchs nicht für eine bündnispolitische Annäherung an das „falsche Ganze“ fahren lässt.⁴⁷ Eine jede Kritik der Verhältnisse müsse die Voraussetzungen einer schlecht eingerichteten Welt angreifen und in letzter Konsequenz aufheben, so dass am Ende nicht etwa eine reformierte Einrichtung in der falschen Welt stehe, sondern der Kommunismus.⁴⁸

Folgerichtig sieht sich Grigat in all seinem Tun und Handeln, sei es als Mitglied von „Café Critique“, sei es als wissenschaftlicher Direktor von STB, einem Begriff des Kommunismus verpflichtet, der sich einer genauen Definition entziehe. Vielmehr sei der Kommunismus „nichts weiter als die Bewegung der materialistischen Kritik“⁴⁹, leite sich doch aus der Kritik der bestehenden Verhältnisse eine Vorstellung vom klassen- und staatenlosen Endzustand ab. Grigat versteht den Kommunismus nicht als „eine Diktatur von Menschen über den Menschen, sondern [als] eine Diktatur des Willens und der Wünsche der Menschen über die sachlich-materiellen Bedingungen ihres Daseins.“⁵⁰ Damit arbeitet jede Aktivität rund um STB auf gesellschaftliche Zustände hin, in denen sich der Mensch jenseits der Herrschaftsimperative von Staat und Kapital seiner selbst als freies Individuum bewusst werden solle. Ein solcher Zustand wäre dann zwar „nicht das Paradies auf Erden, aber eine nach Maßgaben der Vernunft eingerichtete Gesellschaft, in der niemand, und zwar nirgendwo auf der Welt, verhungern muss, weil er über keine zahlungskräftige Nachfrage verfügt“, wie der Initiator von STB nüchtern feststellen muss.⁵¹

46 Podiumsdiskussion (FN 1).

47 Ebd.

48 Vgl. Stephan Grigat, Fetisch und deutsche Ideologie, in: *Jungle World*, Nr. 4 vom 22. Januar 2009, S. 18.

49 Ders., Befreite Gesellschaft und Israel. Zum Verhältnis von Kritischer Theorie und Zionsmus, in: Ders. (Hrsg.), *Feindaufklärung und Reeducation. Kritische Theorie gegen Postnazismus und Islamismus*, Freiburg i.Br. 2006, S. 115-129, hier: S. 126.

50 Ebd.

51 Ders., Fetisch und Freiheit. Über die Rezeption der Marxschen Fetischkritik, die Emanzipation von Staat und Kapital und die Kritik des Antisemitismus, Freiburg i.Br. 2007, S. 361.

Angesichts der „momentanen Aussichtslosigkeit von revolutionärer Praxis“ ist sich Grigat mit Max Horkheimer sicher: „Radikal sein heißt heute konservativ sein.“ So seien die durchaus vorhandenen Reste einer bürgerlichen Freiheit gegen die „fast weltweit um sich greifenden regressiven Tendenzen“ zu verteidigen, um die Möglichkeit der kritischen Reflexion aufrechtzuerhalten.⁵² Grigat kritisiert die bürgerliche Gesellschaft weniger dafür, individuelle Freiheitsrechte hervorzubringen, sondern vielmehr vor dem Hintergrund, dass eine Gesellschaft, die solche Rechte überhaupt erst benötigt, eine gewalttätige Gesellschaft sei. Nicht das Glücksversprechen der Bürger wird zum Gegenstand der Kritik, sondern die bürgerliche Gesellschaft als Ganzes, in der dieses Versprechen nie eingelöst werden könne.⁵³ Solange der revolutionäre Weg zum eingelösten Glücksversprechen als staaten- und klassenlose Weltgesellschaft versperrt bleibt, müsse eine Kritik der politischen Ökonomie parteiisch bleiben: parteiisch für den einzigen bürgerlichen Staat, der in der wertverwertenden Weltgesellschaft ersten und letzten Anspruch auf Existenz hat: Israel. Die Parteilichkeit sei zwingende Konsequenz aus der materialistischen Kritik am Verwertungsimperativ des Kapitals und Herrschaftsimperativ des Staates sowie dessen „wahnhaften Versuch der Konkretisierung des Abstrakten. [...] Genau in diesem Sinne ist der Antisemitismus eine Basisideologie der bürgerlichen Gesellschaft.“⁵⁴ Wenn nun die Gründung des Staates Israel eine unmittelbare Reaktion auf den wertentsprungenen Antisemitismus darstelle, wird „die Solidarität mit diesem Staat schon daher für jede Kritik des kapitalbedingten Verhältnisses zwingend.“⁵⁵

So kommen die bedingungslose Solidarität mit Israel und die materialistische Kritik der Antideutschen zusammen. Wissen Letztgenannte doch, dass es etwas Schlimmeres als Kapitalismus und bürgerliche Gesellschaft geben kann: die negative Aufhebung beider auf ihrer eigenen Grundlage. Dieser Grundpfeiler antideutscher Ideologie steht nach Grigat für einen „ressentimentgeladenen Antikapitalismus, der das vom Kapital verursachte Elend nicht abschaffen, sondern nur anders, nämlich volksgemeinschaftlich oder ummasozialistisch, organisieren möchte und die zynische, den Tod zahlreicher Menschen achselzuckend in Kauf nehmende instrumentelle Vernunft der bürgerlichen Gesellschaft noch durch die wahnhafte Vernichtung von Menschen um der Vernichtung willen ergänzt.“⁵⁶ Die bedingungslose Solidarität mit dem Staat Israel sei demnach die notwendige Voraussetzung, die Juden in einer Welt zu schützen, die es auch nach Auschwitz nicht geschafft habe, sich der Bedingungen des Antisemitismus ein für alle Mal zu entledigen: die Verwertungs- und Herrschaftsimperative von Kapital und Staat. So sieht Grigat im Zionismus zwar nach wie vor die falsche, im Moment aber einzige Lösung dem wertentsprungenen Antisemitismus zu begegnen. Bis alle Menschen als freie Individuen in einer freien Assoziation und in einer befreiten Gesellschaft ohne Angst und Zwang ver-

52 Ders. (FN 49), S. 123.

53 Ders., Ganz und gar nicht ums Ganze, in: Jungle World, Nr. 47 vom 22. November 2007, S. 18.

54 Ebd.

55 Ebd.

56 Ders. (FN 49), S. 127 f.

schieden sein können, wie er den Kommunismus unorthodox umschreibt, gelte es an einem „materialistisch zu interpretierenden zionistischen kategorischen Imperativ festzuhalten: alles zu tun, um die Möglichkeiten reagierender und präventiver Selbstverteidigung des Staates der Shoaüberlebenden aufrecht zu erhalten.“⁵⁷ Solange das emanzipatorische Projekt der Antideutschen, die Überwindung der Verwertungs- und Herrschaftsimperative von Kapital und Staat, weiterhin in der Warteschlange der Fortschrittsgeschichte feststeckt, bleibt für die Kampagne um Grigat die Aussage der ISF das alles bestimmende Moment: „In dieser Perspektive ist Israel der bewaffnete Versuch der Juden, den Kommunismus noch lebend zu erreichen.“⁵⁸

5. Die aktuelle Situation der Antideutschen zwischen Realpolitik und Ideologiekritik

Die Entwicklungen im Umfeld von STB haben weitgehende Veränderungen im antideutschen Spektrum nach sich gezogen, hat sich doch der Personenkreis des MFFB mittlerweile aus dem harten Kern der Antideutschen verabschiedet. Mittels realpolitischer Lobbyarbeit sucht er ein Auskommen in einer israelsolidarischen, mithin lobbyistischen Szene, die sich zunehmend als ein eigenständiger Teil entwickelt hat. Dabei bedient sich das MFFB einer professionell aufgestellten Kampagnen- und Kongresspolitik, mit der ein Anschluss an die gesellschaftliche Mitte erreicht und die antideutschen Wurzeln abgetrennt werden sollen. Dies ist mehr und mehr dadurch von Erfolg gekrönt, dass MFFB auf einen „Expertenkreis“ zurückgreifen kann, der sich zwar ebenso aus dem antideutschen Milieu rekrutiert, aber in der breiten Öffentlichkeit als eigenständige Gruppe von Antisemitismusexperten anerkannt ist. Damit verschafft die Initiative STB all jenen Personen ein seriöses und „sauberes“ Image, die zuvor radikale Ideologiekritiker gegen eine „deutsche Ideologie“ waren. Insbesondere die Kampagne in Deutschland rund um das MFFB ist ein Türöffner, um den engen Kreis der Antideutschen zu verlassen und ein Auskommen in einer israelsolidarischen Szene außerhalb linksextremer Zusammenhänge zu suchen.

Diese Entwicklung sorgt vor allem im antideutschen Spektrum für Unmut. Als einer der ärgsten Kritiker tritt Tjark Kunstreich auf: Nun „stehen Stop the Bomb und das proisraelische Unterschriftenkartell entgegen ihres Selbstverständnisses nicht mehr in Opposition zur deutschen Politik, sondern sind deren außerparlamentarisches Sprachrohr.“⁵⁹ Schon längst hätte die Initiative die westliche Freiheit verraten, als die erste Kampagnenlosung ausgegeben und sich damit einer massenkompatiblen Taktik bedient wurde. In schlechter linker Tradition erkenne STB zwar die Probleme, mache aber dennoch mit, die falsche Einrichtung der Welt zu erhalten. Indem

57 Ebd., S. 129.

58 ISF, Der Kommunismus und Israel, in: Dies. (Hrsg.), Furchtbare Antisemiten, ehrbare Antizionisten. Über Israel und die linksdeutsche Ideologie, Freiburg i. Br. 2002, S. 7-16, hier: S. 13.

59 Ankündigung für einen Vortrag mit Tjark Kunstreich, Mit „Israelkritik“ gegen Antizionismus. Über den Stand der antisemitischen Dinge, unter: <http://www.redaktion-bahamas.org/aktuell/tjark-koeln-27-1-10.html> (1. Juli. 2015).

sich als Antisemitismusexperte, Redenschreiber und Verbandsfunktionär an die gesellschaftliche Mitte angegliedert wird, sei die propagierte Israelsolidarität nur Makulatur. In letzter Konsequenz werde die Freiheit immer wieder verraten, sollte sich die Kritik auch in Zukunft realpolitischen Zwängen unterordnen.⁶⁰

In der Folge rückt ein Teil des antideutschen Spektrums von dem praxisorientierten Strang ab, der ab 2001 vermehrt in der Szene Einzug findet, und besinnt sich wieder auf die theoretische Arbeit. Nicht nur Bahamas gibt die „Ideologiekritik“ als neue Selbstzuschreibung aus. Nach einem Richtungsstreit über die Berliner und Wiener Ideologiekritik nimmt die neu gegründete Zeitschrift sans phrase – Zeitschrift für Ideologiekritik fortan eine Avantgardefunktion für die Theoriearbeit innerhalb des antideutschen Spektrums ein. So hat sich sans phrase weder ein theoretisches noch politisches Programm auferlegt, sondern einzig der Ideologiekritik verschrieben, um damit „dem kollektiv wirksamen Wahn zu widersprechen in dem Wissen, dass er dem Innersten der Gesellschaft entspringt, dort wo das Subjekt die Krise ‚bewältigt‘, die das Kapitalverhältnis seinem Wesen nach ist. [...] Am Hass, der Israel entgegenschlägt, weiß diese Zeitschrift darum sans phrase die heute gefährlichste Konsequenz solchen Wahns zu erkennen und zu denunzieren.“⁶¹ Mit Ljiljana Radonic, Alex Gruber und Renate Göllner sammeln sich zumeist Personen um sans phrase, die auch der Gruppe „Café Critique“ angehören. Dazu tritt neben Gerhard Scheit auch Manfred Dahlmann, ein Mitglied der ISF aus Freiburg, als Herausgeber der sans phrase auf – er demonstriert damit den Schulterschluss zwischen Wien und Freiburg, während Bahamas mehr und mehr an Einfluss verliert.⁶² Damit wird die Gruppe „Café Critique“ zu einer Art Spaltungszelle des antideutschen Spektrums, aus der mit STB ein realpolitischer wie mit sans phrase ein ideologiekritischer Strang hervorgeht.

Die Entwicklung zwischen ideologiekritischen und realpolitischen Bestrebungen im antideutschen Spektrum hat in jüngster Zeit einen dritten Strang angestoßen. Vor allem im Umkreis der Wochenzeitung Jungle World ist eine Rückbesinnung auf eine aggressive, theoretisch wenig versierte Kritik Deutschlands zu beobachten, wie sie in der antideutschen Szene der frühen neunziger Jahre auszumachen war. So rief Jungle World am 7. Juli 2015 den „Deutschlandbeleidigungstag“ auf ihrer Facebook-Seite aus und veröffentlichte dazu ein Foto, auf dem die Redaktion vor der Akropolis in Athen ein Banner ausrollt, auf dem die altbekannte Parole der Punkband „Slime“ zu lesen ist: „Deutschland muss sterben, damit wir leben können“.⁶³

60 Vgl. Tjark Kunstreich, Die Sachzwänge der Revolution. Über den nicht enden wollenden Verrat der Linken an der Freiheit der Iraner 1979-2009, in: Bahamas, 58/2009, S. 42-46. Vgl. Justus Wertmüller, Einsammeln, was liegen geblieben ist. Über das notwendige Scheitern einer überflüssigen Kampagne, in: Ebd., S. 47-50.

61 Kein Programm, unter: http://www.sansphrase.org/?page_id=28 (28. Juli 2015).

62 Vgl. die polemische Abrechnung von Clemens Nachtmann, Druckfrisch aus Wien: Phrase 2, unter: <http://www.redaktion-bahamas.org/aktuell/20131218Druckfrisch-aus-Wien-Phrase-2.html> (6. Juli 2015).

63 Siehe: <https://www.facebook.com/JungleWorld/photos/a.117466567001.101668.116813422001/10153467721137002/?type=3&theater> (22. Juli 2015).

Das passende Liedgut zum „Deutschlandbeleidigungstag“ lieferte sogleich die anti-deutsche Electropunkband „Egotronic“ mit „Deutschland, Arschloch, fick dich!“. Der Liedtext kann exemplarisch für den Charakter dieses dritten Entwicklungsstrangs stehen: „Ihr seid scheiß Deutsche, und Deutsche tun was Deutsche eben tun, verwerten, töten, unterjochen, keine Zeit um auszuruhen, es gibt noch viel zu unterdrücken, erst Europa, dann die Welt. Gab zwei Versuche, militärisch. Jetzt vorerst nur mit Geld. Deutschland, Arschloch, fick dich – wir hasssen dich so sehr. Du warst als Kind schon scheiße, und das ändert sich nicht mehr.“⁶⁴

Wenn die Antideutschen in den frühen 1990er Jahren von der Schimäre eines „Vierten Reichs“ oder dem „dritten Griff zur Weltmacht“ sprachen, dann sind solche Töne spätestens seit der Griechenlandkrise wieder Grundtenor in einem Teil der Szene, der sich vornehmlich aus dem weicheren Kern der Antideutschen speist. So weiß Günther Jacob, einer der Initiatoren der „Etwas-besseres-als-die-Nation“-Kampagne Anfang der 1990er Jahre⁶⁵, dass die Vorstellung von einem „Vierten Reich“ heute aktueller ist denn je, versteht sie sich doch als tragendes Moment hinter dem Konzept „Deutsch-Europas“. Doch anders als noch zur „Nie-wieder-Deutschland“-Kampagne angenommen, sei die deutsche Vormachtstellung nicht über politisch-militärische Komponenten in Stellung gegangen, sondern habe sich als „teutonische Wirtschaftsmaschine“ aufgestellt. Über ein hartes deutsches Finanzregime, das „die Nationalstaaten zur Aufgabe ihrer Souveränität zwingt“, werde das „Vierte Reich fast gänzlich hergestellt. Die EU ist jetzt eine Zwangsvereinigung unter deutscher Aufsicht“ und nutze dessen Institutionen „fast beliebig zur Durchsetzung seiner politischen Ambitionen: Ostexpansion, Herausforderungen mit Russland und den USA, Deals mit dem Iran“.⁶⁶ Der Kampf gegen „den imperialen Zynismus der deutschen Krisenpolitik“ müsse dort hingetragen werden, „wo er hingehört: ins Herz der Bestie“.⁶⁷

Anlässe für Demonstrationen im „Herzen der Bestie“ gab es für das aktionsorientierte Milieu der Antideutschen reichlich. Wie etwa zum siebzigsten Jahrestag nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges: Die Gruppe „Antideutsche Aktion Berlin“ (ADAB) rief unter dem Schlachtruf „Der Hauptfeind ist das eigene Land!“ zu einer „Antideutsche[n] Demonstration im Rahmen der 70years-Kampagne“ am 25. April 2015 in Torgau auf.⁶⁸ Die ADAB ist seit einiger Zeit maßgeblicher Vorreiter, „den Begriff ‚antideutsch‘ wieder aus der Mottenkiste hervorzukramen“, sind Antideutsche doch „als Feind aller Autochthonen, ob rechts, links oder unpolitisch, allseits

64 Egotronic feat. The Very Best Vegan Bacon, Deutschland, Arschloch, fick dich!, unter: <https://www.youtube.com/watch?v=HXjHZhMFWMQ> (24. Juli 2015).

65 Vgl. Wohlfahrtsausschüsse (Hrsg.), Etwas Besseres als die Nation. Materialien zur Abwehr des gegenrevolutionären Übels, Berlin 1994.

66 Günther Jacob, Du bist Deutschland, in: Jungle World, Nr. 30 vom 23. Juli 2015.

67 Bini Adamczak/Jakob Apfelböck, Zahlt doch, ihr Germans, in: Jungle World, Nr. 25 vom 18. Juni 2015.

68 Vgl. ADAB, Der Hauptfeind ist das eigene Land, unter: <http://antideutscheaktionberlin.blogspot.de/2015/04/09/der-hauptfeind-ist-das-eigene-land/> (28. Juli 2015).

bekannt und unbeliebt.“⁶⁹ Die Besetzung Deutschlands in Torgau zu feiern sei deshalb so wichtig, weil dem deutschen Kollektivbewusstsein die unvergessene Schmach der militärischen Niederlage jederzeit ins Gedächtnis gerufen werden müsse. Längst präsentiere sich Deutschland wieder als eine Weltmacht, die aus den historischen Fehlern lernen konnte, habe es die Weltgesellschaft doch versäumt, Deutschland mit der Umsetzung des Morgenthau-Plans endgültig zu zerschlagen. So konnten weder die alliierten Umerziehungspläne noch ein verordneter Antifaschismus die „neue Sehnsucht der deutschen Volksgemeinschaft nach den guten alten Zeiten“ beenden. Folgerichtig kann es für die ADAB mit der Demonstration nur eine Aufgabe geben: „Deutschland in den Rücken fallen!“.⁷⁰

Die Wiener Ursprungszelle von STB um Stephan Grigat nimmt in der aktuellen Situation der antideutschen Szene eine Hybridstellung ein, laufen bei ihr doch realpolitische wie ideologiekritische Fäden zusammen. Sie verdichten sich zu dem besonderen Charakter, den der österreichische Ableger von seinen deutschen Partnern unterscheidet. Mit Grigat als wissenschaftlichem Direktor kann die Initiative gegen das iranische Atomprogramm nicht ausschließlich als Lobbybündnis für den jüdischen Staat gesehen werden. Vielmehr bedient sich Grigat einer Reihe von theoretischen Versatzstücken der Antideutschen, die ein reformistisches Anliegen von STB nahezu ausschließen. So ist STB ein Mittel, die Möglichkeit der staaten- und klassenlosen Weltgesellschaft zu erhalten, versteht Grigat die Kampagne doch nur vor dem Hintergrund einer materialistischen Kritik der gesellschaftlichen Verhältnisse, die sich „für Juden als Juden nur insofern interessiert, als sie Opfer des Antisemitismus waren und sind“.⁷¹ Damit geht es STB weniger um den Staat Israel als eine historische und kulturelle Einheit der Juden, sondern einzig aus einer materialistischen Weltsicht um den Ort der Holocaustüberlebenden. STB ist damit ein taktisches Mittel, die Möglichkeit des Kommunismus auch in nichtrevolutionären Zeiten zu erhalten und in Form der iranischen Atombombe gegen den weltweiten Sieg der „deutschen Ideologie“ vorzugehen.

So sektiererisch die antideutsche Ideologie in großen Teilen auch scheinen mag, ruft sie in Österreich keinesfalls den revolutionären Klassenkampf aus und solidarisiert sich mit militanten Gruppen, etwa der radikalsunnitischen Hamas, wie es unter antiimperialistischen Gruppen auch heute noch keine Seltenheit ist. Tatsächlich wird der einzige demokratische Staat im Nahen Osten unterstützt und das iranische Regime, dessen antizionistischer, bisweilen antisemitischer Charakter offensichtlich ist, heftig beföhdet. Dazu verteidigen Grigat und Hartmann ein westliches Werteverständnis, das aus der Aufklärung herrührend all jene Rechte verteidigt, die die Grundlage des demokratischen Verfassungsstaates bilden. Allerdings geschieht dies vor dem Anspruch, eines Tages alle staatlichen Strukturen und mit ihnen die demokratischen Rechte in einem diffusen Kommunismus aufgehen zu lassen. Das erklärte

69 Dies., Antifaschismus heute, unter: <http://antideutscheaktionberlin.blogspot.de/2014/12/22/antifaschismus-heute/> (28. Juli 2015).

70 Dies. (FN 68).

71 Grigat (FN 9), S. 21.

Ziel des Verfassungsstaates ist es aber, die menschliche Würde gerade in Anerkennung der menschlichen Imperfektibilität zu schützen und nicht auf eine höhere Ebene zu stellen.⁷² Wenn STB sich an die gesellschaftliche Mitte annähert und deren bürgerliche Freiheitsrechte verteidigt, dann nur aufgrund der gegenwärtigen nichtrevolutionären Zeiten. Bis der Kommunismus eines Tages erreicht sein sollte, wird eine jede Handlung im Umfeld von STB danach zu beurteilen sein, inwieweit sie den Bestand Israels sichert. Damit wird der Staat Israel zum exterritorialen Bewertungsmaßstab der hiesigen Verhältnisse.

Die aktuelle Situation innerhalb der Antideutschen und besonders von STB stellt eine der interessantesten Entwicklungen im deutschen Linksextremismus dar. Kann besonders im Umkreis des deutschen Ablegers schwerlich noch von einer antideutsch-linksextremen Kampagne gesprochen werden, manifestiert sich an STB die vorerst letzte Etappe auf einem Weg, den das antideutsche Spektrum in den letzten Jahren zumindest unbewusst stetig auf die Trennlinie zum demokratischen Engagement beschritten hat. Wenn die Gruppe „Café Critique“ diese Entwicklung mit der Initiierung von STB in Österreich auch begründet hat, bleibt das Bündnis um Grigat nach wie vor dem antideutschen Spektrum verhaftet. In einem Umfeld postnazistischer Staaten und der weltweiten Ausdehnung „deutscher Ideologie“ ist STB das Mittel, in Zeiten des „falschen Ganzen“ das Schlimmste zu verhindern. Noch fahren Grigat und seine Mitstreiter einen Kurs, der mit einem westlichen und verfassungsstaatlichen Werteverständnis konform geht. Den STB-Kreis als Bündnispartner und Expertenzirkel für den Nahen und Mittleren Osten wahrzunehmen, birgt indes die Gefahr zu vergessen, welche Ideologie und Taktik hinter dem antideutschen Engagement „für Israel“ und gegen die iranische Atombombe steckt: „Solange Freiheit im Sinne der kommunistischen Realisierung individueller und gesellschaftlicher Emanzipation keine Aussicht auf Erfolg hat, gilt es im Rahmen einer subversiven Strategie [...] jene Kräfte zu unterstützen, die sich gegen den Antisemitismus als antiemanzipatorischer Ideologie schlechthin stellen.“⁷³

72 Vgl. Uwe Backes, Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie, Opladen 1989, S. 99.

73 Grigat (FN 51), S. 363.

Pegida als neue Protestbewegung von „rechts“

Von Armin Pfahl-Traugber

1. Einleitung und Fragestellung

Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ist auch eine Geschichte von Protestbewegungen. Dazu gehörten die Bewegung gegen die Wiederbewaffnung und die „Atombewaffnung“, die Ostermarsch-Bewegung und die „Kampagne für Abrüstung“, die Achtundsechziger-Bewegung, die Frauenbewegung, die Anti-Atomkraft- und Ökologiebewegung, die Bewegung gegen die Nachrüstung, die globalisierungskritische Bewegung und die Anti-Gentrifizierungsbewegung. Auch wenn es in ihnen extremistische Anteile mit unterschiedlichem Stellenwert gab, führte deren Engagement in der Gesamtschau zu mehr Demokratie, Liberalität und Partizipation. Viele in der etablierten Politik vernachlässigte Themen wurden erst durch solche Bewegungsformationen zu einem Gegenstand breiten öffentlichen Interesses. Insofern können derartige Protestbewegungen auch als eine Bereicherung für die Demokratie angesehen werden. Gleichwohl sollte diese Einsicht nicht dazu verführen, deren fehlende demokratische Legitimation auszublenden.

Denn die tausendfache Anwesenheit von Menschen auf der Straße beweist nicht die Repräsentativität des Volkswillens. Dies gilt sowohl für Protestbewegungen mit einem eher „linken“ wie für Protestbewegungen mit einem eher „rechten“ politischen Einschlag. Die erwähnten historischen und aktuellen Beispiele können der erstgenannten Richtung zugeschrieben werden. Indessen gab es auch wenige Fälle von Protestbewegungen von „rechts“. Dazu gehörte etwa die Bewegung gegen die Ostpolitik der sozialliberalen Regierung unter Willy Brandt Anfang der 1970er Jahre. Bei Unionsparteien und Vertriebenen löste diese großen Unmut aus. Auch Rechtsextremisten nutzten das Themenfeld für politische Agitation, was insbesondere die „Aktion Widerstand“ zeigte. Sie setzte sich aus unterschiedlichen Gruppen und Organisationen dieses politischen Lagers zusammen, welche mit martialischen Parolen wie „Deutsches Land wird nicht verschenkt, eher wird der Brandt gehenkt“ durch die Straßen zogen.

Danach gab es keine Protestbewegungen von „rechts“ mehr, welche auch Anhänger über das rechtsextremistische Lager hinaus mobilisieren konnten. Zwar existierten Bewegungsformationen im Bereich von NPD, Neonazis und Skinheads. Die in Anlehnung an die Achtundsechziger beschworene „Nationale Außerparlamentarische Opposition“ (NAPO) konnte aber ab Mitte der 1990er Jahre nur geringe Außenwirkung entfalten. Ihre Aktivitäten mobilisierten mit Ausnahme von einigen regionalen Protesten gegen Asylbewerberheime kaum Personen außerhalb des organi-

sierten Rechtsextremismus.¹ Dies änderte sich durch das Aufkommen der „Patrioten gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (Pegida), die ab dem Herbst 2014 in Dresden zeitweise um die 25.000 Demonstranten mobilisieren konnten. Die neue Protestbewegung von „rechts“ soll hier bezogen auf Entstehung und Entwicklung, Positionen und Strategien, Ursachen und Wirkung aus der Perspektive der Bewegungs-, Extremismus- und Sozialforschung² untersucht werden.

2. Entstehung, Hintergründe und Initiatoren von Pegida

Am Beginn von Pegida stand am 11. Oktober 2014 die Gründung einer Facebook-Gruppe, die sich mit der Bezeichnung „Friedliche Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ zunächst nur aus dem persönlichen Umfeld des Initiators Lutz Bachmann zusammensetzte. Als Anlass nannte er die Empörung über Demonstrationen und Straßenkrawalle: Am 7. Oktober war es in Celle und am 8. Oktober in Hamburg zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Kurden und Salafisten aufgrund deren gegensätzlicher Einstellung zur Terror-Miliz „Islamischer Staat“ (IS) gekommen. Am 10. Oktober fand dann in Dresden eine – allerdings friedlich verlaufende – Kundgebung statt, welche der politischen Unterstützung der seit 1993 in Deutschland verbotenen „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) in ihrem Kampf gegen den IS dienen sollte. Beide Anlässe für die Pegida-Gründung hatten somit gar nichts mit der – angeblichen – „Islamisierung“ im engeren Sinne zu tun.

Gleichwohl riefen die Gründer einer sich fortan „Patrioten Europas gegen die Islamisierung des Abendlandes“ nennenden Gruppe seit dem 20. Oktober 2014 zu regelmäßigen Demonstrationen auf. Da Bachmann als Initiator und führender Sprecher von herausragender Bedeutung war und ist, verdient seine Person nähere Aufmerksamkeit: Der 1973 Geborene gründete 1992 eine Foto- und PR-Agentur, deren Leitung er in den folgenden Jahren inne hatte. Ein früheres Engagement Bachmanns in einer rechtsextremistischen Gruppe, Organisation oder Partei ist nicht bekannt. Auch scheint er mit seinen Pegida-Aktivitäten erstmals politisch aktiv geworden zu sein. Nachdem Bachmann eine gewisse öffentliche Bekanntheit erlangt hatte, wurde seine kriminelle Vergangenheit bekannt: 1998 hatte er sich zeitweilig einer Haftstra-

- 1 Eine Einbettung der Protestbewegungen in die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland nimmt vor: Manfred Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart, München 1999, S. 475-490 und S. 620-651; eine Gesamtdarstellung zu den Protestbewegungen enthält: Roland Roth/Dieter Rucht (Hrsg.), Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, Frankfurt a.M. 2008; eine Problemskizze liefert: Armin Pfahl-Traughber, Bereicherung oder Gefahr für die Demokratie? Protestbewegungen in Deutschland nach 1949, in: Eckhard Jesse (Hrsg.), Eine normale Republik? Geschichte – Politik – Gesellschaft im vereinten Deutschland, Baden-Baden 2012, S. 185-206.
- 2 Die ausdrückliche Betonung der drei Forschungsmethoden macht deutlich, dass die Extremismusforschung keineswegs nur auf die demokratietheoretische Kategorisierung von politischen Bestrebungen fixiert ist, sondern sich auch anderer Konzepte wie etwa der Parteien- oder Wahlforschung bedient.

fe wegen Diebstahls durch Flucht nach Südafrika entzogen. 2009 erhielt er eine Bewährungsstrafe wegen Drogenbesitzes.

Die anderen Initiatoren des ursprünglich zwölfköpfigen Pegida-Organisationsteams entstammten meist Bachmanns persönlichem Umfeld. Dabei lassen sich nur für drei Personen Mitgliedschaften in Parteien belegen: Siegfried Däbritz gehört der FDP, Achim Exner der AfD und Thomas Tallacker der CDU an. Betrachtet man diese Erkenntnisse im Lichte der vergleichenden Bewegungsforschung, so fällt die dominierende Rolle von Einzelpersonen auf. Frühere Protestbewegungen gingen in der Regel meist auf die Initiative politischer Organisationen oder Parteien zurück. Keine der erwähnten Parteien nahmen aber über die genannten Personen einen Einfluss auf die Gründung von Pegida. Ganz im Gegenteil: Die genannten CDU- und FDP-Mitglieder hatten sich in ihren Parteien durch bedenkliche Aussagen über Migranten unbeliebt gemacht. Däbritz verfügte darüber hinaus mit Kontakten zu den „Hooligans gegen Salafisten“ (HoGeSa) als Einziger vom Organisationsteam über Verbindungen in das rechtsextremistische Lager.³

3. Entwicklung und Gestaltung der Pegida-Demonstrationen 2014

Nach der Pegida-Gründung rief man zu „Montagsspaziergängen“, so die offizielle Bezeichnung der Demonstrationen, in Dresden auf. Zunächst nahmen am 20. Oktober 2014 nur 350 Personen teil.⁴ Am 27. Oktober stieg die Zahl auf 500, am 3. November hatte sie sich auf 1.000 verdoppelt. Am 10. November waren es schon 1.700 und eine Woche später 3.200 Teilnehmer. Parallel dazu berichtete zunächst die regionale, dann aber auch die überregionale Presse über das Pegida-Phänomen. Auch für andere Medien wurden die Demonstrationen ein bedeutendes Thema. Dies beförderte noch den rapiden Anstieg der Teilnehmerzahl: Am 24. November kamen 5.500 und am 1. Dezember 7.500. Danach folgte gar eine fünfstellige Zahl von Demonstranten den Aufrufen: Am 8. Dezember waren es 15.000 und am 22. Dezember 17.500 Teilnehmer. Berücksichtigt man die örtliche Fixierung auf Dresden, die kalte Jahreszeit und das bevorstehende Weihnachtsfest, so handelte es sich um eine enorme Mobilisierungswirkung.

Am Beginn des Demonstrationszuges standen häufig Personen mit Transparenten, die Aufschriften wie „Gewaltfrei & vereint gegen Glaubenskriege auf deutschem Boden“ oder „Gegen religiösen Fanatismus und jede Art von Radikalismus. Gemeinsam ohne Gewalt“ trugen. Neben diesem Text fand sich auch das Bild einer Figur, die bestimmte Symbole in einen Mülleimer warf. Dazu gehörten die Fahne des

3 Vgl. Lars Geiges/Stine Marg/Franz Walter, Pegida. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft?, Bielefeld 2015, S. 11-31.

4 Alle Angaben stützen sich auf die Daten des Landeskriminalamtes Sachsen, wobei Beobachter gelegentlich von zu hohen Teilnehmerzahlen sprachen. Da es aber keine anderen und besseren Informationen zum quantitativen Umfang der Demonstrationen gibt, werden mit entsprechenden Einschränkungen hinsichtlich der Genauigkeit hier diese Zahlen weiterhin genutzt.

IS und der PKK, ein Hakenkreuz und das Logo der „Antifa“. Somit wollte man sich von den damit gemeinten politischen Bestrebungen, also ausländischem Islamismus und Linksextremismus wie deutschem Rechts- und Linksextremismus distanzieren. Derartige Abgrenzungen und Positionierungen enthielten auch die Reden der Initiatoren, die anlässlich der Kundgebungen im Kontext der „Montagsspaziergänge“ insbesondere von Bachmann gehalten wurden. Außerdem regten „Ordner“ oder „Verstärker“ der Organisatoren die Teilnehmer der Veranstaltungen dazu an, Parolen wie „Wir sind das Volk“, „Lügenpresse“ und „Volksverräter“ zu skandieren.⁵

Darüber hinaus trugen die Demonstranten eigene Plakate und Transparente, die den Pegida-Initiatoren nicht pauschal inhaltlich zugeschrieben werden können. Hier tritt ein besonderes methodisches Problem hervor: Bei Bewegungen, die sich aus unterschiedlichen Akteuren zusammensetzen, darf man nicht einfach einzelne Bekundungen oder Handlungen im Sinne von Grundmerkmalen eben dieser Bewegungen verallgemeinern. Gleichwohl verdienen Aufschriften und Bilder von Pegida-Demonstranten für die politische Analyse inhaltliche Beachtung. Dazu können hier folgende Beispiele dienen: Die Fotomontage auf einem Plakat präsentierte Bundeskanzlerin Merkel in islamischer Kleidung, man reckte Kreuze in den Farben der Nationalflagge in die Höhe, Transparente enthielten Texte wie „Alibaba und die 40 Dealer. Ausweisung sofort!“, „BRD. Wo Meinungsfreiheit zur Mutprobe wird!“, „Gegen Zwangs-Islamisierung!“, „Schluss mit GEZ-Diktatur und Lügenpresse!“ oder „Wir sind keine Nazis, wir sind Bürger Deutschlands“.⁶

4. Offizielle Positionen von Pegida

Da die Pegida-Initiatoren zunächst nur ein allgemeines Bekenntnis gegen „Glaubenskriege“ und „Islamisierung“ ablegten, blieb das Anliegen der Protestbewegung mangels einer Gründungserklärung mit Forderungen und Positionen zunächst unklar. Bereits die behaupteten Anlässe für die Entstehung standen in keinem direkten Bezug zu den mit der Namensgebung verbundenen Zielen. Aus der Perspektive der vergleichenden Bewegungsforschung fällt dies als Besonderheit auf, formulierten doch frühere Protestbewegungen konkrete Forderungen wie etwa zur Verhinderung des Baus bestimmter Projekte oder der Stationierung bestimmter Waffensysteme. Demgegenüber konnte man bei den Pegida-„Montagsspaziergängen“ nur gelegentlich Fragmente von Forderungen ohne nähere Begründung ausmachen. Da sollte es mal um eine Beendigung des „Asylmissbrauchs“, mal um die Steuerung der Zuwan-

5 Vgl. Michael Bartsch, „Pegida“ wächst zur Großkundgebung, in: Die Tageszeitung vom 26. November 2014, S. 7; Stefan Locke, Die neue Wut aus dem Osten, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 7. Dezember 2014, S. 2.

6 Vgl. Anne Hähnig, „Mein erstes Mal“, in: Die Zeit, Nr. 51 vom 11. Dezember 2014, S. 7; Anna Reimann/Christina Hebel, Zitate von Pegida-Demonstranten. Die wirre Welt der Wohlstandsbürger (16. Dezember 2014), unter: www.spiegel.de (18. Dezember 2014).

derung und mal um die Wiederzulassung der Einreisekontrollen gehen. Auch hier handelte es sich um Themen ohne Bezug zu einer „Islamisierung“.

Gleiches gilt für ein am 10. Dezember 2014 präsentiertes Positionspapier mit 19 Punkten. Darin forderte man die „Aufnahme von Kriegsflüchtlingen und politisch oder religiös Verfolgten“ als „Menschenpflicht“ und trat für „die Aufnahme des Rechts auf und die Pflicht zur Integration ins Grundgesetz“ ein. Darüber hinaus sei Pegida für „dezentrale Unterbringung der Kriegsflüchtlinge und Verfolgten, anstatt in teilweise menschenunwürdigen Heimen“. Man fordere die „Aufstockung der Mittel für die Polizei“ und „Null-Toleranz-Politik gegenüber straffällig gewordenen Asylbewerbern“. Außerdem sei Pegida für den „Widerstand gegen eine frauenfeindliche, gewaltbetonte politische Ideologie, aber nicht gegen hier lebende, sich integrierende Muslime“, „für sexuelle Selbstbestimmung“ und für „die Erhaltung und den Schutz unserer christlich-jüdisch geprägten Abendlandkultur“. Abgelehnt würden „dieses wahnwitzige ‚Gender Mainstreaming‘“, „Radikalismus egal ob religiös oder politisch motiviert“ und „Hassprediger, egal welcher Religion“.⁷

Die für Pegida als konstitutiv geltenden Begriffe „Glaubenskämpfe“ und „Islamisierung“ kommen nicht vor. Lediglich in einem Punkt wird auf das „Abendland“ und in einem Punkt auf „Muslime“ inhaltlich Bezug genommen. Allein dies macht deutlich, dass das 19-Punkte-Positionspapier keine näheren Begründungen für das erklärte politische Anliegen enthält. Darüber hinaus hat man es mit einer diffusen und unsystematischen Ansammlung von Auffassungen und Forderungen zu tun. Dazu gehören konstruktive Forderungen wie die nach der „dezentralen Unterbringung der Kriegsflüchtlinge“, aber auch immer wieder schwammige Erklärungen wie die zu „Erhaltung und Schutz unserer christlich-jüdisch geprägten Abendlandkultur“. Bilanzierend betrachtet handelt es sich um gemäßigte Forderungen ohne rechtsextremistische Positionen, die man aber offenkundig in erster Linie zwecks Pflege eines seriösen Images in die Öffentlichkeit trug. Denn die Inhalte des Positionspapiers wurden auf den Versammlungen nicht dargestellt oder erörtert.

5. Fremdenfeindliche Stimmungen auf den Versammlungen

Auf den Versammlungen hätte etwa ein Bekenntnis zur „Aufnahme von Kriegsflüchtlingen und politisch oder religiös Verfolgten“ als Menschenpflicht – ein ausformulierter Bestandteil der 19 Punkte – vermutlich hetzerische Kommentare und rigorose Verdammung ausgelöst. Denn bei den Demonstrationen herrschte häufig eine von Aversionen und Ressentiments geprägte emotionale Stimmung und kein von Reflexionen und Sorgen getragener sachlicher Ton vor. Dazu trugen auch Bachmanns Reden bei, meinte er doch etwa mit aggressivem Unterton: Flüchtlinge lebten in „luxuriös ausgestatteten Unterkünften“, während sich arme Rentner „kein Stück

7 Das 19. Punkte-Papier ist online auf der Facebook-Seite von Pegida abrufbar unter: www.facebook.com (8. März 2015).

Stollen“⁸ mehr zu Weihnachten leisten könnten. An seiner Person lässt sich der Gegensatz zwischen dem offiziell beschworenen Bild der Anständigkeit und den tatsächlich präsenten Einstellungen veranschaulichen. Denn Bachmann distanzierte sich stets bei Nachfrage öffentlich von Ausländerfeindlichkeit und Rassismus. Auf Facebook-Einträgen hatte er Migranten privat als „Dreckspack“, „Gelumpe“ und „Viehzeug“⁹ titulierte.

Derartige Auffassungen und Stimmungen können auch bei den Pegida-Demonstranten ausgemacht werden¹⁰, wobei hier erneut das Problem der Repräsentativität und Verallgemeinerbarkeit besteht. Aufgrund von einschlägiger Kritik, die etwa der Fernseh-Berichterstattung eine selektive Auswahl von Bildern und Szenen von den Veranstaltungen vorwarf, erstellte das NDR-Magazin „Panorama“ eine längere Dokumentation mit einer Fülle von Interviews in voller Länge.¹¹ Darin kann man unterschiedliche Einstellungen und Motive ausmachen: Zu den Gesprächspartnern gehörte etwa ein Mann, der zunächst in ruhigem und sachlichem Ton seine allgemeine Sorge um die Anerkennung der Werte des Abendlandes zum Ausdruck brachte. Daraufhin fragte ihn der Interviewer, welche das denn für ihn konkret seien. Schließlich äußerte der Mann, dies könne er gerade nicht sagen. Bei dem Befragten schien es sich um einen orientierungslosen und verunsicherten Menschen zu handeln, der bei Pegida ein Forum für sein Unbehagen fand.

Dem gegenüber stehen Interviewte, die Aggressionen und Ressentiments auch in Stimmung und Wortwahl deutlich artikulierten: Ein Befragter behauptete beispielsweise, Ausländer brächten Bazillen nach Deutschland und müssten daher auf jeden Fall isoliert werden. Die deutsche Bevölkerung müsse das ansonsten ausbaden, sei man doch selbst ganz anders aufgebaut. Ein anderer Gesprächspartner meinte mit hetzerischem Tonfall, Ausländer kämen als „Schmarotzer“ nach Deutschland und würden alles bekommen. Er selbst meine das so, sei aber kein Nazi. Ein weiterer Interviewter erklärte mit schriller Stimme, die Einwanderung von Muslimen beruhe auf Befehlen aus Tel Aviv und Washington. Dies festzustellen habe aber nichts mit Rechtslastigkeit zu tun, das sei eine schlichte Tatsache. Der Beifall und das Gejohle der Umstehenden verdeutlichten dabei, dass die sich so artikulierenden Einzelpersonen nicht als isolierte Individuen oder Repräsentanten skurriler politischer Meinungen wahrgenommen wurden.

8 Zit. nach: Christina Hebel/Benjamin Knaack/Christoph Sydow, Pegida-Faktencheck: Die Angstbürger (12. Dezember 2014), unter: www.spiegel.de (15. Dezember 2014).

9 Zit. nach: Fabian Reinbold, Pegida-Organisator: Guter Bachmann, böser Bachmann (20. Januar 2015), unter: www.spiegel.de (22. Januar 2015). Darüber hinaus betonte Bachmann, dass es gar „keine echten Kriegsflüchtlinge“ geben würde, was im erklärten Gegensatz zu den erwähnten 19 Punkten stand. Außerdem schrieb er im September 2013: „Vollspinner! Gehören standrechtlich erschossen diese Öko-Terroristen! ... allen voran Claudia Fatima Roth!“.

10 Vgl. Jasper von Altenbockum, Die Verdummung des Abendlandes, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20. Dezember 2014, S. 8; ders., Schande mit System, in: ebd. vom 14. Januar 2015, S. 3.

11 Vgl. Pegida: Die Interviews in voller Länge, Teil 1 und Teil 2/Panorama/NDR, in: You Tube (2. März 2015).

6. Empirische Studien und das Problem der Repräsentativität

Derartige Beobachtungen lassen die Frage aufkommen, wie es um die politische Motivation und soziale Zusammensetzung der Pegida-Demonstranten steht. Aufgrund der großen öffentlichen Aufmerksamkeit und der relativ hohen Teilnehmerzahl der Demonstrationen sahen sich gleich vier politik- und sozialwissenschaftliche Einrichtungen zu einschlägigen Studien und Umfragen motiviert. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse verdienen bei der Analyse und Einschätzung dieser Protestbewegung von „rechts“ große Aufmerksamkeit. Gleichwohl muss darauf aufmerksam gemacht werden, dass keine der Studien für das Datenmaterial Repräsentativität beanspruchen kann. Bei nicht wenigen Demonstranten ließ sich ein ausgeprägtes Resentiment gegen Medien und Politik konstatieren, was offenbar auch auf Forschung und Wissenschaft übertragen wurde. Daher beteiligte sich an den im Folgenden erwähnten Erhebungen und Umfragen von den Befragten nur eine geringe Zahl.

Eine erste Studie erstellte eine Forschergruppe um den Dresdener Politikwissenschaftler Hans Vorländer¹², die um die 400 Demonstranten bei drei Veranstaltungen befragte. 65 Prozent der für die Befragung ursprünglich angesprochenen Personen lehnten allerdings eine Teilnahme ab. Vorländer sah darin kaum Probleme hinsichtlich der angestrebten Repräsentativität oder möglicher Verzerrungen. Die in diesem Kontext postulierte Annahme, wonach es zwischen den antwortwilligen und antwortunwilligen keine Unterschiede gebe, lässt sich jedoch nicht stützen. Eine zweite Studie stammte von einer Forschergruppe um den Berliner Soziologen Dieter Rucht¹³, welche Ergebnisse aus Beobachtungen und Online-Interviews enthielt. Man verteilte dazu 3.500 Handzettel, die aber nur von 670 Demonstranten angenommen wurden. An der Befragung selbst beteiligten sich lediglich 123 Personen. Als Besonderheit dieser Untersuchung kann die komparative Betrachtung mit früheren Protestbewegungen etwa gegen Hartz IV, den Irak-Krieg oder Stuttgart 21 hervorgehoben werden.

Eine dritte Studie legte eine Forschergruppe um den Dresdener Politikwissenschaftler Werner Patzelt¹⁴ vor, wobei 242 Interviews von insgesamt 492 angesprochenen Personen bei der Demonstration am 25. Januar 2015 die Datenbasis lieferten. Ganz offen wurde hier eingeräumt: Man könne und wolle keinen Anspruch auf Repräsentativität erheben. Gleichwohl lag die Ausschöpfungsquote mit fast 50 Prozent relativ hoch. Patzelt nahm auch im Unterschied zu den vorgenannten Arbeiten eine intensivere Analyse und Kommentierung des gewonnenen Datenmaterials vor, worauf später noch näher eingegangen werden soll. Und schließlich sei viertens auf die Studie einer Forschergruppe um den Göttinger Politikwissenschaftler Franz Wal-

12 Vgl. Hans Vorländer, Wer geht warum zu PEGIDA-Demonstrationen? Präsentation der ersten empirischen Umfrage unter PEGIDA-Teilnehmern, Dresden 2015.

13 Vgl. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung u.a. (Hrsg.), Protestforschung am Limit. Studie zu Pegida, Berlin 2015.

14 Vgl. Werner J. Patzelt, Was und wie denken PEGIDA-Demonstranten? Analyse der PEGIDA-Demonstranten am 25. Januar 2015, Dresden. Ein Forschungsbericht, Dresden 2015.

ter¹⁵ verwiesen. Deren Basis war eine Online-Umfrage, woran sich rund 500 Teilnehmer der Demonstrationen vom 12. Januar 2015 beteiligt hatten. Auch hier wurde die fehlende Repräsentativität betont, dürften doch dezidiert rechtsextremistische Aktivisten ebenso wenig wie mit elektronischer Kommunikation ungeübte Teilnehmer im Datensatz auftauchen.

7. Erkenntnisse zur sozialen Zusammensetzung

Bei der komparativen Betrachtung der vier Studien fallen Differenzen bei der Einschätzung der politischen Motivation und Gemeinsamkeiten bei der Feststellung der sozialen Zusammensetzung auf. Alle Studien heben die Dominanz von Männern hervor: Bei Patzelt ist die Angabe 72 Prozent zu finden, bei Rucht 77, bei Vorländer 75 und bei Walter 82. Der geringere Anteil von Frauen und höhere Anteil von Männern entspricht dem Eindruck von den Teilnehmern der Demonstrationen, den Bildern und Filme vermitteln. Bezogen auf das Alter besteht bei Vorländer eine Dominanz der Gruppe der 40- bis 59-Jährigen und bei Walter eine hohe Präsenz der Gruppe der 46- bis 55-Jährigen und danach der Gruppe der 36- bis 45-Jährigen. Bei Patzelt ist das Durchschnittsalter 46,4 Jahre, bei Rucht fanden sich dazu keine Angaben.¹⁶

Bei der formalen Bildung ergaben sich folgende Erkenntnisse: Bei Rucht lagen die Hauptschulabsolventen bei ca. fünf Prozent, jeweils über 20 Prozent hatten Realschulabschluss, Fachhochschulreife oder Abitur und über 30 Prozent ein abgeschlossenes Studium, bei Vorländer konnten fünf Prozent einen Hauptschul-, 38 Prozent einen Realschulabschluss, 16 Prozent Abitur und 28 Prozent einen Hochschulabschluss vorweisen und bei Walter waren nur 0,6 Prozent Hauptschulabsolventen, 35 Prozent verfügten über ein Fachhochschul- oder Universitätszertifikat. Patzelt meinte, man habe es hier meist mit Leuten mit Realschulabschluss, darunter vielen mit Abitur und Hochschulabschluss, zu tun. In der Gesamteinschätzung kam man somit zu dem Ergebnis, dass nicht die formal gering Gebildeten die Mehrheit der „Montagsspaziergänger“ stellten. Vielmehr setzten sie sich aus den formal höher und mittel Gebildeten zusammen.¹⁷ Dieses Ergebnis entspricht im Allgemeinen auch den Erkenntnissen zur Berufstätigkeit.

Dazu ergab sich Folgendes: Bei Rucht waren über 50 Prozent Angestellte, Arbeiter oder Beamte, 18 Prozent Freiberufler und Selbständige und nur fünf Prozent erwerbslos, bei Vorländer waren 47 Prozent Arbeiter oder Angestellte, 20 Prozent Selbständige und zwei Prozent ohne Tätigkeit und bei Walter waren 37 Prozent Angestellte, 16 Prozent Freiberufler oder Selbständige und 7 Prozent Arbeiter. Patzelt kommentierte nur allgemein, es handele sich um viele Arbeiter und Angestellte,

15 Franz Walter, Studie zu Pegida. Aktuelle Forschungsergebnisse zu den Pegida-Protesten, Göttingen 2015. Vgl. auch als ausführlichere Darstellung: Geiges u.a. (FN 3), S. 61-70.

16 Vgl. Patzelt (FN 14), S. 5; Rucht (FN 13), S. 18; Vorländer (FN 12), S. 3 f.; Walter (FN 15), S. 1.

17 Vgl. Patzelt (FN 14), S. 5; Rucht (FN 13), S. 20; Vorländer (FN 12), S. 5; Walter (FN 15), S. 1.

ebenso um Freiberufliche und Selbständige.¹⁸ Auch wenn hier die Angaben etwas weiter auseinander liegen, so fällt doch der eher geringe Anteil von Arbeitslosen und Hauptschulabsolventen auf. Dieses Ergebnis kann aber die Folge der fehlenden Repräsentativität sein. Darüber hinaus fallen die hohen Anteile von Demonstranten mit formal höherer Bildung und mittelständischer sozialer Lage auf. Demnach handelt es sich bei den Pegida-Demonstranten nicht um eine Bewegung von Menschen, die in besonders ausgeprägter Form von einer sozialen Notlage betroffen sind oder waren.

8. Erkenntnisse der Studien zur politischen Motivation

Nach Patzelt lag die politische Selbsteinschätzung „genau in der Mitte“ bei 65 Prozent, „eher rechts“ bei 22 Prozent und „ganz rechts“ bei 4,4 Prozent, bei Rucht findet man die Einschätzung „Mitte“ bei 49 Prozent, „rechts“ bei 33 Prozent und „extrem rechts“ bei zwei Prozent.¹⁹ In den Studien von Vorländer und Walter wurden solche Angaben nicht ermittelt. Den referierten Daten zufolge würde sich somit eine Mehrheit der Pegida-Demonstranten politisch „in der Mitte“ und nur eine Minderheit weiter „rechts“ verorten. Derartige Selbsteinschätzungen müssen aber aus unterschiedlichen Gründen als problematisch angesehen werden: In der politischen Kultur Deutschlands gibt es einen Hang vieler politischer Akteure und Individuen, sich im Sinne eines politisch wie sozial erwünschten Verhaltens in der „Mitte“ zwischen „links“ und „rechts“ zu verorten. Die objektive Einordnung muss nicht mit der subjektiven übereinstimmen.

Denn bei der Betrachtung des früheren und zukünftigen Wahlverhaltens ergeben sich ganz andere Neigungen und Vorlieben: Laut Patzelt erhielt bei der Bundestagswahl am gleichen Tag die AfD 57 Prozent, die CDU sechs Prozent und Die Linke fünf Prozent. Bei Rucht gab man die Zweitstimme bei der letzten Bundestagswahl zu 33 Prozent der AfD, zu 21 Prozent der CDU, zu 12 Prozent der Linken und zu 3 Prozent der NPD; „am kommenden Sonntag“ würde man zu 89 Prozent AfD und zu fünf Prozent NPD wählen. Bei Vorländer macht die Parteiverbundenheit mit der AfD 17, mit der CDU 9 und mit der NPD 4 Prozent aus, wobei die Mehrheit mit 62 Prozent keine Partei nennt. Und bei Walter hatten die Befragten bei der letzten Bundestagswahl zu 41 Prozent AfD, zu 25 Prozent CDU, zu 9 Prozent Die Linke und zu fünf Prozent NPD gewählt.²⁰ Demnach genießt die AfD bei den Pegida-Anhängern die höchste Anerkennung, also eine Partei, die „rechts“ von der „Mitte“ angesiedelt ist. Somit können die Selbsteinschätzungen nicht zutreffen.

18 Vgl. Patzelt (FN 14), S. 5, Rucht (FN 13), S. 19; Vorländer (FN 12), S. 6; Walter (FN 15), S. 2.

19 Vgl. Patzelt (FN 14), S. 7; Rucht (FN 13), S. 21.

20 Vgl. Patzelt (FN 14), S. 8, Rucht (FN 13), S. 22 und 24; Vorländer (FN 12), S. 9, Walter (FN 15), S. 2.

Wie steht es aber um konkrete Einstellungen und Motive? Hierzu bieten zwei Studien einschlägige Daten: Rucht fragte nach der Akzeptanz bestimmter Einstellungen, die ansonsten zur Erfassung von rechtsextremistischen Positionen dienen (Angaben in Klammern zu den Anteilen in der Gesamtbevölkerung): „Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform“: 7,8 (6,7) Prozent; „Die Verbrechen des Nationalsozialismus sind in der Geschichtsschreibung weit übertrieben worden“: 11,4 (6,9) Prozent; „Die Ausländer kommen nur hier her, um unseren Sozialstaat auszunutzen“: 34,2 (27,2) Prozent. Bei Vorländer wurde nach den Gründen für die Teilnahme an den Pegida-Demonstrationen gefragt, wobei als höchster Akzeptanzwert die Unzufriedenheit mit der Politik von 54 Prozent und nur von 23 Prozent Islam, Islamismus oder Islamisierung genannt wurden.²¹ Demnach spielte zumindest bei diesen Befragten das namensgebende Thema von Pegida keine so herausragende Rolle wie der Protest gegen die etablierte Politik.

9. Politische Einordnungen in den Studien

Auf Basis der erwähnten Ergebnisse der Untersuchungen nahmen deren Autoren auch politische Einordnungen von Pegida vor, wobei sich hier die größten Differenzen zwischen zumindest zwei der Studien zeigten: Patzelt differenzierte zwischen „Rassisten, Faschisten und Neonazis“ und „bloß Rechtseingestellte(n)“ als Analyse-kategorien, wonach es dann heißt: „PEGIDA-Demonstrationen sind nicht einfach eine Ansammlung von Rechtsextremisten. Vielmehr findet sich dort [...] eine Menge von Leuten mit durchaus guter Bildung und ohne soziale Not, die ihren politischen Ort [...] zwischen dem rechten Rand und der politischen Mitte bezogen haben.“²² Demgegenüber kann zunächst kritisch kommentiert werden, dass relativ hohe formale Bildung und soziale Sicherheit bei Individuen nicht gegen eine rechtsextremistische Einstellung sprechen müssen. Denn die politische Ausrichtung und die sozialen Besonderheiten liegen als Merkmale auf unterschiedlichen Ebenen. Insofern kann es sehr wohl auch hoch gebildete und materiell gut abgesicherte Rechtsextremisten geben.

Zudem bemerkte Patzelt über die Pegida-Aktivisten: „Nicht minder plausibel ist, dass sie ihresgleichen zur nächsten Demonstration nachziehen wollten, um eine Woche später möglichst deutlich zu zeigen, dass es sich bei ihresgleichen weit überwiegend eben doch um einen Teil des ‚normalen Volks‘ handele, nicht aber um Nazis, die man nun wirklich ausgrenzen müsste.“²³ Zwar gibt es in der Tat keine Belege dafür, dass sich entgegen der Auffassungen von Gegendemonstranten die Mehrheit der „Montagsspaziergänger“ aus „Faschisten“ und „Nazis“ zusammensetzt. Doch spricht diese Einsicht nicht dafür, dass es sich allgemein um rechte Demokraten und

21 Vgl. Rucht (FN 13), S. 27; Vorländer (FN 12), S. 11 und 15.

22 Patzelt (FN 14), S. 7.

23 Ebd., S. 7 f.

nicht auch um rechte Extremisten handelt. Denn Rechtsextremismus steht als Sammelbezeichnung für Auffassungen und Bestrebungen, die sich mit der Berufung auf die „Ethnie“ gegen die Grundlagen moderner Demokratien und offener Gesellschaften wenden. Diese Einstellung kann sich an den historischen Nationalsozialismus anlehnen, aber auch in anderen ideologischen Varianten zeigen.

Rucht geht demgegenüber bei der Online-Befragung von „teilweise rechtspopulistischen und rechtsextremen Einstellungen“ aus und kommentiert zu den Beobachtungen: „Keine ‚Normalbürger‘, sondern im Kern Artikulation von ‚gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit‘ und Rassismus“.²⁴ In der Dokumentation der Studienergebnisse sind allerdings keine nähere Erläuterung zu dieser Interpretation zu finden. Als Belege dienen die Antworten zu Fragen nach der Akzeptanz bestimmter Einstellungsstatements. Darunter ist aber kein einziges Item, das eine biologistisch begründete Abwertung von Menschen erfasst. Insofern fehlt der Beleg für ein rassistisches Potenzial. Als Eingriff in das Grundrecht einer religiösen Minderheit kann indessen die hohe Akzeptanz folgender Forderung bei 93 Prozent der befragten Pegida-Anhänger gelten: „Der Bau von öffentlich sichtbaren Moscheen sollte in Deutschland eingeschränkt werden“, wobei in der Gesamtbevölkerung 42,2 Prozent ebenfalls zustimmen.

10. Analyse bedeutender Parolen und Slogans

Die Ausführungen zu den Studien veranschaulichten, dass die politische Einordnung von Pegida auch hinsichtlich der Frage nach einer rechtsextremistischen Orientierung differenzierter erfolgen muss. Ein Ansatzpunkt dafür könnten programmatische Erklärungen wie die erwähnten offiziellen Positionen in Forderungen und Punkten sein. Indessen belegen deren Entstehung wie Verbreitung: Es ging hierbei in erster Linie um die Präsentation eines gemäßigten Images, das keineswegs den Auffassungen und der Stimmungslage bei Initiatoren und Publikum entsprachen. Mustergültig dafür ist die von Bachmann formulierte Abgrenzung von Fremdenfeindlichkeit in der Öffentlichkeit bei gleichzeitiger Artikulation von Fremdenfeindlichkeit im Privatbereich. Die kritische Bemerkung, Pegida-Aktivist:innen meinten etwas anderes als sie sagten, darf somit nicht als schlichte Verdächtigung gelten.²⁵ Worauf kann sich dann aber eine kritische Prüfung der politischen Positionen stützen? Dazu soll hier eine Analyse von häufigen Parolen und Slogans dienen.

24 Rucht (FN 13), S. 30.

25 Dies postuliere etwa die Journalistin Bettina Gaus, vgl. dies., Das, was sie wirklich meinen, in: Die Tageszeitung vom 20./21. Dezember 2014, S. 3: „Sie verlassen sich ganz einfach darauf, dass der Subtext dessen, was sie sagen – also das, was sie wirklich meinen –, schon verstanden werden wird. [...] Es ist eindeutig. Und deshalb nenne ich die Pegida ausländerfeindlich und rassistisch.“ Die erst nach der Publikation dieses Textes bekannt gewordenen fremdenfeindlichen und rassistischen Aussagen von Bachmann bestätigen diese Einschätzung von Gaus.

Bei den Demonstrationen riefen die Teilnehmer, mitunter angeregt durch „Ordner“ oder „Verstärker“ der Organisatoren, bestimmte Parolen oder Worte. Dazu gehörte auch die Aussage „Wir sind das Volk“, womit die frühere DDR-Opposition der SED-Diktatur die politische Legitimation absprach. Heutige Repräsentanten der Bürgerrechtsbewegung distanzieren sich aber in aller Entschiedenheit von der Vereinnahmung dieser Formulierung durch Pegida. Dort hat sie auch eine andere Bedeutung und Zielrichtung: Die Demonstranten beanspruchen damit, ohne hierfür eine wie auch immer geartete ideelle oder tatsächliche Legitimation präsentieren zu können, die Interessen und den Willen „des Volkes“ zu verkörpern. Dabei behauptet man nicht nur eine antipluralistische Einheit, sondern auch eine essentialistische Erkenntnis des „wahren“ Willens.²⁶ Außerdem enthält die Aussage „Wir sind das Volk“ im Pegida-Kontext einen Subtext: Die Anderen gehören nicht zum „Volk“. Auch Andersdenkende (nicht nur Migranten) sollen ausgegrenzt werden.

Als weitere Parolen, die bei Pegida-Demonstrationen häufig zu hören waren, verdienen die „Lügenpresse“- und „Volksverräter“-Rufe besondere Aufmerksamkeit: Die Formulierungen nutzte früher die NSDAP, aktuell kann man sie meist bei Aufmärschen von Neonazis vernehmen. Diese historische wie gegenwärtige politische Dimension mag den meisten Pegida-Demonstranten nicht bewusst gewesen sein, in dessen stellen die Formulierungen auch unabhängig davon aus demokratietheoretischer Sicht problematische Aussagen dar: Das breite Feld der etablierten Medien wird pauschal der bewussten Falschinformation bezichtigt, während man sich selbst im alleinigen Besitz der Wahrheit wähnt. Woher die „richtigen“ Informationen kommen, stellt keinen Gegenstand kritischer Reflexionen dar.²⁷ Die „Volksverräter“-Rufe diffamieren pauschal alle Politiker, die im Unterschied zu den Pegida-Demonstranten sehr wohl über eine demokratische Legitimation verfügen. Auch hier beansprucht man, ohne eine solche im Interesse des – angeblich – „wahren Volkes“ zu sprechen.

11. Pegida-Demonstrationen und der organisierte Rechtsextremismus

Angesichts derartiger Auffassungen und Kontexte stellt sich die Frage nach dem Verhältnis von Pegida-Demonstrationen zum organisierten Rechtsextremismus. Dazu kann man zunächst konstatieren, dass Angehörige der NPD und der Neonazi-Szene häufig auf den „Montagsspaziergängen“ präsent waren. Mitunter waren sie direkt

26 Beide Aussagen sind als „identitäre Gesellschaftskonzeption“ und „essentialistisches Deutungsmonopol“ zwei Strukturmerkmale extremistischer Ideologien, vgl. Armin Pfahl-Traugher, Gemeinsamkeiten im Denken der Feinde einer offenen Gesellschaft. Strukturmerkmale extremistischer Ideologien, in: Ders. (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2009/2010, Brühl 2010, S. 9-32, hier: S. 17 f. und 22-24.

27 Bei den Gruppendiskussionen von Mitarbeitern des Göttinger Instituts für Demokratieforschung nannte man häufig die muslimfeindliche Internetseite „Politically Incorrect“, das verschwörungsideologische Magazin „Compact“ und die weit rechts stehende Wochenzeitung „Junge Freiheit“, vgl. Geiges u.a. (FN 3), S. 105 f.

erkennbar, mitunter tarnten sie sich. Gleichwohl gibt es keinen Beleg dafür, dass Angehörige dieser politischen Gruppierungen einen bedeutenden Teil der Demonstranten stellten oder politischen Einfluss auf die Initiatoren ausübten. Man kann Letzteren auch nur eingeschränkt eine Verantwortung für deren Anwesenheit zuschreiben, stellt die Ausgrenzung von bestimmten Personengruppen bei gewaltfreiem Verhalten doch ein grundsätzliches Problem für Demonstrationsveranstalter dar. Zwar distanzieren sich die Pegida-Initiatoren bereits durch das Hakenkreuz in der Mülltonne auf ihrem Logo vom Neonazismus, darüber hinaus gehende Maßnahmen gegen deren Repräsentanten unterließ man indessen.

Bei den Ablegern von Pegida, die nach dem Anstieg der Dresdener Teilnehmerzahlen in anderen Städten entstanden, kam dem organisierten Rechtsextremismus aber weitaus größere Bedeutung zu. Mitunter dominierten Rechtsextremisten die kleineren Demonstrationen oder spielten als Initiatoren eine herausragende Rolle. Das galt etwa für die „Bonner gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (Bogida). Dort gehörten die maßgeblichen Aktivisten der rechtsextremistischen „Pro-NRW“-Partei an, die bundesweit als „Pro-Deutschland“ und regional als „Pro-Köln“ bekannt ist. Als Initiatorin und Rednerin trat Melanie Dittmer aus eben diesem politischen Spektrum auf. Zuvor hatte sie Funktionen bei der NPD inne gehabt und war durch martialische Sprüche in TV-Magazin-Beiträgen aufgefallen. Jedoch konnte Dittmer zur Bogida-Demonstration am 15. Dezember 2014 in Bonn nur 300 Personen mobilisieren.²⁸ Dabei handelt es sich um keinen Einzelfall. Meist kamen bei den Pegida-Ablegern mehr Rechtsextremisten als andere Teilnehmer zu den Veranstaltungen.

Für Pegida in Dresden entstand dadurch ein Problem: Einerseits begrüßte man das Entstehen von ähnlichen Aktionsbündnissen in weiteren Städten, andererseits warf die dortige Dominanz von NPD-Aktivisten und Neonazis ein schlechtes Licht auf das Projekt. Daher kam es gelegentlich zu Distanzierungen in Stellungnahmen²⁹, aber auch zur Androhung von Unterlassungsklagen. Hierbei lässt sich allerdings keine einheitliche und konsequente Linie ausmachen, wie das Beispiel der „Leipziger gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (Legida) veranschaulicht. Bei dem bedeutendsten Ableger beteiligte sich eine relativ hohe Anzahl von Rechtsextremisten, darüber hinaus kam es auch durch andere Anhänger vermehrt zu gewalttätigen Übergriffen. Die seinerzeitige Pegida-Sprecherin Katrin Oertel formulierte dazu binnen weniger Tage öffentlich ganz unterschiedliche Positionen: Am 21. Januar betonte sie die Möglichkeit einer Unterlassungsklage gegen Legida, und am 25. Januar stritt sie einen Konflikt zwischen Legida und Pegida ab.³⁰

28 Vgl. Andreas Aumann/Rüdiger Franz/Lisa Inhoffen, 3000 Bürger stellen sich quer, in: General-Anzeiger vom 23. Dezember 2014, S. 17.

29 Vgl. Reiner Burger, Schwarze Pädagogik, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. Januar 2015, S. 2.

30 Vgl. „Pegida“ prüft Klage gegen „Legida“ (21. Januar 2015), unter: www.tagesschau.de (2. April 2015); Maximilian Kalkhof, Demo in Dresden: Pegida schrumpft (25. Januar 2015), unter: www.spiegel.de (2. April 2015).

12. Zum rechtsextremistischen Charakter von Pegida

Angesichts derartiger Erkenntnisse stellt sich die Frage nach dem rechtsextremistischen Charakter von Pegida, wobei es hier nur um die Ausgangsinitiative in Dresden und nicht um die mitunter selbsternannten Gründungen in anderen Städten gehen soll. Zunächst kann man konstatieren: Bei den Demonstrationen äußerten die Initiatoren als Redner keineswegs eindeutig rechtsextremistische Positionen wie Antisemitismus oder Fremdenfeindlichkeit, Nationalismus oder Rassismus. Gleichwohl kann ihnen das Anheizen entsprechender Ressentiments und Stimmungen angelastet werden. Hinsichtlich der anwesenden Demonstranten lässt sich diagnostizieren, dass man es nur in einem marginalen Bereich mit NPD-Aktivisten und Neonazis zu tun hatte. Sie sahen offenkundig in den Emotionen, Positionen und Themen inhaltlich Anknüpfungspunkte für ihre Agitation, Ideologie und Strategie, wobei eine pauschale Gleichsetzung aufgrund solcher Schnittmengen unstatthaft ist.

Allerdings belegen diese Erkenntnisse nicht notwendigerweise die demokratische Gesinnung der Mehrheit der Pegida-Demonstranten. Es lässt sich nämlich ein politischer von einem sozialen Rechtsextremismus unterscheiden: Zum Erstgenannten gehören die organisierten Anhänger in Gruppen oder Parteien, zum Zweitgenannten Rechtsextremismus zählen die so denkenden Personen.³¹ Über das Ausmaß derartiger Einstellungspotenziale informieren die Ergebnisse der Sozialforschung, wofür folgende Grade von Akzeptanz für einzelne Items (bezogen auf eine „teilweise“ und „voll und ganz“ Zustimmung) bei repräsentativen Umfragen stehen: „Was Deutschland jetzt braucht ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert“: 22,5 Prozent, „Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert“: 11,4 Prozent, „Eigentlich sind die Deutschen allen anderen Völkern von Natur aus überlegen“: 8,4 Prozent, „Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen“: 17,4 Prozent.³²

Diese Träger solcher Einstellungen bekennen sich meist subjektiv zu den bestehenden Institutionen des demokratischen Verfassungsstaates, negieren aber objektiv dessen konstitutiven Werte. Insofern handelt es sich nicht um „Latenznazis“ oder „Nazis in Nadelstreifen“, womit ein ebenso einseitiger wie falscher Blick auf eine historisch wie ideologisch besondere Erscheinungsform des Rechtsextremismus verbunden wäre. Gleichwohl hat man es mit einem autoritären, fremdenfeindlichen und nationalistischen Einstellungspotenzial zu tun. Es distanziert sich durchaus glaubwürdig vom historischen Nationalsozialismus und lässt sich ideologietheoretisch mehr der deutschnationalistischen Form des Rechtsextremismus zuordnen. Dagegen spricht nicht die soziale Herkunft der „Montagsspaziergänger“ aus der „Mitte“ der Gesellschaft, hat doch die Frage nach der demokratietheoretischen Einordnung am

31 Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Soziale Potenziale des politischen Rechtsextremismus, in: *Vorgänge*, Nr. 197/2012, S. 4-20.

32 Vgl. Andreas Zick/Anna Klein, *Fragile Mitte, feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014*, Bonn 2014, S. 36 f.

„rechten Rand“ nichts mit der Frage nach dem gesellschaftlichen Status zu tun. Insofern kann die Extremismustheorie auch dieses Potenzial erfassen.³³

13. Entwicklung der Demonstrationen und Spaltung der Organisatoren

Das erwähnte Einstellungspotenzial konnte bislang von NPD und Neonazi-Szene, auch aufgrund der Differenzen in Habitus und Ideologie, nicht mobilisiert werden. Das scheint Pegida als Protestbewegung von „rechts“ in höherem Maße gelungen zu sein. Diese Einsicht bedingt kein pauschales Bild von den Demonstranten, die sich offenkundig aus unterschiedlichen Gruppen mit verschiedenen Motiven zusammensetzen. Die dominierende Anti-Haltung gegenüber den Medien wie der Politik erhöhte noch die Bereitschaft zur Teilnahme an den Pegida-Veranstaltungen. Ein genteiliger Aufruf der Bundeskanzlerin Angela Merkel, der mit großer öffentlicher Beachtung anlässlich ihrer Weihnachtsansprache mit deutlichen Worten formuliert wurde, schränkte den weiteren Zulauf nicht ein. Am 5. Januar 2015 nahmen 18.000 Personen an dem „Montagsspaziergang“ teil. Einen erneuten Anstieg der Demonstrationsteilnehmer bewirkten die vorherigen islamistischen Morde in Paris. Am 12. Januar kamen 25.000 Personen zu der Pegida-Versammlung in Dresden.

Die für den 19. Januar geplante Kundgebung wurde abgesagt, da es – angeblich – Morddrohungen gegen einen Initiator gegeben hatte. Am 25. Januar – diesmal ein Sonntag – kamen erstmals weniger, aber noch über 17.000 Personen zusammen. Ein für den 2. Februar angekündigter „Montagsspaziergang“ sagte die Pegida-Führung von sich aus ab, da sechs Führungspersonen aus dem zwischenzeitlich gegründeten Vorstand zurückgetreten waren.³⁴ Als Grund nannten die Akteure interne Konflikte, die mit der Rolle des ursprünglichen Pegida-Initiators Bachmann zusammenhingen. Dieser hatte aufgrund von Diebstahl und Drogenbesitz eine Haftstrafe erhalten, was ihn ohnehin als „Verteidiger des Abendlandes“ nicht besonders glaubwürdig erscheinen ließ. Hinzu kamen die erwähnten fremdenfeindlichen und rassistischen Äußerungen, die mit einem Foto in Hitler-Pose durch die Medien große Aufmerksamkeit

33 Eine anderslautende Fehldeutung bezogen auf die Interpretation von Pegida vertritt: Miro Jennerjahn, PEGIDA und die Extremismustheorie (17. November 2014), in: www-publikative.org (19. Januar 2015). Der Autor verwechselt Aussagen über eine „politische“ und „soziale Mitte“ und kommt daher zu einer falschen Darstellung der Extremismustheorie. Vgl. Armin Pfahl-Traugheer, Kritik der Kritik der Extremismustheorie. Eine Auseinandersetzung mit einschlägigen Vorwürfen, in: Ders. (Hrsg.), *Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung* 2013, Brühl 2013, S. 31-55, hier: S. 50-52.

34 Vgl. Daniel Bax, Der Untergang der Abendländer, in: *Die Tageszeitung* vom 29. Januar 2015, S. 6; Michael Bartsch, Die Stunde der Pegida-Realos, in: ebd. vom 30. Januar 2015, S. 6.

fanden. Dies führte zu Bachmanns Rücktritt³⁵ von allen Funktionen und zu dessen Ablösung durch Kathrin Oertel als Hauptsprecherin von Pegida.

Da Bachmann aber immer noch im Hintergrund persönlichen Einfluss nahm, lösten damit einhergehende Konflikte die erwähnten personellen Veränderungen aus. Auch Oertel, die zwischenzeitlich durch einen Fernsehauftritt bundesweite Bekanntheit erlangt hatte, zählt zu den zurückgetretenen Führungspersonen. Sie gründete mit den anderen ehemaligen Pegida-Gründern mit „Direkte Demokratie für Europa“ (DDfE) einen neuen Verein, der für eine Aufhebung der Sanktionen gegen Russland und für einen Stellenausbau bei der Polizei, aber auch für eine Erweiterung von Volksbegehren und eine Reform der Asylverfahren eintrat. Doch nahmen an den Demonstrationen von DdfE am 8. Februar 2015 lediglich um die 500 und am 19. Februar nur noch 100 Personen teil.³⁶ Bei Pegida setzte Bachmann unterdessen seine Aktivitäten wieder fort.³⁷ Es kam aber nur zu einem kurzen Anstieg der Teilnehmerzahlen: Am 9. Februar waren es 2.000, am 16. Februar 4.300, am 23. Februar 4.800, am 2. März 6.200 und am 9. März 6.500.

14. Krise und Niedergang der Bewegung und Organisation

Danach stabilisierte sich die Entwicklung bei den „Montagsspaziergängen“ zunächst auf diesem Niveau, wobei jeweils ein leichter Ab- oder Aufschwung konstatiert werden konnte: Am 16. März 2015 waren es 7.700, am 23. März 5.500, am 30. März noch 2.900, am 6. April schon wieder 7.100 und am 13. April gar 10.000 Teilnehmer. Der Anstieg bei den beiden letztgenannten Terminen erklärt sich dadurch, dass die Pegida-Organisatoren den niederländischen Politiker Geert Wilders als Gastredner eingeladen hatten. Da dieser mit seinen islam- und muslimenfeindlichen Auffassungen europaweite Bekanntheit genießt, erhoffte man sich einen besonders starken Anstieg der Demonstrationsbeteiligung.³⁸ Von den erwarteten 30.000 kamen aber an diesem Tag nur 10.000. In der Folgezeit gingen die Teilnehmerzahlen weiter zurück: Am 27. April waren es 3.000, am 4. Mai 2.000, am 11. und 18. Mai 3.000, am

35 Vgl. Ausländerfeindliche Hetze bei Facebook: Pegida-Chef Bachmann tritt zurück (21. Januar 2015), unter: www.spiegel.de (22. Januar 2015). Bachmann zeigte sich darüber hinaus noch in einem T-Shirt der rechtsextremistischen „Identitären“, vgl. Wie rechts ist Pegida? Bachmann posiert als Identitärer (21. Januar 2015), unter: www.n-tv.de (22. Januar 2015).

36 Da somit das Projekt einer gemäßigten Form von Pegida gescheitert ist, kann folgende Aufteilung der Protestbewegung von Patzelt nicht stimmen: „rund ein Drittel ‚rechtsnationale Xenophobie‘; unter zwei Dritteln ‚besorgte Gutwillige‘; und knapp ein Zehntel ‚empörte Gutwillige‘“. Vgl. Patzelt (FN 14), S. 30.

37 Vgl. Alina Leimbach, Dresden am Wischmopp, in: Die Tageszeitung vom 11. Februar 2015, S. 6; Stefan Locke, Im Abklingbecken der Zeitgeschichte, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11. Februar 2015, S. 4.

38 Vgl. Franziska Jäger, Der faule Frieden von Dresden, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 12. April 2015, S. 6; Stefan Locke, Unheimliche Begegnungen der dritten Art, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30. März 2015, S. 4.

25. Mai 2.200, am 1. Juni 2.000, am 8. Juni 1.500, am 15. Juni 1.600, am 22. Juni 900 und am 29. Juni 1.500.

Um den Niedergangsprozess zu stoppen, hatten die Pegida-Organisatoren eine Kandidatur bei den anstehenden Oberbürgermeister-Wahlen in Dresden beschlossen. Dafür wurde mit Tatjana Festerling eine frühere AfD-Politikerin aus Hamburg rekrutiert. Die NPD hatte zu ihren Gunsten auf einen eigenen Kandidaten verzichtet. Am 7. Juni erhielt Festerling 9,6 Prozent der Stimmen, während ein eigener AfD-Kandidat 4,8 Prozent der Stimmen verbuchen konnte. Die knapp zehn Prozent stehen je nach eingenommener Perspektive für einen Erfolg wie für eine Niederlage: Da die ortsfremde Festerling erst im April als Kandidatin benannt wurde, kann das Votum von jedem zehnten Wähler als Achtungserfolg gelten. Indessen präsentierte sich Pegida mit der bekannten „Wir sind das Volk“-Parole als eigentliche Stimme der Mehrheit. Ein solches Ergebnis entlarvt diese Annahme als haltlos.³⁹ Somit stehen die Entwicklungen bei den Demonstrationen wie bei dem Wahlergebnis für die Krise und den Niedergang der Protestbewegung.

Über deren Anhänger und Motive erstellte ein Forscherteam um den bereits erwähnten Politikwissenschaftler Werner J. Patzelt eine weitere Studie.⁴⁰ Sie kam hinsichtlich der sozialen Besonderheiten der Demonstranten in der Gesamtschau zu ähnlichen Ergebnissen wie die vorgenannten Untersuchungen. Eine Besonderheit bestand aber darin, dass man auch an einem regnerischen Tag eine Befragung durchgeführt hatte. Die Forscher nahmen an, sie würden so eher den „harten Kern“ von Pegida treffen. Erwartungsgemäß zeigte sich: Die Interviewten standen an diesem Tag politisch weiter „rechts“ als an den anderen. Durch die Ausführungen in der Studie wurde darüber hinaus deutlich, dass sich durch Kleidung als Rechtsextremisten identifizierbare Personen häufig den Interviews verweigerten.⁴¹ Da in der Studie jedoch nicht mit den Kategorien der politikwissenschaftlichen oder soziologischen Extremismusforschung gearbeitet wurde, lassen sich aus den Kategorien wie Selbsteinschätzungen⁴² diesbezüglich keine näheren Erkenntnisse gewinnen.

39 Vgl. Michael Bartsch, Pegida-Kandidatin stellt sich dem Wählervotum, in: Die Tageszeitung vom 5. Juni 2015, S. 6; ders., Knapp 10 Prozent für Pegida-Tatjana, in: ebd. vom 9. Juni 2015, S. 5.

40 Vgl. Werner J. Patzelt in Zusammenarbeit mit Christian Eichardt, Drei Monate nach dem Knall: Was wurde aus Pegida? Vergleichende Analyse der Pegida-Demonstrationen vom 25. Januar, 27. April und 4. Mai 2015 in Dresden, Dresden 2015.

41 Vgl. ebd., S. 3 und 5 f.

42 Vgl. ebd., S. 18, 74. Die Studie arbeitet – noch dazu wechselnd – mit den eher diffusen und wenig trennscharfen Kategorien „besorgte Gutwillige“, „empörte Gutwillige“, „xenophobe Patrioten“, „bedingt Xenophile“, „rechtsnationale Xenophobe“ und „rechtsradikale Xenophobe“, vgl. ebd., S. 90 f.

15. Schlusswort und Zusammenfassung

Angesichts des Fehlens repräsentativen Datenmaterials und der Verschiedenheit der Demonstrationsteilnehmer setzen sich aktuelle Einschätzungen von Pegida einem möglichen Pauschalisierungsvorwurf aus. Gleichwohl können Bewertungen mit gewissen Einschränkungen hinsichtlich der Verallgemeinerbarkeit formuliert werden. Bezüglich des Charakters von Pegida als politischem Phänomen lässt sich folgendes konstatieren: Allgemein distanziert man sich von Hooligans und Neonazis. Dies haben gemäßigte Kräfte im Rechtsextremismus wie etwa die DVU, „Pro“-Parteien oder die REP auch getan. Die Auffassungen und der Habitus der Pegida-Akteure entsprechen stark diesem politischen Bereich, der sich durchaus glaubwürdig bürgerlich und gewaltfrei gibt. Gleichwohl stehen ebenso die feindlichen Stimmungen gegen Flüchtlinge wie die rigorose Verdammung der Politik für rechtsextremistische Einstellungen. Demokratische Bürger, die für eine Änderung der Migrationspolitik eintreten, würden anders agieren und formulieren.

Diese Auffassung schließt demnach gar nicht aus, dass einige gesellschaftliche Probleme von Pegida-Demonstranten mit einer inhaltlichen Berechtigung angesprochen wurden: Für die Klage über eine Entfremdung von Bürgern und Politik gibt es ebenso gute Gründe wie für eine Kritik an einer konzeptionslosen Migrationspolitik. Darüber hinaus bestehen in bestimmten Regionen und Schichten mehr soziale Probleme als mitunter mit Blick auf das allgemeine Wachstum der Wirtschaft zur Kenntnis genommen wird. Insofern artikuliert sich in den Pegida-Protesten ein durchaus nachvollziehbarer und verständlicher Unmut. Eine besonders problematische Dimension besteht aber darin, dass die damit einhergehenden Einstellungen und Stimmungen auf Fremde und Migranten projiziert werden. Dies geschieht noch dazu auf emotionale bis hetzerische Art und Weise. Dazu passt die in gelegentlichen „Putin hilf“-Rufen zum Ausdruck kommende Begeisterung für den russischen Präsidenten, steht sie doch mustergültig für eine autoritäre Charakterstruktur.

Bei der Betrachtung von Pegida in der Gesamtschau fällt zunächst auf, dass die Protestbewegung entgegen der medialen Bezeichnung als „islamkritisch“ und der postulierten Selbstbezeichnung „gegen die Islamisierung“ eben diesen beiden Aspekten nur geringe Aufmerksamkeit widmete. Weder findet eine kritisch-rationale Auseinandersetzung mit dem Islam statt, noch spielt eine „Islamisierung“ in den Erklärungen eine größere Rolle. Für Letzteres bietet Dresden auch keinen Anlass. In den Städten, in denen man von einer solchen Entwicklung wie etwa in Bonn-Bad Godesberg eher sprechen könnte, fanden derartige Proteste kaum Zulauf. Dies trägt zur Begründung der Auffassung bei, dass es den Demonstranten weniger um eine Islamisierung oder Migrationspolitik geht. Vielmehr artikuliert deren diffuser Protest ein Spannungsverhältnis von demonstrierenden Akteuren und politischer Elite. Dabei dominiert nicht das differenzierte Argument, sondern die emotionale Pauschalierung. Insofern handelt es sich auch um eine Ressentimentbewegung.

Salafismus in Deutschland: Ideologie, Aktionsfelder, Gefahrenpotenzial in Zeiten des „Islamischen Staates“

Von Aladdin Sarhan und Ekkehard Rudolph

1. Einleitung

Seit den 1990er Jahren sind salafistische Akteure in Deutschland aktiv, seit der Jahrtausendwende sind sie in diversen Netzwerken und zunehmend im öffentlichen Raum feststellbar.¹ Durch sichtbare und häufig provokante Aktivitäten im Rahmen von Großveranstaltungen und Infoständen – z.B. bundesweiter Koranverteilungen – ist das Phänomen „Salafismus“ in Politik, Medien und nicht zuletzt Wissenschaft virulent geworden. Salafisten werden nicht nur als radikale religiöse Bewegung wahrgenommen, sondern von den Verfassungsschutzbehörden bereits seit 2011 als klar zu definierende „extremistische Bestrebung“ klassifiziert, die sich in ihren Handlungen und Aktivitäten gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung und den Bestand der Bundesrepublik Deutschland richtet, und als solche beobachtet wird.

Im Mai 2012 kam es u.a. bei einer Demonstration in Bonn zu tätlichen Angriffen auf die Polizei. Infolgedessen verfügte das Bundesministerium des Innern im Juni 2012 das erste Vereinsverbot gegenüber einer salafistischen Gruppierung („Millatu Ibrahim“) in Deutschland. In Drohvideos hatte der Verein die Krawalle in Bonn legitimiert und zu weiteren Gewalttaten aufgerufen. Nach Angaben des Bundesamtes für Verfassungsschutz gab es 2014 etwa 7.000 Salafisten in Deutschland. Der Salafismus insbesondere in seinen militanten Erscheinungsformen stellt durch die Existenz des „Islamischen Staates“ (IS) eine globale Bewegung dar, die auf Menschen in verschiedenen Ländern, darunter zahlreiche Konvertiten, hohe Anziehungskraft ausübt.

Im Irak, im Jemen, in Syrien und in Libyen gewinnen jihadistische Gruppen stetig an Einfluss. Der Erfolg der Jihadisten lässt sich u.a. darauf zurückführen, dass sie Menschen muslimischen Glaubens aus aller Welt – auch aus Deutschland – zum Kampf in ihren Reihen verführen. In diesem Kontext erweisen sich die salafistische Ideologie und Propaganda als effektive Mobilisierungsressourcen. Den bisherigen Höhepunkt jihadistischer Aktivitäten stellt die Ausrufung eines weltweiten Kalifats durch die Terrororganisation IS am 29. Juni 2014 auf den von ihr im Irak und in Syrien kontrollierten Gebieten dar. Der IS-Anführer Abu Bakr Al-Baghdadi ernannte

1 Aladdin Sarhan ist Islamwissenschaftler am Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz, Dr. Ekkehard Rudolph, Islamwissenschaftler am Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass der vorliegende Beitrag lediglich die persönliche Auffassung der Autoren und nicht die der Landeskriminalämter Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen wiedergibt.

sich selbst zum alleinigen Kalifen aller Muslime weltweit und Oberhaupt eines rechtgeleiteten Kalifats. Das von Al-Baghdadi deklarierte Ziel ist die globale Expansion und die Unterwerfung der gesamten Staatengemeinschaft unter die Rechtsnormen eines vermeintlich „wahren Islam“ salafistischer Auslegung. Al-Baghdadi forderte in seiner Antrittspredigt von allen wahren Muslimen weltweit die Anerkennung seines Kalifats und je nach Möglichkeit, das wiederbelebte Kalifat tatkräftig durch die Auswanderung in die vom IS kontrollierten Gebiete zu unterstützen. Die Etablierung einer islamisch-salafistischen Pseudo-Staatlichkeit in Syrien und im Irak betrachten viele Salafisten – auch in Deutschland – mit Genugtuung. Sie sehen darin den Beginn der Verwirklichung ihrer ideologischen Ziele. Denn die Salafisten des IS teilen mit denen in Deutschland dieselben Auffassungen – nicht nur hinsichtlich ihrer extremistischen Lesart des Islam, sondern auch in Bezug auf die angestrebte vollständige Umgestaltung von Staat, Gesellschaft und individueller Lebensführung nach rigiden religiösen Normen. Es verwundert daher nicht, dass die Zahl der aus Deutschland in Richtung Syrien und Irak ausgereisten Salafisten seit der Ausrufung des Kalifats stetig zugenommen hat. Die Zahl der Personen, welche die Landesgrenze überschritten, wurde im August 2015 auf ca. 700 geschätzt. Die meisten ausgereisten Salafisten haben sich dem IS angeschlossen.

Nicht zuletzt durch den terroristischen Anschlag auf das Jüdische Museum in Brüssel am 24. Mai 2014 wurde deutlich, dass die von der terroristischen Vereinigung IS ausgehende Gefahr jederzeit und unvorhersehbar auch die Zentren Europas treffen kann. Der IS, ursprünglich als Netzwerk gleichgesinnter gewaltbereiter Akteure entstanden, die auf der Grundlage einer salafistischen Auslegung des Islam nicht nur die Herrschaft über Länder bzw. Krisenregionen des Nahen- und Mittleren Ostens zu erlangen versucht, indoktriniert zunehmend auch Jugendliche aus Deutschland und anderen Ländern mit einer Ideologie des militanten Jihad. In der Folge stellt er derzeit eine der größten Herausforderungen für die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland dar. Die durch die Medien vermittelten Bilder der Gräueltaten in Syrien und dem Irak suggerieren, der IS sei bemüht, die konkurrierende Al-Qaida in ihrer Unmenschlichkeit zu übertreffen. Die inszenierten Enthauptungen von Geiseln vor laufender Kamera sowie sonstige Gewalthandlungen und die Kontrolle der Einhaltung von vermeintlich islamischen Normen durch eine Scharia-Gesetzlichkeit in den vom IS besetzten Gebieten finden weltweit Resonanz und laden zur Nachahmung ein. Durch diese Bilder mobilisiert, reisen zunehmend junge Salafisten aus Deutschland in die Kriegsregion „Syrien-Irak“. Andere Salafisten patrouillieren durch deutsche Städte und mahnen als sogenannte Scharia-Polizei die Einhaltung der Regeln des wahren Islam an. Dass die Jihad-Aufrufe bei manchen jungen Muslimen hierzulande Resonanz finden, ist u.a. eine Folge der seit mehr als einer Dekade in Deutschland anhaltenden Missionierungsbemühungen salafistischer Akteure, die unter dem Begriff „Da’wa“ in der Öffentlichkeit und im Internet vermarktet werden.

Im folgenden Beitrag werden die religiösen und ideologischen Hintergründe der salafistischen Bewegung und aktuelle Aktionsfelder in Deutschland (z.B. LIES-

Kampagne, Scharia Polizei) erhellt und im Zusammenhang mit Erscheinungsformen des sogenannten „Jihad-Salafismus“ bzw. „IS-Jihadismus“, wie er sich seit 2013 vor allem im Internet und den sozialen Netzwerken zeigt, dargestellt und analysiert.

2. Salafismus als islamistische Strömung

Salafisten erheben den Anspruch, die einzig wahren Muslime zu sein. Ihr Ziel ist es, den Urislam in seiner Reinheit und Authentizität wiederherzustellen. Der arabische Begriff *Salaf* bedeutet Vorfahren. Für Salafisten umfassen diese Vorfahren den Propheten Muhammad (gest. 632), seine Gefährten sowie die beiden darauffolgenden Generationen von Muslimen. Nach salafistischer Auffassung markiert das Jahr 855, das Sterbejahr des sunnitischen Rechtsgelehrten Ahmad Ibn Hanbal, das Ende der „gesegneten *Salaf*-Epoche“. Die *Salaf*-Epoche wird in den salafistischen Diskursen als die „goldene Ära“ der muslimischen Gemeinschaft dargestellt, in der ein islamisches Weltreich begründet wurde. In den nachfolgenden Generationen sei der „wahre“ Islam Entstellungsprozessen ausgesetzt gewesen, die bis in die Gegenwart fortwirken. Dies habe zum tendenziellen Niedergang des Islam und der politischen Ohnmacht der Muslime weltweit geführt. Um die Reinheit und Wahrhaftigkeit des Islam wiederherstellen zu können, sei es unumgänglich, die religiöse Praxis, die Lebensführung wie auch Staats- und Rechtsordnung an Koran und Sunna (Prophetentradition) – so wie sie früher von den *Salaf*, den „rechtschaffenen Altvorderen“ verstanden wurden – auszurichten.

Die islamischen Überlieferungen schreiben den rechtschaffenen Altvorderen einen frommen Lebenswandel sowie eine hohe Einsatzbereitschaft für den Glauben und die muslimische Gemeinschaft (*Umma*) zu. Deshalb erfüllen diese Generationen von Gläubigen eine Vorbildfunktion für die Mehrheit der Muslime auf der Ebene der Ethik und Moral. Salafisten gehen genau an diesem Punkt weiter. Sie erheben die *Salaf*-Generationen gewissermaßen zu „Ikonen“ und sind der Ansicht, dass das geistige Erbe der „rechtschaffenen Altvorderen“ das beinhalte, was einzig als der „richtige“ Islam (*al-Islam as-sahih*) gelten könne. Sie fordern vehement die akribische Nachahmung der „rechtschaffenen Altvorderen“ in allen Lebensbereichen und sehen deren Verhalten nicht nur als beispielhaftes, sondern als verbindliches Rollenmodell für alle Muslime auch in der heutigen Zeit an. Es gelte daher, vermeintlich „unstatthafte Neuerungen“ (*Bida'*), die nicht in Koran, Propheten- und Gefährtentradition zu belegen sind, z.B. die Heiligenverehrung, zurückzuweisen und konsequent aus der religiösen Praxis und Lebensführung zu verbannen. Selektiv blenden Salafisten jedoch jene Überlieferungen aus, die von Konflikten, Spaltungen und Uneinigkeiten unter den Muslimen zu Lebzeiten der *Salaf* berichten – vor und nach dem Tod des Propheten. Deswegen lässt sich das Idealbild der *Salaf*, an dem sich Anhänger der salafistischen Weltanschauung kompromisslos orientieren wollen, in vielerlei Hinsicht als „Utopie“ beschreiben.

In Abgrenzung zu der Mehrheit der Muslime lehnen Salafisten jede Anpassung der Interpretation von Koran und Sunna an veränderte gesellschaftliche und politische Gegebenheiten kategorisch ab. Sie betrachten dies als „unstatthafte Neuerung“, die zwangsläufig zum „Unglauben“ führe.² Das salafistische Projekt sieht vor, den „authentischen, wahren“ Islam wiederherzustellen und auf dieser Grundlage einen „islamischen Staat“ zu errichten. Dadurch würden die Muslime zu ihrer alten Stärke zurückfinden. Dies sei nur anhand der bedingungslosen Orientierung an den grundlegenden Quellen des Islam und seinen Lebensbereichen möglich. Da der Salafismus im Namen des „wahren“ Islam die Errichtung einer allein religiös legitimierten Gesellschafts- und Staatsordnung anstrebt, kann er als eine Strömung des Islamismus kategorisiert werden.³

3. Islamistische Gesichtspunkte des Salafismus

Grundlegend für den Salafismus ist sein spezifisches Gottesbild. So misst er dem Bekenntnis zur Einheit Gottes eine zentrale Bedeutung zu. Bestimmendes Merkmal ist der „Glauben an die Einheit und Einzigkeit Gottes“. Für die Mehrheit der Muslime ist das Bekenntnis zur Einheit Gottes und zum Prophetentum Muhammads ausreichend, um als Muslim anerkannt zu werden. Für salafistische Muslime ist der „Glauben an die Einheit und Einzigkeit Gottes“ jedoch nicht nur das mündliche Bekenntnis dazu, sondern die konsequente Verinnerlichung, Verwirklichung und Aufrechterhaltung dieses Bekenntnisses in allen rituellen und alltäglichen Handlungen, die direkt oder indirekt mit Gott zu tun haben.

Anbetung ist im Salafismus nicht nur im Sinne einer (rituellen) gottesdienstlichen Handlung zu verstehen, sondern als Ausführen der in Koran und Prophetentradition dargelegten Gesetze und Bestimmungen Gottes. Im Umkehrschluss gilt das Befolgen anderer Bestimmungen, wie beispielsweise der deutschen Gesetze, ebenso als „Anbetung“, jedoch als „Götzendienst“ und stellt damit einen Verstoß dar.

Salafisten werten die von Menschen geschaffenen Organe der Legislative, Judikative und Exekutive als institutionalisierte Formen des Unglaubens ab. Von dem weltlichen Herrscher wird verlangt, dass er nur nach dem salafistischen Verständnis von Koran und Sunna regiert. Anderenfalls wird er als „Götze“ bezeichnet und die Unterwerfung unter seine Herrschaft bzw. Rechtsordnung als „Götzendienst“ disqualifiziert. Sowohl die Aussetzung von göttlichen Bestimmungen als auch deren Verände-

2 Vgl. Aladdin Sarhan, Gottgewollte Ordnung. Wer sind die Salafisten? in: Herder-Korrespondenz 66 (2012), S. 523-526, hier: S. 523 f.

3 Islamismus ist eine Sammelbezeichnung für alle politischen Auffassungen und Handlungen, die im Namen des Islam die Errichtung einer allein religiös legitimierten Gesellschafts- und Staatsordnung anstreben. Dies bedeutet: Religion und Staat sollen nicht mehr getrennt sein; der Staat unterliegt der religiösen Legitimation. Damit geht die Ablehnung der Prinzipien von Individualität, Menschenrechten, Pluralismus, Säkularität und Volkssouveränität einher. Die islamistischen Kernelemente des Salafismus, die im vorliegenden Beitrag erläutert werden, stehen im Widerspruch zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland.

rung, zeitgemäße Anpassung oder Ergänzung seien Übertretungen und werden von Anhängern des Salafismus als Tatbestände des Unglaubens betrachtet. Für Salafisten gebühren Herrschaft und Unterwürfigkeit nur dem einen, absolut souveränen Gott. Eine Herrschaft oder eine Rechtsordnung, die nicht auf Gottes Gesetzen beruht, wird als Ketzerei abgelehnt. Dies gilt für alle menschengemachten Gesetze, die nach Auffassung der Salafisten nicht im Einklang mit der islamischen Gesetzgebung stehen.

Der „wahre“ Muslim wird im Salafismus als ein „gehorsamer Knecht Gottes“ angesehen, der sich in allen Lebensbereichen dem Willen seines einzigen Schöpfers vollständig unterwirft. Dieser Schöpfer ist gleichwohl der absolute Herrscher, dessen göttlicher Wille Koran und Sunna entnommen werden kann.

Die salafistische Glaubenslehre gibt ein festes Gerüst vor, welches keine Abweichung oder Differenz duldet. Rasterartig wird jedes menschliche Verhalten gemäß dem Wortsinn des Korans in Kategorien eingeteilt und zur Einstufung von Individuen herangezogen. Entsprechend der salafistischen Ideologie wird die Welt in zwei sich feindlich gegenüberstehende Sphären unterteilt: islamkonform und nicht-islamkonform bzw. gläubig und ungläubig.⁴

4. Erscheinungs- und Aktionsformen des Salafismus

Das salafistische Spektrum ist im Hinblick auf seine Erscheinungs- und Aktionsformen nicht einheitlich. Seine Vielfalt ergibt sich aus den unterschiedlichen sozialen und politischen Rahmenbedingungen in den jeweiligen Ländern. Trotz ihrer unterschiedlichen Formen des politischen Handelns teilen alle salafistischen Ausrichtungen dieselben religiösen Grundsätze und orientieren sich überwiegend an denselben historischen Rechtsgelehrten (z.B. Ibn Taimiyya, 14. Jh.) und modernen Vordenkern (z.B. Ibn Abd al-Wahhab, 18. Jh.). Darüber hinaus haben salafistische Ausrichtungen übereinstimmende Auffassungen in Bezug auf Gesellschaft und Staat. Sie streben kurz- oder langfristig die vollständige Umgestaltung von Staat, Gesellschaft und individuellem Lebensvollzug jedes einzelnen Menschen nach rigiden religiösen Normen an. Salafistische Ausrichtungen unterscheiden sich in erster Linie in der Wahl der Mittel, mit denen ihre Ziele verwirklicht werden sollen.

Hinsichtlich der politischen Orientierung existieren drei Typen des Salafismus: *Politikferne bzw. puristische Salafisten* enthalten sich politischer Betätigung und orientieren sich an einer Aussage des Gelehrten Nasir al-Din al-Albani (1914-1999), wonach die beste Politik darin bestehe, sich von der Politik abzuwenden. Vorrang haben für sie die Reinigung der Religion von unstatthaften Neuerungen sowie die *Da'wa*-Arbeit im Sinne der Missionierung. Darauf basierend folgt die Erziehung des Einzelnen und der Gemeinschaft im Sinne des vermeintlich „wahren“ Islam salafistischer Auffassung. *Legalistisch politisch agierende Salafisten* streben die gewaltfreie Änderung der politischen und sozialen Ordnung an. *Jihadistische Salafisten*

4 Vgl. Sarhan (FN 2), S. 525 f.

propagieren und wenden Gewalt an – nicht nur zur Errichtung eines islamischen Staates, sondern auch zur (Re-)Islamisierung der Gesellschaft in ihrem Sinne und zur Beseitigung von Hindernissen auf diesem Weg.

Diese drei Ausrichtungen lassen sich als „Fraktionen“ einer in theologischer Hinsicht zusammenhängenden salafistischen Bewegung beschreiben. Dieser Zusammenhang erleichtert den Anhängern den Wechsel zwischen den salafistischen Strömungen und macht die Übergänge zwischen diesen fließend.

Eine zusammenfassende Betrachtung dieser weitverbreiteten Typologie lässt erkennen, dass alle vier „Fraktionen“ des Salafismus in erster Linie in Ländern mit mehrheitlich muslimischer Bevölkerung beheimatet sind. Sie erklären die politischen Systeme in diesen Ländern für korrupt und unislamisch, bringen dies aber auf unterschiedliche Art und Weise zum Ausdruck. In der Realität sind die verschiedenen Denkrichtungen des Salafismus nicht voneinander abgrenzbar.

Bei aller gebotenen Differenzierung ist das salafistische Spektrum in Deutschland in allen Erscheinungsformen von gesellschaftspolitischer Relevanz. In der Bundesrepublik existiert keine genuin salafistische Strömung. Sowohl die Prediger als auch deren Anhänger und Sympathisanten haben verschiedene ideologische Positionen von Gelehrten angenommen, die hauptsächlich im Nahen Osten agieren. Die Salafisten in Deutschland sind netzwerkartig organisiert. Ideologisch handelt es sich um eine Mischform aller oben beschriebenen Fraktionen. Abhängig von den jeweiligen aktuellen Umständen bedienen sie sich der Argumentationen der entsprechenden salafistischen Spielart, um ihr Handeln zu legitimieren.

Die salafistischen Prediger in Deutschland fordern von ihren Anhängern die absolute Unterwerfung unter den vermeintlichen Willen Gottes. Dies schafft den Nährboden für die Mobilisierung von Szenemitgliedern und Sympathisanten für den Jihad im In- und Ausland. Dabei vertritt die Szene eine Konzeption, die sowohl gewaltlose als auch gewaltsame Ausprägungen des Jihad beinhaltet. Entscheidend bei der Wahl der jeweiligen Form sind die Grenzen des Möglichen, nicht die religiösen Grundsätze. Letztere sind konstant und aus salafistischer Sicht unveränderbar. Die Variante des Jihad, die von dem jeweiligen Rezipienten vertreten wird, ist stark von der Resonanzwirkung der Propaganda, den sozialen Umständen und der persönlichen mentalen Situation abhängig.⁵

Die gewaltlose Form des Jihad umfasst die Bemühungen mit Worten um *ad-da'wa li-d-din al-haqq* (Aufruf zu der wahren Religion bzw. dem Islam nach salafistischer Auffassung). So werden das seit 2012 laufende Koranverteilungsprojekt „LIES!“ und die damit verbundenen Anstrengungen der ehrenamtlich engagierten Personen von der Szene als „eine edle Form des Jihad“ bezeichnet.

5 Vgl. Marwan Abou Taam/Aladdin Sarhan, Salafistischer Extremismus im Fokus deutscher Sicherheitsbehörden, in: Thorsten Gerald Schneiders (Hrsg.), Salafismus in Deutschland – Ursprünge und Gefahren einer islamisch-fundamentalistischen Bewegung, Bielefeld 2014, S. 387-414, hier: S. 390 ff.

5. Salafistische „Polizei“ auf deutschen Straßen

Im September 2014 wurde der Begriff „Scharia-Polizei“ in den unterschiedlichsten Kreisen in Deutschland diskutiert. Der Grund hierfür war der medial aufbereitete Auftakt der Aktion „Shariah Police“ in Wuppertal. Hierbei handelte es sich um eine von deutschen Salafisten ins Leben gerufene Missionierungsstrategie, die darauf abzielte, Muslime anzuwerben und zu vermeintlich islamkonformen Verhaltensweisen zu bewegen. Der Aktion lagen die salafistische Islaminterpretation sowie Beispiele und Erfahrungen aus europäischen und außereuropäischen Ländern zugrunde.

In diesem Kontext patrouillierten Anfang September 2014 der Islamkonvertit und salafistische Prediger Sven Lau (Abu Adam) und einige seiner Anhänger durch die Straßen Wuppertals und mahnten Muslime zur Einhaltung strenger islamischer Glaubensvorschriften und zur Rückkehr zum „wahren“ Islam. Die Drahtzieher dieser Aktion trugen orangefarbene Westen mit dem Aufdruck „Shariah Police“ und führten gelbe Flugblätter mit sich, auf denen der Spruch stand: „Shariah Controlled Zone“. Zudem wurden folgende Verhaltensregeln propagiert: „kein Alkohol, kein Glücksspiel, keine Musik und Konzerte, keine Pornografie und Prostitution, keine Drogen“. Trotz seiner Distanzierung von der Bezeichnung „Scharia-Polizei“ unterstützte der seit Jahren mit Lau kooperierende salafistische Prediger Pierre Vogel (Abu Hamza) die Aktion und rief die Muslime deutschlandweit dazu auf, die Aktion in anderen Städten der Republik durchzuführen und sich dabei an dem Vorbild der Wuppertaler Kampagne zu orientieren.

Während Vertreter von Politik und Medien sich mit dieser Entwicklung beschäftigten, feierten die Salafisten das gesteigerte öffentliche Interesse an der Aktion als Sieg. Lau und Vogel ruderten jedoch zurück und behaupteten in einem Video, die Scharia-Polizei habe es hier einmal für ein paar Stunden namentlich auf einer orangenen Weste gegeben, aber sie habe nie wirklich existiert. Es sei nicht die Absicht seiner Gruppe, die Scharia in Deutschland einzuführen. Dieser Rückzieher beschreibt ein typisches Verhaltensmuster der hiesigen salafistischen Szene, die regelmäßig provokante Initiativen ins Leben ruft, die auf maximale Resonanz im Dienst der „Da‘wa“ zielen, aber die Schwelle der Strafbarkeit nicht zu überschreiten versuchen.

Die Nachrichtenlage war seit dem Vormarsch des IS Mitte 2014 von den Gräueltaten der jihadistischen IS-Miliz im Irak und Syrien geprägt. Mit der Aktion „Shariah Police“ machten die Salafisten in Deutschland wieder Schlagzeilen und lenkten scheinbar von der laufenden Berichterstattung zum IS ab. Diese Form der „Da‘wa“ wird von salafistischer Seite dem militanten Jihad in der Bewertung und Belohnung durch Gott gleichgestellt und korreliert mit den IS-Zielen bei der Schaffung eines weltumspannenden islamischen Gemeinwesens. Dabei wird der Akzent auf die Islamisierung von unten durch Missionierung gelegt. Salafisten bewerten die „deutsche Lebensart“ als gottlos und dekadent und behaupten im Rahmen der Aktion „Shariah Police“, Muslime aus dem „Sumpf der deutschen Gesellschaft“ retten zu wollen.

Die Nachahmung der salafistischen Szene in Großbritannien war in diesem Zusammenhang besonders auffällig. Hier wurde der „Da‘wa“-Arbeit in Deutschland (neben den Konzepten „Street-Da‘wa“ u.a.) mit der „Shariah Police“-Kampagne eine weitere Dimension zugewiesen: Durch das neue Handlungsfeld für die salafistische Szene in Deutschland wurden Konflikte mit dem Staat einkalkuliert und bewusst harte staatliche Reaktionen provoziert, um Muslime nicht zuletzt als Opfer staatlicher Repression darzustellen.

Der Erfolg der Aktion in Wuppertal ist im Rückblick betrachtet allerdings von begrenzter Wirksamkeit. Denn die salafistische Szene in der Bundesrepublik ist weder personell noch finanziell in der Lage, eine „Scharia-Polizei“ nach dem britischen Vorbild zu implementieren. Dennoch fiel eine solche Da‘wa-Aktion, ähnlich der Koranverteilkampagne „LIES“, bei manchen nicht-salafistisch orientierten Muslimen auf fruchtbaren Boden. Lau und Vogel gewannen dadurch an Prestige und Anhängerschaft. Diese stellt eine nicht zu unterschätzende Gefahr für die öffentliche Sicherheit dar. Denn die im Dienste jihadistischer Gruppen tätigen Rekrutierer suchen ihre potenziellen Zielpersonen vor allem in Kreisen salafistischer Neuanhänger, wie beispielsweise die Analyse der Biographien von Personen zeigt, die in den vergangenen Monaten in die Jihad-Schauplätze in Syrien und Irak ausgereist waren.⁶

6. Die Rolle des Internet in der salafistischen IS-Propaganda

Die sozialen Medien sind für die Akteure und Unterstützer salafistischer Netzwerke und aktuell vor allem jihadistischer Organisationen wie die des sogenannten IS zu einem hocheffektiven Propaganda-Instrument geworden. Sie nutzten die internetbasierten Netzwerke bereits vor der Ausrufung des „Kalifats“ im Juni 2014 in professioneller Art und Weise zur Mobilisierung von Unterstützern ebenso wie für die Propaganda gegen Gegner. Hier zeigt sich eine Kommunikationsstrategie, die „das Ziel der Verbreitung von Ideologie mit den Bedürfnissen der modernen Mediengesellschaft zu verknüpfen versteht.“⁷ Neben der Vermittlung von Ideologie, die sich als authentische islamische Glaubenslehre tarnt, hat mit der Ausbreitung der IS-Milizen in Syrien und im Irak auch die Emotionalisierung durch im Netz kursierende Video- und Bildpropaganda rasant zugenommen. Analog zu der im Juni 2004 im Irak operierenden „Al-Qaida im Irak“ (AQI) setzen die Medienagenten des IS mit ihren in Video-Botschaften verbreiteten Hinrichtungen von westlichen Geiseln vor allem auf die abschreckende Wirkung im Westen und bei potenziellen Gegnern im Inneren.

6 Vgl. Hessisches Ministerium des Innern und für Sport (Hrsg.), Radikalisierungshintergründe und -verläufe von 23 Syrien-Ausreisenden aus dem Rhein-Main-Gebiet, Wiesbaden, Januar 2014; Senatsverwaltung für Inneres und Sport Berlin, Ausreisen von Personen aus dem islamistischen Spektrum in Berlin nach Syrien/Irak, Lageanalyse, Berlin, Juni 2015.

7 Vgl. Maura Conway, Von Al-Zarqawi bis Al-Awlaki: Das Internet als neue Form des radikalen Milieus, in: Stefan Malthaner/Peter Waldmann (Hrsg.), Radikale Milieus. Das soziale Umfeld terroristischer Gruppen, Frankfurt a.M. 2012, S. 279-305, hier: S. 285 f.

Auch informelle Unterstützer-Netzwerke in Deutschland haben sich infolge dieser Entwicklung die Vorteile globaler Wirksamkeit von Propaganda umfassend zunutze gemacht. So hat das in den sozialen Medien 2011/12 vor allem in Deutschland, Belgien und Großbritannien präsente salafistische Netzwerk „Millatu Ibrahim“⁸, gezeigt, wie die Grenzen zwischen Da‘wa-Aktivismus, Gewalttradikalisierung und Rekrutierung für den militanten Jihad in Syrien und Irak fließend geworden sind.⁹

Analog zu dem seit 2010 im Internet kursierenden englischsprachigen „Hochglanz“-Magazin Inspire, herausgegeben von „Al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel“ (AQAH), das neben Jihad-Propaganda auch Handlungsanleitungen zur Herstellung von Selbstlaboraten für Terrorattentate enthält, brachten die Propagandastrategen des IS das Magazin Dabiq auf den virtuellen Markt. Darin werden Ziele und Erfolge der Terrororganisation, mit aussagekräftiger Bildgraphik untermalt. Die erste Ausgabe im Juli 2014 („The Return of Khilafa“) wurde mehrsprachig, darunter auch auf Deutsch, an anvisierte muslimische Zielgruppen transportiert.¹⁰

Zu den Zielgruppen zählen, wie in der Startausgabe von Dabiq betont wird, auch Fachkräfte und Akademiker, die den IS mit ihrem *Know How* vor Ort unterstützen sollen. Mit dieser Art Online-Anwerbung wurde die Ausreise bzw. Auswanderung (*hijrah*) von Muslimen aus Deutschland in die Kampfgebiete in Syrien und Irak gezielt angestachelt. Mit seiner Medienpropaganda empfahl sich der IS zudem als exklusive Identifikationsmöglichkeit für die religiöse Selbstverwirklichung von Muslimen weltweit. Für die salafistische Szene in Deutschland standen bereits in Syrien aktive deutschsprachige Propagandisten zur Verfügung, die in sozialen Netzwerken für entsprechende Verbreitungen sorgten.

Wie die Nachrichtenlage gezeigt hat, stieg die Zahl der Ausreisenden bzw. in der Szene sogenannten „Auswanderer“ (*muhajirun*) mit dem Ziel, sich den IS-Milizen als Kämpfer oder Unterstützer anzuschließen, schon vor Ausrufung des „Kalifats“ Mitte 2014 sprunghaft an.¹¹ Während noch Anfang 2014 ein Anschluss an die konkurrierende Milizen der „Jabhat al-Nusra“, die sich zum Netzwerk al-Qaida bekannte, und weiterer in Syrien operierender islamistischer Kampfeinheiten zum Sturz des Assad-Regimes erfolgte, erzeugte vor allem die Internetpropaganda eine zunehmende Zahl von Sympathisanten und potenziellen „Muhajirun“ auf Seiten des IS. Zwischen Ende 2013 und Ende 2014 verdoppelte sich die Zahl der Ausreisenden von ca.

8 Dem Netzwerk wurde die Legalitätsbasis in der Bundesrepublik Deutschland durch ein Verbot im April 2012 entzogen. Vgl. Bundesministerium des Innern, Bekanntmachung eines Vereinsverbots gegen die Vereinigung sogenannter Islamischer Staat alias Islamischer Staat im Irak (ad-Dawla al-Islamiya fil-Iraq) alias Islamischer Staat im Irak und in Groß-Syrien (ad-Dawla al-Islamiya fil-Iraq wash-Sham), in: Bundesanzeiger, AT 12. September 2014, B1.

9 Vgl. Behman Said, Islamischer Staat. IS-Miliz, al-Qaida und die deutschen Brigaden, München 2014, S. 118 ff.; Guido Steinberg, Kalifat des Schreckens – IS und die Bedrohung durch den islamistischen Terror, München 2015, S. 163 ff.

10 Vgl. Gottesstaat für Einsteiger, in: Süddeutsche Zeitung vom 6. August 2014; Propaganda-Blatt lockt Deutsche in den Dschihad, in: Cicero Online vom 31. August 2014.

11 Vgl. Gerhard Piper, Der Feldzug der deutschen Dschihadisten in Syrien, in: Telepolis/Heise online vom 21. Dezember 2013.

200 auf über 400 Personen (August 2015: ca. 700 Personen).¹² Schwerpunkte bildeten dabei die Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Hessen, Berlin, Bayern und Hamburg. Zu dem Phänomen der Ausreisen kam seit 2013 das der sogenannten „Rückreisen“ von Personen aus den „Kampfgebieten“ nach Deutschland. Die unklare Motivationslage von Syrien-Rückkehrern stellte insbesondere die Sicherheitsbehörden im Bund und in den Ländern vor neue Herausforderungen.

Der Zulauf von Unterstützern zum IS erfolgte typischerweise aus dem Umfeld bekannter salafistischer „Milieus“ (Dinslaken, Wuppertal/Solingen, Bonn, Rhein-Main-Gebiet, Wolfsburg, Berlin u.a.). Vor allem die Verbotsverfügung des Bundesministeriums des Innern gegen das Netzwerk „Millatu Ibrahim“ im Mai 2012 veranlasste diverse Personen, die sich 2011/12 um das spirituelle und ideologische Führungsduo – den Österreicher Muhammad Mahmoud (Abu Usama al-Gharib) und den Berliner Ex-Rapper Dennis Cuspert (Abu Talha al-Almani) – geschart hatten, zur Ausreise in Krisengebiete des Nahen Ostens. Als „Fanal“ zur Ausreise sind die gewaltsamen Auseinandersetzungen der bundesweit mobilisierten Anhänger der „Millatu Ibrahim“ mit der Polizei in Zusammenhang mit den anti-islamischen Demonstrationen der „Pro-Bewegung“ in Solingen und Bonn zu deklarieren.¹³ Weitere sich in der Folge radikalisierende Personengruppen („Milieus“) konnten schließlich ihre Legitimationsbasis vor der Kulisse der krisenhaften politischen Entwicklungen in Ägypten, in Libyen und besonders in Syrien nach dem gescheiterten „Arabischen Frühling“ mit umfangreicher propagandistischer Unterstützung von Sympathieträgern aus den sozialen Medien ausweiten.

Der entfesselte Bürgerkrieg in Syrien und die Erfolge der Terrormiliz „Islamischer Staat im Irak und Großsyrien“ schufen seit Anfang 2014 einen breiten ideologischen Aktionsraum für eine wachsende deutschsprachige Unterstützerszene in Syrien hauptsächlich mit diversen Präsenzen auf Facebook und YouTube. Dabei riefen in den Monaten vor und nach der Ausrufung des „Kalifats“ einige deutsche Unterstützer unter dem Label von offiziellen Medienstellen der IS-Miliz („Al-Hayat Media“) zur Ausreise und zum „Jihad“ für den IS auf. Typische Versatzstücke der Internetpropaganda sind Drohszenarien gegen den Westen, insbesondere gegen Deutschland, und Versuche, den militanten Jihad für den IS als einzige Alternative für die „wahren“ Gläubigen in geeigneten salafistischen Milieus zu verankern.

In einer im Februar 2014 veröffentlichten, auf Facebook-Profilen vielfach geposteten Videobotschaft auf YouTube charakterisierte ein deutschsprachiger Aktivist aus NRW unter dem „Kampfnamen“ Abu Mujahid Al-Muhajir Al-Almani den bewaffneten Jihad als eine Pflicht für jeden Muslim. In diesem Zusammenhang forderte er die Muslime in Deutschland auf, in den Jihad nach Syrien zu ziehen und sich der Organisation „Islamischer Staat im Irak und Großsyrien“ (ISIS) anzuschließen. Er habe sich nach der Ausreise nach Syrien 2013 ursprünglich der „Jabhat Al-

12 Vgl. Daniel Heinke/Jan Raudszus, German Foreign Fighters in Syria and Iraq, in: CTC Sentinel (online), Nr. 1/2015 (Januar), S. 18-21.

13 Albrecht Metzger, Viel Populismus, wenig strategisches Denken, in: Qantara.de vom 11. Juli 2012.

Nusra“ angeschlossen, aber bald erkannt, dass der ISIS die einzig „richtige“ Organisation für seinen Kampf sei.

In einem Video aus einer Propagandaserie des IS („Mujatweets“) bekannte wenige Monate später ein pressebekannter deutscher Jihad-Kämpfer unter seinem „Kampfnamen“ Abu Azzam al-Almani (Silvio Koblitz), der als ehemaliges Mitglied des Netzwerks „Millatu Ibrahim“ in Solingen aktiv war, wahrscheinlich vor der Kulisse einer unbekannten Örtlichkeit in Syrien, seine Gefolgschaft zum IS. Er trug dabei einen hymnenartigen Gesang (Nashid) in deutscher Sprache vor, in dem er den IS und dessen selbsternannten Kalifen Abu Bakr al-Bagdadi verherrlichte.

Im Juli 2014 veröffentlichte K. auf seinem Facebook-Profil schließlich ein Pamphlet unter dem Titel Vom Schläfer zum Terroristen. Diesen Text deklarierte er als Reaktion auf einen kurz zuvor veröffentlichten Beitrag in einer deutschen Tageszeitung.¹⁴ K. legt darin „Meilensteine“ seines Werdegangs zum IS-Angehörigen dar. Dabei betont er in zynischer Weise, die deutschen Sicherheitsbehörden hätten maßgeblich zu seiner Entwicklung zum Jihadisten beigetragen. Dies begrüßt er als Teil einer „göttlichen Vorsehung“. Auch ruft er die Muslime in Deutschland dazu auf, entweder auszuwandern und sich dem IS anzuschließen oder in Deutschland kompromisslos und brutal Anschläge gegen wahllose Ziele zu begehen.

Facebook-Profile von ausgereisten Kämpfern wurden zu neuen Aushängeschildern eines deutschsprachigen Jihadismus, der seine Selbstrechtfertigung aus der salafistischen „Mainstream“-Ideologie früherer Jahre bezog.¹⁵ Dabei nutzten die Social Web-Aktivist*innen auch die Möglichkeit praktischer Beratung von Ausreisewilligen. So veröffentlichte etwa ein Aktivist aus NRW auf seinem Facebook-Profil („Islam Muhammad“) Tipps zur Ausreise in die Kampfgebiete nach Syrien. In dem Beitrag werden Ratschläge an diejenigen „Brüder“ und „Schwestern“ unterbreitet, die ihren „Urlaub“ in der Türkei verbringen und nach Syrien gelangen wollen, obwohl ihnen der Reisepass abgenommen wurde.

Neue Formen der Webpropaganda bestehen inzwischen aus unzähligen Foto-Shootings mit teils menschenverachtenden und martialischen Selbstporträts, teils mit Bewaffnung und in Kampfanzügen. So ließ sich beispielsweise ein nach Syrien ausgereister „Jihad“-Kämpfer aus Dinslaken (NRW) Anfang 2014 mit dem abgetrennten Kopf eines vermeintlichen PKK-Kämpfers in der Hand ablichten. Solche Darstellungen erinnern unwillkürlich an die „Propaganda der Tat“¹⁶ aus dem gewaltbereiten Linksextremismus der 1970er Jahre.

14 Vgl. Klaus Brandt, Wie der Essener Salafist Silvio K. vom Mitläufer zum ISIS-Terroristen wurde, in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 20. Juli 2014.

15 Vgl. dazu Klaus Hummel, Salafismus in Deutschland – eine Gefahrenperspektive, in: Michail Logvinov/ders., Gefährliche Nähe: Salafismus und Dschihadismus in Deutschland, Stuttgart 2014, S. 61-89; Ekkehard Rudolph, Salafistische Netzwerke zwischen religiösem Wahrheitsanspruch, politischer Protestbewegung und Legitimierung von Gewalt, in: Klaus Spellen (Hrsg.), Gehört der Islam zu Deutschland? Fakten und Analysen zu einem Meinungsstreit, Düsseldorf 2013, S. 193-211, hier: S. 198 ff.

16 Vgl. Andreas Elter, Propaganda der Tat. Die RAF und die Medien, Frankfurt a.M. 2008.

Die in Deutschland agierenden Online-Unterstützer-Szenen flankierten den „Syrien-Ausreise-Hype“, der sich zu Beginn vorrangig als humanitäre Hilfskampagne für die notleidende Bevölkerung teilweise offen und kontrovers äußerte. Die Anwerbung für und die Solidarisierung mit dem IS trifft in den sozialen Medien zugleich auf eine Ablehnungsfront salafistischer Akteure, die sich in beträchtlichen Teilen als Parteinahme für die konkurrierende Terrormiliz „Jabhat al-Nusra“ und ihre ideologische „Mutter“-Organisation, Kern-Al-Qaida, entpuppt hat. Charakteristisch dafür ist die fundamentale Kritik am IS durch zwei altgediente Strategen des internationalen Jihadismus: Abu Qatada, der nach jahrelanger Haft 2013 aus Großbritannien nach Jordanien abgeschoben wurde, und Abu Muhammad al-Maqdisi, dem lange Jahre ebenfalls in Jordanien inhaftierten Jihad-Theoretiker. Vor allem durch den im Internet vielfach präsenten ehemaligen Linksterroristen und später zum Islam salafistischer Lesart konvertierten Bernhard Falk wurde der Zwist zwischen den Lagern offenkundig.¹⁷

Durch das Verbot des IS im Geltungsbereich des deutschen Grundgesetzes ab September 2014, das insbesondere Aktivitäten und Werbung mit der Symbolik der Terrormiliz unter die Möglichkeit der Strafverfolgung stellte, wurden Formen und Strukturen der Online-Propaganda klandestiner und teilweise weniger einsehbar. Der überwiegende Teil von Profilinghabern und Verfassern von Kommentaren salafistischer Couleur vermied schon seit der Ausweitung des Bürgerkriegs in Syrien ab 2012 organisatorische Zuordnungen und Loyalitäten und verlegte sich im öffentlichen Raum auf die praktische Solidarisierung mit der muslimischen Bevölkerung durch Spendengalas und Hilfslieferungen sowie durch Widerstandsrhetorik gegen das Regime Assad und westliche Regierungen.

Lediglich im Umfeld der Online-Netzwerke „Independent Journalists“, „Ansarul Aseer“ und vor allem „Tauhid Germany“, das sich in der Nachfolge der jihad-salafistischen Kameradschaft „Millatu Ibrahim“ um den Prediger Abu Ibrahim – Hassan Keskin – etabliert hatte¹⁸ wurde die Allianz mit dem ideologischen Umfeld des IS erkennbar, das inzwischen mit den führenden Köpfen der ehemaligen Solinger Szene, Muhammad Mahmoud und Dennis Cuspert, verschmolzen war. Das „Tauhid“-Netzwerk um Hassan Keskin wurde im März 2015 verboten.¹⁹

Typisch für die aktuellen Entwicklungen bei den deutschsprachigen Unterstützer-Milieus für den IS ist die Abwanderung aus Facebook und YouTube in andere flexiblere Medien- und Webdienste wie Twitter, Instagram und WhatsApp, die in ihrer

17 Vgl. Alfred Hackensberger, Vom Linksterroristen zum deutschen Gesicht al-Qaidas, in: Die Welt vom 25. Mai 2015.

18 „Tauhid Germany“ hatte sich in der Nachfolge der jihad-salafistischen Kameradschaft „Millatu Ibrahim“ um den Prediger Abu Ibrahim – Hassan Keskin – etabliert. Vgl. Florian Flade, Deutsche Salafisten organisieren sich online neu, in: Die Welt vom 1. März 2013.

19 Vgl. Bundesministerium des Innern, Bekanntmachung der Unanfechtbarkeit des Vereinsverbots gegen die Vereinigung Tauhid Germany alias Tauhid Deutschland alias Team Tauhid Media, in: Bundesanzeiger, AT 12. Mai 2015, B1.

„Fluidität“ schwer überschaubar und deshalb nicht effektiv zu überwachen sind.²⁰ Der Islamwissenschaftler Rüdiger Lohlker von der Universität Wien beschreibt die aktuelle Online-Medienarbeit des IS als „Schwarmverhalten“, bei dem zentrale und dezentrale Informations- und Propaganda-Stränge nebeneinander ablaufen. Beim IS ergänze sich der „Medien-Mujahid“ mit dem „klassischen“ Mujahid“ auf bisher ungeahnte Art und Weise.²¹

Die differenzierte und komplexe Entwicklung der Internetpropaganda des IS zeigte sich zuletzt in technisch perfektionierten, mehrsprachigen Video-Produkten mit makabren und abstoßenden Darstellungen über das von der Scharia dominierte Alltagsleben im sogenannten „Islamischen Staat“, über den Umgang mit Abtrünnigen und „Ungläubigen“ (z.B. Christen) und vor allem über den Einsatz von IS-Kämpfern gegen Ziele im Irak und Syrien.

7. Ausblick und Fazit

Da bei der Radikalisierung junger Muslime nicht nur in Deutschland das Internet eine stetig wachsende Bedeutung erlangt hat, sind neben der strafrechtlichen Verfolgung von offen erkennbaren Werbungsaktivitäten sowie Bekenntnissen zu einer jihadistischen Ideologie neue präventive Ansätze zur Verhinderung von Radikalisierung und Rekrutierung zwingend notwendig geworden.

Als vorrangige Präventivmaßnahme ist eine differenzierte Auseinandersetzung *mit* und Infragestellung *von* vorgegebenen Sinnangeboten vor allem in den sozialen Medien gefordert. Erfolg versprechende Initiativen vor allem in Kooperation mit Moscheegemeinden, Einrichtungen der Jugendhilfe, politischer Bildung und Schulen werden derzeit in verschiedenen Bundesländern und Kommunen eingesetzt und erprobt.²²

Die jihad-salafistische Radikalisierung und die damit verbundene Ausreise von Personen aus der Bundesrepublik Deutschland in die Kampfgebiete Syriens und des Irak haben seit Mitte des Jahres 2014 in beträchtlichem Umfang zugenommen. Hier besteht ein Zusammenhang mit der Ausrufung des sogenannten „Kalifats“ und dem Vordringen der IS-Terrormiliz in der Region.

Einen ideologischen Nährboden bilden die seit mehr als 10 Jahren in bestimmten sozialen Milieus entstandenen salafistischen Netzwerke mit selbstermächtigten Islampredigern, internen Schulungen, öffentlichen Kampagnen (z.B. Koranverteilak-

20 Vgl. Barbarische Werbeprofis, in: Focus, Nr. 6/2015; Die Macht der Terror-Tweets, in: Süddeutsche Zeitung vom 24. Januar 2015.

21 Vgl. „Vormittags kämpfen, nachmittags posten“. Interview mit R. Lohlker, in: mokant.at vom 3. Februar 2015.

22 Beispiel für ein ambitioniertes Präventionsprojekt ist das Medienpaket „Mitreden – Kompetent gegen Islamfeindlichkeit, Islamismus und dschihadistische Internetpropaganda“, das seit Mitte 2014 bundesweit an Schulen eingesetzt wird. Nähere Informationen über: www.polizei-beratung.de.

tionen) und vor allem der missionarischen Verbreitung einer extremistischen Islamauslegung im Internet. Radikalisierte und sich radikalisierende Personengruppen beziehen aus salafistisch geprägten Internetseiten, speziell aus entsprechenden sozialen Medien, ihr religiöses und islamrechtliches Wissen und schärfen so eine populistisch geprägte islamistische, in Teilen gewalttätige Weltsicht.

Salafistische *Da'wa*-Aktivitäten wie die im Herbst 2014 in Wuppertal etablierte Kampagne „Shariah Police“ dienen als Anwerbemöglichkeit insbesondere für Jugendliche aus vulnerablen sozialen Verhältnissen. Salafistische Prediger wie Pierre Vogel, Sven Lau und Ibrahim Abou Nagie legen in ihren onlinebasierten Videovorträgen, öffentlichen Reden und Texten Wert auf die Undurchdringlichkeit der von ihnen getroffenen Aussagen. Sie vermeiden häufig bewusst die Überschreitung der Schwelle zur Strafbarkeit und werden nicht zuletzt von Rechtsanwälten in diesem Sinne juristisch beraten. In ihrer Propaganda kommen jedoch immer wieder Feindbilder und volksverhetzende Inhalte vor. Die Aussagen der salafistischen Prediger sind daher grundsätzlich dazu geeignet, auf manche Muslime radikalisierend zu wirken. Sie betonen im Besonderen die persönliche Verantwortung eines jeden Muslims, gegen die vermeintlichen Feinde des Islam Stellung zu beziehen. Rezipienten können die enthaltenen Argumentationslinien für sich übernehmen und als Initialzündung für eigenes Handeln adaptieren. Dies könnte in die Durchführung von Terroranschlägen in Deutschland oder die Unterstützung der Kampfhandlungen von Jihadisten in Syrien, im Irak, in Libyen oder auf der Sinai-Halbinsel münden, sei es finanziell, sei es durch persönlichen Einsatz.

Biographisches Porträt: Eric Breininger

Von Judith Faessler

1. Lebenslauf

Als der Jihadist Eric Breininger 2010 22-jährig mit Kampfgefährten „an einem Militärcheckpoint in Nord-Waziristan in ein Feuergefecht mit pakistanischen Soldaten [geriet] und dabei erschossen“¹ wurde, hinterließ er neben öffentlicher Ratlosigkeit ein schriftliches Dokument: „Mein Weg nach Jannah [Paradies]“². Die massive Zunahme der Jihad-Ausreisen konnte damals kaum erahnt werden: Eric Breininger, der sich nach seiner Konversion zum Islam „Abdul Ghaffar El Almani“³ nannte, gehörte zu den ersten deutschen Ausreisenden in muslimische Kriegsgebiete. Er war – von anderen Jihadisten zum Märtyrer erklärt – „der vierte Dschihadist aus Deutschland, der [...] im pakistanisch-afghanischen [Krisen- und] Grenzgebiet ums Leben kam“.³ Umso interessanter ist sein posthumes Zeugnis, denn seine Biographie wirft neben der Frage nach der Konversion zu einer extremistischen Lesart des Islam und seiner Radikalisierung auch die aktuelle Problematik des Anreizes dieser Ausreisen auf.

Das gut hundertseitige und im Internet auf jihadistischen Seiten veröffentlichte Werk ist farblich in vier Teile aufgegliedert: die chronologische Biographie, die Koranzitate, die Zitate aus der Sunna, der Überlieferung des Propheten und der Prophetengenossen und *da'awa*, sinngemäß Einladung (zum Islam), also Mission. Insbesondere der biographische Teil ist inhaltlich schwer vom missionarischen zu trennen, da er zahlreiche Appelle und agitatorische Passagen enthält. Gleichwohl handelt es sich um eine Innenansicht der deutschen Jihadisten-Szene. Selbstverständlich bedarf die Quelle einer vorsichtigen Bewertung, die etwa die propagandistische Absicht Breiningers und möglicher Ko-Autoren⁴ berücksichtigt. Auch eignet sich das Werk nur bedingt als Grundlage für eine biographische Rekonstruktion, enthält sie doch im Stil einer Heiligenlegende lediglich die für Konversion, religiöses Erwecken und Märtyrer-Werdegang bedeutenden Eckpunkte. Tatsächlich zielen Heiligenlegenden nicht auf den für sie nur vordergründigen historischen Bericht, sondern auf die Ver-

1 Florian Fade, Das kurze Leben des Islamisten Eric Breininger, in: Die Welt vom 5. Mai 2010.

2 Wörtlich: Diener des Allverzeihenden – ein Beiname Allahs –, der Deutsche.

3 Yassin Musharbash, Deutscher Islamist. Dschihadisten melden Tod von Eric Breininger, 3. Mai 2010, unter: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/deutscher-islamist-dschihadisten-melden-tod-von-eric-breininger-a-692574.html> (4. Juni 2015).

4 Eine alleinige Autorschaft des sprachlich eher unbeholfenen Breininger ist unwahrscheinlich, aber nicht auszuschließen. Dennoch mindert dieser Aspekt nicht den Quellenwert der Biographie. Der Einfachheit halber wird im Folgenden Breininger allein als Autor genannt.

kündigung einer Glaubenswahrheit.⁵ Wie zahlreiche Konversionsberichte, von denen er sich durch fehlende spirituelle Erfahrungen unterscheidet, erfährt die Biographie eine rückwirkende Sinngebung. Dennoch enthalten die Memoiren neben der bezweckten Botschaft implizit weitere Narrative und verraten damit einiges über die Gedankenwelt des Autors (bzw. der Autoren). Erklärtes Ziel ist es, die eigene Sichtweise der öffentlichen (deutschen) Berichterstattung gegenüberzustellen.⁶ Schon hier wird ersichtlich: Geistiger Vater, Lebensraum und Gegenüber des Jihadismus ist die „westliche Welt“, so wie man allgemein im Islamismus die stetige „Gegenwart eines manchmal sichtbaren, manchmal unsichtbaren Gesprächspartners, der westlichen Moderne“⁷ erkennt.

Über Breiningers Kindheit und Jugend ist wenig Erwähnenswertes bekannt. Er „wird [in Neunkirchen im Saarland] am 3. August 1987 geboren und verbringt eine Jugend wie Tausende andere. In der Grundschule ist er Durchschnitt, mit sechs Jahren beginnt er, Fußball zu spielen, mit neun geht er in den Verein. [... In der Pubertät lässt sich Breininger] treiben, trifft sich mit seiner Clique auf dem Basketballplatz, fährt Inline-Skates und verbringt die Sommer im Schwimmbad. Daheim ist er selten. [...] Die] acht Jahre ältere Schwester Anke beschreibt ihren Bruder rückblickend als ‚aufgeweckt und lebensfroh‘. Als einen, der immer Freunde um sich hatte. Sie sagt auch, dass Breininger leicht beeinflussbar gewesen sei. [...] Einig ist sich die Gruppe, dass Breininger nicht leicht einzuordnen war. Er sei mal hier, mal da aufgetaucht. In der Schule habe man ihn fertiggemacht, meint einer, der ihn von dort kennt. Der Polizei fällt Breininger damals wegen kleiner Delikte auf: Er wird beim Jointrauchen erwischt und muss 60 Sozialstunden im Altersheim leisten, weil er flach geschlagene 20-Cent-Münzen in Zigarettenautomaten wirft. Polizeiermittler vergleichen Breininger heute mit einem ‚Straßenkötter‘, der umhergestreunt sei. [...] Als Breininger 17 ist, besucht er das Berufsbildungszentrum in Neunkirchen, wählt hier die Handelsschule, um Industriekaufmann zu werden. Er habe sich ein gutes Einkommen vorgestellt, sagt seine Schwester, wollte ein Häuschen haben.“⁸

Breininger selbst findet seine vorislamische Zeit kaum bemerkenswert. Es fällt jedoch das Bemühen auf, seine Person und Herkunft als zunächst durchschnittlich zu beschreiben: „Ich wuchs in einem bescheidenen Elternhaus auf. Wir waren weder reich noch arm. Als Kind verbrachte ich die meiste Zeit mit Sport treiben und mit Freunden zusammen sein. Als ich älter wurde, schieden sich meine Eltern. Ich lebte mit meiner Mutter und Schwester zusammen.“ Die Faktenarmut des Berichts wird

5 Vgl. Siegfried Ringler, Zur Gattung Legende. Versuch einer Strukturbestimmung der christlichen Heiligenlegende des Mittelalters, in: Peter Kesting (Hrsg.), Würzburger Prosastudien II. Untersuchungen zur Literatur und Sprache des Mittelalters. Festschrift für Kurt Ruth zum 60. Geburtstag, München 1975, S. 255-270.

6 Abdul Ghaffar El Almani, Mein Weg nach Jannah, o.O. 2010, S. 4. Sämtliche Zitate daraus sind unkorrigiert in Orthographie, im Duktus und in der Grammatik des Originals wiedergegeben.

7 Thomas Bauer, Die Kultur der Ambiguität. Eine andere Geschichte des Islams, Berlin 2011, S. 104.

8 Philipp Lichterbeck, Der Dschihadist aus Deutschland, in: Der Tagesspiegel vom 20. Oktober 2008.

im Folgenden noch durch Wertungen gesteigert, die den Dualismus der Weltsicht belegen: „Als ich in das jugendliche Alter kam fing ich an mich für die Versuchungen des diesseitigen Lebens zu interessieren und folgte dem Weg des verfluchten Satans. Ich verbrachte meine Zeit mit Frauen, feierte Partys und ich tat noch viele andere schlechte Dinge. Ich lebte genau das Leben, welches sich ein Jugendlicher in der westlichen Welt wünscht zu leben.“⁹ An dieser Stelle taucht erstmalig der Begriff der „westlichen Welt“ auf, dem er in zunehmend deutlicherem Manichäismus seinen Islam entgegensetzt.

Den Wendepunkt bringt eine zufällige Begegnung mit einem überzeugten Salafisten. Breininger jobbt nach der Schule bei einem Paketunternehmen und lernt dort im Dezember 2006 Anis kennen. Der bekehrte Breininger beschreibt ihn rückblickend: „Er war ein bescheidener, frommer Mann und sah mich und mein Wesen vertieft im Diesseits und übertreibend wert legend auf die äußere Erscheinung. Zuerst wollte er mich gar nicht auf Religion ansprechen, da er nicht auf taube Ohren stoßen wollte.“¹⁰ Doch die Ansprache ist erfolgreich und weckt das Interesse Breiningers an dem Mann, der sich für ihn interessiert. Findet hier der „streunende Köter“ Alphatier und Rudel?

In seinem Bericht über die ersten Kontakte erwähnt Breininger an erster Stelle nicht die Religion – wenngleich sich die Gespräche darum drehen –, sondern die Gastfreundschaft, das Gefühl angenommen zu sein und respektvoll behandelt zu werden. Es handelt sich allerdings um ein Gesamtpaket: Freundschaft und Geborgenheit gibt es nur in Kombination mit der Ideologie. Breininger öffnet sich der Freundschaft und nimmt den mitgelieferten Salafismus bereitwillig an. Anis' durch Bart und Gewand fremder Anblick habe ihn überhaupt nicht abgeschreckt: „Im Gegenteil eine Art von Ruhe kam in mein Herz, da ich einen demütigen und frommen Mann sah. Er behandelte mich höflich und war sehr gastfreundlich. Er erzählte mir über deutsche Muslime die zum Islam aufrufen. Wir fingen an über den Islam zu sprechen, unter anderem über den Tauhid [Monotheismus] und auch über die Aqida [Glaubensfundament] eines Muslims.“¹¹ Auch in der Moschee fühlt sich Breininger „sehr wohl. Und die Art und Weise wie die Muslime demütig Allah, dem Erhabenen, anbeteten fand ich faszinierend.“¹²

Anis P. führt Breininger in die jihadistische Szene ein. Die Bekanntschaft mit Daniel Schneider und Hussain al-Malla beschleunigt die Radikalisierung. Daniel Schneider¹³ ist seit September 2007 inhaftiert und als Mitglied der Sauerland-Zelle bekannt geworden, während Hussain al-Malla, der seit 2004 „in Kontakt mit der Islamischen Jihad Union [stand ...], am 10. Juni 2007 zusammen mit Tolga Dürbin

9 Abdul Ghaffar (FN 6), S. 6.

10 Ebd., S. 7.

11 Ebd., S. 8.

12 Ebd., S. 34 f.

13 Vgl. Martin Schäuble, *Black Box Dschihad. Daniel und Sa'ed auf dem Weg ins Paradies*, München 2011.

vom pakistanischen Nachrichtendienst Inter-Services Intelligence (ISI) festgenommen¹⁴ und zu dem Zeitpunkt nach Deutschland abgeschoben wurde.

Daniel Schneider und Hussain als-Malla ermuntern ihn nachdrücklich, den Islam anzunehmen, stoße ihm etwas zu, sterbe er als Ungläubiger mit der Aussicht auf das ewige Höllenfeuer.¹⁵ Breininger nimmt den Islam an und wird an späterer Stelle in den Memoiren seinen Lesern selbst mit jenseitigen Strafen drohen.¹⁶ Sein um einige Sätze erweitertes Glaubensbekenntnis¹⁷ ist ungewöhnlich und bemerkenswert: Die eigentliche *shahada* besteht aus dem Bekenntnis zur Existenz eines einzigen Gottes und dem Bezeugen der Gesandtschaft Mohammeds. Das Glaubensbekenntnis, wie es Breininger gesagt haben will („Ich bezeuge das es keinen anbetungswürdigen Gott gibt der mit Recht und Wahrheit angebetet werden darf außer Allah“¹⁸), bestreitet dagegen nicht die Existenz anderer Götter – vermutlich ein sprachlicher Lapsus, der den „religiösen Analphabetismus“ und die fehlende Allgemeinbildung junger Jihadisten belegt.

Breininger drängt nun seine Freundin, ebenfalls den Islam anzunehmen, was sie kurz darauf auch tut. Konsequenterweise wollen beide noch am selben Tag heiraten, damit ihre „Beziehung islamisch gesehen helal (erlaubt)“¹⁹ sei. Die Schilderung der Umstände der Trauung dokumentiert seine Absage an die zivilrechtliche Gesetzgebung. Da der dafür aufgesuchte Imam aus Breiningers Sicht „vollkommen unislamisch“ die Urkunde einer standesamtlichen Eheschließung verlangt, wird kurzerhand die nächste Moschee aufgesucht.²⁰ Die Ehe ist nur von kurzer Dauer, denn Breininger entscheidet sich gegen die ihm nun Angetraute zugunsten des neuen Glaubens. Ihr Vergehen: Sie hatte den Islam nur ihm zuliebe angenommen: Ihr „Herz war versiegelt und sie wollte einfach nicht glauben. Diese Sache machte mich anfangs traurig, doch war meine Liebe zu Allah, dem Erhabenen, und seinem Gesandten [...] stärker.“²¹ Breininger erweist sich inzwischen als kompromisslos. Innerhalb kürzester Zeit bricht er alle vorislamischen Kontakte ab und zieht zu Daniel Schneider. Er verbringt nun viel Zeit mit gleichgesinnten Freunden, „islamischen Büchern“²² und dem Koran.

Daniel Schneider, der zu diesem Zeitpunkt schon in den Anschlagsvorbereitungen der sogenannten Sauerland-Zelle steckt, rät ihm, ohne ihn in die konkreten Pläne einzuweißen, Deutschland zu verlassen, „da etwas passieren [werde,] was für [ihn] negative Folgen haben“²³ könne. Der Ausreisewunsch beruht sowohl auf der Angst

14 Gerhard Piper, Die Zerschlagung der Deutschen Taliban Mudschahidin (DTM), 14. August 2012, unter: <http://www.heise.de/tp/druck/mb/artikel/37/37434/1.html> (30. Mai 2015).

15 Abdul Ghaffar (FN 6), S. 38 f.

16 Ebd., S. 106.

17 U.a. durch die Erwähnung des Jenseits und die Betonung des muslimischen Glaubens an die Gesandtschaft Jesu.

18 Abdul Ghaffar (FN 6), S. 39.

19 Ebd., S. 40.

20 Ebd.

21 Ebd., S. 51.

22 Ebd., S. 49 und 53.

23 Ebd., S. 76.

vor Repression als auch auf dem Willen, am Jihad teilzunehmen. „Ich wollte in den Jihad doch kannte ich keinen Weg und die Brüder die ich kannte konnten mir auch nicht weiterhelfen. Ich wollte in ein sogenanntes ‚muslimisches Land‘ reisen, da ich vermutete dort eher auf eine Person zu treffen, die mir weiterhelfen könnte.“²⁴ Seine Wahl fällt zunächst auf Algerien.

Ein ihm bekannter Algerier rät ihm allerdings ab: „Er meinte das es dort nicht das gibt was ich suche. Mir war nun bewusst, dass ich mir schnell einen neuen Plan überlegen muss, da die Situation in Deutschland nur schlechter für mich werden wird. [...] Darauf entschloss ich mich für Ägypten“.²⁵ Weder Reisepläne noch -routen sind durchorganisiert, es wirkt alles eher etwas unbeholfen und erratisch. Mithilfe arabischer Zettelbotschaften und ägyptischer Hilfsbereitschaft erreicht Breininger ein Zwischenziel seiner Ausreise: eine Sprachschule in Kairo. Dort findet er zunächst keine Jihadisten und leidet unter Verständigungsproblemen, bis er auf gleichgesinnte europäische Konvertiten und Muslime trifft.

Zwei Tage nach Breiningers Ausreise gelingt in Deutschland die spektakuläre Festnahme der Mitglieder der Sauerland-Zelle. In einem Kairoer Internetcafé erfährt er von der Festnahme seiner Freunde: „Das BKA hat ihnen vorgeworfen das sie Märtyrer-Operationen in Deutschland planten. Diese Anschuldigungen hatten mich zuerst sehr glücklich gemacht, da ich annahm das es Leute gibt welche ihr Leben einsetzten um Allahs Wort zu erhöhen und um den Islam wieder zurückzubringen. Aber auf der anderen Seite sind mir die Tränen gekommen, weil die Brüder festgenommen wurden, in den Händen der Ungläubigen sind und man somit nicht weiß wie ihre Lage ist.“²⁶

Während Breininger mit dem mühsamen Alltag ringt, reist Hussain al-Malla ihm nach und überredet ihn, gemeinsam über den Iran nach Afghanistan auszureisen. „Nach ca. 4 Monaten in Ägypten gab es nun einen Weg um zum Jihad nach Afghanistan zu gelangen.“²⁷ Wieder erweisen sie sich als chaotisch und dilettantisch, dennoch gelingt die Weiterreise mithilfe einer iranischen Kontaktperson al-Mallas. Unter Burkas versteckt und mit Schmiergeld gelingt der Grenzübertritt nach Afghanistan.

„Als nun auch dies geschafft war, wurden wir durch einen Bergweg (über welchen wir Stunden liefen) zu einem Haus gebracht, in dem Ansar der Islamic Jihad Union wohnten. [...] Weitere Mujahidin trafen aus der Türkei und aus Tadschikistan ein. Kurze Zeit darauf machten wir uns auf den weg nach Afghanistan um dort in einem Ausbildungscamp für den Jihad gegen die Kreuzzügler ausgebildet zu werden.“²⁸ Da Hussain al-Malla ihn kurz darauf wieder verlässt – er wird erst 2011 „im türkischen Izmir wegen Verstoß gegen passrechtliche Bestimmungen festgenommen“²⁹ – bleibt

24 Ebd.

25 Ebd., S. 77.

26 Ebd., S. 80.

27 Ebd., S. 83.

28 Ebd., S. 85.

29 Piper (FN 14).

Breininger allein zurück. Die Ausbildung fällt ihm nunmehr wegen Verständigungsproblemen und der damit einhergehenden Einsamkeit schwer. Der Trainingsplan ist auf der Basis der fünf Gebete eng getaktet, neben militärischem Training und Wafenkunde bleiben täglich nur zweimal je eine Minute Zeit zum Essen. Der Schlaf wird durch gelegentliche Wachdienste unterbrochen.³⁰ Ein zweiter Kurs soll Breininger im Umgang mit „Großwaffen“ schulen. Auch dieses Trainingslager liegt in den afghanischen Bergen.³¹ Nach Abschluss der Ausbildung scheint sich Breininger weiterhin um Fortbildung bemüht zu haben, um sich auf schwere Artillerie-Waffen zu spezialisieren, selbstständig Operationen durchzuführen und andere Mujahidin ausbilden zu können.³²

Nüchtern schildert Breininger Selbstmordattentate und den Tod der Freunde: „An diesem Tag sahen auch wir die Amiljat [*ʿamalia*, sinngemäß „Operation“, gemeint ist ein Selbstmordattentat] von Saad auf einem Laptop.“³³ Die Attentate sind schlecht koordiniert. Breininger schildert, wie unabhängig voneinander „zwei Muslime auf eine Person einen Anschlag verüben wollten“³⁴, welche zu diesem Zeitpunkt längst nach Europa geflohen war.

Nach dem Ausbildungslager wohnt Breininger mit drei weiteren Rekruten im „Haus der „Selbstmordattentäter“³⁵, wortwörtlich: der „sich selbst zu Märtyrer machenden“ (*istishhadi*). In dieser Zeit ist Breininger nach eigenen Aussagen an mehreren Überfällen gegen US-amerikanische Einrichtungen – im jihadistischen Jargon: gegen die „Kuffar“ und „Kreuzzügler“ – beteiligt. Der Feind bleibt abstrakt und pauschal, lieber hält sich Breininger mit detaillierten, aber vollkommen nüchternen, emotionslosen und faktischen Schilderungen der Angriffe und Kampfeinsätze auf.³⁶

Man sollte nun nicht meinen, dass die Kriegsgeschehnisse und die hohe Todesrate abschreckend wirken, im Gegenteil: „erfolgreiche“ Selbstmordattentate sollen bereitwillige Nachahmer gefunden haben. Vom Alltag erfährt der Leser so gut wie gar nichts. Erzwungene Kampfpausen werden nur nebenbei erwähnt: „Nach dem anstrengenden Winter in den Bergen Afghanistans, konnte es endlich wieder losgehen, den Kampf gegen die Besatzer erneut zu beginnen.“³⁷ Breininger zählt und freut sich über die Toten auf beiden Seiten, wobei die „eigenen“ Toten als Märtyrer verherrlicht und die anderen verflucht werden. Es scheint ein von Sinn und Zweck entkoppelter Krieg. Die „gesegneten Operationen“³⁸ sind zum Selbstzweck geworden.

Auch nach drei Jahren bei der IJU plagen Breininger Verständigungsprobleme und eine daraus resultierende Einsamkeit.³⁹ Inzwischen sind in Waziristan fünf

30 Vgl. Abdul Ghaffar (FN 6), S. 86.

31 Vgl. ebd., S. 87 f.

32 Ebd., S. 103.

33 Ebd., S. 88.

34 Ebd., S. 97.

35 Ebd., S. 96.

36 Vgl. ebd., 100 f.

37 Ebd., 99.

38 Ebd., S. 101.

39 Ebd.

„deutsche Brüder“ dazugestoßen. Mit ihnen bildet er nach seiner Rückkehr aus Afghanistan eine angebliche Untergruppierung der Taliban, die „Deutsche[n] Taliban Mujahideen“⁴⁰, mit einem gewählten Emir an der Spitze. „Somit entstand die erste deutsche Jihad-Gruppe der Welt. Diese Jama‘a soll eine Heimat für alle deutschsprachigen Muslime werden, die von überall auf der Welt hierher kommen können um ihre Pflicht Allah gegenüber zu erfüllen, um auf Allahs Weg zu kämpfen, damit Sein Wort das höchste wird.“⁴¹

Langfristig angelegte Pläne sprechen dafür, dass Breininger mit andauernden Konfrontationen rechnet.⁴² Daher wirbt er für den Aufbau einer Gemeinde, deren einziges Ziel im Terror gegen „die Ungläubigen“ besteht. So chaotisch die Ausreise war, so erschreckend zielorientiert präsentiert er sich hier. Zunächst fordert er unverheiratete Schwestern zwecks Familiengründung zur Ausreise auf. Für die in der utopischen Gemeinde aufwachsende nächste Generation hat er monströse Pläne: „Mit Allahs Erlaubnis wird dieser Nachwuchs zu einer ganz besonderen Generation von Terroristen, der in keiner Datenbank und keiner Liste der Feinde Allahs erfasst ist. Sie sprechen die Sprachen der Feinde, kennen ihre Sitten und Bräuche und können sich auf Grund ihres europäischen Aussehens hervorragend tarnen und so die Länder der Kuffar unauffällig infiltrieren um dort inshAllah eine Operation nach der anderen gegen die Feinde Allahs auszuführen und so Angst und Terror in ihren Herzen zu sähen.“⁴³ Ein eindrücklicher Beleg seiner Verblendung und tiefen Menschenverachtung.

Während der Zeit im pakistanisch-afghanischen Grenzgebiet hat er deutsche Sicherheitsbehörden durch seine regelmäßigen (Video-)Botschaften alarmiert, in denen er u.a. einen Einsatz als Selbstmordattentäter ankündigt. Er stirbt dann allerdings „bei einem Feuergefecht [...]“. Zu den drei Opfern gehören u.a. Ahmet M., Danny Reinders und eine weitere unbekannte Person.⁴⁴ Der Jahresbericht des BfV stellt dazu lapidar fest: „Die ‚Deutschen Taliban Mujahideen‘ traten erstmalig im September 2009 in einem von der ‚Medienstelle Elif Medya‘ produzierten Video öffentlich auf. Seit April 2010 konnten keine neuen Veröffentlichungen der Gruppierung festgestellt werden. Am 28. April wurden der Gründer und Anführer der ‚Deutschen Taliban Mujahideen‘ sowie ein weiteres Gründungsmitglied, ein deutscher Konvertit, bei einem Feuergefecht mit pakistanischen Sicherheitskräften getötet. Daraufhin zerstreute sich die ohnehin mitgliederschwache Splittergruppe.“⁴⁵ Den

40 Laut Verfassungsschutzbericht des Bundes 2012 handelte es sich bei den „Deutschen Taliban Mujahideen“ um „eine kleine Gruppierung, die vor allem aus deutschen Konvertiten, Deutsch-Türken und Türken bestanden hatte. Nach eigenem Bekunden rechneten sich die ‚Deutschen Taliban Mujahideen‘ zu den ‚Taleban‘; eine entsprechende Bestätigung der ‚Taleban‘ erfolgte jedoch nie.“ Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2012, Berlin 2013, S. 240.

41 Abdul Ghaffar (FN 6), S. 102.

42 Vgl. ebd., S. 102-104.

43 Ebd., S. 103 f.

44 Piper (FN 14).

45 Bundesministerium des Innern (FN 40), S. 240.

letzten Absatz seiner Memoiren bildet ein Nachruf der Mitstreiter: Die vier „geliebten Brüder“ hätten „wie Löwen“ gekämpft, Allah habe ihnen die Gunst des Märtyrertods erwiesen.⁴⁶ Breininger hatte damit das Ziel aller Jihadisten erreicht. Ob er bis zum Schluss davon überzeugt und wie hoch der Gruppenzwang war, bleiben Fragen, deren Antworten er mit ins Grab nahm.

Breiningers Bezugspunkt ist bis zum Schluss Deutschland geblieben. Auch bei der Werbung um Spenden appelliert er an eine gemeinsame deutsche Identität.⁴⁷ So wie seine Botschaften ist auch „Mein Weg nach Jannah“ an ein deutsches Publikum adressiert. Der Titel eines Videos der Islamischen Bewegung Usbekistan (Dezember 2011), in dem Abu Adam al-Almani mit Deutschland abrechnet, bringt dieses unreife Verhältnis auf den Punkt: „Böses Vaterland“.⁴⁸

2. Würdigung

Breiningers Zeugnis bietet neben interessanten Details zu *modi operandi*, Ausbildung und Reiserouten einen wertvollen Quellentext für die jihadistische Ideologie aus der Sicht eines ideologisch und religiös nicht vorgebildeten westlichen Rekruten. Darüber hinaus wird der Radikalisierungsprozess vom Standpunkt eines nach wie vor Radikalisierten nachvollziehbar beschrieben. Während Aussteigerberichte eher distanziert zurückblicken und Aussagen bei polizeilichen Befragungen oder vor Gericht nur Ausschnitte offenbaren, da sie im Hinblick auf repressive Konsequenzen und Strafmaß zur Bagatellisierung neigen, haben wir hier einen seltenen internen Text aktiver Jihadisten.

Die jihadistisch-salafistische Ideologie bezieht sich zwar auf Koran und Sunna und kennt zeitgenössische Ideologen, in ihren Grundzügen kann sie jedoch auf den islamistischen Vordenker Sayyid Qutb⁴⁹ (1906-1966) zurückgeführt werden. Auf dessen Erfahrungen staatlicher Willkür und Gefängnisaufenthalte gründete seine radikale Ablehnung „menschlicher Gesetze“. Analog beziehen sich Islamisten typischerweise auf die in der Tat höchst zweifelhafte amerikanische Inhaftierungspraxis nach dem 11. September. So führt auch Breininger Guantanamo und unterschiedliche Maßstäbe für die Anwendung der Menschenrechte darauf zurück, dass „von Menschen gemachte [...] Gesetze niemals funktionieren können. Die Gesetze Allah's jedoch sind perfekt, weil Er, der Allerbarmer, perfekt ist.“⁵⁰ Häufig begründen persönliche und subjektive Diskriminierungserfahrungen die Attraktivität von Systemen, die dem scheinbar etwas entgegensetzen haben: So dient die Absolutheit und

46 Abdul Ghaffar (FN 6) S. 106 f.

47 Abdul Ghaffar (FN 6), S. 102 f.

48 Florian Flade, „Böses Vaterland“ – Deutscher Islamist Mounir C. droht mit Anschlägen, 10. Februar 2010 unter: <https://ojihad.wordpress.com/2012/02/10/boeses-vaterland-deutscher-islamist-mounir-c-droht-mit-anschlagen/> (29. Juni 2015).

49 Vgl. Sayyid Qutb, *Zeichen auf dem Weg*, Köln 2005.

50 Abdul Ghaffar (FN 6), S. 80.

Unantastbarkeit göttlicher Normen als Schutzschild gegen das Gefühl der Ohnmacht und des Ausgeliefertseins.

Für Qutb und Salafisten generell ist Gott Schöpfer, einzig legitimer Souverän und Gesetzgeber zugleich. Menschliche Gesetzgebung ist somit Usurpation, womit der Mensch sich Gottes wichtigste Eigenschaft anmaßt. So wie Gott die Naturgesetze erlassen habe, so seien die Gesetze für den Menschen im Islam verkündet worden. Ein Zuwiderhandeln sei demnach genauso widernatürlich wie ein Umgehen der Naturgesetze. Der Sinn menschlichen Daseins bestehe darin, im Befolgen seiner Gesetze Gott zu dienen. „Anbeten“ und „Gesetze befolgen“ werden hier zu Synonymen. Ein wahres islamisches Leben sei nur in einem wahrhaft islamischen System möglich; daher müsse die „muslimische Avantgarde“ mit allen Mitteln für die Errichtung eines islamischen Systems kämpfen. Alles Zuwiderhandeln sei Rebellion und ein Befolgen menschlicher Gesetze *shirk* (wörtlich: Beigesellung, also Polytheismus), da hier Menschen als Gesetzgeber „angebetet“ würden. Dieses offensichtlich utopische System scheint in seiner Radikalität und Einfachheit äußerst attraktiv zu sein.

Breiningen hatte es verinnerlicht, angefangen mit dem *tauhid*-Prinzip, der Ein(s)heit Gottes:⁵¹ Der strikte Monotheismus des traditionellen Islam wird von Salafisten auf alle Bereiche des Lebens übertragen: Ein anderes politisches System als der Islam sei, wie ein anderer Gesetzgeber als Gott, Polytheismus. Das *tauhid*-Prinzip wird als Blaupause auf eine Welt gelegt, in der es weder Mehrparteienprinzip noch Pluralismus geben darf.

Hand in Hand mit dem *tauhid*-Prinzip geht die ebenso bedeutende Lehre des *al-wala' wa'l bara'*. Die zeitgenössische salafistische Doktrin verlangt Loyalität (*wala'*) zu den „wahren“ Muslimen und Lossagung (*bara'*) von allen anderen Menschen, Nichtmuslimen wie nichtsalafistischen Muslimen. Damit ist im Salafismus selbst ein wichtiger Radikalisierungsfaktor angelegt. Der strenge Dualismus bestimmt das Sozialverhalten der Salafisten und begründet deren gesellschaftliche Segregation. Er führt zwingend zur gesellschaftlichen Isolierung. „Von nun an wollte ich mich stärker meiner Religion widmen und suchte mehr den Kontakt zu meinen Brüdern im Islam. Ich fragte Abdullah ob ich nicht bei ihm wohnen könne, da dies besser für mich und meine Religion wäre.“⁵²

Salafisten sind überzeugt, das einzig wahre islamische System sei in der Gemeinschaft Mohammeds verwirklicht gewesen, und dessen Wiedererrichtung Pflicht. Neben der herausragenden Bedeutung der Person des Gesandten Mohammed gelten die Mitglieder der damaligen Gemeinschaft als die „rechtschaffenen Vorfahren“ (*al-salaf al-salih*). Breiningen versuchte „immer mehr nach der Lebensweise des Propheten [...] zu leben“⁵³, und verweist mehrfach auf die Vorbildfunktion Mohammeds.⁵⁴ Die gesellschaftliche Utopie ist kein islamistisches Alleinstellungsmerkmal: Extremisten

51 Vgl. ebd., S. 32.

52 Ebd., S. 50 f.

53 Ebd., S. 49.

54 Vgl. ebd., S. 35 f.

aller Phänomenbereiche fühlen sich einer „Gemeinschaft“ zugehörig, die die einzig gültige Wahrheit und Moral besitzt.

Loyalität gilt also der idealisierten und gemäß dem *tauhid*-Prinzip einheitlichen Gemeinschaft. Breininger thematisiert dennoch indirekt die hier undenkbaren zwischenmenschlichen Reibereien: „Ich kann meinen Geschwistern nur raten sich auf keinen Fall von Shaytan einflüstern zu lassen. Hier in den Ländern des Jihad sind die großen Shayatin und das merkt man schnell. Sie kommen hier in der Regel nicht mit Einflüsterungen wie ‚Trink doch mal ein Glas Bier, dass merkt doch keiner‘ oder ‚Schalt doch mal das Radio an, Musik klingt schön‘. Was der Shaytan hier bezweckt, ist das Fitna [Zwist] zwischen den Muslimen entsteht. Und wenn einmal Fitna da ist, ist der Weg zum Kufr [Unglauben] auch schnell offen.“⁵⁵ Interner Streit ist nicht vorgesehen und widerspricht der Ideologie; deshalb wird er als „Einflüsterung des Teufels“ interpretiert.

Ein weiterer scheinbarer Widerspruch zur Ideologie ist Breiningers Wunsch nach „deutschen Brüdern“.⁵⁶ Die Absage an den in Deutschland durch Salafisten vielbeschworenen islamischen Internationalismus und die damit einhergehende Ablehnung des Nationalismus findet Breininger im 7. Jahrhundert begründet: „Gemäß dem Vorbild des Propheten [...], der Mitglieder eines Stammes vereint hat, habe ich mich entschieden mit den anderen Brüdern zu Taliban zu gehen. Schon zu Zeiten des Propheten [...] hatte die Zusammenführung von Menschen eines Stammes (zur heutigen Zeit eines Landes) Vorteile, denn diese haben die selben Sitten, Gewohnheiten und die selbe Kultur. Außerdem überwindet man die sprachlichen Barrieren, die unter Menschen auftreten, die nicht den selben Ländern (Stämmen) entstammen.“⁵⁷ Hier wähnt man sich nicht weit vom Ethnopluralismus der „Neuen Rechten“⁵⁸, doch versteht Breininger die „deutschen Brüder“ nicht als ethnische Kategorie, sondern als in Deutschland sozialisierte Glaubensgenossen. Als gelebte Praxis ist eine ethnische Segregation für den islamistischen Terrorismus allerdings nicht neu: Schon die „Häuser“ in den Trainingslagern der al-Qaida waren ethnisch getrennt.

Die Anforderungen des Salafismus, wie etwa die strikte Geschlechtertrennung, führen zu zahlreichen tagtäglichen Konflikten und Zwangslagen. Breininger hat es für sein „zukünftiges Leben für besser erachtet“⁵⁹, die Schule vorzeitig zu verlassen. Hier kommt ihm die Lehre der Lossagung entgegen: „Der Hass gegenüber den Kuffar wuchs in mir. Ich lernte wie wichtig al-Walaa wa-l-Baraa im Islam ist. Al-Walaa wa-l-Baraa sind einer der wichtigsten Fundamente des Islam und bilden die zwei Hauptvoraussetzungen für den wahren Glauben.“⁶⁰ Breininger vertritt nicht nur eine strikte Form der Segregation; seine Haltung ist unversöhnlich: „Der Islam kann

55 Ebd., S. 99-104.

56 Ebd., S. 99-104.

57 Ebd.

58 Vgl. zuletzt Alain de Benoist, *Aufstand der Kulturen. Europäisches Manifest für das 21. Jahrhundert*, Berlin 2011.

59 Abdul Ghaffar (FN 6), S. 49.

60 Ebd., S. 56.

von jemandem nicht angenommen werden [...], solange er nicht Feindschaft gegenüber den Ungläubigen und Polytheisten zeigt.“⁶¹ Es ist unschwer vorstellbar, dass der ideologisch geschürte Hass in Gewalt umschlägt.

Extremisten haben mindestens einen Feind, bzw. ein Feindbild, das aus ihrer Sicht die Gemeinschaft angreift. Sehr bald sieht Breininger Muslime ausschließlich als Opfer,⁶² teilweise bedarf es hier der Täter-Opfer-Umkehr. Um zu überleben, muss die Opfer-Gemeinschaft „Notwehr“ üben. Dies ist eine Grundvoraussetzung für ein gewalttätiges Vorgehen gegen „den Feind“. Feindbilder der Extremisten haben wenig mit deren realen Entsprachungen zu tun. So ist der „Westen“ der Islamisten eine Projektionsfläche, keine objektive Beschreibung des Westens. Das salafistische Feindbild kann man mit *kufir*, Unglauben, zusammenfassen. Salafisten bezeichnen die konkret zu zerschlagenden Feinde gerne als „taghut“, Götzen: Nicht zufällig gehören zu den angeführten Definitionen neben „Satan“ auch „die jüdischen Gelehrten“;⁶³ der Antisemitismus, wenn auch bei Breininger nur am Rande, ist integraler Bestandteil des Jihadismus. Breininger nennt zwölf „heutige Tāghūt“⁶⁴, womit er sowohl „Abtrünnige und kuffar“⁶⁵ als auch andere Systeme und Glaubensrichtungen aufzählt: „Derjenige, der neben Allāh Gesetze erlässt. [...] Jedes Gesetz, außer den Gesetzen Allāhs. [...] Die Nation und der Nationalismus. [...] Der Humanismus [...] Das Volk. [...] Die Mehrheit. [...] Die Volksvertretung. [...] Die Vereinten Nationen. [...] Ständiger Internationaler Gerichtshof in Hāg. [...] Götzen, Kreuze, Steine, Kühe, Gräber, Bilder, Tiere und dergleichen, die angebetet werden. [...] Die Demokratie. [...] Jene, die behaupten das Verborgene (ghayb) zu kennen.“⁶⁶

Aufgrund dieser Lehre des Unglaubens maßen sich insbesondere jihadistische Salafisten an, andere Muslime zu Ungläubigen⁶⁷ zu erklären, wenn diese gegen salafistische Prinzipien verstoßen. Die Gegnerschaft zum Großteil der muslimischen Welt wird auch bei Breininger deutlich: Er erklärt explizit alle Gelehrten zu Ungläubigen oder Abtrünnigen, die sich an menschengemachte Gesetze und Verfassungen halten.⁶⁸

Im Jihad, für Breininger ein „wunderbarer Gottesdienst“⁶⁹, finden Jihadisten ihren Lebenssinn. Sie halten ihn für individuell verpflichtend:⁷⁰ „Ich war erst 4 Monate im Islam, dennoch kannte ich meine Pflicht. Ich wollte in den Jihad [...]“. ⁷¹ Der Jihad hat eine dreifache Zielrichtung: Die Bekämpfung des *kufir*, die Verteidigung

61 Ebd., S. 58.

62 Ebd., S. 80.

63 Ebd., S. 65 f.

64 Breininger bezieht sich vermutlich auf die salafistische Schrift „Die Erklärung des Begriffes Taghut“, erstmalig veröffentlicht auf der nicht mehr existenten Seite: www.tawhed.net, unter www.ahlu-sunnah.com/attachment.php?attachmentid=132&d (14. Juni 2015).

65 Abdul Ghaffār (FN 6), S. 96-99.

66 Ebd., S. 69 f.

67 Vgl. die ausführliche Erklärung ebd., S. 64 und 70 f.

68 Ebd., S. 69 f.

69 Ebd., S. 59.

70 Vgl. die ausführliche Erklärung ebd., S. 59 f.

71 Ebd., S. 76.

der Gemeinschaft und die Errichtung eines „islamischen“ Systems: „Ich wusste somit schnell das ich was unternehmen muss gegen diese Kreuzzügler die unsere Brüder und Schwestern schändigen. Auch sollte jeder Muslim sich dafür einsetzen das nach Allahs Gesetzen gelebt wird und das wir wieder einen islamischen Staat aufbauen müssen.“⁷² Breininger bezieht sich hier auf Abdullah Azzam, Vordenker des globalen Jihads, der als Mentor Usama bin Ladins bekannt wurde.⁷³ Weite Passagen des Textes und ausführliche Erläuterungen sind dem Jihad gewidmet, verbunden mit eindringlichen Appellen an Personen beiderlei Geschlechts, sich nicht davon abhalten zu lassen.⁷⁴

Der Tod im Jihad wird miteinkalkuliert. „Dem Einzelnen kommt keine Wertigkeit zu. Darin haben die islamistische Verachtung der Wertschätzung für das Leben sowie die Verehrung des Todes und des Tötens ihre Ursache.“⁷⁵ Ein wichtiges Anliegen der Schrift ist neben der Werbung für (Selbstmord-)Attentate die Erläuterung ihrer Legitimität, für deren Rechtfertigung auf weiterführende Literatur verwiesen wird.⁷⁶ Jihadisten sehen sich selbst nicht als Mörder, sondern als Ausführende einer höheren Mission: „Der Entschluss war für mich nun klar, dass ich auf dem Wege Allahs ausziehen muss um denn Jihad gegen die Feinde Allahs zu unternehmen und um als Märtyrer für die Sache Allahs zu sterben, nämlich dafür, dass das Wort Allahs am höchsten steht.“⁷⁷

Im Gegensatz zu anderen Terrorismen kennt der Jihadismus einen regelrechten Toteskult und eine mystische Verklärung von Attentätern. So glauben Jihadisten, die Leichen von Märtyrern fielen nicht der üblichen Verwesung anheim, sondern verströmten einen Moschusduft (*misk*). Über den toten Breininger schreiben die Mitstreiter: „Am nächsten Tag holten wir die Körper von Abdul-Ghaffar und den anderen Geschwistern. Die Kuffar haben sie nackt ausgezogen, ihnen alles gestohlen was sie bei sich hatten und haben sie in Säcke getan. Danach versuchten sie die Körper der Shuhada mit Chemikalien zu verunstalten um so den Misk-Geruch von ihnen zu entfernen. Trotzdem hatten sowohl Abdul-Ghaffar, als auch die anderen Brüder mehrere deutliche Zeichen der Shahada (Märtyrertod). Ich bezeuge, dass Abdul-Ghaffar einen sehr zufriedenen Gesichtsausdruck hatte und am lächeln war und obwohl seine Seele seinen Körper bereits seit mehr als 36 Stunden verlassen hatte floss immer noch frisches Blut aus seinen Wunden.“⁷⁸ Eine kurze Nachfrage bei einem Mediziner hätte genügt, um das Lächeln mit dem schnellen Austrocknen der Leiche unter den klimatischen Bedingungen zu erklären. Im Internet finden sich unzählige ähnliche Wunderberichte. Häufig wird auch das angebliche Fehlen der Leichenstarre

72 Ebd., S. 53.

73 Ebd., S. 60.

74 Ebd., S. 63.

75 Jan Buschbom, Verteidigung der Buchstäblichkeit. Elemente islamistischer Radikalisierung – Die Aufzeichnungen des „Deutschen Taliban Mujahideen“ Eric Breininger, in: InfoBrief des Violence Prevention Network, Ausgabe 1/2011, S. 37.

76 Abdul Ghaffar (FN 6), S. 88.

77 Ebd., S. 55 f.

78 Ebd., S. 106 f.

als Wunder bezeichnet, dabei ist nicht schwer herauszufinden, dass sich die Leichenstarre nach 24 bis 48 Stunden post mortem wieder löst. Aber medizinische Kenntnisse wollen in den Wunderglauben nicht so recht passen, daher finden wissenschaftlich haarsträubende Geschichten Verbreitung im durch „Schwarmdummheit“ gekennzeichneten Netz. Gerade Übernatürliches macht einen Teil der Attraktion aus: „Engel, Dämonen (mit allerlei überirdischen Gaben), Hölle, Himmel, betörende Schilderungen des Paradieses – diese Welt wirkt auf manche Jugendlichen faszinierend.“⁷⁹ „Mein Weg nach Jannah“ schließt mit einem mystischen Wunsch der Weggefährten Breiningers: „Möge Allah auch uns diese gewaltige Gunst erweisen und uns erlauben unseren als Shuhada gefallenen Brüdern zu folgen und mit ihnen in den Bäumen von kleinen grünen Vögeln in Jannah um den Thron des Allerbarmers zu fliegen. Amin“⁸⁰

Im Vergleich mit anderen zeitgenössischen Terrorisismen sind Wunderglaube und Todeskult eine Besonderheit des Jihadismus. In der Grundstruktur unterscheidet sich der Salafismus nicht von anderen extremistischen Weltbildern: Sie sind stets kollektivistisch, totalitär und monistisch. Negativ ausgedrückt sind extremistische Weltbilder antiliberal, antipluralistisch und antiindividualistisch.

Breiningers Dokument ist zudem ein wertvolles Zeugnis einer schnellen Radikalisierung: „Die meisten der derzeit kursierenden Definitionen beschreiben Radikalisierung als den Prozess (oder Prozesse), im Verlaufe dessen Individuen oder Gruppen zunehmend den Gebrauch von Gewalt für politische Ziele befürworten und letztlich auch selbst teilnehmen/unterstützen“.⁸¹ Speziell unter islamistischer Radikalisierung versteht man den umfassenden Prozess „einer – mehr oder minder zügigen – in der Regel von islamistischen Multiplikatoren/Akteuren geleiteten ideologisch-politischen Sozialisation [...], der über eine sich verfestigende Segregation von der westlichen Mehrheitsgesellschaft zunächst zur ‚islamisch‘ begründeten Ablehnung der Institutionen und Werte des demokratischen Staats- und Gesellschaftssystems führt. Der islamistische Radikalisierungsprozess kann – muss jedoch nicht – auf einer weiteren Stufe zur Verfestigung dieser Ablehnung, zu offener Feindseligkeit und zur zunehmenden Bereitschaft führen, das verurteilte System mit gewaltsamen Mitteln zu bekämpfen, sich also aktiv am Jihad zu beteiligen oder ihn zu unterstützen.“⁸²

Radikalisierungsverläufe sind individuell unterschiedlich. „Einen allgemeingültigen Radikalisierungs- und Rekrutierungsverlauf gibt es nicht. Art und Gewichtung

79 Ahmad Mansour, Salafistische Radikalisierung – und was man dagegen tun kann, unter: www.bpb.de/politik/extremismus/islamismus/193521/salafistische-radikalisierung-und-was-man-dagegen-tun-kann (10. Mai 2015).

80 Abdul Ghaffar (FN 6), S. 107.

81 ICSR (Hrsg.), Countering Online Radicalisation. A Strategy for Action, London 2009, S. 10 (eigene Übersetzung).

82 Tânia Puschnert, Zur Bedeutung ideologischer und sozialer Faktoren in islamistischen Radikalisierungsprozessen, in: Uwe E. Kemmesies (Hrsg.), Terrorismus und Extremismus – der Zukunft auf der Spur, Polizei+Forschung, Bd. 33, München 2006, S. 221 f.

radikalisierungsfördernder Faktoren (z.B. soziale Situation, kulturelle Herkunft und Persönlichkeitsstruktur) unterscheiden sich z.T. erheblich.“⁸³

Erfahrungsgemäß bilden die Kombination aus persönlicher Prädisposition und einer vagen, aber tiefsitzenden Unzufriedenheit mit den eigenen Lebensumständen sowie objektiver oder gefühlter Diskriminierung den Nährboden für eine Ideologisierung. Die Ursachen für die Lebensverhältnisse werden im Zustand der Gesellschaft gesucht. Es ist wenig bekannt über Breiningers Prädisposition. Die Beschreibung seiner Schwester und der Ermittler sprechen zumindest für eine gewisse Unentschlossenheit und Ziellosgkeit. Auch über Breiningers familiäre Konstellation ist außer der Scheidung der Eltern wenig bekannt. Dennoch ist gerade der fehlende Vater typisch: Der Salafismus kommt nach Mansour besonders gut an bei „Jugendlichen, denen die Vaterfigur fehlt. Unabhängig davon, ob der Vater die Familie verlassen hat, ob er tot ist oder ob er sich selber in der Gesellschaft nicht zurechtfindet, die Salafisten füllen diese Lücke mit ihrer patriarchalen Ideologie und ihrem strafenden Gott.“⁸⁴

Die Kenntnis der Radikalisierungsprozesse und einer gewissen Prädisposition erklärt noch lange nicht, warum Breininger ausgerechnet zum Salafisten wurde. Tatsächlich scheint es in der Orientierungsphase eher dem Zufall⁸⁵ überlassen, in welche Szene ein Jugendlicher abdriftet. „Auf die Frage, wie der unauffällige Kleinstadtjugendliche zum mutmaßlichen Terroristen wurde, hat (ein hochrangiger Sicherheitsbeamter) eine Antwort: Zufall.“⁸⁶ Auch nach „Angaben seiner Schwester Anke Breininger war Eric ein Mitläufertyp: ‚Wenn Eric in die rechte Szene geraten wäre, würde er jetzt durch die Straßen ziehen und Ausländer verprügeln, hätte er Kontakt zu Linken gehabt, würde er gegen die Rechten ziehen.‘“⁸⁷ Alle Radikalisierungsmodelle fokussieren sich schon in einer frühen Phase auf die Ideologie. Dabei übersieht man gerne banale und schwer vorhersehbare Faktoren wie persönliche Bekanntschaften. „Mein Weg nach Jannah“ bestätigt deren herausragende Bedeutung. Breininger war nicht gezielt auf der Suche. Er hat sich nur zufällig mit einem radikalen Salafisten angefreundet.

Weniger zufällig ist die Propagandamaschinerie, die sich im Anschluss an den Kontakt in Gang setzt. „Die Propaganda für den Salafismus ist raffiniert, weit verbreitet und im Internet fest verankert. Ganz leicht stoßen die Jugendlichen auf hoch emotionalisierende Inhalte, zugespitzte Botschaften, islamistische Kriegspropaganda. Sie sehen verstörende Videos, in denen wehrlose Kinder in muslimischen Ländern abgeschlachtet werden, und sie bekommen einen sehr einseitigen, pauschalisierten Eindruck von Konflikten, die immer auf einen Kampf der Ungläubigen gegen die Muslime reduziert werden. Diese Schwarz-Weiß-Welt, in der es immer klare

83 Bundesministerium des Innern (FN 40), S. 239.

84 Mansour (FN 79).

85 Vgl. Saskia Lützing, Die Sicht der Anderen. Eine qualitative Studie zu Biographien von Extremisten und Terroristen, Köln 2010.

86 Lichterbeck (FN 8).

87 Piper (FN 14).

Opfer und Feinde gibt, ist für die Jugendlichen deutlich zugänglicher als die komplexe, teilweise widersprüchliche Politik, über die in den Nachrichten berichtet wird.“⁸⁸ Ohne diese als solche wahrzunehmen, bezeugt Breininger deren Verlauf: „Ich verbrachte viel Zeit mit Abdullah, da wir nun zusammen wohnten. Hussayn kam uns oft besuchen und wir redeten über die Probleme und das Leid in der Islamischen Ummah [Nation]. [...] Wir verfolgten die Geschehnisse in den Regionen des Jihad und sahen uns Filme, an wie Mujahidin (Gotteskrieger) gegen die Kreuzzügler kämpften. Uns entsetzten vor allem die Nachrichten von den Gefängnissen und wie diese Kreuzzügler mit unseren Brüdern umgehen, wie sie sie foltern und unterdrücken. Auch die Tatsache, dass diese Ungläubigen unschuldige Frauen in Gefängnisse stecken, sie Tag für Tag vergewaltigen und das manche von ihnen danach Kinder in ihren Bäuchen tragen müssen und das diese edlen Schwestern wie Dreck behandelt werden, schürten den Zorn auf die Kuffar in mir. Ich kann nicht nachvollziehen wie die meisten Muslime in der Welt diese schlimmen Schandtaten einfach ignorieren und sich lieber mit anderen Dingen beschäftigen.“⁸⁹ In der Phase der Ideologisierung werden persönliche Demütigungen durch Identifikation mit dem Leiden der *umma*⁹⁰ überdeckt, der Gemeinschaft, der man ideologisch durch Loyalität verpflichtet ist. Die salafistische Bewegung, die zugleich eine vitale Jugend-Subkultur ist, geriert sich als Anwalt der Entrechteten, Gedemütigten und ungerecht Behandelten. Sie ermöglicht somit eine radikale Kritik an der herrschenden Gesellschaftsordnung.

In der zweiten Phase der Radikalisierung wird die mit dem Freundeskreis verbundene Ideologie angenommen, die vermeintlich einfache Erklärungen und Lösungen bietet. Das geschlossene Weltbild wird durch Denkverbote und Abwehrmechanismen, die die Ideologie mitliefert, verteidigt und gefestigt. Abwehrmechanismen sind wichtige Triebwerke einer Ideologisierung: So dient etwa die Täter-Opfer-Umkehrung und die Dramatisierung des Feindes der Legitimierung von Gewalt gegen diesen. Alles Schlechte wird auf eine Ursache, auf das Wirken und die Machenschaften des Feindes zurückgeführt. Der scheinbar angreifende übermächtige Feind rechtfertigt dann Notwehr. Wer ihn bekämpft, ist dann moralisch auf der „richtigen“ Seite.

Ein weiterer Abwehrmechanismus besteht in der Unterbindung und Tabuisierung des eigenen Willens und Denkens. Glaubensgrundsätze werden unangreifbar, denn was nicht in Einklang damit zu bringen ist, kann nur verboten sein. Zweifeln ist ebenfalls verboten, denn Zweifel gelten als erste Gotteslästerung oder als „Beigesellung“, als erstes Indiz für Abweichlertum oder als Verrat an der Sache. Breiningers Zeugnis belegt ausgiebig diesen Mechanismus: „Nur derjenige findet Erlösung in der Religion, der sich Allah und Seinem Gesandten als Muslim (Gottergebener) hingibt und sich für die Lösung von Sachverhalten, die ihm nicht klar sind, auf diejenigen bezieht, die Wissen darüber verfügen. Der feste Halt im Islam wird nur durch

88 Mansour (FN 79).

89 Abdul Ghaffar (FN 6), S. 52.

90 Ebd., S. 52 f.

Hingabe und Unterwerfung erreicht. Wer also jenes Wissen begehrt, welches ihm verboten ist und nicht damit zufrieden ist seinen Verstand (dem Islam) zu unterwerfen, werden ihn seine Wünsche vom korrektem Glauben und reinem Tauhid fernhalten.“⁹¹ Jan Buschbom, der im Rahmen jahrelanger Jugendarbeit mit ideologisierten Straftätern Erfahrung gesammelt hat, erkennt im Abwehrmechanismus die Defizite „autoritärer Persönlichkeitsstrukturen“: „Intellektuelle Selbstbestimmung und intellektuelles Selbstbewusstsein stellen die größte Gefahr für die ideologisierte Persönlichkeit dar; an ihnen erfährt sie ihre Defizite, die v.a. darin begründet sind, dass sie irgendwo auf dem Weg zur Individuation stehen geblieben ist. Die erwachsene Persönlichkeit gefährdet die Mythen und Legenden, die die ideologisierte Pseudo-Gemeinschaft mühsam zusammenhalten. Abweichendes Verhalten und Denken werden daher als ‚gemeinschaftszersetzend‘ denunziert. Es liegt in der Natur der ideologisierten Persönlichkeit, dass sie Abweichendes nicht als Ausdruck von Individualität zu deuten und daher in seiner Besonderheit und ‚individuellen Bedeutung‘ zu erfassen vermag. Stattdessen kann, was nicht sein darf, im Gegenteil nur Ergebnis von Fremdbestimmung, von Lenkung oder eben eines geheimen Planes sein, der so okkult ist, dass nur Eingeweihte ihn richtig zu lesen wissen.“⁹² Daher sind auch Verschwörungstheorien Bestandteil jeder extremistischen Ideologie. Zum Denkverbot gehört auch die Veräußerung der Eigenverantwortung: „Ich wollte die Einladung annehmen doch meine Freundin überredete mich den Samstag mit ihr zu verbringen, somit nutzte der verfluchte Satan diese Person als Mittel um mich vom geraden Weg abzuhalten.“⁹³

Im letzten Schritt der Radikalisierung folgt das Bewusstsein, selbst aktiv werden zu müssen. Breininger fordert seine Leser direkt auf: „wie lange wollt ihr noch mit anschauen wie die Murtaddin (Abtrünnige des Islam) und die Kuffar unsere Brüder und Schwestern in die Gefängnisse stecken und sie auf furchtbare Art und Weise foltern und unsere Schwestern Tag für Tag vergewaltigen und wie die Kuffar sich über unseren Propheten [arabische Segnungsformel] lustig machen, indem sie Karikaturen von ihm anfertigen. Wie die Tawaghit in den ehemals islamischen Ländern die Sharia verändern oder abschaffen und mit ihren selbst erfundenen Gesetzten richten? Wie lange wollt ihr dies alles noch mitanschauen?“⁹⁴

Schließlich kommt eine Dynamik in Gang, aus der ein Jugendlicher kaum mehr eigenständig ausbrechen kann. Ein gegenseitiges Hochschaukeln zwingt fast zum Handeln. Das Aktiv-Werden endet fast zwangsläufig mit dem Tod, der nicht sinnlos sein darf und deshalb verklärt werden muss. Die Ironie daran: Als Kämpfer hat Breininger wohl kaum Spuren hinterlassen, als Teil der Propaganda-Maschinerie des Salafismus hat er dagegen einen Platz im öffentlichen Bewusstsein erlangt.

91 Ebd., S. 11 f.

92 Buschbom (FN 75), S. 37.

93 Abdul Ghaffar (FN 6), S. 8.

94 Ebd., S. 105.

3. Literatur

Breiningers Tod rief ein starkes mediales Echo hervor. Zahlreiche Presseartikel befassten sich insbesondere mit der Frage, wie ein scheinbar durchschnittlicher Junge aus der deutschen Provinz innerhalb kurzer Zeit zu einem radikalen Islamisten mutieren und zu einem Lebensmodell finden konnte, das scheinbar gar nichts mit seinem Vorleben zu tun hat.

Fach-Journalisten wie Yassin Musharbash⁹⁵, Florian Flade⁹⁶ oder Frank Jansen widmeten Breininger wiederholt ausführliche Artikel. Von Jansen wissen wir, dass die nicht mehr existente „islamistische Homepage, über die Breiningers Geschichte verbreitet wird, [...] auch andere Texte: das Horst-Wessel-Lied und einen Song von Landser, einer Kultband der Neonazis“⁹⁷ darbot. Da extremistische und insbesondere salafistische Seiten einer hohen Fluktuation unterliegen, sind Sekundärtexte von Bedeutung. Eine Reihe von Journalisten (wie Gerhard Piper) startete nach dem Tod Breiningers intensive Recherchen und veröffentlichte Artikel.⁹⁸

Eine profunde und lesenswerte Analyse der Ideologie, Persönlichkeitsstruktur und Radikalisierung liefert eine Ausarbeitung Jan Buschboms. Der Historiker und Mitarbeiter des „Violence Prevention Network“ setzt sich anhand der Memoiren intensiv mit Ideologemen und Persönlichkeit Breiningers auseinander.⁹⁹ Dirk Baehr gibt einen Überblick über salafistische Strömungen, insbesondere über die deutsche Szene.

Bereits dem Titel des Buches ist zu entnehmen, dass Breininger hier auch im Rahmen des Kapitels „Neue Internationalisten oder deutsche Taliban“ erwähnt wird.¹⁰⁰ Guido Steinbergs umfassendes Werk über die deutsche salafistische Szene beruft sich auf Breininger als wichtigsten Protagonisten.¹⁰¹ Zahlreiche Aufsätze zu den Themen Salafismus und Jihadismus führen Breininger in Fußnoten und Literatur auf, gehen aber nicht näher auf ihn ein.¹⁰²

95 Siehe insbesondere Yassin Musharbash, Getöteter Eric Breininger. Die Memoiren des deutschen Dschihadisten, in: Spiegel Online vom 5. Mai 2010.

96 Siehe insbesondere Florian Flade, Das kurze Leben des Islamisten Eric Breininger, in: Die Welt vom 5. Mai 2010.

97 Frank Jansen, Eric Breininger. Jung und fromm in den Tod, in: Der Tagesspiegel vom 7. Mai 2010.

98 Piper (FN 14).

99 Vgl. Buschbom (FN 75).

100 Vgl. Dirk Baehr, Der deutsche Salafismus. Vom puristisch-salafistischen Denken eines Hasan Dabbaghs bis zum jihadistischen Salafismus von Eric Breininger, München 2011.

101 Vgl. Guido Steinberg, Al-Qaidas deutsche Kämpfer. Die Globalisierung des islamistischen Terrorismus, Hamburg 2014.

102 Z.B. Behnam Said, Salafismus – ein deutscher Extremismus, in: SIAK-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis, Nr. 1/2013, S. 19-32.

Weiterführende Einsichten bietet schließlich die umfangreiche Literatur zu Radikalisierung, zum Islamismus, zum Salafismus und zu Konvertiten. Insbesondere sei hier auf das kürzlich erschienene Werk von Lamya Kaddor¹⁰³ verwiesen.

103 Lamya Kaddor, *Zum Töten bereit. Warum deutsche Jugendliche in den Dschihad ziehen*, München/Berlin 2015.

Länderporträt: Griechenland

Von Lazaros Miliopoulos

1. Darstellung

1.1. Einführung

Bei den griechischen Parlamentswahlen am 25. Januar 2015 erreichten Parteien, welche die seit 2009 eingeschlagene Sparpolitik vehement ablehnten, zum ersten Mal die absolute Mehrheit und bildeten eine Regierungskoalition von weit links bis weit rechts. Kommunisten und das *Bündnis der Radikalen Linken* (SYRIZA) vereinigten über 42 Prozent auf sich, die Ultranationalisten 6,3 Prozent und die anti-deutsch, antieuropäisch und antiwestlich agitierende, rechtspopulistische *Unabhängigen Griechen* (ANEL) 4,8 Prozent der Stimmen. Betrachtet man nur die „harten“ extremistischen Parteien (Neofaschisten, Neonationalsozialisten, Ultranationalisten, orthodoxe Kommunisten, Troztkisten, revolutionäre Antikapitalisten), so umfassten diese immerhin noch einen Wähleranteil von 12,3 Prozent.

Das Referendum vom Juli 2015 hat überdies gezeigt, wie sehr der bisherige Weg der Sparpolitik inzwischen auf Widerstand in der griechischen Bevölkerung stößt. Dosierung, Verteilung der Lasten und fehlende ökonomische Impulse haben den Schuldenstand maximiert statt minimiert – bei gleichzeitig großer Belastung der abhängig Beschäftigten, Rentner, Konsumenten und eines Teils der öffentlich Bediensteten. Das Ergebnis des Referendums wiederum hatte die vorübergehende Einstellung der Hilfszahlungen an Griechenland zur Folge, daraus resultierend ernsthafte Liquiditätsprobleme im Land und ein Einschwenken der SYRIZA-Regierung unter Alexis Tsipras auf Sparkurs mitsamt der Ausrufung von Neuwahlen im September 2015 und der Spaltung der Regierungspartei.

Im folgenden Beitrag soll – ausgehend von den institutionellen Rahmenbedingungen des Extremismus in Griechenland seit der Systemtransformation 1974 – ein Überblick über die Geschichte und Entwicklung des parteipolitischen wie subkulturellen Links- und Rechtsextremismus vor und nach Ausbruch der griechischen Wirtschafts- und Finanzkrise gegeben werden. Zum Abschluss wird im historischen Licht die Frage gestellt, welche Effekte die Krise auf Stellenwert und Eigenart des politischen Extremismus in Griechenland gehabt hat, was die gegenwärtige Krisenlage für den 1974 neuformulierten antiextremistischen Konsens in Griechenland bedeutet und wie sich die institutionellen Rahmenbedingungen der Extremismusabwehr im Land dabei verändern könnten.

1.2. Rechtsextremismus

1.2.1. Parteien

Bis zum Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise 2009 fristete die radikale Rechte lange Zeit ein Schattendasein in Griechenland. Das Parteiensystem war geprägt von einer Vielzahl rechtsextremer *flash parties* mit nur sporadischen Erfolgen¹, zwischen 1984 und 2000 gar von einer absoluten Erfolglosigkeit des parteipolitischen Rechtsextremismus. Die wichtigste Kraft in den neunziger Jahren war die *Nationale Politischen Union* (EPEN), die vom seit 1974 inhaftierten (und 1999 in Haft verstorbenen) Militärmachthaber Georgios Papadopoulos 1984 aus dem Gefängnis gegründet wurde.² Trat die EPEN für die Freilassung der Junta-Offiziere und für die Rückkehr des Königs ein, so ging der ehemalige Jugendführer der Partei und Jurist Makis Voridis seinen eigenen Weg und gründete 1994 ganz nach dem Vorbild von Jean-Marie Le Pen die *Hellenische Front* (*Ellinikó Métopo*, EM).³

Die EM blieb mit regelmäßigen Stimmenanteilen deutlich unter einem Prozent genauso erfolglos wie die nach 1996 aufgelöste EPEN oder die 1999 vom ehemaligen Geheimdienststoffizier Konstantinos A. Plevris gegründete (und inzwischen ebenfalls wieder aufgelöste) rassistisch-nationalistisch und antisemitisch ausgerichtete Partei *Frontlinie*, die eine Zeit lang mit der seit 1993 als Partei anerkannten *Goldenen Morgenröte* (CA) kooperierte, welche bis heute vom führenden Neonationalsozialisten Griechenlands, dem Mathematiker und ehemaligen Armeeoffizier Nikolaos G. Michaloliakos, geführt wird.

Dass sich rechtsnationale Kräfte bis 2000 trotz starker autoritärer und parochialer Strömungen und Einstellungen in der Bevölkerung⁴ nicht längerfristig etablieren konnten, hing historisch mit dem praktischen Misserfolg des Obristen-Regimes (wirtschaftliche Stagnation in der Endphase des Regimes, Teilung Zyperns, keine transformative Eigendynamik) und den damit einhergehenden Spaltungstendenzen im alten griechischen Rechtsextremismus zwischen Royalisten und „Putschisten“

1 Vgl. Takis S. Pappas, *Making Party Democracy in Greece*, Basingstoke 1999, S. 61; Richard Clogg, *Parties and Elections in Greece. The Search for Legitimacy*, London 1987, S. 184; Antonis Ellinas, *The Electoral Dynamics of Far Right Ascendancy. The Case of Greece*, in: Gregory T. Papanikos (Hrsg.), *International Research on Global Affairs*, Athen 2005, S. 275-316, hier: S. 290; Piero Ignazi, *Extreme Right Parties in Western Europe*, Oxford/New York 2003, S. 192; André Osterhoff, *Die Euro-Rechte. Zur Bedeutung des Europäischen Parlaments bei der Vernetzung der extremen Rechten*, Münster 1997, S. 68 f.

2 Vgl. Osterhoff (FN 1), S. 69.

3 Vgl. Ellinas (FN 1), S. 278.

4 Vgl. auf Grundlage von Daten des Eurobarometers Richard Stöss, *Rechtsextreme Parteien in Westeuropa*, in: Oskar Niedermayer/Richard Stöss/Melanie Haas (Hrsg.), *Die Parteiensysteme Westeuropas*, Wiesbaden 2006, S. 521-563, hier: S. 533; Heinz-Jürgen Axt, *Die Europawahl 2014 in Südeuropa. Rechtsextreme als Gewinner der Krise?* In: Michael Kaeding/Niko Switek (Hrsg.), *Die Europawahl 2014. Spitzenkandidaten, Protestparteien, Nichtwähler*, Wiesbaden 2015, S. 89-102, hier: S. 96-98.

zusammen. Neonationalsozialistische Gruppierungen sind zudem ohnehin unbeliebt angesichts der Erfahrungen mit der NS-Besatzung 1941 bis 1944.⁵

Erst mit der im Jahr 2000 vom ehemaligen Abgeordneten der konservativen *Nea Dimokratia* (ND) Georgios Karatzaferis gegründeten Partei der *Volksorthodoxen Sammlung* (LAOS) sollte es der griechischen Rechten wieder gelingen, Fuß zu fassen. LAOS nutzte die Chance, dass die ND im Zuge einer scharfen Auseinandersetzung zwischen der Christlich-Orthodoxen Kirche Griechenlands und der damaligen Regierung der *Panhellenischen Sozialistischen Bewegung* (PASOK) unter Konstantinos Simitis über die Frage, ob die Angabe der Religionszugehörigkeit im Rahmen einer europäischen Harmonisierung aus den griechischen Personalausweisen getilgt werden solle, bei den Athener Präfektur-Wahlen 2002 Giannis Tzannetakis vom liberalen ND-Flügel kandidieren ließ.⁶ Dies bot Karatzaferis die Gelegenheit zur aussichtsreichen Gegenkandidatur, die der LAOS-Vorsitzende auf Anhieb in 13,6 Prozent der Stimmen ummünzen konnte. Bei den folgenden Europawahlen 2004 baute der „Athener Le Pen“, wie ihn die griechische und britische Presse nun titulierte, seine neue Popularität aus und zog mit einem Wahlergebnis von 4,1 Prozent der Wählerstimmen als Abgeordneter in das Europäische Parlament ein. Zwar war es LAOS zunächst nicht möglich, die Erfolge bei den im selben Jahr folgenden nationalen Parlamentswahlen zu wiederholen (2,2 Prozent), doch gelang ihr das schließlich bei den nationalen Parlamentswahlen von 2007 und 2009 (3,8 und 5,6 Prozent). Zudem wurde LAOS zum Sammelbecken der führenden Köpfe des damaligen rechtsintellektuellen und rechtsnationalen Spektrums Griechenlands, die zum größten Teil der Partei beitraten, allen voran Voridis, der so 2007 ins griechische Parlament einziehen konnte, und der Historiker Antonis Georgiadis, der lange Zeit als rechtsnationaler Fernsehmoderator sein Geld verdient hatte.

Nachdem sich LAOS aber nach dem Sturz der PASOK-Regierung unter Georgios Papandreou (2009-2011), mitten in der Krise, an der lagerübergreifenden Übergangsregierung von Loukas Papadimos beteiligte (mit Voridis als Infrastrukturminister- und Georgiadis als Handels- und Seefahrtsminister), Karatzaferis als Parteivorsitzender sich jedoch weigerte, ein Regierungsamt zu übernehmen, um im Februar 2012 einen kompletten Rückzieher zu machen mit dem Argument, die drastischen Sparauflagen nicht mehr tragen zu wollen, setzte der Niedergang der Partei ein. Das Hin und Her der Partei in der Frage der Regierungsbeteiligung schadete nicht nur ihrer Glaubwürdigkeit, sondern zog auch ihre Spaltung nach sich. Die beiden Minister Voridis und Georgiadis wollten den erneuten Kurswechsel nicht mehr mittragen und traten zur konservativen ND über, die unter der Führung von Antonis Samaras sich ohnehin stärker nach rechts orientierte. Bei der Parlamentswahl im Mai 2012 fiel LAOS mit einem Ergebnis von 2,9 Prozent der Stimmen unter die Dreiprozent-

5 Vgl. Takis S. Pappas, *Grand Designs, Narrow Choices: Conservatives and Democracy in Southern Europe*, EUI Working Paper SPS Nr. 96/7, San Domenico 1996, S. 44; Petra Bauer/Oskar Niedermayer: *Extrem rechtes Potential in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 46-47/1990, S. 15-26, hier: S. 20, 22.

6 Vgl. Ellinas (FN 1), S. 300 f.

hürde und sackte bei den Wahlen im Juni des gleichen Jahres sogar auf 1,6 Prozent der Stimmen ab. Voriadis als auch Georgiadis indessen hatten sich – ganz nach dem italienischen Vorbild eines Gianfranco Fini – politisch neu erfunden und mäßigten sich deutlich. Unter dem Dach der ND wurden beide Fraktionsvorsitzende (Voriadis 2012-2014, Georgiadis 2015 bis heute) bzw. Gesundheitsminister (Georgiadis 2013-2014, Voriadis 2014-2015).

Der Niedergang von LAOS auf der anderen Seite bedeutete jedoch nicht – wie bisher in der Geschichte des griechischen Parteiensystems üblich – das Verschwinden der parteipolitischen Rechten in Griechenland, denn in die Fußstapfen der LAOS trat nunmehr die offen rechtsextreme CA. Nachdem die Partei bei den Parlamentswahlen 2009 – noch kurz vor Ausbruch der Krise – gerade einmal 0,3 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnte, erreichte sie bei den nachfolgenden Wahlen im Mai und Juni 2012 6,5 und 7 Prozent und zog mit 18 Abgeordneten in das griechische Parlament ein. Die Wahrnehmung, dass der Rechtsextremismus keine Rolle mehr im Land zu spielen schien, hat sich damit schlagartig verändert.

Die CA wurde zunächst nicht als Partei, sondern – im Jahr 1980 – als Organisation mit gleichnamigem, monatlich erscheinendem Periodikum gegründet. Der führende Kopf Michaloliakos war zwei Jahre vor der Gründung des CA-Magazins aufgrund illegalen Waffen- und Sprengstoffbesitzes 1978 aus der Armee entlassen worden. Die Zeitschrift, die er zwei Jahre später herausgab, bekannte sich durch die achtziger Jahre hindurch zu einer okkultistisch-religionsähnlichen Lesart des historischen Nationalsozialismus. Die Titelblätter waren häufig gefüllt mit Abbildungen von Adolf Hitler und weiteren NS-Größen, die Seiten mit Apotheosen des Führers und seiner Paladine. Vor allem Rudolf Hess, der in einer Ausgabe als Mann hellenischen Ursprungs (!) bezeichnet wurde, war die Ikone des Magazins. An diversen Stellen, u.a. auch in zentral platzierten Rubriken über eine in Griechenland sehr vitale Black-Metal-Musikszene, gab es immer wieder Abhandlungen über den „arischen Glauben“, vermischt mit Elementen des hellenischen Göttermythos, einer aggressiven Christenfeindlichkeit und eines durchgängig erkennbaren Antisemitismus. Politisch wurde offen für NS-Positionen plädiert wie etwa die Sterilisierung behinderter Menschen.⁷ Als sich die CA im Februar 1990 schließlich als Partei konstituierte und beschloss, ihr gleichnamiges Monatsmagazin in eine wöchentlich erscheinende Parteizeitung umzuwandeln, war der Parteiversammlungssaal, in dem diese Entschlüsse gefasst wurden, noch garniert mit Hakenkreuz- und Wolfsangelfahnen.

Der zwischenzeitliche Versuch von Michaloliakos in den achtziger Jahren, sich in der EPEN als nationalistischer Junta-Anhänger zu positionieren, war gescheitert. Aufgrund seines NS-affinen Extremismus wurde Michaloliakos nach kurzer Zeit ausgeschlossen. Die Junta war zwar rechtsautoritär ausgerichtet und nahm teilweise Anleihen beim Faschismus, wie dies bereits partiell in der Diktatur von Ioannis Metaxas (1936-1940) zu beobachten gewesen war (auf dessen Regime sich die Obristen

7 Vgl. Maria Margaronis, Fear and loathing in Athens: The Rise of Golden Dawn and the Far Right, in: The Guardian vom 26. Oktober 2012.

wiederum direkt beriefen), aber die historische Linie des griechischen Rechtsautoritarismus von Metaxas bis Papadopoulos stand keineswegs in einer pronationalsozialistischen Tradition.⁸ Bis heute wird Metaxas, der kurz vor der Invasion Griechenlands durch NS-Deutschland verstarb, nicht nur von der politischen Rechten als griechischer Nationalheld angesehen, da er im Zweiten Weltkrieg vehement gegen eine Eingliederung Griechenlands in die Front der Achsenmächte optierte und politisch verantwortlich zeichnete für die erfolgreiche militärische Abwehr des italienischen Kriegsangriffs von 1940.

Nach der missglückten EPEN-Episode schlug Michaloliakos eine neue Strategie ein: Seine CA verabschiedete sich in den neunziger Jahren schnell von ihren offenen Referenzen zum historischen Nationalsozialismus und bekannte sich historisch zu Metaxas, hielt ansonsten aber am Antimarxismus und territorialen Irredentismus fest. Seitdem betont sie, dass sich der Nationalismus in verschiedenen Ländern unterschiedlich artikuliere und es aus diesem Grunde gar als Beleidigung aufgefasst werden müsse, wenn man der CA Neonazismus vorwerfe.⁹ Dabei verschweigt sie, dass sich die CA – ausweislich der eigenen Propagandaschriften – lange Zeit selbst in die Tradition derjenigen kleinen Schar griechischer Kollaborateure einreichte, die aus einer genuin ideologischen Begeisterung für die Ideen des Nationalsozialismus handelten.

Wasser auf die Mühlen der Partei war denn auch weniger deren ideologische Ausrichtung als die verfehlte Immigrationspolitik und eine zunehmende Gewaltkriminalität im Land, vor allem in Athen. Geschickt reagierte die Partei auf diese Problematik mit der Aufstellung von Bürger- und Schutzwehren in Gegenden mit hoher Immigrations-, Kriminalitäts-, Prostitutions- oder Drogenrate. Die Migrantenquote des Landes, das bis in die neunziger Jahre als ethnisch weitgehend homogene Auswanderernation keinerlei Erfahrungen mit dem Phänomen hatte, erreichte schlagartig zweistellige Prozentraten. Die Ineffektivität des Staates, dem Problem der illegalen Migration aus inzwischen zumeist außereuropäischen Kulturkreisen Herr zu werden, schuf ein veritables Ordnungsproblem. Bereits die griechischen „Dezemberkrawalle“ 2008 in Athen (s. Kap. 1.3.2) waren nicht alleine ein Jugendaufstand, sondern ein auch ethnisch sehr inhomogenes Phänomen, im Grunde ein „hybrides“ Ereignis.¹⁰

Auch hinsichtlich der schwierigen ökonomischen Lage ging die CA geschickt vor: Sie stellte karitative Veranstaltungen in prekären Wohngegenden auf die Beine, organisierte auf den Straßen Athens kostenlose Essensausgaben für „ethnische Griechen“, opponierte gleichzeitig gegen das „Spardiktat der EU“ und die verfehlte Mi-

8 Vgl. Vassiliki Georgiadou, Right-Wing Populism and Extremism: The Rapid Rise of „Golden Dawn“ in Crisis-Ridden Greece, in: Ralf Melzer/Sebastian Serafin (Hrsg.), Right-Wing Extremism in Europe: Country Analyses, Counter-Strategies and Labor-Market Oriented Exit Strategies, Berlin 2013, S. 75-101, hier: S. 85 f.

9 Nikos Chasapopoulos, Der Führer von nebenan (griechisch), in: To Vima vom 8. April 2012.

10 Vgl. Andreas Kalyvas, An Anomaly? Reflections on the Greek December 2008, in: Constellations 17 (2010), S. 351-365, hier: S. 357.

grationspolitik und half nebenbei Rentnern in den kleinen Stadtvierteln bei diversen Erledigungen des Alltags.¹¹ Mithilfe dieser Kümmererstrategie erlangte die CA ihren ersten großen Wahlerfolg im Athener Problemviertel Agios Panteleimonas, wo sie bei den Bürgermeisterwahlen im November 2010 fünf Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnte.¹²

Als dann im Mai 2011 ein Gewaltverbrechen im krisengeschüttelten Land für große Aufregung sorgte (ein Athener wurde am helllichten Tag mitten im Stadtzentrum von einer Gruppe von Migranten ermordet und ausgeraubt), organisierte die CA Spontandemonstrationen, die in schwere Ausschreitungen gegen Migranten mündeten, welche ein Todesopfer forderten. Für die meisten Bürger wirkte das Geschehen abschreckend, doch Wählergruppen, die sich subjektiv benachteiligt fühlten, fanden in der Kompromisslosigkeit, z.T. auch in der Gewaltbereitschaft der CA, ein Ventil zum Frustrationsabbau.¹³

So war es dann vielleicht gar nicht mehr so überraschend, dass eine Partei wie die CA bei den Parlamentswahlen 2012 im ganzen Land reüssieren konnte. Die Strategie, ihre eigenen nationalsozialistischen Traditionen und Grundsätze zu camouflieren, wurde fortgesetzt. Die programmatische Außendarstellung der Partei ähnelt seither einem Gemischtwarenlager, in dem ganz verschiedene ideologische Versatzstücke des historischen Nationalsozialismus, des Faschismus und des griechischen Rechtsautoritarismus miteinander verquickt werden. Das bedeutet im Umkehrschluss nicht, dass die CA jegliche NS-Referenzen gekappt hätte. Noch 2011 bekannte sich der Parteisprecher Ilias Kasidiaris in einem Artikel in der Parteizeitung indirekt zu einem „reformierten Nationalsozialismus“ und bezeichnete Hitler – unter revisionistischen Anspielungen den Holocaust betreffend – als „großen Sozialreformer“ und „strategischen Genius“.¹⁴ Ganz offen hält die CA daran fest, dass sie einen Nationalismus auf der Grundlage eines rassistisch zu verstehenden, zudem antisemitisch zugespitzten Ethnodifferentialismus vertritt.¹⁵

Auf ähnlich deutliche Weise spiegelt die Parteisymbolik NS-Referenzen wider: Das Doppel-„S“ im lateinischen Schriftzug des Parteinamens ist in seiner gezackten Form mit der SS-Symbolik des historischen Nationalsozialismus identisch. Der innerhalb der Partei gebräuchliche „römische Gruß“ ist seit dem 20. Jahrhundert eigentlich nicht mehr vom „faschistischen Gruß“ oder „Hitlergruß“ zu unterscheiden. Die CA indes stellt sich auf den Standpunkt, dass dieser Gruß weder faschistischen noch römischen, sondern altgriechischen Ursprungs sei und bezeichnet ihn – in An-

11 Vgl. George Bistis, *Golden Dawn or Democratic Sunset: The Rise of the Far Right in Greece*, in: *Mediterranean Quarterly* 24 (2012), H. 3, S. 35-55, hier: S. 47 f.

12 Vgl. Elias Dinas et.al., *From Dusk to Dawn: Political Opportunities and Party Success of Right-Wing Extremism*, in: *Party Politics Online*, 1. Dezember 2013, doi: 10.1177/1354068813511381.

13 Vgl. Antonis Ellinas, *The Rise of Golden Dawn: The New Face of the Far Right in Greece*, in: *South European Society and Politics* 18 (2013), H. 4, S. 1-23, hier: S. 17 f.

14 Ioannis Kasidiaris, *Hitler hinter der Geschichte* (griechisch), in: *Chrysi Avgi* (Zeitung) vom 20. April 2011, S. 2.

15 Vgl. Ellinas (FN 13), S. 7 f.

lehnung an Metaxas, der die besagte Armbewegung in seiner Regierungszeit tatsächlich mit dieser Begründung einführte – als „hellenischen Gruß“. Das Parteiemblem schließlich, ein weißumrandeter schwarzer griechischer Mäander auf rotem Hintergrund, erinnert an die Hakenkreuzfahne.

Durch ihre Wahlerfolge ermuntert, scheut sich die CA auch nicht, bestehende Kontakte mit der NPD im Rahmen des Zusammenschlusses „Europäische Nationale Front“ zu pflegen. Bestimmte ideologische Gemeinsamkeiten zwischen CA und NPD sind im Zeitalter des globalisierten Rechtsextremismus freilich auch ohne direkten NS-Bezug vorhanden (weißrassistischer Ethnopluralismus, „Europa der Völker“, völkischer Antikapitalismus, Neopaganismus, Militarismus, rechtsautoritärer Antiliberalismus etc.).

1.2.2. Nichtparteiförmiger Rechtsextremismus

Das Umfeld der CA, vor allem deren Jugendorganisation *Gegenangriff* („Antiepitheisi“) führt mitten hinein ins subkulturelle Milieu des griechischen Rechtsextremismus samt punktuellen Vernetzungen mit der Ultraszene des griechischen Fußballs, zu deren wichtigsten Figuren der CA-Abgeordnete Ilias Panagiotaros gehört. Metalbands wie *Der Stürmer*, *Legion of Doom* oder *Iron Youth*, die in der internationalen Neonazi-Szene durch ihr eindeutiges und kompromissloses Bekenntnis zum Nationalsozialismus Bekanntheit erlangt haben, stehen entweder in einem engen Verhältnis zur Partei oder gehören selbst zum inneren Führungszirkel wie z.B. die CA-Abgeordneten Georgios Germenis (Bandleader von *Near Mataron*) oder Artemis Mathaiopoulos (Bassist von *Pogrom*). Gewalttätige Ausschreitungen gegen Linke und Ausländer sind immer wieder im Umfeld der CA anzutreffen. Nach einer Gewaltwelle gegen Migranten und der Ermordung des Linksaktivisten und Hiphopmusikers Panagiotis Fyssas 2013 wurde nach Aufhebung der parlamentarischen Immunität eine Reihe führender Mitglieder der Partei auf Grundlage des Vorwurfs der Bildung einer kriminellen Vereinigung in Untersuchungshaft genommen, darunter auch Michaloliakos und Panagiotaros, zwischenzeitlich auch Kasidiaris. Ermittelt wird wegen Totschlags, Körperverletzung, Erpressung, Sprengstoffanschlägen und Geldwäsche. Die polizeilichen Maßnahmen haben zur Folge, dass gegenwärtig mehr als ein Drittel der CA-Abgeordneten in Untersuchungshaft sitzt. Im Juni 2015 begann das Gerichtsverfahren gegen insgesamt 73 Parteimitglieder.

Terroristische Erscheinungsformen im engeren Sinne des Wortes weist der griechische Rechtsextremismus indes nicht auf, mit kleineren Ausnahmen in der Hochphase der internationalen Balkan- und Südosteuropakrisen in den neunziger Jahren (Jugoslawienkriege, Mazedonienstreit, Nordepirusstreit, Imia-Konflikt, Kosovo-Konflikt). 1994 trat eine sechs- bis siebenköpfige *Front zur Befreiung von Nordepirus* (MABI) in Erscheinung und verübte einen tödlichen Anschlag auf zwei albanische Grenzsoldaten an einem Militärposten im Grenzort Peshkëpi. Die MABI verfolgte irredentistische Zielsetzungen und setzte sich aus griechischen Staatsbürgern

wie Nordepiroten (d.h. griechischen Bewohnern Südalbanien) zusammen.¹⁶ Die Organisation konnte von der griechischen Polizei im März 1995 schnell zerschlagen werden. Kleinere paramilitärische Verbände aus dem rechtsextremen Lager traten auch während des Bosnienkrieges extraterritorial in Erscheinung. Anscheinend spielte an der Seite des serbischen Freischärlerführers Ratko Mladić insbesondere die im März 1995 gegründete, aus etwa hundert Mitgliedern bestehende griechische „Freiwilligengarde“ aus dem Umkreis der CA eine gewisse, wenn auch wohl eher passive Rolle. Fünf Mitglieder der Garde, die in Vlasenice nahe Tuzla ihr Hauptquartier bezog, wurden im September 1995 vom damaligen bosnischen Serbenführer Radovan Karadžić mit dem Orden des „Weißen Adlers“ ausgezeichnet.¹⁷

1.3. Linksextremismus

1.3.1. Parteien

Das heute regierende Linksbündnis SYRIZA ist aus dem griechischen Kommunismus hervorgegangen und galt lange Zeit als Randpartei. Vorgängerpartei war die 1968 gegründete Kommunistische Partei Griechenlands „Inland“ (*KKE Inland*), eine Abspaltung der alten, 1924 gegründeten Kommunistischen Partei Griechenlands (KKE). Mit Errichtung der Militärdiktatur 1967 operierte die *KKE Inland* geheim und, wie der Name schon aussagt, im Inland. Das „KP-Inlandsbüro“ war allerdings in Bukarest ansässig. 1968 schloss sich dieses Büro einer Reihe von KP-Mitgliedern an, die sich auf dem Zwölften Kongress des KKE-Zentralkomitees von Moskau abgewandt hatten. Dieser Flügel orientierte sich am Prager Frühling und dem damit einhergehenden Reform- und Eurokommunismus.¹⁸

Mit dem Systemwechsel 1974 wurde die KKE im Rahmen der Versöhnungspolitik von ND-Gründer Konstantinos Karamanlis (1974-1981) wieder legalisiert und erreichte in der Regierungszeit des PASOK-Gründers Andreas Papandreu (1981-89) volle innenpolitische Satisfaktionsfähigkeit.¹⁹ KKE und *KKE Inland* näherten sich dabei anfangs wieder an. Zusammen mit der *Vereinigung der Demokratischen Linken* (EDA), die zwischen 1951 und 1967 als politischer Arm der verbotenen KKE fungiert hatte und dabei ein selbständigeres, gemäßigteres und pluralistischeres Profil gewonnen hatte, bildeten die beiden kommunistischen Parteien zunächst die *Vereinigte Linke* (EAR). Die EAR konnte 1974 9,5 Prozent der Stimmen

16 Vgl. Konrad Clewing, Zwischen Instrumentalisierung und Brückenfunktion. Die griechische Minderheit in Südalbanien als Faktor in der Albanienpolitik Athens, in: Südosteuropa 44 (1995), S. 413-432, hier: S. 413.

17 Vgl. Takis Michas, Unholy Alliance. Greece and Milošević's Serbia, o.O. 2002, S. 18.

18 Vgl. Ilios Yannakakis, Die griechischen Opfer des Kommunismus, in: Stéphane Courtois u.a., Das Schwarzbuch des Kommunismus, Band 2: Das schwere Erbe der Ideologie, München/Zürich 2004, S. 447-468.

19 Vgl. Heinz A. Richter, Zwischen Tradition und Moderne: Die politische Kultur Griechenlands, in: Peter Reichel (Hrsg.), Politische Kultur in Westeuropa. Bürger und Staaten in der Europäischen Gemeinschaft, Bonn 1984, S. 145-166, hier: S. 153 f.

und acht Mandate auf sich vereinigen. Doch nach kurzer Zeit zerfiel die Formation erneut in einen prosovjetischen und in einen reformkommunistischen Flügel, so dass die KKE bis 1989 stets wieder eigenständig antrat und Wahlergebnisse zwischen 9 und 11 Prozent erreichte (1977: 9,4; 1981: 10,9; 1985: 10,4).

Im linkssozialistischen Lager fanden 1977 *KKE Inland*, EDA, zwei weitere linkssozialistische Kleinparteien, linke Christdemokraten und die sozialdemokratische Partei KODISO, zu einer Art „Regenbogenbündnis“ zusammen, das sogenannte „*Bündnis der Fortschrittlichen und Linken Kräfte*“ (SYMMACHIA). Es erreichte nur 2,7 Prozent der Stimmen (zwei Mandate). Die gemäßigten Kräfte, einschließlich der EDA, wurden nun weitgehend von der PASOK aufgesogen. Bei den nachfolgenden Wahlen 1981 und 1985 trat die *KKE Inland* deshalb wieder eigenständig an und erzielte 1981 lediglich 1,3 und 1985 1,8 Prozent der Stimmen.

1986 entschloss sich die *KKE Inland* dazu, sich vom Begriff des „Kommunismus“ loszusagen und in *Griechische Linke* umzubenennen. Allerdings war die Mehrheit der radikalen Jugendorganisation der Partei (EKON) gegen diesen Schritt und spaltete sich zusammen mit einem Teil der Parteiführung, der mit dieser neuen Linie ebenfalls nicht einverstanden war („Plattform der Erneuerung“), ab in die Formation *KKE Inland/Erneuerte Linke* (KKEI-AA).

Bevor die *Griechische Linke* wiederum eigenständig zu einer Wahl antreten konnte, bot sich zu den Parlamentswahlen im Juni 1989 erstmals eine günstige Gelegenheit, Andreas Papandreou aufgrund von Korruptionsskandalen zu stürzen. Papandreou war unter Linken verhasst, weil er das Land nicht, wie er noch Anfang der achtziger Jahre versprochen hatte, aus den Bindungen mit der EG und der NATO losgelöst hatte. So bildeten KKE und Linke das Linksbündnis *Koalition der Linken, der sozialen Bewegungen und der Ökologen* (SYNASPISMOS, kurz: SYN).

SYN erreichte das beachtliche Ergebnis von 13,1 Prozent der Stimmen. Zu einem Sturz Papandreous reichte dies dennoch nicht. Aufgrund der schwierigen Mehrheitsverhältnisse im Lande bedurfte es zur stabilen Regierungsfindung noch zweier weiterer Wahlen im November 1989 und April 1990. So verstetigte sich das seltsame Bild einer gemeinsamen Wahlliste orthodoxer Kommunisten, gemäßigter Linkssozialisten und Linkslibertärer auf der einen Seite (SYN inkl. KKE), während die linksradikalen, marxistisch-leninistischen und neokommunistischen Gruppierungen in den Reihen der KKEI-AA außen vor blieben und bei den Wahlen untergingen (die KKEI-AA errang maximal 0,3 Prozent der Stimmen). Die Eigentümlichkeit dieser Konstellation wurde noch dadurch gesteigert, dass im Zeitraum zwischen den beiden Neuwahlen eine „Koalition der nationalen Einheit“ unter dem ehemaligen Direktor der Bank von Griechenland, Xenophon Zolotas, gebildet wurde – und zwar unter Einschluss der SYN (mit der KKE), PASOK und den Konservativen. Aufgrund der „Schaukelpolitik“ verlor SYN geringfügig an Wählerstimmen: Erreichte die Formation im November 1989 noch 11 Prozent, sackte sie im April 1990 auf einen Wert von nur noch 10,2 Prozent der Stimmen ab.

Der Einschluss der KKE in die Reihen des SYN blieb eine nur kurze Episode. Nachdem der gemeinsame Gegner Andreas Papandreou im April 1990 endgültig

entmachtet war (die Konservativen unter Konstantin Mitsotakis erlangten im dritten Versuch hauchdünn eine absolute Mehrheit und konnten für die nächsten drei Jahre die Regierung bilden), brach das ideologisch fragile Linksbündnis schnell auseinander.²⁰ Die von Reformkommunisten angestrebte programmatische Mäßigung wurde von der KKE als verräterischer Akt angesehen. Bereits 1991 folgte der Wiederaustritt der KKE aus dem SYN und die Ablösung des seit 1972 amtierenden KKE-Führers Charilaos Florakis, der den Beitritt zum SYN 1989 herbeigeführt hatte. Anstelle von Florakis trat 1991 eine eindeutig linksextreme Parteiführung unter dem Vorsitz von Aleka Papariga an, was wiederum den Austritt einer Reihe reformorientierter Kräfte nach sich zog.²¹ Die KKE unter der Führung Paparigas pendelte sich weitgehend zwischen 4,5 und 6 Prozent ein, mit einer vorübergehenden Hochphase zwischen 2007 und Mai 2012 (7,5 bis 8,5 Prozent der Wählerstimmen).

Nach einer Unterscheidung von Patrick Moreau (traditionalistisch, postkommunistisch, reformkommunistisch)²² handelt es sich bei der KKE um eine eindeutig traditionalistische Partei, vergleichbar mit der deutschen DKP. Ganz offen bejaht die Partei Gewaltanwendung im Falle einer revolutionären Möglichkeit²³ und unterstreicht den Grundsatz des „demokratischen Zentralismus“, verbunden mit einem nationalrhetorisch und antikapitalistisch aufgeladenen Antiamerikanismus, der zwischenzeitlich gar zu einer unhinterfragten Solidarität mit der Politik von Slobodan Milošević geführt hatte. Die Sowjetunion wird bis heute positiv bewertet, verbunden mit der These, die kommunistischen Systeme Mittel- und Osteuropas seien nicht kollabiert, sondern durch dunkle ausländische Mächte gestürzt worden.²⁴ Inzwischen ist die KKE sogar aus der linken GUE/NGL-Fraktion im Europäischen Parlament ausgetreten, der sie vorwirft, keinen klaren Klassenstandpunkt zu vertreten. Die Europäische Union wird als imperialistischer Zusammenschluss verurteilt.

Zwar versucht die Partei, im Kontext der internationalen Anti-Globalisierungs-Bewegung neue Strategien zu entwickeln²⁵, doch die starre marxistisch-leninistische Orthodoxie, die sie auch nach der Ablösung Paparigas durch Dimitris Koutsoumpas 2013 beibehalten hat, verurteilt die Kommunisten Griechenlands zu einem Nischen-

20 Vgl. Heinz A. Richter, Die Entwicklung der griechischen Linken 1918-1996, in: Patrick Moreau/Marc Lazar/Gerhard Hirscher (Hrsg.), Der Kommunismus in Westeuropa. Niedergang oder Mutation?, Landsberg/Lech 1998, S. 131-166, hier: S. 160.

21 Vgl. Stathis N. Kalyvas/Nikos Marantzidis, The Two Paths of the Greek Communist Movement (1985-2001), in: Joan Botella/Luis Ramiro (Hrsg.), The Crisis of Communism and Party Change. The Evolution of West European Communist and Post-Communist Parties, Barcelona 2003, S. 14-32, hier: S. 20.

22 Vgl. Patrick Moreau, Die kommunistischen und postkommunistischen Parteien Westeuropas: Ein unaufhaltsamer Niedergang?, in: Totalitarismus und Demokratie 1 (2004), S. 35-62, hier: S. 54 ff.

23 Vgl. Neovi M. Karakatsanis, The Politics of Elite Transformation. The Consolidation of Greek Democracy in Theoretical Perspective, London 2001, S. 113 f.

24 Vgl. Richter (FN 20), S. 161; Karakatsanis (FN 23), S. 111.

25 Vgl. Kalyvas/Marantzidis (FN 21), S. 22.

dasein²⁶ und setzt sie einem zunehmenden Vergreisungsprozess aus.²⁷ Trotz aller Marginalität sollte der Einfluss der KKE aber auch nicht unterschätzt werden: Sie ist die erste Massenintegrationspartei in der Geschichte Griechenlands und hat heute geschätzt noch ca. 30.000 Mitglieder in ihren Reihen (zum Vergleich: SYRIZA ca. 17.000, Stand 2009).²⁸ Über ihre Jugend- und Studentenorganisationen (KNE, PKS) und mithilfe der eigenen Gewerkschaft (PAME) besitzt die KKE weitere wichtige Machtquellen.²⁹

Nach der Abspaltung der KKE von der SYN entschied sich die Restlinke in SYN aufzugehen, d.h. den Namen der Wahlliste als Parteienamen anzunehmen und die neue Organisation um möglichst viele reformorientierte Strömungen zu erweitern. Im Zuge dieser Entwicklungen rang sich SYN unter der Führung von Maria Damanaki (1990-1993) zur Anerkennung des parlamentarischen Systems und des Pluralismus durch, begründete eine starke innerparteiliche Demokratie, entfernte Hammer und Sichel aus dem Parteilogo, ersetzte den Kommunismus-Begriff durch den Grundsatz des „demokratischen Sozialismus“ und entschied sich innerparteilich gegen den die KKE so prägenden „demokratischen Zentralismus“.

Bei den Parlamentswahlen 1993 fiel die Partei dann zunächst unter die Dreiprozenthürde. Allerdings konnte sie sich unter der Führung des gewerkschaftsnahen und populären Nikos Konstantopoulos (1993-2003)³⁰ wieder als parlamentarische Kraft etablieren (1996: 5,1 Prozent; 2000: 3,2 Prozent). Vor allem seit 2000 kam es aber zu einer Reihe von Neuaufnahmen aus dem linksextremen Spektrum. Den Anfang machte die KKEI-AA, die sich zwischenzeitlich in „*Erneuernde Kommunistische und Ökologische Linke*“ (AKOA) umbenannt hatte. Sie kehrte mehrheitlich zur SYN zurück. Es folgten 2003 und 2004 eine trotzkistische Gruppe (die „*Internationalistische Arbeiterlinke*“, kurz: DEA) und eine maoistische Vereinigung (die „*Kommunistische Organisation Griechenland*“, kurz: KOE), was dazu führte, dass Maria Damanaki, die neben Konstantopoulos den gemäßigten Flügel repräsentierte, 2003 der Partei den Rücken kehrte und zur PASOK wechselte.

Nachdem SYRIZA 2004 mit 3,3 Prozent der Stimmen den Wiedereinzug in das griechische Parlament erreichte, wurde Konstantopoulos noch im gleichen Jahr von Alekos Alavanos abgelöst, der für die Weiterführung und Intensivierung des Bündnisses mit den linksradikalen Strömungen warb. Zum Alavanos-Flügel gehörte auch der damals 30jährige Alexis Tsipras, der 2006 von seiner Partei zum Kandidaten für die Athener Bürgermeisterwahl aufgestellt wurde. Er war von 1988 bis 1991 Aktivist der KKE-Jugendorganisation KNE. Alavanos, der von 1981 bis 1987 die grie-

26 Vgl. Richter (FN 20), S. 161 f.

27 Vgl. Kalyvas/Marantzidis (FN 21), S. 27.

28 Vgl. Julian Maroulis, Die griechische Linke, in: Birgit Daiber u.a. (Hrsg.), Von Revolution bis Koalition. Linke Parteien in Europa, Berlin 2010, S. 270-287, hier: S. 281.

29 Vgl. ebd.

30 Vgl. Georgios Tsakalidis, Das politische System Griechenlands nach 1974, Münster 1999, S. 35-37.

chischen Kommunisten im Europaparlament vertreten hatte, stand für die „alte Garde“ ehemaliger KKE-Funktionäre.

Tsipras erreichte in Athen beachtliche 10,5 Prozent und lag damit noch vor dem KKE-Kandidaten Spyros Chalvatzis (8,5 Prozent), was von enormer symbolischer Bedeutung war. Obgleich SYRIZA daraufhin bei den Parlamentswahlen von 2007 unter Alavanos mit 5,0 Prozent der Stimmen ein neues Rekordergebnis einfuhr, wurde letzterer 2008 von Tsipras abgelöst. Es darf nicht unterschätzt werden, wie sehr der Erfolg der Kommunisten 2007 (8,2 Prozent der Stimmen) das eigene Resultat in den Augen der Parteimitglieder relativierte. Zudem drängte die junge Parteibasis auf einen Wechsel. Es dauerte nicht lange, bis Alavanos im Zuge eines offenen Machtkampfes mit Tsipras, der nach den enttäuschenden Europawahlen von 2009 und den Parlamentswahlen im gleichen Jahr entbrannt war (SYRIZA erreichte 4,6 Prozent), auch den Fraktionsvorsitz abgeben musste, der ihm 2007 noch überlassen worden war. Alavanos hatte die radikalen Kräfte hinter sich gesammelt, unter anderem die DEA und die KOE, konnte sich aber nicht durchsetzen. Er schied 2011 endgültig aus der Partei aus und gründete eine neue Abspaltung („Front der Solidarität und des Umsturzes“). Dies bedeutete im Umkehrschluss jedoch nicht, das sich SYRIZA mäßigte, denn im Grunde führte Tsipras einen Zweifrontenkampf – nicht nur gegen Alavanos, sondern auch gegen Fotis Kouvelis, der einen innerparteilichen „Reformflügel“ anführte. Auch Kouvelis trat am Ende aus der Partei aus und gründete die *Demokratische Linke* (DIMAR). Spätestens 2011 war Tsipras somit der unangefochtene Anführer der SYN. Um dies auch symbolisch zu untermauern, betrieb er nunmehr konsequent die Umfunktionierung der SYRIZA von einer Wahlliste zu einer eigenständigen Partei, in welcher der SYN komplett aufging.

In der Zwischenzeit war die Wirtschafts- und Finanzkrise in Griechenland voll ausgebrochen. Die daraus resultierenden Doppelwahlen im Mai/Juni 2012 führten einerseits zu einer Etablierung der DIMAR auf der gemäßigten Seite des linken Parteienspektrums (sie erreichte im Mai 2012 6,1, im Juni 6,3 Prozent der Stimmen). Im radikalen Spektrum andererseits konnte SYRIZA im Mai auf Anhieb 16,8 Prozent der Stimmen erreichen und wurde auf einem Schlag vor der PASOK die zweitstärkste Kraft im griechischen Parteiensystem. Im Juni schoss SYRIZA sodann binnen eines Monats auf den aufsehererregenden Wert von 26,9 Prozent der Stimmen. Erreichte im Gegenzug die KKE im Mai noch 8,5 Prozent der Stimmen auf sich und verbesserte eine weitere linksextreme Partei namens „*Antikapitalistische Linke Zusammenarbeit für den Umsturz*“ (ANTARSYA), in der sich die Reste der ehemaligen KKEI-AA bzw. AKOA 2009 gesammelt hatten und die nunmehr von Alavanos unterstützt wurde, ihr Ergebnis von 0,4 (2009) auf immerhin 1,2 Prozent der Stimmen, so sackte die KKE im Schatten des SYRIZA-Erfolgs im Juni dann unversehens auf 4,5 Prozent der Stimmen ab, und die ANTARSYA stürzte wieder in die völlige Bedeutungslosigkeit (0,3 Prozent).

Damit war der Boden für den historischen Regierungswechsel 2015 bereitet. SYRIZA katapultierte sich mit 36,3 Prozent der Stimmen an die Spitze des griechischen Parteiensystems. Die DIMAR hatte sich da schon wieder selbst zerlegt (auf-

grund ihrer anfänglichen Regierungsbeteiligung in einer Koalition mit der konservativen ND und der PASOK) und verschwand in der Versenkung (0,5 Prozent). Und dass neben der KKE (5,5 Prozent) auch die ANTARSYA (0,6 Prozent), die nunmehr im Bündnis mit Alavanos („Plan B“) für den sofortigen Austritt Griechenlands aus dem Euro-Raum eintrat, wieder etwas Boden gut machen konnten, fällt angesichts des SYRIZA-Erfolgs kaum ins Gewicht.

1.3.2. Nichtparteiförmiger Linksextremismus

Griechenland hatte lange Zeit mit sicherheitspolitischen Problemen und terroristischen Herausforderungen von links zu kämpfen. Vor allem im Zeitraum zwischen 2008 und 2010 versuchten mehrere kleine Terrorgruppen, in die Fußstapfen der in Griechenland von 1974 bis 2002 aktiven linksextremen Terrororganisation „17. November“ (17N) zu treten.³¹ Benannt nach dem Datum des Studentenaufstandes gegen die Militärjunta 1973 forderten die Anschläge des 17N bis zur ihrer Zerschlagung 2002 insgesamt 23 Todesopfer, darunter vier hohe amerikanische und zwei britische Funktionsträger (Militärattachés, Diplomaten und Sicherheitsagenten) sowie eine Reihe bekannter griechischer Reeder, Großindustrieller und Publizisten. Die Ideologie des 17N war eine besonders radikale Form des Marxismus-Leninismus, allerdings nationalspezifisch angereichert, wie z.B. mit der Forderung nach Abzug aller amerikanischen Truppen aus Griechenland und aller türkischen Truppen aus Zypern.³² Die Terroraktivitäten der seit dem Systemwechsel 1974 aktiv gewordenen Organisation waren ursprünglich gegen Junta-Funktionäre und mit der Junta kollaborierende amerikanische Stellen gerichtet, allerdings schon frühzeitig verbunden mit klaren systemrevolutionären Vorstellungen. Von Mitte der achtziger Jahre an bis zur Zerschlagung 2002 richteten sich die Anschläge mehr und mehr gegen Großunternehmer, Politiker und konservative wie liberale Publizisten und nahmen an Frequenz und Letalität zu.³³ Zudem entwickelte der 17N ein stärkeres „nationales“ und „linkspopulistisches“ Profil und nahm neben Finanzämtern, Staatsanwälten und der organisierten Ärzteschaft zunehmend türkische Diplomaten, Institutionen der EG und multinationale Unternehmensniederlassungen ins Visier. Von Beginn an formulierte der 17N in seinen Bekennerschreiben eine klare Abgrenzung zum Legalitätskurs der KKE und produzierte laufend Tiraden gegen die „parlamentarische Demo-

31 Vgl. Florian Edelmann, Die Phantomguerilla: Revolutionäre Organisation 17. November in Griechenland., in: Alexander Straßner (Hrsg.), Sozialrevolutionärer Terrorismus, Wiesbaden 2008, S. 329-343.

32 Vgl. Gustav Auernheimer, Terrorismus und Antiamerikanismus in Griechenland, in: Südosteuropa 50 (2002), S. 10-12, 488-501, hier: S. 489.

33 Vgl. Georgios Karyotis, Securitization of Greek Terrorism and Arrest of the Revolutionary Organization of November 17, in: Cooperation and Conflict 42 (2007), S. 271-293, hier: S. 278; George Kassimeris, 17N: Greece's secret socialist spectre, in: Jane's intelligence review 11 (1999), H. 9, S. 23-28, hier: S. 27 f.; Auernheimer (FN 32), S. 497.

kratie“ oder den „altmarxistischen Internationalismus“. Stattdessen plädierte er für den „Sozialismus in einem Land“ und für die „nationale Befreiung“.³⁴

Damit traf sich die Rhetorik des 17N bis zu einem gewissen Grad mit Papan-dreous Losungen der achtziger Jahre vom „griechischen Weg des Sozialismus“ und „nicht-dogmatischen“ Marxismus.³⁵ Die seinerzeit von der PASOK gesteuerten Teile der griechischen Presse nahmen gegenüber den Legitimationsstrategien terroristischer Gruppierungen häufig eine beschwichtigende Haltung ein³⁶ und kultivierten eine Vielzahl linksradikaler Ressentiments, Verschwörungstheorien und Sonderwegs-Ideologeme³⁷, die sich damals noch vorwiegend gegen die USA und Israel richteten.

In diesem Zusammenhang sind auch die untergründigen Synergieeffekte zwischen terroristischen Organisationen und der frühen PASOK zu erklären. Die Verbindungen zwischen der PASOK und den als „Befreiungsbewegungen“ titulierten terroristischen Organisation insbesondere aus Libyen, Kurdistan und dem arabischen Raum können bis heute nur indizienhaft rekonstruiert werden.³⁸ Und zu den ersten Amtshandlungen Papandreu in den achtziger Jahren gehörte die Auflösung einer speziell auf die Terrorgruppe 17N ausgerichteten Polizeieinheit. Damit einher ging eine provokante Gleichgültigkeit gegenüber dem linksextremen Terrorismus.³⁹ Als die Konservativen 1990 für drei Jahre die Regierung übernahmen, opponierte die PASOK vehement gegen das von der ND verabschiedete Antiterrorgesetz (1916/1990)⁴⁰, welches unter anderem das Festhalten von Terrorverdächtigen ohne Gerichtsurteil bis zu 15 Tagen ermöglichte und die Veröffentlichung terroristischer Bekennerschreiben in der Presse verbot.⁴¹ Das Gesetz wurde direkt nach der erneuten Regierungsübernahme der PASOK (1993) wieder zurückgenommen.

Erst mit der Entideologisierung der PASOK nach dem Tod von Andreas Papan-dreou (1996) unter der Führung von Simitis, welcher seit seiner Wiederwahl 2000

34 Vgl. Kassimeris (FN 33), S. 24.

35 Vgl. Gregor Manousakis, Die Panhellenische Sozialistische Bewegung (PASOK), in: Zeitschrift für Politik 30 (1983), S. 68–77; Juan J. Linz/Alfred Stepan, Problems of Democratic Transition and Consolidation. Southern Europe, South America, and Post-Communist Europe, London 1996, S. 133 f.; Stephen F. Larabee, The Southern Periphery: Greece and Turkey, in: Paul S. Shoup (Hrsg.), Problems of Balkan Security. Southeastern Europe in the 1990s, Washington D.C. 1990, S. 175–204, hier: S. 179, Richard Clogg, Geschichte Griechenlands im 19. und 20. Jahrhundert. Ein Abriss, Köln 1997, S. 230.

36 Vgl. Dieter Oberndörfer, Die sozialistischen und kommunistischen Parteien Frankreichs, Italiens, Spaniens und Griechenlands, in: Ders. (Hrsg.), Sozialistische und kommunistische Parteien in Westeuropa, Opladen 1978, S. 7–34, hier: S. 30; Clogg (FN 35), S. 230 f.

37 Vgl. Auernheimer (FN 32).

38 Vgl. Robert D. Kaplan, Balkan Ghosts. A Journey through History, New York 1993, S. 260–281; Gustav Auernheimer, Zum Bild der Türkei in Griechenland und seinen historischen Voraussetzungen, in: Südosteuropa 48 (1999), S. 336–358, hier: S. 336.

39 Vgl. Manos Matsaganis, Facing up to the Culture of Violence, in: Spyros Economides/Vassilis Monastiriotis (Hrsg.), The return of street politics? Essays on the December riots in Greece, London 2009, S. 37–40.

40 Vgl. Karyotis (FN 33), S. 277.

41 Vgl. Daniel Byman, States that Sponsor Terrorism, Cambridge u.a. 2005, S. 241 f.; Auernheimer (FN 32), S. 490; Karyotis (FN 33), S. 279 f.

begann, die Taten des 17N klar und deutlich zu verurteilen⁴², wurde ein Bewusstseinsbildungsprozess gegen den Terrorismus angestoßen, zusätzlich genährt von der Angst, die damals bevorstehenden Olympischen Spiele 2004 könnten in Mitleiden-schaft gezogen werden.⁴³ Mit Intervention von Scotland Yard im Jahr 2000 nach der Ermordung des britischen Militärattachés Steven Saunders⁴⁴ kam es seit 2001 zu einer engeren geheimdienstlichen Zusammenarbeit mit den USA und einer besseren Ausstattung und Professionalisierung der griechischen Polizei.⁴⁵ Erstmals rang sich die PASOK, nun zusammen mit den Stimmen der ND, zu einer effektiven Antiter-rorgesetzgebung durch, welche DNA-Analysen, Abhörmöglichkeiten und das Festhalten terrorverdächtiger Personen ermöglichte.⁴⁶ Nach knapp 30 Jahren konnte die Gruppe von im Wesentlichen 15 Terroristen nach einem fehlgeschlagenen Bomben-attentat in Piräus 2002 zerschlagen werden. Der Kopf der Organisation, der trotzkis-tisch-marxistische Wirtschaftswissenschaftler Alexandros Giotopoulos, und sein „Mann fürs Grobe“ Dimitrios Koufodinas wurden zu mehrfach lebenslangen Strafen verurteilt.⁴⁷

Erst sechs Jahre nach der Zerschlagung der 17N flammte der griechische Links-terrorismus wieder auf. Das Land wurde von einer beispiellosen Anschlagsserie heimgesucht, bei der auch mehrere Todesopfer zu beklagen waren (u.a. ein Perso-nenschützer aus den Reihen der griechischen Antiterrorereinheit 2009, ein Journalist und ein Mitarbeiter des griechischen Innenministers Michalis Chrysochoidis 2010). Unmittelbarer Anlass waren die heftigen Straßenkrawalle am 6. Dezember 2008, die durch einen tödlichen Warnschussquerschläger aus der Dienstwaffe eines Polizisten gegen wasserflaschenwerfende Anarchisten im linksalternativ geprägten Athener Stadtviertel Exarcheia ausgelöst worden waren. Der damals gerade einmal 15jährige Alexandros Grigoropoulos, ein in die anarchistische Szene geratener Jugendlicher aus gutbürgerlichem Hause, wurde von dem Querschläger tödlich getroffen. Rasch breiteten sich daraufhin Unruhen, zumeist Jugendkrawalle, auf mehrere Gebiete Athens, Thessalonikis und einiger Provinzstädte aus. Linksautonome und anarchistische Drahtzieher bedienten sich dabei gezielt diverser technischer Hilfsgeräte (Handys, Funkgeräte) und nutzen vor allem die Internetplattform „Indymedia“ (<http://athens.indymedia.org/>).⁴⁸ Aufgrund der Tatsache, dass der zu Tode gekommene Randa-lierer minderjährig war, reagierte auch die veröffentlichte Meinung anfangs mit Ver-ständnisbekundungen gegenüber den Jugendlichen – zumal in einer Kultur wie der

42 Vgl. Karyotis (FN 33), S. 271-293.

43 Vgl. Byman (FN 41), S. 243.

44 Vgl. Constantine Buhayer, UK's Role in Boosting Greek Counterterrorism Capabilities, in: Ja-ne's Intelligence Review 14 (2002), S. 11-13.

45 Vgl. Karyotis (FN 33), S. 285-288.

46 Vgl. ebd., S. 283.

47 Koufodinas veröffentlichte jüngst in griechischer Sprache seine Erinnerungen mit starken apo-logetischen Tendenzen unter dem Titel „Geboren am 17. November“ (Athen 2014).

48 Vgl. Akis Gavrilidis, Greek Riots 2008: A Mobile Tiananmen, in: Spyros Economides/Vassilis Monastiriotes (Hrsg.): The return of street politics? Essays on the December riots in Greece, London 2009, S. 15-20; Gregor Kritidis, „Irgendwann nehmen die Tränen Rache“. Zur Renais-sance des Anarchismus in Griechenland, in: Das Argument 289/2010, S. 826-838.

griechischen, in welcher der Staat aus tiefverwurzelten historischen Gründen permanent unter Generalverdacht steht.⁴⁹

Im weiteren Verlauf der Ereignisse versuchten auch Terroristen die Lage für sich zu nutzen. Vor allem die Gruppe *Revolutionärer Kampf* (EA), die bereits seit 2003 in Griechenland in Erscheinung getreten war (Attentatsversuch auf den Innenminister Georgios Voulgarakis 2006, missglückter Raketenangriff auf die US-Botschaft in Athen 2007), tat sich hervor. Am 5. Januar 2009 trat sie mit einer „Vergeltungsaktion“ in Erscheinung, indem aus einem fahrenden Auto mehrmals auf Polizisten geschossen wurde. Einer der Angegriffenen war ein 21-jähriger Schutzmann, der lebensgefährlich verletzt wurde. Der einfache biographische Hintergrund des Opfers kostete den Linksterroristen viel Sympathie, die sie aus den Ereignissen vom Dezember 2008 hätten gewinnen können.

Aber nicht nur der EA, sondern auch weitere Gruppierungen (unter anderem die sogenannte *Sekte der Revolutionäre*, die *Volksaktion* und – seit 2010 – die *Verschwörung der Feuerzellen*) eröffneten 2009 einen beispiellosen Gewaltreigen mit (zumeist nicht tödlichen) Brand- und Bombenanschlägen auf Polizeiwachen, Bankfilialen, Fernsehsender, Gerichtsgebäude sowie Wohnungen und Büros von Richtern, Staatsanwälten, Professoren, Journalisten und Abgeordneten (unter anderem auf das Büro des Vize-Innenministers Christos Markoyannakis und die Wohnung der Arbeitsministerin Louka Katseli). Vor allem die Offenbarungsschreiben der *Sekte* zeichneten sich durch eine besonders vulgäre Art der Selbstrechtfertigung aus. Zum ersten Mal in der Geschichte des griechischen Terrorismus wurde angekündigt, dass nicht nur Polizisten, Justizbeamte und Unternehmer, sondern auch Journalisten zur Zielgruppe gehörten. Polizisten wurden maliziös als „Donuts“ verunglimpft, die besser aussähen „mit einem Loch in der Mitte“. Im Juli 2010 ließ die Organisation Taten folgen und bekannte sich zur Ermordung des Journalisten Sokrates Giolias.

Zudem gesellten sich auf Griechenlands Straßen und Plätzen politisch motivierte Supermarktplünderungen, Diebstähle, Sachbeschädigungen, Brandstiftungen (insbesondere gegen politisch „unliebsame“ Buchhandlungen), Bedrohungen Andersdenkender, Polizeiblockaden und „antifaschistische“ Gewaltaktionen hinzu. Eine von links ausgelöste Krawallaktion im Mai 2010 forderte drei unbeteiligte Todesopfer, die sich zum Zeitpunkt eines Brandanschlags, der im Verlaufe der Krawalle verübt wurde, im Bankgebäude aufhielten.⁵⁰ Zusehends vermischten sich die Straßenszenen

49 Vgl. Dimitrios Kisoudis, Anarchie von unten gegen Anarchie von oben. „Autonome“ Gewalt hat in Griechenland eine lange Tradition – Der Staat als rationales Herrschaftsgebilde konnte sich nie richtig festigen, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 14. November 2008, S. 15; Spyros Economides/Vassilis Monastiriotis (Hrsg.), *The return of street politics? Essays on the December riots in Greece*, London 2009; Peter Bratsis, *Legitimation Crisis and the Greek Explosion*, in: *Journal of Urban and Regional Research* 34 (2010), S. 190-196.

50 Vgl. zur linken „Verarbeitung“ Christos Boukalas, *No-one is revolutionary until the revolution! A long, hard reflection on Athenian anarchy through the prism of a burning bank*, in: Antonis Vradis/Dimitris Dalakoglou (Hrsg.), *Revolt and Crisis in Greece. Between a Present Yet to Pass and a Future Still to Come*, London 2011, S. 279-298. Die Szene hat seither eine Zerreißprobe hinsichtlich des Selbstverständnisses und Verhältnisses zu körperlicher, ja tödlicher Gewalt zu bestehen.

linksanarchistischer Gewalttaten in Athen mit Formen des gewöhnlichen Banditentums und mit Unruhen im Milieu der illegalen Migranten, hauptsächlich afghanischer und pakistanischer Herkunft, die sich entweder an Gewaltaktionen gegen die Polizei beteiligten (wie im Dezember 2008 während der linksextremen Ausschreitungen in Athen), Gewalt aufgrund ihrer verzweifelten Lage (mithin verschärft durch vereinzelte Foltervorfälle in der griechischen Polizei) selbst hervorriefen (wie im größeren Ausmaß am 2. März 2009 in der Hafenstadt Patras, der Drehscheibe der illegalen Migration in Griechenland) oder sich in größeren Gruppen untereinander mit Gewalt befehdeten (wie am 30. August 2008 und am 27. März 2009 in Athen geschehen). Zuletzt haben sich Universitäten zu Heimstätten virulenter autonomer Protestszenen und terroristischer Zellen entwickelt.⁵¹ Universitäten galten dem militanten Linksextremismus Griechenlands seit jeher als das zentrale „Schlachtfeld des Bewusstseins“.⁵²

Was den engeren Kreis des griechischen Linksterrorismus betrifft, konnte der Staat nach einer anfänglichen Phase der Paralyse erfolgreicher reagieren als noch zu Zeiten des 17N und wichtige Strukturen zerschlagen: Nachdem es der Antiterrorereinheit der griechischen Polizei im April 2010 gelungen war, sechs mutmaßliche EA-Mitglieder und zwischen 2010 und 2011 dreizehn mutmaßliche Mitglieder der *Feuerzellen* festzunehmen, gingen die Anschläge insgesamt zurück. Vor allem die Täter der *Sekte* sind aber bis heute nicht gefasst. Personale Verflechtungen, Teilidentitäten und Wechselbeziehungen zwischen EA und *Sekte* sind nicht unwahrscheinlich.

Bemerkenswert war das Verhalten der vielgestaltigen parlamentarischen Linken Griechenlands. Während im Dezember 2008 die KKE die gewalttätigen Proteste verurteilte, verstrickte sich SYRIZA in innerparteiliche Machtkämpfe. Gerade der radikale Jugendverband nahm eine zweifelhafte Haltung in der Gewaltfrage ein. SYRIZA signalisierte erst nach Tagen, sich mit eigenen Kräften an Protesten und Demonstrationen nur dann zu beteiligen, solange gesichert sei, dass hieraus keine gewalttätigen Erscheinungsformen resultierten. Gegenmaßnahmen der seinerzeitigen konservativen Regierung von Kostas Karamanlis (2004 bis 2009) wie die spürbare Verstärkung der Polizeipräsenz in Athen, die Einrichtung einer DNA-Datenbank für Terroristen oder der uneingeschränkte Einsatz nachtaktiver Leuchtfirearms und Kameras zur Unterbindung strafrechtlicher Handlungen sowie neue Ausweisungsbeugnisse gegen illegale Migranten wurden von SYRIZA abgelehnt. Es ist zudem bezeichnend, dass SYRIZA bis heute vehement auf die Beibehaltung des auf 1974 zurückzuführenden Rechts auf Universitätsasyl (Zutrittsverbot der Polizei auf Hochschulgeländen) beharrt, obwohl dieses Recht nur noch die Zerstörung öffentlicher

51 Vgl. Michael Martens, Ein Schuss und seine Geschichte, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14. Dezember 2008, S. 12; Alexis Kalokerinos, Warped Institutions, Political Failure, and Social Guilt, in: Spyros Economides/Vassilis Monastiriotis (Hrsg.), The return of street politics? Essays on the December riots in Greece, London 2009, S. 21–26.

52 Vgl. „Nepotismus als Lebensprinzip. Ein Gespräch mit dem griechischen Soziologen Michael Kelpanides“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. Dezember 2008, S. 40.

Sach- und Bildungsgüter durch politisierende Kader und Banden innerhalb des Universitätsgeländes symbolisiert.⁵³

Die KKE indes gab sich überraschend staatstragend und beschimpfte vor allem die SYRIZA-Leute als hinterhältige Unterstützer und Anstifter von „Provokateuren“ und „maskierten Gewalttätern“.⁵⁴ Für die KKE ist nur ein von ihr organisierter und repräsentierter Klassenkampf unter aktiver Beteiligung der Arbeiter- und Bauernschaft denkbar. Da die gewalttätigen Proteste und Ausschreitungen nicht diesem Prokrustesbett entsprachen, konnten sie für die KKE auch nichts anderes sein als konterrevolutionäre oder sonst wie fremd beeinflusste Sabotageakte. Mit ihrer daraus resultierenden Law-and-Order-Rhetorik übertrumpfte sie nicht nur die äußerst zurückhaltende PASOK, sondern sogar die ND, welche jeden linken Repressionsvorwurf wie der Teufel das Weihwasser meidet.

2. Würdigung

Der Extremismus in Griechenland operiert seit Ausbruch der Krise in einem Umfeld, das gekennzeichnet ist von einer sehr starken Umpflügung des Parteiensystems. Die dramatischen Wählerverschiebungen unterscheiden sich von den Entwicklungen in den anderen Eurokrisenstaaten. Zwar waren auch dort große Machtverschiebungen zu beobachten, aber bisher nur im Modus „alternierender Mehrheiten“ zwischen den etablierten Großparteien. In Griechenland hingegen ist die sozialistische Großpartei PASOK zu einer Kleinpartei herabgesunken, Klein- und Splitterparteien wie die linksradikale SYRIZA oder die ultranationalistische „Goldene Morgenröte“ sind kometenhaft aufgestiegen, andere Parteien wie die linkssozialistische DIMAR oder die rechtspopulistische Partei LAOS aufgekommen und wieder verschwunden und ganz neue Parteien entstanden wie die ANEL, die linksliberale Partei POTAMI und jüngst die linksradikale Partei *Volkseinheit* (LE). Vor allen Dingen hat die Polarisierung des Parteiensystems schlagartig zugenommen, und extremistische Kräfte haben an Zugkraft gewonnen, was so in Portugal, Spanien und Irland nicht zu beobachten ist.

Die Wahlen vom Januar 2015 ermöglichten linksextremen Gruppen und Strömungen erstmals einen unmittelbaren Einfluss auf die Regierungspolitik. Im Zuge dieser Entwicklung bildete sich um den Energieminister Panagiotis Lafazanis und den Wirtschaftswissenschaftler Costas Lapavistas eine Gruppe heraus, die im Zuge der harten Verhandlungen der neuen Regierung mit den Gläubigern ganz offen für eine Wiedereinführung der griechischen Drachme eintrat. Erst nach dem Scheitern der Verhandlungen mit den Gläubigern über die Auszahlung der letzten Tranche des

53 Vgl. Jane's Information Group, Greek Fire. The revival of Greece's radical left, in: Jane's intelligence review 22 (2010), S. 20-23, hier: S. 20 f.

54 Vgl. Dora Antoniou, Direktes Feuer KKE gegen SYRIZA (griechisch), in: Kathimerini vom 10. Dezember 2008, S. 1.

zweiten Hilfsprogramms (2012 bis 2014) Ende Juni 2015 und der Entscheidung von Tsipras, doch noch – für ein drittes Hilfsprogramm – Reformpakete der Gläubiger gegen den expliziten Willen des gesamten linken Flügels seiner Partei und mithilfe der Stimmen der parlamentarischen Oppositionsparteien von Mitte-Rechts bis Mitte-Links zu akzeptieren, wurden die linksextremen Kräfte in der SYRIZA weitgehend neutralisiert.

Parteipolitisch führte die Mäßigung von Tsipras zur Abspaltung der Gruppe um Lafazanis und der Gründung der LE. Vieles spricht dafür, dass Tsipras zum Anführer einer neuen linken Kraft wird, die nicht mehr systemoppositionell ausgerichtet ist. Zu den Kräften, die sich neben der Gruppe Lafazanis mit der Linie von Tsipras seit Juli 2015 nicht einverstanden erklären, gehören der unter griechischen Wählern sehr beliebte Giannis Varoufakis (Finanzminister von Januar bis Juli 2015), der aus ökonomischen Gründen für die Einführung einer Parallelwährung in Form von Schuldscheinen in Griechenland votiert, aber auch linksradikale Strömungen um Parlamentspräsidentin Zoi Konstantopoulou, die mit Tsipras hart ins Gericht geht, ihm offen fehlende Grundsatztreue vorwirft und als gefährlichste Gegenspielerin des Premierministers angesehen werden kann. Sowohl Varoufakis als auch Konstantopoulou verblieben vorläufig bei der SYRIZA, wobei im Falle Konstantopoulou alles auf einen Austritt hindeutet (Stand: 26. August 2015).

Mit einer Mäßigung der Politik von Tsipras ist zudem zu erwarten, dass auch die linksmilitanten und linksterroristischen Strömungen wieder in Erscheinung treten. Mit der Machtübernahme von SYRIZA Anfang 2015 hatte sich das Problem links-extremer Militanz in Griechenland zwischenzeitlich auffällig beruhigt. Dies dürfte aufgrund der harten sozioökonomischen und politischen Umstände aber nicht von Dauer sein. Zugleich steigt auf der Straße zusehends die Bereitschaft zur Konfrontationsgewalt zwischen Links- und Rechtsextremismus. Seit 2011 sind bereits ein Todesopfer auf der linken Seite zu beklagen (Fyssas) und zwei auf der rechten (die Jungaktivisten Manolis Kapelonis und Georgios Fontoulis, die offenbar als Racheakt für die Tötung von Fyssas von Unbekannten erschossen wurden).

Eine neue Erfahrung für das Land ist auch die Höhe des Aufstiegs der SYRIZA zum einen und der Festsetzung einer rechtsextremen Partei wie der CA zum anderen. Dies ist auch nicht spurlos am bis dahin gültigen antiextremistischen Konsens in Griechenland vorbeigegangen. Zwar kann im Zuge der Krise gesagt werden, dass trotz aller berechtigten Rufe nach einer „zweiten Transformation“ nach 1974⁵⁵ das oft zivilreligiös aufgeladene griechische Wort für den Demokratisierungs- und Transformationsprozess nach 1974 (*metapolítefsi*) auch mitten in der schwierigen Phase nach 2009 als Kitt diente, auf den sich nach den Erfahrungen der Militärjunta

55 Vgl. Lazaros Miliopoulos, Wie konnte es soweit kommen? Die Eigentümlichkeiten des griechischen Transformationsprozesses (1974 bis heute) und das Problem der vielfältigen Verkennungen, in: Frank Etrich/Dietmar Herz (Hrsg.), Willy Brandt: Politisches Handeln und Demokratisierung, Opladen u.a. 2015, S. 217-242.

1974 die Moderaten unter den Linken mit den Moderaten unter den Rechten⁵⁶ einigen konnten im Sinne eines Abgrenzungsbegriffs gegen Extremismus.⁵⁷ Den gemäßigten Kräften, links wie rechts, geht es bei aller Kritik eben nicht darum, das parlamentarische und demokratisch-verfassungsstaatliche System zu überwinden. Dies gilt auch für eine Reihe von SYRIZA-Politikern. Rechtsextreme hingegen verwenden den Begriff *metapolítefsi* weiterhin ohne jede Einschränkung negativ, und die in Griechenland traditionell stalinistisch orientierten Kommunisten pflegen ihn als pure Heuchelei zu brandmarken.

Auf der anderen Seite haben sich aber politische Verhaltensweisen ergeben, die im griechischen Kontext unüblich sind und zudem eine neuartige Links-Rechts-Polarisierung signalisieren könnten. Dies zeigt sich vor allem daran, wie die ND zum einen, SYRIZA zum anderen mit dem Extremismus umgehen: Versuchte die ND als Regierungspartei bis zur Parlamentswahl 2015 der Stärkung der Ränder mit einem für griechische Verhältnisse ungewöhnlich deutlichen antiextremistischen Diskurs gegen links wie rechts Herr zu werden, verfolgte sie gegen die CA zugleich den Ansatz, polizeiliche Maßnahmen wegen vermeintlicher Verstöße der Geldwäsche- und Waffengesetze sowie des gemeinen Strafrechts einzuleiten, nachdem der Linksaktivist Fyssas von einem CA-Mitglied auf offener Straße ermordet wurde (siehe Abschnitt 1.2.2).

Auf der politischen Linken hingegen wurde ein scharfer Ausgrenzungsdiskurs gegen die CA angestimmt, der vor allem vor 2015 verbunden war mit vehementen Attacken gegen jedwedes Verständnis von Extremismus, das auch nur annähernd eine Theorie der gleichen Distanz zu Rechts- wie Linksextremismus impliziert. Darüber hinaus wird seit geraumer Zeit von linker Seite, wie auch in anderen europäischen Gesellschaften, versucht, Streitbarkeitselemente mit antifaschistischer Konnotation über das „zivilgesellschaftliche Paradigma“ in das System einzubringen. Von Seiten „antifaschistischer“ Vereinigungen wird in mehreren Fällen auf dem Klageweg versucht, ein griechisches Antidiskriminierungsgesetz aus dem Jahre 1979 (Gesetz 927/79)⁵⁸, flankiert durch die jüngste europäische Antidiskriminierungsgesetzgebung, gegen Akteure des antisemitischen Lagers Griechenlands zur Anwendung zu bringen und eine für griechische Verhältnisse ungewöhnliche Verrechtlichung der politischen Auseinandersetzung voranzutreiben.⁵⁹

56 Vgl. Theodoros Lagaris, Innerer Feind, Nation und Demokratie. Zum Legitimationsprozess in Griechenland nach dem Bürgerkrieg, Baden-Baden 2000.

57 Vgl. Ioannis Zelepos, Nationsbildung und Nationalismus in Griechenland, in: Björn Egner/Georgios Terizakis (Hrsg.), Das politische System Griechenlands. Strukturen, Akteure, Politikfelder, Baden-Baden 2009, S. 39-59, hier: S. 52.

58 Das Gesetz verbietet unter Androhung einer maximal dreijährigen Haftstrafe jegliche öffentliche Erzeugnisse, die „bewusst zu Handlungen und Aktivitäten auffordern, welche dazu geeignet sind, Diskriminierungen, Hass oder Gewalt gegen Personen und Personengruppen aus alleinigem Grund der rassischen oder ethnischen Herkunft oder der religiösen Überzeugungen der Betroffenen hervorzurufen“ und die Gründung oder die aktive Beteiligung an einer „Organisation, welche Propaganda- oder sonstige Aktivitäten mit dem Ziel der rassischen Diskriminierung verfolgt.“

Die historischen Erfahrungen in Griechenland hingegen legten lange Zeit und legen immer noch nahe, dass der demokratische Verfassungsstaat ein gewisses Spannungsverhältnis zwischen symbolischer Wert- und verrechtlichter Wehrhaftigkeit vorweisen sollte. Zwar kennt die griechische Verfassung eine „Ewigkeitsgarantie“, wonach nicht nur die Staatsform als parlamentarische Demokratie änderungsfest ist (Art. 110), und auch konkrete Grundrechtsverbürgungen (Gleichheitsgrundsatz, Persönlichkeitsrecht, Gewaltenteilung gem. Art. 110 i. V. m. Art. 1, 21 u. 26 der Verfassung). Die Verfassung beinhaltet darüber hinaus sogar zahlreiche Elemente der Werthaftigkeit („Respektierung der Verfassung“ als „Grundpflicht für alle Griechen“ gem. Art. 120 II der Verfassung, Demokratie- und Verfassungstreuepflichtformulierungen für Beamte und Wissenschaftler, Festlegung von Eidesformeln), aber dies alles ändert nichts daran, dass dem Staat keinerlei Zugriff auf die Parteienfreiheit ermöglicht wird.⁶⁰ Ein Antrag auf Parteigründung muss nebst 200 für die Genehmigung beizubringenden Unterschriften wahlberechtigter Bürger zwar den Wortlaut des Art. 29 (1) der griechischen Verfassung wiederholen: „Die Organisation und Tätigkeit der Parteien hat dem freien Funktionieren der demokratischen Staatsordnung zu dienen“.⁶¹ Materielle Überprüfungs- und Kontrollbefugnisse diesbezüglich existieren aber weder auf der Seite der Exekutive noch auf der der Gerichte.⁶² Ein Parteiengesetz existiert nicht. Die einzige Einschränkung der Gründungs- und Betätigungsfreiheit im „Parteienartikel“ 29 der Verfassung besteht im Betätigungsverbot für Beamte (gemäß Abs. 3), das in Praxis und Rechtsprechung als relativ offenes „Neutralitätsgebot“ ausgelegt wird.⁶³

59 Im September 2008 ist es in zweiter Gerichtsinstanz zu einer Verurteilung zweier Redakteure der rechtsradikalen Zeitung „Eléphtheros Kósmos“ gekommen. Die inkriminierte Aussage lautete in Anspielung auf die Judendeportation aus Thessaloniki im Zweiten Weltkrieg: „Gott sei Dank sind nicht einmal 1500 Juden in Saloniki verblieben.“ Ein weiteres Gerichtsverfahren gegen einen der führenden antisemitischen Akteure des Landes (Konstantinos A. Plevris), der wegen ähnlicher Aussagen in erster Instanz zu 14 Monaten Haft auf Bewährung verurteilt wurde, endete jedoch in zweiter Instanz mit einem Freispruch

60 Vgl. Martin Klamt, Die Europäische Union als streitbare Demokratie. Rechtsvergleichende und europarechtliche Dimension einer Idee, München 2012, S. 150-153; Georgios Papadimitriou, Die Institution der politischen Partei in Griechenland, in: Dimitrios Th. Tsatsos u.a. (Hrsg.), Parteienrecht im europäischen Vergleich, Baden-Baden 1990, S. 261-300, hier: S. 289.

61 Vgl. Kostas Chrysogonos, Verfassung und Politische Parteien in Griechenland. Betrachtungen zum Defizit demokratischer Repräsentation, in: Dimitrios Th. Tsatsos u.a. (Hrsg.), Political Parties in the 21st Century. Politische Parteien im 21. Jahrhundert, Athen 2004, S. 335-362, hier: S. 344; Peter Zervakis, Das Parteiensystem Griechenlands, in: Oskar Niedermayer/Richard Stöss/Melanie Haas (Hrsg.), Die Parteiensysteme Westeuropas, Wiesbaden 2006, S. 189-212, hier: S. 201.

62 Vgl. Chrysogonos (FN 61), S. 343 f.

63 Vgl. Ioannis Kassaras, Die griechische Verfassung von 1975. Entstehung und Probleme, Hamburg 1983, S. 36; Prodromos D. Dagtolou, Über den Zugang und die Entlassung aus dem öffentlichen Dienst in Griechenland, in: Ernst-Wolfgang Böckenförde (Hrsg.), Extremismus und öffentlicher Dienst. Rechtslage und Praxis des Zugangs zum und der Entlassung aus dem öffentlichen Dienst in Westeuropa, USA, Jugoslawien und der EG, Baden-Baden 1981, S. 195-212, hier: S. 210-212.

Die Diskrepanz zwischen Wert- und Wehrhaftigkeit in der griechischen Verfassung ist vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit der eigenen Geschichte, vor allem der Militärjunta, zu erklären. Die Kombination von „Parteienverbot“ und (bloß nomineller) „Demokratie“, wie dies in der Militärdiktatur (1967-1973) der Fall war, hat dazu beigetragen, dass das Instrument des Parteienverbots in Griechenland bis heute als zutiefst autoritäres Muster der eigenen Unrechtsgeschichte angesehen wird, von dessen verfassungsrechtlichen Inkorporation daher deutlich abzuraten sei.⁶⁴ Aus den gleichen Gründen ist man darin übereingekommen, dass einfache Vereinigungen ein Richterprivileg im Verbotsverfahren genießen. Auch die Meinungsfreiheit wird weitgehend uneingeschränkt garantiert. Die einzige Ausnahme bildet ein Unterpunkt in Art. 14 Abs. 3 der Verfassung, wonach Schriften beschlagnahmt werden dürfen, wenn sie den „gewaltsamen Umsturz der Staatsform“ bezwecken.⁶⁵

Insgesamt setzte sich in Griechenland auch politisch-kulturell die Ansicht durch, dass systemoppositionelle Parteien extremistische Positionen verbalradikal vertreten dürfen sollten, solange sie nicht unmittelbar Gewalt anwenden. Im linken Spektrum wurden in diesem Kontext gelegentlich sogar linksterroristische Akte als Form einer bis zu einem gewissen Grad legitimen „politischen“ Auseinandersetzung wahrgenommen. In genau diesem Punkt lag eine klare Grenze zwischen dem „linken“ und dem „rechten“ Lager in der Art und Weise, wie Streitbarkeitselemente der eigenen Demokratie betrachtet wurden – doch bleibt die bemerkenswerte Tatsache, dass sich Linke und Konservative weitgehend einig geworden waren, dass in der parteipolitischen und innergesellschaftlichen politischen Auseinandersetzung eine konsequent liberale Linie die richtige sei.

Ob dies so bleibt, wird abzuwarten sein. Insgesamt lässt sich aber sagen: Es ist zumindest nicht mehr auszuschließen, dass sich zu den alten, spätestens 2015 wieder vollends aufgeflammt Konfliktachsen zwischen Rechts und Links in ökonomischen und außenpolitischen Fragen (Spar- oder Verschuldungspolitik, Euro- und EU-Mitgliedschaft oder Austritt, Westbindung oder Annäherung an Russland und den BRIC-Staaten) und neuen Konflikten in kulturellen und gesellschaftlichen Fragen (Migrations-, Familien-, Erziehungs-, Bildungs-, Geschichts- und Religionspolitik) auch ein staatspolitisch konträres Verständnis in der Frage der verfassungsrechtlichen Streitbarkeitselemente und der damit einhergehenden Extremismusabwehr herausbilden könnte: Polizeiliche Maßnahmen und verfassungspolitische Zurückhaltung hier, Einforderung „antifaschistisch“ und „antirassistisch“ konnotierter Streitbarkeitselemente dort.

64 Vgl. Klamt (FN 60), S. 149 f.

65 Vgl. ebd., S. 151.

3. Literatur

Während die Literatur zu den Ursachen sowie einschneidenden sozioökonomischen Auswirkungen der griechischen Wirtschafts- und Finanzkrise anwächst⁶⁶, bleiben allgemeine Arbeiten zu Griechenland speziell auf dem Feld der vergleichenden Extremismusforschung – vor allem in Verbindung mit der politischen Kultur und Struktur des Landes⁶⁷ – rar gesät. Neben einem Aufsatz des Verfassers, der sich auf dem Stand von 2009 bewegt⁶⁸, haben Heinz-Jürgen Axt, Gustav Auernheimer und Takis S. Pappas Analysen zum spezifischen Links- und Nationalpopulismus in Griechenland in den achtziger und neunziger Jahren und dessen Auswirkungen in der Gegenwart beigezeichnet.⁶⁹

Zur rechtsextremen Szene in Griechenland und zur CA sind in den vergangenen Jahren mehrere Studien erschienen. Axt sieht im Dreiklang aus Krise, tiefer Unzufriedenheit mit dem politischen System und starken parochialen Einstellungen in der Bevölkerung die Ursachen des Aufstiegs der CA in Griechenland und unterlegt seine Aussagen mit quantitativen Analysedaten aus dem Eurobarometer und der Wahlforschung.⁷⁰ Elias Dinas et. al. und Vassiliki Georgiadou zeigen mithilfe einer Mischung aus quantitativer Datenanalyse und qualitativem Ansatz, dass es sich beim Erfolg der CA um die Frucht eines langjährigen strategischen Ansatzes handelt, den Rechtsextremismus als eine neue soziale Graswurzelbewegung in Athener Problemvierteln lokal zu verankern.⁷¹ Eine aktuelle Monographie von Sofia Vasilopoulou und Daphne Halikiopoulou verweist auf die tiefe politische Unzufriedenheit im Land, die CA dann mithilfe eines konsequent nationalistischen Ideologieangebots effektiv auszunutzen wusste.⁷² Antonis A. Ellinas und der Journalist George Bistis ergänzen, dass die Struktur der griechischen Medien⁷³ und die hohe Anzahl illegaler

66 Vgl. Hans-Werner Sinn, *The Greek Tragedy*, in: CESifo Forum Special Issue 2015 (June), S. 5-35; Heinz-Jürgen Axt, *Verschuldung in Griechenland. Ursachen einer hausgemachten Krise und Folgen für den Euro-Raum*, in: *Südosteuropa* 58 (2011), S. 542-567; aus keynesianischer Sicht: Heiner Flassbeck, *Zehn Mythen der Krise*, Berlin 2012; aus linker Sicht: Gregor Kritidis, *Griechenland – auf dem Weg in den Maßnahmestaat? Autoritäre Krisenpolitik und demokratischer Widerstand*, Hannover 2014.

67 Vgl. zuletzt Heinz A. Richter, *Politische Kultur in Griechenland*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 35-37/2012, S. 30-36; Miliopoulos (FN 55); Gustav Auernheimer, *Griechische Politik 2012 – Krisen und Wahlen*, in: *Vereinigung der Deutsch-Griechischen Gesellschaften/Cay Lienau* (Hrsg.), *Hellenika. Jahrbuch für griechische Kultur und deutsch-griechische Beziehungen – Neue Folge* 7, Münster 2012, S. 30-42; Björn Egner/Georgios Terizakis (Hrsg.), *Das politische System Griechenlands*, Baden-Baden 2009.

68 Vgl. Lazaros Miliopoulos, *Extremismus in Griechenland*, in: Eckhard Jesse/Tom Thieme (Hrsg.), *Extremismus in den EU-Staaten*, Wiesbaden 2011, S. 144-166.

69 Vgl. Takis S. Pappas, *Populism and Crisis Politics in Greece*, Basingstoke/Houndmills 2014; Heinz-Jürgen Axt, *Ist Griechenland noch zu retten? Jugendprotest, Bildungsmisere und Staatsverschuldung*, in: *Südosteuropa* Mitteilungen, 1/2010, S. 20-26.

70 Vgl. Axt (FN 4).

71 Vgl. Dinas u.a. (FN 12); Georgiadou (FN 8).

72 Vgl. Sophia Vasilopoulou/Daphne Halikiopoulou, *The Golden Dawn's 'Nationalist Solution'. Explaining the Rise of the Far Right in Greece*, Basingstoke 2015.

73 Vgl. Ellinas (FN 13), S. 560.

Migranten⁷⁴ zur Stärkung der CA beigetragen hätten. Daran schließt die Frage an, ob in der Berichterstattung eines Teils der deutschen Medien⁷⁵ ein weiterer Radikalisierungsfaktor liegen könnte.

Zur Krise als Radikalisierungsbeschleuniger von links wie rechts ist ein Beitrag von Vassilis S. Tsianos und Dimitris Parsanoglou hervorzuheben.⁷⁶ Demnach könne eine im Grunde pluralistische Partei wie SYRIZA das, was die beiden Autoren als „Metamorphose des Politischen“ bezeichnen, zwar am ehesten widerspiegeln und bündeln, jedoch nie im umfassenden Sinne, da die „typische“ Revolte – ohne Wahrheitsmonopolansprüche – in heutiger Zeit nicht nur linke, sondern ebenso nationalistische Züge annehmen kann.

Mit Blick auf den parteipolitischen Linksextremismus in Griechenland ist neben Beiträgen von Heinz A. Richter, Stathis N. Kalyvas und Nikos Marantzidis⁷⁷ eine enzyklopädische Darstellung von Jean-Marie Skolidakis und Christos Giovanopoulos hervorzuheben, die eine diachrone Zusammenfassung der Entwicklung der griechischen Linken seit 1974 bietet und sie in drei Phasen unterteilt: (a) Die ‚radikalen Siebziger‘ (1974-1981); (b) die Jahre des ‚PASOKismus‘; (c) die Jahre der ‚neuen radikalen Linken‘ (seit 1991).⁷⁸ Einen groben Überblick über die anarchistische Szene in Griechenland ermöglichen nur Einzelbeiträge aus der „Szene“⁷⁹ und ein theoretisch gehaltener Aufsatz von Christos Boukalas.⁸⁰ Wer sich im wissenschaftlichen Kontext ein nüchternes Bild zum griechischen Linksterrorismus machen möchte, ist immer noch auf die Kurzanalysen des nachrichtendienstlich relevanten britischen Sicherheitsjournals *Jane's intelligence review* angewiesen.⁸¹ Unterm Strich besteht auf dem Feld des griechischen Linksextremismus noch viel Forschungsbedarf.

74 Vgl. Bistis (FN 11), S. 46.

75 Vgl. Hans Bickes/Tina Otten, Griechenland und die deutschen Medien und Hans-Jürgen Arlt, Das Bild der Griechen in der deutschen Presse – am Beispiel der Kampagne der BILD-Zeitung, beide in: Vereinigung der Deutsch-Griechischen Gesellschaften/Cay Lienau (Hrsg.), Hellenika. Jahrbuch für griechische Kultur und deutsch-griechische Beziehungen – Neue Folge 8, Münster 2012, S. 10-36 und S. 37-42.

76 Vgl. Vassilis S. Tsianos/Dimitris Parsanoglou, Metamorphosen des Politischen. Griechenland nach den Wahlen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 35-37/2012, S. 8-15.

77 Vgl. Richter (FN 20); Kalyvas/Marantzidis (FN 21).

78 Vgl. Giannis Skolidakis/Christos Giovanopoulos, Greece, socialism, communism, and the left, 1974-2008, in: Immanuel Ness (Hrsg.), The International Encyclopedia of Revolution and Protest, Bd. 8: Da-Ha, Chichester/West Sussex u.a. 2009, S. 1447-1451.

79 Vgl. z.B. John Malamatinos, Die Krisenproteste in Griechenland, in: Detlef Hartmann/John Malamatinas, Krisenlabor Griechenland: Finanzmärkte, Kämpfe und die Neuordnung Europas, Berlin 2010, S. 13-42.

80 Vgl. Boukalas (FN 50).

81 Vgl. Jane's Information Group, Greek fire. The revival of Greece's radical left, in: Jane's intelligence review 2 (2010), H. 2, S. 20-23.

Zeitschriftenporträt: Disput

Von Jürgen P. Lang

1. Darstellung

„Genosse Modrow, unser Heft erscheint nun unter dem Titel ‚Links – was und wie‘. Was erwartest Du von unserer Zeitschrift?“¹ Mit der Frage ausgerechnet an einen Mann, der sich vergeblich dagegen gestemmt hatte, beginnt im Juli 1990 der Aufbruch in eine neue Zeit. Gut zwei Monate später hieß das Heft *Disput – was und wie?*, dann *Disput – was + wie*, bevor die PDS Ende 1992 entschied, sich der Reminiszenz an die alte Zeit zu entledigen und der späteren Mitgliederzeitschrift der Partei *Die Linke* den schlichten Namen *Disput* zu geben. Zugegeben: Mit dem Agitationsblatt *Was und wie*, von dem es einst stammte, hat das heutige, reich bebilderte Magazin nichts gemein. Aber die etwas zähen Namensänderungen legten die Grundhaltung der Partei an den Tag, zu Zeiten großer Veränderungen Sand ins Räderwerk des Umbruchs zu streuen. Dass dieser Sand bald nur mehr aus dem Bewahren fadenscheiniger Traditionen bestand, ist ebenfalls offensichtlich. Modrow war ein Gescheiterter und auf dem Rückzug. In dem Interview blieb ihm nur noch, das Mantra der jungen PDS abzuspuhlen, die Idee des Sozialismus sei nicht untergegangen – das trotzig-schmollende Eingeständnis einer Niederlage. Von der Vergangenheit der Zeitschrift selbst war nicht mehr die Rede.

Was und wie war in der DDR ein Periodikum, das man unter den Bedingungen einer Demokratie als politische Bildung katalogisiert hätte. Die Abteilung Agitation des SED-Zentralkomitees publizierte das schmale Heft von 1973 an halbmonatlich. Der Untertitel „Informationen, Argumente, Übersichten für den Agitator“ gab die Leitlinie vor. Als Funktionsträger innerhalb der SED sowie der Jugend- und Massenorganisationen der DDR musste der Agitator Überzeugungsarbeit im Sinne der Vorgaben der Staatspartei leisten, politische Informationen weiterleiten und die Diskussionen in seinem Verantwortungsbereich lenken. Eine anspruchsvolle Aufgabe: „Es sagt sich zwar ganz einfach, dass der Agitator aufgefordert ist, mit seinen Mitteln beizutragen, dass die kämpferische Haltung der Besten zunehmend zum Maßstab für alle wird, aber es ist ein täglich neu zu erfüllender, hoher Anspruch.“² Die Zeitschrift unterschied sich deutlich von dem anderen Funktionärsorgan, *Neuer Weg*, das Parteiinterna in den Mittelpunkt stellte. *Was und wie* hielt dagegen die in anderen DDR-Medien üblichen Verlautbarungen des Politbüros oder Berichte über befreundete kommunistische Staaten und Parteien kurz. Im Zentrum standen vielmehr Argu-

1 Die Idee des Sozialismus ist nicht untergegangen. Interview mit Hans Modrow, in: *Links – was und wie*, 1. Juliheft 1990, S. 2.

2 Ein hoher Anspruch an den Agitator, in: *Was und wie*, 9/1977, S. 4.

mentationshilfen und Hintergrundinformationen. Die Genossen mit Fakten zu aktuellen Ereignissen zu füttern, war das unausgesprochene Motiv der Zeitschrift. „Die Agitation war darauf gerichtet, [...] die gesamte Bevölkerung zu erreichen und Verständnis für die Tagespolitik der DDR-Führung zu wecken.“³ Dies unterschied sie von der Propaganda, die auf die ideologische Indoktrination zielte.

Hinweise zur Verwertung von Küchenabfällen⁴ oder Tipps zum Benzinsparen⁵ konnte man in einer materiellen Mangelgesellschaft sicherlich einen gewissen Nutzwert abgewinnen. Doch im Kern ging es den Blattmachern darum, die vermeintlichen Vorzüge des Sozialismus herauszustreichen und – häufig mit Schaubildern und Grafiken illustriert – wirtschaftliche Errungenschaften der DDR hervorzuheben.⁶ Vergleiche mit dem „kapitalistischen Ausland“, insbesondere der Bundesrepublik Deutschland und den USA, prägten das inhaltliche Profil, wobei vor allem (angebliche) soziale Missstände im Westen ideologisch ausgeschlachtet wurden.⁷ In einer Ausgabe wird ein US-amerikanischer DDR-Tourist mit den Worten zitiert, ihm sei „im sauberen und gut beleuchteten U-Bahnhof“ aufgefallen, wie „gepflegt und sauber gekleidet fast alle Menschen waren. [...] Wo war denn nun dieses Proletariat?“⁸ Das Heimatland des Mannes steht dagegen als Hort von Kriminalität und Gewalt da. An anderer Stelle rechnete man vor, was den Normalverdienern im „kapitalistischen“ Ausland nach Abzug der Lebenshaltungskosten im Geldbeutel bleibt und prognostizierte genüsslich: „Angesichts der ständig steigenden Lebenshaltungskosten kommentieren selbst bürgerliche Zeitungen die gegenwärtige Situation mit der Feststellung, dass ‚die fetten Jahre der BRD vorbei‘ sind.“⁹ Der Klassenkampf war in der DDR keineswegs beendet; andernfalls wäre *Was und wie* obsolet gewesen.

Der Abdruck kritischer Texte aus Westzeitschriften – vornehmlich aus dem *Stern* – leistete in der Rubrik „Wie sie es selbst sehen“ Argumentationshilfe. Allgemein galten die Medien der Bundesrepublik – vor allem Radio und Fernsehen – allerdings als „ferngesteuert“.¹⁰ So sei es deren Methode, die Friedensbewegung in Westdeutschland zu verunglimpfen.¹¹ Demgegenüber pries man die gesellschaftliche Steuerung durch das Informationsmonopol der SED geradezu als Staatstugend: „Information [...] ist die Basis jeden Kontakts zwischen den Vertretern der Staatsmacht und dem Bürger, und sie beeinflusst nachhaltig das politische Klima.“¹² Diese als Mahnung an den Agitator gedachte Banalität beschreibt das Credo der Zeitschrift.

3 Birgit Wolf, Sprache in der DDR. Ein Wörterbuch, Berlin 2000, S. 4.

4 Vgl. Ernst Spremberg, Küchenabfälle – hochwertiges Futter, in: *Was und wie*, 3/1982, S. 21 f.

5 Vgl. Kraftstoffsparen durch rationellen Transport, in: Ebd., 6/1980, S. 14 f.

6 Vgl. Ergebnisse der Volkswirtschaft – Fakten und Grafiken, in: Ebd., 12/1982, S. 15-19.

7 Vgl. Werner Flach, Wie lebt ein Arbeitsloser in der BRD?, in: Ebd., 9/1977, S. 10-12; Arme in der BRD – eine Randgruppe?, in: Ebd., 1/1984, S. 16-18.

8 Überraschende Realitäten, entwaffnende Wahrheiten, in: Ebd., 8/1977, S. 24.

9 BRD: Sozialabbau trifft die Familie, in: Ebd., 11/1981, S. 9.

10 Die ferngesteuerte Meinung, in: Ebd., 6/1980, S. 23-25.

11 Vgl. Horst Rother, Eine Methode der BRD-Medien: Verunglimpfung der Friedenskräfte, in: Ebd., S. 23-25.

12 Worin liegt der Wert guter staatlicher Öffentlichkeitsarbeit?, in: Ebd., 8/1980, S. 18 f.

Was und wie war ein Kind seiner Zeit und mischte auf seine Weise im Ost-West-Konflikt mit, wobei natürlich gemäß der herrschenden Doktrin die USA als Aggressor und die Sowjetunion als Friedensstifter dastanden.¹³ Der Normalisierung der deutsch-deutschen Beziehungen stehe die „revanchistische Position“¹⁴ der Bundesrepublik entgegen. Und es „müsste mittlerweile auch der bornierteste BRD-Journalist wissen, dass die DDR ein weltoffenes Land ist“¹⁵, das sich keineswegs abschottete. Verständlicher Schreibstil war Pflicht in dem Blatt, zynische Polemik, wie sie unter anderem in den „10 Regeln zur Selbstdarstellung“ des Westens zum Ausdruck kommt, Kür: „6. Regel: Der Imperialismus behandelt Minderheiten in seinen Ländern sehr gut. Manchmal, wenn sie nicht hören können, mit dem Polizeiknüppel, und auch das sehr gut.“¹⁶

1989 beendete bekanntlich die demokratische Revolution die Abschottung der DDR – und auch der Zeitschrift, wie bereits der kurzlebige Untertitel „Informationen, Meinungen, Erfahrungen“ nahelegte. In *Links – was und wie* hielten Theorie, Debatte und Berichte von der Parteibasis Einzug. Die Möglichkeit flächendeckender Agitation war mit dem Wegfall der „führenden Rolle“ der Partei – sie wollte sich nun als SED-PDS, dann als PDS im demokratischen Wettbewerb behaupten – nicht mehr gegeben. Die Autorenschaft wechselte komplett: Das Heft bot jetzt den Funktions- und Meinungsträgern der zerfallenden Partei ein Sprachrohr. Der Herausgeber, nunmehr der Parteivorstand, teilte mit, die Zeitschrift sei „konzipiert, den überaus notwendigen Gedankenaustausch und Meinungsstreit über das Woher und Wohin der PDS zu fördern“.¹⁷ Der Vorstand editierte seit Ende 1989 ein zweites, ähnliches Periodikum, den 2007, mit der Fusion der PDS und der WASG zur *Linken* eingestellten *Pressedienst*. Richtete sich dieser an die Medienöffentlichkeit und enthielt unter anderem Presseerklärungen, Protokolle sowie Dokumente der unterschiedlichen Parteigliederungen, deklarierte das Impressum *Disput – was und wie?* (so der Name ab September 1990)¹⁸ als „Zeitschrift der Partei des Demokratischen Sozialismus“. Doch der Aufbruch in eine neue Zeit war widerwillig, der Abschied von der Vergangenheit fiel dem Gros der Autoren schwer. Das trifft zumindest auf die Zeit bis Ende 1992 zu, in der *Disput* in spartanischer Aufmachung und im A5-Format herauskam.

In dieser ersten Phase bot *Disput* das desolate Spiegelbild einer Partei, gebeutelt zwischen dem Hader mit verpassten Chancen in der Vergangenheit – „War der ‚So-

13 Vgl. Ernst Friedrich, Was ist von den Abrüstungsversprechen der USA geblieben?, in: Ebd., 8/1977, S. 12-15; UdSSR-Abrüstungsprogramm – Fragen und Antworten, in: Ebd., S. 15-17.

14 Horst Jäschke, DDR – BRD: Was steht normalen Beziehungen im Wege?, in: Ebd., 1/1981, S. 16.

15 Ebd., S. 17.

16 10 Regeln zur Selbstdarstellung, in: Ebd., 8/1981, S. 26.

17 Erweitert auf 48 Seiten, in: *Disput – was und wie?*, 1. Januarheft 1991, S. 31.

18 Aus Gründen der besseren Lesbarkeit ist von nun an von *Disput* die Rede.

zialismus' noch zu retten?" – und Ängsten: „Gibt es eine Zukunft für die PDS?“¹⁹ Die Beschäftigung mit der Vergangenheit – DDR-Historiker wie Wilfriede Otto, Harald Neubert oder Günter Benser bekamen in *Disput* eine Möglichkeit, weiterhin zu veröffentlichen – oszillierte zwischen (alter) Ideologie und (neuen) Einsichten, etwa als Konrad Irmschler und Helmut Meier fragten, ob der Herbst 1989 ein revolutionärer Umbruch war, und durchaus zu einer positiven Antwort kamen – allerdings durch die sozialistische Brille betrachtet: „Revolutionär waren die damaligen Ereignisse in dem Sinne, als sie Elemente des gesellschaftlichen Fortschritts einklagten, die [...] vom ‚realen‘ Sozialismus jedoch weitgehend blockiert worden sind.“²⁰ Während Ex-Ministerpräsident Hans Modrow in den frühen *Disput*-Ausgaben als eine Art *elder statesman* auftrat mit geschöntem Blick zurück und ohne große Visionen²¹, war es vor allem Gregor Gysi, der Optimismus versprühte und sich mit viel Verve für die Öffnung seiner Partei und deren Bündnis- und Politikfähigkeit einsetzte²² – unter Umständen, wie die Diskussion in der Rubrik „Kontrovers“ verrät, in der das Zugehen auf die SPD verbreitet als Sakrileg galt.²³

Vorreiter der ideologischen Umorientierung waren die sogenannten SED-Reformer und zugleich Väter der frühen PDS-Programmatik, namentlich André und Michael Brie sowie Dieter Klein. Zusammen mit anderen hatten sie als Wissenschaftler an der Berliner Humboldt-Universität Konzepte einer Reform des DDR-Sozialismus erarbeitet²⁴, waren dann aber von den revolutionären Ereignissen überrollt worden. Ihre Überlegungen gaben *Disput* in den ersten Jahren intellektuelles Gewicht, wenngleich bei weitem nicht in dem Ausmaß, wie es in dem 1990 gegründeten und 2005 eingestellten PDS-Theorieorgan *Utopie kreativ* der Fall war. Von Seiten der Reform-Ideologen bekamen die in der Partei verbliebenen, offensichtlich mehrheitlich noch im alten Denken befangenen Genossen dringende Appelle zu lesen: „Das Scheitern des Realsozialismus muss von uns konsequent und schonungslos als beispiellose Zäsur in der Geschichte der sozialistischen Bewegung begriffen werden, die mehr von uns verlangen wird, als modifizierte oder neue Sozialismuskonzepte zu entwickeln.“²⁵ André Brie war es auch, der den ersten breit und kontrovers geführten Disput im *Disput* anstieß, als er die Genossen mit dem Begriff der „Transformation der

19 Harald Neubert, War der „Sozialismus“ noch zu retten. Zu einigen historischen Umständen, die in die heutige Misere des „realen Sozialismus“ führten, in: *Disput* – was und wie?, 1. Dezemberheft 1990, S. 13–17; Tobias Oswald, Gibt es eine Zukunft für die PDS?, in: Ebd., S. 17–19.

20 Konrad Irmschler/Helmut Meier, Herbst 1989 – revolutionärer Umbruch?, in: *Links* – was und wie, 1. Septemberheft 1990, S. 9.

21 Vgl. u.a. Hans Modrow, Mit Mut ins zweite Jahr, in: *Disput* – was und wie?, 1. Dezemberheft 1990, S. 5 f.

22 Vgl. u.a. Gregor Gysi, Die Erneuerung der PDS und die Wahlkampf, in: Ebd., 2. Novemberheft 1990, S. 4–6.

23 Vgl. Die PDS und die Sozialdemokratie, in: Ebd., 1. Augustheft 1990, S. 11–13.

24 Vgl. Rainer Land (Hrsg.), Das Umbaupapier (DDR). Argumente gegen die Wiedervereinigung, Berlin 1990.

25 André Brie, Sozialistische Politik gibt es auf dieser Politik viel zu wenig, in: *Links* – was und wie, 2. Juliheft 1990, S. 2.

Gesellschaft“ konfrontierte.²⁶ Dieses Konzept sollte die orthodox-kommunistische Revolutionsvorstellung ablösen – was im Übrigen keiner Hinwendung zur Demokratie gleichkam, aber in der verunsicherten Partei für Aufregung sorgte. Die Diskutanten äußerten sich von wenigen Ausnahmen abgesehen scharf ablehnend gegenüber Brie.

Die großen Ideologieschlachten zwischen den zwei großen Lagern der Partei – ohnehin ein Fernkrieg – wurden, obwohl auch Ideologen der orthodoxen *Kommunistischen Plattform* (KPF) zu Wort kamen, nicht in *Disput* ausgetragen. Die Diskussionen zwischen dem führenden KPF-Mitglied Eberhard Czichon und dem Reformler Horst Dietzel über die Wandlungsfähigkeit des Kapitalismus²⁷ oder der Schlagabtausch zwischen dem zum Reformler gewandelten ehemaligen DKP-Mitglied Harald Werner und Klaus Höpcke, dem einstigen stellvertretenden Kulturminister der DDR, um das künftige Parteiprogramm blieben die Ausnahme.²⁸ Die KPF verfügte mit den *Mitteilungen* über ein eigenes Organ und dominierte bis 1999, unter der Ägide ihres Chefredakteurs Rainer Oschmann, den Debattenteil der PDS-nahen Tageszeitung *Neues Deutschland* (ND), dem ehemaligen Zentralorgan der SED. In der Zeit nach Oschmann – die Reform-Anhänger Jürgen Reents und Tom Strohshneider folgten ihm nach – entwickelte das Blatt eine Kontur, die mit Kommunisten und späteren „Lafontainisten“ der PDS bzw. der *Linken* nicht unbedingt zimperlich umging, während diese nun die Zeitung *Junge Welt* als Forum nutzten. Die Reformler wiederum schufen erst mit dem für sie desaströsen Geraer Parteitag im Herbst 2002 eigene Strukturen mit entsprechenden Periodika. Zuvor hatten sie dies nicht nötig, dominierten sie doch die PDS-Vorstände und verschafften sich aus diesem Grund auch auf dem Wege offizieller Verlautbarungen in *Disput* Gehör.

Disput gliederte sich in verschiedene Rubriken – wobei „Debatte“ und „Briefe“ ostentativ in den Vordergrund geschoben wurden. In einer anderen Rubrik namens „Vorstellung linker Theoretiker“ reihten sich in der DDR verpönte Kommunisten wie Antonio Gramsci, Otto Bauer oder Viktor Adler aneinander. Dass Lenin und Trotzki von einem Exponenten der orthodoxen KPF der PDS „vorgestellt“ wurden, spricht Bände.²⁹ Praktikabler für das noch fremde Leben unter „kapitalistischen“ Bedingungen war die Abteilung „Ratgeber“, die allerlei Nützliches und Wissenswertes etwa zu Mieten, Lohnsteuer, Krankenversicherung, Rente oder BAföG bot. Und die Rubrik „PDS im Parlament“ versammelte Erfahrungsberichte von Bundestags- und Landtagsabgeordneten, die ebenfalls Neuland betreten hatten. Mit dem 1. Februar-

26 Vgl. ders., Zu einem Konzept der PDS für die schrittweise Überwindung des Kapitalismus, in: *Disput* – was und wie?, 1. Juniheft 1991, S. 5-8.

27 Vgl. ders., Ist der Kapitalismus reformfähig? Bemerkungen zu Horst Dietzel, in: Ebd., 1. Märzheft 1991, S. 24-26; Herbert Schwenk, Der Kapitalismus ist reformfähig!, in: Ebd., 2. Märzheft 1991, S. 16-19.

28 Vgl. Harald Werner, Die Kürze mit Vieldeutigkeit und fatalen Irrtümern erkaufte. Zum Entwurf der Gruppe um Klaus Höpcke, in: Ebd., 2. Juliheft 1991, S. 42-45; Klaus Höpcke, Irren ist menschlich, in: Ebd., 2. Augustheft 1991, S. 22-26.

29 Vgl. Eberhard Czichon, Linke Theoretiker vorgestellt: Lenin und Trotzki, in: Ebd., 2. Dezemberheft 1990, S. 30-32.

heft 1991 begründete *Disput* eine Tradition, die die Redaktion – später in größerem Umfang zusammen mit dem *Pressedienst* – bis heute aufrechterhält: die Dokumentation von Parteitage.

Vergleiche mit dem alten *Was und wie* mögen überflüssig erscheinen. Dennoch fällt auf, dass der frühe *Disput* von (polemischen) Angriffen auf den Westen, insbesondere die Bundesrepublik, weitgehend absah. Das erstaunt insofern, als davon auszugehen ist, dass zu einem Gutteil diejenigen Mitglieder in der Partei verblieben sind, die sich von ihr das Verteidigen des Alten und die Abwehr des Neuen erwarteten. Die im Vorfeld der Parteitage forcierten Diskussionen um die Rolle der PDS im wiedervereinigten Deutschland, um die Alternativen Partei oder Bewegung, um den Widerspruch zwischen Basisdemokratie und Zentralismus bzw. parlamentarische und außerparlamentarische Arbeit verdrängten alle anti-westlichen Offensiven. Verteidigungshaltungen gegenüber den Geschichtsinterpretationen demokratischer Historiker waren zwar vorhanden, blieben aber erstaunlich verhalten.³⁰ Selbst die innerhalb der Partei heftig diskutierte Frage nach der Haltung zur gerade abgewickelten „Stasi“ fand keinen Eingang in *Disput* – sieht man einmal von der Dokumentation des MfS-Beschlusses der PDS und folgendem Zitat aus einem Leserbrief ab, der viel von der damaligen Befindlichkeit der Parteibasis verrät: „Die Entstehung und Bildung des MfS war historisch, politisch und politikökonomisch eine ganz normale und notwendige Sache.“³¹ Die erste Phase von *Disput* zeugt von Selbstbeschäftigung der Partei – das ganze Jahr 1992 über sollte die Debatte über das im Januar 1993 zu beschließende Grundsatzprogramm das Heft prägen.

In diese Zeit fiel – mit dem 1. Oktoberheft 1992 – ein Wechsel des Layouts. Der Titel entledigte sich des „Was + wie“ (so die letzte Schreibweise) endgültig, das Format vergrößerte sich auf A4, das Cover bekam Farbe und innen lockerten Schwarz-weiß-Fotos die Texte auf. Und auch das redaktionell-inhaltliche Konzept sollte eine Runderneuerung erfahren. Parteichef Gregor Gysi persönlich war es vorbehalten, die neue Phase einzuläuten. Sein Beitrag begann mit einer Klage über die mangelnde Offenheit und Toleranz innerhalb der Partei (einem Zustand, an dem die Existenz der Zeitschrift offenbar nichts hatte ändern können) und schloss mit der umständlich formulierten Hoffnung, die Behebung dieser Defizite werde „nur gelingen, wenn Transparenz und Kommunikation bestimmende Elemente der Struktur unserer Partei werden. In diesem Sinne wünsche ich mir, dass die Zeitschrift *Disput* auch in der neuen Fassung ein Erfolg wird und dazu dient, dass wir Kräfte sammeln, die wir im dritten Jahr der deutschen Einheit und in den Jahren danach dringend benötigen, um die eindeutig geplante und sich schrittweise vollziehende reaktionäre Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland zu stoppen und eines Tages zu erreichen, dass die Entwicklung in umgekehrter Richtung verläuft.“³² Daraus ist nicht unschwer eine Kampfansage an die externe politische Konkurrenz abzulesen. *Disput* sollte offensi-

30 Vgl. Andreas Malycha, Nun doch eine erzwungene Vereinigung von SPD und KPD, in: Ebd., 2. Oktoberheft 1990, S. 21-23.

31 Werner Reckziegel, Zur MfS-Diskussion. In: *Disput* – Was + wie, 1. Februarheft 1992, S. II.

32 Gregor Gysi, In *Disput* einmischen!, in: *Disput*, 19/1992, S. 3.

ver werden und die Nabelschau beenden – ein Anspruch, der auch in den nächsten Jahren nicht eingelöst wurde: Das Heft blieb auf parteiinterne Konflikte fixiert.

Als Chefredakteurin Karin Dörre – eine entschiedene Reformerin – ihrer Partei im *Spiegel* die Leviten las, war die Aufregung in der PDS groß. Dörre hatte unter anderem gesagt: Das „Interesse an Macht Geld und Parteiposten verdrängt die Erneuerung der politischen Moral [...]“. Seitdem es nur noch darum geht, in den Bundestag zu kommen, werden politische Diskussionen weggedrückt.³³ Gegenüber der parteiinternen Empörung waren die Reaktionen in *Disput* vergleichsweise moderat; Dörre selbst genehmigte sich Platz für eine ausführliche Stellungnahme.³⁴ Egal, ob man ihr – den „Skandal“ sollte Dörre politisch nicht überleben – selbst das Wegdrücken von Diskussionen unterstellen kann oder nicht: Der Verdacht drängt sich auf, dass die *Disput*-Redaktion Diskussionen über parteiinterne Konflikte in Schach halten wollte. Das gelang anfangs gut: Das Feigenblatt einer KPF-Stellungnahme ließ sich noch leicht in der Rubrik „Parteileben“ verstecken.³⁵ Und die Auseinandersetzung über Dietmar Kellers die PDS desavouierende Rede vor der Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der SED-Diktatur tobte woanders. In *Disput* war sie Fußnote³⁶ – obwohl die Kontroverse um den Stalinismus(-Begriff) in den 1990er Jahren einen roten Faden durch den *Disput* zog.

Die Rückwärtsgewandtheit war nur schwer zu verbannen – wenngleich die Reformen in eine andere Richtung arbeiteten: So beklagte die KPF die Ausgrenzung von Kommunisten durch die PDS³⁷, und andere Autoren forderten von der Partei ein „klares Wort gegen die Rechtsbrüche der BRD gegenüber ehemaligen MitarbeiterInnen [...] des MfS, der NVA [...] und der anderen Staatsorgane“³⁸ ein – beides Vorahnungen eines neuen Kurses, den die Parteiführung im Vorfeld des „Superwahljahres“ 1994 einschlug. Die Reform-Gegner fürchteten, der Reputation der PDS geopfert zu werden. Das Wort vom innerparteilichen Pluralismus stand in *Disput* plötzlich hoch im Kurs – auch bei denjenigen, deren Ideologie ansonsten Uniformität, nicht Vielfalt predigte. Die an die Adresse der sich an die PDS heranrobbenden DKP gerichtete Feststellung Harald Werners, der Pluralismus in der Partei sei „keine aus beklagenswerter Zersplittertheit geborene Notlösung, sondern ein Prinzip, das selbst wissenschaftlich ist“³⁹, war zwar schlicht falsch und selbst aus der Not geboren. Doch die Kommunisten konnte er damit nicht beruhigen. Da half es auch nicht, dass Werners *Disput*-Beitrag – in diesem Punkt weitaus ehrlicher – viele Gemeinsamkeiten

33 „Wie in der SED“. PDS-Vorstandsmitglied Karin Dörre über die Parteispitze, in: *Der Spiegel* vom 12. September 1994.

34 Karin Dörre, Ein persönliches Wort zum „Fall Dörre“ in der PDS, in: *Disput*, 19/1994, S. 20 f.

35 Eberhard Czichon/Heinz Marohn, Zum Selbstverständnis, in: Ebd., 6/1993, S. 21-23.

36 Karl-Heinz Schöneburg, War sie so, die DDR? Zur Keller-Rede vor der Eppelmann-Kommission, in: Ebd., S. 12 f.; „Zwischen den Stühlen“. Interview mit Dietmar Keller, in: Ebd., 15/1993, S. 16-18.

37 Vgl. Eberhard Czichon/Heinz Marohn, Wahl '94: Für eine entschlossene Linke, in: Ebd., S. 5 f.

38 Achim Wahl/Klaus-Jürgen Dahler, PDS braucht praktikable Wahlstrategie, in: Ebd., 10/1993, S. 3.

39 Harald Werner, Seitenverkehrte Gemeinsamkeiten. Anmerkungen zum Verhältnis von PDS und DKP, in: Ebd., S. 2.

ten zwischen beiden Parteien betont und Unterschiede hauptsächlich in der Strategie ausgemacht hatte. Die DKP sah Werner – er bestritt unter anderem, dass die Arbeiterklasse ein revolutionäres Subjekt sei – heilige Kühe schlachten. Die scharfe Erwiderung ihres Ideologen Willi Gerns druckte *Disput* nicht, angeblich, weil der Text⁴⁰ von der DKP „mit großem Getöse“⁴¹ angekündigt und an die PDS-Landesverbände verschickt worden war. Auf Ideologieschlachten über keineswegs starre Parteigrenzen hinweg wollte sich die Redaktion – die an anderer Stelle sehr wohl ein Interview mit DKP-Chef Heinz Stehr führte⁴² – nicht einlassen.

Die Wahlen prägten *Disput* in den Jahren 1994 und 1995. Reform-Theoretiker der zweiten Reihe wie Horst Dietzel und Bernd Ihme avancierten zu Dauerautoren, die die Partei mit dem fremden Parteien- und Wahlsystem der Bundesrepublik vertraut machen sollten. DKP-Dissident Wolfgang Gehrcke – damals noch Reformer – fungierte als eine Art West-Fachmann.⁴³ Der vorsichtige Zweckoptimismus, den Wahlkampfmanager André Brie vor den Wahlen in *Disput* verbreitete⁴⁴, schlug nach den Wahlen in Ratlosigkeit um. Wer die zahlreichen Beiträge Revue passieren lässt, kann sich des Eindrucks nicht erwehren: Die Erfolge hatten die Partei auf dem falschen Fuß erwischt – die Orthodoxen mehr als die Reformer. Michael Bries Appell, nun „die allzu schnelle Instrumentalisierung der Vergangenheit für gegenwärtige Positionskämpfe [...] hintanzustellen“⁴⁵, dürfte nicht überall auf offene Ohren gestoßen sein. Schließlich stand das bisherige – bequeme – Oppositionsverständnis der PDS zur Disposition. Diese Debatte nahm von nun an in *Disput* breiten Raum ein – und sollte der intellektuelle Höhepunkt in der Geschichte der Zeitschrift werden.

Geschürt wurde sie von „10 Thesen zum weiteren Weg der PDS“, die der Parteivorstand Anfang Dezember 1994 zeitgleich in *Disput* und *Pressedienst* veröffentlichte: „Breite Reformkräfte“ sollten einen „Gesellschaftsvertrag“ gegen die „neokonservative“ Dominanz schließen und, wenn sie die „Hegemonie“ erlangt hätten, einen „grundlegenden Wechsel in der Politik“⁴⁶ einleiten. Dass die klassenbewussten Traditionalisten nun zum innerparteilichen Aufstand ansetzen, erfuhren die *Disput*-Leser allerdings ebensowenig wie vom Scheitern des Papiers, das den kommenden Parteitag gar nicht erreichte. Zwar kamen KPF-Ideologe Michael Benjamin und der Trotzist (und spätere Senator in Berlin) Harald Wolf zu Wort. Doch ihnen stand in *Disput* – anders als außerhalb – eine übermächtige Front der Verteidiger gegenüber. Von der Diskussion hallt vor allem die zugleich pragmatische wie rhetorische Frage aus den Ost-Landesverbänden nach: „Ihr wollt ja nicht regieren, wie wollt ihr dann verändern?“ Ab Heft 5 des Jahres 1995 versuchte der Parteivorstand noch, die über-

40 Willi Gerns, Vorsicht Fälscher! Minen gegen die Zusammenarbeit von PDS und DKP statt Disput, Manuskript, Februar 1994.

41 Anmerkung der Disput-Redaktion, in: Disput, 5/1994, S. 17.

42 „Die DKP wird sich politisch verhalten...“. Interview mit Heinz Stehr, in: Ebd., 4/1994, S. 15-17.

43 Vgl. Wolfgang Gehrcke, Hans kommt nach Haus?!, in: Ebd., 21/1993, S. 8-10.

44 Vgl. André Brie, In den Startklötzen zum Wahlmarathon 1994, in: Ebd., 19/1993, S. 4-6.

45 Michael Brie, PDS ante portas?, in: Ebd., 14/1994, S. 12-15.

46 Parteivorstand der PDS, 10 Thesen zum weiteren Weg der PDS, in: Ebd., 23/1994, S. 6.

bordende Strategiedebatte mit einer eigenen Beilage zu kanalisieren, dann zog er die Reißleine.

Es war die Einsicht, dass die internen Auseinandersetzungen – mit „der KPF als Profilierungs-Watschenmann für demokratische Reformsozialisten“⁴⁷ – zur Polarisierung und nicht zur Integration der PDS beigetragen hatten.⁴⁸ Zur Jahreswende 1995/96 strukturierte die PDS-Führung die Zeitschrift um. *Disput* kam nicht mehr zweiwöchentlich heraus, sondern monatlich – um Portokosten zu sparen. Der Umfang verdoppelte sich im Gegenzug von 24 auf 48 Seiten pro Ausgabe. Auch das redaktionelle Konzept änderte sich: Die Zahl der Fotos nahm ab, die Rubriken verschwanden komplett, und Bleiwüsten breiteten sich aus. Zwar setzte man zunächst Themenschwerpunkte, doch alles in allem reihte *Disput* nun wahllos einen Artikel an den anderen. Kurzum: Das Blatt wurde langweiliger – optisch, aber auch inhaltlich. Zu letzterem trug maßgeblich bei, dass die zuvor manchmal doch ausufernden Debatten von nun an nur noch kanalisiert stattfanden: „Mehr über Menschen, die Politik machen, als Politik pur“⁴⁹ – lautete das Motto des Herausgebers.

Parteiinterne Streitthemen wie der „Brief aus Sachsen“, in dem Christine Ostrowski und Roland Weckesser 1996 für die Umwandlung der PDS in eine unideologische Regionalpartei verlangten, presste *Disput* in drei Seiten stark gekürzter Leserbriefe⁵⁰, andere ignorierte sie. Statt Debatte lieferte das Heft nun mehr Informationen über Parteikampagnen, linke Projekte oder über die PDS in den Kommunen. Der „Große Bundestagslacher für Gregor Gysi“⁵¹ war ebenso einen Artikel wert wie das „Nachdenken über die Oktoberrevolution“.⁵² Wer weiter nach hinten blätterte, erfuhr hin und wieder etwas über die desolaten Zustände in den westlichen Landesverbänden. Die beißende Philippika Jutta Brabands über die Entstehung der West-PDS⁵³ wäre in der dritten Phase der Geschichte von *Disput* wohl nicht zu lesen gewesen. Ecken und Kanten zeigte die Zeitschrift kaum noch.

Gänzlich eindämmen ließen sich die Kontroversen gleichwohl noch immer nicht. 1996 räumte *Disput* eine komplette Ausgabe – Titel: „Wir Reformer gegen uns Poststalinisten?“ – für die unterschiedlichen Lager frei. Die fundamentalistischen Gruppierungen *Marxistisches Forum* (MF) und *Kommunistische Plattform* kamen mit ausführlichen Stellungnahmen zu Wort.⁵⁴ Offensichtlich unvermeidlich, hatte doch der Schriftsteller und Bundestagsabgeordnete Gerhard Zwerenz zuvor in der Zeitschrift schweres Geschütz gegen die Kommunisten in der Partei aufgeföhren: „Die

47 Michail Nelken, Gespenster-Diskussion. Zur Ambivalenz von Kommunismus und Antikommunismus in der PDS, in: Ebd., 1/1995, S. 5.

48 Vgl. Heinz Stern, Das Ende des Pluralismus in der PDS?, in: Ebd., 12/1995, S. 11-13.

49 Vgl. Die Redaktion, In eigener Sache, in: Ebd., 24/1995, S. II.

50 Vgl. Zum Ostrowski-Weckesser-Papier, in: Ebd., 6/1996, S. 40-42.

51 Vgl. Thomas Enke, Haushaltsberatungen 97, in: Ebd., 12/1996, S. 22 f.

52 Vgl. Anregungen zum Nachdenken über die Oktoberrevolution, in: Ebd., S. 28-30.

53 Vgl. Jutta Braband, Innen(an)sicht, in: Ebd., 18/1993, S. 14-16.

54 Uwe-Jens Heuer/Ekkehard Lieberam/Gregor Schirmer, Zur Regierungsbeteiligung der PDS, in: Ebd., 8/1996, S. 7 f.; Ellen Brombacher u.a., Unsere Hauptverantwortung: Abwehr gegen reaktionäre Politik mitzuorganisieren, in: Ebd., S. 15 f.

KPF [...] ist das Produkt von gutem Trotz, der zum Ressentiment erstarrt, verständlicher Leidenschaft, falschem Traditionsbewusstsein, unreflektiert übernommenen Theorien und der Weigerung, die tieferen Ursachen der Niederlage zu erforschen.“⁵⁵ Als auch André Brie restaurative Tendenzen in der Partei beklagt hatte, stellte Klaus Höpcke zwar in *Disput* dessen Nimbus als „Vordenker“⁵⁶ in Frage, andere Autoren stärkten Brie jedoch den Rücken.⁵⁷ Nach wie vor bot *Disput* fast ausschließlich den Reformkräften ein Forum – eine Tendenz, die sich zunächst weiter verstärken sollte. Die Zeitschrift wurde so zu einem – allerdings kaum gelesenen – Vorreiter der Erneuerung.⁵⁸ Dass die Redaktion einen Beitrag von SPD-Mitgliedern zuließ, der die SED als eine „Fehlkonstruktion von Anfang an“⁵⁹ schalt, dürfte die weitgehend rückwärtsgewandte Parteibasis nachgerade als Blasphemie empfunden haben. Doch die Orthodoxen als deren selbsterklärte Anwälte durften eine Ausgabe später in der Debatte aus Anlass der Zwangsvereinigung von KPD und SPD nicht mitmachen.

Bis zur Jahrtausendwende fanden in der Zeitschrift – seit Anfang 1998 wieder mit lebendigerem Layout – keine Debatten mehr statt; kein Wort zum Beispiel über die ansonsten breit diskutierte Erfurter Erklärung 1997. Sahra Wagenknechts knappe Erwiderung⁶⁰ auf Gregor Gysis innerparteilich Aufsehen erregende „Zwölf Thesen für eine Politik des modernen Sozialismus“ (als Antwort auf das Schröder-Blair-Papier 1999) war Teil einer kurzen Diskussion, an der auch Frieder Otto Wolf von den *Grünen* zu Wort kam.⁶¹ Wagenknechts Einlassung war auf lange Zeit die letzte aus der Feder der ideologischen Traditionalisten. Dass Bernd Ihme Ende 1998 in *Disput* eine neue Programmdebatte für eröffnet erklärte,⁶² mutete wie eine Farce an. Den ursprünglichen Programmentwurf (verfasst von drei Reform-Theoretikern) würdigte *Disput* in der Maiausgabe 2001 breit, während Vertreter von MF oder KPF außen vor blieben.

Man muss aber auch konstatieren, dass in der Partei der Unwille zu diskutieren immer mehr zunahm. Reformier Thomas Falkner sprach von „Stagnation“ in der Programmdebatte und währte die „Gefahr von inhaltlichen Rückfällen hinter einem bisher erreichten Stand der Erneuerung“.⁶³ Und Claudia Gohde beklagte die mangelnde Kommunikation in der Partei.⁶⁴ Die *Disput*-Rubrik „Briefe an den Parteivorstand“ sollte fürderhin für Abhilfe sorgen, konnte sich aber nicht etablieren. Dies zeigte: Der Diskussionsbedarf und die Diskussionsbereitschaft innerhalb der in den oberen

55 Gerhard Zwerenz, Abschied von der Vergangenheit, in: Ebd., S. 13.

56 Klaus Höpcke, Vorturner – ja. Aber Vordenker?, in: Ebd., 10/1996, S. 22-24.

57 Vgl. Herbert Wolf, Fragen an den Bundesvorstand, in: Ebd., S. 16-18.

58 Vgl. Dieter Klein, Reformalternativen, vier Wünsche und eine Anmerkung zu André Brie, in: Ebd., 2/1999, S. 3-5.

59 Horst Hemberger/Horst Klein, Von Anfang an eine Fehlkonstruktion, in: Ebd., S. 19.

60 Sahra Wagenknecht, Fünf Legenden werden weitergestrickt, in: Ebd., 9/1999, S. 31 f.

61 Frieder Otto Wolf, Tagespolitisch und auf lange Sicht gesehen: Zu unbestimmt!, in: Ebd., 10/1999, S. 28 f.

62 Bernd Ihme, Warum eine programmatische Diskussion gerade jetzt?, in: Ebd., 12/1998, S. 21,

63 Thomas Falkner, Zum bisherigen Verlauf der Programmdebatte, in: Ebd., 2/2001, S. 3.

64 Vgl. Claudia Gohde, „Dann schreibt an: Parteivorstand, 10178 Berlin“. Kommunikation – eine Schlüsselaufgabe in der nächsten Zeit, in: Ebd., 5/2000, S. 3.

Etagen streitfreudigen, an der Basis aber lethargischen PDS waren gering, was es wiederum der Redaktion erleichterte, die Debatten in ihrem Sinne zu steuern, ohne auf allzu großen Widerstand zu stoßen.

In die nur schleppend anlaufende Programmdiskussion fiel im Jahr 2000 der Parteitag in Münster, auf dem der PDS-Vorstand zum ersten Mal von den Delegierten niedergestimmt wurde. Die „Aufarbeitung“ des Debakels oblag in *Disput* allein der Reformer-Riege: Thomas Falkner und Michael Brie lamentierten über den Zerfall der Partei in inkompatible Teile.⁶⁵ Und André Brie sprach aus, was viele nicht hören wollen: Die PDS sei zum Wahlerfolg verdammt. Die „Perspektive der gesamten Partei“ werde „maßgeblich vom Wiedereinzug in den Bundestag 2002“⁶⁶ abhängen. Wie wahr! Die verheerende Niederlage der PDS und die anschließende Niederlage der Reformer auf dem denkwürdigen Parteitag von Gera gaben Brie Recht. Doch in *Disput* hinterließ der Schock von Gera kaum Spuren. Zwar gab die Zeitschrift dem neuen Bundesgeschäftsführer Uwe Hiksich viel Raum für ein Interview.⁶⁷ Doch Halinas Wawzyniak prominent platzierter Gegenangriff⁶⁸ zeigte, dass die aus dem Bundesvorstand abgewählten Reformer dem Blatt nach wie vor ihren Stempel aufdrückten. Dietmar Bartsch, Dieter Klein oder Rosemarie Hein zählten weiterhin zu den Stammautoren. Die Redaktion unterzog der neue Vorstand keinem Revirement (der langjährige „Chef“-Redakteur Peter Richter leitet *Disput* noch heute). Dazu war die Zeitschrift vielleicht zu unbedeutend, die Entwicklung für die monatliche Erscheinungsweise jedenfalls zu turbulent. Als *Disput* den Brief der neu gewählten Vorsitzenden Gabriele Zimmer an die Mitglieder druckte, stand bereits fest, dass ein Sonderparteitag der Rückkehr der Reformer an die Macht den Weg ebnen sollte.⁶⁹ Mit einem ausführlichen Interview des Zimmer-Nachfolgers (und -Vorgängers) Lothar Bisky versprühte *Disput* schon in der nächsten Nummer Hoffnung auf einen Sprung nach vorn nach der Rolle rückwärts.⁷⁰

Als die Zeitschrift Mitte 2005 mit kleinerem Format und einem *running gag* – der Abdruck der Seite 48 aus einem ausgewählten Buch auf ebendieser 48. Seite, der letzten des Heftes – herauskam, stand die Partei erneut vor einer Zeitenwende. Doch die WASG nahm *Disput* lange Zeit nicht zur Kenntnis – Spiegelbild der Ignoranz der PDS gegenüber der westdeutschen Kleinpartei. Erst im Juni 2005 – nach der NRW-Wahl – druckte die Redaktion die Stellungnahme Lothar Biskys zu den Sondierungsgesprächen.⁷¹ Keine zwei Monate später nannte sich die Partei bereits *Die*

65 Vgl. Thomas Falkner, Menetekel – oder droht erst in Cottbus ein Debakel?, in: Ebd., 6/2000, 15 f.; Michael Brie, Ein Grundkonsens ist möglich!, in: Ebd., S. 3 f.

66 André Brie, Manchmal gibt es keine zweite Chance, in: Ebd., S. 8.

67 Vgl. Über Bergsteigen, Verdi und die Hoffnung PDS. Interview mit Uwe Hiksich, in: Ebd., 11/2002, S. 12-15.

68 Vgl. Halina Wawzyniak, Was macht die Krise aus? Und: Wie kommt man wieder raus?, in: Ebd., S. 3 f.

69 Vgl. Gabriele Zimmer, An die Mitglieder der PDS, in: Ebd., 5/2003, S. 4-6.

70 Vgl. Klare Entscheidungen, doch keine großen Sprünge. Interview mit Lothar Bisky, in: Ebd., S. 4-7.

71 Vgl. Lothar Bisky, Möglicher Meilenstein für die Linke, in: Ebd., 6/2005, S. 4.

Linke/PDS. *Disput* nahm dies zum Anlass, in der darauffolgenden Ausgabe das – insgesamt doch ziemlich gestörte – Verhältnis zwischen Ost- und Westlinken (nicht nur in der Partei selbst) historisch zu betrachten. Und ein weiteres Heft später gaben die zwei Macher der späteren Fusion, Gregor Gysi und Oskar Lafontaine, *Disput* ausführliche Interviews.⁷² Nach der gemeinsam bestrittenen, so erfolgreichen Bundestagswahl 2005 trieb Lothar Bisky die Mitglieder zur Eile an. Sie dürften sich „im Fusionsprozess [...] keine Verschnaufpause“⁷³ gönnen. Und die Wahl- und Parteienexperten Horst Dietzel und Gerry Woop warfen bereits weite Blicke in die Zukunft der noch längst nicht fusionierten *Linken*.⁷⁴

Gleichzeitig bewahrte *Disput* über die langwierigen Auseinandersetzungen mit der WASG Funkstille. Wer sich nur über die Zeitschrift informierte, musste den Eindruck gewinnen, die (Ex-)PDS habe nur aus glühenden Befürwortern der Vereinigung mit der WASG bestanden.⁷⁵ Die Realität sah freilich anders aus: Nach wie vor kamen in *Disput* Diskussionen nur hoch, wenn sie sich gar nicht mehr unterdrücken ließen. Als im Frühjahr 2006 die „Programmatischen Eckpunkte“ einer gemeinsamen Kommission beider Parteien auf dem Tisch lagen, erhielten die kommunistischen Gruppierungen in der PDS die Gelegenheit, ihr „Diskussionspapier“ abzudrucken⁷⁶ – nicht ohne dass zuvor Dieter Klein in gewohnt luziden Worten die Diskussion in die „richtige“ Richtung gestoßen hatte.⁷⁷ Es blieb den Reformern überlassen, Optimismus zu verbreiten.⁷⁸ Skeptische Beiträge – die durchaus hätten geschrieben werden können – brachte *Disput* nicht. Insofern wirkte es zynisch, als Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch und der Fusionsbeauftragte der PDS, Bodo Ramelow, in *Disput* zur aktiven Beteiligung am Fusionsprozess aufriefen.⁷⁹ Über die neuerliche Programmdiskussion wurde zwar berichtet⁸⁰, doch sie wurde nicht in *Disput* ausgefochten. „Ja zur neuen Linkspartei!“⁸¹ und „Aus zwei mach eins – Deins!“⁸² – Euphorie hatte das Blatt im Griff. Den „Abschied“ von der PDS feierte die Zeitschrift in der Maiausgabe 2007 mit einer umfangreichen Beilage zur 17-jährigen Parteigeschichte.

72 Vgl. Spannend und herausfordernd. Interview mit Gregor Gysi, in: Ebd., 8/2005, S. 4-7; Eine zeitgemäße Antwort. Interview mit Oskar Lafontaine, in: Ebd., S. 8-11.

73 Lothar Bisky, Avanti, Genossinnen und Genossen, in: Ebd., 10/2005, S. 16.

74 Vgl. Horst Dietzel/Gerry Woop, Der Platz im Parteiensystem, in: Ebd., 11/2005, S. 12 f.

75 Vgl. den euphorischen Beitrag von: Dietmar Bartsch, Legen wir die Feuerwerksmusik auf!, in: Ebd., 2/2006, S. 7.

76 Vgl. Marxistisches Forum/Geraer Dialog/Kommunistische Plattform, Fünf Einwände. Zur Debatte über die „Programmatischen Eckpunkte“, in: Ebd., 4/2006, S. 8-10.

77 Vgl. Dieter Klein, Die Diskussion in eröffnet, in: Ebd., S. 4 f.

78 Vgl. Bodo Ramelow, Die heiße Phase hat begonnen, in: Ebd., 7/2006, S. 4.

79 Vgl. Dietmar Bartsch/Bodo Ramelow, Schreibt mit an den Dokumenten!, in: Ebd., 9/2006, S. 16 f.

80 Vgl. Elke Breitenbach/Katina Schubert, Auf den Inhalt kommt es an ..., in: Ebd., 10/2006, S. 22 f.

81 Dietmar Bartsch, Ja zur neuen Linkspartei!, in: Ebd., 3/2007, S. 6.

82 Claudia Gohde, Aus zwei mach eins – Deins!, in: Ebd., S. 7.

Den Zusammenschluss überstanden *Disput* und seine Redaktion äußerlich unbeschadet, personell unverändert. Gleich in der ersten Ausgabe als „Mitgliederzeitschrift“ nunmehr der *Linken* schlug der neue Vorsitzende Oskar Lafontaine neue Töne an und stellte die „Systemfrage“. Der Kapitalismus solle durch einen „demokratischen Sozialismus“ abgelöst werden, der sich keineswegs auf einen „Gegenentwurf“ zu einer bestimmten Wirtschaftsordnung beschränke.⁸³ Wer ahnte, dass sich aus dem knappen Text Anknüpfungspunkte zu den Orthodoxen ergaben, sollte Recht behalten. Doch in *Disput* erfuhr man von den neuen Allianzen nichts. Die Zeitschrift bot den neuen innerparteilichen Gruppierungen *Antikapitalistische Linke* und *Sozialistische Linke*, die obendrein auf eigene Periodika verzichteten, keinen Platz. Dies, obwohl Vertreter dieser radikal linken Plattformen inzwischen in der Partei hohe Ämter bekleideten. Zudem kamen die folgenden *Disput*-Beiträge Lafontaines ohne Ideologie aus.⁸⁴ Beides ist ein deutliches Zeichen, dass die Zeitschrift – anders früher bei den PDS-Reformern – keinen Faktor im Machtkalkül des nun die Vorstände dominierenden Lafontaine-Lagers darstellte. Zwar ließ die Präsenz der Reformer immer mehr nach, was auch das intellektuelle Niveau von *Disput* deutlich nach unten zog. Doch die Wortführer der verfeindeten „Lafontainisten“ füllten den freiwerdenden Platz nicht.

Wahlreportagen und Wahlanalysen, meist aus der Feder von Horst Kahrs, standen dagegen hoch im Kurs.⁸⁵ Bundesgeschäftsführer Bartsch oblag es qua Amt – nicht qua Lager-Zugehörigkeit –, seine Partei auf die Wahlen einzustimmen und Bilanzen zu ziehen.⁸⁶ Mit den Erfolgen im Westen rückten die dortigen Verbände – zu PDS-Zeiten in *Disput* meist ein Fall von Krisenberichterstattung – nach vorn und prägten die Ausgaben der Jahre 2008 bis 2012. Dasselbe galt für Informationen über Wahlkampagnen vor Ort. Auch Reportagen und politisch eher unverbindliche Berichte nahmen zu – manche Überschriften sprachen Bände: „Das Fest der Linken ist Musik“ (8/2005), „Politik auf der Insel“ (7/2008) oder „Wo Partei Party macht“ (4/2010). Von den nach wie vor heftigen Lagerkämpfen in der Partei bekam der *Disput*-Leser nichts mehr mit. Zum Entwurf des Bundestagswahlprogramms 2009 bezogen mit Klaus Ernst, Sahra Wagenknecht, Jan Korte und Ulla Lötzer Vertreter verschiedener innerparteilicher Strömungen kurz Stellung.⁸⁷ Eine Debatte ließ *Disput* erneut nicht zu. Auch die Beschäftigung mit der SED-Vergangenheit, die ein stabiles Element der Zeitschrift zu PDS-Zeiten gewesen war, fand nicht mehr statt. Dies entsprach der Haltung Lafontaines, der davon nichts wissen wollte.

83 Oskar Lafontaine, Freiheit durch Sozialismus. DIE LINKE und die Systemfrage, in: Ebd., 8/2007, S. 7.

84 Vgl. ders., Auf ein Neues!, in: Ebd., 1/2008, S. 4; ders., Wir stehen für einen Neubeginn, in: Ebd., 5/2009, S. 4 f.

85 Vgl. Horst Kahrs, Historische Ergebnisse, in: Ebd., 10/2009, S. 21.

86 Vgl. Dietmar Bartsch, Gestärkt voran!, in: Ebd., S. 4 f.

87 Vgl. Klaus Ernst, Mehr Gerechtigkeit wagen, in: Ebd., 6/2009, S. 16; Sahra Wagenknecht, Gerecht und zukunfts offen, in: Ebd., S. 17; Jan Korte, Freiheit und Sozialismus!, in: Ebd., S. 18; Ulla Lötzer, Frieden und Gerechtigkeit weltweit, in: Ebd., S. 19.

Wäre *Disput* kein Parteiorgan, könnte man es in dieser vierten Phase als „staats-tragend“ bezeichnen. Die Zeitschrift „glänzte“ vor allem mit affirmativen Interviews mit den Spitzenfunktionären. Die Harmonie, welche die Zeitschrift verbreitete, entsprach indes nicht der Realität. Andernfalls hätte Bernd Ihme kaum anmahnen müssen, „Diffamierungen, Unterstellungen, Beschimpfungen und Beleidigungen“⁸⁸ zu unterlassen. Die Lafontaine-Nachfolger als Parteichefs, Gesine Löttsch und Klaus Ernst, bezeichneten sich in *Disput* als „zuverlässig und berechenbar“.⁸⁹ Dass vor allem Ernst, im Verein mit den Orthodoxen und seinem Vorbild Lafontaine nacheifernd, einen erbitterten Kampf gegen die Reformen führte, blieb unerwähnt. Den „Neustart in die Programmdebatte“ unternahm wie zu alten Zeiten Bernd Ihme – es gab noch eine gewisse Konstanz in der Zeitschrift. Die Debatten selbst hielten die Blattmacher aber weiterhin von *Disput* fern. Gesine Löttsch oblag es zwar, „lebhaft Auseinandersetzungen [...] zu den im Programmentwurf verankerten Kriterien für Regierungskonstellationen“⁹⁰ zu konstatieren – die „Lafontainisten“ hatten rigide Maßstäbe angelegt –, doch wer da um was stritt, darüber schwieg sich *Disput* aus. Dass Löttsch 2011 mit ihrem Kommunismus-Bekenntnis inner- und außerhalb der *Linken* für Furore sorgte, würdigte die Zeitschrift ebenfalls mit keinem Wort. Weichgespült kamen später auch andere Interviews daher. Dem auf dem turbulenten Göttinger Parteitag 2012 gewählten neuen Führungsduo Katja Kipping und Bernd Riexinger ersparte die Redaktion Fragen zu dem unrühmlichen Showdown zwischen den Reformern und ihren Gegnern auf dem Kongress.⁹¹

Seit Jahresanfang 2013 hat *Disput* den heutigen Look inne: buntes Cover, Farbphotos und farbige Gestaltung. Die neu eingeführten Rubriken „Kurz und bunt“ und „Das kleine Blabla“ ließen erahnen, dass die Entwicklung hin zu einem linken Magazin, das Gefälligkeit und Unterhaltung großschrieb, nicht mehr aufzuhalten war. Die Rückkehr zu dem gebremst streitbaren, aber intellektuell anspruchsvolleren *Disput* der Anfangszeit ist wohl ausgeschlossen. Optisch wurde die Zeitschrift bunter, inhaltlich verblasste sie immer mehr.

2. Würdigung

In ihrer Außenwirkung waren *Was und wie* bzw. *Disput* ungleiche Brüder. Unter den Bedingungen einer Diktatur fungierte das DDR-Organ als Element der Beeinflussung der Bevölkerung im Sinne der Machthaber: Seine „Artikel [fanden] sich dann wortgetreu in der Provinzpresse wieder. [Die] Inhalte [flossen] indirekt in die Kommentierung der unmittelbar vom Presseamt oder vom Zentralkomitee der SED angeleiteten Medien ein.“⁹² In flottem Stil geschrieben, verbreitete sich auf diese Weise

88 Bernd Ihme, Aber bitte keinen Streit!?, in: Ebd., 7/2010, S. 17.

89 Gesine Löttsch/Klaus Ernst, Zuverlässig und berechenbar, in: Ebd., 8/2010, S. 4.

90 Gesine Löttsch, Die Programmdebatte geht weiter, in: Ebd., 7/2011, S. 5.

91 Vgl. Keiner bibbert gern. Interview mit Katja Kipping und Bernd Riexinger, in: Ebd., S. 4-7.

92 Gunter Holzweißig, Massenmedien in der DDR, 2. Aufl., Berlin (Ost) 1989, S. 60.

das Bild vom sozialistischen Musterstaat DDR. Demgegenüber dürfte es nicht vermessen sein zu konstatieren, dass *Disput* stets eine äußerst geringe Außenwirkung entfaltete – selbst innerhalb der link(sextrem)en Szenen. Aus der Zeitschrift zu zitieren, blieb politikwissenschaftlicher Fachliteratur vorbehalten. *Disput* nahm beizeiten Diskurse auf, initiierte indes keine. Aber auch die Innenwirkung sollte nicht allzu hoch eingeschätzt werden. Über die Höhe der Auflage schweigt sich die Partei wohlweislich aus – nicht einmal in den Verfassungsschutzberichten findet sie Erwähnung. Geschätzt wird, dass *Disput* etwa jedes zehnte Parteimitglied erreicht⁹³ – das wären, legt man die Mitgliederzahlen der *Linken* Ende 2014 zugrunde, aktuell gut 6.000 Exemplare. Die tatsächlich gedruckte Auflage dürfte nur unwesentlich höher liegen. Die *Linken*-Mitglieder bekommen *Disput* nicht automatisch zugeschickt, sie müssen die Zeitschrift abonnieren – für derzeit zwei Euro pro Heft. Dennoch ist *Disput* ein Zuschussgeschäft und war aus diesem Grund mehrmals von der Einstellung bedroht. Schon 1992 verlangte Gregor Gysi, „dass sich die Zeitung finanziell selbst trägt. Die Mitgliedsbeiträge reichen nicht aus, um diese Zeitschrift zusätzlich zu finanzieren.“⁹⁴ Dies blieb frommer Wunsch. Eine Arbeitsgemeinschaft der *Linken* rechnete 2013 vor, dass *Disput* zuletzt mit jährlich 65.000 Euro aus der Parteikasse am Leben erhalten wurde.⁹⁵

Disput einen gewissen Autismus zuzurechnen, trifft wohl den Kern. Die Innensicht dominierte stets und war Folge und Ursache der Marginalität des Periodikums zugleich. Der Charakter der Zeitschrift änderte sich gleichwohl. Ich habe in der Darstellung vier Phasen unterschieden. Die erste reichte bis Ende 1992 und war gekennzeichnet von der Selbstfindung der Partei. *Disput* war zu der Zeit relativ offen – sowohl gegenüber Diskussionen als auch gegenüber den unterschiedlichen ideologischen Strömungen. Der Anspruch der zweiten, sich bis Ende 1995 erstreckenden Phase, die Zeitschrift zu einem offensiveren Mittel der politischen Auseinandersetzung nach außen umzubauen, scheiterte. *Disput* konnte sich der immer wieder aufkeimenden internen Debatten nicht erwehren und machte schließlich aus der Not eine Tugend. Die Reformer behielten dabei stets das Heft in der Hand, während die Fundamentalisten nur hin und wieder zu Wort kamen. *Disput* war zu dieser Zeit streitbar nach innen, aber nicht mehr offen.

Die lange dritte Phase dauerte bis zum Zusammenschluss zur *Linken* 2007. Sie war gekennzeichnet von dem Bemühen, interne Streitigkeiten nicht mehr in *Disput* auszufechten, was leidlich gelang: Es wurde zwar hin und wieder über Konflikte berichtet, ausgetragen wurden sie aber woanders. Die Orthodoxen verschwanden gänzlich von den Seiten. Das Gera-Intermezzo ließ *Disput* schadlos, zu kurz war die Zeit für eine Machtübernahme durch die restaurativen Kräfte. Die Reformer bildeten über die Jahre einen Autorenstamm, der sich auch in stürmischen Zeiten als außeror-

93 Vgl. Bernd Hüttner, Die (Mosaik-)Linke und ihre Medien. Linke Medienarbeit im Online-Zeitalter, in: Ders./Christoph Nitz (Hrsg.), Handbuch AlternativMedien, Neu-Ulm 2011, S. 70.

94 Gysi (FN 32), S. 3.

95 BAG Rote Reporter/-innen, Stellungnahme zur vom Parteivorstand beschlossenen weiteren Kürzung des Fonds für zentrale Druckerzeugnisse. Manuskript, 27. November 2013.

dentlich standhaft erwies. Die Fusion 2007 läutete gleichwohl das Ende von *Disput* als Organ einer innerparteilichen Strömung ein. Die Redaktion nahm der Zeitschrift damit viel intellektuelle und politische Substanz. Es verstärkte sich der Trend der dritten Phase, Konfrontationen aus dem Weg zu gehen und vieles von dem, was die Partei umtrieb, schlicht zu ignorieren. Zwar fehlt der direkte Beleg, aber der Verdacht liegt nahe: Es ist wohl wesentlich Oskar Lafontaines autoritärem Führungsstil zu verdanken, dass *Disput* zum unverbindlichen, anspruchslosen Magazin von heute mutierte. Lafontaine ging zwar beileibe nicht zimperlich mit seinen Gegnern um. Aber sein autoritärer Führungsstil ließ keinen Zweifel daran aufkommen, dass er eine stromlinienförmige Partei anführen wollte. Die Debatten der PDS waren ihm zuwider.

Trotz aller Wandlungen gab es Konstanten in der Geschichte der Zeitschrift. Zumindest in den ersten drei Phasen hielt sie der Partei den Spiegel vor. Von der ängstlichen Sinnsuche über das unversöhnliche, erbitterte Aufeinanderprallen unterschiedlicher Strategien bis hin zu der Sehnsucht nach einer einigen Partei, die vor einer feindlichen Umgebung schützt. Diese Befindlichkeiten waren in der *PDS/Die Linke* auf unterschiedlichen Ebenen angesiedelt. Die Analyse von *Disput* zeigt, dass die Konfrontation Sache der Eliten war, während an der Basis Harmoniebedürfnis vorherrschte. Alles in allem wirkte *Disput* innerhalb der Partei in jeder Phase systemstabilisierend, auch wenn der Einfluss der Zeitschrift nicht überschätzt werden sollte. Anfangs fungierte sie als Plattform der Selbstverständigung, später versuchten die Vorstände, über *Disput* Konflikte zu moderieren und – nicht zuletzt durch Selektion der Beiträge – in ihrem Sinne zu steuern. In der vierten Phase hat die Zeitschrift gleichwohl jede dieser Funktionen verloren.

3. Literatur

Dass keine Monographie über *Disput* (oder seine Vorläufer) existiert, überrascht kaum. Die Gründe sind zum einen die geringe Bedeutung speziell des hier verhandelten Periodikums, aber auch von Mitgliederzeitschriften allgemein. Die letzte einschlägige Untersuchung datiert vierzig Jahre zurück.⁹⁶ Die Ursachen für dieses (politik-)wissenschaftliche Desinteresse mögen auf der Hand liegen, doch versprache – gerade mit Blick auf *Disput* – eine (vergleichende) Analyse der Funktion einschlägiger Organe bei der innerparteilichen Willensbildung Ertrag. Eine solche Untersuchung müsste allerdings auch berücksichtigen, was in der Zeitschrift *nicht* vorkommt – ein wunder Punkt von *Disput*. Aus Sicht der Extremismusforschung ist daher Vorsicht angesagt. Die Zeitschrift liefert nur einen Teil der Wahrheit über die PDS bzw. *Die Linke*. Wer die demokratische Orientierung der Partei auf den Prüfstand stellen will, kommt mit *Disput* weit, aber nicht weit genug. Entsprechend

96 Norbert Thomas Hoyer, *Innerparteiliche Demokratie und die Aufgabe der Mitgliederzeitschriften von Parteien*, phil. Diss., Universität Bonn 1976.

stützt sich die wissenschaftliche Literatur über die Partei vornehmlich auf andere Quellen – nur hin und wieder wird aus *Disput* zitiert. Keine dieser Veröffentlichungen schenkt der Zeitschrift größere Aufmerksamkeit – möglicherweise zu Unrecht. Denn *Disput* trägt durchaus zum Verständnis der Machtverhältnisse innerhalb der Partei – vor allem zu PDS-Zeiten – bei. In der linksgerichteten politischen Literatur kommt *Disput* ebenfalls nicht über den Fußnotenstatus hinaus.

Literatur

Literaturbericht:

Salafismus, Jihadismus und Islamismus in Deutschland

Von Riem Spielhaus

- Wael El-Gayar/Katrin Struck** (Hrsg.), Integration versus Salafismus. Identitätsfindung muslimischer Jugendlicher in Deutschland, Analysen, Methoden der Prävention, Praxisbeispiele, Schwalbach/Ts. 2014 (*Wochenschau*), 187 S.
- Naime Çakir**, Islamfeindlichkeit. Anatomie eines Feindbildes in Deutschland, Bielefeld 2014 (*transcript*), 272 S.
- Rauf Ceylan/Benjamin Jokisch** (Hrsg.), Salafismus in Deutschland. Entstehung, Radikalisierung und Prävention, Frankfurt am Main 2014 (*Peter Lang*), 268 S.
- Peter Flügler**, Terrorismus und terroristisches Kalkül. Eine qualitative Inhaltsanalyse, Hamburg 2014 (*Dr. Kovač*), 314 S.
- Christian Grafl/Bernhard Klob/Susanne Reindl-Krauskopf/Ireen Christine Winter** (Hrsg.), Islamistischer Terror – eine globale Bedrohung auch für Österreich? Frankfurt a. M. 2014 (*Verlag für Polizeiwissenschaft*), 116 S.
- Klaus Hummel/Mikhail Logvinov** (Hrsg.), Gefährliche Nähe. Salafismus und Dschihadismus in Deutschland, Stuttgart 2014 (*ibidem*), 295 S.
- Daniela Haarhuis**, Islamismus und Terrorismus in Deutschland. Handlungsmöglichkeiten für Politik und Rechtsstaat, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin 2014, 10 S.
- Ulrich Kraetzer**, Salafisten. Bedrohung für Deutschland?, Gütersloh 2014 (*Gütersloher Verlags-haus*), 287 S.
- Mathias Rohe/Mouhanad Khorchide/Havva Engin/Hansjörg Schmid** (Hrsg.), Christentum und Islam in Deutschland, Freiburg im Breisgau 2014 (*Herder*), 1295 S.
- Behnam T. Said**, Islamischer Staat. IS-Miliz, Al-Qaida und die deutschen Brigaden, München 2014 (*C. H. Beck*), 223 S.
- Thorsten Gerald Schneiders** (Hrsg.), Salafismus in Deutschland. Ursprünge und Gefahren einer fundamentalistischen Bewegung, Bielefeld 2014 (*transcript*), 463 S.
- Yasemin Shooman** „... weil ihre Kultur so ist“. Narrative des antimuslimischen Rassismus, Bielefeld 2014 (*transcript*), 260 S.
- Guido Steinberg**, Al-Qaidas deutsche Kämpfer. Die Globalisierung des islamistischen Terrorismus, Hamburg 2014 (*Edition Körberstiftung*), 457 S.
- Peter Wichmann**, Al-Qaida und der globale Dschihad. Eine vergleichende Betrachtung des transnationalen Terrorismus, Wiesbaden 2014 (*VS-Verlag*), 409 S.
- Jasmin Augustin**, Islamistische Selbstmordattentäter. Der Weg ins Paradies, Saarbrücken 2014 (*Akademikerverlag*) (elektron. Ressource).
- Tilman Seidensticker**, Islamismus. Geschichte, Vordenker, Organisationen, München 2014 (*C. H. Beck*), 127 S.

1. Definitionen, Abgrenzungen und Unklarheiten

Seit der Ende 2011 begonnenen „Lies!“-Kampagne zur Verteilung von Koranexemplaren in Fußgängerzonen, den Ausschreitungen in Solingen nach Provokationen vor einer ‚salafistischen‘ Moschee durch die Bürgerbewegung Pro NRW im Mai 2012, bei denen zwei Polizisten verletzt wurden, und der Demonstration der Hooligans gegen Salafisten (HoGeSa) im Oktober 2014 in Köln richten Medien, Politik und Wissenschaft ihre Aufmerksamkeit auf Salafisten und die Hintergründe ihrer Aktivitäten. Im Jahr 2014 erschien eine ganze Reihe an Monographien und Sammelbänden, die sich aus vielfältigen sozial- und geisteswissenschaftlichen Perspektiven den Strömungen und Aktivitäten des Islamismus, insbesondere aber dem Salafismus nähern und dabei jeweils unterschiedliche Schwerpunkte setzen. Einige dieser Bände stechen durch ihre detaillierte Beschreibung salafistischer Netzwerke und die Dokumentation ihrer terroristischen Aktivitäten heraus. Mehrere der jüngsten Publikationen entstanden in Verbindung mit sicherheitspolitischen Schwerpunktsetzungen. So ging der Sammelband *Islamistischer Terror – eine globale Bedrohung auch für Österreich?* aus einer Tagung österreichischer Sicherheitsbehörden hervor. Auch wirkten eine Reihe von Mitarbeitern deutscher Sicherheitsbehörden als Autoren und Herausgeber salafismusbezogener Veröffentlichungen. Dies verdeutlicht zum einen die gewachsenen Kompetenzen der Sicherheitsbehörden im Feld des Islamismus und fördert zum anderen sehr reflektierte Positionen innerhalb des Sicherheitsbereiches zutage, die Kritik am bisherigen Vorgehen bei der Bekämpfung von Islamismus und vor allem Jihadismus nicht zurückhalten.

Ohne Ausnahme versuchen gerade die vorliegenden Sammelbände, einen Bogen von der Analyse hin zu Empfehlungen für den Umgang mit salafistischen Bewegungen in Deutschland im Duktus von Präventionsmaßnahmen zu schlagen. Dies gilt insbesondere für die beiden unter dem Titel *Salafismus in Deutschland* erschienenen Bände sowie die Artikelsammlungen *Integration oder Salafismus* und *Gefährliche Nähe. Salafismus und Dschihadismus in Deutschland*. Es lässt sich darunter kaum eine Veröffentlichung finden, die den Salafismus nicht unter sicherheitspolitischen Gesichtspunkten und als zu verhinderndes Phänomen referiert. Im Hinblick auf die Eingrenzung des Phänomens und der zum Teil unterschiedlich gesetzten Rahmung mögen gerade diese epistemologischen Prämissen durchschlagende Wirkung haben. Ihre Reflexion und Bewertung steht – bis auf wenige Ausnahmen (Lohlker, Jokisch/Ceylan) – allerdings noch aus.

Das kleine Büchlein des Jenaer Islamwissenschaftlers Tilman Seidensticker gibt eine kompakte Einführung zum Islamismus und verschafft einen soliden ersten Überblick über dessen Geschichte, wichtigste Vordenker und Organisationen in mehrheitlich muslimischen Ländern in allgemein verständlicher Sprache, aber mit der nötigen fachlichen Präzision. Auch aufgrund seiner Kürze und Kompaktheit eignet sich Seidenstickers *Islamismus* gut als Einstieg in das Thema, das den Lesern die Komplexität des Themas allerdings nicht verheimlicht. Nicht zuletzt weil das inzwischen gut achtzig Jahre alte Phänomen sich verändert und differenziert habe, gäbe es

keine allgemein akzeptierte Bestimmung des Begriffs, erklärt Seidensticker und nutzt selbst eine recht weite Definition: „Beim Islamismus handelt es sich um Bestrebungen zur Umgestaltung von Gesellschaft, Kultur, Staat oder Politik anhand von Werten und Normen, die als islamisch angesehen werden“ (S. 9).

Mit Meilenstiefeln führt Seidensticker seine Leser durch die Geschichte des Islamismus und widmet sich ausführlich den prägenden Vertretern unterschiedlicher islamistischer Denkrichtungen: Jamal ad-Din Al-Afghani und Rashid Rida, den antikolonialen Aktivisten des Panislamismus, Hasan al-Banna, dem Gründer der Muslimbruderschaft, Sayyid Qutb, dem Ideologen des radikalisierten Islamismus, Ruhollah Khomeini, dem Gründer der Islamischen Republik Iran, Hasan at-Turabi, dem Paten des Islamismus im Sudan und Nasir ad-Din al-Albani, dem Vordenker des Salafismus. Anschließend stellt er markante Organisationen wie die Muslimbrüder in verschiedenen nationalen Kontexten, islamistische Parteien in Regierungsverantwortung, al-Qaida und die libanesische Hizbullah vor.

Islamistische Strömungen entwickelten sich, wie Seidensticker erklärt, zeitgleich mit fundamentalistischen Strömungen im Judentum, Christentum und im Hinduismus, deren Ähnlichkeiten in ihrem Angebot überzeitlicher Heilsgewissheit für die Anhänger der eigenen Religion, dem Gut-Böse-Dualismus und den totalitären Visionen in Anlehnung an eine idealisierte Urgesellschaft liegen. Hilfreich für ein Verständnis der Entwicklungen des Islamismus sind die drei idealtypischen Orientierungen, die Fragen nach dem Verhältnis von westlichem Gedankengut, Moderne und Islam jeweils unterschiedlich beantworten. Während Modernisten von der Vereinbarkeit des Islam mit der Moderne ausgehen, letzterer prinzipiell positiv gegenüberstehen und scheinbare Unverträglichkeiten auf Fehlinterpretationen des Islam zurückführen, sehen Traditionalisten und Reformisten die Übernahme europäischer Ideen sehr kritisch. Traditionalisten erklären Missstände in der islamischen Welt mit westlicher Einflussnahme (etwa durch den Kolonialismus) und bewerten im Gegensatz zu Reformisten die eigene religiöse Tradition inklusive der Gelehrteninstitutionen des Islam im Wesentlichen positiv. Der Reformgedanke wiederum, dem die meisten Vordenker und Anhänger des Islamismus zuneigen, führt die beklagenswerte Lage der islamischen Welt auf interne Fehlentwicklungen wie die Übernahmen aus anderen Kulturen und Willfährigkeit der Gelehrten gegenüber Despoten zurück. Die Gesellschaften hätten sich vom Islam entfernt. Lösungen könne daher nur eine Orientierung an der Frühzeit des Islam bringen. Der Islamismus als Gesamtphänomen gehe deshalb immer mit einer Distanzierung von Teilen der religiös-politischen Geschichte einher. Allen islamistischen Visionen liege der Impuls zugrunde, vorbei an der degenerierten Tradition unmittelbar auf die Frühzeit zurückzugreifen, der im Salafismus allerdings mit der Ablehnung der vier sunnitischen Rechtsschulen seine schärfste Ausprägung gefunden hat.

Die auf den 1703-1792 auf der saudischen Halbinsel lebenden Muhammad ibn ‘Abd al-Wahhāb zurückgehende extreme Definition des Monotheismus („tauhīd“) wurde so zu einem Kernelement der salafistischen Theologie. Als dem „tauhīd“ gegenläufige Praktiken sah ‘Abd al-Wahhāb, nach dem die Strömung des Wahhabis-

mus benannt ist, insbesondere den Heiligen- und Gräberkult des Sufismus, des mystischen Islams, mit seinen Formen der Heiligenverehrung und des schi'itischen Islams mit seiner Verehrung der Imame an. Wahre Monotheisten hätten 'Abd al-Wahhāb zufolge nicht nur jeglichen Kontakt mit Anhängern der Vielgötterei zu vermeiden, sondern müssten sich auch aktiv gegen diese einsetzen, da sie ansonsten selbst auf die Stufe von Ungläubigen rückten. Diese Theologie bedeutet, wie Seidensticker betont, einen Bruch mit dem Konsens sämtlicher sunnitischer Rechtsschulen. Islamischen Gelehrten machte 'Abd al-Wahhāb den Vorwurf, zu einem falschen Konsens in der Frage des islamischen Monotheismus gekommen zu sein.

Die heutigen Salafisten sagten sich von den vier sunnitischen Rechtsschulen los. Aus ihrem strengen Monotheismusverständnis ergibt sich die im salafistischen Milieu zu beobachtende Abneigung gegen Sufis, Schiiten und Kontakte zu Nichtmuslimen. Bestehende Verwirrungen im Zusammenhang mit dem Begriff Salafismus führt der Islamwissenschaftler Seidensticker auf dessen Neigung zur Zersplitterung aufgrund der Betonung individueller Glaubensinhalte und der informellen Form von Lehrer-Schüler-Beziehungen zurück. Dissens unter Salafis entzündete sich an kleinen Äußerlichkeiten, genauso wie an der bedeutsamen Frage, ab welchem Zeitpunkt ein Herrscher nicht mehr nur als korrupt, sondern wirklich ungläubig einzuschätzen und damit gewaltsam zu bekämpfen sei. Die Frage ist bedeutsam, weil diese Entscheidung in den Augen von Jihadisten die gewaltsame Bekämpfung solcher Herrscher legitimiere. Da Teile ihrer Anhängerschaft allerdings keine direkten politischen Ambitionen entwickelt hätten, wird der Wahhabismus und der eng mit ihm verwandte Salafismus Seidensticker zufolge zum Teil nicht dem Islamismus, also Bestrebungen zur Umgestaltung von Gesellschaft, Kultur, Staat oder Politik, zugerechnet.

Der Beitrag des Islamwissenschaftlers und Mitarbeiters beim Berliner Landesamt für Verfassungsschutz, Olaf Farschid, im *Handbuch Christentum und Islam in Deutschland* nimmt ebenfalls grundlegende Einordnungen vor. Zu erwähnen ist zunächst, dass dieser Beitrag der einzige mit sicherheitspolitischem Blick in dem – in zwei Bänden – über 1.200 Seiten umfassenden Kompendium ist. Das Handbuch bildet so eine Realität ab, in der Islam und muslimisches Leben in Deutschland eben gerade nicht auf Islamismus und sicherheitspolitische Fragestellungen reduziert werden können. Gerade dies, so Farschid, sei jedoch eine dominante Fehldeutung im Islamdiskurs hierzulande, in dem der Islam häufiger als politische Ideologie denn als Religion wahrgenommen werde, die die Herausbildung demokratischer Strukturen in mehrheitlich muslimischen Ländern oder die Integration von Muslimen hierzulande verhindere. Islamistischen Bewegungen wie der Muslimbruderschaft und al-Qaida, die bekanntlich ideologisch gegeneinander gerichtet seien, würden einheitliche Agenden unterstellt und Ideologeme des zeitgenössischen Islamismus mit dem Islam gleichgesetzt. Dies sei vor allem deshalb problematisch, weil islamistische Auffassungen vielfach die Außenwahrnehmung ‚des Islams‘ und ‚der Muslime‘ prägten und das Islamverständnis nicht nur islamfeindlicher Gruppen, sondern der Mitte der Gesellschaft bestimmten. Der Artikel des Verfassungsschützers liest sich denn auch als Plädoyer für eine offensive Verteidigung der Religionsfreiheit – gerade im Hin-

blick auf den Islam – bei gleichzeitiger Beobachtung und inhaltlicher Auseinandersetzung mit extremistischen Strukturen und Positionen, um dem Absolutheitsanspruch und der Deutungshoheit von Islamisten „etwas entgegenzusetzen“ (S. 447).

In seiner Analyse aktueller Entwicklungen des Islamismus stellt Farschid eine Veränderung im Verhältnis zwischen legalistischen Islamisten und gewaltorientierten Gruppen fest. Der bis in die 2010er Jahre weithin als dominante islamistische Gruppierung beurteilten Islamischen Gemeinschaft Millî Görüş (IGMG) attestiert er das Potenzial, sich von der Ideologie ihres 2011 verstorbenen Anführers Necmettin Erbakan zu distanzieren. In der Mutterorganisation der Muslimbruderschaft in Ägypten sei derzeit nicht absehbar, inwieweit sich Teile der Organisation nach der gewaltsamen Absetzung des gewählten Präsidenten Mohammed Mursi 2013 radikalisieren und auf Gewalt setzen werden oder ob die Bewegung ihren seit 40 Jahren bestehenden offiziellen Kurs des Gewaltverzichts beibehalte. Im Spektrum der gewaltbefürwortenden und -ausübenden Gruppen stellen demnach Salafismus und vor allem Jihadismus die derzeit dynamischsten Strömungen dar. Als notwendigen Schwerpunkt im Umgang mit dem Islamismus macht Farschid daher die Auseinandersetzung mit jihadistischem Gedankengut aus, die in der Entwicklung und Verbreitung von Gegenargumenten zu pseudo-theologischen Legitimationsmustern des militanten Jihad liegen könne.

2. Von Salafismus und Jihadismus

Der Begriff des Salafismus – abgeleitet vom arabischen Wort „salafīyya“ – wird in der Forschungsliteratur kontrovers diskutiert. Er steht zunächst einmal für eine Rückbesinnung auf die frühe Phase des Islams der ersten drei Generationen, den „salaf as-sālih“, die als Vorbilder und Praktizierende des authentischen, wahren Islams gelten und denen eine normative und formative Funktion zugebilligt wird. Die durch den Propheten offenbarte Schrift wird durch dessen Sprüche und Taten, die Sunna, präzisiert und ergänzt. Uneinigkeit besteht jedoch darüber, ob dieser Terminus einen vormodernen Ursprung besitzt und ob sich aus diesem eine Kontinuität zu dem heutigen ideologischen Konzept des Salafismus ableiten lässt. Im Versuch, das aktuelle Phänomen vom klassischen Terminus der „salaf as-sālih“, den frommen Altvorderen, abzugrenzen, verwenden einige Autoren den Begriff „Neo-Salafismus“, der die von Vertretern dieser Bewegungen selbst behauptete Genealogie bis ins 9. Jahrhundert in Zweifel zieht und in ihnen eine moderne bzw. anti-moderne Bewegung erkennt.

Der von Thorsten Gerald Schneiders herausgegebene Sammelband *Salafismus in Deutschland* ordnet das Phänomen im Untertitel als islamisch-fundamentalistische Bewegung ein. Die insgesamt 29 Beiträge bilden eine große Bandbreite der aktuellen Forschung ab und liefern im ersten Teil des Bandes vor allem historisches und theologisches Grundlagenwissen. So widmet Birgit Krawietz sich in zwei Beiträgen dem mittelalterlichen Rechtsgelehrten Ibn Taymiyya (1263-1328) und dessen Schü-

ler Ibn al-Qayyim al-Jauziyya (1292-1350), die heute von vielen Islamisten zu Rate gezogen werden. Dabei geht sie dem von ihr als fragmentarisch charakterisierten Rezeptionsverhalten der Leser dieser beiden Gelehrten nach. Die Schriften werden, so Krawietz, nicht im Original gelesen, sondern in entschlackter Form häppchenweise aufbereitet und in der Heftchenliteratur sowie auf Websites für Propaganda nutzbar gemacht. Gerade Ibn al-Qayyim sei ein Beispiel für das Aufbrechen umfangreicher Monographien auf dem Wege der Fragmentierung und ihrer Zusammenfügung mit anderen Materialien.

Mehrere Beiträge im ebenfalls unter dem Titel *Salafismus in Deutschland* erschienenen Sammelband von Rauf Ceylan und Benjamin Jokisch argumentieren, dass der Rückbezug auf Traditionen des frühen, ursprünglichen Islam in vielen Strömungen nicht dazu verleiten solle, ihn als Ganzen unter Generalverdacht zu stellen. So macht Abdurrahim Kozalı Unterschiede zwischen den „salaf“, den Altvorderen, und deren Verständnis im Salafismus deutlich. Er weist nach, dass die frühislamische Tradition einem stetigen Wandel unterlag und eben nicht der von Salafisten vorgegebenen, statischen Form entspreche. Bacem Dziri geht dem innerislamischen Diskurs um die begriffliche und inhaltliche Beziehung der Kategorien Islam und Salafismus nach. Er vertritt die These von einer historischen Neuartigkeit des Salafismus als modernes Reformprogramm, das seit den 1920er Jahren unter diesem Label firmiert. Als klassischen Salafismus bezeichnet Dziri die von Jamal ad-Din Al-Afghani und Muhammad Abduh begründete und später von Rashid Rida fortgeführte Reformbewegung des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts, die nach Wegen suchte, die Lehren des Islam mit den Erkenntnissen der Moderne in Einklang zu bringen. Dziri erläutert, wie Rashid Rida die Reformen in Richtung des wahhabitischen Purismus rückte, der sich auf den im 18. Jahrhundert auf der arabischen Halbinsel lebenden Muhammad ibn ‘Abd al-Wahhāb bezieht. Die Vertreter des Hauptstroms der Salafiyya¹ verstünden sich laut Dziri selbst als Traditionalisten, die das Islamverständnis der Altvorderen, „salaf“, als Erbe mit sich trügen, welches von Ahmad ibn Hanbal (gestorben 855) in der von ihm begründeten Rechtsschule aufgegriffen, von dem Gelehrten Ibn Taymiyya (gestorben 1328) erneuert, in Gänze aber erst durch Muhammad ibn ‘Abd al-Wahhāb im Bereich der Theologie und durch Muhammad Nasir ad-Din al-Albani (gestorben 1999) im Bereich des Rechts wieder hergestellt worden sei. Die damit einhergehende Ablehnung der vier sunnitischen Rechtsschulen wurde von zahlreichen Gelehrten scharf als Bruch mit dem Konsens des anerkannten Pluralismus kritisiert. Dziri nennt die viel beachtete Anklageschrift Ramadan al-Butis (1929-2013) gegen den Salafismus, in der er diesen selbst als die bedrohlichste Abweichung vom Islam beschreibt und damit dessen Feldzug gegen (vermeintliche) Neuerungen und Abweichungen für einen ‚reinen‘ Islam angreift. In Bezug auf die Strömungen der Sufis bezieht sich die Ablehnung nicht allein auf

1 Bacem Dziri verwendet durchgängig den Begriff Neo-Salafiyya für die von anderen Autoren als Salafismus bezeichnete Bewegung. Der besseren Verständlichkeit wegen wird hier der Begriff Salafismus verwendet.

Glaubensinhalte, sondern vor allem auf Praktiken – wie Feierlichkeiten zum Geburtstag des Propheten Muhammad. Sie äußert sich unter anderem in der Zerstörung von Gräbern angesehener Persönlichkeiten des mystischen Islam und anderer historisch bedeutsamer Bauten. Schließlich konstatiert der Autor eine Abkopplung vieler Salafisten von der etablierten islamischen Gelehrsamkeit, welche die Bewegung auf absehbare Zeit in der Rolle einer Minderheit festhalte. Ihr Anspruch einer einfachen und eindeutigen Lehre durch die Bezugnahme auf die Altvorderen werde durch gegensätzliche Interpretationen all jener Bewegungen konterkariert, die sich gleichfalls auf diese berufen. Der exklusivistische Anspruch des Salafismus könne, so Bacem Dziri mit Verweis auf die scharfen Auseinandersetzungen innerhalb der Bewegung, nur durch einen kritischen Diskurs – der sowohl gesunde Pluralität als auch Traditions- und Gemeinschaftssinn bewahrt und aushält – entkräftet werden.

Wie Jokisch und Ceylan in der Einleitung zu ihrem Sammelband ausführen, kennzeichnet den heutigen Salafismus die Formulierung dichotomer Weltbilder: In ihnen wird klar zwischen Freund und Feind unterschieden. Sie knüpfen an gängige, nicht ureigentlich islamische Kritikmuster – wie eine Kapitalismuskritik oder den Antiamerikanismus – an. Der Bezug auf politische Konflikte und Kriege in der islamischen Welt sowie die Solidarisierung mit dortigen Muslimen unterstütze ein Wir-Gefühl. Ein exklusiver Wahrheitsanspruch fördere das Selbstwertgefühl der zumeist nach eigenem Empfinden stigmatisierten Anhänger, indem er mit einer Ideologie der Ungleichwertigkeit einen scharfen Kontrast zu allen Andersdenkenden – bei gleichzeitiger Suggestion eines innergemeinschaftlichen Egalitarismus – schafft. Damit bilden salafistische Zirkel attraktive Sammelbecken für Jugendliche, die aufgrund verschiedener Stigmata nicht oder nicht voll in die Gesellschaft integriert seien. Genau aus diesem Grund plädiert die selbst in der Präventionsarbeit aktive Claudia Dantschke in ihrem Beitrag für finanziell geförderte, zivilgesellschaftliche Maßnahmen zur Prävention, anstelle eines ausschließlich auf repressive Schritte der Sicherheitsbehörden setzenden Ansatzes. Ein solcher Diskurs, der lediglich auf den Sicherheitsaspekt ausgerichtet ist und pauschal von ‚den‘ Salafisten spricht, könne der komplexen Entwicklung dieser Bewegung in Deutschland und darüber hinaus nicht gerecht werden. Zugleich werde eine Law-and-Order-Politik nur als Bestätigung für die eigene Zugehörigkeit zur ausgewählten Elite der ‚Rechtgläubigen‘ wahrgenommen. Je größer die Diskriminierung und je höher der Druck von Sicherheits- und Polizeibehörden sei, so fasst die Autorin die salafistische Propaganda zusammen, desto größer scheine die Gewissheit, auf der richtigen Seite zu stehen.

Einige – aber keineswegs alle – der als Anhänger des Salafismus charakterisierten Personen beziehen sich selbst auf den Begriff der „Salafiyya“ bzw. bezeichnen sich als Salafi(s), wobei auch unter ihnen kein begrifflicher Konsens über seine Bedeutung besteht. Ein erheblicher Dissens ist im Hinblick auf die zum Salafismus zählenden Organisationen und Netzwerke erkennbar. In den Publikationen dominieren enge Auslegungen, die einen Bezug auf salafistische Ideologen bzw. strukturelle oder personelle Verbindungen zu einschlägigen salafistischen Gruppen voraussetzen. Der Politikwissenschaftler Peter Wichmann hingegen verwendet eine recht weite Defini-

tion von Salafismus, auf deren Grundlage er alle islamistischen Bewegungen mit Ausnahme der schi'itischen Strömungen dazurechnet. In ihrer Einleitung zum Sammelband *Salafismus in Deutschland* beklagen Jokisch und Ceylan demgegenüber eine geradezu inflationäre und zum Teil pauschalisierende Anwendung des Begriffs „Salafismus“. Dies gelte für die Medien wie die wissenschaftliche Literatur. Salafismus wird mithin synonym zu Islamismus und zum islamistischen Terrorismus benutzt.

Während einige Autoren eine gewalttätige Strömung innerhalb des Salafismus ausmachen, die sie unter dem Terminus des Jihadismus analysieren, argumentieren Autoren wie Wichmann, dass die Unterschiede unter den Salafisten in Bezug auf ihre Gewaltanwendung marginal seien, und verzichten damit auf derartige Unterscheidungen – was in eine nahezu synonyme Verwendung von Salafismus und Jihadismus mündet. Indem wieder andere Autoren wie Behnam Said oder Guido Steinberg sich auf militante Gruppierungen und Netzwerke konzentrieren, wählen sie von vornherein einen ganz bestimmten Ausschnitt aus dem salafistischen Milieu und bleiben dieser Eingrenzung treu. Die Autoren aller hier einbezogenen Veröffentlichungen sind sich darin einig, dass es sich beim Salafismus – wie bei dessen militanten Spielarten – um transnationale Bewegungen handelt. Die deutschsprachigen Publikationen unternehmen ausnahmslos mindestens einen Exkurs in den Nahen Osten und nach Zentralasien, insbesondere nach Afghanistan, Syrien und den Irak. Wenn ihr Fokus – wie bei Said und Steinberg – ohnehin eher dort liegt, widmen sie den deutschen Kämpfern und jihadistischen Netzwerken in Deutschland ausführliche Kapitel.

Jokisch und Ceylan dokumentieren dabei auch die zum Teil großen Unstimmigkeiten unter den salafistischen Bewegungen und Milizen. Ihr Dissens reicht von Unterschieden in theologischen Fragen bis zum gegenseitigen Absprechen des Glaubens „takfir“, und schließlich bis zur offenen Bekämpfung auf dem Schlachtfeld in Syrien und Irak. Während die formal vorgebliche Anknüpfung an die Tradition einen legitimatorischen Zweck erfülle, diene die für (auch muslimische) Laien kaum erkennbare Transformation islamischer Konzepte der Anpassung an propagandistische oder militärisch-strategische Bedürfnisse salafistischer Gruppierungen. Sie selektieren diese, interpretieren sie neu und verbinden sie mit anderen, teilweise nicht-islamischen Elementen. Die von den Gruppierungen vertretenen Werte vermitteln ein Gefühl der moralischen Überlegenheit, das durch staatliche Verfolgungen noch verstärkt werde.

Eine Reihe von Publikationen lässt den Traditionalismusanspruch in den Selbstdarstellungen salafistischer Ideologen unhinterfragt. Dieser wird in mehreren Beiträgen zu *Salafismus in Deutschland* jedoch kräftig in Zweifel gezogen. So beharrt der zweite Herausgeber Jokisch in seinem Artikel darauf, dass die Altvorderen, „salaf as-salih“, auf die sich die Begriffe „Salafiyya“ und „Salafismus“ beziehen, weder eine Bewegung noch ein Konzept repräsentiert hätten, sondern lediglich als herausragende, fromme Gläubige des frühen Islam galten, die dem Propheten zeitlich nahestanden und das Ideal der islamischen Umma praktizierten. Gleichzeitig stehe der

Begriff Salafismus für ein weites Spektrum an Konzepten – mit Gemeinsamkeiten und deutlichen Unterschieden. Klare Abgrenzungen zu verwandten Begriffen wie Islamismus, Jihadismus, Fundamentalismus, Radikalismus oder Extremismus fielen – Jokisch zufolge – daher schwer. Salafistische Gruppierungen seien äußerst vielfältig und widersprüchlich bis hin zur gegenseitigen Disqualifizierung als „ungläubig“. Bei näherer Betrachtung erwiesen sich die zahlreichen normativen Diktate salafistischer Gruppen, die zunächst als strikte Anbindung an die Tradition erschienen, als sehr freie, nahezu willkürliche Formen der Auslegung. In den meisten Ausprägungen definierte sich der Salafismus in erster Linie weniger positiv, vielmehr durch die Abgrenzung von anderen Gruppen und Konzepten. Er wende sich gegen jegliche extensiv verstandene Häresie. Auf Grundlage des zentralen Konzeptes eines Prinzips der Einheit Gottes, „tawhid“, würden eine Reihe frühislamischer Strömungen inklusive der sufistischen und schi‘itischen sowie alle Formen der Neuerung, „bid‘a“, abgelehnt. Was als Neuerung einzustufen ist, sei dabei Ausgangspunkt für heftige Konflikte. Diese Dichotomie wird auf die globale Ebene übertragen, in welcher der Islam der nicht-islamischen Welt gegenübersteht.

Jokisch referiert die Schlüsselkonzepte salafistischer Referenzgrößen wie „tauhid“, Monotheismus bzw. Prinzip der Einheit Gottes, „shirk“, Vielgötterei und „takfir“, Disqualifizierung als Ungläubige, um dann festzustellen, dass die Bezüge auf frühe Gelehrten eher punktuell sind und deren Konzepte eine grundlegend neue Deutung vor den Fragestellungen der Moderne erfahren. Die Tradition bilde als Topos ein starkes gemeinsames Element, das nicht nur für den modernen Salafismus, sondern für nahezu alle Strömungen des vormodernen Islam zentral sei. Dies dürfe allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese beanspruchte Tradition in ihrer Substanz – je nach hermeneutischer Herangehensweise – in hohem Maße variabel sei. Salafisten schöpften also aus einem weiten Spektrum von islamischen Konzepten der Vormoderne und verbanden diese zu einer Gesamtkonzeption, die als solche keiner vormodernen Bewegung oder Gruppierung zugeordnet werden könne. Jokisch kommt so zu dem Urteil, der moderne Salafismus sei ein gänzlich neuartiges Phänomen, das vor allem im Hinblick auf die Bedingungen einer globalisierten Welt zu analysieren sei.

3. Zwischen Ablehnung, Verherrlichung und Anwendung von Gewalt

Zu beobachten sind immer wieder auch Auseinandersetzungen zwischen als salafistisch kategorisierten Gruppierungen, wenn etwa jihadistische Positionen einer massiven Kritik durch puristische Salafisten ausgesetzt sind, die politische Aktionen und vor allem Gewalt ablehnen oder gar verurteilen. Eines der prominentesten Modelle zur Strukturierung des salafistischen Feldes ist das des amerikanischen Politikwissenschaftlers Quintan Wiktorowicz: Er unterteilt den Salafismus in gewaltlose, quietistische Puristen, gewaltablehnende Politicos und gewaltbejahende Jihadisten. Explizit oder implizit wird diese Kategorisierung immer wieder herangezogen, um ein-

zelne salafistische Gruppierungen und unterschiedliche Tendenzen im salafistischen Feld einzuordnen. So nutzt Claudia Dantschke in ihren beiden Beiträgen zu den Sammelbänden von Schneiders sowie Ceylan und Jokisch das Modell von Wiktorowicz in durch eine Ergänzung leicht abgewandelter Form, wenngleich sie dessen Verfasser nicht explizit nennt.

Am Modell von Wiktorowicz arbeiten sich auch andere Autoren kritisch ab. In seiner politikwissenschaftlichen Dissertation *Al-Qaida und der globale Djiha*d formuliert Wichmann seine Kritik an dieser Dreiteilung in Bezug auf die Frage, wann und in welcher Situation der bewaffnete Jihad zur Anwendung kommen solle. Er spitzt dieses Problem auf die Schlüsselfrage zu, wann ein Angriff auf den Islam vorliege. Da sich auch die vermeintlich gewaltlosen Puristen am Wirken des Propheten Mohammed und seiner Weggefährten orientierten, der schließlich Gewalt ausgeübt habe, könne sich eine momentane Gewaltdistanz von Salafisten, die Gewalt als Mittel zur Verbreitung des Islams oder anderen Situationen nicht öffentlich befürworten, in bestimmten anderen Fällen in eine aktive Unterstützung von Gewalt wandeln. Eine ‚puristische‘ Erscheinungsform für Salafisten sei aufgrund der historischen Praxis nicht begründbar und „ein puristischer Salafismus [...] in einer Typologie somit nicht folgerichtig“ (S. 138). Auch die von Wiktorowicz vorgenommene Unterscheidung zwischen politischem und jihadistischem Salafismus sei fraglich, weil der Begriff des Politischen bereits einen Machtanspruch impliziere. Per se verfolge der Salafismus laut Wichmann einen politischen Machtanspruch im Sinne einer islamischen Herrschaftsordnung. Demnach sei eine gewaltablehnende Haltung innerhalb des Salafismus gar nicht möglich. Der Unterschied liege vielmehr in der Wahl der Mittel, die eine Trennung in legalistische Strömungen (die erst in einem späteren Stadium zum bewaffneten Jihad greifen würden) und gewaltbereiten Salafisten (die Gewaltanwendung bereits jetzt offen propagierten) erlaube.

Im Gegensatz dazu erklärt Dantschke in dem oben zitierten Modell, die puristische „Salafiyya“ in Deutschland umfasse Personen, die entsprechend der salafistischen Islaminterpretation in ihrem privaten Bereich streng religiös lebten und von Staat und Gesellschaft – quasi mit Verweis auf die Religionsfreiheit – erwarteten, dass ihnen dies gewährt wird. Im Gegenzug verpflichten sich die Anhänger dieser Szene, die öffentliche Ordnung und die Verfasstheit des Staates, der ihnen diese Lebensweise zubilligt, nicht infrage zu stellen oder gar zu stürzen. Diese Auffassung orientiert sich an der von saudischen Gelehrten formulierten Maßgabe, eine ‚Gott gegebene Ordnung‘ nicht anzufechten, solange das Praktizieren ihrer Religion möglich sei. Da sie weder Staat noch Verfassung angriffen, fielen diese puristischen Salafisten laut Dantschke auch nicht unter den Beobachtungsauftrag des Verfassungsschutzes. Die beiden Referenten des Landeskriminalamtes Rheinland-Pfalz Marwan Abou Taam und Aladin Sarhan verweisen darauf, dass sich die Positionen der Meinungsführer nicht immer mit denen der Anhänger oder Sympathisanten deckten, die multiple Loyalitäten und Patchwork-Ideologien ausbildeten, losgelöst von den Meinungsführern handelten und sich so gegen Kategorisierungen wie der von Wiktorowicz sperrten.

Der Wiener Islamwissenschaftler Rüdiger Lohlker charakterisiert in seinem Beitrag zu dem Sammelband von Ceylan und Jokisch die Dreiertypologie von Wiktorowicz eher als Orientierungsinstrument für die US-Außenpolitik denn als wissenschaftliche Kategorienbildung und damit für eine unvoreingenommene Analyse nur bedingt tauglich. Mit Verweis auf den niederländischen Ethnologen Martijn de Koning² kritisiert Lohlker, wie wenig adäquat die Typologie Veränderungen innerhalb und zwischen verschiedenen Unterströmungen des Salafismus abbilden und analysieren könne.

Während Salafismus in Wichmanns *Al-Qaida und der globale Dihad* daher in größtmöglicher Breite verstanden wird – im Endeffekt zählt er offenbar alle islamistischen Bewegungen mit Ausnahme der schi'itischen dazu –, konzentriert sich Lohlker in seinem Beitrag zu dem Sammelband *Islamistischer Terror – eine globale Bedrohung auch für Österreich?* auf den Jihadismus als gewalttätige Strömung. Diesen erklärt er als eine transnationale Subkultur, deren zentrales Identitätsmerkmal im Gebrauch von Gewalt bestehe, die von einem religiösen Framing geprägt sei und abgesehen davon gewisse Züge anderer Subkulturen teile. So nehme der Online-Jihadismus Anleihen bei der globalen Medien- und Popkultur bzw. nutze ähnliche Verbreitungsmechanismen wie die Gaming-Industrie. Die Bezüge auf den islamischen *master frame* dienten als frei fluktuierende Ideen, die ein subkulturelles Kapital schaffen, das den Status der Jihadis als wahre Muslime anhebe und sie von der globalen Mainstreamkultur der Muslime abgrenze. „Dadurch schaffen sie eine Handlungsweise, einen (Lebens-)Stil, der als in Übereinstimmung mit Werten verstanden werden kann, die den *frame* sprengen können, der allgemein von Muslimen geteilt wird“ (S. 11). Mit der jihadistischen Subkultur stehe die Zurückweisung des normalen Lebens und Glaubens in Verbindung, aus ihr ergebe sich eine negative Beziehung zu (muslimischen wie nicht-muslimischen) Mainstreamgesellschaften. Der Jihadismus verkörpere kein eigentlich politisches Projekt, betont Lohlker. Es handele sich beim Jihadismus um eine „Seinsweise“ und keine zielgerichtete politisch-religiöse Bewegung. Doch: Wer gehört dazu? Welche Organisationen sind Teil des Jihadismus oder Salafismus? Und schwieriger noch: Welche Individuen sind der einen oder der anderen Kategorie zuzuordnen – eine Frage mit direkten Implikationen für die Einschätzung von Gefährdungslagen und den Bedarf von Präventions- bzw. Deradikalisierungsmaßnahmen. Lohlker zufolge seien „Automatismen, die aus einer bestimmten Lehrmeinung in den jihadistischen Terrorismus führen“, nicht erkennbar (S. 179).

Obwohl sie als gewaltbereite islamistische Gruppierungen einzuschätzen seien, zählt Lohlker die palästinensische Hamas, die libanesische Hizbullah oder die afghanischen (Neo)Taliban nicht zum Jihadismus. Sie wirkten auf einen nationalen Rahmen bezogen und verfolgten darin relativ klar definierte Projekte. Die Strategien und

2 Martijn de Koning, „The ‚Other‘ Political Islam: Understanding Salafī Politics“, in: Amel Boubekeur/Olivier Roy (Hrsg.), *Whatever Happened to the Islamists? Salafis, Heavy Metal Muslims and the Lure of Consumerist Islam*, New York 2012, S. 153-175.

Taktiken dieser drei Bewegungen seien daher in einem nationalstaatlichen Rahmen zu analysieren – auch wenn sie vom Jihad sprechen. An anderer Stelle wird dem Jihadismus die Transnationalität ebenfalls als wesentliches Wesensmerkmal attestiert. Bis auf wenige Ausnahmen scheinen die hier rezipierten Autoren den Salafismus als eine von mehreren sunnitischen Spielarten des Islamismus zu verstehen und den Jihadismus wiederum als radikale, gewaltbereite Variante des Salafismus.

In seinem Beitrag zum jihadistischen Salafismus in Schneiders *Salafismus in Deutschland* unterscheidet der Bonner Politikwissenschaftler Dirk Baehr von Sayyid Qutb und der Muslimbruderschaft inspirierte (klassische) Jihadisten einerseits und salafistische Jihadisten bzw. jihadistische Salafisten andererseits. Er begreift also den Jihad als mehrere islamistische Strömungen umfassend und hält es für nötig, dessen salafistische Varianten gesondert zu benennen.

4. Al-Qaida, Al-Nusra-Front und ISIS

Der globalen Bewegung des Jihadismus, der Geschichte des Jihads in Syrien und den Querverbindungen zum Irakkrieg ab 2003 wendet sich der am Landesamt für Verfassungsschutz in Hamburg tätige Islamwissenschaftler Behnam T. Said in *Islamischer Staat* zu. Er legt die Entstehungsgeschichte der Milizen Jabhat al-Nusra (auch Nusra-Front) und Islamischer Staat in Irak und Syrien (ISIS) dar und benennt deren konfliktreiches Verhältnis zueinander, um schließlich auf die internationale Beteiligung von Kämpfern am syrischen Bürgerkrieg einzugehen. Darin behandelt er auch die deutsche jihadistische und damit gewaltbefürwortende Bewegung und ihre Beteiligung am syrischen Bürgerkrieg sowie das Problemfeld der Rückkehrer. Am Schluss seines Buches weitet der Autor den Blick und analysiert die Interessen verschiedener Staaten im syrischen Konflikt, der ohne die geopolitischen Implikationen nicht vollständig erklärbar sei und über einen internen Bürgerkrieg weit hinausgehe. Deren Analyse spiele für mögliche Lösungsansätze eine herausragende Rolle.

Said zufolge umfasst der Jihadismus weitaus mehr als al-Qaida und kann nicht mit dieser Organisation allein erklärt werden, so sehr die Szene auch jahrelang durch die spektakulären Anschläge von al-Qaida bestimmt wurde. Das ‚lange Gedächtnis des Jihads‘ in Syrien reiche bis in die 1960er Jahre zurück. Seitdem hatten radikale Kräfte innerhalb der islamistischen Bewegung immer wieder auf eine Initialzündung gehofft, um einen Volksaufstand im ganzen Land auszulösen. Trotz wiederholter Streiks, Bombenanschläge und Jihad-Aufrufe blieb ein Zuspruch durch die bereite Bevölkerung allerdings aus. Viele Syrer lehnten zwar das Regime ab, waren aber zugleich skeptisch gegenüber den Islamisten, denen es – in Saims Augen – nicht gelungen war, den Menschen eine politische Alternative zum herrschenden System aufzuzeigen. Im Anschluss an einen gescheiterten Aufstand in Hama im Jahr 1982, bei dem die Stadt zehn Tage lang von etwa 500 islamistischen Kämpfern gegen die syrische Armee gehalten wurde, flohen die überlebenden Islamisten aus dem Land. Damit verstummte die syrische islamistische Opposition vorerst. Im Exil vernetzten sie

sich mit Radikalen aus anderen arabischen Ländern, die sich insbesondere auf den Schlachtfeldern Afghanistans im Kampf gegen die sowjetische Armee bewährt hatten. So entstand letztlich, wie Said es in Übereinstimmung mit anderen erklärt, die globale jihadistische Bewegung, die sich zunehmend von nationalen Zielen löste und transnationale Züge entwickelte.

Exemplarisch für diese Entwicklung ist der Lebensweg des heute vor allem unter seinem Pseudonym Abu Mus‘ab al-Suri bekannten ‚Architekten‘ des globalen dezentralisierten Jihads, der sich Ende der 1970er Jahre, im Alter von 21 Jahren, der Organisation der kämpfenden Avantgarde der Muslimbrüder in Syrien anschloss. 1980 war er gezwungen, nach Jordanien zu fliehen. Von dort aus brach er zur militärischen Ausbildung nach Irak und Ägypten auf und distanzierte sich im Zuge seiner weiteren Radikalisierung von den syrischen Muslimbrüdern, die eine Bereitschaft zu Gesprächen mit der säkularen Opposition und zu Kompromissen mit dem syrischen Regime signalisierten. Während seines 15 Jahre währenden Aufenthalts in Europa, den er vor allem in Frankreich, Spanien und Großbritannien verbrachte, reiste er wiederholt nach Afghanistan, wo er Osama Bin Laden sowie dessen frühen Mentor ‘Abdullah ‘Azzam kennenlernte. Said charakterisiert al-Abu Mus‘ab al-Suri als Teil des im Entstehen begriffenen Netzwerks al-Qaida, der dennoch stets ein eher kritischer Querdenker und kein linientreues Mitglied war. Unklar ist das Verbleiben al-Suris seit 2005. Said legt nahe, er sei im Zuge des US-amerikanischen „Kriegs gegen den Terror“ in Gefangenschaft geraten. Übte er bis dahin lediglich auf einen kleinen Kreis intellektueller Jihadisten Einfluss aus, erlangte al-Suri erst durch die Jagd auf ihn Bekanntheit in der breiteren jihadistischen Szene. Die USA hatten ein Kopfgeld in Höhe von fünf Millionen US-Dollar auf ihn ausgesetzt und dadurch signalisiert, dass al-Suri ein wichtiges Ziel war. Dies führte laut Said zum schlagartigen Ansteigen seines Bekanntheitsgrades. Bis heute werden seine Schriften unter anderem von Jabhat al-Nusra-Anhängern über das Internet verbreitet und zur Kritik am Vorgehen von ISIS genutzt.

Diese globale Bewegung drang im Anschluss an die vom Arabischen Frühling inspirierten Proteste vom Februar 2011 in Damaskus und ab März 2013 in Dara‘a, Hama und Homs nach Syrien. Die Ursachen dieser Demonstrationen waren äußerst vielschichtig; sie wurden von weit verbreiteter Unzufriedenheit über die ökonomische Situation, von Kritik am Gebaren staatlicher Repräsentanten und an den begrenzten politischen Freiheiten genährt. Sowohl in Syrien als auch anderswo in der arabischen Welt gehörten die Islamisten nicht zu den Auslösern oder Unterstützern der Proteste gegen das Regime. Sie wurden vielmehr von diesen überrascht. Auch wenn Islamisten die Aufstände in Syrien nicht herbeigeführt hatten, so waren sie im Gegensatz zu früheren Aktionen gegen das Regime doch in der Lage, sie recht schnell zu dominieren.

Nach Said steht die islamistische Übernahme des syrischen Protestes in direkter Verbindung zum Irakkrieg ab 2003, der zur Ausbreitung jihadistischer Organisationen im Irak führte. Bei ihren anschließenden Aktivitäten wurden sie vom lokalen Widerstand zunächst als erfahrene Kämpfer begrüßt. Das temporäre Ausweichen ira-

kischer Milizen nach Syrien wiederum ermöglichte die Eroberung großer Gebiete im Irak seit Jahresbeginn 2014. Die Nusra-Front entstand als syrischer Arm des aus al-Qaida im Irak (AQI) hervorgegangenen Islamischen Staats im Irak (ISI).

Der syrische Bürgerkrieg, so beobachtet Said weiter, habe eine Entwicklung fortgeführt, die mit dem Arabischen Frühling eingeleitet wurde. In dessen Folge erodierten der Einfluss und die Autorität von Kern-al-Qaida innerhalb der sich immer stärker lokal ausrichtenden und diversifizierenden jihadistischen Szene. Jihadisten nutzten entstehende politische Freiräume, um sich organisatorisch neu aufzustellen. Nach ihrer Freilassung aus Gefängnissen in Tunesien, Libyen und Ägypten traten Autoritäten mit einer Machtbasis jenseits der Strukturen al-Qaidas in Erscheinung. Die tunesische und die libysche Bewegung Ansar al-Sharia, die Unterstützer der Scharia, teilten laut Said zwar die Ideologie von al-Qaida, auch gebe es Querverbindungen personeller und logistischer Art; die beiden jihadistischen Gruppierungen seien jedoch nicht in die al-Qaida-Strukturen eingebettet, sondern agierten unabhängig von diesen. Ihre Anführer hätten keinen Treueeid auf den Führer der Kern-al-Qaida, al-Zawahiri, geleistet.

Der schwindende Einfluss der Kern-al-Qaida ist demnach keineswegs gleichbedeutend mit einem Machtverlust der Jihadisten. Dieser Prozess deutet lediglich auf Veränderungen von Strukturen und innerhalb des Führungspersonals hin. Trotz zunehmend offen ausgetragener Richtungsstreitigkeiten sind die jihadistischen Strukturen mit zehntausenden kampfbereiten Mitgliedern in ISIS und Nusra-Front, mit gut gefüllten Waffendepots sowie mit Zugängen zu Öl- und Gasfeldern und den damit verbundenen beträchtlichen Einkünften als stark zu bezeichnen. Sie unternehmen Versuche, staatliche Strukturen aufzubauen, um die von ihnen eroberten Gebiete in Syrien und Irak langfristig zu halten. Ein gestiegenes Risiko erkennt Said vor allem in der Nähe zu Europa, das Reisemöglichkeiten oder einen Rückzugsraum für Terroristen bietet.

Die auf einer Diplomarbeit basierende Veröffentlichung *Islamistische Selbstmord-attentäter* von Jasmin Augustin konzentriert sich ausschließlich auf gewalttätige und bisher ausschließlich außerhalb Deutschlands aufgetretene Formen des Islamismus. Sie greift Fragen zur Legitimität von Gewalttaten und zum Selbstmord auf, die in mehreren Publikationen – u. a. bei Seidensticker – ebenfalls diskutiert werden. Die Arbeit skizziert die durchaus interessante Geschichte des islamistischen Selbstmord-attentats. Bei den von Augustin vorgelegten Thesen und Schlussfolgerungen ist allerdings Vorsicht geboten. Man wünschte sich stärkere Anleitung durch die Betreuer derartiger Arbeiten, die ihre Studierenden gegen allzu naive Fragestellungen und Argumentationen immunisieren und zur Nutzung einer klaren Sprache animieren sollten. Bemerkenswert ist die in anderen Publikationen weitgehend unberücksichtigt bleibende Geschlechterperspektive, die von der Politikwissenschaftlerin Augustin mit der Frage nach weiblichen Attentätern und der Legitimität ihres Märtyrertodes behandelt wird. Zu Spannungen zwischen sich konservativ gebenden islamistischen Vorstellungen von Geschlechterrollen und der Beteiligung von Frauen am Jihad,

aber auch zur – nicht nur für Männer ermächtigende Aspekte beinhaltenden – Radikalisierung liegen über den deutschsprachigen Raum hinaus kaum Forschungen vor.

5. Salafistische Bewegungen in Deutschland

Die Zahl europäischer Kämpfer, die sich auf der Seite islamistischer Gruppierungen am syrischen oder irakischen Bürgerkrieg beteiligen, lässt sich nach Said nur schwer bestimmen. Niemand wisse sie exakt zu benennen. Dabei steige sie seit 2012 stetig an: Über 400 Personen sollen zwischen 2012 und Mitte 2014 aus Deutschland nach Syrien gereist sein, während von den beginnenden 1990er Jahren bis zum Jahr 2010 nur für etwa 200 Personen konkrete Hinweise vorlagen, dass sie eine paramilitärische Ausbildung in einem jihadistischen Trainingslager absolviert hatten. Auch wenn der überwiegende Teil der Salafisten in Deutschland nicht gewaltorientiert sei, rekrutierten sich dennoch Jihad-Touristen immer wieder aus dieser Szene. Die Mobilisierung in Deutschland werde durch die seit 2000 verfolgte Übersetzung jihadistischer Schriften ins Deutsche befördert.

Guido Steinberg, Islamwissenschaftler an der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) und ehemaliger Terrorismusreferent im Bundeskanzleramt, sieht in den Radikalisierungswegen über das Internet eine bisher ungekannte Gefährdung der Sicherheit durch Einzeltäter, deren Pläne die Sicherheitsbehörden kaum aufdecken und vereiteln können. So hatte die usbekische Organisation Islamische Jihad-Union die Sauerland-Gruppe nach Deutschland zurück geschickt, wo sie Anschläge auf amerikanische und usbekische Ziele verüben sollte. Diese Pläne konnten jedoch mit amerikanischer Unterstützung von deutschen Behörden verhindert werden. Zentrale These von Steinbergs Buch *Al-Qaidas deutsche Kämpfer* ist, dass die Internationalisierung der jihadistischen Bewegung sich erst nach dem 11. September 2001 vollzog und deren Charakter maßgeblich veränderte. Während man vor 2001 nicht habe sprechen können, besitze der Begriff im Jahr 2014 mittlerweile durchaus seine Berechtigung. Die Anschläge des 11. September 2001 seien zwar von einigen Analysten als transnationaler Terrorismus mit globalen Absichten verstanden worden – und dies schloss al-Qaida als antiwestliche bzw. antiamerikanische Kraft ein –, doch hätten Beobachter mit Nahostkompetenz die regionale Verortung des Konflikts betont. Steinberg argumentiert, der Angriff auf westliche Ziele sei ein Nebeneffekt und eine Reaktion auf die Politik Amerikas (und des Westens insgesamt) im Nahen und Mittleren Osten gewesen. Die Wurzeln der Politik al-Qaidas lägen gleichermaßen in den Herkunftsländern ihrer Führungsriege, die aus Ägypten und Saudi-Arabien stammten, und der westlichen Unterstützung repressiver Regierungen in der arabischen Welt.

In Schneiders *Salafismus in Deutschland* geben Nina Wiedl und Carmen Becker einen guten Überblick über die populären Prediger im deutschen Salafismus (Hassan Dabagh, Pierre Vogel, Sven Lau und Ibrahim About Nagie), dessen regionale Schwerpunkte in Nordrhein-Westfalen, Bremen, Hamburg, Berlin und Hessen lie-

gen. Sie charakterisieren die wichtigsten Vereine und Netzwerke wie „Einladung zum Paradies“, „Die Wahre Religion“ und Millatu Ibrahim. Auch sie betonen die aus dem ständigen Wandel von Positionen, Methoden und Bezügen salafistischer Aktivisten und deren kontinuierlicher Anpassung an aktuelle Gegebenheiten resultierende Schwierigkeit, das Gefahrenpotenzial einzuschätzen, das einige dieser salafistischen Netzwerke und Prediger bergen könnten. Hier setzen auch die Politikwissenschaftler Klaus Hummel und Michail Logvinov mit ihrem Sammelband *Gefährliche Nähe* an. Die mangelnde Daten- und Faktenlage sei in der Struktur der salafistischen Bewegung begründet, die als informelles Netzwerk unabhängiger Prediger und Vereine oder Milieus charakterisiert werden könne, dessen Akteure oftmals miteinander um Ressourcen und Anhänger konkurrierten. Daraus ergäben sich schwer fassbare und dynamische Hierarchien. Dementsprechend könnten keine offiziellen Sprecher oder Anführer für die salafistische Szene in Deutschland ausgemacht werden, sondern lediglich Schlüsselfiguren. Verkünder des Jihad-Salafismus und Provokateure des islamischen Populismus, so nennen Hummel und Logvinov Akteure wie Pierre Vogel, dominierten den Salafismus in Deutschland. Der Titel des Bandes stellt erklärtermaßen die „gegebene, konstruierte und instrumentalisierte gefährliche Nähe“ von Salafismus und Jihadismus in den Mittelpunkt der Artikelsammlung (S. 27). In mehreren Beiträgen warnt der beim Landeskriminalamt Sachsen tätige Klaus Hummel vor einer einseitigen Gefahrenperspektive auf das salafistische Milieu, die dessen Attraktivität erhöhen und letztlich das Problem vergrößern könne. Die Herausgeber des Bandes warnen daher vor nichtintendierten Folgen sicherheitspolitischer Maßnahmen und bezweifeln, ähnlich wie Lohker, dass (salafistische) Einstellungen zu politisch motiviertem Gewalthandeln führten. Es bleibe zumindest zu klären, ob salafistische Milieus nicht umgekehrt eine Zielgruppe jihadistischer Einflussnahme darstellen.

So formuliert Logvinov konkrete Desiderate der Radikalismusforschung in Bezug auf den Salafismus und wirft eine Reihe spannender Fragen auf. Ihn interessiert die Besonderheit islamistischer Radikalisierung im Vergleich zu Wegen in den Links- oder Rechtsextremismus und er fordert die Aussagekraft bisheriger Kausalitätsannahmen der biografischen Radikalisierungsforschung in diesem spezifischen Feld zu prüfen. Logvinov möchte zudem wissen, ob Anführer und Mitläufer sich nach ähnlichen oder unterschiedlichen Mustern radikalisierten. Die für die Präventionsarbeit relevanteste Frage ist allerdings die, wie und unter welchen Umständen Radikalisierungskarrieren abbrechen.

Drei bemerkenswerte Beiträge in Schneiders *Islamismus in Deutschland* befassen sich mit der Frage nach der Attraktivität des Salafismus für ‚unsere‘ deutschen Jugendlichen. Der Münsteraner Bildungsforscher Aladin El-Mafaalani versteht Salafismus als jugendliche Provokation. In historisch einzigartiger Konstellation wurde ein Weg gefunden, mit radikaler Askese und Nostalgie zu provozieren. Der Salafismus kombiniere eine radikal gesellschaftskritische Haltung und sichtbare Provokation mit Klarheit auf der alltagspraktischen Handlungsebene und ermögliche das Erleben von Autonomie, Selbstwirksamkeit und Zugehörigkeit, wodurch Selbstbewusst-

sein und Selbstwert gesteigert würden. Aus fehlenden Teilhabe-Chancen, die Mafaalani als ‚Not‘ charakterisiert, machten sie durch selbstbestimmte Exklusion eine ‚Tugend‘ (S. 361). Umstritten bleibt, ob eine solche Begeisterung für salafistische Ideen bereits als erster Schritt der Radikalisierung zu werten ist. Hier setzen Präventionsmaßnahmen an, die an einer grundlegend anderen Stelle als Maßnahmen zur De-Radikalisierung genutzt werden.

6. Prävention

In ihrem Sammelband *Integration versus Salafismus* schlagen Wael El-Gayar und Katrin Strunk die Integration als wirksamstes Handlungsinstrument zur Prävention vor, die gleichermaßen von Staat und Zivilgesellschaft vorangetrieben werden müsse. Auch sie merken an, dass die Bekämpfung des Salafismus nicht allein Aufgabe der Sicherheitsbehörden sein könne; vielmehr müsse früher und bereits bei den möglichen Ursachen einer Hinwendung zu radikalen Bewegungen angesetzt werden. Der seit etwa einem Jahrzehnt in verschiedenen Bundes- und Landesbehörden tätige Politik- und Islamwissenschaftler Wael El-Gayar unterstreicht dies im Epilog seiner Artikelsammlung. Zur Prävention gehöre sowohl der Schutz vor dem Salafismus als auch die Unterstützung bei der Lösung aus salafistischen Milieus. Argumentativ gründet sich diese Handlungsempfehlung auf die Feststellung, dass Ausgrenzung und Diskriminierung einen fruchtbaren Boden für Radikalisierungen bereiteten. Salafistische Demagogen nutzten den Zustand gefühlter Hilfs- und Hoffnungslosigkeit bei Jugendlichen, die zum Beispiel durch Indifferenz, Exklusion und Fremdzuschreibungen in Medien oder auch im Schulbereich entstehen können. Die ineinander aufgegangenen Islam- und Integrationsdebatten führten zur Markierung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in mehrheitlich muslimischen Ländern als Muslime und setzten so Auseinandersetzungen oder sogar eine Identifizierung mit Islam und Muslimen in Gang. Hieran knüpften die salafistischen Feindbildkonstruktionen an, die klare Trennlinien zwischen den diesem Narrativ zufolge weltweit in die Defensive geratenen, Verfolgung und Feindseligkeit ausgesetzten Muslimen auf der einen und Nicht-Muslimen auf der anderen Seite ziehen.

Dieser Sammelband hebt sich von den bisher besprochenen Kompendien ab, denn der erste seiner drei Abschnitte widmet sich muslimischen Jugendkulturen ohne expliziten Bezug zum Salafismus. In den Beiträgen des Münsteraner Professors und Leiters des Zentrums für Islamische Theologie, Mouhanad Khorchide, oder des Direktors des Zentrums für Türkeistudien und Integrationsforschung Essen-Duisburg, Hacı-Halil Uslucan, werden vielmehr die gesellschaftlichen Bedingungen für Identitätsbildungen muslimischer bzw. als Muslime markierter Jugendlicher thematisiert. Die im zweiten Abschnitt vorgestellten Antworten und Angebote religiöser Extremisten – zum Beispiel die von Katrin Strunk dargestellte salafistische Propaganda im Internet – greifen nach dem Konzept von Integration versus Salafismus weniger aufgrund der Anziehungskräfte der extremistischen Bewegungen, sie betonen viel-

mehr die Abstoßungskräfte der deutschen Gesellschaft. Der ausführlichste Teil führt schließlich Erfahrungen und Konzepte der expliziten oder impliziten, d.h. integrativen, Präventionsarbeit zusammen. Alle sieben Beiträge basieren auf ausgiebigen Praxiserfahrungen und sind in anschaulicher Weise durch empirische Beispiele unterfüttert.

Hervorzuheben ist der Text von Bernd Ridwan Bauknecht, der von seinen Erfahrungen als Lehrer für islamischen Religionsunterricht an einer nordrhein-westfälischen Schule berichtet. Er veranschaulicht dabei die Herausforderungen einer Religionspädagogik, die den individuellen Glauben der Schüler auch im Fall eines (vermeintlichen) Widerspruchs zur Mehrheitsdeutung respektieren und schützen sollte. In der hier angesprochenen Szene kommt es am Rande des Unterrichts zu einem Gespräch unter Schülern der 10. Klasse über ein Video der Islamischen Bewegung Usbekistans (IBU). Dieser wurde im Stile eines inszenierten Propagandafilms im Grenzgebiet zwischen Afghanistan und Pakistan gedreht und mit James-Bond-artigen Filmsequenzen sowie heroischen Gesängen unterlegt. Nachdem er von dem Interesse seiner Schüler an diesen Videos erfuhr, entschloss sich Bauknecht – obwohl das Thema nicht Teil des Lehrplans war und dem Lehrpersonal auch keine inhaltliche Unterstützung zur Verfügung stand –, einzelne Videos in der Klasse anzuschauen und kritisch zu bearbeiten. Hierzu gehörte die Vermittlung von Hintergrundwissen: zum Beispiel ein Exkurs in die Historie des frühen Islam, die Untersuchung gewachsener Begriffe wie Kalifat, Scharia, Jihad oder Polytheisten, ein Ausflug in die aktuelle Extremismusdebatte sowie eine medienkritische Dekonstruktion der Extremisten-Videos, in der die Inszenierung aufgedeckt, die Koranzitate untersucht und die politische Position sowie die theologische Argumentation hinterfragt wurden. Bauknecht rät zu großer Vorsicht im Umgang mit derartigen Videos und empfiehlt deren Thematisierung nur in solchen Fällen, in denen sie bereits Gesprächsthema unter den Schülern sind.

7. Innermuslimische Auseinandersetzungen mit salafistischen Positionen

Bei Fragen der Prävention geraten innerhalb der öffentlichen Debatten immer auch die islamischen Verbände in Deutschland in den Blick. Sie sehen sich mit hohen Erwartungen bzw. mit dem Vorwurf vermeintlicher Untätigkeit konfrontiert. Zu ihren Kritikern zählt Ulrich Kraetzer. Lediglich der Erlanger Islamwissenschaftler Jörn Thielmann setzt sich in Schneiders Sammelband *Salafismus in Deutschland* ausführlich mit den Reaktionen und Handlungsspielräumen etablierter Moscheeverbände hierzulande auseinander.³ Er benennt sowohl strukturelle als auch inhaltliche

3 Die Ausführung von Bacem Dziri zu innerislamischen theologischen Auseinandersetzungen im Sammelband „Salafismus in Deutschland“ von Ceylan und Jokisch, die vor allem auf anerkannte islamische Gelehrte und andere Autoritäten aus mehrheitlich muslimischen Ländern zurückgreifen, wurden bereits erwähnt.

Schwierigkeiten, vor die islamische Verbände angesichts der medialen Präsenz salafistischer Gruppierungen einerseits und im Rahmen ihres lokalen Agierens andererseits gestellt sind. Salafistisch orientierte Vereine und Gruppierungen treten dabei in direkte Konkurrenz zu den in Dach- und Spitzenverbänden zusammengeschlossenen Moscheevereinen. Sie sind mit ihrer Kritik an den großen islamischen Verbänden nicht zimperlich: Deren Vertreter werden nicht selten als schlechte Muslime oder gänzlich vom Glauben Abgefallene charakterisiert. Der Vorwurf lautet: Während die Salafisten die entschiedenen und wahren Muslimen verkörperten, passten die anderen sich liebedienerisch der nicht-muslimischen Umwelt an und würden so zu „lächerlichen Clowns“ und zu „kuffär“, Ungläubigen, die der falschen „aqida“, Glaubensdoktrin, folgen und der muslimischen Gemeinschaft zudem schaden. Salafistische Prediger, erklärt Thielmann, stellen sich hierbei selbst gern als wahre Repräsentanten des Islam und der Muslime dar. Während der Islam in Deutschland und anderswo in der Welt bekämpft werde, Muslime und vor allem Musliminnen ungleich und ungerecht behandelt oder ausgegrenzt werden, würden die islamischen Verbände schweigen.

Thielmann analysiert bislang offenbar nicht rezipierte schriftliche Positionierungen von Muslimen aus Deutschland gegenüber salafistischen Tendenzen und formuliert auf Grundlage der Veröffentlichungen und seiner Gespräche strukturelle Herausforderungen für die Auseinandersetzung mit salafistischen Strömungen. Fehlende institutionelle Ressourcen islamischer Verbände seien ein Grund dafür, dass öffentlichkeitswirksame Kritik an den salafistischen Radikalisierungstendenzen bisher ungehört verhallte. Ein anderer liege in der politischen Diskussion, die sich im Dialog mit dem Islam zu stark auf Sicherheitsfragen konzentriere. Nicht zuletzt liege eine große Herausforderung für alle nicht-salafistischen Muslime – und damit auch ihren Verbänden – darin, dass sie nicht per se den Referenzrahmen der Salafisten und auch nicht deren Forderung, den Praktiken der Urgemeinde konsequent zu folgen, kritisieren können. Das würde schließlich deren Vorwurf der Verweichlichung untermauern. Thielmann benennt Möglichkeiten für die Auseinandersetzung, die allerdings die Fähigkeit voraussetzt, in eine komplexe theologisch-juristische Diskussion einzutreten. Auf diese seien die meisten Muslime und selbst Imame in islamischen Gemeinden Deutschlands bisher kaum vorbereitet. Verbandsvertreter sähen sich zudem in ihrer Arbeit gegen den salafistischen Extremismus alleingelassen. Als Partner würden sie bisher nur im Ausnahmefall wahrgenommen, dabei verstünden islamische Gemeinschaften ihre tägliche Arbeit als Extremismusprävention, angefangen bei der religiösen Unterweisung für Kinder und Jugendliche. Ein gefestigtes Islamverständnis zu schaffen, das sich an Werten wie Solidarität, Gerechtigkeit und Selbstlosigkeit orientiert, halten sie für ein wichtiges Gegenmittel zu den Ideen des Radikalismus. Hier treffen sich die Vorstellungen einiger Vertreter islamischer Gemeinschaften mit dem Konzept Bernd Bauknechts, der von einer Korandidaktik gegen Extremismus spricht.

Auch in den vorliegenden Publikationen bleiben innermuslimische Auseinandersetzungen mit salafistischen Positionen ein Randthema. Thielmann erkennt hier er-

heblichen Forschungsbedarf und bemängelt zu Recht, dass die durchaus differenzierte und zum Teil auf hohem intellektuellen Niveau geführte Auseinandersetzung mit dem Salafismus nicht wahrgenommen werde, „weder von Politik, Medien oder der Gesellschaft noch von der Wissenschaft“ (S. 430). Zugleich erhielten einzelne Prediger und marginale muslimische Gruppen, wie die Salafisten, eine erhöhte Aufmerksamkeit.

Die ehemalige Referentin für Sicherheitspolitik im Bundeskanzleramt, Daniela Haarhuis, greift dieses Plädoyer in *Islamismus und Terrorismus in Deutschland*, einer knappen Expertise für die Konrad-Adenauer-Stiftung, ebenfalls auf. Sie widmet sich der Frage, wie der Rechtsstaat auf die aktuelle Bedrohungslage durch islamistischen Terrorismus angemessen reagieren könne, ohne seine eigenen Prinzipien zu opfern. Nach einem Problemaufriss und einer kurzen Kontextualisierung des islambezogenen Terrorismus formuliert sie zehn Handlungsempfehlungen: Sie schlägt unter anderem eine Neukonzeptionalisierung der Deutschen-Islam-Konferenz vor, in welcher der Integrationsdialog von der Sicherheitsdebatte getrennt geführt werden solle. Hier bleibt zu fragen, warum das Paradigma der Integrationspolitik in Bezug auf den Islam nicht endlich zugunsten einer Religionspolitik abgelöst werden könne. Haarhuis hebt zugleich die Bedeutung einer intensiven Aufklärungsarbeit an deutschen Schulen, u. a. im Rahmen des Religionsunterrichts, hervor, empfiehlt allerdings, diesem noch ein Angebot zur Förderung des interreligiösen Dialogs hinzuzufügen. Den Aufbau einer Gegenpropaganda im Internet hält die Rechtswissenschaftlerin wohl für sinnvoll, aber angesichts der gesetzlichen Grundlage für die Nachrichtendienste nicht für realistisch. Diese werden aktuell mit dem Auftrag ‚Sammeln und Auswerten von Informationen‘ betraut, müssten dann aber in Geheimdienste umgewandelt werden. Auf transnationaler Ebene schlägt Haarhuis vor, es den Extremisten mit einem noch viel stärkeren Engagement in der Flüchtlingshilfe schwieriger zu machen, die Situation der syrischen Zivilbevölkerung für ihre Zwecke medial zu missbrauchen.

8. Die Medien und der islamistische Terror

Der bereits mehrfach angesprochenen medialen Aufmerksamkeit für salafistische und insbesondere terroristische Aktivitäten widmet sich der Politikwissenschaftler Peter Flügel in seiner Dissertation *Terrorismus und terroristisches Kalkül*. Er unternimmt eine qualitative Inhaltsanalyse von Verlautbarungen und Texten Bin Ladens und al-Qaidas sowie der Online-Berichterstattung in den Magazinen *Spiegel* und *Focus* angesichts der terroristischen Anschläge von Madrid im Jahr 2004 und London 2005. Die Entwicklung des Internets und der Online-Nachrichten habe, so Flügel, die terroristischen Kommunikationsstrategien grundlegend revolutioniert und innerhalb des internationalen Terrorismus eine neue Ära der Terrorpropaganda eingeläutet: schneller, billiger, anonym und vor allem globaler. Das Internet wurde zu dem

Medium der Vermittlung terroristischer Botschaften überhaupt. Große wie kleine Terrorgruppen verfügten über eigene Websites.

Von Peter Waldmanns Konzept des terroristischen Kalküls ausgehend, das in planmäßig vorbereiteten und schockierenden Gewaltanschlägen gegen eine politische Ordnung aus dem Untergrund heraus die nur scheinbar gegenläufigen Ziele einer Verbreitung von Unsicherheit und Schrecken wie der Erzeugung von Sympathie und Unterstützungsbereitschaft erkennt, erklärt Flügler dessen Wirkung genauer: Je schwieriger das Verhältnis zwischen muslimischer Minderheit und nichtmuslimischer Mehrheit ist, desto einfacher gestaltet sich die Rekrutierung von Sympathisanten. Die detaillierte Analyse Flüglers ist der Medienpräsenz der Terroristen oder – anders gesagt – der Instrumentalisierung der Medien als Teil des terroristischen Kalküls gewidmet. Sie lässt den Leser dennoch etwas unbefriedigt zurück, weil die in der Einleitung so vielversprechenden Gedanken kaum zu Ende geführt und die ausgeklügelten Codierungen des umfangreichen Datenkorpus nur ansatzweise in eine Analyse überführt werden. Eine Diskussion der Ergebnisse bleibt weitestgehend aus. Dennoch enthält die Studie äußerst relevante Überlegungen zum Verhältnis von Terrorismus und Medien: So sei von einem symbiotischen Verhältnis von Terrorismus und Medien die Rede, weil terroristische Ereignisse fast alle Voraussetzungen für eine „interessante“ Nachricht erfüllten. Sie wirken dramatisch, jeder könne davon betroffen sein, sie stellten das Alltagsgeschehen auf den Kopf und missachteten die sozialen Regeln und Werteordnungen, insbesondere demokratischer Gesellschaften.

Auf der Basis dieser Prämissen formuliert der Autor zwei Forschungsfragen: Lasse die Berichterstattung im Anschluss an ein terroristisches Ereignis auf ein dadurch vermitteltes Bedrohungspotenzial schließen oder steht eher die Bewältigung der Krisensituation im Zentrum des medialen Diskurses? Der Autor tendiert zu der Einschätzung, dass die Krisenbewältigung innerhalb der Onlineberichte beider Magazine höher gewichtet werde. Die zweite Frage, ob unmittelbar nach einem terroristischen Anschlag eine mediengenerierte Spaltung der Bevölkerung mittels islamophober Diskurse zu erkennen sei, verneint Flügler. Er kommt zu dem Ergebnis, dass sich Medien nicht als Vermittler religiöser oder politischer Botschaften aus dem terroristischen Feld heraus instrumentalisieren ließen. Sie leisten einer Spaltung der Bevölkerung, welche die Gewinnung von Sympathisanten erleichtern könne, keinen Vor Schub. Angesichts der andernorts konstatierten Erfolge bei der Rekrutierung von Jihadisten und einer islamausgewandten Haltung in Meinungsumfragen, die zuletzt auf einem hohem Niveau stagnierte, bleibt hier zu fragen, ob die Ergebnisse Flüglers lediglich auf die Berichterstattung zu den Terroranschlägen von 2004 und 2005 beschränkt sind, ob das terroristische Kalkül somit auf anderem Wege Wirkung erzielt, oder die „Wir-Ihr-Rhetorik“ von Islamausgewandten und Salafisten unabhängig von terroristischen Anschlägen Verbreitung findet.

9. Schnittmengen von Rechtsextremismus und Salafismus

In ihrer Dissertation *Islamfeindlichkeit: Anatomie eines Feindbildes in Deutschland* geht Naime Çakir verschiedenen, aus unterschiedlichen Disziplinen stammenden, theoretischen und empirischen Konzepten des Fremden nach, um schließlich eine differenzierte Definition eines Phänomens vorzulegen, das sie als islambezogenen und antiislamischen Ethnizismus bezeichnet. Ausgangspunkt für die Studie der heute am Institut für Studien der Kultur und Religion des Islam in Frankfurt a. M. forschenden Soziologin und Sozialpädagogin war die Beobachtung, dass den Muslimen zwar mittlerweile eine Zugehörigkeit zu Deutschland zugestanden, ihr Glaube aber „lediglich ertragen, erduldet und ausgehalten“ (S. 206) werde. Diese Haltung mobilisiere leicht Ab- oder Ausgrenzung. Die neuen Formen von Rassismus (Neorassismus) kommen ohne die Vorstellung einer „Rasse“ aus, indem sie soziale und kulturelle Differenzen naturalisieren und damit als ererbt und unveränderlich konstruieren. Der kulturelle Rassismus gehe eben nicht mehr von der Überlegenheit bestimmter Rassen aus, sondern postuliere lediglich die Unvereinbarkeit der Lebensweisen unterschiedlicher Kulturen und Ethnien. Verschiedene Menschengruppen gelten demnach zwar als gleichwertig, könnten aufgrund dieser „natürlichen Differenzen“ aber nicht miteinander leben. Religion wird dabei zum unveränderlichen Wesensmerkmal, mit dem „eine klare Trennlinie zwischen Einheimischen und Zugewanderten entlang ihrer Kultur- bzw. Religionszugehörigkeit“ gezogen wird.

In der am Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin entstandenen Dissertation von Yasemin Shooman „... weil ihre Kultur so ist“. *Narrative des antimuslimischen Rassismus* finden sich zahlreiche empirische Beispiele, die Çakirs These der Ethnisierung des Islams untermauern. Anhand einer eingehenden Analyse qualitativer Fallstudien aus auflagenstarken Buchpublikationen, Zeitungsartikeln, Websites und Zuschriften an muslimische Verbände geht Shooman der Frage nach, wie antimuslimische Diskurse beschaffen sind und arbeitet das Repertoire dominanter antimuslimischer Stereotype heraus. Die Monographien von Çakir und Shooman verdeutlichen gleichwohl, dass die Forschungen zu Islamfeindlichkeit und antimuslimischem Rassismus noch am Anfang stehen. Um zugleich die Entstehung und Ausbreitung salafistischer Milieus zu verstehen, sind derartige Studien nicht zuletzt aufgrund des von Dantschke beschriebenen, wehrhaften Opferdiskurses notwendig, der sich auf ausgrenzende Narrative und Diskriminierungserfahrungen muslimischer Jugendlichen stützt. Mit welchen Zuschreibungen sind Jugendliche konfrontiert und welche Attribute erhalten salafistische und jihadistische Akteure und Aktivitäten in Medien und Politik? Aladin El-Mafalani mahnt an, die Perspektive von Jugendlichen ernster zu nehmen und das Phänomen Salafismus aus ihrer Sicht zu rekonstruieren um eine sinnverstandene Rekonstruktion der Anziehungskraft zu erreichen. Dieser Vorschlag entsteht vor dem Hintergrund einer erst langsam in Fahrt geratenen Forschung zur Benachteiligung von Jugendlichen mit mehrfachen und dauerhaften Diskriminierungserfahrungen und enttäuschten Aufsteigern.

Der Salafismus werde darüber hinaus von Rechtspopulisten und Rechtsextremisten instrumentalisiert, wie der Soziologe Alexander Häusler und der Journalist Rainer Roeser in ihrem im Sammelband *Salafismus in Deutschland* veröffentlichten Artikel „Geliebter Feind?“ erläutern. Weil offen rassistische Parolen besonders im bürgerlichen Lager verschreckend wirken, seien viele Rechtsaußenparteien in Europa dazu übergegangen, ihren Rassismus in die Terminologie von Kultur und Religion zu kleiden. Damit können sie an die weit verbreiteten und offenbar eher tolerierbaren negativen Einstellungen gegenüber Muslimen anknüpfen. Häusler und Roeser beschreiben gezielte Provokationen der sich aufeinander beziehenden antimuslimischen und salafistischen Milieus. Die Extremisten haben also offenbar längst zueinander gefunden und versorgen sich gegenseitig mit Argumenten und Beispielen für die Unmöglichkeit eines Zusammenlebens. Antimuslimische Tendenzen unterfütterten hierzulande salafistische Narrative von der Ausgrenzung der Muslime. Salafistische und jihadistische Aktionen wiederum scheinen warnenden Islamskeptikern und Rechtsradikalen Recht zu geben.

Mit dem 2015 begonnenen Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“, das die Zivilgesellschaft im Kampf gegen demokratiefeindliche und menschenverachtende Tendenzen stärken soll, erfasst das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend die Phänomene Rechtsextremismus, Islam- respektive Muslimfeindlichkeit und gewaltbereiten Salafismus gemeinsam als demokratie- und menschenfeindliche Phänomene. Eine Reihe von Präventionsprojekten geht Islamfeindlichkeit und Salafismus ebenfalls in Kombination an. Grundlagenforschungen zu den Interaktionen der beiden Phänomene liegen allerdings bislang nicht vor.

10. Schlussbemerkung

Die Forschung zum Salafismus in deutscher Sprache hat mit den hier vorgestellten Veröffentlichungen sicher kein Ende gefunden. Es ist im Gegenteil zu erwarten, dass weitere Arbeiten zu Salafismus, Jihadismus und Islamismus in Deutschland aus verschiedenen disziplinären Blickwinkeln heraus entstehen werden. Potenzial für weitere Forschungen bieten in jedem Falle bisher weitgehend unbearbeitete Themenfelder wie das Zusammenspiel von Islamfeindlichkeit und Islamismus, Geschlechterrollen in Salafismus und Jihadismus, innermuslimische Auseinandersetzungen mit jihadistischen Positionen, Radikalisierungsprozesse in salafistischen Milieus sowie die bisher unzulänglich beschriebenen Lebenswelten der Salafīyya. Vor allem bleibt aber zu hoffen, dass zukünftige Publikationen – in größerem Maße als die bisherigen – methodische und theoretische Implikationen politischer Eingebundenheiten und epistemologischer Prämissen reflektieren.

Sammelrezension: Geschichte der DDR

Von Gerhard Wettig

- Andreas H. Apelt/Jürgen Engert** (Hrsg.), Das historische Gedächtnis und der 17. Juni 1953, Halle (Saale) 2014 (*Mitteldeutscher Verlag*), 160 S.
- Falko Schilling**, Die Zeugen Jehovas in der SBZ/DDR 1945 bis 1951. Neuanfang, Behinderung und Verfolgung, Halle (Saale) 2014 (*Mitteldeutscher Verlag*), 125 S.
- Christian Halbrock**, „Freiheit heißt, die Angst verlieren“. Verweigerung, Widerstand und Opposition in der DDR: Der Ostseebezirk Rostock, Göttingen 2014 (*Vandenhoeck & Ruprecht*), 537 S.
- Ewald König**, Menschen, Mauer, Mythen. Deutsch-deutsche Notizen eines Wiener Korrespondenten, Halle/Saale 2014 (*Mitteldeutscher Verlag GmbH*), 256 S.
- Alexander Amberger**, Bahro-Harich-Havemann. Marxistische Systemkritik und politische Utopie in der DDR, Paderborn 2014 (*Schöningh*), 328 S.
- Norbert F. Pötzl**, Mission Freiheit – Wolfgang Vogel. Anwalt der deutsch-deutschen Geschichte, München 2014 (*Heyne*), 512 S.
- Tobias Wunschik**, Knastware für den Klassenfeind. Häftlingsarbeit in der DDR, der Ost-West-Handel und die Staatssicherheit (1970-1989), Göttingen 2014 (*Vandenhoeck & Ruprecht*), 363 S.
- Rüdiger Wenzke**, Nationale Volksarmee. Die Geschichte, München 2014 (*GeraMond Verlag*), 218 S.
- Tilmann Siebeneichner**, Proletarischer Mythos und realer Sozialismus. Die Kampfgruppen der Arbeiterklasse in der DDR, Köln u.a. 2014 (*Böhlau*), 579 S.
- Gudrun Weber/Thomas Auerbach**, Genossen, wir müssen alles wissen! DDR-Alltag im Spiegel der Stasi-Akten, ein Lesebuch, Berlin 2014 (Lukas Verlag), 205 S.
- Ilko-Sascha Kowalczyk/Arno Polzin** (Hrsg.), Fasse Dich kurz! Der grenzüberschreitende Telefonverkehr der Opposition in den 1980er Jahren und das Ministerium für Staatssicherheit, Göttingen 2014 (*Vandenhoeck & Ruprecht*), 1059 S.
- Andreas Malycha**, Die SED in der Ära Honecker. Machtstrukturen, Entscheidungsmechanismen und Konfliktfelder in der Staatspartei 1971 bis 1989, München 2014 (*de Gruyter Oldenbourg*), 471 S.
- Lutz Niethammer/Roger Engelmänn** (Hrsg.), Bühne der Dissidenz und Dramaturgie der Repression. Ein Kulturkonflikt in der späten DDR, Göttingen 2014 (*Vandenhoeck & Ruprecht*), VII + 349 S.
- Rüdiger Wenzke** (Hrsg.), „Damit hatten wir die Initiative verloren ...“. Zur Rolle der bewaffneten Kräfte in der DDR 1989/90, Berlin 2014 (*Ch. Links*), 258 S.
- Elmar Brähler/Wolf Wagner** (Hrsg.), Kein Ende mit der Wende? Perspektiven aus Ost und West, Gießen 2014 (*Psychosozial-Verlag*), 311 S.

Im vergangenen Jahr lagen die Ereignisse, die zum Ende der DDR geführt haben, 25 Jahre zurück. Vor diesem Hintergrund sind zahlreiche Publikationen erschienen, die

sich mit diesem Thema befassen. Der von Andreas H. Apelt und Jürgen Engert herausgegebene Band über den 17. Juni 1953 erörtert nicht nur, wie sich der Aufstand in der DDR in der heutigen Erinnerung vieler Seiten darstellt, sondern enthält auch aufschlussreiche Ausführungen von Krzysztof Ruchniewicz über die Reaktionen in Polen. Diese Volkserhebung, die erstmals die Parteidiktatur im sowjetischen Lager in Frage stellte und damit in den folgenden Jahren vor allem die polnischen Oppositionskräfte ermutigte – deren Widerstand zuletzt, 1989, den Sieg über die kommunistische Herrschaft herbeiführte – ist heute in Polen nahezu vergessen. Seinerzeit hatte man dort jedoch stark reagiert. Während das Regime mit Sicherheitsmaßnahmen und Propagandakampagnen konterte, verbreitete sich, soweit die spärlichen Quellen erkennen lassen, Sympathie mit den sonst zumeist wenig geschätzten Ostdeutschen und Erleichterung darüber, dass der Stalinismus den Oppositionsgeist nicht zerstört hatte; was die Hoffnung nährte, dass die politischen Verhältnisse nicht unabänderlich seien.

Die Zeugen Jehovas waren in der DDR überaus heftiger Verfolgung ausgesetzt. Zwar waren sie, die vom NS-Regime bekämpft wurden und sehr viele Opfer gehabt hatten, für die sowjetische Besatzungsmacht zuerst „Antifaschisten“ und durften als solche ihre religiösen Aktivitäten ausüben, doch bald erregten die Erfolge ihrer intensiven Tür-zu-Tür-Werbung bei den kommunistischen Funktionären Ärger. Bezüglich ihrer Ziele entstand vor allem bei der SED zunehmend Argwohn. Nachdem die UdSSR 1947 mit den Westmächten gebrochen hatte und die USA seitdem als Erzfeind des Sozialismus galten, wurde die Tatsache, dass die Zeugen Jehovas eng an ihr amerikanisches Zentrum gebunden waren und mit ihm in Kontakt standen, zur gravierenden Anklage. Demnach waren sie ein politisches Instrument, mit dem der Feind die sozialistische Ordnung unterminieren wollte. Im August 1959 wurden sie verboten und die Mitglieder in engem Zusammenwirken von Staatssicherheit sowie Justizbehörden vor Gericht gestellt und zu auch für DDR-Verhältnisse sehr hohen Strafen verurteilt.

Wer aufgrund des programmatischen Buchtitels *Freiheit heißt, die Angst verlieren* eine Darstellung erwartet, wie Menschen – und am Ende vielleicht die Bevölkerung insgesamt – im DDR-Bezirk Rostock durch Überwindung der Angst vor Unterdrückung und Verfolgung frei geworden sind, wird enttäuscht. Christian Halbrock stellt lediglich zusammen, was die Staatssicherheitsbehörden als normwidrig ansahen und notierten. Neben menschlich sehr berührenden Schicksalen von Personen, die – vor allem in der Frühzeit – wegen ihrer aufrechten Haltung vielfältigen Repressionsakten bis hin zu Folterung, langjährigem Zuchthausaufenthalt und Todesstrafe ausgesetzt waren, finden sich zahllose Fälle abweichenden Verhaltens, das von Widerstandswillen, Verweigerungshaltung, alter Gewohnheit oder auch nur allzu geringer Anpassungsfähigkeit bestimmt war. Daher schuf sich das misstrauische SED-Regime häufig selbst die Feinde, die es dann bekämpfen zu müssen meinte. Insgesamt bietet das Buch nach langwierigen, später noch öfters wiederholten Bemühungen um Abgrenzung der Begriffe Nonkonformität, Verweigerung, Widerstand, Widerspruch und Opposition eine umfangreiche Materialsammlung. Wenn der Leser darin ein be-

stimmtes Phänomen sucht, entstehen Schwierigkeiten, denn die generelle chronologische Ordnung wird immer wieder durch zeitliche Vor- und Rückgriffe nach Sachprinzipien unterbrochen, die nicht durchgängig eingehalten werden. Auch werden die Ausführungen reduziert auf eine Geschichte des Verlaufs im Bezirk Rostock, eine Darstellung der Formen abweichenden Verhaltens, dessen Verortung im Alltagsleben und auf den Versuch, die Kontinuität und den Wandel zu verdeutlichen. Alles ist so umfänglich formuliert, dass beim Leser, sofern er nicht mit besonderer Geduld ausgestattet ist, unweigerlich Langeweile aufkommt.

In seinen „[d]eutsch-deutsche[n] Notizen“ – Momentaufnahmen von Entwicklungen in der DDR vor allem in der Zeit ihres Nieder- und Untergangs – hebt der österreichische Korrespondent Ewald König als sein ungewöhnliches Privileg hervor, dass er als Journalist eines neutralen Landes seine Tätigkeit in Ost-Berlin wie im Westteil der Stadt und in der Bundesrepublik ausüben konnte. Da ihm auf diese Weise Informationen aus unterschiedlichen Quellen verfügbar gewesen seien, habe er Vergleiche ziehen und damit ein besonders zuverlässiges Urteil gewinnen können. Er schildert so unter anderem schwer fassbare Einstellungen und Stimmungen, was seinen – teilweise auf Interviews mit beteiligten Personen beruhenden – Berichten den Charakter einer Ergänzung dessen verleiht, was Historiker anderen Quellen – namentlich zeitgenössischen Publikationen oder amtlichen Akten – entnehmen. Der Autor wird freilich seinem hohen Anspruch häufig nicht gerecht. Die Details, denen er große Wichtigkeit und wesentlichen Erkenntniswert zuschreibt, sind, bei Lichte besehen, kaum jemals irgendwie bedeutsam und erweisen sich oft nicht als zuverlässig. Ein Beispiel ist seine Darstellung, wie Helmut Kohl den Besuch in Warschau abbrach, als ihn die Nachricht von der Öffnung der Berliner Mauer erreichte, um an den Ort des Geschehens zu eilen (was auch gewöhnlichen Zeitgenossen allgemein bekannt war). König sucht der Sache einen besonderen Akzent zu geben mit dem Hinweis, seine Maschine habe den Weg nach Hamburg „über Schweden“ nehmen müssen. Tatsächlich jedoch führte der Flug über die südliche Ostsee nach Hamburg, wo man nach 50 Minuten landete und der Bundeskanzler in die PanAm-Maschine nach West-Berlin umstieg. Man kam also überhaupt nicht über Schweden, und es ist auch nicht zu sehen, welche Wirkung von dem Reiseweg ausgegangen sein könnte. Kohl kam jedenfalls rasch in die Stadt, in der sich das so wichtige Geschehen abspielte.

Alexander Amberger zeigt, wie der Glaube an den Sozialismus als das Heil der Welt bei drei innerlich engagierten, hochrangigen Funktionären angesichts der sozialistischen Realität in der DDR zu scharfer Kritik an der SED führte. Wolfgang Harich, Rudolf Bahro und Robert Havemann werden mit ihrem Leben und Denken dargestellt. Bemerkenswerterweise ließ sich trotz aller Desillusionierung und schwerer Verfolgung keiner von ihnen das sozialistische Ideal nehmen. Es erhielt jeweils die literarische Form der Utopie, die aber als partieller Entwurf einer künftig besseren Wirklichkeit gedacht war. Obwohl sie mehr politische und intellektuelle Freiheit wollten, hielten Harich und Bahro uneingeschränkt an der Parteidiktatur und ihrer Wirtschaftsmacht fest, denn nur eine durchsetzungsfähige Zentrale könne das Gute

gewährleisten. Nachdem Dennis Meadows seine *Grenzen des Wachstums* veröffentlicht hatte, wiesen sie diesem Regime vor allem auch den „geschichtlichen Auftrag“ zu, die Menschheit vor der ökologischen Selbstvernichtung zu bewahren, ohne zu erkennen, dass gerade die Alleinherrschaft der SED-Führung die Umweltzerstörung in der DDR forcierte. Dagegen glaubte Havemann nicht mehr an die Vernunft kommunistischer Machthaber, sondern hoffte auf die Verwirklichung der sozialistischen Idee durch einen „Dritten Weg“ zwischen den verfeindeten Systemen. Seine Haltung ermutigte und beeinflusste vielfach die sich in den 1980er Jahren formierende Opposition.

Norbert Pötzl, langjähriger *Spiegel*-Redakteur, stellt Leben und Wirken des – zunächst nur in Ost-Berlin, dann auch im Westen der Stadt zugelassenen – Rechtsanwalts Wolfgang Vogel vor. Er war auf westdeutscher Seite wegen seiner vielfältigen Dienste in den Beziehungen zur DDR, vor allem beim Freikauf politischer Gefangener, hoch angesehen, konnte aber – wie dabei oft außer Betracht blieb – nach Lage der Dinge von vornherein nur in Übereinstimmung mit dem Staatssicherheitsdienst tätig werden. Pötzl hat nicht nur die einschlägigen Dokumente in den Archiven eingesehen und viele Beteiligte – einschließlich Vogels selbst – ausführlich befragt, sondern auch nach dessen Tod die umfangreichen privaten Unterlagen ausgewertet. Wie daraus hervorgeht, wurde Vogels Vermittlungsarbeit für die Staatssicherheit so wichtig, dass ihm ein Einfluss zuwuchs, den er mit seiner selbstbewussten Art auch zu nutzen verstand, um unter anderem in Not geratenen Personen zu helfen – sofern dem nicht gewichtige Interessen des SED-Regimes entgegenstanden. Über ihn kamen in den frühen 1960er Jahren die ersten Freikaufvereinbarungen zustande, zu denen die Initiative von Bonn ausging, die aber in dem Maße, wie es mit der DDR wirtschaftlich bergab ging, für Ost-Berlin große Bedeutung erlangten. Bei diesen, durch die Einschaltung kirchlicher Stellen ermöglichten Geschäften wurden gegen die Zahlung von mehr als 34 Milliarden D-Mark (in Waren) 33.755 politische Häftlinge aus der DDR entlassen und etwa 215.000 Familien zusammengeführt. Wer sich künftig mit den innerdeutschen Beziehungen ab den 1960er Jahren befasst, wird die detaillierten Recherchen von Pötzl zu berücksichtigen haben.

Ebenfalls unerlässlich bei der Betrachtung der Spätphase der DDR ist Tobias Wunschiks Untersuchung der Häftlingsarbeit. Zwar war es dem Autor aus verschiedenen Gründen nicht möglich, die überaus weit verstreuten Unterlagen zu dem Thema vollständig einzusehen, doch bietet die Fülle der alle Aspekte umfassenden benutzten Quellen eine hinreichende Gewähr für die Tragfähigkeit des Urteils, zumal das Bemühen um wissenschaftliche Sachlichkeit im Vordergrund steht. Das kommt beispielsweise darin zum Ausdruck, dass der emotional belastete Begriff „Zwangsarbeit“ vermieden wird und stattdessen von „erzwungener Arbeit“ die Rede ist. Die Darstellung befasst sich eingangs mit der Konzeption und Durchführung dieser – von der Stasi zwar nicht angeordneten und verwalteten, aber überwachten – Arbeit. Als fundamentaler Zweck, der nicht zuletzt auch das Vorgehen bei den sehr zahlreichen politischen Fällen bestimmte, lag der Haftstrafe die Absicht zugrunde, die Gefangenen von der Gesellschaft zu isolieren und damit unschädlich zu machen, sie zu

Anpassung und Konformität zu zwingen und mögliche Gesinnungsgenossen abzuschrecken. Diese Zwecksetzung schloss einen auf humanitären Überlegungen beruhenden Umgang mit den Gefangenen prinzipiell aus. Die Verhältnisse und Umstände variierten zwar von Haftanstalt zu Haftanstalt, aber obwohl in der Honecker-Ära anders als früher gewisse Standards eingehalten wurden, stellt Wunschik weithin sehr hohe Arbeitsnormen, überdurchschnittlich viele Arbeitsunfälle (mit meist schlechter Behandlung der Verletzungen) und geringe Entlohnung fest. Die Häftlingsarbeit hatte erhebliche volkswirtschaftliche Bedeutung, wie der Tatbestand zeigt, dass manche Produktionen bei Amnestien nicht fortgeführt werden konnten. Wichtig war vor allem auch die Herstellung von Waren, die – etwa im Rahmen des innerdeutschen Handels – an Firmen im Westen geliefert wurden. Einen Überblick darüber, welche Waren an welche Abnehmer im Westen gingen, bietet eine Tabelle, die der Darstellung als Anlage beigelegt ist.

Rüdiger Wenzke hat einen Bildband vorgelegt, der die Entwicklung der wichtigsten Militärorganisation der DDR – der Nationalen Volksarmee – von den Anfängen als vorgeblich polizeiliche „Bereitschaften“ im Sommer 1948 bis zur Auflösung ihrer Verbände im Zuge der deutschen Vereinigung am 2. Oktober 1990 darstellt, der eine Krise auch in ihren Reihen vorausgegangen war. Auf der Grundlage einer umfassenden Akten- und Literaturkenntnis wird die Geschichte dieser Streitmacht einschließlich der organisatorisch außerhalb stehenden Grenztruppen in ihren verschiedenen Phasen und Aspekten für eine breite Leserschaft aufbereitet und mit reichem Bildmaterial illustriert. Von Interesse auch für den Fachmann sind nicht nur die weithin farbigen Fotos und sonstigen Abbildungen, sondern auch manche der – knapp auf das Wesentliche abstellenden – Ausführungen. Der Band bietet eine in jeder Hinsicht hervorragende Einführung in das Thema.

Die – als Reaktion auf die Erschütterung der kommunistischen Herrschaft durch den 17. Juni 1953 geschaffenen – Kampfgruppen der Arbeiterklasse in der DDR waren eine Institution, die es nirgendwo sonst im sozialistischen Lager gab, selbst nicht in der UdSSR, die für die SED das verpflichtende Modell war. Tilmann Siebeneichner ordnet sie in unterschiedliche Zusammenhänge ein. Der „proletarische Mythos“ der Arbeiteraufstände im „roten Herzen“ Deutschlands in den frühen 1920er Jahren habe eine revolutionäre Tradition begründet. Dagegen sei für die aktuelle Existenz der „reale Sozialismus“, d. h. die Sicherung des Regimes, bestimmend gewesen. Anders als Hans Ehlert und Matthias Rogg, die sich mit den Kampfgruppen als Bestandteil der bewaffneten Organe in der DDR befasst haben, behandelt Siebeneichner das Thema als Problem, das auf der Basis von – eingangs ausführlich dargestellten – soziologischen und sonstigen Theorien zu erörtern ist. Ihn interessiert also weniger die Machtfrage, der für Kommunisten entscheidende Bedeutung zukam, als die Rolle im ideologischen und sozialen Gefüge. Wie der Autor betont, ging es ganz wesentlich auch darum, der „Arbeiterklasse“, von der so viele gegen „ihre“ Partei revoltiert hatten, das richtige „Klassenbewusstsein“ beizubringen. Das erwies sich nicht nur wegen den oft anders ausgerichteten Neigungen der Mitglieder oder ihrer beruflichen Situation als schwierig, sondern oft auch deswegen, weil die Aktivisten,

auf deren Engagement die SED angewiesen war, von früher her revolutionär-romantische Vorstellungen hegten, die sich mit der Aufgabe der Herrschaftssicherung nicht deckten.

Als Truppe, die – anders als alle anderen Waffenträger – nicht als Organ des Staates, sondern der Partei fungierte, hatten die Kampfgruppen einen unklaren Status, was für das Bewusstsein ihrer Mitglieder von erheblicher Bedeutung war. Sollten sie eine Art Militär, Polizei oder Partisanenorganisation sein? Die inneren Spannungen nagten an Zusammenhalt und Verlässlichkeit. Das zeigte sich bei den Einsätzen ab Anfang Oktober 1989, die zwar insgesamt wenig zahlreich waren, aber im Rahmen wichtiger Aktionen erfolgten. Bis dahin war unter der Decke geblieben, dass viele Arbeiter gegen das übliche „Kommiss“-Verhalten waren, dass sie die Schusswaffe nicht gegen Zivilisten richten wollten, dass sie sich oft mehr mit den Menschen im Lande als mit den Parteioberen verbunden fühlten und dass sie ihre Aufgabe wesentlich darin sahen, ihre Betriebe vor Saboteuren zu schützen. Nicht wenige versagten den ihnen im Herbst 1989 abverlangten Dienst von Anfang an. Diejenigen, die den Einsatzbefehlen folgten, wurden oft durch physische Überforderung, durch aus unklaren Anweisungen resultierenden Ungewissheiten und vor allem auch dadurch zermürbt, dass das – zur Begründung ihres repressiven Vorgehens – genannte Bild eines „inneren Feindes“ mit den Erfahrungen beim Einsatz nicht in Übereinstimmung zu bringen war. Da in den Kampfgruppen von vornherein eine weniger scharfe Disziplin herrschte als in den militärischen Einheiten, wirkte sich das stärker aus. Das wiederum mahnte die Einsatzleitungen zu generell größerer Vorsicht, wenn unter den Kräften, über die sie geboten, Kampfgruppen waren. Diese wurden damit im Verlauf der Demonstrationen zu einer Art Avantgarde des Verzichts auf einen Gewaltgebrauch.

Siebeneichner führt mit einer Behauptung in die Irre, vor der Konstituierung der Nationalen Volksarmee (NVA) 1956 habe es in der DDR kein Militär gegeben. Ihm ist der grundlegende Tatbestand entgangen, dass die NVA – ihrerseits fußend auf den ab 1948 insgeheim aufgestellten kasernierten „Bereitschaften“ – ab 1952 als Masenarmee unter dem Decknamen „Kasernierte Volkspolizei“ formiert worden war. Sie firmierte jedoch lange Zeit deswegen nicht als militärische Streitmacht, weil in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehen sollte, dass erst 1955 die militärische Bedrohung durch die Bundesrepublik (und ihr mit der westdeutschen Wiederbewaffnung verbundene Beitritt zur NATO) zum Aufbau der NVA geführt habe. Deshalb durfte erst Anfang 1956, als die erste Einheit der Bundeswehr formiert wurde, offiziell von Streitkräften der DDR die Rede sein. Die erstaunliche Unkenntnis Siebeneichners für diese – längst in vielen Untersuchungen und Studien dargestellten – Vorgeschichte der NVA führt dazu, dass der damaligen östlichen Propaganda weiterhin Vorschub geleistet wird.

Überdies wird die aus der Luft gegriffene Auffassung vertreten, die DDR habe bei Abschluss des Warschauer Pakts im Mai 1955 vor der Frage gestanden, wie sie die dabei gegenüber den anderen Bündnismitgliedern entstandene vertragliche Verpflichtung zur Bereitstellung von Truppen erfüllen könne. Dabei seien die Kampf-

gruppen als Grundlage für das nunmehr erforderliche Militär in Betracht gekommen. Davon konnte schon deswegen keine Rede sein, weil sie von vornherein eine andere Struktur und Zwecksetzung hatten. Was die Situation und Entwicklung der Kampfgruppen betrifft, enthält das Buch viele aufschlussreiche Informationen, doch diese sind in überaus langen Detailausführungen verstreut, die überdies meist nur Einzelfälle referieren. Zusammenfassende Feststellungen finden sich allenfalls einmal irgendwo im Text versteckt. Zudem werden die zahllosen Quellenzitate und die ebenso zahlreichen wortwörtlichen Wiedergaben von Ansichten bzw. Wortprägungen von – offenbar als Autoritäten betrachteten – Verfassern unverbunden nebeneinander gestellt. Das führt dazu, dass der Leser nur durch beständigen Rekurs auf die Fußnoten feststellen kann, ob er belegte Aussagen oder bloße Meinungsäußerungen vor sich hat. Insgesamt ist das Buch eine Art Steinbruch, aus dem man, wenn man sich sehr bemüht, manches Brauchbare herausholen kann. Bedauerlicherweise ist auf der Basis der überaus reichen Quellengrundlage, die der Autor aus den Archiven und durch Befragungen zusammengetragen hat, nicht das umfassend und klar informierende Buch entstanden, das daraus hätte werden können.

Das Stasi-„Lesebuch“ von Gudrun Weber und Thomas Auerbach bietet Informationen nur für den in der Sache noch unkundigen Leser. Es werden dabei zwar einige Tätigkeitsaspekte des Staatssicherheitsdienstes der DDR illustriert, doch verdichten sich diese nicht zu einem insgesamt erhellenden Ein- und Überblick. Anders als der Buchtitel suggeriert, befassen sich Ilko-Sascha Kowalczuk und Arno Polzin weder mit den DDR-Appellen, kurze Telefonate zu führen, noch mit einem ausschließlich auf grenzüberschreitende Ferngespräche ausgerichteten Bemühen des Staatssicherheitsdienstes, Oppositionelle zu überwachen. Der erste Schwerpunkt des ausführlichen, darstellenden Teils, verfasst von Kowalczuk, ist die Beschreibung der Kommunikationssituation: eines weithin altersschwachen Telefonnetzes mit viel zu wenig Leitungen, dessen knappe Anschlüsse nach Gesichtspunkten des SED-Regimes und der Staatssicherheitsorgane zugeteilt wurden. In einem zweiten Beitrag erörtern die Herausgeber auf ebenso sachkundige wie detaillierte Weise, wie die Stasi in den 1970er und 1980er Jahren bestrebt war, möglichst alle Lebensäußerungen oppositioneller Kräfte durch Informationsgewinnung aus dem Kabelnetz, Anbringen von „Wanzen“ in Wohnräumen und andere technische Mittel aufzuklären, zu kontrollieren und für die angestrebte „Zersetzung“ der Opfer zu verwenden. Dazu zählt auch, wie diese reagierten, um sich trotz aller Überwachung und Bedrängnis zu behaupten, etwa indem sie Kontrolllücken fanden und nutzten. Angela Schmole stellt an einem Beispiel aus dem Ortsnetz Ost-Berlins dar, wie die Staatssicherheit dabei konkret vorgeht. Wolfgang Templin schildert als einer derjenigen, gegen den sich die Abhörmaßnahmen richteten, welchen nervlichen und sonstigen Belastungen er ausgesetzt war, welche Erfahrungen er machte und zu welchen Schlüssen er gelangte.

Den Hauptteil des Buches bilden 151 Dokumente aus der Zeit von September 1985 bis November 1989: fast durchweg Wiedergaben abgehörter Telefongespräche, in einzelnen Fällen Zusammenfassungen von darauf beruhenden Eindrücken und Erkenntnissen. Diesen Stasi-Archivalien, aus denen sich ein gutes Bild des Vorgehens

gegen maßgebliche Akteure der oppositionellen Szene ergibt, werden durch ausführliche Hinweise und Erläuterungen eingeleitet. Auch das beigefügte Personenregister und ein Glossar, in dem sich wertvolle Angaben zu den wichtigen Personen und Gruppierungen finden, erleichtern die Benutzung des Buches, das insgesamt eine Fundgrube ist für jeden, der sich im Einzelnen über die Tätigkeit der Stasi und deren Auswirkungen auf die Entwicklungen in der DDR-Gesellschaft informieren will.

Über die Entstehungs- und Frühgeschichte des kommunistischen Regimes in der DDR gibt es viele Untersuchungen, bisher jedoch noch kein zusammenfassendes Werk über die beiden letzten Jahrzehnte. Andreas Malycha füllt diese Lücke. Seine Ausführungen bestechen durch Klarheit und die Konzentration auf das Wesentliche. Malycha ist sich – im Unterschied zu vielen anderen Autoren – der grundlegenden Abhängigkeit des SED-Regimes von der UdSSR bewusst und weist immer wieder darauf hin, mithin einen der wesentlichen Gründe für das Ende der DDR in den Blick zu nehmen. Zu Recht hatte Leonid Breschnew Erich Honecker bei dessen Inthronisation ermahnt: „Erich, vergiss nie, ohne uns wäret ihr nicht. Ohne die Sowjetunion gibt es keine DDR.“¹ Als Honecker „seinen“ Weg ging und die Unterstützung aus Moskau verlor, konnte sich das Regime nicht mehr gegenüber der Bevölkerung behaupten.

Nach einleitenden Ausführungen zum Scheitern der Reformversuche Walter Ulbrichts und dessen Sturz stellt Malycha zuerst den organisatorischen Aufbau, die personelle Ausstattung, die Herrschaftsmechanismen und die internen Auseinandersetzungen des SED-Regimes während jener 18 Jahre dar, als Honecker an der Spitze stand. Besondere Aufmerksamkeit finden dabei die Fragen zu aufsehenerregenden „Fällen“: der Ablösung des Hardliners Konrad Naumann und der deutschlandpolitischen Schlüsselfigur Herbert Häber sowie dem Absturztod des als Hoffnungsträger der Partei geltenden Werner Lamberz. Anschließend wendet sich Malycha den politischen Kernproblemen der DDR zu. Im Mittelpunkt steht das von Honecker eingeführte Konzept der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“, des – parallel zum Kurs Breschnews in der UdSSR erfolgten – Vorrangs des Konsums der Bevölkerung vor den wirtschaftlichen Investitionen. Die Erwartung, die Zufriedenheit der „Werk-tätigen“ werde zu größerer Leistung führen und damit die Basis für die Konsumaus- weitung schaffen, erfüllte sich nicht. Daher vermochte sich das Regime zwar zu- nächst eine gewisse Akzeptanz zu verschaffen, doch je länger, desto mehr zeigte sich, dass dafür der Preis einer allmählichen Erosion der materiellen Grundlagen ge- zahlt wurde: Mangels ausreichender Erneuerung verfiel der Kapitalstock, die ökonomische Abhängigkeit von den seit 1972 fließenden Zahlungen aus Bonn und von den Krediten westlicher Banken nahm bedrohliche Ausmaße an. Die sich vergröß- ernde Wohlstandsdifferenz zu den Westdeutschen trat immer stärker ins allgemeine Bewusstsein. Als die Stunde der Wahrheit im Herbst 1989 kam, standen die Ost-Ber- liner Machthaber der aufbegehrenden Bevölkerung nicht zuletzt deswegen hilflos

1 Sergej Guk, Pri otkrytych graniach my ne smožem tjažat'sja s kapitalizmom [Ausage von Viktor M. Beleckij, der das Gespräch dolmetschte], in: Izvestija vom 29. September 1992.

gegenüber, weil ohne massive Hilfe aus der Bundesrepublik der Staatsbankrott und eine Absenkung des Lebensstandards um wenigstens 30 Prozent zu erwarten war. Daher konnte das Regime sich vom Gewaltgebrauch gegen die Opposition keine Rettung mehr versprechen.

Die Unfähigkeit der DDR unter Honecker, die selbst geschaffenen Probleme zu lösen, zeigte sich auch auf dem Feld der Kulturpolitik. Das belegen die Fallstudien des von Lutz Niethammer und Roger Engelmann herausgegebenen Sammelbandes über die nonkonforme Künstlerszene und die gegen sie gerichtete geheimpolizeiliche Repression im Bezirk Gera. Das Bestreben von Parteistellen, die Jugend durch Gewährung kultureller Freiräume zu gewinnen und zu integrieren, wurde durch die Stasi-Dienststellen konterkariert, welche die veränderten künstlerischen Ausdrucksformen als Werk der Feinde des Sozialismus beargwöhnten und erbittert bekämpften. Auf diese Weise blockierten sich, wie die Beiträge von Jeannette van Laak, Matthias Braun, Katharina Lenski (unter Mitarbeit von Agnès Arp) und Martin Morgner darlegen, beide Seiten mit dem Ergebnis, dass sich die unangepassten Künstler zwar behaupteten und schließlich sogar gegen die starrsinnigen Stasi-Funktionäre durchsetzten, aber zugleich dem Regime entfremdet wurden.

Niethammer stellt das Forschungsprojekt, aus dem die Beiträge hervorgegangen sind, in einem ausführlichen Einleitungskapitel vor und erläutert, wie es entstanden ist und durchgeführt wurde. Dabei kommt er – vorbehaltlich der Bestätigung durch weitere Untersuchungen – zu einem weit über die Vorgänge hinausgehenden generellen Schluss. Nachdem die DDR im Kontext vor allem der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) ihren Bürgern eine Berufung auf Rechte gegenüber dem Staat ermöglicht habe, ohne dies jedoch tatsächlich zulassen zu wollen, sei das Regime auf den Ausweg verfallen, die Staatssicherheit personell enorm zu verstärken und ihr die Verhinderung einer Inanspruchnahme dieser Rechte zu übertragen. Zu diesem Zweck seien die Stasi-Funktionäre ermächtigt worden, bei ihrem Vorgehen nach Bedarf und Belieben die staatliche Ordnung außer Kraft zu setzen. Damit habe das Regime die Grundlage der DDR untergraben. Der Zusammenbruch des ostdeutschen Staates im Herbst 1989 war demnach die unbeabsichtigte, aber logische Konsequenz der in den 1970er Jahren eingeleiteten Politik.

Wie die Lage in den entscheidenden Monaten vor Ort, auf den Straßen der DDR, aussah, zeigen die Aufsätze in dem von Rüdiger Wenzke herausgegebenen Band über das Vorgehen der bewaffneten Organe. Zwar blieben die sowjetischen Truppen in ihren Kasernen, doch anders als am 17. Juni 1953 verfügte das SED-Regime im Herbst 1989 über genügend Kräfte, um die Proteste gewaltsam zu beenden. Daran hinderten sie, als es darauf ankam, vor allem die zögernde Haltung der Einsatzleiter und der Widerwille des eingesetzten Personals. Deswegen verliefen die Demonstrationen am 8. Oktober in Dresden und dann vor allem am 9. Oktober in Leipzig friedlich; obwohl an diesem Tag alle Vorbereitungen zur Niederschlagung des Protests getroffen worden waren, mit dem Ziel, der Opposition ein Ende zu machen. Auf der Seite des Regimes wie in den aufgebotenen Einheiten, vor allem unter den gerade erst eingezogenen Wehrpflichtigen und in den Betriebskampfgruppen,

schwand die Bereitschaft, Knüppel zu schwingen oder gar die Schusswaffen zu gebrauchen, als man offensichtlich ganz friedfertigen Leuten gegenüberstand, die dem offiziell beschworenen Bild der gefährlichen Feinde überhaupt nicht entsprachen. Überdies verunsicherte das Ausbleiben klarer Weisungen aus Ost-Berlin. Das für Sicherheitsfragen zuständige Mitglied des Politbüros, Egon Krenz, war nicht rechtzeitig zu sprechen, weil er – durch Michail Gorbatschows Auftreten in Ost-Berlin ermutigt – gerade Honeckers Absetzung vorbereitete und sich wohl auch nicht äußern wollte, um seinen Einstand als dessen Nachfolger nicht im Rahmen einer Gewaltaktion zu geben.

Die Leipziger Vorgänge, die der Demonstrationsfreiheit in der DDR zum Durchbruch verhelfen, werden von Daniel Niemetz in aller Genauigkeit dargestellt. Wie sich die Haltung aufseiten der Waffenträger insgesamt entwickelte, machen vor allem die Beiträge Heiner Bröckermanns und Wenzkes deutlich. Künftig wird niemand ohne diesen Sammelband auskommen, der präzise und zuverlässig über den Forschungsstand zu den Gründen für den Zusammenbruch der DDR referieren will.

Den Beiträgen des Sammelbandes von Elmar Brähler und Wolf Wagner zu den Folgen der deutsch-deutschen Vereinigung liegt die Vorstellung zugrunde, die originäre Revolution in der DDR sei durch „westliche Parteien-Übermacht“ von ihrem Kurs abgebracht worden. Statt „Erhaltung und Umbau“ der dortigen Ordnung habe es eine „vom Westen bestimmte Agenda der Angliederung“ gegeben. Bedauernd wird festgestellt, dass „die Maueröffnung zu einem so frühen Zeitpunkt erfolgte, als sich in der DDR noch keine eigenständigen und stabilen demokratischen Strukturen herausgebildet hatten.“ Der nunmehr „frei zugängliche Westen“ habe einen übermächtigen Sog ausgeübt, so dass „alle Chancen auf Eigenständigkeit und einen Neuanfang vertan“ worden seien und „die Enteignung der Revolutionäre von ihrer Revolution“ stattgefunden habe.

Die Annahmen, die dieser Ansicht zugrunde liegen, stehen im Gegensatz zu den Realitäten. Der Sieg über die kommunistische Parteidiktatur wurde nicht deswegen errungen, weil diese von einer unüberwindlich starken revolutionären Bewegung bekämpft worden wäre. Erst eine internationale Ausnahmesituation und ein ökonomischer Bankrott, der die DDR in eine totale Abhängigkeit von westdeutscher Hilfe versetzte, schufen die Voraussetzung dafür, dass die Proteste zum Sturz des SED-Regimes führten. Es kann auch keine Rede davon sein, dass sich die Bevölkerung für einen von der Bundesrepublik getrennten reformsocialistischen Staat und für dessen Befürworter entschieden hätte. Und sogar wenn man von ihrem ab spätestens Dezember 1989 stets – namentlich auch bei den Wahlen vom 18. März 1990 – unzweideutig bekundetem Willen zur raschen Vereinigung absieht, blieb der DDR aufgrund ihrer eklatanten Schwäche und Notlage keine andere Möglichkeit, als sich mit der Bundesrepublik zu verbinden.

»Kontrovers besprochen«:

„Digitale Diktatur“

Stefan Aust/Thomas Ammann, Digitale Diktatur. Totalüberwachung, Datenmissbrauch, Cyberkrieg, Berlin 2014 (*Econ*), 345 S.

Von Clemens H. Cap (1)

Mit Thomas Ammann und Stefan Aust legen zwei gestandene und weithin bekannte Journalisten einen Text zum Dauerthema Überwachung vor. Der Titel *Digitale Diktatur* ist treffend gewählt und verspricht eine spannende Lektüre. Beunruhigen muss, dass es sich bei diesem Werk weder um einen Science Fiction Roman noch um eine dystopische Phantasie handelt, sondern um die Aufarbeitung zeitgeschichtlicher Ereignisse der letzten Jahre. Es geht nicht um ein fernes Vorgestern oder ein fiktives Übermorgen, sondern um das Heute. Der Titel rüttelt wach und die Lektüre macht es auf 345 Seiten deutlich: Wir leben in einer digitalen Diktatur.

Wie stark spitzt der Titel zu? Lassen technische Entwicklungen oder politische Weichenstellungen die Zukunft einer digitalen Diktatur denkbar erscheinen? Geht es darum, die Zeichen der Zeit zu erkennen und richtig zu handeln? Oder ist die beschworene digitale Diktatur das willkommene Zerrbild gesellschaftlicher Bedenkenträger, die von einer solchen Deutung politisch profitieren wollen – und deshalb nicht weiter ernst zu nehmen sind? Es ist das besondere Verdienst des vorliegenden Textes, solche Fragen in den Bereich philosophischer Spekulationen zu verweisen, denn nach zwölf Kapiteln und einem kurzen Anhang ist klar: Das Ausmaß der Totalüberwachung durch Geheimdienste und des Datenmissbrauchs durch Internet-Unternehmen hat eine Intensität angenommen, die sehr realistisch als diktatorisch beschrieben werden kann. Ein Aufgreifen des Themas in einem Jahrbuch über Extremismus erscheint gerechtfertigt und eine weitere gesellschaftliche Debatte ist dringend notwendig, denn die Risiken werden unterschätzt und die Entwicklungen, welche die heutigen Demokratien ernsthaft bedrohen, werden verharmlost. Diese Botschaft überzeugend, beunruhigend und kurzweilig zu verpacken ist die Leistung von Aust und Ammann.

Die Autoren wählen aus dem Klassiker *1984* von George Orwell die Einstiegszitate für ihre Abschnitte. Die Stellen sind mit Bedacht gewählt und erzeugen für sich bereits eine gewisse Beklemmung. Der Titel *1984* und das Fertigstellungsdatum 1948 zeigen, dass Ängste vor totaler Überwachung älter sind als das Internet. Hoffnungen, es käme letztlich anders, würde man die Bedrohungen deutlich genug schildern, waren bereits vor Jahrzehnten vorhanden. Viele Befürchtungen Orwells sind aber Realität geworden. Aktuelle Entwicklungen lassen eine weitere Verschärfung

der Problematik erwarten. Die größte Sorge muss dem schleichenden und subtilen Charakter dieser Veränderung gelten, denn eine fortschreitende Erosion demokratischer Grundrechte wird dadurch als Anpassung des Zeitgeistes an neue Technologien und einhergehende Werteänderungen wahrgenommen, statt als Bedrohung menschlicher Grundrechte. Der pointierte Charakter des Buches und der dramatische Stil seiner Autoren werden nicht jedem gefallen, der Dringlichkeit des Anliegens sind sie jedoch angemessen.

Die im Buch angeführten Beispiele sind solide recherchiert und weisen die Autoren als souveräne Kenner des Themas aus. Der Text ist spannend, das Sachbuch liest sich stellenweise wie ein Roman. Der dramatische Aufbau zieht den Leser in seinen Bann. Das Anliegen, die Bedrohung durch eine digitale Diktatur herauszuarbeiten, ist den Autoren vollständig und sachlich fundiert gelungen. Das Buch macht nachdenklich, es erschreckt und rüttelt wach. Die Fallhöhe des Problems ergibt sich dabei allein aus den Fakten, ohne Übertreibung oder Ausschmückung.

Diese Positionierung des Textes ist zugleich seine Schwäche. Der dramaturgisch klug gewählte Spannungsbogen garantiert hohes Lesevergnügen, nimmt dem Leser aber die für eine abschließende Bewertung wünschenswerte Distanz. Das Buch ist in vielen Passagen ausgewogen, differenziert und realistisch. So beschreibt Kapitel drei den Werdegang von Edward Snowden, vom Aufwachsen in einem patriotischen Elternhaus, vom Geheimdienstmitarbeiter zum selbstbewussten, nachdenklichen und fundierten Kritiker, schließlich zum Geheimnisverräter und Whistleblower. Man spürt die mannigfaltigen Konflikte, Krisen und Reifungsschritte in einem ungewöhnlichen Lebenslauf und kann Impulse nachvollziehen, die im Ergebnis zu den bekannten Veröffentlichungen geführt haben und zu Snowdens Überzeugung, damit das einzig Richtige zu tun. Mit Ausnahme weniger, knapper Hinweise, darunter auf eine Biographie, sind aber keine Quellen angegeben. Handelt es sich in dem Kapitel also um eine gelungene Zusammenfassung einiger weniger Textstellen? Ist es ein Zusammenschnitt von Presseartikeln, Blogbeiträgen und Google-Treffern? In welchem Ausmaß ist es das Ergebnis eigenständiger, tiefgehender Recherche? Die Autoren wissen, dass Fußnoten den Spannungsbogen beschädigen können, von dem ein Text lebt. Und: Wie leicht gelingen belastbare Quellenhinweise bei Berichten über Geheimdienste? Dem Leser nimmt die Zurückhaltung der Autoren aber eine Chance, die Glaubwürdigkeit der Interpretation eigenständig zu bewerten. Den ehemaligen NSA-Mitarbeitern Thomas Drake und William Binney wird am Ende für Gespräche kurz gedankt, Kapitel vier enthält die aus Presseberichten und Mitschriften der Befragungen im Bundestagsausschuss bekannten Aussagen. Auch hier wäre eine Absicherung der Faktenlage für kritische Leser hilfreicher als Fußnoten, die banale Abkürzungen wie IP oder WTF erläutern. Wer das Buch von Aust zur RAF gelesen hat erkennt darin aber den gemeinsamen Stil der beiden Werke – und auch eine gewisse Lust an Sensationsnachrichten können die Autoren nicht verstecken.

Ein Anhang verspricht unter dem Titel „Das digitale Menschenrecht“ Abhilfe. Er erläutert dem Leser, inwiefern er selber von der digitalen Diktatur bedroht wird. Auswege aber bieten die Autoren keine an. Was kann der Einzelne denn auch tun,

um diese Entwicklung zu stoppen oder zu verlangsamen? Tragen wir nicht durch unser eigenes Verhalten indirekt zum Entstehen dieser digitalen Diktatur bei? Fördern wir gar durch unsere allzu verständlichen aber ebenso kurzfristigen Wünsche nach größtmöglicher Sicherheit, nach maximaler Bequemlichkeit und kostenfreien Netzinhalten eine gesellschaftliche Entwicklung, die schließlich zu unserer Entmündigung führt? Die Autoren verschweigen die fatalen Zusammenhänge, mit denen Gesellschaften schon oft Diktaturen herbeigeführt hatten, unter denen sie dann litten und deren fast gesetzmäßiges Entstehen die Zeitgenossen im Nachhinein bitter und betreten beklagten – obwohl im Vorfeld deutlich gewarnt wurde. Es ist dem Text hoch anzurechnen, dass er keinen billigen oder einseitigen Aktionismus vorschlägt; er wäre nach den vorangegangenen Abschnitten emotional naheliegend, als gesellschaftliche Gesamtantwort aber weder glaubwürdig noch konsensfähig. Der letzte Absatz im Buch deutet jedoch vorsichtige erste Schritte an: Ohne eine Selbstbestimmung über die eigenen Daten wird es auf Dauer keine Demokratie geben. Auf diese Rechte müssen wir uns zurückbesinnen. Das viel bemühte Grundrecht der „informationellen Selbstbestimmung“ greift jedoch deutlich zu kurz und ist den neuen Technologien nicht angepasst.

Die Autoren legen im Kapitel über Google mit dem treffenden Untertitel „Die beste aller Welten“ den unseligen Mechanismus offen. Wer möchte nicht in der besten aller Welten leben? Und was könnte diese Welt besser gewährleisten wenn nicht eine systematische Sammlung aller Daten und deren wissenschaftliche Auswertung? Ist Big Brother nicht der beste Schutz vor jeder Gefahr? Ist Big Data nicht der schönste Garant unseres Glücks? Der Irrtum liegt in dem normativen Anspruch auf richtiges Leben, in der Illusion, die beste aller Welten wäre denkbar und – noch fataler – möglich und für alle gleich wünschenswert. Doch hat man diesen Irrtum erst einmal begangen, so erscheinen alle weiteren Entwicklungen als logische Folgen: Flächendeckende Überwachung durch Behörden und Unternehmen, die es nach ihrem Selbstanspruch nur gut mit uns meinen, sind notwendig, ja glückverheißend. Wer diese Zwangsbeglückung nicht wünscht, kann nur dumm oder gemeingefährlich sein. Als Feind der Gesellschaft muss er jedenfalls ausfindig gemacht, schließlich behandelt und in seiner Wirkung „neutralisiert“ werden: Diktatur pur. Das Problem hat keine Lösung, denn unsere Wünsche sind es, die uns in die Diktatur führen.

Kann die in den Kapiteln sieben bis zehn vielfarbig und amüsant geschilderte Hacker Community eine Lösung anbieten? Nach traditioneller Lesart eine Subkultur mit Protestanstrich und Hang zur Grenzüberschreitung liegt ihre Stärke in einer neuen Interpretation systemischer Zwänge und einem Ignorieren ihrer fatalen Mechanismen. Aust und Ammann schildern gekonnt den spielerischen Selbstanspruch der Hacker, neue Dinge anders zu sehen und sich souveräne Eigenständigkeit und Individualität zu bewahren. Dieses Talent schützt nicht vor dem Konflikt mit traditionellen Deutungen oder vor einem selbstgerechten Abgleiten in kriminelle Verlockungen, es vermag aber mögliche Auswege aus dem Dilemma anzudeuten.

Dem Leser bleibt schließlich die Hoffnung, dass wir die fatalen Mechanismen rechtzeitig verstehen, bevor unsere naiven Wünsche auf ein digitales Paradies unsere digitale Hölle unvermeidbar machen.

Von Otto Depenheuer (2)

Die Schrift enttäuscht. Allerdings bedient sie journalistisch aufs Vortrefflichste das Genre der Skandalisierung, der Katastrophenvorhersage, der Angstmache. Das Ende von Privatheit und Freiheit, von Selbstbestimmung und Demokratie stünden unmittelbar bevor und sei zu Teilen bereits eingetreten. Ursächlich dafür sei die große digitale Diktatur, die sich derzeit über die Menschheit etabliert und immer weiter ausbreitet. Datenerhebung, Datenmissbrauch, Datenmanipulation werden in 12 Kapiteln vor dem Leser ausgebreitet: von der NSA und Snowden geht es über zu Raster- und Googlefahndung bis hin zu Cyberspionage und -war. Der Befund schüchtert ein: keine Privatsphäre mehr, da alles überwacht und in Datensätze überführt wird; keine Freiheit mehr, da alles vorausgesagt werden kann; keine Individualität mehr, weil alle das Gleiche sehen, hören, tun und lassen; keine Fairness und Verantwortung mehr, weil der viel größere Bruder des Orwell'schen „großen Bruders“ unsichtbar in den Tiefen des digitalen Netzes sein diabolisches Geschäft mittels seiner geheimen Algorithmen betreibt: „Schreckliche digitale Welt.“

Nun markiert der unaufhaltsame Siegeszug der Digitalisierung in der Tat einen säkularen Epocheneinschnitt, dessen Dimensionen und Konsequenzen für Politik und Wirtschaft, Individuum und Gesellschaft noch nicht annäherungsweise absehbar sind. Derzeit etabliert sich gerade das „Internet der Dinge“ und wird mit neuen Annehmlichkeiten weitere Abhängigkeiten von der „digitalen Diktatur“ nach sich ziehen und zugleich mit der Zunahme von deren Komplexität weitere digitale Wachstumsschübe nach sich ziehen. Doch gleichzeitig werden wir mit den ersten empirisch erfahrbaren, für eine digitale Diktatur eigentlich ziemlich peinlichen Schwachstellen konfrontiert: die Infrastruktur der Netze bricht überkomplexitätsbedingt zusammen, die digitalisierte Daseinsvorsorge wird durch Hackerangriffe gestört oder lahmgelegt, islamistische Terroristen entern Fernsehsender und andere Massenmedien, um instinktsicher den verhassten Westen an seiner immer empfindlicheren Stelle zu treffen: seiner zunehmenden digitalen Abhängigkeit. Die „digitale Diktatur“ zeigt sich selbst als höchst verletzlich: ein tönerner Koloss, den ein simpler Stromausfall zu Fall zu bringen vermag. Für diesen Fall sei übrigens die Prognose gewagt: nichts würde sich die durch einen Crash von der digitalen Diktatur „befreite“ Gesellschaft mehr und dringlicher wünschen als deren möglichst rasche Wiedererrichtung. Genau diese Ambivalenz der Digitalisierung – die Gleichzeitigkeit des „Nicht-Vermissen-Wollens“ der digitalen Annehmlichkeiten und der immer weiter zunehmenden Abhängigkeit von ihr – wird in dem Buch nicht reflektiert. Hier werden nicht Ambivalenzen ausgewiesen, Dilemmata aufgezeigt und Aporien thematisiert, sondern nur einseitig, wenn auch professionell skandalisiert.

Aust und Ammann sind so auf Panikmache vor der digitalen Diktatur fixiert, dass sie nicht einmal ansatzweise den Versuch zu konstruktiver Interpretation dieses Epochenwandels oder gar zur Bewältigung von deren unbestreitbaren Herausforderungen wagen. Es finden sich kaum Ansätze zur Differenzierung – etwa zwischen staatlicher und privater Datenerhebung und -verarbeitung –, zur Einordnung der digitalen Entwicklung in die der Weltgesellschaft – „Vermassung durch Personalisierung“ –, zur Sinnleere der Informationsgesellschaft, die nur Daten, aber keinen Sinn zu erzeugen vermag. Stattdessen vergießen die beiden Autoren vorurteilssicher Krokodilstränen über den Verlust der guten alten Zeit und rufen – konservativer geht’s nicht – zum Widerstand auf gegen alles, was nach ihrer Ansicht in die digitale Diktatur münden muss.

Ein bisschen mehr Pragmatik hätte dem Buch schon deswegen nicht geschadet, weil man dann mit Johann Nepomuk Nestroy einmal mehr hätte feststellen können: „Überhaupt hat der Fortschritt das an sich, dass er viel größer aussieht, als er wirklich ist“. Natürlich wird niemand bestreiten, daß wir digital beobachtet, überwacht und gespeichert werden. Aber mit Verlaub: Das war immer schon so, ist gar ureigenste Kernaufgabe des Staates, näherhin der Polizei. Nach den Polizeigesetzen der deutschen Länder haben die Polizeibehörden die Aufgabe, „Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung abzuwehren“. Das geht nicht ohne Beobachten, Überwachen und aktenmäßige Erfassung. Der Unterschied zu früher: Man beobachtet heute digital eine Welt, die sich selbst des Digitalen bedient. Wenn also (kriminelle) Gefahren für das Gemeinwohl aus dem Netz drohen, muss dieses digital überwacht werden (das macht übrigens jedes Virusschutzprogramm). Dies geschieht in einem Rechtsstaat natürlich sachlich, kompetentiell, strukturell ausdifferenziert und – man darf es zur Erinnerung und Beruhigung einmal aussprechen – nach Maßgabe gesetzlicher Ermächtigungen: rechtsstaatlich begrenzt, demokratisch kontrolliert und gewaltenteilig abgesichert. Hier von digitaler Diktatur zu schwadronieren, diskreditiert und schwächt (man kann nur hoffen: ungewollt) eine der höchsten Kulturleistungen des Abendlandes: den freiheitlichen Rechtsstaat. Natürlich überwacht der Streifenpolizist die Welt anders als das Bundesamt für Verfassungsschutz, nationale Regierungen überwachen anderes als ausländische, Geheimdienste haben andere Interessen als private Unternehmen. Aber alle beobachten, was in der Gesellschaft geschieht, um daraus Konsequenzen für die Erfüllung ihrer spezifischen Aufgabe abzuleiten: Gefahrenabwehr im Falle der Polizei, Gesetze im Falle der Politik, Geschäftsmodelle in der Wirtschaft.

Das drohende Ende der Privatheit ist ein durchgängiges Highlight der Tour d’Horizon über die Schrecknisse der Digitalen Diktatur. Auch hier hätte mehr Reflexion die sprachliche Aufgeregtheit der Autoren abmildern, aber den Problemhorizont erweitern können. Statt „mutig“ literarischen Widerstand zu bekunden hätte man es ja einmal mit Interpretation versuchen können. Denn unser Verständnis von Privatheit dürfte ein sehr junges, romantisch verklärtes, individualistisch geprägtes Phänomen sein, das sich im Zuge der Neuzeit allmählich entwickelt hat und sich – möglicherweise – im Zuge der Digitalisierung wieder verflüchtigen wird. Nach Ansicht des

auch von den Autoren wiederholt zitierten Soziologen Zygmunt Baumann haben die Menschen nämlich den Traum von der Privatheit längst aufgegeben: „Privatsphäre ist kein Ideal mehr. Die Menschen genießen es, überwacht zu werden, ihre größte Angst ist, nicht beachtet zu werden.“ Wenn das zutrifft – und es spricht einiges dafür, dass dem so ist –, erweist sich die große Warnung vor der digitalen Diktatur als jämmerlicher Rohrkrepierer. Auch Aust und Ammann räumen ein, sich diesem System praktisch nicht entziehen zu können. Auch sie entscheiden sich, vor die Alternative gestellt, um der Integrität Ihrer Daten auf die Annehmlichkeiten ihrer digitalen Begleiter zu verzichten, für den Weg in die „freiwillige Versklavung“. Und im Anschluss an Evgeny Morozov votieren sie gar dafür, für ihre Daten, wenn sie sie denn schon hergeben müssen, jedenfalls bezahlt zu werden. Damit offenbaren sie ein seltsames Freiheitsverständnis: der Panikmache vor dem Ausverkauf von Freiheit und Privatsphäre folgt der freiwillige Verkauf eben dieser Freiheit. Auf solche Schutzpatrone liberaler Freiheit und Privatheit, die diese unversehens gegen schnödes Geld zu verkaufen bereit sind, kann die freiheitliche Gesellschaft gerne verzichten.

Diese exemplarischen Befunde zeigen die Einseitigkeit des ganzen Buches: Bekanntlich stehen Chancen Risiken, mehr Freiheitsräumen mehr Freiheitsgefahren gegenüber. Auch in der digitalen Welt ist nichts umsonst zu haben: die Segnungen der Digitalisierung zu genießen und sich über die Schattenseiten aufzuregen, ist doch etwas sehr bequem. Die anspruchsvollere Aufgabe bestünde darin, unter diesen Bedingungen die noch möglichen Gestaltungsspielräume der Individuen ebenso wie der Politik zu umreißen, um überhaupt Ansätze zur politischen Regulierung finden zu können und dem Einzelnen Eckpunkte der Orientierung im Ozean der Daten zu erschließen. Dann könnte sich zeigen: Nicht die Daten als solche und auch nicht die Datenerhebung sind das Problem, sondern deren Gebrauch. Die Frage der rechtmäßigen Datenverwertung ließe den allmählich wieder in Mode kommenden Nationalstaat zu einem effektiven Akteur der digitalen Politik werden: Ob und welche Daten jemand gegenüber seinen Bürgern und auf seinem Territorium verwenden darf, das kann er durch Statuierung von Verwertungsverboten regulieren: einseitig, souverän und effektiv.

Geradezu provinziell und einfallslos nehmen sich demgegenüber die Rezepturen der Autoren in Ansehung der digitalen Diktatur aus. Sie plädieren für die „informationelle Selbstbestimmung“ des Bürgers, einer Erfindung des Bundesverfassungsgerichts aus grauer vordigitaler Zeit (1983), die es „endlich europaweit“ festzuschreiben gelte. Angesichts dieser Drohung wird den außereuropäischen Datensammlern sicherlich der Schreck in die Glieder fahren. Die vollständige Kontrolle über möglichst alle gespeicherten Daten gehöre, so liest man weiter, zum „digitalen Ich“. Das ist sicherlich auf der Linie des politischen Mainstreams formuliert, aber man könnte dem entgegenhalten, dass genau dadurch der Teufel mit dem Beelzebub ausgetrieben wird: das „digitale Ich“ als die Summe aller seiner Datensätze ist gerade das Gegenteil des wahren Ichs. Fazit: Wer sich so abseits der unerbittlichen Realität der digitalen Entwicklung aufstellt wie die Autoren, wird über das nicht erfüllte Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung noch lange lamentieren können, noch viele

Panikbücher über die digitale Diktatur schreiben können, aber einen Beitrag zur notwendigen Bewältigung dieser politischen wie rechtlichen, gesellschaftlichen wie existenziellen Probleme wird er nicht leisten.

Von Wolfgang Hoffmann-Riem (3)

Die beiden Autoren, *Spiegel*-erfahrene Journalisten, reihen sich mit diesem Buch in die zunehmende Zahl der Verfasser internetkritischer Publikationen ein. Ausgehend von der Orwell'schen Vision des Überwachungsstaats zeichnen sie für die Gegenwart eine durch grenzenlose globale Überwachung geprägte Gesellschaft. Die Enthüllungen Edward Snowdens bilden den Ausgangspunkt, von dem auch zurück auf Überwachungsmaßnahmen früherer Zeiten geblickt wird, so auf die durch den Anschlag auf das World Trade Center im September 2001 ausgelösten und später vertieften Formen staatlicher Überwachung. Zugleich werden berühmte Whistleblower wie William Binney und Thomas Drake und die von ihnen ermöglichten Aufdeckungen vorgestellt. Insofern handelt das Buch von Helden und Antihelden.

Thema sind im Kern allerdings Überwachungsaktionen, und zwar von Geheimdiensten und anderen staatlichen Institutionen, aber auch die Sammlung von und der Umgang mit Daten durch die großen privatwirtschaftlichen Oligopole wie etwa Google und Facebook. Beschrieben werden ferner Formen der Spionage und Sabotage sowohl durch westliche als auch durch östliche Staaten. Thema werden ebenso die Aktivitäten privater und staatlicher Hacker. Für diese und weitere Themenfelder enthält das Buch reichhaltige, wenn auch weitgehend schon bekannte Informationen, die auf gut lesbare Weise präsentiert werden. Die Belege sind allerdings höchst spärlich, so dass der Leser der Seriosität der Recherche der Autoren vertrauen muss, also eine Einstellung aufzubringen hat, die immer mehr zu erodieren droht: Vertrauen.

Das Buch ist durch einen alarmistischen Unterton geprägt. Thema sind das Ausgeliefertsein der Menschheit an das alltägliche Eindringen in die persönliche Sphäre, die Manipulation durch persönliche adressierte und damit gefilterte Kommunikationsangebote, ferner die Marktmacht globaler Oligopolisten und deren Kooperation mit staatlichen Machträgern. Diese Akteure ringen um Dominanz beim Zugang und bei der Verwertung von Informationen über persönliche Vorgänge, wirtschaftliche Entwicklungen und technologische Innovationen. Die anschauliche Darstellung von Cyberspionage, Cybersabotage und Cyberwar illustriert sogleich das Wechselverhältnis zwischen der Fortentwicklung der Computertechnologie, der digitalen Vernetzung, der Globalisierung einerseits und dem Aufkommen neuer, immer raffinierter werdender Gefährdungen durch Cyberattacken andererseits. Hier wie bei den anderen geschilderten Risiken handelt es sich um „menschengemachte“. Visionen von Industrie 4.0 und anderen cyber-physischen Systemen versprechen neue Lebensqualitäten und Möglichkeiten wirtschaftlichen Erfolgs, schaffen aber zugleich eine erhöhte Verletzbarkeit lebensnotwendiger Infrastrukturen, etwa in den Bereichen der Energieversorgung, der Chemieproduktion oder der Verkehrssteuerung. Deutlich

wird immer wieder die Ambivalenz des Fortschreitens technologischer Entwicklungen und ihrer Nutzermöglichkeiten einerseits, und begleitender Risiken andererseits.

Das Buch verdeutlicht, dass viele Schutzversprechen und zugleich Rechtfertigungen für massive Überwachungstätigkeiten auf brüchigem Boden gebaut sind. So wird eindringlich – wenn auch nicht mit neu recherchiertem Material – gezeigt, wie angreifbar (jedenfalls nicht überprüfbar) die Aussage ist, mit Hilfe der durch die Geheimdienste erfassten Datenberge sei es gelungen, mehrere terroristische Eingriffe zu vereiteln. Aufgrund ihrer Recherchen kommen die Autoren nur auf ein oder zwei Fälle, bei denen der Erfolg dennoch keineswegs sicher auf diese Art von Überwachung zurückgeführt werden kann. Das staatliche Informationsverhalten ist geprägt durch den Mangel an Transparenz bei der Rechtfertigung der Datenerhebung, -überwachung und -verwertung. Für öffentliche Kontrollierbarkeit fehlen die Voraussetzungen. Allerdings erliegt eine große Mehrzahl der Menschen den Verlockungen der Nutzung der neuen Technologien und nimmt als Gegenleistung den Zugriff auf persönliche Daten hin.

Das Buch konzentriert sich auf die Schattenseiten der Informationsgesellschaft, ohne ihnen abwägend die vielen Möglichkeiten gegenüberzustellen, die das Internet und andere Kommunikationsinfrastrukturen für die gesellschaftliche und individuelle Entwicklung bereithalten. Es ist eine einseitige Streitschrift, keine auf Abwägung von Chancen und Risiken ausgerichtete Analyse. Im Abschlusskapitel fordern die Autoren ein „digitales Menschenrecht“, das als Gegenmittel dienen soll, um zu verhindern, dass das von Jeremy Bentham als Schreckensbild entworfene Panoptikum Realität wird, oder – soweit es schon Realität ist – bleibt. Sie fordern rechtliche, auch strafrechtliche Konsequenzen gegenüber permanenter Überwachung und prangern an, dass „die Politik“ keine globalen Schutzmechanismen bereitstellt. Die konkreten Vorschläge der Autoren allerdings sind spärlich und nicht neu. Wer wird sich gegen die Forderung wehren, das Recht auf informationelle Selbstbestimmung europaweit festzuschreiben? Auch die Forderung, Monopole oder Kartelle wirksam zu kontrollieren, liegt nahe – wie aber soll dies geschehen, wenn es keine global einsetzbaren und damit wirkungsvollen Instrumente dafür gibt, an deren Schaffung die Machthaber aber offenbar kein Interesse haben. Die Forderung, digitale Persönlichkeitsrechte müssten in dem Maße Schritt halten, in dem sich unser Leben und unsere Persönlichkeiten mehr und mehr im Internet abbilden, ist ebenso plausibel und zugleich unspezifisch wie die Anregung, das „digitale Ich“ müsste vergleichbare Rechte genießen wie das „reale Ich“. Aber wie sieht der Weg dahin aus? Wie lassen sich offensichtliche Widerstände überwinden?

In einer Zeit, in der praktisch alle erfolgreichen Geschäftsmodelle der großen Internetunternehmen darauf aufbauen, dass die Nutzer keine finanziellen Entgelte zahlen, stattdessen als Gegenleistung Aufmerksamkeit für Werbeangebote bereitstellen und vor allem den Zugriff auf ihre persönlichen Daten und deren kommerzielle Ausbeutung zulassen, bedeutet die am Ende des Buches formulierte Forderung nach der „Wiederherstellung der Verfügungsgewalt über die Daten“ letztlich die (allerdings nicht ausgesprochene) Aufforderung, den bisherigen Geschäftsmodellen von Google

und Co. die Grundlage ihres immensen ökonomischen Erfolges zu entziehen. Dass dies in der realen Welt ökonomischer Interessen und in deren Kombination mit staatlichen Interessen gelingen kann, erscheint utopisch. Die Autoren zeigen nicht auf, wer dies leisten soll und kann. Wenn die Wiederherstellung der Verfügungsgewalt über die Daten sogar Voraussetzung dafür ist, dass eine Demokratie auf Dauer bestehen kann – wie die Autoren meinen –, dann wird der Leser mit einer ausschließlich pessimistischen Vision zurückgelassen, ohne dass auch nur ansatzweise erkennbar wird, ob es realisierbare Auswege gibt.

Die Autoren haben ihrem Buch einen dramatischen Titel gegeben: *Digitale Diktatur*. Wenn sie dies als treffende Kennzeichnung des Ergebnisses ihrer Analyse verstehen, dann läge es nahe, zum Sturz der Diktatoren aufzurufen, zumindest zum Widerstand und zum Aufruhr. Nichts davon: Kern der Folgerungen ist die sympathische Aufforderung zur globalen Durchsetzung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung. Ja – aber wie? Seine Durchsetzung setzt die Brechung der Macht derjenigen voraus, die für die Entwicklung verantwortlich sind, deren Ergebnis von den Autoren als Diktatur gebrandmarkt wird. Wenn die angeprangerten Entwicklungen ökonomischer und politischer Interessen diesen Akteuren dienen – dies ist die sicherlich zutreffende Annahme der Autoren –, schließt sich die Frage an, warum die „Diktatoren“ bereit sein sollten, sich durch ein solches Recht wirksam bremsen zu lassen. Die Geschichte lehrt, dass Diktaturen so nicht gestürzt werden. Vermutlich aber dient die provozierende Begrifflichkeit vorrangig demselben Ziel, das auch Google, Facebook und viele andere anstreben: Aufmerksamkeit zu finden.

Von Helmut Müller-Enbergs (4)

Der rote Faden in *Digitale Diktatur* ist der im Juni 1949 erschienene Roman *Nineteen Eighty-Four* des 46jährigen britischen Schriftstellers Eric Arthur Blair (1903–1950), besser bekannt als George Orwells Klassiker *1984*. Anfangs des Kalten Krieges verfasst, zeichnet der Autor in all ihren Verästelungen die Allmacht der sowjetischen Staatspartei, der ein „großer Bruder“ voransteht, der in vielem an den 71jährigen Diktator der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Josef W. Stalin, erinnert nach. Dort beschrieben als ein Mann mit einem „Gesicht mit dem dicken schwarzen Schnauzbart und den ansprechenden, wenn auch derben Zügen“, dessen in seinem Auftrag ermordeten Gegenspieler Leo Trotzki als jemand „mit seinem breiten wirren Kranz weißer Haare und einem Ziegenbärtchen“ durchscheint. Das ist die historische Folie, auf der Orwell seinen Roman totaler staatlicher Überwachung entwickelt, einem Staat, der nicht allein in kleinste Nuancen der Privatsphäre hinein dringen will, sondern mehr noch darauf abzielt, die Bürger zu seinen Gunsten zu manipulieren.¹ In diesem Roman bildeten sich auch unmittelbar persönliche Erleb-

1 Vgl. Marcus Koch, Das utopische Europa. Die Verträge der politischen Integration Europas und ihre utopischen Elemente, Bielefeld 2015, S. 37 f.

nisse ab, die er 1937 während des Spanischen Bürgerkrieges sammeln konnte, als er sich in der trotzkistischen Partido Obrero de Unificación Marxista (POUM) exponierte hatte, die von der stalinistischen Kommunistischen Internationale (Komintern) gnadenlos verfolgt wurde.²

Jedes der Kapitel in dem Buch *Digitale Diktatur* der Journalisten Stefan Aust und Thomas Ammann wird mit einem Zitat aus Orwells 1984 eröffnet, seines historischen Kontextes entledigt, und in die heute während digitale Epoche transferiert. Das beginnt mit „Der große Bruder sieht Dich“ (S. 7) und endet im 12. Kapitel über den „Cyberwar: Die @-Bombe“ mit den Worten: „Leistungsstark ist in Ozeanien nur die Gedankenpolizei“ (S. 306). Die Analogie liegt eher im Biographischen der Autoren als im Gegenstand selbst. Die verbreitete Desillusion über die außerparlamentarische Opposition in der Bundesrepublik Deutschland bis hin zu den bewaffneten Militanten in der „Rote Armee Fraktion“, die insbesondere der 39jährige Aust eindringlich im *Baader-Meinhof-Komplex* beschrieben hat.³ Was der Spanische Bürgerkrieg Orwell lehrte, findet bei Aust in anderem historischen Kontext seinen gleichfalls entledigten Niederschlag. Nach der Sorgen erregenden kommunistischen Diktatur, deren Untergang schon nach Jahrzehnten zu messen ist, findet sie als digitale Diktatur fröhliche, gleichfalls Sorgen erregende Auferstehung – und wie zuvor mit der dominierenden Komponente Angst. Mithin wird ein starkes Suggestivbild – der „große Bruder“ – mit der digitalen Revolution codiert. Marktgängig, warnend, aber analytisch nicht aufschließend.

Gleichwohl, was die Autoren an Informationen zusammentragen, trägt zur Sensibilisierung beim Umgang mit den Informationsmedien bei. Der staatlich geführte Nachrichtendienstkrieg hat im digitalen Zeitalter eine neue Etappe erreicht, wenn er zuweilen unsichtbar und ohne größeren menschlichen Aufwand von überall auf der Welt ebenso überall operativ Informationen beschaffen, verarbeiten und aufbereiten kann. Das knüpft an die Erwägung Orwells von vor 65 Jahren spielend an: „Man konnte natürlich nie wissen, ob man im Augenblick gerade beobachtet wurde oder nicht. Wie oft oder nach welchem System sich die Gedankenpolizei in jede Privatleitung einschaltete, darüber ließ sich bloß spekulieren. Es war sogar denkbar, dass sie ständig alle beobachtete. Sie konnte sich jedenfalls jederzeit in jede Leitung einschalten“ (S. 27). Mithin darf es als gegeben erachtet werden, wenn die „Überwachungsmöglichkeiten“ von Bürgern ungeahnte Dimensionen erreicht haben, und den Verdacht von „staatlichen Missbrauchsmöglichkeiten“ (S. 19) wecken. Sicher. Nur: Gilt dieses Bild in der Bundesrepublik Deutschland? Dürfen Nachrichtendienste – abgesehen davon, dass ihr Profil und Niveau nicht an „Gedankenpolizei“ erinnert – „ständig alles beobachten“? Ist es nicht vielmehr so, dass das Einklinken in Kommunikationsmittel zuvor demokratisch gewählte Gremien wie die Parlamentarische Kontrolle, Verfassungsschutzausschüsse bzw. G-10-Kommission durchlaufen muss, in denen stets auch immer die Opposition vertreten ist? Diese Wirklichkeit darf als

2 Vgl. Robert Colls, George Orwell. English Rebel, Oxford 2013, S. 76-88.

3 Vgl. Ernst Aust, Der Baader-Meinhof-Komplex, Hamburg 1985.

wichtiges Unterscheidungskriterium zu einem „großen Bruder“ einer Diktatur ge-
deutet werden – ein Unterschied, auf den aufmerksam zu machen Aust und Am-
mann durchaus größeren Raum hätten widmen dürfen. Nur geht dann das schöne
Bild Orwells von 1984 zuschanden. Das gilt freilich ebenfalls für die „Cyberspiona-
ge“ als „verdeckten Wirtschaftskrieg“. Abgesehen von dem Umstand, dass „Wirt-
schaftskrieg“ ein präziser zu definierender Begriff sein sollte⁴ – Definitionsgenauig-
keit ist nicht das Markenzeichen in *Digitale Diktatur* – dürfte diese Komponente in
Deutschland weniger eine staatliche als vielmehr als privatorganisierte Konkurrenz-
spionage („Competitive Intelligence“) anzusehen sein.⁵ Mithin wird Deutschlands
Industrie weniger als Akteur als vielmehr als Betroffene anderer Konzerne, wohl
auch Staaten erkennbar. Den ehemaligen CIA-Direktor James Woolsey zitieren die
Autoren, was der im *Wall Street Journal* im März 2000 veröffentlichten ließ: „Ja,
meine kontinentaleuropäischen Freunde, wir haben euch ausspioniert. Und es
stimmt, wir benutzen Computer, um Daten nach Schlüsselwörtern zu durchsuchen.
[...] Liebe europäischen Freunde, kommt bitte auf den Boden der Tatsachen zurück.
Es stimmt zwar, dass die Europäer den Amerikanern auf einer Handvoll Gebiete
technologisch überlegen sind. Aber, um es so behutsam wie möglich zu formulieren:
Die Anzahl dieser Gebiete ist sehr, sehr gering. Die meiste europäische Technologie
lohnt den Diebstahl nicht“ (S. 289).⁶ Das weiß nur der, der sich von den meisten
europäischen Technologien Kenntnis beschafft hat. Mithin besteht darin das Risiko.

Die Autoren bedienen überdies wesentliche Felder des digitalen Gartens: Freilich
greifen sie die Debatte um die seit Jahrzehnten bekannten Aktivitäten der National
Security Agency (NSA) ebenso auf wie den „größten Geheimnisverräter alle Zei-
ten“, den ehemaligen amerikanischen Nachrichtendienstler Edward Snowden sowie
die als Whistleblower ausgewiesenen ehemaligen amerikanischen Nachrichten-
dienstler William Binney und Thomas Drake, mit deren Unterstützung doch einiger
(und auch unangenehmer) Einblick in die Arbeitsweise und Ziele der NSA ermög-
licht wurde. In dieser digitalen Welt nutzen auch jene diese Möglichkeiten, um
Transparenz zu schaffen – was die Überdehnung des Diktaturbegriffs belegt.

Die regelmäßig aus freien Stücken erfolgte Fütterung der Datenbanken ermög-
licht freilich den „digitalen Steckbrief“, eine „Rasterfahndung im Netz“, wobei
Suchmaschinen, allen anderen voran „Google“, hilfreiche Dienste leisten können.
Das gilt auch für russische Nachrichtendienste. Die Basis dafür – so die Autoren –
„leisten wir freiwillig an Google, Apple, Microsoft, Facebook oder Amazon, die
technischen und juristischen Verbündeten des Großen Bruders“ (S. 329). Sich dem

4 Vermutlich schließen die Autoren am ehesten noch an die Definition an von Sönke Neitzel, Von
Wirtschaftskriegen und der Wirtschaft im Kriege, in: Wolfram Dornik/Johannes Gießauf/Walter
M. Iber (Hrsg.), Krieg und Wirtschaft. Von der Antike bis ins 21. Jahrhundert, Innsbruck u. a.
2010, S. 59-66, hier: S. 50.

5 Vgl. Christian Lutz/Thorsten Peske, Competitive Intelligence und Wirtschaftsspionage. Analy-
se, Praxis, Strategie, Wiesbaden 2002, S. 65.

6 Wie hier und bei nicht wenigen anderen Zitaten fehlen präzisere Angaben zu den Quellen. Dies-
ses Zitat wurde überprüft anhand von James Woolsey, Why We Spy on Our Allies, in: The Wall
Street Journal vom 17. März 2000.

zu entziehen sei „praktisch unmöglich. Verweigerung ist als abweichendes Verhalten verdächtig“ (S. 339). Mit Blick auf dieses Orwell-Szenario wirken die Vorschläge der Autoren denn wieder auch beruhigend, da sie auf die Instrumente der Demokratie vertrauen: „Wir brauchen für den Umgang mit dem Internet neue Regeln, individuelle wie gesellschaftliche“ (S. 339). Anders jedoch als bei Orwell konstatieren sie: „Jeder, der sich weiterhin an dieser globalen Casting-Show beteiligen will, soll das tun. Die dahinter stehenden Sehnsüchte lassen sich nicht per Gesetz verbieten. Aber der Preis ist hoch, auch wenn alles kostenlos zu sein scheint“ (S. 340). Wenn Orwell noch während des Spanischen Bürgerkrieges das Lied mitgesungen haben wird: „Spaniens Himmel breitet seine Sterne über unsere Schützengräben aus. [...] Die Heimat ist weit, doch wir sind bereit. Wir kämpfen und siegen für dich: Freiheit!“, so klingt das neuzeitlich bei den Autoren als Plädoyer für ein „digitales Menschenrecht“ im Kampf gegen die „digitale Diktatur“.

Von Andreas Schurig (5)

Wer einem Buch, das sich mit Überwachung beschäftigt, den Titel *Digitale Diktatur* gibt, kommt an einem George-Orwell-Zitat nicht vorbei. Man nähert sich der Grundthese nicht auf mäandernden Wegen, sondern hat sie sofort vor sich. „Fast unbemerkt von der Öffentlichkeit ist die Kommunikationstechnik in der Hand von Regierungen, Geheimdiensten und Konzernen zu einem allumfassenden Überwachungsinstrument geworden, dessen Ausmaße und Konsequenzen kaum erahnt werden können. Die Gesetze und auch der gesellschaftliche Diskurs können nicht Schritt halten“ (S. 22 f.). Zum Beleg haben Thomas Ammann und Stefan Aust über die Dokumente der Snowden-Affäre hinaus akribisch Fakten zusammengetragen und historische Zusammenhänge dargestellt, so dass der Leser, der einen Einblick in die Geschichte der digitalen Überwachung erhalten will, hier richtig am Platz ist. Die Autoren beginnen mit dem grundlegenden Ereignis des 11. Septembers 2001, einem Meilenstein in der Geschichte der staatlichen Überwachung, springen in die Gegenwart zu Edward Snowden, dessen Werdegang und anschließendes „Whistleblowing“ detailliert und informativ dargestellt wird, und betten dies mit einem Rückblick auf die Erfahrungen zweier anderer ehemaliger Mitarbeiter der NSA ein in die Veränderungen der Spionagetätigkeit im 21. Jahrhundert. Über die Unterstützung der Geheimdienste durch Privatfirmen wird dann der Bogen zu den großen informationsverarbeitenden Unternehmen der Jetztzeit geschlagen, für die stellvertretend Google steht. Etwas abrupt wechselt der Bericht dann zu einem anderen Phänomen des Internetzeitalters, der Hackerszene, deren Transparenzansatz besonders betont wird (CCC, Wikileaks, Anonymus), um dann noch die Themen Wirtschaftsspionage, Cyberwar und digitales Menschenrecht anzuhängen. Dabei rufen sie aus der öffentlichen Wahrnehmung verschwundene Sachverhalte wie den Echelon-Skandal in Erinnerung, der zeitlich kurz vor dem Anschlag des 11. Septembers lag und von diesem medial vollkommen verdrängt wurde. Wer das entsprechende Kapitel liest, fragt sich, wieso das Thema

Wirtschaftsspionage durch „befreundete“ Geheimdienste überhaupt noch Überraschung hervorrufen kann. Wir hatten es doch Schwarz auf Weiß. „Ja, meine kontinentaleuropäischen Freunde, wir haben euch ausspioniert. Und es stimmt, wir benutzen Computer, um Daten nach Schlüsselworten zu durchsuchen.“ So wird der ehemalige CIA-Direktor James Woolsey aus einem Interview im Jahr 2000 zitiert. Auch die aktuelle Diskussion über die Zusammenarbeit zwischen BND und NSA sollte niemanden mehr erstaunen.

Kritisch sehe ich allerdings den grundsätzlichen Ansatz des Buches. Schablonenhaft wird die Problematik geschildert. Auf der einen Seite stehen dunkle Geheimdienste und Unternehmen, die die totale Überwachung und Kontrolle anstreben, auf der anderen Seite kämpfen einzelne Lichtgestalten einen unermüdlichen (aber aussichtslosen?) Kampf für Transparenz und Menschenrechte. Entspricht das der Realität? Die Autoren beschreiben Geheimdienste, die möglichst weitgehend ihre Zielobjekte kontrollieren wollen und dies auch tun. Darin ist ihnen Recht zu geben. Aber tun diese Dienste es um ihrer selbst willen? Gibt es nicht auch Gründe für ihre Arbeit? Nüchtern muss man feststellen, dass Geheimdienste Instrumente der Staaten sind, die zur Vertretung ihrer Interessen eingesetzt werden, seien es politische Macht-, Sicherheits- oder Wirtschaftsinteressen. Dies ist nicht nur im Wortsinn legitim. In demokratisch verfassten Staaten werden Geheimdienste in ein Geflecht an rechtlichen Regelungen und Kontrollmechanismen eingebunden, um den durch ihre Funktionsweise tiefgreifenden Eingriff in die Grundrechte einzudämmen und auszugleichen. Da kann man sich zu Recht die Frage stellen, ob dies noch funktioniert, ob nicht sogar die, die zur Kontrolle berufen sind, ihnen aus Unvermögen oder sogar willentlich freie Hand lassen. Allerdings ist diese Frage – wenn man eine grundsätzliche Berechtigung von Geheimdiensten bejaht – dann auch zu beantworten. Im Konkreten bleiben die Verfasser – nicht nur hier – sehr unbestimmt.

Diese Unbestimmtheit betrifft auch das Verhältnis zwischen Geheimdiensten und Sicherheitsbehörden auf der einen Seite und Privatunternehmen auf der anderen. Damit sind nicht die Unternehmen gemeint, die eng verflochten Funktionen der Dienste übernehmen oder ihnen Dienste oder Produkte zur Verfügung stellen, sondern diejenigen, bei denen Datenverarbeitung zum eigenen Geschäft gehört. Sie kommen historisch aus unterschiedlichen Richtungen, sind als Softwarehersteller, Hardwarelieferanten, Online-Kaufhaus, Suchmaschine oder direkt als soziales Netzwerk gestartet und stellen immer mehr (teilweise sogar primär) die Verarbeitung personenbezogener Daten in den Mittelpunkt ihrer Geschäftstätigkeit. Die Daten werden durch „Verführung“ der Nutzer erlangt und mit Mitteln ausgewertet, die denen der Geheimdienste gleichen. Das Ziel ist der geschäftliche Gewinn. Dafür muss der Nutzer möglichst genau erkannt und bestimmt werden. Das Interesse dieser Unternehmen und das der Geheimdienste ist so zwar gleichartig, aber eben nicht gleich. Sie treffen sich eben nicht „auf wundersame Weise“ (S. 158), sondern fallen durchaus auseinander, wie die Verfasser an anderer Stelle selbst zugestehen (für Apple S. 154, für Yahoo S. 160 f.), da die Vorgehensweise der NSA und ihrer Konsorten die unternehmerische Geschäftstätigkeit auf dem globalen Markt gefährden. Wer Antworten ge-

ben will, wie in der digitalen Gesellschaft Selbstbestimmungsrechte der Bürger gewährleistet werden können, muss diese Interessengegensätze in Rechnung stellen. Nur wenn global tätige Unternehmen aus Eigeninteresse Druck auf Regierungen ausüben, die Überwachung einzuschränken, und durch technische Maßnahmen überwachtungsfreie Räume schaffen, besteht eine reale Chance auf Veränderung.

Diese Unternehmen ihrerseits müssen selbst unter Druck gesetzt werden. Eine lebendige Hackercommunity, Initiativen, die sich für Transparenz einsetzen, und auch Whistleblower sind gesellschaftliche Katalysatoren, aber allein können sie nichts bewegen. Das geht nur, wenn andere ihren Ruf aufgreifen, medial vermitteln und dadurch der politische und geschäftliche Druck so wächst, dass auch Oligopole zum Handeln gezwungen sind. Hier ist den Verfassern zuzustimmen, wenn sie auf die neuen geplanten Regelungen der Europäischen Union verweisen. Diese nehmen gezielt die großen datenverarbeitenden Unternehmen in den Blick, die dann in einem bedeutenden Teil des globalen Marktes datenschutzrechtliche Regeln beachten müssen (S. 341).

Am Schluss steht die Suche nach einer Antwort auf die Frage, wie wir in einer umfassenden digitalisierten Gesellschaft unser Recht auf informationelle Selbstbestimmung gegenüber allen interessierten Parteien wahren können. Das von den Verfassern erwähnte Modell von Evgeny Morozov der Entlohnung der Datenpreisgabe halte ich nicht dafür, denn es ist de facto eine Bankrotterklärung. Man versucht nur noch etwas herauszuholen, hat aber eigentlich aufgegeben. Vielmehr muss komplementär sowohl Druck auf Regierungen als auch auf Unternehmen erzeugt werden. Voraussetzung dafür ist die Schaffung von Aufmerksamkeit und die Sensibilisierung für bestehende Gefährdungen. Dazu haben die Autoren ihren Beitrag geleistet. Dafür gebührt ihnen und allen anderen Mitwirkenden Dank.

Rezessionsessay:

Ein Studienkurs zwischen klassischem Lehrbuch und Re-Analyse von „Patterns of Democracy“

Von Laura Stellbrink

Adrian Vatter, Das politische System der Schweiz, Baden-Baden 2014 (*Nomos*), 589 S.

„Chronologie des Rassismus. So fremdenfeindlich ist die Schweiz.“ So titelte das Magazin *Focus* am 9. Februar 2014 und reagierte damit auf ein Referendum in der Schweizerischen Eidgenossenschaft. 50,3 Prozent der abstimmungsberechtigten Bevölkerung unterstützten eine Initiative der national-konservativen Schweizer Volkspartei (SVP) zur Beschränkung der Einwanderung. In den darauffolgenden Wochen wurde diese Entscheidung sowohl in der Schweiz als auch über ihre Grenzen hinaus diskutiert. Im Fokus des Interesses stand nicht nur die Volksbefragung, sondern das gesamte System der halbdirekten Demokratie. Der Tenor: Die Schweizer Initiative offenbare das demagogische Potenzial von Volksabstimmungen. Solche Aussagen müssen Verwunderung hervorrufen, galt doch die Schweiz jahrzehntelang als Vorbild in Sachen demokratischer Qualität.

Um diese Diskussion verstehen und bewerten zu können, sind gewisse Kenntnisse über das politische System der Schweiz unabdingbar. Beispielsweise sind die Instrumentarien direkter Demokratie außerhalb der Eidgenossenschaft weitestgehend unbekannt. Diesem Umstand versucht der Schweizer Politologe Adrian Vatter Rechnung zu tragen. Zu Recht, denn neben der Monografie¹ seines Vorgängers Wolf Linder gibt es „für den deutschsprachigen Raum kein weiteres politikwissenschaftliches Studienbuch zur Schweiz“ (S. 33). Beim Werk des Berner Politologen handelt sich um eine „sowohl am Einzelfall orientierte [...] als auch vergleichend angelegte [...] Auseinandersetzung mit dem schweizerischen politischen System“ (S. 32). Die komparatistische Perspektive des Studienkurses erscheint vielversprechend, weil die Schweiz bis heute durch ein weitgehend „ausgebaute[s] direktdemokratische[s] System“ hervorsteht. Vatter geht es primär um die Frage, „ob das politische System der Schweiz nach wie vor dem gängigen Bild einer stark auf Machtteilung und gütlichem Einvernehmen ausgerichteten Konkordanz- und Konsensdemokratie mit ausgeprägten föderalen und direktdemokratischen Elementen entspricht oder ob es aufgrund der neuesten Dynamik verstärkte Züge einer polarisierten Wettbewerbsdemokratie angenommen hat“ (S. 34).

1 Wolf Linder, Schweizerische Demokratie. Institutionen, Prozesse, Perspektiven, 3. Aufl., Bern u. a. 2012.

Bereits an diesem Punkt besteht die Gefahr, dass der Laie – von Vatter als Zielgruppe seines Werkes benannt – das Buch beiseitelegt. Wer das hier angesprochene Demokratiemodell nicht kennt, wird wohl kaum den weiteren Ausführungen folgen können: Warum es sich bei der Schweiz um eine Konsensdemokratie handelt, welche Merkmale hierfür sprechen und welcher Wandel überhaupt stattgefunden hat, ist ohne Vorkenntnisse wenig nachvollziehbar. Eine Definition der verwendeten Begriffe erfolgt leider erst auf Seite 53. Im Kapitel über die theoretischen Grundlagen des Studienbuches erhält man einen Einblick in das von Vatter unausgesprochen vorausgesetzte Konzept. Dieses geht auf den Politologen Arend Lijphart zurück, der die „bedeutendsten Versuche zur Erfassung politisch-institutioneller Konfigurationen in ihrer Wirkung auf den Grad der Machtverteilung in demokratischen Regimen“ (S. 53 f.) 1984 in seinem Buch *Democracies* veröffentlichte und 1999 in *Patterns of Democracy* fortsetzte. Er unterscheidet darin zwischen zwei prototypischen Formen von Demokratie, namentlich der Konsens- und Mehrheitsdemokratie. Erstgenannte zeichnet sich durch politische Institutionen der Machtteilung aus; demgegenüber steht bei Letztgenannter die Machtkonzentration bei der Regierung im Zentrum. Die zwei Formen werden anhand der Exekutive-Parteien-Dimension, die sich der horizontalen Machtteilung widmet, und der Föderalismus-Unitarismus-Dimension, die sich mit der vertikalen Machtteilung beschäftigt, voneinander geschieden. In der Exekutive-Parteien-Dimension wird der Fragmentierungsgrad des Parteiensystems, der Grad der Konzentration oder Aufteilung der Exekutivmacht, das Machtverhältnis zwischen Regierung und Parlament, der Disproportionalitätsgrad des Wahlsystems und das System der Interessenverbände genauer betrachtet. Die zweite Dimension stellt den Grad des Föderalismus, den Konzentrations- beziehungsweise Aufteilungsgrad der Legislativmacht, die Zentralbankautonomie, das Verfahren zur Verfassungsänderung und das Letztentscheidungsrecht über die Gesetzgebung dar.

Die zwei Demokratieformen bilden Idealtypen im Sinne Max Webers. Übereinstimmungen respektive Annäherungen zwischen den Idealtypen und realpolitischen Ausprägungen findet Lijphart in Großbritannien als ein Modell der Mehrheitsdemokratie sowie in der Schweiz als Modell der Konsensdemokratie. Warum dieser spezifische Ansatz für Vatters Analysen der Schweiz als gewinnbringend anzusehen ist, scheint selbsterklärend. Aufgrund der Konzentration auf die Lijphart'schen Kriterien – deren Reihenfolge Vatter gewinnbringend modifiziert – handelt es sich bei dem Buch nicht nur um ein klassisches Einführungswerk in das politische System der Schweiz, sondern zugleich um eine Länderstudie, die sich der internationalen Debatte über Demokratiekonzeptionen und deren Anwendbarkeit nicht verschließt. Auf diesen zweifachen Anspruch weist der Autor bereits in seinem Vorwort hin. So soll sein Buch dem Leser „sowohl eine allgemeine Einführung in das politische System der Schweiz als auch einen vertieften Überblick über den aktuellen Stand der politikwissenschaftlichen Forschung zur Schweiz“ (S. 5) liefern. Dabei stellt sich für den Leser die Frage, welche Merkmale des Buches für ein klassisches Einführungswerk und welche für eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem international renommierten Demokratiekonzept sprechen. Zudem sollte thematisiert werden,

inwieweit Vatter der Spagat gelungen ist und welche Vor- bzw. Nachteile gegenüber klassischen Einführungswerken in die politischen Systeme moderner Demokratien festzustellen sind.

Zunächst zum Lehrbuchcharakter: Wie zu erwarten war, finden sich im Literaturverzeichnis sowohl unentbehrliche als auch für den Studenten der Politikwissenschaft aktuelle Publikationen mit Blick auf das politische System der Schweiz. Eine vertiefte Auseinandersetzung mit jedem der Kernbereiche ist deshalb mit großer Leichtigkeit möglich. Des Weiteren leitet Vatter alle Kapitel mit Zwischenfragen ein, die er sodann am Ende jedes Abschnittes beantwortet. Diese können dem Leser eine Orientierung bieten. Zudem fügt sich das Buch durch die Kontrollfragen am Ende jedes Kapitels in den Kanon an Lehrbüchern über politische Systeme ein. Der Charakter der Fragen bildet indes einen Schwachpunkt: Nicht das Verständnis der Themenkomplexe wird überprüft, sondern es handelt sich um stupide Faktenhuberei. Eine vollständige Beantwortung ist meist nur durch eine komplette Zusammenfassung der Teilkapitel möglich. Solche Fragen sind für die Rezensentin als Vorbereitung auf universitäre Prüfungen nur bedingt zielführend, es sei denn, diese konzentrieren sich ebenfalls mehr auf die Quantität von Wissensfragmenten als auf die Qualität des Verstehens. „Bulimie-Lernen“ ist in der Post-Bologna-Ära keine Seltenheit an Universitäten mehr; Vatters Buch passt sich diesem Zeitgeist allzu unkritisch an.

Kommen wir nun zu den Merkmalen des Buches, die für eine Länderstudie als Anknüpfung an die internationale Debatte sprechen. Hierbei ist die klare Fixierung des Schweizer Politikwissenschaftlers auf Lijpharts Einteilung demokratischer Regime zu erkennen. Das Konzept des Bandes steht dabei mit einigen Korrekturen und Abwandlungen im Zeichen der Lijphart'schen Variablen. Seine Analysekriterien umfassen für Vatter „die in der komparativen Forschung gängigsten Merkmale der demokratischen Systeme“ (S. 59). Andere neuere Konzepte der vergleichenden Demokratieforschung bleiben dabei leider unberücksichtigt. So handelt sich Vatter an den Kriterien Lijpharts entlang und wagt nur hier und da mal einen Blick abseits des starren Kriterienkatalogs. Es gelingt ihm freilich, die Kriterien darzustellen, auf die Schweiz anzuwenden und am Ende einer kritischen Überprüfung zu unterziehen. Dabei bleiben jedoch wichtige Merkmale des politischen Systems der Schweiz auf der Strecke. Beispielsweise behandelt er das Verhältnis der Schweiz zur Europäischen Union (EU) und den internationalen Organisationen nur am Rande. Die Beziehung zur EU wird lediglich durch einen Verweis auf die negativen Wirkungen der direkten Demokratie abgehandelt. Zudem findet sich kein Kapitel zum Gesetzgebungsverfahren. Weil das schweizerische Gesetzgebungsverfahren als eines der komplexesten und langwierigsten der Welt gilt (administrativer Entscheidungskomplex, vorparlamentarisches Verfahren, parlamentarisches Verfahren, plebiszitäre Nachentscheidung), sollte dies in keinem Einführungsband fehlen. Auch die soziologischen Aspekte der Schweizer Politik respektive allgemein die gesellschaftlichen Probleme des Landes spielen keinerlei Rolle. Nur vereinzelt finden sich Anmerkungen zur Rolle der Medien, zum Gesellschaftsbild der Schweizer, zu den Verteilungs-

strukturen, zur Wirtschaft, zum demografischen Wandel oder zur politischen Kultur. Dieser Mangel wiegt schwer. Die Fixierung auf die klassischen Institutionen eines politischen Systems ist eine zwangsläufige Folge des Lijphart'schen Kriterienkatalogs. Da es diesem in seiner Studie ausschließlich um die Analyse der Machtstrukturen in den modernen Demokratien ging, waren seine Kriterien zweckbestimmt. Weil es Vatter aber sowohl um eine Auseinandersetzung mit Lijpharts Demokratiekonzept als auch um eine „Einführung in das politische System der Schweiz“ (S. 5) geht, hätte er den Kriterienkatalog von Lijphart über das erwähnte Maß hinaus erweitern müssen. Die Kriterien erlauben keine Gesamtschau des Schweizer Politiksystems.

Die Auseinandersetzung mit Lijphart erfolgt ferner etwas halbherzig. Vatter beachtet vielmehr eine Kritik an Lijpharts Darstellung der Schweiz als Extremtyp beziehungsweise Paradebeispiel einer Verhandlungsdemokratie als eine vertiefte Auseinandersetzung mit einzelnen Kriterien. Diese werden in seiner Einleitung zwar kurz genannt, die Berechnungen der Variablen und die verschiedenen Ausprägungen der politischen Institutionen bei der Mehrheits- und Konsensdemokratie aber nur kurz erwähnt und in den jeweiligen Kapiteln ausnahmslos stichwortartig in den Raum geworfen. Das Ziel scheint offensichtlich: Vatter will die Schweiz als Normalfall einer Konsensdemokratie darstellen. Dieser Umstand schadet sowohl dem Charakter des Buches als Länderstudie, weil Vatter nicht tief genug in die Materie eindringt, als auch dem Lehrbuchcharakter, weil gerade die Einschätzung der Schweiz als Normalfall und nicht als Extremfall einer Konsensdemokratie für den Laien ohne eine Einführung in das Werk Lijpharts schwerlich zu begreifen ist. Gleichwohl muss man nicht lange in der Mottenkiste kramen, um zu erkennen, dass die kritische Auseinandersetzung mit Lijphart zur Herzensangelegenheit von Vatter gehört. Er widmete sich bereits in einem Aufsatz einer vertieften Analyse der Kriterien und stellte die Ergebnisse Lijpharts für die Schweiz seinen eigenen Erkenntnissen und Berechnungen gegenüber. Nicht umsonst wurde sein Aufsatz² mit einem Preis der Fritz Thyssen Stiftung für den besten sozialwissenschaftlichen Aufsatz im deutschsprachigen Raum des Jahres 2008 ausgezeichnet. Eine ähnliche Vorgehensweise hätte diesem Buch gut getan. Weil aber zwischen der kurzen Einführung in das System Lijpharts und der Anwendung auf die Schweiz fast 400 Seiten liegen, lässt sich dem Argumentationsgang nur schwer folgen. Die Verweise in jedem einzelnen Kapitel versuchen diesen Umstand zwar zu beheben, können aber das grundsätzliche Problem nicht in Gänze lösen. Zumal sich hier das Problem ergibt, dass Vatter darum bemüht ist, bei den einzelnen Kriterien mehr Fakten vorzutragen, als für die eigentlichen Merkmale von Lijphart nötig wären. Gerade für den interessierten und nicht zugleich informierten Leser wird so das Verständnis nicht größer.

Diesem bleibt es selbst überlassen, wie ihm der dichotome Charakter des Werkes gefällt. Die Kombination bringt es mit sich, dass das Werk qua Länderstudie als An-

2 Vgl. Adrian Vatter, Vom Extremtyp zum Normalfall? Die schweizerische Konsensusdemokratie im Wandel: Eine Re-Analyse von Lijpharts Studie für die Schweiz von 1997 bis 2007, in: Swiss Political Science Review 14 (2008), H. 1, S. 1-47.

knüpfung an die internationale Debatte zu viel verspricht und als klassisches Einführungswerk in das politische System zu voraussetzungsreich ist. Auf der Schwelle zwischen Lehrbuch und Länderstudie kann das Werk die Vorteile beider nur unzureichend kombinieren, es überwiegen die Nachteile. Als Anregung zu weiteren wissenschaftlichen Untersuchungen über die Schweiz bildet das Werk jedoch einen Meilenstein. Forschungslücken liegen dabei sowohl in der komparativen Demokratieforschung als auch in der Darstellung des politischen Systems der Schweiz.

»Wieder gelesen«:

Die „deutsche Frage“ und deren Umsetzung in der Demokratie der frühen Bundesrepublik

Von Tony Strunz

Ralf Dahrendorf, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1965 (R. Piper), 516 S.

Ralf Dahrendorf präsentiert 1965, inmitten einer Dekade gesellschaftlichen wie politischen Umbruchs, seine vielbeachtete – und im deutschsprachigen Raum bis heute als die wichtigste seiner Schriften angesehene – Studie zur jungen Bundesrepublik: *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*. Stellt sich bereits zu Beginn die Frage nach der Relevanz des soziologischen Hauptwerks für ein politikwissenschaftliches Jahrbuch mit dem Schwerpunkt in der Demokratie- und Extremismusforschung, so lässt sich dem entgegenhalten, dass die Monographie 50 Jahre nach ihrer Erstveröffentlichung aus historischer wie auch aus aktueller Perspektive eine herausgehobene Stellung im Bereich der Deutschlandstudien einnimmt.

Sowohl als Ausdruck der internen Liberalisierungsprozesse der jungen Demokratie als auch als tiefgreifender Identitätswandel von ehemals bestehenden autoritären Strukturen hin zu freiheitlichen und pluralistischen Entscheidungsprozessen kompetitiver Prägung¹ fungiert Dahrendorfs Deutschlandbuch als Spiegel einer sich demokratisierenden Gesellschaft. Veröffentlicht als dreigliedriges Werk – mit historischer Beschreibung, soziologischer Analyse und politiktheoretischer Abhandlung – erschien das Buch in einer Zeit, als die akademischen Fächergrenzen der zum Teil neugegründeten Disziplinen noch durchlässig(er) waren und die heute existierende fachspezifische Spezialisierung noch bevorstand. Dahrendorf nutzte diese diskursive Offenheit in Wissenschaft und Öffentlichkeit und richtete seine Studie abseits der wissenschaftlichen Diskussion auch explizit an eine aufgeklärte Öffentlichkeit.²

Geboren 1929 und bereits 1958 auf den Lehrstuhl für Soziologie an der Akademie für Gemeinwirtschaft in Hamburg berufen, übte Dahrendorf mit seiner Schrift unmittelbaren Einfluss auf die institutionell noch junge, sich nach dem Zweiten

1 Vgl. Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Bundesrepublik und DDR. 1949-1990, München 2008, S. 112; Jens Hacke, Pathologie der Gesellschaft und liberale Vision. Ralf Dahrendorfs Erkundung der deutschen Demokratie, in: Zeithistorische Forschungen 1 (2004), H. 2, unter: <http://www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Hacke-2-2004> (zuletzt abgerufen am 3. März 2015).

2 Vgl. Jürgen Kocka, Ralf Dahrendorf in historischer Perspektive. Aus Anlass seines Todes am 17. Juni 2009, in: Geschichte und Gesellschaft 35 (2009), S. 346-352, hier: S. 347.

Weltkrieg im Wiederaufbau befindende Politikwissenschaft aus. So setzt sich die Studie mit zentralen Fragestellungen der modernen Transformationsforschung sowie der ideengeschichtlichen Aufarbeitung des nationalsozialistischen Erbes auseinander. Der Autor wirkte mit seiner Vorstellung eines sozialen Schichtenmodells der Bevölkerung der Bundesrepublik der 1960er Jahre („Dahrendorfhäuschen“, S. 105) darüber hinaus theoriebildend innerhalb des eigenen Faches.³ Er beabsichtigte vor allem, die Gründe, die Basis und die Konsequenzen des nahezu ungehemmten Systemwechsels von der demokratischen Ordnung der Weimarer Republik hin zum totalitären System des Nationalsozialismus zu eruieren, welche die Zeitgeschichte und die politische Systemforschung bis heute beschäftigen.

In seinem normativen Selbstverständnis an den liberalen Staat gebunden, stellt Dahrendorf zu Beginn seiner Studie die Frage in den Raum, auf welche Art und Weise es gelingen kann, jenen auch in Deutschland zu verwirklichen (vgl. S. 10, 27). Von dem epistemischen Problem ausgehend, dass jede Erkenntnis der Möglichkeit nach falsch sein kann, und mit der Überzeugung, dass alle sozialen Verhältnisse pluralistisch seien und die Werthaltung seiner politischen Theorie eine liberale ist, widmet er sich daher im ersten Kapitel „Die deutsche Frage“ (S. 13-75) den Variationen ihrer Beantwortung. Dahrendorf reklamiert „eine Auffassung von Freiheit, die [er] für das Individuum nur dort gewährleistet findet, wo experimentelle Gesinnung, konkurrierende soziale Kräfte und liberale politische Institutionen sich [verbunden haben]“ (S. 29). Warum diese sich (bisher) in Deutschland nicht durchsetzen konnte, erkennt er als seine Form der „deutschen Frage“. Rekurrierend auf die Prämissen einer möglichen Demokratisierung – zu nennen sind hier die bürgerlichen Gleichheitsrechte, die Anerkennung sozialer Konflikte in allen gesellschaftlichen Bereichen, die Vielfalt staatlicher Eliten und eine auf öffentlichen Tugenden basierende Wertorientierung –, sieht er demgegenüber in der industriellen Feudalgesellschaft des Deutschen Kaiserreiches den Ausgangspunkt für die jahrzehntelange politische Verfassung Deutschlands: den autoritären Wohlfahrtsstaat.

Bevor Dahrendorf nun die Hauptthese seiner Studie argumentativ unterfüttert, führt er im zweiten Kapitel „Gleichheit oder Der lange Weg in die Modernität“ (S. 79-158) den zentralen Akteur und zugleich den Ausdruck der Revolution der Moderne in seine Studie ein: den Staatsbürger. Versinnbildlicht der Staatsbürger die Befreiung der Vielen aus der sozialen Unmündigkeit, sieht er in ihm die Umsetzung der Freiheit verwirklicht (vgl. S. 79). Sinn jener sozialen Rolle ist für Dahrendorf, Ungleichheiten zwischen den Individuen zu ermöglichen, solange diese nicht die Lebensgrundlagen des Einzelnen angreifen. Stellt er mit dem Handlungssubjekt des Staatsbürgers die Forderung nach einer offenen Gesellschaft auf, so erkennt er dennoch nicht die Beschränkungen für den Einzelnen, wenn zugeschriebene Positionen – Dahrendorf summiert diese unter den „Säulen der Beharrung“ (S. 134) – das Ver-

3 Vgl. hierzu: Rainer Geißler/Thomas Meyer, Die Sozialstruktur Deutschlands. Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Bilanz zur Vereinigung, 4. Aufl., Wiesbaden 2006.

halten der Individuen einseitig determinieren und liberale Entwicklungen verhindern (vgl. S. 116, 140).

Im dritten Kapitel „Konflikt oder Die Sehnsucht nach Synthese“ (S. 159-242) widmet sich Dahrendorf dem zentralen Untersuchungsgegenstand sowie der demokratietheoretischen Basis seines Werkes und beginnt dafür mit der epistemologischen Begründung des gesellschaftlichen Konflikts: „[Die] ‚Wahrheit‘ im Fall industrieller und politischer Auseinandersetzungen [ist] prinzipiell unbekannt“ (S. 164). Als Ausgangspunkt aller gesellschaftlichen Interaktion versteht er den Konflikt als Begründung jeglicher zwischenmenschlicher Partizipation. Auf die Definition der parlamentarischen Demokratie nach Joseph A. Schumpeter – als „institutionelle[s] Arrangement zur Begründung politischer Entscheidungen, bei dem Individuen die Macht [haben] zu entscheiden“⁴ – zurückgreifend, knüpft er an seine Bestimmung des Staatsbürgers und dessen Substitution des Untertanen an. In der parlamentarischen Demokratie können Interessenkonflikte ausgehandelt werden. Sie lebt von der Anerkennung divergierender Meinungen, von der Konzentration auf die Art und nicht auf die Ursache von Konflikten; sie garantiert deren (ungefährdete) Artikulation und entwickelt allseitig anerkannte Spielregeln, die den Prozess der Konfliktaustragung vorgeben. Dahrendorf greift dabei die Neopluralismustheorie Ernst Fraenkel's auf und versteht die demokratische Öffentlichkeit als Raum, in dem konträren Meinungen Schutz vor feindlichen Übergriffen geboten wird.⁵ Einem ungebremsen Pluralismus à la Weimar sowie dessen antidemokratischen Implikationen schiebt er einen Riegel vor (vgl. S. 169, 171, 238). Diese notwendigen Bedingungen der Demokratie untermauern seine Hauptthese: „Wo immer es menschliches Leben in der Gesellschaft gibt, gibt es auch Konflikt“, sowie: „Gesellschaften unterscheiden sich nicht darin, daß es in einigen Konflikte gibt und in anderen nicht. [...] Gesellschaften unterscheiden sich [nur] in der Gewaltsamkeit und der Intensität von Konflikten“ (S. 171). Für Dahrendorf ist jede Art des Konflikts eine Form der Freiheit und ein Ausdruck der menschlichen Interessen zugleich. Konflikte bestimmen das Tempo, die Richtung und die Qualität jedes (politischen) Wandels und lassen sich nur in begrenztem Maße regeln. Die in den totalitären Staaten des 20. Jahrhunderts unternommenen Versuche, Konflikte zu begrenzen, zu leugnen, oder gar zu beseitigen, blieben langfristig erfolglos und führten zur verstärkten Wiederkehr dieses gesellschaftlichen Paradigmas (vgl. S. 173 f., 238).

Neben dem Moment des Konflikts und der Figur des Staatsbürgers nimmt das Rollenverständnis der gesellschaftlichen Elite eine wichtige Stellung in Dahrendorfs liberaler Theorie ein. So kennzeichnet Dahrendorf deren Gestalt im vierten Kapitel „Vielfalt oder Eliten zwischen Monopol und Kartell“ (S. 242-324) vor allem durch den massiven Wandel, den diese soziale Schicht in den Jahren nach 1945 vollzogen hat. Weder nach dem Ersten Weltkrieg noch in der Folgezeit nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten waren die Veränderungen so tiefgreifend wie nach dem

4 Joseph A. Schumpeter, *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, Bern 1946, S. 265.

5 Vgl. Ernst Fraenkel, *Deutschland und die westlichen Demokratien*, Stuttgart 1964, S. 354.

Ende des Zweiten Weltkrieges. Die vormalig monopolistische Elitenstruktur wurde in der Bundesrepublik endgültig aufgebrochen und durch eine neue Form der Vielfalt ersetzt, ohne dass dies von den Angehörigen der Schicht so wahrgenommen wurde. Dahrendorf erkennt, dass die Auflösung des politisch uniformen und sozial etablierten Monopols der Eliten die Bevormundung des unpolitischen Untertanen beendete, zugleich eine wirkliche Form der Liberalität des Bürgers aber (noch) nicht existierte. Die Verantwortlichen artikulierten sich nicht als Anführer konkurrierender Interessengruppen, sondern vielmehr als Herrschende wider Willen (vgl. S. 255, 258 f., 291, 298).

Dahrendorf betont, es sei innerhalb einer liberalen Demokratie nicht vonnöten, dass sich ständig „alle“ Bürger an „jeder“ Entscheidung beteiligen. Eine kleine Zahl politisch Aktiver reicht aus, wie er im fünften Kapitel „Öffentlichkeit oder Die Not der schönen Tugenden“ (S. 325-412) betont, um die Grundprinzipien demokratischer Herrschaft sicher zu stellen, solange sich die Mehrheit der Bevölkerung der prinzipiellen politischen Teilnahme nicht verschließt. Jenen fundamentalen Charakterzug – den Hang zur ausschließlich passiven Pflichterfüllung demokratischer Mindestanforderungen – identifiziert Dahrendorf im Wesen des „unpolitischen Deutschen“ (S. 359 f.). Statt seine neu gewonnenen negativen wie positiven Freiheiten selbstbestimmt zu nutzen, sei ihm der Rückzug ins Private und seine allseitig akzeptierte Entmachtung lieber als eine Mitbestimmung des gesellschaftlichen Wandels. Instanzen wie das „Schicksal“ oder die „Beschwörung“ dienen dem historisch gewachsenen autoritären Nationalcharakter als Legitimationsressourcen und entlassen den Einzelnen aus der Verantwortung, für sich selbst zu sorgen (vgl. S. 360, 374, 400, 412).

Im letzten Kapitel „Deutsche Antworten“ (S. 413-480) widersteht Dahrendorf der Versuchung, seine eigene Theorie durch Relativierungen abschließend gegen Einwände zu zementieren. Er zeigt stattdessen Entwicklungen und Ursachen seiner Beobachtungen zum deutschen Charakter am Ende des Zweiten Weltkrieges auf – und blickt zurück: So resultierte der Erfolg des illiberalen Radikalismus der Nationalsozialisten nicht ausschließlich aus der fehlenden Abwehrbereitschaft der liberalen Ordnung Weimars, sondern vielmehr aus den vorhandenen illiberalen und demokratiefeindlichen Prägungen ihrer Bürger. Die tief verwurzelte Ablehnung des Parlamentarismus, der auf eine konfliktorientierte Grundhaltung baute, half Extremisten von links wie rechts zu reüssieren und zugleich die demokratische Basis zu diskreditieren (vgl. S. 430). Der Nationalsozialismus vollzog mit einem vollständigen Bruch der kaiserlichen Tradition die tiefgreifendste soziale Revolution seit der Industrialisierung und ebnete – entgegen dem eigenen Ansinnen – der demokratischen Gesellschaft den Weg in die Moderne (vgl. 432, 437 f.).⁶

6 Vgl. Jens Hacke, Die zweite deutsche Demokratie in Ja-Sager-Perspektive, in: Hermann Lübke (Hrsg.), Hermann Lübke im Gespräch, München 2010, S. 25-39, hier: S. 38; Klaus von Beyme, Politikwissenschaft und Geschichtswissenschaft. Kooperation und Konflikt zweier Fächer, in: Alexander Gallus/Thomas Schubert/Tom Thieme (Hrsg.), Deutsche Kontroversen. Festschrift für Eckhard Jesse, Baden-Baden 2013, S. 153-165, hier: S. 159.

Als gebündelte Analyse der jüngeren Geschichte Deutschlands unter den Vorzeichen eines strukturellen Demokratiedefizites liefert Dahrendorf aus begründeter Absicht keine Antwort auf seine eingangs gestellte Leitfrage. Die „deutsche Frage“ benötigt die dauerhafte, soziale Aktivität der Bevölkerung und bleibt für ihn selbst mit Blick auf die vielversprechende Grundanlage der Bundesrepublik offen. Dahrendorf konzentriert sich in seiner Studie auf die Analyse und die Erläuterung seines wissenschaftlichen Problems, ohne dabei dogmatisch einen liberalen „Blick in die Zukunft“ zu werfen und (vermeintliche) Entwicklungen zu prognostizieren (vgl. S. 480). Vor dem Hintergrund des Kalten Krieges fällt dennoch die Fokussierung Dahrendorfs auf die innenpolitische Betrachtungsweise der „deutschen Frage“ und die bewusste Auseinandersetzung mit dem Moment der „Freiheit“ und dessen kompetitiven Interaktionsformen auf.⁷

7 Vgl. Ulrich Herbert, Liberalisierung als Lernprozeß. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte – eine Skizze, in: Ders. (Hrsg.), Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945-1980, Göttingen 2002, S. 7-49, hier: S. 29; vgl. Alexander Galus/Thomas Schubert/Tom Thieme, Deutsche Kontroversen – Eine Einführung, in: Dies. (Hrsg.), Deutsche Kontroversen (FN 6), S. 9-41, hier: S. 9.

Literatur aus der „Szene“:

Der Vordenker der „Neuen Rechten“ erinnert sich

Von Hans-Gerd Jaschke

Alain de Benoist, Mein Leben. Wege eines Denkens, Berlin 2014 (*JF Edition*), 430 S.

Aus der Sicht der (Rechts-)Extremismusforschung bestehen weiterhin große Defizite im Bereich der empirischen Erkundung politischer Milieus, auch und gerade im Grenz- und Schnittmengenbereich zum politischen Konservatismus. Wir wissen wenig darüber, wie solche Milieus entstehen, was sie am Leben hält, wie und warum sie zerfallen, wie und warum sie sich in welcher Weise zu ihrer sozialen Umwelt verhalten. Biographische und autobiographische Materialien versprechen Hinweise auf solche Mechanismen und Schritte auf dem Weg zu systematischen Betrachtungen solcher Milieus. Alain de Benoist ist kein Rechtsextremist, sondern ein Vertreter der Neuen Rechten, er ist auch ein Konservativer im eher traditionellen Sinne, indem er grundlegende Werte der Aufklärung wie etwa Liberalismus oder Menschenrechte kritisiert. Aber er war sechs Jahre lang, im Alter zwischen 18 und 24 Jahren, Aktivist bei der extremen Rechten in Frankreich. Wie ist er dort hineingeraten und herausgekommen? Wie hat ihn das geprägt? Diese Autobiographie gibt dazu einige bemerkenswerte Hinweise.

Benoist, geboren 1943, gilt als Begründer und Vordenker der französischen Neuen Rechten, der *Nouvelle Droite*. Sie machte in Frankreich und darüber hinaus vor allem Ende der 1970er Jahre, zehn Jahre nach ihrer Gründung, von sich reden, als das Magazin *Le Figaro* Texte der Neuen Rechten druckte und damit eine breite Debatte darüber entfachte, ob nun rechtsextremes Denken durch die etablierte Presse salonfähig gemacht würde. In Deutschland hat die *Nouvelle Droite* im Grenzbereich zwischen konservativer und rechtsextremer Publizistik und als Stichwortgeber für eine Modernisierung rechtskonservativen Denkens Wirkungen entfacht. Stichworte wie etwa „Ethnopluralismus“ oder die „Identität der Völker“ sind von der Neuen Rechten geprägt worden.

Nun ist eine Autobiographie erschienen, in der Benoist auf mehr als 400 Seiten in Interviewform seinem Gesprächspartner Karlheinz Weißmann, einem deutschen Vertreter der Neuen Rechten, über sein Leben und Wirken berichtet. Weißmann stellt selten kritische Fragen, er ist eher der solidarische Stichwortgeber und Bewunderer seines Vorbilds. Weißmann greift Widersprüche und Unklarheiten in der Argumentation Benoists kaum auf. Ein Beispiel: Erschienen ist dieses Buch in der *Junge Freiheit*-Edition, dem Buchverlag der Wochenzeitung *Junge Freiheit*, die man der Neuen Rechten zuordnen kann. In diesem Verlag wurden mehrere Bücher Benoists in deut-

scher Übersetzung veröffentlicht. Wie geht das zusammen mit Benoists deutlicher, ja heftiger Distanzierung von der politischen Rechten schlechthin, der er Rückwärtsgewandtheit und Selbstmitleid vorwirft und die Unfähigkeit, die Ursachen gesellschaftlicher Fehlentwicklungen richtig einzuschätzen? Wie passt es zu Benoists Einschätzung, das Etikett „Neue Rechte“ sei ihm mehr oder weniger gleichgültig, ja es führe in die Irre (S. 190)?

Die familiäre Rahmung gibt erste Hinweise auf die spätere berufliche und politische Orientierung. Die Vorfahren väterlicherseits entstammen einem belgischen Adelsgeschlecht. Die frühe Kindheit verlebt Benoist in Tours. Als er sechs Jahre alt ist, zieht die Familie nach Paris, wo sein Vater Manager einer Parfümhandelsfirma wird. Die Mutter kommt aus einfachen Verhältnissen. Benoist, ein Einzelkind, wächst in einem katholischen Elternhaus auf, das politisch dem Gaullismus nahesteht. Er ist begabt in den philologischen und historischen Fächern, weniger in Naturwissenschaft und Mathematik, „zugleich war ich schon sehr früh besessen von dem Drang zu klassifizieren, zu sammeln, zu ordnen“ (S. 44). Im Herbst 1961 schreibt er sich an der Sorbonne in Philosophie, Religionsgeschichte und Soziologie ein, zugleich auch in Rechtswissenschaften. „Die Philosophie rüttelte mich im wahrsten Sinne des Wortes aus dem Schlaf. [...] Dank der Philosophie begriff ich die Notwendigkeit, sich eine Weltanschauung, ein ganzheitliches Verständnis der Welt, zu bilden“ (S. 71 f.). Seine geistige Entwicklung sei, heißt es lapidar, „stärker von Lektüren als von Ereignissen geprägt worden“ (S. 198). Benoist entwickelt sich, daran besteht kein Zweifel, zu einem Intellektuellen, einem „homme de lettre“.

Es gehört zu den eher ermüdenden Teilen dieses Buches, dass den Lektüren Benoists zu breiter Raum gewidmet wird. Wann er wen gelesen hat, von welchem Autor er was mitgenommen habe, das wird stichwortartig aufgefächert, wirkt aber auch unsortiert und verwirrend. Insbesondere das Kapitel „Ein Denkensweg“ (S. 193 ff.) gleicht einem Ritt durch die französische, europäische und anglo-amerikanische Geistesgeschichte zwischen Thomas von Aquin und Claude Lévi-Strauss, Friedrich Nietzsche und Martin Heidegger. Nietzsche sei der wichtigste von allen gewesen, heißt es, denn er stelle „sämtliche Götzen seiner Zeit in Frage: den Fortschritt, das Glück der Masse, die Menschenrechte, die Herdenmoral“ (S. 75). Nietzsche habe den bürgerlichen Konformismus bekämpft – aber nicht von unten, sondern von oben. In diesen wenigen Begriffen steckt schon ein Gutteil der Ideologie der Neuen Rechten: Gegen die Fortschrittsverheißungen der Demokratie und des Kapitalismus, gegen die Universalität der Menschenrechte, gegen Gleichheitsvorstellungen und für elitäre Abgrenzung und die Identität der Völker. Mit der Beschäftigung mit Nietzsche beginnt die geistig-politische Orientierung nach rechts.

Die ausführliche Benennung von Autoren, die Benoists Denken geprägt haben, ist auch Inszenierung. Benoist ist nicht nur ein kritischer Intellektueller, er will auch als solcher wahrgenommen werden; und sein Interviewpartner, Karlheinz Weißmann, tut alles, um das Bild des unabhängigen Denkers zu festigen. Immer wieder ist die Rede von einer schon früh erlebten nonkonformistischen Orientierung, beginnend

mit der wachsenden Distanz zur katholischen Kirche in einem katholischen Elternhaus.

Für die politischen Orientierungen ausschlaggebend sind die großen Fragen Ende der 1950er und Anfang der 1960er Jahre in Frankreich: der Kalte Krieg zwischen Ost und West sowie Frankreichs Verlust der Kolonien um diese Zeit. Der Algerien-Krieg treibt einem Höhepunkt zu, 1962 wird das Land unabhängig von Frankreich. Eine Weile sympathisiert Benoist mit kommunistischen Ideen, doch da viele seiner Mitschüler sich bei der Linken engagieren, erscheint ihm dieser Weg bald konformistisch: „Andererseits war das Engagement bei einer linken Partei unter meinen Mitschülern so verbreitet, daß es mir paradoxerweise wie eine neue Form von Konformismus vorkam. Würde ‚anders als alle anderen‘ nicht vielmehr bedeuten, die entgegengesetzte Richtung einzuschlagen“ (S. 71)? Der Weg nach rechts wird geebnet durch die Lektüre Nietzsches und die eher zufällige Bekanntschaft des 16jährigen mit dem Vater einer Freundin. Es handelte sich um den antisemitisch-rechtsextremistischen Journalisten und Schriftsteller Henri Coston. Die beiden freunden sich an, der junge Benoist nimmt Angebote Costons an, für ihn Beiträge zu verfassen. Coston gibt ihm Gelegenheit, sich erstmals als Schriftsteller zu versuchen.

Über diesen Kontakt kommt er in die rechtsextreme Szene in Frankreich: Er besucht Veranstaltungen der Action française, einer schon um 1900 gegründeten traditionalistisch-rechtsextremistischen Bewegung, lernt Aktivisten der militanten Jeune Nation kennen, und er gehört 1961 zur Gründergeneration der Fédération des étudiants nationalistes (FEN). „Von 1961 bis 1966“, so Benoist, „verbrachte ich insgesamt sechs Jahre bei der extremen Rechten“ (S. 84), „ich selber verschrieb mich der Bewegung mit Leib und Seele“ (S. 108). Und: „Letztlich eine sehr kurze Zeitspanne, die mich aber unbestreitbar stark geprägt hat, sowohl aufgrund der damaligen politischen Situation – es war das Ende einer Welt – als auch wegen meines Alters: Es gibt immer einen Teil unserer Jugend, den wir nie hinter uns lassen.“ Nach politischen Querelen und wirtschaftlichen Problemen des Europe Action Verlages, für den Benoist journalistisch tätig war, beschließt er, „sich ab sofort endgültig aus der Politik zurückzuziehen“ (S. 128). „Die Politik ist sicherlich nicht der Ort, an dem man heutzutage seinen Ideen oder Überzeugungen Gestalt verleihen kann“, heißt es an anderer Stelle – und: „Ich bin kein Akteur, sondern ein Beobachter“ (S. 391).

Er arbeitet weiter als Journalist und nimmt 1968 eine Redakteursstelle an bei der Wochenzeitung *L'Écho de la presse et de la publicité*. „Eigentlich wäre eine wissenschaftliche Laufbahn am CNRS, dem nationalen Forschungszentrum für Wissenschaft und Technik, für mich ideal gewesen, aber es ist wenig wahrscheinlich, daß man mich dort genommen hätte“ (S. 129). Zu sehr erwies sich nun das Engagement in der rechtsextremen Szene als Hindernis für eine bürgerliche Berufsbiographie. Der Abschied von politischen Aktivitäten bedeutete indes nicht den Verzicht auf politisches Engagement auf einer anderen Ebene: Es sollte nun um den strategischen Ansatz der „Metapolitik“ gehen. Ideen für eine neue rechte Orientierung sollten sich ableiten aus einer Kritik des Liberalismus und der Philosophie der Aufklärung, einer Kritik der „Fortschrittsideologie“ (S. 262) und der linearen Geschichtsbilder etwa

des Marxismus. Dieser Schritt ist durchaus konsequent: Benoist verbindet seine geistigen und literarischen Interessen mit Erfahrungen in rechtsextremistischen Milieus in der ersten Hälfte der 1960er Jahre. So gesehen ist die Gründung der Neuen Rechten keineswegs, wie Benoist betont, eine Reaktion auf die Neue Linke, obwohl er auch eine Gemeinsamkeit sieht: „In beiden Fällen bemühte sich eine neue Generation, Abstand zu der vorangegangenen zu gewinnen, an deren Diskurs sie gleichzeitig modifizierend oder erneuernd anknüpfen wollte“ (S. 139).

Am 4. und 5. Mai 1968 findet die Gründungsversammlung des Groupement de recherche et d'études pour la civilisation européenne (GRECE) in Lyon statt. 36 Personen nehmen teil, davon 27 ehemalige Aktivisten der rechtsextremen FEN. Es ist die Geburtsstunde der Neuen Rechten, die Zeitschriften *Nouvelle École, éléments* und später (1978) *Krisis* folgen. Die Gründungsgeschichte signalisiert Kontinuität und Brüche: Die Neue Rechte entsteht aus der alten heraus im Hinblick auf Personen, politische Orientierungen und Erfahrungen. Aber sie ist auch willens, nun neue Inhalte und Strategien zu entwickeln. Sie versteht sich metapolitisch, als Denkschule, Intellektuellen-Zirkel, als kulturkämpferische Inspiration der politischen Debatten. Benoist geht es um die Diskussion von Ideen, um den Kampf um Standpunkte und Weltbilder. Auch deutsche Debatten werden rezipiert, vor allem Armin Mohlers Handbuch über die „konservative Revolution“; es war, wie Benoist hervorhebt, „für mich eine Offenbarung“ (S. 278). So bleibt er verwurzelt in der Ideengeschichte der Rechten, zugleich besteht er aber auch auf großer Distanziertheit gegenüber dem Rechtsextremismus. Beim parlamentarischen Aufstieg des Front National Anfang der 1980er Jahre sei mit einer einzigen Ausnahme (Pierre Vial) niemand unter den führenden Köpfen der Neuen Rechten dem Front National beigetreten (S. 182 f.), ja mehr noch: „Was die Parteien der extremen Rechten angeht, so hatte ich jegliche Hoffnung längst aufgegeben“ (S. 181).

Bemerkenswert sind Benoists Überlegungen über die internen Konflikte und Fluktuationen der Neuen Rechten. Er sieht sie weniger in politischen oder strategischen Differenzen als auf der Ebene der Charaktere. Er sieht rückblickend drei verschiedene Motivationen des Engagements im Umfeld von GRECE: Theorie-Arbeiter, denen er sich am meisten verbunden fühlt, aber auch Parteisolddaten und Gemeinschafts-Sucher: „Vor allem würde ich sagen, dass im Laufe der Jahre gewisse Elemente zur Nouvelle Droite gestoßen sind, die dort zweifelsohne nicht hingehörten. [...] Die einen waren und blieben vom Dämon der politischen Aktion besessen, die anderen kamen nur der ‚Gemeinschaftsaktivitäten‘ wegen“ (S. 184).

Die Schwerpunkte Metapolitik und Theoriearbeit sieht Benoist rückblickend als Kristallisationspunkte, die vor allem nach 1980, als es um die Neue Rechte ruhiger wird, deutlicher hervorgetreten sind. GRECE und die publizistischen Aktivitäten nehmen neue Themen auf wie etwa Ökologie oder auch Geopolitik. Bemerkenswert sind die kurzen, freilich diskussionswürdigen Bemerkungen zur Globalisierung. Er sieht darin die „Entterritorialisierung von Problemen“ in die Richtung transnationaler Organisationen und eine Entwicklung weg von nationalen hin zu „kontinentalen Logiken“. Aber er beobachtet auch Widerstände und Gegen-Entwicklungen: Lokale

Gemeinschaften und Identitäten gewinnen an Bedeutung, basisdemokratische, identitäre Bewegungen, „die heute fast überall explosionsartig aus dem Boden sprießen“ (S. 313).

Benoists Autobiographie verknüpft Erinnerungen an den persönlichen Werdegang mit allgemeinpolitischen, philosophischen und geistesgeschichtlichen Überlegungen. Es wird deutlich, wie sehr die Neue Rechte über die Jahrzehnte eingebettet ist in den Schnittmengenbereich zwischen konservativem und rechtsextremem Denken. Benoists Ansichten heute sind wohl eher die eines konservativen Denkers, der alte konservative Werte wie Haltung, Ehre, Demut, Identität der Völker und Kritik am Universalismus verbindet mit Offenheit gegenüber modernen wissenschaftlichen Entwicklungen. Der Einwand gegenüber diesem Denken konzentriert sich auf einen entscheidenden Punkt: Demokratische Politik beruht auf Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, liberaler Pluralität und auf der Idee der Menschenrechte. Genau hier gehen Benoist und wohl auch die Neue Rechte insgesamt, das verdeutlicht dieses Buch einmal mehr, nicht mit.

Hauptbesprechungen:

Trotz guter Recherchen zu den NSU-Morden – viele Unklarheiten bleiben

Von Eckhard Jesse

Stefan Aust/Dirk Laabs, Heimatschutz. Der Staat und die Mordserie des NSU, München 2014 (*Pantheon*), 864 S.

Das öffentliche Entsetzen war groß, als im November 2011 die Kleingruppe des sich selbst so bezeichnenden „Nationalsozialistischen Untergrundes“ (NSU) nach einem Banküberfall aufflog und die Mordserie vornehmlich an türkischen Kleinhändlern bekannt wurde. Keiner hatte 14 Banküberfälle, zwei Anschläge und zehn Morde denselben Tätern zugeordnet. Uwe Bönnhardt und Uwe Mundlos begingen vor ihrer Festnahme Selbstmord, Beate Zschäpe, die Dritte im unheiligen Bunde, stellte sich ein paar Tage später der Polizei, nachdem sie ein abstoßendes „Paulchen Panther“-Video, das die Taten in widerwärtiger Form preist (z. B. „Paulchen’s neue Streiche“), Zeitungsredaktionen und Parteien zugeschickt hatte. Angesichts der unglaublichen Vorgänge entstehen Mythen und Verschwörungstheorien. Waren Bönnhardt und Mundlos doch nicht allein bei ihren Morden unterwegs? Hat einer aus den Reihen des NSU für den Verfassungsschutz als V-Mann fungiert? Wussten die staatlichen Behörden mehr, als sie zuzugeben bereit sind? Stecken sie gar direkt oder indirekt hinter den Taten?

Den Autoren (Stefan Aust, früherer *Spiegel*-Chefredakteur und seit 2014 Herausgeber der *Welt* und der *Welt am Sonntag*, als Verfasser eines Standardwerkes über den *Baader-Meinhof-Komplex* ausgewiesen; Dirk Laabs, Autor und Filmemacher, bekannt als Verfasser eines von verschwörungstheoretischen Elementen nicht freien Buches über *Die wahre Geschichte der Treuhand*) ist mangelnde Auswertung der Quellen wahrlich nicht vorzuwerfen. Sie haben die einschlägigen Akten der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse des Bundestages wie des Thüringer Landtages akribisch gesichtet, den Prozess gegen Beate Zschäpe intensiv beobachtet und fast 100 Interviews geführt. Das reich dokumentierte, gut recherchierte und anschaulich geschriebene Buch (es enthält einen wissenschaftlichen Apparat mit Anmerkungsverzeichnis, ein kommentiertes Verzeichnis von Personen aus der „Szene“, aus den Bundes- und Landesministerien sowie aus den Verfassungsschutzämtern, aller-

dings ohne Seitenzahl) ist das bisher beste zu einem emotionsträchtigen Thema¹, aber deswegen noch nicht sehr gut. Es leuchtet nicht nur minutiös die Geschichte des „Nationalsozialistischen Untergrundes“ aus, sondern auch dessen Vorgeschichte in den 1990er Jahren.

Das Mammutwerk verzettelt sich allerdings in vielen Einzelheiten und verliert dadurch teilweise den roten Faden aus dem Auge. Die Informationen über Bönnhardt, Mundlos und Zschäpe waren weithin bekannt. Weniger sie stehen im Vordergrund als vielmehr die staatlichen Stellen, die sich um Aufklärung bemühten. Wo das Buch Belege für Fehler, Pannen, Ungereimtheiten und das Versagen der Sicherheitsbehörden zusammenträgt (ihre Zahl ist Legion), überzeugt es, aber weniger dort, wo Aust und Laabs mangels Beweisen eine bestimmte Position suggerieren. Ihre Kernsätze lauten: „Mit jeder weiteren vernichteten Akte, mit jeder nicht beantworteten Frage, mit jeder neuen Lüge verstrickt sich das Bundesamt für Verfassungsschutz nun weiter in einen Kampf, den es vor über 20 Jahren begonnen hatte – und der Satz des Geheimdienstkoordinators und ehemaligen Vizepräsidenten Klaus-Dietrich Fritsche vor dem NSU-Ausschuss hallt mit jedem Tag lauter, schriller, aber auch klarer nach: ‚Es dürfen keine Staatsgeheimnisse bekannt werden, die ein Regierungshandeln unterminieren‘“ (S. 822). Die Autoren schließen mit diesem Absatz ihren Band ab, kommentieren ihn nicht und wecken gerade dadurch Zweifel an der offiziellen Version. Fritsches Aussage hat es ihnen angetan. Augenscheinlich interpretieren sie in dessen Worte mehr hinein als diese hergeben. Das Autoren-Duo bleibt eine schlüssige Deutung schuldig, räumt das auch ein: „Dieses Buch soll ein Anfang sein und nicht das letzte Wort.“ Im Grunde stellt es mehr Fragen als es Antworten liefert. Die Erwartungshaltung, es biete sensationelle Ergebnisse, wäre ohnehin unrealistisch gewesen.

Aust und Laabs belegen detailliert die starke Durchsetzung der militanten Szene des Rechtsextremismus mit V-Männern. Den gängigen Vorwurf der politischen Einäugigkeit oder gar des unterschweligen Rassismus – die Behörden hätten sich deswegen um den gewalttätigen Rechtsextremismus nicht hinreichend gekümmert – weisen sie zurück. Aber sie erheben schwere Anschuldigungen wegen des leichtfertigen Umgangs mit zwielichtigen V-Männern, deren Zahl im Laufe der Jahre immer mehr anstieg. Die Verfassungsschützer waren auf die Aussagen ihrer Quellen erpicht, nahmen sie vielfach für bare Münze und schützten weniger die Demokratie als die V-Männer. Auch die auf einem engstirnigen „Revierverhalten“ beruhenden Eifersüchteleien zwischen dem Verfassungsschutz und der Polizei kommen zur Sprache. Der Vorwurf des Kompetenzwirrwarrs ist berechtigt.

1 Vgl. u. a. Christian Fuchs/John Goetz, Die Zelle. Rechter Terror in Deutschland, Reinbek bei Hamburg 2012; Maik Baumgärtner/Marcus Böttcher, Das Zwickauer Terror-Trio. Ereignisse, Szene, Hintergründe, Berlin 2012; Patrick Gensing, Terror von rechts. Die Nazi-Morde und das Versagen der Politik, Berlin 2012; Wolf Wetzel, Der NSU-VS-Komplex. Wo beginnt der Nationalsozialistische Untergrund – wo hört der Staat auf?, Münster 2013; Andreas Förster (Hrsg.), Geheimsache NSU. Zehn Morde, von Aufklärung keine Spur, Tübingen 2014.

Aust und Laabs sehen eine Diskrepanz zwischen den professionell-eiskalt ausgeübten Morden am helllichten Tage und einem gewissen Dilettantismus bei den Banküberfällen. Sie schließen nicht aus, der NSU könne größer gewesen sein. Besonders rätselhaft erscheinen den Autoren die Existenz eines hessischen Verfassungsschützers am Tatort des Ceska-Mordes in Kassel 2006 sowie die Hintergründe beim – letzten – Mord an der thüringischen Polizistin Michèle Kiesewetter in Heilbronn 2007. Im ersten Fall glauben Aust und Laabs der Aussage Andreas Temmes, als die tödlichen Schüsse auf Halit Yozgat fielen. Nach der Veröffentlichung ihres Buches erhielten sie Kenntnis von der telefonischen Abhöraktion gegenüber Temme durch Polizisten, und sie veröffentlichten daraufhin Details.² So habe u. a. der Geheimschutzbeauftragte des Verfassungsschutzes verräterische Äußerungen kundgetan. Die Autoren schließen ihren Artikel unkommentiert mit dem Satz des Vaters von Halit Yozgat: „Temme, ich glaube Dir kein Wort.“³ Auch das Buch bedient sich derartiger Suggestionen.

Im zweiten Fall halten es die Verfasser, anders als die Ermittlungsbehörden, für möglich, ja wahrscheinlich, Kiesewetter sei am 25. April 2007 wegen mancher loser Kontakte zum Umfeld der Täter kein zufälliges Opfer, ohne überzeugende Belege dafür zu präsentieren. Ebenso hätte ihr schwerverletzter Kollege Martin Arnold sterben und sie überleben können. Selbst wenn die Vermutung der Autoren stimmen sollte: Wofür ist dies ein Beleg?

Eine Erklärung, warum Bönnhardt und Mundlos, mindestens so kriminell wie rechtsextremistisch, die belastenden Waffen aus den früheren Morden sowie die DVDs in das Wohnmobil mitnahmen, könnte darin liegen, dass sie Interesse am Bekanntwerden ihrer Mordorgien hatten. Das Finale sollte zu einem großen Fanal werden. Die Autoren ziehen diese mögliche, freilich keineswegs zwingende Variante nicht ernsthaft heran.

2 Vgl. Stefan Aust/Per Hinrichs/Dirk Laabs, Der NSU-Komplex, in: Welt am Sonntag vom 23. Februar 2015.

3 Zitiert nach ebd.

Den Kalten Krieg denken

Von Gerhard Wettig

Patrick Bernhard/Holger Nehring (Hrsg.), Den Kalten Krieg denken. Beiträge zur sozialen Ideengeschichte seit 1945, Essen 2014 (*Klartext*), 360 S.

Die Beiträge des Sammelbandes fassen bisherige Erkenntnisse darüber zusammen, wie sich Entscheidungsträger und Öffentlichkeit im Westen mit dem Sicherheitsproblem auseinandersetzten, das in der Möglichkeit des Nuklearkrieges mit dem ideologisch-prinzipiell feindlichen Ostblock lag. Die dessen Verhalten leitenden Sicherheitsvorstellungen bleiben dabei außer Betracht. Mithin wird der Charakter der Herausforderung nicht genannt, auf die sich die westliche Seite einzustellen hatte: das sowjetische Bestreben, die Sicherheit des eigenen Territoriums und, soweit möglich, auch der anderen sozialistischen Staaten im Kriegsfall zu gewährleisten mit der praktischen Konsequenz, dass die östlichen Streitkräfte den Angriff des Westens (der nach sowjetischer These den allein möglichen Kriegsbeginn bildete) augenblicklich mit einem Gegenangriff beantworten würden, der rasch in die Tiefe des Gegners vorstoßen sollte. Um die Kriegsfurie vom östlichen Gebiet fernzuhalten, sah die militärische Planung die Eroberung Westeuropas bis zum Atlantik innerhalb von zwei Wochen vor. Die NATO stand damit vor der Aufgabe, im Kriegsfall die Absicht des Gegners zur raumgreifenden Offensive zunichte zu machen.

Demgegenüber ist in dem Sammelband allein von dem Problem die Rede, das aufgrund der Existenz eines Instruments totaler Vernichtung, der Kernwaffe, bestand. Im Blick darauf wird das bislang Bekannte zusammengefasst und zuweilen durch neue Erkenntnisse zu vorher noch wenig untersuchten Teil- und Nebenaspekten ergänzt. Die zentrale Frage der Beiträge lautet: Wie ging man mit der seit den 1950er Jahren bestehenden Aussicht auf einen Krieg um, der ausbrechen konnte und dann geführt werden musste, wenn man sich und seine politischen Werte nicht aufgeben wollte, dessen Sinn aber dadurch in Frage gestellt war, dass er zugleich die eigene physische Existenz gefährdete. Die theoretisch bestehende Möglichkeit eines einvernehmlichen wechselseitigen Nuklearverzichts kam für die NATO daher von vornherein nicht in Betracht, weil sich, nachdem sie 1951 mit dem Aufbau eines Verteidigungssystems in Europa begonnen hatte, sehr bald ergab, dass sie nicht genügend Streitkräfte zur Abwehr der östlichen Angriffskeile aufstellen konnte und daher zu deren Abwehr voraussichtlich Kernwaffen benötigen würde.

David Tal stellt dar, wie die USA in der zweiten Hälfte der 1940er Jahre, als sie im Besitz des Atombombenmonopols waren, den Standpunkt von Präsident Woodrow Wilson am Ende des Ersten Weltkriegs fallen ließen, der Krieg sei auf die Rüstungsmaßnahmen zurückzuführen, und zu der Ansicht kamen, diese seien nicht die

Ursache, sondern die Folge von Konflikten. Daher dachte man in Washington keinesfalls daran, die Kernwaffen, deren über alles Bisherige hinausgehende Vernichtungskraft sich bei den Abwürfen auf Hiroshima und Nagasaki gezeigt hatte, wieder aus der Welt schaffen zu wollen, sondern suchte diesen Waffenbereich der Kontrolle seitens der maßgeblich von ihr beeinflussten Vereinten Nationen zu unterstellen. Dadurch wäre insbesondere die UdSSR von vornherein am Erwerb nuklearer Fähigkeiten gehindert worden, weswegen sie auf den Vorschlag nicht einging. Als auch sie im Besitz von Kernwaffen war, ging die Zeit zu Ende, in der sich die USA darauf verlassen hatten, dass ihr atomares Monopol keinen Angriff auf Westeuropa zuließ. Das Buch lässt unerwähnt, dass bis dahin aus westlicher Sicht kein Grund zum Erwerb einer ausreichenden Fähigkeit zur Verteidigung Westeuropas bestanden hatte und erst die von Stalin unterstützte Aggression der nordkoreanischen Kommunisten gegen den Süden im Juni 1950 den Anstoß zum Aufbau einer NATO-Militärorganisation seit Anfang 1951 gab. Wie ließ sich unter den veränderten Umständen der Krieg zwischen den Blöcken verhindern, der allein die benötigte Sicherheit bot?

Die mit der Frage konfrontierten amerikanischen Experten suchten sich, wie Christian Dries ausführt, die über alles Denken hinausgehenden Schrecken nuklearer Szenarien durch die Lektüre „apokalyptischer Phantasien“ des Weltendes zu vergegenwärtigen, um mit dadurch geschärftem Blick nach Wegen zu suchen, wie sich der gefürchtete Krieg verhüten lasse. Sie schöpften Hoffnung aus dem Gedanken, dass der sowjetische Gegner ebenfalls ein Interesse daran haben müsse, weil der Einsatz von Kernwaffen auch seine Existenz bedrohe. Daher machten sie das Prinzip der „wechselseitig gewährleisteten Vernichtung“ (mutually assured destruction) und dessen spätere Variante der „flexiblen Erwiderung“ (flexible response) zum Ausgangspunkt ihrer Überlegungen. Um die UdSSR möglichst zuverlässig davon zu überzeugen, dass sie als Angreifer auf keinen Fall der nuklearen Vergeltung entkommen könne und daher unter allen Umständen auf die Entfesselung eines Krieges verzichten müsse, wurde das Konzept des gesicherten Zweitschlages entwickelt. Demnach war das Bemühen darauf auszurichten, dass der Gegner mit einem nuklearen Erstschlag die eigene Fähigkeit zu einem ihn vernichtenden Antwortschlag nicht auszuschalten in der Lage sein würde. Daraus ergab sich das Erfordernis einer Hochrüstung mit dem Ziel einer hinreichend großen Zahl „unverwundbarer“ Kernwaffen. Wenn das erreicht schien, wurden „Rüstungskontroll“-Abkommen zur Stabilisierung dieses Zustandes für zweckmäßig erachtet.

Die Gefahr der physischen Vernichtung im Kriegsfall bestand noch stärker für den Frontstaat Bundesrepublik, der das Hauptgefechtsfeld sein würde – und zwar auch dann, wenn, wie zuerst angenommen wurde, es lediglich zu einem konventionell geführten Krieg käme. Wie dem Beitrag von Bruno Thoß zu entnehmen ist, sollte zunächst nur die Rhein-Ijssel-Linie gehalten und später an Weser und Lech mit der Abwehr begonnen werden, nachdem die USA 1951 fünf Divisionen geschickt und die Westeuropäer den Aufbau ihrer Verteidigung eingeleitet hatten. Was das in Anbetracht der seit 1945 perfektionierten Kriegstechnik für die Deutschen bedeutete, war klar. Zudem kamen die Amerikaner und Briten 1953 zu dem Schluss, den

östlichen Truppenmassen mangels hinreichender eigener Streitkräfte nur dann standhalten zu können, wenn von vornherein die Verwendung nuklearer Gefechtsfeldwaffen vorgesehen werde. Diese hatten zwar ein weit geringeres Kaliber als die großen Systeme, waren aber trotzdem geeignet, die Einsatzgebiete völlig zu verheeren. Die internen Berechnungen darüber wurden vor den deutschen Offizieren, die mit dem Aufbau der Bundeswehr befasst waren, lange Zeit geheim gehalten, zumal sie zunächst weiter von einer konventionellen Kampfführung ausgingen. Als sich in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre die Einplanung der „small nukes“ nicht länger verhindern ließ, setzten sie ihre Hoffnungen noch mehr als zuvor auf den kriegsverhindernden Abschreckungseffekt der Kernwaffen.

Weitere Aufsätze behandeln unter anderem die Entwicklung der französischen Strategie zur Abwendung der nuklearen Bedrohung des Landes bis 1960 (Isabel Micolot), die ungelösten Probleme des Zivilschutzes am britischen Beispiel (Matthew Grant), Spekulationen über die Möglichkeit des Guerrillakrieges als Alternative zum nuklearen Konflikt (Frank Reichherzer), das öffentliche Bekenntnis zur „Angst vor dem Atom“ in der Bundesrepublik während des Streits um die Gegenrüstung zur sowjetischen SS 20 (Friederike Brühöfener) und die atomaren Hinterlassenschaften des Kalten Krieges (Florian Sprenger). Insgesamt bietet der Band eine aufschlussreiche Zusammenstellung über zahlreiche im Westen entwickelte Konzepte über den Umgang mit dem Faktum der Existenz von Kernwaffen im Kontext der damaligen Ost-West-Konfrontation. Der Umstand, dass die NATO ab 1967 mit dem Erfordernis der Verteidigung das Bemühen um Entspannung verband, findet dabei keine Berücksichtigung.

Auf der Suche nach der Integration

Von Brigitte Seebacher

Heinz Buschkowsky, Die andere Gesellschaft, Berlin 2014 (*Ullstein*), 302 S.

Seinem zweiten Buch zum Thema Zuwanderung stellt Heinz Buschkowsky den wohl bekanntesten Ausspruch Ferdinand Lassalles voran: „Alle große politische Aktion besteht in dem Aussprechen dessen was ist, und beginnt damit. Alle politische Kleingeisterei besteht in dem Verschweigen und Bemänteln dessen, was ist.“ Der Gründer der deutschen Sozialdemokratie, in der Buschkowsky groß geworden und der er treu geblieben ist, hatte diesen Ausspruch getan, als er mit dem Liberalismus brach: Dessen Vertreter würden die Zeichen der Zeit nicht erkennen. Lassalle schleuderte ihnen entgegen, scharfsinnig und kampfeslustig, wie die fällige Aktion auszu-sehen hätte. Heinz Buschkowsky, von 2001 bis 2010 Bürgermeister von Neukölln, einem Berliner Bezirk mit mehr als 300.000 Einwohnern und 160 Nationalitäten, erhebt genau diesen Anspruch – zu wissen „was ist“ und was es auf sich hat mit den Zuwanderern, die an Integration gar nicht erst denken. Wer sonst, wenn nicht dieses „Frontschwein“ – so nennt er sich in diversen Interviews gern selbst – dürfte so hoch greifen!

Buschkowsky weiß, wovon er redet. Nicht einmal seine schärfsten Kritiker bestreiten ihm seine Sachkunde. Auch sein inneres Engagement ist über jeden Zweifel erhaben. Er leidet, wenn er die „Parallelgesellschaften“ sieht und nicht weiß, wie sie noch aufgebrochen werden könnten. „Die muslimische Gemeinschaft ist immer noch geprägt von der Zeit, in der sie über Jahrhunderte hinweg den größten Herrschaftsraum auf der Welt repräsentierte. Hieraus ist die von Generation zu Generation weitergetragene Überzeugung entstanden, dass die muslimische die beste Gemeinschaft ist, die Gott geschaffen hat. Dass Muslime die besseren Menschen sind und ihnen von Gott der Herrschaftsauftrag über die Welt erteilt wurde. Der Islam herrscht, er wird nicht beherrscht. Deshalb hat ein fundamentalistischer Muslim überall ein erhebliches Problem damit, dass er sich anpassen, sprich integrieren soll“ (S. 75). Ausdrücklich versteht er den Islam nicht nur als Religion, sondern als „eine Weltordnung, eine Schöpfung der Gesellschaft nach göttlicher Fügung“ (S. 60). Der Autor behauptet nicht, dass die Welt der Parallelgesellschaften, die er mit vielen Beispielen unterlegt, die ganze Wahrheit über die Zuwanderer widerspiegelt. Aber er unterstellt, es lasse sich eine klare Grenze ziehen zwischen unserem Selbstverständnis und unserer Lebensart auf der einen und dem muslimischen Fundamentalismus auf der anderen Seite. Eine mehr oder minder gelungene Integration interessiert den Autor nicht, jedenfalls nicht in diesem Buch. Denn wenn rundum die herkömmlichen deutschen Maßstäbe gelten und alle Zuwanderer angepasst sind, braucht über

Integration nicht erst geredet zu werden. Sein Thema sind die Muslime, die sich massenhaft und kollektiv abschotten, nach eigenen Gesetzen leben, abscheuliche Riten pflegen, der Gewalt huldigen, der organisierten Kriminalität „nahestehen“ (S. 247) und „das soziale Netz in Deutschland“ (S. 24) zu schätzen wissen. Dieser Spruch ist ihm bestens vertraut: „Deutschland, schönes Land, bekommst Geld, musst nichts tun“ (S. 25). Wie konnte es so weit kommen?

Mehr noch als die Parallelgesellschaften und deren Verfestigung in den letzten 25 Jahren beschwert Buschkowsky die Kehrseite. Ohne das Laissez-faire-Verhalten der deutschen Mehrheitsgesellschaft und deren Eliten wäre es nie so weit gekommen. Er umschreibt es abwechselnd als „Schwäche des Staates“ (S. 16), „Kulturrelativismus“ (S. 59) und den „vom Linkskartell definierten Mainstream-Multikulturalismus“ (S. 160). 90 Prozent der politischen Entscheidungsträger hätten „noch nie in einem sozialen Brennpunkt gelebt“ (S. 192). Andernfalls könnten sie nicht immer wieder „die triumphale Feststellung“ treffen: „Integration ist in Deutschland eine einzigartige Erfolgsgeschichte“ (S. 163). Diese Aussage treibt ihn um. Während der Lektüre meint man den Autor vor sich zu sehen – rot vor Zorn. Er leugnet ja nicht positive Fälle und gibt sogar Beispiele. Aber für sein Urteil sind sie ohne Belang. Den Autoverkehr bemesse man auch nicht nach der Zahl der Fahrzeuge, die eine Kreuzung glatt bewältigen, sondern nach der „Unfallhäufigkeit“ (S. 164). Bei aller Sympathie für die schnörkellose Beschreibung von Neukölln, das seinem Buch von 2012 zufolge überall ist, wird man spätestens hier stutzig. Was will Buschkowsky? Was ist seine Messlatte? 2004 machte Buschkowsky zum ersten Mal Schlagzeilen jenseits seines Bezirks. Er hatte „Multikulti“ für gescheitert erklärt. Seine öffentlichen Erklärungen und nun auch dieses Buch sind Variationen zum Thema. Aber was heißt Scheitern? Und was ist die Alternative zu Multikulti? Immerhin nennt er Deutschland ohne Wenn und Aber ein „Einwanderungsland“ (S. 165). Wie passt das zusammen?

Der Politiker und Buchautor Buschkowsky hat seine Wurzeln in einer Welt, die er aus Zeit und Raum herauslöst und absolut setzt: „In Deutschland hat es mit Ausnahme der christlichen und der jüdischen Glaubensrichtung nie eine andere kulturelle Normen prägende Religion gegeben“ (S. 33). Daraus schließt er, dass es erstens nie eine andere Religion geben dürfe und zweitens die beiden traditionellen Religionen lebendig sind wie eh und je. Apropos, hätten ihm die Schicksale des Judentums in Deutschland nicht zu denken geben müssen? Für den Wandel von Verhältnissen hat er keinen Sinn. Obwohl erst Jahrgang 1948, verkörpert er noch die alte Sozialdemokratie, ihre Ideale und Ordnungsmuster. In seinem Vorwort rühmt er jene drei Leitsätze, denen er selbst in seinem Leben gefolgt sei und denen er Allgemeingültigkeit zuschreibt: Sie handeln von der Selbstverantwortlichkeit, der individuellen Anstrengung („von nüscht kommt nüscht“) (S. 11) und der Hilfe der Starken für die Schwachen. Wer diese Maßstäbe an das Heute anlegt, muss zwangsläufig zu dem Urteil einer fortschreitenden Islamisierung kommen. Buschkowsky kann und will sich nicht vorstellen, dass andere Kulturen und Religionen gepflegt werden können, ohne dass deren Anhänger Parallelgesellschaften hochhalten. Die enorme Vielfalt unter

den Zuwanderern wird nicht erwähnt. Differenzierung und Abwägung sind Buschkowskys Sache nicht. Dabei hätte er sich und seinem Anliegen einen Gefallen getan, wenn er schlimme Missstände in Neukölln und andernorts nicht pauschalieren und als ewige Zwangsläufigkeit muslimischer Zuwanderung hinstellen würde. Er kämpft ja selbst gegen die Übel und sendet Notrufe aus, um gehört zu werden.

Es bleibt Buschkowskys großes Verdienst, alles, was schief läuft in der Integration, in ein grelles Scheinwerferlicht zu rücken. Die Wegschauerei und Schönrederei sind tatsächlich von Übel und eine beklagenswerte Ausgeburt der Political Correctness; Buschkowsky geißelt sie zu Recht. Was schlägt er vor? „Klare Kante“ (S. 128) soll sein und mehr Druck. Der Staat muss seine Autorität durchsetzen, das Recht anwenden und dem Laissez-faire abschwören. Man fühlt sich an die Jugendrichterin Kirsten Heisig erinnert, die er nicht erwähnt. Sie hatte auf vereinfachte und beschleunigte Jugendstrafverfahren gesetzt und sich mit dem „Neuköllner Modell“ einen Namen gemacht. Im Allgemeinen weigert sich Buschkowsky zuzugeben, dass der Islam kein fest gefügter Block und seine jeweilige Ausprägung die Folge ökonomischer und sozialer Verhältnisse ist. Im Besonderen aber will er genau nach dieser Maxime gehandelt wissen. Er schildert plastisch, wie Armut und Analphabetismus über Generationen vererbt werden. Drei von vier Migrantenkindern, die keine Kita gesehen haben, sprechen allenfalls ein rudimentäres Deutsch. Was also tun? Bildung und nochmals Bildung. Die Kinder müssen den Eltern entzogen werden. Am liebsten hätte er eine Kitapflicht, und zwar vom ersten Lebensjahr an. Jedwede Freiwilligkeit, auch unter dem Deckmantel der Ganztagschule, ist von Übel und das Betreuungsgeld „eine bildungspolitische Katastrophe“ (S. 288). Mit dem klassisch sozialdemokratischen Schwur auf die Bildung lässt Buschkowsky seine Schrift, anklagend und resignativ zugleich, ausklingen. Aber hätte es dafür der Keule bedurft, mit der er im Hauptteil des Buches auf den Islam einschlägt? Einen Islam, der in Deutschland unweigerlich „die andere Gesellschaft“ herbeiführt? Wenn es so wäre, müssten alle Bemühungen, materiell und ideell, sofort eingestellt werden! Dabei hat sich niemand mehr bemüht als Bezirksbürgermeister Buschkowsky!

Nur wenige Monate nach Erscheinen des Buches ist Buschkowsky von seinem Amt zurückgetreten. Es sind ihm viele Kränze geflochten worden. Das Echo, das er in den Medien, auch in der Politik, zumal in seiner SPD, erfahren hat, spricht seiner immer und immer wieder getätigten Behauptung Hohn: Wer das Buch kauft, gelte als Rassist, und überhaupt würden seine Ansichten unterdrückt. Soviel Koketterie hat er nicht nötig und nützt nicht dem Anliegen. In Neukölln ist er respektvoll „Genosse Klartext“ oder gar „Gouverneur“ genannt worden. Aber von Neukölln und seiner Art, Politik zu machen, handelt dieses Buch mit all seinen Allgemeinheiten und Ungereimtheiten am wenigsten. Die Lebensleistung von Heinz Buschkowsky bleibt davon unberührt. Vielleicht findet er im Ruhestand die Muße, einen echten Erfahrungsbericht zu schreiben.

Der Mann ohne Erfahrungen

Von Wolfgang Kraushaar

Hans Magnus Enzensberger, Tumult, Berlin 2014 (*Suhrkamp*), 287 S.

Wie soll ein Schriftsteller mit einem Schlüsselereignis wie dem ominösen, im Nachhinein zu einer Art kulturellem Code mutierten Jahr „1968“ umgehen, in dem er mehr als nur ein Beobachter oder Kommentator gewesen ist? Eine Zeitreise in die Vergangenheit unternehmen, eine Autobiographie verfassen, wie das viele andere vor ihm bereits getan haben, oder aber seine Memoiren einfach auf den Tisch knallen, als handle es sich um Enthüllungsliteratur, in der nach fast einem halben Jahrhundert endlich Ross und Reiter benannt werden? Nicht doch. Jedenfalls ist das nicht von einem Autor wie dem listigen Hans Magnus Enzensberger zu erwarten, dessen Werken – egal ob Lyrik oder Prosa, Essay oder Theaterstück – immer auch eine zeithistorische Signatur einbeschrieben ist und dem nicht umsonst eine ironische Haltung nachgesagt wird.

Schon seit langem hatte sich ja der Eindruck verdichtet, als sei Enzensberger von „1968“ so erwacht wie jemand, der nach einer durchzechten Nacht mit einem Brummschädel aufzustehen versucht und sich kaum noch an das turbulente Geschehen zuvor erinnern kann. Bis vor kurzem gab es nur einen einzigen Text, in dem er sich auf seine Erlebnisse mit und in der damaligen Revolte bezog. Er trug den bezeichnenden Titel „Erinnerungen an einen Tumult“ und war 1984 anlässlich einer Ausstellung mit Werken des mit ihm befreundeten Prager Künstlers Jirí Kolár verfasst worden. „Ein Gewimmel von Reminiszenzen, Allegorien, Selbsttäuschungen, Verallgemeinerungen und Projektionen“, hieß es dort, „hat sich an die Stelle dessen gesetzt, was in diesem atemlosen Jahr passiert ist. [...] Es gibt Leute, die das alles säuberlich auf Flaschen abfüllen und Memoiren daraus machen. Mir ist dieses Verfahren schleierhaft. [...] Es war nicht möglich, das alles gleichzeitig zu ‚verstehen‘, sich ‚einen Vers darauf zu machen‘, es ‚auf den Begriff zu bringen‘. Die Widersprüche schrieten zum Himmel. Jeder Versuch, den Tumult intelligibel zu machen, endete notwendig im ideologischen Kauderwelsch.“¹ Worin bestand der Antrieb für diese Abwehrhaltung? Im Pochen eines Autors auf seiner Subjektivität oder im Bemühen um eine Schutzbehauptung, mit der ein einstiger Mit-Akteur im letzten Moment womöglich noch einen Schleier über seine damalige Rolle werfen will?

Enzensberger war allein schon wegen seiner Rolle als Essayist und Herausgeber der seinerzeit ebenso tonangebenden wie richtungsweisenden Zeitschrift *Kursbuch*

1 Hans Magnus Enzensberger, *Erinnerungen an einen Tumult – Zu einem Tagebuch aus dem Jahre 1968*, in: Heinz Ludwig Arnold (Hrsg.), *Hans Magnus Enzensberger*, 2. Aufl., München 1985, S. 6-8.

einer der einflussreichsten Mentoren der Neuen Linken.²² Und im Mai 1968 war er gewiss kein distanzierter Beobachter mehr, mit seinen öffentlichen Interventionen eher jemand, der sich an die Spitze einer Bewegung hatte stellen wollen. Auf einer Protestveranstaltung gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze im Sendesaal des Hessischen Rundfunks hatte er etwa voller Emphase ausgerufen: „Die Lehre ist klar: Bedenken sind nicht genug. Misstrauen ist nicht genug, Protest ist nicht genug. Unser Ziel muß sein: Schaffen wir endlich, auch in Deutschland, französische Zustände!“²³ Damit forderte er nichts anderes als eine Situation, wie sie im „Pariser Mai“ den Machtverlust Charles de Gaulles und nun den Sturz der deutschen Demokratie hätte herbeiführen sollen.

Im Nachhinein ist Enzensberger nicht müde geworden, eine emotionsgeladene Abwehr gegenüber dem Dauerstreitobjekt „68“ zu erkennen zu geben. Weder kann er die Jubilare leiden, denen nichts Besseres einfallen, als sich bei jeder passenden Gelegenheit selbst zu feiern, noch die Nörgler und Dauerkritiker.⁴⁴ Auch von der weit verbreiteten Neigung, die damalige Bewegung auf eine Generation hochzurechnen und ihr eine Art Jahrgangs-Konfiguration zuzugestehen, hält er nichts. Und zuweilen passiert es, dass er deshalb schlicht und einfach aus der Haut fährt und sich das Wort von seinem überbordenden Zorn diktieren lässt – so geschehen 2001 im Kontext einer aufgeregten Debatte, in der es unmittelbar um die Karriere eines ehemaligen Bundesaußenministers ging, mittelbar jedoch um die Legitimität des 68er-Aufbruchs im Allgemeinen. Das Pamphlet, das er mit der Invektive „Ihr ödet uns an!“ in einer Tageszeitung publizierte⁵⁵, war jedoch ein Wurfgeschoss mit einem Bumerangeffekt. Ein betagter Autor schrieb im Stile eines Jünglings. Seiner überaus affektiven Züge wegen lief er Gefahr, in die Sparte postpubertärer Pennäler eingeordnet zu werden.

Nun hat Enzensberger, als wollte er damit das frühere Stichwort noch einmal aufnehmen, ein Buch verfasst, das schlicht *Tumult* heißt und in dem sich auch einige Passagen aus der Invektive von 1984 fast unverändert wiederfinden. Es ist ein disparater Band, kein Entwicklungsroman und keine Autobiographie, aber auch keine einfache Collage von Gedächtnissplintern. Er besteht aus zwei ausführlichen, ganz homogen erzählten Berichten über Reisen in die Sowjetunion, die sich in den Jahren 1963 und 1966 abspielen, der Geschichte einer unglücklichen Liebesbeziehung, der zu seiner zweiten Frau, einer jungen Russin, aus Momentaufnahmen von zwei Kuba-Aufenthalten und Schilderungen unzähliger Stippvisiten in aller Herren Länder.

2 Vgl. Henning Marmulla, Enzensbergers Kursbuch. Eine Zeitschrift um 68, Berlin 2011; Dirk von Petersdorff (Hrsg.), Hans Magnus Enzensberger und die Ideengeschichte der Bundesrepublik, Heidelberg 2010.

3 Süddeutsche Zeitung vom 26. September 2007.

4 „... ich muß gestehen, daß mir diese ewigen 68er-Jubiläen längst zum Hals heraushängen. Von der Seite der Beteiligten hat das etwas Veteranenhaftes. Mit nostalgischen Erinnerungen kann ich nicht aufwarten.“ das wahre ausland ist die vergangenheit. Ein gespräch mit hans magnus enzensberger, in: das magazin der kulturstiftung des bundes, Frühjahr 2008, S. 9.

5 Hans Magnus Enzensberger, Ihr ödet uns an! Kein Diskussionsbeitrag, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25. Januar 2001.

Im Mittelpunkt stehen jedoch die titelgebenden „Erinnerungen an einen Tumult“, die sich auf die Jahre 1967 bis 1970 beziehen und damit um jenes Jahr kreisen, das noch immer kaum weniger verklärt als verdammt wird.

Um nicht Gefahr zu laufen, den Verheißungen jener Jahre noch einmal auf den Leim zu gehen, hat Enzensberger auf einen Kniff zurückgegriffen und sich in zwei Rollen aufgespalten: den Mann der Vergangenheit und den der Gegenwart. Der von heute interviewt den von gestern, den „68er“. Das erlaubt es ihm, die Widersprüche seiner eigenen Person im Dialogverfahren zu thematisieren. Die privaten wie die politischen Verhältnisse werden zuweilen bis an die Schmerzgrenze durchleuchtet. Seine entwaflnendste Feststellung lautet: „Wer war damals schon vernünftig!“ (S. 127) Und wenn es etwa darum geht, seine Beteiligung an einer Aktion der Berliner Kommunarden wie der Parodie auf die Beerdigung des einstigen Reichspräsidenten Paul Löbe zu schildern, dann bleibt er unpräzise genug, um sich nicht vollends in Verlegenheit zu bringen. Und wenn er seine Beziehungen zu den Gründungsfiguren der RAF schildert, dann bleibt er die Antwort auf die Frage schuldig, was ihn 1971 eigentlich dazu gebracht hat, einer per Kassiber überbrachten Aufforderung Ulrike Meinhofs Folge zu leisten und sich mit der Führungscrew ihrer Gruppe in einer konspirativen Wohnung zu treffen, um dort „Tagesbefehle“ entgegenzunehmen. Weil er dazu nicht bereit war, fährt er fort, habe das schließlich dazu geführt, dass er „einstimmig zum Feigling erklärt“ (S. 229 f.) worden sei. War er damit ausgeschlossen, bevor er überhaupt aufgenommen worden war? Diese und andere Reminiszenzen bleiben unspezifisch genug, als dass sie in dieser Form in der zeithistorischen Forschung eine Rolle spielen könnten.

Enzensberger ist ein Mann, der keine Erfahrungen im eigentlichen Sinne des Wortes gemacht hat, vielleicht auch keine machen konnte und sich deshalb damit mehr oder weniger zufrieden gibt, Erlebnisse zu schildern. Dabei spielt das Umherreisen, das Springen von Land zu Land sowie das Pendeln zwischen den Kontinenten, eine große Rolle. Seine „Reise um die Welt“, zitiert Enzensberger zustimmend den Holocaust-Überlebenden und ungarischen Literatur-Nobelpreisträger Imre Kertész, sei „sinnlos, anstrengend, aber schön“ (S. 238) gewesen. Wenn es sich dabei jedoch um eine Fluchtbewegung gehandelt haben sollte, dann könnten diese Unternehmungen dennoch Sinn gehabt haben. „Ich hatte mir angewöhnt“, räumt er jedenfalls ein, „meine Probleme mit Hilfe der Geographie zu lösen“ (S. 117). Die Kontingenz dürfte dabei ein bestimmendes Merkmal gewesen sein. Alles scheint mehr oder weniger zufällig geschehen zu sein und damit – wie Spinoza einst mit der Metapher „*asylum ignorantiae*“ den Zufall definiert hat – der Versuch, der Unwissenheit ein Asyl zu bieten.

Ganz am Ende flackert etwas vom vielbeschworenen Hegel'schen Weltgeist auf, der dem „Tumult“ offenbar ein wenig Sinn vermitteln soll: Die Bundesrepublik sei, so heißt es, in der Folge „immer bewohnbarer“ geworden. Niemand habe mehr die Hacken zusammengeschlagen oder einen Diener gemacht; auf diese Weise seien „lässige Verkehrsformen“ (S. 243) durchgesetzt worden. Ja, die APO, schreibt Enzensberger in der einst so verbreiteten dialektischen Manier, habe der Sozialdemo-

kratie in Deutschland schließlich sogar zum Sieg verholfen. Die „Systemopposition“ sei – so die marxistisch anmutende Gedankenfigur – hinter dem Rücken der Akteure zum „Relais der Modernisierung“ geworden (S. 269). Dabei handelt es sich allerdings um eine Einsicht, die in der zeitgeschichtlichen Erforschung der 1960er Jahre mittlerweile eher zum Mainstream gehört.

„Engagierte Demokraten“

Von Axel Schildt

Sean A. Forner, *German Intellectuals and the Challenge of Democratic Renewal. Culture and Politics after 1945*, Cambridge 2014 (*Cambridge University Press*), 383 S.

Die deutsche Intellektuellengeschichte wird bestimmt von Narrativen einer weitgehenden Kontinuität, die deutlich machen, dass sich nach einer kurzen Unterbrechung vieler Karrieren 1945 die Liste der tonangebenden Publizisten und Schriftsteller in der Bundesrepublik, aber auch in der DDR, liest wie das intellektuelle Who's Who der Zwischenkriegszeit. Erst die „Forty-Fivers“ (Dirk Moses), jene Generation der um 1930 Geborenen, der sich mit dem Ende des NS-Regimes und des Krieges neue geistige Horizonte öffneten und die am Ausgang des Wiederaufbaus der Ära Adenauer allmählich in Schlüsselpositionen des Kulturbetriebs einrückte, habe in Westdeutschland eine liberale Pluralisierung und Öffnung zur westlichen Welt bewirkt, bevor sie selbst von der radikalen Bewegung um 1968 herausgefordert wurde; in Ostdeutschland seien kritische Intellektuelle mit der Stabilisierung der SED-Diktatur, spätestens Mitte der 1950er Jahre, ohnehin zur Flucht in die Bundesrepublik getrieben worden.

Die Zeit der alliierten Besatzung spielt in diesem gängigen Deutungsrahmen keine tragende Rolle, sie gilt als kurze und intensive Phase intellektueller Produktivität, die zwar zahllose Texte hervorbrachte, in denen über die katastrophale deutsche Geschichte nachgedacht wurde und Pläne für eine bessere europäische Zukunft kursierten. Der kulturelle Frühling sei aber nach dem Ausbruch des Kalten Krieges und der Gründung der beiden deutschen Teilstaaten vorbei gewesen, im Osten durch die diktatorische Reglementierung der Öffentlichkeit, im Westen durch die Mechanismen des Marktes und die Wiederherstellung der gewohnten Trennung von politischer Macht und ohnmächtiger Kritik. Tatsächlich hatten sich die großen Hoffnungen vieler Intellektueller auf einen radikalen Neubeginn nach dem Zweiten Weltkrieg als Illusionen erwiesen, der Enttäuschungsbegriff der „Restauration“ machte um 1950 die Runde.

Sean A. Forner, ein an der Michigan State University lehrender Historiker, wechselt die Perspektive, indem er die Offenheit der Nachkriegssituation für die intellektuellen Debatten betont, sie also nicht bereits vom Punkt ihres Abbruchs als abgeschlossene Episode, sondern als nachhaltig wirksame geistige Konstellation auffasst. Auf einer beeindruckend breiten Basis der Recherche in den Nachlässen wichtiger Akteure, die deutsche und anglophone Intellektuellenforschung dabei souverän überblickend, unterzieht der Verfasser die zeitgenössischen Texte, vor allem in politisch-kulturellen Zeitschriften, vom *Ruf* bis zur *Wandlung*, einer gründlichen Re-Lektüre.

Dabei wird eine Konvergenz der Argumente und zugleich ein lockeres Netzwerk von „engagierten Demokraten“ – dieser Begriff begegnet dem Leser auf fast jeder Seite – sichtbar. Wer gehörte zu diesem Netzwerk? Folgt man der Häufigkeit der Nennungen im Personenregister, zählten dazu in den Westzonen die Häupter der Kritischen Theorie Theodor W. Adorno und Max Horkheimer, die Heidelberger Professoren Alexander Mitscherlich, Karl Jaspers, Dolf Sternberger und Alfred Weber, die Gründer der Gruppe 47 Alfred Andersch und Hans Werner Richter, die Linkskatholiken Walter Dirks und Eugen Kogon, der Verleger Ernst Rowohlt und der Hamburger Publizist Axel Eggebrecht; für die SBZ werden genannt Wolfgang Abendroth, der 1948 in den Westen wechselte, der Philosoph Ernst Bloch, Bertolt Brecht, Alfred Kantorowicz, Hans Mayer, Stephan Hermlin, der blutjunge Wolfgang Harich und der ungarische Marxist Georg Lukács, der mit seinen Werken in der SBZ und DDR – bis 1956 – höchst präsent war. Forner betont, dass es sich hierbei um ein lockeres Netzwerk handelte, nicht um eine homogene Gruppe von gemeinsam strategisch handelnden Akteuren. Dieses alle Besatzungszonen überspannende Netzwerk wird nicht generationell bestimmt und schließt ein breites biographisches Spektrum ein, von Remigranten aus dem sowjetischen und US-Exil bis zur „inneren Emigration“ des Dritten Reiches und jungen Kriegsgefangenen, politisch vom gemäßigten konservativen Milieu bis zum kommunistischen Intellektuellen reichend. Die Gemeinsamkeit wird vielmehr hergestellt durch die Unabhängigkeit der Positionen, die auf ein – wie unterschiedlich auch immer ausgeformtes – demokratisches Gemeinwesen in einem einigen, neutralen Deutschland abzielten, das wiederum in ein unabhängiges Europa eingebettet werden sollte.

Im ersten von acht Kapiteln werden die Beziehungen von Angehörigen des Netzwerks zu wichtigen Ansprechpartnern innerhalb der alliierten Verwaltungen skizziert. Forner sucht dafür lokale Szenen auf, ob in Berlin, Frankfurt am Main, Heidelberg oder München. Die Lizenzierung der *Wandlung*, der *Frankfurter Hefte* und von *Ost und West* und der *Weltbühne*, das Feuilleton der US-amerikanischen *Neuen Zeitung* und der in Ost-Berlin initiierte, aber bald über ganz Deutschland verbreitete „Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“ zeigen die politische Breite eines von den Alliierten gemeinsam geförderten politischen Neuanfangs.

Das zweite Kapitel zeichnet die Diskussionen um Demokratie, Freiheit und Ordnung nach, deren Referenzgrößen in der deutschen klassischen Philosophie – Kant und Hegel, auch der „junge“ Marx – gesucht wurden. Forner umreißt dafür exemplarisch die Positionen des liberalen, später konservativ argumentierenden Dolf Sternberger, des Linkskatholiken Walter Dirks und des eschatologisch gestimmten Marxisten Ernst Bloch. Den Leser überzeugt dabei allerdings eher die Gemeinsamkeit des Nachdenkens über das große Thema des Verhältnisses von Demokratie und Ordnung, weniger die Konstruktion einer Gemeinsamkeit als „engagierte Demokraten“; an einigen Stellen wird diese von Forner selbst relativiert.

Bekanntlich war die Nachkriegszeit geprägt von einer besonderen Kulturemphase, der Vorstellung, nur eine Besinnung auf die unzerstörbare, auch von den Nationalsozialisten nicht zerstörte kulturelle Klassik könne Deutschland aus dem Elend

erlösen. Forner erwähnt das prominente Beispiel des greisen Historikers Friedrich Meinecke, der die Sammlung in Goethe-Gemeinden empfahl, und skizziert in seinem dritten Kapitel die Debatten um das kulturelle Erbe, etwa am Beispiel der erbitterten Frankfurter Auseinandersetzungen um den Wieder- bzw. Neuaufbau des zerstörten Goethe-Hauses.

Im vierten Kapitel, der Mitte seiner Studie, beschreibt Forner Ansätze der Organisation der Intellektuellen, von der Heidelberger „Aktionsgruppe für Demokratie und Freien Sozialismus“ sowie der „Deutschen Wählergemeinschaft“ bis zu dem Versuch Wolfgang Harichs, eine nach außen hin überparteiliche Plattform um die Zeitschrift *Weltbühne* zu schaffen und dem Programm einer christlichen Arbeiterpartei, das Walter Dirks und Eugen Kogon der Frankfurter CDU vergeblich andienten. Den Schlusspunkt setzen die drei Treffen, zu denen Werner von Trott zu Solz auf sein Gut im hessischen Imshausen Intellektuelle aus Ost und West im Herbst 1947 und Frühjahr 1948 einlud. Hier war bereits der Einfluss des Kalten Krieges in den Debatten – etwa zwischen Ernst Niekisch und Alfred Kantorowicz auf der einen und Eugen Kogon auf der anderen Seite – maßgeblich. Der Dezisionismus des Kalten Krieges zerstörte die Gemeinsamkeit selbst der nonkonformistischen Intellektuellen.

Dies wird auch deutlich an Aufstieg und Ende des „Kulturbundes“, seines Verbots im Westen und der Zerstörung seines pluralistischen Zuschnitts im Osten, ebenso wie am Eklat auf dem Berliner Schriftstellerkongress im Oktober 1947, als der junge amerikanische Journalist Melvin J. Lasky die geistige Unfreiheit in der Sowjetunion anprangerte; drei Jahre später organisierte er im Rahmen der „Operation Talk Beach“ den West-Berliner „Kongress für Kulturelle Freiheit“.

Forner schließt seine Darstellung nicht mit dem Ende des Netzwerks der „engagierten Demokraten“ infolge des Kalten Krieges und der deutschen Zweistaatlichkeit ab, sondern fragt in zwei Kapiteln, sozusagen in einem langen Ausblick, nach dem Verbleib der betrachteten Intellektuellen in der DDR und der Bundesrepublik. Er betont den Zwang zur Entscheidung, entweder für Ostdeutschland mit dem Argument zu optieren, der Bonner Staat sei eine Heimstatt „alter Nazis“, während die sozialistische DDR zwar arm sei, aber das bessere Deutschland repräsentiere, oder für Westdeutschland einzutreten gegen die Diktatur des SED-Regimes, das Ähnlichkeiten mit dem Dritten Reich aufweise oder sogar noch schlimmer herrsche. Die intellektuelle Dissidenz in der Frühzeit der DDR wird grosso modo zutreffend skizziert, ebenso die tiefe Zäsur 1956/57, als die zaghafte Opposition von Intellektuellen, etwa im Aufbau-Verlag, zerschlagen wurde. Allerdings wundert man sich doch, Hermann Budzislowski oder Gerhart Eisler unter die „engagierten Demokraten“ gereicht zu sehen, ebenso wie Wolfgang Harich – dessen ungünstige Charakterisierung durch Walter Janka wird nicht erwähnt. In der Bundesrepublik verfolgt Forner den Weg der „nonconformists“ (S. 279) durch die 1950er Jahre, die sie als Zeit der „Restauration“ empfanden. Erwähnt wird das Engagement gegen die schamlose Integration ehemaliger Nationalsozialisten im Rahmen der sogenannten 131er-Gesetzgebung, gegen die Wiederaufrüstung und die geheimen Pläne zur atomaren Bewaffnung der Bun-

deswehr, eingebettet in technikskeptizistische und kulturpessimistische Ideologien einer gesellschaftlichen „Gesamtverapperatur“ (Alfred Weber).

Im Schlusskapitel betont Forner die Wirkung der intellektuellen Debatten der Nachkriegszeit in den historischen Zäsuren von 1968 und 1989. Damit wird ein wichtiges Problem der intellektuellengeschichtlichen Forschung angesprochen. Die Ideen des Kulturfrühlings nach 1945 waren tatsächlich unabgeholten; nach dem materiellen Wiederaufbau, der Stabilisierung des „Provisoriums“ Bundesrepublik und der Entdramatisierung des Kalten Krieges tauchten sie wieder auf. Dabei ging es nicht nur um direkte Lehrer-Schüler-Verhältnisse, sondern zugleich auch um sehr viel komplexere und längst noch nicht zureichend aufgedeckte Rezeptionswege, die zudem in starkem Maße die linken Theorietraditionen der Zwischenkriegszeit aufnahmen. Im Bemühen, die Intellektuellenszene vor 1968 differenziert zu profilieren, kommt Forner in seiner Skizze allerdings bisweilen zu fragwürdigen Einteilungen, wenn etwa neben Günter Grass Heinrich Böll als Parteigänger der Sozialdemokratie verortet oder neben Hans Magnus Enzensberger auch Fritz J. Raddatz zur Neuen Linken gezählt wird (S. 324). Rudi Dutschkes deutschlandpolitische Programmkomponenten in die Tradition der Nachkriegsdiskussion zu stellen, ist ähnlich gewagt. Noch lockerer, dies betont Forner selbst, war der Bezug der Massenbewegung der DDR vom Herbst 1989 zu den vier Jahrzehnte zurückliegenden intellektuellen Diskussionen.

Die Studie von Forner bietet, ungeachtet einiger Schematismen einer Konstruktion „engagierter Demokraten“, sehr anregende Perspektiven auf die deutsche Intellektuellengeschichte. Das von ihm betrachtete Spektrum von Publizisten, Schriftstellern und Professoren wäre freilich hinsichtlich der inneren Differenzen noch genauer zu untersuchen und dann in Beziehung zu setzen zu jenen einflussreichen Intellektuellen, die nach 1945 zunächst im Hintergrund standen, aber in den formativen Jahren der Bundesrepublik bald den Ton angaben: Hans Freyer, Arnold Gehlen, Hans Zehrer, Helmut Schelsky und viele andere konservative Ideologen, die bei Forner nicht vorkommen. Wer seine inspirierende Studie als nützlichen Baustein für eine umfassende, noch ausstehende Geschichte der Intellektuellen in der Nachkriegszeit liest, hat sie wohl richtig verstanden und wird großen Gewinn aus dieser profunden Forschungsleistung ziehen.

Staatstheorie eines katholisch-sozialdemokratisch-liberalen Etatisten

Von Robert Chr. van Ooyen

Hermann-Josef Große Kracht/Klaus Große Kracht (Hrsg.), Religion – Recht – Politik. Studien zu Ernst-Wolfgang Böckenförde, Paderborn 2014 (*Ferdinand Schöningh*), 207 S.

Schmitt-Schüler, Sozialdemokrat und überzeugter Katholik – das sind die Assoziationen, die sich beim früheren Verfassungsrichter Ernst-Wolfgang Böckenförde sofort einstellen, der einer breiteren Öffentlichkeit wohl schon aufgrund seiner zuletzt viel beachteten Intervention zur Problematik der Abwägbarkeit der Menschenwürde im Feuilleton der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* bekannt ist. Die Zuschreibungen stehen nicht nur für eine gewisse Dialektik – die ja Personen überhaupt erst interessant macht –, sondern künden auch direkt von einem (rechts-)politischen Programm, das vertreten wird. Zwei Sammelbände¹ setzten sich nun ausführlich mit Böckenförde auseinander. Beide überraschen zwar insgesamt nicht mit ganz neuen Einsichten gegenüber den bisher verstreut und vereinzelt publizierten Arbeiten², bergen aber interessante Details und Gedankengänge, bringen Vergessenes wieder zum Vorschein und führen zentrale Werk- und biographische Aspekte zusammen, so dass künftige Forschungen zu diesem einflussreichen Staatstheoretiker und Verfassungsrichter an den hiermit erreichten, gebündelten Stand gut anknüpfen können.

Das von Hermann-Josef und Klaus Große Kracht edierte Buch ist das Ergebnis eines interdisziplinären Symposiums mit Böckenförde anlässlich seines 80. Geburtstags in Münster. Das erklärt vielleicht auch, warum einige Aufsätze etwas „unkritisch“ den Jubilar feiern. Hiervon abgesehen werden Phasen der politischen Kultur der alten Bonner Republik wieder lebendig, in denen intellektuelle Zirkel politischen Einfluss hatten (Klaus Große Kracht). Mit Blick auf Böckenförde bezieht sich das

1 Mit einbezogen wurde: Reinhard Mehring/Martin Otto (Hrsg.), Voraussetzungen und Garantien des Staates. Ernst-Wolfgang Böckenfördes Staatsverständnis, Baden-Baden 2014.

2 Vgl. etwa Reinhard Mehring, Zu den neu gesammelten Schriften und Studien von Ernst-Wolfgang Böckenförde; in: Archiv des öffentlichen Rechts 117 (1992), S. 449-473; Norbert Manterfeld, Die Grenzen der Verfassung. Möglichkeiten limitierender Verfassungstheorie des Grundgesetzes am Beispiel von E.-W. Böckenförde, Berlin 2000; Jürgen Gebhardt, Das politisch-kulturelle Dispositiv des Verfassungsstaats. Zur Kritik des Böckenförde-Theorems; in: Werner J. Patzelt u. a. (Hrsg.), Res publica semper reformanda. Wissenschaft und politische Bildung im Dienste des Gemeinwohls. Festschrift für Heinrich Oberreuter zum 65. Geburtstag, Wiesbaden 2007, S. 114-122; Robert Chr. van Ooyen, „Staatliche Volksdemokratie“. Implikationen der Schmitt-Rezeption bei Ernst-Wolfgang Böckenförde, in: Ders., Politik und Verfassung, Wiesbaden 2006, S. 64-76; Dieter Gosewinkel, Biographisches Interview, in: Ernst-Wolfgang Böckenförde/ders., Wissenschaft, Politik, Verfassungsgericht. Aufsätze von Ernst-Wolfgang Böckenförde, Frankfurt a.M. 2011, S. 307-492.

zum einen auf seine Bedeutung als Vertreter des „Linkskatholizismus“ für die innerkirchliche Debatte um Naturrecht, demokratieskeptischen Autoritarismus sowie „Geschichtsaufarbeitung“ (Mark E. Ruff). Andererseits wird auch seine harte kapitalismuskritische Position deutlich: von der „Forsthoff-Kontroverse“ um die These konservativer Staatsrechtler einer Unvereinbarkeit von Rechts- und Sozialstaat bis zur aktuellen Bankenkrise (Hermann-Josef Große Kracht). Schließlich arbeitet Christoph Schönberger kritisch die Tätigkeit des Verfassungsrichters als „Indian Summer eines liberalen Etatisten“ heraus: den Einfluss des Streits zwischen der Smend- und der Schmitt-Schule um die materiell weit ausgreifende Grundrechtsinterpretation („Wertordnung“), die Entscheidung zum „Asylkompromiss“, vor allem aber zum zweiten Abtreibungsurteil – denn hier auf einmal hatte „Böckenförde nichts gegen den sonst so übel beleumdeten „Jurisdiktionsstaat““ (S. 131). Den größten Einfluss aber sieht auch Schönberger zu Recht beim Demokratieprinzip. Die grundlegenden Urteile zur Verfassungswidrigkeit des Ausländerwahlrechts, zu den Schranken der Mitbestimmung in der Verwaltung und zur europäischen Integration („Maastricht“) seien maßgeblich durch seine etatistische Demokratietheorie einer „hierarchisch gegliederten Staatlichkeit“ (S. 133) geprägt. Diese, so lässt sich ergänzen, ist nicht frei von problematischen Schmittschen Einflüssen und bis heute in der Rechtsprechung wirkmächtig geblieben. Und so ist es Böckenfördes großes Verdienst gewesen, das „rechtsstaatslastige“ Bundesverfassungsgericht überhaupt für das Thema „Demokratietheorie“ zu sensibilisieren – leider jedoch für die „falsche“.

Anlässlich der aktuellen „Kopftuch-Entscheidung“ ist ein weiterer Beitrag von Große Kracht hervorzuheben, in dem die Rezeption des „Böckenförde-Theorems“ herausgearbeitet wird: dass der liberal-säkulare Verfassungsstaat von Voraussetzungen lebe, die er selbst nicht garantieren könne – dies habe Böckenförde ja Anfang der 1960er Jahre als Kritik am „zutiefst säkularitäts- und demokratieskeptische[n] Milieu des bundesdeutschen Katholizismus“ formuliert, und zwar als „freiheitsrechtlicher Stachel“ (S. 156). Danach sei der Staat nicht Tugendwächter, sondern „bloß“ Verfahrens- und Institutionen-, also demokratischer Gesetzesstaat, der in seiner Befolgung Freiheit sicherte (natürlich auch die der Religion), dagegen Werte und absolute Gerechtigkeitsansprüche dem gesellschaftlichen Diskurs sowie den politischen Gruppen zuweise – ein Verfassungsverständnis, das in seiner pluralistischen Liberalität schon fast zu sehr an die Staatstheorie des großen positivistischen Rechtstheoretikers, Demokraten und den „Schmittianern“ verhassten Hans Kelsen erinnert, um wahr zu sein. Im ursprünglichen Kontext jedenfalls, so Große Kracht, beinhalte das Theorem daher eine Zurückweisung religiöser Einflüsse im Sinne der Trennung von Kirche und Staat. Und so sei es noch in den 1970er Jahren während der „Grundwertedebatte“ um die sozialliberale Reform des Straf-, Ehe- und Familienrechts (u. a. § 218) gerade von den konservativen Katholiken kritisiert und umgekehrt etwa von Helmut Schmidt gegen die Vorwürfe der Bischöfe im Vorfeld der Bundestagswahl 1976 verwendet worden. Mit seiner These distanzierte sich Böckenförde aber zugleich „radikalliberal“ von der auch sogar seitens SPD-Regierungen durchgeführten und vom Verfassungsgericht abgesegneten Regelung des „Radikalenerlasses“ – eben

weil der Staat nicht Gesinnungsstaat sei und daher nur das Handeln seiner Beamten bewerten dürfe. Erst in der Berliner Republik und angesichts der „Rückkehr“ der Religionen habe sich die Rezeption dann in ihr „Gegenteil“ verkehrt: Beim Streit um Einwanderung und Leitkultur, Kruzifix und Kopftuch sei die Formel in konservativen Plädoyers für die Stärkung der vorpolitischen, religiösen Grundlagen durch den Einfluss der christlichen (!) Kirchen auf den Staat benutzt worden; dies bis in die Reihen prominenter Verfassungsrichter hinein (u. a. Paul Kirchhof, Udo Di Fabio). Böckenförde habe sich zwar von solchen Missverständnissen oder Instrumentalisierungen distanziert, indem er die Offenheit seines Konzepts im Sinne der (fördern- den) Gleichbehandlung aller Religionen betonte. Hieran anknüpfend verweist Christian Walter mit Blick auf das erste „Kopftuchurteil“ auf die Anschlussfähigkeit des „Böckenförde-Diktum[s]“ für „die Herausforderungen eines modernen Religionsverfassungsrechts“ (S. 186) und fragt, „ob wir nicht heute einen muslimischen Intellektuellen vom Format Böckenfördes bräuchten, der [...] bei seinen Glaubensgenossen werbend für diesen säkularen Staat eintritt, wie dieser es bei den Katholiken in den 1960er Jahren getan hat“ (S. 194). Wohl wahr – setzte aber zu Ende gedacht zugleich voraus, dass man dann „Moslems“ mit derselben Selbstverständlichkeit zu Verfassungsrichtern wählt wie „Katholiken“. Von einem solchen politisch-symbolisch bedeutsamen Akt scheinen die parlamentarischen Gremien aber noch weit entfernt und vergleichbare historische Erfahrungen des US-Supreme Courts bei der Wahl des ersten jüdischen bzw. afro-amerikanischen Richters – oder auch nur der ersten Richterin – stimmen nicht gerade optimistisch. Dass Böckenförde missverständlich geblieben ist, daran sei er selbst – so wiederum Große Kracht – nicht uneteiligt gewesen, zumal er an dem durch Schmitt kontaminierten Begriff der „Homogenität“ des Volkes festgehalten habe (der dann in die „Kein-Demos-These“ des europaskeptischen Masstricht-Urteils einging). Bleibt hier insgesamt noch zu ergänzen: Auch das „Theorem“ ist „nur“ eine Variation des Schmittschen Diktums, dass der Begriff des Staates den des Politischen voraussetze und der Begriff des Politischen wiederum den einer politischen Theologie – freilich nicht im Sinne einer totalitären „Freund-Feind-Entscheidung“, sondern mit den Worten Hermann Lübbes ausgedrückt: „liberal rezipiert“.

Die politische Theologie ist auch nach Böckenförde selbst der Schlüssel zum Schmittschen Werk. Schmitt-Kenner und -biograph Reinhard Mehring geht daher in dem von ihm und Martin Otto herausgegebenen Band deren Bedeutung für beide vergleichend auf den Grund: Im Unterschied zu anderen, auch im Bereich des Staatskirchenrechts arbeitenden Schmitt-Schülern habe Böckenförde eine „Rückwendung zur ‚Politischen Theologie‘“ (S. 99) vollzogen und sich wie dieser selbst kaum mit konkreten staatskirchenrechtlichen Fragen befasst. Für den Katholiken Schmitt aber sei der Dualismus von Staat und Kirche noch unvereinbar gewesen und, weil er seit seinem Frühwerk in einem „religiösen und apokalyptischen Individualismus“ seine „Politische Theologie“ von der Kirche entkoppeln (konnte)“ (S. 96), schließlich dezisionistisch mit Thomas Hobbes gegen Rom zugunsten der Souveränität des Staates entschieden worden. Böckenförde hingegen habe mit seiner

Kirche und Staat ausgleichenden Position, die eine grundsätzliche Bestätigung durch die „Religionsfreiheit“ im II. Vatikanischen Konzils erfuhr (hierzu im Band: Stefan Gerber), Katholik *im* Staat sein können: „Wo der politische Katholizismus [...] durch den säkularisierten Staat depotenziert wurde, ein Prozess, den Böckenförde theologisch unbedingt bejaht, wechselt [...] der engagierte Katholik aus der Kirche in den Staat: nicht als katholisches ‚U-Boot‘ [...], sondern mit hohem Bewusstsein vom Ethos der Eigenart der säkularen Friedensordnung des staatlichen Rechts. Böckenförde wurde gerade um des kirchlichen Auftrags zum politischen Handeln willen zu einem kardinalen Verfassungsjuristen und Verfassungsrichter“ (S. 104). Also: den Schmitt liberal gewendet.

Insgesamt werden in diesem Band die theoretischen Positionen und Abgrenzungen Böckenfördes in den Bereichen politische Theologie, Demokratie und Verfassungslehre stärker akzentuiert; dafür steht auch sein Erscheinen in der auf „Theorie“ ausgelegten, von Rüdiger Voigt initiierten und renommierten Reihe *Staatsverständnisse*. Stefan Koriath bestimmt kurz Böckenfördes Rolle bei der Gründung der Zeitschrift *Der Staat*, die im erbitterten Schulenstreit ursprünglich als Konkurrenz zum *Archiv des öffentlichen Rechts* gegründet wurde, um den Schmitt-Schülern eine Publikationsplattform zu bieten. Drei Beiträge setzen sich dann direkt und ausführlich mit der Staats- und Demokratietheorie auseinander – zwei davon eher apologetisch, einer dagegen sehr kritisch: Michael Brenner würdigt ausgehend von der (inzwischen als Klassiker des Staatsorganisationsrechts geltenden) Habilitationsschrift Böckenfördes Lehre von der Organisationgewalt der Regierung und seinen Begriff des Staats „als sittlich verpflichtete Organisationseinheit“ (S. 117). Dirk Lüddecke verteidigt die Demokratietheorie als freiheitlich gegen Kritiker, die in Böckenförde einen Etatisten sehen, dessen Begriff der „Homogenität“ des „Volkes“ eine zu große Affinität zu Schmitt (und insgesamt mit diesem auch zum Identitäts- und Souveränitätskonzept von Jean-Jacques Rousseau bzw. Georg Wilhelm Friedrich Hegel) aufweise. Demgegenüber sieht Helmut Goerlich eine Abschwächung solcher antipluralistischen Vorstellungen des hegelianischen „Volksgeistes“ und verfassungstheoretischer Auffassungen, in denen die verfassungsgebende Gewalt des Volkes als *prima causa*, „ex nihilo“ (S. 205) schöpferisch und sich selbst erschaffend, wie ein irdischer Gott tätig wird, bei Böckenförde wenn überhaupt erst im Laufe und Wandel der Zeiten gegeben. Das angloamerikanische Verfassungsverständnis von „government“ und seiner schon in den *Federalist Papers* zur Ausdruck kommenden „Welt der freien Verbandsbildung als Teil des demokratischen Prozesses“ jedenfalls sei ihm in den 1980er Jahren „außerirdisch“ erschienen, „obwohl [...] seit langem Teil der politikwissenschaftlichen Diskussion diesseits und jenseits des Atlantiks“ (S. 211). Auch das „Theorem“ hält er für völlig überschätzt angesichts der Frage, „ob ein solch säkularisierter Staat überhaupt säkular sein kann“ (S. 208), vielmehr einfach für bewusst bloß „schillernd“ und „verschleiern“ formuliert (S. 214), um für alle Kreise anschlussfähig zu bleiben, denen Böckenförde als Katholik, Schmitt-Schüler und Sozialdemokrat angehörte. Diese zwei völlig unterschiedlichen Beurteilungen der Theorie machen daher hier auch einen erheblichen Teil des Reizes bei der

Lektüre des Buchs aus. Schließlich zeigt FAZ-Redakteur Patrick Bahners in seiner rund 50 Seiten langen Bearbeitung des „Dissenters“ das besondere Spannungsverhältnis bei Böckenförde, der als Richter wegen der von ihm vertretenen Verfassungstheorie zugleich mit der Macht des Gerichts haderte. Denn durch eine uferlose Ausdehnung des Parlamentsvorbehalts („Wesentlichkeitstheorie“) sowie der „Wertordnungs-“ und Abwägungslehre“ im Bereich der Grundrechtstheorie habe es die Exekutive entmachtet und sich auch noch an die Stelle des parlamentarischen Gesetz- und Verfassungsgebers gesetzt – eine Position, fast in der Spur der „Jurisdiktionsstaats-Fundamentalkritik“ von Schmitt und Forsthoff. Böckenfördes Lamento von der Entmachtung der Exekutive, so kann ergänzt werden, bleibt dabei der Staatstheorie der konstitutionellen Monarchie des 19. Jahrhunderts verhaftet. Die Warnung vor dem „entgrenzten Gericht“ (Jestaedt/Lepsius/Möllers/Schönberger) jedoch ist inzwischen wohl Stand der Dinge; denn längst wird ein großes Unbehagen an dieser Entwicklung artikuliert.

Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert

Von Peter Hoeres

Ulrich Herbert, Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München 2014 (C. H. Beck), 1451 S.

Diese deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert ist dreimal so umfangreich wie die anderen Nationalgeschichten der Reihe „Europäische Geschichte im 20. Jahrhundert“. Gleichwohl ist aufschlussreich, welche Deutsche allesamt „nicht“ in diesem Buch vorkommen: Bernhard Wilhelm von Bülow, Gottlieb von Jagow, Alois Mertes und Wilhelm Grewe; Marlene Dietrich, Rainer Werner Fassbinder und Leni Riefenstahl; Gerd Bucerius, Joachim Fest, Werner Höfer, Henri Nannen und Axel Springer; Rudolf Eucken, Hermann Lübke und Ernst von Salomon; Franz Beckenbauer, Hans-Joachim Kulenkampff und Fritz Walter; Dietrich Bonhoeffer, Josef Pieper und Karl Rahner. Der Autor interessiert sich also wenig für internationale Beziehungen, für Philosophie, Religion und Journalismus, für Film und Populärkultur. Das ist schade, sind dies doch alles Felder, die sich einer lebendigen Erforschung erfreuen und deren Relevanz in den letzten Jahren zunehmend unterstrichen wurde. Stattdessen geht es Ulrich Herbert um Innenpolitik und politisches System, wirtschaftliche Dynamik, soziale Schichtung, mentale Veränderungsprozesse und Gewalteskalation. Hiervon werden auch die beiden Narrative der Darstellung bestimmt: Zum einen ist diese durch eine scharfe Zäsur 1945 bestimmt; der Verfasser verzichtet auf eine Relativierung der „Stunde Null“ und stellt lakonisch fest: „So total wie der Krieg war die Niederlage“ (S. 549). Die Scheidung in eine äußerst gewaltsame erste Hälfte und eine von Liberalisierung und sozial abgefedertem Kapitalismus gekennzeichnete zweite wird aber zum anderen überwölbt von einer zweiten Perspektive, die sich auf das Zeitalter der Industriegesellschaft bzw. die „Hochmoderne“, den Zeitraum von 1890 bis 1973/1990, richtet. Nationalsozialismus und Kommunismus versteht Herbert als zum Liberalismus alternative, aber ebenso moderne Antworten auf die Herausforderungen des Industriezeitalters und seiner Dynamik.¹ Über das Ende des 20. Jahrhunderts macht sich Herbert in seinem Schlusskapitel Gedanken, das an Stelle einer Bilanz steht. Er spielt verschiedene Daten, von „9/11“ bis zur Agenda 2010 durch, ohne sich aus der Nahdistanz für eines entscheiden zu wollen.

Entsprechend den Schwerpunkten und Vorlieben des Autors sind auch die Stärken und Schwächen des Bandes verteilt. Den Weg in den Ersten Weltkrieg schildert Herbert nicht auf dem Stand der Forschung zu den internationalen Beziehungen. So be-

1 Eigenartigerweise wird der ähnlich argumentierende, breit erörterte Sammelband von Michael Prinz/Rainer Zitelmann (Hrsg.), Nationalsozialismus und Modernisierung, Darmstadt 1990, von Herbert nicht angeführt.

müht er die überholte These vom deutschen Flottenbau als Ursache des deutsch-britischen Gegensatzes; die Umorientierung der britischen Außenpolitik nimmt er nicht wahr.² Auch die französischen und russischen Kalküle werden nicht hinreichend berücksichtigt, von den serbischen ganz zu schweigen. Herbert zitiert zwar Christopher Clark, lässt sich aber weder auf dessen Interpretation noch auf diejenige wichtiger anderer Werke der neueren Forschung ein.³ Eine Taxierung der Stärke der wieder einmal bemühten, aber ja sehr überschaubaren Gruppe der Alldeutschen im Vergleich zu „radikalnationalistischen“ Organisationen in anderen Ländern unterbleibt. Auch die Passagen zum Ersten Weltkrieg zeugen nicht immer von der Kenntnis neuerer Literatur. Alleine die Lektüre der Synthesen von Herfried Münkler und Jörg Friedrich hätten Herbert vor der lapidaren These bewahrt, Vermutungen über bewaffnete belgische Zivilisten hätten sich im Nachhinein „nahezu durchgängig als falsch“ (S. 119) erwiesen.⁴ Der Kulturkrieg als Kampf der Zivilisation gegen die Barbarei wurde im Übrigen bereits vor den „German Atrocities“ von Henri Bergson und englischen Intellektuellen eröffnet. Letztlich verfällt der Autor in den Weltkriegskapiteln in jenen „engen nationalen Blickwinkel“ (S. 774 f.), aus dem laut Herbert ausgerechnet Fritz Fischer herausgeführt habe – jener Historiker also, der die Weltkriegsforschung mit seinem methodischen und negativen Nationalismus jahrzehntelang blockiert hat! Schiefer geht es nicht.

In den folgenden Kapiteln zur Weimarer Republik und zum Nationalsozialismus kennt Herbert sich erwartungsgemäß besser aus. Insbesondere die etappenweise Eskalation der Judenverfolgung hin zu ihrer Ermordung schildert er plausibel. Einer intentionalistischen Deutung im Sinne einer lang herrührenden Planung des Holocaust erteilt der Autor eine klare Absage. Diese Interpretation verkenne, „dass das Ausmaß eines so gigantischen Völkermordes in den Jahren 1933, 1937 oder auch noch 1939 für die deutsche Führung gar nicht vorstellbar war, ebenso wie man im Sommer 1939 nicht einmal zu denken wagte, dass nur ein Jahr später drei Viertel des Kontinents unter deutscher Herrschaft stehen und damit auch fast vier Millionen Juden im deutschen Machtbereich leben würden“ (S. 467). Lesenswert und anregend, aber eher tentativ sind Herberts Überlegungen zum (Nicht-)Wissen der Deutschen um den Judenmord und zu den ganz unterschiedlichen Schicksalen der Zwangsarbeiter. Eindringlich sind die Passagen zu den Massenvergewaltigungen, Morden und zur Vertreibung der Deutschen im Osten Europas.

2 Vgl. Andreas Rose, *Zwischen Empire und Kontinent – Zur Transformation britischer Außen- und Sicherheitspolitik im Vorfeld des Ersten Weltkrieges*, München 2011; Dominik Geppert/Andreas Rose, *Machtpolitik und Flottenbau vor 1914. Zur Neuinterpretation britischer Außenpolitik im Zeitalter des Hochimperialismus*, in: *Historische Zeitschrift* 293 (2011), S. 401-437.

3 Gar nicht zur Kenntnis genommen wurden von Herbert unter anderem: Sean McMeekin, *The Russian Origins of the First World War*, Cambridge 2011; Stephen Schröder, *Die englisch-russische Marinekonvention. Das Deutsche Reich und die Flottenverhandlungen der Tripelentente am Vorabend des Ersten Weltkriegs*, Göttingen 2006; Stefan Schmidt, *Frankreichs Außenpolitik in der Julikrise 1914. Ein Beitrag zur Geschichte des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges*, München 2009.

4 Siehe Herfried Münkler, *Der Große Krieg. Die Welt 1914 bis 1918*, Berlin 2013, S. 117-123; Jörg Friedrich, *14/18. Der Weg nach Versailles*, Berlin 2014, S. 515-541.

Die Bundesrepublik Deutschland sieht Herbert wegen der Reintegration von NS-Eliten und NS-Tätern von einem „Kainsmal“ (S. 667) gezeichnet, ohne jedoch ernsthafte Alternativen zur Praxis der 1950er Jahre aufzeigen zu können. Die intensive Beschäftigung mit der NS-Vergangenheit seit den späten 1950er Jahren, die Herbert selbst beschreibt, zeigt zudem eher eine Ausnahmestellung der Bundesrepublik hinsichtlich der selbstkritischen „Aufarbeitung“, wenn man diese im postdiktatorialen Vergleich perspektiviert. Ein anderes „Kainsmal“ der Bundesrepublik, das von der punktuellen Außerkraftsetzung von Demokratie und Parlamentarismus mittels Stimmenkauf beim gescheiterten konstruktiven Misstrauensvotum gegen Willy Brandt 1972 kündigt, relativiert Herbert dagegen wolkig. Klar ist, dass der Unionsabgeordnete Julius Steiner mit 50.000 DM von der Stasi gekauft wurde. Ferner hat SPD-Geschäftsführer Karl Wienand zu Steiner vor der Abstimmung Kontakt aufgenommen, und Steiner sagte vor dem Untersuchungsausschuss des Bundestages aus, von Wienand 50.000 DM erhalten zu haben. Wehner machte später ebenfalls Andeutungen in diese Richtung. Wienand wurde nach der „Wende“ Spionage für die Staatssicherheit gerichtsfest nachgewiesen.⁵ Von alledem ist bei Herbert nichts zu finden.

Wie viele ältere Großordinarien entscheidet Herbert dagegen gerne ex post Debatten, die er selbst noch mitgeführt oder zumindest miterlebt hat, ob „Historikerstreit“, Goldhagen-Kontroverse oder den Streit um die Wehrmachtsausstellung. Bei anderen Kombattanten fällt der Rückblick naturgemäß ganz anders aus. Konsensfähig ist dagegen Herberts Feststellung, dass nach den großen NS-Debatten weitere Enthüllungen kaum Skandalisierungspotenzial mehr enthielten: „Man hielt nun alles für möglich und sogar für wahrscheinlich, so dass nun unter Beweiszwang stand, wer daran zweifelte“ (S. 1201).

Für andere politische Debatten übernimmt Herbert mitunter zeitgenössische Kampfbegriffe wie „Asylkampagne“, ohne deren polemischen Sinn zu re- oder dekonstruieren. Die gravierenden Konsequenzen, die sich aus dem vielfach unkontrollierten Zustrom von Gastarbeitern, Asylbewerbern, Kriegsflüchtlings und Armuts-migranten für die deutsche Gesellschaft ergeben und diese nachhaltig verändert haben, bleiben bei Herbert jenseits des Zahlenmaterials eigenartig unterbelichtet. Auch hier zeigt sich: Herbert unterschätzt die Religion, in diesem Fall den nach Deutschland importierten Islam, als Grundkraft der Gesellschaft. Warum das rot-grüne Ausländergesetz „die komplizierte [...] und durchaus nicht harmonische [...] Wirklichkeit der Einwanderung in Deutschland“ (S. 1179) entschärft haben soll, bleibt vollends unklar. Herbert geißelt den staatlichen Antikommunismus bis hin zu den „Berufsverboten“, unterlässt aber den naheliegenden Vergleich zum ebenfalls nicht an rechtsstaatlichen Grundsätzen orientierten pauschalen „Kampf gegen Rechts“, der sich zudem auf einen (bisweilen gewalttätigen) Linksextremismus in Gestalt der so-

5 Vgl. dazu Peter Hoeres, Außenpolitik und Öffentlichkeit. Massenmedien, Meinungsforschung und Arkanpolitik in den deutsch-amerikanischen Beziehungen von Erhard bis Brandt, München 2013, S. 456.

genannten „Antifa“ stützt.⁶ Herbert gelingt es hier nicht, über seinen politischen Schatten zu springen, so dass er analytisches Potenzial verschenkt.

Schwach sind bei der Behandlung der Nachkriegszeit wieder die Kapitel zur Außen- und Sicherheitspolitik. Dass Herbert Marschflugkörper als Raketen bezeichnet, ist symptomatisch. Die „flexible response“ war alles andere als eine Abkehr der USA von der Option eines nuklearen Ersteinsatzes nach einem konventionellen Angriff. Gänzlich neu ist die These, dass die „Mittelstreckenraketen“ (gemeint sind Pershing II und Cruise Missiles in Westeuropa) „überwiegend auf deutsches Territorium, in Ost wie West, gerichtet“ (S. 948) gewesen seien. Abgesehen davon, dass wohl auch Herbert die Zielplanung nicht bekannt ist, insinuiert er eine Sichtweise, die der tatsächlichen sicherheitspolitischen Bestimmung der „Mittelstreckenraketen“ diametral entgegengesetzt ist. Folgt man Herberts Sicht, bleibt unklar, warum die großen Anstrengungen Moskaus, diplomatisch und über die Friedensbewegung deren Stationierung zu verhindern, so umfangreich ausgefallen waren. Genese und Inhalt des NATO-Doppelbeschlusses werden von Herbert weder durchdrungen noch fehlerfrei erläutert.⁷ Die DDR wird von Herbert nicht in einer Fußnote abgehandelt, aber doch, wie er selbst zugibt, nicht gleichrangig zur Bundesrepublik in den Blick genommen. Die Kritik an den DDR-Kapiteln wurde bereits von kompetenter Seite geübt.⁸

Herberts Leistung, einen so vielfältigen Stoff gebündelt und analytisch durchdrungen zu haben, sollte nicht minimiert werden. Eine kritische Haltung gegenüber dieser deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert scheint aber angeraten und ist einem streitbaren Autor gegenüber angemessen.

6 Vgl. dazu jetzt: Bettina Blank, „Deutschland, einig Antifa?“ „Antifaschismus“ als Agitationsfeld von Linksextremisten, Baden-Baden 2014.

7 Vgl. zu diesem Thema die demnächst erscheinende Dissertation von Andreas Lutsch, Westbindung oder Gleichgewicht? Die nukleare Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland zwischen Atomwaffensperrvertrag und NATO-Doppelbeschluss (1961-1979).

8 Vgl. Hermann Wentker, Rezension von: Ulrich Herbert: Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München 2014, in: sehepunkte 14 (2014), Nr. 10 [15. Oktober 2014], unter: <http://www.sehepunkte.de/2014/10/25422.html> (16. Februar 2015).

Frühe polnische Studien zum Totalitarismus

Von Werner Müller

Aleksander Hertz, Skizzen über den Totalitarismus, hrsg. u. eingel. von Torsten Lorenz und Katarzyna Stokłosa, Göttingen 2014 (*Vandenhoeck & Ruprecht*), 261 S.

Aus der Retrospektive regen Vielfalt und Tiefe zeitgenössischer Arbeiten zum Nationalsozialismus und Stalinismus immer wieder zum Erstaunen an, das gilt auch für die vier hier in deutscher Sprache erstmals publizierten Arbeiten des polnischen Soziologen Aleksander Hertz aus den dreißiger Jahren des letzten Jahrhunderts. In einer größeren Einleitung skizzieren die Herausgeber Leben und (weiteres) Werk sowie die Wirkungsgeschichte des 1895 in Warschau in einer jüdischen Familie Geborenen. Die Zeitumstände wie seine Herkunft verhinderten eine akademische Karriere, so dass sich Hertz in den 1920er und 1930er Jahren auf publizistische Arbeiten (wenn auch größeren Umfangs) konzentrierte und bestrebt war, seine Analysen einem weiteren Leserkreis nahezubringen – was durch die Allgemeinverständlichkeit seiner Texte gelang. Er veröffentlichte eine Reihe von Arbeiten in einer populärwissenschaftlichen Zeitschrift, die Pilsudski nahe stand und hielt Fernkurse ab auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung.

Der Kriegsausbruch 1939 machte ihm die persönliche akute Gefährdung deutlich, nicht zuletzt vor dem Hintergrund seiner eigenen Analysen zum Nationalsozialismus in Deutschland; ihm gelang die Emigration über Frankreich und Spanien in die USA. Obwohl es ihm materiell nicht besonders gut ging und er auch im Exil keine wissenschaftliche Karriere anstrebte, blieb er der neuen Heimat eng verbunden. Erst Jahre nach Kriegsende begann er erneut zu publizieren, vielfach in Zeitschriften der intellektuellen polnischen Emigration. Die politische Soziologie, darunter eine große Arbeit zur Rolle der Juden in der polnischen Kultur, bildete den Kern seiner vielfältigen Schriften. Einer Publikation im kommunistischen Polen stand er angesichts der Zensur skeptisch gegenüber, eine Veröffentlichung seines Hauptwerkes in englischer Sprache, von seiner Frau besorgt, erlebte er nicht mehr. Hertz starb im Mai 1983 in New York.

Große Resonanz blieb ihm zu Lebzeiten versagt. Auch die polnische Soziologie erschloss sein Werk nach 1990 nur zögerlich. Die in dem vorliegenden Band wiedergegebenen Texte zum Faschismus und Totalitarismus, die ursprünglich aus den Jahren 1936 und 1937 stammen, erschienen dann 1994. Die drei ersten behandeln gründlich und materialreich Strukturprobleme der nationalsozialistischen Bewegung in Deutschland – hier erweist sich Hertz als Kenner ihrer organisationssoziologischen Strukturen, und zugleich ist er auf der Höhe der zeitgenössischen internationalen Forschung.

Der erste Beitrag widmet sich der „Militarisierung der politischen Partei“. Hertz analysiert einen neuen Typus von Partei. Über die gesamte Befehlsgewalt in der Hand des „Führers“ hinaus skizziert er den Kampfgeist und die Kampfbereitschaft der gesamten Organisation. Daneben hebt er die Stellung des Stabes heraus, einer „Hierarchie von Führungspersonen“ (S. 48). Ihre Macht gründete sich auf die Kompetenzen, die ihnen auf Befehl „von oben“ übertragen wurden. Ein Novum gegenüber tradierten Verbänden bestand in der territorialen Gliederung als „Rekrutierungs- und Propagandabezirk“ (S. 49). Ein weiterer Punkt besteht in der absoluten Disziplin, „vor allem im absoluten Gehorsam gegenüber Anordnungen der Vorgesetzten“ (ebd.). Das geht Hand in Hand mit der Durchsetzung eines bestimmten Lebensstils, einer Art „Parteimoral“. Hertz vergleicht diesen spezifischen Typus der Partei mit dem einer Armee. Ferner sei sie durch Exklusivität charakterisiert, etwa durch Uniformen und Abzeichen, die ihre Mitglieder als etwas Besonderes von der Masse der Bevölkerung abheben sollten. Ehre oder das Parteibuch bilden nicht nur äußere Zeichen, sondern sollten die Mitglieder der Gruppe verbinden und ihren Zusammenhalt stärken. Letztlich handelt es sich nicht allein um ein disziplinierendes, sondern auch um ein erzieherisches Milieu, in das die Mitglieder einbezogen wurden. Vereinheitlichung und Zugehörigkeit zu einer elitären Auswahl sind damit eng verbunden, die der Kaderbildung dienten. Ein letztes charakteristisches Moment stellt die Kampfgruppe dar, die „eine besonders privilegierte Stellung einnimmt“ (S. 55). Hertz hat damit früh zentrale Merkmale einer totalitären Organisation herausgearbeitet.

Der zweite Text über die „Sendung des Führers“ knüpft an die Typologie Max Webers an und analysiert, vor allem auf der Quellengrundlage von *Mein Kampf*, das Konstrukt des „charismatischen Führers“. Hitlers wichtigstes Instrument sieht Hertz in Hitlers Rednergabe und der Fähigkeit, suggestive Einflüsse auf die Massen auszuüben. Die Verstetigung beider Erfolgskomponenten in Verbindung mit dem Feindbild – vor allem „den Juden“ – bestätigte letztlich die charismatische Sendung des „Führers“. Schließlich akzeptierte das Volk diese Sendung als Verkörperung einer „höheren Macht“.

Es wird auf zwei Probleme verwiesen: Zum einen sei die Beziehung zwischen Führer und Massen nicht einseitig. Die „Führer“-Rolle müsse akzeptiert werden. Hier komme der Legenden-Bildung eine zentrale Funktion zu. Diese zielte in breite Schichten der Bevölkerung, orientierte sich an den vielschichtigsten Erwartungen und wurde von Publizistik und Propaganda systematisch aufgebaut. Hertz greift Hitlers wiederholte Darstellungen auf, dass er auf dauernde Widerstände stieß, die er permanent überwinden musste. Schon das konnte Hitler als Beweis für sein Charisma auslegen. Zum anderen bedürfe die charismatische Herrschaft eines Nährbodens, auf dem sie gedeihen könne. Hertz knüpft an die Arbeiten von Robert Michels an und verweist auf die Probleme der Zentralisierung und Militarisierung der politischen Auseinandersetzung vor und nach dem Ersten Weltkrieg. Die sozialpsychologischen „Verheerungen“ des Krieges, die Personalisierung von Problemen und die Grundtendenzen im Bildungswesen, die den Glauben an das Aufkommen charismatischer Persönlichkeiten förderten, begünstigten diese Tendenz.

Der dritte und längste Text über die „Gefolgschaft des Führers“ greift das Problem des Charismas in unterschiedlicher Weise wieder auf. Hertz vermerkt, dass die Tendenz bestehe, dies von der Person und seinen Handlungen auf das Amt auszuweiten und zu einer dauerhaften Einrichtung auszubauen. Zugleich sei die Umgehung des „Führers“ bestrebt, das auf die eigene Personenschicht auszudehnen. Ihre Legitimation leitet sich anders als in bürokratisch-technischen Strukturen allein von der Charisma-Übertragung des Führers ab, die sie wiederum an die untergeordneten Ebenen weitergibt. In der Praxis ist dieses häufig von „rituell-magischen Praktiken“ (S. 169) begleitet. Zentral für die Funktionsfähigkeit dieses Systems sei nach Hertz neben der militärischen Disziplin auch die soziale Herkunft der betroffenen Kader. Es handele sich zum großen Teil um Menschen aus instabilen sozialen Lagen, die vor ihrer Parteilichkeit zu sozialen Randgruppen gezählt hätten. Die Erfahrung der allgemeinen Deklassierung habe dazu geführt, dass Menschen sich Institutionen und Organisationen zuwandten, die ihnen Sicherheit und Stabilität verhiessen. Diese Gruppe habe sich der sozialen und ökonomischen Realität entzogen, sich von anderen sozialen Großgruppen distanziert und zugleich ihre eigene Gruppe idealisiert. Damit ging die Fähigkeit verloren, der alltäglichen und politischen Realität rational zu begegnen.

Weiterhin nutzt Hertz den Rückgriff auf die biographische Typologie des Soziologen Florian Zaniecki. Dieser verweist auf Menschen, die über die Eigenschaften „des politischen Spiels“ oder des „Kämpfers“ verfügen. Zugleich finden sie Gefallen an der Einordnung in militärische Strukturen. Diese Eliten seien zudem in einer Weise in Gefühlen für den „Führer“ befangen, die es erlaubten, „jegliche Normen zu ignorieren, die von der externen Welt akzeptiert“ (S. 34) würden. Man habe es hier vor allem mit „Menschen zu tun, die dank dem Führer einen ungeahnten sozialen Aufstieg erlebt haben“ (S. 242). In diesen – längeren – Text fließen organisationssoziologische, sozialpsychologische, lebens- und mentalitätsgeschichtliche sowie generationengeschichtliche Momente ein, die ein dichtes, aber auch von Überschneidungen und Wiederholungen nicht freies Bild auf der Basis der zeitgenössischen sozialwissenschaftlichen Kenntnisse ergeben.

Während sich die drei größeren Texte auf den Nationalsozialismus in Deutschland konzentrieren (wenn auch in einzelnen Punkten, so in Fragen der Propaganda oder der Herkunft der Parteieliten, auf andere Diktaturen des 20. Jahrhunderts zurückgegriffen wird), thematisiert der vierte Text, der kürzeste von allen, die Macht Stalins, freilich in Form einer kritischen Auseinandersetzung mit den eher apologetisierenden Reiseberichten von André Gide und Sir Walter Citrine. Hertz sieht in Stalins Diktatur einen „Führer mit mystischen Eigenschaften, der sich auf eine mächtige militärisch-bürokratische Maschine stützt“, verbunden mit einem „Führer, der im Zentrum eines ritualisierten Kultes steht“ (S. 256). Insgesamt handelt es sich um eine erhellende Lektüre, die über ein bloßes ideengeschichtliches Interesse hinausgeht.

Ein Plädoyer für das Erzählen

Von Peter C. Caldwell

Roland Jahn, Wir Angepassten. Überleben in der DDR, München 2014 (*Piper*), 190 S.

Roland Jahn hat drei Bücher zugleich verfasst: Er beschreibt unmögliche Entscheidungen, die in der staatssozialistischen Diktatur lebende Menschen treffen mussten. Zugleich schildert er seine persönlichen Schwierigkeiten und schließlich seinen Bruch mit der Diktatur. Er berichtet von den hohen Kosten, welche dieser Bruch mit sich brachte – Kosten, die Jahn sachlich aufzählt, wenn es um sein eigenes Leben geht, deren emotionale Effekte aber durch andere Lebensgeschichten reichlich illustriert werden. Zuletzt ist das Buch ein Dokument des gegenwärtigen Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR – als solches ist es eine Art öffentliche Erklärung.

Auf den ersten Blick gibt Jahn einen „normalen“ Lebenslauf in einer staatssozialistischen Diktatur wieder: Ein heranwachsender Mensch durchläuft die üblichen Herausforderungen und Entwicklungsschritte, die in allen Gesellschaften vorkommen. Er ging in die Schule, lernte einen Beruf, gründete eine Familie. Einiges war erfolgreich, einiges misslang, einiges brachte Glück und anderes Unglück. Der Parteienstaat war jedoch immer dabei, in irgendeiner Form präsent und dazu immer um sein eigenes Überleben besorgt. Individuelle oder private Entscheidungen konnten deshalb auch von politischer Bedeutung sein. Die Bürger hatten nicht die Wahl, solche Deutungen einfach zu vermeiden, sie mussten sich dem Regime „anpassen“. Dieser Hauptthese spürt Jahn in seinem Buch nach.

Anpassung ist ein Terminus, der mit der Evolutionstheorie verbunden wird: Evolutionäre Anpassung heißt, sich auf eine neue Umwelt einzustellen, um lernfähig zu sein, um überleben zu können. Die Anpassung jedoch, die dieser Staat verlangte, widersprach dem Wesen des Menschen: „Das eigene Menschsein wird auf eine bisweilen absurde Art getestet“ (S. 10). Im Grunde genommen behauptet Jahn – wie Václav Havel und andere –, dass die Organisation des Staates und der Gesellschaft in der staatssozialistischen Diktatur der DDR der menschlichen Natur widersprach, und damit Menschen zwang, unaufrichtige Positionen einzunehmen, um zu überleben. Die Anpassung ist somit nichts Positives.

Die Beispiele reichen tief ins „normale“ Leben hinein. So sah man in der DDR etwa westdeutsches Fernsehen. Die Regierung wusste wohl davon, nachdem ihr Versuch, die nach Westen reichenden Antennen zu entfernen, gescheitert war. In der Schule galt es aber, westdeutsche Fernsehsendungen nie zu erwähnen, auch wenn deren Inhalt harmlos schien. Dies „war das erlaubte Verbotene, offen und deutlich so von den Eltern definiert“ (S. 50). Man unterschied bewusst zwischen einem Ich, das

in staatlichen Institutionen existierte, und einem zweiten Ich im Zuhause. Jedoch war die Grenze zwischen den öffentlichen und den privaten Räumen verschwommen – mit möglicherweise verheerenden Konsequenzen für das persönliche Leben.

Nachdem Wolf Biermann 1976 aus der DDR ausgewiesen wurde, handelte Jahn in einer erzwungenen Seminarsituation so, als ob seine Persönlichkeit nicht in einem solchen Sinne gespalten war: „Warum fällt es uns denn so schwer, Kritik zuzulassen“ (S. 22)? Diese einfache Frage gefährdete seine Zukunft an der Universität. Sie führte auch zu Streit innerhalb der Familie, schließlich fragten sich die Eltern, warum ihr Sohn seine Zukunft aufs Spiel setzte, für die sie hart gearbeitet hatten. Warum konnte er nicht einfach nur ruhig sein, warum konnte er sich dem Staat nicht anpassen? Die anderen Studenten sagten Jahn ihre Unterstützung zu. Als es jedoch auf eine Entscheidung ankam, stimmten sie fast geschlossen für seine Exmatrikulation. Am Ende handelten seine Freunde und Mitstudierenden anstelle des Staates. Sie nahmen die Verantwortung an, damit andere – Professoren, Verwaltungsleiter, Politiker – diese nicht auf sich nehmen mussten. Sie trafen diese Entscheidung aus Gründen, die Jahn sehr gut nachvollziehen konnte: um ihre eigene Karriere und ihre eigenen privaten Pläne nicht zu gefährden. 36 Jahre später kam einer von diesen Studenten zu Jahn und erzählte ihm von diesen Beweggründen sowie von den Bedrohungen der Kommilitonen durch einen anonymen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Mit Sicherheit verletzte Jahn diese Wahl; wie er treffend bemerkt, wurde sein Mitstudent ebenfalls verletzt, da dieser sich viele Jahre später daran erinnerte und mit ihm darüber reden wollte. Somit konnte die Anpassung eine Karriere fördern, schuf aber auch Schuldgefühle und zerstörte Freundschaften. Offenbar gab es unterhalb der Normalität des Alltags eine andere Welt, die Menschen in zerrissenen Verhältnissen hinterließ.

Die Geschichte Jahns wird mit anderen verflochten, um gewisse Praktiken der Diktatur zu unterstreichen. Er bezweckt damit, nicht einfach Lebenswege zu beurteilen, sondern unmögliche Entscheidungen und Absurditäten aufzudecken. Die Kapitel beschreiben verschiedene Verhaltensweisen innerhalb der DDR: Entscheiden, Eintakten, Schweigen, Gewöhnen, Mitlaufen, Unterordnen, Mitmachen. Diese Titel spiegeln zugleich die Geschichte von Jahn selbst wider, besonders die letzten Abschnitte: Angst überwinden, Widersprechen. Auch hier bemerkt der Leser, wie sehr Jahn bemüht ist, sich selbst nicht als einen von den Beschränkungen der ostdeutschen Gesellschaft befreiten Helden zu schildern. Er beharrt auf seiner eigenen Entwicklung in jener Gesellschaft. Es stimmt, dass er mit etwa zwölf Jahren aufgehört hat, das blaue Halstuch der Jungen Pioniere in der Schule zu tragen, obwohl ihm die Gruppe eigentlich Spaß machte. War das aber Widerstand? Im Nachhinein fragt sich Jahn, ob seine „Vergesslichkeit“ seiner Lehrerin Schwierigkeiten bereite. Auch wenn er Biermanns Recht auf Kritik verteidigte, benutzte er „Worte der Anpassung an das, von dem ich glaubte, dass es die Partei hören wollte“ – oder er schrieb „ein Dokument des Anpassens und Widersprechens“ zugleich (S. 26). In den frühen 1970er Jahren brachte er eine Eingabe direkt in das Büro von Margot Honecker, nicht weit vom Brandenburger Tor entfernt. Darin versuchte er das Recht seines

Freundes, lange Haare zu tragen, zu verteidigen. Er befand sich nur wenige Meter von der Mauer (und gleichsam dem Schießbefehl) entfernt und empfand dieses Verhältnis zu dieser Zeit als Normalität.

Die letzten Kapitel thematisieren ein anderes Handeln. Die Widersprüche, die ihn umgaben, wurden ihm bewusst. Er entschloss sich bei der Volkskammerwahl 1976, mit „Nein“ zu wählen. Diese Wahloption war gesetzlich gesichert, sie garantierte zugleich, dass die Wahlhelfer auf ihn aufmerksam wurden, da er jeden Namen auf der Einheitsliste einzeln durchstreichen musste. Nach der Biermann-Affäre musste er die Universität verlassen. Befreit von den Einschränkungen dieser Institution dachte er freier. Bei einer Demonstration am 1. Mai erschien er mit einem Plakat, auf dem nichts stand. Einige Leute schüttelten den Kopf, einige Professoren schauten ihn an. Er empfand dieses Ereignis als einen „Akt der Befreiung“ (S. 136) von der Angst. Von diesem Augenblick an wurde seine Dissidenz klarer, sein Freundschaftsnetz fester, sein Ziel, „da zu bleiben“, um das System zu ändern, stärker – bis 1983, als er entführt und ausgebürgert wurde.

So lautet die Geschichte seines Lebens. Sie dient dem weiteren Zweck, das, was viele in der DDR auf irgendeine Art und Weise erlebt hatten, aufzuhellen. Jahn versucht nicht, andere zu verurteilen; er beachtet auch seine eigenen Anpassungsmomente und besteht darauf, dass Menschen „ein Recht auf Anpassung“ haben (S. 17). Aber die Anpassung hatte ihren Preis. Man ahnt, wie sehr es ihn schmerzt, wenn Jahn von seinen Eltern berichtet, die aus der NS-Zeit und danach lernten, sich so weit wie möglich aus der Politik herauszuhalten. Seine Familie bezahlte auch für Jahns Leben. Viel später erst vermochten die Eltern es, ihre Haltung zum Regime zu ändern.

Roland Jahn hätte einfach seine Memoiren schreiben können. Er hat viel mehr getan. Das Buch ist sowohl die Beschreibung eines Systems, also auch eine Erklärung des Bundesbeauftragten für die Unterlagen der Staatssicherheit zu den Aufgaben seiner Stelle: Erinnern und Erzählen. Das Buch schildert, wie die Diktatur das Leben mitgestaltet hat, wie das „Normale“ und das „Alltägliche“ alles andere als normal und alltäglich waren. Dies ist das wichtigste Moment. Die Hauptsache ist, sich an diese Vergangenheit ehrlich zu erinnern. In der Weise, wie er über seinen Vater schreibt, wird deutlich: „Vorwürfe helfen am Ende nicht sonderlich viel“ (S. 172). Einander zuhören und miteinander diskutieren, auch mit Meinungsverschiedenheiten und manchmal Schmerzen, das hilft vielleicht doch.

Noch ein Wort: Es gibt inzwischen viele wissenschaftliche Bücher zum Alltagsleben in der DDR. Man kann nicht behaupten, dass dieser Band einen neuen wissenschaftlichen Weg beschreitet. Das lag auch nicht in der Absicht seines Autors. Das Buch ist gut, klar und lebendig geschrieben. Es ist als pädagogisches Werkzeug geeignet. Ich wünsche mir, dass es ins Englische übersetzt wird, damit meine Tochter es lesen kann.

„Heimatfront“ im Ersten Weltkrieg

Von Ernst Nolte

Sven Felix Kellerhoff, Heimatfront. Der Untergang der heilen Welt. Deutschland im Ersten Weltkrieg. Köln 2014 (*Quadriga*), 320 S.

Schon vor dem Kriegeausbruch des August 1914 sprach man (in der Sache) von „inneren Fronten“. In Russland stand, wie es schien, eine „Kriegspartei“ unter dem Kriegsminister Suchomlinow dem ausgleichsbereiten Zaren gegenüber, der deutsche Reichskanzler Theobald von Bethmann-Hollweg sprach bereits am 16. Juni von den „deutschen Chauvinisten und Rüstungsfanatikern“, als ob es sich um eine gegnerische Partei handelte, der französische Präsident Raymond Poincaré schien als geborener Lothringer dem Wiedergewinn der 1871 verlorenen Provinzen Elsass und Lothringen durch kriegerische Mittel geneigt zu sein, und er befand sich gerade in den entscheidenden Tagen bald nach dem tödlichen Attentat von Sarajewo auf den österreichisch-ungarischen Thronfolger Franz Ferdinand auf einer Reise zu dem russischen Verbündeten in Petersburg, und der Inhalt der Gespräche wurde nicht bekannt, war aber leicht erahnbar. Der Staat Serbien wurde nicht selten als der vermutliche Urheber des Attentats vom 28. Juni betrachtet, doch er sah sich selbst als das „Piemont“ einer südslawischen Nation, und über diese zentrale Konzeption schien es keine nennenswerten Meinungsverschiedenheiten zu geben. Alle monarchischen Staaten Europas mussten, wie anzunehmen war, die am klarsten von dem deutschen Kaiser Wilhelm II. formulierte Meinung teilen, die Serben seien seit dem Königsmord an der Dynastie Obrenowitsch im Jahre 1903 als „Verbrechervolk“ anzusehen, dessen Umtrieben nun endlich ein Ende gemacht werden müsse.

Aber die herrschende Strömung des Zukunftsoptimismus und der unaufhaltsamen Entwicklungsrichtung zur Demokratie musste die Dinge anders sehen und den Serben als den Vorkämpfern „unterdrückter Völker“ einen bedeutenden Teil von „historischem Recht“ einräumen, und keine Partei repräsentierte diese Tendenz machtvoller als die gesamteuropäische „Arbeiterbewegung“, für die die Welt sich auf den universalen Frieden zubewegte, dem aber durch eine antikapitalistische Weltrevolution der Weg bereitet werden müsse. Es handelte sich also um weit mehr und Anspruchsvolleres als um den liberalen Pazifismus.

Sven Felix Kellerhoff teilt auf prononcierte Weise die heute fast selbstverständliche Auffassung, dass die Europäer in einer Art von kollektivem Irrsinn mit diesem innereuropäischen Krieg ihre Selbsterstörung begonnen hätten, und in dem fast ein Drittel des Buches umfassenden ersten Teil wird der vielbeschriebene Jubel der letzten Vorkriegstage sehr stark zugunsten von Anti-Kriegs-Veranstaltungen der Arbeiterparteien in seiner Bedeutung eingeschränkt, und das Wort wird nicht zuletzt einem Artikel-Manuskript der „Berliner Morgenpost“ von deren Mitarbeiter Arthur Bern-

stein gegeben, der die tatsächlichen und für Deutschland ungünstigen Ereignisse des Krieges einschließlich des Kriegseintritts Englands und des Abfalls Italiens vom Dreibund mit bemerkenswerter Klarheit vorhersah; dieser sollte am 31. Juli erscheinen und blieb ungedruckt, weil der Redaktion wahrscheinlich die Entwicklung hin zum Kriege unüberwindbar zu sein schien (S. 42 f.). Der Autor Sven Felix Kellerhoff, ein Journalist der *Welt*, unterstreicht jedoch auch dasjenige, was im Triumphgefühl über den Sieg Hindenburgs bei „Tannenberg“ kaum beachtet wurde, nämlich dass das östliche Ostpreußen im Winter 1914/15 eine zweite und zerstörerische „Russenzzeit“ erlebte, die trotz der weiteren Siege von Hindenburg und Ludendorff deutlich machen musste, wie gefährdet die Lage des „eingekreisten“ Deutschlands in diesem großen „Zweifrontenkampf“ war, so dass Kellerhoff die ungewöhnliche und in der Tat unmögliche Alternative ins Spiel bringt, der Große Generalstab hätte die Aussichtslosigkeit dieses Zweifrontenkrieges erkennen und der Regierung eine grundlegende Änderung ihrer Politik nahelegen müssen (S. 57).

Wie schon der Titel zeigt, ist die Schilderung der „Heimatfront“ der Kern des Buches, und diese Heimatfront ist eine Front des Leidens und Ertragens zahlloser Frauen, die Plätze der an den Fronten des äußeren Krieges kämpfenden Männer mit viel Tapferkeit und unerwarteter Tüchtigkeit besetzten, obgleich sie von den Blockaden der Feinde viel härter getroffen wurden als die Frauen in England oder in Frankreich. Dieser Kampf war ein alltägliches Ringen mit dem sich immer stärker fühlbar machenden Mangel an den einfachsten Lebensmitteln. Diese Schwierigkeiten und Nöte, die zunächst aus der Rationierung der Lebensmittel, den dürftigen Ausweichmöglichkeiten des „Schwarzmarktes“ und des langdauernden Wartens vor den Geschäften entstanden, sind oft erwähnt, ja beschrieben worden, aber meines Wissens noch nie als Hauptthema wie in dem vorliegenden Buch. Auch die Macht des patriotischen Empfindens, die sich erst nach dem tatsächlichen Ausbruch des Krieges ganz entfaltete, wird zunächst deutlich und anschaulich, wie etwa in den Worten einer überzeugten Pazifistin, die voller Verwunderung schrieb: „Staunend erlebten wir, dass Reich und Arm, Freund und Feind sich plötzlich in den Armen lagen. Jede öffentliche Stellungnahme gegen den Krieg war unmöglich“ (S. 67). Eine der später bekanntesten Persönlichkeiten der Münchner Räterepublik von 1919, Erich Mühsam, der 1934 in einem nationalsozialistischen Konzentrationslager sein Leben verlor, gab Zeugnis von einer „Halb-Konversion“: „Ich, der Anarchist, der Antimilitarist, der Feind der nationalen Phrase, der Antipatriot und hassende Kritiker der Rüstungsfurie, ich ertappe mich irgendwie ergriffen von dem allgemeinen Taumel, entfacht von zorniger Leidenschaft, wenn auch nicht gegen irgendwelche ‚Feinde‘, aber erfüllt von dem glühend heißen Wunsch, dass ‚wir‘ uns vor ihnen retten“ (S. 60).

Die eigentliche Geschichte der „Heimatfront“ in dem aus defensiven Gründen angreifenden und meist, aber nie vollständig siegreichen Deutschland ist nur das ewige Einerlei der immer wiederholten, die Hungergrenze nicht selten überschreitenden und Hunderttausende von Todesopfern nach sich ziehenden Knappheit der elementaren Lebensmittel, des ständigen und oft vergeblichen Wartens vor rasch ausverkauften Geschäften, der Versuche, durch Fahrten aufs Land bei den Bauern gegen Herga-

be von oft bescheidensten Luxusgegenständen das Notwendigste zu ergattern, des erschütternden Abstiegs des Käuflichen bis hin zum einstigen Schweinefutter des „Rübenwinters“ von 1916/17 und nicht zuletzt die unaufhörlichen Nachrichten vom Tod oder der Verwundung von Ehemännern, Söhnen und sonstigen Verwandten. Der Autor schränkt das überall Hervortretende durch die Konzentration auf einige unumgehbare zentrale Punkte wie Berlin und München und frei gewählte Bezirke wie Hildesheim, Freiburg und das niederrheinische Städtegebiet um Viersen ein.

Aber das eigentlich unterscheidende Kennzeichen des Buches besteht darin, dass einer einzelnen Person überwiegend das Wort erteilt wird, so dass der Eindruck entstehen muss, die Auffassungen dieses Schriftstellers seien damals in Deutschland vorherrschend gewesen. Es handelt sich um Erich Mühsam, der offenbar von dem erwähnten Impuls rasch wieder zu seinen gewöhnlichen Empfindungen zurückgekehrt ist. Schon die Nachricht von der britischen Kriegserklärung führt ihn weiter und zurück: „Krieg mit England! Der ist der schlimmste! [...] Was soll jetzt werden? Krieg! Tod! Nacht über der Welt. Es ist schaurig. Es ist unausdenkbar“ (S. 77).

Schon im September gibt er eine Äußerung wieder, die Heinrich Mann ihm gegenüber getan hatte: „Wie kann ein Volk siegen, das in der ganzen Welt gehaßt wird.“ Inzwischen war in der Tat Deutschland in großen Teilen der Welt als „Aggressor“ schroff verurteilt worden, hauptsächlich wegen der Kriegserklärung an Belgien nach der Zurückweisung des Vorschlags eines friedlichen Durchmarsches im Rahmen des Angriffs gegen Frankreich und Tausenden von Todesopfern, welche infolge der Verweigerung beträchtliche Teile der belgischen Bevölkerung angeblich oder wirklich zu Franktireurs gemacht hatte. Dass diese Aggression aus der Notwendigkeit der Defensive entsprungen wäre, ließ sich in der Eindeutigkeit der Empfindungen kaum wahrnehmen.

Im zweiten Kriegswinter vertraut Mühsam seinem Tagebuch an: „Die Teuerung steigt unaufhaltsam weiter [...] Die Spekulation kennt keine falsche Scham.“ Wer ohne direkte Entbehrungen in einer kleinen Familie von drei Mitgliedern leben wolle, müsse nahezu zehn Mark täglich allein für Essen und Trinken ausgeben. Die Arbeiter seien bei ihren Löhnen zwischen 50 Pfennig bis zu einer Mark am schlimmsten dran, ebenso die Künstler. Da gebe es eine schreckliche Not (S. 187).

Als Mühsam zu einem Treffen linker und pazifistischer Kräfte im April 1916 nach Berlin gereist war, schrieb er dazu: „Die Ernährungsverhältnisse in Berlin sind geradezu grotesk. [...] Die Aushungerung Deutschlands, die, was ich in Berlin noch viel stärker merke als in München, schon einen traumhaften Grad erreicht hat, muss vollenden, was Gift- und Sprengwaffen nicht vermögen“. Was ihn zur Verzweiflung treibt, ist allerdings „die engelhafte Geduld“, in der die Leute die verheerende Lage einfach hinzunehmen scheinen (S. 210). Ein Übergang zur Aktivität lässt sich erahnen, wenn er im Oktober 1916 über die „Idioten im Lande“ schimpft, die immer noch Kriegsanleihen zeichnen. Seine Hoffnung, „dass es dem Volke endlich einmal zu dumm würde“, ist indessen „leider sehr gering“. Aber nicht einmal dadurch wurde etwas geändert, dass im „Rübenwinter“ sogar die Aussicht auf Kohlrüben verlockend war (S. 237).

Längst waren Mühsams Auffassungen zwar noch nicht allgemein weitverbreitet, aber nicht mehr nur Karl Liebknecht, sondern eine große Partei, die neugegründete Unabhängige Sozialdemokratische Partei (USPD), machte sich zum Sprecher der Bedrängten und Unzufriedenen, und man konnte ihre Thesen als Bereitschaft zur Kapitulation Deutschlands deuten, der freilich die im Gegenzug gegründete Deutsche Vaterlandspartei fast schon mit Fanatismus entgegentrat. Was Mühsam, Liebknecht und schließlich die USPD zum Ausdruck brachten, war nichts Neues, sondern im Prinzip etwas Altes, nämlich die Auffassung der Sozialdemokraten, die für sie bis zur Abstimmung des 4. August im Reichstag bestimmend war. Aber dieses Alte war durch eine lange Folge von Ereignissen erst zu etwas „Neuem“ geworden, und längst war die alte Überzeugung, dass „die Kriegspartei“ oder die Kriegsparteien aller Länder die Urheber des Weltkriegs seien, zu der weitverbreiteten Gewissheit gelangt, dass der Krieg nicht für das Vaterland, sondern „für den Kapitalismus“ geführt werde. So lag es nahe, dass jene oben erwähnten „inneren Fronten“ mit der „Heimatfront“ zusammenwirkten und die „Zusammenbruchsrevolution“ des November 1918 zur Wirklichkeit wurde. Sogar im späten Juli des Jahres 1918 schien die Offensivkraft der deutschen Armeen noch ungebrochen zu sein, und kein Geringerer als der alliierte Oberbefehlshaber Ferdinand Foch hielt einen deutschen Sieg noch nicht für ausgeschlossen. Bis dahin stand der überwiegende Teil der Deutschen weiterhin auf der Seite ihrer Regierung und der Obersten Heeresleitung unter den Generälen Hindenburg und Ludendorff. Und diese „Partei der Kriegsbejahung“ konnte einige gute Gründe für ihre Einstellung anführen. Die Not der Heimatfront war nicht die einzige Realität der Zeit, so gewiss sie zu den letztlich ausschlaggebenden Wirklichkeiten gehörte. 1916 war der Kriegseintritt des bisher zwar nicht verbündeten, aber freundschaftlich eingestellten Rumänien mit einem vernichtenden Gegenangriff beantwortet worden, und Italien schien 1917 vor einem ähnlichen Schicksal zu stehen. Im Sommer 1917 stand die französische Armee anscheinend wegen verbreiteter Unruhe und sogar Meutereien unter den Soldaten dicht vor der Niederlage, die gegenüber der russischen Armee schon so gut wie vollendet war. Die amerikanischen Soldaten waren im Sommer 1918 noch längst nicht alle auf dem europäischen Kriegsschauplatz eingetroffen. Um eine vollständige historische Leistung zu sein, hätte dieses Buch über „die Heimatfront“ den entgegengesetzten Stimmen so viel Platz einräumen müssen wie Mühsam, und nur dann würde ihm der Vorwurf der Einseitigkeit nicht gemacht werden können. Leider wird der Eindruck des Unvollständigen auch durch einige Tatsachen verstärkt, die als einzelne geringfügig erscheinen mögen.

Der Anmerkungssteil, in dem manches hätte ergänzt oder berichtigt werden können, ist zu kurz. Ein Personenregister fehlt ebenso wie ein Sachregister; anders als in der Überzahl anderer Bücher ist der Ort des Verlages nur undeutlich angegeben, denn auf den ersten Blick ist nicht zu erkennen, dass der *Quadriga-Verlag* zu *Bastei Lübbe* gehört und seinen Sitz in Köln hat. Dieses Buch bringt zwar eine gute, wenn gleich unvollständige Fragestellung als eines der ersten zu Wort, weist aber in der Ausführung einige unübersehbare Mängel auf.

Die politische Bedeutung der Bratwurst

Von Wilfried von Bredow

Dirk Kurbjuweit, Alternativlos. Merkel, die Deutschen und das Ende der Politik, München 2014 (*Carl Hanser*), 413 S.

Der allerletzte Satz dieses Buches lautet: „Sie ist die Lieblingskanzlerin der Deutschen.“ So wird Angela Merkel charakterisiert. Wenn man das zitiert, könnte der Eindruck entstehen, es ginge dem Autor um eine ultimative Huldigung der Bundeskanzlerin. Nichts dergleichen. Tatsächlich nämlich handelt es sich um eine ätzende Kritik an Angela Merkel und ihrer Art, Politik zu betreiben. Und mehr noch: um eine ätzende Kritik am Wahlvolk, den konfliktscheuen, selbstzufriedenen, provinziellen, auf Schonung ihres Gemüts und ihres Portemonnaies bedachten Deutschen. In keinem anderen Politiker, gleich welchen Geschlechts und welcher Partei, erkenne sich dieses Wahlvolk so gut wieder, niemand außer ihr verstehe es so gut, diese unpolitischen Bedürfnisse zu bedienen. Lieblingskanzlerin der Deutschen, das ist alles andere als ein Ehrentitel, vielmehr ein Ausdruck gesamtgesellschaftlicher Spießigkeit.

Dirk Kurbjuweit, Jahrgang 1962, war fast zehn Jahre Redakteur bei der *Zeit* und wechselte 1999 zum *Spiegel*, in dessen Hauptstadtbüro er heute arbeitet. Selbst wenn man dies nicht wüsste, fiel es nicht schwer, seine Sichtweise auf die Bundeskanzlerin und die Deutschen als typisch für den Medienhabitus des „Hamburger Linksliberalismus“ zu erkennen. Das *juste milieu* der linken Mitte liest derlei gerne, lässt sich auch selbst gerne ein (kleines) Stück weit beschimpfen. Und Autoren wie Leser halten das dann für den Beweis von politischem Durchblick und Toleranz. Beides gehört selbstverständlich zum Selbstbild des Autors. Das demonstriert er gerne und gar nicht ungeschickt.

Kurbjuweit betrachtet und beschreibt den Teil der deutschen Politik, den er sich als Thema ausgesucht hat, aus der Perspektive des privilegierten Journalisten, der die Mächtigen aus erster Hand kennt und zuweilen mit ihnen plaudert, der weit gereist ist und die Welt kennt. Leider ist dennoch kein gutes Buch entstanden. Das liegt neben dem Schreibhabitus vor allem an der eigentümlichen Analyse-Flachheit des Textes. Diese mag zwar dem normalen journalistischen Hauptstadtbetrieb angemessen sein (obwohl man sich da Fundierteres wünschte): als politisches Denken im Format von Wochenzeitungs-Dossiers. Die sollen ja den Eindruck erwecken, alles Wissenswerte zu einem Thema zu enthalten. Das trägt freilich; die Gedanken und Begriffe solcher Dossiers unterliegen in der Regel einem raschen Alterungsprozess.

Titel und Untertitel des Buches lassen eine Studie zur Politik Angela Merkels erwarten. Darum geht es jedoch nur im zweiten, kürzeren Teil. Zuvörderst beschäftigt

sich der Autor in drei vergleichenden Kapiteln mit allgemeinen Fragen: Was ist eine politische Ära? Wie ist das Verhältnis von „authentisch“ und „inszeniert“ in der Politik? Wie sind die deutschen Kanzler mit der Macht umgegangen? Verknüpft sind diese drei Kapitel über die Absicht des Autors, so etwas wie eine „Kanzlergeschichte“ der Bundesrepublik Deutschland zu erzählen, ausdrücklich nicht in wissenschaftlicher Manier (was immer er sich darunter vorstellt), sondern als „Erzählung aus der Politik“ (was immer wir uns darunter vorstellen sollen). Im Ära-Kapitel wird anhand der Kriterien Dauer, Bedeutung, Verkörperung festgestellt, dass es eine Ära Adenauer gibt und eine Ära Kohl, wohingegen die anderen Kanzler entweder zu kurze Zeit regiert (Brandt), „nichts Bedeutendes geleistet“ (S. 21) haben (Erhard), heute „nahezu vergessen“ (S. 21) sind (Kiesinger), gegenüber der Öffentlichkeit zu viel (Schmidt) oder zu wenig Distanz hatten (Schröder). Den Erkenntnisgewinn dieses Kapitels bescheiden zu nennen, wäre eine Übertreibung.

Aufschlussreicher ist das zweite Kapitel, einfach auch deswegen, weil die Spannung zwischen Authentizität und Inszenierung in der Politik etwas mit den Medien zu tun hat. Denn mit und über sie präsentieren sich das politische System und die Politiker, wobei die Medien, jeweils ganz unterschiedlich (niemals als einheitlicher Akteur), ihre eigenen Inszenierungs-Vorgaben machen. In der Sphäre der Politik gibt es keine Trennlinie zwischen authentisch und inszeniert. Das wissen alle Beteiligten. Sie handeln aber so, als gäbe es sie. Inszenierungen sollen möglichst authentisch wirken. Das klappt manchmal besser, manchmal schlechter. Die Erwartung der Öffentlichkeit hat sich dabei im Lauf der Zeit geändert: Authentisch ist, wenn man die Inszenierung nicht sieht. Kurbjuweit kennt dies genau, schließlich ist er ein alter Hase im Journalistengeschäft. Dennoch spielt er weiter mit dem scheinbaren Begriffsgegensatz authentisch/inszeniert und verwechselt die politischen Personen mit ihren öffentlichen Rollen. Aussagen wie „Kohl war authentisch im politischen Ungeschick“ (S. 39) oder „mit Schröder ging das Gefühl für Authentizität verloren“ (S. 47) und Formulierungen wie die „Botschaft des Busens“ (S. 61) bei der Abbildung von Politikerinnen spiegeln ein Reflexionsniveau vor, das gar nicht da ist. Amüsant sind manche Anekdoten, zum Beispiel die über die handwerkliche Schwierigkeit der Politiker, in der Öffentlichkeit auf elegante Weise eine Bratwurst zu essen, ohne sich zu verrenken oder zu bekleckern. Eine Authentizitätsübung? Eine Mini-Inszenierung! Jedenfalls habe ich mir den Schlüsselsatz auf S. 52 herausgeschrieben: „Man darf die Bratwurst politisch nicht unterschätzen.“ Endlich ist das mal jemandem aufgefallen!

Das dritte Kapitel soll eine „kleine Machtgeschichte der Bundesrepublik“ bieten, wobei leider versäumt wird, den Begriff der Macht greifbar zu machen. Stattdessen erfährt man, dass kaum ein politischer Begriff so verrufen ist wie Macht, dass aber hinter allem, was geschieht, eine Machtfrage stehe. Kurbjuweit vergleicht den „Machtgestus“ der Kanzler und findet überraschenderweise (das ist jetzt ironisch gemeint) heraus, Helmut Schmidt besitze einen bis heute ungebrochenen Machtwillen, ablesbar daran, „dass er dort raucht, wo es verboten ist“ (S. 107). Auch Merkel sei ein Machtmensch, aber ihr Machtwille sei „zynisch“. Dieses eher Ratlosigkeit aus-

drückende Adjektiv soll besagen, dass Merkel Macht sammelt, „um sie zu haben, nicht um sie zu nutzen“ (S. 154). Weil sie soviel Macht angesammelt hat, heißt es an anderer Stelle, könnte Angela Merkel große Dinge tun, aber das macht sie nicht. „Sie kann gar nicht“ (S. 133). Wie denn nun?

Man muss zugeben, dass bisher noch kein Publizist, der sich darin versucht hat, überzeugend herausarbeiten konnte, wie die Kanzlerin tickt. Psychologische und sich auf ihre Biographie in der DDR abstützende Erklärungsversuche scheitern ebenso wie solche, die auf Gender-Prämissen zurückgreifen. In den letzten drei Kapiteln nähert sich Kurbjuweit dem Rätsel Merkel gewissermaßen völkerpsychologisch an. Es ist letztlich die nicht unbedingt erfreuliche, wenn auch von den besonders unangenehmen Zügen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gereinigte Mentalität der Deutschen, der Merkels politisches Profil und Handlungs-Unterlassungs-Programm am besten entspricht. Das wird anhand ihrer Außen- und Sicherheitspolitik am Beispiel des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr illustriert, an ihrer Sozialpolitik und an drei Phänomenen, die in den letzten Jahren politisch wichtig wurden, den „Wutbürgern“, der Frauenförderung und den Veränderungen des Informations- und Kommunikationsverhaltens der Deutschen in Folge der Digitalisierung. Hier finden sich einige bedenkenswerte Beobachtungen und Anmerkungen. Aber es wird unterschlagen, dass solche sozialen Entwicklungen und „Trends“ nicht typisch deutsch, sondern Elemente eines Globalisierungsschubs sind. Dass kollektive Selbstschonung, ein gesteigertes Sicherheitsbedürfnis und ein allgemeines Zurückzucken vor einschneidenden Reformen, dass gestiegene Partizipationsansprüche aktivistischer Gruppen und eine *not-in-my-backyard*-Haltung sich auch in anderen westlichen Gesellschaften finden, bleibt unbedacht. Schade. So kommt der Autor zu höchst merkwürdigen Schlussfolgerungen. Etwa: „Als Angela Merkel übernahm, waren die großen Konflikte der Bundesrepublik beendet.“ Und: „Mit Merkel begann die ganz große Ruhe“ (S. 279). Wie albern ist das denn! Und schließlich: Europas gegenwärtige Schwäche liege vor allem an Angela Merkel. Alternativlos sei sie traurigerweise deshalb, weil sie Deutschland unter dem Beifall (nur) der Deutschen auf die Rolle des internationalen Parasiten festgelegt habe: „Es ist die Position der ökonomischen Großmacht, die von den anderen Europäern soziale Opfer verlangt, die sich selbst mästet, sich politisch-militärisch aber raushält, weil sie keine Opfer bringen will“ (S. 281).

Um eine Alternative zu dieser Position zu skizzieren, die Kurbjuweit bequem, nicht würdig und nicht fair nennt (S. 281), stellt er am Ende ein Zwölf-Punkte-Programm vor, das aber nur elf Punkte umfasst. Einmal umgesetzt, würde alles anders: Mehrheitswahlrecht, Verlängerung der Legislaturperiode, Verkürzung der Kanzlerschaft (nur einmalige Wiederwahl möglich), Zusammenlegung von Landtagswahlen und Bundestagswahl, Verkleinerung der Zahl der Bundesländer, Verlagerung der Bildungspolitik in die Kompetenz des Bundes, allgemeine Bürgerversicherung, Plebiszit (einmal pro Legislaturperiode), Europäisierung der Finanz- und Wirtschaftspolitik, Europäisierung der Verteidigungspolitik, Wahl Merkels zur Präsidentin des Europäischen Rates.

Dieser bunte Strauß von in ihren Voraussetzungen und in ihrer Reichweite höchst unterschiedlichen Reformen soll die – angeblich – alles beherrschende politische Alternativlosigkeit aufbrechen? Sicherlich kann man über jeden einzelnen dieser Punkte diskutieren. Aber das müsste man nach einer systematischen und nicht nur anekdotischen Analyse gegenwärtiger Politik-Defizite tun. Weil derlei dem Autor heftig widerstrebt, kann sein Buch weder die politische Kultur der Bundesrepublik noch die Persönlichkeit der Bundeskanzlerin angemessen beurteilen.

Die Büchse der Pandora – eine Geschichte des Ersten Weltkriegs

Von Hans Fenske

Jörn Leonhard, Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkriegs, München 2014 (C. H. Beck), 1157 S.

Nach der griechischen Mythologie wurde Pandora von Zeus als Rache für den Raub des Feuers aus dem Himmel durch Prometheus auf die Erde gesandt. Als sie das ihr mitgegebene wertvolle Gefäß öffnete, entflohen dieser Büchse alle denkbaren Übel und verbreiteten sich über die ganze Erde, nur die Hoffnung blieb darin zurück. Der Freiburger Historiker Jörn Leonhard hat dieser Sage den Titel für sein Buch entnommen, um ganz knapp zu verdeutlichen, dass sich im August 1914 mit dem Beginn des Ersten Weltkriegs „für Europa und die Welt ein eigenes Schreckensgefäß“ öffnete (S. 1013). Der in den folgenden 51 Monaten ausgefochtene Krieg von schließlich 34 Staaten gegen die vier Mittelmächte brachte ein Maß an Gewalt und forderte eine derartige Zahl von Opfern, wie es sich niemand hatte vorstellen können. Leonhards Werk über das Geschehen der Jahre 1914 bis 1919 mit Ausblicken bis 1923 umfasst mehr als 1100 Seiten und steht auf einer sehr breiten Basis. Das Verzeichnis der herangezogenen gedruckten Quellen und der Sekundärliteratur nennt wenigstens 1500 Titel. Möglich war die Verarbeitung eines so umfangreichen Materials, weil der Autor während der mehrjährigen Beschäftigung mit dem Thema weitgehend von Lehrverpflichtungen freigestellt war.

Einleitend blickt Leonhard kurz auf das 19. Jahrhundert, auf die Bemühungen, Kriege mit dem Konzept des Gleichgewichts einzuhegen, auf das Wachsen des Nationalismus und auf die Industrialisierung. Sodann geht er den sich seit Mitte des 19. Jahrhunderts verschärfenden Krisen nach; der sehr verlustreiche Krimkrieg war ein Wendepunkt. Dieser Vorspann stellt dem Leser die verschiedenen Konfliktzonen in Europa und Afrika vor und behandelt insbesondere die Balkankriege 1912/13, die durch ein großes Maß an Gewalt auch gegenüber der Zivilbevölkerung gekennzeichnet waren. Immerhin gelang hier noch die Deeskalation. Die erste Marokkokrise wertet er als deutschen Versuch, die britisch-französische Entente zu schwächen. Von einer russisch-französisch-britischen Allianz gegen Deutschland kann seines Erachtens für die Vorkriegsjahre keine Rede sein, ungeachtet der Vereinbarungen über eine militärische Kooperation zwischen Paris und London für den Fall eines Krieges mit Deutschland.

Für die Julikrise bescheinigt Leonhard dem Deutschen Reich eine besondere Verantwortung, weil das deutsche Drängen in Wien auf ein hartes Vorgehen gegen Serbien mit der Option eines Präventivkrieges gleichzusetzen ist. Er räumt aber ein, dass nicht nur Deutschland der Donaumonarchie einen Blankoscheck gab, sondern

auch Frankreich, ebenso Russland. Eingehend bespricht der Autor die Mobilmachungen und den Kriegsbeginn sowie die Stimmung in den nun gegeneinander stehenden Staaten. Eine allgemeine Kriegsbegeisterung gab es ihm zufolge nicht. Die Kämpfe in Belgien und Frankreich und im Osten bis zum Ende des Jahres waren wegen des unbedingten Offensivwillens der Führung und der eingesetzten modernen Waffen sehr verlustreich.

Den weiteren Kriegsjahren widmet Leonhard jeweils ein umfangreiches Kapitel. Er zeichnet die Kämpfe auf allen Kriegsschauplätzen nach, nennt die Zahl der Gefallenen, Vermissten und Verwundeten – die weitaus meisten Opfer forderte die Artillerie –, führt die Situation der Soldaten vor Augen und fragt nach ihrem seelischen Befinden. Er macht die Situation in der Heimat zum Thema und untersucht die Auswirkungen des Krieges auf die Innenpolitik der verschiedenen Staaten, auf die Lebensverhältnisse der Bevölkerung, die Ausbildung der Kriegswirtschaft sowie die öffentliche Diskussion über den Krieg, insbesondere die amtliche Meinungslenkung. Allen diesen Aspekten geht er gleichermaßen für das Deutsche Reich, Österreich-Ungarn, Russland, Frankreich, England nebst seinen Dominien und Italien nach. Die Vereinigten Staaten bezieht der Freiburger Historiker von Anfang an in die Darstellung mit ein, nicht erst seit dem Kriegseintritt im April 1917. Auch das Osmanische Reich wird angemessen berücksichtigt; dem Genozid an den Armeniern ist ein längerer Abschnitt gewidmet.

Überall verschlechterte sich die Stimmung im Laufe des Krieges. Davon kündeten vielfache Demonstrationen und Streiks. Eingehend werden der Sturz des Zarentums, die Entwicklung bis zur Oktoberrevolution und das Ausscheiden Russlands aus dem Krieg mit dem Frieden von Brest-Litowsk sowie der Beginn des russischen Bürgerkriegs behandelt. Breite Aufmerksamkeit schenkt Leonhard auch der Auflösung der Donaumonarchie in den letzten Wochen des Krieges. Die Revolution in Deutschland kennzeichnet er als weitgehend gewaltfreie Machtübertragung, die Ausrufung der Republik als spontanen Akt.

In den abschließenden Kapiteln stellt Leonhard die den Besiegten auferlegten Friedensverträge kurz vor, ohne auf die Verhandlungen der Siegermächte in Paris unter sich einzugehen. Des Weiteren beleuchtet er die vielen bewaffneten Auseinandersetzungen in Ost- und Südosteuropa sowie im Nahen Osten nach dem Krieg bis zum Frieden von Lausanne, den die von Mustafa Kemal Pascha geführte türkische Republik im Juli 1923 mit England, Frankreich, Italien, Japan und Griechenland abschloss. Auch wirft der Autor einen Blick auf das Gedenken an den Krieg.

Manche Fragen spricht Leonhard nur sehr kurz an, andere erwähnt er gar nicht. Von den Friedensbestrebungen der Mittelmächte begegnet einem nur der Ansatz Kaiser Karls über dessen Schwager Prinz Sixtus von Bourbon-Parma im Jahre 1917. Ihr Friedensangebot vom Dezember 1916 wird übergangen. Woodrow Wilsons Vermittlungsangebot wenige Tage später wäre breiter zu besprechen gewesen. Das russische Interesse am Krieg war 1914 beträchtlich größer als Leonhard meint, ebenso das des englischen Außenministers Edward Grey. Einigen Urteilen ist nicht zuzustimmen: Das gilt etwa für die Bewertung des Friedensvertrags von Brest-Litowsk

Hauptbesprechungen

oder für die Ansicht, der in Compiègne am 11. November 1918 unterzeichnete Waffenstillstand sei keine bedingungslose Kapitulation gewesen. Faktisch war er es eben doch. Und die These, die Position Deutschlands sei durch den Versailler Vertrag relativ gestärkt worden, ist höchst fragwürdig. Diese Anmerkungen ändern aber nichts daran, dass Leonhard ein sehr lesenswertes und außerordentlich instruktives Buch mit weiter Perspektive vorgelegt hat.

Fortschritt als Orientierungsproblem

Von Jens Hacke

Hermann Lübbe, Zivilisationsdynamik. Ernüchterter Fortschritt – politisch und kulturell, Basel 2014 (*Schwabe*), 607 S.

Hermann Lübbe sind im Laufe seines langen wissenschaftlichen und öffentlichen Lebens schon viele Etiketten angeheftet worden. Seinen Kommilitonen galt er in frühen Jahren als Marxist, später als reformistischer Sozialdemokrat – und für die SPD wirkte er in politischen Ämtern: als Staatssekretär in Nordrhein-Westfalen von 1966 bis 1970; die Neue Linke bekämpfte ihn als vermeintlichen Neokonservativen. Fachlich war er vor allem einer der wichtigsten Vertreter der praktischen Philosophie. Kurz vor der Vollendung seines neunten Lebensjahrzehnts erntet man womöglich keinen Widerspruch, ihn als einen Liberalen zu sehen, der sich konservativ zum Erbe der Aufklärung verhält.

Rückwirkend kann man seine Auseinandersetzungen mit Jürgen Habermas in den 1970/80er Jahren als den bedeutendsten Beitrag zur Selbstverständigung über die intellektuelle Identität der Bundesrepublik betrachten. Es handelte sich im Kern um innerliberale Positionsklärungen, und an den Argumenten, die hier aufeinanderprallten, ließen sich die grundsätzlichen Streitfragen einer politischen Philosophie in der Demokratie nachvollziehen: Wann soll ein Diskurs in Dezision münden? Wie stabil oder flexibel dürfen Institutionen sein? Welche Rolle spielen die vopolitischen Ressourcen aus Religion und Traditionen für eine moralische Begründung der Politik? Inwieweit lässt sich eine vernünftige kollektive Identität stiften, und was trägt die Geschichte dazu bei? Aus der Distanz betrachtet lagen die damaligen Kontrahenten gar nicht so weit auseinander; es war ein Familienstreit zwischen einer sozialliberalen und liberalkonservativen Position, aber die Polemiken aus beiden Lagern machten deutlich, dass es bisweilen eher um Deutungshoheit und die Etablierung eines bestimmten Vokabulars ging als um unüberbrückbare sachliche Differenzen.

Während Habermas zum philosophischen Weltstar wurde, der sich mit Rawls, Foucault oder Rorty duellierte, blieb die praktische Philosophie Lübbes stets auf die vertrauten deutschen und mitteleuropäischen Lebenswelten bezogen. Anstelle des hohen Tones, der intellektuelle Meinungsführerschaft reklamierte, kultivierte Lübbe – mit bemerkenswerter denkerischer Konstanz – einen Stil ironischer Abgeklärtheit und erinnerte den Intellektuellen immer wieder an seine Grenzen. „Avantgardistischer Spürsinn für Relevanzen“ – diese Habermas'sche Formel widerspricht Lübbes Temperament zutiefst. Der Intellektuelle ist für Lübbe keine Speerspitze einer Bewegung, sondern der Spezialist für die nachträgliche Aufklärung von fortschrittsinduzierten Unübersichtlichkeiten. Philosophie bewährt sich für Lübbe vor allem in der

Reflexion gesellschaftlicher Praxis. Common sense, Rationalität und pragmatische Vernunft lassen sich eben nur geltend machen, wenn man kultursoziologisch sensibel den Fortschritt als Orientierungsproblem analysiert. Lübbes beeindruckendes Gesamtwerk gewinnt seine Tiefe dadurch, dass die in den 1960/70er Jahren ausgearbeiteten liberalen Denkmotive stets aufs Neue verfeinert und an der sozialen Wirklichkeit geprüft werden. Henning Ritter, langjähriger FAZ-Ressortleiter der Geisteswissenschaften, beschrieb Lübbes Denken einmal als „vollendete Aufklärung“ und rühmte ihn ganz zu Recht als den „eigentlichen philosophischen Verteidiger der Bundesrepublik“. Der vorerst letzte Überblick seines Schaffens liegt nun in einem umfangreichen Band vor, der einige Erträge des letzten Jahrzehnts sammelt, ordnet und ergänzt – unter dem Lübbe-typisch lakonischen Titel *Zivilisationsdynamik. Ernüchterter Fortschritt – politisch und kulturell*.

Es ist unmöglich, die Vielfalt der Themen, die verschiedenen zeitdiagnostischen Witterungen, die subtilen philosophiehistorischen Exegesen (Rudolf Eucken, Arnold Gehlen, Karl Jaspers, Helmuth Plessner, Georg Simmel) an dieser Stelle angemessen zu würdigen. Erstaunlich bleibt Lübbes Gabe, Theoretiker so zu historisieren, dass das Zeittypische wie das Originelle gleichermaßen zur Geltung kommt. Ein Musterbeispiel für Lübbes Fähigkeit, die Kosten von Rezeptionskonjunkturen beiläufig sichtbar zu machen, wird in seiner Auseinandersetzung mit oft zitierten, aber nur ungenau gelesenen Klassikern deutlich. So erkennt er in Plessners *Die verspätete Nation* eigentlich eine schwache These, die zudem durch einen überpointierten Titel deterministisch auf falsche Gleise führte; Lübbes Auseinandersetzung mit Jaspers markiert noch einmal die sozialphilosophischen Blindstellen eines elitären Bildungsbürgertums, das sich in die Kulturkritik zurückzog, bekundet aber auch den Respekt vor Jaspers moralischer Haltung im Nationalsozialismus und weist auf die Resoluteität seiner Position in der Frage der Atombewaffnung hin, die der „kalte Krieger“ Jaspers als Ausweis von Standfestigkeit und Wehrbereitschaft einforderte. Dass in Lübbes Ausführungen Autobiographisches von der Jugend in Ostfriesland zur Zeit des Nationalsozialismus über die Kriegsgefangenschaft und Studienzeit bis hin zur persönlichen Bekanntschaft mit Karl Jaspers, Helmuth Plessner, Helmut Schelsky und anderen prägenden Intellektuellen durchscheint, bereichert die Lektüre zusätzlich.

Lübbe aktualisiert in vielen der vorliegenden Texte seine politischen Überlegungen, die stets eng mit seiner Kulturphilosophie der Moderne verknüpft bleiben. Im Zuge der durch den beschleunigten Fortschritt induzierten Orientierungskrisen benötigt der Mensch Räume und Weltaneignungspraxen, die Vertrauen generieren und in einer sich schnell verändernden Welt dabei helfen, sich zurechtzufinden. Soziologische Analyse und philosophische Erklärung sind in Lübbes Gegenwartsanalyse miteinander verschränkt. So kann er verschiedene Phänomene wie den Regionalismus als europäische Bewegung, den Denkmalschutz, die Musealisierung- bzw. Historisierungstendenzen sowie die kompensierende und traditionssichernde Rolle der Geisteswissenschaften als konstruktive Fortschrittsreaktionen zugleich beschreiben und plausibilisieren. Hermann Lübbes Denken bleibt in liberaler Weise auf die Gesellschaft und ihre Selbstorganisation bezogen, ist damit also in eminenter Weise So-

zialphilosophie und politische Philosophie. Die Reflexion und Theoretisierung des Politischen, so ließe sich Lübkes Standpunkt zusammenfassen, wäre völlig nutzlos, stützte sie sich nicht auf erfahrungsgesättigte Gesellschaftsdiagnose. Denn nur so bekommt man die vopolitischen moralischen Ressourcen in den Blick, die die Lebenswelten und damit auch die Politik weiterhin bestimmen, wie er mit seinen immer originellen und feinsinnigen Beiträgen über Freundschaft, Heimat, Religion, Sport oder über den Umgang mit dem Alter eindrucksvoll vorführt.

Immer noch auf einer Linie mit der von Lübke in den 1960er Jahren vorgetragenen Kritik an den vermeintlichen technokratischen Sachzwängen der wissenschaftlichen Zivilisation liegt seine Diagnose einer zunehmenden Demokratisierungsnotwendigkeit. „Die Zuständigkeiten und Kompetenzen des Common Sense nehmen in hochkomplexen Gesellschaften nicht ab, vielmehr zu“, weiß Lübke, um dann in un-nachahmlicher Diktion die Technokratiethese umzudrehen: „Es sind gesellschaftstheoretisch beschreibbare irresistible Sachzwänge, die komplementär zu den politischen Institutionen und sonstigen Organisationen mit ihren Zuständigkeiten in Räumen von kontinentaler oder globaler Weite nach Inhalt und Kompetenz anspruchsvollere, dezentral selbstbestimmungskompetente Entscheidungs- und Handlungssubjekte erfordern“ (S. 45). Historische und heimatliche Identitäten, Föderalismus, Pflege kommunaler Gemeinschaften und Traditionen – dies alles identifiziert Lübke als Kompensationen der Globalisierung und Universalisierung. Fortschrittsoptimistisch vertraut Lübke – ohne sich in Naivität zu flüchten – darauf, dass jede Bewegung ihre Gegenbewegung hervortreibt. Die moderne Gesellschaft ist eben nicht allein von Vermassung, sondern von Pluralisierung und Individualisierung geprägt, und kritische Öffentlichkeiten treten Absolutheitsansprüchen und Uniformitätszuminungen frühzeitig entgegen. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, dass Freiheit, Gewaltenteilung und Pluralität für Lübke im Zentrum stehen. Wenn er ein Weltbürgerrecht begrüßt, unterstreicht dies den kosmopolitischen Charakter seiner Philosophie, die tief im antitotalitären und liberalen Denken verankert ist und für die pazifizierende Kraft einer weltumspannenden „Zivilisationsökumene“ wirbt. Dieser selbstbewusste und standfeste Blick auf ein zivilisatorisches Modell des Westens kann helfen, um sich angesichts der europäischen Finanzkrisen und der Gefährdung der Demokratie an der europäischen Peripherie auf Gemeinsamkeiten zu besinnen. Inwiefern und mit welchen Strategien sich diese „Zivilisationsökumene“ gegenüber dem zunehmend gewaltbereiten und kriegerischen Widerstand des islamistischen Fundamentalismus behaupten kann, bleibt allerdings auch bei Lübke eine offene Frage. Diese Leerstelle zeigt womöglich an, dass das Fortschrittsmodell des Liberalismus Erweiterungen benötigt, wenn nicht allein supranationale Integration und universalisierende Globalisierung, sondern existenzielle Bedrohung, Kriege und Staatenzerfall unseren Erfahrungsraum zu prägen beginnen und den Erwartungshorizont eintrüben.

Freiburger Widerstandskreise als Wiege ordoliberalen Denkens

Von Sebastian Liebold

Hans Maier (Hrsg.), Die Freiburger Kreise. Akademischer Widerstand und Soziale Marktwirtschaft, Paderborn 2014 (*Ferdinand Schöningh*), 283 S.

Im babylonischen Exil fand das Volk Israel zum Kernbestand seiner Glaubensvorstellungen und den Riten seiner Kultur – in gefährdeter Lage, in Lebensnot. Nicht immer sind es äußere Abgrenzungen (in der NS-Zeit bewegten sich viele Intellektuelle in einer „inneren Emigration“), die Opposition anzeigen. Wann ist Existenzangst die Voraussetzung für ein neues Ordnungsmodell? Ein totalitäres System, das von der Staatsführung und ökonomischen Zielen bis hin zur privaten Lebensführung die gesamte Gesellschaft durchdringen will, hat zu jeder Zeit Gegenentwürfe heraufbeschworen – auf Pharao Echn-Aton folgte die Rückkehr der polytheistischen Religion, auf die römischen Diktatoren die (vermeintliche) Rückkehr der Wahllämter unter Kaiser Augustus, auf die absolutistischen Herrscher im europäischen Spätféudalismus die konstitutionelle Periode und auf Hitler die freiheitlich-wehrhafte Demokratie der Bundesrepublik.¹ Übereinstimmendes Kennzeichen dieser Nach-Epochen ist – bei allen Unterschieden – ein schwächeres Eingreifen des Staates² in den Lebens- und Wirtschaftsalltag, eine liberale Wendung. Dass die Menschen, sofern Rechtssicherheit herrscht, ihre Handlungen selbst regeln können, war dabei nie etwas Neues, sondern eher eine Zurückweisung planerischer Übergriffe der vergangenen „neuen“ Ordnung. Die Rückkehr älterer Mechanismen schloss häufig einen Rückzug ins Private ein; die Idee der Religion, Menschen durch eine „finstere“ Ära tragen zu können, hatte sich etwa für die an den Freiburger Denkschriften von 1938 und 1942 beteiligten Akademiker zur persönlichen Erfahrung verdichtet. Bezeichnend ist neben der Liberalität der starke Ordnungsgedanke, ein zugleich konservativer wie moderner Zug: Am Oberrhein ansässige Wissenschaftler wie Franz Böhm, Constantin von Dietze, Walter Eucken, Adolf Lampe oder Gerhard Ritter wussten um das Regelmäß, dessen Durchsetzung Anarchie zu verhindern hilft, und um traditionelle Ansätze der Ökonomie, im doppelten Wortsinn von Oikos und Nomos, vom Gesetz für den (eigenen) Haushalt.

1 Diese vereinfachte Sicht lässt die zeitliche Folge verschiedener totalitärer Systeme außen vor, ebenso die paradoxe Situation der antifaschistisch intendierten und zugleich antidemokratischen DDR.

2 Dass mit der Genese moderner Staatlichkeit die Eingriffsdichte insgesamt zunimmt, wie vom französischen Sozialphilosophen Bertrand de Jouvenel beschrieben (*Du pouvoir. Histoire naturelle de sa croissance*, Paris 1945, deutsch: *Über die Staatsgewalt*, Freiburg i.Br. 1972), bleibt davon unberührt.

Hans Maier, Herausgeber eines Bandes zur unzeitgemäßen Sache³, sucht stets tief im Brunnen der Vergangenheit nach Ursachen für politischen Wandel, und er findet ihn nicht selten im Nachdenken bestimmender Köpfe über Religion.⁴ Immer wieder befasste er sich damit, wie Menschen in Umbruchzeiten aus christlichem Bekenntnis heraus Wege zu einer neuen wie traditionsgemäßen Ordnung suchten.⁵ Der Pragmatiker wandte sich u.a. an Joseph Ratzinger, um Reformen innerhalb der katholischen Kirche voranzubringen.

Wie spricht man über einen Band, dessen Protagonisten zwar gegen die Nationalsozialisten anscrieben und damit – im Geheimen, wie es in der Diktatur nötig war – Widerstand ausdrückten, die neue Demokratie aber nicht so vordachten, dass sie heute als demokratische Kritiker Hitlers gelten können? Das hat mit einem doppelten Problem zu tun: Akademiker – darauf weist Maier mehrfach hin – konnten nicht dieselbe Wirkung entfalten wie die Vollzieher offener Widerstandsaktionen (der kommunistische Widerstand spielt als Vergleichsfolie in dem Band keine Rolle); ihr Impuls war der christliche Widerstand, eine Art Gewissensprüfung. Jener gründete nicht nur auf Distanz zur Haltung beider großen Kirchen zum NS-Staat (Konkordat bzw. „Deutsche Christen“), sondern auch auf ein kritisches Verhältnis zur Weimarer Republik. So monierte Franz Böhm die Verhältnisdemokratie, weil ihre Suche nach Kompromissen „jede konsequente Wirtschaftspolitik unmöglich“⁶ machte – viele Gruppen verhinderten klare Mehrheitsentscheidungen, die für ihn besser der Allgemeinheit dienen würden. Der Jurist lieferte Walter Eucken und Alexander Rüstow Argumente für die Beschränkung von Monopolen bzw. Kartellen: Vor allem Wettbewerbsnachteile für kleine Unternehmen schienen ihm ungerecht. Kämpfe um Monopole zu verbieten, schloss (nach herrschender Sichtweise) die in der Weimarer Verfassung verbürgte „Vereinigungsfreiheit zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen“ weithin aus. Die Kritik Böhms zielte also auf die marktliberale Linie der Reichsverfassung; bereits in Dissertation (1931) und Habilitation (1933) klingt bei ihm die begrenzende Idee der Sozialen Marktwirtschaft an. Ein gewisser Schwachpunkt des Bandes liegt darin, die Kritik an den Weimarer Verhältnissen nicht systematisch mit der am NS-Alltag zu vergleichen: Nach 1933 bevorzugte der „braune“ Staat nicht nur die für Rüstung sorgenden Kartelle, sondern schloss ganze Bevölkerungsgruppen vom Wirtschaftsleben aus und vernichtete ihr

3 Unzeitgemäß meint, den Freiburger Köpfen als Ahnen der Sozialen Marktwirtschaft eine gewisse Modernität zuzuschreiben, obgleich ihre Entwürfe nicht der Nachkriegsrealität entsprachen.

4 Zu Vita und Schwerpunkten seiner Forschung vgl. Hans Otto Seitschek, Hans Maier (geboren 1931), in: Eckhard Jesse/Sebastian Liebold (Hrsg.), *Deutsche Politikwissenschaftler – Werk und Wirkung. Von Abendroth bis Zellentin*, Baden-Baden 2014, S. 525-537; siehe auch: Hans Maier, *Böse Jahre, gute Jahre. Ein Leben 1931ff.*, München 2011.

5 Etwa in der Dissertation: *Revolution und Kirche. Studien zur Entstehung der christlichen Demokratie in Frankreich (1789-1850)*, Freiburg i.Br. 1959.

6 Uwe Dathe, Franz Böhm – ein Liberaler im „Dritten Reich“, in: Hans Maier (Hrsg.), *Die Freiburger Kreise. Akademischer Widerstand und Soziale Marktwirtschaft*, Paderborn 2014, S. 141-162, hier S. 145.

Leben. Die Kritik an „Weimar“ war eine graduelle, die am NS-Reich eine grundsätzliche.

In materialreichen Beiträgen zu den ordoliberalen Köpfen und – im Fall von Dietze, Eucken und Lampe – Erinnerungen der Nachfahren kommen die Kritikpunkte an der nationalsozialistischen Politik kaskadenhaft zur Sprache. Nachlesbarer Kern solcher christlich-akademischen Opposition sind die beiden Denkschriften „Kirche und Welt. Eine notwendige Besinnung des Christen und der Kirche in unserer Zeit“ (über Aufgaben der Christen) von 1938 und „Politische Gemeinschaftsordnung. Ein Versuch zur Selbstbestimmung des christlichen Gewissens in den politischen Nöten unserer Zeit“ von 1942.⁷ Die erste Schrift war in Widerstandskreisen bekannt geworden, so dass Dietrich Bonhoeffer in Freiburg darum bat, eine zweite zu verfassen, die eine künftige Friedensordnung konkreter ausgestalten sollte.⁸ Nach Bekanntwerden der Kontakte zu Carl Goerdeler und Peter Graf Yorck von Wartenburg nahm die Gestapo von Dietze, Lampe und Ritter im Herbst 1944 in Haft. Bemerkenswert erscheint dem Rezensenten, wie stark etwa Euckens Diktum, die „zentralgeleitete Wirtschaft“ müsse abgeschafft werden und die „unabdingbaren Freiheitsrechte der Menschen“ seien wieder zu wahren, während des Kriegs international rezipiert werden konnten – etwa dank einer Rezension von Wilhelm Röpke zu Euckens Text „Wettbewerb als Grundprinzip der Wirtschaftsverfassung“ 1942 in der *Neuen Zürcher Zeitung*.⁹

Mit Bedacht stellen die Autoren die Widerständigen vor; wie unterschiedlich die Köpfe in der Diagnose der Missverhältnisse waren, zeigen Überblickstexte von Hans Maier (zum Widerstand im Allgemeinen), von Hugo Ott und Günter Brakelmann (zu den Freiburger Kreisen und ihren Denkschriften) sowie Daniela Rüther (zum Einfluss auf die Leute des 20. Juli). Auf die Einzelporträts folgt ein für sich stehender Teil zur Genese der Sozialen Marktwirtschaft, die der Rezensent als weniger „verschlungen“ ansieht als der Herausgeber des Bandes. Wer die Disposition von Adenauers und Erhards Wirtschaftspolitik der 1950er Jahre betrachtet, wird mehr „Freiburger“ Markenkern darin erkennen als oft vermutet: die Verantwortung des Einzelnen vor Gott, der Wille zu einer gerechten Ordnung, die Erkenntnis von besserem Wirtschaften auf der unteren Ebene, die rigorose Eindämmung staatlicher Intervention in das bürgerliche Leben – dafür stehen (in der Präsenz der bundesrepublikanischen Erinnerung) am ehesten noch Franz Böhm (1895-1977) und Walter Eucken (1891-1950), auch als Lehrer späterer ordoliberaler Köpfe (so beruft sich Kurt Biedenkopf stets auf Franz Böhm). Während Gerhard Ritter als christlicher und konservativer Historiker inzwischen dem „floating gap“ der langen Geschichte der Bundesrepublik, der ein Nicht-mehr-verstehen der Wertebasis zeitigt, zum Opfer gefallen ist, genießen Adolf Lampe und Constantin von Dietze die Ruhe derer, die kei-

7 Zitiert nach: Günter Brakelmann, Christen im Widerstand. Die Freiburger Denkschriften, in: Ebd., S. 41-55.

8 Hugo Ott, Die Freiburger Kreise – der Freiburger Kreis, in: Ebd., S. 25-39, hier S. 34.

9 Vgl. Uwe Dathe, Walter Eucken – von der liberalen Krisendeutung zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus, in: Ebd., S. 85-112, hier S. 107.

ne Aufnahme in die Reihe der oft erinnerten Denker der frühen Bundesrepublik fanden.

Im Schlussteil dieses von der Görres-Gesellschaft verantworteten Bandes fehlen Bezüge zu weiteren Ordoliberalen wie Alfred Müller-Armack, Wilhelm Röpke und Alexander Rüstow, die die vorgestellten Freiburger in noch hellerem Licht hätten strahlen lassen. Indes macht ein Blick auf die europäische Dimension eines deutlich: Die liberale Wendung, aus Kriegsnoten entstanden, war eine ökonomische Minderheitenposition. Heute wundert sich mancher über den nachhaltigen Erfolg der Bundesrepublik in Krisenzeiten – für den Rezensenten ist die subsidiäre, föderative und mit Skepsis gegen Staatsintervention versehene Ordnung nicht zufällig ein Teil dieses Erfolgs.

Jürgen Habermas: „Hegel der Bundesrepublik Deutschland“?

Von Alfons Söllner

Stefan Müller-Doohm, Habermas. Eine Biographie, Frankfurt a. M. 2014 (*Suhrkamp*), 750 S.

Stefan Müller-Doohm, emeritierter Soziologe an der Universität Oldenburg, der vor zehn Jahren eine 1000-seitige Biographie über Theodor W. Adorno vorgelegt hat, leitet nun sein neues, kaum weniger voluminöses Buch mit einer skeptischen Überlegung ein: Er ist sich des Risikos wohl bewusst, einen noch lebenden und zumal öffentlich so präsenten Wissenschaftler wie Jürgen Habermas biographisch zu traktieren, glaubt aber der Gefahr dadurch entgegenwirken zu können, dass die Eigenständigkeit dieser intellektuellen Vita gegenüber den Heroen der Frankfurter Schule herausgestellt wird. Während man den zweiten Aspekt des Problems durchgehend und überzeugend bearbeitet sehen kann, wird man den ersten nur nach dem Gang durch dieses überreiche und unabgeschlossene Wissenschaftlerleben beurteilen können, aber eben nur vorläufig, auch weil die historische Distanz fehlt.

Jürgen Habermas gilt heute als einer der führenden Intellektuellen der gesamten westlichen Welt, und er verdankt diesen Ruf bis hinein nach China zu gleichen Stücken einem überbordenden und in sich geschlossenen wissenschaftlichen Werk wie seinem unermüdlichen politischen Engagement in der großen Öffentlichkeit. Der Biograph tut daher gut daran, beide Lebenslinien von Anfang an mit gleicher Aufmerksamkeit zu verfolgen, wenngleich nicht zu verkennen ist, dass sich die damit verbundenen Berufsrollen – die des wahrheitsbeflissenen Gelehrten und die des politisch streitbaren (und also irrtumsgefährdeten) Intellektuellen – immer stärker überlagert haben. Hätte er dieser hochdekorierten und doch auch konventionellen Karriere mehr hintergründige Dramatik verleihen können, wenn er die in dieser Doppelrolle verborgenen Konflikte mehr ins Zentrum gestellt hätte?

Tatsächlich droht der Biograph seinem Helden zu erliegen, was nur zu verständlich ist: Seine Geschichte stellt sich von jenseits der Jahrtausendwende her gesehen als eine so einzigartige Erfolgsstory dar, dass die Bühne zeitweise einer archetypischen Figur überlassen ist, die es nach Habermas' eigener Überzeugung in der entzauberten Moderne eigentlich gar nicht mehr geben darf: dem „Philosophenkönig“ in der Demokratie. Das aber war ihm keineswegs in die Wiege gelegt, wie in Teil I, vielleicht dem am meisten mit unbekannten Details aufwartenden Kapitel über die Kindheit und Jugend dokumentiert wird: Habermas wächst in der westfälischen Provinz auf, in einer gutbürgerlichen und protestantischen Familie, er gehört zur Flakhelfer-Generation des Dritten Reiches, wird aber durch seine Sprechbehinderung davor bewahrt, sich für das untergehende Hitler-Regime opfern zu müssen.

Die frühen Studienjahre in Göttingen, Zürich und Bonn zeigen einen begabten Philosophiestudenten am Werk, der den Schatten der noch ganz nahen NS-Vergangenheit entkommen möchte, aber dennoch den Frieden mit seinen akademischen Lehrern sucht, auch wenn sie sich um die „Vergangenheitsbewältigung“ herumdrücken – bis er 1953 mit einer kritischen Rezension von Heideggers *Einführung in die Metaphysik* in der *Frankfurter Allgemeinen* den Vorhang des nachkriegstypischen Schweigens durchbricht und mit einem Male sowohl politische Aufmerksamkeit als auch akademisches Missfallen erregt. Das ist, mit dem Blick auf die weitere Entwicklung, nichts weniger als der „Beginn einer Karriere als öffentlicher Intellektueller“ (S. 87). Und so ist es folgerichtig, dass Habermas, nach einer kurzen Periode als freier Journalist, Assistent am wiederrichteten Frankfurter Institut für Sozialforschung wird, wo er Theodor W. Adorno bewundern lernt, während er vom immer noch mächtigen Institutsdirektor Horkheimer eher Ablehnung erfährt. Diese Lehrjahre dauern zwar nur bis 1958, sind aber insofern für ihn prägend geworden, als Habermas aus der mimetischen Halbdistanz gegenüber Adorno sein ganz eigenständiges Doppelprofil als Soziologe und Philosoph, als empirischer Forscher und „kritischer Theoretiker“ zu formen versteht.

Teil II des Buches setzt mit der feinsinnigen Schilderung dieser „Éducation intellectuelle im Café Marx“ (S. 99) ein und konzentriert sich dann darauf, wie sich der junge Gelehrte seinen weiteren Weg außerhalb Frankfurts, nämlich über Marburg und Heidelberg und d.h. zwischen so kantigen, aber auch konträren Persönlichkeiten wie Wolfgang Abendroth einerseits, Hans-Georg Gadamer andererseits bahnen muss, um schließlich 1964 nach Frankfurt zurückzukehren und – sozusagen siegreich – die Nachfolge von Max Horkheimer anzutreten. In dieser zweiten Frankfurter Periode profiliert sich Habermas mit *Zur Logik der Sozialwissenschaften*, entwickelt das Konzept von *Erkenntnis und Interesse* und kritisiert *Technik und Wissenschaft als „Ideologie“* – alle drei signifikante und sofort rezipierte Publikationen. Ausgerüstet mit solchen Sezierungsinstrumenten, die aus der Adaption wie der Kritik des Marxismus hervorgegangen sind, geht Habermas in die „1968er“-Ära, sucht die Auseinandersetzung mit den Wortführern der Studentenbewegung, sympathisiert mit den kritischen Studierenden und engagiert sich gleichzeitig als Universitätsreformer wie als scharfer Kritiker der revolutionären Gewaltphantasien, die zum Vorspiel des Linksterrorismus werden.

Vergleichsweise kurz und unter der pejorativen Überschrift „Elfenbeinturm“ behandelt Müller-Dooch das immerhin zehnjährige Zwischenspiel, das Habermas, mit dem Physikerphilosophen Carl Friedrich von Weizsäcker als Co-Direktor, am neugegründeten „Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt“ verbringt. Was immerhin ein so spektakuläres Forschungsprogramm wie die *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus* (1973) und den theoretisch höchst folgenreichen *linguistic turn* zeitigte, dem sich auch ein Teil seiner nunmehr entstehenden wissenschaftlichen Gefolgschaft anschloss, entsprang einer isolierten Dauerklausur und nahm ein menschlich wohl eher unerfreuliches Ende. Ergiebiger für den Biographen sind da schon Peinlichkeiten wie die, dass die

Universität München dem mittlerweile international renommierten Forscher aus dem benachbarten Starnberg zweimal die Honorarprofessur zu verweigern wagte, ebenso wie der es sich nicht nehmen ließ, 1977 in den sog. „Deutschen Herbst“ mit einer gepfefferten Polemik gegen die konservativen Wortführer des „Bundes Freiheit der Wissenschaft“, aber auch gegen bisherige Linksliberale wie Kurt Sontheimer einzugreifen, um sich des Verdachts zu erwehren, dass die Linksintellektuellen – also nicht zuletzt er selber – die geistigen Väter der RAF seien.

Mit Teil III betritt Müller-Doohm das schöpferische Hochplateau dieser Wissenschaftlerbiographie: 1981 kehrt Habermas auf einen Lehrstuhl nach Frankfurt zurück, publiziert mit der *Theorie des kommunikativen Handelns* sein lange erwartetes Hauptwerk und tritt in eine Phase öffentlicher Dauerpräsenz ein, durch die er sich im Verlauf der nächsten zwei Jahrzehnte als Intellektueller, genauer: als Wächter der demokratischen Kultur in der Bundesrepublik, gleichsam etabliert. Wie schon vorher, kann der Biograph jetzt seine eindrucksvolle Doppelqualifikation zur Geltung bringen: Er legt knappe, aber sehr präzise Skizzen über die sich verzweigende und in ständiger Selbstkorrektur begriffene Theoriebildung von Habermas vor, deren dynamisches Zentrum ein hochabstraktes, aber auch adaptionsfähiges Konzept der sprachlichen Verständigung ist; er öffnet den Blick in eine scheinbar einsame Studierstube, wo in Wahrheit eine wissenschaftliche Rezeptionsmaschine auf Hochtouren läuft, die sämtliche neuen Denkströmungen vom internationalen Theoriemarkt gleichsam absaugt, um sie in das eigene Denksystem zu integrieren; und er führt sehr detailliert vor, wie und warum sich Habermas mit der Theoriearbeit nicht begnügen will, sondern sich fortlaufend in politische Deutungskämpfe teils verwickelt, teils das dafür notwendige öffentliche Szenario selber erst provoziert.

Das bekannteste Beispiel dafür war der 1986 in den deutschen (und rasch auch internationalen) Feuilletons entfachte „Historikerstreit“, der heute für die Frage der deutschen Vergangenheitspolitik als Meilenstein gilt, selbst wenn diese erbitterte Debatte unter dem Rubrum „Singularität des Holocaust“ offensichtlich keinen wissenschaftlichen Ertrag brachte. Die Serie der öffentlichen Interventionen setzte sich auch jenseits der Wende von 1989/90 fort, drehte sich jetzt um den möglichen Renationalisierungseffekt der deutschen Wiedervereinigung, um die Reform des Asylrechts in den Jahren 1992/93 und die Errichtung des Holocaust-Denkmal in Berlin. Bei diesen und zahllosen späteren Wortmeldungen, regelmäßig in den (heute bis auf zwölf Bändchen angewachsenen!) „Kleinen politischen Schriften“ dokumentiert, ging es nie ohne Polemik, ja bisweilen sogar mit böartigen Unterstellungen zu, aber am meisten getroffen fühlen musste sich der „opinion leader der Neuen Linken“ (S. 341), zu dem Habermas mittlerweile avanciert war, durch den Vorwurf, seine hoch elaborierte Diskurstheorie, die den Wahrheitswert auch einer politischen Behauptung ausschließlich an die „Zwanglosigkeit des besseren Arguments“ gebunden sieht, sei nichts weiter als eine besonders raffinierte Strategie der Machtbehauptung.

Selbst wenn man dieser Unterstellung, von konservativen Gegnern wie Hermann Lübbe oder Robert Spaemann ins Feld geführt, nicht folgen möchte – bedenkenswert ist gleichwohl die Frage, wie wissenschaftliche Wahrheitssuche und politisches

Engagement in ein ausgewogenes und konstruktives Verhältnis zueinander gebracht werden können, wenn sich beide Äußerungen auf den Markt der öffentlichen Meinung begeben und dort, ob sie es wollen oder nicht, so miteinander verschmelzen, dass sie unvermeidlich für politische Machtspiele und soziale Interessensstrategien nutzbar werden. Es ist vor diesem Hintergrund gut, dass Müller-Doohm die letzte Etappe seiner Intellektuellengeschichte, die sich nunmehr zwangsläufig – und eigentlich entgegen der persönlichen Bescheidenheit ihres Helden – zur Apotheose eines „Meisterdenkers“ entfaltet, mit einem Kapitel über „Kritik als Beruf“ (S. 405 ff.) einleitet. Was hier zur Sprache kommt und anhand der Gegenpolemik anderer Meisterdenker-Prätendenten wie Peter Sloterdijk gut greifbar wird, ist die Tatsache, dass es vor allem in der demokratischen Öffentlichkeit, mit der Habermas ja schon durch seine Habilitationsschrift vertraut war, um nichts weniger geht als um „Diskurshegemonie“ oder „Mentalitätsmacht“ – anders gesagt: dass derjenige, der die Regeln des Diskurses definiert, damit auch Vorentscheidungen darüber trifft, was überhaupt zur Sprache gebracht werden kann.

Tatsächlich dürfte für die außerordentliche Durchschlagskraft, die Habermas in der deutschen wie in der internationalen Öffentlichkeit bis in die unmittelbare Gegenwart beweist, ein Aspekt maßgeblich sein, den Müller-Doohm schon vorher immer wieder hervorgehoben hat: die geradezu symbiotische Beziehung, die Habermas seit den frühen 1970er Jahren mit seinem Verleger Siegfried Unseld, auch mit den leitenden Redakteuren der Bonner und später der Berliner Republik gepflegt hat – mit der Folge, dass ihm die wichtigsten Feuilletons jederzeit offen standen. Nicht zu vergessen ist die geradezu frappierende Fähigkeit, sich auf dem internationalen akademischen Parkett elegant und diskussionsfreudig zu präsentieren, mit den führenden Theoretikern der USA und Frankreichs (wie Richard Rorty oder Jacques Derrida) „Freundschaften“ zu schließen und somit eine übernationale Theorie-Community zu bilden, für die es kein geeigneteres Forum geben konnte als die „Suhrkamp-Kultur“ (George Steiner).

Dennoch waren es nicht nur diese Verstärkermedien, die Habermas um die Jahrtausendwende noch einmal zur Vollform auflaufen ließen, vielmehr entsprang es seinem unermüdlichen und ganz persönlichen Engagement, dass die Rettung der europäischen Einheit in dem Maße ins Zentrum zu treten begann, wie der europäische Verfassungsentwurf zu scheitern drohte und schließlich tatsächlich auf Eis gelegt wurde. Sein „Projekt Europa“ setzte jetzt verstärkt auf die kulturelle Integration und untermauerte diesen neuerlichen *cultural turn* durch den gedanklichen Dreischritt, der von der nationalen zur europäischen und schließlich zur weltbürgerlichen Volkssouveränität führte. So entstand aus seinen iterativen Einlassungen zur europäischen Frage eine anspruchsvolle, auch flexible Argumentationsgrundlage für eine moderne, übernationale Demokratietheorie, die der normativen Überforderung durch die Diskurstheorie ein Stück weit entgegenarbeitete.

In ähnlicher Weise und etwa zur selben Zeit scheint sich beim „späten Habermas“ ein selbstreflexiver Prozess anzubahnen, durch den seine öffentlichen Wortmeldungen zwar nicht weniger politisch, aber doch mehr „philosophisch zurückgenommen“

daherkommen. Hatte er sich noch zu Zeiten der rot-grünen Regierungskoalition mehr oder weniger direkt in die Parteipolitik eingemischt, so galt seine Sorge in der Debatte um die Gentechnologie in erster Linie der Verteidigung der „menschlichen Natur“, war also defensiven Charakters. Auch in seinen Äußerungen zur „Zähmung des Kapitalismus“ standen die Bewahrung der Errungenschaften des europäischen Sozialstaats und die Verteidigung der Menschenrechte im Vordergrund. Vollends mit der Aufmerksamkeit einer eher konservativen Meinungsklientel konnte er rechnen, als er 2004 mit dem wenig später zum Papst gewählten Joseph Ratzinger in eine Debatte über das Verhältnis von „Glauben und Wissen“ eintrat. „Ich bin alt, aber nicht fromm geworden“ – dieses unbeirrte Bekenntnis zeigt den „nachmetaphysischen Aufklärer“ gewiss von seiner lebenswürdigsten Seite.

Diese Lebensgeschichte endet so, wie die Biographie eines „Berühmten“ nur enden kann: mit der Aufzählung der Ehrenpromotionen, der Laudationes und Festschriften zu den runden Geburtstagen. Dieser Parcours der Gratulationen, die Huldigungen für den *primus inter pares* und vor allem die Serie der akademischen und kulturpolitischen Preisverleihungen lesen sich in der Tat atemberaubend, auch ein wenig ermüdend. Und so fragt man sich schließlich, ob es überhaupt einen nationalen oder internationalen Preis gibt, den Habermas nicht abgeräumt hat, ausgenommen nur der Friedensnobelpreis! Zum achtzigsten Geburtstag hat sich das deutsche und internationale Feuilleton in Superlativen überschlagen, und der Suhrkamp-Verlag richtete, zusammen mit der Universität Frankfurt, ihm zu Ehren eine eigene Werkschau aus. Unter den verliehenen Titeln gab es peinliche wie „Weltmacht Habermas“, aber auch aufschlussreiche, wie das im Ehrungsgetümmel irgendwo gefallene Bonmot: „Hegel der Bundesrepublik“, jedenfalls wenn man es ironisch genug versteht.

Auf Habermas passt das Diktum, dass „Philosophie ihre Zeit in Gedanken gefasst“ sei; denn man kann sein Werk, seine öffentlichen Interventionen als einen beinahe lückenlosen und erhellenden Kommentar zur Geschichte der Bundesrepublik lesen. Sodann kann man ihn zu ihrer demokratischen Kultur in eine ähnlich symbiotische Beziehung bringen wie Hegel sie am Lebensende zum preußischen Staat einnahm: Beide Regime können als „fortgeschrittene Gestalt im Bewusstsein der Freiheit“ gelten, was ihre Kritik ja nicht ausschließt. Doch wenn Hegel seine Theorie gegenüber der Wirklichkeit mit dem zynischen Satz prämiert haben soll: „Umso schlimmer für die Wirklichkeit“, dann muss man für den ganz vitalen 85-Jährigen den Satz wohl umdrehen: „Umso besser für den Kritiker“, damit ihm noch einiges zu tun bleibe!

Herbst '89 – ein Vierteljahrhundert danach

Von Jörg Stößer

Daniela Münkkel (Hrsg.), Herbst '89 im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, Berlin 2014 (*BSfU*), 191 S.

Die Bundesrepublik feiert den 25. Jahrestag der deutschen Einheit. Das Jubel-Jubiläum ist Grund zur Freude und zum Gedenken. Bevor der Wiedervereinigungsprozess begann, siegte am 9. November 1989 die „Friedliche Revolution“: Die Berliner Mauer, das historische Zeugnis der Teilung – ein Symbol für Unrecht und Diktatur – ist damals gefallen. Ein guter Anlass, dachten sich die Verantwortlichen der BSfU, und publizierten mit „Herbst '89 im Blick der Stasi“ eine Auswahl-edition der Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS). Der von Daniela Münkkel herausgegebene Sonderband fand in der Publikationsreihe „Die DDR im Blick der Stasi“ einen passenden Rahmen. Die Veröffentlichung von Dokumenten der „Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe“ (ZAIG), der Schlüsselstelle im MfS-Apparat, soll Wissenschaft und politische Bildung in der Aufarbeitung von MfS-Tätigkeiten unterstützen. Kann der Sonderband dem Vorhaben gerecht werden? – Der Rezensent meint: Ja, er kann!

Das Werk ist in zwei aufeinander bezogene Abschnitte geteilt: Im ersten Teil (21 Seiten) wird die Einleitung von Adressaten-Listen (Namen und Funktionen) ergänzt. MfS-internes Bildmaterial zur „Friedlichen Revolution“ vervollständigt diesen Abschnitt. Die Berichte der ZAIG, weniger chronologisch, dafür reichlich kommentiert, befinden sich im zweiten Teil (157 Seiten) des Buches. Hier sind fünf Informations-, drei Stimmungs- (O-Dokumente) und fünf Wochenberichte für den Zeitraum 19. September bis 9. November 1989 aufgeführt – für das gesamte Jahr existieren 239 ZAIG-Inlandsberichte.

Einleitend erläutert Daniela Münkkel das Berichtswesen der Staatssicherheit: Geprägt von einer „geheimpolizeilichen Sicht“ und einem „Tunnelblick“, sind die Dokumente zum Teil „Zeugnisse einer politisch-ideologischen Selbstvergewisserung“ (S. 9), schickt die Autorin vorweg. Kritisch sieht sie die Rezeption und Umsetzung in der SED-Führung. Der Abgleich mit Dokumenten des Politbüros zeige, dass nur ein einziger direkter Bezug zu den ZAIG-Berichten im Jahr 1989 besteht. Zahlreiche indirekte Bezüge und „Vieraugengespräche“ provozieren zum Nachfragen: Wie haben SED-Machteliten die Informationen genutzt? Wie selektierten sie? Warum konnte die SED-Führung mit der Situation im Herbst 1989 nicht umgehen?

Antworten gibt die Autorin von *Herbst '89* zunächst auf die Frage: Was wusste die Stasi? Sie war, dies wird schnell klar (zum Beispiel Info-Bericht 19. September 1989, S. 31-62), über die Ereignisse in der DDR bestens informiert; und sie infor-

mierte ihrerseits die SED-Führung ebenso akribisch. Kein Wunder: Nahezu jede Oppositionsgruppe war durch Inoffizielle Mitarbeiter (IM) unterwandert, wurde abgehört und beobachtet. Dennoch war die Staatssicherheit kein Staat im Staate, sondern verstand sich in erster Linie als „Schild und Schwert“ der SED. Im Herbst 1989 sieht Münkelt folgerichtig eine Doppelstrategie, die sich in den Empfehlungen an die Machtelite zeigte: einerseits Zugeständnisse an die 89er Opposition gewähren, andererseits Strategien der gewaltsamen Niederschlagung erarbeiten.

Vorbildlich geht die Herausgeberin auf Kontinuitäten und Brüche in der „Informationspraxis“ des Jahrgangs 1989 ein. Im Vergleich zu früheren Dokumenten überraschen Routine und Frequenz, in der bis zum Schluss berichtet wird, umso mehr, weil MfS-Apparat und IM-Netz in der zweiten Jahreshälfte schnell erodieren. Andere Kontinuitätslinien erstaunen hingegen kaum. Ideologisch motivierte Argumentationsmuster beispielsweise oder die Lobpreisung der eigenen Verdienste sind stets wiederkehrende Aspekte der Berichtsjahrgänge.

Die Besonderheiten erhellen die Brisanz der Lage, in der sich das MfS befand. Zwei Beispiele: Die Autorin hebt erstens hervor, „dass sich in den letzten Wochen vor dem Mauer-Fall die Feindbildstereotypen [...] beginnen aufzulösen“ (S. 12). Zwar ist nach wie vor der Einfluss des „Westens“ als Ursache für die Unzufriedenheit der DDR-Bürger aufgeführt, jedoch werden Defizite der DDR-Innen- und Gesellschaftspolitik thematisiert, Ursachen ermittelt und Folgen für das Regime abgeschätzt. Solch nüchterne Analysen sind ein Novum in der Berichterstattung. Zweitens nimmt die Staatssicherheit zur Kenntnis, dass zentrale Trägergruppen des Regimes das Vertrauen in die politische Führung verlieren. Die Forderung an die SED-Führung, „das MfS [...] nicht als Sündenbock für alle Fehlleistungen abzustempeln“ (S. 15), lässt tiefes Misstrauen selbst bei „progressiven Kräften“ erahnen. Und in der Tat verfolgt die SED diese Strategie. Ein Großteil des Zorns der Bevölkerung war bekanntlich gegen die Stasi gerichtet. Einmal mehr dient sie als Machterhaltungsinstrument der Partei. Um zu beschwichtigen und abzulenken, soll das MfS möglichst folgenlos „geopfert“ werden. Später mussten Bürgerbewegungen die Auflösung der Nachfolgeorganisation geradezu erzwingen. Genannte und andere Beispiele zielen auf eine realitätsnahe, analytisch treffende Berichterstattung der Staatssicherheit. Diese qualitativen Unterschiede von 1989 bündelt die Autorin zur These: Das Unvermögen der SED-Diktatur lag nicht am mangelnden Informationsgehalt der Geheimberichte.¹

Im zweiten Teil des Buches befinden sich die kommentierten Dokumente. Ein Manko sind fehlende Auswahlkriterien: Da nicht alle Berichte enthalten sind, hätte die Offenlegung der Auswahl-Kategorien dieser Selektion für mehr Transparenz gesorgt. Allerdings reflektiert die Autorin an zahlreichen Stellen nicht aufgenommene Unterlagen. Folgt der Leser nur der Kommentierung, dann führt der Band einschlägige Studien über MfS-Tätigkeiten ins Feld: Hier spiegelt sich der Stand der Aufar-

1 Vgl. auch Daniela Münkelt, Die DDR im Blick der Stasi 1989, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 21-22/2009, S. 26-32.

beitung wider, deshalb ist das Buch als Einstiegslektüre zur MfS-Forschung lesens- und empfehlenswert. Eigene Forschungsakzente sind hingegen rar gesät. Hinzu kommt: Um die kritischen Kommentare zu finden, wie sie Münkler in der Einleitung ankündigt, muss bis ins kleinste Detail gelesen werden. In Fußnoten sind Erwartungen und Vermutungen des MfS beschrieben (z.B. FN 1, S. 125). Die Autorin kommentiert Folgeereignisse (z.B. FN 2, S. 135) oder nennt und erklärt handschriftliche Randbemerkungen oder biografische Hintergründe. Die vielen Zusatzinformationen – das ist die wahre Stärke des Buches – bleiben vornehmlich deskriptiv.

Beim Lesen der Dokumente stellt sich ein ernüchterndes und befremdliches Gefühl ein: Ernüchternd, weil die Berichte eine Normalität von Überwachung und Zwang suggerieren. Diese Perspektive scheint heute manchmal in Vergessenheit geraten – zugleich erzeugt Überwachung heute wie damals Ängste. Befremdlich wirken die Dokumente mit Sätzen wie: „In allen Fällen mussten zur Beendigung [...] Zwangsmaßnahmen durchgeführt werden“ (S. 142), oder wenn von „feindlich-negative[n] Kräfte[n] im Innern“ (z.B. S. 152) die Rede ist. Insgesamt ist das Buch als Material für die politische Bildung reizvoll – ob es aber neue Impulse für Forschung freisetzt?

Der Spagat zwischen Wissenschaft und Bildungsarbeit scheint zu gelingen. Der Sonderband, so das abschließende Resümee, ist eine willkommene Unterstützung für Forscher sowie zeitgeschichtlich Interessierte. Wer sich selbst ein Bild machen möchte: Das Werk ist über die BStU kostenlos erhältlich. Und all jene, denen die Dokumente nicht ausreichen, sind auf das Jahr 2019 zu vertrösten. Dann soll der gesamte Jahrgang 1989 in der Reihe „Die DDR im Blick der Stasi“ erscheinen.

Kompodium des Linksextremismus

Von Jürgen P. Lang

Armin Pfahl-Traugher, Linksextremismus in Deutschland. Eine kritische Bestandsaufnahme, Wiesbaden 2014 (*Springer VS*), 248 S.

Eine umfassende Monographie des deutschen Linksextremismus ist noch immer nicht geschrieben. Aller begrüßenswerten Ansätze der letzten Jahre¹ zum Trotz herrscht auf diesem Forschungsgebiet Flaute, umso mehr als der vom NSU-Terror entfachte „antifaschistische“ Gegenwind seriöse Analysen zum Linksextremismus in Misskredit zu bringen trachtet. Je mehr die politische Kultur ihren antiextremistischen Konsens zugunsten eines „antifaschistischen“ aufgibt, desto schneller, so scheint es, wächst die Scheu, in eine der Ideologiefallen zu tappen, die (politische) Gegner der Extremismustheorie auslegen. Armin Pfahl-Traugher ist frei von derartigen Ängsten, lässt aber (wissenschaftliche) Vorsicht walten. Sein Kompodium beansprucht, zugleich „Einführung und Gesamtdarstellung zum Thema ‚Linksextremismus‘“ (S. 2) zu sein. Dies gelingt, wenn auch das zweite Konzept zugunsten des auf Knappheit und Strukturiertheit bedachten ersten ins Hintertreffen gerät. Herausgekommen ist ein Buch, das in seinem Aufbau an Berichte der Verfassungsschutzbehörden erinnert. Doch der Autor – einer der renommiertesten Extremismusexperten – wäre nicht er selbst, hätte er es mit dem Abfassen eines reinen Lexikons bewenden lassen.

Armin Pfahl-Traugher legt viel Wert auf ein abwägendes Urteil, das sich abweichenden Meinungen nicht verschließt und Kritikern eine sachliche Auseinandersetzung liefert. Er arbeitet mit Begründungen, bloße Behauptungen liegen ihm fern. Die theoretische Unterfütterung macht den Band auch für Wissenschaftler reizvoll und fordert den Diskurs heraus. Die rein negative Definition von Extremismus (als alles was „anti-demokratisch“ ist) sieht der Autor methodisch im Nachteil gegenüber einer positiven, die bestimmte Merkmale (historischer Determinismus, Absolutheitsanspruch, homogenes Gesellschaftsbild) zu ausschlaggebenden Kriterien erhebt. Es ist zwar richtig, dass die eine Festlegung den Extremismusbegriff auf eine bloße Sammelbezeichnung reduziert, während die andere gemeinsame Strukturmerkmale aller Extremismen herausstreicht. Doch unerwähnt bleibt: Die Positivdefinition birgt die Gefahr, sich neuen Phänomenen (mit noch unbekannten Merkmalen) zu verschließen. Wer genuine Extremismusforschung betreibt, kommt deshalb nicht umhin, sich zunächst der Negativdefinition zu bedienen.

1 Vgl. u. a. Harald Bergsdorf/Rudolf van Hüllen, Linksextrem – Deutschlands unterschätzte Gefahr? Zwischen Brandanschlag und Bundestagsmandat, Paderborn u. a. 2011; Ulrich Dörmann (Hrsg.), Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2011.

Es irritiert, dass Pfahl-Traugher es mit einer solchen bewenden lässt, wenn es anschließend um die Bestimmung des Linksextremismus geht: „Es handelt sich dabei um eine Sammelbezeichnung für alle politischen Auffassungen und Bestrebungen, die im Namen der Forderung nach einer von sozialer Gleichheit geprägten Gesellschaftsordnung die Normen und Regeln eines modernen demokratischen Verfassungsstaates ablehnen“ (S. 23). Dabei wäre es im Falle der extremistischen Varianten leichter möglich, wegen der (eher unscharfen) politischen Implikationen der Präfixe „rechts“ und „links“ vielleicht sogar geboten gewesen, zumindest einen gemeinsamen inhaltlichen Nenner herauszufiltern. Beim Rechtsextremismus könnte dieser lauten: Propagierung der Ungleichwertigkeit der Menschen bei Überhöhung der eigenen Rasse und/oder Nation. Und beim Linksextremismus trifft die Identifizierung des demokratischen Verfassungsstaates als Herrschaftsinstrument „des Kapitalismus“ auf das gesamte Spektrum zu.² Die Möglichkeit einer demokratisch motivierten Gegnerschaft zum „Kapitalismus“ ist damit keineswegs ausgeschlossen. Allerdings wirkt es konstruiert, wenn der Autor Marxismus und Anarchismus als Ideologiefamilien rubriziert und damit die Unterschiede überbetont. Die Feststellung, anders als die Anarchisten bekämpften „die Marxisten mehr den Kapitalismus und weniger den Staat“ (S. 24), ist fragwürdig, umso mehr, wenn man unter „Staat“ ein freiheitliches Gemeinwesen versteht. Letztlich handelt es sich doch nur um Nuancen innerhalb des Linksextremismus.

Ausführlich und überzeugend setzt sich der Autor mit dessen ideologischen Grundlagen auseinander. Zwar lässt er auch eine nicht-extremistische Auslegung des Marxismus gelten, macht aber deutlich, dass der exklusive Erkenntnisanspruch, Antipluralismus und die „Forderung nach einem repressiven und diktatorischen Staat“ (S. 39) bereits bei Marx und Engels angelegt, also keineswegs Verirrungen ihrer Epigonen waren. Pfahl-Traugher gelingt es trefflich, all denjenigen den Wind aus den Segeln zu nehmen, die Marx vor Lenin und Lenin vor Stalin retten wollen. Es lasse sich „kein rigoroser Trennungsstrich ziehen. [...] Die institutionellen Grundlagen von Stalins Herrschaft [...] wurden bereits unter Lenin geschaffen“ (S. 47). Und es „können auch die Unterschiede zwischen Stalin und Trotzki nicht in grundsätzlichen Fragen bezüglich einer mehr demokratischen oder mehr diktatorischen Ausrichtung der Sowjetunion gesehen werden“ (S. 50). Dasselbe gelte für Rosa Luxemburg. Die Ikone eines – angeblich – demokratischen Sozialismus habe „eine Diktatur sehr wohl als legitime und richtige Ordnung“ (S. 54) angesehen.

Wie begegnet Pfahl-Traugher der Partei *Die Linke*, in der Lenin-Kritik und Stalin-Apologie eine spannungsgeladene Beziehung eingehen? „Die Problematik einer Einschätzung“ (S. 111) der SED-Nachfolgepartei lagert der Autor in einen „Exkurs“. Am Ende gelangt er zu einem recht sibyllinischen Urteil: „Inwieweit sich ‚Die Linke‘ [...] immer mehr selbst demokratisiert, lässt sich gegenwärtig noch nicht sagen. Es gibt erkennbare Entwicklungen in diese Richtung. Ihnen stehen aber auch andere

2 Vgl. Jürgen P. Lang, Für eine bessere Welt? Linksextremistische Argumentationsmuster, Sankt Augustin/Berlin 2012, S. 11-13.

Tendenzen gegenüber“ (S. 123). Zwar bietet der Abschnitt genügend Anhaltspunkte für einen im Kern extremistischen Charakter der *Linken*: ein nicht mit den freiheitlichen Werten vereinbares Demokratieverständnis, „systemfeindliche“ Attitüden im Grundsatzprogramm und die Vereinnahmung dezidiert antidemokratischer Kräfte. Doch es verbleibt der Eindruck, dass Pfahl-Traughber das Thema mit spitzen Fingern anfasst – eine Konzession an das Konzept des unvoreingenommenen Lehrbuchs?

Im Schlusswort wird der Autor zwar konkreter, belässt es aber bei der Feststellung, in der Partei könne man „sehr wohl extremistische Positionen ausmachen“, während sich „hinsichtlich der realen Politik [...] mehr eine Akzeptanz der Regeln des demokratischen Verfassungsstaates konstatieren“ (S. 224) lasse. Als seien extremistische Ideologie und demokratiekonformes Handeln ein Widerspruch. Zu dem der Ausgewogenheit geschuldeten, zurückhaltenden Grundtenor des Buches passt: Der Autor konfrontiert die Positionen der Politologen Eckhard Jesse und Richard Stöss zur *Linken* miteinander, enthält sich aber weitgehend einer eigenen Bewertung. So bleibt zweierlei unerwähnt: Stöss' Hauptargument der Marginalität der Radikalen innerhalb der *Linken* steht auf tönernen Füßen – allein angesichts der breiten Präsenz dieser Kräfte in Führungsgremien und Bundestagsfraktion.³ Und Jesses Vorstellung eines „weichen“ Extremismus der Partei bedeutet keineswegs „weniger“ Extremismus. Die Auffassung, beide Forscher lägen „in der Tendenz ihrer inhaltlichen Einschätzung nahe beieinander“ (S. 122), ist insofern nur schwer nachzuvollziehen.

Der nicht wissenschaftlich vorbelastete Leser mag solche Monita freilich getrost ignorieren. Pfahl-Traughbers gekonnter Ritt durch Geschichte, Ideologien, Organisationen, Subkulturen, Terrorzirkel und Handlungsfelder des deutschen Linksextremismus ist überaus instruktiv. Einsteigern liefert das Buch eine Fülle an Informationen, nicht nur über die Materie selbst, sondern auch über den Stand der Forschung. Dass der – vermeintliche – Vorteil besserer Verständlichkeit durch eine kleinteilige Gliederung zum Preis von Redundanzen und Abgrenzungsproblemen erkaufte wird, kann man hinnehmen. Schwerer wiegt allerdings, dass der geneigte Rezipient mit so manchem Satzungeüm zu kämpfen hat. Die zahlreichen „beamtendeutschen“ Formulierungen wie „Es kommt bei Mehrheitsverhältnissen zu deren Gunsten zu Angriffen in Gruppen auf Polizeibeamte“ (S. 182) muss man zweimal lesen, um sie zu verstehen. Hier dürfen sich die Verlage angesprochen fühlen, die ihre Arbeit mittlerweile auf das unbesehene Abdrucken von eilig verfassten Manuskripten beschränkt zu haben scheinen. Das fehlende Lektorat richtet mehr Schaden an, als man annimmt. Auf Dauer beeinträchtigt es die Reputation der Wissenschaft.

3 Vgl. Eckhard Jesse/Jürgen P. Lang, *Die Linke – eine gescheiterte Partei?*, München 2012, S. 250-272.

Verfassungsschutzbericht 2013

Von Manuel Becker

Verfassungsschutzbericht 2013, hrsg. vom Bundesministerium des Inneren, Berlin 2014 (Bezugsadresse: www.verfassungsschutz.de), 384 S.

Der im Jahr 2014 erschienene Verfassungsschutzbericht kann auf eine 45jährige Tradition blicken. Im Laufe der Zeit wandelten sich die strukturelle Gliederung ebenso wie die inhaltliche Ausgestaltung beträchtlich. In den vergangenen Jahren hat sich ein gewisses Muster etabliert, das auch dieses Mal beibehalten wurde. So beginnt der Bericht mit wesentlichen Strukturdaten des Verfassungsschutzes: Das Bundesamt für Verfassungsschutz erhielt 2013 aus dem Bundeshaushalt Mittel im Umfang von knapp 206 Millionen Euro (2012: knapp 210 Millionen Euro), aus denen u. a. 2.776 Bedienstete (2012: 2.757) beschäftigt wurden. Darauf folgen einige Grundlagen zum Stellenwert des Verfassungsschutzes in der Demokratie. Hieran schließen sich ein Überblick über die Politisch motivierte Kriminalität (PMK) sowie eine knappe Auseinandersetzung mit der Bedeutung des Internets für extremistische Bestrebungen an. Der Bericht zeigt auf, in welchem Ausmaß die Extremisten das Internet als Instrument entdeckt haben und insbesondere den Bereich der Social Media gezielt einzusetzen wissen. Mit Blick auf staatliche und gesellschaftliche Institutionen als Opfer potentieller Cyberattacken gibt der Bericht jedoch ein verhaltenes Signal der Entwarnung: Momentan reiche das Wissen meist nur für so genannte low-level-Aktionen wie die Beeinträchtigung von Internetangeboten, die Veränderung von Webseiten oder das Entwenden personenbezogener Daten. Dennoch wird davor gewarnt, dass die Cyber-Guerilla zu einer neuen militanten Option des Widerstands im 21. Jahrhundert werden könne.

Die folgenden drei größeren Kapitel sind dem Rechtsextremismus (74 Seiten), dem Linksextremismus (53 Seiten) und dem Bereich „Islamismus/islamischer Terrorismus“ (66 Seiten) gewidmet. Schließlich folgen sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern, die nicht dem Islamismus zuzurechnen sind, sowie ein ausführliches Kapitel zu Spionage und sonstigen nachrichtendienstlichen Aktivitäten. Auf die im Sommer 2013, nach den Enthüllungen von Edward Snowden bekannt gewordenen Aktivitäten der National Security Agency (NSA) geht der Bericht jedoch nicht ein. Er schließt wie üblich mit den Kapiteln zu Geheim- und Sabotageschutz sowie zu Scientology.

Wie schon seine Vorgänger wurde der Bericht 2014 unter dem Eindruck der Panenserie rund um die rechtsextremistische Organisation Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) verfasst, die – ob gerechtfertigt oder nicht – nachdrücklich zu einer Verschlechterung der Reputation des Verfassungsschutzes in den Augen der Öffent-

lichkeit geführt hatte. Die verschiedenen Leitlinien des 2012 eingeleiteten Reformprozesses wurden im Folgejahr fortgeführt und finden ausführliche Erwähnung: Die Reformmaßnahmen zielen u. a. auf eine Neupriorisierung der Beobachtungsobjekte, die Einführung von gemeinsamen Standards bei der Führung von V-Personen-Dateien, die stärkere Verzahnung von auswertenden und operativ tätigen Arbeitseinheiten, die Einführung von neuen Qualitätssicherungsmaßnahmen in der Auswertung sowie auf den Ausbau der Cyber- und IT-Kompetenz. Besondere Bedeutung kommt dabei dem 2012 neu geschaffenen Gemeinsamen Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum zu, das als Kommunikationsplattform zum effektiven Austausch von Informationen zwischen Polizei und Verfassungsschutz von Bund und Ländern beitragen soll. In diesem Zusammenhang wird auf einen Fahndungserfolg bei einem lange in Deutschland lebenden türkischen Linksextremisten hingewiesen, der im Februar 2013 in Ankara einen Bombenanschlag auf die US-Botschaft verübt hatte.

Die Zahl der Rechtsextremisten ist mit 21.700 im Vergleich zu 22.150 2012 – wie schon in den Vorjahren – leicht rückläufig, wenngleich das Potential an gewaltbereiten Rechtsextremisten mit 9.600 Personen unverändert auf dem Stand des Vorjahres verbleibt. Im Bereich der rechtsextremistisch motivierten Straftaten wurden 17.042 Fälle erfasst, was ungefähr dem Niveau des Vorjahres (2012: 17.616) entspricht. Von diesen waren 837 Gewalttaten, womit diese Zahl unverändert hoch bleibt (2012: 842). Obgleich das Personenpotenzial seit Jahren mit knappen Abständen kleiner wird, bleibt das Gefährdungspotenzial durch Gewalttaten unverändert hoch.

Das Personenpotenzial der Linksextremisten zeigt sich als leicht rückläufig, da es von 29.400 Personen 2012 auf 27.700 Personen gefallen ist. Dies ist jedoch kein Grund zur Beruhigung, wenn man auf die Zahl der politisch motivierten Straftaten blickt. Es wurden 8.673 Fälle von linksextremistisch motivierten Straftaten erfasst. Damit liegt die absolute Zahl zwar deutlich niedriger als im Bereich des Rechtsextremismus, der relative Anstieg von immerhin 39,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr, in dem es 6.191 Straftaten gab, ist jedoch Besorgnis erregend. Auch der relative Anteil von Gewalttaten mit linksextremistischem Hintergrund ist von 876 im Jahr 2012 auf 1.110 im Jahr 2013 gewachsen – was einem Anstieg um 26,7 Prozent entspricht. Daraus kann der Schluss gezogen werden, dass zwar die absolute Zahl an Linksextremisten zurückzugehen scheint, das linksextremistische Gewaltpotenzial jedoch zugenommen hat.

Aus Sicht des Verfassungsschutzes bieten auch die Entwicklungen auf dem Sektor des islamistisch motivierten Extremismus Anlass zur Sorge. Insbesondere der Bürgerkrieg in Syrien wirkt sich dem Bericht zufolge mobilisierend auf die salafistische Szene aus. Das Personenpotenzial der Islamisten ist in Deutschland im Jahr 2013 von 42.550 auf 43.190 Personen gestiegen. Damit liegen die islamistischen Extremisten rein quantitativ weit vor Rechts- und Linksextremisten und verbuchen im Gegensatz zu diesen als einzige der drei Extremistengruppen einen quantitativen Zuwachs an Personen. Wohl nicht von ungefähr hatten mit DawaFFM, einschließlich der Teilorganisation Internationaler Jugendverein. Dar al Schabab e.V., an-Nussrah und DawaTeam Islamische Audios alle im Berichtsjahr vom Bundesinnenminister

verbotenen Vereine einen islamistischen bzw. islamistisch-terroristischen Hintergrund.

Insgesamt ist der Verfassungsschutzbericht mit 384 Seiten dieses Mal etwas schlanker ausgefallen als in den Vorjahren, in denen die Seitenzahl zwischen 442 (2009) und 502 (2011) variierte. An vielen Stellen wird über die reine Deskription und die Aneinanderreihung von Fakten hinausgegangen. Die hier angedeuteten Interpretationen und Zusammenhänge sind nützlich, um einen Einblick in die offiziellen Einschätzungen der Sicherheitsbehörden zu gewinnen. Als wissenschaftliche Auseinandersetzung darf man den Bericht natürlich nicht lesen. Dieser Anspruch wird auch gar nicht erhoben. Der Verfassungsschutzbericht sollte vielmehr als das gelesen werden, was er ist: ein erneut hilfreiches und fakten gesättigtes Kompendium, das sich als Recherche- und Nachschlagewerk für Behörden, Forscher, Studierende, Journalisten und interessierte Bürger versteht und allen diesen Personengruppen gleichermaßen gut zugänglich und verständlich ist.

Die Geschichte des Westens im Kalten Krieg

Von Michael Hochgeschwender

Heinrich August Winkler, Geschichte des Westens, Bd. III: Vom Kalten Krieg zum Mauerfall, München 2014 (C. H. Beck), 1258 S.

Mit seiner vierbändigen *Geschichte des Westens* hat Heinrich August Winkler ein monumentales Werk geschaffen und mit 1132 Text- und weiteren 78 Anmerkungsseiten reiht sich der dritte Band bruchlos in die Kontinuität seiner beiden Vorgängerbände ein, ja er ist sogar – vom Umfang her – noch deutlich gewichtiger. Das ist kein Zufall, sondern dem Inhalt geschuldet, denn in den Jahrzehnten des Kalten Krieges zwischen 1945 und 1991, die Winkler hier behandelt, kam der Westen gewissermaßen objektiv zu sich selbst. Zu keinem Zeitpunkt in der Geschichte war derart klar, wer zum Westen zählte, für welche Werte er eintrat und wo der Feind stand, nämlich im Osten. Mit den USA als global agierender Hegemonialmacht des Westens und der Sowjetunion samt ihren zahlreichen Satellitenstaaten im „Osten“ standen zwei diametral entgegengesetzte Machtblöcke in einer manichäisch anmutenden Systemkonstellation einander gegenüber. Genau dieses Gegeneinander schildert Winkler breit und offen für das Wesentliche der Epoche. In fünf chronologisch gegliederten, konzentriert geschriebenen Kapiteln führt er den Lesern die Problemlagen des Kalten Krieges minutiös und kenntnisreich vor Augen. Ausgehend vom Zerfall der antideutschen Kriegskoalition des Zweiten Weltkrieges geht er auf die Frühphase der anschließenden Ost-West-Konfrontation bis 1949 ein, wobei er sich über das politische Geschehen hinaus intensiv der Idee der Menschenrechte, allen voran der einschlägigen UN-Deklaration von 1948, widmet. Dabei zeigt Winkler, dass es nicht nur die liberalen Abwehrrechte von individuellen Eigentümern gegenüber den Geltungsansprüchen des Staates waren, die für die UN-Deklaration konstitutiv waren, sondern durchaus auch kollektive soziale Rechte, die zum Teil aus der sozialistischen Bewegung und zum Teil aus der katholischen Soziallehre stammten. Allerdings fehlt eine breitere Diskussion, was daraus für den normativen Gehalt des westlichen Projekts, das im Kern auf den durchaus widersprüchlichen Ideen von 1776 und 1789 fußt, folgt. Winkler bekennt sich zwar explizit und vollkommen zu Recht zu dieser Normativität, nutzt sie aber bedauerlicherweise viel zu wenig in der Analyse. Ohne normative Rückbindung hat eine Geschichte des Westens keinen Sinn. Wenn man aber die normative Ebene von Westlichkeit schon einführt, müsste man sie analytisch nutzbringender einsetzen, etwa in der Diskussion der Menschenrechtsklärung. So drängt sich beispielsweise die Frage auf, warum die Deklaration von 1948 ausschließlich apodiktisch formuliert ist und auf eine explizite rationale Begründung verzichtet. Inwieweit ist, über die inhaltliche Akzeptanz sozialer Men-

schenrechte hinaus, dieser dezisionistische Voluntarismus mit dem Projekt des Westens stimmig vereinbar? Was bedeutet er für die Formulierung der Substanz dessen, was „den Westen“ ausmacht? Und schließlich: Wie verhält sich die Ebene der menschenrechtlichen Idealität zur politischen Praxis des Westens im Kalten Krieg, etwa dem faktischen Bündnis mit zahlreichen autoritären Staaten, dem Engagement der USA und ihrer Alliierten in Vietnam, wo Menschenrechte weiß Gott keine Rolle spielten? Und wie verhielten sich die Werte des Westens zur Zivilisierungsmission des Imperialismus auch noch im 20. Jahrhundert, gerade wenn man die Dekolonisierungskriege Großbritanniens und Frankreichs in den Blick nimmt? Auf all diese Fragen gibt Winkler keine Antwort, obwohl er problematische Themenbereiche keineswegs ausblendet. Ganz im Gegenteil: Der Prozess der Dekolonisierung, die Rassenfrage in den USA, der Umsturz in Chile 1973, sie alle werden ausführlich geschildert und durchaus kritisch gewertet, aber gerade nicht unter explizitem Verweis auf ihr Verhältnis zum normativen Projekt des Westens und der Deklaration der Menschenrechte.

Das zweite Hauptkapitel schildert den Höhepunkt der ersten Konfrontationsphase im Kalten Krieg, den Zeitraum zwischen dem Koreakrieg und der Kubakrise. Durchgehend, dies gilt ebenso für die nachfolgenden Abschnitte, stehen die konventionellen Themenfelder von Außenpolitik, Innenpolitik und Wirtschaftspolitik im Vordergrund, während die Kulturgeschichte deutlich in den Hintergrund rückt. Das ist mitunter schade, wenn man bedenkt, wie wichtig populärkulturelle Artefakte für die weltweite ideologische Mission der USA sind. Aber es ist auf der anderen Seite verdienstvoll angesichts des Umstands einer Kulturgeschichte, die sich bisweilen mit den „harten“ Themen Diplomatie, Krieg und Wirtschaft schwertut. Winkler gelingt es durchgehend, ein nuanciertes globales Bild zu zeichnen; er billigt Afrika und Asien breiten Raum zu, aber im Zentrum bleiben US-amerikanische, sowjetische und europäische Entwicklungen mit Westdeutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien als wichtigsten Akteuren. Die europäische Einigung nimmt in der Darstellung positiv wie negativ einen gewichtigen Platz ein. Wie bereits im ersten Hauptkapitel verzichtet Winkler vielfach auf klare Wertungen. Weder kommt es zu vereinfachenden Schuldzuweisungen wegen des Ausbruchs des Kalten Krieges, noch wird überhaupt viel Kritik geübt, obschon der Autor seinen eigenen Standpunkt, wenngleich sehr moderat, in seinen Formulierungen durchscheinen lässt. Diese Zurückhaltung führt indes dazu, die gesamte Darstellung tendenziell deskriptiv und faktizistisch erscheinen zu lassen. Etwas mehr Mut zur provokanten These wäre anregender gewesen. Wenn dann allerdings gewertet wird, stützt man freilich. War Papst Pius XII., der amerikafreundlichste und prokapitalistischste Papst des 20. Jahrhunderts, wirklich „hochkonservativ“? Dieses Urteil würde nicht einmal theologisch sinnvoll erscheinen. Demgegenüber besticht die Schilderung der Probleme, die sich für die Staaten des Westens aus der Dekolonisation ergaben, bis hin zu dem ebenso gewagten wie sinnfreien Suezkrieg von 1956. Dessen Verlauf kostete Großbritannien und Frankreich nicht allein ihren Weltmachtstatus, gemeinsam mit Israel schaffte es ihre

Aggression, die westliche Position gegenüber der Sowjetunion in Ungarn komplett zu desavouieren.

Die Kritik am zurückhaltenden Umgang mit Thesen und Wertungen gilt umso mehr für das dritte Hauptkapitel, das den allmählichen Abbau der Blockkonfrontation und die Hochphase der Entspannungspolitik behandelt. Hier rächt sich vor allem der Fokus auf konventionelle historische Themenbereiche. Man kann „1968“ kaum richtig einordnen, ohne einen ausgiebigen Blick auf die Populärkultur der Epoche zu werfen. Dort fanden die kritischen Diskussionen statt, in denen die Ambivalenzen und Widersprüche des Westens, wenngleich nicht immer auf hohem Niveau, thematisiert wurden. Die Gegenkultur der 1960er Jahre hatte ihre gravierenden Mängel, aber sie war langfristig einflussreich, führt man sich etwa weiterhin gegenwärtige Diskussionslagen (ob zu Abtreibung, Sexualverhalten, Homosexuellenehe etc.) vor Augen. All dies aber kommt bei Winkler deutlich zu kurz. Sehr viel stärker ist seine Darstellung, wo er sich mit dem Struktur- und Wertewandel der 1970er Jahre, der „Epoche nach dem Boom“, befasst. Wieder geht es weniger um Werte und mehr um Strukturen, aber da überzeugt Winkler rundum. Insbesondere verweist er auf den Beginn des Schuldenstaates in den frühen 1970er Jahren. Insbesondere die Bürger Westeuropas hatten sich an die gleißenden Verheißungen des Sozialstaates im „Goldenen Zeitalter des Kapitalismus“ gewöhnt und waren nicht bereit, sie im Angesicht der ökonomischen Krise aufzugeben, weswegen Sozialleistungen von nun an langfristig über Schulden finanziert werden mussten, was dann in eine bis heute anhaltende Abfolge von Schulden- und Finanzkrisen mündete. Am Ende dieses Kapitels nimmt der Verfasser mit der Helsinkikonferenz von 1975 die Frage der Menschenrechte von neuem auf. Er verfißt zu Recht die These, Korb 3 der KSZE-Schlussakte habe auf bemerkenswerte Weise zur Destabilisierung des sowjetischen Weltreiches beigetragen. Aber auch im Westen, etwa in Spanien, Portugal und Griechenland, ebenso im politischen Handeln des US-Präsidenten Jimmy Carter, kam den Menschenrechten in den 1970er Jahren eine ganz neue Funktion zu, wenngleich nicht frei von Inkonsistenzen. Dies belegt nicht zuletzt der Blick auf Carters teilweise widersinnige Außenpolitik.

Aber damit sind wir bereits im vierten Hauptkapitel, das sich mit der erneuerten Blockkonfrontation der 1970er und vor allem der 1980er Jahre beschäftigt. Zugleich wirft Winkler einen ausgiebigen Blick auf die neuen ökonomischen Ansätze von Neomonetarismus und Neoliberalismus im Großbritannien Margaret Thatchers und in den USA Ronald Reagans, ohne sich von einer unkritischen und voreiligen Apologetik zugunsten der überkommenen keynesianischen Wohlfahrtsstaatlichkeit der vorangegangenen Jahrzehnte blenden zu lassen. Die Stagflation der 1970er Jahre war ein Beleg für das Scheitern keynesianischer Konzepte, was indes nicht automatisch (und Winkler vermeidet auch diese Falle) im Umkehrschluss die Richtigkeit des Neoliberalismus belegt. Bezogen auf die Präsidentschaft Reagans, dessen Versuch, die amerikanische Ökonomie auf Pump wieder flott zu machen, durchaus kritisch kommentiert wird, kommt es jedoch zu einer Fehleinschätzung. Winkler führt die Wahlerfolge Reagans auf eine Koalition von Neokonservativen, Neoliberalen

und Evangelikalen zurück. Das ist richtig, macht aber nur einen Teil der Wahrheit aus. Mit den neokonservativen und neoliberalen Intellektuellen allein waren niemals Wahlen zu gewinnen, und die Evangelikalen standen zu keinem Zeitpunkt geschlossen hinter den Republikanern. Wichtiger und charakteristischer für die 1980er Jahre war der Zerfall der traditionellen *New-Deal*-Koalition Franklin D. Roosevelts. Weiße Südstaatendemokraten wandten sich wegen der Bürgerrechtsbewegung den Republikanern zu, die konservativer wurden, was zu einem Linksruck der Demokraten führte, der wiederum viele sozialkonservative, progressive, aber antilibérale katholische Arbeiter in die Reihen der Republikaner brachte, die sogenannten *Reagan Democrats*. Diese ideologische Neuformation des amerikanischen Parteiensystems brachte im Endeffekt jene gesellschaftliche Spaltung hervor, unter denen die USA immer noch leiden.

Mit dem fünften Hauptkapitel über den Zerfall des Sowjetimperiums und das Ende des Kalten Krieges erreicht das Buch seinen Höhepunkt. Winkler gelingt es, den Niedergang der UdSSR exakt zu schildern, ohne sich auf die Frage einzulassen, wer denn nun dafür verantwortlich war. Die Entspannungspolitik, Reagans Härte und Flexibilität, die letale ökonomische und technologische Krise des marxistischen Totalitarismus, Gorbatschows Mut zu Reformen, der Neuaufbruch des polnischen Katholizismus unter Papst Johannes Paul II., all dies hat in Winklers Narrativ seinen Platz – und das berechtigterweise. So entsteht ein komplexes und differenziertes Bild der bewegten Jahre zwischen 1985 und 1991, das mit dem Golfkrieg und den Debatten über das Ende der Geschichte (Francis Fukuyama) und den Konflikt der Zivilisationen (Samuel Huntington) endet. Warum uns Winkler jedoch die bundesrepublikanischen Debatten der 1980er Jahre, vor allem den „Historikerstreit“, erspart, bleibt angesichts der sonst so auffallenden Faktenfülle seines Werkes sein Geheimnis.

Insgesamt handelt es sich um ein dichtes, gehaltvolles und dennoch gut lesbares Buch, das jedoch in der Lektüre deutlich mehr intellektuelles Vergnügen bereiten würde, würde es schärfer werten und klarer Stellung beziehen. Positiv ist der globale Fokus zu sehen, ohne dass es sich um eine Globalgeschichte handelte. Manche inhaltliche Schwerpunktsetzung bleibt indes fragwürdig: Warum erfährt man so viel über Angola, aber kaum etwas über Australien und Neuseeland, die doch gleichfalls zum Westen zählten und zeitweilig, wie Schweden, als mustergültige westliche Sozialstaaten galten? Angesichts der Monumentalität des Bandes ist diese Frage wohl beckmesserisch.

Fragile Mitte – feindselige Zustände

Von Jürgen W. Falter

Andreas Zick/Anna Klein, Fragile Mitte. Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014, hrsg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2014 (*Dietz*), 175 S.

Es handelt sich bei der vorliegenden, im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebenen Untersuchung um eine (nunmehr gemeinsame) Fortschreibung der seit 2006 vorgelegten sogenannten Mitte-Studien der Leipziger Forschergruppe um die Psychologen Elmar Brähler und Oliver Decker und der seit 2002 von Wilhelm Heitmeyer herausgegebenen Bielefelder Untersuchungsreihe *Deutsche Zustände*. Begründet wird die Zusammenführung damit, dass die zentralen Konzepte beider Untersuchungsreihen, nämlich rechtsextreme Einstellungen und „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ einfach zusammengehörten. Ausgangspunkt ist die gemeinsame Beobachtung aus beiden Studienreihen, „dass weite Teile der deutschen Gesellschaft anfällig dafür sind, andere Gruppen und ihre Mitglieder als ungleichwertig, minderwertig anzusehen oder sogar für ‚überflüssig‘ zu halten“ (S. 14). Ungleichwertigkeitsideologien würden „hierzulande massiv von rechtsextremen Milieus in die Mitte der Gesellschaft und wieder zurück an ihre Ränder transportiert“ (ebd.). Rechtsextreme Milieus bildeten sich vor allem dort heraus, wo Ungleichwertigkeiten bereits existierten.

Der schillernde Begriff der Ungleichwertigkeit wird dabei als ein gewissermaßen sich selbst erklärender, intuitiv nachvollziehbarer Begriff verwendet. Eine exakte Definition wird zumindest im vorliegenden Band nicht geliefert. Er umfasst nach Auffassung der Verfasser sowohl objektive Lagen als auch subjektive Empfindungen. Im Sinne einer objektiven Lage bezieht sich der Begriff auf prekäre Lebenssituationen, auf Menschen, die geringere Lebenschancen als andere haben. In seiner subjektiven Dimension bezieht er sich auf die „Überzeugung, andere Gruppen oder Personen, die ihnen angehören, seien weniger wert, weniger zur Gesellschaft passend, bedrohlicher, abweichender, abstoßender als andere. Vor dem Hintergrund dieser Ideologie der Ungleichwertigkeit kann sich die ganze Macht von Stereotypen, Vorurteilen und politischen Ideologien der Minderwertigkeit von Gruppen entfalten“ (S. 15).

So kühn der Sprung von einzelnen Einstellungen oder Überzeugungen zu einer ganzen Ungleichwertigkeitsideologie erscheinen mag, so notwendig ist er doch, um die Brücke zum Konzept der „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ zu schlagen. Diese von einer Bielefelder Arbeitsgruppe um Wilhelm Heitmeyer erarbeitete Konzeption scheint zwar nicht semantisch identisch zu sein mit Ungleichwertigkeitsideologien, ihnen aber sehr nahe zu kommen, wenn man weniger auf die theore-

tische Definition als auf die in den Skalen zur Messung beider Konzeptionen verwendeten Indikatoren schaut. Der Hauptunterschied besteht darin, dass „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ etwas breiter definiert ist: „Feindselige und abwertende Einstellungen gegenüber Einwanderern, Juden, Muslimen, Obdachlosen und Arbeitslosen sowie verschiedenen anderen Gruppen bezeichnen wir als Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Sie ist dadurch gekennzeichnet, dass sie sich auf verschiedene Gruppen in der Gesellschaft bezieht, die als schwach, abweichend, nicht normal oder fremd usw. markiert werden. Gleichzeitig weist sie einen gemeinsamen Kern auf, der sie als Ideologie der Ungleichwertigkeit beschreiben lässt“ (S. 62).

Das ist alles andere als genau. Auf weitere Ansätze der Rechtsextremismusforschung wird zumindest im Band kaum Bezug genommen. So tauchen im Literaturverzeichnis weder die einschlägigen Arbeiten von Uwe Backes und Eckhard Jesse oder ihrer Mitarbeiter bzw. Schüler auf, noch die wichtigen empirischen Untersuchungen zum Rechtsextremismus von Kai Arzheimer, Markus Klein, Jürgen Winkler, Hans-Gerd Jaschke oder Siegfried Schumann; auch die Jenaer Studien zum Rechtsextremismus finden keine Erwähnung; selbst von den vielen einschlägigen Arbeiten Richard Stöss' zum Thema wird nur eine einzige im Literaturverzeichnis aufgeführt, bezeichnenderweise eine von der Friedrich-Ebert-Stiftung geförderte Untersuchung. Unverkennbar wohnt der Untersuchung ein gewisser konzeptioneller Solipsismus inne.

Im Einzelnen beschäftigt sie sich in fünf Kapiteln mit rechtsextremen Einstellungen, mit menschenfeindlichen Zuständen, mit Anzeichen einer entleerten Demokratie, mit anti-europäischen Reflexen und einem Konstrukt namens „Marktförmiger Extremismus“, auf das noch zurückzukommen sein wird. Das alles wird durchgehend unter dem Aspekt erörtert, ob es sich dabei um ein Phänomen der Mitte handle, ein definitorisch und theoretisch ebenso unbestimmtes wie liebevoll gepflegtes Bild der Leipziger und der Bielefelder Extremismusforscherguppen, denn um viel mehr als um eine Metapher handelt es sich nicht. Dieses Bild eines politischen Extremismus, die Rede ist übrigens ausschließlich von Rechtsextremismus, der entweder seinen natürlichen Nährboden in der Mitte der Gesellschaft finde oder zumindest in diese fortschreitend eindringe, fand schnell Einzug in den medialen Diskurs der Bundesrepublik. Es ist ja auch ein allzu schönes, einprägsames Schlagwort mit erkennbar antifaschistischem Hintergrund. Um ein über jeden empirischen und methodologischen Zweifel erhabenes Untersuchungsergebnis handelt es sich dabei ebenso wenig wie um eine konsistente Theorie des Rechtsextremismus in modernen Industriegesellschaften nach Art von Erwin K. Scheuch und Hans-Dieter Klingemann, die übrigens ebenfalls im durchaus umfangreichen Literaturverzeichnis unberücksichtigt bleiben. Mit Seymour Martin Lipsets theoretischem Ansatz vom Faschismus als Extremismus der Mitte haben diese Interpretationen einer alles andere als eindeutigen Datenlage indes wenig zu tun. Stärker als von empirischer Evidenz scheinen sie von der durchaus legitimen politischen Sorge getrieben zu sein, der Schoß sei fruchtbar noch, aus dem das kroch, um Bertolt Brecht und eine dessen Zitat verwendende frü-

he Rechtsextremismusstudie von Heinz Brüdigam aus dem Jahre 1964 zu paraphrasieren.

Das von Andreas Zick und Anna Klein verfasste Einleitungskapitel befasst sich mit den „Bruchstellen einer fragilen Mitte“, so der Untertitel. Die Autoren unterscheiden vier Bruchstellen, deren radikalste „die Akzeptanz rechtsextremer Orientierungen in der Mitte bzw. in weiten Teilen der Bevölkerung“ sei (S. 18). Die zweite Bruchstelle bestehe „in der Akzeptanz und Befürwortung von menschenfeindlichen Meinungen, die wiederum Gedanken, Emotionen oder feindseligen (sic!) Handlungsabsichten repräsentieren“ (S. 18). Die dritte Bruchstelle dürfte mangelndes Vertrauen in die Demokratie darstellen. „Sie wird getragen von Misstrauen und dem Gefühl der Entfremdung von der Funktionsfähigkeit der Gesellschaft (sic!). Und sie nährt die Mobilisierung von Kräften, die sich gegen schwächere Gruppen richten“ (S. 19). Die vierte Bruchstelle schließlich bestehe darin, dass humanistische, zivile und demokratische Werte und Normen immer weniger Relevanz für die Menschen hätten und zunehmend durch „Wertmaßstäbe der Wirtschaft bzw. Wirtschaftlichkeit, Effizienz und eines überbordenden Individualismus“ (S. 19) verdrängt würden. „In der Mitte hat sich ein *marktkonformer und -förmiger Extremismus* eingeschlichen, der insbesondere Feindseligkeiten gegenüber den ‚Überflüssigen‘, also jenen Gruppen, die vermeintlich nicht die harten wirtschaftlichen Faktoren erfüllen, rechtfertigt“ (S. 19). Die fünfte und letzte Bruchstelle schließlich sehen die Autoren im Einschleichen massiver anti-europäischer Reflexe, „die eben sehr eng mit menschenfeindlich-rechtsextremen Bruchstellen verbunden sind und neue Risse entstehen lassen“ (S. 20).

Die Entwicklung rechtsextremer und nach Diktion der Autoren menschenfeindlicher Orientierungen sowie des Verhältnisses der Bürger zur Demokratie während der letzten zwölf Jahre beanspruchen die Autoren „nach den besten gegenwärtigen wissenschaftlichen Standards“ zu untersuchen. Das ist ein ziemlich hoher Anspruch, den die Untersuchung bestenfalls punktuell einlöst. Zu schwammig sind die Kernbegriffe definiert, zu fraglich sind viele Interpretationen der erhobenen Daten. Eine gewisse methodische Unsicherheit lässt sich schon im Eingangssatz des kleinen Zwischenkapitels über „Untersuchungsanlage, Methodik und Stichprobe der Analysen“ von Eva Groß erkennen, wenn sie formuliert: „Die methodische wie empirische Grundlage der Analysen, die in den folgenden Kapiteln durchgeführt werden, bilden unterschiedliche Daten aus repräsentativen Meinungsumfragen“ (S. 24). Natürlich bieten Daten keine methodische Grundlage von Analysen, das erfüllen bestenfalls Erhebungs- und statistische Auswertungsverfahren. Eine gewisse methodische Unsicherheit äußert sich auch im nachstehenden Satz: „Die Daten wurden [...] über Telefoninterviews [...] mithilfe eines standardisierten Fragebogens erhoben *und gelten somit [...] als repräsentativ* für die deutsche Wohnbevölkerung“ (S. 25, meine Hervorhebung). Es ist evident, dass das Befragungsverfahren (Telefon, face to face oder schriftlich-postalisch) keine Repräsentativität garantiert, das kann nur ein adäquates Stichprobendesign. Leider erfährt man nichts von den Ausfallquoten, die auch bei Telefoninterviews existieren und kaum geringer liegen dürften als bei Face-to-Face-

Interviews, wo sie immerhin 40-50 Prozent der ursprünglich angepeilten Stichproben ausmachen und gerade für Rechtsextremismusstudien von Bedeutung sind, weil Rechtsextreme ebenso wie andere sozial deviante Personen sich seltener an allgemeinen Bevölkerungsumfragen beteiligen und häufiger die Antwort auf politisch sensible Fragen verweigern. Davon hätte man gerne mehr erfahren, um die Qualität der Studie einschätzen zu können.

Wenn wir davon ausgehen, dass die Ergebnisse hinlänglich repräsentativ sind, liefert die Untersuchung durchaus interessante Erkenntnisse, deren wichtigstes vielleicht darin besteht, dass (unerklärlicherweise) 2014 ein beachtlicher Rückgang rechtsextremer Orientierungen in der Bevölkerung zu beobachten ist. Der Rückgang ist so stark, dass man geneigt ist, an ein Methodenartefakt zu denken. So sinkt zwischen 2012 und 2014 die Ausländerfeindlichkeit um fast 18 Prozentpunkte von 25,1 auf 7,5 Prozent, die Dimension „Chauvinismus“, gemeint ist in erster Linie extremer Nationalismus, verringert sich von 19,4 auf 12,1 Prozent, und auch der Prozentsatz von Befragten mit antisemitischen Einstellungen halbiert sich gegenüber 2012. Etwas verunsichert sind die Autoren darüber, dass Angehörige der gesellschaftlichen Mitte, die sie einerseits sozialökonomisch, andererseits politisch definieren, zwar durchaus einzelnen Behauptungen ihrer Rechtsextremismusskala zustimmen, dass das aber in keinem Falle für eine Mehrheit oder auch nur eine starke Minderheit der Mitte-Angehörigen zutrifft. Eine Ausnahme stellt bestenfalls die sogenannte Chauvinismus-Dimension dar, deren Items jedoch erfahrungsgemäß die geringste Trennschärfe innerhalb der verwendeten Rechtsextremismusskala aufweisen. Um ihre Aus-der-Mitte-der-Gesellschaft-These zu retten, betreiben die Autoren einen beachtlichen interpretatorischen Aufwand, der angesichts der in den Tabellen präsentierten Daten nicht zu überzeugen vermag. Nur in einem einzigen Falle, der Dimension Chauvinismus, liegen die Zustimmungswerte der sozioökonomisch definierten Mitte mit 10,4 Prozent im sehr niedrigen zweistelligen Bereich, im Falle der politisch definierten Mitte sind es ganze 12 Prozent. Die Zustimmung zu allen anderen Dimensionen des Syndroms Rechtsextremismus ist bei den Befragten aus der gesellschaftlichen Mitte deutlich niedriger. Die Autoren interpretieren das ganz anders als der Rezensent: „Auch bei Befragten, die sich in der politischen Mitte verorten, ist [...] ein erhebliches Ausmaß an Zustimmung zu rechtsextremen Einstellungen zu verzeichnen. Personen, die sich in der politischen Mitte verorten, sind also nicht automatisch gefestigte Demokraten“ (S. 42 f.). Dieses Glas Wasser ist nicht halb voll, sondern zu neun Zehnteln leer!

Kritikwürdig sind weitere Dateninterpretationen, etwa wenn die Korrelation zwischen den verschiedenen Rechtsextremismusdimensionen und einer Skala zur Wahrnehmung des Rechtsextremismus als hoch bezeichnet wird, tatsächlich aber lediglich bei $r = -.37$ liegt, was nun beileibe keine hohe Korrelation darstellt, da beide Skalen noch nicht einmal 14 Prozent gemeinsame Varianz aufweisen. Auch hier scheint der politische Wunsch Pate bei der Interpretation einer eher geringen Ausprägung eines Zusammenhangsmaßes gestanden zu haben. Es wäre gut gewesen, wenn durchgehend, insbesondere bei den Mittelwertvergleichen, Signifikanzmaße

angegeben worden wären. In nicht wenigen Fällen dürften die berichteten Prozentpunkt- und Mittelwertdifferenzen innerhalb des jeweiligen Konfidenzintervalls liegen, also mit hoher Wahrscheinlichkeit zufälliger Natur sein. An dieser Stelle sei auf ein kleines Versehen hingewiesen: In Tabelle 3.4.2 auf Seite 56 entsprechen die referierten Werte für die über 60-jährigen den in Tabelle 3.4.1 berichteten Gesamtwerten für die Kategorie „voll und ganz“. Das sind Fehler, die in einem Band mit vielen Zahlen und Tabellen immer passieren können, nur sollte man die Ergebnisse nicht auch noch substantiell interpretieren.

Auf das in meinen Augen etwas seltsame Konstrukt des „marktförmigen Extremismus“ möchte ich zum Abschluss wenigstens hinweisen. Gemeint ist damit wohl die Bejahung einer auf Privateigentum fußenden marktwirtschaftlichen Ordnung. „Von Extremismus sprechen wir, da es sich in dieser Kombination um eine extreme Form marktförmigen Denkens handelt, die neben der unternehmerischen Selbstoptimierungsnorm auch die explizite Verehrung von Wettbewerb als Motor gesamtgesellschaftlichen Fortschritts, wie auch eine direkte Bewertung anderer Menschen nach reinen Kosten-Nutzen-Kalkülen beinhaltet“ (S. 103). Verbunden sei dieser in der Mitte der Gesellschaft weit verbreitete marktförmige Extremismus mit „rabiatischen Ausgrenzungsideologien“. Allerdings, so ist auf der gleichen Seite zu lesen, „stimmt nur etwa jede sechste Person in der Mitte“ (S. 110) diesem Konstrukt zu, in der unteren Schicht sind es fast 30 Prozent (ebd.). Besonders stark vertreten seien marktförmiger Extremismus und Bedrohungsgefühle bei Sympathisanten der *Alternative für Deutschland* (AfD), und gerade in diesem Milieu sei der marktförmige Extremismus besonders stark mit rechtsextremen Einstellungen verbunden.

Leider bietet diese Rezension nicht genügend Raum, um sich mit allen Facetten der Untersuchung auseinanderzusetzen. Sie liefert durchaus interessante Ergebnisse, deren Interpretation durch die jeweiligen Verfasser allerdings stellenweise fragwürdig erscheint, da vielerorts den referierten Umfragedaten und festgestellten Zusammenhängen interpretativ eine Bedeutung unterlegt wird, die, wohlwollend formuliert, nicht hypothesenkonträr oder neutral, sondern fast durchgängig konzeptionskonform, d.h. im Sinne der Vorstellung eines aus der Mitte der Gesellschaft kommenden Rechtsextremismus ausfällt.

Kurzbesprechungen

Thomas Ahbe/Michael Hofmann/Volker Stiehler (Hrsg.), Öffentliche Debatten der Bevölkerung im Herbst 1989, Leipzig 2014 (*Leipziger Universitäts-Verlag*), 750 S.

Rainer Eckert, Opposition, Widerstand und Revolution. Widerständiges Verhalten in Leipzig im 19. und 20. Jahrhundert, Halle (Saale) 2014 (*Mitteldeutscher Verlag*), 410 S.

Andreas Peter Pausch, Widerstehen. Pfarrer Christoph Wonneberger, hrsg. von Uwe Schwabe im Auftrag des Archiv Bürgerbewegung Leipzig e. V., Berlin 2014 (*Metropol*), 256 S.

Wer aktuelle Neuerscheinungen zum 25. Jahrestag von 1989/90 besieht, der tut dies vor der Kontrastfolie einer Aussage Helmut Kohls: „Es ist ganz falsch, so zu tun, als wäre da plötzlich der Heilige Geist über die Plätze in Leipzig gekommen und habe die Welt verändert.“ Das unterscheidet sie von denen vorheriger Jahrestage. Hinzu kommt: Im Osten Deutschlands liegt das Schwergewicht auf der bürgerlich-emanzipatorischen Selbstbehauptung im Herbst 1989, im Westen mehr auf dem Freiheitsbegriff, der mit dem 3. Oktober 1990 verbunden wird. Der Betrachter legt fest, ob er dies als unterschiedliche Schwerpunktsetzung oder aber als handfeste Differenz interpretiert.

Vox populi! In der Neuerscheinung von Ahbe, Hofmann und Stiehler muss jene Aufbruchstimmung zu spüren sein. Das voluminöse Werk gleicht „einer Sonde, die in das Leipziger Stimmengewirr der Friedlichen Revolution im Herbst 1989 hinab gelassen wurde“. Es ist verdienstvoll, dass den Redebeiträgen der dokumentierten Veranstaltungsorte (Moritzbastei, academixer-Keller und Gewandhaus Leipzig) jeweils Ausführungen über deren Zustandekommen vorangestellt sind. Ob dies reicht, fragt jener Leser, der die mühevollen Arbeit an einer Transkription von Tonbandmitschnitten kennt. Fünf Jahre haben die Herausgeber daran gearbeitet. Umso unumgänglicher wäre ein Wort zu den inhaltlichen Schwerpunkten gewesen. Dies schmälert den Wert der Arbeit keineswegs, schließlich geht es um den Erhalt von tonalen Aufzeichnungen.

Rainer Eckert hat verstanden, dass es zu kurz greift, den Oktober 1989 (als Leipzig im medialen Fokus der Weltöffentlichkeit stand) nur als singuläres Ereignis zu feiern. Größe und Grenzen seiner Publikation liegen dicht beieinander: Einerseits ist es verdienstvoll, die isolierte Betrachtungsweise zu überwinden. Andererseits ist die über zweihundert Jahre gesponnene Traditionslinie von Opposition, Widerstand und Revolution natürlich ein Konstrukt, das einzelne, passende Ereignisse aufgreift, andere hingegen übergeht. Man denke nur daran, wie lange und heftig sich die Leipziger Händler noch Anfang des 19. Jahrhunderts gegen die formale Gleichstellung ihrer jüdischen Berufskollegen wehrten. Der Autor formt ein glänzendes Gesamtbild, das der viel facettenreicheren Landes- und Ortsgeschichte nicht entspricht. Zu-

gleich: Indem Fotos von 1989/90 überwiegen, konterkariert Eckert die Kritik an der Engführung selbst.

Eine Wonneberger-Biographie war längst überfällig, schließlich stand der immer so freundlich-unbekümmerte und unscheinbare Christoph Wonneberger viel zu lange im medialen Schatten jenes Pfarrers mit der Jeansweste. Ihm selbst wird das ganz recht gewesen sein. Allerdings hatte er schon 2004 sein Einverständnis für eine Biographie gegeben, an der damals Roland Brauckmann werkelte. Nun ist dieses mühselige Projekt vollendet. Und es spricht für den Autor, dass er Zeitgenossen und Weggefährten neben seiner Stimme zu Wort kommen lässt. Die parlieren dann im Anekdotischen: Wie Stephan Krawczyk, der den Protagonisten zwar erst 1987 kennen lernte, von dessen seinerzeitigem Programm aber der Buchtitel übernommen scheint.

Wonneberger wäre wohl nichts fremder gewesen, als auf einem imaginären Sockel zu stehen. Denn authentisch und glaubwürdig wird ein Vorbild erst dann, wenn Größe und Grenzen, Verdienst und Versagen aufgezeigt werden. Ob in diesem ersten Wurf schon der Durchbruch zu kritischen Fragen gelungen ist, darf bezweifelt werden. Einige – vermeintliche – Reibungsflächen wirken eher sympathisch-harmlos.

Matthias Kluge

Heinz-Dieter Assmann/Frank Baasner/Jürgen Wertheimer (Hrsg.), Republik. Ursprünge, Ausgestaltungen und Repräsentationen eines scheinbar universellen Begriffs, Baden-Baden 2014 (*Nomos*), 227 S.

Philipp Hölzing, Republikanismus. Geschichte und Theorie, Stuttgart 2014 (*Franz Steiner*), 141 S.

Zoltán Tibor Pállinger (Hrsg.), Das Konzept des (Staats-)Bürgers. Analysen aus politik-, rechts- und wirtschaftswissenschaftlicher Perspektive, Baden-Baden 2014 (*Nomos*), 236 S.

Gegen die Entleerung des „Republik“-Begriffs, die diesen in der Moderne zunehmend auf das Nicht-Vorhandensein einer Monarchie verkürzt oder mit der Demokratie verwechselt hat, zeichnet sich seit den 1980er-Jahren eine Wiederbelebung der republikanischen Tradition und des republikanischen Denkens in der politischen Philosophie ab. Der Republikanismus wird dabei als „dritter Weg“ zwischen dem Liberalismus und Kommunitarismus verstanden, die die ideenpolitischen Fronten seit dieser Zeit bestimmen. Philipp Hölzings konzise Darstellung der Theorie und Geschichte des Republikanismus geht im ersten Teil auf die Autoren ein, die sich in diesem Sinne um ein vermittelndes Konzept zwischen dem negativen Freiheitsverständnis, das dem Liberalismus unterlegt wird, und einer positiven, als „Selbst-Beherrschung“ verstandenen Freiheit versucht haben (Quentin Skinner, Philip Pettit). Im zweiten Teil wird in einem Streifzug durch die Ideengeschichte untersucht, wie sich die aktuellen Kontroversen um den Republikanismus im Werk der „Klassiker“ widerspiegeln, bevor der Autor sein Thema im dritten Teil auf die Ebene der zwischenstaatlichen Beziehungen hebt. Im Anschluss an Daniel Deudney werden hier die Bedingungen identifiziert, die gegeben sein müssen, um die Vermeidung von

(bei zunehmender Interdependenz der Probleme drohender) Anarchie mit der Vermeidung von Gewalt und Beherrschung im Sinne des republikanischen Freiheitsideals zu verbinden.

Der von Heinz-Dieter Assmann, Frank Baasner und Jürgen Wertheimer besorgte Sammelband, der aus einer Tübinger Tagung im Rahmen des „Weltwerte-Projekts“ hervorgegangen ist, legt das Thema wesentlich breiter an. Einerseits enthält er Beiträge aus ganz unterschiedlichen Fachdisziplinen (Philosophie, Pädagogik, Sprach- und Literaturwissenschaften, Jura, Geschichte, Sozialwissenschaften), andererseits richtet er den Blick über Europa und die USA hinaus und fragt nach der Anschlussfähigkeit des „scheinbar universellen“ Republikbegriffs für nicht-westliche Kulturen (in den arabischen Ländern, der Türkei, Lateinamerika, Afrika und Asien). Leider fehlen dem Band sowohl eine Einleitung als auch ein zusammenfassender Vergleich durch die Herausgeber (von denen kein einziger als Autor vertreten ist!), was seinen wissenschaftlichen Gebrauchswert deutlich mindert.

Der von Zoltán Tibor Pállinger herausgegebene, ebenfalls aus einer Tagung (an der Budapester Andrassy-Universität) entstandene Band hält die Standards besser ein. Er ist thematisch und disziplinär enger angelegt, indem er sich speziell auf das Problem des Bürgerstatus und der Staatsangehörigkeit konzentriert. Neben der Frage nach den Möglichkeiten und Grenzen einer (europäischen) Unionsbürgerschaft, der sich drei Beiträge widmen, nimmt das Nationalitätenproblem des Gastlandes Ungarn breiten Raum ein. Es entzündet sich insbesondere am Wahlrecht seiner im Ausland lebenden Bürger, das mit Blick auf die „Einheimischen“ als Verletzung der demokratischen Gleichheit betrachtet werden könnte. Ellen Bos schlägt deshalb vor, das „externe“ Wahlrecht an zusätzliche Voraussetzungen (etwa eine Mindestpräsenzpflicht im Herkunftsstaat) zu binden. Aufschlussreich ist auch der Beitrag von David Wenger zur Schweiz, wo über die Einbürgerung(en) auf der Gemeindeebene, die Voraussetzung für den Erwerb der kantonalen und Schweizer Staatsbürgerschaft ist, vielerorts die Bürger selbst entscheiden, was wiederum unter rechtsstaatlichen Gesichtspunkten problematisch erscheint.

Frank Decker

Brigitte Aulenbacher/Birgit Riegraf/Hildegard Theobald (Hrsg.), *Sorge: Arbeit, Verhältnisse, Regime. Soziale Welt, Sonderband 20*, Baden-Baden 2014 (*Nomos*), 486 S.

Markus Linden/Winfried Thaa (Hrsg.), *Ungleichheit und politische Repräsentation*, Baden-Baden 2014 (*Nomos*), 272 S.

Markus Porsche-Ludwig/Jürgen Bellers/Wolfgang Gieler (Hrsg.), *Handbuch Europäischer Sozialpolitiken*, Münster 2014 (*LIT*), 232 S.

Moderne Sozialstaaten stehen vor der Herausforderung, gesellschaftliche Randgruppen zu integrieren, Partizipation zu ermöglichen und Ungleichheit zu vermeiden. Die Wirtschafts- und Finanzkrise der vergangenen Jahre hat diese Herausforderungen weiter erschwert. Hier liefert ein Blick auf die neue Literatur zu diesem Thema lehrreiche Erkenntnisse.

Als Sonderheft der *Sozialen Welt* erschienen, trägt der Sammelband der Herausgeberinnen Brigitte Aulenbacher, Birgit Riegraf und Hildegard Theobald der gestiegenen Aufmerksamkeit Rechnung, die dem Forschungsfeld von Sorge und Sorgearbeit in den letzten Jahren zukommt. Ziel ist es, „Sorge und Sorgearbeit im Kontext des sozialen, ökonomischen und politischen, sozialstrukturellen und soziokulturellen Wandels thematisierbar“ (S. 7) zu machen. Der Band ist in vier Kapitel unterteilt. Die Beiträge des ersten Kapitels heben die Bedeutung der Sorgearbeit und zugleich die Bedrohungen durch die Ökonomisierung der Gesellschaft hervor. Im zweiten Kapitel werden die bestehenden Sorgearrangements im Alltag vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Arbeitsteilung in den Blick genommen. Das dritte Kapitel behandelt unter der Überschrift „Wandel von Governancemustern und die Organisation von Sorgearbeit“ veränderte Leistungserbringungs-, Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse. Im abschließenden Kapitel werden die Ausprägungen von Sorgeregimen im internationalen Vergleich betrachtet. Insbesondere dieses vierte Kapitel bietet zur näheren Untersuchung gesellschaftlicher Ungleichheit auch für Politikwissenschaftler aufschlussreiche Anknüpfungspunkte.

Markus Lindens und Winfried Thaas Sammelband geht auf eine Tagung unter dem gleichlautenden Titel an der Universität Trier im Oktober 2012 zurück. Auch hier fokussieren die Autoren die wachsende gesellschaftliche Ungleichheit, identifizieren zugleich (historisch) benachteiligte Gruppen und hinterfragen Chancen und Hindernisse politischer Repräsentation. Die Beiträge sind untergliedert in drei Kapitel: Zunächst wird eine Bestandsaufnahme gesellschaftlicher Ungleichheit geboten. Im zweiten Kapitel werden alte und neue Akteure politischer Repräsentation vorgestellt; das dritte Kapitel zielt generell auf die Frage ab, in welchem Umfang durch politische Repräsentation Ungleichheit hervorgerufen wird. Im Kern vieler Beiträge steht implizit die von Linden und Thaa identifizierte „Issuefähigkeit“, die als eine wichtige Quelle der Disparität gesehen werden könne. Der Sammelband liefert Erklärungsmuster für die sinkende Wahlbeteiligung und die geringere Bereitschaft zu politischer Partizipation.

Markus Porsche-Ludwig, Jürgen Bellers und Wolfgang Gieler behandeln in ihrem Handbuch überblicksartig die Sozialpolitik in 36 europäischen Staaten. Im Mittelpunkt der Beiträge stehen zentrale Akteure und die Auswirkungen der Finanzhaushalte auf die Sozialpolitik der einzelnen Länder. Der Anspruch, so weitreichende Fragen wie „Was sind die Bedingungen für Fehlentwicklungen und wie entwickeln und gestalten sich diese historisch?“ (S. 9), auf durchschnittlich sechs Seiten pro Land zu klären, kann dabei nur bedingt erfüllt werden. Ein etwas ausführlicheres einführendes Kapitel, in dem vorab Gemeinsamkeiten und Unterschiede verschiedener Strömungen in der Sozialpolitik Europas aufgezeigt werden, wäre hilfreich gewesen. So kann das Handbuch lediglich als erster Ausgangspunkt für die weitere Auseinandersetzung mit einzelnen europäischen Sozialstaaten dienen.

Michael Partmann

Niels Beckenbach/Christoph Klotter, Gleichheit und Souveränität. Von den Verheißungen der Gleichheit, der Teufelslist der Diktatur und dem schwachen Trost der Nivellierung, Wiesbaden 2014 (*Springer VS*), 359 S.

Michael Kühnlein (Hrsg.), Das Politische und das Vorpholitische. Über die Wertgrundlagen der Demokratie, Baden-Baden 2014 (*Nomos*), 604 S.

Die Debatte über die Wertgrundlagen der Demokratie hat in unserer zunehmend komplexer werdenden Welt an Zugkraft gewonnen. Die Gesellschaft war früher homogener in ihren Wertvorstellungen und ist bunter geworden. Beide Publikationen gehen auf Fragilität und Gefährdungen der Demokratie ein. Während der von Kühnlein herausgegebene Band anhand von Reflexionen über das Verhältnis des „Politischen“ zum „Vorpholitischen“ dem Wertewandel nachspürt, legt die Monografie von Beckenbach und Klotter Diskurse über Gleichheit und Souveränität zugrunde.

Beckenbach und Klotter bedienen sich eines breiten Spektrums von der griechischen Antike über Thomas Hobbes, John Locke, Jean-Jacques Rousseau, Karl Marx, Émile Durkheim, den Dadaismus bis hin zu Niklas Luhmann, Michel Foucault und Ralf Dahrendorf, um Veränderungen aufzuzeigen, denen das Denken in Literatur und Philosophie unterworfen war. Ziel der Autoren ist es, vom normativen Fluchtpunkt der Gleichheit ausgehend, „[d]ie Entwicklung des Gleichheitsgedankens, das Dazwischentreten von Macht und Herrschaft – hier am Beispiel des Souveräns – sowie die Kritik an der sozialen Ungleichheit durch die sozialen Bewegungen“ (S. 10) in Bezug auf die Gegenwart zu analysieren. Die Gleichheit gelte in der modernen Zivilgesellschaft nach wie vor als „Testkriterium für die großen Menschheitsfragen nach Freiheit, Gerechtigkeit und Mitmenschlichkeit“ (S. 9) – das Streben nach absoluter Macht bleibe als Gegenpol erhalten.

Anerkennenswert ist die breite Palette ideengeschichtlicher Literatur, der sich die Autoren bedienen, um zunehmende politische und soziale Konflikte zu diskutieren. Schwer nachvollziehbar bleiben hingegen einige Schlussfolgerungen: „Wir haben in den vorangegangenen Kapiteln herausgearbeitet, dass sich das normative Prinzip einer Gesellschaft mündiger Menschen mit dem Realitätsprinzip hart im Raum stößt“ (S. 331). Ob sich dieses Realitätsprinzip in Form von Dauerberieselung durch die Medien, durch Drogen-, Alkohol- und Waffenmissbrauch zeigt – oder völlig andere Erscheinungsformen aufweist, bleibt offen. Was jedoch bei den Autoren zum Ausdruck kommt, ist eine Art Leiden der Gesellschaft am Werteverfall, -verlust und -wandel.

Der von Kühnlein herausgegebene Sammelband spricht von „Freiheitsverlusten“ (S. 9) und verhandelt die Frage nach den vorpolitischen Bedingungen des „Politischen“. Dem „Vorpholitischen“ komme – mit den Worten von Gesine Schwan „als politische Kultur der Demokratie und als Ort, aus dem heraus nachhaltige, sprich gemeinwohlorientierte Politik auf den Weg gebracht wird“ (S. 132) – eine Schlüssel-funktion beim Gelingen demokratisch repräsentativer legitimer Politik zu. „Der Staat kann nicht mehr der Alleinverantwortliche für alle Arten von gesellschaftlichen Problemen sein“ (S. 219), so Wolfgang Schäuble. Einig sind sich die Autoren

darin, dass das „Politische“ und „Vorpolitische“ zusammengedacht werden müssen. Obwohl es jedem Leser selbst überlassen bleibt, ob das säkulare Zeitalter der Vergangenheit angehört oder der Verlust Gottes die Ursache für die Klage über den Werte- und Freiheitsverlust ist, lohnt es, die geschichts- und religionsphilosophische Sinndimension mitzudenken, um die politische Philosophie der Moderne ein Stück weit von ihren Widersprüchen zu befreien.

Beide Publikationen holen weit aus, um aufzuzeigen, dass sich Staat, Religion und die Wertgrundlagen der Demokratie verändert haben. Gesunder Menschen- und Sachverstand können einen zentralen Beitrag leisten, daraus Chancen für die Ausgestaltung unseres Gemeinwesens abzuleiten.

Heike Tuchscheerer

Rico Behrens, „Solange die sich im Klassenzimmer anständig benehmen“. Politiklehrer/innen und ihr Umgang mit rechtsextremer Jugendkultur in der Schule, Schwalbach/Ts. 2014 (*Wochenschau*), 251 S.

Die Verbreitung rechtsextremer Haltungen unter Jugendlichen macht nicht vor der Schule halt. Angesichts des verpflichtenden Charakters des Schulbesuchs dürfte sie vielmehr zu den gesellschaftlichen Institutionen gehören, die am deutlichsten mit Erscheinungsformen von jugendlichem Rechtsextremismus konfrontiert sind. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie innerhalb von Schulen mit diesem Phänomen umgegangen wird. Einen Beitrag zur Beantwortung dieser Frage leistet Rico Behrens, der in seiner Dissertation den Umgang von Lehrkräften des Schulfaches „Politische Bildung“ mit rechtsextrem orientierten Schülerinnen und Schülern in der Schule thematisiert. Der Veröffentlichung liegt eine empirische Studie des Autors zugrunde, in der Lehrkräfte qualitativ befragt wurden.

Darin wird nach einer theoretischen Einführung in das Thema das erhobene Interviewmaterial dargestellt und analysiert. Zum Abschluss werden die Studienergebnisse vor dem Hintergrund fachdidaktischer und pädagogischer Fragestellungen reflektiert. Die Studie zeigt, dass die Lehrkräfte jeweils verschiedene Handlungsstrategien im Umgang mit rechtsextrem orientierten Schüler/innen präferieren und diese subjektiv jeweils als erfolgreich betrachten. Welche Umgangsformen individuell gewählt werden, ergibt sich im Wesentlichen aus den Professionsorientierungen der Fachkräfte, da sich hieraus verschiedene Handlungsaufträge im Umgang mit diesen Schülerinnen und Schülern ableiten. So geht Behrens zufolge die Vermeidung von politischen Auseinandersetzungen mit rechtsextrem orientierten Schülerinnen und Schülern mit einer starken „Qualifikations- und Abschlussorientierung“ (S. 80) auf Seiten der Lehrkräfte einher und folgt dem Ziel eines möglichst konfliktfreien und wissensvermittelnden Unterrichts. Im Gegensatz dazu finden sich die intensivsten Bearbeitungsformen bei den Lehrkräften, die ihre eigene Rolle vor allem als Erzieher und Begleiter definieren und daraus einen entsprechenden Auftrag ableiten.

Betrachtet man den Ausgangspunkt der Studie, nämlich ein konzeptuelles und empirisches Defizit bei der Konfrontation mit rechtsextremen Jugendkulturen in der Politikdidaktik, so lässt sich konstatieren, dass mit der Veröffentlichung ein Beitrag zur Schließung dieser Lücke geleistet wird. Dies gilt insbesondere für den vom Autor konstatierten fachdidaktischen Reflexionsbedarf. Hier ist die Reflexionsmatrix, die in der Studie entwickelt wurde, sicher sehr hilfreich, um individuelle Verortungen und Umgangsweisen transparent zu machen. Weitgehend unklar bleibt aber, wie diese zu bewerten sind. Ein Urteil über angemessene Umgangsweisen und legitime Verortungen kann nicht gesprochen werden, solange die Institution Schule im Allgemeinen und das Schulfach Politik im Besonderen mit unterschiedlichsten gesellschaftlichen Aufgabenzuweisungen konfrontiert ist und die verschiedenen Zielsetzungen in Spannung zueinander stehen. Aushandlungen und Positionierungen liegen letztlich in individueller Verantwortung der Lehrkräfte und haben ihre Berechtigung, wenn sie innerhalb des „Auftragskorridors“ bleiben. Diese Erkenntnis ist ein wesentlicher Ertrag der Veröffentlichung. Insofern entsteht ein Widerspruch, wenn der Autor am Ende eigene Präferenzen erkennen lässt und das Anforderungsprofil für allgemeinverbindliche Handlungsleitfäden der politischen Bildungsarbeit mit rechts-extrem orientierten Schüler/innen formuliert.

Frank Greuel

Bertelsmann Stiftung/Staatsministerium Baden-Württemberg (Hrsg.), Partizipation im Wandel. Unsere Demokratie zwischen Wählen, Mitmachen und Entscheiden, Gütersloh 2014 (*Bertelsmann Stiftung*), 518 S.

Jürgen Hartwig/Dirk Willem Kroneberg (Hrsg.), Moderne Formen der Bürgerbeteiligung in Kommunen. Konzepte und Praxis, Berlin 2014 (*LIT*), 206 S.

Die heutige Ausprägung der Demokratie in Deutschland wird zwar von der deutschen Gesellschaft grundsätzlich unterstützt, aber die Bürgerinnen und Bürger sind kritischer und unzufriedener mit der erreichten Qualität der Demokratie geworden. In den letzten Jahren haben sich deshalb neue Beteiligungsverfahren herausgebildet. Doch welche Wirkungen ergeben sich daraus für das politische System unserer repräsentativen Demokratie? Dieser zentralen Frage widmet sich der Sammelband der Bertelsmann Stiftung. Der Aufbau der Studie gliedert sich in drei Teile: 1. Partizipation in deutschen Kommunen – Befragung von 27 Kommunen, 2. Partizipation in deutschen Bundesländern, 3. Partizipation im internationalen Vergleich – Demokratieindizes und Länderberichte zu Brasilien, Kanada, zur Schweiz und Österreich. Abschließend werden die mittels empirischer und vergleichender Analyse gewonnenen Erkenntnisse zusammengefasst und Empfehlungen für den Weg zu einer vielfältigen Demokratie abgeleitet. Die Stärke dieser Forschungsarbeit liegt im Forschungsansatz selbst, da es bislang nur wenige Studien zu Folgen politischer Aktivität der Bevölkerung auf das politische System gibt, und in der umfassenden empirischen Analyse. Es zeigen sich aber aus meiner Sicht auch zwei Schwächen. Zum einen werden gerade bei den Ländervergleichen verschiedene deliberative Beteili-

gungsformen beschrieben. Diese werden aber nicht mit denen in deutschen Verwaltungsverfahren bereits immanenten Möglichkeiten zu Beteiligung durch deliberative Formen (Auslegungen, Anhörungen und Beteiligungen von Trägern öffentlicher Belange, Verbände, Bürger etc.) verglichen. Damit entsteht zu Unrecht der Eindruck, Deutschland gehöre bislang nicht „zur Avantgarde in Sachen Bürgerbeteiligung“ (S. 496). Zum anderen wird in allen Beiträgen die eigene Betroffenheit der Bürger von politischen Entscheidungen als Auslöser von politischer Partizipation unzureichend berücksichtigt und auch nicht empirisch untersucht. Erst die gefühlte oder tatsächliche Betroffenheit von politischen Entscheidungen führt jedoch zur aktiven Information sowie eigenen Beteiligung und eben nicht nur Bildungskapital, zeitliche Ressourcen oder niederschwellige Angebote.

Im Sammelband von Hartwig und Kronenberg werden die Ergebnisse des 18. Europäischen Verwaltungskongresses 2013 in Bremen zum Thema „Verwaltung zwischen Prozessoptimierung und Bürgerorientierung“ niedergelegt. Ziel ist es, Bürgerbeteiligung als zusätzliche politische Beteiligungsform neben denen der repräsentativen Demokratie zu begreifen sowie darin Chancen für die Weiterentwicklung unserer Demokratie zu sehen. Die Reihenfolge der Beiträge gliedert sich in den Themenkreis „Konzepte“ für Formen von Beteiligungsmöglichkeiten, „Praxis“ für Beispiele praktischer Bürgerbeteiligung sowie „Ausbildung“ für eine bürgernahe Verwaltung. Mehrheitlich zeigt sich auch im Rahmen der Diskussionsbeiträge und best-practice-Beispiele die Diskrepanz zwischen dem Wunsch nach mehr bzw. anderen Formen von Bürgerbeteiligung und deren Abhängigkeit von der Vielfalt der Interessen und Bedürfnissen der Bürger. Insgesamt bestätigen alle Beiträge zwar die positive Wirkung von Beteiligungsverfahren auf die Transparenz und Akzeptanz politischer Entscheidungen, aber ebenso den hohen zeitlichen Aufwand für eine dennoch gering bleibende Anzahl von beteiligten Bürgern. Die Stärke des Buches liegt in der detaillierten Darstellung konkreter Beispiele für Bürgerbeteiligungsverfahren und deren Ergebnis. Als Schwäche ist ihm lediglich ein fehlender systematisch-verallgemeinernder Beitrag als Resümee anzulasten.

Anita Maaß

Wolfgang Bialas, *Moralische Ordnungen des Nationalsozialismus*, Göttingen 2014 (*Vandenhoeck & Ruprecht*), 354 S.

Wolfgang Bialas/Lothar Fritze (Hrsg.), *Ideologie und Moral im Nationalsozialismus*, Göttingen 2014 (*Vandenhoeck & Ruprecht*), 444 S.

Am 1. April 1933 triumphierte Joseph Goebbels im Rundfunk: „Damit wird das Jahr 1789 aus der Geschichte gestrichen.“ Den universalistischen Menschen- und Bürgerrechten, den Prinzipien von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit sowie einer für alle Menschen gültigen christlich-humanistischen Moral erteilte er in einer revolutionären Umwertung aller Werte eine radikale Absage. Ihnen wurde eine originär nationalsozialistische, d.h. in der rassistisch-völkischen Ideologie verankerte selektive Moral als Handlungsrahmen entgegengestellt. Dieser musste mit einer gewissen

Konsequenz im Interesse der vom Regime verordneten „Rassenhygiene“ dann im Krieg auf die Ermordung von Millionen unschuldiger „artfremder“ Menschen hinauslaufen. Dieses „Menschheitsverbrechen“ (Karl Jaspers) lässt uns denn auch immer wieder zögern, im Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus und nationalsozialistischer Selbstdarstellung überhaupt von Moral und Ethik zu sprechen, vor allem dann, wenn die Täter, wie massenhaft belegt, für sich in Anspruch nahmen, „moralisch“ im Dienste der „Volksgesundheit“ und der „Volksgemeinschaft“ zu handeln und gehandelt zu haben.

Derartige Hemmungen mögen auch ein Grund dafür sein, dass zwar die Erforschung der NS-Ideologie, des Herrschaftsystems und der Herrschaftspraxis in den letzten Jahrzehnten weit vorangeschritten ist, dass dies aber weniger für Untersuchungen des Zusammenhanges von Ideologie und Moral gilt. Hier besteht ein Forschungsdesiderat. Insofern stellen die beiden Bände von zwei Wissenschaftlichen Mitarbeitern am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der TU Dresden eine verdienstvolle Pionierleistung dar, die uns quellennah wertvolle Einblicke in die Überzeugungen und Motive der Täter vermittelt.

Auf der Grundlage eines umfangreichen, zeitgenössischen philosophischen, politischen und ideologischen Schrifttums (darunter das SS-Organ *Das Schwarze Korps*) entwirft Bialas ein außerordentlich dichtes und facettenreiches Bild von der „Ernsthaftigkeit und Radikalität, mit der die moralische Umgestaltung der deutschen Gesellschaft verfolgt wurde“ (S. 15). Der Autor will den Blick schärfen „für die Differenz und Vielfalt nationalsozialistischen Täterverhaltens und das ebenso differenzierte Spektrum moralischer Rechtfertigung der Täter“ (S. 15) sowie für die Vielfalt der ideologischen Diskurse. Er thematisiert den Zusammenhang von „Rasse und Moral“, „Rasse, Religion und Bürgerlichkeit“, „Rasse, Geschlecht und Sexualität“ sowie „Rasse und Biologie“, behandelt den Krieg als „moralische Lehranstalt“ und fragt nach der „moralischen Zurechnungsfähigkeit nationalsozialistischer Täter“ sowie nach dem „moralischen Profil totalitärer Gesellschaften“.

Angesichts der Varianz soziologischer, religionsgeschichtlicher, moralphilosophischer, geschichtswissenschaftlicher und medizinethisch-historischer Forschungsdiskurse zum Nationalsozialismus lag es nahe, die einschlägigen Fachleute zu einer internationalen interdisziplinären Tagung im November 2010 nach Dresden einzuladen. Die Referate liegen nun gesammelt vor. Die Hauptteile lauten: „Ethische Konzeptionen und Kontroversen“, „Nationalsozialistische Täter“, „Nationalsozialistische Ideologie und Propaganda“, „Nationalsozialistische Ethik: Der medizinische Diskurs“, „Die SS als ‚moralischer Orden‘“, „Debatten nach dem Holocaust und Erinnerungspolitik“. Besonderes Interesse gerade in Deutschland können die Beiträge des israelischen Historikers Isaac Hershkowitz zu „Ethik nach dem Holocaust. Jüdische Antworten“ und der beiden amerikanischen Historiker Stewart Anderson und Wulf Kansteiner „Täterprofile. Zur moralischen Struktur von Populärgeschichte im Fernsehen“ für sich beanspruchen.

Bernd Jürgen Wendt

Stephan Bierling, *Vormacht wider Willen*, München 2014 (C. H. Beck), 304 S.

Sebastian Harnisch/Joachim Schild (Hrsg.), *Deutsche Außenpolitik und internationale Führung*, Baden-Baden 2014 (Nomos), 397 S.

Beide Publikationen widmen sich der deutschen Außenpolitik vor dem Hintergrund maßgeblich veränderter Rahmenbedingungen und Ansprüche seit der Wiedervereinigung sowie im Kontext der Europäischen Union. Bierling arbeitet die Entwicklungslinien und Problembereiche der deutschen Außenpolitik nach 1990 heraus. Dazu unterteilt er in die Amtszeiten Helmut Kohls, Gerhard Schröders und Angela Merkels, da sich die Kanzler für die Außenpolitik „zu den entscheidenden Akteuren entwickelt“ (S. 13) haben. Gegliedert in Sicherheitspolitik – mit besonderem Fokus auf Auslandseinsätze – und Europapolitik sowie in zwei weitere Themen je Kanzlerschaft werden Entwicklungen, politische Entscheidungen und ihre Folgen sowie die Wahrnehmung der Partner und Bürger geschildert. Jede Kanzlerschaft schließt mit einem kurzen Fazit über die außenpolitischen Schritte und Ziele und bewertet Kritik und Widersprüche.

Als „widerwillige Vormacht“ resümiert das abschließende Kapitel Deutschlands Außenpolitik in den beiden bedeutendsten Handlungsfeldern Militäreinsätze und Europa. Hinsichtlich der zentralen Frage des Buches, was Deutschland sein will, wenn es groß ist (vgl. S. 9), konstatiert Bierling: „Deutschland ist ein risikoscheuer, post-militärischer Handelsstaat, der sich auf die EU konzentriert, friedliche Mittel der Krisenbewältigung präferiert und Führungsaufgaben ablehnt“ (S. 270). Als „einzigen Ausweg aus dem Dilemma“, den sicherheitspolitischen und europäischen Herausforderungen so nicht ausreichend begegnen zu können, fordert er, dass Deutschland sich als „Verantwortungsnation“ (S. 270) um die Probleme Europas und der Welt kümmert, anstatt vor ihnen zu fliehen. Doch der dafür notwendigen Führung nach innen, d.h. „die Bevölkerung von der Notwendigkeit internationalen Engagements zu überzeugen“ (S. 271), sind die politischen Eliten bisher nur unzureichend nachgekommen.

Der in den letzten Jahren zunehmenden Debatte über eine Gestaltungs- und Führungsrolle deutscher Außenpolitik widmet sich auch der Sammelband von Harnisch und Schild. Unter Bezugnahme auf das Zivilmachtkonzept von Hanns Maull werden „theoretisch-konzeptionell und empirisch [...] Möglichkeiten und Grenzen von Führungsrollen und Gestaltungsmacht“ (S. 376) Deutschlands und der EU untersucht. Dabei widmet sich der erste Teil theoretischen Zugängen zu Führungsrollen und -konzepten in Abgrenzung zum Hegemonie-Konzept sowie in Bezug auf Legitimität und Anerkennung der Führung. Der zweite Teil betrachtet die deutsche Außenpolitik hinsichtlich multilateraler Institutionen, politischer statt militärischer Führung sowie die Zusammenarbeit mit den Partnern Großbritannien, Frankreich, Griechenland und Tschechische Republik. Als dritter Teil wird die Gestaltungsmacht der EU im Nuklearkonflikt mit Iran, im Westbalkan, in Afrika und China erörtert.

Die Autoren identifizieren vier keineswegs neue Befunde zu veränderten Rollenerwartungen und Anpassungsnotwendigkeiten deutscher Außenpolitik, um „die di-

vergiehenden innen- und außenpolitischen Erwartungshaltungen auszutarieren“ (S. 377 f.). Während Maull in seinem Beitrag selbst feststellt, dass das Konzept einer Zivilmacht an orientierender Wirkung für die deutsche Außenpolitik verloren hat und das innenpolitische Umfeld konzeptionell vernachlässigt wurde, sehen es die Herausgeber „in Form einer kooperativen, auf gemeinsame Ziele ausgerichteten, nicht-exklusiven Führung“ (S. 390) als durchaus mit einer gestaltenden deutschen Rolle kompatibel an.

Trotz eines anderen Analyseansatzes kommt der Sammelband zu einer mit Bierling korrespondierenden Schlussfolgerung: „Die deutsche Politik und Gesellschaft durchlaufen derzeit einen noch längst nicht abgeschlossenen Lernprozess im Hinblick auf Stil und Substanz der Übernahme europäischer und internationaler Führungsverantwortung“ (S. 390).

Antje Nötzold

Norman Bock, Zwischen Verdrängung und Verklärung. Die „junge Welt“ in der Auseinandersetzung mit der Geschichte des europäischen Kommunismus, Baden-Baden 2014 (*Nomos*), 313 S.

Susanne Witt-Stahl/Michael Sommer (Hrsg.), „Antifa heißt Luftangriff!“ Regression einer revolutionären Bewegung, Hamburg 2014 (*LAIKA*), 212 S.

Johannes Eisenberg/Lea Voigt/Manuel Vogel (Hrsg.), Antifaschismus als Feindbild. Der Prozess gegen den Pfarrer Lothar König, Hamburg 2014 (*LAIKA*), 304 S.

Die manipulative Deutung von Geschichte, um damit die eigenen politischen Auffassungen zu legitimieren, findet man auch im Linksextremismus. Dies macht die von Norman Bock vorgelegte Fallstudie *Zwischen Verdrängung und Verklärung. Die „junge Welt“ in der Auseinandersetzung mit der Geschichte des europäischen Kommunismus* deutlich. „Wie setzen sich die Autoren der Tageszeitung *junge Welt* mit der Geschichte des europäischen Kommunismus auseinander, und liegen auf dieser Grundlage Anhaltspunkte für eine oder mehrere unterschiedliche Erscheinungsformen von Geschichtsrevisionismus vor?“ (S. 21) Der Autor differenziert dabei eine apologetische, negationistische und relativistische Form (vgl. S. 54), deren Präsenz anhand der Berichterstattung über die Russische Revolution, den Spanischen Bürgerkrieg, den Stalinismus und die Deutsche Einheit untersucht werden.

Bock resümiert: Hier überwiege „der relativierende Geschichtsrevisionismus, der rund 80 Prozent der relevanten Beiträge zu Grunde liegt“ (S. 293). Dies kann der Autor durch seine aufwändige Untersuchung überzeugend belegen. Er nennt mit der „Anschlussfähigkeit“ (S. 293) auch die entscheidende strategische Absicht für diese Besonderheit. Bei der Lektüre fragt man aber auch nach den Gründen für die Existenz wie das Fehlen von Ausführungen: Die Beschreibung der „Akteure im linksextremistischen Spektrum“ (S. 56-82) ist überflüssig, gibt es doch später keine Rekurse auf die Genannten. Warum die DDR-Geschichte nicht, dann aber der Spanische Bürgerkrieg als Untersuchungsfeld gewählt wurden, bleibt unverständlich. Darüber hinaus sind die Kapitel mehr beschreibend denn analytisch angelegt.

„Antifaschismus“ gehört zu den bedeutendsten Handlungsfeldern des Linksextremismus, wobei der „Faschismus“ als Form „bürgerlicher Herrschaft“ gedeutet und somit auch der demokratische Verfassungsstaat abgelehnt wird. Dass diese Auffassung einer Aufweichung bzw. einem Rückgang ausgesetzt sei, beklagen die Autoren des Sammelbandes *„Antifa heißt Luftangriff!“ Regression einer revolutionären Bewegung*. Die Beiträge bestehen aus „Streitschriften“ von Autoren mit „divergierenden marxistischen Faschismustheorien“ (S. 12), die wie Witt-Stahl der Antifa unterstellen, sie sei „auf den Hayek gekommen und zum Hilfssheriff für Staat und Kapital verkommen“ (S. 47). Demnach handelt es sich um eine inner-linksextremistische Streitschrift. Der Hinweis, dass in manchem Antikapitalismus auch ein Antisemitismus stecke, gilt schon als Akzeptanz des „Neoliberalismus“. Das kann man der Autonomen Antifa indessen wohl kaum „unterstellen“.

Im gleichen Themenfeld angesiedelt ist der Sammelband *Antifaschismus als Feindbild. Der Prozess gegen den Pfarrer Lothar König*. Der evangelische Stadtjugendpfarrer König engagiert sich seit Jahren gegen die Neonazi-Szene. In diesem Kontext nahm er 2011 an einer Demonstration teil, wonach ihm „schwerer aufwiegender Landfriedensbruch“ vorgeworfen wurde. Aus dem Lautsprecher seines Busses sei der Ruf „Deckt die Bullen mit Steinen ein“ erschallt. Indessen konnte man König dies im Prozess nicht nachweisen. Der Sammelband enthält hauptsächlich Berichte und Stellungnahmen seiner Anwälte, die darin von einem „Komplot“ (S. 10) und „Manipulationen“ (S. 90) sprechen. Nicht näher thematisiert wird, dass sich König nicht von Gewaltakten gegen Neonazis distanziert. Gleichwohl rechtfertigt dies keine Verurteilung im genannten Sinne.

Armin Pfahl-Traugher

Guðrun Brockhaus (Hrsg.), *Attraktion der NS-Bewegung*, Essen 2014 (*Klartext*), 342 S.

David Reinicke/Kathrin Stern/Kerstin Thiel/Gunnar Zamzow (Hrsg.), *Gemeinschaft als Erfahrung. Kulturelle Inszenierungen und soziale Praxis 1930-1960*, Paderborn 2014 (*Ferdinand Schöningh*), 228 S.

Mit Michael Wildts Konzeptualisierung von „Volksgemeinschaft“ als einer sozialen Praxis wird Vergemeinschaftung im Nationalsozialismus (NS) erneut stärker unter diesem Begriff diskutiert, um auch Momente der Partizipation adäquat in den Blick nehmen zu können. In der daran anknüpfenden Debatte ist der inzwischen fünfte Tagungsband des Niedersächsischen FOKO-NS *Gemeinschaft als Erfahrung* zu verorten, welcher im Rekurs auf einen allgemeinen Gemeinschaftsbegriff versucht, Variationen und Diskontinuitäten in einer wenig starr begriffenen Gesellschaft im NS herauszuarbeiten. Der Faszinationskraft eines praxeologischen Verständnisses dieses Komplexes kann ebenfalls in dem Konferenzband *Attraktion der NS-Bewegung* nachgespürt werden, deren Anziehung die Autoren auf der „Ebene [...] des emotional bestimmten Erlebens“ (S. 15) identifizieren und zum Teil für eine Synthese mit sozialpsychologischen Ansätzen plädieren, da das erfolgreiche Anknüpfen des NS an bestehende Denkmuster mit einer „Sinnstiftungskrise“ (S. 219) nach dem Ersten

Weltkrieg zu verknüpfen sei. Begrifflich stehen primär die Konzepte Idiosynkrasie und pathische Projektion im Zentrum, mit welchen die Herstellung von Überlegenheitsgefühl und innerer Homogenität qua Feindbildkonstruktion beschrieben wird. Vor allem Theodore Abels Sammlung „autobiographische[r] Schilderungen früher Parteigenossen“ (S. 84), deren zentrale Elemente der Zustimmung sich gleichsam wie ein roter Faden des Tagungsbandes lesen lassen: „der Wunsch nach Volksgemeinschaft, [...] Nation und [...] Führer“ (ebd.), fungiert mehrfach als Referenzpunkt. Obwohl die abschließenden Beiträge Kontinuitäten zum Neonazismus reflektieren, scheint insgesamt jedoch eine systematische Einbeziehung des Antisemitismus als konstitutives Außen der „Volksgemeinschaft“, wie ihn beispielsweise Moische Postone beschrieb, eine untergeordnete Rolle zu spielen.

Während die Beiträge zur *Attraktion der NS-Bewegung* vor allem summarischen Charakter haben, fokussieren die Aufsätze der FOKO-NS vor allem Operationalisierungsmöglichkeiten des Erfahrungsraums „Volksgemeinschaft“ als handlungsorientierende, inkorporierte, aber letztlich prekäre Vergangenheit. Anhand facettenreicher Fragestellungen und Quellenkorpora wird hierin der Wandel von Gemeinschaftsvorstellungen vom Erwartungs- zum Erfahrungsbegriff untersucht. So beleuchtet Bianca Roitsch zum Teil gegensätzliche Auseinandersetzungen zweier Regionen mit in ihrer Nähe entstehenden Konzentrationslagern, wobei sie zentrale Berührungspunkte herausarbeitet, um die Vielfältigkeit der Interaktion in diesen „partiell durchlässige[n] Räume[n]“ (S. 87) zu akzentuieren. Demgegenüber konzentriert sich Gunnar Zamzows Beitrag zu „medialen Strategien der Konstruktion von Identitätswürfen“ (S. 91) auf die Grenzen zukunftsorientierter Inszenierung in Wilhelmshaven. Wenngleich die Heterogenität der einzelnen Darstellungen den Band zu einer inspirierenden Lektüre werden lässt, wird Erfahrung bisweilen als eine Art Kitt zwischen Diskurs und einer vermeintlich außerdiskursiven Sphäre im Sinne des Foucaultschen Dispositiv-Begriffs verwandt, was die These gesellschaftlicher Kontingenz zu unterlaufen droht. Ein Konzept von Hegemonie, das Deutungsmacht als prekäre politische Setzung markiert, würde eben jene Fluidität stärker berücksichtigen. Jedoch bietet gerade der Versuch, Orientierungsbedürfnisse an Vergemeinschaftung rückzubinden, faszinierende Einblicke in die umfassenderen Arbeiten, deren Schlaglichter sie darstellen. Inwieweit hierbei auch sozialpsychologische Perspektiven praktisch einfließen können, wäre sicherlich weiter zu erkunden.

Aline Munkewitz

Kristian Buchna, Ein klerikales Jahrzehnt? Kirche, Konfession und Politik in der Bundesrepublik während der 1950er Jahre, Baden-Baden 2014 (*Nomos*), 613 S.

Kathleen R. Hooper, Designing Democracy: Re-education and the America Houses (1945-1961), Frankfurt a.M. 2014 (*Peter Lang Edition*), 317 S.

Die beiden Bände beleuchten die politische und kulturelle Bedeutung unterschiedlicher Einrichtungen in der bundesdeutschen Gesellschaft nach dem Zweiten Weltkrieg: Kristian Buchna untersucht die kirchlichen Verbindungsämter in der Bundes-

hauptstadt und geht dem politischen Einfluss der Kirchen vor allem in den 1950er Jahren nach. Kathleen R. Hooper beschäftigt sich mit den Amerikahäusern in Deutschland und ihrer Rolle im Rahmen der amerikanischen Reeducation-Politik.

Während die Amerikahäuser in der deutschen Wissenschaft bereits einige Aufmerksamkeit erhalten haben, richtet sich *Designing Democracy* primär an eine US-amerikanische Leserschaft (vgl. S. 14) und erschließt die Forschung zum Thema für ein englisch-sprachiges Publikum. Entgegen gängiger Periodisierungen nimmt die Autorin dabei die Zeitspanne von der unmittelbaren Nachkriegszeit bis in die 1960er Jahre in den Blick. Nach einer etwas skizzenhaften Verortung der Amerikahäuser im Maßnahmenspektrum und Diskurs der Reeducation-Politik widmet sich Hooper einzelnen Aspekten: Sie beginnt mit einem kurzen Überblick über die Amerikahäuser, ihre allgemeinen Strukturen, Ziele und Strategien sowie die Bibliotheken, das jeweilige „Herzstück“ der Amerikahäuser (vgl. S. 119). Anschließend betrachtet sie die breitgefächerten Programme der Einrichtungen, welche Filme, Vorträge, Diskussionen, Ausstellungen und Musik und – v.a. in den 1950er Jahren – auch Veranstaltungen für Kinder und Jugendliche beinhalteten. Schließlich analysiert Hooper anschaulich und detailliert die Gebäude, welche gezielt für die Amerikahäuser gebaut wurden und deren Architektur und Design demokratische Werte symbolisieren sollten. Das Buch liefert einen guten Überblick über die Entstehung, Funktion und Effekte der Amerikahäuser. In der Schlussfolgerung perpetuiert die Autorin jedoch recht unkritisch das „Erfolgsnarrativ“ und den Modellcharakter der amerikanischen Reeducation-Politik in Deutschland, wenn sie u.a. darauf hofft, dass ihre Forschung „new opportunities for re-education in the twenty-first century“ anregen kann (S. 293).

Kristian Buchna stützt seine Untersuchung *Ein klerikales Jahrzehnt?* auf eine breite Quellengrundlage und fokussiert seine differenzierten Ausführungen auf die nach dem Zweiten Weltkrieg eingerichteten Interessenvertretungen der beiden Kirchen – das Katholische Büro Bonn und das Amt des Bevollmächtigten des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland am Sitz der Bundesregierung. Er untersucht detailliert die politischen, gesellschaftlichen und kirchlichen Kontexte ihrer Entstehung, ihre Methoden und Strategien sowie ihre Rolle im politischen Geschehen der jungen Bundesrepublik. Dabei widmet er sich auch ausführlich den Biographien und dem politischen und kirchlichen Wirken von Wilhelm Böhler und Hermann Kunst, den jeweiligen Leitern der Einrichtungen, die für deren Etablierung und langfristige Bedeutung prägend waren. Die Aktivitäten der beiden „Lobbybüros“ werden detailliert dargelegt und im (inter-)konfessionellen Spannungsfeld ebenso überzeugend verortet wie im (parti-)politischen Umfeld. Abschließend legt Buchnas Untersuchung nahe, dass nach 1945 zunächst eine Rekonfessionalisierung einsetzte und die „kurzen“ 1950er Jahre somit nicht primär als Zeit der Entkonfessionalisierung verstanden werden können (vgl. S. 368; 523f.). Die Vertretungen der beiden Kirchen erwiesen sich in dieser Zeit als „zukunftsweisende Modelle der Informations- und Kontaktvermittlung einerseits sowie der politischen Anteil- und Einflussnahme andererseits“ (S. 533).

Katharina Gerund

Christian Calliess/Moritz Hartmann, Zur Demokratie in Europa: Unionsbürgerschaft und europäische Öffentlichkeit, Tübingen 2014 (*Mohr Siebeck*), 157 S.

David Engels, Auf dem Weg ins Imperium. Die Krise der Europäischen Union und der Untergang der römischen Republik. Historische Parallelen, München 2014 (*Europaverlag*), 541 S.

Hauke Brunkhorst, Das doppelte Gesicht Europas, Berlin 2014 (*Suhrkamp*), 216 S.

Der junge Althistoriker Professor Engels vergleicht in einem diachronen Ansatz die Probleme der EU mit denen der scheiternden römischen Republik. Sein Schluss: Die EU ist auf dem Weg ins Imperium – und dies sei auch der einzig gangbare Weg zur Vermeidung des Untergangs. Die „grundlegende Identitätskrise der europäischen Zivilisation“ umfasse alle Felder der menschlichen Entfaltung; „das langfristige Überleben des europäischen Erdteils [ist] gefährdet“. Er untersucht vergleichend zwölf Werte – Toleranz, Respekt gegenüber menschlichem Leben, Gleichheit, Selbstverwirklichung, Religion, Respekt gegenüber anderen Kulturen, Freiheit des Einzelnen, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Frieden, Solidarität – und zieht Parallelen zur römischen Republik.

Der Sittenverfall gehe in Europa auf liberale universalistische Werte zurück, aus denen keine Identität entstehe. Mangelnder Stolz auf Geschichte und Schuldkomplexe („bereits Kinder und Jugendliche werden dazu angehalten, [...] die eigene Geschichte [...] gering zu schätzen“ [S. 423]), mangelnde Abgrenzung von anderen Kulturen, zu wenige Kinder in zu instabilen Familien, Einwanderung, Frauenemanzipation, der Verlust der christlichen Religion als Identitätsfaktor, Geringschätzung der Freiheit im Vergleich zur Gleichheit, „schränkenlose Verherrlichung des Individuums“ – dies seien Ursachen auch des römischen Niedergangs gewesen. Selten ist klar, Europäer welcher Nationalität der Verfasser meint; die oft selektive Verwendung und Interpretation von Umfrageergebnissen, die zuweilen fragliche Tragfähigkeit des Vergleichs (für Rom liegen nur literarische Texte vor) lassen manche Aussage als zu steile These erscheinen.

Zum Untergang Europas, d.h. der Unterordnung unter die USA und China, gäbe es eine vom Bürger gewünschte Alternative: Sie liege in einer „konservativen Revolution“, im „autoritären Zivilisationsstaat“ unter einem starken, direkt gewählten Präsidenten, der nicht durch „Gewaltenteilung und den Zustand dauerhaften Wahlkampfes an den notwendigen Maßnahmen gehindert“ (S. 442) wird. Mit letzterem hat Europa bereits Erfahrungen gemacht – sie führten in den Untergang. Neben Rom scheint Putins Russland zuweilen Pate zu stehen. So anregend die Lektüre ist, so simplifizierend zuspitzend ist sie.

Brunkhorst sieht in der EU zwei Strömungen am Werk, den „Kantian mindset“ und den „managerial mindset“. Die EU habe seit Anbeginn eine Entwicklung genommen, die als kapitalistische Wirtschaftsgemeinschaft mit Hilfe der ambivalenten Haltung der Gerichte dem „managerial mindset“ zum Sieg verhalf, die „egalitären Massendemokratien“ wurden zu „Inkassoagenturen einer globalen Oligarchie“ (S. 140). Die Hoffnung für den „ausgebeuteten Süden“ besteht in „Worten und Pflastersteinen“ (S. 96), in einem „transnationalen Klassenkampf“ von europäischen Ge-

werkschaften und Bewegungen (Occupy). „Schweigender Beifall“ (S. 78) kann dem Buch keineswegs zuteilwerden, dafür müsste u.a. eine luzidere Sprache und stringendere Gedankenführung dem Leser die Nachverfolgung der komplexen Gedanken erleichtern.

Calliess und Hartmann stellen ebenfalls die Legitimationsfrage, deren Lösung sie im Status des Bürgers in seiner Doppelrolle als Staats- und Unionsbürger sehen. In der politisierten EU entwickelt dieser sich vom Bourgeois zum Citoyen aufgrund der EU-Verträge, die typische Inhalte von Verfassungen inkorporieren. Die EU als „Bürgerverbund“ kann aufgrund des wahrnehmbaren Rechtsstatus der Unionsbürgerschaft schließlich zur kollektiven Identitätsbildung kommen, allerdings abhängig von ausreichenden Räumen deliberativer Auseinandersetzung, also einer europäischen Öffentlichkeit.

Beate Neuss

Carl-Schmitt-Gesellschaft (Hrsg.), Schmittiana. NF. Beiträge zu Leben und Werk Carl Schmitts, Band II, Berlin 2014 (*Duncker & Humblot*), 316 S.

Carl Schmitt/Ernst Rudolf Huber, Briefwechsel 1926–1981. Mit ergänzenden Materialien, hrsg. von Ewald Grothe, Berlin 2014 (*Duncker & Humblot*), 617 S.

Beide Bände sind glänzend ediert, kommentiert und mit zahlreichen Materialien versehen. Sie werden für Forschungen zur intellektuellen Geschichte des 20. Jahrhunderts unabdingbar sein. Gleichwohl muss angesichts zahlloser Briefwechsel und Tagebücher Carl Schmitts nach dem substantiellen Gehalt solch privater Dokumente gefragt werden. Ewald Grothe versteht die Korrespondenz mit Ernst Rudolf Huber als einen Beitrag zur Ausleuchtung des „intellektuelle[n] Feld[es] der Staatsrechtslehre“ (S. 13).

Beide Bände belegen Schmitts Klassikerstatus. Und dennoch: War nicht Schmitt dort am interessantesten, wo er nicht als Klassiker, sondern als politischer Zeitdiagnostiker in tagespolitische Kontroversen eingriff? Bedarf es nicht expliziter theoretischer Gründe, ihn als Klassiker zu behandeln? Dieses Unbehagen gegenüber der minütlich wachsenden Schmitt-Literatur hat noch einen weiteren Grund: Muss nicht derjenige, der sich für die Geschichte der Staatsrechtslehre interessiert, peinlich davon berührt sein, wie die Anzahl an Schmitt-Publikationen seine Zeitgenossen zu bloßen Statisten des Genius herabwürdigt? Und stuft nicht allein die Frequenz der herausgegebenen Korrespondenzen jeden Brief- zum Sparringspartner herab?

Über den Zeitdiagnostiker verraten die Briefe eher wenig, was auch daran liegt, dass sich nur wenige Briefe zu Schlüsselmomenten deutscher Geschichte finden. Insgesamt bestätigt sich, dass die Zeit der Präsidialkabinette die politiktheoretisch produktivste Zeit war. Der Weg der Korrespondenten in den Nationalsozialismus wird indes kaum erhellt, dafür der unbedingte Wille zu Sinngebung und Karriereplanung unter Beweis gestellt. Doch während Schmitt schnell über innere Konflikte klagt und durchaus die Nivellierung der eigenen Profession durch den Exodus der Emigration wahrnimmt, arbeitet der aufsteigende Huber selbstbewusst am Aufbau

der nationalsozialistischen Rechtswissenschaft mit. Interessant ist, dass nach Schmitts Fall im Nationalsozialismus bis 1938 keine Briefe vorliegen. Danach hat sich nicht nur der Ton verändert, auch überlagern nun allgemein ideengeschichtliche Assoziationen neben manch bissigem Wort die Bewertung des politischen Alltags. Hubers erster Brief nach 1945 spricht sofort von Irrtümern, während Schmitt in den hier überlieferten Dokumenten schweigt und sich zum „outlaw“ (S. 360) stilisiert. Zu Nachkriegspolitik und -werk ist wenig zu finden. Wer den Briefwechsel mit Gewinn lesen will, sollte sich auf Hubers Briefe konzentrieren, die dessen Denkbewegung tatsächlich besser dokumentieren.

Aufschlussreich ist, von wem der Briefwechsel schweigt: von den einstigen Kollegen, die dem Nationalsozialismus zum Opfer fielen. Dieses sofortige Beschweigen nach der Machtübernahme ist auch in den zahlreichen Briefwechseln des *Schmittiana*-Bandes augenfällig. Mit Unbehagen kann man nachlesen, wie Walter Jellinek Schmitt über die Neubesetzung des Heidelberger Lehrstuhls von Gerhard Anschütz noch informiert, bevor er selbst erstmals aus dem Amt gedrängt werden sollte. Der Austausch bricht kurz danach ab. Neben dem Briefwechsel mit Kurt Wenzendorff werden die Korrespondenzen mit Eric Voegelin und Joachim Ritter die meisten Leser finden. Beide dokumentieren, wie Schmitt nach dem Zweiten Weltkrieg Gesprächspartner bleiben konnte: als Kenner der politischen Ideen- und Kulturgeschichte.

Um zur Ausgangsfrage zurückzukehren: Was tragen private Aufzeichnungen von Intellektuellen zu ihrem Verständnis bei? Hier mögen mitunter Zweifel angemeldet sein. So können die Ehrbezeugungen Ritters gegenüber Schmitt kaum verdecken, dass die Briefe inhaltlich nur wenig hergeben. Sie mögen entgegen der jüngeren Deutung Ritter näher an Schmitt heranrücken. Aber eine intellektuelle Positionierung oder gar Kontroverse geben sie nicht preis. Vielleicht ist das, was nicht gesagt wird, viel aussagekräftiger als die zahlreichen Freundlichkeiten.

Frank Schale

Emmanuel Droit, Vorwärts zum neuen Menschen? Die sozialistische Erziehung in der DDR (1949-1989), Köln u.a. 2014 (*Böhlau*), 380 S.

Das Herz der SED-Erziehungsdoktrin bildete das Bildungs- und insbesondere das Schulwesen. Die Herausbildung der sogenannten „allseitig entwickelten sozialistischen Persönlichkeit“ war Staatsräson und Bildungsauftrag. Durch die politische Instrumentalisierung des schulischen Betriebs erfasste der Parteiapparat nahezu flächendeckend alle Kinder und Jugendlichen. Die Literatur zur DDR-Pädagogik fällt dabei so umfangreich aus wie die Argumente zu deren Sinn oder Unsinn.

Emmanuel Droit lässt erstmals in zahlreichen Interviews die „großen Stimmen der Geschichte“ (S. 20) – die Schüler – zu Wort kommen. Diese Vorgehensweise, die Arbeit mit diversen behördlichen Originaldokumenten, die Interpretation der 30 Interviews mit Pädagogen und Schülern wie die prägnanten Vergleiche zum französi-

schen Bildungssystem ermöglichen nicht nur tiefe Einblicke in das Schulwesen, sondern auch in die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten der DDR. Zwar ist die Literatur zum sozialistischen Bildungssystem ausgesprochen zahlreich, meist jedoch veraltet und auf die Gegenüberstellung zur bundesdeutschen bzw. sowjetischen Pädagogik fixiert.

Der erste Teil des Werkes umfasst die Jahre von 1949 bis 1959. Darin beleuchtet er die Transformation des Schulwesens unter antifaschistischem Banner hin zu einer vermeintlich demokratischen Ausrichtung und geht u.a. auf die Positionen bildungspolitischer Akteure ein. Emmanuel Droit ist es vortrefflich gelungen, im Kapitel über die Patenschaften der Schulen mit den volkseigenen Betrieben die Widersprüche praxisnah zu beleuchten. Das Vorhaben, die Kinder und Jugendlichen für handwerkliche Arbeiten in der Produktion zu begeistern und die Werktätigen in Erziehungsfunktionen zu drängen, missglückte auf beiden Seiten. Der Autor geht allerdings davon aus, dass das Schulsystem bereits in den späten 1950er Jahren durch das „Aufkommen eines stillschweigenden Einverständnisses“ (S. 131) zwischen Erziehungsfunktionären und Bevölkerung beispielsweise mit der Jugendweihe weitgehend stabilisiert war, weswegen er den zweiten Teil des Buches mit den Entwicklungen des Jahres 1959 beginnt. Die wohl größte Zäsur innerhalb des Bildungswesens war das 1965 eingeführte „Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem der DDR“ (S. 46). Erst nach diesem verzichtete die SED-Führung auf weitgehende Neuerungen oder Änderungen im Erziehungssektor. Die unaufhörlich rotierende „politisch-soziale Selektionsmaschine“ (S. 198) führte schließlich zu einer massiven Militarisierung und verstärkten Präsenz des Geheimdienstes an den Schulen. Die analytischen Ausführungen zur ideologischen Wehrerziehung und den persönlichen Einstellungen der Schüler zur UdSSR und zu Westdeutschland widerlegen das Bild einer uniformen und stets abwehrbereiten Jugend, das die Machthaber über Jahrzehnte propagierten.

Das Kapitel über die Arbeit des Ministeriums für Staatssicherheit fällt zu knapp aus, wird aber von den Untersuchungen über die verschiedenen Spannungsverhältnisse zwischen Lehrkörpern, Elternschaft, wirtschaftlichen Erziehungsträgern, Schülern und oktroyierter Bildungsdoktrin aufgehoben. Emmanuel Droit bringt es auf den Punkt: Die Schulpflichtigen im ostdeutschen Teilstaat mussten die „praktische Vernunft“ (S. 334), d. h. die richtige Haltung im richtigen Moment, erlernen. Aus diesem Grund gehörte die Mehrzahl der Heranwachsenden, laut seiner Einschätzung, zur Gruppe der „ideologische[n] Grenzverletzer“ (S. 280). Sein Werk ist ein empfehlenswertes, in dieser Form einmaliges Zeugnis der DDR-Schulpolitik, stets begleitet von den Stichworten „Internalisierung“, „Polytechnisierung“ und „Militarisierung“.

Steffi Lehmann

Simon Ebert, Wilhelm Sollmann. Sozialist – Demokrat – Weltbürger (1881-1951), Bonn 2014 (J. H. W. Dietz), 605 S.

Helga Schultz, Europäischer Sozialismus – immer anders, Berlin 2014 (BWV – Berliner Wissenschaftsverlag), 554 S.

Simon Ebert wendet sich in seiner Bonner Dissertation über Wilhelm Sollmann einem nur noch selten erwähnten SPD-Politiker zu. Diese zeigt den Weg eines aus kleinbürgerlichen Verhältnissen – der Vater war Gastwirt – stammenden Sozialdemokraten, der nach abgebrochenem Gymnasialbesuch den Beruf des Handlungsgehilfen ergriff, sich autodidaktisch fortbildete und vor 1914 als Journalist und Redakteur in Köln eine wichtige Rolle in der SPD zu spielen begann. Mit Kriegsbeginn wurde der bislang den Linken zugerechnete Sollmann zum „Vaterlandsverteidiger“; eine Wendung, an der sein Biograph vorsichtige Kritik durchscheinen lässt. In der Novemberrevolution unterstützte er Friedrich Ebert, wurde dann Mitglied des Reichstages und arbeitete mit dem Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer zusammen. Nach seiner Verhaftung und Misshandlung durch die SA emigrierte er 1933 über das Saargebiet und Luxemburg in die USA. Sollmanns Arbeit in der German Labor Delegation wird sehr detailliert geschildert; der Verfasser zeigt auch, wie Sollmann immer mehr an intellektueller Statur gewann. In fortgeschrittenem Alter lernte er vom Nullpunkt aus Englisch und beherrschte die Sprache schließlich fast perfekt. Nach 1945 wollte Sollmann, der auch durch einen universitären Lehrauftrag in die amerikanische Gesellschaft hineinwuchs, nicht nach Deutschland zurückkehren. Gleichwohl unterstützte er den prowestlichen Flügel der SPD, dabei ging er noch weiter als Kurt Schumacher. Er teilte dessen scharfe Gegnerschaft zur Sowjetunion, nicht aber die Forderung nach einer Sozialisierung der Schlüsselindustrien. Eine Konstante in Sollmanns Leben war das Engagement im Arbeiter-Abstinentenbund und verwandten Organisationen, das jedoch in seiner Rigidität auch sektiererische Züge trug.

Helga Schultz, Professorin für Neuere Geschichte in Frankfurt (Oder), gehörte zum kleinen Kreis von DDR-Historikern, der nach 1989 die wissenschaftliche Laufbahn fortsetzen konnte. Sie wendet sich der Geschichte des europäischen Sozialismus in biographischen Studien zu. Porträtiert werden Karl Kautsky, George Bernard Shaw, Jean Jaurès, Jozef Pilsudski, Alexander Stambolijski, Wladimir Medem, Leo Trotzki, Otto Bauer, Andreu Nin, Josip Broz Tito, Herbert Marcuse, Alva und Gunnar Myrdal. Die Stärke des Buches liegt, neben dem außerordentlich flüssigen Stil, in der Einbettung der Biographien in sozial- und ideengeschichtliche Zusammenhänge. Man erfährt viel über die je spezifischen Entstehungsbedingungen sozialistischen Gedankengutes und die daran geknüpften politischen Bewegungen. Dies gilt besonders für Bulgarien (Stambolijski), Polen (Pilsudski) und das jüdische Osteuropa (Medem).

Schultz sieht im Wirken der Partido Obrero de Unificación Marxista (POUM) und ihrer Zusammenarbeit mit Anarchosyndikalisten im Spanischen Bürgerkrieg eine praktikable Alternative zur Volksfront-Regierung, nachdem diese auf einen pro-

stalinistischen Kurs einschwenkte. Hier wird deutlich, dass die Autorin ein breites Bündnis verschiedener Klassen und Schichten, keineswegs die Arbeiterklasse allein, als historisches Subjekt gesellschaftlicher Veränderung sieht. Von daher befragt sie die unter Linken oft als „reformistisch“ beurteilten Kautsky, Shaw, Jaurès, Bauer oder die Myrdals nach Potenzen ihres Denkens und Wirkens, die, ungeachtet auch der Niederlagen der Akteure, doch Lehren für eine Politik vermittele, die den Status quo grundsätzlich überwinden könne, ohne die demokratische Ordnung preiszugeben. Trotzki's Analysen des Faschismus und Antisemitismus hätten stärker berücksichtigt werden können – der wohl einzige Mangel des vorzüglichen Buches. Positiv erwähnt seien darüber hinaus die von den beiden Enkeln der Verfasserin angefertigten Illustrationen.

Mario Keßler

Anke Fiedler, Medienlenkung in der DDR, Köln/Weimar/Wien 2014 (Böhlau), 496 S.

Es ist ein Verdienst der Kommunikationswissenschaftlerin Anke Fiedler, den scheinbar umfassenden Forschungsstand zur DDR-Mediengeschichte begründet zu hinterfragen. Sie will mit ihrer Dissertation nicht weniger als einen dezidierten „Gegenentwurf“ bzw. eine „echte Alternative“ (S. 10) zu den als Standardwerke deklarierten Schriften von Gunter Holzweißig liefern. Die Autorin bemängelt darin fehlende Erkenntnisse über die zentralen Organisationsstrukturen und Akteure, kritisiert Holzweißig für seine „zweifelhaften Thesen“ (ebd.) und seine – ihrer Ansicht nach – fragwürdigen Quellen. Damit trägt Fiedler zur jüngeren Debatte über die DDR-Forschung bei, der eine kritische Bestandsaufnahme ihrer Ergebnisse ebenso in anderen, nicht selten als „ausgeforscht“ beschriebenen Politikfeldern gut zu Gesicht stünde.

Der Blick ihrer quellengesättigten, aber stark deskriptiven Studie richtet sich einerseits auf die Anleitung wie Kontrolle der Tagespresse (*Neues Deutschland*, *Aktuelle Kamera* und *Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst*), provokativ als „politische Öffentlichkeitsarbeit“ (S. 13) und nicht wie sonst üblich als „Propaganda“ beschrieben, und andererseits auf die zuständigen Akteure (u.a. den ZK-Sekretär für Agitation und Propaganda). An einer klar formulierten Problemstellung mangelt es dem Werk jedoch. Demzufolge bleibt offen, welchen konkreten Beitrag die von Fiedler lediglich auf einer knappen Seite erläuterten drei Untersuchungsdimensionen (zeitlich, sachlich, sozial) über die bloße Strukturierung der Arbeit hinaus leisten sollen. Und obgleich die Autorin die sich in zunehmendem Maße wandelnde Medienlenkung „von einer Nachzensur unter Ulbricht (Kritik an Medieninhalten) in eine Vorzensur unter Honecker“ als ihren „wichtigsten Befund aus Akten und Zeitzeugeninterviews“ (S. 422) bezeichnet, relativiert sie ihre Aussagen schon wenig später: „Dies soll nicht heißen, dass in der Ära Ulbricht auf Vorzensurmaßnahmen verzichtet wurde“ (ebd.). Worin liegt aber der Erkenntnisgewinn der Studie? Fiedler selbst gesteht in ihrer Schlussbetrachtung ein, ihre Dissertation habe „viele von dem, was

man über das Thema Medienlenkung in der DDR weiß“ (S. 417), bestätigt. Insofern konnte die Autorin ihrem hohen Anspruch nicht vollends gerecht werden.

Dennoch ist die Lektüre ihres flüssig geschriebenen Buches empfehlenswert; vor allem Leser, die mehr über die verantwortlichen politischen Instanzen und die wechselnden Funktionäre an deren Spitze erfahren möchten, kommen mit diesem Nachschlagewerk auf ihre Kosten. So hebt Fiedler hervor, dass sich die Medienlenkung in der DDR „nicht nur aufgrund ihrer außenpolitischen Situation“ veränderte, sondern ebenfalls „eine direkte Folge von Personenkonstellationen im Apparat – in der Abteilung Agitation, im Zentralrat der FDJ, an der Spitze der vier kleinen Blockparteien und nicht zuletzt im Politbüro“ war (S. 422). Besonders die damit angedeuteten graduellen Unterschiede zwischen der Ulbricht- und der Honecker-Ära sollten die DDR-Forscher zu Anschlussuntersuchungen ermutigen.

Madeleine Petschke

Hans-Helmuth Gander/Gisela Riescher (Hrsg.), Sicherheit und offene Gesellschaft. Herausforderungen, Methoden und Praxis einer gesellschaftspolitischen Sicherheitsforschung, Baden-Baden 2014 (*Nomos*), 177 S.

Jakob Kullik, Vernetzte (Un-)Sicherheit? Eine politisch-rechtliche Analyse der deutschen Cybersicherheitspolitik, Hamburg 2014 (*Dr. Kovac*), 281 S.

Hans-Jürgen Lange/Astrid Böttcher (Hrsg.), Cyber-Sicherheit, Wiesbaden 2014 (*Springer VS*), 222 S.

Was digitalisiert werden kann, wird digitalisiert. Entsprechend dynamisch ist die Entwicklung, die alle Bereiche des menschlichen Lebens – die individuellen und kollektiven – erfasst. Die gesellschaftlichen und politischen, insbesondere sicherheitspolitischen Herausforderungen wachsen dabei in demselben Maße, in dem die Digitalisierung voranschreitet. Die dabei aufgeworfenen Fragen reichen tief in die institutionelle Ausgestaltung von Organisationen, ihre spezifische Kultur sowie in die Biografien der einzelnen Betroffenen hinein. Grundfragen der gesellschaftlichen Gestaltung werden neu gestellt. Dies geschieht in einem atemraubenden Tempo, das quer zu Fragen der politischen, sozio-ökonomischen und kulturellen Grundlegungen verläuft.

Der von Hans-Helmuth Gander und Gisela Riescher herausgegebene Band ist aus einem Symposium hervorgegangen, das sich mit philosophischen, politikwissenschaftlichen und psychologischen Grundfragen der Sicherheitsorganisation auseinandersetzte und die Konkretisierung von Machtkonfigurationen im öffentlichen und privaten Raum untersuchte. Dabei werden eine ganze Reihe von Fragen aufgeworfen, die von der Forderung nach einer normativen Politikwissenschaft bis zur Diskussion von Organisationsroutinen und der Akzeptanz von Körperscannern reichen. Es ist ein bunter Strauß von Beiträgen, die eine große Bandbreite der Themen, die Sicherheit in einer offenen Gesellschaft bedeuten, ansprechen.

Die Studie von Jakob Kullik erkundet die politischen, organisatorischen und rechtlichen Dimensionen der deutschen Cybersicherheitspolitik. Sie will eine wichti-

ge Frage beantworten: Besitzt Deutschland eine eigene und konsistente Cybersicherheitspolitik? Die Literatúrauswertung ergibt, wie könnte es anders sein, bei den einschlägigen Experten uneinheitliche Antworten auf diese Frage. Kullik beschäftigt sich sodann mit unterschiedlichen Formen der Bedrohung, um die Lage zu beschreiben. Daran schließen sich feingliedrige Analysen der mit Cyberfragen befassten Behörden und ihrer Zusammenarbeit an. Schließlich stellt der Verfasser verschiedene Rechtsgebiete dar. Sein Fazit: Die Ausarbeitung einer Cybersicherheitspolitik hat begonnen, aber wird noch nicht ernsthaft betrieben. Das steht, soll die Souveränität des Staates im digitalen Zeitalter bewahrt bleiben, noch aus.

Der von Hans-Jürgen Lange und Astrid Böttcher herausgegebene Band *Cybersicherheit* versammelt dreizehn Beiträge eines Workshops. Die Themen reichen von der Analyse staatlicher Cybersicherheitspolitik über die öffentlich-private Zusammenarbeit bis hin zur Wirkung auf Demokratie und Öffentlichkeit. Die polizeiliche Arbeit wird sowohl bezüglich der Änderung der Arbeitsbedingungen durch die Digitalisierung als auch der veränderten Kriminalitätsformen beschrieben. Rechtliche Fragen werden diskutiert und eine Fallstudie über Cyberspionage vorgelegt. Alle Beiträge regen weitere Überlegungen an, die Mehrebenenanalyse auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene ebenso wie der strukturierte Blick in die staatliche Organisation. Der Erfahrungsbericht aus Österreich, den Heiko Borchert, Wolfgang Rosenkranz und Wolfgang Ebner über den Aufbau einer öffentlich-privaten Sicherheitszusammenarbeit geben, umfasst das Feld exemplarisch: die praktischen Herausforderungen ebenso wie die Fähigkeiten, sie analytisch und strategisch zu bewältigen. Die dynamische Entwicklung stellt an die staatlichen und privaten Akteure Anforderungen, die sich von der bisherigen Bereitstellung kollektiver Sicherheitsgüter nicht grundsätzlich unterscheiden.

Thomas Jäger

René Girard, Im Angesicht der Apokalypse. Clausewitz zu Ende denken. Gespräche mit Benoît Chantre, Berlin 2014 (*Matthes & Seitz*), 392 S.

Jens Hildebrandt/David Wachter (Hrsg.), Krieg. Reflexionen von Thukydides bis Enzensberger, St. Ingbert 2014 (*Röhrig Universitätsverlag*), 244 S.

„Allmählich begreifen wir, dass ein Konflikt stets nur vordergründig erlischt und die Möglichkeit bestehen bleibt, dass er in der Folge umso gewaltsamer wieder aufflammt“ (S. 43). „Den Krieg in einem rechtsfreien Raum anzusiedeln, heißt paradoxerweise seine flächendeckende Ausbreitung zuzulassen. Der Pazifismus schürt das Feuer des Bellizismus“ (S. 124). „Die Positivisten glauben an die Vernunft, um die Augen vor den unmittelbar drohenden Katastrophen verschließen zu können“ (S. 207). – Es sind starke Thesen, häufig aber auch sehr innovative Gedanken, die René Girard in einem Buch vertritt, das angesichts der jüngsten Entwicklungen aktueller kaum sein könnte. Girard legt dem in Dialogform gehaltenen Werk sein Konzept der Mimesis zugrunde, das aus einer anthropologischen Perspektive davon ausgeht, dass Gesellschaften nur dann überleben werden, wenn sie es schaffen, die Ge-

walt zwischen ihren Gesellschaftsmitgliedern einzuschränken. Soweit orientiert sich das Konzept noch an der älteren Vorstellung vom Leviathan. Doch das Nachahmungsverhalten der Menschen führe selbst unter quasi-staatlichen Rechtsverhältnissen noch zu Neid und Missgunst, was zwischenmenschliche Konflikte und mithin zugleich jene Gewalt begünstige, die zum Movens einer ganz eigenen Entwicklung werden kann und für die eine „Steigerung bis zum Äußersten“ immer mitgedacht werden muss. Nicht Georg Wilhelm Friedrich Hegel, in dessen Rechtsverständnis sich Wirklichkeit und Begriff zu einer Art synthetischen Friedens vereinen, ist daher Girards Quell für Erklärungen, sondern Carl von Clausewitz, weil dieser gesehen habe, dass Begriffe trügerisch sein können und dass auch das Recht eine abgeschwächte Form der Gewalt sei, das wiederum von der Gewalt selbst produziert werde (S. 190). Den Gewaltanstieg in der Gegenwart erklärt Girard dabei mit Verweis auf biblische Texte und die im Vorfeld der Apokalypse angekündigte Gewaltexplosion – und genau hierin liegt auch die größte Schwäche seiner Argumentation, denn was aus christlicher Perspektive eine folgerichtige Erklärung der Gegenwartsgewalt ist, würde bereits aus der Sicht des vielzitierten Clausewitz die nachdenklich stimmende Frage aufwerfen, ob das „Äußerste“ tatsächlich bereits erreicht ist.

Einen gänzlich anderen Charakter hat der von Jens Hildebrandt und David Wachter herausgegebene Band, der Stimmen zum Krieg aus zwei Jahrtausenden sammelt und kommentiert, wobei die Auswahl keineswegs Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann und das auch nicht will. Vielmehr geht es den Herausgebern darum zu zeigen, dass es zu unterschiedlichen Zeiten sehr unterschiedliche Antworten auf stets gleichbleibende Grundfragen gegeben hat. Thukydides und Thomas von Aquin finden sich in der Textsammlung, daneben auch Niccolò Machiavelli, Thomas Hobbes, Clausewitz, Ernst Jünger und andere, wobei die eher konservative Auswahl abgerundet wird durch einen Ausschnitt aus Raymond Arons Werk *Frieden und Krieg* und durch einen Essay Hans Magnus Enzensbergers. Während der im deutschen Sprachraum kaum mehr bekannte Aron über den französischen Krieg in Algerien reflektiert, beschäftigt sich Enzensberger in einem bemerkenswerten Beitrag mit dem Gewaltphänomen der Gegenwart, das zunehmend ideologiefrei und bar jedweden Ehrverständnisses in Erscheinung tritt und die Grenzen zwischen Staaten- und Bürgerkrieg verschwimmen lässt. Wenngleich die Auswahl nicht gelitten hätte, hätten die Verfasser heute weniger bekannte Theoretiker wie Wilhelm von Schaumburg-Lippe und dessen völkerrechtlich begründetes Konzept vom Verteidigungskrieg oder Gerhard Ritters Überlegungen zur Militarisierung des zivilen Geistes aufgenommen, so vermittelt der Band dem interessierten Leser doch einen ersten Einblick in eine stets aktuelle Thematik.

Michael Vollmer

Xuewu Gu, Die große Mauer in den Köpfen. China, der Westen und die Suche nach Verständigung, Hamburg 2014 (*edition Körber-Stiftung*), 214 S.

Hubert Heinelt (Hrsg.), *Modernes Regieren in China*, Baden-Baden 2014 (*Nomos*), 184 S.

Philipp Mahltig/Eva Sternfeld (Hrsg.), *Kontinuität und Umbruch in China*, Wiesbaden 2014 (*Harrassowitz*), 212 S.

Xuewu Gu verfügt als seit vielen Jahren in Deutschland lebender Wissenschaftler über hervorragende Voraussetzungen, um für eine engere Zusammenarbeit und Verständigung zwischen dem Westen und China – das zentrale Anliegen seiner anregenden Monographie – einzutreten. Gu erörtert ausgewogen die Chancen und Hindernisse dieses wünschenswerten Prozesses. Er weist dabei auf den wesentlichen Unterschied im sozialen Verhalten Chinas und des Westens hin: Während in der chinesischen Gesellschaft kollektives Verhalten und kollektive Verantwortung das Verhalten bestimmen, sind westliche Gesellschaften im Wesentlichen durch das Primat des Individuums geleitet. Der Autor ist kritisch und sieht im gegenwärtigen China mit seinem Glauben an die Überlegenheit der traditionellen konfuzianischen Werte wenig Raum für eine Öffnung gegenüber der Idee des Mittelweges zwischen Kollektiv und Individuum. Ein nicht geringeres Hindernis, die Mauer in den Köpfen niederzureißen, bereitet andererseits auch die tief verwurzelte Überzeugung des Westens vom Wert der Freiheit des Individuums – eine höchst anregende, solide Arbeit.

Die beiden anderen hier zu betrachtenden Publikationen sind Sammelbände, die einen weiten Fächer an Themen zu Politik und Gesellschaft des heutigen Chinas öffnen. *Modernes Regieren in China* behandelt vorrangig unterschiedliche Fragen der Interessenvermittlung auf verschiedensten Ebenen von Staat und Gesellschaft. So kommen im Leitaufsatz dieses Buches die Autoren zu der Feststellung, dass „für gesellschaftliche Akteure vielfältige Zugangsmöglichkeiten zu politischen Entscheidungsprozessen vorhanden sind, die in westlichen Kontexten administrativer, funktionaler oder zivilgesellschaftlicher Interessenvermittlung zugerechnet werden können“ (S. 33). Die Beiträge vermitteln dem an der Thematik Interessierten einen differenzierten Einblick in die Handlungsspielräume innerhalb der chinesischen Gesellschaft.

Der Band *Kontinuität und Umbruch in China* beschäftigt sich in historischer Perspektive mit Beständigkeit und Wandel in der chinesischen Gesellschaft. Es handelt sich dabei um eine Auswahl aus den Beiträgen, die auf einer 2011 in Berlin abgehaltenen Konferenz zum 100. Jahrestag der sogenannten Xinhai-Revolution von 1911, d.h. des Endes des chinesischen Kaiserreiches und der Gründung der Republik, vorgetragen wurden. Die Publikation ist außerordentlich reichhaltig, da sie sowohl religionspolitische Umbrüche im 8. und 9. Jahrhundert als auch zum Beispiel die Kulturelle-Renaissance-Bewegung 1966 auf Taiwan analysiert, die zur gleichen Zeit wie die Kulturrevolution auf dem Festland stattfand, aber auf Taiwan eine Stärkung traditioneller konfuzianischer Werte einleitete, die nach Jahrzehnten japanischer Kolonialherrschaft und nachfolgender Amerikanisierung eine Rückbesinnung auf chinesische Werte bedeutete. Der Band schließt mit zwei Beiträgen technologischen In-

halts: zum einen über die Kontinuität der langjährigen deutsch-chinesischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Maß- und Gewichtskunde (Metrologie), zum anderen über Chinas Wahrnehmung des Atomunfalls von Fukushima und die Folgen für das chinesische Atomenergieprogramm. Neben dem durchgängig hohem wissenschaftlichen Niveau der einzelnen Beiträge ist es für den Sinologen höchst erfreulich, dass die Herausgeber von „*Kontinuität und Umbruch in China*“ die in den Texten vorkommenden chinesischen Eigennamen und Begriffe mit chinesischen Zeichen wiedergeben und sich dabei für die chinesischen Langzeichen – im Unterschied zu den in der Volksrepublik verwendeten Kurzzeichen – entschieden haben.

Joachim Glaubitz

Jost Hermand, Vorbilder. Partisanenprofessoren im geteilten Deutschland, Köln/Weimar/Wien 2014 (*Böhlau*), 310 S.

Nikolai Wehrs, Protest der Professoren. Der „Bund Freiheit der Wissenschaft“ in den 1970er Jahren, Göttingen 2014 (*Wallstein*), 539 S.

Beide Bücher eint die Suche nach dem Professor als öffentlichem Intellektuellen: Sie erforschen, wann der Gelehrte innerhalb und außerhalb seiner Schreibstube zu einem Kritiker der Zeit wird. Jürgen Habermas fand im Jahr 1966 das Stichwort des „Partisanenprofessors im Land der Mitläufer“ für Wolfgang Abendroth passend. Er denke politisch, unberührt von professioneller Eitelkeit und wirke unerschrocken gegenüber Autoritären. Solch „kritisch eingestellte Aufklärer“ (S. 22), die als Leuchttürme innerhalb eines Meeres von historischer Verdrängung und gesellschaftlicher Verirrung ankern, sucht Jost Hermand mit gleicher Verve. Er sieht sie in „linken Außenseitern“, Nonkonformisten und „Grenzgängern“, welche die Kritik an Staat und Gesellschaft im geteilten Deutschland als ihre Aufgabe verstanden. Deren zeithistorische Deutung wird von der Klage begleitet, „im neoliberalen Klima der Nachwendzeit“ (S. 23) auf solche alternativen und revolutionären Geister verzichten zu müssen. Zu den Porträtierten gehören neben Abendroth der Kunsthistoriker Richard Hamann, der Romanist Werner Krauss, die Literaturwissenschaftler Hans Mayer und Werner Mittenzwei oder der Theologe Helmut Gollwitzer. Ihre Auswahl bleibt im gleichen Maße unbegründet wie jener Idealtypus des „Partisanenprofessors“ nur undeutlich gezeichnet wird. Es scheint beinahe, als begrenze und erdrücke der (moralische) Anspruch des Autors ihre Porträts. Was sie in ihrer Schreibstube verfassten, um als Gelehrte zu „Grenzgängern“ zu werden, lässt sich nur schemenhaft erkennen.

Mit Hermann Lübke, Wilhelm Hennis, Friedrich H. Tenbruck, Erwin K. Scheuch, Thomas Nipperdey, Richard Löwenthal und Ernst Nolte untersucht Nikolai Wehrs ausgewählte Führungsfiguren des Bundes Freiheit der Wissenschaft (BFW), welche – über Parteigrenzen hinweg – die politisch-intellektuelle Transformation der Bundesrepublik in den frühen 1970er Jahren gestalteten. Jener Verband, der sich als Netzwerk zur Steuerung hochschulpolitischer Reformdiskurse verstand, steht nach Wehrs exemplarisch für den Zeitraum zwischen der Euphorie einer „Demokratisierung“ der Bundesrepublik nach 1968 und der um 1973/1974 einsetzenden „Tendenz-

wende“. In diesem Sinne folgt die hochschulpolitische Diskussion um die radikalen Aktionen der Studenten, um eine drohende Unterwanderung der Universitäten durch marxistische Kaderorganisationen und um die Reformen zu mehr Mitbestimmung innerhalb universitärer Gremien (Stichwort: Drittelparität) der Tendenz einer massiven politischen Polarisierung. Abseits der Kritik, doch nur ein rückwärtsgewandter Klub zur Verteidigung alter Ordinarienprivilegien zu sein, erscheint der BFW für Wehrs als Markstein innerhalb der öffentlichen Debatten, in denen das letzte Scheitern der Demokratisierungsbestrebungen im Hochschulwesen den Reformoptimismus insgesamt dämpfte.

Dass der Bund, der auf seinem Höhepunkt Mitte der 1970er Jahre offiziell rund 5.200 Mitglieder hatte (davon rund 1.800 Professoren) und in 42 regionale Sektionen gegliedert war, zum Teil starke Gefechte um wissenschaftspolitische Deutungshoheiten führte, ist das universitätsgeschichtliche Ergebnis der Arbeit. Wehrs' profund geschriebene Dissertation enthält darüber hinaus eine intellektuellengeschichtliche Perspektive auf die genannten Akteure: Jene Historiker, Philosophen, Soziologen und Politikwissenschaftler, die zur Generation der „45er“ gehörten, waren größtenteils frisch berufene Professoren, die zwischen Ideen wissenschaftlicher Erneuerung und der Skepsis gegenüber hochfliegenden Reformplänen standen und nun in eine zentrale Rolle hinein drängten oder geschoben wurden. Was sie als moderne Gelehrte und Wissenschaftsmanager über die hochschulpolitischen Kämpfe hinaus als „public intellectuals“ auszeichnete, harrt weiterer Deutungen.

Ellen Thümmler

Cornelia Hippmann, Ostdeutsche Frauen in der Politik. Eine quantitative Analyse, Opladen 2014 (*Barbara Budrich*), 450 S.

Eckhard Jesse/Thomas Schubert/Tom Thieme, Politik in Sachsen, Wiesbaden 2014 (*Springer VS*), 357 S.

Eine Ostdeutsche, Frau Dr. Angela Merkel, ist seit 2005 Kanzlerin. Zweifellos „wurde [damit] ein neues Kapitel in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland aufgeschlagen“ (S. 17). Obgleich mit dem Zusammenbruch der DDR eine Art „Stunde Null“ angebrochen war, in der sich Politikerinnen – dank Emanzipation und gesellschaftlicher Liberalisierung – Karrierechancen in der Männerdomäne offenbarten, bieten sich Frauen keine unbegrenzten Möglichkeiten. In ihrer aufschlussreichen Dissertation untersucht Hippmann politische Handlungsspielräume und Problemfelder, mit denen sich (ost)deutsche Politikerinnen konfrontiert sehen.

Die Autorin wendet die Biographieforschung an – die Gender-Perspektive einbeziehend. Einem anspruchsvollen Theorieexkurs folgen, neben dem Kapitel über das beharrlich „verteidigte“ Männerressort Politik, Untersuchungen zu Handlungsspielräumen in der alten und neuen Bundesrepublik. Die vorherrschenden Geschlechterstereotypen in den 1970er und 1980er Jahren spielen dabei ebenso eine Rolle wie die Doppelaufgabe (Berufstätigkeit, Mutterrolle) in der DDR-Biographie ostdeutscher Frauen, die sich ab 1989 beruflich neu orientierten. Das Kapitel über die

Selbstdarstellung ostdeutscher Politikerinnen belegt deren effiziente Nutzung der Medien. An Beispielen beschreibt die Autorin drei Präsentationstypen: den „weiblich“ inszenierten Typ, den Typ mit „männlichen“ Eigenschaften und den Typ, der beide Attribute aufweist. Den zwei letztgenannten Gruppen bescheinigt Hippmann „exzellente Voraussetzungen für eine politische Karriere“ (S. 317). Obwohl die Chancen für Frauen steigen, in klassischen „männlichen“ Ressorts eine politische Karriere aufzubauen, kann von „einem vollkommenen Bruch der männlichen Vorherrschaft“ (S. 432) keine Rede sein.

Der Sammelband Politik in Sachsen untersucht in 14 Kapiteln zwei zentrale Themen: Zum einen prüfen die Autoren, ob der Freistaat seit 1990 tatsächlich einen typisch „sächsischen Weg“ gegangen ist, zum anderen bieten sie eine gründliche politische Landeskunde. Den Verfassern gelingt der Spagat, die Ergebnisse der Analyse ebenso faktenreich, wissenschaftlich fundiert wie verständlich zu formulieren. Damit dürfte der Band auch außerhalb der Politologenzunft eine breite Leserschaft finden. Die Kapitel folgen einem gemeinsamen Aufbau und enden stets mit der Frage nach dem „sächsischen Weg“. Einem historischen Exkurs zur Neugründung des Freistaates schließen sich Untersuchungen des politischen Systems an: z. B. der Verfassung, der Regierungen und Wahlen. Die drei Ministerpräsidenten erfahren eine tiefere Betrachtung. Eine Analyse der Verwaltung und der Kommunalpolitik, der Rolle Sachsens in der Europäischen Union, der Medienpolitik und Demografie lässt an manchen Stellen einen „sächsischen Weg“ durchschimmern, gravierende Unterschiede zu den anderen Bundesländern offenbaren sich kaum. Alle Themenfelder bieten zusammen detaillierte Einblicke in die politische Struktur. Besonders aufschlussreich erscheint die Analyse des politischen Extremismus und der politischen Kultur – „sächsische Identitätspolitik“ inbegriffen. Die CDU setzt nicht nur im Wahlkampf auf die „sächsische Kraft“. Sachsen hebt sich im Themenfeld Extremismus ab: „wegen der Schwäche des Islamismus [...], wegen der Stärke der Linken und der Stärke der NPD“ (S. 329). Wenngleich der Extremismus vermutlich ein sächsisches Problem bleibt, prognostizieren die Verfasser dem Freistaat gute Chancen auf eine erfolgreiche Zukunft – vorausgesetzt, zukünftige Generationen ziehen die richtigen Schlüsse aus dem Erreichten. Eine lohnenswerte, sogar kurzweilige Lektüre für alle, die den Weg der Sachsen im vereinten Deutschland genauer unter die Lupe nehmen wollen.

Dorit Seichter

Peter Hoeres, Außenpolitik und Öffentlichkeit. Massenmedien, Meinungsforschung und Arkanpolitik in den deutsch-amerikanischen Beziehungen von Erhard bis Brandt, München 2014 (*Oldenbourg*), 585 S.

In Zeiten einer zunehmenden Hinterfragung bewährter geheimdienstlicher Aktivitäten rückt die Diskrepanz zwischen notwendigen Arkanbereichen der Außen- und Sicherheitspolitik und dem Verlangen nach uneingeschränkter Öffentlichkeit immer

mehr ins Interesse. Peter Hoeres hat sich in seiner Gießener Habilitationsschrift dem Widerstreit zwischen den vertraulichen außenpolitischen Aushandlungsprozessen auf der einen und dem demokratischen Anspruch auf uneingeschränkte Publizität auf der anderen Seite am Beispiel der deutsch-amerikanischen Beziehungen gewidmet.

Mit dem neu erwachten Interesse an der Außenpolitikforschung und der Geschichte von Öffentlichkeit greift der Autor gleich zwei jüngere Forschungstrends auf und verzahnt diese ausgesprochen geschickt. Nach der Bedeutung der Öffentlichkeit für die Außenpolitik fragend betrachtet er im Zeitalter der Massenmedien – in dem sich Presse, Rundfunk und Fernsehen gerade in den 1960er Jahren zu einem politisierten Resonanzraum entwickelt haben – nicht bloß die außenpolitische Berichterstattung, sondern auch die sogenannten „back channels“ – jene Gespräche, Telegramme und Briefe hinter den bekannten Gipfeltreffen, Pressekonferenzen, Parlaments- und Parteitage.

Nach der sowohl methodisch als auch inhaltlich bereits vielversprechenden Einleitung, die ganz nebenbei sogar einen Überblick über die Geschichte von Medien und Außenpolitik seit dem 19. Jahrhundert bietet (S. 20ff.), widmet sich der Verfasser zunächst der Demoskopie. Wie bereits einige andere Studien zur Pressepolitik im ausgehenden 19. Jahrhundert versteht auch Hoeres die wichtigsten Medienprotagonisten wie Axel Springer, Rudolf Augstein oder Peter Boenisch als zentrale Mitspieler im politischen Raum. Schon für Konrad Adenauer, das wird gleich zu Beginn deutlich, spielte die Kooperation mit der Presse sowohl in der Innen- als auch der Außenpolitik eine herausgehobene Rolle. Mit einer fein ziselierten Rekonstruktion der Beziehungen zwischen Kanzler, Berater und Journalisten gelingt es ihm sodann, zusätzliche Erklärungen und differenzierte Interpretationen für die USA-Politik Ludwig Erhards zu liefern. In einem mehr und mehr kritischen Klima einer veränderten Medienlandschaft, so zeigt sich, habe sich die deutsche Außenpolitik zunehmend veranlasst gesehen, beim Kampf zwischen Atlantikern und Gaullisten die öffentliche Meinung zu berücksichtigen.

Während sich Hoeres im vierten Kapitel den transatlantischen Strategiekonflikten um den Nichtverbreitungsvertrag, den Vietnamkrieg sowie den amerikanischen Irritationen über die Ostpolitik annimmt und dabei immer wieder die besondere Bedeutung der Öffentlichkeit plausibel darlegen kann, steht im fünften Kapitel die Kanzlerschaft Willy Brandts im Mittelpunkt. Nun konstatiert er ein eng verzahntes Ineinanderwirken von Medien und Politik und erkennt einen ausgesprochenen Linksruck in der deutschen Presselandschaft. Auch die kritische Wahrnehmung der USA habe sich in diesen Jahren von rechts nach links verschoben. Ab Mitte der 1970er Jahre macht der Autor einen Übergang vom politischen zum eher ökonomisch geprägten Journalismus aus.

Zusammenfassend wird noch einmal hervorgehoben, wie sehr sich das Zusammenspiel von Fragen nach der Bedeutung von Öffentlichkeit und Außenpolitik gelohnt hat. Hoeres scheut zu Recht davor zurück, seinen Ansatz als integrativ zu verstehen und begreift seinen Zugang als aspektwissenschaftlich. Die Außenpolitik be-

hält ihren Stellenwert *sui generis*, wird aber um die Perspektive der Öffentlichkeit sinnvoll erweitert. Peter Hoeres gelingt damit eine sowohl methodisch als auch inhaltlich wegweisende Arbeit, der eine große Leserschaft zu wünschen ist.

Andreas Rose

Yu-Fang Hsu, Die Pfadabhängigkeit direkter Demokratie in Deutschland. Eine Untersuchung zu den ideen- und realgeschichtlichen Ursprüngen der Volksgesetzgebung, Baden-Baden 2014 (*Nomos Verlag*), 253 S.

Stefan Vospernik, Modelle direkter Demokratie. Volksabstimmungen im Spannungsfeld von Mehrheits- und Konsensdemokratie. Ein Vergleich von 15 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Mit einem Vorwort von Arend Lijphart, Baden-Baden 2014 (*Nomos Verlag*), 742 S.

Peter Neumann/Denise Renger (Hrsg.), Sachunmittelbare Demokratie im interdisziplinären und internationalen Kontext 2011/12. Mittel- und Osteuropa / Deutschland nach Stuttgart 21, Baden-Baden 2014 (*Nomos Verlag*), 284 S.

Auch außerhalb der Schweiz werden zunehmend mehr Volksinitiativen und Referenden abgehalten. Gleichwohl bleibt die Datengrundlage für empirisch-vergleichende Analysen zu direkter Demokratie (DD) begrenzt. Unbenommen davon finden sich in Neuerscheinungen immer wieder Erkenntnisfortschritte.

Besonders eindrücklich zeigt dies die Bonner Dissertation von Yu-Fang Hsu. Die Entwicklung der DD in Deutschland zählt zu den besterforschten Gegenständen des Untersuchungsfelds. Dennoch gelingt es der Autorin, einen eigentümlichen Widerspruch herauszuarbeiten. So herrscht in der Vergleichenden Regierungslehre Konsens, dass Volksgesetzgebung in einem parlamentarischen System funktionslogische Probleme erzeugt, weswegen diese Kombination international sehr selten vorkommt. In der bundesdeutschen Debatte wird die Volksgesetzgebung jedoch meist als normativ präferierte DD-Form herausgestellt. Diese deutschlandspezifische „kognitive Fixierung“ interpretiert Yu-Fang Hsu als Resultat eines historischen Prozesses, der bis weit ins 19. Jahrhundert zurückreicht. Dabei macht sie das Konzept der Pfadabhängigkeit fruchtbar, um zu zeigen, wie sich hierzulande die zunächst randständige Vorstellung der Volksgesetzgebung schrittweise zu einer Leitidee entwickelt hat, die seit den 1980er Jahren alle institutionellen Alternativen erfolgreich verdrängt. Die Studie zeichnet sich durch historischen Tiefgang, analytische Präzision und politische Aktualität aus; sie ist ein gleichermaßen eigenständiger wie gewichtiger Forschungsbeitrag.

Die Wiener Dissertation von Stefan Vospernik hat ebenfalls einen prominenten Bezugsrahmen: Sie greift auf die modelltheoretische Unterscheidung zwischen Mehrheits- und Konsensdemokratie von Arend Lijphart zurück, um Volksabstimmungen im europäischen Vergleich zu analysieren. Bekanntlich hat Adrian Vatter schon früher einen ähnlichen Ansatz erarbeitet. Vospernik entwickelt diese Analyseperspektive insofern weiter, als er insgesamt 22 Hypothesen zur Funktionsweise von Referenden formuliert und diese anhand von 183 Abstimmungen überprüft, die in 15 west- und osteuropäischen EU-Staaten zwischen 1990 und 2012 abgehalten wurden.

Sowohl die theoretischen Argumente als auch die empirischen Befunde der Studie sind ausgesprochen facettenreich. Zudem stellen die minutiös ausgearbeiteten Länderkapitel wertvolle Daten für die weitere Forschung bereit. Dies gilt auch und gerade für den theoretisch interessanten Fall Slowenien, wo sich der Autor hervorragend auskennt. Allerdings droht der analytische Fokus bisweilen in der enzyklopädischen Materialfülle unterzugehen. Eine stärkere Konzentration auf einige zentrale Zusammenhänge, die dann multivariat oder quantitativ-vergleichend hätten untersucht werden können, hätte den Ertrag der Untersuchung zweifellos erhöht.

Im Gegensatz zu den beiden Monographien bietet der von Peter Neumann und Denise Renger herausgegebene Band zu den Ergebnissen der 4. Jahrestagung des Deutschen Instituts für Sachunmittelbare Demokratie (DISUD) nichts wirklich Neues. Die Gliederung mutet eher willkürlich an, die Beiträge sind thematisch heterogen und von unterschiedlicher Qualität. Eine Fortsetzung der Tagungsbände in dieser Form ist nicht nur entbehrlich, sondern schadet auch den anderen Bänden der ansonsten herausragenden Schriftenreihe.

Florian Grotz

Alexander S. Kirshner, *A Theory of Militant Democracy, The Ethics of Combatting Political Extremism*, New Haven/London 2014 (*Yale University Press*).

Die Auseinandersetzung mit der Kernfrage streitbarer Demokratie, wie Demokratien auf legitime Weise gegen Extremisten vorgehen können, die demokratische Entscheidungsprozesse nutzen, um undemokratische Entscheidungen durchzusetzen und gegebenenfalls die Demokratie in eine Diktatur umzuwandeln, erfreut sich in den vergangenen Jahren insbesondere in der internationalen Forschung erhöhter Beliebtheit. Mit der hervorragend lesbaren und anregenden Studie des an der Duke University lehrenden Alexander S. Kirshner erreicht der Komplex der streitbaren Demokratie nun endgültig auch wieder die amerikanische Politikwissenschaft. Kirshner entwirft mit seiner „Self-Limiting Theory of Militant Democracy“ einen demokratietheoretisch reflektierten Rahmen zur Anwendung von Instrumenten streitbarer Demokratie. Darin verwirft er einerseits die Annahme, dass undemokratisches Handeln zum Schutz der Demokratie stets abzulehnen sei. Da die Demokratie, oder wie er mit Robert Dahl sagt: Polyarchie, ein Wert an sich sei, müssten Demokraten ihren Feinden nicht dabei zuschauen, wie sie sie abschaffen.

Andererseits spricht sich Kirshner vehement gegen seiner Ansicht nach verfrühte Eingriffe in den politischen Prozess aus. Er entfaltet hierzu drei Grundannahmen: 1. Demokraten und Extremisten besitzen als Bürger in der Demokratie grundsätzlich die gleichen Rechte, am Gemeinwesen mitzuwirken. 2. Interventionen müssen begrenzt sein: Nur wenn die gleichen Partizipationsrechte für alle in Gefahr sind, darf die Demokratie streitbar werden. 3. Demokratisches Verantwortungsbewusstsein muss jede Maßnahme streitbarer Demokratie begleiten. Streitbare Demokraten müssen einen Sinn für die demokratietheoretischen Kosten der Maßnahme entwickeln.

Die praktischen Konsequenzen, die Kirshner zieht, rütteln gleichwohl heftig am hierzulande bisweilen etwas unreflektierten Umgang mit Antidemokraten. Wenn- gleich die streitbare Demokratie in Deutschland erfrischenderweise nicht im Zen- trum von Kirshners Betrachtungen steht, halten nahezu alle Instrumente streitbarer Demokratie in Deutschland – von Organisationsverboten über die archaische Grund- rechtsverwirkung bis zum vorverlagerten nachrichtendienstlichen Verfassungsschutz oder diversen strafrechtlichen Vorkehrungen – den Ansprüchen Kirshners nicht stand. Weit vorverlagerter, präventiver Demokratieschutz widerspreche so funda- mental dem Recht auf Mitwirkung aller, dass er demokratietheoretisch keine Legiti- mation finden könne. Die einzige legitime Eingriffsschwelle für streitbare Demokraten sei eine tatsächliche oder unmittelbar bevorstehende Beschränkung zentraler po- litischer Rechte durch Extremisten. Ein Organisationsverbot komme erst dann in Be- tracht, wenn beispielsweise eine Partei aufgrund ihrer Erfolge an der Wahlurne in der Lage und gleichzeitig willens sei, diese Rechte einem Teil der Bevölkerung ab- spenstig zu machen.

Kirshner weiß um die Schwierigkeit, zu diesem Zeitpunkt ein Verbot durchzuset- zen. Dennoch komme ein vorheriges Einschreiten nicht in Frage. Hier hakt seine Ar- gumentation. Ein an den Prinzipien der Liberalität und Opportunität orientiertes streitbares Interventionsregime, das jegliches repressives präventives Handeln an ri- gide Bedingungen knüpft und sich so gegen Missbrauch schützt, kann durchaus de- mokratietheoretische Legitimation beanspruchen und die Demokratie möglicherwei- se effektiver schützen als das von Kirshner favorisierte Eingreifen in letzter Minute. Wenn- gleich Kirshners radikale Schlussfolgerungen also keineswegs uneinge- schränkte Zustimmung erfahren müssen, bietet seine Studie hinsichtlich der strin- gent herausgearbeiteten demokratietheoretischen Kosten streitbarer Demokratie einen besonderen Mehrwert – insbesondere vor dem Hintergrund einer mitunter fragwürdigen Theorie und Praxis des Umgangs mit nichtgewalttätigen Extremisten in Deutschland.

Gereon Flüm

Henning Köhler, Helmut Kohl. Die Biografie. Ein Leben für die Politik, Köln 2014 (*Quadri- ga*), 1001 S.

Johann Legner, Joachim Gauck. Träume vom Paradies. Biografie, München 2014 (*Bertels- mann*), 382 S.

1001 Seiten hat die monumentale Biografie Helmut Kohls, die der Historiker Hen- ning Köhler zu dessen 85. Geburtstag vorgelegt hat. Mit Recht geht der Autor von der Beobachtung aus, dass das Bild des Altkanzlers in der Öffentlichkeit heute stark von der Kritik am so genannten „System Kohl“ und der Spendenaffäre am Ende sei- ner Amtszeit geprägt wird. Um dieses „von den zeitgenössischen Medien gezeichne- te Bild zu hinterfragen“ (S. 9), wertete Köhler umfangreiches Aktenmaterial aus. Zahlreiche Zeitzeugengespräche halfen ihm dabei, das Leben Kohls gründlich dar- zustellen und dabei manches „Zerrbild“ (S. 294) zu korrigieren. So entfaltet sich

eine umfassende Biografie, die einen Bogen von den Anfängen Kohls in Ludwigshafen bis zur „persönlichen Katastrophe“ (S. 927) der Spendenaffäre spannt. Die Darstellung der Regierungszeit als Kanzler wird detailreich mit allen wesentlichen Etappen von der Wende 1982 bis zur verlorenen Bundestagswahl von 1998 nachgezeichnet.

Den Schwerpunkt der Biografie bilden die Deutschland-, Europa- und Außenpolitik. Mehr als 100 Seiten beschreiben die Rolle Kohls bei der Wiedervereinigung. Die Vorgeschichte des Zehn-Punkte-Programms, mit dem Kohl im November 1989 eine entscheidende Initiative ergriff, hatte laut Köhler einen anderen Hergang als Hans-Peter Schwarz in seiner Kohl-Biografie beschrieb (S. 645). Auch die europapolitische Bedeutung des Kanzlers wird hervorgehoben. Köhler stellt Kohl als Staatsmann in eine Reihe mit Otto von Bismarck und Gustav Stresemann. „Mit ihm als Kanzler hatte Deutschland eine Stellung in der Welt erreicht wie nie zuvor“ (S. 949). Nicht nur die Höhen, auch die Tiefen des politischen Lebens Kohls bringt Köhler zur Sprache. Doch überwiegt letztlich die positive Würdigung. Helmut Kohls „Leben für die Politik“ fand, so der Autor, ein Ende, das er nicht verdient hat: „Es ist endlich an der Zeit, die grandiose politische Leistung dieses Mannes zu würdigen“ (S. 952). Für Kritik ist bei einem solchen Fazit freilich nicht viel Platz.

Nicht aus der Distanz des Wissenschaftlers, sondern aus der Nähe eines früheren Mitarbeiters ist die jüngste Biografie des amtierenden Bundespräsidenten entstanden. Johann Legner war in den 1990er Jahren Sprecher Joachim Gaucks als Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) und 2010 einer seiner engsten Berater bei seiner ersten Bewerbung um das höchste Amt im Staate. Wie nahe Legner seinem einstigen Chef gewesen war, erkennt man an seinem Detailwissen, das nur dem vertrauten Umgang entstammen konnte.

Diese persönlichen Beobachtungen und der gekonnte Schreibstil Legners sind es auch, die die Biografie zu einer kurzweiligen Lektüre machen, obwohl die wichtigsten Stationen im Leben Joachim Gaucks längst beschrieben sind. Auf über 350 Seiten wird vom Leben Gaucks berichtet, von dessen mecklenburgischen Großmutter bis hin zur Rolle im Bundespräsidialamt. Spannend sind vor allem die Passagen der Endphase der DDR und der Wandlung des Pastors „zur politischen Leitfigur“ (S. 130). Die Tätigkeit als Chef der BStU und mithin der Aufbau der Einrichtung, die von vielen heute noch „Gauck-Behörde“ genannt wird, gehöre zu den „besonderen Leistungen“ (S. 182). Legner ist vom Menschen Gauck fasziniert. Trotzdem wird er nicht glorifiziert. Im Gegenteil. Legner zeigt auch die Widersprüchlichkeiten des Menschen Gauck auf und spart nicht mit Kritik an einigen Facetten seiner Persönlichkeit. Der Konflikt des Bundesbeauftragten mit seinem Mitarbeiter Jürgen Fuchs bleibe „das dunkle Kapitel in der Gauck-Erfolgsgeschichte“ (S. 226). Bei seiner zweiten Kandidatur für das Präsidentenamt im Jahr 2012 berief Gauck Legner nicht mehr in sein Beraterteam, was durchaus einige Verstimmung erzeugt haben mag. An manchen Stellen ist dies dem Buch anzumerken.

Klaus Stüwe

Christoph Kucklick, Die granulare Gesellschaft. Wie das Digitale unsere Wirklichkeit auflöst, Berlin 2014 (*Ullstein*), 268 S.

Jochen Hörisch/Uwe Kammann (Hrsg.), Organisierte Phantasie. Medienwelten im 21. Jahrhundert – 30 Positionen, Paderborn 2014 (*Wilhelm Fink*), 302 S.

Kathrin Voss (Hrsg.), Internet und Partizipation. Bottom-up oder Top-down? Politische Beteiligungsmöglichkeiten im Internet, Wiesbaden 2014 (*Springer VS*), 356 S.

Bei flüchtiger Betrachtung könnte der Eindruck entstehen, der Soziologe Christoph Kucklick zeichne ausschließlich ein Bedrohungsszenario: Unserer Alltagswelt droht die zunehmende Auflösung. Gemeint ist, dass z. B. in der Medizin durch digitale Medien kleinteilig immer mehr Daten angehäuft werden und dass wir dadurch – wie am Beispiel eines kranken Jungen skizziert – Behandlungspläne von Patienten optimieren. Der Autor beschreibt solche Entwicklungen einer Granularität sehr treffend: auf welche Weise Daten aus Netzwerken wie Facebook ein hochaufgelöstes Bild der Gesellschaft liefern oder wie Obama es schaffte, mit Hilfe von Datenanalytikern Wissen über möglichst viele einzelne Wähler zusammenzutragen. An einigen Stellen des eher populärwissenschaftlich ausgerichteten Buches wird deutlich auf mögliche negative Folgen der Digitalisierung hingewiesen, etwa wenn es um ökonomische Ungleichheiten und digitale Eliten geht. Im Wesentlichen hält der Autor sein Versprechen, der granularen Gesellschaft Skepsis wie auch Bewunderung beizumessen. Der Mehrwert des für digitale Ureinwohner und Einwanderer geeigneten Buches ist, dass es weder allein auf Vernetzung noch auf die Folgen von „Big Data“ (S. 12) den Blick richtet, sondern einen übergeordneten Prozess beschreibt.

Jochen Hörisch und Uwe Kammann verfolgen ein ähnliches Ziel: In *Organisierte Phantasie* gehen Wissenschaftler, Medienproduzenten und Journalisten Fragen der Medienentwicklung nach. Bewusst hat man auf eine lineare Argumentation verzichtet, stattdessen einen „Multi-Ansatz“ (S. 13) gewählt. In nicht weniger als 30 Beiträgen werden durch die mitwirkenden Autoren „Positionen“ skizziert: So vertritt Friedrich Krotz die These, dass soziale Medien nicht in jedem Fall dazu taugen, das soziale Leben der Menschen zu verbessern. Neben solchen wissenschaftlichen Zugängen finden aber auch Beiträge von Film- und Fernsehmachern ihren Platz. Deutlich wird u.a. in den Artikeln von Bettina Reitz und Hans-Hinrich Koch, dass neue Medienentwicklungen eben nicht immer nur neue Online-Angebote betreffen, sondern dass auch TV-Quoten oder innovative Erzählformen Herausforderungen für Medienschaffende darstellen. Auf der einen Seite stellt das Buch sehr dispers Stellungnahmen zusammen, auf der anderen Seite fehlt es an einer inhaltlichen Klammer, zumal die Herausgeber auf ein Schlusswort verzichten. Der Band bietet aber einzelne anregende Texte und wartet – wie im Falle des Beitrags von Friedrich Küppersbusch und Maik Sandbothe – mit überraschenden Erzählformen auf.

Zur Frage, was die Verbreitung des Internets konkret für politische Beteiligungsmöglichkeiten bedeutet, hat Kathrin Voss den Sammelband *Internet und Partizipation* vorgelegt. Entstanden vor dem Hintergrund einer Fachtagung in Hamburg im Jahr 2012, vereint das Buch Artikel zu konkreten Beteiligungsprojekten („Das Bür-

gerForum“), zu Partizipationsmöglichkeiten in politischen Parteien (Piraten) und zu Beteiligungsmöglichkeiten der Zivilgesellschaft (E-Petitionen). Nun sind Fragen nach den Potenzialen und Risiken des Internets für die Beteiligung der Bürger nicht neu. Sie sind so alt wie das Internet selbst, und so erscheint das Buchkonzept wenig innovativ. Dass Bürger mehr Beteiligung am politischen Prozess – z. B. im Zusammenhang mit Großbauprojekten wie Stuttgart 21 – fordern, führt die Herausgeberin aber schlüssig als Motiv an, sich weiter mit der Bedeutung des Internets für politische Partizipation zu beschäftigen. Und so kann dieser Sammelband sehr gut als Grundlagenlektüre für Studierende dienen.

Markus Seifert

Hans-Jürgen Lange/Michaela Wendekamm/Christian Endreß (Hrsg.), Dimensionen der Sicherheitskultur, Wiesbaden 2014 (*Springer VS*), 396 S.

Carlo Masala/Stephan Stetter/Marina Karbowski (Hrsg.), Mit Sicherheit unsicher? Debatten zu Krieg und Frieden in den internationalen Beziehungen, Baden-Baden 2014 (*Nomos*), 383 S.

Die Thematik der Sicherheits- und Konfliktforschung hat in den letzten Jahren einen großen Zuspruch in der deutschen politikwissenschaftlichen Forschung erlebt. Ein Beleg hierfür sind die beiden Sammelbände, die sich aus unterschiedlichen Blickwinkeln der Friedens- und Konfliktforschung einerseits und der Sicherheitskultur andererseits widmen.

Der Sammelband von Lange u.a. ist das Ergebnis eines BMBF-geförderten Forschungsprojekts und legt daher gerade zum Ende hin großen Wert auf die praktische Umsetzung seiner Ergebnisse. Die einzelnen Kapitel geben einen guten Überblick über die unterschiedlichen Betrachtungsweisen der Sicherheitskultur innerhalb verschiedener Fachgebiete wie der Kulturwissenschaft oder Ingenieurwissenschaften. Der Sammelband unternimmt den Versuch, interdisziplinär eine Rekonstruktion der Sicherheitskultur und deren praktischen Umsetzung darzustellen. Thematisch bewegt er sich dabei vom Paradigma der Human Security über die Regulierung neuer Technologien am Beispiel der Nanotechnologie hin zur Videoüberwachung in öffentlichen Räumen und zur Unternehmenssicherheit.

Die Autoren beschreiben die aktuelle Sicherheitsforschung mit einer Vielzahl von Konzepten und Anwendungsfeldern der Sicherheitskultur umfassend. Diese Bandbreite und thematische Vielfalt verdeutlicht, dass die Sicherheitskultur als weites kulturelles Konzept zu verstehen ist und sich durch eine multidimensionale Bedeutungsebene charakterisieren lässt. Die Analyse von Sicherheitskulturen ist die Voraussetzung dafür, ein Management von Sicherheit zu realisieren und somit auch auf mögliche Bedrohungen reagieren zu können. Gerade die Praxisbeispiele und praktischen Hinweise ermöglichen die Einordnung der am Anfang präsentierten theoretischen Konzepte und übertragen somit die wissenschaftlichen Erkenntnisse in die praktische Ebene.

Der Sammelband von Masala u.a. bietet anhand elf ausgewählter Perspektiven einen guten Überblick über die deutsche Sicherheitspolitik und die Friedens- und Konfliktforschung der vergangenen zwei Jahrzehnte, die in der *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* erschienen sind. Den meisten Artikeln ist gemein, dass sie von einem erweiterten, nicht nur militärischen Sicherheitsbegriff ausgehen und das Konzept der Sicherheit auch nicht nur national betrachten. Anhand des zeitlichen Querschnitts lässt sich gut die Entwicklung der deutschen Sicherheitspolitik nachvollziehen. Dies illustriert eine kritische Prüfung und Weiterentwicklung von Theorien und Konzepten. Dennoch legt der Sammelband auch die Lücken in der deutschen Sicherheitsforschung offen. Es mangelt an normativen Aufsätzen zu sicherheits- und friedenspolitischen Themen sowie zu Rüstung bzw. Rüstungspolitik und zur Auseinandersetzung mit Kriegen oder Kriegseinsätzen. Dieses Manko kann als direkter Aufruf der Autoren, dies zu beheben, verstanden werden. Dennoch zeichnet sich der Sammelband durch eine Vielzahl von analytischen Konzepten und Fallstudien aus, welche die facettenreiche deutsche Forschung ausmacht. Ein Mangel an innovativen und themenübergreifenden Beiträgen im Bereich der Internationalen Beziehungen ist daher auch in Zukunft nicht zu fürchten.

Markus Lorenz

Stefan Marschall, Demokratie, Opladen 2014 (*Barbara Budrich*), 125 S.

Friedrich J. Arndt, Modi des Demokratischen. Zum Verhältnis von Macht und Demokratie, Baden-Baden 2014 (*Nomos*), 226 S.

Darmstädter Atheneforum (Hrsg.), Macht – Herrschaft – Regierung. Herrschaftslegitimation in Geschichte und Theorie, Baden-Baden 2014 (*Nomos*), 256 S.

An Publikationen zur Demokratie besteht kein Mangel, trotzdem finden sich immer wieder Zugänge, die dem breiten Thema neue Facetten abgewinnen. In bemerkenswerter Kürze legt etwa Stefan Marschall ein in der UTB-Reihe *Profile* erschienenenes Büchlein vor, das auf exakt hundert Textseiten Geschichte, Theorie und Empirie der Demokratie abhandelt: Begriffsklärung, Ursprung im antiken Griechenland, Neufindung in der Neuzeit bis hin zur Prägung des modernen Verfassungsstaates, die politikwissenschaftlich gängigen Varianten des Konzepts (präsidentielle vs. parlamentarische Demokratie, Konsensus- vs. Mehrheitsdemokratien), eine Einführung in die Messung demokratischer Systeme, wichtige Aspekte der Transformationsforschung, postnationale Debatten (z. B. EU-Demokratiedefizit, Global Democracy), Demokratiekritik sowie die Frage der Postdemokratie – der transdisziplinäre Bogen, den der Autor spannt, ist wahrlich beeindruckend. Gewisse Ungenauigkeiten sind bei der Fülle der präsentierten Bereiche zwar unvermeidlich und der kundige Leser merkt auch, in welchen Marschall eher zu Hause ist, als Einstieg in das demokratiewissenschaftliche Studium ist der Band jedoch allemal gut geeignet. Zugleich der Komplexität des Konzepts gerecht werden zu wollen (vgl. S. 10), erweist sich indes auf diesem knappen Raum als Quadratur des Kreises.

Ein Forschungsdesiderat zu schließen beansprucht hingegen die Dissertation von Friedrich J. Arndt, die das Verhältnis von Macht und Demokratie entlang diverser *Modi des Demokratischen* entschlüsselt. Den Ertrag der Arbeit bildet eine an diskursive Traditionslinien angelehnte, gleichermaßen interessante wie ausbaufähige Typologie, die die Demokratie als setzende, das heißt Herrschaft konstituierende Macht, als Modus gegen Beherrschung, Gewähr politischer Differenz sowie als systemische Einheit ins Visier nimmt. Leider vernachlässigt der Autor nicht nur die ideengeschichtliche Fundierung und normative Dimension ohne stichhaltige Argumente (vgl. S. 5, 17 f., 20, Anm. 6, 192 f.), sondern er hält sich – offenbar zur eigenen Absicherung – auch zu lange damit auf, was die Arbeit nicht will (vgl. S. 17 ff., 201 ff.) und führt vor allem am Ende die in Aussicht gestellte Systematisierung, in welchem Verhältnis die vier Modi des Demokratischen zueinander stehen, eher vage aus. Das zum Schluss angekündigte größere demokratietheoretische Projekt, von dem das vorliegende Werk nur einen Teilbereich abdeckt, wäre gegebenenfalls einer Verfolgung wert, sofern sich der Autor selbst von dessen „Möglichkeit“ überzeugt (S. 201).

Einem eigenwilligen Projekt zum Thema Herrschaftslegitimation hat sich schließlich das Atheneforum gewidmet, eine studentische Initiative an der TU Darmstadt, die den wissenschaftlichen Nachwuchs unterstützt und interdisziplinäre Tagungen durchführt. Im ersten Tagungsband *Macht – Herrschaft – Regierung* werden Fallstudien zur Legitimation aus verschiedenen Epochen und Systemen, zu konkreten Stabilisierungselementen (z. B. symbolische Legitimation in der Demokratie, Sicherheitspolitik, externe Renten) und historischen Beispielen vorgestellt. Dabei erfährt man viel Lesenswertes, nur leider wird im Hinblick auf die Architektonik des Bandes nicht klar, welche gemeinsame Fragestellung die behandelten Themen wie der Hellenismus, die Aeneis im römischen Prinzipat, die tetrarchische Christenverfolgung, die Gerichtsbarkeit im Mittelalter, die amerikanische Herrschaft über Kuba nach 1898, die deutschsprachige Oper des 19. Jahrhunderts oder die Reformpädagogik miteinander teilen. Das Problem einer gewissen Selbstreferentialität des Bandes ist daher nicht zu leugnen.

Oliver Hidalgo

John Merriman, *Massacre. The Life and Death of the Paris Commune of 1871*, New Haven u.a. 2014 (Yale University Press), 324 S.

In die Pariser Kommune ist alles hineingelegt worden, was der Sozialismus zu bieten hat, und von allem auch das Gegenteil. Karl Marx hat sie als revolutionären Klassenkrieg hingestellt und Friedrich Engels die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats daraus abgeleitet. Hingegen gilt sie in Frankreich bis heute als Inbegriff der Selbstverwaltung, antiautoritär und libertär. Sieben Jahre nach ihrem grausigen Ende hat sich Otto von Bismarck auf die Kommune berufen, als er dem Reichstag das Sozialistengesetz vorlegte. Die Literatur ist unübersehbar. Nach dem Boom aus

Anlass ihrer hundertsten Wiederkehr 1971 stand allerdings zu vermuten, dass neue Deutungen nicht mehr möglich sein würden. Es bedurfte eines amerikanischen Kenners der französischen Geschichte, um uns eines Besseren zu belehren.

John Merriman betrachtet die Kommune von ihrem Ende her und schildert, wie dieses Ende systematisch vorbereitet und in der letzten Woche des Mai 1871, der semaine sanglante, besiegelt wurde. Ein Mythos ist die Kommune erst durch jenes Massaker geworden, das geschätzte 35.000 Tote und 40.000 Verhaftete kostete. Merrimans Thema ist nicht die Vorgeschichte in Frankreich und seiner so besonderen Hauptstadt und ist auch nicht die vielschichtige Ideologie der Kommune. Sein Thema ist das Ineinander der Abläufe in Paris und Versailles, wo die Regierung saß. Ohne die finstere Entschlossenheit ihres Chefs, Adolphe Thiers, einem konservativen Republikaner, jedwede Autonomie zu bekämpfen und ein für alle Mal auszurotten, kann die Kommune nicht verstanden werden: „What began as a spontaneous defence of National Guard cannons had quickly become an insurrection and then a revolution“ (S. 45). Die Nationalgarde war eine Arbeitermiliz, die zunächst 100.000 Mann unter Waffen hatte. Soldaten der Regierungstruppen sollten sich ihrer Kanonen bemächtigen, von dem Lärm erwachte Montmartre und machte mobil. Am Abend jenes 18. März 1871 tagte das Zentralkomitee der Nationalgarde im Rathaus. Die Wahlen am 26. gewannen Sozialisten aller Couleur mit großer Mehrheit. Am 29. konstituierte sich der neue Stadtrat als Kommune. Jetzt war der Begriff offiziell: Sie stand für Autonomie und direkte Demokratie. Die Dekrete, die sie der sofort einsetzenden Kämpfe zum Trotz erlassen sollte, galten der strikten Trennung von Staat und Kirche, dem obligatorischen Schulbesuch, den Rechten der Frauen, der Gleichstellung von ehelichen und unehelichen Kindern, dem Erlass fälliger Mieten, der Rückgabe verpfändeter Gegenstände, dem Verbot der Nachtarbeit in Bäckereien. Fabriken, deren Besitzer aus der Stadt geflohen waren, sollten in einer Arbeiterassoziation weitergeführt werden. Eigentum wurde ansonsten nicht angerührt, auch der Goldschatz der Banque de France nicht.

Am 3. April eröffnete Thiers den Bürgerkrieg, begleitet von einer Rhetorik, die jede Hemmschwelle senken sollte: „The Versailles discourse openly encouraged the policy of killing Communards, comparing insurgents and those who supported them with brigands or wild animals, thus dehumanising them and justifying mass executions“ (S. 235). Je weiter die Truppen in die Stadt vordrangen, desto mehr steigerten sich auch Bürger in den Blutrausch hinein. Es reichte der Verdacht, auf der anderen Seite der Klassenschränken zu stehen. Merriman schildert das Gemetzel gleichsam Straße für Straße. Am Fall des Erzbischofs werden die Geiseldramen anschaulich gemacht; der Austausch scheiterte am Widerstand in Versailles. Die Gegenwehr der Kommune war im Ganzen kläglich und im Einzelnen heldenhaft. Als die Kommunarden in das Stadtzentrum zurückgedrängt waren, wurde das finale Massaker der letzten Maiwoche eröffnet. An deren Ende war Paris ein einziger Leichenhaufen. Thiers errichtete die Dritte Republik, in der viele Absichten der Kommune Wirklichkeit werden sollten.

Brigitte Seebacher

Annika Mombauer, Die Julikrise. Europas Weg in den Ersten Weltkrieg, München 2014 (C. H. Beck), 128 S.

Der von der in England lehrenden Historikerin Annika Mombauer vorgelegte schmale Band „beleuchtet die Julikrise international, stellt die Entscheidungen dar, die in den Hauptstädten Europas getroffen wurden, und fragt nach ihrem Stellenwert auf dem Weg in den ersten Weltkrieg“ (S. 13). Sie wägt ab, ob andere Entscheidungen hätten getroffen werden können und der Krieg damit vermieden worden wäre. Zunächst richtet die Autorin den Blick auf die Vorkriegsjahre. Dann beschreibt sie die Ermordung des österreichischen Thronfolgers und seiner Frau am 28. Juni 1914 in Sarajevo sowie die Hintergründe dieser Tat. Anschließend berichtet sie über die internationale Reaktion auf das Attentat in den ersten Wochen danach. Im folgenden Kapitel befasst sie sich mit der am 23. Juli übergebenen österreichischen Note an Serbien und der serbischen Reaktion darauf. Sodann erörtert sie die Vermittlungsversuche der Großmächte und spricht abschließend über die Mobilmachungen und den Ausbruch des Weltkrieges.

Die Balkanproblematik im letzten Vorkriegsjahrzehnt wird kaum behandelt, wichtige Tatbestände bleiben ausgeblendet. Auch in der Folge ist die Darstellung selektiv: Die Autorin blickt vornehmlich auf Wien und Berlin. Sie betont, dass es Deutschland auf einen Präventivkrieg ankam und unterstreicht dick den Österreich-Ungarn vom Deutschen Reich gegebenen sogenannten Blankoscheck. Die Entscheidungen in den anderen Hauptstädten legt sie dagegen nur flüchtig dar. Dem britischen Außenminister Edward Grey bescheinigt sie ernsthafte Vermittlungsversuche und erklärt, keine andere Regierung sei so ehrlich wie die britische um eine friedliche Lösung des Konflikts bemüht gewesen. Sie schließt, dass in allen Hauptstädten zum Teil verhängnisvolle Entscheidungen getroffen wurden, der Hauptteil der Verantwortung für den Kriegsausbruch aber in Österreich-Ungarn und Deutschland verortet werden muss. Die Dokumente „beweisen eindeutig, dass diese beiden Großmächte es auf einen Krieg abgesehen hatten“ (S. 117). Mombauer gibt zu, dass die Verantwortlichen in Sankt Petersburg und Paris durchaus geneigt waren, die Gunst der Stunde zu nutzen, sollte sich die Streitfrage zwischen Österreich-Ungarn und Serbien nicht ohne Krieg lösen lassen, erklärt dann aber kategorisch, in Wien und Berlin habe man „an einer friedlichen Lösung von vornherein nicht das geringste Interesse“ gehabt (S. 117). Zu diesem Fehlurteil konnte sie nur kommen, weil sie wichtige Literatur, die ihren Auffassungen nicht entspricht, links liegen lässt. Dazu gehört Christopher Clarks Behandlung der Balkanproblematik, aber auch die Studie Sean McMeekins, der zeigen konnte, dass Russland 1914 den Krieg wollte, um mit Unterstützung der Westmächte die Kontrolle über die Meerengen zu erlangen und dass das Attentat dabei ein willkommener Anlass zum Krieg war. Auch wird Stefan Schmidts Untersuchung zur französischen Außenpolitik während der Julikrise allenfalls genannt. Frankreich stellte dem Zarenreich sehr wohl einen Blankoscheck aus, eine Tatsache, die die Autorin bestreitet. Nichts hätte sie gehindert, auf weiteres Material zur Haltung Greys zurückzugreifen, zumal sie die Studie von Niall Ferguson

nicht beachtet hat. Das Werk *Hidden History. The Secret Origins of the First World War* von Gerry Docherty und Jim Macgregor, das überzeugend nachweist, dass die belgische Neutralität 1914 nur noch auf dem Papier stand, konnte Mombauer noch nicht kennen.

Ihr Buch scheint wenig gelungen, die einleitenden Ankündigungen bleiben unerfüllt. Der Befund entspricht den vor einem halben Jahrhundert heftig umstrittenen Ansichten Fritz Fischers, die lange Zeit Schule machten, heute aber zunehmend in Zweifel gezogen werden. Schließlich ist zu fragen, ob die entscheidende Weichenstellung für den Krieg in Sankt Petersburg erfolgte.

Hans Fenske

Cas Mudde (Hrsg.), *Youth and the Extreme Right*, New York 2014 (*Central European University Press*), 249 S.

Um Rechtsextremismus zu verstehen und um präventive Angebote adäquat zu gestalten, bedarf es auch eines fundierten Wissens um seine Entstehungsbedingungen und -ursachen im Kindheits- und Jugendalter. Hier setzt die Anthologie *Youth and the Extreme Right* an. Sie will Nicht-Expert/innen eine wissenschaftliche Diskussionsbasis zum Thema an die Hand geben und Praktiker/innen in der Arbeit mit jungen Menschen Orientierungswissen bieten.

Zu diesem Zweck hat der Herausgeber englischsprachige, bereits publizierte Fachartikel aus unterschiedlichen Ländern und Disziplinen zusammengestellt und mit einer Einführung versehen, die relevante Dimensionen und Erklärungsansätze skizziert und die versammelten Beiträge in den Forschungsstand einordnet. Das erste Kapitel enthält Analysen, die Ursachen von jugendlichem Rechtsextremismus auf der Mikro-, Meso- und Makroebene beleuchten. Diskutiert werden die Rolle von Erwerbslosigkeit für die Ausprägung extremer Orientierungen, familiäre und kulturelle Einflüsse und die Bedeutung rechtsextremer Szenezugehörigkeit als (männlicher) adoleszenter „rite de passage“. Der zweite Abschnitt widmet sich den „Schlüsselthemen“ Vorurteile, (In)Toleranz und Gewalt. Vorgestellt werden je eine Einstellungsstudie zum Toleranzverständnis junger Menschen und zu Muslimfeindlichkeit unter Jugendlichen sowie internationale Forschungsergebnisse zu Hintergründen und Motiven rechtsextremer Gewalttäter.

Auch wenn jugendliche Erscheinungsformen jenseits des „klassischen“ männlichen Skinheads (aktuelle jugendkulturelle Dimensionen oder auch das Thema „Mädchen und Rechtsextremismus“) etwas unterbelichtet bleiben: Zusammen mit der sinnvoll strukturierten und informativen Einführung bieten die beiden Kapitel einen guten Überblick über den internationalen Forschungsstand zu jugendlichem Rechtsextremismus.

Nicht ganz so überzeugend ist dagegen das Kapitel zu „Prävention und Intervention“. Ein Überblicksartikel stellt international praktizierte Ansätze vor – allerdings unter einem Blickwinkel, der rechtsextreme Einstellungen ausschließlich als „Vorur-

teile“ und „Devianz/Gewalt“ definiert und Prävention als messbare Beeinflussung dieser Dimensionen fasst. Zwei der vier Beiträge bieten vor allem Ursachen- und Problemanalysen, ihre Ausführungen zur Prävention sind dagegen sehr allgemein und bleiben zum Teil hinter dem Stand der Fachdiskussion zurück. Im Einzelnen durchaus lesenswert, vermitteln die ausgewählten Aufsätze damit insgesamt ein sehr begrenztes Bild fachlicher Perspektiven auf Prävention (und ihre Evaluation) wie auch auf existierende Ansätze im Feld. Unter anderem bleiben wichtige Handlungsfelder wie die Arbeit mit einstiegsgefährdeten Jugendlichen oder die Förderung demokratischer Gegenkräfte unberücksichtigt.

Auf die Situation in Deutschland wird in mehreren Beiträgen Bezug genommen, die deutsche Forschung ist allerdings nur mit einem Beitrag vertreten. Das ist insofern bemerkenswert, als die Mehrzahl der Forschungsarbeiten zu jugendlichem Rechtsextremismus aus Deutschland kommt und auch zu Prävention eine breite Fachdebatte existiert, die – gerade zu den „Leerstellen“ des dritten Kapitels – Anregungspotenziale für die internationale Diskussion bietet. Diese Lücke ist jedoch weniger dem Herausgeber anzulasten; sie verweist vielmehr auf die nach wie vor geringe internationale Orientierung dieser Fachdiskussion.

An einigen Stellen hätte man sich etwas mehr editorische Sorgfalt gewünscht: Literaturangaben sind nicht immer vollständig aufgeführt, in einem Beitrag fehlen sie ganz. Trotz dieser Einschränkungen ist der Band für Leser von Interesse, die sich einen ersten, differenzierten Überblick über das Forschungs- und Handlungsfeld „jugendlicher Rechtsextremismus“ verschaffen wollen – und dabei besonders an internationalen und länderübergreifenden Perspektiven interessiert sind.

Michaela Glaser

Torsten Oppelland/Hendrik Träger, Die Linke. Willensbildung in einer ideologisch zerstrittenen Partei, Baden-Baden 2014 (*Nomos*), 263 S.

Christian Zettl, Die Wähler der Linkspartei.PDS von 1994 bis 2009, Wiesbaden 2014 (*VS Verlag*), 280 S.

Benjamin Immanuel Hoff, die linke: partei neuen typs? milieus – strömungen – parteireform. eine flugschrift, Hamburg 2014 (*VSA*), 143 S.

Tom Strohshneider, Linke Mehrheit. Über Rot-Rot-Grün, politische Bündnisse und Hegemonie. Eine Flugschrift, Hamburg 2014 (*VSA*), 94 S.

Die Partei Die Linke verlor bei den Bundestagswahlen zwar 3,3 Prozentpunkte, avancierte aber mit 8,6 Prozent zur stärksten Oppositionskraft im Bundestag. Es darf nicht verwundern, dass ein Vierteljahrhundert nach dem Revolutionsjahr, das die SED hinwegfegte, die aus ihr hervorgegangene Kraft vielfach analysiert wird. Zwei der zu rezensierenden Bücher sind wissenschaftlich ausgerichtet, das dritte ist politisch.

Entsprechend der von Karl-Rudolf Korte herausgegebenen Reihe „Die politischen Parteien der Bundesrepublik Deutschland“ steht bei Oppelland und Träger der Willensbildungsprozess innerhalb der Linken im Vordergrund. Die innerparteilichen

Akteure kommen ebenso zur Sprache wie die Konflikte innerhalb der Partei, welche die drei „starken Männer“ Lothar Bisky, Gregor Gysi und Oskar Lafontaine zu managen wussten. Zudem erwähnen sie Formelkompromisse zwischen den Flügeln (bei einer schwachen Parteiführung) sowie offene Konflikte innerhalb der Partei. Dafür stehen die Parteitage von Münster (2000), Gera (2002) und Göttingen (2012). Außerdem werden die historischen und programmatischen Entwicklungslinien ebenso ausführlich erwähnt wie Wählerpotentiale und strategische Optionen, die die Autoren mit Blick auf Rot-Dunkelrot-Grün nicht sonderlich hoch veranschlagen. Der Band ist sehr informativ, wiewohl die Gretchenfrage umgangen wird: „Die häufig diskutierte Frage, ob die Beobachtung durch den Verfassungsschutz und die dieser zugrundeliegenden Einschätzung gerechtfertigt sind oder nicht, kann hier nicht näher behandelt werden; dafür wäre eine detaillierte Studie ausschließlich zum Thema erforderlich“ (S. 119, Anm. 394).

Die wahlsoziologische Dissertation Christian Zettls untersucht nach einer Darstellung der „Erklärungsansätze innerhalb der Extremismusforschung“ (die Überschrift stimmt nicht ganz mit dem Inhalt überein) die Ursachen für die Wahl der PDS bzw. der Partei Die Linke, die als „extrem links“ gilt. Er überträgt (Rechts-)Extremismustheorien auf die Wählerschaft von linksaußen. Der hohe methodische Aufwand, den der Verfasser betreibt, steht in einem gewissen Spannungsverhältnis zu seinen Ergebnissen. Die Wählerschaft sei stark von ideologischen Motiven geleitet, nicht nur von solchen des Protestes. Das ist nicht neu.

Die Studien Hoff's und Strohschneiders ähneln sich. Beide wollen einem rot-rot-grünen Projekt zum Durchbruch verhelfen. Während Strohschneider anschaulich die Verhältnisse bei der Partei Die Linke beschreibt und einen „wirklichen Politikwechsel“ (S. 93) anstrebt, gewinnt Hoff's Flugschrift dadurch an Wert, dass er das linke Wählermilieu systematisch analysiert. Auch die Hinweise zu den Flügeln und Akteuren innerhalb der Postkommunisten (hierarchischer versus egalitärer Politikstil auf der einen, Widerstand versus Transformation auf der anderen Seite) sind aufschlussreich. Dieses Modell ließe sich für eine extremismustheoretische Position nutzen. Ein rot-grün-rotes Projekt könne eine Folge des Handelns der Politiker sein, stelle also keine Voraussetzung für eine Koalition dar. Dies findet im Vorwort den Widerspruch von Katja Kipping, für die erst eine Weichenstellung vollzogen sein muss, ehe eine solche Koalition in Frage kommt.

Eckhard Jesse

Andreas Pettenkofer, Die Entstehung der grünen Politik. Kulturosoziologie der westdeutschen Umweltbewegung, Frankfurt a.M. 2014 (*Campus*), 383 S.

Franz Walter/Stephan Klecha/Alexander Hensel (Hrsg.), Die Grünen und die Pädosexualität. Eine bundesdeutsche Geschichte, Göttingen 2014 (*Vandenhoeck & Ruprecht*), 303 S.

Bündnis 90/Die Grünen (Grüne) sind heute eine aus dem deutschen Parteiensystem kaum wegzudenkende politische Kraft. Die Entstehung der grünen Politik stellt jedoch aus Sicht von Andreas Pettenkofer einen „tiefgreifenden, durchaus unwahr-

scheinlichen Wandel der politischen Kultur“ (S. 8) dar, für den die gut erforschte Organisationsgeschichte der Partei keine Erklärung liefert. Diese Lücke möchte Pettenkofer mit seiner historischen Soziologie der grünen Politik, einer überarbeiteten und erweiterte Fassung des zweiten Teils seiner Erfurter Dissertation aus dem Jahr 2007, füllen. Mit einem Erfolg ihres Protests (Stichwort „Gelegenheitsstrukturen“) habe die grüne Protestbewegung nämlich kaum rechnen können. Angesichts sektenartiger Merkmale des Protests zieht Pettenkofer stattdessen die religionssoziologischen Theorien Max Webers und Émile Durkheims heran, die Protesthandeln einen erfolgsunabhängigen Sinn als „wetablehnende“ Selbstvergewisserung bzw. als euphorisch erlebte Interaktionssituationen verleihen. Mittels einer hermeneutischen Sequenzanalyse der protesteigenen Printmedien legt er überzeugend dar, dass der linke Protest gegen die Atomkraft anfangs keineswegs von Katastrophenängsten oder Gesundheitssorgen motiviert wurde, sondern durch den Widerstand der meist konservativen Betroffenen vor Ort. Die Wurzeln der grünen Bewegung lägen damit im anti-autoritären Deutungsmuster der Studierendenproteste der 1960er Jahre (vgl. S. 140-159). In der Folge sei Durkheims „Ansteckungskraft des Sakralen“ wirksam geworden: „Nachdem der gegen Atomkraft gerichtete Protest zunächst durch die negative Sakralisierung des deutschen Staats motiviert ist, wird diese negative Sakralisierung nun schrittweise auf das Objekt AKW selbst übertragen“ (S. 208).

Während der Umweltschutz zum Kernthema der Grünen wurde und dies bis heute blieb, wurden Forderungen nach einer Legalisierung sexueller Handlungen zwischen Erwachsenen und Kindern, die sich die junge Partei in der ersten Hälfte der 1980er Jahre zu eigen gemacht hatte, schnell wieder fallen gelassen. Dies verhinderte nicht, dass diese von vielen längst verdrängte Altlast die Grünen im Bundestagswahlkampf 2013 – übrigens keineswegs zum ersten Mal, aber wohl infolge der Sensibilisierung der Gesellschaft im Rahmen der breiten Debatte um sexuellen Missbrauch in pädagogischen Institutionen mit weitaus größerer Resonanz – einholte. Der von Franz Walter, Stephan Klecha und Alexander Hensel herausgegebene Sammelband stellt den Abschlussbericht zu der auf Bitten der Partei hin durchgeführten Erforschung dieses unrühmlichen Kapitels ihrer Geschichte dar. Klechas Beitrag zur Kontroverse um Pädosexualität bei den frühen Grünen als Kernstück des Bandes sind fünf Beiträge vorangestellt, die den gesellschaftlichen Wandel der 1960er und 1970er Jahre in Bezug auf Sexualität, Kindheits-Konzepte und Sexualstrafrecht sowie die Entwicklung der Pädophilen-Bewegung und die Geistesgeschichte der Pädosexualität beleuchten, abgerundet wird das Ganze durch einen Beitrag zur Verdrängung der Pädophilie-Debatte ab Mitte der 1980er Jahre. Diese Gliederung entspricht dem Untertitel *Eine bundesdeutsche Geschichte* und der Quintessenz: Debatten über die Legalisierung der Pädosexualität wurden weder zuerst noch ausschließlich bei den Grünen geführt. Aber, so Walter im Fazit: „Die Ideologen der Pädophilie hatten bei den Grünen in der ersten Hälfte der 1980er Jahre Freiräume vorgefunden und diese [...] nicht ungeschickt nutzen können. Das war [...] Konsequenz der exklusiven, dabei ideologisch unterfütterten Minoritätssympathie im [...] grün-alternativen Milieu“ (S. 264).

Volker Best

Kerstin Pohl/Peter Massing (Hrsg.), *Mehr Partizipation – mehr Demokratie? Eine Einführung*, Schwalbach/Ts. 2014 (*Wochenschau*), 109 S.

Bernward Gesang (Hrsg.), *Kann Demokratie Nachhaltigkeit?*, Wiesbaden 2014 (*Springer VS*), 162 S.

Die seit einigen Jahren intensiv geführte Debatte um „die Krise der Demokratie“ hat eine Vielfalt an Beobachtungen von Symptomen dieser so empfundenen Krise hervorgebracht. Während die Diagnose leicht gestellt sein mag, fällt es offensichtlich relativ schwer, Therapievorschläge zu machen. Die Sammelbände bieten erfreulicherweise genau dafür Ansatzpunkte, wenn auch aus jeweils ganz unterschiedlichen Blickrichtungen.

Einen innovativen Zugang wählt der von Bernward Gesang herausgegebene Band, in dem als Therapie neue demokratische Institutionen verordnet werden. Die Beiträge konzentrieren sich auf Zukunftsrate und Ombudspersonen – beides im Hinblick darauf, wie die Interessen und der Bedarf zukünftiger Generationen abgebildet und im politischen Entscheidungsprozess stärker berücksichtigt werden können. Gesangs Postulat nachhaltiger Politik ergibt sich aus der Unfähigkeit unserer derzeitigen Strukturen, mit der ökologischen Krise fertig zu werden. Dabei verfllt er nicht in eine radikale Systemkritik, wie sie etwa der ökologische Autoritarismus vertritt, der einen Effizienznachteil bei demokratischen Regimen bei der Begegnung umweltpolitischer Probleme sieht. Ebenso wird für Direktdemokratie als alleiniger Weg plädiert. Der Lösungsvorschlag liegt vielmehr in der institutionellen Absicherung der Zukunftsinteressen in Form von „Anwälten zukünftiger Generationen“ (S. 27). Freilich reicht die Einrichtung solcher zusätzlicher Institutionen nicht aus, solange nicht eine, wie Tine Stein schlussfolgert, „motivationale Kraft der Bürgerschaft“ (S. 61) freigesetzt wird.

Das dünne, inhaltlich aber sehr dichte Bändchen *Mehr Partizipation – mehr Demokratie?* von Kerstin Pohl und Peter Massing greift die zentralen Aspekte der derzeitigen Debatte auf. So gelingt es Jan van Deth die prägenden Spannungsmomente herauszufiltern. Der Autor bezieht sich dabei auf den Rückgang der Wahlbeteiligung und auf die Tatsache, dass die Palette an alternativen, also nicht institutionalisierten Partizipationsmöglichkeiten heute so groß ist wie nie zuvor. Trotz dieser Erweiterung hat sich dennoch die Ungleichheit an Teilhabe nicht verringert. Dies bestätigt der empirische Blick auf die „Bürgerbeteiligung in Deutschland“, den Oscar Gabriel vornimmt. Einerseits sei das Niveau des politischen Engagements gestiegen, andererseits habe dies die Zugangsbarrieren für traditionell inaktive Gruppen nicht beseitigt. Die Zunahme der Partizipation habe vielmehr die politische Ungleichheit verfestigt. Gabriel zeigt, dass der wichtigste Bestimmungsfaktor für Partizipation die kognitive Kompetenz sei, dennoch stellt der sozioökonomische Status einen relevanten Einflussfaktor dar. In Bezug auf „Jugendliche und Partizipation“ sehen die Befunde weniger entmutigend aus, als es vielfach angenommen wird: Die Autoren Wolfram Gaiser und Martina Gille verweisen darauf, dass insbesondere bei unkonventionellen Partizipationsformen die Handlungsbereitschaft größer ist als das Han-

deln. Dieses Engagement-Potenzial bildet einen vielversprechenden Ausgangspunkt für mögliche Förderung alternativer Teilhabe bei Jugendlichen. Unter den Therapie-vorschlägen liegen onlinebasierte Formen ganz weit oben. Daher ist es bedauerlich, dass dieser Bereich nicht breiter in dem Band aufgegriffen wird. Der Beitrag von Brigitte Kerchner beschränkt sich auf die Rolle von Adhocracy bei der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“.

Unabhängig davon, ob man am Ende zu dem Schluss kommen mag, dass die Demokratie tatsächlich in der Krise sei (und die nächste Frage wäre: wie sehr), die Reformdebatten bekräftigen das – bei aller möglichen Krise – vorhandene Innovationspotenzial von Demokratie.

Marianne Kneuer

Jacques Rancière, Die Erfindung des Möglichen. Interviews 2006-2009, Wien 2014 (*Passagen Verlag*), 266 S.

Jacques Rancière, Die Methode der Gleichheit, Wien 2014 (*Passagen Verlag*), 272 S.

Jacques Rancières politisches Denken kreist in letzter Instanz um die Reaktivierung der ursprünglichen Bedeutung von „Demokratie“. Der Interviewband *Die Erfindung des Möglichen* bestätigt diesen Befund. Verstanden als „Herrschaft der nicht Herrschenden“ bewirkt für ihn das transversale Einbrechen der Demokratie die Suspendierung jedes Machtanspruchs (arche) im Namen seiner funktionalen Basis: der Gleichheit. Demokratie, und das ist das Besondere an Rancières Denken, steht daher zu jedem institutionellem System („Polizei“) in Opposition. „Die Demokratie ist nämlich die instituierte Anarchie, die letztendliche Unrechtmäßigkeit jeder Macht“ (S. 19). Da für Rancière der Kompetenzanspruch, exklusiv Gesellschaftsfragen zu behandeln, mit der Macht synthetisiert ist, weist die demokratische Intervention jede Form von Repräsentation und Kompetenzmonopolisierung zurück. Demokratie ist die Wiederaneignung des Denkens. Der unermüdlich vorgebrachte, ermutigende Appell der Interviews lautet, dass kein besonderes Vermögen existiert, wodurch ein Mensch mehr als ein anderer zur Politik befähigt wäre. Dieser Aufruf bedeutet nicht nur, Vertrauen in seine eigenen intellektuellen Fähigkeiten zu haben und diese aktiv zu entdecken, sondern er ist gleichzeitig eine aufrüttelnde Warnung, dass sich angesichts dauerhafter Ausnahmezustände hinter der zunehmenden Technokratisierung eine schleichende politische Entmündigung vollzieht, der es zu begegnen gilt.

Bei den punktuellen demokratischen Interventionen gegen politische sowie soziale Ungleichheiten stellt sich in Rancières Konzeption die Frage, wie radikal dabei die Ordnungslogik wirklich unterbrochen wird: Wenn es der Logik der Polizei entspricht, Orte, Zeiten und Kompetenzbereiche festzulegen, spezifische Akteure einzuteilen usw., kurz: Aufteilungen vorzunehmen, dann reproduziert jede politische Bewegung, deren Akteure auf einen besonderen thematischen Aktions- und Problembereich sowohl zeitlich als auch räumlich beschränkt bleiben, die Logik der Polizei. Damit rückt das Problem der politischen Organisation in den Vordergrund. Die da-

hingehenden Konsequenzen seines Denkens zog Rancière bisher nicht. In *Die Erfindung des Möglichen* macht er diesbezüglich ein paar richtungsweisende Bemerkungen. Was er im Blick hat, ist eine flexibel agierende politische Organisationsform, die es Akteuren diverser Themengebiete ermöglicht, ihre besonderen Tätigkeiten miteinander zu verknüpfen und kraft einer universalen Themenagenda die Aufteilungslogik der Ordnungsmacht zu transzendieren. „Das wäre eine Organisation, die [...] fähig wäre, zu jedem beliebigen Thema in Erscheinung zu treten [...], um überall der Fähigkeit jedes Beliebigen Ausdruck zu verschaffen“ (S. 51). Eine solche politische Organisationsform setzt u.a. voraus, dass bei einem derart allgemeinen Themenspektrum keine Zielkonflikte zwischen den Akteuren entstehen, und dass die Bereitschaft existiert, das eigene politische Engagement in den Dienst des Allgemeinen zu stellen. Es ist fraglich, ob beide Bedingungen zu erfüllen sind.

Während *Die Erfindung des Möglichen* neben der Veranschaulichung zentraler Denkfiguren erhellende Antworten zu werkspezifischen Rückfragen gibt, zeichnet *Die Methode der Gleichheit* die intellektuelle Entwicklung Rancières nach und geht auf Basis methodischer Fragen auf die Einheit seines breit gefächerten Werkes ein. Beide Bände eignen sich dank ihrer Interviewform hervorragend zu einer ersten Bekanntschaft mit dem Denken Jacques Rancières. Sein Stil, gewohnte Perspektiven zu verkehren und verkrustete Konventionen aufzubrechen, kreierte Möglichkeiten, um über Politik und Demokratie jenseits institutioneller Reduktionen und normativer Überfrachtungen neu nachzudenken.

Patrick Keller

Daniel Roos, Julius Streicher und „Der Stürmer“ 1923 – 1945, Paderborn 2014 (*Schöningh*), 535 S.

Matthias Berg, Karl Alexander von Müller. Historiker für den Nationalsozialismus, Göttingen 2014 (*Vandenhoeck & Ruprecht*), 572 S.

Uns liegen zwei Monographien vor, deren behandelte bayerische Protagonisten nicht gegensätzlicher sein könnten. Einerseits der Historiker und Wissenschaftspolitiker Karl Alexander von Müller (1882 bis 1964) sowie andererseits Julius Streicher (1885 bis 1946), der glühende Antisemit, *Stürmer*-Herausgeber und „Frankenführer“.

Wer sich über den Historiker Müller informieren wollte, war bisher auf dessen dreibändige Selbstdarstellung angewiesen. Zweifellos sind die Ausführungen bis 1932 beschönigend. Für die vorliegende Arbeit wertete Matthias Berg erstmals systematisch den seit wenigen Jahren im Bayrischen Hauptstaatsarchiv München zugänglichen Nachlass aus. Aus der Vielfalt des Überlieferten zeichnet Berg ein Porträt Müllers von dessen Rolle in der Geschichtswissenschaft, der Publizistik und nicht zuletzt als Wissenschaftsorganisator. „Eine Deutung seines Wirkens in der NS-Zeit bedarf sowohl der Darstellung seines Weges in den Nationalsozialismus als auch seines Weges aus diesem hinaus. Es wird zu zeigen sein, dass sein Aufstieg zum führenden Historiker im Nationalsozialismus keineswegs zwangsläufig verlief“

(S. 21). Erfolgreich war der Wissenschaftler weniger wegen seiner Forschungen, sondern aufgrund der literarischen Begabung und der Fähigkeit zu umfangreicher Kommunikation (Sekretär der Historischen Kommission, Präsident der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Herausgeber der „Historischen Zeitschrift“, Förderer der „Judenforschung“). Er spiegelt so die Frage- wie Problemstellungen der Geschichtswissenschaft in seiner Zeit wider. So gern sich Müller später als Opfer und Fehlgeleiteter präsentieren und auch nach seinem Tod von den „Erben“ so gesehen werden wollte wie sollte, im Katalog der im November 1940 eröffneten Ausstellung „Deutsche Größe“ klingt an, was ihn trieb: „Gegenwart – Überlieferung – Sehnsucht und Wille der Zukunft“ (S. 318).

Waren Geltungsbedürfnis, Karrieredenken und Opportunismus Handlungsantriebe für Karl Alexander von Müller, so ist Julius Streichers Wirken allein dem antijüdischen Ressentiment verpflichtet. Er „benötigte keine nationalsozialistische Regierung, keine Rückendeckung seitens einer Partei oder Organisation, keine überdurchschnittliche Intelligenz und keine besonderen Fähigkeiten. Es ‚genügten‘ eine manische Besessenheit, zweifelhafte Anlagen und eine hasserfüllte Rücksichtslosigkeit, um unbeirrt den Weg hin zu einem der am meisten gefürchteten und verachteten Agitatoren der völkisch nationalen Ideologie zu gehen“ (S. 502). Den Weg des Weltkriegsteilnehmers und Schullehrers zum Propagandisten antisemitischen Denkens und herausgeberischen Handelns bringt Roos’ Dissertation im wissenschaftlichen Einklang mit dem historischen Zeitgeist, der Persönlichkeitsentwicklung und bildhafter massenwirksamer Beeinflussung dem Leser nahe. Roos zitiert ausgiebig aus dem Hetzblatt und lässt offensiv Abbildungen auf den Betrachter wirken. Über diese Anschaulichkeit reproduziert er Inhalte, Methoden und Absichten des *Stürmers* auf jeden Konsumenten und legt die hinterhältigen, diffamierenden Absichten seiner Mitarbeiter offen. In diesem Zusammenhang verweist Roos auf die offenbare Ohnmacht staatlicher Behörden und individuelle Schwächen der persönlich Angegriffenen/Gruppen. Mit der Studie über Streicher und sein „Blatt“ holt der Verfasser Zeitgeist auf die historische Bühne und betrachtet komplex gesellschaftliche städtische, regionale und reichsweite Wirkungsmechanismen. Einzig und allein seiner Aussage, „eine endgültige und umfassende Lebensbeschreibung Streichers steht nach wie vor noch aus“ (S. 14), ist zu widersprechen. Julius Streicher ist der weiteren Aufmerksamkeit nicht wert, die vorliegende Monographie aussagekräftig genug.

Uwe Ullrich

Marcel Rosenbach/Holger Stark, Der NSA-Komplex. Edward Snowden und der Weg in die totale Überwachung, München 2014 (*DVA*), 383 S.

Peter Schaar, Überwachung total. Wie wir in Zukunft unsere Daten schützen, Berlin 2014 (*Aufbau*), 301 S.

Bernhard H. F. Taureck, Überwachungsdemokratie. Die NSA als Religion, Paderborn 2014 (*Wilhelm Fink*), 103 S.

Schon 1983 publizierte der Journalist James Bamford sein erstes Buch über die National Security Agency (NSA). 2001 folgte ein weiteres voluminöses Werk, in dem er „America’s Most Secret Intelligence Organization“ aus historischer, aber wenig kritischer Perspektive beschrieb. Die technischen Möglichkeiten moderner Geheimdienste schienen bekannt, ehe durch Edward Snowdens Enthüllungen im Frühjahr 2013 völlig neue Dimensionen offenbar wurden. Insbesondere die NSA und ihr britisches Pendant, die Government Communications Headquarters (GCHQ), beobachten weite Teile des weltweiten Datenverkehrs, werten diesen automatisiert aus und verschaffen sich bei Interesse Zugang zu jedem vernetzten elektronischen Gerät – ungeachtet aller gesetzlichen Vorschriften. Zugleich erscheint vielen Bürgern die Bedrohung zu abstrakt, zu fern ihres Lebens, etwa 44 Prozent halten diese Diskussion für überbewertet (Allensbach Umfrage im November 2013). Daher ist jedes Buch verdienstvoll, das die elektronische Massenüberwachung verständlich macht, auch wenn es wie die ersten beiden keine neuen Erkenntnisse liefert.

Der Band von Rosenbach und Stark liest sich wie ein Krimi. Die beiden Spiegel-Mitarbeiter, die als erste deutsche Journalisten an der Auswertung des Snowden-Materials beteiligt waren, schildern zunächst die Geschichte des Whistleblowers und zeigen daran die Allmacht der Geheimdienste sowie die daraus beim kritischen Bürger entstehende Paranoia. Die folgenden Beschreibungen der Datensammlungs- und Auswertungsprogramme sowie ihrer Überwachungsziele machen – so gut es die technisch komplexe Materie zulässt – die Bedrohung begreifbar. Es sind vor allem einzelne Sonderfälle, die schockieren: die Cyberattacken auf iranische Atomanlagen oder der private Missbrauch zur Überwachung von Ehefrauen oder Geliebten durch NSA-Mitarbeiter.

Der ehemalige Bundesdatenschutzbeauftragte Schaar beschreibt in seinem Buch neben der NSA-Überwachung auch die Bezüge zur freiwilligen Datenpreisgabe im Web 2.0 oder zum Krieg gegen den Terror. Der strukturierte Überblick über die verschiedenen geheimdienstlichen Maßnahmen und die technischen wie politischen Hintergründe sind seine Stärken. Den Anspruch des Titels löst er allerdings nicht ein. Denn wie Daten zukünftig geschützt werden, erörtert Schaar nur im letzten Fünftel seines Buches und bleibt dabei überzeugende Lösungen schuldig. Störend ist auch, dass er häufig seine eigene Arbeit als Bundesbeauftragter zitiert, die rückblickend ebenso hilflos erscheint wie das Plädoyer für neue rechtliche Vorgaben. Geheimdienste, das hat Snowden gezeigt, halten sich im Zweifelsfall eben nicht an Gesetze.

Eine ganz neue Perspektive auf den Geheimdienstskandal liefert Taureck mit seiner Dystopie einer *Überwachungsdemokratie*. Ausgehend von der Beobachtung, dass die allgegenwärtige Überwachung numinöse Züge aufweise, beschreibt er die NSA der Zukunft als Ersatzreligion. Ihre Überwachungspraktiken wirken allmächtig und verbreiten Furcht; sie liefere ein Gefühl von Geborgenheit, weil nur sie die Sicherheit vor Terrorismus zu garantieren vorgebe. Die Menschen akzeptieren freiwillig die permanente Observation, während die NSA Transparenz als eine Offenbarung ihrer Allmacht inszeniere. Wenn auch für den durchschnittlichen Leser wohl etwas sperrig geschrieben, ist dem Philosophen ein brillanter Essay gelungen. Die *Überwachungsdemokratie* wird zu einem erschreckend realen Szenario. Wer die Snowden-Enthüllungen intensiv verfolgte und sich um die Zukunft unserer Demokratie sorgt, der lese Taurecks Buch. Wer einen spannenden Überblick über oder den Einstieg in das Thema sucht, dem sei hingegen der *NSA Komplex* empfohlen.

Daniel Münzner

Friedbert W. Rüb (Hrsg.), Rapide Politikwechsel in der Bundesrepublik. Theoretischer Rahmen und empirische Befunde, Baden-Baden 2014 (*Nomos*), 270 S.

Isabelle Borucki, Regieren mit Medien. Auswirkungen der Medialisierung auf die Regierungskommunikation der Bundesregierung von 1998-2010, Opladen 2014 (*Barbara Budrich*), 397 S.

Heike Scholten/Klaus Kamps (Hrsg.), Abstimmungskampagnen. Politikvermittlung in der Referendumsdemokratie, Wiesbaden 2014 (*Springer VS*), 490 S.

Jede Bundesregierung teilt das Schicksal eines gefesselten Riesen: Föderalismus, Veto-Akteure, korporatistische Verhandlungsarenen und Pfadabhängigkeiten erlauben lediglich inkrementelle Veränderungen des Status quo. Entgegen der These beharrlicher Reformblockaden finden rapide Politikwechsel statt, sofern der jeweilige Richtungswechsel „nicht nur schnell, sondern auch umfassend vollzogen wird“ (S. 19). Der vorliegende Tagungsband beleuchtet prominente Fälle umfassender Kursänderungen ausgewählter Politikfelder (u.a. Haushalts-, Arbeitsmigrations-, Familien-, und Verteidigungspolitik) und entwickelt ein Modell für rapide Politikwechsel. Wie das Beispiel der Agenda 2010 illustriert, müssen ein gesteigerter Problemdruck, adäquate Lösungswege sowie ein kritisches „focusing event“ (S. 113) zusammenkommen. Auch die Energiewende erscheint im Gewand tiefgreifender Kursänderungen; doch tatsächlich sind ihre konzeptionellen Überlegungen über zwei Jahrzehnte gewachsen. Rapide Politikwechsel werden bestimmt durch „kontingente Faktoren“ (S. 252); in außergewöhnlichen Problemlagen triumphieren situative Entscheidungen über aktive Gesellschaftsgestaltung. Oftmals „werden die Politikinhalte beliebiger, weil es nicht nur schnell gehen muss, sondern weil man auf vorhandene Optionen zurückgreifen muss“ (S. 265).

Regierungshandeln und seine professionelle Außendarstellung sind untrennbar miteinander verbunden. Isabelle Borucki analysiert in ihrer Dissertation das Kräftespiel zwischen Medienwelt und Techniken der Regierungskommunikation innerhalb

der vergangenen dreißig Jahre. Neben einem „medialen Strukturwandel“ (S. 63) ist eine engere Verflechtung zwischen Medien und Politik entstanden. Der Regierungsumzug nach Berlin hat zu einer „moderaten Medialisierung“ (S. 12) geführt, eine Entwicklung, bei der Politik unter medialer Dauerbeobachtung steht. Gleichzeitig kommt es zu einer „Arkanisierung der Regierungskommunikation“, was bedeutet, „dass eine Immunisierung des ursprünglichen Arkanbereiches vor dem massenmedialen Zugriff betrieben wird“ (S. 237). Die Arbeit beeindruckt durch die Komplexität der Fragestellung und die enorme Dichte der Bearbeitung. Das Werk – quellen satt und auf Experteninterviews gestützt – bietet wertvolle Einblicke in den Maschinenraum des Berliner Regierungs- und Medienbetriebes. An vielen Stellen leidet jedoch die inhaltliche Klarheit unter der hohen theoretischen Durchdringung des Untersuchungsgegenstandes.

Die Diskussion über direktdemokratische Einfluss- und Gestaltungschancen in ansonsten streng repräsentativ-demokratisch organisierten Systemen sagt auch etwas über normative Demokratieverständnisse aus. Die Abstimmungsmöglichkeiten des Bürgers über einzelne Sachfragen gelten als Gradmesser für die Responsivität eines politischen Systems. Der von Heike Scholten und Klaus Kamps herausgegebene Sammelband diskutiert neben Verfahren des „policy making“ Kampagnenführung, Politikvermittlung und Formen der medialen Kommunikation. Die einzelnen Beiträge spiegeln vor allem die Erfahrungen der Schweiz, die mittels ihrer Tradition direkter Bürgerbeteiligung „zum paradigmatischen Fall einer ‚Konsensdemokratie‘ geworden ist“ (S. 6). Zwar wird deutlich, wie sehr Interessenberücksichtigung und eine „erhöhte Legitimität politischer Entscheidungen“ (S. 16) davon profitieren; doch „bedarf es“ – gerade in einem mehrsprachigen Land wie der Schweiz – „des repräsentativen Systemelements der politischen Eliten“ (S. 35), um über Sprachgrenzen hinweg integrierend zu wirken.

Helge F. Jani

Stefana Sabin/Helmut Ortner (Hrsg.), *Politik ohne Gott? Wieviel Religion verträgt die Demokratie?*, Springe 2014 (zu *Klampen*), 165 S.

Edmund Arens u.a. (Hrsg.), *Integration durch Religion? Geschichtliche Befunde, gesellschaftliche Analysen, rechtliche Perspektiven*, Baden-Baden 2014 (*Nomos*), 261 S.

Katharina Ebner u.a. (Hrsg.), *Staat und Religion. Neue Anfragen an eine vermeintlich eingespielte Beziehung*, Tübingen 2014 (*Mohr Siebeck*), 253 S.

Der Band *Politik ohne Gott. Wie viel Religion verträgt Demokratie?* vereinigt Aufsätze zum Verhältnis von säkularen politischen Ordnungen zur Religion. Hierbei gehe es, so die Herausgeber, „nicht um die Austreibung Gottes“, sondern „nur darum, die Errungenschaften der Aufklärung zu verteidigen, damit die Privatsache Gott nicht in die öffentliche Politik zurückkehrt“ (S. 12). Die agitatorische Rhetorik der Beiträge verhält sich jedoch bedauernswerterweise antiproportional zur wissenschaftlichen Sorgfalt, wenn es darum geht, die zu behandelnden sozialen, gesellschaftspolitischen und rechtlichen Bedingungen und Probleme zu analysieren. Bis

auf wenige Ausnahmen schwankt die Stimmung der Aufsätze zwischen höhnischem Abgesang auf die Bedeutung des Christentums und beinahe neurotischer Furcht vor der zersetzenden Kraft institutioneller Religiösität.

Wem an religionspolitischen Fragen, ihrer kontextuellen Einordnung und erkenntnisorientierten Durchdringung gelegen ist, seien stattdessen die beiden anderen Sammelbände ans Herz gelegt: Der interdisziplinäre Band *Integration durch Religion? Geschichtliche Befunde, gesellschaftliche Analysen, rechtliche Perspektiven* beschäftigt sich im Anschluss an einen gleichnamigen Kongress in Luzern mit dem Thema „Religion und gesellschaftliche Integration in Europa“. Das Ergebnis ist ein stimmiges Buch, das vor allem durch seine interdisziplinäre Ausrichtung überzeugt. Die vornehmlich sozialwissenschaftlichen Beiträge von Jörg Stolz und Fabian Huber, Gert Pickel, Antonius Liedhegener und Tine Stein weisen Wege in einen empirisch fundierten, differenzierten Umgang mit dem als „Integration“ bezeichneten Phänomen. Sodann kommen die „Integrationswirkungen religiöser Traditionen“ in den Blick, die vor allem aus historischer (Veronika Lenzen, Wilhelm Damberg und Paul Nolte), aber auch aus religionswissenschaftlicher Perspektive beleuchtet werden (Daria Pezzoli-Olgiati). Zum Abschluss rücken die religionsrechtlichen Bemühungen um die Integration religiöser Gemeinschaften in den Fokus. René Pahud Mortanges, Gerhard Robbers und Heiner Bielefeldt beschäftigen sich mit den Möglichkeiten des Rechts, im Rahmen des religiösen Pluralismus integrationsfördernd zu wirken.

Im Band *Staat und Religion. Neue Anfragen an eine vermeintlich eingespielte Beziehung* werden diverse aktuelle Themenfelder des derzeitigen Religions- bzw. Religionsverfassungsrechts beleuchtet und auf ihre jeweilige Tragfähigkeit hin untersucht. Der Sammelband verfolgt mit seinen durchgängig qualitativ hochwertigen Beiträgen ein gut nachvollziehbares Gesamtkonzept, das in der Gliederung Kontur gewinnt: Der erste Teil mit Beiträgen von Franz-Xaver Kaufmann, Tine Stein und Rudolf Uertz befasst sich mit den religionssoziologischen, politikwissenschaftlichen und staatsphilosophischen Kontexten sowie den Grundlagen des Religionsrechts. In einem dritten Teil folgen fünf exemplarische Konfliktfelder des derzeitigen Religionsrechts mit Beiträgen von Hermann Reichold, Stefan Muckel, Kyrill-Alexander Schwarz, Barbara Rox und Hartmut Zapp. Das Scharnierstück zwischen dem Grundlagenteil und den Konfliktfeldern bildet Fabian Wittrecks Beitrag zu einer allgemeinen Betrachtung und Bewertung des derzeitigen Religionsverfassungsrechts. Zum Abschluss vermisst Christian Waldhoff in einem vierten Abschnitt aus einer Metaperspektive das Verhältnis von Recht und Religion. Der Band bietet einen höchst informativen und ausgewogenen Überblick über das derzeitige Religionsrecht der Bundesrepublik.

Georg Kalinna

Rainer Schmidt (Hrsg.), *Rechtspositivismus: Ursprung und Kritik. Zur Geltungsbegründung von Recht und Verfassung*, Baden-Baden 2014 (*Nomos*), 220 S.

Claudio Franzius, *Recht und Politik in der transnationalen Konstellation*, Frankfurt a.M. 2014 (*Campus*), 345 S.

André Brodacz u.a. (Hrsg.), *Die Verfassung des Politischen. Festschrift für Hans Vorländer*, Wiesbaden 2014 (*Springer VS*), 390 S.

Der Sammelband *Rechtspositivismus: Ursprung und Kritik* spürt den Ordnungsansprüchen des Rechtspositivismus nach. Er zeigt die unterschiedlichen Verlaufsformen rechtspositivistischen Denkens in Deutschland und in England auf und testet die Zukunftsfähigkeit rechtspositivistischer Axiome an den Herausforderungen transnationaler Ordnungen. An eine äußerst lesenswerte Einführung des Herausgebers schließen sich acht Beiträge an, in denen die Klassiker des rechtspositivistischen Denkens in Zweiergruppen zusammengespant werden (Jeremy Bentham, Herbert L. Hart und Ronald Dworkin, Carl Friedrich von Gerber und Paul Laband, Georg Jellinek und Hans Kelsen) und über ihre Kritiker berichtet wird. Den Band schließen zwei Beiträge zum Verhältnis von Globalisierung und Rechtspositivismus ab. Neben einer kritischen Analyse von rechtspositivistischen Völkerrechtskonzeptionen ist ein weiterer Beitrag des Herausgebers ergänzt, der mit Niklas Luhmann und Gunther Teubner die Frage aufwirft, ob wir in transnationalen Ordnungen von der „Gründung und der ‚constituent power‘ des Volkes absehen und auf die Akzeptanzpraktiken und diskursiven Prozesse der Anerkennung setzen“ (S. 186) können.

Mit dieser Frage beschäftigt sich auch die Monografie *Recht und Politik* in der transnationalen Konstellation. Ihr Autor betrachtet aus einer interdisziplinär angereicherten rechtswissenschaftlichen Perspektive die Bedingungen der Möglichkeiten von transnationaler Demokratie, transnationalem Rechtsstaat und transnationalem Verwaltungsrecht in einer transnationalen Unordnung, die in Ermangelung eines Weltstaates ohne einen demokratisch legitimierten und einheitlich verfassten Zurechnungspunkt auskommen muss. Er arbeitet sein Ergebnis entlang der Differenzen „Recht und Politik“ sowie „individuelle und kollektive Demokratiebegründung“ aus. Nach detailreichen Ausführungen vor allem zu den Konstitutionalisierungsprozessen in der EU kommt er zu dem Ergebnis, dass in den drei Kontexten Demokratie, Rechtsstaat und Verwaltung ohne das entsprechende Vertrauen nichts geht: Die transnationale Demokratie ist auf soziales und transnationales Vertrauen als Link zwischen Recht und Politik angewiesen, der transnationale Rechtsstaat benötigt Systemvertrauen in die Verkoppelung der vielen Rechtsordnungen, und das transnationale Verwaltungsrecht kommt nicht ohne Vertrauen in die Verwaltungsleistungen der Anderen aus. Das Fazit klingt vertraut: Der Bedarf an transnationalem Vertrauen muss in Rechtsbegriffe übersetzt werden und das (Verfahrens-)Recht muss demokratische Politik in heterarchisch vernetzten Ordnungen ermöglichen.

Hans Vorländer hat in seiner langjährigen Forschung die Verfassung und eine kulturwissenschaftlich-institutionelle Verfassungstheorie in den Vordergrund gestellt. In seiner Festschrift finden die Leser 22 Beiträge versammelt, die sich auf den unter-

schiedlichsten Themenfeldern mit der Verfassung beschäftigen. Da die Festschrift im Rahmen des Sonderforschungsbereichs „Transzendenz und Gemeinsinn“ erschienen ist, greifen die Beiträge dessen Forschungsfrage auf: Welche Voraussetzungen sind notwendig für die Konstituierung und Stabilität von politischen Ordnungen? Um nur einige der Beiträge herauszupicken: Es wird zum Beispiel über den Einsatz formalen Verfahrensrechts zur Steuerung des mittelalterlichen Klosterlebens (Gert Melville), die gemeinschafts- und sinnstiftende Funktion von Mythen (Herfried Münkler), die Ambivalenz demokratischer Legitimation durch Wutbürger (Alessandro Pinzani und Günter Frankenberg) oder den juristischen Wert einer Weltverfassung (Ulrich Fastenrath) berichtet.

Kathrin Groh

Gottfried Schramm, *Five Partings of Way in World History. A Comparison*, Frankfurt a.M. 2014 (*Peter Lang*), 381 S.

Michael Wildt, *Geschichte denken. Perspektiven der Geschichtsschreibung heute*, Göttingen 2014 (*Vandenhoeck & Ruprecht*), 284 S.

Für einen deutschen Rezensenten ist es betrüblich, die englische Übersetzung dieses 2004 auf Deutsch erschienenen Buches anzuzeigen. Nicht weil es irrelevant wäre, im Gegenteil, sondern weil es im deutschsprachigen Raum zu wenig diskutiert worden ist. Der Osteuropahistoriker Gottfried Schramm schlägt darin nicht weniger als eine neue Sicht auf die Weltgeschichte vor. Er unterscheidet fünf große nach dem Kriterium der „Überzeugungsgemeinschaft“ entstandene Epochen: den jüdischen Monotheismus, das Christentum, die Reformation, die parlamentarische Demokratie und die kommunistisch-sozialistische Welt ab 1917, die alle jeweils mit einem revolutionären Ereignis, einer „Wegscheide“ begannen. Man kann sich nur schwer der Sogkraft der Gedankengänge entziehen und kommt zu der Einsicht, dass Schramms konstruktiver Ansatz das Zeug hat, an die Seite früherer großer Konzepte zu treten – auch und gerade wegen des zentralen Einwandes der Vernachlässigung der asiatischen Hochkulturen. Es wäre beschämend für die deutsche Geschichtswissenschaft, wenn auch erfreulich und wünschbar für den Autor, wenn der englischsprachige Bereich das tut, was hierzulande versäumt wurde.

Der von Michael Wildt herausgegebene Sammelband ist sozusagen das Gegenteil dieses schöpferischen Entwurfs. Er besteht aus Skizzen von Geschichtsprofessoren der Humboldt-Universität zu Berlin über gewisse Aspekte ihrer Forschungen. Gemeinsame Kriterien, gemeinsame Grundüberzeugungen, gemeinsame Vorstellungen von Innovation haben die Beiträge nicht, und auch das Vorwort des Herausgebers versucht dankenswerterweise nicht, derartiges mühsam zu konstruieren. Als Kaleidoskop der augenblicklichen Forschungen ist das Buch aber interessant, daher hier eine Blütenlese: Claudia Thiersch stellt für das antike Städtewesen zutreffend fest, dass sein Niedergang nicht auf christliche Angriffe zurückzuführen ist, dass sogar in der christlichen Literatur eher direktes und indirektes Lob anzutreffen ist, das dann seinerseits auf das mittelalterliche neue Aufblühen der Städte gewirkt habe. Michael

Borgolte entwirft ein sehr anziehendes Bild einer Globalgeschichte des Mittelalters, die in der Lage ist, unter Bewahrung des fachlichen Standards aus dem Eurozentrismus herauszukommen. Alexander Nützenadel nimmt in seiner Studie über die Korruption um 1900 erfreulicherweise auch auf frühere Literatur Bezug, hätte jedoch zusätzlich ein Wort über die nicht ganz schlecht erforschte Korruption im Altertum verlieren dürfen. Sehr eindrucksvoll ist Jörg Baberowskis Versuch der Rehabilitation Nikita Chruschtschows deshalb, weil er die Denkkategorien dingfest macht, unter denen Chuschtschow handeln musste; ein methodischer Zugriff, der auch für andere zeitgeschichtliche Biographien zu wünschen wäre. Martin Sabrows Blick auf die Autobiographien höherer DDR-Funktionäre aus der Zeit vor 1989 zeigt, dass sie es mit der kommunistischen Wahrheit genau nahmen, allerdings nur mit dieser. Eher umständlich heißt es dort, dass „die Vorstellung einer konstitutiven Spannung zwischen persönlicher Erinnerung und historischer Wahrheit [...] kategorial ausgeschlossen“ (S. 206) ist. Eine Marginalie: Sabrow spricht, ohne den Begriff zu erklären, von einem „Betreuerbericht“, der über einen westdeutschen Gast in der DDR angefertigt worden sei. Es sei darauf hingewiesen, dass solche Betreuer die Aufgabe hatten, die Betreuten heimlich zu beobachten und über sie nach oben zu berichten; der Quellenwert solcher Berichte wäre ein interessantes Thema. Auf dem Einband ist das Foto der Statue Theodor Mommsens zu sehen, die sich heute wieder in der Cour d'honneur der Universität befindet. Zu DDR-Zeiten war sie in einer Seitenstraße versteckt und wurde erst nach der Wiedervereinigung auf ihren angestammten Platz gebracht. Einem Buch über die an der Universität betriebene Geschichtswissenschaft hätte es wohl angestanden, einen Hinweis darauf zu geben.

Wolfgang Schuller

Benedikt Sepp, Linke Leute von rechts? Die nationalrevolutionäre Bewegung in der Bundesrepublik, Marburg 2014 (*Tectum*), 127 S.

Johannes Großmann, Die Internationale der Konservativen. Transnationale Elitenzirkel und private Außenpolitik in Westeuropa seit 1945, München 2014 (*De Gruyter Oldenbourg*), 651 S.

Elitezirkel und Basisgruppen – mit diesen Organisationsstrukturen sind zwei Versuche politischer Einflussnahme verbunden, die sich vor allem in ihrem Verhältnis zur Öffentlichkeit unterscheiden. Während sich die nationalrevolutionären Basisgruppen der 1970er Jahre um Abgrenzung von der „alten Rechten“ einerseits, Anschluss an Teile der Linken andererseits und einen offensiven Politikstil bemühten, bildeten das CIDCC (Comité International de Défense de la Civilisation Chrétienne) und das CE-DI (Centre Européen de Documentation et d'Information) von den 1950er bis in die 1980er Jahre eine Art „Internationale der Konservativen“, die bewusst im Hintergrund agierte und sich auf den Austausch unter Gleichgesinnten aus verschiedenen europäischen Ländern konzentrierte. Beide Gruppen dürften heute so gut wie unbekannt sein. Im einen Fall ist dies Ausdruck des strategischen Konzepts, im anderen Ausdruck des politischen Scheiterns.

Die vorliegenden Arbeiten gehen auch rein äußerlich in verschiedene Richtungen. Benedikt Sepp hat mit 127 Seiten eine schmale, aber angesichts der schwierigen Quellenlage dennoch fundierte Studie über die „linken Leute von rechts“ verfasst. Die Dissertation, die der Tübinger Historiker Johannes Großmann erarbeitet hat, folgt mit ihren 650 Seiten dem problematischen Trend zu immer umfangreicheren Qualifikationsarbeiten; in formaler Hinsicht ist sie ausgezeichnet, die ausgedehnte Quellenarbeit wirklich beeindruckend, der gewaltige Stoff überzeugend strukturiert und der Text gut lesbar.

Beide Arbeiten versuchen, ihrem Gegenstand durch angemessene Forschungskonzepte gerecht zu werden: Großmann will die 3.500 Personen, die sich im Laufe der Jahrzehnte in den verschiedenen Zirkeln betätigt haben, nicht als „Netzwerk“, sondern als „Verflechtung“ analysieren, ausgehend von der Hypothese, dass Führungsgruppen nicht durch gleiche soziale Daten ihrer Mitglieder konstituiert seien, sondern durch konkrete Interaktionen, in deren Rahmen auch nicht quantifizierbare Dimensionen sozialer Beziehungen wie „Vertrauen“ oder „Freundschaft“ stehen. Sepp rekonstruiert zunächst die wichtigsten Bausteine der nationalrevolutionären Ideologie (logischer Empirismus, biologistisches Menschenbild, Befreiungsnationalismus, Ethnopluralismus, „Okzidentales Syndrom“, Sozialismus), um dann in dem weitaus interessanteren Teil seines Buches der Frage nachzugehen, ob nicht abseits von den politischen Inhalten die entscheidende Bindung der wenigen hundert Nationalrevolutionäre aus präreflexiven Dispositionen, aus einem bestimmten Habitus stammt. Dazu gehören Sprachgestus und Kleidungsstil genauso wie Körpergefühl, ästhetischer Stil oder auch Art und Ausführung der politischen Arbeit, konkreter z.B. die Jugend- und Revolutionsromantik der Nationalrevolutionäre, ihre spezifische „Ästhetik des Widerstandes“, ihr asketisch stilisiertes Intellektuellentum.

Gilt nicht ein guter Teil des Engagements in Elitezirkeln wie Basisgruppen der Pflege eines bestimmten Lebensgefühls? Die Ansätze beider Autoren passen insofern in die aktuelle Tendenz von Politologie, Soziologie und Geschichtswissenschaft, sich einem breiteren Politikverständnis zu öffnen, das z. B. auch die Bedeutung von Emotionen mit einbezieht. Eine solche methodische Innovation würde auch die Beschäftigung mit letztlich nicht sehr bedeutenden Gruppierungen rechtfertigen, denn der konkrete politische Effekt, zu dem Ergebnis kommen beide Autoren, war sehr gering. Beide Bücher erfreuen durch ihren sachlichen Stil, der es nicht nötig hat, inhaltliche Distanz permanent durch sprachliche Signale zu dokumentieren.

Michael Großheim

Tom Strohshneider, Linke Mehrheit? Über Rot-Rot-Grün, politische Bündnisse und Hegemonie, Hamburg 2014 (*VSA*), 94 S.

Seit Jahren begleitet Tom Strohshneider die Entwicklung der Partei Die Linke (Linkspartei) und ihrer Vorgängerin PDS. Nachdem er mit dem Internet-Blog *Lafontaines Linke* die wichtigste Diskussionsplattform im Umfeld der Linkspartei betrie-

ben hatte, ist er derzeit Chefredakteur der parteinahen Tageszeitung *Neues Deutschland*. Basierend auf seinen Beobachtungen hat er ein Buch über Perspektiven einer rot-rot-grünen Koalition auf Bundesebene geschrieben.

Die Frage der möglichen Beteiligung der Linkspartei an einer Bundesregierung bewegt die Öffentlichkeit, die politischen Konkurrenten und das politische Spektrum links der Mitte. Es ist sowohl innerhalb von SPD und Bündnis 90/Die Grünen (Grüne) als auch innerhalb der Linkspartei äußerst umstritten. Insofern ist fraglich, so Strohschneider, ob überhaupt von einem linken Lager gesprochen werden kann.

SPD und Grüne fordern von der Linkspartei als Voraussetzung für eine Regierungsbeteiligung auf Bundesebene ein unzweideutiges Bekenntnis zur Einbindung Deutschlands in die NATO und die Europäische Union sowie zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Dem gegenüber stehen sogenannte rote Haltelinien, die die Linkspartei in ihrer Programmatik als Voraussetzungen für Regierungsbeteiligungen verankert hat – insbesondere keine Privatisierungen öffentlichen Eigentums, kein Sozialabbau, kein Stellenabbau im Öffentlichen Dienst, keine Kampfeinsätze der Bundeswehr. In den bisherigen real existierenden Landesregierungen unter Beteiligung der Linkspartei wurden diese Prinzipien allerdings missachtet.

Während ein Teil der Partei den programmatischen Konsens ignoriert und sich beeilt, für die Machtteilhabe und/oder für die eigene Karriere bisherige Essentials zu schleifen und die Programmatik damit schon frühzeitig für SPD und Grüne kompatibel zu machen, hält ein anderer Teil an den Grundsätzen fest, womit eine rot-rot-grüne Bundesregierung unmöglich wäre. Dieser Konflikt könnte die Partei zerreißen. Ein Vorreiter der erstgenannten Position ist der Bundestagsabgeordnete Stefan Liebich, der sogar schon Mitglied der Atlantikbrücke ist.

Strohschneider blickt zurück auf die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen SPD, Grünen und Linkspartei bzw. PDS in den vergangenen zwanzig Jahren, angefangen beim so genannten Magdeburger Modell. Er beschreibt die organisatorischen und personellen Zusammenhänge, in denen nach Gemeinsamkeiten gesucht wird, beispielsweise das Institut Solidarische Moderne oder die sogenannte Oslo-Gruppe. Und Strohschneider umreißt den gegenwärtigen Zustand der „gesellschaftlichen Linken, die sich zwischen Bewegungsform und Parlament, zwischen reformerischen Überlegungen und transformatorischen Hoffnungen, zwischen Ost und West, Klassenpolitik und Selbstverwirklichung, sozialer Frage und Freiheitsanspruch, zwischen Keynes und Wachstumskritik weit aufspannt“ (S. 8). Damit benennt Strohschneider eine Vielzahl von Widersprüchen zwischen den und innerhalb der drei Parteien, die Hindernisse für eine Koalition sein können. Er fordert die drei Parteien, aber auch soziale Bewegungen, Gewerkschaften und Intellektuelle auf, die Vision eines rot-rot-grünen Projekts zu entwickeln, das über eine rein rechnerisch mögliche Mehrheit hinausgeht. Die Bemühungen darum bezeichnet er als Sisyphos-Arbeit.

Nicht thematisiert werden von Strohschneider die möglichen Koalitions Hindernisse der Verfassungstreue und der Beurteilung der DDR-Geschichte. Offensichtlich werden diese Fragen von der Linkspartei nicht mehr als relevante Voraussetzungen für eine Regierungsbeteiligung angesehen, wohl aber zumindest von Teilen der SPD.

So wurde die Linkspartei 2014 von Mitgliedern der Historischen Kommission der SPD aufgefordert, „gerade auch mit Blick auf das Jahr 2017 die Kritik an Stalinismus und Leninismus klarer und eindeutiger zu formulieren“.

Sebastian Prinz

Andranik Tangian, *Mathematical Theory of Democracy*, Berlin/Heidelberg 2014 (*Springer*), 635 S.

Georg Wenzelburger/Sebastian Jäckle/Pascal König, *Weiterführende statistische Methoden für Politikwissenschaftler. Eine anwendungsorientierte Einführung mit Stata*, München 2014 (*De Gruyter Oldenbourg*), 221 S.

Eine demokratietheoretische Studie aus der Feder eines in der Sowjetunion promovierten und habilitierten Kybernetikers liest man nicht alle Tage – umso größer die Erwartungen, die *Mathematical Theory of Democracy* weckt, in der Andranik Tangian ein Instrument entwickelt, um die Repräsentativität politischer Institutionen (einzelne Personen ebenso wie Körperschaften) zu steigern. Nach einer Tour d’Horizon durch die Geschichte demokratischer Theorie geht der Autor der Frage nach, wie gut verschiedene repräsentative Institutionen den Volkswillen abbilden. Maßstab sind der durchschnittliche Bevölkerungsanteil, dessen Wille sich in einer bestimmten Entscheidung wiederfindet (Popularität), und die Häufigkeit, in der eine Entscheidung dem Mehrheitswillen entspricht (Universalität). Am Beispiel des Bundestages zeigt Tangian, dass demokratische Institutionen für die Wählerschaft häufig nicht repräsentativ sind, da diese sich bei der Wahlentscheidung etwa durch die Parteitraditionen und -bindungen sowie das Charisma der Politiker blenden lassen. Deshalb schlägt Tangian eine „Drittstimme“ vor (ähnlich aufgebaut wie der Wahl-o-mat), die – nach einer Aggregation – ein Stimmungsbild zu aktuellen politischen Fragen ergibt. Das politische Profil des Elektorats lasse sich dann nutzen, um Repräsentativgremien „repräsentativer“ zu besetzen.

Im Gegensatz zur Armada mathematischer Beweise, die Tangian antritt, die dem „normalen“ Politikwissenschaftler ohne abgeschlossenes Mathematik-Zweitstudium indes ein Buch mit sieben Siegeln bleiben dürfte, ist der Anspruch der Studie klar und nachvollziehbar. Allerdings versucht der Autor einen Systemtyp zu rationalisieren, den, gerade weil er den „artikulierten“ Willen des Volkes zum Maß der Dinge erhebt, Irrationalität zwangsläufig charakterisiert. Tangians Vorschlag entmündigt den Wähler und beschneidet dessen Recht auf freie – d.h. auch unvernünftige – Entscheidung. Der Reformvorschlag sympathisiert mit dem Ideal einer Technokratie und überschreitet zugleich die Grenzen des Machbaren, weil er folgende Fragen unbeantwortet lässt: Wie gut bilden Umfragen politische Präferenzen ab? Wer entscheidet, worüber ein Meinungsbild einzuholen ist? Wie wird mit Meinungswandel im Laufe einer Legislatur umgegangen, wie mit dem freien Mandat? All diese Einwände machen deutlich: Die mathematische Urteilskraft des Autors geht nicht mit einer normativen einher.

Anders als *Mathematical Theory of Democracy* steht das statistische Einführungswerk dreier Freiburger Politikwissenschaftler nicht auf einem porösen normativen Fundament – wie auch: Die Mathematik bleibt hier auf ihre unkontroverse Funktion als Hilfswissenschaft limitiert. Die Autoren versuchen die Lücke zu schließen, die zwischen vielen allgemeinen methodologischen Einführungsveranstaltungen bzw. -werken sowie der praktischen Anwendung klafft. Das Ziel ist lobenswert, da die meisten Grundlagenwerke tatsächlich schweigen, sobald es „ans Eingemachte“ geht: die praktische Umsetzung mithilfe statistischer Software. Hier setzen die Autoren an. Sie erklären nicht nur Schritt für Schritt, wie neuere Verfahren (darunter Mehrebenen-, gepoolte Zeitreihen- und Survivalanalysen) mit Stata durchgeführt und korrekt interpretiert werden, sondern weisen auch auf wichtige theoretische Annahmen und typische politikwissenschaftliche Fragestellungen hin, die nach einem der präsentierten Verfahren verlangen – in verständlichem Deutsch, ohne für die Praxis unnötige wissenschaftstheoretische Diskussionen. Die Erwartungen, die diese Einführung weckt, sind deutlich geringer als die der anspruchsvollen Studie von Tangian; anders als dort werden sie hier aber erfüllt.

Tom Mannewitz

Peter Trawny, Heidegger und der Mythos der jüdischen Weltverschwörung, Frankfurt a.M. 2014 (Klostermann), 106 S.

In Peter Trawnys jüngstem Buch wird anhand der neulich erschienenen *Schwarzen Hefte* Martin Heideggers der Frage nachgegangen, ob dessen ohnehin diffuse Verstrickung mit der nationalsozialistischen Bewegung nicht nur ihn persönlich, sondern auch seine ganze Philosophie mit antijudaistischen Spekulationen infizierte. Das Buch glänzt damit, dass es trotz der ungeheuren Zitatenschlacht, welche sich zudem mit Heideggers eigentümlicher Terminologie belasten muss und einen erheblichen Teil der Textmasse ausmacht, selbst für den Heidegger-Laien verständlich bleibt. Der Fragestellung wird so strukturiert wie klar nachgegangen, und der Leser muss auf die – zumindest einfache und kürzeste – Antwort nicht lange warten: In sachlichem und ruhigem Ton wird der positive Bescheid erst einmal ausgestellt. Dass die *Protokolle der Weisen von Zion* vielleicht nicht direkt, aber doch mittelbar Quelle der antijudaistischen Denkfiguren Heideggers waren, legt der Autor plausibel dar. In rein handwerklicher Sicht ist das Buch eine hervorragende Leistung. Höchstens dem Kapitel zu Edmund Husserl kann man eine magere Ausbeute attestieren, verbleibt es doch allzu sehr im Konjunktiv.

Die eigentliche Crux, vielleicht des gesamten Themas, liegt aber jenseits eines findigen Zitiervermögens, das im Umgang mit Heidegger allzu oft die einzige Arbeitstechnik – ob bei einer Apologetik oder einer Abrechnung – ist. Antijudaistischen Argumentationsfiguren in Heideggers Denk-Skizzen lässt Trawny weitgehend Interpretationen folgen, die versuchen, den augenscheinlich plumpen Antijudaismus in eine Art metaphysisch geweihten „seinsgeschichtlichen Antisemitismus“ (S. 11)

zu transformieren. Die Frage, ob dieser dann irgendwie entschärft, vielleicht sogar entschuldbar wäre, wird in Trawnys Ausführungen nur unzureichend beantwortet. Dass diese Heideggersche Seinsgeschichte, dieses „Narrativ“ (S. 18), nicht als Mystizismus, sondern als Kulturkritik durchgehen soll (und als solche dann wohl entschuldbarer wäre), verharrt latent und unkommentiert. Danach bleibt Trawnys beschwichtigender Wunsch im Nachwort, dass „in Zukunft der Fokus sich auf die philosophischen Probleme richtet“ (S. 121). An diesem Punkt wünscht sich der Leser mehr.

Ernst Bloch meinte über Heidegger einst: „Philosophieren zum Hysterischen hin“. Eventuell ohne es zu wollen, offenbart Trawny mit seiner lobenswert unaufgeregten Darstellung etwas, das für viele Heideggerianer noch schwerer zu verdauen sein dürfte als eine antisemitische Kontaminierung: Erst einmal von Hysterie entkleidet und unbeeindruckt von der Extravaganz, das Sein mit „y“ zu schreiben (Hannah Arendt), verbleibt Heideggers Zivilisationskritik theoretisch erstaunlich arm. Durch das Thema Antijudaismus wird der dürftige Identifikationszusammenhang von Juden, rechnerischem Geist, Entwurzelung und überhaupt seinsvergessener „Machenschaft“ (S. 22) aufgedeckt. Bei aller dankbaren Entwirrung äußert sich auch Trawny nicht dazu, dass Heideggers Seinsgeschichte, die ohnehin vom bloß Seien-den, also bloß Gewordenem schon durch Termini wie „Volk“ und „Rasse“ verschmutzt ist, völlig ohne ernst zu nehmende Soziologie und ohne Materialismus auskommt. Wer letztere nicht aufnimmt, kann gegen den von Heidegger vielleicht zu Recht als beängstigend empfundenen Zustand der modernen Welt nur mit Mystizismus zu Felde ziehen. Akademisch ist damit kein Scharmützel zu gewinnen. Da waren selbst Theologen wie Paul Tillich schon 1933 entschieden weiter. Nach der Lektüre von Trawnys Buch stellt sich einem Leser, der ohne Heidegger zu philosophieren gelernt hat, die Frage, ob der aktuelle Aufruhr um Heideggers Antijudaismus nicht darüber hinwegtäuscht, dass der Stellenwert dieses „Meisters“ (Rüdiger Safranski) nicht generell – jenseits der Fragen ob er Nationalsozialist oder ob er Antisemit war – zu korrigieren wäre.

Kai Doberitzsch

Hans-Jochen Vogel/Erhard Eppler/Wolfgang Thierse, Was zusammengehört. Die SPD und die deutsche Einheit 1989/90, Freiburg 2014 (*Herder*), 288 S.

Peter Gohle, Von der SDP-Gründung zur gesamtdeutschen SPD. Die Sozialdemokratie in der DDR und die Deutsche Einheit 1989/90, Bonn 2014 (*J.H.W. Dietz Nachf.*), 481 S.

Beide Bücher behandeln die deutsche Sozialdemokratie zur Zeit der Friedlichen Revolution 1989/90 in der DDR und der Herbeiführung der deutschen Einheit. Doch während Vogel, Thierse und Eppler die Bedeutung der SPD für die deutsche Einheit selbst herausstellen, bemüht sich Peter Gohle als Historiker um eine dokumentengestützte Geschichte der damaligen SDP, der späteren Ost-SPD.

Lesenswert ist der Beitrag von Hans-Jochen Vogel, der zusammenfassend darstellt, welche Leistungen die SPD insgesamt für die Gestaltung der deutschen Ein-

heit beigesteuert hat. Und das vor dem Hintergrund etlicher Querschüsse aus den eigenen Reihen und einem Kanzlerkandidaten Oskar Lafontaine, dessen Ego, postnationales Selbstverständnis und Wahlkampf die SPD in schweres Fahrwasser brachte.

Unabhängig davon, dass die SPD die Einheit zu nutzen versuchte, um Deutschland insgesamt sozialer zu gestalten, ihre Demokratie weiterzuentwickeln, und ein Zusammenwachsen beider Teile Deutschlands auf gleicher Augenhöhe zum Ziel ihrer Politik machte, war sie sich in vielen, durchaus zentralen Punkten doch mit Helmut Kohl einig. Das betrifft sowohl sein Zehn-Punkte-Programm vom November 1989 als auch die Währungs- und Wirtschaftsunion. Besondere Verdienste erwarb sie sich um die Schaffung der Sozial- und Umweltunion. Vogels Buch dient vor allem einer Rehabilitierung der sozialdemokratischen Politik in der alten Bundesrepublik. Aber es erlaubt auch seltene Einsichten in die Gefühlslage des eher nüchternen Politikers Vogel, der mit einer gewaltigen Kraftanstrengung seine Partei in ihrer damaligen schwierigen Lage zusammengehalten hat.

Ohne die sozialdemokratische Neugründung in der DDR wäre das wohl nicht möglich gewesen. Über deren Zustandekommen gab es bisher noch keine Monographie. Peter Gohle will diese Lücke füllen. Dafür hat er sich einem bislang einmaligen Quellenstudium unterzogen. Leider verzichtet er auf jede Form von Gesprächen mit den damaligen Akteuren. Schwerer wiegt, dass er in seiner insgesamt sehr kritischen Würdigung der Ost-SPD die Motivlage und die Analyse der politischen Ausgangslage gänzlich unter den Tisch fallen lässt. Das kann nicht daran liegen, dass es darüber etwa keine Dokumente gäbe.

Es wäre wichtig gewesen zu berücksichtigen, dass die Gründer nicht nur aus dem oppositionellen Lager der DDR kamen und einen stark protestantischen Hintergrund hatten, sondern dass es ihnen auch um die Beseitigung der SED-Diktatur sowie die Ermöglichung einer ostdeutschen Selbstbestimmung ging und sie die Chance des Rückzugs Michail Gorbatschows von der Breschnew-Doktrin nutzen wollten. Es ist nicht ihr Fehler, dass es in der SED keine entsprechenden Reformansätze gab und die West-SPD allzu sehr und lange an diese Reformfähigkeit geglaubt hat. An ihren ursprünglichen Zielen gemessen hat die Ost-SPD trotz verlorener Volkskammerwahl und ihrer mangelhaften Verankerung im Arbeitermilieu – was angesichts der 40-jährigen Repressionspolitik der SED wohl auch eher eine Illusion war – viel erreicht. Die Gründung der Ost-SPD war keine protestantische Anmaßung, sondern ein Beitrag zu ihrer Modernisierung in Zeiten einer sich stark wandelnden Gesellschaft, dem Verschwinden des alten Arbeitermilieus und des demokratischen Neubeginns einer posttotalitären Epoche. Nur wer in der Lage ist, darüber hinwegzusehen, wird weite Passagen des Buches als lesenswert empfinden, besonders die Analysen zum Volkskammerwahlergebnis wie die Schilderung des Zustandekommens und der Konflikte der Großen Koalition vor dem Hintergrund des Versuchs eines gesamtdeutschen Ansatzes sozialdemokratischer Politik im Wahljahr 1990.

Stephan Hilsberg

Uwe Justus Wenzel (Hrsg.), *Volksherrschaft – Wunsch und Wirklichkeit*, Zürich 2014 (*Verlag Neue Zürcher Zeitung*), 152 S.

Saskia Wendel (Hrsg.), *Was ist und wie entsteht demokratische Identität?* Göttingen 2014 (*Wallstein-Verlag*), 72 S.

Ortrun Brand/Mirjam Dierkes/Tina Jung (Hrsg.), *In Arbeit: Demokratie. Feministische Perspektiven auf Emanzipation und Demokratisierung*, Münster 2014 (*Westfälisches Dampfboot*), 273 S.

„Was ist und wie entsteht demokratische Identität?“ lautete die Preisfrage des Forschungsinstituts für Philosophie Hannover 2013. Die auserkorenen Preisschriften hat das Institut nun zwischen zwei Buchdeckeln gepresst. Von Bedeutung ist vor allem der Beitrag des ersten Preisträgers Felix Heidenreich. Er sieht im „vokativen Wir“ den Kernpunkt einer „demokratischen Identität“, wonach sich das „Wir“ selbst ins Leben ruft im Bewusstsein, „dass die Sprechakte selbst die Gegenstände konstituieren, auf die referiert wird“ (S. 30 f.). Auffällig ist, dass Heidenreich in diesem Kontext Demokratie zwar als „Lebensform“ denkt (so weit, so bekannt), aber diese in einer „Dialektik“ zwischen Emotion und „formgebender Institutionalisierung in Recht und Konvention“ (S. 18) verortet. Oftmals ist es ja so, dass Ansätze, die Demokratie „als Lebensform“ verstanden wissen wollen, das ganze mit einer verabsolutierten Institutionenkritik anreichern. Eine regelrechte Batterie radikalegalitärer und holistischer Ansätze in diesem Sinne findet sich z. B. im Buch *In Arbeit: Demokratie* aus dem Umkreis der Marburger Universität. Hier regnet es – mit einer geballten Portion „Vergeschlechtlichung“ – linke Philippiken gegen die heutigen liberalen Demokratien, die als „androzentrische“ Herrschaftsformen mit dem Wörtchen „Prä-Demokratien“ gebrandmarkt werden. Zu diesem Urteil gelangen die Autorinnen trotz des Zugeständnisses, dass es in den institutionellen Gremien des Staates in den vergangenen Jahren zu einer deutlichen Erhöhung des Frauenanteils gekommen ist. Ihr Einwand: Gleichzeitig verloren die besagten Gremien durch eine ökonomische Entdemokratisierung der Gesellschaft an politischem Einfluss.

Der Band *Volksherrschaft – Wunsch und Wirklichkeit* hingegen, der auf eine Feuilletonserie der *Neuen Zürcher Zeitung* mit dem Titel „Das Projekt Volksherrschaft“ zurückgeht, versammelt Autoren, die sich mehrheitlich durch Warnungen vor einer „normativen Überlastung der Demokratie“ auszeichnen. Sie reflektieren, dass „Demokratie“ immer vieles bedeuten kann und vor allem in den Beiträgen von Marc Lilla von der Columbia Universität in New York und des Historikers Thomas Maissen kommt zur Sprache, dass dies nicht ungefährlich ist. Die Mehrheit der Autoren sieht Demokratie aber natürlich auch als etwas Zweckdienliches, solange Demokratie verstanden wird als „eine politisch-gesellschaftliche Lebensordnung unter Akzeptanz einer breit abgestützten Verteilung von Herrschaftsprozessen mitsamt ihren institutionellen Sicherungen“ (Martin Meyer, S. 17). In der „Macht der Minderheiten“ wird, wenn nicht die „Macht“, so doch die „Seele“ der Demokratie vermutet (Adolf Muschg, S. 66). Gelegentlich wird diese verfassungsstaatlich begrenzte Demokratiebejahung von Umverteilungsvorstellungen abgegrenzt (Robert Nef), mal

geht es stärker um die Abwehr einer säkularisierten Engführung des Liberalismus (Jürgen Habermas). Die Beiträge durchzieht die Sorge vor den wachsenden Problemen: zu sehr sei eine verfassungsstaatliche Demokratie vom territorial fundierten Nationalstaat abhängig; die von den Finanzmärkten ausgelösten Dynamiken führen zu einer immer größeren Ungleichverteilung der Vermögen, deren Begrenzung allerdings von einer Mehrheit der Bevölkerung erwartet wird; und dem Volk bleibt aufgrund von Beschleunigungsprozessen nur noch die Beurteilung des „Outputs“ politischer Entscheidungen – oder es wird dies zumindest sichtbarer denn je (Herfried Münkler, S. 21f.). Während die einen für mehr direktdemokratische Verfahren plädieren, um diese Probleme zumindest einhegen zu können (Münkler), werben andere für mehr Chancen zu veritablen „Machtwechseln“ (Hans Maier) oder für die Stärkung lokaler Aushandlungs- und Selbstbestimmungsprozesse, die Aufwertung der Regionen in föderalen Ordnungen und mehr Konsumentenverantwortung (Claus Leggewie).

Lazaros Miliopoulos

Helmut Willke, Regieren. Politische Steuerung komplexer Gesellschaften, Wiesbaden 2014 (*Springer VS*), 154 S.

Klaus von Beyme, Die parlamentarische Demokratie. Entstehung und Funktionsweise 1789-1999, 4. Auflage, Wiesbaden 2014 (*Springer VS*), 445 S.

Beide Bände beschäftigen sich mit dem Thema des Regierens in Demokratien – aber da enden auch schon deren Gemeinsamkeiten. Helmut Willke hat sich mit seinem Büchlein, das Kompaktwissen verspricht, auf kein für ihn neues wissenschaftliches Terrain begeben. Er bleibt seinem Lebensthema, der systemtheoretischen Steuerungstheorie, treu. Insofern ist der Untertitel des Bandes zutreffender als dessen eigentlicher Titel. „Regieren zielt immer auf Systemsteuerung“ (S. 2), so lautet seine Grundannahme. Mit dieser Prämisse betrachtet der Autor sowohl nationales als auch internationales Regieren im Zeitalter der Globalisierung. Über konkrete Regierungsformen oder Regierungsorganisation erfahren wir wenig. Helmut Willke geht es vor allem darum, den Problemhorizont des Regierens zu thematisieren, der sich nach Anlegen von systemtheoretischen Maßstäben ergibt. Als unter den heutigen Bedingungen politischer Steuerung unlösbare Konflikte identifiziert er zwei fundamentale Widersprüche: den zwischen der traditionellen Souveränität der Nationalstaaten und der Globalisierung und den zwischen der Ignoranz der Mehrheit und dem Demokratiedefizit der Experten- und Fachgemeinschaften. Es fehle für den Schritt zur adäquaten Steuerung einer Gesellschaft und der internationalen Gemeinschaft die Fähigkeit zu reflektiertem Lernen und damit zur Strategieentwicklung.

Dies sind interessante Thesen. Irritierend bleibt, dass hier ein Werk vorliegt, das Grundinformationen präsentieren soll (die Reihe heißt Stichworte: Wissen kompakt), das aber eher wie eine (durchaus kluge) Abhandlung formuliert ist und es auch sprachlich zum Teil mit dem systemtheoretischen Jargon übertreibt. Ein Beispielsatz: „Ein besonders erfolgreicher Mechanismus der Kontingenzkontrolle be-

steht in der nichtkontingenten Relationierung kontingenter Relationen, etwa durch höher generalisierte Codes, durch Institutionen oder eben durch Einrichtungen der strukturellen Kopplung“ (S. 63 f.). Als wissenschaftliche Abhandlung hätte der Text einige Lücken und Defizite. Die Auswahl der Theorieansätze für Regierungshandeln (Neoinstitutionalismus, Akteurzentrierter Institutionalismus [AI] und Systemische Steuerungstheorie) erscheint willkürlich und zu stark auf eine deutsche Wahrnehmung zentriert. Zum einen ist der AI nur eine Spielart des Rational choice-Neoinstitutionalismus und zum anderen werden eine ganze Reihe von rivalisierenden Ansätzen (vom advocacy coalition framework über multiple streams bis hin zum Sozialkonstruktivismus) ignoriert.

Typologisierend und historisch deskriptiv argumentiert Klaus von Beyme in der vierten Auflage des auf seiner Habilitationsschrift von 1967 beruhenden Bandes, der sich als Referenzwerk etabliert hat. Hier ist die Parlamentarismusforschung weder jetztzeitig verengt noch eine Ansammlung von Länderkunden. Der Autor arbeitet strikt komparativ und liefert nach einer herrschaftstypenbezogenen Herausarbeitung des Parlamentarismusbegriffes und einer Wegbeschreibung der Parlamentarisierung europäischer Gesellschaften, sowie einer Einführung in das Parlamentarismusverständnis von Benjamin Constant, François-René Chateaubriand, John St. Mill, Walter Bagehot, Robert von Mohl, Max Weber, Gaetano Mosca, Carl Schmitt u.a. systematische Informationen zu den Grundkonstanten der parlamentarischen Demokratie. Hierzu gehören die Organisation der Parlamente, ihre Funktionen und ihr Verhältnis zu Staatsoberhäuptern und Regierungen. Der Band schließt mit einer Auseinandersetzung mit der Parlamentarismuskritik und einem Update zum Parlamentarismus heute. Das ist auch eine Form von *Wissen kompakt* und eine äußerst nützliche obendrein.

Roland Sturm

Frank Zelko, Greenpeace. Von der Hippiebewegung zum Ökokonzern, Göttingen 2014 (*Vandenhoeck & Ruprecht*), 358 S.

Dieter Steiner, Rachel Carson. Pionierin der Ökologiebewegung. Eine Biographie, München 2014 (*oekom*), 360 S.

Sie klettern auf Industrieschornsteine, besetzen Bohrinselfn und jagen mit ihren Schlauchbooten Walfangschiffe. Wer kennt sie nicht, die Aktivisten von Greenpeace, die mitunter unter Einsatz ihres Lebens für den Umwelt- und Artenschutz kämpfen. Mit Frank Zelkos Monographie liegt nun die erste historische Untersuchung der „Regenbogenkämpfer“ vor, die das „komplexe Wurzelwerk von Greenpeace“ untersucht und ihrer Entwicklung „von ihrem ersten Auftreten inmitten der verschiedenen Protestbewegungen der 1950er und 1960er Jahre bis zum Ende ihrer unbeständigen, dramatischen und manchmal schrulligen ersten Dekade im Jahre 1980“ nachspürt (S. 8). Dadurch macht der Autor zugleich deutlich, was nicht Gegenstand seiner Untersuchung ist: die späteren Jahre, in die einige der spektakulärs-

ten Kampagnen von Greenpeace und ihre Professionalisierung zum „Ökokonzern“ fallen.

Das Ergebnis seiner Studie nimmt Zelko bereits in der Einleitung ein Stück weit vorweg: „Greenpeace entwickelte sich nie zu der revolutionären, die Welt verändernden Bewegung, die sich seine idealistischen Gründer erhofft hatten“ (S. 10). Obwohl er die Entwicklung von Greenpeace zu einer „professionellen, gut gemanagten internationalen NGO“ (S. 271) anerkennt, ist dem Autor die Enttäuschung über den dadurch unvermeidlichen Verlust des „gegenkulturellen Geistes“, der „so viele Aktionen von Greenpeace in den 1970ern beseelt hatte“ (S. 271) deutlich anzumerken. Seine Sympathien gelten den geistigen Vätern von Greenpeace um die aus dem Alternativmilieu Kanadas stammenden Aktivisten Irving und Dorothy Stowe sowie Jim und Marie Bohlen, für die Greenpeace ein „Vehikel für Bewusstseinsveränderung“ statt ein „Werkzeug für politische Überzeugung“ (S. 272) war. Trotz der damit verbundenen Kritik an deren Nachfolgern wie David McTaggart, die Greenpeace eine „ausgeklügelte Managementstruktur“ (S. 272) gaben, kommt er zu dem versöhnlichen Schluss, dass die bis heute andauernde „globale Bürgerpolitik von Greenpeace – die ‚Anstachelung‘ ökologischer Sensibilität durch gewaltfreie Aktionen – vielleicht das bedeutendste Vermächtnis der Organisation darstellt“ (S. 278). Auf der Basis einer umfassenden Quellenanalyse, angereichert durch zahlreiche Interviews mit Greenpeace-Aktivisten, arbeitet der Autor die „verschiedenen Ideologien und Standpunkte“, die „Greenpeace ihren [...] eindeutigen Charakter verliehen“, heraus und zeichnet ihre Entwicklung bis zu Beginn der 1980er Jahre nach (S. 9). Extra für die deutsche Ausgabe nimmt er zudem ein Kapitel zur Geschichte und Entwicklung von Greenpeace Deutschland auf. Eine systematische sozialhistorisch-politikwissenschaftliche Analyse von Diskursen oder Handlungsformen sucht der Leser allerdings vergebens.

Zu einer Zeit, als Greenpeace noch in den Kinderschuhen steckte, gab die Schriftstellerin und Biologin Rachel Carson mit ihrem 1962 erschienenen Buch *Silent Spring* (*Der stumme Frühling*) den Anstoß für die Umweltbewegung in den USA und wurde dadurch weit über ihren frühen Tod im Jahre 1964 hinaus zu einer ihrer einflussreichsten Stimmen. Dieter Steiner hat nun die erste im deutschsprachigen Raum verfasste Biographie dieser „Pionierin der Ökologiebewegung“ – so der Untertitel seines Buches – vorgelegt. Darin erzählt er die Lebensgeschichte einer außergewöhnlich willensstarken Frau, die fähig war, „Kopf und Herz nicht zu trennen“ (S. 9). Steiner zeigt, wie sich eine Frau ihrer Verantwortung für die Umwelt zu einer Zeit stellte, die weder reif für solche Themen noch für emanzipierte Frauen war. Auch ohne die Kenntnis ihrer Bücher bleibt die Biografie Carsons verständlich, da ihr Biograf ausführlich auf ihre Arbeiten eingeht.

Udo Baron

Kommentierte Bibliographie

- Allafi, Mohammad Hossein/Sabine Allafi**, Iran. Islamistischer Wirrwarr kontra Demokratie?, Frankfurt a.M. 2014 (*Glare*), 182 S. – Der Dichter und Publizist und seine Frau fragen, warum der Iran nicht recht vom Fleck kommt: Haben religiöse Fundamentalisten (u.a. in Reihen der Pasdaran) oder demokratische Reformer die Vorhand? Das etwas ungenlenk daher kommende Buch verblüfft vor allem mit Einsichten über pragmatische Konservative, die zwischen „Orthodoxen“ und „Reformern“ stehen. Die Ökonomie erscheint als weithin dysfunktional, da viele Gruppen „die Hand aufhalten“.
- Altrichter, Helmut/Wiktor Ischtschenko/Horst Möller/Alexander Tschubarjan** (Hrsg.), Deutschland – Russland. Band 3: Das 20. Jahrhundert, München 2014 (*Oldenbourg Verlag*), 350 S. – Das sorgfältig gearbeitete deutsch-russische Gemeinschaftswerk behandelt Beiträge zu folgenden Phasen: 1917-1933, 1933-1945, 1945-1961, 1962-1991. Wo es nicht möglich war, einen Konsens zu erzielen, kommen je ein deutscher und ein russischer Autor zu Wort. Das gilt etwa für den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt von 1939 oder für den 17. Juni 1953.
- Apelt, Andreas H./Heide Gebhardt/Eckhard Jesse** (Hrsg.), Zivilcourage gestern und heute: Pflicht oder Kür?, Halle (Saale) 2014 (*Mitteldeutscher Verlag*), 166 S. – In dem Band, der auf einem Ideenwettbewerb für Studenten basiert, geht es nicht nur um Zivilcourage in Diktaturen, sondern auch um die in Demokratien.
- Apelt, Andreas H./Robert Grünbaum/János Can Togay** (Hrsg.), Die ostmitteleuropäischen Freiheitsbewegungen 1953-1989. Opposition, Aufstände und Revolutionen im kommunistischen Machtbereich, Berlin 2014 (*Metropol Verlag*), 176 S. – Der aus einer Tagung hervorgegangene Band beschreibt und vergleicht die Protestbewegungen im Ostblock zwischen 1953 und 1989 – unter besonderer Berücksichtigung ihrer Folgen.
- Arnim, Hans Herbert von** (Hrsg.), Volkssouveränität, Wahlrecht und direkte Demokratie. Beiträge auf der 14. Speyerer Demokratietagung vom 6. bis 7. Dezember 2012 an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, Berlin 2014 (*Duncker & Humblot*), 139 S. – In dem Band stehen institutionelle Aspekte im Vordergrund. Eine gemeinsame Klammer könnte man in der von Frank Decker formulierten Frage nach dem Mehr an Demokratie finden: Worin lassen sich mögliche Rezepturen für eine Erhöhung demokratischer Qualität erkennen? In der Direktwahl der Ministerpräsidenten, die Decker fokussiert, oder in Wahlrechtsreformen, die Eckhard Jesse behandelt, oder in direkter Demokratie, die Günther Beckstein thematisiert? In seinem Blick auf Mittel- und Osteuropa kommt Florian Grotz zu dem Schluss, dass Demokratie-reformen mit Augenmaß und wohl dosiert vorgenommen werden sollten. So könne die zu häufige Veränderung institutioneller Spielregeln deren normativ-stabilisierende Kraft unterminieren.
- Baberowski, Jörg/Robert Kindler** (Hrsg.), Macht ohne Grenzen. Herrschaft und Terror im Stalinismus, Frankfurt a.M./New York 2014 (*Campus Verlag*), 221 S. – Jörg Baberowski legte in den vergangenen zwölf Jahren eine Vielzahl von Studien zum Stalinismus vor. Er fügt nun den Ertrag einer Ringvorlesung von 2011/12 an. Es ist die „orientalische Despotie“ (Friedrich Engels 1875) des Stalinismus, die das heutige Erscheinungsbild Osteuropas geformt und nachhaltig geprägt hat. Ohne eine Vorstellung davon ist ein Verständnis aktueller Vorgänge in Osteuropa (wie etwa des Konfliktes in der Ostukraine) nicht möglich. Aber berechtigt das allein tatsächlich dazu, den Stalinismus als Synonym für die „Herrschaft des Terrors“ per se im 20. Jahrhundert zu generalisieren?

- Backes, Uwe/Anne-Maria Haase/Michail Logvinov/Matthias Mletzko/Jan Stoye**, Rechts motivierte Mehrfach- und Intensivtäter in Sachsen, Göttingen 2014 (*V&R unipress*), 309 S. – Nach dem Bekanntwerden der Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds wurde Rechtsterrorismus wieder zunehmend Teil des Erkenntnisinteresses der Extremismusforschung. Wenngleich dieser nicht zentraler Gegenstand der Studie ist, so lassen sich durchaus Schnittstellen mit der Untersuchung erkennen. Auf der Grundlage eines breiten empirischen Fundaments analysieren die Autoren erstmals systematisch Ursachen, Hintergründe, Akteure und Opfer politisch motivierter Mehrfach- und Intensivtäter im Raum Sachsen. Somit stellt die Studie ein Novum in der Erforschung strategisch-organisierter Gewalttaten dar.
- Baron, Daniel**, Das schwere Los der Demokratie. Chancen und Grenzen zufallsbasierter Beteiligungsverfahren, Marburg 2014 (*Tectum*), 334 S. – Die Dissertation geht der Frage nach, wie sich zufallsbasierte Beteiligungsverfahren in modernen Demokratien umsetzen lassen. Der zentralen These zufolge können sie nur dann Legitimation entfalten, wenn die Bürger ihnen nach einer lebhaften öffentlichen Debatte zustimmen. Kompetenzsteigerung und politische Selbstaufklärung, nicht die Partizipation als solche müssen dem Autor zufolge als Ziele in den Vordergrund rücken.
- Bauerkämper, Arnd/Natalia Rostislavleva** (Hrsg.), Sicherheitskulturen im Vergleich. Deutschland und Russland/UdSSR seit dem späten 19. Jahrhundert, Paderborn 2014 (*Ferdinand Schöningh*), 257 S. – Trotz lesenswerter Beiträge fehlt es dem Band an Systematik: Die Texte sind entweder in deutscher oder in russischer Sprache verfasst, zentrale Vergleiche wie zwischen Nationalsozialismus und Stalinismus fehlen, ebenso die Differenzierung entlang der Dichotomie Demokratie und Diktatur.
- Beevor, Antony**, Der Zweite Weltkrieg, München 2014 (*C. Bertelsmann*), 975 S. – Die 2012 auf Englisch veröffentlichte Gesamtdarstellung des britischen Militärhistorikers besticht wegen der Verzahnung von chronologischen Kriegseignissen, internationalen Kräftekonstellationen und jeweiligen Machtinteressen.
- Behmer, Markus/Birgit Bernard/Bettina Hasselbring** (Hrsg.), Das Gedächtnis des Rundfunks. Die Archive der öffentlich-rechtlichen Sender und ihre Bedeutung für die Forschung, Wiesbaden 2014 (*Springer VS*), 464 S. – Der Sammelband trägt zur Transparenz der Archivlandschaft der öffentlich-rechtlichen Anstalten bei, benennt Quellengattungen und -bestände sowie Lagerorte und zeigt Nutzungsstrategien auf. Die Rundfunkarchive werden als wichtige Gedächtnisorte und die Bestände als unverzichtbare Quellen für die wissenschaftliche Arbeit gekennzeichnet. Das Werk leistet einen positiven Beitrag zum allgemeinen Interesse, sich mit dem Rundfunk (Radio und Fernsehen) zu beschäftigen.
- Below, Inge/Inge Hansen-Schaberg/Maria Kublitz-Kramer** (Hrsg.), Das Ende des Exils? Briefe von Frauen nach 1945, München 2014 (*edition text + kritik*), 240 S. – Welche Bedeutung die ersten Briefe haben, die Exilierte nach Ende des Zweiten Weltkrieges an die in Deutschland Gebliebenen richteten, ist abseits der persönlichen Empfindungen und Beziehungen auch eine politische und kulturgeschichtliche Frage. Schließlich enthalten solche Briefe Trauer und Schmerz ebenso wie Freude und das Gefühl eines Neubeginnens. Welche besondere Form weibliche Absender wie Adressaten entwickelten, untersuchen exemplarische Perspektiven auf weithin unbekannte Protagonistinnen. Sie thematisierten Fremdheit und Veränderung, erzählten beiläufige Geschichten und ließen die Einschnitte des Exils fassbar werden. Die Beiträge analysieren Briefe und Federstriche als Zeugnisse historischer Brüche, sehen darin aber auch Skizzen von persönlichen Träumen.
- Bernier, Aurélien**, La Gauche radicale et ses tabous. Pourquoi le Front de gauche échoue face au Front national, Paris 2014 (*Seuil*), 174 S. – Die Erfolge des „Front de gauche“ habe die des „Front national“ nicht verhindern können. Der Autor, dem „Front de gauche“ nahestehend, fordert die Linke auf, mit drei Tabus zu brechen, um den „Front national“ zu besiegen: Der „Front de gauche“ müsse die Nation als Raum realer Demokratie verteidigen, mit der juristischen und monetären Konstruktion der EU brechen und dem Freihandel unerbittlich den Kampf ansagen.

- Beutin, Heidi/Wolfgang Beutin/Ulrich Praefke** (Hrsg.), Rassismus. Ursprung – Funktion – Bekämpfung, Frankfurt a.M. u.a. 2014 (*Peter Lang*) 151 S. – Der Band versammelt die Beiträge der Tagung „Rassismus – Schädigung des menschlichen Miteinanders in der Kultur und der Wirtschaft“ (Oktober 2013) von ver.di Nord in Kiel. Die Texte verbindet vor allem ihr appellatorischer Charakter, hinter der die wissenschaftliche Analytik mitunter zurücktritt. Bedrückend und erhellend ist der Beitrag von Uwe Boysen, der zahlreiche rassistische Ressentiments in der juristischen Praxis dokumentiert.
- Blöcker, Yvonne/Nina Hölscher** (Hrsg.), Kinder und Demokratie. Zwischen Theorie und Praxis, Schwalbach/Ts. 2014 (*Wochenschau*), 237 S. – Der Band stellt die zentralen Ergebnisse des Forschungsprojektes „Kinderdemokratie“ des Göttinger Instituts für Demokratieforschung dar. Es handelt sich um ein fundiertes und praktisches Plädoyer für weitere theoretische Diskurse wie auch für Demokratiebildung bereits im Grundschulalter.
- Blume, Klaus**, Tatort Fankurve. Fußball, Gewalt und Rechtsextremismus, Berlin 2014 (*Rotbuch*), 186 S. – Eher skizzenhaft stellt der Sachbuchautor das im Titel anvisierte Thema vor, wobei er weniger auf Aktualität, Analyse und systematische Darstellung, sondern auf moralische Appelle Wert legt. Die Lektüre dürfte nur diejenigen fesseln, die sich bisher weder für Fußball noch Rechtsextremismus interessieren. Bemerkenswert ist, dass Reinhard Rauball und Theo Zwanziger zu diesem Buch jeweils ein Kapitel beisteuern.
- Bohley, Peter** (Hrsg.), Erlebte DDR-Geschichte. Zeitzeugen berichten, Berlin 2014 (*Ch. Links Verlag*), 224 S. – In dem aus einer Vorlesungsreihe an der Universität Tübingen hervorgegangenen Band kommen vornehmlich Betroffene zu Wort (wie Jens Reich). Der Herausgeber Peter Bohley, der 1983 die DDR verlassen musste, ist gleich mit drei Beiträgen vertreten. Alle sind höchst lesenswert.
- Bohmann, Ulf** (Hrsg.), Wie wollen wir leben? Das politische Denken und Staatsverständnis von Charles Taylor, Baden-Baden 2014 (*Nomos*), 317 S. – Dieser Band der Reihe „Staatsverständnisse“ versteht sich als Würdigung des politischen Denkens von Charles Taylor. Die darin versammelten Texte leisten einen Beitrag dazu, die Bedeutung Taylors für die politische Theorie aufzuzeigen und die Vielfalt seines Denkens hervorzuheben. Eine lohnende Erkundung, zumal ein politiktheoretischer Band zu seinem Werk bisher noch nicht vorlag.
- Bohnert, Marcel/Lukas J. Reitstetter** (Hrsg.), Armee im Aufbruch. Zur Gedankenwelt junger Offiziere in den Kampftruppen der Bundeswehr, Berlin 2014 (*Carola Hartmann Miles*), 268 S. – Der Band, kontrovers aufgenommen in militärischen wie zivilen Kreisen unmittelbar bei Erscheinen, redet einer Neuformation soldatischen Grundverständnisses das Wort. Er sieht im Offizier nicht mehr primär den „Staatsbürger in Uniform“, sondern einen – in Einsätzen trainierten – Kämpfer. Kritik zieht er auf sich, weil damit eine Entfremdung von der Gesellschaft einhergeht.
- Bois, Marcel**, Kommunisten gegen Hitler und Stalin. Die linke Opposition der KPD in der Weimarer Republik, Essen 2014 (*Klartext-Verlag*), 613 S. – Die Linke Opposition bestimmte mit ihren Wortführern Ruth Fischer, Arkadij Kaslow, Werner Schölem, Karl Korsch und Arthur Rosenberg 1924/25 die Politik der KPD. Danach mussten ihre Wortführer die KPD verlassen, blieben aber publizistisch weiterhin wahrnehmbar. Die auf einer Dissertation an der Technischen Universität Berlin beruhende Arbeit ist die erste umfassende politik- wie sozialgeschichtliche Untersuchung dieser Strömung.
- Bos, Ellen** (Hrsg.), Konservatismus im 21. Jahrhundert. Liebe zu alten Lasten oder Angst vor neuen Fehlern?, Baden-Baden 2014 (*Nomos*), 205 S. – Der Band versammelt in internationaler Perspektive (mit einem gewissen Schwerpunkt auf Osteuropa/Ungarn) und in einem großen Zeithorizont (mit Blick sogar auf antike Autoren) Beiträge zu Grundlagen und Zukunft des Konservatismus. Hier wird die von Erhard Eppler eingeführte und seitdem recht erfolgreiche Unterscheidung von „Wertkonservatismus“ und „Strukturkonservatismus“ überzeugend kritisiert.

- Bos, Ellen/Kálmán Pocza** (Hrsg.), Verfassungsgebung in konsolidierten Demokratien. Neubeginn oder Verfall eines politischen Systems? Baden-Baden 2014 (*Nomos*), 382 S. – Das Spannungsverhältnis zwischen Verfassungsänderungen und der Stabilität demokratischer Systeme steht im Mittelpunkt dieses Bandes. Die Beiträge befassen sich unter anderem mit der Bedeutung der Verfassung, Deutungskonflikten, Modernisierung, Re-Legitimation und Demokratisierung. Ein besonderes Augenmerk der Untersuchung liegt auf dem Länderbeispiel Ungarn.
- Böttcher, Winfried** (Hrsg.), Klassiker des europäischen Denkens. Friedens- und Europavorstellungen aus 700 Jahren europäischer Kulturgeschichte, Baden-Baden 2014 (*Nomos*), 781 S. – Europa war lange eher von Epidemien und Kriegen als von friedlichem Wohlstand geprägt. Der Band versammelt – beginnend 1306 – Beiträge über Pläne zur Einhegung von Konflikten und zu einer gemeinsamen Ordnung (mehr oder minder konkret), die teils über Jahrhunderte wirkten. Abschnitte etwa zu Hannah Arendt und Carl Schmitt verweisen auf unterschiedlichste biographische Kontexte.
- Brack, Natalie**, L'Euroscepticisme au sein du Parlement Européen. Stratégies d'une opposition anti-système au cœur des institutions, Windhof 2014 (*promoculture larcier*), 341 S. – In ihrer politikwissenschaftlichen Dissertation (Freie Universität Brüssel) widmet sich die Autorin der Frage, wie „euroskeptische“ Parteien die Arbeit des Europaparlaments beeinflussen. Es zeigt sich, dass nicht jede Form des Euroskeptizismus die europäischen Institutionen schwächt. Sie können auch als belebendes Element wirken, europäische Fragen auf die Agenda setzen und die Repräsentationsfunktion des Parlamentes stärken.
- Brandt, Peter/Detlef Lehnert** (Hrsg.), Ferdinand Lassalle und das Staatsverständnis der Sozialdemokratie, Baden-Baden 2014 (*Nomos*), 247 S. – Zunächst präsentiert der Band Lassalle als politischen Theoretiker und Rechtsphilosophen, um in einem zweiten Schritt ihn im Kontext des sozialdemokratischen Denkens zu verorten. Schließlich werden ausgewählte Rezeptionslinien nach 1945 vorgestellt, wobei allein der Beitrag von Eppler – leider nur kursorisch – nach der Aktualität dieses Klassikers fragt. Obwohl der Band sehr breit ist, fehlt ihm leider die Zuspitzung der für die Reihe nicht unwichtigen Frage nach dem – bei Lassalle ambivalenten – Staatsverständnis.
- Brandt, Sebastian/Christa-Irene Klein/Nadine Kopp/Sylvia Paletschek/Livia Prüll/Olaf Schütze** (Hrsg.), Universität, Wissenschaft und Öffentlichkeit in Westdeutschland (1945 bis ca. 1970), Stuttgart 2014 (*Franz Steiner*), 384 S. – Zeitgeschichte als Wissens- und Wissenschaftsgeschichte schreiben die Autoren, indem sie universitäre Ereignisse im Spiegel gesellschaftlicher Prozesse sehen: etwa die soziale Öffnung der Hochschulen, die „Liberalisierung“ der Inhalte, die Medienwirkung akademischer Thesen. Drei Beiträge stechen heraus: zum Bund Freiheit der Wissenschaft, zur Mittlerrolle Arnold Bergstraessers und zur Pädagogik Hermann August Korffs.
- Breuer, Stefan**, Der charismatische Staat. Ursprünge und Frühformen staatlicher Herrschaft, Darmstadt 2014 (*Wissenschaftliche Buchgesellschaft*), 319 S. – Die Herrschaftskategorie „Charisma“ fesselt spätestens seit Max Weber die Wissenschaft. Sie hat zur Institutionalisierung sowohl staatlicher wie religiöser Macht beigetragen. Beispiele aus dem vorkolumbianischen Amerika, aus Ägypten, China, Mesopotamien und den Gebilden rund um die Ägäis verdeutlichen (bei u.a. umweltbedingten Besonderheiten): Der Vertreter der Menschen vor Gott wurde zum Vertreter Gottes auf Erden. Zum späteren Bruch zwischen politischer und religiöser Macht (Breuer zufolge entstanden dann „dualistische Staaten“) sagt der Autor nichts Vergleichendes – ein Resümee fehlt.
- Bröchler, Stephan/Timo Grunden** (Hrsg.), Informelle Politik. Konzepte, Akteure und Prozesse, Wiesbaden 2014 (*Springer VS*), 372 S. – Die interessanten Beiträge beweisen, dass informelles Regieren trotz erheblicher methodischer Herausforderungen politikwissenschaftlich gewinnbringend erkundet werden kann. Der Band schmort nicht im eigenen Saft, er lässt auch konzeptuell kritische Stimmen zu Wort kommen.

- Brunner, José**, Die Politik des Traumas. Gewalterfahrungen und psychisches Leid in den USA, in Deutschland und im Israel/Palästina-Konflikt, Berlin 2014 (*Suhrkamp*), 289 S. – Brunner erörtert in einer diskursanalytischen Vorgehensweise politische Dimensionen und Vielfalt von Trauma-Diskursen und der Politik des Traumas. Beispielhaft zieht er dafür Auseinandersetzungen über das Rape-Trauma-Syndrom und der traumatisierten Vietnam-Veteranen in den USA, die mediale Darstellung traumatisierter Afghanistan-Soldaten in Deutschland sowie gegensätzliche Darstellung der traumatischen Kriegserfahrungen im Israel/Palästina-Konflikt heran.
- Brunner, José/Doron Avraham/Marianne Zepp** (Hrsg.), Politische Gewalt in Deutschland. Ursprünge – Ausprägungen – Konsequenzen, Göttingen 2014 (*Wallstein*), 256 S. – Der 42. Band des „Tel Aviver Jahrbuchs für deutsche Geschichte“ widmet sich in durchgehend substanziellen Einzelstudien Ausprägungen politischer Gewalt in Deutschland – in so unterschiedlichen politisch-gesellschaftlichen Ordnungen wie dem Kaiserreich, der Weimarer Republik, dem Dritten Reich, der Bundesrepublik und der DDR. Es ist eine gute Mischung aus Beiträgen zu größeren Streitfragen (etwa Sven Reichardt zu „faschistischen Beteiligungsdiktaturen“) wie zu bisher wenig ausgeleuchteten Forschungsthemen (so Vojin Saša Vukadinović über „angewandten Antizionismus, internationalen Proletarismus und NS-Apologetik der Roten Armee Fraktion“) gelungen.
- Budgen, Sebastian/Stathis Kouvelakis/Slavoj Žižek** (Hrsg.), Lenin. Reloaded. Für eine Politik der Wahrheit, Hamburg 2014 (*LAIKA*), 367 S. – Entstanden aus einer Tagung in Essen im Jahr 2001 reflektiert der Sammelband die Möglichkeiten politischer Philosophie, das festgefahrene kapitalistische System und die kriselnde liberale Demokratie mit dem Werk Wladimir I. Lenins neu zu denken. Die Autoren verschreiben sich der Aufgabe, Politik und das Politische zu hinterfragen und Möglichkeiten der politischen Intervention oder Revolution mit seinem Vokabular wahrzunehmen. Lenin liefert Stichworte für eine Philosophie der Tat angesichts des historischen Ereignisses. Ähnlich wie bei der Marx-Rezeption, die sich der Kritik ausgesetzt sieht, die ökonomische Theorie zu vernachlässigen, müssen sich die Autoren auch hier die Entgegnung gefallen lassen, sich auf eine sprach- und ereignisphilosophische Lesart Lenins zu beschränken, worauf unter anderem Fredric Jameson hinweist.
- Bulhak, Wladyslaw/Thomas Wegener Friis** (Hrsg.), Need to Know. Eastern and Western Perspectives, Odense 2014 (*University Press of Southern Denmark*), 283 S. – Der thematische Schwerpunkt des Bandes mit Beiträgen namhafter Experten liegt auf den Aktivitäten östlicher Nachrichtendienste im Westen während des Kalten Krieges.
- Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung** (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2014, Wien 2014 (*Bezugsadresse*: <http://www.bmi.gv.at>), 91 S. – Der Bericht behandelt gewaltorientierte Vereinigungen und Bestrebungen u.a. in den Bereichen „Rechtsextremismus“, „Linksextremismus“, „Islamistischer Extremismus und Terrorismus“ für das Berichtsjahr 2013.
- Bußjäger, Peter/Alexander Balthasar/Niklas Sonntag** (Hrsg.), Direkte Demokratie im Diskurs. Beiträge zur Reform der Demokratie in Österreich, Wien 2014 (*new academic press*), 220 S. – Forderungen nach mehr direkter Demokratie und besseren Partizipationsmöglichkeiten sind Tenor aktueller Reformdebatten, auch in Österreich. In den Beiträgen werden verfassungsrechtliche Grundlagen, Gesetzesinitiativen, der Rückhalt in der Bevölkerung, Ländervergleiche und praktische Anwendungen analysiert. Der Band liefert somit einen guten Überblick über Voraussetzungen, Entwicklung und Perspektiven der direkten Demokratie in Österreich.
- Byman, Daniel/Jeremy Shapiro**, Be Afraid. Be a Little Afraid. The Threat of Terrorism from Western Foreign Fighters in Syria and Irak, Brookings Policy Paper 34, Washington D.C. 2014 (*Brookings*), 34 S. – Die beiden Brookings-Forscher versuchen das Bedrohungspotential zu bestimmen, das von kampf- und waffenerprobten jihadistischen Rückkehrern aus Syrien und dem Irak für die USA und die EU-Staaten ausgeht, und erörtern Maßnahmen, die nicht zuletzt von Seiten der Sicherheitsbehörden ergriffen werden können, um es wirksam einzudämmen.

- Carstens, Uwe** (Hrsg.), Ferdinand Tönnies. Der Sozialstaat zwischen Gemeinschaft und Gesellschaft, Baden-Baden 2014 (*Nomos*), 233 S. – Der Herausgeber titulierte Tönnies, der stets im Gemeinschaftsgesellschaftsdiskurs wenigstens sporadisch zitiert wird, als einen „wiederentdeckten Klassiker“, dem dieser Band zu vermehrter Geltung verhelfen will. Die Autoren des Kompendiums erörtern Tönnies' politisches Denken wie Wissenschaftsverständnis in drei Hauptkapiteln: „Soziologische Theorie und Staat bei Tönnies“, „Die instrumentelle Rolle des Staates“ und „Der Staat in der angewandten Soziologie“. Nicht immer ist die Trennschärfe respektive der Mehrwert der darin versammelten Aufsätze zu erkennen. Lesenswert ist Alexander Wierzocks Auseinandersetzung mit Tönnies' Parlaments- und Parteienkritik im Kaiserreich.
- Chaussy, Ulrich**, Oktoberfest – das Attentat. Wie die Verdrängung des Rechtsterrors begann, Berlin 2014 (*Ch. Links Verlag*), 289 S. – Dieses Buch, das zum Teil auf einer früheren Fassung von 1985 basiert, will die offizielle Lesart erschüttern, das Attentat gehe allein auf Gundolf Köhler zurück. Er kann Fahrlässigkeiten nachweisen, nicht aber die Täterschaft einer Gruppe von Rechtsextremisten.
- Christ, Michaela/Maja Suderland** (Hrsg.), Soziologie und Nationalsozialismus. Positionen, Debatten, Perspektiven, Berlin 2014 (*Suhrkamp*), 611 S. – Dieser Band nimmt eine doppelte Perspektive ein: zum einen auf die Geschichte der Soziologie (innerhalb des Dritten Reichs und danach – vor allem in der Bundesrepublik, aber auch in der DDR und Österreich) gerichtet, zum anderen auf die Frage nach dem Beitrag der Soziologie zur Erforschung des Nationalsozialismus. Gleich, an welcher Stelle man in den Band hineinliest – ob bei Gerhard Schäfer über Schelsky und Dahrendorf, bei Carsten Klingemann zu personellen (und geistigen) Kontinuitäten oder bei Karl-Siegbert Rehberg über „Neuanfang und Geschichtsflicht“ nach 1945 –, so geschieht dies mit Gewinn.
- Connolly, Heather/Lefteris Kretsos/Craig Phelan** (Hrsg.), Radical Unions in Europe and the Future of Collective Interest Representation, Oxford u.a. 2014 (*Peter Lang*), 261 S. – Anhand von ausgewählten Fallstudien zeigen die Autoren die Stärke der Gewerkschaften in einzelnen europäischen Ländern (von Polen, Portugal, Italien, Ungarn bis Irland und Großbritannien). Sie sehen in Gewerkschaften spezifische Formen politischer Beteiligung, deren Handlungsziele und Gestaltungsspielräume die politischen und ökonomischen öffentlichen Debatten widerspiegeln. Für Frankreich konstatieren sie, dass alternative Protestformen den klassischen Streik überholt haben, wiewohl dort eine breite und aktionswillige Bewegung verankert sei. Für Griechenland zeichnen sich wachsende Erfolge einer radikalen Vertretung von Arbeitnehmerinteressen ab. In diesem Sinne werden die Gewerkschaften als „Vorhut“ für Debatten um soziale Gerechtigkeit untersucht.
- Conze, Eckart/Joachim Scholtyseck/Erich Weede/Jürgen Frölich/Ewald Grothe**, Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung, 26. Jahrgang, Baden-Baden 2014 (*Nomos*), 428 S. – Der 26. Jahrgang des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung widmet sich im Jahr 2014 dem Themenschwerpunkt „Liberalismus und Erster Weltkrieg“. Ausgehend von dem genannten Forschungsproblem sowie der deutschen Problematik, diskutiert der Sammelband die gesamte Bandbreite der europäischen Auseinandersetzung der Liberalen zwischen 1914 und 1918. So konzentriert und vergleichend angelegt, ermöglicht dies eine Untersuchung über die „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ (G. F. Kennan) im europäischen Kontext.
- Croissant, Aurel/Steffen Kailitz/Patrick Koellner/Stefan Wurster** (Hrsg.), Comparing Autocracies in the Early Twenty-first Century, Bd. 1: Unpacking Autocracies – Explaining Similarity and Difference, London/New York 2014 (*Routledge*), 209 S. – Die Beiträge des Bandes vermessen die Vielgestaltigkeit autokratischer Regime im 21. Jahrhundert und weisen neue Wege für eine facettenreiche Analyse ihrer Funktions- und Stabilitätsbedingungen auf.
- Crouch, Colin**, Markt und Moral. Im Gespräch mit Peter Engelmann. Passagen Gespräche 2, Wien 2014 (*Passagen*), 134 S. – Der britische Soziologe und Politikwissenschaftler erneuert in dem Interviewband seine Kritik am Neoliberalismus mit Beispielen der aktuellen Wirtschafts-, Finanz-, Schulden-, Euro- und Gesellschaftskrise.

- Dalberg, Dirk Mathias**, Der „Versuch, in der Wahrheit zu leben“. Václav Havels Politikbegriff und politische Strategie in den Jahren 1969 bis 1989. Über herkömmliche, technische, nicht- und antipolitische Politik, Stuttgart 2014 (*ibidem-Verlag*), 170 S. – Anders als die lieblose Edition der Studie vermuten lässt, setzt sich der Autor tieferschürfend mit den zentralen Herausforderungen im politischen Denken des späteren „Dichterpräsidenten“ unter den Bedingungen der kommunistischen Parteiherrschaft auseinander.
- David-Fox, Michael/Peter Holquist/Alexander M. Martin** (Hrsg.), The Holocaust in the East. Local Perpetrators and Soviet Responses, Pittsburgh 2014 (*University of Pittsburgh Press*), 265 S. – Der Sammelband setzt sich mit unterschiedlichen Aspekten des Holocausts in Osteuropa, insbesondere in Polen, Rumänien, der Ukraine und vor allem der Sowjetunion auseinander. Thematisch stehen nicht nur Täter, Opfer, Zuschauer, sondern auch der Umgang mit dem Holocaust nach Kriegsende im Mittelpunkt. Neben der politisch immer noch brisanten Frage nach den nichtdeutschen Mördern, dem zeitgenössischen Desinteresse am Massenmord und der politisch überformten juristischen Aufarbeitung diskutieren einige Beiträge auch die Frage nach der richtigen Bewertung heute zugänglicher Akten, insbesondere sowjetischer Vernehmungsprotokolle.
- Deland, Mats/Michael Minkenberg/Christin Mays** (Hrsg.), In the Tracks of Breivik. Far Right Networks in Northern and Eastern Europe, Wien/Münster 2014 (*LIT Verlag*), 206 S. – Mehrere Beiträge des Bandes behandeln die transnationalen Verflechtungen verschiedener Strömungen der extremen Rechten vor allem im nord- und mitteleuropäischen Raum.
- Dukanović, David**, Populist Parties in Selected European Countries, Turku 2014 (*University of Turku, Centre for Parliamentary Studies*), 42 S. – Der Autor vergleicht mehrere „rechtspopulistische“ und eine „linkspopulistische Partei“ in sieben europäischen Ländern (Dänemark, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Niederlande, Norwegen, Schweden).
- Echternkamp, Jörg**, Soldaten im Nachkrieg. Historische Deutungskonflikte und westdeutsche Demokratisierung 1945–1955, München 2014 (*Oldenbourg*), 540 S. – Die schnelle wirtschaftliche Erholung Westdeutschlands ließ die Kriegstage schnell vergessen, doch der Zweite Weltkrieg in allen tief prägenden Schrecken machte den Menschen zu schaffen: Das Verhältnis zum Militär zeichnet Echternkamp mit der Heuristik „kollektiver Repräsentationen“ nach. Die veränderten Auffassungen waren demnach kein Hemmnis, vielmehr Element (nicht zuletzt wegen der vielen Veteranen) und sogar Legitimationsbasis des pluralistischen Gesellschafts-Neubaus nach 1945.
- Engelhardt, Marc**, Heiliger Krieg – heiliger Profit. Afrika als neues Schlachtfeld des internationalen Terrorismus, Berlin 2014 (*Ch. Links*), 223 S. – Dem Afrika-Kenner Marc Engelhardt gelingt es, einen durchdachten und gut recherchierten Überblick über irreguläre Gewaltakteure in Mali, Nigeria, Somalia und anderen Ländern des Kontinents zu geben. Er zeigt, wie islamistische oder christliche Milizen wie al-Shabaab, Boko Haram, AQIM, MUJAO, Ansar Dine und LRA von der schlechten Regierungsführung in diesen Ländern profitieren und es verstehen, soziale Konfliktlinien und Missstände für ihre unheilige Agenda zu nutzen. Es entstand ein Werk mit zahlreichen Hintergrundinformationen.
- Eisfeld, Alfred/Konrad Maier** (Hrsg.), Zerfalls-, Separations- und Souveranisierungsprozesse in Ostmittel- und Osteuropa 1914–1921, Wiesbaden 2014 (*Harrassowitz*), 257 S. – In 18 Beiträgen werden verschiedene Aspekte und Konflikte regionaler und sozialer Identitäten in den Nationsbildungsprozessen in Ost(-mittel-)europa behandelt.
- El-Hai, Jack**, Der Nazi und der Psychiater, Berlin 2014 (*Die Andere Bibliothek*), 318 S. – Der Autor schildert insbesondere die Untersuchung Hermann Görings durch den amerikanischen Psychiater Douglas M. Kelley in Nürnberg 1945/46. Zahlreiche Dokumente erleichterten dem Wissenschaftsjournalisten die Arbeit.

- Europol** (Hrsg.), TE-SAT 2014. EU Terrorism Situation and Trend Report, Den Haag 2014 (*Bezugsadresse*: <http://www.europol.europa.eu>), 57 S. – Auf der Grundlage nationaler Polizeidaten und -informationen vermittelt der Europol-Bericht einen Überblick zur Bedrohungslage im Berichtsjahr 2013. Gegenstand des Berichts sind folgende Bereiche: religiously inspired terrorism, ethno-nationalist and separatist terrorism, left-wing and anarchist terrorism, right-wing terrorism, single-issue terrorism.
- Ezli, Özkan/Lale Akgün/Gisela Staupe** (Hrsg.), Das neue Deutschland. Von Migration und Vielfalt, Konstanz 2014 (*Konstanz University Verlag*), 259 S. – Bei dem Begleitband zur Sonderausstellung „Das neue Deutschland. Von Migration und Vielfalt“ des Deutschen Hygiene Museums in Dresden handelt es sich um ein gelungenes Lesebuch zum Thema Migration und Vielfalt. Es stellt die Thematik mannigfaltig anhand von Begriffen dar, welche u.a. durch Bilder zusätzlich erhellt werden.
- Feld, Lars P. u.a.** (Hrsg.), Jahrbuch für direkte Demokratie 2013, Baden-Baden 2014 (*Nomos*), 362 S. – Der fünfte Band des Jahrbuchs überzeugt wegen seiner konsequent inter- bzw. transdisziplinären und internationalen Ausrichtung sowie wegen der umfangreichen Literatur- und Dokumentationsteile.
- Flügel-Martinsen, Oliver/Daniel Gaus/Tanja Hitzel-Cassagnes/Franziska Martinsen** (Hrsg.), Deliberative Kritik – Kritik der Deliberation. Festschrift für Rainer Schmalz-Bruns, Wiesbaden 2014 (*Springer VS*), 376 S. – Hatte Rainer Schmalz-Bruns in seiner Habilitationsschrift zur „reflexiven Demokratie“ nach den institutionellen Bedingungen für eine sich selbst steuernde demokratische Politik gefragt und dabei besonders demokratische Teilhabe und eine aktive politische Öffentlichkeit untersucht, greifen die Autoren das Spannungsfeld der deliberativen Demokratie mit dem Anspruch auf, an diese Positionen anzuknüpfen. Sie setzen besonders an der Verbindung von normativer und empirischer Demokratietheorie an, um die Herausforderungen der Deliberation genauer zu unterfüttern: bei supranationalen politischen und ökonomischen Akteuren, bei Fragen der Globalisierung und Weltgesellschaft sowie der Wohlfahrtsstaatlichkeit und der Ausdifferenzierung der gesellschaftlichen Sphären. Die Herausgeber verstehen den Band somit als Sammlung und Anstoß zu weiteren Forschungsfragen.
- Frank, Rüdiger**, Nordkorea. Innenansichten eines totalen Staates, München 2014 (*DVA*), 432 S. – Sehr umfangreiche und tiefgreifende Analyse der nordkoreanischen Politik und Gesellschaft. Rüdiger Frank konnte sich bei zahlreichen Besuchen im Land einen eigenen Eindruck verschaffen und das System von innen beobachten. Die fundierten Darstellungen werden durch Alltagsgeschichten und Anekdoten angenehm aufgelockert.
- Franzius, Claudia/Franz C. Mayer/Jürgen Neyer** (Hrsg.), Grenzen der europäischen Integration. Herausforderungen für Recht und Politik, Baden-Baden 2014 (*Nomos*), 376 S. – Bei dem Band handelt es sich um die veröffentlichten Beiträge der zweiten Tagung des Gesprächskreises „Recht und Politik in der Europäischen Union“ zu den Grenzen des europäischen Integrationsprozesses, die sich im Zuge der Euro-Krise herauskristallisiert haben. Die Herausgeber gehen davon aus, dass sich die Rechts- und Politikwissenschaft stärker als bisher mit dem Thema der Grenzen beschäftigen müssen.
- Freedom House** (Hrsg.), Freedom in the World 2014. The Annual Survey of Political Rights & Civil Liberties, New York/Washington D.C. 2014 (*Rowman & Littlefield*), 884 S. – Der Jahresbericht vermittelt ein umfassendes Bild zum Stand politischer Rechte und bürgerlicher Freiheiten auf fünf Kontinenten.

- Friedrichsen, Mike/Roland A. Kohn** (Hrsg.), Digitale Politikvermittlung. Chancen und Risiken interaktiver Medien, 2. Aufl., Wiesbaden 2015 (*Springer VS*), 525 S. – Digitale Medien spielen eine zunehmend wichtige Rolle für politische Prozesse. Sowohl in Hinblick auf staatliche Institutionen durch E-Government als auch auf Willens- und Meinungsbildung sowie Öffentlichkeit durch Social Media. Der Band versammelt zahlreiche fundierte Beiträge zu digitaler Politikvermittlung und politischer Kommunikation, Öffentlichkeit, Partizipation sowie möglichen Perspektiven und bietet einen breiten Überblick zum Thema. Neben Chancen und Möglichkeiten stehen vor allem auch eventuelle Risiken und die noch zahlreichen Hürden im Fokus der Untersuchungen.
- Fröhlich, Claudia/Harald Schmid/Birgit Schwelling** (Hrsg.), Jahrbuch für Politik und Geschichte. Bd. 5: 25 Jahre europäische Wende, Stuttgart 2014 (*Franz Steiner*), 271 S. – Die Autoren zeichnen ein ambivalentes Bild des Gedenkens an die „Wende“ im Jahr 1989: Symbolisiert sich für die einen darin die Erinnerung an die Freiheitsbewegungen in Ost- und Ostmitteleuropa, welche die europäischen Staaten wieder vereinten, betonen andere die tiefgreifenden Transformationsprozesse in politischer und sozialer Hinsicht. Das Jahrbuch widmet sich den Brüchen: in den Erinnerungen, in den Biografien, in den historischen Erzählungen. Dabei werden auch Chancen und Grenzen einer europäischen Erinnerungskultur abgewogen.
- Fuhst, Helge**, Barack Obama: Präsident der polarisierten Staaten von Amerika. Eine innenpolitische Bilanz seiner ersten Amtszeit 2009-2013, Baden-Baden 2014 (*Nomos*), 400 S. – Die Chemnitzer Dissertation untersucht die Frage, inwieweit US-Präsident Barack Obama den von ihm im Wahlkampf 2008 propagierten Wandel in seiner ersten Amtszeit innenpolitisch umsetzen konnte. 40 Interviews mit US-Politikern und Experten bieten interessante Einblicke. Der Autor hat den Wahlkampf und Obamas erste Amtszeit lange Zeit vor Ort in Washington D.C. begleitet, als er Producer im dortigen ARD-Studio und Hospitant bei NBC News war.
- Galka, Sebastian**, Parlamentarismuskritik und Grundgesetz. Parlamentarismuskonzeptionen in der Verfassungsdiskussion des Parlamentarischen Rates 1948/1949, Baden-Baden 2014 (*Nomos*), 355 S. – Die Dissertation untersucht anhand der Verhandlungsprotokolle des Parlamentarischen Rates dessen Parlamentarismusverständnis, das von konservativen Verfassungsrechtlern (Arnim, Kirchhoff etc.), so Galka, zu Unrecht gegen den Parteienstaat in Anschlag gebracht wird. Merkwürdig mutet das Fehlen der bekannten Parlamentarismus- bzw. Parteienstaatskritiken von Carl Schmitt, Jürgen Habermas oder Johannes Agnoli an.
- Geiges, Lars** Occupy in Deutschland. Die Protestbewegung und ihre Akteure, Bielefeld 2014 (*transcript*), 372 S. – Der Journalist und Politologe Lars Geiges stellt die Occupy-Bewegung, die sich 2011 scheinbar über Nacht formierte, anhand von Beobachtungen, Interviews und Diskussionsrunden mit den Aktivisten vor. Es handelt sich um das erste umfassende Buch über die Protestbewegung, die sich nach eigenen Angaben gegen die Macht der Banken wendet. Wie genau sich die Occupy-Camps organisierten und aus welchen Gründen die Aktivisten sich engagierten, war bisher unklar.
- General Intelligence and Security Service** (Hrsg.), Annual Report 2013, Den Haag 2014 (*Bezugsadresse*: <https://www.aivd.nl>), 44 S. – Der englischsprachige Jahresbericht des niederländischen Inlandsnachrichtendienstes informiert kursorisch u.a. über verschiedene Formen des Terrorismus (Schwerpunkt: Jihadismus), Radikalisierungsprozesse (insbesondere zum Islamismus), Rechtsextremismus, Linksextremismus sowie Tierrechtsextremismus.
- Gerwarth, Robert/Erez Manela** (Hrsg.), Empires at War. 1911-1923, Oxford 2014 (*Oxford University Press*), 283 S. – Indem sich der Band neben der Einleitung und einem Vergleichskapitel in zwölf Miniaturen, die vom Osmanischen Reich bis zum „United States Empire“ reichen, der Funktionsweise von Großreichen mit globaler Reichweite und ebensolchem Anspruch widmet, verdeutlicht er erst, wie provinziell eine bloß europäische oder gar deutsche Perspektive auf die Epoche des Ersten Weltkriegs anmutet. Die angelsächsische Empire-Forschung präsentiert sich dabei so ausgreifend wie elaboriert, dass die wenigen verschlafenen Versuche auf diesem Feld innerhalb der deutschen Geschichtswissenschaft als vernachlässigenswert erscheinen.

- Geyken, Frauke**, Wir standen nicht abseits. Frauen im Widerstand gegen Hitler, München 2014 (C. H. Beck), 352 S. – Die Autorin untersucht, wie Frauen zu Widerständigen gegen den Nationalsozialismus wurden: Antje Hasenclever, die erste Frau von Robert Havemann, setzte sich für Verfolgte des NS-Regimes ein. Sophie Scholl und Cato Bontjes van Beek verteilten Flugblätter. Annedore Leber und Rosemarie Reichwein waren Ehefrauen, die um den Widerstand ihrer Männer wussten und für diese kämpften. Inge Aicher-Scholl (die ältere Schwester von Sophie Scholl) und Marie Louise von Scheliha waren keine unmittelbar Beteiligten, sie engagierten sich jedoch nach 1945 aktiv für das Gedenken an ihre Angehörigen. Frauke Geyken erzählt deren Leben anhand einzelner Stationen, sodass sich die Protagonistinnen scheinbar treffen. Daraus entsteht ein persönlicher Umriss, weniger eine umfassende Gesamtdarstellung.
- Girnus, Wolfgang/Klaus Meier** (Hrsg.), Forschungsakademien in der DDR – Modelle und Wirklichkeit, Leipzig 2014 (Leipziger Universitätsverlag), 468 S. – In dem auf eine Tagung und mehrere Workshops der Rosa-Luxemburg-Stiftung zurückgehenden Band sollen, neben einer Bestandaufnahme, Erkenntnisse der DDR-Akademiegeschichte zutage gefördert werden, die der Weiterentwicklung des heutigen Wissenschaftssystems dienlich sein könnten.
- Glossner, Christian L.**, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Die politische Vermittlung und gesellschaftliche Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft im Nachkriegsdeutschland, Baden-Baden 2014 (Nomos), 303 S. – Unter anderem anhand von ausgewerteten demoskopischen Erhebungen geht der Autor der Frage nach, wie und mit welchem Resultat die dominierenden wirtschaftspolitischen Konzeptionen – speziell die Soziale Marktwirtschaft – im Nachkriegsdeutschland politisch kommuniziert und gesellschaftlich rezipiert wurden.
- Golebiewska, Maria/Andrzej Leder/Paul Zawadzki** (Hrsg.), L'Homme démocratique. Perspectives et recherche, Frankfurt a.M. 2014 (Peter Lang), 384 S. – Die polnisch-französische Autorenliaison (Polnische Akademie der Wissenschaften, Université Paris I und VII) geht der Figur des Demokraten in historischer, juristischer und ethischer Perspektive nach. Dabei sticht ein Beitrag über die Gleichheit heraus. Diskurse über neoliberale, geschlechtsspezifische oder antirationale Angriffe auf „den“ Demokraten aufgeklärter Art überzeugen nicht in gleichem Maße.
- Gonzalez, Sebastian Zamorano**, Enthronung der Politik? Zum Demokratiebegriff im Denken Hayeks, Berlin 2014 (LIT), 360 S. – Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus (Colin Crouch) findet seinen Widerhall im anhaltenden Interesse am Denken Friedrich August von Hayeks. Die Dissertationsschrift untersucht hierzu seinen Demokratiebegriff, verfährt freilich an vielen Stellen zu oberflächlich und unkritisch, weil sie die Einengung des Demokratiebegriffs bei Hayek auf ein Feigenblatt für die kapitalistische Ordnung zu wenig zur Sprache bringt.
- Gräßler, Florian**, War die DDR totalitär? Eine vergleichende Untersuchung des Herrschaftssystems der DDR anhand der Totalitarismuskonzepte von Friedrich, Linz, Bracher und Kielmansegg, Baden-Baden 2014 (Nomos), 362 S. – Florian Gräßler legt die Buchfassung seiner Dissertation vor. „Die besondere Stärke der methodisch stimmigen und theoretisch starken Studie ist ihre Systematik“, lobt das Vorwort. Der Doktorvater Eckhard Jesse hatte seine Antrittsvorlesung an der TU Chemnitz 1994 unter die Überschrift des Buchtitels gestellt. Je nachdem, wessen Totalitarismus-Kriterien Gräßler für die DDR anlegt, differieren die Antworten von „totalitär“ (Friedrich) bis „posttotalitäres autoritäres Regime“ (Linz). Jesse war vor über zwanzig Jahren auf die Wortfindung „autalitär“ ausgewichen.
- Grevelhörster, Ludger**, Der Erste Weltkrieg und das Ende des Kaiserreiches: Geschichte und Wirkung, Münster 2014 (Aschendorff), 182 S. – Pünktlich zehn Jahre nach der Erstveröffentlichung und zeitgleich mit dem 100. Jahrestag des Beginns des Ersten Weltkrieges, erscheint die dritte Auflage von Ludger Grevelhörsters kompakten Überblickswerk über den „Ersten Weltkrieg und das Ende des Kaiserreiches“. Ergänzt um einen vierseitigen Literaturbericht zur aktuellen Forschungsdebatte, hat das Werk nichts von seinem gut lesbaren und einsteigerfreundlichen Charakter verloren. Als Zugang in die Thematik sehr gut geeignet.

- Guiora, Amos N.**, *Tolerating Intolerance. The Price of Protecting Extremism*, Oxford 2014 (*Oxford University Press*), 195 S. – Unter Hinzuziehung von Fallbeispielen aus Großbritannien, Israel, den Niederlanden, Norwegen und den USA analysiert der an der University of Utah lehrende Rechtswissenschaftler juristische Grenzprobleme bei Tolerierung wie Repression insbesondere religiös motivierter Extremisten.
- Hackmack, Gregor**, *Demokratie einfach machen. Ein Update für unsere Politik*, Hamburg 2014 (*edition Körber Stiftung*), 156 S. – Der Erfahrungsbericht des Mitbegründers von *abgeordnetenwatch.de* verknüpft die weithin anerkannte These vom Vertrauensverlust in die repräsentative Demokratie mit dem ebenso geläufigen Plädoyer für mehr direktdemokratische Verfahren an Beispielen von Volksentscheiden und Verfassungsänderungen in Hamburg.
- Hafez, Farid**, *Islamisch-politische Denker. Eine Einführung in die islamisch-politische Ideengeschichte*, Frankfurt a.M. 2014 (*Peter Lang*), 267 S. – Mit diszipliniert orientierter Feder gibt der Politikwissenschaftler Farid Hafez in fünfzehn Kapiteln einen Einblick in die theoretischen Muster und die begrifflichen Kategorien ausgewählter muslimischer politischer Denker. Das besondere Spannungsfeld im Werk der sechzehn Autoren liege zwischen Politik und Religion. Es zeige sich, dass der politische Islam als sozialer Protest und politische Opposition gegen herrschende Eliten zu denken sei. Die knappen Darstellungen versuchen, den politischen Ordnungsentwürfen im Werk nachzuspüren. Der Wert des Bandes liegt somit nicht nur im einführenden Überblick, sondern auch in interdisziplinären Anstößen für weitere Forschungen.
- Hafez, Kai**, *Islam in „Liberal“ Europe. Freedom, Equality, and Intolerance*, Lanham 2014 (*Rowman & Littlefield*), 416 S. – Der in Erfurt lehrende Kommunikationswissenschaftler Kai Hafez gibt einen vergleichenden Überblick zur Lage des Islams und zur Situation muslimischer Migranten in westlichen Demokratien. Anhand von fünf Problemfeldern (Politik und Recht, soziale Gesellschaft, Medien, Wissenschaft und Bildung sowie religiöse Institutionen) liefert er Rück- und Ausblicke zu Fragen der Multikulturalität, Toleranz und Integration. Sein Plädoyer für eine Überwindung der Islamophobie ist zugleich ein Aufruf zur Erneuerung des liberalen Geistes.
- Hammerstein, Notker**, *Aus dem Freundeskreis der „Weißen Rose“*. Otmar Hammerstein – eine biographische Erkundung, Göttingen 2014 (*Wallstein*) 151 S. – Der namhafte Wissenschaftshistoriker zeichnet nach einigen generellen Überlegungen zum (konservativ-katholischen) Widerstand und zur „inneren Emigration“ im Nationalsozialismus nicht nur Lebensstationen des Bruders nach, sondern umschreibt auch den nicht explizit politischen Freundes- und Bekanntenkreis der „Weißen Rose“. Dass unklar bleibt, wie sehr der Bruder in die Aktionen der Widerstandsgruppe involviert war, ist bedauerlich; das liegt aber nicht nur an seiner Entscheidung, nach seiner Flucht nicht mehr öffentlich über die Geschehnisse zu sprechen, sondern auch an der Zurückhaltung Notker Hammersteins, dies zu respektieren.
- Harppecht, Klaus**, *Schräges Licht. Erinnerungen ans Überleben und Leben*, Frankfurt a.M. 2014 (*S. Fischer Verlag*), 560 S. – Der bekannte Schriftsteller und Publizist (geboren 1927), von 1972 bis 1974 Redenschreiber des Bundeskanzlers Willy Brandt, schildert in seiner anschaulichen „Lebenserzählung“ wichtige Stationen im privaten und beruflichen Umfeld. Willy Brandt kommt weit besser weg als Helmut Schmidt.
- Hartleb, Florian**, *Internationaler Populismus als Konzept. Zwischen Kommunikationsstil und fester Ideologie*, Baden-Baden 2014 (*Nomos*), 245 S. – Das Buch erläutert den – umstrittenen – Begriff des Populismus von verschiedenen Seiten, nicht nur bezogen auf Europa. Der Autor spricht sogar vom „Tele- und Digitalpopulismus“.
- Hecker, Rolf/Angelika Limmroth** (Hrsg.), *Jenny Marx. Die Briefe*, Berlin 2014 (*Karl Dietz Verlag*), 607 S. – Zum 200. Geburtstag von Johanna Bertha Julie Jenny von Westphalen präsentiert der Berliner Verlag 329 Briefe, Entwürfe, Sprüche, wirtschaftliche Aufstellungen u.a. – zudem acht erstmals veröffentlichte Briefe an Friedrich Engels. Vertrauliche Schreiben an die Tochter Eleanor wie auch die Zeilen, die Jenny von ihrer Tochter Laura erreichten, gestatten einen Einblick in das private, facettenreiche und keineswegs sorgenfreie Leben der Frau an der Seite von Karl Marx.

- Heisterkamp, Ulrich**, Think Tanks der Parteien? Eine vergleichende Analyse der deutschen politischen Stiftungen, Wiesbaden 2014 (*Springer VS*), 558 S. – Die empiriegesättigte Regensburger Dissertation prüft, ob die politischen Stiftungen in Deutschland Think Tank-relevante Funktionen erfüllen, ihnen also die Rolle von Denkfabriken zurecht oder irrtümlich zufällt. Nicht nur der hybride, multifunktionale Charakter der Stiftungen erschwert ein klares Urteil.
- Hermannseder, Eveline**, Europas letzte große Volksparteien. Die Christlich-Soziale Union und die Südtiroler Volkspartei im Vergleich, Baden-Baden 2014 (*Nomos*), 450 S. – Die beiden Parteien weisen beträchtliche Parallelen auf. Drei Themenbereiche stehen im Vordergrund: Aktionsrahmen dieser Parteien – Entwicklungsphasen des Parteiensystems – Ursachen für den Wandel. Die Autorin ist sich nicht sicher, ob die beiden Parteien zu früherer Stärke zurückfinden.
- Hett, Benjamin Carter**, Burning the Reichstag. An Investigation into the Third Reich's Enduring Mystery, Oxford u.a. 2014 (*Oxford University Press*), 413 S. – Der amerikanische Geschichtswissenschaftler will nachweisen, dass die Nationalsozialisten die Urheber des Reichstagsbrandes waren. Obwohl er weitaus differenzierter argumentiert als andere Gegner von Fritz Tobias, kann er dessen Argumentation nicht erschüttern.
- Heydemann, Günther/Jan Erik Schulte/Francesca Weil** (Hrsg.), Sachsen und der Nationalsozialismus, Göttingen 2014 (*Vandenhoeck & Ruprecht*), 423 S. – Sachsen galt im Dritten Reich als eine der regionalen Hochburgen des Nationalsozialismus. Der Sammelband knüpft an aktorsorientierten Studien der letzten Jahre an, welche neue Erkenntnisse zur Gesellschaftsgeschichte des Nationalsozialismus, basierend auf Strukturen politischer Herrschaft, offengelegt haben. Im Fokus der Untersuchungen stehen einzelne Akteure oder soziale Gruppen aus den Reihen des politischen Regimes, Wissenschaft, Wirtschaft, Medizin und anderer Organisationen. Dabei soll das Spannungsfeld zwischen Herrschaft und Unterdrückung, Täterschaft und Teilhabe, Anpassung, Abgrenzung und Widerstand aufgezeigt werden, dessen klare Abgrenzung oft schwer möglich ist.
- Hidalgo, Oliver**, Die Antinomien der Demokratie, Frankfurt a.M. 2014 (*Campus*), 639 S. – Mit der These, dass Begriff und Konzept der Demokratie beharrlich umstritten sind, untersucht Oliver Hidalgo mit genealogischem Anspruch ihre semantischen Umkämpftheiten. Allein so scheint ihm eine Konturierung möglich. Die Habilitationsschrift betrachtet die Ideengeschichte der Demokratie dabei an sechs zentralen „Antinomien“ („Gegengesetze“ und Widersprüche): Dies sind die Ideale von Freiheit und Gleichheit, Volkssouveränität und Repräsentation, Qualität und Quantität, Pluralität und Homogenität, Individualität und Gemeinschaft sowie Universalität und Partikularität. Die Überlegung, mit diesen Konturierungen einen Maßstab für die Demokratietheorie zu gewinnen, der gerade auf diesen Gegensätzen aufbaut, ist überzeugend.
- Horstmann, Ulrich**, Alles, was Sie über das Kapital im 21. Jahrhundert von Thomas Piketty wissen müssen, München 2014 (*Finanzbuchverlag*), 109 S. – „Das Kapital für Dummies“ erklärt verständlich die zentralen Argumente der Analyse und setzt sich mit den wesentlichen Kritikpunkten auseinander, kann jedoch allenfalls als Einstieg, nicht jedoch als Ersatz für das Original dienen.
- Human Rights Council**, Report of the Commission of Inquiry on Human Rights in the Democratic People's Republic of Korea, New York 2014 (*Vereinte Nationen*), 36 S. – Der Bericht fasst die Hauptergebnisse der Untersuchung des Rates für Menschenrechte zusammen. Eine detaillierte Dokumentation, einschließlich der Beschreibung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit, enthält das UN-Dokument A/HRC/25/CRP.1.
- Human Rights Watch** (Hrsg.), World Report 2014, New York 2014 (*Bezugsadresse: <http://www.hrw.org>*), 676 S. – Der Bericht informiert über Menschenrechtsverletzungen weltweit (Berichtsjahr 2013).

- Hume, David**, Vom schwachen Trost der Philosophie. Essays, Auswahl, hrsg. von Jens Kulenkampff, Göttingen 2014 (*L.S.D.*), 133 S. – Dass der schottische Moralphilosoph David Hume (1711-1776) ein glänzender Rhetoriker war, beweisen seine Essays zu Fragen des Geschmacks, dem Wert der Konversation zwischen wissenschaftlichem Gelehrtentum und alltagsweltlicher Plauderei wie zur menschlichen Natur, die Hume u.a. aus den Augen eines Platonikers, eines Skeptikers und eines Stoikers zu umschreiben weiß. Der Herausgeber sieht genau in diesen Facetten der Aufklärungsphilosophie eine Stärke Humes, die er – auch um dessen Wissenschaftsverständnis zu hinterfragen – aus den englischen Essaysammlungen ausgewählt und nun nochmals aufgelegt hat. Philosophie kann, so lautet das Bonmot, die menschliche Natur in ihren Eigenheiten und Sinnorientierungen nur beschreiben, niemals bestimmen oder umgestalten.
- Humphrey, Michael/Volker Hans Rey**, Das deutsche Desaster. Wie die Deutschen um die Demokratie betrogen werden und warum Europa kaum bessere Aussichten hat, Frankfurt a.M. 2014 (*R. G. Fischer*), 252 S. – Der Polemik fehlt es nicht nur an Systematik und Struktur, sondern vor allem an grundlegender Sachkenntnis, wie der Untertitel illustriert: Als sei Deutschland das Krisenland Nummer eins in Europa, das den Rest des Kontinents mit in den Abgrund reißt.
- Hurrelmann, Klaus/Tanjev Schulz** (Hrsg.), Wahlrecht für Kinder? Politische Bildung und die Mobilisierung der Jugend, Weinheim/Basel 2014 (*Beltz Juventa*), 264 S. – 23 Autoren aus unterschiedlichen Disziplinen (darunter sieben Politikwissenschaftler) streiten in zwei Kapiteln – eines den Pro-, eines den Contra-Positionen gewidmet – über ein Wahlrecht für Kinder, die Herabsetzung des Mindestwahlalters sowie ein durch Eltern wahrgenommenes Wahlrecht: empirisch wie argumentativ durchweg auf einem hohen Niveau. Wohl auch deshalb kommt kein Beitrag zu einem lauen „Sowohl-als-auch“-Schluss.
- Ionescu, Dana/Samuel Salzborn** (Hrsg.), Antisemitismus in deutschen Parteien, Baden-Baden 2014 (*Nomos*), 323 S. – In der bisher erschienenen Literatur zur deutschen Parteienforschung blieb der Antisemitismus als Gegenstand der jeweiligen Parteiengeschichte unberührt oder galt ausschließlich als Problemfeld politischer Extremparteien. Dieser Band zeigt, dass auch die Parteien der politischen Mitte nicht frei von antijüdischen Gesinnungen sind. Mit der Analyse zur Einstellung über den Antisemitismus derer Parteien, die 2013 im Bundestag bzw. in den Landtagen vertreten waren, wird eine Forschungslücke geschlossen.
- Iriye, Akira/Jürgen Osterhammel** (Hrsg.), Geschichte der Welt. 1350-1750. Weltreiche und Weltmeere, München 2014 (*C. H. Beck*), 1008 S. – Der dritte Teil des sechsbändigen Gemeinschaftswerkes von vorwiegend deutschen und US-amerikanischen Historikern umfasst die gesellschaftliche und politische Entwicklung auf allen Kontinenten vom ausgehenden Mittelalter bis zum Ende der frühen Neuzeit.
- Isensee, Josef/Paul Kirchhof** (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts. Band XII: Normativität und Schutz der Verfassung, 3. völlig neu bearbeitete und erweiterte Aufl., Heidelberg 2014 (*C. F. Müller*), 1.444 S. – Wer sich über den Komplex der wertgebundenen und abwehrbereiten Demokratie informieren will, ist mit diesem Band des Handbuchs bestens bedient, speziell mit dem dritten Teil („Schutz von Staat und Verfassung“). Neben den Beiträgen der Herausgeber ist der Text von Utz Schliesky hervorhebenswert.
- Jacob, Frank** (Hrsg.), Diktaturen ohne Gewalt? Wie Diktatoren ihre Macht behaupten, Würzburg 2014 (*Königshausen & Neumann*), 280 S. – Der heterogene zweisprachige Band (deutsch-englisch) und die Fixierung auf die Gewalt als Mittel zur Herrschaftssicherung in Diktaturen fällt deutlich hinter den Erkenntnisstand der gegenwärtigen Autokratieforschung („Zuckerbrot und Peitsche“) zurück.

- Janssen, Albert**, Die gefährdete Staatlichkeit der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zur Bewahrung ihrer verfassungsrechtlichen Organisationsstruktur, Göttingen 2014 (*V & R unipress*), 624 S. – In seinen hier zusammengetragenen, schon früher veröffentlichten Aufsätzen konstatiert der Verwaltungs- und Parlamentsjurist Albert Janssen auf allen Ebenen – ob Bund, Länder oder Kommunen – einen besorgniserregenden Verlust an Staatlichkeit. Der Autor wechselt regelmäßig die Modi: Er berichtet, diagnostiziert, polemisiert und liefert Therapievorschläge. Viele der konkreten Beispiele orientieren sich am Land Niedersachsen, in dessen aktivem Dienst der Autor bis zu seiner Pensionierung stand.
- Jesse, Eckhard/Sebastian Liebold** (Hrsg.), Deutsche Politikwissenschaftler – Werk und Wirkung. Von Abendroth bis Zellentini, Baden-Baden 2014 (*Nomos*), 849 S. – Dieser Band, der 50 Porträts führender Politikwissenschaftler enthält, lässt erkennen, wie stark Politikwissenschaft als „Demokratiewissenschaft“ im Vergleich zur ersten Generation (u.a. Wolfgang Abendroth, Ernst Fraenkel und Dolf Sternberger) ins Hintertreffen geraten ist.
- Jessen, Ralph** (Hrsg.), Konkurrenz in der Geschichte. Praktiken – Werte – Institutionalisierungen, Frankfurt a.M./New York 2014 (*Campus*), 384 S. – Nicht erst in den modernen Industrie- als Wettbewerbsgesellschaften hat sich „Konkurrenz“ zum historischen Antriebsmoment entwickelt. Ob in der athenischen Demokratie, unter Aristokraten in der römischen Republik oder in spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen Städten, überall lassen sich Spuren davon finden. Dass sich diese verdichtet und an Einfluss gewonnen haben, davon mögen alle Universitäten in der „Wissensgesellschaft“ der heutigen Zeit ein Lied zu singen. Konzeptionell-begrifflich durchdacht und historisch weit ausgreifend besetzt dieser Sammelband ein neues, fruchtbringendes Forschungsfeld.
- Jones, Larry Eugene** (Hrsg.), The German Right in the Weimar Republic. Studies in the History of German Conservatism, Nationalism, and Antisemitism, New York/Oxford 2014 (*Berghahn*), 332 S. – Kurt Sontheimers Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik und Fritz Sterns Politics of Cultural Despair stellen nach wie vor Marksteine in der Erforschung von Weimars politischer Rechten dar, deren Untersuchung an Intensität verloren hat. Umso begruenswerter ist Larry Eugene Jones' Unterfangen, wesentliche Forschungsimpulse zu der Thematik aus jüngerer Zeit in einem Band einzufangen. Neben einer feiner Kennerschaft Ausdruck verleihenden Einleitung, die den Stand der Forschung festhält und neue Perspektiven aufwirft, versammelt das Kompendium zehn Einzelstudien, denen es ganz überwiegend gelingt, die Dynamik zwischen ideologischen Leitbildern, durchsickernden „Zeitgeist“-Stereotypen und konkreten Handlungen (bis hin zu antisemitischen Aktionen und Gewalttaten) offenzulegen. Eine Bibliographie und ein vorbildliches Personen- sowie Sachregister runden den Band ab.
- Kajewski, Marie-Christine**, Wahrheit und Demokratie. Eine Zeitdiagnose der Postdemokratie, Baden-Baden 2014 (*Nomos*), 253 S. – Nach Hans Kelsen beruhen die Demokratie und der Parlamentarismus auf einem Relativismus, der – indem er die menschliche Willensfreiheit und den Kompromiss sichert – erst demokratische Entscheidungen ermögliche. Ohne ihn zu nennen, argumentiert die Dissertation gegen diese Position. Angesichts einer „postdemokratischen Malaise“ in den westlichen Staaten, aber besonders in der Bundesrepublik, gilt es der Autorin, ein „Wahrheitsverständnis“ von Demokratie zu entwickeln. Der bei Martin Heidegger entlehnte Wahrheitsbegriff wird um ein Verständnis von (Politik-)Wissenschaft ergänzt, das sich dem „eingreifenden Denken“ verschreibt: Zeitdiagnose und therapeutische Kritik miteinander zu verbinden. Im Relativismus erblickt die Autorin den Schlüssel zu den gegenwärtigen Krisenphnomenen der sogenannten Postdemokratie, ohne diese analytisch voll aufzufächern. Das Wahrheitsereignis für die Bundesrepublik sei in den Debatten des Parlamentarischen Rates zum Grundgesetz enthalten und müsse neu interpretiert werden.

- Kämpfer, Sylvia**, Migration und Lebenszufriedenheit. Eine theoriegeleitete empirische Analyse, Opladen 2014 (*Verlag Barbara Budrich*), 340 S. – Gegenstand der Studie ist die Lebenszufriedenheit von Migranten in Deutschland im Spannungsfeld zwischen subjektiver Zufriedenheit und objektivem Wohlstand. Durch eine empirische Analyse sollen Faktoren herausgearbeitet werden, welche die Lebenszufriedenheit beeinflussen und welche Unterschiede im Wohlbefinden sich ergeben. Der Fokus des Vergleiches liegt bei internationalen Migranten und Ostwest-Migranten gegenüber Westdeutschen.
- Karner, Stefan u.a.** (Hrsg.), Der Kreml und die „Wende“ 1989. Interne Analysen der sowjetischen Führung zum Fall der kommunistischen Regime – Dokumente, Innsbruck u.a. 2014 (*Studienverlag*), 708 S. – Die professionell gestaltete Dokumentation liefert einen höchst bemerkenswerten Einblick in die Sichtweisen der sowjetischen Führungsspitze im Jahre 1989. Gorbatschow spielte weder die „chinesische Karte“ (Anwendung von Gewalt) noch eine „deutsche Karte“ (Neutralitätsangebot).
- Katzer, Sandra**, Die „anderen Deutschen“. Eine kritische Diskursanalyse, Wien 2014 (*LIT*), 120 S. – Kritische Diskursanalyse des Aufbau Ost und Wiedervereinigung der deutschen Staaten nach 1989/90. Sandra Katzer will kritisch aufzeigen, wie die bundesdeutsche Demokratie und Marktwirtschaft in hegemonialer und die ehemaligen DDR-Bürger abwertender Art und Weise idealisiert wurde. Dabei nutzt sie eine diskursanalytische Vorgehensweise, welche sich empirisch auf Darstellungen der Wiedervereinigung in der Zeitschrift „Der Spiegel“ stützt. Als in der DDR geborene und aufgewachsene stellt der Text auch eine kritische Selbstreflexion dar.
- Kimmel, Adolf**, Das politische System der V. französischen Republik. Ausgewählte Aufsätze, Baden-Baden 2014 (*Nomos*), 305 S. – Der Politologe und Romanist behandelte in seiner Laufbahn Fragen des politischen Systems Frankreichs, die bis heute aktuell sind: die Zuordnung zum „semipräsidentiellen“ Regimetyp, eine gewandelte Verfassungspraxis, die Entwicklung der Parteien und der politischen Kultur. Den Bedeutungszuwachs der Nationalversammlung analysiert er mit Verve.
- Kirschen, Mareen**, E-Partizipation in kommunalen Entscheidungen. Die Bereitstellung bedarfsgerechter Onlineinstrumente zur bürgerschaftlichen Beteiligung, Hamburg 2014 (*Diplomica*), 91 S. – Der Band verdeutlicht die engen Grenzen, in denen E-Partizipation die politische Beteiligung auf kommunaler Ebene zu stärken vermag. Während die theoretische Näherung weitgehend substanzlos bleibt, gelingt es der Autorin, anhand praktischer Partizipationsmodelle Erfolgsbedingungen kommunaler Bürgerbeteiligung zu formulieren und Chancen dieses zusätzlichen Mitwirkungskanals einzuordnen.
- König, Wolfgang**, Der Gelehrte und der Manager. Franz Reuleaux (1829-1905) und Alois Riedler (1850-1936) in Technik, Wissenschaft und Gesellschaft, Stuttgart 2014 (*Franz Steiner*), 334 S. – Die Rivalität der beiden bedeutendsten deutschen Ingenieurwissenschaftler am Ende des 19. Jahrhunderts wird nicht nur anhand ihrer beruflichen Konkurrenz, sondern auch mit Blick auf die unterschiedlichen Charaktere und politischen Positionen analysiert.
- Konzelmann, Laura/Michael Bergmann/Hans Rattinger**, Demographic Change in Germany – its Political Consequences, Baden-Baden 2014 (*Nomos*), 338 S. – Die am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung entstandene Studie fragt auf mehreren Analyseebenen, welche Folgen der demografische Wandel auf politische Einstellungsmuster in der Gesellschaft hat und bestätigt weithin bekannte Ergebnisse: Ältere wählen zu einem höheren Anteil und präferieren häufiger konservative Parteien, sind interessierter an Politik, zufriedener mit der Demokratie und bringen den Institutionen mehr Vertrauen entgegen als Jüngere.

- Korndörfer, Lutz**, 1968 im Spiegel der Presse. Die divergierenden Reaktionen deutscher und amerikanischer Printmedien auf die deutsche Protestbewegung und die Bürgerrechtsbewegung in den USA, Berlin 2014 (*LIT*), 608 S. – Medien schaffen ihre eigene Wirklichkeit, so der theoretische Ausgangspunkt. Wie sie die Ereignisse des Jahres 1968 konstruierten wird anhand der Berichterstattung zu den jeweiligen Dekadenjubiläen (1968, 1978, 1988, 1998, 2008) der Attentate auf Martin Luther King bzw. Rudi Dutschke untersucht. Nach quantitativen und inhaltlichen Kriterien (wie Personalisierung, Emotionalisierung, Wertungen) wurden Artikel in *Süddeutsche Zeitung* (SZ) und *Welt* bzw. *New York Times* und *Washington Post* ausgewertet, d.h. für die Bundesrepublik ein linksliberales und ein konservative Medium, für die USA zwei liberale (warum?). Das Fazit überrascht trotz des methodischen Aufwands nicht: Die *Welt* neigt zur negativen Berichterstattung oder zur Vernachlässigung der Thematik, während die SZ positiver tendiert. Auch hat 1968 für deutsche Zeitungen höhere Priorität als für die US-Pendants. Die ausufernde Arbeit ist als Zitate-Steinbruch hilfreich, die medientheoretischen Überlegungen und der ereignisgeschichtliche Überblick bringen nichts Neues.
- Kosłowski, Stefan** (Hrsg.), Lorenz von Stein und der Sozialstaat, Baden-Baden 2014 (*Nomos*), 223 S. – Es handelt sich um wissenschafts- und ideengeschichtliche Studien zu einzelnen Aspekten im Werk von Stein. Hervorzuheben ist der Aufsatz von Grosseckter, der über das bei vielen Staatsdenkern beschworene Aporie der Aktualität hinausgeht und mit dem Klassiker des Sozialstaates konkret über Reformen der aktuellen Rentenpolitik nachdenkt.
- Kott, Sandrine**, Sozialstaat und Gesellschaft. Das deutsche Kaiserreich in Europa, Göttingen 2014 (*Vandenhoeck & Ruprecht*), 264 S. – Die Autorin analysiert die Entstehung und den Ausbau des deutschen Sozialstaates bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs im europäischen Vergleich. Ihr Ergebnis: Die deutsche Entwicklung war kein Sonderweg, sondern wurde vom europäischen Prozess determiniert.
- Kriz, Karl-Heinz/Hans-Jürgen Gräfe** (Hrsg.), Mittendrin. Die Berliner Volkspolizei 1989/90, Berlin 2014 (*Edition Ost*), 395 S. – Die Autoren waren zuerst Repräsentanten des DDR-Regimes und dann Zeitzeugen. Ihre Sicht ist kalkulierbar, Überraschungen sind nicht zu erwarten. So werden auch die menschenverachtenden Prügelorgien der „Volkspolizei“ von Anfang Oktober 1989 als „Übergriffe“ verharmlost. Dokumentarischen Wert hat die Publikation dennoch, weil sich Zeitzeugen nochmals zitierbar zu Wort melden und weil ein Dokumenten-Verzeichnis angefügt wurde. Dies soll die Ausführungen stützen und wird sich so kaum noch einmal wiederholen.
- Kroll, Frank-Lothar/Martin Munke** (Hrsg.), Die Reise nach Russland. Wahrnehmungen und Erfahrungsberichte aus fünf Jahrhunderten, Berlin 2014 (*Duncker & Humblot*), 446 S. – Aus einem studentischen Seminar in Chemnitz entstanden, versammelt der Band Bilder Russlands in Texten von Gesandten, Poeten (u.a. von Johann Gottfried Seume), Politikern und Wissenschaftlern. Zwischen welchen Eindrücken Reisende schwankten, schildert der Beitrag zum preußischen General Christoph Hermann von Manstein mit bestechender Systematik – unter dem Titel „zwischen Glorifizierung und Diskreditierung“. Kaiser Wilhelm II. sprach vom Januskopf. Briens hat das Russlandbild Klaus Mehnerts während des Nationalsozialismus.
- Kuchler, Christian** (Hrsg.), NS-Propaganda im 21. Jahrhundert. Zwischen Verbot und öffentlicher Auseinandersetzung, Köln u.a. 2014 (*Böhlau*), 238 S. – Der Band setzt sich mit der Präsentation und Reproduktion von NS-Propaganda aus journalistischem, musealem und pädagogischem Interesse auseinander. Die Themen reichen von Zeitungen bis hin zu Neuen Medien, im Zentrum steht jedoch die Frage, wie nach dem Erlöschen des Urheberrechts mit Mein Kampf umgegangen werden soll. Aufschlussreich ist zudem die Thematisierung von Propagandabildern in den allabendlichen TV-Dokus.

- Kühl, Stefan**, Ganz normale Organisationen. Zur Soziologie des Holocaust, Berlin 2014 (*Suhrkamp*), 411 S. – Kühl erörtert einen soziologischen, systemtheoretisch orientierten Erklärungsansatz, um zu untersuchen, weswegen sich normale Menschen als Mittäter an der massenhaften Tötung im Holocaust engagierten. Die zentrale These lautet, dass die systematische Vernichtung nicht von spezialisierten Tötungsorganisationen ausging, sondern von ganz normalen Organisationen, die eingebunden in Krieg, einen totalen Staat sowie erdrückende Rollenanforderungen gegenüber den Mitgliedern zu Instrumenten des Massenmordes wurden. Zur Untermauerung der These untersucht der Autor verschiedene Motivationsmuster und Strukturen, die zwischen Menschen, Organisationen und Gesellschaft in Wechselwirkung stehen.
- Kukowski, Martin/Rudolf Boch**, Kriegswirtschaft und Arbeitseinsatz bei der Auto Union AG Chemnitz im Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 2014 (*Franz Steiner Verlag*), 518 S. – Die aus den Quellen gearbeitete Studie zur Auto Union von 1931/32 bis 1945 zeichnet die Eingebundenheit der Automobilindustrie in die Kriegswirtschaft detailliert nach.
- Landwehr, Claudia/Rainer Schmalz-Bruns** (Hrsg.), Deliberative Demokratie in der Diskussion. Herausforderungen, Bewährungsproben, Kritik, Baden-Baden 2014 (*Nomos*), 451 S. – Mit der Diagnose eines „deliberative turn“ innerhalb der modernen Demokratietheorie beschreiben die Autoren des Sammelbandes ein Forschungsfeld, dessen genaue Gestalt noch nicht vollständig umrissen ist. Sie versuchen, die normativen, begrifflichen und analytischen Grundlagen des Modells deliberativer Demokratie vor der Frage nach der Legitimität politischer Entscheidungen zu beleuchten. Dass der Klärungsbedarf mitunter um Detail liegt, belegen nicht nur die Versuche, empirische und theoretische Ansätze miteinander zu verbinden. Insgesamt treibt die Autoren die Frage um, wo der Ort der Deliberation in einer repräsentativen, parlamentarischen Mehrheitsdemokratie liegen kann.
- Lang, Heinrich**, Wahlrecht und Bundesverfassungsgericht. Eine Skizze aktueller wahlrechtlicher Entscheidungen und Probleme, Baden-Baden 2014 (*Nomos*), 89 S. – Im 6. Band der „Dresdner Beiträge zum Staatsrecht“ setzt sich Heinrich Lang angesichts aktueller wahlrechtlicher Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (zuletzt v.a. zur Sperrklausel bei Wahlen zum Europäischen Parlament) grundsätzlich mit dem Wahlrecht im Spannungsfeld zwischen Verfassungsrecht und Verfassungspolitik auseinander. Die Schrift richtet sich an einen exquisit kleinen Kreis von Wahlrechtsspezialisten innerhalb der Rechts- und Politikwissenschaft.
- Lechler, Alexander**, Die NPD in Ostvorpommern. Eine etablierte Partei oder ein Sammelbecken von Protestwählern?, o. O. (Neckenmarkt) 2014 (*united p. c.*), 311 S. – Die Studie basiert auf einer Magisterarbeit und weist Anfängerfehler auf. Interessant ist der Hinweis auf die Entchristlichung in den neuen Bundesländern.
- Liddle, Roger**, The Europe Dilemma. Britain and the Drama of EU Integration, London/New York 2014 (*J. B. Tauris*), 309 S. – Die Studie des labour-nahen Policy Networks versucht die Frage nach Großbritanniens Rolle in Europa und der EU vor dem Hintergrund der aktuellen Krise in der Eurozone neu zu beantworten und die Konsequenzen einer vertieften Integration, eines Brexits oder eines britischen Sonderstatus auszuleuchten.
- Limmroth, Angelika**, Jenny Marx. Die Biographie, Berlin 2014 (*Karl Dietz Verlag*), 303 S. – Limmroth schildert einfühlsam den ungewöhnlichen Lebenslauf einer ungewöhnlichen Frau. Die selbstbewusste, geistig emanzipierte Jenny von Westphalen wendet sich dem Sozialismus zu, sie findet ihren Platz neben Karl Marx – als großmütige Ehefrau, Mutter seiner Kinder, Lektorin seiner Texte und als seine Sekretärin. Sie verhandelt mit Verlegern, versorgt Marx mit Jobs, fasst Bettelbriefe, um die Familie, vor allem in den schweren Emigrationsjahren, über Wasser zu halten.

- Löw, Konrad**, Adenauer hatte recht. Warum verfinstert sich das Bild der unter Hitler lebenden Deutschen?, London/Berlin 2014 (*Verlag Inspiration Un Limited*), 203 S. – Löws Verdienst ist es, zahlreiche Quellen dokumentiert zu haben, die die Kollektivschuld der Deutschen widerlegen. Er, der Zeitzeuge und der Politologe, sammelt z. B. Aussagen von Ausländern, die sich in den 1930er Jahren in Deutschland aufhielten, und er zitiert die Neue Zürcher Zeitung von 1938 (Reichspogromnacht), die über empörte Bevölkerungsteile berichtet – angesichts der gewaltvollen Exzesse gegen die jüdischen Mitbürger. Sein Thema: Wie viele Deutsche tragen tatsächlich Schuld? Seine Antwort: Adenauer hatte recht.
- Lohl, Jan/Angela Moré** (Hrsg.), Unbewusste Erbschaften des Nationalsozialismus. Psychoanalytische, sozialpsychologische und historische Studien, Gießen 2014 (*Psychosozial-Verlag*), 315 S. – Die (Nicht-)Beschäftigung mit den Verbrechen des Nationalsozialismus prägt die Generationen bis heute. Die Beiträge des Bandes befassen sich mit der Auseinandersetzung im öffentlichen Diskurs wie auf zwischenindividueller Ebene zwischen den Generationen, sowohl auf der Täter- als auch auf der Opferseite. Dabei variieren sie zwischen Diskursanalyse der deutschen Aufarbeitungskultur, psychoanalytischen Untersuchungen und Zeitzeugendarstellungen.
- Lorenz, Robert/Franz Walter** (Hrsg.), 1964. Das Jahr, mit dem „68“ begann, Bielefeld 2014 (*Transcript*), 375 S. – Der soziale Wandel, der sich in den Eruptionen 1968 verdichtete, sei 1964 zum ersten Mal absehbar geworden, so der Tenor des von Nachwuchswissenschaftlern am Göttinger Institut für Demokratieforschung bestückten Bandes. Die lesenswerten Einzelbeiträge reichen von Cassius Clay über die Beatles, Pop Art bis zu Ostermärschen und Passierscheinabkommen (1963!). Auch Vietnam (warum nicht 1965?), der Johannesburger Rivonia-Prozess, das Zechensterben, Pichts Bildungskatastrophe (fälschlicherweise als Ausgangspunkt von Studentenprotesten dargestellt) kommen vor. Es fehlt erstaunlicherweise die US-Wahl 1964 mit der folgenden Überdehnung des keynesianischen Staatsinterventionismus in der „Great Society“, was die neoliberale bzw. neokonservative Gegenbewegung provozierte. Die Auswahl wirkt angesichts der globalen Reichweite des Bandes beliebig. Der in der Forschung längst konsensuale Grundthese kann indes zugestimmt werden, dass „68“ über eine lange Inkubationszeit verfügte.
- Lucardie, Paul**, Democratic Extremism in Theory and Practice. All Power to the People, London/New York 2014 (*Routledge*), 194 S. – Extremismus sollte nach Meinung des Autors nicht als Gegensatz zur Demokratie, sondern zu einem „mixed regime“ verstanden werden, so dass sich die verschiedenen Formen des Extremismus danach unterscheiden lassen, in welcher Weise ein „pure regime“ gedacht und konzipiert wird.
- Ludwig-Hoppe, Linda**, Demokratie als Pfad. Normativität und deliberative Entscheidungen in politischen Institutionen, München 2014 (*Herbert Utz*), 225 S. – Im Wesentlichen gestützt auf die deliberative Demokratietheorie von Jürgen Habermas und John Rawls, untersucht die Dissertation, wie der normativ bestimmte Prozess einer gemeinsamen Begründung von Entscheidungen durch die Bürger zu demokratischen Prozessen und Institutionen führt. Die Autorin folgt der Frage, wie die politische Gleichheit der Bürger durch einen Prozess des Agendasettings gewährleistet werden kann und in welcher Weise die Subsysteme der Zivilgesellschaft organisiert und einer demokratischen Kontrolle unterzogen bleiben. Ludwig-Hoppe stärkt die Deliberation auf der Mikro- und Makroebene und betont, dass die Social-Choice-Theorie sowohl Mehrheitsentscheidungen, als auch ein repräsentatives politisches System mit Wahlverfahren impliziert. In diesem Sinne suchen die Ansätze deliberativer Demokratietheorie weiter nach Antworten auf Fragen des sozialen Kontextes und der sozialen Inklusion wie der normativen Grundannahmen für verfahrensorientierte Implementierungen.
- Luft, Robert/Miloš Havelka/Stefan Zwicker** (Hrsg.), Zivilgesellschaft und Menschenrechte im östlichen Mitteleuropa. Tschechische Konzepte der Bürgergesellschaft im historischen und nationalen Vergleich, Göttingen 2014 (*Vandenhoeck & Ruprecht*), 434 S. – Entgegen der Annahme, im postsozialistischen Raum fehle es an zivilgesellschaftlichen Traditionen zeigt der Band die vielfältigen Vorstellungen von Bürgergesellschaft in Tschechien, Polen und der Slowakei vom 19. Jahrhundert bis zum Spätkommunismus auf.

- Lüttnant, Christian**, „Im Kopf der Bestie“. Die RAF und ihr internationalistisches Selbstverständnis, Marburg 2014 (*Tectum*), 184 S. – Internationalismus als Leitparadigma der Studentenbewegung wie des Linksterrorismus der Rote Armee Fraktion steht im Zentrum von Lüttnants Untersuchung, die einem auch mittels längerer Quellenzitate einen authentischen Eindruck von der Thematik vermittelt. Die Schlussfolgerung des Autors, dass der „Internationalismus der RAF mehr Kampfbegriff oder sogar Parole als ein intellektuelles Konzept“ war, verwundert kaum.
- McMahon, Darrin M./Samuel Moyn** (Hrsg.), *Rethinking Modern European Intellectual History*, Oxford 2014 (*Oxford University Press*), 305 S. – Diesen Band zeichnet ein Hauch von experimenteller Frische aus, den man schon angesichts des Einleitungstextes „Interim Intellectual History“ verspürt. Denn hier wie im gesamten Band wird der State of the Art, die wissensgesättigte Bestandsaufnahme, stets mit Kritik des Altbewährten und neuen ungewohnten Perspektiven verbunden. Dies gelingt umso besser und kreativer, als in diesem Werk nicht nur gleichsam TÜV-geprüfte Ideenhistoriker über Ideengeschichte schreiben, sondern all jene, die ihr einen prägenden Wert für unser historisches Verständnis wie Gedächtnis überhaupt zuschreiben. Statt zur bloßen Floskel zu erstarren, wird Transdisziplinarität – versammelt auf dem ganz eigenen Forschungsfeld der Intellectual History – während der Lektüre greifbar. Suzanne Marchands Frage „Has the History of the Disciplines Had its Day?“ mag man trotzdem verneinen, sonst droht die Transdisziplinarität noch zur Disziplin zu werden.
- Mahler, Andreas/Martin Mulrow** (Hrsg.), *Texte zur Theorie der Ideengeschichte*, Stuttgart 2014 (*Reclam*), 376 S. – All jenen, die an die alte Mär einer drögen, staubigen und methodisch wenig innovativen Ideengeschichte glauben, sei die Lektüre dieses Bandes empfohlen. Er versammelt nämlich Kerntexte (von Wilhelm Dilthey und Karl Mannheim über Arthur Lovejoy und Quentin Skinner bis zu Michel Foucault und Peter Burke) zur ebenso wendungs- wie produktiv spannungsreichen Geschichte der Ideengeschichte, deren Reiz nicht zuletzt in einem schon viele Jahrzehnte andauernden Dialog zwischen Philosophen, Historikern, Soziologen, Sprachwissenschaftlern und Politikern besteht.
- Maier, Tobias**, *Gefährdete Freiheit. Abgründe der politischen Moderne bei Jean-Jacques Rousseau und Claude Lefort*, Würzburg 2014 (*Königshausen & Neumann*), 436 S. – Mit der Beobachtung, dass die freiheitliche Demokratie die Gefahr ihres Verlustes immer mit sich trägt, der Totalitarismus im 20. Jahrhundert daher auch als modernes Phänomen untersucht werden muss, fragt Tobias Maier nach den Grundbedingungen von Politik und Demokratie im Zeitalter der Moderne. Er stürzt sich mit Stichworten Hannah Arendts auf die menschliche Aneignung der Welt, die seine Würde und Freiheit begründet und schützt. Referenzautoren dieser Suche nach der „conditio der politischen Moderne“ (S. 18) sind Jean-Jacques Rousseau und Claude Lefort. Deren Verbindung erschließt sich in der fundierten Werkschau nicht sofort, erhellt sich aber dann, wenn Maier zum Begriff des Politischen in Abgrenzung von Staat und Gesellschaft voranschreitet.
- Marcinkowski, Frank** (Hrsg.), *Framing als politischer Prozess. Beiträge zum Deutungskampf in der politischen Kommunikation, Baden-Baden 2014 (Nomos)*, 255 S. – Zentraler Gegenstand des Bandes ist die Nutzung des Framings als Form strategischer Kommunikation zur Steuerung politischer Prozesse in modernen Mediendemokratien. Die Beiträge variieren zwischen kritischer Bestandsaufnahme der Methodologie als auch empirischer Analyse im nationalen und internationalen Kontext.
- Mayer, Thomas**, *Der nicht aufgibt. Christoph Wonneberger – eine Biographie*, Leipzig 2014 (*Evangelische Verlagsanstalt*), 174 S. – Der Leipziger Pastor Christoph Wonneberger, der 2014 70 Jahre alt wurde, hat sich große Verdienste um die Leipziger Protestbewegung Ende der 1980er Jahre erworben. Diese Biographie beschönigt Schwächen Wonnebergers nicht und ist dadurch glaubwürdig.

- Mazzucato, Mariana**, Das Kapital des Staates. Eine andere Geschichte von Innovation und Wachstum, München 2014 (*Antje Kunstmann*), S. 303 S. – Das Buch ist ein Plädoyer für die staatliche Regulation von Wissenschaft und Wirtschaft zur Förderung von Wachstum und Allgemeinwohl, wobei die Rolle des Staates als Alternative zum Neoliberalismus nicht die Außenseiterrolle einnimmt, wie es die Autorin glauben machen will.
- Mouffe, Chantal**, Agonistik. Die Welt politisch denken, Berlin 2014 (*Suhrkamp*), 214 S. – In ihren 2013 erstmals im englischen Original erschienenen Essays und Konferenzbeiträgen knüpft Chantal Mouffe an ihr besonders in *Über das Politische* entwickeltes Modell einer konflikthafte, agonistischen Demokratie an. Sie kritisiert eine konsensorientierte Beschreibung politischer Debatten und ruft dazu auf, die moderne liberale Demokratie und ihre Institutionen zu pluralisieren und als Bühne eines Widerstreits um politische Positionen zu verstehen. Die Beiträge sind neu zusammengefügt und um ein Interview mit Deutungsansätzen ergänzt. So erhält der Band eher den Charakter einer Rückschau und einer pointierten Zusammenfassung ihrer politischen Theorie.
- Müller, Hans-Peter**, Pierre Bourdieu. Eine systematische Einführung, Berlin 2014 (*Suhrkamp*), 372 S. – Mit dem Berliner Soziologen Hans-Peter Müller schreibt einer der besten deutschsprachigen Bourdieu-Kenner. Der Band vermittelt zunächst einen kursorischen Überblick über Leben und Werk des französischen Denkers, dessen Ausstrahlung weit über die eigenen Fächerkreise hinausweist. Der zweite Teil eröffnet einen Blick in Bourdieus „analytischen Baukasten“ (Habitus, sozialer Raum, soziale Felde), bevor der dritte „empirische Studien“ (von Bildung und sozialer Ungleichheit bis zur Soziologie des Intellektuellen) in den Blick nimmt. Herausgekommen ist in der Summe eine gelungene Einführung für Fortgeschrittene.
- Müller, Tim B.**, Nach dem Ersten Weltkrieg. Lebensversuche moderner Demokratien, Hamburg 2014 (*Hamburger Edition*), 174 S. – Tim B. Müller gelingt es mit seinem Büchlein ein Thema zu besetzen, das im Grunde nie unbesetzt war: nämlich die Geschichte der Demokratie in der Zwischenkriegszeit. Zu sehr und zu lange stand diese Periode in den Augen des Autors indes unter dem Menetekel des Scheiterns. Er drängt nun gleichsam darauf, dass sie gelingt, ohne aus ihr eine „geglückte Demokratie“ zu machen. Müllers Streitschrift will die Entwicklungschancen für Demokratien unter dem Vergrößerungsglas inspiziert sehen, um sie nicht rasch in den Verfallsdiskurs einzusortieren. Zugleich lenkt diese Studie unsere Aufmerksamkeit auf den internationalen Vergleich und Zusammenhang wie auch auf systemische Verknüpfungen zwischen Politik, Gesellschaft und Wirtschaft.
- Münch, Ursula/Uwe Kranenpohl/Henrik Gast** (Hrsg.), Parteien und Demokratie. Innerparteiliche Demokratie im Wandel, Baden-Baden 2014 (*Nomos*), 200 S. – Die in dem Tagungsband versammelten neun Beiträge nehmen innerparteiliche Demokratie und damit verbundene Reformen facettenreich in den Fokus. Wer einen aktuellen Zugang zu dem Thema sucht, der ist mit dem gut lesbaren Band bestens beraten.
- Neumüller, Caroline A.**, Konversion zum Islam im 21. Jahrhundert. Großbritannien und Deutschland im Vergleich, Frankfurt a.M. 2014 (*PL Acad. Research*), 433 S. – Die islamwissenschaftliche Dissertationsschrift untersucht auf der Basis von 37 Interviews und 39 standardisierten Fragebögen britische und deutsche muslimische Konvertiten mit einem komparativen Ansatz. Die Autorin legt dabei ihr Augenmerk auf sich verändernde Verhaltensnormen, den Umgang mit heiklen Themen und die Rolle von Konvertiten als Vermittler zwischen muslimischer Minderheit und mehrheitlich nicht-muslimischer Gesellschaft.
- Niehr, Thomas**, Einführung in die Politolinguistik, Göttingen 2014 (*Vandenhoeck & Ruprecht*), 192 S. – Anders als die Rhetorik bietet die Politolinguistik einen Ansatz zur systematischen Analyse politischer Sprache und Texte. Dazu bietet der Band eine umfangreiche Einführung in Geschichte und Methodik der Politolinguistik. Beigefügte Aufgaben gewähren lehrbuchartig die Möglichkeit zur praktischen Anwendung der theoretischen Inhalte.

- Nussbaum, Martha C.**, Die neue religiöse Intoleranz. Ein Ausweg aus der Politik der Angst, Darmstadt 2014 (*Wissenschaftliche Buchgesellschaft*), 220 S. – Terrorakten wird immer öfter ein religiöses Motiv unterstellt, wo oft andere Ursachen existieren. Dahinter steckt für Nussbaum eine von Angst getriebene Intoleranz, die sie mit Hilfe literarischer, philosophischer und historischer Beispiele in Respekt, Gleichberechtigung, Unparteilichkeit und Offenheit verwandeln will.
- Nussbaum, Martha C.**, Politische Emotionen. Warum Liebe für Gerechtigkeit wichtig ist, Berlin 2014 (*Suhrkamp*), 622 S. – Ein Band, der es in sich hat: Aus der praktischen Ethik u.a. von Walt Whitman und Rabindranath Tagore schöpfend will die Philosophin weder eine Theorie aufstellen, noch sich mit Beschreibungen begnügen. Im Kern fordert sie zu einem fröhlichen Patriotismus auf, der nicht staatsvergessen und nicht nationalistisch ist. Die Einfachheit etwa George Washingtons ist ihr dafür ein Sinnbild.
- Oelze, Patrick** (Hrsg.), Revolutionen. Ein historisches Lesebuch. Mit einer Einleitung von Stefan Wille, Berlin 2014 (*Ch. Links*), 272 S. – Nach der Epochenschwelle von 1989-91 schienen mit dem Ende des Kalten Krieges (mit dem mancher Beobachter ein historisch ungebundenes Elysium heraufziehen sah) Revolutionen aus der Mode zu kommen. Doch die Farben- und Blumen-Revolutionen – ob in Osteuropa oder im arabischen Raum – haben das Thema ebenso auf die Tagesordnung zurück gebracht wie verschiedene kapitalismuskritische Bewegungen. Vor diesem Hintergrund ermöglicht dieses Lesebuch einen guten Überblick über Revolutionen in Geschichte und Gegenwart. Neben Quellentexten der Akteure finden sich einordnende Essays aus wissenschaftlicher Feder.
- Palonen, Kari**, Politics and Conceptual Histories. Rhetorical and Temporal Perspectives, Baden-Baden 2014 (*Nomos*), 346 S. – Dieser Band eröffnet eine neue Reihe unter dem Titel „Politics-Debates-Concepts. Politik-Debatten-Begriffe“. Einen viel glücklicheren Griff, als Aufsätze des finnischen Politikwissenschaftlers Kari Palonen darin zu versammeln, hätte es kaum geben können. Schließlich ist er einer der produktivsten Weiterentwickler von Ideen der „Cambridge School“ des politischen Denkens wie der deutschen Begriffsgeschichte gleichermaßen. Wenn beide Schulen nicht länger unverbunden nebeneinander stehen oder kaum Kenntnis voneinander nehmen, so ist dies auch Palonen zu verdanken. Dass es den bislang weitgehend ausgebliebenen „Clash of Concepts“ beider Zugangsströmungen wohl auch nicht mehr geben wird, dazu dürfte diese Buchreihe beitragen.
- Panter, Sarah**, Jüdische Erfahrungen und Loyalitätskonflikte im Ersten Weltkrieg, Göttingen/Bristol 2014 (*Vandenhoeck & Ruprecht*), 410 S. – Diese Freiburger geschichtswissenschaftliche Dissertation gehört nicht zu der Vielzahl von Jubiläumsschriften zur 100. Wiederkehr des ersten Weltkriegsausbruchs, die wohl bekanntes Wissen neu drapiert darbieten. Sarah Panter leuchtet auf breiter Quellenbasis und international vergleichend die Fragen nach jüdischer respektive nationaler Identität in jenen Jahren des Ausnahmezustands zwischen 1914 und 1918 breit aus. Die vielfältig gelagerten Loyalitätskonflikte lassen sich dabei auf keine einfache Formel reduzieren.
- Peter, Lothar**, Marx an die Uni. Die Marburger Schule – Geschichte, Probleme, Akteure, Köln 2014 (*PapyRossa Verlag*), 221 S. – Das Buch ist von einem Schüler Wolfgang Abendroths mit sympathisierender Tendenz für die marxistische, bisweilen marxistisch-leninistische „Marburger Schule“ verfasst. Peter zählt hierzu auch Werner Hoffmann und – das ist überraschend – auch Heinz Maul. Der führende Kopf war jedoch der charismatische Wolfgang Abendroth.
- Piketty, Thomas**, Das Kapitel im 21. Jahrhundert, München 2014 (*C. H. Beck*), 816 S. – Das wohl am stärksten rezipierte Sachbuch 2014 des französischen Ökonomen besticht wegen seiner so richtigen wie banalen Kernthese: Da die Kapitalakkumulation heutzutage nicht mehr zentral auf Wertschöpfung, sondern auf Zinserträgen beruht, verschärft sich die soziale Ungleichheit, was wiederum gravierende Negativauswirkungen auf die Bindekräfte der Demokratie und den globalen Frieden hat.

- Pleuger, Kristin**, Des Bürgers neue Stimme: Möglichkeiten der politischen Partizipation in Social Networks, Marburg 2014 (*Tectum*), 170 S. – Pleugers Studie präsentiert einen Zwischenstand politischer Partizipationsmöglichkeiten in sozialen Netzwerken und bestätigt gängige Annahmen bezüglich Nutzergruppe (vornehmlich unter 30-Jährige) und Bedeutung (zunehmend) dieser Form politischer Teilhabe. Eine Untersuchung des Einflusses der genutzten Plattformen auf den Beteiligungsprozess bleibt jedoch aus.
- Plischke, Thomas**, Wann Wähler entscheiden. Abläufe von Entscheidungsprozessen und der Zeitpunkt der Wahlentscheidung, Baden-Baden 2014 (*Nomos*), 334 S. – Plischke hinterfragt die vielfach kolportierte These, dass schwindende Bindungen an Parteien und ein fragmentiertes Parteiensystem zu einer hohen Anzahl unentschlossener Wähler führe, die ihre Wahlentscheidung zu einem immer späteren Zeitpunkt treffen. Anhand der Daten zu Bundestagswahlen von 1965 bis 2009 kann er zeigen, dass frühere Messungen zum Teil fehlerhaft waren und ein solch starker Trend zu späteren Entschlüssen sich nicht erkennen lasse. Zum anderen stärkt er weitere Einflussgrößen auf Wahlentscheidungen: nicht nur die persönliche Situation des Wählers, sondern auch sein privates Umfeld, die Nutzung von Medien oder aktuelle politische Ereignisse tragen zu Veränderungen bei. Gerade indem Plischke die Forschungsliteratur breit diskutiert und pointiert bewertet, stößt er weitere Debatten an.
- Pócza, Kálmán**, Parlamentarismus und politische Repräsentation. Carl Schmitt kontextualisiert, Baden-Baden 2014 (*Nomos*), 312 S. – Die Dissertation zeichnet Schmitts Parlamentarismuskritik und Demokratiekonzeption nach, um zu zeigen, dass deren Missverständnisse bis heute Vorurteile und schließlich Politikverdrossenheit prägen. Von hier aus wechselt die Perspektive und Pócza verweist sehr ausführlich Schmitts Rezeption von philosophischen, staatsrechtlichen und soziologischen politiktheoretischen Klassikern. Schmitt erscheint so nicht als *Enfant terrible*, sondern nur als exzentrischer Vertreter einer kontinentaleuropäischen bzw. deutschen antiparlamentarischen Denktradition. Die richtige Bewertung, dass diese bis heute nachwirke, wird lediglich benannt, nicht mehr ausgeführt.
- Postert, André**, Von der Kritik der Parteien zur außerparlamentarischen Opposition. Die jungkonservative Klub-Bewegung in der Weimarer Republik und ihre Auflösung im Nationalsozialismus, Baden-Baden 2014 (*Nomos*), 536 S. – Die Kritik der jungkonservativen Klubs an der Weimarer Republik und ihre Entwurf eines „dritten Reiches“ unter einer konservativ-aristokratischen Elite steht im Mittelpunkt der Dissertation. Ihre Kritik an der parlamentarischen Demokratie ist Teil einer allgemeinen Krisendiagnose. Anhand von sechs Klubs (vom Juniklub bis zur Fichte-Gesellschaft) zeichnet Postert dabei die Struktur der Mitglieder und Themenfelder nach.
- Ramsauer, Petra**, Muslimbrüder. Ihre geheime Strategie, Ihr globales Netzwerk, Wien 2014 (*Molden*), 208 S. – Die österreichische Journalistin Petra Ramsauer legt mit *Muslimbrüder* ein aktuelles Porträt der ägyptischen Bruderschaft vor. Sie erkennt Anzeichen dafür, dass die ägyptischen Muslimbrüder nach dem Sturz „ihres Präsidenten“ Mohammed Mursi von konservativen oder radikalen Strömungen erfasst werden könnten und beobachtet gleichzeitig eine zunehmende Frauenpower. Die Bewegung sei von scheinbaren Gegensätzen geprägt, immer wieder als Projektionsfläche für ‚gute Islamisten‘ Suchende und notorische Islamkritiker genutzt worden und letztlich, so Ramsauers Schlusssatz, doch niemals ganz zu verstehen.
- Ranko, Annette**, Die Muslimbruderschaft. Porträt einer mächtigen Verbindung, Hamburg 2014 (*Edition Körber-Stiftung*), 164 S. – Die Bedeutung der Muslimbruderschaft für die revolutionären Umwälzungen in Ägypten 2011, ihr politisches Handeln nach den Parlamentswahlen und die kurzfristige Präsidentschaft Mohamed Mursis weckten das Interesse an dieser Organisation genauso wie das harte Vorgehen des neuen ägyptischen Regimes gegen ihre Anhänger. Wie wichtig war die Muslimbruderschaft für die ägyptische Protestbewegung? Welche Ziele verfolgt die Organisation? Welche innen- wie außenpolitische Ansichten teilen ihre Anhänger? Welche politischen Vorbilder haben sie? Das Buch von Annette Ranko beantwortet überzeugend diese wie auch andere Fragen, welche historische und aktuelle Entwicklungen der Muslimbrüder betreffen. Darüber hinaus profitiert der Leser von Einschätzungen aus erster Hand, denn die Autorin hat bis kurz vor dem Sturz Mubaraks Interviews mit Mitgliedern geführt.

- Raulff, Ulrich**, Wiedersehen mit den Siebzigern. Die wilden Jahre des Lesens, Stuttgart 2014 (*Klett-Cotta*), 170 S. – Ulrich Raulff ist Archivdirektor, Wissenschaftler, Feuilletonist, Teilnehmer und Beobachter der Zeitläufte. Er weiß, was aufbewahrenswert, wie es analytisch zu sezieren und sprachlich zu genießen ist. Und er weiß ebenso, wann Geschichte erst durch die Leidenschaft des Mitwirkenden zum Ereignis wird. All diese Ingredienzen sind in das Dokument von Ulrich Raulffs Zeitreise in die 1970er Jahre unterschiedlich dosiert beigemischt. Am deutlichsten herausschmecken mag man Theorie und Anarchie mit einer Prise Ironie – und Melancholie. Denn die Jugend war's.
- Reder, Michael/Mara-Daria Cojocar** (Hrsg.), Zukunft der Demokratie. Ende einer Illusion oder Aufbruch zu neuen Formen?, Stuttgart 2014 (*W. Kohlhammer*), 150 S. – Anders als das Gros an aktuellen Veröffentlichungen zur – vermeintlichen oder tatsächlichen – Krise der Demokratie versammelt der Band fundierte Analysen zu den aktuellen Herausforderungen und neuen Formen demokratischer Mitbestimmung.
- Rehberg, Karl-Siegbert**, Symbolische Ordnungen. Beiträge zu einer soziologischen Theorie der Institutionen, hrsg. von Hans Vorländer, Baden-Baden 2014 (*Nomos*), 494 S. – Gesammelte Schriften des vormaligen Vorsitzenden der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, entstanden 1990 bis 2014 (ein Originaltext), bieten reichen Fundus zu „institutionellen Mechanismen“ und Macht in Gruppen – nicht nur für einen Dresdner Forscher ein Gebiet hoher Aktualität. Begriffe wie „Schatzhaus“ und „Zwingherrn“ klingen so, als wäre Tellkamps Turm nicht nur ein Buch, sondern das Elbtal wirklich ein Biotop lebendigen „Nischenbürgertums“.
- Reitemeyer, Ursula/Tim Zumhof** (Hrsg.), Rousseau zur Einführung, Berlin 2014 (*LIT*), 288 S. – Nach einer kurzen Biographie werden verschiedene erziehungswissenschaftlich relevante Aspekte des Philosophen vorgestellt. Daher stehen der Erziehungsroman Emile und der Sittenroman Julie oder Die neue Heloise im Mittelpunkt, die im Kontext seiner Kulturkritik vorgestellt werden. Die Autoren plädieren nicht nur für eine stärkere Berücksichtigung des Klassikers in der pädagogischen Ausbildung, sondern zeigen auch mögliche Adaptionen des rousseauschen Blicks in einzelnen Schulfächern.
- Rhode, Roman**, Fidel Castro, Stuttgart 2014 (*Kohlhammer*), 367 S. – Castro wird in unterschiedlichen Rollen, sei es als Selbst- oder Fremdbild, nachgezeichnet, um möglichst viele Facetten des „Charismatikers“ einzufangen und den Spagat zwischen Held und Diktator zu halten. Zu Recht räumt der Autor das Wagnis einer Biographie ein, bei der der Zugang zu persönlichen, aber auch politischen Unterlagen verwehrt bleibt – sie kann nur Stückwerk sein. Sachlich erscheint der Weg Castros und Kubas bei aller Sympathie, die der Autor seinem Sujet entgegenbringt, als Sachgasse, die in einem reformunwilligen autoritären Regime voller Militärs, Parteikader und Technokraten endet.
- Rietzschel, Thomas**, Geplünderte Demokratie. Die Geschäfte des politischen Kartells, Wien 2014 (*Paul Zsolnay*), 192 S. – Die undifferenzierte Pauschalkritik an der Politik schert, bei aller berechtigten Defizite, Dinge über einen Kamm, die offenkundig nicht zusammen gehören: Bankenkrise und europäische Integration, Merkel und Erdogan, Finanzspekulationen und Griechenland.
- Rosenbaum, Heidi**, „Und trotzdem war's 'ne schöne Zeit“. Kinderalltag im Nationalsozialismus, Frankfurt a.M. 2014 (*Campus*), 681 S. – Das Leben unter der nationalsozialistischen Diktatur interessiert die Historiker immer mehr abseits der These einer umfassenden Ideologisierung des Alltags. Rosenbaum spricht von spezifischen politischen Einflüssen auf den Lebensalltag von Jugendlichen und Kindern, diese unterschieden sich jedoch stark nach den sozialen Milieus. Zwischen zwei ländlichen und zwei städtischen Regionen erkennt sie anhand von 48 Zeitzeugeninterviews vielfältige Differenzierungen. Allerdings schließt sie Kinder aus, die aus rassischen oder anderen Gründen verfolgt wurden. Ihr Fazit: Die Suche nach den Brüchen innerhalb der Biografien entdeckt auch kontinuierliche Elemente in der Kindheit bis in die spätere Bundesrepublik hinein.

- Roth, Jürgen**, Der stille Putsch. Wie eine geheime Elite aus Wirtschaft und Politik sich Europa und unser Land unter den Nagel reißt, München 2014 (*Heyne*), 319 S. – Der Enthüllungssautor klagt die Herrschaft einer intransparenten neoliberalen Elite an, die alle wesentlichen Posten in Wirtschaft und Politik besetzt und der es in der europäischen Krisenpolitik nicht nur gelungen ist, zahlreichen Staaten ihre wirtschaftspolitische Leitlinien (Austerität, Privatisierung) vorzuschreiben, sondern letztlich die demokratische Ordnung selbst zu konterkarieren.
- Rudolph, Thomas/Oliver Kloss/Rainer Müller/Christoph Wonneberger** (Hrsg.), Weg in den Aufstand. Chronik zu Opposition und Widerstand in der DDR vom August 1987 bis zum Dezember 1989, Leipzig 2014 (*Araki Verlag*), 366 S. – Die etwas chaotisch komponierte Dokumentation von Leipziger Bürgerrechtlern präsentiert eine Chronik, die Geschichte des Arbeitskreises Gerechtigkeit sowie die der Arbeitsgruppe Menschenrechte. Außerdem gibt es „notwendige Nachträge“, zum Beispiel: „Superintrigant Magirus Revolutionsheld nach Sendeschluss“.
- Ruschig, Ulrich/Hans-Ernst Schiller** (Hrsg.), Staat und Politik bei Horkheimer und Adorno, Baden-Baden 2014 (*Nomos*), 229 S. – Damit läge also der nächste Band zur Frankfurter Schule vor. Von Horkheimers Liberalismuskritik während der 1930er Jahre bis zu seinem (und Adornos) Spätwerk versammelt das Kompendium verschiedene Beiträge, die sich mit Aspekten des Staatsverständnisses beider Exponenten der Kritischen Theorie befassen. Eine Begründung der Auswahl und Fokussierung vermisst der Leser freilich. Auch wer auf eine zeithistorische Kontextualisierung der zwei Meisterdenker gehofft hat, wird eher enttäuscht.
- Sabrow, Martin** (Hrsg.), Das Jahrhundert der Gewalt, Leipzig 2014 (*Akademische Verlagsanstalt GmbH*), 171 S. – Der Band trägt die Früchte der 19. Helmstedter Universitätstage 2013. Angesichts zweier Weltkriege und der Gewaltregimes verschiedener Großtotalitarismen hat sich das 20. Jahrhundert den Stempel der Gewalt mehr als verdient. Die Analyse von lokalen Gewaltdynamiken ebenso wie von Gewalt als prägende Kraft in einem weiten politisch-kulturgeschichtlichen Sinn gehört zu den Forschungstrends der letzten Jahre. Lesenswerte Aufsätze von Michael Geyer (zum Ersten Weltkrieg), Habbo Knoch (Fotografie und Gewalt), Gabriele Metzler (Gewalt in der deutschen und amerikanischen Studentenbewegung) oder Herfried Münkler (neue Kriege) ebenso wie Martin Sabrows einleitender Beitrag liefern Orientierungspunkte in einer unübersichtlich gewordenen Debatte.
- Salo, Sanna**, Eurosceptics in the 2014 EP Elections. Protest Parties Mobilized on National Cleavages between Globalization Winners and Losers, FIIA Briefing Paper 159, Helsinki 2014 (*The Finnish Institute of International Affairs*), 9 S. – Die Verfasserin interpretiert die Erfolge „euroskeptischer“ Parteien bei der letzten Europawahl als „legitimen Ausdruck von Besorgnissen gegenüber der neuen ökonomischen Unterschicht – den Globalisierungsverlierern“.
- Salzborn, Samuel**, Antisemitismus. Geschichte, Theorie, Empirie, Baden-Baden 2014 (*Nomos*), 211 S. – Der Göttinger Politikwissenschaftler versammelt in diesem Band zahlreiche eigene – in Fachjournals wie einschlägigen Zeitschriften (*Jungle World*) erschienene – Aufsätze zu Geschichte, Theorie und Empirie des Antisemitismus in Deutschland und Europa. Die politische Couleure des Autors trübt hier und da leider die wissenschaftliche Analysekraft.
- Salzborn, Samuel**, Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze, Baden-Baden 2014 (*Nomos*), 149 S. – Das Buch des Politikwissenschaftlers, der in den letzten Jahren eine Reihe einschlägiger Studien publiziert hat, besteht aus vier Teilen: Was ist Rechtsextremismus? – Erscheinungsformen – Erklärungsansätze – Präventions- und Interventionsmöglichkeiten. Es berücksichtigt zu wenig den parteiförmigen Rechtsextremismus. Die genannte Literatur in diesem „Studienkurs Politikwissenschaft“ spiegelt nicht die Breite der Forschung wider.

- Sarkohi, Arash**, Der Demokratie- und Menschenrechtsdiskurs der religiösen Reformer in Iran und die Universalität der Menschenrechte, Würzburg 2014 (*Ergon*), 242 S. – Die Dissertation, entstanden bei Holm Tetens, in der Reihe Orientalistik publiziert (u.a. mit Texten zu Islamismus und Terrorismus), spürt den Kontroversen zwischen Universalismus und Kulturrelativismus sowie zwischen Islam und Menschenrechten am Beispiel der religiösen Reformer in Iran nach. Drei einflussreiche Reformer kommen zur Sprache, ein kritischer Vergleich ihres Denken ergibt: Gründe sind etwas anderes als eine Würdigung; an der normativen Kraft des Universalismus ändert dies nichts.
- Sarrazin, Thilo**, Der neue Tugendterror. Über die Grenzen der Meinungsfreiheit in Deutschland, München 2014 (*Deutsche Verlags-Anstalt*), 397 S. – Der Autor von *Deutschland schafft sich ab* übt heftige Kritik an den Grenzen der Meinungsfreiheit. Viele seiner pointiert formulierten Monita sind nicht aus der Luft gegriffen.
- Schaal, Gary S./Matthias Lemke/Claudia Ritzi** (Hrsg.), Die Ökonomisierung der Politik in Deutschland. Eine vergleichende Politikfeldanalyse, Wiesbaden 2014 (*Springer VS*), 270 S. – Anhand zentraler Felder der deutschen Politik hinterfragt der Band die Ökonomisierung kollektiv verbindlicher Entscheidungen, wobei Ökonomisierung, Michel Foucault folgend, pauschal dem Bezugssystem des Neoliberalismus als Herrschaftstechnik zugeschlagen wird. Die Beiträge reichen von Sozial- und Beschäftigungspolitik bis hin zu Kultur- und Bildungspolitik.
- Schäfer, Kurt/Peter Seemann**, DDR-Marine 1949-1990, Stuttgart 2014 (*Motorbuch*), 287 S. – Knut Schäfer und Peter Seemann präsentieren mit ihrer 287 Seiten starken Monographie eine vollumfängliches Kompendium über die Marine der DDR von 1949 bis zum Ende der DDR 1990. Einführend mit einer kurzen Geschichte der DDR-Marine und der Darstellung der internen Struktur, widmet sich der Band auf knapp 170 Seiten umfangreich den verschiedenen Kampf-, Sicherungs-, und Hilfsmitteln der Volksmarine. Schließend mit den verschiedenen Schiffen und Waffen der DDR-Marine, liefert der Band für alle Interessierte ein gutes Bild von den verschiedenen Facetten der Marine der DDR.
- Scheer, Udo**, Wir kommen wieder! Plauen 89 – eine Stadt demonstriert sich nach Deutschland, Halle (Saale) 2014 (*Mitteldeutscher Verlag*), 253 S. – Der Autor, selber Bürgerrechtler aus Jena, setzt in diesem recht bebilderten Band der sächsischen Stadt Plauen eine Art Denkmal, 25 Jahre nach der Friedlichen Revolution. In Plauen wurde vom 7. Oktober 1989 an jedem Samstag demonstriert – bis zum 17. März 1990, einen Tag vor der ersten demokratischen Volkskammerwahl.
- Schieren, Stefan** (Hrsg.), Populismus – Extremismus – Terrorismus, Schwalbach/Ts. 2014 (*Wochenschau Verlag*), 128 S. – Der Sammelband gibt anhand von fünf Beiträgen namhafter Wissenschaftler eine Kurzeinführung in die Themenbereiche Populismus, Extremismus und Terrorismus. Dabei werden diese nicht – wie sonst häufig üblich – getrennt voneinander aufgegriffen, sondern es ist im Buch eine klare und zielführende Struktur erkennbar, die den gesamten Themenkomplex umschließt. Zunächst findet sich ein Übersichtsbeitrag über die Herausforderung und Wandlungsfähigkeit der drei Themenbereiche. Im Anschluss wird in einem Beitrag ein Phänomen thematisiert, das ansonsten häufig ausgelassen wird, im vorliegenden Zusammenhang aber eine sehr wichtige Rolle spielt: Parteien als Träger von Extremismus im rechten und linken Spektrum. So wird deutlich, dass Populismus und Extremismus keine gesellschaftlichen Randphänomene sind, sondern es vielerorts – teilweise prozentual zweistellig – bis in die Parlamente geschafft haben. Im Anschluss daran werden in drei Beiträgen der Extremismus und Terrorismus von links (RAF), rechts (NSU) und im islamistischen Phänomenbereich analysiert. Das Buch überzeugt durch seine kompakten Darstellungen unter einer sehr stringenten Struktur.

Schlemmer, Thomas/Hans Woller (Hrsg.), *Der Faschismus in Europa. Wege der Forschung*, München 2014 (*de Gruyter/Oldenbourg*), 146 S. – Seit geraumer Zeit bringt das Münchner Institut für Zeitgeschichte die kleine Reihe „Zeitgeschichte im Gespräch“ heraus. Während einzelne Bände so oberflächlich wie überflüssig erscheinen, gilt für die anderen das Gegenteil – so auch in diesem Fall. Denn dem von Thomas Schlemmer und Hans Woller organisierten Band gelingt es unter Beteiligung hochkarätiger internationaler Experten auf knappem Raum und in pointierter Form aktuelle Forschungsfragen des Faschismus zu bündeln. Lesenswert ist gleich zu Beginn die Einführung der Herausgeber zu „Konjunkturen der Faschismusforschung“, die sie zwischen den Polen „politischer Deutungskampf“ und „wissenschaftliche Deutungsmacht“ ansiedeln.

Schmitt, Carl, *Volksentscheid und Volksbegehren*. Ein Beitrag zur Auslegung der Weimarer Verfassung und zur Lehre von der unmittelbaren Demokratie, Berlin 2014 (*Duncker & Humblot*), 91 S. – Es handelt sich um die mit Korrekturen aus dem Nachlass versehene Neuveröffentlichung des am 11. 12. 1926 gehaltenen Referats in der Juristischen Gesellschaft zu Berlin, das 1927 in den Beiträgen zum ausländischen öffentlichen Recht und Völkerrecht veröffentlicht wurde. Verfassungsrechtlich stehen Art. 73 WRV, staats-theoretisch die Begriffe Volk und Demokratie im Zentrum, sodass es sich zwischen Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus (1923) und der Verfassungslehre (1928) einfügt.

Schmitt-Beck, Rüdiger/Hans Rattinger/Sigrid Roßteutscher/Bernhard Weßels/Christof Wolf (Hrsg.), *Zwischen Fragmentierung und Konzentration – Die Bundestagswahl 2013*, Baden-Baden 2014 (*Nomos*), 381 S. – Der Band bilanziert und analysiert umfassend die Bundestagswahl 2013. Er ist folgenden Schwerpunkten gewidmet: der „Ausgangslage“ zwischen „dominanter Union“ und „taumelnder FDP“, dem Wahlkampf, dem Wahlergebnis, der Aufschlüsselung und Erläuterung des Wählerverhaltens, der Parteiwahl (anhand verschiedener Parameter von Ideologie über Sachfragen zu Spitzenkandidaten) sowie der Regierungsbildung. Unter den Autoren dominieren eindeutig die Empiriker.

Schneider, Michael, *In der Kriegsgesellschaft. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1939 bis 1945*, Bonn 2014 (*J.H.W. Dietz Nachf.*), 1509 S. – Die voluminöse Gesamtdarstellung zur organisierten Arbeiterschaft in Deutschland während des Zweiten Weltkrieges behandelt drei zentrale Bereiche: die Einbindung in die Kriegsführung, das Arbeiterleben im Krieg und den politischen Widerstand im Exil und in der Illegalität.

Schölderle, Thomas (Hrsg.), *Idealstaat oder Gedankenexperiment? Zum Staatsverständnis in den klassischen Utopien*, Baden-Baden 2014 (*Nomos*), 320 S. – Gerade in Krisenzeiten haben Utopien und der Wunsch nach der Schaffung eines Idealstaates Konjunktur. In gelungenen Einzelstudien versammelt der Band vielfältige utopische Staats- und Gesellschaftsmodelle, die ungeachtet manch paralleler Strukturierung durch ein erhebliches Maß von Pluralismus gekennzeichnet waren. Die Miniaturen von einzelnen Denkern von Platon bis Richard Rorty werden durch eine Forschungsschneisen aufzeigende Einleitung (Thomas Schölderle) wie einen Ausblick des deutschen Mr. Utopia (Richard Saage) zum „analytischen Potenzial des klassischen Utopiebegriffs“ abgerundet.

- Schreiber, Martin/Clemens Zimmermann** (Hrsg.), Journalism and Technological Change. Historical Perspectives, Contemporary Trends, Campus, Frankfurt a.M./New York 2014 (*Campus*), 291 S. – Der Sammelband fußt auf Vorträgen einer wissenschaftlichen Konferenz, die bereits im März 2013 stattfand – also vor den Enthüllungen Edward Snowdens. Die 13 Autoren gehen in zwölf Beiträgen der Verquickung von technologischer Entwicklung, Medien und Journalismus nach. Auch wenn diese, jenseits des Aufkommens des Internets, nicht neu ist, hat doch gerade letzteres einen gravierenden Wandel hervorgerufen. Die traditionellen, verlagsbasierten Printmedien geraten unter Druck; neben professionelle Medienunternehmen, ob privat oder öffentlich, treten Einzelpersonen, Laien, Autodidakten als Nachrichten- und Medienmacher. Dies wie der technologische Wandel führen zu einer innerhalb weniger Jahre völlig veränderten Medienlandschaft, zu neuen journalistischen Gattungen, einer wachsenden Personalisierung und Emotionalisierung der Berichterstattung, weiterentwickelten Recherchemethoden, Schreibformen sowie zu intensiver Nutzerbeteiligung. Die „Konsequenzen“ all dessen müssten indes zunächst weiter „untersucht“ werden, um sie zu „verstehen“, schreibt Karin Wahl-Jorgensen (S. 280).
- Schröter, Hans Jörg**, Einwanderungspolitik in Deutschland. Wegducken, Wegschauen, Einknicken? Köln 2014 (*Lingen Verlag*), 304 S. – Das Buch, welches auf Defizite der deutschen Einwanderungspolitik aufmerksam machen will, zeichnet sich aus durch Verallgemeinerungen und Vorurteile gegenüber Zuwanderung und kultureller Vielfalt.
- Schütt, Hans-Dieter**, Günter Gaus. Von den Hoffnungen eines Skeptikers, Berlin 2014 (*Karl Dietz*), 175 S. – Es handelt sich um keine Biographie, sondern um eine bewertende Kommentierung einzelner Lebensstationen von Gaus, wobei mit Blick auf den Autor wenig überraschend neben Gaus' Sendung „Zur Person“ vor allem sein Verhältnis zur DDR, zum Kommunismus und zur Sozialdemokratie steht. Schütt präsentiert Gaus als Unangepassten und Gescheiterten im „Jahrhundert der Überzeugungen“ und meint damit nicht nur den Untergang einer bestimmten Form bürgerlicher Elite, sondern auch sich selbst. Sprachlich makellos, im Urteil selbstsicher bis insolent.
- Schwan, Heribert/Jens Tilman**, Das Vermächtnis. Die Kohl-Protokolle, München 2014 (*Heyne*), 256 S. – Das Buch ist weder Vermächtnis noch Protokoll. Stattdessen versammelt es Zitate des Altkanzlers, die nur Bruchstücke der 630 Stunden Tonbandmaterial preisgeben, das in Gesprächen Heribert Schwans mit Helmut Kohl in der Zeit von März 2001 bis Oktober 2002 entstanden ist. Hier wird nichts Großes überliefert, sondern allzu Menschliches im Angesicht des Machtverlustes und des Todes von Kohls erster Ehefrau. Schwan schreibt: „Ich war stolz, dass er mich brauchte“ (S. 39). Da dies nicht die einzige derartige Stelle im Buch ist, sagt es mindestens ebenso viel über die Autoren aus wie über den früheren Politiker.
- Shore, Marci**, Der Geschmack von Asche. Das Nachleben des Totalitarismus in Osteuropa, München 2014 (*C. H. Beck*), 376 S. – 1994 äußerte der polnisch-US-amerikanische Politologe Zbigniew Brzezinski, dass die Überwindung des Kommunismus in Osteuropa ebenso lang andauern würde wie seine eigentliche Existenz. Die Yale-Professorin zieht nach über 20 Jahren Zwischenbilanz und versucht die kollektiven Identitäten und mentalen Prägungen im postkommunistischen Europa zu ergründen.
- Silke, Andrew** (Hrsg.), Prisons, Terrorism and Extremism. Critical Issues in Management, Radicalisation and Reform, London/New York 2014 (*Routledge*), 290 S. – Die Beiträge des Bandes gehen der Frage nach, was mit Extremisten/Terroristen in Gefängnissen und nach ihrer Entlassung geschieht. Eine wichtige Erkenntnis lautet: Gefängnisse sind nicht notwendigerweise „Universitäten des Terrors“.

- Sinn, Andrea**, Jüdische Politik und Presse in der frühen Bundesrepublik, Göttingen/Bristol 2014 (*Vandenhoeck & Ruprecht*), 400 S. – Diese akribisch aus den Quellen (vor allem zahllosen ungedruckten) gearbeitete Studie geht auf eine Münchner Dissertation zurück. Der Autorin gelingt es, ein multiperspektivisches Bild jüdischer Presse und Politik in den ersten zwei Jahrzehnten der Bundesrepublik zu zeichnen, indem sie sich dem Thema über die Akteure (Karl Marx, Hendrik G. van Dam), die Institutionen („Jüdische Allgemeine“, Zentralrat der Juden in Deutschland) sowie ausgewählte politische Prozesse und Streitfragen annähert. Der biografische Zugang behält ein leichtes Übergewicht, was aber der Lesbarkeit der Studie entgegenkommt.
- Stahl, Bernhard**, Internationale Politik verstehen, Opladen 2014 (*Budrich*), 314 S. – Dieser Band bietet einen hervorragenden Einstieg für das Verständnis der Internationalen Politik und ist daher für Studienanfänger bestens geeignet. Er besticht durch den einheitlichen Kapitelaufbau und einer gut verständlichen Sprache. Zur besseren Verdeutlichung des Gelesenen wird jedes Kapitel durch Übungsaufgaben und vertiefender Literatur erweitert. Dieses Einführungswerk zur Internationalen Politik sollte zum Standardrepertoire eines jeden Studierenden der Politikwissenschaft gehören.
- Staniforth, Andrew**, Preventing Terrorism and Violent Extremism, Oxford 2014 (*Oxford University Press*), 283 S. – Der Autor bemüht sich um eine differenzierte Bestimmung des derzeitigen terroristischen Bedrohungspotentials in Großbritannien und erörtert Möglichkeiten effektiver Prävention und Repression.
- Szabó, István**, An der Grenze von Demokratie und autoritärem Regime. Charakteristische Merkmale der ungarischen Staatsorganisation in der Zwischenkriegszeit, Baden-Baden 2014 (*Nomos*), 218 S. – Die systemimmanente Darstellung des politischen System Ungarns in der Zwischenkriegszeit bleibt überwiegend verfassungstheoretisch fundiert, was sich nicht zuletzt in dem irreführenden Untertitel widerspiegelt – die Grenze zum autokratischen System war verfassungspraktisch bereits Anfang der 1930er Jahre deutlich überschritten.
- Taguieff, Pierre-André**, Du Diable en politique. Réflexions sur l'antilepénisme ordinaire, Paris 2014 (*CNRS Éditions*), 389 S. – Der Autor nimmt vor allem linke Klischees der politischen Auseinandersetzung mit dem „Front national“ aufs Korn und seziert die damit verbundenen intellektuellen Verbiegungen.
- Temme, Evelyn**, Von der Bildung des Politischen zur politischen Bildung. Politikdidaktische Theorien mit Hannah Arendt weitergedacht, Frankfurt a.M. 2014 (*Peter Lang Edition*), 347 S. – Die Autorin der an der Hochschule in Vechta entstandenen Dissertation versucht die Idee des Politischen von Hannah Arendt (Freiheit, Pluralismus, Öffentlichkeit) als Grundlage einer modernen politischen Bildung weiterzuentwickeln.
- Terhoeven, Petra**, Deutscher Herbst in Europa. Der Linksterrorismus der siebziger Jahre als transnationales Phänomen, München 2014 (*Oldenbourg*), 712 S. – Auf breiter Quellengrundlage zeichnet Petra Terhoeven in ihrer Göttinger Habilitationsschrift die Geschichte der vom Terrorismus geprägten 1970er Jahre nach. Sie sensibilisiert vor allem für grenzüberschreitende Netzwerke – ob ideologischer oder organisatorischer Art – sowie für die Ausstrahlungskraft des deutschen Linksterrorismus (und seiner Bekämpfung) in Italien und Frankreich.
- Thüringer Landtag** (Hrsg.), Bericht des Untersuchungsausschusses 5/1 „Rechtsterrorismus und Behördenhandeln“, 5. Wahlperiode, Drucksache 8080, 3 Bde., Erfurt 2014 (*BELTZ*), 1896 S. – Der Bericht bietet für die Beantwortung der Frage, warum der NSU so lange unentdeckt seinem mörderischen Treiben nachgehen konnte, eine Fülle an Informationsmaterial; denn: Der Schlüssel hierzu liegt in Thüringen.

- Tocqueville, Alexis de**, Über die Demokratie in Amerika. Ausgewählt und herausgegeben von J. P. Mayer, Stuttgart 2014 (*Reclam*), 392 S. – Der unveränderte Nachdruck von 1985 in preisgünstiger Ausgabe der gelben Reclam-Bändchen dürfte den dauerhaften Wert eines Klassikers des politischen Denkens „materiell“ unterstreichen, der ungeachtet des Trends hin zu „digital humanities“ weiterhin in Buchform gelesen wird. In den Worten Carl J. Burckhardts, dessen Vorwort von 1956 sich hier erneut abgedruckt findet, liefere Tocqueville aus „wahrhaft mitreißenden geistigen Wagnissen“ gewonnene „große politische Erfahrung“ von nachhaltigem Rang.
- Trabold, Harald**, Kapital Macht Politik. Die Zerstörung der Demokratie, Marburg 2014 (*Tectum*), 536 S. – Der Osnabrücker Ökonom übt profund Kritik an undemokratischen Herrschaftsdomänen durch Finanzmärkte und Großkonzerne, wiewohl seine Lösungsansätze (Nachhaltigkeit, Bildung, Aufklärung) nicht über Allgemeinplätze stärkerer Bürgerbeteiligung hinausgehen.
- Trittel, Katharina/Stine Marg/Bonnie Pülm**, Weißkittel und Braunhemd. Der Göttinger Mediziner Rudolf Stich im Kaleidoskop, Göttingen 2014 (*Vandenhoeck & Ruprecht*), 290 S. – Die am Göttinger Institut für Demokratieforschung entstandene Studie untersucht die Rolle des „Meisters der Chirurgie“ während der Zeit des Nationalsozialismus multiperspektivisch – als Bürger, Mediziner und Hochschullehrer im NS-System.
- Trittin, Jürgen**, Stillstand made in Germany. Ein anderes Land ist möglich!, Gütersloh 2014 (*Gütersloher Verlagshaus*), 255 S. – Nach dem Zurücktreten aus der ersten Reihe der Bundespolitik stellt Trittin seine – mit Ralph Obermayer verfasste – Positionsbestimmung vor. Im Zentrum steht die politisch zu gestaltende Vereinbarkeit von Demokratie und Kapitalismus resp. Wachstum, um schließlich für das Projekt der Mehrheit der linken Mitte zu werben. Nur: Ist das mit der LINKEN zu machen?
- Tyrell, Hartmann**, „Religion“ in der Soziologie Max Webers, Wiesbaden 2014 (*Harrassowitz*), 356 S. – Der sehr lesenswerte Band versammelt die in den 90er Jahren erstmals veröffentlichten Arbeiten zu Webers Religionssoziologie. Tyrell konkretisiert und kontextualisiert nicht nur zahlreiche – in der Forschung eher als Stichworte herumgeisternde – Begrifflichkeiten Webers, sondern nimmt dessen Thesen als Inspiration für eigene religionswissenschaftlichen Studien.
- Ulfkotte, Udo**, Gekaufte Journalisten. Wie Politiker, Geheimdienste und Hochfinanz Deutschlands Massenmedien lenken, Rottenburg 2014 (*Kopp Verlag*), 336 S. – Der frühere Journalist der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, der kräftig „die“ Medien kritisiert, ist wahrlich nicht frei von Rundumschlägen mit verschwörungstheoretischem Tenor.
- Urschel, Martin**, The Wire. Netzwerke und Gewalt, Baden-Baden 2014 (*Nomos*), 104 S. – Die Analyse der hochgelobten amerikanischen Kriminalserie betont filmwissenschaftliche Aspekte wie Ästhetik und Dramaturgie. Hingegen wird die inhaltliche Auseinandersetzung mit den Herausforderungen und Grenzen der US-(Anti)-Drogenpolitik nur am Rande behandelt.
- U.S. Department of State/Office of the Coordinator for Counterterrorism** (Hrsg.), Country Reports on Terrorism 2013, Washington D.C. 2014 (*Bezugsadresse*: <http://www.state.gov>), 218 S. – Der Bericht bilanziert die Aktivitäten terroristischer Gruppen auf allen Kontinenten und beleuchtet knapp deren Organisation, Ideologie und Strategie.
- Vigoda-Gadot, Eran/Shlomo Mizrahi** (Hrsg.), Managing Democracies in Turbulent Times. Trust, Performance, and Governance in Modern States, Heidelberg/Berlin 2014 (*Springer*), 199 S. – Der Vertrauensverlust der Bürger in das Leistungspotenzial des demokratischen Staates stellt die Ursache seiner heutigen Krisen dar. Die Herausforderungen moderner Demokratien werden umfassend analysiert. Zusätzlich werden originelle Lösungsansätze durch die Verknüpfung mit betriebswirtschaftlichen Instrumenten zur Stärkung der Demokratie angeboten.

- Voigt, Sebastian/Heinz Sünker** (Hrsg.), Arbeiterbewegung – Nation – Globalisierung. Bestandsaufnahme einer alten Debatte, Weilerswist 2014 (*Velbrück Wissenschaft*), 232 S. – Die kritische Auseinandersetzung mit dem Spannungsverhältnis zwischen dem internationalistischen Anspruch der Linken und dem Bezug auf die Nation steht im Mittelpunkt dieses Bandes, der als Ergebnis einer Konferenz der Hans-Böckler-Stiftung entstand. Die Beiträge reichen von historischen Analysen, der Betrachtung der Gewerkschaften- und Klassenbildung bis hin zur Untersuchung gewerkschaftlicher Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Nationalismus. Förmlich bewegen sie sich zwischen wissenschaftlichem Aufsatz, Essay und provokativen Appellen.
- Wagner, Ulrike/Christa Gebel**, Jugendliche und die Aneignung politischer Information in Online-Medien, Wiesbaden 2014 (*Springer VS*), 193 S. – Die Autorinnen untersuchen Kriterien Jugendlischer zur Selektion von Medienangeboten im Internet, ihre alltäglichen Informationsroutinen sowie Formen und Muster ihres Medienhandelns. Auch vor dem Hintergrund heutiger Anforderungen an die Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen liefert diese lesenswerte Studie einen wertvollen Beitrag zum bisher unzureichend erforschten Verständnis ihres Medienkonsums und ihrer (politischen) Beteiligung.
- Wehler, Hans-Ulrich**, Die Deutschen und der Kapitalismus. Essays zur Geschichte, München 2014 (*C.H. Beck*), 173 S. – Der kürzlich verstorbene Historiker Hans-Ulrich Wehler war ein Meister der großen wie der kleinen Form. Die hier versammelten Essays weisen ihn ein letztes Mal als Autor der zugespitzten These und pointierten Formulierung aus, dem es regelmäßig glückt, historisches Wissen in aktuelle, zum Teil brisante Debattenzusammenhänge zu bringen. Anders als es der Titel andeutet, präsentiert der Band ein breites Themenspektrum, das von der „Spiegel-Affäre“ am Beginn der 1960er Jahre über eine Kritik an Ernst Forsthoff und ein Lob für Fritz Stern bis zur Diagnose wachsender Ungleichheit in der gegenwärtigen Bundesrepublik reicht.
- Weißmann, Karlheinz**, 1914. Die Erfindung des hässlichen Deutschen, Berlin 2014 (*J. F. Verlag*), 205 S. – Opulent gestalteter Text- und Bildband im Großformat eines Intellektuellen aus einer dezidiert nationalen Richtung.
- Wemheuer, Felix** (Hrsg.), Linke und Gewalt. Pazifismus, Tyrannenmord, Befreiungskampf, Wien 2014 (*Promedia Verlag*), 173 S. – Der Band dokumentiert die Rolle der Gewalt beim Sturz des Kapitalismus. Tenor: „Eine erfolgreiche friedliche soziale Revolution hat es in der modernen Geschichte bisher nicht gegeben, da sich die Reichen und Mächtigen mit allen Mitteln (von Militärputschen bis zum Krieg) gewehrt haben, um ihr Eigentum, ihre Privilegien und ihr soziales Kapital zu verteidigen.“
- Wettstein, Adrian E.**, Die Wehrmacht im Stadtkampf 1939-1942, Paderborn 2014 (*Ferdinand Schöningh*), 452 S. – Die an der Universität Bern entstandene Dissertation verengt die Thematik leider sowohl räumlich (Ostfront) als auch zeitlich, wobei gerade der Vergleich von Angriffs- und Verteidigungskrieg in den Städten ein umfassenderes Bild gezeichnet hätte.
- Wodianka, Stephanie/Juliane Ebert** (Hrsg.), Metzler Lexikon moderner Mythen. Figuren, Konzepte, Ereignisse, Stuttgart 2014 (*Verlag J. B. Metzler*), 398 S. – Das Lexikon mit 123 Stichworten zum Thema „moderne Mythen“ ist originell. Es enthält Orte (z. B. Preußen), Personenfiguren (z. B. Che Guevara), Ereignisse (z. B. Mauerfall/„Wende“) und Ideen, Konzepte, Institutionen (z. B. Marxismus-Leninismus). Nicht immer werden Mythen entmythologisiert. Das gilt nicht für Herfried Münklers „Dresden“.
- Yilmaz-Günay, Koray/Freya-Maria Klinger** (Hrsg.), Realität Einwanderung. Kommunale Möglichkeiten der Teilhabe, gegen Diskriminierung. Crashkurs Kommune 9, Hamburg 2014 (*VSA Verlag*), 119 S. – Das feuilletonistisch geschriebene Buch richtet sich explizit an linke Lokalpolitiker und bietet allen in dem Bereich Interessierten und Engagierten lediglich im letzten Viertel detaillierte, dennoch recht knapp gehaltene, Hinweise auf lokale Kampagnen und Programme.

- Yousefi, Hamid Reza** (Hrsg.), Demokratie im Islam. Analysen – Theorien – Perspektiven, Münster/New York 2014 (*Waxmann*), 136 S. – Der Sammelband will sich dem Vorwurf stellen, dass Demokratie und Islam nicht zueinander passen. Natürlich können die kurzen Beiträge dies nur teilweise einlösen. Aus politiktheoretischer Sicht ist das Vorgehen, nach dem Demokratiebegriff zu fragen und dessen liberale Verengung im „Westen“ zu kritisieren sicherlich plausibel. Entscheidender ist jedoch die Frage nach demokratischen Institutionen und Verfahren. Weder die angeführte Barmherzigkeit der Religion noch der Gegenvorwurf an den Neoliberalismus können sie überflüssig machen.
- Zagańczyk-Neufeld, Agnieszka**, Die geglättete Revolution. Das Politische und der Umbruch in Polen 1976-1997, Paderborn 2014 (*Ferdinand Schöningh*), 454 S. – Die in Bochum entstandene geschichtswissenschaftliche Dissertation umfasst nicht nur die Schlüsseljahre des revolutionären Prozesses 1989/90, sondern ebenso dessen Vor- und Nachgeschichte, wiewohl die Analyse der Demokratisierung quantitativ und qualitativ gegenüber der Darstellung vor 1990 deutlich abfällt.
- Zedler, Jörg** (Hrsg.), „Was die Welt im Innersten zusammenhält“. Gesellschaftlich-staatliche Kohäsionskräfte im 19. und 20. Jahrhundert, München 2014 (*Utz*), 213 S. – Die versammelten Beiträge des 3. Karl Graf Spreti-Symposiums fragen nach den Kräften, „die den Zusammenhalt von Gesellschaften ausmachen“ (9). Die diagnostizierten sozialen Kohäsionskräfte erweisen sich als sehr heterogen: das kulturelle Erbe, die geschichtspolitische Erinnerung, die Suche nach Helden und Mythen, der konstruierte politische Feind oder der schlichte ökonomische Erfolg. Leider fehlen integrationstheoretische Überlegungen, die das weite Feld systematisieren könnten.
- Zetti, Daniel**, Das Programm der elektronischen Vielfalt. Fernsehen als Gemeinplatz in der BRD, 1950-1980, Zürich 2014 (*Chronos Verlag*), 247 S. – Seit Mitte des 20. Jahrhunderts hat sich das Fernsehen als ein zentrales Medium deutscher Öffentlichkeit etabliert. Zetti untersucht in dieser Studie die politische Vermittlungsfunktion des Fernsehens vor dem Hintergrund der technischen Produktionsverfahren. Er verbindet dabei rundfunk- und technikhistorische Ansätze mit kulturhistorischen Aspekten, um die gesellschaftliche Funktion des Fernsehens und Formen der Medialisierung in der Zeit des öffentlichen rechtlichen Medienmonopols zu untersuchen.
- Ziemann, Benjamin**, Veteranen der Republik. Kriegserinnerung und demokratische Politik 1918-1933, Bonn 2014 (*J.H.W. Dietz Nachf.*), 381 S. – Der Sheffielder Historiker Benjamin Ziemann liefert einen wesentlichen Beitrag zur Gewaltgeschichte und deren Kontinuität zwischen Erstem Weltkrieg und Weimarer Republik. Diese 2013 bereits auf Englisch erschienene Studie zeigt, wie unterschiedlich politische Gewalt sich ausformen und transformiert werden konnte. So wandelten sich manche sozialdemokratische Kriegsveteranen zu Pazifisten, andere zu „militant democrats“ im wahrsten Wortsinne, die das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold hochhielten. Ziemanns Monographie ist einer der wichtigsten Beiträge der letzten Jahre zu Weimars Kulturgeschichte der Politik.

U.B./A.G./E.J.

Zeitschriftenauslese

Faessler, Judith, Islamismus und Rechtsextremismus – Wechselseitige Perzeptionen, Konfrontationen und Kooperationen, in: *Totalitarismus und Demokratie* 11 (2014), H. 1, S. 73-94. – Die Geschichte der Interdependenzen zwischen Islamismus und Rechtsextremismus beinhaltet zwei Kernelemente: Antisemitismus und Islamophobie. Von islamistischer Warte sind die Muslime in beiden Punkten Opfer: im ersten Opfer „der Juden“, sei es einer weltweiten „Verschwörung“, sei es Israels, im zweiten Opfer von Feinden des Islams. Der Beitrag zeigt anhand der Geschichte der Muslimbrüder, des Salafismus und des Schia-Islamismus die jeweilige Aneignung des Antisemitismus und die Wahrnehmung der Muslimfeindlichkeit. Punktueller Kooperationen mit rechtsextremen Vereinigungen resultieren aus ideologischen Schnittmengen insbesondere im Bereich des Antisemitismus. Für die Zukunft, so die Autorin, sei verstärkt mit Konfrontationen zwischen Islamisten und Islamophoben zu rechnen, die schon bald die öffentliche Debatte und Wahrnehmung beider Formen des Extremismus bestimmen könnten.

Holzhauser, Thorsten, „Niemals mit der PDS“? Zum Umgang der SED mit der SED-Nachfolgepartei zwischen Ausgrenzungs- und Integrationsstrategie (1990-1998), in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 62 (2014), H. 2., S. 285-308. – Die im Oktober 1989 in der DDR gegründete Sozialdemokratie stand der SED feindlich gegenüber, zunächst auch der PDS. Jegliche Koalition mit ihr wurde abgelehnt. Mit der Stabilisierung der PDS und der Stagnation der SPD in den neuen Ländern begann sich dies zu ändern. Beim Streit um das „Magdeburger Modell“ 1994 brachen die Gegensätze innerhalb der SPD offen auf. Diese verliefen nicht nur zwischen Ost- und Westdeutschen. Durch die Wahl Oskar Lafontaines zum Parteivorsitzenden der SPD 1995 gewann die Richtung um Harald Ringstorff an Zuspund, die bereit war, ein Bündnis mit der PDS einzugehen. Die SPD einigte sich 1989 auf einen Kompromiss: keine Koalition mit der PDS im Bund, autonome Entscheidung in den Ländern. 1998 wurde unter Ringstorff in Mecklenburg-Vorpommern die erste Koalition der SPD mit der PDS gebildet. Gleichwohl gab es innerhalb der SPD keine in sich schlüssige Gesamtstrategie im Umgang mit der PDS.

Mozaffari, Mehdi, Aufkommen und Entwicklung des Islamismus – im Licht des europäischen Totalitarismus, in: *Totalitarismus und Demokratie* 11 (2014), H. 1, S. 15-28. – Der an der Universität Aarhus lehrende Politikwissenschaftler iranischer Herkunft zeigt in seinem Beitrag, dass die Ursprünge des Islamismus geographisch und zeitlich mit den historischen Bedingungen korrelieren, innerhalb derer sich die drei erfolgreichsten totalitären Bewegungen Europas: Bolschewismus, Faschismus und Nationalsozialismus, zu etablieren vermochten. Wie eine vergleichende Betrachtung von Reaktionen auf den Ersten Weltkrieg offenbart, lassen sich nicht nur im europäischen, sondern auch im muslimischen Kulturkreis Manifestationen von Anomieerfahrungen eruieren, die zu Versuchen animierten, den verlorenen Ruhm der Vergangenheit wiederherzustellen und eine alternative politisch-moralische Ordnung zur bestehenden Moderne auf den Weg zu bringen.

Mudde, Cas, The Far Right and European Elections, in: *Current History* 100 (2014), H. 1, S. 98-103. – Die Medienkommentatoren teilten Cas Mudde zufolge im Vorfeld der Europawahlen vom Mai 2014 weithin zwei Annahmen: (1) Die Rezession in vielen europäischen Staaten habe den Aufstieg der „extremen Rechten“ begünstigt, so dass sie sich (2) anschicke, stärker als je zuvor ins Europaparlament einzuziehen. Beide Annahmen werden vom Verfasser mit überzeugenden Argumenten zurückgewiesen. Erstens müsse die Vielfalt der Rechtsaußenparteien berücksichtigt werden, die keineswegs alle unisono die EU in ihren Fundamenten angriffen. Und zweitens gebe es Mitgliedstaaten, in denen die betreffenden Parteien keine Erfolge erzielen könnten, auch solche mit ausgeprägter Wirtschaftskrise wie Irland, Portugal und Spanien. Als wichtigsten Grund für den wenig ausgeprägten Zusammenhang zwischen Wirtschaftskrise und dem Erfolg rechtsextremer Parteien sieht der Autor Ingelharths Postmaterialismusthese. Da ökonomische Gründe in solchen Zeiten in den Vordergrund träten und Rechtsaußenparteien meist wenig wirtschaftliche Kompetenz ausstrahlten, könnten sie von einer Wirtschaftskrise vielfach nicht profitieren.

Nestler, Christian/Jan Rohgalf, Eine deutsche Angst – Erfolgreiche Parteien rechts von der Union. Zur AfD und den gegenwärtigen Gelegenheitsstrukturen des Parteienwettbewerbs, in: *Zeitschrift für Politik* 61 (2014), H. 4, S. 389-413. – So jung die Partei *Alternative für Deutschland* (AfD) ist und so ungewiss ihre Zukunft erscheinen mag, wird eine aktualitätsfixierte Regierungslehre doch herausgefordert, auch solche noch schwer abschätzbare Phänomene innerhalb des Parteiensystems genauer zu taxieren. Die Rostocker Politikwissenschaftler Christian Nestler und Jan Rohgalf liefern eine gründliche Skizze zur AfD, die auf einer überaus soliden empirischen Basis ruht. Sie erörtern vor allem jene „Gelegenheitsstrukturen“, die eine „Lücke im Parteienwettbewerb“ für die AfD haben entstehen lassen (u.a. Mitte-Tendenz der CDU, Große Koalition, Eurokrise), aber auch die Strategien der – vermeintlichen – „Alternative“ (v.a. Populismus, Selbstviktimsierung).

Oswald, Michael, Verbot trotz Bedeutungslosigkeit? Die NPD, ihre Strategie und die Erfolgsaussichten des neuen Verbotsantrags, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 45 (2014), H. 2, S. 440-460. – Der Passauer Politikwissenschaftler Michael Oswald bietet eine aktuelle und fundierte Bestandsaufnahme zur Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD). Er erörtert deren extremistischen Charakter, bevor er verschiedene, zum Teil sich widersprechende strategische Ansätze der Partei vorstellt: „Intellektualisierung im Rechtsradikalismus“, „Öffentlichkeitswirksamkeit“, „Annäherung an die politische Mitte“ sowie „Speerspitze des ‚Nationalen Widerstandes‘“. Die Bilanz fällt unter dem Strich ernüchternd aus, denn anhaltende Erfolge konnte die NPD in keinem Fall erzielen. Insoweit geht die Diskussion um ein „Verbot einer irrelevanten Partei“ für den Autor am Kern einer geeigneten Rechtsextremismus-Bekämpfung vorbei. Denn: „Das Ende der Partei bewirkt keine Katharsis: Rassismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit finden sich in Teilen der Gesellschaft wieder – die NPD hingegen steht weit im Abseits“ (S. 460).

Vatlin, Alexander, Weltrevolutionär im Abseits. Der Kommissar der bayerischen Räterepublik Tobias Axelrod, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 62 (2014), H. 4, S. 515-536. – Angesichts des herannahenden hundertjährigen Jubiläums der revolutionären Umbrüche in Deutschland in den Jahren 1918/19 widmet sich der Moskauer Historiker Alexander Vatlin dem mittlerweile vergessenen „Weltrevolutionär im Abseits“ Tobias Axelrod. Um ein genaues Bild dieses politischen Kommissars (beim Volksbeauftragten für Finanzen) der bayerischen Räterepublik zu zeichnen, hat der Autor deutsche und – schwer zugängliche – russische Archive durchstöbert. So sehr Axelrod eine Minderheitenposition innerhalb der deutschen Revolution von 1918/19 mit propagieren half, nämlich ein Rätemodell nach sowjetischem Muster durchzusetzen, bewahrte ihn dieses Engagement doch nicht vor seinem späteren Schicksal: Schließlich sollte er Stalins Terror zum Opfer fallen und als Opfer des dritten Moskauer Schauprozesses im März 1938 erschossen werden.

Wetzel, Juliane, Erscheinungsformen und Verbreitung antisemitischer Einstellungen in Deutschland und Europa, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 64 (2014), H. 28-30, S. 24-30. – Parteien, die mit antisemitischen Inhalten agieren, sind in vielen Ländern immer noch ein Randphänomen. Umfragen zeigen jedoch, dass in einer Reihe von europäischen Ländern das Potenzial antisemitischer Haltungen zum Teil weit über jenes hinausgeht, das traditionell in rechtsextremen Parteien zu vermuten ist. Deshalb sind etwa in Deutschland Programme gegen Rechtsextremismus wichtig, sie dürfen aber nicht die falsche Hoffnung bedienen, es werde damit gleichzeitig Antisemitismus bekämpft. Antisemitische Vorurteile, Ressentiments und Stereotype sind nicht auf das rechtsextreme Lager beschränkt, sondern finden sich auch in anderen politischen Spektren und ebenso in Teilen der Mehrheitsgesellschaft.

Verzeichnis der besprochenen Bücher

- Ahbe, Thomas/Michael Hofmann/Volker Stiehler (Hrsg.), Öffentliche Debatten der Bevölkerung im Herbst 1989 – 382
- Allafi, Mohammad Hossein/Sabine Allafi, Iran – 445
- Altrichter, Helmut/Wiktor Ischtschenko/Horst Möller/Alexander Tschurbajan (Hrsg.), Deutschland – Russland – 445
- Amberger, Alexander, Bahro-Harich-Havemann – 270
- Apelt, Andreas H./Jürgen Engert, Das historische Gedächtnis und der 17. Juni 1953 – 270
- Apelt, Andreas H./Robert Grünbaum/János Can Togay (Hrsg.), Die ostmitteleuropäischen Freiheitsbewegungen 1953-1989 – 445
- Apelt, Andreas H./Heide Gebhardt/Eckhard Jesse (Hrsg.), Zivilcourage gestern und heute – 445
- Arens, Edmund/Martin Baumann/Antonius Liedhegener/Wolfgang W. Müller/Markus Ries (Hrsg.), Integration durch Religion? – 430
- Arndt, Friedrich J., Modi des Demokratischen – 416
- Arnim, Hans Herbert von, Volkssouveränität, Wahlrecht und direkte Demokratie – 445
- Assmann, Heinz-Dieter/Frank Baasner/Jürgen Wertheimer (Hrsg.), Republik – 383
- Augustin, Jasmin, Islamistische Selbstmordattentäter – 247
- Aulenbacher, Brigitte/Birgit Riegraf/Hildegard Theobald, Sorge – 384
- Aust, Stefan/Thomas Ammann, Digitale Diktatur – 280
- Aust, Stefan/Dirk Laabs, Heimatschutz – 309
- Baberowski, Jörg/Robert Kindler (Hrsg.), Macht ohne Grenzen – 445
- Backes, Uwe/Anne-Maria Haase/Michaïl Logvinov/Matthias Mletzko /Jan Stoye, Rechts motivierte Mehrfach- und Intensivtäter in Sachsen – 445
- Baron, Daniel, Das schwere Los der Demokratie – 446
- Bauerkämper, Arnd/Natalia Rostislavleva, Sicherheitskulturen im Vergleich – 446
- Beckenbach, Niels/Christoph Klotter, Gleichheit und Souveränität – 386
- Beevor, Antony, Der Zweite Weltkrieg – 446
- Behmer, Markus/Birgit Bernard/Bettina Hasselbring (Hrsg.), Das Gedächtnis des Rundfunks – 446
- Behrens, Rico, „Solange die sich im Klassenzimmer anständig benehmen“ – 387
- Below, Irene/Inge Hansen-Schaberg/Maria Kublitz-Kramer, Das Ende des Exils? – 446
- Benoist, Alain de, Mein Leben – 304
- Berg, Matthias, Karl Alexander von Müller. Historiker für den Nationalsozialismus – 426
- Bernhard, Patrick/Holger Nehring (Hrsg.), Den Kalten Krieg denken – 312
- Bernier, Aurélien, La Gauche radicale et ses tabous – 446
- Bertelsmann Stiftung/Staatsministerium Baden-Württemberg (Hrsg.), Partizipation im Wandel – 388
- Beutin, Heidi/Wolfgang Beutin, (Hrsg.), Rassismus – 446
- Beyme, Klaus von, Die parlamentarische Demokratie – 442
- Bialas, Wolfgang, Moralische Ordnungen des Nationalsozialismus – 389

Literatur

- Bialas, Wolfgang/Lothar Fritze (Hrsg.), Ideologie und Moral im Nationalsozialismus – 389
- Bierling, Stephan, Vormacht wider Willen – 391
- Blöcker, Yvonne/Nina Hölscher, Kinder und Demokratie – 447
- Blume, Klaus, Tatort Fankurve – 447
- Bock, Norman, Zwischen Verdrängung und Verklärung – 392
- Bohley, Peter (Hrsg.), Erlebte DDR-Geschichte – 447
- Bohmann, Ulf, Wie wollen wir leben? – 447
- Bohnert, Marcel/Lukas J. Reitstetter, (Hrsg.), Armee im Aufbruch – 447
- Bois, Marcel, Kommunisten gegen Hitler und Stalin – 447
- Borucki, Isabelle, Regieren mit Medien – 429
- Bos, Ellen, Konservatismus im 21. – 447
- Bos, Ellen/Kálmán Pocza (Hrsg.), Verfassungsgebung in konsolidierten Demokratien – 447
- Böttcher, Winfried (Hrsg.), Klassiker des europäischen Denkens – 448
- Brack, Natalie, L'Euroscepticisme au sein du Parlement Européen – 448
- Brähler, Elmar/Wolf Wagner, Kein Ende mit der Wende? – 270
- Brand, Ortrun/Mirjam Dierkes/Tina Jung (Hrsg.), In Arbeit: Demokratie – 441
- Brandt, Peter/Detlef Lehnert (Hrsg.), Ferdinand Lassalle und das Staatsverständnis der Sozialdemokratie – 448
- Brandt, Sebastian/Christa-Irene Klein/Nadine Kopp/Sylvia Paletschek/Livia Prüll/Olaf Schütze, Universität, Wissenschaft und Öffentlichkeit in Westdeutschland – 448
- Breuer, Stefan, Der charismatische Staat – 448
- Bröckler, Stephan/Timo Grunden (Hrsg.), Informelle Politik – 448
- Brockhaus, Gudrun (Hrsg.), Attraktion der NS-Bewegung – 393
- Brodocz, André u.a. (Hrsg.), Die Verfassung des Politischen – 432
- Brunkhorst, Hauke, Das doppelte Geischt Europas – 396
- Brunner, José, Die Politik des Traumas – 448
- Brunner, José/Doron Avraham/Marianne Zepp, Politische Gewalt in Deutschland – 449
- Buchna, Kristian, Ein klerikales Jahrzehnt? – 394
- Budgen, Sebastian/Stathis Kouvelakis/Slavoy Žižek, Lenin Reloaded – 449
- Bulhak, Wladyslaw/Thomas Wegener Friis (Hrsg.), Need to Know – 449
- Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2014 – 449
- Bundesministerium des Inneren, Verfassungsschutzbericht 2013 – 370
- Buschkowsky, Heinz, Die andere Gesellschaft – 315
- Bußjäger, Peter/Alexander Balthasar/Niklas Sonntag, Direkte Demokratie im Diskurs – 449
- Byman, Daniel/Jeremy Shapiro, Be Afraid. Be a Little Afraid – 449
- Cakir, Naime, Islamfeindlichkeit – 247
- Calliess, Christian/Moritz Hartmann, Zur Demokratie in Europa – 396
- Carl-Schmitt-Gesellschaft (Hrsg.), Schmittiana – 397
- Carstens, Uwe, Ferdinand Tönnies – 449
- Ceylan, Rauf/Benjamin Jokisch, Salafismus in Deutschland – 247
- Chaussey, Ulrich, Oktoberfest – 450
- Christ, Michaela/Maja Suderland, Soziologie und Nationalsozialismus – 450

Verzeichnis der besprochenen Bücher

- Conolly, Heather/Lefteris Kretsos/Craig Phelan, *Radical Unions in Europe and the Future of Collective Interest Representation* – 450
- Conze, Eckart/Jürgen Frölich/Ewald Grothe/Joachim Scholtyssek /Erich Weede, *Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung* – 450
- Croissant, Aurel/Steffen Kailitz/Patrick Koellner/Stefan Wurster (Hrsg.), *Comparing Autocracies in the Early Twenty-first Century* – 450
- Crouch, Colin, *Markt und Moral* – 450
- Dahrendorf, Ralf, *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland* – 299
- Dalberg, Dirk Mathias, *Der „Versuch, in der Wahrheit zu leben“* – 450
- Darmstädter Atheneforum (Hrsg.), *Macht – Herrschaft – Regierung* – 416
- David-Fox, Michael/Peter Holquist/Alexander M. Martin (Hrsg.), *The Holocaust in the East* – 451
- Deland, Mats/Michael Minkenberg/Christin Mays (Hrsg.), *In the Tracks of Breivik* – 451
- Dukanović, David, *Populist Parties in Selected European Countries* – 451
- Droit, Emmanuel, *Vorwärts zum neuen Menschen?* – 398
- Ebert, Simon/Wilhelm Sollmann, *Sozialist – Demokrat – Weltbürger* – 400
- Ebner, Katharina/Tosan Kraneis/Martin Minkner/Yvonne Neufeind/Daniel Wolff, *Staat und Religion* – 430
- Echternkamp, Jörg, *Soldaten im Nachkrieg* – 451
- Eckert, Rainer, *Opposition, Widerstand und Revolution* – 382
- Eisenberg, Johannes/Lea Voigt/Manuel Vogel (Hrsg.), *Antifaschismus als Feindbild* – 392
- Eisfeld, Alfred/Konrad Maier, *Loyalität, Legitimität, Legalität* – 451
- El-Gayar, Wael/Katrin Strunk, *Integration versus Salafismus* – 247
- El-Hai, Jack, *Der Nazi und der Psychiater* – 451
- Engelhardt, Marc, *Heiliger Krieg – Heiliger Profit* – 451
- Engels, David, *Auf dem Weg ins Imperium* – 396
- Enzensberger, Hans Magnus, *Tumult* – 318
- Europol (Hrsg.), *TE-SAT 2014* – 451
- Ezli, Özkan/Lale Akgün/Gisela Staupe, *Das neue Deutschland* – 451
- Feld, Lars. P./Peter M. Huber/Ottmar Jung/Hans-Joachim Lauth/Fabian Wittreck, *Jahrbuch für direkte Demokratie 2013* – 452
- Fiedler, Anke, *Medienlenkung in der DDR* – 401
- Flügel-Martinsen, Oliver/Daniel Gaus/Tanja Hitzel-Cassagnes/Franziska Martinsen (Hrsg.), *Deliberative Kritik – Kritik der Deliberation* – 452
- Flügler, Peter, *Terrorismus und terroristisches Kalkül* – 247
- Foner, Sean A., *German Intellectuals and the Challenge of Democratic Renewal* – 322
- Frank, Rüdiger, *Nordkorea* – 452
- Franzius, Claudio, *Recht und Politik in der transnationalen Konstellation* – 432
- Franzius, Claudio/Franz C. Mayer/Jürgen Neyer, *Grenzen der europäischen Integration* – 452
- Freedom House (Hrsg.), *Freedom in the World 2014* – 452
- Friedrichsen, Mike/Roland A. Kohn (Hrsg.), *Digitale Politikvermittlung* – 453
- Fröhlich, Claudia/Harald Schmid/Brigit Schwelling, *Jahrbuch für Politik und Geschichte* – 453
- Fuhst, Helge, *Barack Obama: Präsident der polarisierten Staaten von Amerika* – 453
- Galka, Sebastian, *Parlamentarismuskritik und Grundgesetz* – 453
- Gander, Hans-Helmuth/Gisela Riescher (Hrsg.), *Sicherheit und offene Gesellschaft* – 402

Literatur

- Geiges, Lars, Occupy in Deutschland – 453
- General Intelligence and Security Service (Hrsg.), Annual Report 2013 – 453
- Gerwarth, Robert/Manuela Erez, Empires at War – 453
- Gesang, Bernward, Kann Demokratie Nachhaltigkeit? – 424
- Geyken, Fraunke, Wir standen nicht abseits – 454
- Girard, René, Im Angesicht der Apokalypse – 403
- Girmus, Wolfgang/Klaus Meier, Forschungsakademien in der DDR – 454
- Glossner, Christian L., Wirtschaft, Politik und Gesellschaft – 454
- Gohle, Peter, Von der SDP-Gründung zur gesamtdeutschen SPD – 439
- Golebiewska, Maria/Andrzej Leder/Paul Zawadzki, L'homme démocratique – 454
- Gonzalez, Sebastian Zamorano, Enthronung der Politik? – 454
- Grafl, Christian/Bernhard Klob/Susanne Reindl-Krauskopf/Ireen Christine Winter, 2. ALES Tagung: Islamistischer Terror – 247
- Gräßler, Florian, War die DDR totalitär? – 454
- Grevelhörster, Ludger, Der Erste Weltkrieg und das Ende des Kaiserreiches – 454
- Große Kracht, Hermann-Josef/Klaus Große Kracht (Hrsg.), Religion – Recht – Politik – 326
- Großmann, Johannes, Die Internationale der Konservativen – 434
- Grothe, Ewald, Carl Schmitt – Ernst Rudolf Huber – 397
- Gu, Xuewu, Die große Mauer in den Köpfen – 405
- Guiora, Amos N., Tolerating Intolerance – 454
- Haarhuis, Daniela, Islamismus und Terrorismus in Deutschland – 247
- Hackmack, Gregor, Demokratie Einfach machen – 455
- Hafé, Farid, Islamisch-politische Denker – 455
- Hafé, Kai, Islam in „Liberal Europe“ – 455
- Halbrock, Christian, „Freiheit heißt die Angst verlieren“ – 270
- Hammerstein, Notker, Aus dem Freundeskreis der „Weißen Rose“ – 455
- Harnisch, Sebastian/Joachim Schild (Hrsg.), Deutsche Außenpolitik und internationale Führung – 391
- Harpprecht, Klaus, Schräges Licht – 455
- Hartleb, Florian, Internationaler Populismus als Konzept – 455
- Hartwig, Jürgen/Dirk Willem Kronenberg (Hrsg.), Moderne Formen der Bürgerbeteiligung in Kommunen – 388
- Hecker, Rolf/Angelika Limmroth (Hrsg.), Jenny Marx – 455
- Heinelt, Hubert (Hrsg.), Modernes Regieren in China – 405
- Heisterkamp, Ulrich, Think Tanks der Parteien? – 455
- Herbert, Ulrich, Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert – 331
- Hermand, Jost, Vorbilder – 406
- Hermannseder, Eveline, Europas große Volksparteien – 456
- Hertz, Aleksander, Skizzen über den Totalitarismus – 335
- Hett, Benjamin Carter, Burning the Reichstag – 456
- Heydemann, Günther/ Jan Erik Schulte/Francesca Weil (Hrsg.), Sachsen und der Nationalsozialismus – 456
- Hidalgo, Oliver, Die Antinomien der Demokratien – 456

Verzeichnis der besprochenen Bücher

- Hildebrandt, Jens/David Wachter (Hrsg.), Krieg – 403
- Hippmann, Cornelia, Ostdeutsche Frauen in der Politik – 407
- Hoeres, Peter, Außenpolitik und Öffentlichkeit – 408
- Hoff, Benjamin-Immanuel, die linke: partei neuen typs? – 421
- Hölzing, Philipp, Republikanismus – 383
- Hooper, Kathleen R., Designing Democracy – 394
- Hörisch, Jochen/Uwe Kammann (Hrsg.), Organisierte Phantasie – 414
- Horstmann, Ulrich, Alles was Sie über Das Kapital im 21 – 456
- Hsu, Yu-Fang, Die Pfadabhängigkeit direkter Demokratie in Deutschland – 410
- Human Rights Council, Report of the Commission of Inquiry on Human Rights in the Democratic People's Republik of Korea – 456
- Human Rights Watch (Hrsg.), World Report 2014 – 456
- Hume, David, Vom schwachen Trost der Philosophie – 456
- Hummel, Klaus/Michail Logvinov, Gefährliche Nähe – 247
- Humphrey, Michael/Volker Hans Rey, Das Deutsche Desaster – 457
- Hurrelmann, Klaus/Tanjev Schulz (Hrsg.), Wahlrecht für Kinder? – 457
- Ionescu, Dana/Samuel Salzborn (Hrsg.), Antisemitismus in deutschen Parteien – 457
- Iriye, Akira/Jürgen Osterhammel (Hrsg.), Geschichte der Welt. 1350-1750 – 457
- Isensee, Josef/Paul Kirchhof (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts – 457
- Jacob, Frank, Diktaturen ohne Gewalt? – 457
- Jahn, Roland, Wir Angepassten – 338
- Janssen, Albert, Die gefährdete Staatlichkeit der Bundesrepublik Deutschland – 458
- Jesse, Eckhard/Sebastian Liebold, Deutsche Politikwissenschaftler – 458
- Jesse, Eckhard/Thomas Schubert/Tom Thieme, Politik in Sachsen – 407
- Jessen, Ralph, Konkurrenz in der Geschichte – 458
- Jones, Larry Eugene (Hrsg.), The German right in the Weimar Republic – 458
- Kajewski, Marie-Christine, Wahrheit und Demokratie – 458
- Kämpfer, Sylvia, Migration und Lebenszufriedenheit – 458
- Karner, Stephan, Der Kreml und die „Wende“ 1989 – 459
- Katzer, Sandra, Die „anderen Deutschen“ – 459
- Kellerhoff, Sven Felix, Heimatfront – 341
- Kimmel, Adolf, Das politische System der V. französischen Republik – 459
- Kirschen, Mareen, E-Partizipation in kommunalten Entscheidungen – 459
- Kirshner, Alexander S., A Theory of Militant Democracy – 411
- Köhler, Henning, Helmut Kohl: Ein Leben für die Politik – 412
- König, Ewald, Menschen, Mauer, Mythen – 270
- König, Wolfgang, Der Gelehrte und der Manager – 459
- Konzelmann, Laura/Michael Bergmann/Hans Rattinger, Demographic Change in Germany – 459
- Korndörfer, Lutz, 1968 im Spiegel der Presse – 460
- Koslowski, Stefan (Hrsg.), Lorenz von Stein und der Sozialstaat – 460
- Kott, Sandrine, Sozialstaat und Gesellschaft – 460
- Kowalczyk, Ilko-Sascha/Arno Polzin, Fasse Dich kurz! – 270
- Kraetzer, Ulrich, Salafisten – 247

Literatur

- Kriz, Karl-Heinz/Gräfe, Hans-Jürgen (Hrsg.), Mittendrin – 460
- Kroll, Frank-Lothar/Martin Munke, Die Reise nach Russland – 460
- Kuchler, Christian (Hrsg.), NS-Propaganda im 21. Jahrhundert – 460
- Kucklick, Christoph, Die granulare Gesellschaft – 414
- Kühl, Stefan, Ganz normale Organisationen – 461
- Kühnlein, Michael (Hrsg.), Das Politische und das Vropolitische – 386
- Kukowski, Martin/Rudolf Boch, Kriegswirtschaft und Arbeitseinsatz bei der Auto Union AG Chemnitz im Zweiten Weltkrieg – 461
- Kullik, Jakob, Vernetzte (Un-)Sicherheit? – 402
- Kurbjuweit, Dirk, Alternativlos – 345
- Landwehr, Claudia/Rainer Schmalz-Bruhns, Deliberative Demokratie in der Diskussion – 461
- Lang, Heinrich, Wahlrecht und Bundesverfassungsgericht – 461
- Lange, Hans-Jürgen/Michaela Wendekamm/Christian Endreß, Dimensionen der Sicherheitskultur – 415
- Lange, Hans-Jürgen/Astrid Böttcher (Hrsg.), Cyber-Sicherheit – 402
- Lechler, Alexander, Die NPD in Ostvorpommern – 461
- Legner, Johann, Joachim Gauck: Träume vom Paradies – 412
- Leonhard, Jörn, Die Büchse der Pandora – 349
- Liddle, Roger, The Europe Dilemma – 461
- Limmroth, Angelika, Jenny Marx – 461
- Linden, Markus/Wolfgang Thaa (Hrsg.), Ungleichheit und politische Repräsentation – 384
- Lohl, Jan/Angela Moré (Hrsg.), Unbewusste Erbschaften des Nationalsozialismus – 462
- Lorenz, Robert/Franz Walter, 1964 – 462
- Löw, Konrad, Adenauer hatte recht – 462
- Lübbe, Hermann, Zivilisationsdynamik – 352
- Lucardie, Paul, Democratic Extremism in Theory and Practice – 462
- Ludwig-Hoppe, Linda, Demokratie als Pfad – 462
- Luft, Robert/Miloš Havelka/Stefan Zwicker (Hrsg.), Zivilgesellschaft und Menschenrechte im östlichen Mitteleuropa – 462
- Lütnant, Christian, „Im Kopf der Bestie“ – 463
- Mahler, Andreas/Martin Mulsow (Hrsg.), Texte zur Theorie und der Ideengeschichte – 463
- Mahlting, Philipp/Eva Sternfeld (Hrsg.), Kontinuität und Umbruch in China – 405
- Maier, Hans (Hrsg.), Die Freiburger Kreise – 355
- Maier, Tobias, Gefährdete Freiheit – 463
- Malycha, Andreas, Die SED in der Ära Honecker – 270
- Marcinkowski, Frank (Hrsg.), Framing als politischer Prozess – 463
- Marschall, Stefan, Demokratie – 416
- Masala, Carlo/Stephan Stetter, Karbowski, Marina, Mit Sicherheit unsicher? – 415
- Mayer, Thomas, Der nicht aufgibt – 463
- Mazzucato, Mariana, Das Kapital des Staates – 463
- McMahon, Darrin/Samuel Moyn (Hrsg.), Rethinking Modern European Intellectual History – 463
- Mehring, Reinhard/Martin Otto (Hrsg.), Voraussetzungen und Garantien des Staates – 326
- Merriman, John, Massacre – 417

Verzeichnis der besprochenen Bücher

- Mombauer, Annika, Die Julikrise – 419
- Mouffe, Chantal, Agonistik – 464
- Mudde, Cas (Hrsg.), „Youth and the Extreme Right“ – 420
- Müller, Hans-Peter, Pierre Bourdieu – 464
- Müller, Tim B., Nach dem Ersten Weltkrieg – 464
- Müller-Doohm, Stefan, Habermas – 359
- Münch, Ursula/Uwe Kranenpohl/Henrik Gast (Hrsg.), Parteien und Demokratie – 464
- Münkel, Daniela (Hrsg.), Herbst '89 im Blick der Stasi – 364
- Neumann, Peter/Denise Renger (Hrsg.), Sachunmittelbare Demokratie im interdisziplinären und internationalen Kontext 2011/12 – 410
- Neumüller, Caroline A., Konversion zum Islam im 21. Jahrhundert – 464
- Niehr, Thomas, Einführung in die Politolinguistik – 464
- Niethammer, Lutz/Roger Engelmann (Hrsg.), Bühne der Dissidenz und Dramaturgie der Repression – 270
- Nussbaum, Martha C., Die neue religiöse Intoleranz – 464
- Nussbaum, Martha C., Politische Emotionen – 465
- Oelze, Patrick (Hrsg.), Revolutionen – 465
- Opelland, Torsten/Hendrik Träger, Die Linke – 421
- Pállinger, Zoltán Tibor (Hrsg.), Das Konzept des (Staats-)Bürgers – 383
- Palonen, Kari, Politics and Conceptual Histories – 465
- Panther, Sarah, Jüdische Erfahrungen und Loyalitätskonflikte im Ersten Weltkrieg – 465
- Pausch, Andreas Peter, Widerstehen – 382
- Peter, Lothar, Marx an die Uni – 465
- Pettenkofer, Andreas, Die Entstehung der grünen Politik – 422
- Pfahl-Traughber, Armin, Linksextremismus in Deutschland – 367
- Piketty, Thomas, Das Kapitel im 21. Jahrhundert – 465
- Pleuger, Kristin, Des Bürgers neue Stimme – 465
- Plischke, Thomas, Wenn Wähler entscheiden – 466
- Pócsa, Kálmán, Parlamentarismus und politische Repräsentation – 466
- Pohl, Kerstin/Peter Massing, Mehr Partizipation – mehr Demokratie – 424
- Porsche-Ludwig, Markus/Jürgen Bellers/Wolfgang Gieler (Hrsg.), Handbuch Europäischer Sozialpolitik – 384
- Postert, André, Von der Kritik der Parteien zur außerparlamentarischen Opposition – 466
- Pötzel, Norbert F., Mission Freiheit – 270
- Ramsauer, Petra, Muslimbrüder – 466
- Rancière, Jacques, Die Erfindung des Möglichen – 425
- Rancière, Jacques, Die Methode der Gleichheit – 425
- Ranko, Annette, Die Muslimbruderschaft – 466
- Raulff, Ulrich, Wiedersehen mit den Siebzigern – 466
- Reder, Michael/Mara-Daria Cojocaru, Zukunft der Demokratie – 467
- Rehberg, Karl-Siegbert, Symbolische Ordnungen – 467
- Reinicke, David/Katrin Stern/Kerstin Thieler/Gunnar Zamzow, Gemeinschaft als Erfahrung – 393
- Reitemeyer, Ursula/Tim Zumhof (Hrsg.), Rousseau zur Einführung – 467

Literatur

- Rhode, Roman, Fidel Castro – 467
- Rietzschel, Thomas, Geplünderte Demokratie – 467
- Rohe, Mathias/Havva Engin/Mouhamad Khorchide/Ömer Özsoy/Hansjörg Schmid, Handbuch Christentum und Islam – 247
- Roos, Daniel, Julius Streicher und „Der Stürmer“ 1923-1945 – 426
- Rosenbach, Marcel/Holger Stark, Der NSA Komplex – 428
- Rosenbaum, Heidi, „Und trotzdem war’s ‘ne schöne Zeit“ – 467
- Roth, Jürgen, Der stille Putsch – 467
- Rudolph, Thomas/Oliver Kloss/Rainer Müller/Christoph Wonneberger (Hrsg.), Weg in den Aufstand – 468
- Rüb, Friedbert W. (Hrsg.), Rapide Politikwechsel in der Bundesrepublik – 429
- Ruschig, Ulrich/Hans-Ernst Schiller, Staat und Politik bei Horkheimer und Adorno – 468
- Sabin, Stefana/Helmut Ortner, Politik ohne Gott – 430
- Sabrow, Martin, Das Jahrhundert der Gewalt – 468
- Said, Behnam T., Islamischer Staat – 247
- Salo, Sanna, Eurosceptics in the 2014 EP Elections – 468
- Salzborn, Samuel, Antisemitismus – 468
- Salzborn, Samuel, Rechtsextremismus – 468
- Sarkohi, Arash, Der Demokratie- und Menschenrechtsdiskurs der religiösen Reformer in Iran und die Universalität der Menschenrechte – 469
- Sarrazin, Thilo, Der neue Tugendterror – 469
- Schaal, Gary S./Matthias Lemke/Claudia Ritz (Hrsg.), Die Ökonomisierung der Politik in Deutschland – 469
- Schaar, Peter, Überwachung total – 428
- Schäfer, Kurt/Peter Seemann, DDR-Marine 1949-1990 – 469
- Scheer, Udo, Wir kommen wieder! Plauen 89 – 469
- Schieren, Stefan, Populismus, Extremismus, Terrorismus – 469
- Schilling, Falko, Die Zeugen Jehovas in der SBZ/DDR 1945-1951 – 270
- Schlemmer, Thomas/Hans Woller, Der Faschismus in Europa – 470
- Schmidt, Rainer (Hrsg.), Rechtspositivismus: Ursprung und Kritik – 432
- Schmitt, Carl, Volksentscheid und Volksbegehren – 470
- Schmitt-Beck, Rüdiger/Hans Rattinger/Sigrid Roßteutscher/Bernhard Weßels/Christof Wolf, Zwischen Fragmentierung und Konzentration – 470
- Schneider, Michael, In der Kriegsgesellschaft – 470
- Schneiders, Thorsten Gerald, Salafismus in Deutschland – 247
- Schölderle, Thomas, Idealstaat oder Gedankenexperiment – 470
- Scholten, Heike/Klaus Kamps (Hrsg.), Abstimmungskampagnen – 429
- Schramm, Gottfried, Five Partings of Way in World History – 433
- Schreiber, Martin/Clemens Zimmermann, Journalism and Technological Change – 471
- Schrötter, Hans-Jörg, Einwanderungspolitik in Deutschland – 471
- Schultz, Helga, Europäischer Sozialismus – 400
- Schütt, Hans-Dieter, Günter Gaus – 471
- Schwan, Heribert/Tilman Jens, Das Vermächtnis – 471
- Seidensticker, Tilman, Islamismus – 247

Verzeichnis der besprochenen Bücher

- Sepp, Benedikt, Linke Leute von rechts? – 434
- Shooman, Yasemin, „...weil ihre Kultur so ist“ – 247
- Shore, Marci, Der Geschmack von Asche – 471
- Siebeneichner, Tilmann, Proletarischer Mythos und realer Sozialismus – 270
- Silke, Andrew (Hrsg.), Prisons, Terrorism and Extremism – 471
- Sinn, Andrea, Jüdische Politik und Presse in der frühen Bundesrepublik – 472
- Stahl, Bernhard, Internationale Politik verstehen – 472
- Staniforth, Andrew, Preventing Terrorism and Violent Extremism – 472
- Steinberg, Guido, Al-Qaidas deutsche Kämpfer – 247
- Steiner, Dieter, Rachel Carson – 443
- Strohschneider, Tom, Linke Mehrheit? – 421, 435
- Szabó, István, An der Grenze von Demokratie und autoritärem Regime – 472
- Taguieff, Pierre-André, Du Diable en politique. Réflexions sur l'antilepénisme ordinaire – 472
- Tangian, Andranik, Mathematical Theory of Democracy – 437
- Taureck, Bernhard H. F., Überwachungsdemokratie – 428
- Temme, Evelyn, Von der Bildung des Politischen zur politischen Bildung – 472
- Terhoeven, Petra, Deutscher Herbst in Europa – 472
- Thüringer Landtag (Hrsg.), Bericht des Untersuchungsausschusses 5/1 „Rechtsterrorismus und Behördenhandeln“ – 472
- Tocqueville, Alexis de, Über die Demokratie in Amerika – 472
- Trabold, Harald, Kapitel Macht Politik – 473
- Trawny, Peter, Heidegger und der Mythos der jüdischen Weltverschwörung – 438
- Trittel, Katharina/Stine Marg/Bonnie Pülm, Weißkittel und Braunhemd – 473
- Trittin, Jürgen, Stillstand made in Germany – 473
- Tyrell, Hartmann, „Religion“ in der Soziologie Max Webers – 473
- Ulfkotte, Udo, Gekaufte Journalisten – 473
- Urschel, Martin, The Wire – 473
- U.S. Department of State/Office of the Coordinator for Counterterrorism (Hrsg.), Country Reports on Terrorism 2013 – 473
- Vatter, Adrian, Das politische System der Schweiz – 294
- Vigoda-Gadot, Eran/Shlomo Mizrahi, Managing Democracies in turbulent Times – 473
- Vogel, Hans-Jochen/Erhard Eppler/Wolfgang Thierse, Was zusammengehört – 439
- Voigt, Sebastian/Heinz Sünker, Arbeiterbewegung Nation Globalisierung – 474
- Vospernik, Stefan, Modelle direkter Demokratie – 410
- Voss, Kathrin (Hrsg.), Internet und Partizipation – 414
- Wagner, Ulrike/Christa Gebel, Jugendliche und die Aneignung politischer Informationen in Online-Medien – 474
- Walter, Franz/Stephan Klecha/Alexander Hensel, Die Grünen und die Pädosexualität – 422
- Weber, Gudrun/Thomas Auerbach, Genossen, wir müssen alles wissen! – 270
- Wehler, Hans-Ulrich, Die Deutschen und der Kapitalismus – 474
- Wehrs, Nikolai, Protest der Professoren – 406
- Weißmann, Karlheinz, 1914 – 474
- Wemheuer, Felix, Linke und Gewalt – 474

Literatur

- Wendel, Saskia (Hrsg.), Was ist und wie entsteht demokratische Identität? – 441
- Wenzel, Uwe Justus (Hrsg.), Volksherrschaft – Wunsch und Wirklichkeit – 441
- Wenzelburger, Georg/Sebastian Jäckle/Pascal König, Weiterführende statistische Methoden für Politikwissenschaftler – 437
- Wenzke, Rüdiger, „Damit hatten wir die Initiative verloren“ – 270
- Wenzke, Rüdiger, Nationale Volksarmee – 270
- Wettstein, Adrian E., Die Wehrmacht im Stadtkampf – 474
- Wichmann, Peter, Al-Qaida und der globale Djiha – 247
- Wildt, Michael, Geschichte denken – 433
- Willke, Helmut, Regieren – 442
- Winkler, Heinrich August, Geschichte des Westens – 373
- Witt-Stahl, Susann/Michael Sommer (Hrsg.), „Antifa heißt Luftangriff!“ – 392
- Wodianka, Stephanie/Juliane Ebert (Hrsg.), Metzler Lexikon moderner Mythen – 474
- Wunschik, Tobias, Knastware für den Klassenfeind – 270
- Yilmaz-Günay, Koray/Freya-Maria Klinger – 474
- Yousefi, Hamid Reza, Demokratie im Islam – 475
- Zagańczyk-Neufeld, Agnieszka, Die geglückte Revolution – 475
- Zedler, Jörg, „Was die Welt im Innersten zusammenhält“ – 475
- Zelko, Frank, Greenpeace – 443
- Zetti, Daniel, Das Programm der elektronischen Vielfalt – 475
- Zettl, Christian, Die Wähler der Linkspartei – 421
- Zick, Andreas/Anna Klein, Fragile Mitte – 377
- Ziemann, Benjamin, Veteranen der Republik – 475

Mitteilungen und Hinweise

Forschungs- und Dokumentationsstelle des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Geschichte der Diktaturen in Deutschland

Die Forschungs- und Dokumentationsstelle des Landes zur Geschichte der Diktaturen in Deutschland geht zurück auf eine Initiative des Landtags von Mecklenburg-Vorpommern, die am 4. Mai 1998 von der damaligen Landesregierung aufgegriffen wurde („Konzept zur Einrichtung eines Dokumentationszentrums“, Drucksache 2/3776, Landtag Mecklenburg-Vorpommern, 2. Wahlperiode). Am 16. September 1998 wurde die Arbeit der Forschungs- und Dokumentationsstelle, die für die wissenschaftliche Seite der Diktatur-Aufarbeitung verantwortlich zeichnet, im Gebäude der ehemaligen Stasi-Untersuchungshaftanstalt Rostock aufgenommen. Das Arbeitsspektrum der Forschungseinrichtung hat sich im Laufe der Jahre erweitert. Es gliedert sich aktuell in folgende Schwerpunkte:

- Erforschung der Geschichte der SBZ/DDR, ihrer politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklung,
- Sammlung und Dokumentation der Verfolgung und Unterdrückung von politischer Opposition in der SBZ/DDR,
- Erforschung der SED-Diktatur und ihrer Verflechtung im gesamtdeutschen und osteuropäischen Kontext,
- Erforschung der deutsch-sowjetischen Beziehungen.

Gemäß Arbeitsauftrag werden an der Forschungs- und Dokumentationsstelle einschlägige historische Quellen gesammelt, um die Überlieferung der staatlichen Archive zu ergänzen. Speziell hervorzuheben sind hier u. a. ein Archiv mit Zeitzeugeninterviews zur Geschichte der DDR und zur Geschichte des Leistungssports in der DDR, eine Sondersammlung zur Geschichte der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD), das Archiv des Verbandes ehemaliger Rostocker Studenten (VERS) sowie vereinzelte Nachlasspapiere. Die Sammlung wird weiter ausgebaut und ergänzt.

Eine Besonderheit der an der Forschungsstelle angebundenen Fachbibliothek, die eine Dependence der Universitätsbibliothek Rostock ist, besteht in der umfangreichen Sammlung von Mikrofiche-Ausgaben: Aus dem Bundesarchiv-Bestand „Partei und Staat in der DDR“ liegen die vollständigen Aktenüberlieferungen aus den Büros Walter Ulbricht, Erich Honecker und Günther Mittag sowie die kompletten Protokolle des Politbüros des ZK der SED bis 1989 vor.

In der Forschungsstelle werden ferner die Schicksale von politisch Verfolgten in der SBZ/DDR dokumentiert, in zwei speziellen Datenbanken („Politisch inhaftierte

Wissenschaftler, Studenten und Studienbewerber in der SBZ/DDR“; „Politische Haft am Demmlerplatz in Schwerin 1945 bis 1989“) verzeichnet und kontinuierlich durch Recherchen in Archiven, einschlägigen Publikationen, privaten Sammlungen und Zeitzeugeninterviews ergänzt, nachgebessert, erweitert und ab 2015 öffentlich zugänglich gemacht. Darüber hinaus arbeiten Mitglieder der Forschungs- und Dokumentationsstelle an einem „Rostocker Professorenkatalog“ und an einem Matrikel-Verzeichnis. Beide Projekte sind im Rahmen der Grundlagenforschung zur Geschichte der Universität Rostock im Hinblick auf das 600-jährige Universitätsjubiläum im Jahre 2019 initiiert worden.

Ab 2015 wird die Forschungs- und Dokumentationsstelle mit einer neuen Schriftenreihe an die Öffentlichkeit treten. Die Publikationsreihe *Diktatur und Demokratie im 20. Jahrhundert*, die im *be.bra wissenschaft verlag* erscheint, versteht sich als Forum für die Geschichte der SBZ/DDR, der europäischen Diktaturen nach 1945 und der deutsch-sowjetischen Beziehungen. Sie möchte zudem die Verflechtung und Interaktion der osteuropäischen Nachkriegsdiktaturen untereinander sowie deren politisch-ideologische Systemkonkurrenz mit den westeuropäischen Nachkriegsdemokratien dokumentieren. Die ersten drei Publikationen befassen sich mit der historischen Kontroverse um die Stalin-Note im Spiegel der Quellen, mit dem Mythos Stalin in der staatlichen Geschichtspolitik im postsowjetischen Russland und mit dem Kabarett in der DDR zwischen MfS und SED.

Kontakt: Forschungs- und Dokumentationsstelle des Landes zur Geschichte der Diktaturen in Deutschland, Universität Rostock, August-Bebel-Straße 28, 18051 Rostock, E-Mail: anne-dore.neumann@uni-rostock.de (Sekretariat), 0381/498-2719, Fax: 0381/498-2733, Internet: <http://www.dokumentationsstelle.uni-rostock.de/>.

Deutsches Literaturarchiv Marbach

Die Deutsche Schillergesellschaft e.V. ist Trägerin des Deutschen Literaturarchivs Marbach (DLA) mit Deutschem Literaturarchiv, Schiller-Nationalmuseum und dem Literaturmuseum der Moderne. In seinen Sammlungen bewahrt das DLA eine Fülle kostbarster Quellen der Literatur- und Geistesgeschichte von 1750 bis zur Gegenwart. Mit rund 1.400 Nachlässen von namhaften Schriftstellern, Schriftstellerinnen und Gelehrten gehört die Handschriftensammlung international zu den führenden Sammlungen ihrer Art, die Porträtgalerie zur deutschen Literatur und Geistesgeschichte seit dem 18. Jahrhundert umfasst rund 130.000 Bildnisse, die Bibliothek ist mit mehr als 1.000.000 Bänden eine der größten Spezialbibliotheken für neuere deutsche Literatur und Literaturwissenschaft. Zunehmend werden auch digitale Zeugnisse literarischer Kultur in die Obhut des DLA gegeben. Zu den bedeutendsten Beständen zählen die Nachlässe von Gottfried Benn, Hans Blumenberg, Paul Celan, Alfred Döblin, Hans-Georg Gadamer, Martin Heidegger, Franz Kafka, Siegfried Kracauer, Arthur Schnitzler, W. G. Sebald und Carl Zuckmayer, sowie die Archive

der Verlage Insel, Luchterhand, R. Piper, S. Fischer und Suhrkamp. Der Zugang zu den Sammlungen steht allen offen, die Quellen für ihre Arbeit brauchen.

Die im Jahr 2015 neu gestaltete Dauerausstellung „Die Seele“ im Literaturmuseum der Moderne lädt mit rund 300 Exponaten dazu ein, die Literaturgeschichte des 20. Jahrhunderts von den Beständen des Deutschen Literaturarchivs aus zu entdecken. Eine neu entwickelte App erläutert die Exponate und ergänzt die Dauerausstellung mit einem virtuellen Museum des 21. Jahrhunderts. Im Literaturmuseum der Moderne, das 2007 mit dem „Stirling Prize“ ausgezeichnet wurde, finden auch die großen Wechselausstellungen statt und die Reihe „fluxus“, in der externe Kuratoren einen persönlichen Blick in die Bestände werfen. Das Schiller-Nationalmuseum zeigt in seiner Dauerausstellung mit über 700 Exponaten und einem Schwerpunkt auf Friedrich Schiller die materialreichen Auswirkungen einer deutschen, vielfach auch spezifisch schwäbischen Literaturgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts. Das Schiller-Nationalmuseum wurde 2011 beim European Museum Award für seine „poetische und ästhetische Qualität und die mutige Konsequenz seiner Dauerausstellung“ ausgezeichnet.

Im DLA finden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus allen geisteswissenschaftlichen Fächern reiches Material für ihre Fragestellungen. Das Forschungsprofil geht von einem Konzept bestandsbezogener Untersuchungen aus: Philologische Arbeit an der handschriftlichen und digitalen Überlieferung, ideengeschichtliche Rekonstruktionen der Grundlagen und Konflikte moderner Gesellschaften, Fragen nach der Herkunft und Zukunft einzigartiger Bibliotheks- und Archivbestände. Forschung im DLA setzt auf die enge Zusammenarbeit mit Universitäten im In- und Ausland, die Nachwuchsförderung und den Dialog mit der Öffentlichkeit. Das DLA, die Klassik Stiftung Weimar und die Herzog August Bibliothek Wolfenbüttel haben aufgrund der Empfehlungen des Wissenschaftsrats zudem einen Forschungsverbund gegründet, der seit 2012 vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert wird.

Im Rahmen des internationalen Suhrkamp-Forschungskollegs, das in Kooperation mit universitären Partnern entwickelt wurde, erforschen ausgewiesene Experten und Doktoranden systematisch das Siegfried Unseld Archiv, das sich seit 2009 in Marbach befindet. Das gemeinsam mit dem Franz Rosenzweig Minerva Forschungszentrum für deutsch-jüdische Literatur- und Kulturgeschichte realisierte Kooperationsprojekt „Spuren deutsch-jüdischer Geschichte“ ermöglicht die Entwicklung eines auf israelische und deutsche Archive abgestimmten Programms zur Konservierung, digital vernetzten Zugänglichkeit und wissenschaftlichen Nutzung signifikanter historischer Quellen in Israel. Im Rahmen des Konzepts der „Global Archives“ werden weitere Projekte mit internationalen Partneruniversitäten u. a. in Brasilien mit Forschungs- und Erschließungsleistungen durchgeführt.

60 Jahre nach der legendären Schillerrede von Thomas Mann im Gründungsjahr 1955 lädt das DLA ein, mit Autoren der Gegenwart wie Hans Magnus Enzensberger in Dichterwerkstätten und Fotosammlungen zu schauen oder die Perspektive eines modernen Klassikers wie Erich Kästner einzunehmen. Das Jubiläumsprogramm um-

Mitteilungen und Hinweise

fasst alle Veranstaltungen, die auf der Schillerhöhe schöne Tradition sind: Autorenlesungen und „Zeitkapseln“, Ausstellungen und Tagungen.

Kontakt: Alexa Hennemann, Deutsches Literaturarchiv Marbach, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Schillerhöhe 8-10, 71672 Marbach, E-Mail: alexa.hennemann@dla-marbach.de, www.dla-marbach.de.

Personenverzeichnis

- Abd al-Wahhab, Ibn 176
Abduh, Muhammad 252
Abels, Theodore 394
Abendroth, Wolfgang 323, 360, 406, 458, 465
Abou Taam, Marwan 256
About Nagie, Ibrahim 261
Adam, Abu 178
Adamczak, Bini 151
Adenauer, Konrad 322, 346, 357, 400, 462
Adler, Viktor 232
Adorno, Theodor W. 141, 323, 359 f., 468
Agnoli, Johannes 453
Ahbe, Thomas 382
Ahmadinedschad, Mahmud 139
Aicher-Scholl, Inge 454
Akgün, Lale 451
Al-Afghani, Jamal ad-Din 249, 252
Al-Albani, Muhmmad Nasir ad-Din 176, 249, 252
Al-Almani, Abu Adam 193
Al-Almani, Abu Azzam 182
Al-Almani, Abu Mujahid Al-Muhajir 181
Al-Almani, Abu Talha 181
Alavanos, Alekos 214-216
Al-Baghdadi, Abu Bakr 172 f., 182
Al-Banna, Hasan 249
Albertazzi, Daniele 59
Albrecht, Holger 34
Al-Butis, Ramadan 252
Al-Gharib, Abu Usama 181
Al-Jauziyya, Ibn Al-Qayyim 251 f.
Allafi, Mohammed Hossein 445
Allafi, Sabine 445
Al-Malla, Hussain 188-190, 200
Al-Maqdisi, Abu Mohamed 88, 188
Al-Suri, Abu Mus'ab 88, 259
Altenbockum, Jasper von 159
Altrichter, Helmut 445
Al-Turabi, Hasan 249
Al-Wahhab, Muhammad ibn Abd 249 f., 252
Al-Zawahiri, Ayman 260
Amberger, Alexander 270, 272
Ammann, Thomas 32, 280, 282, 285, 289-291
Andersch, Alfred 323
Anderson, Stuart 390
Antoniou, Dora 221
Anz, Wilhelm 20
Apelt, Andreas H. 270, 271, 445
Apfel, Holger 104, 123
Apfelböck, Jacob 151
Apter, David E. 37
Arash, Sarkohi 469
Ardenne, Manfred von 31
Arendt, Hannah 448, 463, 472
Arens, Edmund 430
Armstroff, Klaus 132
Arndt, Friedrich J. 416 f.
Arnim, Hans Herbert von 445, 453
Arnold, Martin 311
Aron, Raymond 404
Arzheimer, Kai 378
Assmann, Heinz-Dieter 383 f.
Auerbach, Thomas 270, 276
Auernheimer, Gustav 216 f., 226
Augstein, Rudolf 409
Augustin, Jasmin 247, 260
Augustus 355
Aulenbacher, Brigitte 384 f.
Aumann, Andreas 166
Ausonius, John 86
Aust, Stefan 32, 73, 280-282, 284 f., 289-291, 309-311
Avraham, Doron 449
Axt, Heinz-Jürgen 205, 226
Azzam, Abdullah 197, 200, 259
Baasner, Frank 383 f., 434, 445
Babiš, Andrej 68
Bachmann, Lutz 155-159, 164, 168 f.
Backes, Uwe 8, 16, 38, 51, 54, 65, 74-77, 82 f., 98, 114, 135, 153, 378, 445
Bacon, Francis 21
Baehr, Dirk 88, 202, 258
Bagehot, Walter 443
Bahners, Patrick 330
Bahro, Rudolf 270, 272
Balthasar, Alexander 449

Personenverzeichnis

- Bamford, James 428
 Barbaranelli, Claudio 37
 Barnea, Marina F. 37
 Baron, Daniel 444, 446
 Bartsch, Dietmar 238-240
 Bartsch, Michael 157, 168, 170
 Bauer, Otto 232, 400 f.
 Bauer, Petra 206
 Bauer, Thomas 187
 Bauer, Yehuda 7
 Bauerkämper, Arnd 446
 Bauknecht, Bernd Ridwan 264 f.
 Baum, Maik 91
 Bauman, Zygmunt 25, 285
 Baumgärtner, Maik 73
 Bavaj, Riccardo 17
 Bax, Daniel 168
 Beam, Louis 87
 Beckenbach, Niels 386
 Becker, Carmen 261
 Becker, Manuel 370
 Becker, Ulrike 140f.
 Beckstein, Günther 139
 Beevor, Antony 446
 Behrendt, Uwe 83
 Behmer, Markus 446
 Behrens, Rico 387
 Beier, Klaus 109 f.
 Beleckij, Viktor M. 277
 Bell, Daniel 27
 Bellers, Jürgen 384 f.
 Below, Inge 446
 Bender, Justus 123
 Benjamin, Michael 235
 Benoist, Alain de 10, 195, 304-308
 Benser, Günter 231
 Bentham, Jeremy 287, 432
 Berg, Matthias 426
 Berghoff, Harmut 22
 Bergmann, Manfred Max 36
 Bergmann, Michael 459
 Berg-Schlosser, Dirk 79
 Bergson, Henri 332
 Berlusconi, Silvio 59, 70
 Bernhard, Birgit, 446
 Bernhard, Patrick 312
 Bernier, Aurélien 446
 Bernstein, Arthur 341
 Best, Volker 423
 Bethmann-Hollweg, Theobald von 341
 Betz, Hans-Georg 66
 Beucker, Pascal 115
 Beutin, Heidi 446
 Beutin, Wolfgang 446
 Beyme, Klaus von 442 f.
 Bialas, Wolfgang 389
 Bickes, Hans 227
 Biedenkopf, Kurt 357
 Bielefeldt, Heiner 431
 Bierling, Stephan 391
 Biermann, Wolf 339 f.
 Bigalke, Rudi 9, 137
 Bin Laden, Osama 197, 259, 266
 Binney, William 281, 286
 Bisky, Lothar 103, 238 f., 421
 Bismarck, Otto von 413, 417
 Bistis, George 209, 226 f.
 Blair, Eric Arthur 288
 Bloch, Ernst 323
 Blocher, Christoph 59
 Blöcker, Yvonne 447
 Blume, Klaus 447
 Boch, Rudolf 461
 Bock, Norman 392
 Böckenförde, Ernst-Wolfgang 224, 326-330
 Boenisch, Peter 409
 Bohlen, Jim 444
 Bohlen, Marie 444
 Böhler, Wilhelm 395
 Bohley, Peter 447
 Böhm, Franz 355-357
 Bohmann, Ulf 447
 Bohnert, Marcel 447
 Böhnhardt, Uwe 90, 309-311
 Bois, Marcel 447
 Böll, Heinrich 324
 Boller, Paul F. Jr. 33
 Bonhoeffer, Dietrich 331, 357
 Bontjes, Cato 454
 Borchardt, Siegfried 125
 Borchert, Heiko 403
 Borgolte, Michael 434
 Borstel, Dierk 84
 Borucki, Isabelle 429
 Bos, Ellen 384, 447
 Botella, Joan 213
 Böttcher, Marcus 73
 Böttcher, Winfried 448

Personenverzeichnis

- Bötticher, Astrid 402
 Boukalas, Christos 219, 227
 Bourdieu, Pierre 18
 Boysen, Uwe 447
 Braband, Jutta 236
 Bracher, Karl Dietrich 16, 454
 Brack, Natalie 448
 Brähler, Elmar 78, 270, 279, 377
 Brakelmann, Günter 357
 Brand, Ortrun 441
 Brandstetter, Marc 124
 Brandt, Klaus 182
 Brandt, Peter 448
 Brandt, Sebastian 448
 Brandt, Willy 154, 222, 333, 346, 409, 455
 Brauckmann, Roland 383
 Braun, Matthias 278
 Braun, Wernher von 31
 Brecht, Bertolt 323, 378
 Bredow, Wilfried von 345
 Breininger, Anke 187, 199
 Breininger, Eric 186-196, 198-203
 Breitenbach, Elke 239
 Brenner, Michael 329
 Breschnew, Leonid 277
 Breuer, Stefan 448
 Brie, André 231 f., 235, 237 f.
 Brie, Michael 231, 235, 238
 Bröckler, Stephan 448
 Bröckermann, Heiner 279
 Brockhaus, Gudrun 393
 Bröckling, Ulrich 26
 Brodtkorb, Mathias 77
 Brodocz, André 432
 Brombacher, Ellen 116, 236
 Bruch, Rüdiger vom 31
 Brüdigam, Heinz 379
 Brühöfener, Friederike 314
 Brunkhorst, Hauke 396
 Brünneck, Alexander von 75
 Brunner, José 448 f.
 Brzezinski, Zbigniew 471
 Bucerus, Gerd 331
 Buchna, Kristian 394 f.
 Budgen, Sebastian 449
 Budzislawski, Hermann 324
 Buhayer, Constantine 218
 Bulhak, Wladylaw 449
 Bülow, Bernhard Wilhelm von 331
 Burckhardt, Carl J. 472
 Burckhardt, Jacob 31
 Burger, Reiner 125, 166
 Burke, Jason 88
 Burke, Peter 463
 Burnham, James 26
 Busch, Christoph 89
 Buschbom, Jan 90, 197, 201 f.
 Buschkowsky, Heinz 315-317
 Bußjäger, Peter 449
 Butzer, Hermann 53
 Byman, Daniel 217 f., 449
 Cakir, Naime 247, 268
 Caldwell, Peter C. 26, 338
 Callies, Christian 396
 Campanella, Tommaso 2
 Canovan, Margaret 64
 Cap, Clemens H. 9, 280
 Capanna, Christina 37
 Caprara, Gian Vittorio 37
 Carson, Rachel 443 f.
 Carstens, Uwe 449
 Carter, Jimmy 375
 Castro, Fidel 467
 Ceylan, Rauf 247 f., 252-254, 256 f., 264
 Chalvatzis, Spyros 215
 Chasapopoulos, Nikos 208
 Chateaubriand, François-René 443
 Chaussy, Ulrich 450
 Chichester, Da-Ha 227
 Choukam, Mounir 193
 Christ, Michaela 450
 Chruschtschow, Nikita 434
 Chrysochoidis, Michalis 218, 224
 Citrine, Sir Walter 337
 Clark, Christopher 332, 419
 Clausewitz, Carl von 403 f.
 Clay, Cassius 462
 Clever, Marion 53
 Clewig, Konrad 211
 Cojocar, Maria-Daria 467
 Collier, Paul 71
 Comte, Auguste 24
 Constant, Benjamin 443
 Converse, Philip E. 37
 Conway, Maura 179
 Conze, Eckart 450
 Copeland, David 85
 Coston, Henri 306

Personenverzeichnis

- Courtois, Stéphane 45, 211
 Creuzberger, Stefan 26
 Croissant, Aurel 450
 Crouch, Colin 450, 454
 Cruzcampo, Oliver 123
 Cuspert, Dennis 181, 183
 Czichon, Eberhard 232, 234
 Dabbagh, Hassan 202, 261
 Däbritz, Siegfried 156
 Dagtoglou, Prodromos D. 224
 Dahl, Robert A. 35, 411
 Dahlberg, Dirk Matthias 450
 Dahler, Klaus-Jürgen 234
 Dahlmann, Manfred 150
 Dahrendorf, Ralf 10, 299-303, 386, 450
 Daiber, Birgit 60, 214
 Dalakoglou, Dimitris 219
 Dam, Henrik G. van 472
 Damanaki, Maria 214
 Damberg, Wilhelm 431
 Dantschke, Claudia 253, 256, 268
 David-Fox, Michael 451
 De Masi, Fabio 103
 Decker, Frank 8, 57-61, 64-66, 68, 384
 Decker, Markus 84
 Decker, Oliver 78, 377
 Deland, Mats 451
 Depenheuer, Otto 9, 283
 Derrida, Jacques 362
 Deth, Jan W. van 37, 424
 Deudney, Daniel 383
 Di Fabio, Udo 328
 Dienel, Thomas 53, 55
 Dierkes, Mirjam 441
 Dietrich, Marlene 331
 Dietz, Burkhard 23
 Dietze, Constantin von 355, 357
 Dietzel, Horst 232, 235, 239
 Dinas, Elias 209, 226
 Dirks, Walter 323 f.
 Dilthey, Wilhelm 463
 Dittmer, Melanie 166
 Doberitzsch, Kai 439
 Doering-Manteuffel, Anselm 14, 19, 23, 28 f.
 Dörre, Karin 234
 Drake, Thomas 281, 286
 Dries, Christian 313
 Droit, Emmanuel 398 f.
 Dubiel, Helmut 61
 Dukanovic, David 451
 Dürbin, Tolga 188
 Durkheim, Émile 386, 423
 Dutschke, Rudi 325, 460
 Dworkin, Ronald 432
 Dziri, Bacem 252 f., 264
 Easton, David 47
 Ebert, Friedrich 400
 Ebert, Juliane 474
 Ebert, Simon 400
 Ebner, Katharina 430
 Ebner, Wolfgang 403
 Echn-Aton 355
 Echternkamp, Jörg 451
 Eckert, Rainer 382 f.
 Economides, Spyros 217-220
 Edelmann, Florian 216
 Eggebrecht, Axel 323
 Egner, Björn 223, 226
 Ehlert, Hans 274
 Ehmke, Horst 26
 Eichardt, Christian 170
 Einstein, Albert 23
 Eisenberg, Johannes 392
 Eisenstein, Elizabeth 21
 Eisfeld, Alfred 451
 Eisler, Gerhart 324
 El Almani, Abdul Ghaffar 186-189, 192 f.,
 195-198, 200 f.
 El-Gayar, Wael 247, 263
 Ellinas, Antonis 205 f., 209, 226
 El-Mafaalani, Aladin 262 f., 268
 Elter, Andreas 182
 Embacher, Serge 38
 Endreß, Christian 415
 Engelhardt, Marc 451
 Engelmann, Peter 450
 Engelmann, Roger 270, 278
 Engels, David 396
 Engels, Friedrich 368, 417, 445, 455
 Engert, Jürgen 270, 271
 Engin, Havva 247
 Enke, Thomas 236
 Enzensberger, Hans Magnus 318-320, 325, 403 f.
 Enzmann, Birgit 34
 Eppler, Erhard 439, 448
 Erbakan, Necmettin 251
 Erdogan, Tayyip 467
 Erhard, Ludwig 346, 357, 409

Personenverzeichnis

- Ernst, Cornelia 103
 Ernst, Klaus 240 f.
 Ettrich, Frank 222
 Etzemüller, Thomas 17, 29
 Etzkowitz, Henry 22
 Eucken, Rudolf 353
 Eucken, Walter 355-357
 Exner, Achim 156
 Ezil, Özkan 451
 Faessler, Judith 7, 186, 476
 Falk, Bernhard 183
 Falkner, Thomas 237 f.
 Falter, Jürgen W. 77, 377
 Farschid, Olaf 250 f.
 Fassbinder, Rainer Werner 331
 Fastenrath, Günter 433
 Feld, Lars 452
 Fenske, Hans 349, 420
 Ferdinand, Franz 341
 Ferguson, Niall 419
 Fest, Joachim 331
 Festerling, Tatjana 170
 Feuerherdt, Alex 143
 Fichte, Johann Gottlieb 20
 Fiedler, Anke 401
 Finer, Samuel E. 35
 Fini, Gianfranco 207
 Fischer, Fritz 332, 420
 Fischer, Matthias 132
 Fischer, Ruth 447
 Flach, Werner 229
 Flade, Florian 183, 186, 202
 Flassbeck, Heiner 226
 Florakis, Charilaos 213
 Flügel-Martinsen, Oliver 452
 Flügler, Peter 247, 266 f.
 Flümman, Gereon 412
 Foch, Ferdinand 344
 Forner, Sean A. 322-325
 Forsthoff, Ernst 20, 330, 474
 Fortuyn, Pim 66, 70
 Foucault, Michel 18, 352, 386, 469
 Foutoulis, Georgios 222
 Fraenkel, Ernst 75, 301, 458
 Frank, Rüdiger, 452
 Frankenberg, Günter 433
 Frankenberger, Rolf 34
 Franz, Frank 123
 Franz, Rüdiger 166
 Franzius, Claudia 432, 452
 Frei, Norbert 18
 Frevort, Ute 22
 Frey, Gerhard 53
 Freyer, Hans 325
 Friedrich, Carl Joachim 454
 Friedrich, Ernst 230
 Friedrich, Jörg 332
 Friedrich, Sebastian 124
 Friedrichsen, Mike 453
 Fritsche, Klaus-Dietrich 310
 Fritze, Lothar 389
 Fröhlich, Claudia 453
 Frölich, Jürgen 450
 Fuchs, Christian 73
 Fuchs, Dieter 37
 Fuchs, Jürgen 413
 Fuhst, Helge 453
 Fukuyama, Francis 376
 Fyssas, Panagiotis 210, 222 f.
 G., Yusup 128
 Gabel, Helmut 23
 Gabriel, Oscar W. 36, 424
 Gadamer, Hans-Georg 360
 Gaiser, Wolfgang 424
 Galka, Sebastian 453
 Gallus, Alexander 7 f., 13, 16, 27, 29, 51, 54, 77,
 98, 124, 132 f., 135, 302
 Gander, Hans-Helmuth 402
 Ganz, Peter, 31
 Gärtner, Johann 124
 Gast, Henrik 464
 Gauck, Joachim 412 f.
 Gauland, Alexander 110
 Gaulle, Charles de 319
 Gaus, Bettina 164
 Gaus, Daniel 452
 Gavrilidis, Akis 218
 Gebel, Christa 474
 Gebhardt, Heide 445
 Gebhardt, Rico 104
 Gehlen, Arnold 325, 353
 Gehrcke, Wolfgang 235
 Geiges, Lars 156, 161, 165, 453
 Gentsch, Tony 132
 George, John 33
 Georgiadis, Antonis 206 f.
 Georgiadou, Vassiliki 208, 226
 Geppert, Dominik 17

Personenverzeichnis

- Gerber, Carl Friedrich von 432
 Gerber, Stefan 329
 Gerlach, Julia 54
 Germanis, Georgios 210
 Gerns, Willi 235
 Gerwarth, Robert 453
 Gesang, Bernward 424
 Gestwa, Klaus 23
 Geyer, Michael 468
 Geyken, Frauke 454
 Gide, André 337
 Gieler, Wolfgang 384 f.
 Giemsch, Dennis 124
 Gille, Martina 424
 Giolias, Sokrates 219
 Giotopoulos, Alexandros 218
 Giovanopoulos, Christos 227
 Girard, René 403 f.
 Girmus, Wolfgang 454
 Giusto, Hedwig 58
 Glaser, Michael 421
 Glaubitz, Joachim 405
 Glogg, Richard 205, 217
 Glossner, Christian L. 454
 Goebbels, Joseph 33 f., 389
 Goerdeler, Carl 357
 Goerlich, Helmut 329
 Goetz, John 73
 Gohde, Claudia 237, 239
 Gohle, Peter 439 f.
 Goldhagen, Daniel 333
 Golebiewska, Maria 454
 Göllner, Renate 150
 Gollwitzer, Helmut 406
 Gonzalenz, Sebastian Zamorano 454
 Goodwyn, Lawrence 61
 Gorbatschow, Michail 279, 376, 440, 459
 Göring, Hermann 451
 Görke, Christian 111
 Görres, Joseph von 358
 Görtemaker, Manfred 155
 Grabow, Karsten 58
 Graf, Rüdiger 13
 Gräfe, Hans-Jürgen 460
 Grafl, Christian 247
 Gramsci, Antonio 232
 Grant, Matthew 314
 Grass, Günter 324
 Gräßler, Florian 454
 Greiffenhagen, Martin 36
 Greiffenhagen, Sylvia 36
 Greuel, Frank 388
 Grevelhörster, Ludger 454
 Grewe, Wilhelm 331
 Grey, Edward 350, 419
 Grigat, Stephan 137-142, 144-149, 152 f.
 Grigoropoulos, Alexandros 218
 Grillo, Beppe 60, 68
 Groh, Kathrin 433
 Groß, Eva 379
 Große Kracht, Hermann-Josef 326-328
 Große Kracht, Klaus 326
 Großheim, Michael 435
 Großmann, Johannes 434 f.
 Grothe, Ewald 397, 450
 Grotz, Florian 411
 Gruber, Alex 140, 150
 Grünbaum, Robert 445
 Grund, Katharina 395
 Grunden, Timo 448
 Gu, Xuewu 405
 Guevara, Ernesto „Che“ 474
 Guiora, Amos N. 454
 Günther, Markus 55
 Gysi, Gregor 114, 118, 231, 233, 236 f., 239, 242, 421
 Haarhuis, Daniela 247, 266
 Haas, Melanie 205, 224
 Haase, Anna-Maria 445
 Haber, Fritz 31
 Häber, Herbert 277
 Haberl, Lothar 101
 Habermas, Jürgen 20 f., 30, 352, 359-363, 406, 442, 453
 Hacke, Jens 20, 352
 Hackmack, Gregor 455
 Hacksenberger, Alfred 183
 Hafez, Farid 455
 Hafez, Kai 455
 Hager, Nina 118
 Hähnig, Anne 157
 Haider, Jörg 58, 145
 Halbrock, Christian 270 f.
 Halikiopoulou, Daphne 226
 Hall, Evelyn Beatrice 33
 Hamann, Richard 406
 Hammerstein, Notker 455
 Hammerstein, Otmar 455

Personenverzeichnis

- Hamza, Abu 178
 Hanbal, Ahmad Ibn 174,252
 Händel, Thomas 103
 Hansen, Stefan 82
 Hansen-Schaberg, Inge 446
 Harich, Wolfgang 270, 272, 323 f.
 Harnisch, Sebastian 391
 Harpprecht, Klaus 455
 Hart, Herbert L. 432
 Hartl, Johannes 132
 Hartleb, Florian 58, 62, 455
 Hartmann, Detlef 227
 Hartmann, Moritz 396
 Hartmann, Simone Dinah 140 f., 144-146, 152
 Hartwig, Jürgen 388
 Hasenclever, Antje 454
 Hasselbring, Bettina 446
 Haug, Volker M. 99
 Häusler, Alexander 269
 Havel, Václav 338, 450
 Havelka, Milos 462
 Havemann, Robert 270, 272, 454
 Hayek, Friedrich August von 25, 393, 454
 Heather, Connolly 450
 Hebel, Christina 123, 157,159
 Hecker, Rolf 455
 Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 75, 320, 323,
 329, 363, 404
 Heiber, Helmut 33
 Heidegger, Martin 305, 360, 438, 458
 Heidenreich, Felix 441
 Hein, Rosemarie 238
 Heinelt, Hubert 405
 Heinke, Daniel 181
 Heinze, Rolf G. 31
 Heise, Torsten 108
 Heisig, Kirsten 317
 Heisterkamp, Ulrich 455
 Heitmeyer, Wilhelm 84, 377
 Hellmich, Christina 88
 Hellwege, Heinrich 112
 Hemberger, Horst 237
 Hennis, Wilhelm 406
 Henningsen, Bernd 58, 69
 Hensel, Alexander 422 f.
 Herbert, Ulrich 13, 25, 331-334
 Hermand, Jost, 406
 Hermannseder, Eveline 456
 Hermlin, Stephan 323
 Hershkowitz, Isaac 390
 Hertfelder, Thomas 25
 Hertz, Aleksander 335-337
 Herz, Dietmar 222
 Hess, Rudolf 207
 Hett, Benjamin Carter 456
 Heuer, Uwe-Jens 236
 Heydemann, Günther 456
 Hidalgo, Oliver 417, 456
 Hiks, Uwe 238
 Hildebrandt, Cornelia 60
 Hildebrandt, Jens 403
 Hiller, Kurt 15, 134
 Hilsberg, Stephan 440
 Himmelweit, Hilde T. 37
 Hindenburg, Paul von 342, 344
 Hippmann, Cornelia 407
 Hirscher, Gerhard 82, 213
 Hitler, Adolf 63, 77, 82, 133, 207, 336, 355 f.,
 359, 462
 Hitzel-Cassagnes, Tanja 452
 Hobbes, Thomas 328, 386, 404
 Hobsbawm, Eric 14, 16
 Hochgeschwender, Michael 373
 Höcke, Björn 106
 Hockerts, Hans Günter 18
 Hoeres, Peter 27, 29, 331, 408 f.
 Höfer, Werner 331
 Hoff, Benjamin Immanuel 421 f.
 Hoffmann, Dierk 26
 Hoffmann-Riem, Wolfgang 9, 286
 Hoff, Benjamin-Immanuel 104
 Hofmann, Michael 382
 Höhne, Benjamin 66
 Holquist, Peter 451
 Hölscher, Nina 447
 Holzhauser, Thorsten 476
 Hölzing, Philipp 383
 Holzweißig, Gunter 241
 Honecker, Erich 270, 277-279, 401
 Honecker, Margot 339
 Hooper, Kathleen R. 394 f.
 Höpcke, Klaus 232, 237
 Hörisch, Jochen 414
 Horkheimer, Marx 20, 148, 323, 360, 468
 Horstmann, Ulrich 456
 Hoyer, Norbert Thomas 243
 Hsu, Yu-Fang 410
 Huber, Ernst Rudolf 397

Personenverzeichnis

- Huber, Fabian 431
 Hübinger, Gangolf 14, 25
 Huddy, Leonie 37
 Hume, David 456
 Hummel, Klaus 182, 247, 262
 Humphrey, Michael 457
 Humphreys, Patrick 37
 Huntington, Samuel 376
 Hurrelmann, Klaus, 457
 Husserl, Edmund 438
 Hüttner, Bernd 242
 Ibrahim, Abu 183
 Iglesias Turrion, Pablo 60
 Ignazi, Piero 205
 Ihme, Bernd 235, 237, 241
 Inglehart, Ronald 38, 47
 Inhoffen, Lisa 166
 Ionescu, Dana 457
 Iriye, Akira 457
 Irmschler, Konrad 231
 Ischtschenko, Wiktor 445
 Isensee, Josef 457
 Jack, El-Hai 451
 Jäckle, Sebastian 437
 Jacob, Frank 457
 Jacob, Günther 151
 Jäger, Franziska 169
 Jäger, Margaret 74
 Jäger, Marianne 37
 Jäger, Siegfried 74
 Jäger, Thomas 403
 Jagow, Gottlieb von 331
 Jahn, Detlef 79
 Jahn, Roland 338-340
 Jakobsen, Kjetil 58, 69
 Jani, Helge F. 430
 Janka, Walter 324
 Jansen, Frank 202
 Janssen, Albert 458
 Jaschke, Hans-Gerd 9, 304, 378
 Jäschke, Horst 230
 Jaspers, Eva 48
 Jaspers, Karl 323, 353, 390
 Jaurès, Jean 400 f.
 Jeismann, Michael 28
 Jellinek, Georg 432
 Jellinek, Walter 398
 Jennerjahn, Miro 168
 Jens, Tilman 471
 Jervis, Robert 37
 Jesse, Eckhard 8, 16, 29, 38 f., 51, 54, 65, 74 f.,
 77 f., 82, 97 f., 103, 122 f., 133, 155, 226, 309,
 369, 378, 407, 422, 445, 454, 458
 Jessen, Ralph 458
 Jestaedt, Matthias 330
 Johannes Paul II. 376
 Jokisch, Benjamin 247 f., 252-257, 264
 Jones, Larry Eugene 458
 Jouvenel, Bertrand de 355
 Judt, Tony 16
 Jun, Uwe 66
 Jung, Tina 441
 Jünger, Ernst 404
 K., Soufiane 127
 Kaase, Max 37
 Kaddor, Lamya 203
 Kaeding, Michael 98, 205
 Kahrs, Horst 104, 239
 Kailitz, Steffen 39, 450
 Kajewski, Marie-Christine 458
 Kalinna, Georg 431
 Kalkhof, Maximilian 166
 Kalokerinos, Alexis 220
 Kaltenbrunner, Gerd-Klaus 27
 Kaltwasser, Cristóbal Rovira 58
 Kalyvas, Andreas 208, 214, 227
 Kalyvas, Stathis N. 213
 Kammann, Uwe 414
 Kamps, Klaus 429 f.
 Kämpfer, Sylvia 458
 Kansteiner, Wulf 390
 Kant, Immanuel 323
 Kantorowicz, Alfred 323 f.
 Kapelonis, Manolis 222
 Kaplan, Robert D. 217
 Karakatsanis, Neovi M. 213
 Karamanlis, Konstantinos 211
 Karamanlis, Kostas 220
 Karatzaferis, Georgios 206
 Karbowski, Marina 415
 Karl I. 350
 Karner, Stefan 459
 Karyotis, Georgios 216-218
 Kasidiaris, Ilias 209 f.
 Kasidiaris, Ioannis 209
 Kaslow, Arkadij 447
 Kassaras, Ioannis 224
 Kassimeris, George 216 f.

Personenverzeichnis

- Katseli, Louka 219
 Katz, Michael 37
 Katzer, Sandra 459
 Kaufmann, Franz-Xaver 431
 Kautsky, Karl 400 f.
 Keller, Dietmar 234
 Keller, Patrick 426
 Kellerhoff, Sven Felix 341 f.
 Kelley, Douglas M. 451
 Kelpanides, Michael 220
 Kelsen, Hans 327, 432, 458
 Kemal, Mustafa 350
 Kempken, Norman 132
 Kennan, George F. 450
 Kerchner, Brigitte 425
 Kershaw, Ian 18 f.
 Kertész, Imre 320
 Keskin, Hassan 183
 Kessel, Stijn van 70
 Keßler, Mario 401
 Kesting, Peter 187
 Khomeini, Ruhollah 249
 Khorchide, Mouhanad 247, 263
 Khosravini, Majid 58
 Kielmansegg, Peter Graf 34, 454
 Kiesewetter, Michèle 311
 Kiesinger, Kurt Georg 346
 Kießling, Friedrich 25
 Kimmel, Adolf 459
 Kindler, Robert 445
 Kipping, Katja 103, 114, 241, 422
 Kirchhof, Paul 328, 453, 457
 Kirschen, Mareen 459
 Kirshner, Alexander 411 f.
 Kisoudis, Dimitrios 219
 Kitching, David 58
 Klamt, Martin 224, 225
 Klecha, Stephan 422 f.
 Klein, Anna 78, 167, 377, 379
 Klein, Christa-Irene 448
 Klein, Dieter 231, 237-239
 Klein, Horst 237
 Klein, Markus 378
 Klingemann, Carsten 450
 Klingemann, Hans-Dieter 37, 378
 Klinger, Freya-Maria 474
 Klob, Bernhard 247
 Kloss, Oliver 468
 Klotter, Christoph 386
 Kluge, Matthias 383
 Knaack, Benjamin 159
 Kneuer, Marianne 425
 Knoch, Habbo 468
 Köbele, Patrick 118
 Koblit, Silvio 182
 Koch, Hans-Hinrich 414
 Koellner, Patrick 450
 Kogon, Eugen 31, 323 f.
 Kohl, Helmut 272, 346, 382, 391, 412 f., 440, 471
 Köhler, Henning 412
 Köhler, Kevin 34
 Kohn, Roland A. 453
 Kolár, Jiri 318
 König, Ewald 270, 272
 König, Lothar 392 f.
 König, Pascal 437
 König, Wolfgang 459
 Koning, Martijn de 257
 Konstantopoulos, Nikos 214
 Konstantopoulou, Zoi 222
 Konzelmann, Laura 459
 Kopp, Nadine 448
 Koriath, Stefan 329
 Korndörfer, Lutz 460
 Kornwachs, Klaus 31
 Korsch, Werner 447
 Korte, Jan 240
 Korte, Karl-Rudolf 97, 421
 Koselleck, Reinhart 15
 Koslowski, Stefan 460
 Kott, Sandrine 460
 Koufodinas, Dimitrios 218
 Koutsoumpas, Dimitris 213
 Kouvelakis, Stathis 449
 Kouvelis, Fotis 215
 Kowalczyk, Ilko-Sascha 270, 276
 Kozah, Abdurrahim 252
 Kraaykamp, Gebert 48
 Kraetzer, Ulrich 247, 264
 Kranenpohl, Uwe 464
 Krause, Joachim 82
 Kraushaar, Wolfgang 84, 318
 Krauss, Werner 406
 Krawczyk, Stephan 383
 Krawietz, Birgit 251 f.
 Krell, Christian 71
 Krenz, Egon 279

Personenverzeichnis

- Kretschmann, Winfried 112
Kretsos, Lefteris 450
Kritidis, Gregor 218, 226
Kriz, Karl-Heinz 460
Kroll, Frank-Lothar 460
Kroneberg, Dirk Wilhelm 388
Kronenberg, Volker 113
Kropp, Sabine 79
Krotz, Friedrich 414
Krug, Uli 137
Kruke, Anja 26
Kublitz-Kramer, Bettina 446
Kuchler, Christian 460
Kucklick, Christoph 414
Kühl, Stefan 18, 461
Kühnlein, Michael 386
Kukowski, Martin 461
Kulenkampff, Joachim 331
Kullik, Jakob, 402 f.
Kunst, Hermann 395
Kunstreich, Tjark 143, 149 f.
Küntzel, Matthias 143 f.
Küppersbusch, Friedrich 414
Kurbjuweit, Dirk 345-347
Laabs, Dirk 73, 309-311
Laak, Dirk van 18 f., 21-23, 26, 29, 32
Laak, Jeannette van 278
Laband, Paul 432
Laclau, Ernesto 67
Lafazanis, Panagiotis 221 f.
Lafontaine, Oscar 59, 68, 239-241, 243, 421, 440
Lagaris, Theodoros 223
Lamberz, Werner 277
Lampe, Adolf 355, 357
Land, Rainer 231
Landwehr, Claudia 461
Lane, Robert E. 27
Lang, Heinrich 461
Lang, Jürgen P. 228, 367
Lange, Hans-Jürgen 402 f., 415
Lapavitsas, Costas 221
Larabee, Stephen F. 217
Lasch, Christopher 65
Lasky, Melvin J. 324
Lassalle, Ferdinand 315
Lau, Sven 178 f., 185, 261
Lauth, Hans-Joachim 79
Lawson, Neal 72
Lazar, Marc 213
Le Pen, Jean-Marie 59, 205
Le Pen, Marine 122
Leber, Annedore 454
Lechler, Alexander 461
Leder, Andrzej 454
Lefort, Claude 463
Leggewie, Claus 442
Legner, Johann 412
Lehmann, Steffi 399
Lehnert, Detlef 448
Leimbach, Alina 169
Lemke, Matthias 469
Lenin, Wladimir Iljitsch 117, 232, 368, 449
Lenski, Katharina 278
Lenzen, Veronika 431
Leonhard, Jörn 349-351
Lepsius, Oliver 330
Lethen, Helmut 28
Lévi-Strauss, Claude 305
Lewandowsky, Marcel 66, 71
Lewin, Shlomo 83
Leydesdorff, Loet 22
Lichterbeck, Philipp 187, 199
Liddle, Roger 461
Lieberam, Ekkehard 236
Liebknecht, Karl 117, 344
Liebold, Sebastian 355, 458
Liedhegener, Antonius 431
Lienau, Cay 226
Lijphart, Arend 295-297, 410
Limmroth, Angelika 455, 461
Linden, Markus 384 f.
Linder, Wolf 294
Linz, Juan José 217, 454
Lipset, Seymour Martin 47, 77, 378
Löbe, Paul 320
Locke, John 34, 157, 169, 386
Logvinov, Michail 182, 262, 445, 247
Lohl, Jan 462
Lohlker, Rüdiger 184, 248, 257, 262
Lorenz, Markus 416, 462
Lösing, Sabine 103
Lötzer, Ulla 240
Lötzsch, Gesine 114, 241
Lovejoy, Arthur 463
Löw, Konrad 462
Löwenthal, Richard 25, 406
Lowles, Nick 86
Lübbe, Hermann 20 f., 328, 352-354, 361, 406

Personenverzeichnis

- Lubbers, Marcel 48
 Lucardie, Paul 60, 462
 Lüddecke, Dirk 329
 Ludendorff, Erich 342, 344
 Ludwig-Hoppe, Linda 462
 Ludz, Peter Christian 26
 Luft, Robert 462
 Luhmann, Niklas 386
 Lukács, Georg 323
 Luther, Martin 460
 Lüttnant, Christian 463
 Lutz, Martin 115,
 Lützing, Saskia 199
 Luxemburg, Rosa 117, 368
 M. Ahmed 192
 Maaß, Anita 389
 Machiavelli, Niccolò 404
 Mahler, Andreas 463
 Mahlitz, Philipp 405
 Mahmoud, Muhammad 181, 183
 Maier, Charles 13
 Maier, Hans 355-358, 442
 Maier, Konrad 451
 Maier, Reinhold 112
 Maier, Tobias 463
 Maissen, Thomas 441
 Malamatinos, John 227
 Malthaner, Stefan 179
 Malycha, Andreas 233, 270, 277
 Manela, Erez 453
 Mann, Heinrich 343
 Mannewitz, Tom 9, 33 f., 39, 438
 Mannheim, Karl 27, 463
 Manousakis, Gregor 217
 Mansour, Ahmad 198-200
 Marantzidis, Nikos 213 f., 227
 Marcinkowski, Frank 463
 Marcuse, Herbert 400
 Marg, Stine 156, 473
 Margaronis, Maria 207
 Marijnissen, Jan 60
 Markoyannakis, Christos 219
 Marohn, Heinz 234
 Maroulinas, Julian 214
 Marschall, Stefan 416
 Martens, Michael 220
 Martin, Alexander M. 451
 Martinsen, Franziska 452
 Marx, Eleanor 455
 Marx, Jenny 455, 461
 Marx, Karl 30, 75, 117, 147, 323, 368, 386, 417,
 455, 461, 465, 472
 Marx, Laura, 455
 Masala, Carlo 415 f.
 Massing, Peter 424
 Mathaiopoulos, Artemis 210
 Matsaganis, Manos 217
 Maul, Heinz 465
 Maull, Hanns 391
 Mayer, Franz C. 452
 Mayer, Hans 323, 406
 Mayer, Thomas 463
 Mays, Christin 451
 Mazower, Mark 15
 Mazzucato, Mariana 463
 McDonnell, Duncan 59
 McElligott, Anthony 29
 McLagan, Graeme 86
 McMahon, Darrin M. 463
 McMeekins, Sean 419
 McTaggart, David 444
 Meadows, Dennis 273
 Medem, Wladimir 400
 Meenen, Uwe 101
 Mehring, Reinhard 328
 Meier, Helmut 231
 Meier, Klaus 454
 Meinecke, Friedrich 324
 Meinhof, Ulrike 320
 Mélenchon, Jean-Luc 60
 Mellers, Barbara E. 37
 Melville, Gert 433
 Melzer, Ralf 208
 Mergel, Thomas 26
 Merkel, Angela 168, 345-347, 391, 407, 467
 Merkel, Wolfgang 34
 Merriman, John 417 f.
 Mertes, Alois 331
 Metaxas, Ioannis 207 f.
 Metzger, Albrecht 181
 Metzler, Gabriele 26, 468
 Meyer, Martin 441
 Michaloliakos, Nikolaos G. 205, 207 f., 210
 Michas, Takis 211
 Michels, Martina 103
 Michels, Robert 336
 Miclot, Isabel 314
 Mielke, Erich 114

Personenverzeichnis

- Miliopoulos, Lazaros 9, 204, 222, 226, 442
 Mill, John Stuart 56, 443
 Miller, Warren E. 37
 Milosevic, Slobodan 213
 Minkenberg, Michael 79, 451
 Misa, Thomas J. 30
 Mises, Ludwig von 25
 Mitchell, Gregory 37
 Mitscherlich, Alexander 323
 Mitsotakis, Konstantin 213
 Mittenzwei, Werner 406
 Mizrahi, Shlomo 473
 Mladic, Ratko 211
 Mletzko, Matthias 445
 Modrow, Hans 228, 231
 Moellers, Martin H. W. 80, 90
 Mohl, Robert von 443
 Mohler, Armin 307
 Mohr, Sebastian 141
 Möller, Horst 445
 Möllers, Christoph 330
 Mombauer, Annika 419
 Mommsen, Theodor 434
 Monastiriotis, Vassilis 217-220
 Monnet, Jean 30
 Morandi, Pietro 20
 Moré, Angela 462
 Moreau, Patrick 133, 213
 Morozov, Evgeny 285, 293
 Mörschel, Tobias 71
 Mortanges, René Pahud 431
 Mosca, Gaetano 443
 Moses, Dirk 322
 Mouffe, Chantal 67, 464
 Moyn, Samuel 463
 Mozaffari, Mehdi 476
 Mral, Brigitte 58
 Muckel, Stefan 431
 Mudde, Cas 58, 65 f., 420, 476
 Muhammad 174 f., 253
 Mühsam, Erich 342-344
 Müller, Hans-Peter 464
 Müller, Karl Alexander von 426 f.
 Müller, Rainer 468
 Müller, Thomas B. 18
 Müller, Tim B. 464
 Müller, Uwe 115
 Müller, Werner 335
 Müller-Armack, Alfred 358
 Müller-Doohm, Stefan 359-362
 Müller-Enbergs, Helmut 9, 288
 Müller-Rommel, Ferdinand 79
 Mulsow, Martin 463
 Münch, Ursula 464
 Mundlos, Uwe 90, 309-311
 Munke, Martin 460
 Munkel, Daniela 364 f.
 Munkewitz, Aline 394
 Münkler, Herfried 332, 432, 442, 474
 Münzner, Daniel 15, 429
 Murck, Manfred 128
 Mursi, Mohammed 251, 466
 Muschg, Adolf 441
 Musharbash, Yassin 186, 202
 Myrdal, Alva 17, 400 f.
 Myrdal, Gunnar 17, 400 f.
 Nachtmann, Clemens 144-146, 150
 Nagie, Ibrahim Abou 185
 Naji, Abu Bakr 88
 Nannen, Henri 331
 Naumann, Konrad 277
 Nef, Martin 441
 Nehring, Holger 312
 Neitzel, Sönke 290
 Nelken, Michail 236
 Ness, Immanuel 227
 Nestler, Christian 477
 Nestroy, Johann Nepomuk 284
 Neu, Viola 60
 Neubert, Harald 231
 Neumann, Peter 410 f.
 Neumüller, Caroline A. 464
 Neurath, Otto 23
 Neuss, Beate 397
 Neyer, Jürgen 452
 Niedermayer, Oskar 98, 109, 111, 124, 205 f., 224
 Niehr, Thomas 464
 Niekisch, Ernst 324
 Niemetz, Daniel 279
 Niethammer, Lutz 270, 278
 Nietzsche, Friedrich 305 f.
 Nin, Andreu 400
 Nina, Wiedl 261
 Nipperdey, Thomas 14, 406
 Nitz, Christoph 242
 Noelle-Neumann, Elisabeth 15
 Nolte, Ernst 14, 341, 406, 431

Personenverzeichnis

- Nötzold, Antje 392
 Nussbaum, Martha C. 464 f.
 Nützenadel, Alexander 434
 Obama, Barack 453
 Obermaier, Ralph 473
 Oberndörfer, Dieter 217
 Obrenowitsch, Alexander 341
 Oelze, Patrick 465
 Oertel, Kathrin 166, 169
 Ooyen, Robert Christian van 80, 90, 326
 Oppelland, Torsten 106, 108, 421
 Ordóñez, Lisa D. 37
 Ortner, Helmut 430
 Orwell, George 280, 288-291
 Oschmann, Rainer 232
 Osten-Sacken, Thomas von der 140, 143 f.
 Osterhammel, Jürgen 13, 457
 Osterhoff, Andre 205
 Ostrowski, Christine 236
 Oswald, Michael 112, 231, 477
 Ott, Hugo 357
 Otten, Tina 227
 Otto, Wilfriede 231
 P., Anis 188
 Paletschek, Sylvia 448
 Pállinger, Zoltán Tibor 383 f.
 Palonen, Kari 465
 Panagiotis, Ilias 210
 Panebianco, Angelo 68
 Panizza, Francisco 67
 Panter, Sarah 465
 Papadimitriou, Georgios 224
 Papadimos, Loukas 206
 Papadopoulos, Georgios 205, 208
 Papandreou, Georgios 206, 211 f., 217
 Papandreu, Andreas 217
 Papanikos, Gregory T. 205
 Pappariga, Aleka 213
 Pappas, Takis 205 f., 226
 Parsanoglou, Dimitris 227
 Partmann, Michael 385
 Paschetto, Paolo 24
 Pastörs, Udo 101
 Patzelt, Werner J. 124, 160-163, 169 f.
 Pauen, Michael 32
 Paul, Gerhard 82
 Pausch, Andreas Peter 382
 Peter, Lothar 465
 Peters, Butz 84
 Pettitt, Philip 383
 Petschke, Madeleine 402
 Pettenkofer, Andreas 422
 Pezzoli-Olfigiati, Daria 431
 Pfahl-Traugher, Armin 8, 73 f., 76-79, 82, 86 f.,
 89 f., 93, 123, 154 f., 165, 167 f., 367-369, 393
 Phelan, Craig 450
 Pickel, Gert 36, 79, 431
 Pickel, Susanne 36, 79
 Piecha, Oliver M. 143
 Pieper, Josef 331
 Piketty, Thomas 465
 Pilsudski, Józef 335, 400
 Pinzani, Alessandro 433
 Piper, Gerhard 180, 189 f., 192, 199, 202
 Pius XII. 474
 Platon 15, 470
 Platzack, Matthias 109
 Plessner, Helmuth 353
 Pleuger, Kristin 465
 Plevris, Konstantinos A. 205, 224
 Plischke, Thomas 466
 Póczy, Kálmán 447, 466
 Pohl, Kerstin 424
 Poincaré, Raymond 341
 Polzin, Arno 270, 276
 Popper, Karl Raimund 25, 29, 75
 Porsche-Ludwig, Markus 384
 Postert, André 466
 Pötzl, Nobert 270, 273
 Praefke, Ulrich 446
 Prantl, Heribert 55
 Priemel, Kim 13
 Priester, Karin 60, 64, 67
 Prinz, Sebastian 437
 Prüll, Livia 448
 Pülm, Bonnie 473
 Puschnerat, Tania 198
 Putin, Wladimir 396
 Qatada, Abu 183
 Qutb, Sayyid 193, 249, 258
 Rabert, Bernhard 82, 85
 Raddatz, Fritz J. 325
 Radonic, Ljiljana 150
 Rahner, Karl 331
 Ramelow, Bodo 106-108, 111 f., 114-116, 118,
 239
 Ramiro, Luis 213
 Ramsauer, Petra 466

Personenverzeichnis

- Rancière, Jacques 425 f.
Ranko, Annette 466
Raphael, Lutz 14, 16-19, 21, 25 f. 28 f.
Rattinger, Hans 459, 470
Ratzinger, Joseph 356, 363
Rauball, Reinhard 447
Raudszus, Jan 181
Raulff, Ulrich 466
Rawls, John 76, 352, 462
Reagan, Ronald 375 f.
Reckziegel, Werner 233
Reder, Michael 467
Reents, Jürgen 232
Rehberg, Karl-Siegbert 450, 467
Reichel, Peter 211
Reichherzer, Frank S. 314
Reichold, Hermann 431
Reichwein, Rosemarie 454
Reimann, Anna 157
Reinbold, Fabian 159
Reinders, Danny 192
Reindl-Krauskopf, Susanne 247
Reinecke, Christiane 14, 26
Reinicke, David 393
Reiser, Rio 107
Reisz, Heinz 53, 55
Reitemeyer, Ursula 467
Reitstetter, Lukas J. 447
Reitz, Bettina 414
Remer, Otto Ernst 53
Renger, Denise 410 f.
Rensmann, Jörg 141
Rey, Volker Hans 457
Rhode, Roman 467
Richter, Hans Werner 323
Richter, Heinz A. 211, 213f., 226 f.
Richter, Karl 100 f.
Richter, Peter 238
Rida, Rashid 249, 252
Riefenstahl, Leni 331
Rieger, Bernhard 25
Riegraf, Birgit 384 f.
Riescher, Gisela 402
Riesman, David 18
Rietzschel, Thomas 467
Riexinger, Bernd 103, 114, 241
Ringler, Siegfried 187
Ringstorff, Harald 476
Ritter, Gerhard 355, 357, 404
Ritter, Henning 353
Ritter, Joachim 398
Ritz, Claudia 469
Rizzo, Stefano 58
Robbers, Gerhard 431
Rödder, Andreas 16
Roeder, Manfred 83
Roeser, Rainer 269
Rogg, Matthias 274
Rohe, Mathias 247
Rohgalf, Jan 477
Rohrschneider, Robert 37
Roitsch, Bianca 394
Roos, Daniel 426 f.
Roosevelt, Franklin Delano 376
Röpke, Andrea 73
Röpke, Wilhelm 357 f.
Rorty, Richard 352, 362, 470
Rose, Andreas 410
Rose, Olaf 101
Rosen, Klaus-Henning 82
Rosenbach, Marcel 428
Rosenbaum, Heidi 467
Rosenberg, Arthur 447
Rosenkranz, Wolfgang 403
Roßteutscher, Sigrid 470
Rostislavleva, Natalia 446
Roth, Claudia 159
Roth, Jürgen 467
Roth, Roland 155
Rother, Horst 229
Rousseau, Jean-Jacques 329, 386, 463
Rowohlt, Ernst 323
Rox, Barbara 431
Rüb, Friedbert H. 429
Ruchniewicz, Krzysztof 271
Rucht, Dieter 155, 161-164
Ruck, Michael 20
Rudel, Friedwart Maria 74
Rudolph, Ekkehard 7, 127, 172, 182
Rudolph, Thomas 468
Rudzio, Wolfgang 43
Ruff, Mark E. 327
Ruschig, Ulrich 468
Russell, Peter H. 37
Rüstow, Alexander 356, 358
Ruth, Kurt 187
Rüther, Daniela 357
Saage, Richard 470

Personenverzeichnis

- Sabin, Stefana 430
 Sabrow, Martin 434, 468
 Sagemann, Marc 88
 Said, Behman T. 180, 202, 247, 254, 258-261
 Saldern, Adelheid von 17
 Salo, Sanna 468
 Salzborn, Samuel 457, 468
 Samaras, Antonis 206
 Sandbothe, Maik 414
 Sarhan, Aladdin 7, 127, 172, 175-177, 256
 Sarrazin, Thilo 469
 Saunders, Steven 218
 Scarborough, Elionor 37
 Schaal, Gary S. 469
 Schaar, Peter 428
 Schäfer, Gerhard 450
 Schäfer, Knut 469
 Schale, Frank 398
 Scharpf, Fritz W. 25
 Schäuble, Martin 188
 Schäuble, Wolfgang 386
 Schaumburg-Lippe, Wilhelm von 404
 Scheer, Udo, 469
 Scheit, Gerhard 140, 144, 150
 Scheliha, Marie Louise von 454
 Schelsky, Helmut 27, 325, 353, 450
 Scheuch, Erwin K. 378, 406
 Schieren, Stefan 469
 Schild, Joachim 391
 Schildt, Axel 20, 322
 Schiller, Hans-Ernst 468
 Schilling, Falko 270
 Schirmer, Gregor 236
 Schirmacher, Frank 16, 32
 Schivelbusch, Wolfgang 17
 Schlemmer, Thomas 470
 Schlierer, Rolf 124
 Schmalz-Bruns, Rainer 461
 Schmid, Hansjörg 247
 Schmidt, Harald 453
 Schmidt, Helmut 327, 346, 455
 Schmidt, Rainer 432
 Schmidt, Stefan 419, 397, 443, 448, 453, 470
 Schmitt, Carl 18 f., 27, 326-329
 Schmitt-Beck, Rüdiger 97, 470
 Schmole, Angela S. 276
 Schneider, Daniel 188 f.
 Schneider, Michael 470
 Schneiders, Thorsten Gerald 177, 247, 251, 258, 261 f., 264
 Schölderle, Thomas 470
 Scholem, Werner 447
 Scholl, Sophie 454
 Scholten, Heike 429 f.
 Scholtyseck, Joachim 450
 Scholz, Helmut 103
 Schönberger, Christoph 327, 330
 Schöneburg, Karl-Heinz 234
 Schooman, Guido 247
 Schorn, Michael 125
 Schot, Johan 30
 Schramm, Gottfried 433
 Schreiber, Martin 471
 Schröder, Gerhard 30, 54, 346, 391
 Schrötter, Hans-Jörg 471
 Schubert, Katina 239
 Schubert, Thomas 407
 Schüddekopf, Otto Ernst 134, 134
 Schuller, Wolfgang 434
 Schulte, Jan Erik 456
 Schultz, Helga 400
 Schulz, Tanjev 457
 Schumacher, Kurt 400
 Schumann, Siegfried 378
 Schumpeter, Joseph A. 301
 Schupelius, Gunnar 120
 Schurig, Andreas 9, 291
 Schütze, Olaf 448
 Schwabe, Uwe 382
 Schwan, Gesine 386
 Schwan, Heribert 471
 Schwartz, Shalom H. 37
 Schwarz, Hans-Peter 413
 Schwarz, Kyrill-Alexander 431
 Schwelling, Birgit 453
 Schwenk, Herbert 232
 Sears, David O. 37
 Seebacher, Brigitte 315, 418
 Seefried, Elke 28
 Seemann, Peter 469
 Seichter, Dorit 408
 Seidensticker, Tilman 247-250
 Seifert, Markus 415
 Sepp, Benedikt 434 f.
 Serafin, Sebastian 208
 Shanks, J. Merrill 37
 Shapiro, Jeremy 449

Personenverzeichnis

- Shaw, George Bernard 400 f.
Shooman, Yasemin 268
Shore, Marci 471
Shoup, Paul 217
Siebeneichner, Tilmann 270, 274 f.
Siegburg, Friedrich 38
Silke, Andrew 471
Simitis, Konstantinos 206, 217
Simmel, Georg 353
Sinn, Andrea 472
Sinn, Hans-Werner 226
Sixtus von Bourbon-Parma 350
Skalidakis, Jean-Marie 227
Skinner, Quentin 383, 463
Sloterdijk, Peter 362
Smend, Rudolf 327
Sniderman, Paul M. 37
Snowden, Edward 281, 283, 286, 291, 370, 428, 471
Sollmann, Wilhelm 400
Söllner, Alfons 359
Sommer, Michael 392
Sonntag, Niklas 449
Sontheimer, Kurt 16, 361
Spaemann, Robert 361
Spaney, Michael 141
Speit, Andreas 73 f.
Spenlen, Klaus 182
Spielhaus, Riem 7, 247
Spier, Tim 63
Spinoza, Baruch de 320
Spremborg, Ernst 229
Sprenger, Florian 314
Springer, Axel 331, 409
Stahl, Bernhard 472
Stainforth, Andrew 472
Stalin, Josef W. 288, 313, 337, 368
Stambolijski, Alexander 400
Stark, Holger 428
Staupe, Gisela 451
Stehr, Heinz 235
Stein, Hannes 139
Stein, Tine 431
Steinberg, Guido 88, 180, 202, 247, 254, 261
Steiner, Dieter 443
Steiner, George 362
Steiner, Julius 333
Steinmetz, Willibald 28, 31 f.
Stellbrink, Laura 9, 294
Stepan, Alfred 217
Sterm, Heinz 236
Stern, Fritz 474
Stern, Kathrin 393
Sternberger, Dolf 323, 458
Sternfeld, Eva 405
Stetter, Stephan 415
Stiehler, Volker 382
Stolz, Jörg 431
Stöss, Richard 205, 224, 378, 369
Stößer, Jörg 364
Stowe, Dorothy 444
Stowe, Irving 444
Stoye, Jan 445
Straßer, Otto 133
Straßner, Alexander 85, 216
Streicher, Julius 426 f.
Striethorst, Anna 60
Strohschneider, Tom 232, 422, 435 f.
Struck, Katrin 247, 263
Strunz, Tony 10, 299
Sturm, Roland 97, 443
Stüwe, Klaus 413
Suchomlinow, Wladimir Alexandrowitsch 341
Suderland, Maja 450
Sünker, Heinz 474
Switek, Niko 98, 205
Sydow, Christoph 159
Szabó, István 472
Szöllösi-Janze, Margit 14, 22, 31
Szymanski, Holger 104
Taam, Marwan Abou 177
Taggart, Paul 65
Tagore, Rabindranath 465
Taguieff, Pierre-André 472
Taimiyya, Ibn 176, 251 f.
Tallacker, Thomas 156
Tamas, Gellert 86
Tangian, Andranik 437
Taureck, Bernhard H. F. 428 f.
Taylor, Charles 447
Temme, Andreas 311
Temme, Evelyn 472
Templin, Wolfgang 276
Tenbruck, Friedrich H. 406
Terhoeven, Petra 472
Terizakis, Georgios 223, 226
Tetlock, Philip E. 37
Thaa, Winfried 384 f.

Personenverzeichnis

- Thamer, Hans-Ulrich 14
 Thatcher, Margaret 375
 Theobald, Hildegard 384 f.
 Thieler, Kerstin 393
 Thielmann, Jörn 264 f.
 Thieme, Tom 226, 407
 Thiers, Adolphe 418
 Thiersch, Claudia 433
 Thierse, Wolfgang 439
 Thomas von Aquin 305, 404
 Thukydides 403 f.
 Thümmeler, Ellen 406
 Tiedau, Ulrich 23
 Tillich, Paul 439
 Tito, Josip Broz 400
 Tobias, Fritz 456
 Tocqueville, Alexis de 35, 472
 Togay, János Can 445
 Tönnies, Ferdinand 449
 Tooze, Adam 29
 Trabold, Harald 473
 Träger, Hendrik 421
 Traut, Jochen 116
 Trawny, Peter 438 f.
 Trittell, Katharina 473
 Trittin, Jürgen 473
 Trott, Werner von 324
 Trotzki, Leo 232, 288, 400 f.
 Tsakalidis, Georgios 214
 Tsatsos, Dimitrios Th. 224
 Tschubarjan, Alexander 445
 Tsianos, Vassilis 227
 Tsipras, Alexis 60, 103, 204, 214 f., 222
 Tucholsky, Kurt 17
 Tuchscheerer, Heike 387
 Tyrell, Hartmann 473
 Tzannetakos, Giannis 206
 Uertz, Rudolf 431
 Ulbricht, Walter 277, 401
 Ulfkotte, Udo 473
 Ullrich, Uwe 427
 Unseld, Siegfried 362
 Urschel, Martin 473
 Uslucan, HacıHalil 263
 Varoufakis, Giannis 222
 Vasilopoulou, Sofia 226
 Vatlin, Alexander 477
 Vatter, Adrian 294-297, 410
 Vecchione, Michele 37
 Vensky, Hellmuth 34
 Vial, Pierre 307
 Vigoda-Gadot, Ernan 473
 Virchow, Fabian 82
 Visser, Mark 48
 Voegelin, Eric 398
 Vogel, Hans-Jochen 439 f.
 Vogel, Manuel 392
 Vogel, Pierre 178 f., 185, 261
 Vogel, Wolfgang 270, 273
 Vogl, Joseph 28
 Voigt, Lea 392
 Voigt, Rüdiger 329
 Voigt, Sebastian 474
 Voigt, Udo 100 f.
 Vollmer, Michael 404
 Voltaire 33
 Vouridis, Makis 205-207
 Vorländer, Hans 124, 160-163, 432
 Vospernik, Stefan, 410
 Voss, Kathrin 414
 Voulgarakis, Georgios 219
 Vradis, Antonis 219
 Vukadinovic, Vojin Sasa 449
 Wachter, David 403
 Wagenknecht, Sahra 237 f., 240
 Wagner, Ulrike 474
 Wagner, Wolf 270, 279
 Wahl, Achim 234
 Wahl-Jorgensen, Karin 471
 Waldhoff, Christian 431
 Waldmann, Peter 83, 179, 267
 Walter, Christian, S. 328
 Walter, Franz 124, 156, 160-162, 422 f., 462
 Walter, Fritz 331
 Warkotsch, Jana 34
 Wartenburg, Peter Graf Yorck von 357
 Washington, George 465
 Wawzyniak, Halina 238
 Weber, Alfred 323, 325
 Weber, Gudrun 270, 276
 Weber, Max 31 f., 295, 336, 423, 443, 473
 Weckenbrock, Christoph 113
 Weckerle, Jonathan 140 f.
 Weckesser, Roland 236
 Weede, Erich 450
 Wegener-Friis, Thomas 449
 Wehler, Hans-Ulrich 474
 Wehner, Herbert 333

Personenverzeichnis

- Wehrs, Nikolai 406
 Weil, Francesca 456
 Weingart, Peter 16
 Weißmann, Karlheinz 304 f., 474
 Weizsäcker, Carl Friedrich von 360
 Welzer, Harald 28, 32
 Wemheuer, Felix 474
 Wendekamm, Michael 415
 Wendel, Saskia, 441
 Wendt, Bernd Jürgen 390
 Wenger, David 384
 Wenzel, Uwe Justus 441
 Wenzelburger, Georg 437
 Wenzke, Rüdiger 270, 274, 278 f.
 Werner, Harald 232, 234 f.
 Wertheimer, Jürgen 383 f.
 Wertmüller, Justus 137-139, 142, 150
 Wessel, Horst 202
 Weißels, Bernhard 470
 Westle, Bettina 36
 Westphalen, Jenny von 455, 461
 Wettig, Gerhard 9, 270, 312
 Wettstein, Adrian E. 474
 Wetzel, Juliane 477
 Whitman, Walt 465
 Wichmann, Peter 247, 253, 256 f.
 Wienand, Karl 333
 Wierzocks, Alexander 450
 Wieschke, Patrick 108
 Wiktorowicz, Quintan 255 f.
 Wilders, Geert 59, 169
 Wildt, Michael 25, 393, 433
 Wilhelm II. 341
 Willke, Helmut 442
 Willms, Bernhard 20
 Wilson, Woodrow 312, 350
 Winkel, Detlef zum 137
 Winkler, Heinrich August 373-376
 Winkler, Jürgen 378
 Winkler, Willi 84
 Winter, Ireen Christine 247
 Wirries, Clemens 60
 Wittreks, Fabian 431
 Witt-Stahl, Susanne 392
 Wodak, Ruth 58
 Wodianka, Stephanie 474
 Woidke, Dietmar 109
 Wolf, Birgit 229
 Wolf, Christoph 470
 Wolf, Frieder Otto 237
 Wolf, Harald 235
 Wolle, Stefan 465
 Woller, Hans 470
 Wonneberger, Christoph 382 f., 463, 468
 Woolsey, James 292
 Woop, Gerry 239
 Worcester, Robert M. 36
 Worch, Christian 135
 Wöhrle, Patrick 27
 Wörle, Johannes 85
 Wunschik, Tobias 270, 273 f.
 Wurster, Stefan 450
 Yahia S., Kamel Ben 128
 Yannakakis, Ilios 211
 Yilmaz-Günay, Koray 474
 Yousefi, Hamid Reza 475
 Yozgat, Halit 311
 Zaganczyk-Neufeld, Agnieszka 475
 Zaller, John 37
 Zamzow, Gunnar 393 f.
 Zaniecki, Florian 337
 Zapp, Hartmut 431
 Zawadzki, Paul 454
 Zedler, Jörg 475
 Zehrer, Hans 325
 Zelepos, Ioannis 223
 Zelko, Frank 443
 Zellentin, Gerda 458
 Zepp, Marianne 449
 Zervakis, Peter 224
 Zetti, Daniel 475
 Zettl, Christian 421
 Zick, Andreas 78, 167, 377 f.
 Ziegler, Ernst 31
 Ziemann, Benjamin 26, 475
 Zimmer, Gabriele 238
 Zimmermann, Clemens 471
 Žižek, Slavoj 449
 Zolotas, Xenophon 212
 Zschäpe, Beate 309 f.
 Zumhof, Tim 467
 Zwanziger, Theo 447
 Zwerenz, Gerhard 236 f.
 Zwicker, Stefan 462

Autorenverzeichnis

- Dr. Udo Baron, Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport, Büttnerstraße 28, 30165 Hannover.
- Dr. Manuel Becker, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie, Lennéstr. 25, 53113 Bonn.
- Dr. Volker Best, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie, Lennéstraße 27, 53113 Bonn.
- Rudi Bigalke, M.A., Technische Universität Chemnitz, Institut für Politikwissenschaft, 09107 Chemnitz.
- Dr. Dr. Wilfried von Bredow, Prof. em., Philips-Universität Marburg, Politikwissenschaft, Altes Schulhaus Göttingen, 35094 Lahntal.
- Dr. Peter C. Caldwell, Prof., Samuel G. McCann Professor of History, Dept. of History, MS-42, Rice University, P.O. Box 1892 Houston, TX 77251-1892.
- Dr. Clemens H. Cap, Prof., Universität Rostock, Lehrstuhl für Informations- und Kommunikationsdienste IEF / Informatik, Albert-Einstein-Straße 22, 18059 Rostock.
- Dr. Frank Decker, Prof., Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie, Lennéstraße 27, 53113 Bonn.
- Dr. Otto Depenheuer, Prof., Seminar für Staatsphilosophie und Rechtspolitik, Albertus-Magnus-Platz, 50923 Köln.
- Kai Doberitzsch, M.A., Technische Universität Chemnitz, Institut für Politikwissenschaft, 09107 Chemnitz.
- Judith Faessler, Orientalistin, 80937 München.
- Dr. Jürgen W. Falter, Prof., Johannes Gutenberg Universität Mainz, Institut für Politikwissenschaft, Johannes Gutenberg-Universität 55099 Mainz.
- Dr. Hans Fenske, Prof. em., Albert-Ludwigs Universität Freiburg, Geschichtswissenschaft, 79085 Freiburg.
- Dr. Gereon Flümann, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie, Lennéstraße 27, 53113 Bonn.
- Dr. Alexander Gallus, Prof., Technische Universität Chemnitz, Institut für Politikwissenschaft, 09107 Chemnitz.
- Dr. Katharina Gerund, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Lehrstuhl für Amerikanistik, Bismarckstraße 1, 91054 Erlangen.
- Michaela Glaser, M.A., Deutsches Jugendinstitut e.V., Außenstelle Halle, Franckeplatz 1, Haus 12/13, 06110 Halle.
- Dr. Joachim Glaubitz, Prof. em., Eibenring 20, 09128 Chemnitz/Euba.
- Dr. Frank Greuel, Deutsches Jugendinstitut e.V., Außenstelle Halle, Franckeplatz 1, Haus 12/13, 06110 Halle.
- Dr. Kathrin Groh, Prof., Universität der Bundeswehr München, Institut für Öffentliches Recht und Völkerrecht, 85577 Neubiberg.
- Dr. Florian Grotz, Prof., Helmut Schmidt Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg, Institut für Politikwissenschaft, Holstenhofweg 85, 22043 Hamburg.

Autorenverzeichnis

- Dr. Michael Großheim, Prof., Universität Rostock, Institut für Philosophie, August-Bebel-Straße 28, 18051 Rostock.
- Dr. Jens Hacke, Hamburger Institut für Sozialforschung, Mittelweg 36, 20148 Hamburg.
- Dr. Oliver Hidalgo, PD, Universität Regensburg, Institut für Politikwissenschaft, Universitätsstraße 31, 93040 Regensburg.
- Stephan Hilsberg, Albrechtstrasse 14 E, 10117 Berlin.
- Dr. Michael Hochgeschwender, Prof., Ludwig-Maximilians-Universität, Amerika-Institut, Schellingstr. 3 VG, 80799 München.
- Dr. Peter Hoeres, Prof., Julius-Maximilians-Universität Würzburg, Institut für Geschichte, Am Hubland, 97074 Würzburg.
- Dr. Wolfgang Hoffmann-Riem, Prof., Bucerius Law School, Jungiusstr. 6, 20355 Hamburg.
- Dr. Helge F. Jani, Krochmannstraße 8, 22299 Hamburg.
- Dr. Hans-Gert Jaschke, Prof., Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin, Politikwissenschaft, Alt-Friedrichsfelde 60, 10315 Berlin.
- Dr. Thomas Jäger, Prof., Universität zu Köln, Institut für Politikwissenschaft, Gottfried-Keller-Straße 6, 50931 Köln.
- Dr. Eckhard Jesse, Prof. em., Technische Universität Chemnitz, Institut für Politikwissenschaft, Professur Politische Systeme, Politische Institutionen, 09107 Chemnitz.
- Georg Kalinna, M.A., Theologische Fakultät, Platz der Göttinger Sieben 2, 37073 Göttingen.
- Patrick Keller, B.A., Technische Universität Chemnitz, Institut für Politikwissenschaft, 09107 Chemnitz.
- Dr. Mario Keßler, Prof., Zentrum für Zeithistorische Forschung, Am Neuen Markt 1, 14467 Potsdam.
- Dr. Matthias Kluge, freier Dozent, Leipziger Str. 156, 08451 Crimmitschau.
- Dr. Marianne Kneuer, Prof., Universität Hildesheim, Institut für Sozialwissenschaften, Universitätsplatz 1, 31141 Hildesheim.
- Dr. Wolfgang Kraushaar, Hamburger Institut für Sozialforschung, Mittelweg 36, 20148 Hamburg.
- Dr. Jürgen P. Lang, Bayerischer Rundfunk, Kolumbusstraße 1, 81543 München.
- Steffi Lehmann, M.A., Doktorandin, Technische Universität Chemnitz, Institut für Politikwissenschaft, 09107 Chemnitz.
- Dr. Sebastian Liebold, Technische Universität Chemnitz, Institut für Politikwissenschaft, 09107 Chemnitz.
- Markus Lorenz, Dipl.-Pol., Initiative „Magistrale für Europa“, Stadt Karlsruhe, Marktplatz, 76124 Karlsruhe.
- Dr. Anita Maaß, Robert-Volkman-Allee 22, 01623 Lommatzsch.
- Dr. Tom Mannewitz, Jun.-Prof., Technische Universität Chemnitz, Institut für Politikwissenschaft, 09107 Chemnitz.
- Dr. Lazaros Miliopoulos, PD, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie, Lennéstraße 27, 53113 Bonn.
- Aline Munkewitz, M.A., Zentrum für Zeithistorische Forschung, Am Neuen Markt 1, 14467 Potsdam.
- Dr. Daniel Münzner, Tagore-Gymnasium, Sella-Hasse-Straße 25, 12687 Berlin.
- Dr. Helmut Müller-Enbergs, Prof., Syddansk Universitet, Institut for Historie, Center for Koldkriksstudier, Campusvej 55, 5230 Odense (Dänemark).
- Dr. Werner Müller, Prof. em., Universität Rostock, Historisches Institut, August-Bebel-Str. 28, 18055 Rostock.

Autorenverzeichnis

- Dr. Beate Neuss, Prof., Technische Universität Chemnitz, Institut für Politikwissenschaft, 09107 Chemnitz.
- Dr. Ernst Nolte, Prof. em., Freie Universität Berlin, Geschichtswissenschaft, Bamberger Straße 32, 10799 Berlin.
- Dr. Antje Nötzold, Technische Universität Chemnitz, Institut für Politikwissenschaft, 09107 Chemnitz.
- Dr. Robert van Ooyen, ORR, Hochschullehrer für Staats- und Gesellschaftswissenschaften an der Hochschule des Bundes, Ratzeburger Landstraße 4, 23562 Lübeck.
- Michael Partmann, M.A., Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Technische Universität Chemnitz, Institut für Politikwissenschaft, 09107 Chemnitz.
- Dr. Madeleine Petschke, Deutsche Gesellschaft e.V., Mosse Palais, Voßstraße 22, 10117 Berlin.
- Dr. Armin Pfahl-Traugher, Prof., Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, Willy-Brandt-Straße 1, 50321 Brühl.
- Dr. Sebastian Prinz, Politikwissenschaftler, Eisenacher Str. 103, 10781 Berlin.
- Dr. Andreas Rose, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Institut für Geschichtswissenschaften, Konviktstraße 11, 53113 Bonn.
- Dr. Ekkehard Rudolph, Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen, Völklinger Str. 49, 40221 Düsseldorf.
- Aladdin Sarhan, Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz, Valenciaplatz 1-7, 55118 Mainz.
- Dr. Frank Schale, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Technische Universität Chemnitz, Institut für Politikwissenschaft, 09107 Chemnitz.
- Dr. Axel Schildt, Prof., Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH), Beim Schlump 83, 20144 Hamburg.
- Dr. Wolfgang Schuller, Prof. em., Universität Konstanz, Fachbereich Geschichte und Soziologie, Fach 3, 78457 Konstanz.
- Andreas Schurig, Sächsischer Datenschutzbeauftragter, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden.
- Dr. Brigitte Seebacher, Prof., Publizistin, Himburg 9, 56459 Rothenbach.
- Dorit Seichter, Käthe-Kollwitz-Gymnasium, Lassallestraße 1, 08058 Zwickau.
- Dr. Markus Seifert, Universität Erfurt, Seminar für Medien- und Kommunikationswissenschaft, Nordhaeuser Straße 63, 99089 Erfurt.
- Dr. Alfons Söllner, Prof. em., Technische Universität Chemnitz, Institut für Politikwissenschaft, 09107 Chemnitz.
- Dr. Riem Spielhaus, Erlanger Zentrum für Islam und Recht in Europa, 91054 Erlangen.
- Laura Stellbrink, B.A., Technische Universität Chemnitz, Institut für Politikwissenschaft, 09107 Chemnitz.
- Jörg Stöber, M.A., Doktorand, Görlitzer Str. 44, 01099 Dresden.
- Tony Strunz, M.A., Technische Universität Chemnitz, Institut für Politikwissenschaft, 09107 Chemnitz.
- Dr. Roland Sturm, Prof., Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Institut für Politische Wissenschaft, Kochstraße 4, 91054 Erlangen.
- Dr. Klaus Stüwe, Prof., Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt, Universitätsallee 1, 85072 Eichstätt.
- Dr. Tom Thieme, PD, Technische Universität Chemnitz, Institut für Politikwissenschaft, 09107 Chemnitz.

Autorenverzeichnis

Dr. Ellen Thümmler, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Technische Universität Chemnitz, Institut für Politikwissenschaft, 09107 Chemnitz.

Dr. Heike Tuchscheerer, Deutsche Gesellschaft e. V., Mosse Palais, Voßstraße 22, 10117 Berlin.

Uwe Ullrich, Publizist, Eichstraße 15, 01309 Dresden.

Dr. Michael Vollmer, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Frankenstraße 210, 90461 Nürnberg.

Dr. Bernd Jürgen Wendt, Prof. em., Universität Hamburg, Arbeitsbereich Deutsche Geschichte, Von-Melle-Park 6, 20146 Hamburg.

Dr. Gerhard Wettig, Wissenschaftlicher Direktor a. D., Vor Selms 92, 54472 Kommen.